



~~entliehen~~ stet

UB Braunschweig 84



4725-974-6







4725-9746

# Verzeichnis

der

# Verhandlungs-Gegenstände

der

# Stadtverordneten-Versammlung

zu

# Braunschweig

im Jahre 1908/1909.

10012328



Waisenhaus-Buchdruckerei Braunschweig.



# Uebersicht

der

## Verhandlungs-Gegenstände.

---

### A. Nach der Zeitfolge.

#### I. 2. April 1908.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters . . . . .	2
2. Anträge Möhle und Probst: Verbreiterung verschiedener Okerbrücken . .	3
3. Antrag Esdorn: Bessere Bewachung der Stadt . . . . .	4
4. Polizeireglement für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn . . . . .	4
5. Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Fortsetzung). . . . .	20
6. Gemeinde-Kirchensteuer für 1908/09 . . . . .	20
7. Schaffung eines Spielplatzes . . . . .	22
8. Antrag Sander: Plattenbelag auf der Spinnerstraße . . . . .	23
9. Zuschuß an den Ausschuss für Waldspiele . . . . .	24
10. Beginn der höheren Verzinsung kleiner Darlehen . . . . .	24
11. Erweiterung der Bürgerschule an der Reichstraße . . . . .	25
12. Antrag Kalm: Anbringung von Feuermeldern an sämtlichen Schulen .	27
13. Erklärung der Waterloostraße zur Ortsstraße . . . . .	29
14. Plattenbelag auf einem Teile der Frankfurter- und Weißstraße . . . . .	29
15. Badeanstalt für das weibliche Geschlecht . . . . .	29
16. Verlegung eines Kabels . . . . .	30
17. Anfrage Kieke: Durchbruchprojekt Schützenstraße-Langestraße . . . . .	31
18. Geschäftsordnungs-Debatte . . . . .	32

#### II. 30. April 1908.

19. Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Fortsetzung). . . . .	34
20. Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße . . . . .	58

#### IV.

	Seite
21. Verlängerung des Wasserhauptrohres auf der Nordstraße . . . . .	64
22. Herrichtung eines Grundstücks zu Zwecken der Hilfsschule . . . . .	65
23. Ortsstatut über den Betrieb von Kinematographentheatern . . . . .	68
24. Gesuch um Förderung der Luftschiffahrten . . . . .	71
25. Kanalananschluß eines Bahnhofes der Landeseisenbahn . . . . .	72
26. Erhöhung von Armenbezügen . . . . .	72

### III. 14. Mai 1908.

27. Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Fortsetzung) . . . . .	86
28. Antrag Esdorn: Bessere Bewachung der Stadt . . . . .	98
29. Antrag Ohlendorf: Aufbesserung der Nachtwächterlöhne . . . . .	99
30. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die Straßenreinigungsarbeiter . .	100
31. Antrag Jasper: Lohnerhöhung für die beim Straßen- und Kanalbau be- schäftigten Wärter und Arbeiter . . . . .	111
32. Antrag Bunge: Verbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße	119
33. Antrag Kalms: Instandsetzung der Wege am Theaterwall usw. . . . .	123
34. Gesuch um Bewilligung von Mitteln zur Beschickung eines Verbandstages .	126
35. Anschaffung einer Waschmaschine für das Pflegehaus . . . . .	129

### IV. 18. Juni 1908.

36. Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Schluß) . . . . .	132
37. Kondenswasserleitung auf dem Grundwasserwerke . . . . .	140
38. Bedürfnisanstalt am Magnitor . . . . .	141
39. Fußwegbefestigung in der Spinnerstraße . . . . .	146
40. Zuschuß an den deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke .	147
41. Aufhebung eines Interessentenweges . . . . .	150
42. Antrag Esdorn: Instandsetzung des Platzes vor dem landschaftlichen Hause	150
43. Antrag Bues: Verlegung eines Wasserrohres in die Eisenbüttelestraße . .	151
44. Antrag auf Bestenerung der Konsumvereine usw. . . . .	151
45. Zuschuß für die Robert Koch-Stiftung . . . . .	163
46. Anschaffungen für die Mädchenfortbildungsschule . . . . .	164
47. Verbesserung der Straßenbeleuchtung usw. . . . .	165
48. Wahl zweier Vertreter für den Städtetag . . . . .	166
49. Polizeireglement für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn . . . . .	167
50. Erwerb von Flächen an der Leopoldstraße . . . . .	168
51. " " " " " Kaiserstraße . . . . .	169
52. " " " " " Goslarischenstraße . . . . .	169
53. Anbau an das Verwaltungsgebäude des Marstallgrundstücks . . . . .	169
54. Ausbau eines Teiles der Cellerstraße . . . . .	170
55. Bauliche Aenderungen in den städtischen Schulgebäuden . . . . .	170
56. Aenderungen an der Gestaltung von Fensteröffnungen am Gewandhause . .	171
57. Erwerb einer Fläche zur Helenenstraße . . . . .	173
58. Geschäftsordnungsdebatte . . . . .	173

59. Anfrage Kieke: Absperrungsmaßregeln beim Herzoglichen Schlosse . . .	Seite 174
60. Anfrage Ohlendorf: Mißstände beim Volksbade an der Ferdinandstraße . . .	177

### V. 3. September 1908.

61. Dienstverhältnisse zweier Beamten . . . . .	183
62. Antrag Weichsel: Feuerungszulage für die städtischen Beamten usw. . . .	189
63. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße . . . . .	190
64. Antrag Sander: Beseitigung des Brunnens auf dem Nadecklente . . . .	191
65. Anfrage Fricke: Gehaltsverhöhung für die städtischen Beamten usw. . . .	191
66. Zuschuß für die Braunschweigische Baugenossenschaft . . . . .	191
67. Antrag auf Besteuerung der Konsumvereine usw. (Schluß) . . . . .	202
68. Antrag Esdorn: Verbesserung des Pflasters vor dem landschaftlichen Hause	204
69. Pfründenabgaben zu St. Magari . . . . .	205
70. Anschaffung von Handtüchern für die Brausebäder . . . . .	206
71. Plattenbelag auf der Kreuzstraße . . . . .	206
72. Vergütung für eine Wärterin . . . . .	207
73. Entrichtung einer Reichsschenkungssteuer . . . . .	207
74. Anschaffungen für das städtische Arbeitsamt . . . . .	208
75. Ankauf zweier Grundstücke . . . . .	209
76. Herrichtung einer Kaffee-Kochstelle . . . . .	211
77. Zuschuß an den Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen. . . .	212
78. Terrainerwerb zum Ausbau des Bienroderweges . . . . .	216
79. Anschaffung eines Kraftfahrzeuges für die Feuerwehr. . . . .	217
80. Spende für Graf von Zeppelin und die Abgebrannten in Donaueschingen .	218
81. Verzinsung der Umsatzsteuererträge . . . . .	220
82. Errichtung von Gebäuden auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . .	221
83. Erweiterung des Armenhauses usw. . . . .	221
84. Instandsetzung der Scharnstraße . . . . .	222
85. Vermietung einer Wohnung an der Diesterwegstraße . . . . .	223
86. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	223
87. Wahl eines Ausschußmittgliedes . . . . .	224
88. Mitteilung des Herrn Vorsitzenden . . . . .	224
89. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig . . . . .	224
90. Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle . . . . .	225
91. Anfrage Helmsold: Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße . . .	225

### VI. 1. Oktober 1908.

92. Antrag Bues: Verlegung eines Wasserrohrs in die Eisenbütteleistraße . .	229
93. Ausbau eines Teiles der Hildesheimerstraße . . . . .	230
94. Antrag Sander: Beseitigung des Brunnens auf dem Nadecklente . . . .	231
95. Ausarbeitung eines Porentwurfs für die Anlage eines Viehhofes . . . .	232
96. Ausbau eines Teiles der Nebenstraße . . . . .	235
97. Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle . . . . .	235

	Seite
98. Ausbau der Humboldtstraße . . . . .	241
99. Beaufsichtigung des früheren Hilfschulgebäudes . . . . .	241
100. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße . . . . .	242
101. Anschluß eines Grundstücks in Nesper an das Wasserrohrnetz . . . . .	242
102. Einreichung einer Forderungssklage . . . . .	242
103. Änderungsvorschläge zu dem Entwurfe der neuen Straßenpolizeiordnung . . . . .	243
104. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	251
105. Anfrage Helmolb: Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße . . . . .	251
106. Antrag Wesemeier: Feuerungszulage für die städtischen Beamten . . . . .	252
107. Antrag Ribbentrop: Beschaffung von Krankenvagen . . . . .	255
108. Antrag Jasper: Änderung in der Verwaltung des Friedhofswesens . . . . .	255
109. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer . . . . .	257
110. Anfrage Hesse: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit . . . . .	259
111. Antrag Esdorn: Absperrungsmaßnahmen bei Ausbruch eines Feuers . . . . .	260
112. Anfrage Wesemeier: Zustand der Bedürfnisanstalten . . . . .	261

## VII. 22. Oktober 1908.

113. Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1905/06 . . . . .	265
114. Dienstmannstarif und Dienstmannsordnung . . . . .	265
115. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße . . . . .	276
116. Nachverwilligung und Verrechnung von Umbaukosten . . . . .	279
117. Änderungsvorschläge zur Straßenpolizeiordnung . . . . .	280
118. Errichtung einer Damenbadeanstalt . . . . .	283
119. Antrag Jasper: Änderung in der Verwaltung des Friedhofswesens . . . . .	285
120. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer . . . . .	286
121. Antrag Wesemeier: Feuerungszulage für die städtischen Beamten . . . . .	286
122. Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuergefahr . . . . .	286
123. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	290
124. Lehrlingsvermittlung durch das städtische Arbeitsamt . . . . .	291
125. Schankwirtschafts-Errichtung in dem Tennisklubhause . . . . .	292
126. Rechnungsabschlüsse des Jahres 1907/08 . . . . .	302
127. Baulichkeiten in der Schule am Südklute . . . . .	306
128. Erklärung einer Teilstrecke der Humboldtstraße zur Ortsstraße . . . . .	310

## VIII. 12. November 1908.

129. Antrag Ribbentrop: Beschaffung von Krankenvagen . . . . .	314
130. Zuschüsse an den Verein Braunschweiger Gastwirte . . . . .	315
131. Änderung des Stadtbauplans im Kattreppeln . . . . .	316
132. Preßgasbelandtung auf verschiedenen Straßen . . . . .	318
133. Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele . . . . .	320
134. Ergänzung der Straßenpolizeiordnung . . . . .	323
135. Erhöhung eines Ausgabenpostens bei der Schulkasse . . . . .	329
136. Bauliche Änderungen im Feuerlöschgebäude . . . . .	329

	Seite
137. Beschaffung von Schläuchen und Kleidungsstücken für die Berufsfeuerwehr . . . . .	330
138. Verlängerung des Pachtvertrages für ein Doweesegrundstück . . . . .	331
139. Mittel für den Gerüstbau an der Andreaskirche . . . . .	332
140. Instandsetzung der Mandelstraße und einer Verbindungsstraße am Spohrplatz . . . . .	335
141. Plattenbelag auf Fußwegstrecken des Neustadtrings . . . . .	336
142. Hundesteuer-Erlaßgesuch . . . . .	337
143. Verrechnung einer Schenkungssteuer . . . . .	337
144. Antrag Tolle: Bestellung eines Hundefängers u. . . . .	337
145. Anfrage Bähr: Schädigung von Straßenbäumen durch die Straßenbahn . . . . .	338
146. Anfrage Kiefe: Unterbringung von Pflanzgegendern . . . . .	339
<b>IX. 26. November 1908.</b>	
147. Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer . . . . .	344
<b>X. 3. Dezember 1908.</b>	
148. Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer . . . . .	396
<b>XI. 10. Dezember 1908.</b>	
149. Einführung einer Veränderungssteuer . . . . .	452
150. Einführung einer Wertzuwachssteuer . . . . .	475
151. Abkommen wegen der Polizeihunde . . . . .	487
152. Ankauf von Grundstücken an der Leopoldstraße . . . . .	488
153. Ausbau eines Teiles der Hildesheimerstraße . . . . .	493
154. Erwerb von Grundflächen an der Vertramstraße . . . . .	493
155. Anfrage Fricke: Hundertjahrfeier der beiden hiesigen Regimenter . . . . .	494
156. Antrag Bunge: Anberaumung der Stadtverordneten- und Landtagswahlen an einem Sonntage . . . . .	494
157. Antrag Wesemeier: Grundsteuer nach gemeinem Werte . . . . .	495
158. Antrag Hesse: Erhöhung der Bezüge der remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte . . . . .	497
159. Antrag Wesemeier: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter . . . . .	497
160. Antrag Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur durch die Schulen . . . . .	499
<b>XII. 7. Januar 1909.</b>	
161. Bewilligung eines höheren Preises für ein Grundstück an der Vertramstraße . . . . .	503
162. Erweiterung der Bürgerschule am Schulwege . . . . .	503
163. Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer . . . . .	505
164. Verkauf einer Straßenfläche an der Wendestraße . . . . .	527
165. Entschädigung für das Zuführen der Polizeihunde . . . . .	527



## VIII

	Seite
166. Errichtung von Terrassen im Schulgarten an der Dierstraße . . . . .	529
167. Abänderungen zum Schlachthausstatut . . . . .	529
168. Bauliche Aenderungen am Gewandhause . . . . .	532
169. Antrag Riecke: Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik . . . . .	534
170. Anfrage Riecke: Beschaffung von Notstandsarbeiten . . . . .	536
171. Bauliche Aenderungen in der Oberrealschule . . . . .	538
172. Antrag Bunge: Verwilligung von Mitteln für die Beschäftigung Arbeitsloser . . . . .	538
173. Geschäftsordnungsdebatte . . . . .	539
174. Unterstützung für die durch Erdbeben schwer betroffenen Bewohner Süditaliens . . . . .	541

## XIII. 21. Januar 1909.

175. Projekt über den Bau der Jakobikirche nebst Pfarrhaus und Konfirmandensaal . . . . .	545
176. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer . . . . .	555
177. Antrag Tolle: Bestellung eines Hundefängers etc. . . . .	570
178. Zuschuß an die Gesellschaft zur Förderung der Wasservirtschaft im Harze . . . . .	570
179. Antrag Bunge: Anberaumung der Wahltermine betr. . . . .	571
180. Bericht über die Unterrichtsstörungen in den Bürgerschulen . . . . .	572
181. Antrag Wesemeier: Grundsteuer nach gemeinem Werte . . . . .	573
182. Antrag Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur . . . . .	575
183. Antrag Riecke: Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik . . . . .	579
184. Antrag Bunge: Verwilligung von Mitteln für die Beschäftigung Arbeitsloser . . . . .	581
185. Fluchlinie für die Nordseite der Hagenbrücke . . . . .	581
186. Verlegung eines Kanals auf der Helenenstraße . . . . .	582
187. Ausbau der projektierten Straße Nr. 239 . . . . .	582
188. Geschäftsordnungsdebatte . . . . .	583

## XIV. 28. Januar 1909.

189. Anträge des Herrn Bunge:	
I. Verwilligung von Mitteln für Beschaffung umfangreicher Arbeiten . . . . .	586
II. Gewährung außerordentlicher Unterstützungen für Arbeitslose usw. . . . .	
III. Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung . . . . .	

## XV. 11. Februar 1909.

190. Aufnahme einer Klage . . . . .	613
191. Verkauf von Postkarten durch das städtische Museum . . . . .	614
192. Erweiterung des Lehrplans in den unteren Bürgerschulen . . . . .	614
193. Wohnungsentfädigung der Stadtgeistlichen . . . . .	615
194. Ankauf eines Ackerstückes an der Totentwete . . . . .	622
195. Anschaffung eines Gaswärmeschranke . . . . .	623
196. Vergleich in einem Zwangsenteignungsverfahren . . . . .	623
197. Gesuch um Erlaß von Straßenbaukosten . . . . .	625
198. Errichtung eines Ausgleichsfonds . . . . .	626

	Seite
199. Ausbau der Karl Schmidtstraße . . . . .	639
200. Vermehrung der Stellen von städtischen Nachtwächtern usw. . . . .	639
201. Änderung des Ortsbauplans im Gutfiltern . . . . .	643
202. Veränderung der Gleisanlage auf der Humboldtstraße . . . . .	647
203. Schaffung neuer Lehrerstellen . . . . .	648
204. Abkommen mit der Straßeneisenbahngesellschaft . . . . .	648
205. Beschaffung von Mobiliar für eine neue Klasse der Realschule . . . . .	649

## XVI. 25. Februar 1909.

206. Antrag Hesse: Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsbeamten . . . .	652
207. Uebersicht über die stadtseitig gezahlten Löhne und Antrag Wesemeier auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter . . . . .	652
208. Änderungsvorschläge für den Ortsbauplan . . . . .	653
209. Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke und der Neustadtmühlen für 1907/08 . . . . .	654
210. Umwandlung der Realschule in eine Oberrealschule . . . . .	657
211. Verlegung von Gas- und Wasserrohren . . . . .	660
212. Förderung der landwirtschaftlichen Ausstellung . . . . .	661
213. Beihilfe für den Verkehrsverein . . . . .	662
214. Errichtung eines Lehrlingsheims . . . . .	663
215. Erweiterung der Schule an der Reichsstraße . . . . .	663
216. Anordnung von Vorgärten für einen Teil der Humboldtstraße . . . . .	667
217. Ankauf von Flächen zur Verbreiterung des Dienröder Weges . . . . .	668
218. Anordnung von Vorgärten . . . . .	669
219. Abfindung eines Mieters . . . . .	670
220. Änderung von Baufeldlinien an der Goslarischenstraße . . . . .	671
221. Anfrage Wesemeier: Entlassung von Gasarbeitern . . . . .	671

## XVII. 18. März 1909.

222. Stadthaushaltsplan für 1909/10 . . . . .	675
223. Gemeindefkirchensteuer für 1909/10 . . . . .	694
224. Geschäftliche Angelegenheiten . . . . .	695

## B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abfindung eines Mieters 670.  
 Abkommen wegen der Polizeihunde 487, 527.  
 Absperungsmaßnahmen bei Ausbruch eines Feuers 260.  
 Aenderung der Straßenpolizeiordnung 20, 34, 86, 132, 243, 280, 323.  
 Aenderung des Ortsbauplans 316, 581, 643, 653, 671.  
 Anbau an das Marstallgebäude 169.  
 Anfragen der Herren:  
   Fricke: Hundertjahrfeier der hiesigen Regimenter 494;  
   Helmold: Schließung eines Spielplatzes 225, 251;  
   Hesse: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 259;  
   Ohlendorf: Mißstände bei einem Volksbade 177;  
   Nieke: Absperungsmaßregeln beim Nestdeuzschloße 174, 182,  
     Beschaffung von Notstandsarbeiten 536,  
     Durchbruchprojekt Schützenstraße — Langestraße 31,  
     Unterbringung von Pflegekindern 339;  
   Wesemeier: Entlassung von Gasarbeitern 671,  
     Zustand der Bedürfnisanstalten 261.  
 Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen 168, 169, 169, 173, 209, 216, 488, 493, 503, 622, 668, 670.  
 Anschluß eines Grundstücks an des Wasserrohrnetz 242.

Anträge der Herren:  
 Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße 190, 242, 276, 572,  
   Schädigung von Straßenbäumen 338;  
 Bues: Verlegung eines Wasserrohrs in die Eisenbüttelerstraße 151, 229, 652;  
 Bunge: Anberaumung von Wahlen an einem Sonntage 494, 571,  
   Beschäftigung Arbeitsloser usw. 538, 581, 586,  
   Verbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße 119;  
 Esdorn: Absperungsmaßnahmen bei Feueransbruch 260,  
   Bessere Bewachung der Stadt, 4, 98, Instandsetzung des Hauses am landwirtschaftlichen Hause 150, 204;  
 Fricke: Gehaltserhöhungen für Beamte und Lehrer 191;  
 Hesse: Erhöhung der Bezüge der Hilfsbeamten 497, 613, 652;  
 Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer 257, 286, 555,  
   Aenderung in der Verwaltung des Friedhofswesens 255, 285,  
   Lohnerhöhung für Straßenbauarbeiter 111;  
 Kalm: Anbringung von Feuermeldern 27, Instandsetzung der Wege am Theaterwall usw. 123;  
 Möhle: Verbreiterung von Ferkelbrücken 3;

Ohlendorf: Aufbesserung der Nachtwächterlöhne 99,  
 Lohnerhöhung für die Straßenreinigungsarbeiter 100;  
 Probst: Verbreiterung von Überbrücken 3;  
 Ribbentrop: Beschaffung von Krankenwagen 255, 314;  
 Rieke: Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik 534, 579;  
 Sander: Beseitigung eines Brunnens 191, 231,  
 Plattenbelag auf der Spinnerstraße 23;  
 Tolle: Bestellung eines Hundefängers 337, 570;  
 Weichsel: Feuerungszulage für Beamte 189;  
 Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur 499, 575,  
 Grundsteuer nach gemeinem Werte 495, 573,  
 Lohnerhöhung für Arbeiter 497, 652,  
 Feuerungszulage für Beamte usw. 252, 286.  
 Arbeiterentlassungen betr. 671.  
 Arbeitsamt betr. 208, 291.  
 Arbeitslosigkeit betr. 259, 264, 534, 538, 579, 581, 586, 673.  
 Armenbezüge betr. 72.  
 Aufhebung eines Interessentenweges 150.  
 Aufnahme einer Klage 242, 502, 613.  
 Ausbau von Straßen und Wegen 170, 216, 230, 235, 241, 493, 582, 639.  
 Ausgleichsfonds-Errichtung 626.  
 Ausschußmitglieder-Wahl 224.  
 Ausstellung, landwirtschaftliche, betr. 661.  
 Badeanstalten betr. 29, 206, 283.  
 Baugenossenschaft betr. 191.  
 Baulichkeiten an städt. Gebäuden 306, 329, 532, 538.  
 Beamte betr. 183, 189, 191, 252, 286, 344, 396, 497, 652.  
 Bedürfnisanstalten betr. 141, 207, 261, 681.  
 Bekämpfung der schlechten Literatur 499, 575.  
 Beleuchtung der Straßen usw. 165, 692.

Besteuerung der Konsumvereine 86, 151 181, 202.  
 Biersteuer betr. 257, 286, 555.  
 Brausebäder betr. 177, 206.  
 Brunnen-Beseitigung 191, 231.  
 Damen-Badeanstalt betr. 29, 283.  
 Darlehns-Verzinsung 24.  
 Dienstmannstafel und Dienstmannsordnung 265.  
 Dienstverhältnisse von Beamten 183.  
 Donauerschinger-Spende 218, 228.  
 Dorseegrundstück betr. 331.  
 Durchbruchprojekt Schützenstraße — Langestraße 31.  
 Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer 314, 344, 452, 505.  
 Entlassung von Arbeitern 671.  
 Erdbeben in Südtirolen 541.  
 Erhöhung der Armenbezüge 72.  
 Erhöhung des Einkommens der Beamten und Lehrer 189, 191, 252, 286, 344, 396, 497, 613, 652.  
 Errichtung eines Ausgleichsfonds 626.  
 Erweiterung von Schulen 503, 663.  
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen 168, 169, 169, 173, 209, 216, 488, 493, 503, 622, 668, 670.  
 Feuermelder-Anbringung 27.  
 Feuerwehr betr. 217, 260, 286, 329, 330.  
 Fluchtlinien-Menderung 316, 581, 643, 653, 671.  
 Fortbildungsschulwesen betr. 212.  
 Friedhofsweisen betr. 255, 285.  
 Fußweg-Beseitigungen 23, 29, 146, 206, 336.  
 Gasanstalt betr. 58, 623.  
 Gasarbeiter betr. 544, 671.  
 Gasbeleuchtung betr. 318.  
 Gastwirte betr. 315.  
 Gas- und Wasserrohr-Verlegung 64, 151, 229, 242, 652, 660.  
 Gehalts erhöhungen, betr. 191, 264, 314, 344, 396, 448, 497, 505, 652.

## XII

Gemeinde-Kirchensteuer betr. 20, 694.  
Gerüstbau an der Andreaskirche 332.  
Geschäftsordnungsdebatten 32, 173, 181, 539, 583, 695.  
Besuche hiesiger Einwohner 3, 71, 86, 126, 151, 228, 229, 343, 448, 502, 544, 610, 625, 675.  
Gewandhaus betr. 171, 532.  
Grundsteuer nach gemeinem Werte 495, 573.  
**H**ilfsschule betr. 65, 241.  
Hundefänger-Bestellung 337, 570.  
Hundertjahrfeier der Regimenter 494.  
Hundesteuer-Erlaßgesuche 223, 251, 290, 337.  
**J**akobikirche betr. 545.  
Instandsetzung von Straßen und Plätzen 123, 150, 170, 182, 222, 335, 678.  
Interessentenweg betr. 150.  
**K**abelverlegung betr. 30.  
Kaffeekochstellen-Einrichtung 211.  
Kanäle betr. 72, 582.  
Karussell-Aufstellung 682.  
Katholische Schule betr. 343.  
Kehrichtabfuhr betr. 683.  
Kinematographentheater betr. 68.  
Kirchen betr. 286, 332, 545, 615.  
Kirchensteuer betr. 20, 694.  
Klageerhebung 242, 502, 613.  
Kochstiftung betr. 163.  
Kondenswasserleitung betr. 140.  
Konsumvereine betr. 86, 151, 181, 202.  
Krankenwagen-Beschaffung 255, 314.  
**L**andesseisenbahn betr. 72.  
Landschaftliches Haus betr. 150, 204.  
Landtagswahlen betr. 494, 571.  
Landwirtschaftliche Ausstellung 661.  
Lehrergehälter betr. 191, 264, 314, 344, 396, 448, 505.  
Lehrerstellen-Vermehrung 648.  
Lehrlingsheim-Einrichtung 663.  
Lehrlings-Vermittlung 291.  
Lichtsteuer betr. 257, 286, 555, 610.  
Literatur, schlechte, betr. 499, 575.

Lohnerhöhungen betr. 99, 100, 111, 497, 502, 610, 652, 693.  
Luftschiffahrten betr. 71.  
**M**ädchen-Fortbildungsschule betr. 164.  
Magnifikirche betr. 205.  
Marstallgrundstück betr. 169.  
Mieter-Abfindung 670.  
Mißbrauch geistiger Getränke 147.  
Mißstände auf der Sidonienstraße 190, 242, 276, 572.  
Mitteilungen des Vorsitzenden 224.  
Mobiliarbeschaffung für die Realschule 649.  
Mühlenbauanstalt-Besichtigung 343, 695.  
Museum betr. 614.  
**N**achruf für die Herzogin Elisabeth 180.  
Nachtwachwesen betr. 4, 98, 639.  
Nachtwächterlöhne betr. 99, 693.  
Nachverwilligung von Umbaukosten 279.  
Notstandsarbeiten betr. 264, 536, 538, 581, 586.  
**O**berbrücken betr. 3.  
Ortsbauplan-Änderungen 316, 581, 643, 653, 671.  
Ortskrankenkasse betr. 132.  
Ortsstatut über den Betrieb von Kinematographentheatern 68.  
Ortsstraßen-Erklärung 29, 310.  
**P**flegehaus betr. 129, 221, 221.  
Pflegerinder-Unterbringung 339.  
Pfründenabgabe zu St. Magni 205.  
Plattenbelag betr. 23, 29, 146, 206, 336.  
Polizeihunde betr. 487, 527.  
Polizeireglement für den Betrieb der Straßenbahn 4, 167.  
Postartenverkauf im städt. Museum 614.  
Preßgas-Belendung 318.  
Projekt über den Bau der Jakobikirche 545.  
Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1905/06 265.  
**R**ealschule betr. 649, 657.  
Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke 654.

Rechnungsabschlüsse für 1907/08 302.

Rechnungsprüfung 265.

Rechtsauskunftsstelle-Errichtung 225, 235.

Regimentsfeier betr. 494.

Reichsschenkungssteuer betr. 207, 337.

Residenzschloß betr. 174, 182.

Rieselgut betr. 86, 132, 684.

Robert Koch-Stiftung 163.

Schaffung eines Spielplatzes 22.

Schankwirtschafts-Errichtung im Tennisklub-  
hause 292.

Schenkungssteuer betr. 207, 337.

Schlachthaus-Statut betr. 529.

Schulärzte betr. 264.

Schulen betr. 25, 27, 65, 164, 170, 190,  
212, 223, 241, 264, 306, 329, 343,  
488, 503, 529, 538, 572, 614, 648,  
649, 657, 663.

Schwimmunterricht durch die Schulen 614.

Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuersgefahr  
286.

Spende für Zeppelin und Donaueschingen  
218, 228.

Spielplätze betr. 22, 225, 251.

Stadthaushaltsplan für 1909/10 675.

Stadtverordnetenwahlen betr. 494, 571.

Städtetag betr. 166.

Straßenbahn betr. 4, 167, 338, 647, 648.

Straßenbaukosten-Erlaß 448, 625.

Straßenbeleuchtung betr. 165, 692.

Straßen, die behandelt worden sind:

Amalienplatz 678;

Bertramstraße 493, 503;

Bienroder Weg 216, 668;

Blumenstraße 165;

Cellerstraße 170;

Diesterwegstraße 22, 223;

Eisenbüttelerstraße 151, 229, 652;

Fallersleberstraße 653;

Frankfurterstraße 29, 165;

Friedrich-Wilhelmsplatz 319;

Friedrich-Wilhelmsstraße 319;

Goslarischestraße 169, 671;

Hagenbrücke 581;

Hafenwin'el 165;

Helenenstraße 173, 582, 625;

Hilbesheimerstraße 119, 230, 493, 544;

Humboldtstraße 165, 241, 310, 647,  
667;

Hutfiltern 643;

Juliusstraße 225, 251;

Kaiserstraße 169;

Karl Schmidtstraße 639;

Kattreppeln 316, 643;

Krenzstraße 119, 206;

Lampestraße 31;

Leopoldstraße 168, 488;

Maienstraße 692;

Mandelnstraße 335;

Martinikirche, a. d., 150, 204;

Münzstraße 319;

Neustadttring 336;

Nordstraße 64;

Okerstraße 529;

Petritore, am, 165;

Radeklint 191, 231;

Nebenstraße 165, 235;

Reichstraße 25, 663;

Scharrnstraße 222;

Schützenstraße 31;

Schulweg 503;

Sidonienstraße 190, 242, 276;

Sophienstraße 165;

Spinnerstraße 23, 146;

Spoherplatz 335;

Südclint 306;

Taubenstraße 58;

Theaterwall 123;

Totentwete 622;

Waterloostraße 29;

Wendenring 165;

Wendenstraße 527;

Weststraße 29;

Wilhelmstraße 653;

Wolfenbüttelerstraße 165.

Straßendurchbruch betr. 31.

Straßeninstandsetzung betr. 123, 150, 170,  
182, 222, 335, 678.

Straßenpolizeiordnung betr. 20, 34, 86, 132,  
243, 280, 323.

Straßenreinigungsarbeiter betr. 100.

**T**abaksteuer betr. 257, 286, 555.  
**T**ennisklubhaus betr. 292.  
**T**errassen-Verrichtung in einem Schulgarten 65, 529.  
**T**euerungszulage für Beamte usw. 189, 252, 286.  
**U**mbau der Gasanstalt 58.  
**U**mbaukosten-Verechnung 279.  
**U**msatzsteuer betr. 220.  
**U**mwandlung der Realschule in eine Oberrealschule 657.  
**U**nterrichtsstörung in den Schulen 190, 242, 276, 572.  
**U**nterstützung für Südtaliten 541.  
**U**rkundenbuch der Stadt 224.  
**V**eränderungssteuer betr. 314, 344, 452, 505.  
**V**erbandstag-Beschickung 126.  
**V**erbesserung der Straßenbeleuchtung 165, 692.  
**V**erbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hilde-  
 heimerstraße 119.  
**V**erbreiterung von Querbrücken 3.  
**V**ergleich in einem Zwangsenteignungsver-  
 fahren 623.  
**V**ergütung für eine Wärterin 207.  
**V**erkauf von Straßenflächen 527.  
**V**erkehrsverein betr. 314, 652, 662.  
**V**erlegung von Gas- und Wasserrohren 64,  
 151, 229, 242, 652, 660.  
**V**ermietung einer Wohnung 223.  
**V**erpachtung eines Doweise-Grundstücks 331.  
**V**erzinsung kleinerer Darlehen 24.  
**V**iehhofanlage 232.

**V**olkshäuser betr. 177, 206.  
**V**orgärten-Anordnung 667, 669.  
**V**orsitzenden-Wahl 2.

**W**ahl des Vorsitzenden 2.  
**W**ahltermin-Anberaumung 494, 571.  
**W**ahl von Ausschußmitgliedern 224.  
**W**ahl von Vertretern für den Städtetag 166.  
**W**aldspiele betr. 24, 320.  
**W**aschmaschinen-Verschaffung 129.  
**W**asserrohr-Legung 64, 151, 229, 242, 652,  
 660.  
**W**asserwerk betr. 140.  
**W**asserwirtschaft im Harze betr. 570.  
**W**ertzuwachssteuer betr. 314, 344, 475, 505.  
**W**ohnungsentschädigung der Stadtgeistlichen  
 615.  
**W**ohnungsvermietung 223.

**Z**eppelin-Spende 218.  
**Z**uschuß an den Ausschuß für Waldspiele 24,  
 320.  
**Z**uschuß an den Deutschen Verein für das  
 Fortbildungsschulwesen 212.  
**Z**uschuß an den Deutschen Verein gegen den  
 Mißbrauch geistiger Getränke 147.  
**Z**uschuß an den Verein Braunschv. Gastwirte  
 315.  
**Z**uschuß an den Verkehrsverein 662.  
**Z**uschuß an die Gesellschaft zur Förderung  
 der Wasserwirtschaft im Harze 570.  
**Z**uschuß an die Bauenoffenschaft 191.  
**Z**uschuß an die Robert Koch-Stiftung 163.  
**Z**wangsenteignung betr. 623.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. April 1908.

### Tagesordnung:

I.	Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters . . . . .	Seite	2
II.	Anträge Möhle und Probst: Verbreiterung verschiedener Okerbrücken . . . . .	"	3
III.	Antrag Esdorn: Bessere Bewachung der Stadt . . . . .	"	4
IV.	Polizeireglement für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn . . . . .	"	4
V.	Änderung der Straßenpolizeiordnung (Fortsetzung) . . . . .	"	20
VI.	Gemeinde-Kirchensteuer für 1908/09 . . . . .	"	20
VII.	Schaffung eines Spielplatzes . . . . .	"	22
VIII.	Antrag Sander: Plattenbelag auf der Spinnerstraße . . . . .	"	23
IX.	Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele . . . . .	"	24
X.	Beginn der höheren Verzinsung kleinerer Darlehen . . . . .	"	24
XI.	Erweiterung der Bürgerschule an der Reichstraße . . . . .	"	25
XII.	Antrag Kalmß: Anbringung von Feuermelbern an sämtlichen Schulen . . . . .	"	27
XIII.	Erklärung der Waterloostraße zur Ortsstraße . . . . .	"	29
XIV.	Plattenbelag auf einem Teile der Frankfurter- und der Weststraße . . . . .	"	29
XV.	Badeanstalt für das weibliche Geschlecht . . . . .	"	29
XVI.	Verlegung eines Kabels . . . . .	"	30
XVII.	Anfrage Kiefe: Durchbruchprojekt Schützenstraße-Langestraße . . . . .	"	31
XVIII.	Geschäftsordnungs-Debatte . . . . .	"	32



Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele und Wagner; später auch Herr Oberbürgermeister Ketemeyer.

Entschuldigt die Herren Buchler, Koch, Löhnefinke und Schmidt; später erscheinen die Herren Aßmann und Meyerhoff.

Herr Bürgermeister Meyer: Meine Herren! In Behinderung des Vorsitzenden des Magistrates eröffne ich die Sitzung.

Nach § 6 des Verwaltungsstatuts hat der Vorsitzende des Magistrates die Stadtverordneten bei Beginn des neuen Geschäftsjahres einzuladen, damit sie sich unter dem Voritze des Alterspräsidenten einen Vorsitzenden wählen. Ich frage, wer die Ehre für sich in Anspruch nimmt, der älteste unter Ihnen zu sein? Das älteste Mitglied soll Herr Meyerhoff sein, der aber nicht anwesend ist, das zweit-älteste Herr Rieke, der am 10. Juni 1843 geboren ist. Macht einer der Herren darauf Anspruch, älter zu sein, so bitte ich, sich zu melden. Da das nicht der Fall ist, möchte ich Herrn Rieke bitten, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschieht.)

Herr Rieke: Wir treten in die Tagesordnung ein.

### I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Rieke: Ich ersuche, Vorschläge zu machen.

Herr Fricke: Ich beantrage, die bisherigen beiden Vorsitzenden, also die Herren Hauswaldt und Wolters, durch Zurf wieder zu wählen.

Herr Jasper: Nach den bestehenden Vorschriften hat die Wahl durch Stimmzettel zu erfolgen. (Widerspruch.) Jedenfalls erhebe ich Widerspruch gegen die Wahl durch Zurf.

Herr Rieke: Dann bitte ich, zunächst den Namen des zu wählenden Vorsitzenden auf einen Zettel zu schreiben. (Geschieht.) —

Abgegeben sind 28 Stimmzettel, davon tragen 23 den Namen des Herrn Hauswaldt, während 5 unbeschrieben sind. Herr Hauswaldt ist demnach gewählt. Ich frage Herrn Hauswaldt, ob er die auf ihn gefallene Wahl annimmt.

Herr Hauswaldt: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Herr Ribbentrop: Ich beantrage, Herrn Dr. Wolters durch Zurf zum Stellvertreter zu wählen.

Herr Rieke: Erfolgt Widerspruch gegen die Wahl durch Zurf? Nein. Wer ist für die Wahl des Herrn Wolters zum stellvertretenden Vorsitzenden? Herr Wolters ist gewählt. Nehmen Sie die Wahl an? (Zustimmung des Herrn Wolters.)

Damit ist meine Amtstätigkeit erloschen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und Ruhe, mit der Sie den Verhandlungen gefolgt sind (Heiterkeit) und lege mein Amt nieder.

Herr Hauswaldt (den Vorsitz übernehmend): Zunächst habe ich eine Reihe von Zuschriften auf dem Tisch des Hauses niederzulegen.

1. Der Schutzverein für Handel und Gewerbe hat eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, die in einer größeren Anzahl von Exemplaren vorliegt. Wer sich dafür interessiert, möge sich einen Abdruck hier wegholen.

2. Ferner hat der Vorstand des Männer-Turnvereins zu einem am 5. April, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle an der Gildenstraße stattfindenden Schauturnen der Damenabteilungen eingeladen.

Nunmehr fahren wir in der Tagesordnung fort.

## II. Anträge Möhle und Probst: Verbreiterung verschiedener Okerbrücken.

Herr Frühling: Die in den Sitzungen vom 9. Januar 1908 — Seite 329 des Berichtes — und vom 6. Februar 1908 — Seite 405 des Berichtes — gestellten Anträge auf Verbreiterung der Okerbrücken am Stein-, Wenden-, Petri- und Wilhelmitore sowie am Gieseler haben vorläufig keinerlei Aussicht, zur Durchführung zu gelangen, weil die Landesregierung als Eigentümerin der Brücken nicht geneigt ist, die Verbreiterung auf ihre Kosten ausführen zu lassen und andererseits der Stadt nicht wohl würde zugemutet werden können, so hohe Kosten für ein Bauwerk, das ihr nicht gehört, aufzuwenden. Es liegt also zur Zeit noch nicht die erforderliche Grundlage vor, auf der wir diese Anträge beraten können. Die Baukommission hat deshalb gemeint, es wäre notwendig, zunächst Klarheit darüber zu schaffen, und es würde sich empfehlen, vorerst den Magistrat zu ersuchen, wegen des Uebergangs der Brücken und der angrenzenden Promenadenstrecken in das Eigentum der Stadt gegen eine an die Stadt zu zahlende entsprechende Abfindung mit der zuständigen Staatsbehörde zu verhandeln und dann erst auf diese Sache zurückzugreifen.

Inzwischen ist dieselbe Sache auch im Landtage eingehend behandelt worden, und es schweben auch, wie weiter mitgeteilt wurde, bereits Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium wegen Uebernahme der Brücken usw. seitens der Stadt. Unter diesen Umständen sieht die Baukommission davon ab, Ihnen zu empfehlen, nochmals dasselbe zu beantragen, was der Magistrat, wie wir wissen, schon getan hat, wir schlagen vielmehr vor, mit dieser Begründung zur Zeit über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Möhle: In Anbetracht dessen, daß diese Angelegenheit bereits im Landtage behandelt worden ist und auch bereits Verhandlungen zwischen Ministerium und Magistrat darüber eingeleitet sein sollen, ist es selbstverständlich, daß wir mit der Erledigung unserer Anträge in der vorgeschlagenen Weise einverstanden sind. Wir hoffen aber, daß die Verhandlungen hierüber nicht allzulange auf ihre Erledigung warten lassen werden. Da mir indessen die Eile bekannt ist, die derartige

Sachen zu finden pflegen, so kann ich es nicht unterlassen, die Gelegenheit zu benutzen, um an den Magistrat die Bitte zu richten, dahin wirken zu wollen, daß wenigstens der traurige Zustand oberhalb der Steintorbrücke endlich beseitigt werde, ein Zustand, wie er unserer Stadt nicht würdig ist. Bei dem geringsten Regenwetter ist nämlich die Brücke nichts als eine große Pfütze, die trockenen Fußes nur mit geeignetem Schuhwerk überschritten werden kann. Die Herzogliche Baudirektion müßte doch angehalten werden können, ihre Pflicht zu erfüllen, damit hier ein Zustand beseitigt wird, der nachgerade zum Gespött der Menschheit geworden ist.

Herr Voge: Der Vorschlag der Kommission ist augenblicklich wohl die richtige Regelung der Angelegenheit. Ich möchte aber mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Landtages einen Standpunkt vertreten, der dem des Landtagsabgeordneten Meyerhoff entgegensteht, denn ich sehe nicht ein, daß dem Staate noch eine besondere Summe gegeben werden soll, wenn er eine Last an uns abgibt. (Widerspruch.) Wir sollen doch bei Uebernahme der Brücken noch etwas zuzahlen? (Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall sein sollte, so ist der Zeitungsbericht falsch gewesen.

Herr Meyerhoff: Herr Voge muß den Bericht nicht richtig gelesen haben, denn gerade das Gegenteil ist der Fall. Wer die Landtagsverhandlungen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß eigentlich wissen, daß wir bei Uebernahme der Brücken noch Geld zukriegten. Es wurde sogar von mehreren Millionen gesprochen, jedoch werden wir so viel wohl nicht bekommen, wenn es auch ohne einen namhaften Zuschuß nicht abgehen wird.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird sodann beschlossen.

### III. Antrag Esdorn: Bessere Bewachung der Stadt.

Vorsitzender: Die Besprechung des Antrages fällt heute aus. Es ist mir in dieser Sache noch ein Schreiben des Magistrats zugegangen, das ich dem Herrn Referenten der Kommission übergeben werde.

### IV. Polizeireglement für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn.

Nach Mitteilung Herzoglicher Polizeidirektion hat das Herzogliche Staatsministerium angeregt, den § 4, Abs. 5 des Polizeireglements für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn dahin zu ändern, daß die tägliche Dienstzeit der Führer im monatlichen Durchschnitt einschließlich der Ruhetage nicht mehr als zehn Stunden, diejenige der Schaffner nicht mehr als elf Stunden betragen darf, und ferner den § 18, Abs. 3 des Reglements dahin zu erweitern, daß der Motowagenführer auch vor Fahrzeugen der Feuerwehr zu halten verpflichtet ist. Aus dieser Veranlassung und in Berücksichtigung verschiedener von der Straßeneisenbahngesellschaft geäußerten Wünsche hat Herzogliche Polizeidirektion jetzt die Zustimmung der städtischen Behörden zu verschiedenen Änderungen des Reglements erbeten.

Diese Aenderungen sind zeitgemäß und zweckmäßig, so daß der Magistrat grundsätzliche Ausstellungen daran nicht zu machen hat. Im einzelnen bemerkt er folgendes:

**Zu § 4.** Hinter dem Worte „Schaffner“ wird, um die in dem Paragraphen sonst gebrauchte Ausdrucksweise genau beizubehalten, in Klammer das Wort „Bremsler“ einzuschalten sein. Die Zeit der Dienstbereitschaft wird zwar jetzt schon in die Dienstdauer mit eingerechnet, doch liegt es im Interesse der Angestellten, diese Bestimmungen ebenso wie die in dem folgenden Satze ausgesprochene Beschränkung der Höchstdauer einer einzelnen Dienstschrift, in das Reglement aufzunehmen.

**Zu den §§ 17 und 19.** Die magistratsseitig gebilligte Aenderung des § 17 läßt den Wunsch gerechtfertigt erscheinen, den § 23 unter f dahin zu ändern, daß die Worte „auf zweigleisigen Strecken der dem Nachbargleise zugekehrte Barrierenverschluß“, ersetzt werden durch „die Barriere der linken Seite“.

**Zu § 28, Punkt a.** Nach § 965 des B. G. B. hat der Finder, wenn er den Empfangsberechtigten nicht kennt, den Fund unverzüglich der Polizeibehörde anzuzeigen; dieser Anzeige bedarf es indessen nicht, wenn die Sache einen Wert von nicht mehr als 3 M besitzt. Da diese Gesetzesbestimmung in Verbindung mit der gegenwärtigen Vorschrift des Reglements in § 28 a Zweifel darüber zuläßt, ob das Fahrpersonal verpflichtet ist, gefundene Sachen im Werte von nicht mehr als 3 M gleich wie die wertvolleren abzuliefern, so ist es allerdings sowohl im Interesse des Personals, als auch der Fahrgäste angezeigt, diesen Zweifel auszuschließen und durch den vorgeschlagenen Zusatz: „auch wenn dieselben einen Wert von weniger als 3 M haben“, die Ablieferungspflicht ausdrücklich festzulegen.

**Zu § 29.** Die von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft gewünschten Ergänzungen ebenso wie die von der Herzoglichen Polizeidirektion in Vorschlag gebrachte Umstellung der Absätze 6 und 7 hält der Magistrat für unbedenklich und wünschenswert. Die vorgelegte Fassung des neuen Absatzes 7 will ihm indessen nicht ganz glücklich erscheinen, weshalb er empfiehlt, sie folgendermaßen zu wählen:

„Den Anordnungen des Betriebspersonals ist Folge zu leisten; sich gegen dasselbe in herausfordernder oder sonst ungehöriger Weise zu benehmen, ist verboten. Beschwerden über dasselbe sind stets an die Direktion der Straßenbahn zu richten.“

Die Versammlung wird ersucht, den von Herzoglicher Polizeidirektion empfohlenen Aenderungen mit den vorstehend bezeichneten Abweichungen oder Ergänzungen zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Sander: Die Kommission war der Meinung, daß im § 4 Abs. 5 (neu) das Wort (Bremsler) überflüssig sei, weil die Bremse des Straßenbahnwagens von dem Wagenführer

bedient werde, sie schlägt deshalb vor, das Wort zu streichen. Hinterher sind mir persönlich dagegen Bedenken aufgestiegen. Es kann vorkommen, daß ein Mann zum Bremsen eines Wagens besonders beordert wird, der dann nicht unter die Vorschrift des Statuts fallen würde. Herr Ribbentrop kann uns darüber wohl eine sachverständige Auskunft geben.

Herr Weichsel: Ich bitte, dem Antrage der Kommission stattzugeben. Das Wort „(Bremsen)“ ist tatsächlich überflüssig.

Herr Bürgermeister Meyer: Anfänglich habe ich mich aus Schönheitsrücksichten leiten lassen, das Wort dem Magistrate zu empfehlen, weil nämlich in den ersten vier Abschnitten des § 4 hinter dem Worte „Schaffner“ jedesmal das Wort „(Bremsen)“ steht und man diesen Zusatz deshalb nicht im fünften Absätze fehlen lassen kann. Später habe ich mir aber die Aufklärung geben lassen, daß Bremsen auf Güterwagen vorkommen. Demnach ist ein Schaffner etwas anderes, als ein Bremsen. Letzterer soll aber bezüglich dieser Bestimmungen dem Schaffner gleichgestellt sein. Wenn Sie deshalb das Wort in diesem einen Absätze fehlen lassen, so kann das zu Irrtümern Veranlassung geben.

Vorsitzender: Der § 56 der Städteordnung besagt, daß ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse beteiligtes Mitglied der Versammlung sich der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten hat. Daß ein solches Sonderinteresse bei Herrn Ribbentrop bezüglich dieses Verhandlungsgegenstandes vorliegt, steht außer Zweifel, aber ich glaube, wir sind einverstanden, ihn zu bitten, uns über die hier angeschnittene Frage als Sachverständiger tatsächliches Material zu liefern. Ich bitte daher Herrn Ribbentrop, das Wort zu nehmen.

Herr Ribbentrop: Ich kann Ihnen nur empfehlen, das Wort „(Bremsen)“ bestehen zu lassen. Ein Bremsen kommt tatsächlich bei der Straßenbahn vor, wenn er auch zurzeit wenig beschäftigt wird; es kann aber sein, daß der Güterverkehr sich noch erheblich ausdehnt und dann ist er regelmäßig erforderlich.

Herr Weichsel: Wir haben auch Postschaffner, die Paketwagen begleiten. Ein Schaffner ist also ein Mann, der einen Wagen bedient, mag dieser Wagen nun der Personen- oder der Sachenbeförderung dienen.

Die Versammlung beschließt, das Wort „(Bremsen)“ beizubehalten.

Vorsitzender: Herr Jasper hat beantragt, den zweiten Satz des Absatzes 5 wie folgt zu fassen:

„Die tägliche Dienstdauer darf im monatlichen Durchschnitt ausschließlich der Ruhetage für Führer und Schaffner (Bremsen) nicht mehr als zehn Stunden betragen.“

Herr Sander: Die Statutenkommission hält eine anderweite Regelung und statutarische Festlegung der täglichen Dienstdauer der Angestellten in deren Interesse

für zweckmäßig. Die Direktion der Straßenbahn ist nach der Mitteilung des Magistrates der Meinung, daß die tägliche Dienstdauer der Führer mit elf Stunden nicht zu hoch bemessen wäre und motiviert das damit, daß die Wagenführer hier nicht so angestrengt zu tun hätten, wie in anderen Städten, wo die Dienstdauer nur zehn Stunden betrüge. Der Magistrat war darüber anderer Meinung und erklärte, hier in Braunschweig wären die Führer bei den vielen engen und krummen Straßen und den zahlreichen Kurven sehr angestrengt und ihre Tätigkeit eine sehr aufreibende, weshalb eine zehnstündige Arbeitszeit nicht zu niedrig bemessen wäre. Die Statutenkommission mußte sich dieser Ansicht anschließen und gibt anheim, den Schluß des § 4 wie folgt zu fassen:

„Die tägliche Dienstdauer darf im monatlichen Durchschnitt einschließlich der Ruhetage für Führer nicht mehr als zehn Stunden, für Schaffner (Bremsen) nicht mehr als elf Stunden betragen.“

Ausnahmen sind nur mit Genehmigung Herzoglicher Polizeidirektion zulässig.

Die Dienstbereitschaft ist in die Dienstdauer einzurechnen. Die einzelne Dienstsicht darf keinesfalls mehr als 16 Stunden betragen.“

Herr Jasper: Bisher durfte die tägliche Dienstzeit des Betriebspersonals im Durchschnitt 12 Stunden nicht übersteigen. Diese Bestimmung hat dazu geführt, daß nach den mir gewordenen Mitteilungen wöchentliche Dienstzeiten von 86 Stunden vorgekommen sind, und das sind Arbeitszeiten, die von uns im Interesse der Verkehrssicherheit nicht gebilligt werden können, ganz abgesehen von dem sozialen Gesichtspunkte, den wir bei einem derartigen Betriebe als städtische Verwaltung nicht außer acht lassen können. Die Statutenkommission schlägt nun vor, als höchste Durchschnittsdienstzeit 10 und 11 Stunden festzusetzen, aber sie schwächt diese Bestimmung zum Teil dadurch wieder ab, daß gesagt werden soll „einschließlich der Ruhetage“. Das heißt, es sollen bei Berechnung des Durchschnitts auch die Ruhetage der Beamten mit gerechnet werden. Ich habe aus dem Statut nicht entnehmen können, in welchem Umfange Ruhetage bewilligt worden sind, aber nach den eingezogenen Erkundigungen soll jeder achte Tag als Ruhetag angesehen werden, so daß auf den Monat drei bis vier Ruhetage entfallen. Diese sollen also jetzt in die vorbemerkte Stundenzahl auf die Dienstdauer mit angerechnet werden dürfen, so daß also von einem Manne, der eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden haben soll, monatlich 300 bis 310 Arbeitsstunden zu leisten sind, die sich auf 26 oder 27 Tage verteilen. Demnach kommen auf den Mann und Tag wieder 11 bis 11½ Arbeitsstunden, so daß der ganze Fortschritt, der sich auf dem Papiere recht schön ausnimmt, durch diesen Zusatz vollkommen illusorisch gemacht wird. Um die höchste Dienstdauer zu erreichen, wird also die effektiv geleistete Dienstdauer nahezu dieselbe Höhe erreichen, wie bisher. Deshalb

möchte ich bitten, zu sagen: ausschließlich der Ruhetage, so daß bei der Berechnung nur die tatsächlich geleisteten Arbeitstage zugrunde zu legen sind. Es würde auch nicht genügen, den Zusatz einfach wegzulassen.

Sodann ist hier ein Unterschied gemacht worden zwischen der Arbeitsleistung der Schaffner und Bremser einerseits und der Wagenführer andererseits. Ich sehe aber nicht ein, daß die Leistung beider eine so erheblich verschiedene ist, daß notwendigerweise der Schaffner und der Bremser zu einer höheren Dienstleistung verpflichtet werden sollte, als der Führer. Auch bitte ich zu berücksichtigen, daß bei den meisten Privatbetrieben die zehnstündige Arbeitszeit als Durchschnittsleistung bezeichnet werden kann, und ich sehe nicht ein, weshalb hier eine höhere Dienstzeit am Plage sein soll.

Vorsitzender: Sollen unter Ruhetagen verstanden sein diejenigen Ruhetage, an denen die Bediensteten ganz frei sind, oder auch die, wo sie ablösen?

Herr Sander: Nach meiner Meinung sind darunter nur die Tage zu verstehen, an denen sie ganz frei sind.

Herr Bürgermeister Meyer: Nach Rücksprache mit Herrn Major Ribbentrop kann ich sagen, daß dabei nur die wirklich dienstfreien Tage in Betracht kommen. Das würde im Monat eine Differenz von drei bis vier Tagen sein. Während die jetzige Bestimmung eine Dienstdauer von 30 Tagen im Monat angenommen hat, würde dann eine Dienstzeit von 26 bis 27 Tagen zu berechnen sein.

Herr Ribbentrop (zur sachverständigen Auskunft): 86 Arbeitsstunden in der Woche sind nicht wieder vorgekommen. Wenn die Masch und ein großes Fest in einer Woche zusammenfielen, so ist allerdings in der betreffenden Woche eine besonders hohe Stundenzahl herausgekommen. Im übrigen sind die Bestimmungen genau nach denen der Eisenbahn festgesetzt, die Leistungen der Wagenführer sind mit den Lokomotivführern und der Schaffner mit den Eisenbahnschaffnern gleichgestellt. Die Straßenbahn hat auch geltend gemacht, daß der Dienst des Wagenführers nicht so anstrengend wäre, wie früher bei dem Betriebe mit Pferden, In einem Monat zu 30 Tagen würde also die Leistung  $30 \times 11$  Stunden bei dem Schaffner und  $30 \times 10$  Stunden bei dem Führer betragen, eine Dienstdauer, die aber in Wirklichkeit niemals herauskommt.

Herr Bürgermeister Meyer: Die hier vorgeschlagene Aenderung ist zurückzuführen auf das Vorgehen in Preußen, wo eine Verordnung bezüglich der Kleinbahnen für das ganze Königreich erlassen worden ist, in der die Dienstdauer der angestellten Personen so geregelt wurde, wie es hier vorgeschlagen wird. Das uns heute beschäftigende Reglement ist ein Polizei-Reglement, das nicht vom Magistrate oder der Straßenbahn erlassen ist, sondern dessen Schwerpunkt bei der Herzoglichen Polizeidirektion liegt, während die städtischen Behörden nur ihre Zustimmung dazu zu erteilen haben. Diese Aenderung ist vom Herzoglichen Staats-

ministerium gewünscht wahrscheinlich in Anlehnung an die preußische allgemeine Verordnung. Der Antrag des Herrn Jasper würde den Angestellten der Straßenbahn allerdings wesentlich mehr freie Zeit gewähren, als der Antrag der Kommission, aber es würde die Frage sein, ob der weitergehende Schritt bei der Herzoglichen Polizeidirektion Zustimmung fände. Ich kann Herrn Dr. Jasper nicht recht geben, wenn er meint, daß eine Beschränkung der Dienstdauer gegenüber der bisherigen nicht vorliege. Nach der alten Fassung war eine durchschnittliche Dienstdauer von zwölf Stunden festgelegt, wobei nicht gesagt war, ob einschließlich oder ausschließlich der planmäßigen Ruhetage. Wenn Sie 12 Stunden täglich rechnen, so würden bei 30 Diensttagen eine Gesamtdienstzeit von 360 Stunden herauskommen, während es sich hier nur um  $30 \times 10 = 300$  Stunden handelt. Eine weitere Beschränkung würde allerdings der Antrag Jasper bedeuten, indem dadurch die Höchstzahl der monatlichen Arbeitsstunden auf 270 zusammenschrumpfen würde. Ob die zuständige Stelle darauf eingehen würde, mag dahingestellt bleiben, ich glaube es nicht, weil schon gegen die heute von der Kommission vorgeschlagene Bestimmung die ernstesten Bedenken erhoben worden sind. Wenn aber eine Einigung mit der Herzoglichen Polizeidirektion nicht erzielt werden könnte, so würden die Verhältnisse der Straßenbahnbediensteten überhaupt nicht gebessert werden, denn es träte dann keine Aenderung ein und Herr Jasper würde mit seinem Antrage das umgekehrte von dem erreichen, was er beabsichtigt.

Vorsitzender: Durch den Kommissionsvorschlag würden die Leute 11,6 Dienststunden durchschnittlich täglich haben, während Herr Jasper die Dienstdauer absolut auf 10 Stunden festgesetzt haben will.

Herr Wesemeier: Die Rechnung des Herrn Bürgermeisters Meyer stimmt nicht, denn Herr Ribbentrop hat uns erklärt, daß eine wöchentliche Arbeitsdauer von 86 Stunden nicht mehr vorgekommen sei. Die Straßenbahn hat nicht  $12 \times 30$  Stunden gerechnet, sondern für den Arbeitstag 12 Stunden, sonst wären 90 und mehr Stunden in der Woche herausgekommen, wenn die Ruhetage eingerechnet wären. Tatsächlich sind die Ruhetage ganz außer Betracht geblieben, es hätte sonst im Durchschnitt eine wesentlich höhere Arbeitszeit herauskommen müssen als 86 Stunden. Man kann immer nur von 300 bis 310 geleisteten Arbeitsstunden ausgehen. Wenn man bedenkt, daß es die Aufgabe der Kommission gewesen ist, hier etwas besseres für die Straßenbahner zu schaffen, durch den einen Zwischenschlag aber alles wieder hinausgebracht und die Arbeitszeit auf einen täglichen Durchschnitt von 11,6 Stunden erhöht wird, so kann man auch ruhig annehmen, daß hiervon Gebrauch gemacht und der Durchschnitt auf 11,6 Stunden festgesetzt wird. Heute haben wir mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen als vor einer Reihe von Jahren.



Ich behaupte auch, daß der Führer der Straßenbahn eine bedeutend höhere Verantwortung und einen viel schwierigeren Posten hat, als der Führer einer Kleinbahn. Ebenso ist es beim Schaffner, der den Unbilden der Witterung mehr ausgesetzt ist als bei der Kleinbahn. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit in den größeren Betrieben nicht 10, sondern nur  $9\frac{1}{2}$  oder gar 9 Stunden beträgt; ich sehe deshalb nicht ein, weshalb hier eine so lange Arbeitszeit, die weit über das durchschnittliche Maß der üblichen Arbeitszeit hinausgeht, geschaffen werden soll. Auch kann ich nicht annehmen, daß wir das Reglement nur begutachten und dazu Ja und Amen sagen sollen, dann brauchen wir uns überhaupt nicht damit zu befassen. Das Recht, Abänderungsanträge zu stellen, müssen wir haben. Es wäre noch besser, wenn die Polizeidirektion den Standpunkt einnehmen sollte, daß Verbesserungen für die Straßenbahner überhaupt nicht geschaffen werden sollen. Mit Rücksicht darauf, daß die Straßenbahner schlechter gestellt sind als die Beamten der Kleinbahn, indem sie stets mit einem Fuß im Gefängnis stehen und allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind, bitte ich, den Antrag Jasper anzunehmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich glaube, Herr Wesemeier ist im Irrtum gewesen, als er zuerst die Zahlen über den Umfang der Dienstdauer nannte. Nach der alten Fassung betrug die Durchschnittsdienstdauer täglich 12 Stunden. Nun kommt noch ein neuer Zusatz in Betracht, der heißt: „Die Dienstbereitschaft ist in die Dienstdauer einzurechnen. Die einzelne Dienstschrift darf keinesfalls mehr als 16 Stunden betragen“. Während es früher zulässig und im einzelnen Falle auch möglich war, daß der betreffende Beamte 36 Stunden hintereinander zu arbeiten hatte, sofern er nur an den anderen Tagen entsprechend weniger arbeitete, besteht jetzt der Fortschritt, daß die einzelne Dienstschrift auf 16 Stunden festgelegt worden ist. Im übrigen habe ich nicht angezweifelt, daß die Stadtverordneten Anträge zu dem Reglement stellen können; wenn aber der Schwerpunkt bei den Verhandlungen nicht in der Hand der städtischen Behörden liegt, so können naturgemäß die Anträge der städtischen Behörden nur anregend bei der anderen Behörde wirken. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir mit solchen Abänderungsanträgen keinen Erfolg haben, weil die Polizeibehörde sich jetzt schon mit der Betriebsinhaberin verständigt hat, ihr Entgegenkommen zu zeigen.

Herr Esdorn: Herr Dr. Jasper hat recht, daß die Sache auf dem Papiere besser aussieht, als in Wirklichkeit. Daß die Arbeitszeit, wie sie hier festgestellt werden soll, eine zu lange ist, müssen wir zugeben; ich stimme deshalb dem Antrage Jasper zu und bitte, zu sagen „ausschließlich der Ruhetage“, jedoch halte ich es für richtig, die Dienstzeit der Führer auf 10 Stunden und der Schaffner auf 11 Stunden festzusetzen. Wenn wir eine solche Anregung geben, muß ihr auch seitens der Polizeidirektion Folge gegeben werden.

Herr Sander: In der Kommission wurde uns mitgeteilt, daß bei der bisherigen zwölfstündigen Dienstdauer die Ruhetage auch schon mit eingerechnet waren, man kann deshalb nicht sagen, daß in der Aenderung keine Verbesserung läge, ja, wir waren sogar der Meinung, daß eine erhebliche Verbesserung darin liege. Es ist hauptsächlich im Interesse der Beamten Wert darauf gelegt worden, die Dienstdauer genau festzulegen. In Wirklichkeit ist die Sache schon vorher so gehandhabt worden, aber die Straßenbahn konnte es mangels entsprechender Bestimmungen schließlich machen, wie sie wollte. Das wird jetzt anders. Ich gebe deshalb anheim, die Bestimmung nach dem Vorschlage der Kommission zu genehmigen.

Herr Weichsel: Ich muß mich gegen den Antrag Jasper aussprechen. Wenn jetzt festgelegt würde, daß die Arbeitszeit der Straßenbahnbediensteten nur so viel Stunden betragen darf, so muß das bei der Verwaltung großen Unwillen hervorrufen, denn es soll damit die Arbeitszeit eines industriellen Etablissements auf ein gewisses Maximum beschränkt werden. Man darf in der Beziehung nicht zu weit gehen, da Erkrankungen im Personal oder Massenbeförderungen vorkommen können, wodurch eine außergewöhnliche Inanspruchnahme des Personals eintreten muß, die dann unmöglich sein würde. Man darf die Verwaltung auf keinen Fall durch zu strenge Bestimmungen beschränken. Andererseits muß man ihr auch zutrauen, daß sie nicht zu weit bei der Beanspruchung des Personals geht. Wenn selbst die preußische Eisenbahnverwaltung im Interesse ihrer Arbeiter nicht weiter heruntergeht, so brauchen wir das auch nicht, zumal die Herzogliche Polizeidirektion uns doch nicht folgen würde.

Herr Jasper: Die Ausführungen des Herrn Weichsel schießen an meinen Darlegungen vorbei. Er meinte, bei plötzlichen Ereignissen könnte nach Durchführung meines Antrages der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden. Das ist irrig, denn nach der Schlußbestimmung des § 4 darf die einzelne Dienstsicht nicht mehr als 16 Stunden betragen, so daß also trotz meines Antrages, der nicht die tägliche, sondern die monatliche Dienstdauer festlegen will, einem derartigen Verkehrsbedürfnisse stets genügt werden kann. Es muß dann nur zum Ausgleich eine entsprechende Ruhezeit eintreten.

Herr Bürgermeister Meyer äußerte sodann das Bedenken, daß einer solchen Aenderung die Herzogliche Polizeidirektion nicht zustimmen würde. Formell hat er wohl recht, daß es einer Einigung beider Instanzen bedarf, um eine Aenderung vornehmen zu können, aber andererseits darf auch die Polizei keine Aenderung ohne unsere Zustimmung treffen. Ich fürchte auch nicht, daß die Polizeidirektion sagen wird: Ihr müßt Euch fügen, oder wir lassen alles beim alten. Sollte es aber dennoch der Fall sein, so würde dies von neuem beweisen, daß es ein Unding ist, einen solchen privaten Betrieb einer fremden Behörde unterstellen zu lassen, statt ihn in eigene Regie zu nehmen. Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden erkläre ich

mich aber bereit, meinen Antrag insofern unzweideutiger zu fassen, als ich damit einverstanden bin, zu sagen: ausschließlich der vollen Ruhetage, damit nicht auch die Abblüßungstage mit eingeschaltet werden müssen.

Sodann haben die Herren noch keine Stellung zu meinem weiteren Vorschlage genommen, die Dienstzeit der Führer und der Schaffner gleich zu bewerten. Nach dem Vorschlage der Kommission ist eine verschiedene Bewertung der Dienstzeit dieser beiden Beamtenklassen beabsichtigt, während sie bislang gleichmäßig bewertet war. Ich sehe den Änderungsvorschlag der Kommission nicht für genügend begründet an. Die Aufmerksamkeit des Schaffners dürfen sie auch nicht erschöpfen, denn dessen Verantwortlichkeit und Anstrengung ist ebenso groß wie beim Führer. Deshalb möchte ich beide gleichgestellt wissen.

Herr Esdorn: So sehr ich mich für den ersten Teil des Antrages Jasper ausgesprochen habe, muß ich mich gegen den zweiten Teil erklären. Der Schaffner hat längst nicht so aufzupassen, wie der Führer, weshalb ich bitten möchte, die von der Kommission vorgeschlagene Fassung bestehen zu lassen. Ob die Dienstzeit an und für sich nicht zu lang ist, will ich dahingestellt sein lassen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Unterschied in der Dienstzeit des Führers und des Schaffners ist offenbar auch auf die Unterscheidung zurückzuführen, welche die preußische Verordnung beim Eisenbahnpersonal gemacht hat. Die Erfahrung ist eben dahin gegangen, daß die Anstrengung beim Führer größer ist, als beim Schaffner.

Herr Sander: In der Kommission war man derselben Meinung, daß nämlich die Tätigkeit des Führers bedeutend angestrongter wäre, als die des Schaffners. Der Führer ist dem Wetter zuerst und am schlimmsten ausgesetzt, auch muß er bei Schneetreiben die Augen offen halten und die vor ihm liegende Strecke übersehen, während der Schaffner sich hin und her im Wagen bewegt und nicht so angestrongt tätig zu sein braucht, wie der Führer. Aus diesem Grunde hielt die Kommission eine geringere Arbeitsdauer beim Führer für richtig.

Herr Bähr: Ich möchte über die verschiedene Wertung der Dienstzeit sprechen. Man soll nicht abwägen, ob der Führer oder der Schaffner angestrongter zu tun hat, das kommt hierbei weniger in Betracht, sondern es ist vor allem die Ausdehnung der Zeit zu berücksichtigen, und da bin ich der Ansicht, daß zehn Stunden für einen Führer und einen Schaffner vollständig genügend sind und die Leute in dieser Zeit gehörig angestrongt und ausgenutzt werden. Ich möchte den Antrag Jasper dahin unterstützen, daß eine zehnstündige Dienstdauer gleichmäßig für beide Kategorien festgesetzt werde.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung und würden uns zunächst über den Kommissionsantrag schlüssig zu machen haben.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Der Antrag Jasper ist der weitgehendste, und es müßte wohl zunächst darüber abgestimmt werden.

Vorsitzender: Das kann so und so gemacht werden.

Herr Bähr (zur Geschäftsordnung): Im allgemeinen ist es bei allen Versammlungen üblich, den weitgehendsten Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen. Da hier diese Art der Abstimmung schon wiederholt angegriffen ist, so möchte ich fragen, ob eine davon abweichende Festsetzung getroffen ist.

Vorsitzender: Davon steht nichts im Verwaltungsstatut, aber es ist hier stets die Gepflogenheit gewesen, zuerst über den Kommissionsantrag abzustimmen. Im übrigen bestimmt nach § 17 des Verwaltungsstatuts vom 24. März 1893 der Vorsitzende die Art der Abstimmung. Ich habe aber nichts dagegen, wenn hier von der bisherigen Gepflogenheit abgewichen werden soll.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Wäre es nicht zu empfehlen, die Frage einmal grundsätzlich zu regeln? (Widerspruch.) Wir haben schon öfter derartige Geschäftsordnungsdebatten gehabt.

Vorsitzender: Ich halte das nicht für nötig. Ich werde immer vorschlagen, daß über die Kommissionsanträge zuerst abgestimmt wird, wenn dann aber aus der Versammlung der Wunsch laut wird, es anders zu machen, habe ich nichts dagegen.

In der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Jasper mit 21 : 9 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen.

Zum § 17: Herr Sander: Der Magistrat bringt in Vorschlag, den Schluß des ersten Satzes wie folgt zu fassen:

„ . . . und daß die Barriere der linken Seite des Vorderperrons während der Fahrt stets geschlossen ist.“

In der Statutenkommission wurde der Wunsch ausgedrückt, es möchte betreffs der linken Seite die Sache mehr präzisiert und hinzugesetzt werden „in der Fahr- richtung“. (Widerspruch.) Es wurden Zweifel in der Beziehung laut und zwar sogar seitens des Magistrates.

Herr Meyerhoff: Ich wollte mich gegen das prachtvolle Wort „Barriere“ aussprechen. Ebenso bitte ich statt „Perron“ zu sagen „Plattform“. Ich schlage also vor, den Schlußteil des ersten Satzes folgendermaßen zu fassen:

„ . . . und daß die Schranke der linken Seite der vorderen Plattform während der Fahrt stets geschlossen ist.“

Die Versammlung ist mit dieser Fassung einverstanden, so daß die Worte „in der Fahr- richtung“ nicht gutgeheißen sind.

Zum § 18. Die magistratsseitig beantragte Aenderung, in Absatz 3 unter b hinter „wenn“ die Worte einzuschalten „Fahrzeuge der Feuerwehr“, wird ge-  
nehmigt.

**Zum § 22.** Hinter „Motowagenführer“ werden die Worte „und Schaffner (Bremsen)“ eingefügt.

**Zum § 23.** Der Punkt f erhält folgende Fassung:

f. daß bei der Fahrt die Schranke der linken Seite geschlossen gehalten wird.“

**Zum § 28.** Der Punkt a wird am Schlusse folgendermaßen ergänzt:

„auch wenn dieselben einen Wert von weniger als 3 M. haben.“

**Zum § 29.** Der Magistrat beantragt, im Absatz 2 hinter „eigenmächtige“ einzuschalten „scherzweise oder grundlose“, und außerdem an Stelle der beiden letzten Absätze folgendes zu setzen:

„Das Berühren der Leitungen, überhaupt der elektrischen Einrichtungen ist gefahrbringend und deswegen untersagt. Ferner ist es verboten, die Kontaktrolle von der Oberleitung abzugeben, weil solches für den Betrieb von Gefahr ist. Kinder unter 12 Jahren haben im Wagen Platz zu nehmen, das Umherlaufen und Spielen der Kinder im Wagen, sowie das Aufstellen derselben auf die Bänke ist verboten.“

Den Anordnungen des Betriebspersonals ist Folge zu leisten, sich gegen dasselbe in herausfordernder oder sonst ungehöriger Weise zu benehmen, ist verboten. Beschwerden über dasselbe sind stets an die Direktion der Straßenbahn zu richten.“

Herr Sander: In der Statutenkommission war man der Meinung, daß das Wort „scherzweise“ ganz gestrichen und den Fahrgästen nicht ganz verboten werden könne, das Haltezeichen zu geben. Es können nämlich Fälle eintreten, daß die Fahrgäste einmal notwendig klingeln müssen. So z. B. kann es vorkommen, daß ein Fahrgast während der Fahrt auf- und vorbeispringt und dabei in große Gefahr gerät, der Schaffner aber nichts davon sieht, weil er im Wagen mit dem Ausgeben der Fahrtscheine beschäftigt ist. In solchem Falle muß auch ein Fahrgast das Recht zum Geben des Haltezeichens haben. Ich habe in einem derartigen Notfalle auch einmal das Haltezeichen gegeben, worauf mir vom Schaffner gesagt wurde, ich sei dazu nicht berechtigt gewesen und müßte drei Mark Strafe bezahlen, wenn ich angezeigt würde. Ich habe darauf erwidert, er möchte mich nur anzeigen, es würde mir das sogar angenehm sein, es ist aber nicht geschehen. Ferner wurde es in der Kommission als wünschenswert bezeichnet, dem Fahrgaste zu gestatten, an einer Haltestelle das Zeichen zum Halten zu geben, wenn er, auf der hintern Plattform stehend, aussteigen wolle und der Schaffner im Wagen beschäftigt sei. Die Kommission hat daher beschlossen, der Versammlung folgende Aenderung des ersten Satzes im Absatz 2 vorzuschlagen:

„Das grundlose Klingeln seitens der Fahrgäste ist verboten, es sei denn, daß dadurch der Wagen an einer Haltestelle zum Halten gebracht oder ein Unglücksfall verhütet werden soll, ebenso ist das Lärmen und Singen, sowie das Auspeien im Wagen verboten.“

Der Magistrat ist mit dieser Aenderung einverstanden.

Vorsitzender: Es würde wohl dasselbe erreicht werden, wenn im Eingange gesagt würde: „Das eigenmächtige grundlose Klingeln seitens der Fahrgäste, das Lärmen und Singen, sowie das Auspeien im Wagen ist verboten.“

Herr Sander: Das wurde auch in der Sitzung der Kommission hervor-gehoben, jedoch glaubte man durch die Zusätze mehr Klarheit in die Bestimmung zu bringen.

Herr Leue: Wenn wir sagen, das grundlose Klingeln ist verboten und es heißt dann hinterher: „es sei denn, daß . . .“, so paßt das nicht zusammen. Ich würde vorschlagen, zu sagen: „Das eigenmächtige Klingeln seitens der Fahrgäste ist verboten, es sei denn, daß . . .“

Herr Ritter: Der Herr Referent irrt sich, wir haben in der Kommission gerade das Wort „eigenmächtig“ beibehalten wissen wollen.

Der Antrag der Kommission wird darauf in der von Herrn Leue vorge-schlagenen Fassung gutgeheißen.

Vorsitzender: Es dürfte sich außerdem empfehlen, aus dem einen Satz zwei zu machen, jedoch kann das dem Magistrate überlassen bleiben.

Wir kommen nun zu der bezüglich der beiden letzten Absätze des § 29 vor-geschlagenen Aenderung.

Herr Esdorn: Es ist in der vorgeschlagenen neuen Bestimmung auch gesagt worden: „Kinder unter 12 Jahren haben im Wagen Platz zu nehmen.“ Das ist recht schön, aber was soll werden, wenn kein Platz im Wagen vorhanden ist? Es wäre wohl richtiger, zu sagen: „Kinder dürfen nicht auf der Plattform stehen.“

Vorsitzender: Es macht auf mich überhaupt einen wunderlichen Eindruck, daß die vielen Vergehen hier aufgeführt werden. Könnte man das nicht viel ein-facher fassen?

Herr Sander: In der Kommission waren wir derselben Meinung, aber man wollte davon Abstand nehmen, eine Aenderung vorzuschlagen, weil man sonst noch viele andere Paragraphen hätte ändern müssen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hätte noch eine ganze Reihe von Wünschen, die er berücksichtigt sehen möchte, er hat sich aber beschränkt, um diese Sache nicht aufzuhalten. Bisher hatten wir nur einen Paragraphen im Reglement, der Bestimmungen für die Fahrgäste enthielt; es wäre aber leicht möglich, daraus noch verschiedene Paragraphen zu machen, in welchem Falle indessen alles neu zu paragraphieren sein würde.

Herr Weichsel: Die Fassung ist allerdings nicht schön, jedoch hatte die Kommission keine Veranlassung, sie neu zu redigieren. Ich möchte mir noch erlauben, einen Zusatz zu den §§ 7 und 29 zu beantragen. Es betrifft das die hier gehegte Unsitte, daß der Platz auf der hinteren Plattform neben der Schiebetür besetzt werden darf. Gerade die umfangreichsten und behaglichsten Leute pflegen an der Stelle zu stehen, und es ist mit großer Unbequemlichkeit verknüpft, an ihnen durchzukommen. Der Platz ist für den Schaffner und muß deshalb offen gehalten werden. Ich beantrage daher, dem § 7 einen Zusatz folgenden Inhalts als Absatz 4 zu geben:

„Der in der Fahrrihtung rechts an der Wagentür befindliche Platz der hinteren Plattform ist als für den Schaffner bestimmt zu bezeichnen.“

Im § 29 würde dann außerdem zu sagen sein:

„Der für den Schaffner bestimmte Platz der hinteren Plattform ist von den Fahrgästen frei zu lassen.“

Herr Sander: Ich möchte bitten, zunächst die anderen Sachen zur Entscheidung zu bringen.

Herr Leue: Mir geht die Fassung der von der Kommission beantragten Aenderung zu weit, wenn da gesagt wird: „... sich gegen dasselbe in herausfordernder oder sonst ungehöriger Weise zu benehmen, ist verboten“. Es kommen mir solche Bestimmungen vor, als ob wir Knigges Umgang mit Menschen neu herausgeben wollen. Bei der Eisenbahn hat man derartige Bestimmungen auch nicht, weil sie ganz selbstverständlich sind und in eine Polizeiverordnung nicht hineingehören. Ich würde dafür sein, diese Vorschrift als selbstverständlich ganz fortzulassen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Straßenbahn hat großen Wert darauf gelegt, daß eine Bestimmung in das Reglement aufgenommen würde, wonach es möglich wäre, einzugreifen, wenn den Anstandspflichten nicht genügt werden sollte. Es gibt Menschen, die nicht das nötige Anstandsgefühl besitzen, um sich einigermaßen benehmen zu können. Wenn aber eine derartige Bestimmung fehlt, so hat der Schaffner in solchem Falle kein Mittel, sich gegen Ungehörigkeiten zu wehren. Er kann weder handgreiflich werden, noch den Fahrgast ohne weiteres von der Fahrt ausschließen. Im Interesse eines geordneten Betriebes und des mitfahrenden Publikums halte ich es für durchaus wünschenswert, wenn eine derartige, an sich durchaus harmlose Bestimmung in das Reglement aufgenommen wird.

Vorsitzender: Die Worte, „herausfordernder oder sonst“ könnten aber sicher wegfallen.

Herr Esdorn: Ich halte es für zweckmäßig, die neue Bestimmung bezüglich der Kinder folgendermaßen zu fassen:

„Kinder unter 12 Jahren dürfen sich auf den Plattformen nicht aufhalten, im Wagen nicht umherlaufen und spielen, sich auch nicht auf die Bänke stellen.“

Herr Leue: Ich bin von der Antwort des Herrn Bürgermeisters Meyer nicht befriedigt. Es mag unangenehm für die Strassenbahn-Verwaltung sein wenn sich jemand herausfordernd benimmt, aber was machen die Eisenbahnen, die solche Bestimmungen nicht kennen, in einem derartigen Falle? Der Schaffner kann auch nicht zu jemand sagen, er sei herausfordernd gewesen. Ich kann mich mit dieser Bestimmung nicht befreunden, will aber damit einverstanden sein, wenn die Worte „herausfordernder oder sonst“ gestrichen werden. Durch solche Bestimmung wird eher Streit hervorgerufen, als daß eine Besserung dadurch eintritt.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Leue übersieht, daß die Bediensteten bei der Eisenbahn Beamtenqualität besitzen, bei der Straßenbahn aber nicht. Das ist ein sehr großer Unterschied, wenn es sich um die Festsetzung der Strafe handelt. Die Anregung des Herrn Esdorn ist wohl von einer falschen Voraussetzung ausgegangen. Ich habe die Fassung: „Kinder unter 12 Jahren haben im Wagen Platz zu nehmen“, nicht wörtlich verstanden, d. h. nicht so aufgefaßt, daß die Kinder im Wagen sich hinsetzen, sondern daß sie im Wagen untergebracht werden sollen. Wenn Sie aber glauben, daß die von Herrn Esdorn vorgeschlagene Fassung präziser und klarer ist, so wird der Magistrat nichts dagegen einzuwenden haben.

Herr Konegen: Ich möchte vorschlagen, die von Herrn Esdorn beantragte Fassung dahin einzuschränken, daß hinter „aufhalten“ hinzugefügt wird, so lange im Wagen Platz ist. Es kann sonst vorkommen, daß Kinder gar nicht mitgenommen werden, trotzdem noch Plätze auf den Plattformen frei sind.

Herr Wesemeier: Die Sucht, alles in Paragraphen zu fassen, ist so groß, daß es zu viel des guten ist. Alles, was hier angeführt ist, regelt sich, auch ohne daß es in Paragraphen gequetscht wird. Daß sich mal jemand gegen einen Straßenbahnbeamten vergeht, ist selbstverständlich und kommt überall vor. Wo findet man außerdem, daß Kinder in den Straßenbahnwagen spielen? (Widerspruch.)

Vorsitzender: Ich schlage vor, die kommissionsseitig beantragte Fassung des Paragraphen anzunehmen und den Magistrat zu ermächtigen, eine kürzere redaktionelle Fassung zu wählen.

Herr Bähr: Ich wollte mich auch nur gegen die vielen Bestimmungen wenden. Die Schaffner haben allerdings oft ihre Last, kleinere Kinder von der Plattform zu bringen, aber ein Umherlaufen von Kindern im Wagen habe ich noch nicht beobachtet.



Herr Fröhling: Wir gehen die Bestimmungen auch zu weit, ich bitte deshalb, sie wesentlich einzuschränken. Ein Fortschritt ist es schon, wenn das „herausfordernde“ Benehmen gestrichen wird; es bleibt dann nur noch das „ungehörige“ Benehmen. Wer entscheidet darüber? Doch allein der Schaffner, und wenn der betreffende Fahrgast nicht ruhig ist und den Wagen nicht verläßt, kann er weiterer Strafe gewärtig sein. Ich würde diesen Paragraphen, der so weit gehende Verbote hat, nicht annehmen können.

Herr Esdorn: Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß Kinder sich nicht auf der Plattform aufhalten dürfen. Der Schaffner hat ohnehin schon Schwierigkeiten genug.

Herr Lübke: Mir macht der Paragraph den Eindruck, als ob er viel zu weitgehend wäre. Da wimmelt es von „untersagt“, „verboten“, „Folge zu leisten“ usw. Solche Multiplizität ist überflüssig. Es reicht hin, wenn gesagt wird, „den Anordnungen des Schaffners ist Folge zu leisten“. Wie oft bin ich auf einen Wagen gestiegen, der so voll war, daß ich mit den Kindern im Regen draußen stehen bleiben mußte und doch froh war, daß ich mitgenommen wurde. Ich stelle den Antrag, alles andere zu streichen und nur zu sagen: „Den Anordnungen des Schaffners ist Folge zu leisten“.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich erkenne an, daß es sich hier um Kleinigkeiten handelt, aber ich muß Ihnen allen in diesem Punkte die Erfahrung absprechen, die der Straßenbahn zur Seite steht, und diese hat die Aenderungen gewünscht.

Herr Sander: In der Kommission war die Meinung auch vorherrschend, daß der Paragraph sehr weitläufig wäre, jedoch wurde vom Magistrate darauf hingewiesen, daß in dem Reglement noch eine Klasse gestrichen werden könnte und es deshalb nicht viel Schaden würde, ob hier etwas mehr oder weniger stände. Persönlich halte ich es für sehr nötig, präzise auf die Rechte des Schaffners hinzuweisen. Wer viel auf der Straßenbahn fährt, wird schon oft die Erfahrung gemacht haben, daß die Schaffner von manchen Fahrgästen ohne Grund angeschnuzt werden, worüber jedermann empört ist. Erwidert der Schaffner etwas, so wird er noch mehr angeschnuzt und es heißt eben gleich: Wir sind Ihretwegen nicht da, sondern Sie unsererwegen usw. Der Vergleich der Straßenbahnschaffner mit den Eisenbahnschaffnern ist, wie ich Herrn Deue gegenüber hervorheben möchte, nicht am Platze, weil den ersteren die Beamtenqualität abgeht. Auch kommen die Eisenbahnschaffner mit dem Publikum nicht in so enge Berührung wie die Straßenbahnschaffner, weil bei der Eisenbahn der Fahrgast mehr sich selbst überlassen ist.

Herr Fröhling: Den Wünschen der Straßenbahn stehen die Interessen des Publikums gegenüber, und ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß einseitig nur die Interessen der Schaffner gewahrt werden. Es kommt gewiß mal vor, daß das Publikum sich ungebührlich gegen den Schaffner benimmt, aber

andererseits kann man auch sehr häufig beobachten, daß dem Schaffner die nötige Höflichkeit fehlt. Gerade im Vergleich mit anderen Städten wird man behaupten können, daß die Höflichkeit der hiesigen Schaffner zu wünschen übrig läßt. Ich möchte der Stellung des Schaffners nicht noch mehr Rückhalt geben; der Schaffner hat das Publikum nicht zu beaufsichtigen, sondern zu bedienen. Deshalb bin ich für den Antrag Lübke.

Herr Wolters: Ich komme zu demselben Resultat und halte eine Erweiterung des Paragraphen für überflüssig. Der Kardinalpunkt ist, das Publikum soll den Anordnungen des Schaffners folgen, das begreift alles in sich. Die Direktion der Straßenbahn mag den Schaffnern eine besondere Instruktion geben, die uns natürlich gleichgültig sein würde. Der Schaffner würde der alleinige Richter in der Sache sein und könnte dem Fahrgast vorschreiben, was er tun soll. So lange wir den Kardinalpunkt bestehen lassen, muß das Publikum sich danach richten. Wenn eine Strafverfolgung seitens der Straßenbahn eintreten sollte, so ist die Sache anders.

Herr Wesemeier: Die Belästigungen, denen die Schaffner ausgesetzt sind, werden wohl übertrieben und nicht so schlimm sein, wenn derartige Dinge auch mal vorkommen können. Herr Sander stellte eben ausdrücklich fest, daß die Straßenbahnschaffner einen bedeutend schwierigeren Dienst haben, als die Eisenbahnschaffner, umso mehr bedaure ich, daß Sie vorhin dem Antrage Jasper nicht zugestimmt und die Arbeitszeit allgemein auf zehn Stunden festgesetzt haben.

Herr Ribbentrop (zur sachverständigen Äußerung): Was das Verbot anbelangt, die Kontrolltrole von der Oberleitung abzugeben, so ist es auf der Wolfenbütteler Linie vorgekommen, daß Polstechniker die Rolle abgezogen haben. Auf unseren Strafantrag trat indessen eine Bestrafung nicht ein, weil keine Bestimmung dafür vorhanden war. Auf der Schützenhauslinie hatte der Straßenbahnschaffner Kindern verboten, im Wagen zu spielen, ohne daß diese darauf hörten. Ein Kind fiel hin, brach den Arm und wir mußten bezahlen.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Dabei werden die Fassung der Kommission und der Antrag Esdorn mit dem Zusatzantrage Konegen im einzelnen abgelehnt und der Antrag Lübke angenommen.

Hiernach wird an die Stelle der beiden letzten Absätze des § 29 folgende Bestimmung gesetzt werden:

„Den Anordnungen des Betriebspersonals ist Folge zu leisten. Beschwerden über dasselbe sind an die Direktion der Straßenbahn zu richten.“

Vorsitzender: Wir haben uns nun mit den Anträgen Weichsel zu befassen.

Herr Sander: Die Anträge waren auch schon in der Kommissionsitzung eingebracht. Die Kommission konnte sich den vorgebrachten Gründen nicht verschließen und empfiehlt die Annahme der Anträge.

Herr Esborn: Der Antrag ist früher schon einmal auf Anregung des Herrn Lösckig angenommen, vom Magistrat aber abgelehnt worden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Meyerhoff werden beide Anträge (Seite 16 des Berichtes) unverändert angenommen.

Da weitere Aenderungen nicht beantragt worden sind, ist die Beratung des Polizei-Reglements beendet.

## V. Aenderung der Straßenpolizeiordnung. (Fortsetzung.)

Herr Meyerhoff: Ich möchte beantragen, erst die anderen Punkte der Tagesordnung zu erledigen, da dieser Punkt einen zu großen Zeitraum in Anspruch nehmen würde. Zu gleicher Zeit stelle ich den Antrag, die Straßenpolizeiordnung noch einer zweiten Lesung zu unterziehen.

Vorsitzender: Ueber den zweiten Antrag, dessen Notwendigkeit mir sehr zweifelhaft erscheint, wollen wir uns jetzt nicht unterhalten und die Beschlussfassung noch aussetzen. Dagegen bin ich mit dem anderen Antrage einverstanden. Wir gehen daher zum nächsten Punkte der Tagesordnung über.

## VI. Gemeinde-Kirchensteuer für 1908/09.

A. Der Magistrat überreicht den Voranschlag der Gemeinde Kirchenkasse für das Jahr 1908/09, wie er vom Kirchentassen-Kollegium im Einvernehmen mit dem Magistrat aufgestellt worden ist, zur Kenntnissnahme. Zur Deckung des anschlagsmäßig sich ergebenden Fehlbetrages müssen 118 000 M durch Kirchensteuern aufgebracht werden. Zu diesem Zwecke ist eine Kirchensteuer von 7 % auszusprechen, während im Vorjahre nur 6 % erhoben wurden. Die Versammlung wird ersucht, zuzustimmen, daß für das Rechnungsjahr 1908/09 eine Kirchensteuer in Höhe von 7 % der den Pflichtigen zur Last fallenden Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde. —

B. Zur Ausführung der schon früher beschlossenen Instandsetzung der Türme an der Andreaskirche ist zunächst die Beschaffung eines geeigneten Gerüstes erforderlich. Nachdem sich die Verhandlungen mit der Firma E. de la Sauce & Klotz in Bichtenberg zerschlagen haben, empfiehlt die städtische Bauverwaltung, die hiesige Firma Dampfessel- u. Gasometerfabrik mit der Herstellung des Gerüstes zu betrauen. Die Kosten des Gerüstes einschließlich der Krane, Windwerke und des Personenaufzuges sind zu 52 465 M veranschlagt worden, jedoch ermäßigt sich diese Summe auf 50 190 M, da für den oberen Teil des Gerüstes die Beschaffung einer besonderen Winde nicht erforderlich ist. Die Kosten für den Abbruch des Gerüstes sind außerdem noch zu 2000 M angegeben. Außer diesen Beträgen würden noch die Aufwendungen für Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten (zur Herstellung der Betonfundamente für die vier Ecktürme, der Bohlenbeläge und Schutz-

planen für die Arbeitsbühnen sowie der Verbindungsbrücken zwischen den äußeren Arbeitsbühnen) sowie für die Stromzuführung nach dem Elektromotor der Aufzugsmaschinen und Winden mit einem Betrage von 2000 M in Rechnung zu stellen sein. Zur Abgabe eines Angebots auf Zurücknahme des gesamten Eisenmaterials hat sich die Dampfkessel- und Gasometerfabrik nicht bereit finden lassen.

Da die Instandsetzungsarbeiten an den Türmen nicht gleichzeitig in vollem Umfange in Angriff genommen werden können, so würde die Rüstung zunächst nur bis zur Höhe des Glockenhauses zur Ausführung zu bringen sein. Die hierfür aufzuwendenden Kosten betragen mit den Nebenarbeiten rund 41000 M. Außer diesem Betrage würden für das laufende Rechnungsjahr noch etwa 30000 M zur Ausführung der Restaurationsarbeiten selbst vorzusehen und somit insgesamt rund 70000 M in den Etat einzustellen sein.

Der Magistrat erachtet den Vorschlag der städt. Bauverwaltung für zweckmäßig und hat daher die Summe von 70000 M in das Extraordinarium der Gemeinde Kirchenkasse eingestellt. Da es sich um eine nicht unerhebliche dauernde Belastung der Kasse handelt, so hält der Magistrat die Zustimmung der Versammlung für erforderlich und gibt anheim, diese Zustimmung auszusprechen.

Ueber den Abschnitt B berichtet namens der Baukommission Herr Frühling: Im allgemeinen unterliegen die Dispositionen des Kirchenkassenkollegiums nicht unserer Zustimmung, sondern sie werden von diesem allein bestimmt. Hier handelt es sich aber um außergewöhnliche Arbeiten, die die Kirchenkasse dauernd belasten. Für solche Fälle ist es üblich gewesen, die Zustimmung der Versammlung einzuholen, und deshalb wird auch hier die Zustimmung verlangt.

Wir müssen uns zunächst ein Bild darüber machen, ob die Arbeiten, für die die Kosten gefordert werden, notwendig sind und sodann, ob die Kosten in einer Weise aufgewendet werden sollen, daß sie nach unserer Meinung den beabsichtigten Zweck erreichen. Wir haben uns also einmal über die Notwendigkeit, sodann über die Zweckmäßigkeit der Ausgaben ein Urteil zu bilden und sollen uns endlich einverstanden erklären, daß die 70000 M in das Extraordinarium der Gemeinde Kirchenkasse eingesetzt werden. Es handelt sich hier um eine sehr schwierige technische Frage, die die Baukommission in technischer Beziehung leider nicht hat prüfen können, weil ihr die Vorlage zu spät zugegangen ist und die Sache Eile hat. Wir sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Aufwendung der Summe notwendig ist. Die Vorlage fordert nicht etwa den vollen Betrag, der für die Restauration der Kirche aufgewendet werden muß, denn 26000 M sind bereits für den inneren Ausbau der Türme aufgewendet. Dieses ist die erste und hoffentlich auch die hauptsächlichste Rate der Ausgabe, aber die Ausführung wird sich noch über weitere vier bis fünf Jahre hinziehen. Es liegt kein Bedenken vor, die 70000 M, welche zweifellos erforderlich werden, in das Extraordinarium einzusetzen, weshalb die Baukommission empfiehlt,

diesem Antrage zuzustimmen. Die Beschlußfassung über die weiter geforderte Zustimmung, nämlich über die Ausführung der Gerüstanlage, ersucht die Baukommission bis auf weiteres auszusetzen.

Vorsitzender: Ich habe namens der Finanzkommission über den Abschnitt A zu berichten. Es handelt sich um die Aufbringung des Fehlbetrages von 118 000 M durch die Kirchensteuer. Die Ausgaben des ordentlichen Etats sind vom Kirchenfassen-Kollegium mit großer Sorgfalt geprüft und alle nicht durchaus nötigen Ausgaben gestrichen worden. Es geht hier wie bei allen anderen Etats: sie wachsen. Während wir hier noch einen Ueberschuß in den ordentlichen Etat haben einstellen können, wird das dieses Jahr nicht mehr möglich sein und die Steuer im nächsten Jahre voraussichtlich wieder um 1 % auf 8 % anwachsen. Ich habe namens der Finanzkommission, die allerdings nicht beschlußfähig war, weil leider drei Herren entschuldigt und einer unentschuldigt fehlte, zu empfehlen, die Zustimmung dazu auszusprechen, daß 7 % der den Pflichtigen zur Last fallenden Gemeinde-Einkommensteuer als Kirchensteuer ausgeschrieben werden.

Neben diesem Ordinarium läuft das Extraordinarium, worüber Herr Frühling eben referiert hat. Die ganzen Kosten der Restaurationsarbeiten am Turme der Andreaskirche sind bekanntlich auf 200 000 M geschätzt worden, welche Summe hoffentlich nicht erreicht werden wird. Es entsteht für uns die Frage: Wollen wir dieses alte Wahrzeichen der Stadt erhalten oder es abtragen lassen, und es gibt wohl keinen alten Braunschweiger, der es nicht erhalten sehen will.

Die Vorlage wird darauf nach dem Antrage der beiden Referenten genehmigt.

## VII. Schaffung eines Spielplatzes.

Seit einer Reihe von Jahren sind auf Veranlassung des Schulvorstandes und mit Zustimmung des Magistrates bei den mittleren Knabenbürgerschulen Jugendspiele in den Unterrichtsplan mit aufgenommen, welche Einrichtung sich bisher sehr gut bewährt hat. Der Schulvorstand hat deshalb beschlossen, mit Beginn des kommenden Schuljahres auch bei den unteren Bürgerschulen Jugendspiele einzuführen und Herzogliches Konsistorium um entsprechende Ergänzung des Lehrplanes zu ersuchen. Der Magistrat hat diesem Beschlusse vorbehaltlich der Regelung der Kostenfrage zugestimmt.

Infolge dieser Erweiterung der Jugendspiele wird auch eine Vermehrung der Spielplätze nicht zu umgehen sein. Es ist daher vom Magistrate die Schaffung zunächst eines neuen Spielplatzes beschlossen und hierzu bis auf weiteres der neben der zehnten unteren Bürgerschule an der Diesterwegstraße gelegene, bereits im Besitze der Stadt befindliche Ackerplan zu 60,24 a in Aussicht genommen. Die für Einrichtung dieses Platzes in einen Spielplatz aufzuwendenden Kosten werden sich auf etw 300 M belaufen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der vor-

läufigen Einrichtung des Planes zu einem Spielplatze einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen Mittel bis zum Betrage von 300 M zu bewilligen.

Herr Fricke: Die Schulkommission hat sich einstimmig für die Bewilligung der 300 M erklärt, da der Nutzen der Spielplätze allgemein anerkannt wird.

Herr Sander: Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Anfrage an den Magistrat richten, ob auf dem Amalienplatze irgend etwas zu seiner Verbesserung geschehen oder er in dem jetzigen trostlosen Zustande verbleiben soll.

— Der stellvertretende Vorsitzende Herr Wolters übernimmt den Vorsitz. —

Herr Bürgermeister Meyer: In letzter Zeit sind wiederholt von den Anliegern Klagen über den Amalienplatz laut geworden, aber mehr in der Richtung, daß sie durch den Spielbetrieb allzusehr belästigt würden, indem die großen Bälle in die Fenster geflogen seien usw. Daß der Platz selbst sich in einem so schlechten Zustande befindet, ist mir nicht bekannt; ich glaube aber nicht, daß er gebessert werden kann, ohne den Spielbetrieb eine Zeitlang zu schließen. Das ließe sich jetzt machen, jedoch fürchte ich, daß die Grasnarbe durch den Spielbetrieb bald wieder beseitigt werden würde, also eine gründliche Abhilfe nicht möglich wäre.

Herr Sander: Der Platz ist tatsächlich in einem trostlosen Zustande, denn man kann bei mehrtägigem Regen nicht darüber weggehen. Eine Grasnarbe wird allerdings nicht viel nützen; es wäre besser, den Platz in ordnungsmäßiger Weise mit Bockasche und Grand zu befestigen.

Herr Bürgermeister Meyer: Das würde sehr viel Geld kosten; es kann indessen geprüft werden, ob vielleicht eine unterirdische Entwässerung möglich ist, wodurch der Platz trockengelegt würde.

Herr Bunge: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob wir in nächster Zeit darauf rechnen können, am Hohentore einen Spielplatz zu bekommen. Es wäre wünschenswert, dort recht bald einen Spielplatz zu erhalten.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## VIII Antrag Sander: Plattenbelag auf der Spinnerstraße.

Der in der Sitzung vom 12. März d. Js. — Seite 543 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, den östlich gelegenen Fußweg der Spinnerstraße mit Plattenbelag zu versehen.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Rieke: Ich habe mich persönlich von dem Zustande des Fußweges überzeugt und bin zu der Ansicht gekommen, daß er sich, trotzdem er mit Ziegelbrocken und Grand befestigt war, in einem abgängigen Zustande befindet und gerade so schlecht ist, wie der Fußweg

auf der Kreuzstraße. Die Baukommission hat beschlossen, der Versammlung die Genehmigung des Antrages zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

### IX. Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele.

Der Ausschuß für Waldspiele hat gebeten, auch im kommenden Sommer seine Veranstaltungen dadurch zu unterstützen, daß die städtischen Behörden bis zu einer bestimmten Summe die Deckung des etwaigen Fehlbetrages übernehmen. In den Jahren 1906 und 1907 sind aus städtischen Mitteln 537,65 M und 600 M zugeschoffen, um das Unternehmen lebensfähig zu erhalten. Die Aufwendungen für die Beförderung der Kinder ins Lechelnholz und für die Verabreichung von Milch usw. haben in den beiden letzten Jahren 3697,15 M und 4035,25 M betragen. Sie sind zum überwiegenden Teile durch das Ergebnis von Sammlungen unter den hiesigen Einwohnern gedeckt, auch haben im letzten Jahre der Konfirmanden-Sparverein 200 M und der Eisbahnverein 100 M zugeschoffen. Die Rechnung des Ausschusses für 1907 schließt mit einem Fehlbetrage von 157 M ab.

Da sich die seit 1901 bestehende Veranstaltung bewährt hat und der Magistrat den Wunsch hegt, durch ausgiebigere Unterstützung dazu beizutragen, daß erholungsbedürftigen Kindern in den Ferienwochen der Aufenthalt und das Spielen in der gesunden Waldluft zugute kommt, so hält er die Bitte des Ausschusses um Zusage einer erhöhten städtischen Beihilfe im Falle eines Fehlbetrages für gerechtfertigt und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Ausschusse im laufenden Rechnungsjahre die Gewährung eines Zuschusses bis zu 750 M in Aussicht gestellt werde, falls sich bei der Abrechnung ein Fehlbetrag ergeben sollte.

Namens der allerdings nicht beschlußfähig gewesenenen Finanzkommission befürwortet Herr Esdorn die Genehmigung des Antrages.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

### X. Beginn der höheren Verzinsung kleinerer Darlehen.

Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 9. Januar 1908 beschlossen hat, daß der Zinsfuß für die von der Stadt bis zum Höchstbetrage von einer Million Mark aufgenommenen und noch aufzunehmenden, bisher mit  $3\frac{1}{2}\%$  verzinslichen Darlehen auf  $4\%$  erhöht werde, sind in der Zeit vom 10. Januar bis 24. Februar 1908 solche Darlehen im Gesamtbetrage von 63300 M unter Zusage vierprozentiger Verzinsung vom Tage der Belegung an von der Hauptkasse entgegengenommen. Nach der Verfügung des Magistrates soll jedoch die Zinserhöhung erst mit dem der Einzahlung des Kapitals entsprechenden Tage des Monats März in Wirkung treten. Demgegenüber bittet die Stadthauptkasse, zu

beschließen, daß die vierprozentige Verzinsung der seit dem 10. Januar eingezahlten Beträge mit dem Tage der Einzahlung beginnend und für die früher belegten Kapitale von dem der Belegung entsprechenden Tage des Monats Februar an gutgeheißen werde. Vom Magistrate wird ersucht, ihn zu ermächtigen, in Gemäßheit der vorstehenden beiden Anträge zu verfahren.

Herr Esdorn: Die Finanzkommission hält es für richtig, in der beantragten Weise vorzugehen und empfiehlt die Genehmigung der Vorlage, die von der Versammlung beschlossen wird.

## XI. Erweiterung der Bürgerschule an der Reichsstraße.

Unter dem 26. Januar 1908 hatte der Magistrat der Versammlung eine Vorlage über die Erweiterung des städtischen Schulgrundstückes an der Reichsstraße sowie den Umbau des alten Schulhauses und die Errichtung eines Anbaues daselbst unterbreitet. In der Sitzung vom 6. Februar d. J. — Seite 404 des Berichtes — ist nur über den ersten Teil der Vorlage verhandelt, und zwar wurde nur dem Ankaufe des Jahn'schen Grundstückes zugestimmt, während über den zweiten Teil der Vorlage ein Beschluß noch nicht herbeigeführt worden ist. Nachdem inzwischen auch Herzogliches Staatsministerium den stadtseitigen Ankauf des Jahn'schen Grundstückes zwecks Erweiterung des betreffenden Schulgrundstückes genehmigt hat, wird die Versammlung ersucht, nunmehr über den zweiten Antrag, betreffend die Ausarbeitung eines Projektes und Kostenanschlages nach Maßgabe des zur Vorlage kommenden Vorprojektes und Kostenüberschlages, zu beschließen.

Herr Lübke: Die Baukommission hat sich der Tatsache nicht verschließen können, daß die Umänderung des Schulgebäudes zweckmäßig, wenn nicht dringend notwendig ist, weil die Schule in einer dichtbevölkerten Gegend liegt und es schwierig sein würde, dort ein anderes Schulgrundstück zu erhalten. In einem Punkte hat die Baukommission geglaubt, dem Magistrate eine gewisse Direktive geben zu sollen, das betrifft die Schulturnhalle an der Reichsstraße. Diese Straße hat nämlich das Bild vom alten Braunschweig ziemlich unverfälscht erhalten. Wenn nun an die Straße ein moderner Backsteinbau gestellt würde, so würde dort eine ähnliche Lücke im Straßenbilde entstehen, wie an der Kaiserstraße. Die Baukommission ist deshalb der Ansicht, daß es sich empfehlen möchte, bei der Projektierung der Turnhalle auf den besonderen Charakter der Straße Rücksicht zu nehmen, damit sich das Gebäude harmonisch in das Straßenbild einfügt. Im übrigen wird empfohlen, der Vorlage zuzustimmen. Die Voranschläge sind wohl etwas reichlich gegriffen, jedoch haben wir keine Veranlassung genommen, etwas daran zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube, dem besonderen Wunsche der Kommission wird unbedenklich entsprochen werden können, und ich nehme an,



daß die Kosten nicht zu hoch sein werden. Ich möchte anheimgeben, hierüber eine ausdrückliche Bemerkung in das Rückschreiben an den Magistrat aufzunehmen.

Herr Wesemeier: Ich stimme dem Antrage zu und bin gleichfalls der Meinung, daß man das Gebäude möglichst der Umgebung angepaßt herrichten muß. An den Magistrat möchte ich aber in bezug auf diesen Bau die weitere dringende Bitte richten, daß der Beginn der Arbeiten möglichst beschleunigt werde. Die Arbeitslosigkeit ist hier sehr groß, von den Maurern sind über hundert arbeitslos, denn der Winter ist zu lang geworden; ich möchte daher bitten, auch noch andere Arbeiten in Angriff zu nehmen. Weshalb werden z. B. die Arbeiten am Archiv und am Pflegehause nicht in Angriff genommen? Ich möchte dringend bitten, daß der Magistrat seinen Einfluß auf die Baubehörde dahin ausübt, daß schnelligst weitere Arbeiten, auch im Straßenbau usw. begonnen werden.

Vorsitzender: Ich will darauf hinweisen, daß es sich hier nur um ein Vorprojekt handelt.

Herr Jasper: Ich möchte anfragen, ob neuerdings eine Aenderung in der Art und Weise der Verfügung über die städtischen Turnhallen beliebt werden soll. Ein Gesuch der freien Turnerschaft um Ueberlassung einer Turnhalle für eine Frauenabteilung harret schon monatelang der Erledigung, weil noch Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium über die Art und Weise der Benutzung der städtischen Turnhallen schweben sollen. Es handelt sich hier nicht um einen vereinzelter Vorgang. Wir wissen, daß in Preußen die staatliche Behörde sich ein gewisses Recht zuspricht, die städtischen Behörden in ihrem Verfügungsrechte über städtische Gebäude in einer Weise zu bevormunden, wie es den Wünschen der Städte nicht entsprechen würde.

Herr Oberbürgermeister Kietemeyer: Der Wunsch des Herrn Wesemeier, es möchte mit den Arbeiten an dem Erweiterungsbau schnelligst begonnen werden, ist unerfüllbar, weil die Nachbargrundstücke erst zum 1. Oktober angekauft sind. Wenn also wirklich die Ausarbeitung des Projektes über die Erbauung der Gebäude beschleunigt würde, so könnten wir doch vor dem 1. Oktober mit dem Bau nicht beginnen.

Was die Anfrage des Herrn Jasper betrifft, so ist es richtig, daß Verhandlungen darüber geführt worden sind, ob es angemessen erscheint — ich muß das hier offen aussprechen — solchen Vereinen städtische Turnhallen zu überlassen, die sozialdemokratischen Tendenzen nicht nur huldigen, sondern sie auch betätigen. Bisher hat die Regierung uns in diesem Punkte vollständig freie Hand gelassen und nicht eingegriffen, wie in Preußen, so daß wir es machen konnten, wie wir wollten. Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er das politische Gewissen des einzelnen Mieters nicht nachprüfen kann und es auch für bedenklich erachtet, das bei seinen Mietern zu tun; das läßt sich ebenso wenig durchführen, wie

etwa die Aenderung, die Stadt solle keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigen. Wir haben aber ausdrücklich erklärt, wenn uns nachgewiesen werden kann, daß in unseren städtischen Turnhallen sozialdemokratische Tendenzen betätigt werden, so werden wir den betreffenden Vereinen ohne weiteres das Mietverhältnis kündigen. Das ist unsere Stellung in der Frage, auf der wir auch stehen bleiben werden.

— Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder. —

Herr Jasper: Die Antwort bezieht sich auf Dinge, die ich zwar gegewöhnt hatte, die aber an sich meiner Ansicht nach nichts damit zu tun haben, einen Antrag nicht zu erledigen, der schon monatelang bei dem Magistrat liegt. Ich habe vom Herrn Oberbürgermeister nicht gehört, daß seine Voraussetzung in diesem Falle als Tatsache vorliegt, und ich freue mich, gehört zu haben, daß an der freien Verfügung der städtischen Behörden bisher eine Beeinflussung nicht eingetreten ist und daß jedenfalls der Magistrat eine solche Beeinflussung sich auch nicht gefallen lassen würde. Auch ist bislang wohl nicht nachgewiesen worden, daß den Vereinen gegenüber eine andere Haltung vorliegt wie bisher. Es handelt sich hier um einen Arbeiter-Turnverein, der allerdings zum großen Teile aus Sozialdemokraten bestehen wird, jedoch ist es nicht richtig, daß dort auch Politik getrieben sein soll.

Herr Stadtrat Wagner: Daß der Antrag der freien Turnerschaft auf Ueberlassung einer neuen Turnhalle für die Frauenabteilung so lange liegen geblieben ist, erklärt sich daraus, daß uns vom Herzoglichen Staatsministerium bekanntgegeben war, es würde eine allgemeine Verfügung über die Benutzung der Turnhallen erlassen werden. Es schien uns daher nicht angebracht, die neue Vergebung einer Turnhalle auszusprechen, ehe wir diese Verfügung kannten. Die Sache ist aber jetzt erledigt und der Verein wird baldigst eine Antwort erhalten.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem Wunsche der Baukommission gutgeheißen.

## XII. Antrag Kalms: Anbringung von Feuermeldern an sämtlichen Schulen.

Der in der Sitzung vom 12. März d. Js. — Seite 543 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, der Frage näher zu treten, daß sämtliche Schulgebäude der Stadt, staatliche, städtische und auch private, mit einem Feuermelder versehen werden.“

Herr Wolters: Die Baukommission hat sich auf den Standpunkt des Herrn Kalms gestellt und stimmt dem Antrage zu, und auch der Magistrat hat erklärt, daß er einem etwaigen zustimmenden Beschlusse der Versammlung beitreten würde. Praktisch wird sich die Sache so gestalten, daß die in der Nähe von Schulgebäuden angebrachten Feuermelder nach dem betreffenden Schulgebäude verlegt werden. Dabei ist besonders hervorgehoben worden, daß bei dem etwaigen Ausbruche eines

Feuers in der Schule selbst durch die Anbringung eines Feuermelders am Schulgebäude die Gefahr natürlich nicht beseitigt werden soll, sondern daß dabei die Hauptsache ist, die Entleerung der Gebäude in Ruhe und Ordnung stattfinden zu lassen. Aus diesem Grunde sind auch schon seit längerer Zeit Proben in den Schulen abgehalten und es wird auch noch weiter geschehen, um eine ruhige Entleerung der Schule in Feuergefährdung herbeizuführen. Die Kommission empfiehlt hiernach, dem Antrage beizutreten.

Herr Esdorn: Bezüglich der schnellen Entleerung der Schulen möchte ich anregen, die Türen in den Schulen sämtlich nach außen aufgehen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ueber diese Frage hat die städtische Bauverwaltung bereits einen eingehenden Bericht erstattet, der zunächst vom Schulvorstande einer näheren Prüfung zu unterziehen sein würde. Es handelt sich dabei nicht nur um eine in zahlreichen Fällen erforderlich werdende Aenderung an den Haustüren, sondern auch — und das ist das wichtigste von allem — an den Klassentüren, denn ein großer Teil der Schulen ist so gebaut, daß ein Verschließen der Haustür kein Unglück im Gefolge haben könnte, weil die Kinder so viel Turnen gelernt haben, um im Notfalle aus den Fenstern der unteren Etage springen zu können. Jedenfalls wird die Frage in nächster Zeit zur Entscheidung kommen und den Herren darauf eine Vorlage zugehen.

Wegen der Feuermelder möchte ich bemerken, daß die Kosten der Verlegung der Feuermelder, selbst wenn man für erforderlich halten sollte, an sämtlichen Schulen neue Feuermelder anzubringen, nicht allzu hoch sein würden, da sie sich für 25 Schulen auf 6600 M. stellen werden. Es ist immerhin eine Ausgabe, aber bei den großen Summen, die wir für das Feuerlöschwesen ausgeben und ferner mit Rücksicht darauf, daß wir ohne Frage die Feuerficherheit der Schulen dadurch heben und das Leben der Kinder mehr sichern, werden die städtischen Behörden ein solches Opfer gern bringen. Die Frage soll also geprüft werden und es wird den Herren eine Vorlage zugehen.

Herr Wolters: Persönlich würde ich empfehlen, die 6600 M. dem Magistrate schon heute zur Verfügung zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist besser, wir bringen eine besondere Vorlage ein. Man muß die Verhältnisse in jedem Falle an Ort und Stelle prüfen, und wenn in unmittelbarer Nähe der Schule schon ein Feuermelder ist, so nehmen wir ihn dort weg und legen ihn an die Schule.

Nachdem Herr Wolters seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird der Antrag der Kommission genehmigt.

### XIII Erklärung der Waterloostraße zur Ortsstraße.

Dem Antrage des Magistrates, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Waterloostraße in ihrer ganzen Ausdehnung Moonstraße—Karlstraße zur Ortsstraße erklärt werde,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, zu.

### XIV. Plattenbelag auf einem Teile der Frankfurter- und der Weststraße.

Auf Anregung einiger Anlieger beantragt der Magistrat, den Fußweg der Frankfurterstraße vom Eingange zur Lutherschen Fabrik bis zur Weststraße und der letzteren vor den Gilleischen Grundstücken mit Platten zu belegen. Die Kosten stellen sich auf 1750 M für die Frankfurter- und 375 M für die Weststraße, wovon die Stadt 200 M zu tragen haben würde. Der Magistrat ersucht, das Projekt gutzuheißen und sich mit dessen Ausführung einverstanden zu erklären.

Die Baukommission läßt durch Herrn Meyerhoff anheimgeben, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Wesemeier: Ich möchte den Magistrat fragen, ob es angeht, daß das Trottoir im Geiershagen in Ordnung gebracht wird. Dort ist ein Stück auf städtischem Gebiet und zwar auf dem Plage hinter der Brücke mit Platten belegt worden, die wahrscheinlich durch Kinder losgemacht sind. Die Folge davon ist, daß in dem Trottoir Löcher entstanden sind. Dieser gefährliche Zustand muß ebenso wie ein ähnlicher Zustand an der Ecke des Nickelntulkes beseitigt werden.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

### XV. Badeanstalt für das weibliche Geschlecht.

In Gemäßheit des in der Sitzung vom 25. April 1907 — Seite 21 des Berichtes — genehmigten Magistratsantrages, betreffend die Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs einer Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht, hat der Magistrat einen solchen herstellen lassen. Dieser Entwurf sieht die Errichtung der Baulichkeiten der Anstalt auf dem jetzt unbenuzten städtischen Gelände des alten Flußwasserwerkes zwischen den dort gelegenen Filtern und dem westlichen Umflutgraben und die Anlegung des Schwimmbassins teilweise in dem letzteren vor und hat die volle Billigung des Magistrates gefunden. Da indessen noch nicht zu übersehen ist, ob etwa das Bahnhofprojekt auf die Ausgestaltung der Badeanstalt Einfluß haben wird, so hält es der Magistrat für zweckmäßig, die Erbauung des mit vorgesehenen Verwaltungs- und Abortgebäudes auszusetzen. Die Verwaltungsräume könnten dann einstweilen in einem Teile der sehr umfangreich projektierten Aus- und Ankleideräume provisorisch untergebracht werden, und ebenso ließe sich

ein leichter Bau als provisorisches Abortgebäude aufführen. Sobald hinreichende Klarheit über das Bahnhofersprojekt besteht, kann dann zur Ausführung des Verwaltungs- und des Abortgebäudes geschritten werden. Die Kosten stellen sich anschlagsmäßig für das ganze Projekt auf 63 000 M. Diese Summe wird sich, wenn von der sofortigen Errichtung des Verwaltungs- und des Abortgebäudes abgesehen wird, um etwa 15 000 M ermäßigen, so daß sich die Gesamtkosten einstweilen auf 48 000 M belaufen, also um 14 000 M hinter der im Extraordinarium für 1908/09 vorgesehenen Summe zurückbleiben werden.

Der Magistrat gibt sich auch der bestimmten Erwartung hin, daß die Verunreinigung des Okerflusses durch Abwässer aus dem Gebiete des Staatsbahnhofes zur Zeit der Fertigstellung der Badeanstalt ausgeschlossen sein wird. Es wird anheimgegeben, der Ausführung der Badeanstalt für das weibliche Geschlecht nach Maßgabe des vorgelegten Projektes 1a zuzustimmen.

Herr Frühling: Die Baukommission ist ebenfalls der Ansicht, daß das Verwaltungs- und das Abortgebäude vorläufig nicht ausgeführt werden. Im übrigen stimmt das definitive Projekt mit dem Vorprojekt vollständig überein, so daß seitens der Baukommission besondere Bemerkungen nicht daran zu knüpfen sind. Bezüglich des Absperrgitters wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß es nicht bis auf den Boden heruntergeführt werden möchte und die einzelnen Latten nicht so sehr eng aneinander genagelt würden, damit ein guter Wasserdurchfluß stattfinden kann.

An der Veranschlagung würden sich dadurch wohl einige Kosten ersparen lassen, jedoch hat die Baukommission davon abgesehen, etwas an dem Kostenanschlage herabzusetzen und beantragt demzufolge, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Gleichzeitig wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Ausführung der Anstalt so bald wie möglich in die Wege zu leiten. Die Ausführung hängt davon ab, daß die Entwässerung des Eisenbahngeländes vorher beendet sein wird. Wir haben den Wunsch geäußert, daß die Arbeiten so beschleunigt werden möchten, um die Anstalt mit der Fertigstellung der Entwässerung des Eisenbahngeländes dem Betriebe übergeben zu können, damit sie tunlichst im Sommer noch in Benutzung genommen werden kann.

Mit diesem Wunsche empfehlen wir die Annahme der Magistratsvorlage.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## XVI. Verlegung eines Kabels.

Nach Mitteilung der Herzöglichen General-Hofintendantur soll das Herzogliche Residenzschloß mit elektrischer Beleuchtung versehen und zu dem Ende ein von der Kraftstation im Theaterpark zu speisendes unterirdisches Kabel vom Herzöglichen Hoftheater bis zum Eingang des Schloßgartens am Ostende des Steinwegs verlegt werden. Die städtische Bauverwaltung empfiehlt, die Genehmigung zu der Benutzung des städtischen Straßenterrains an folgende Bedingungen zu knüpfen: Die

Verlegung des Kabels und die hierdurch erforderlich werdende Wiederinstandsetzung der Straßenbefestigung sind auf Kosten der Herzoglichen General-Hofintendantur unter Aufsicht der städtischen Bauverwaltung auszuführen. Verlegungen des Kabels, die durch neue städtische Anlagen, wie Kanal-, Gas- und Wasserrohre usw., nötig werden, hat Herzogliche General-Hofintendantur auf Anfordern ebenfalls auf ihre Kosten vornehmen zu lassen.

Nachdem letztere erklärt hat, diese Bedingungen erfüllen zu wollen, wird die Versammlung ersucht, der Genehmigung der beantragten Kabelverlegung unter den angeführten Bedingungen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, geschieht.

## XVII. Anfrage Rieke: Durchbruchprojekt Schützenstraße—Langestraße.

Herr Rieke: Zur Begründung meiner Anfrage: „Bis zu welchem Stadium ist bis jetzt das Durchbruchprojekt Schützenstraße—Langestraße gefördert?“ möchte ich nur folgendes anführen: Seit Annahme meines Antrages in der Sitzung vom 12. September v. J. — Seite 202 des Berichtes — ist schon eine ziemliche Zeit ins Land gezogen, ohne daß man von der Verfolgung des Beschlusses etwas hört. Um über den Stand der Angelegenheit Kenntnis zu erhalten, habe ich die Anfrage gestellt.

Herr Bürgermeister Meyer: Nachdem das Ersuchen der Versammlung an den Magistrat gelangt war, hatten wir zunächst Verhandlungen mit den Anliegern angeknüpft, die in erster Linie hierbei in Betracht kamen. Von den städtischen Behörden ist bislang niemals eine bestimmte Straßenlinie als diejenige bezeichnet worden, die als Durchbruchlinie genommen werden soll, sondern es ist geschwankt worden zwischen der Verlängerung der Schützen- und der Gördeningerstraße. Damals sind besondere Verhandlungen gepflogen wegen eines Straßendurchbruchs an der ersteren Stelle, wobei zunächst die Frau Leunert, Hintern Brüdern 23, und der Eigentümer des dos à dos Grundstücks an der Langestraße in Betracht kamen. Beide hatten sich bereit erklärt, ihre Grundstücke der Stadt zu überweisen. Das betreffende Material ist der städt. Bauverwaltung zur weiteren Verarbeitung überwiesen worden, jedoch ist das Projekt noch ausstehend. Nachdem Frau Leunert verstorben war und ihr Erbe das Grundstück der Stadt zum Kauf angeboten hatte, habe ich Veranlassung genommen, die städt. Bauverwaltung an die Erledigung der Verfügung des Magistrates zu erinnern. Ich darf also annehmen, daß eine Klärung der Sache bevorsteht.

# XVIII. Geschäftsordnungsdebatte.

Herr Ribbentrop: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob mit Rücksicht auf die noch frühe Stunde vielleicht die Straßenpolizeiordnung noch durchberaten werden kann.

Vorsitzender: Das wird nicht mehr möglich sein, weil der Herr Referent mich gebeten hat, gehen zu können.

Herr Meyerhoff: Wir haben heute im Laufe der Sitzung ein ziemlich leeres Haus bekommen, was ich dem Umstande schuld gebe, daß zu Beginn eines Quartals eine Sitzung anberaumt worden ist. Ich möchte dringend ersuchen, in Zukunft um die Quartalswende herum keine Sitzung anzusetzen, da dann jeder reichlich im Hause zu tun hat.

Vorsitzender: Mir geht es ebenso, jedoch befanden wir uns diesmal in einer Zwangslage. Ich hatte die Sitzung auf heute vor acht Tagen anberaumt, da lag aber so viel Material im Landtage vor, daß der Herr Oberbürgermeister und ich nicht zur Sitzung der Stadtverordneten hätten erscheinen können. In Zukunft soll jedoch nach Möglichkeit Rücksicht auf den ausgesprochenen Wunsch genommen werden.

Herr Oberbürgermeister Kietemeyer: Gestatten Sie, daß ich noch zu einer anderen Sache das Wort nehme. Am 13., 14. und 15. d. Mts. wird hier in Braunschweig der Verbandstag der akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands abgehalten werden. An den Magistrat ist vom Vorsitzenden des Verbandes hierzu eine Einladung ergangen, die gleichzeitig für die Herren Stadtverordneten mit bestimmt ist. Aus den Zeitungen ist schon bekannt geworden, welche Festlichkeiten veranstaltet werden sollen, und ich möchte bitten, daß diejenigen Herren, die an den Veranstaltungen teilnehmen wollen, dem Magistrat hiervon Mitteilung machen, worauf der Magistrat das weitere veranlassen wird.

Der Herr Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung.

Dauer von 4 bis nach 7 Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. April 1908.

### Tagesordnung:

I. Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Fortsetzung) . . . . .	Seite 34
II. Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße . . . . .	" 58
III. Verlängerung des Wasserhauptrohrs auf der Nordstraße . . . . .	" 64
IV. Herrichtung eines Grundstücks zu Zwecken der Hilfschule . . . . .	" 65
V. Ortsstatut über den Betrieb von Kinematographentheatern . . . . .	" 68
VI. Gesuch um Förderung der Luftschiffahrten . . . . .	" 71
VII. Kanalanschluß eines Bahnhofes der Landesbahn . . . . .	" 72
VIII. Erhöhung von Armenbezügen . . . . .	" 72

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Födel.

Entschuldigt die Herren Esdorn, Ronegen, Lübke, Ohlendorf und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt der Versammlung zunächst bekannt, daß der Antrag Esdorn, betreffend die bessere Bewirkung der Stadt, jetzt so weit geklärt sei, daß die Verhandlung darüber bald stattfinden



könne. Es liege in der Sache eine Mitteilung der Herzoglichen Polizeidirektion vor, die der Statutenkommission überwiesen werde. Auch die Anträge wegen der Lohnerhöhungen könnten in der nächsten Sitzung zur Beratung gestellt werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Aenderung der Straßenpolizeiordnung. (Fortsetzung.)

Herr Boge (als Berichterstatter der Statutenkommission): Zu dem in der Sitzung vom 6. Februar d. Js. durchberathenen Teile der Straßenpolizeiordnung sind noch einige Nachträge zu machen.

Zunächst sind in der „Einleitung“ die Eingangsworte: „In Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizei-Direktion und“ zu streichen, weil diese Zustimmung nach den Landesgesetzen nicht erforderlich ist.

Zum § 15 war angeregt worden, Langholztransporte außer vom Führer des Wagens noch von einer zweiten Person begleiten zu lassen, die Fassung der Bestimmung aber dem Magistrate zu überlassen. Der Magistrat hält es indessen für richtig, die Fassung hier festzulegen. Die Kommission schlägt daraufhin vor, als Absatz 2 und 3 dem § 15 zuzusetzen:

„Alle mit Langholz beladenen Wagen müssen während der Dunkelheit (vergl. § 11) außer vom Führer von einer zweiten Person begleitet werden, welche hinter dem Wagen an den Wipfelenden der Hölzer einherzugehen und eine hell leuchtende Laterne zu tragen hat.

Eine zweite Person muß auch bei Tage neben dem Wagen an den Wipfelenden einhergehen, wenn der Gegenstand der Ladung die Gefahr des Schleuderns oder Wippens nicht ausschließt.“

Die Einschränkung am Schlusse des zweiten Absatzes ist auf Wunsch hiesiger Zimmermeister und ähnlicher Gewerbetreibender mit Rücksicht darauf gemacht worden, daß bei dem Transport von Langholz, das schon bearbeitet und nicht allzulang mehr ist, die zweite Person bei Tage fortfallen kann. Die Kommission hat geglaubt, diesem Wunsche Rechnung tragen zu sollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte auch meinerseits bitten, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Die Aenderung enthält wohl eine gewisse Abschwächung des früheren Beschlusses der Versammlung — Seite 386 bis 388 des Berichtes — jedoch wird durch die hier vorgeschlagene Fassung das, was Herr Mohr damals mit seinem Antrage bezweckt hat, auch vollkommen erreicht. Die Baugewerkeninnung, die Handwerkskammer und die Handelskammer haben recht dringend gebeten, von jeder weiteren Erschwerung, die nicht einem wirklichen Bedürfnisse entspreche, abzusehen.

Die Aenderung wird genehmigt.

Herr Voge: Zum § 67 ist nachträglich eine besondere Magistratsvorlage gekommen, die lautet:

„Die berechtigten Klagen über die aus der Aufstellung der mit Hausmüll gefüllten Gefäße auf den Fußsteigen der Straßen entstehenden Nachteile haben der Straßenreinigungsdeputation Anlaß gegeben, an den Magistrat den Antrag zu richten, zu gestatten, daß in einem bestimmten Fuhrbezirke die Müllgefäße versuchsweise durch das Begleitpersonal der Abfuhrwagen aus den Grundstücken herausgeholt und nach ihrer Entleerung wieder dorthin zurückgebracht würden. Der Magistrat hat diese Erlaubnis gern erteilt und hofft auf ein Gelingen des Versuchs, weil eine gründliche Abstellung der bei dem jetzigen Abfuhrsystem in Erscheinung tretenden Widerwärtigkeiten allerdings nur bei einem Belassen der Müllgefäße im Grundstücke erwartet werden kann. Eine nicht unwesentliche Vorbedingung für ein sicheres Gelingen dieser Systemänderung ist indessen, daß den Interessenten die ihnen jetzt durch § 67 der Straßenpolizeiordnung zugestandene Freiheit, „die Müllgefäße auf den Fußwegen aufzustellen“, entzogen wird. Um die Möglichkeit dieser Entziehung zu schaffen, empfiehlt es sich, dem § 67 der Straßenpolizeiordnung etwa folgenden Zusatz zu geben:

Die in diesem Paragraphen eingeräumte Erlaubnis, die Müllgefäße auf den Fußweg zu stellen, kann für einzelne Straßen (auch Teile von solchen) oder für das ganze Stadtgebiet durch übereinstimmenden Beschluß Herzoglicher Polizeidirektion und des Stadtmagistrats entzogen werden.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem § 67 der Straßenpolizeiordnung dieser Zusatz gegeben werde.“

Die Kommission gibt anheim, diesem Untrage zuzustimmen, was geschieht.

Herr Voge: In Gemäßheit des früher zum § 71 gefaßten Beschlusses der Versammlung — S. 389 und 390 des Berichts — schlägt die Kommission vor, dem § 71 folgenden Absatz 2 hinzuzufügen:

„Das betreffende Fahrzeug muß während der Dunkelheit (vergl. § 11) ausreichend beleuchtet sein.“

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Voge: Auch zum § 72 war ein ähnlicher Zusatz beschlossen, den die Kommission in folgender Fassung vorschlägt:

„Das Fuhrwerk muß während der Dunkelheit (vergl. § 11) ausreichend beleuchtet sein.“

Auch diese Fassung wird genehmigt.

Herr Voge: Am Tage nach der vorigen Beratung ist noch eine Eingabe von dem Lotteriekollekteur Bornemann, Raschstraße 37, und einer Anzahl weiterer Bewohner der dortigen Gegend eingegangen, die bezwecken soll, die in § 78 vor-

geschriebene Verpflichtung des Streuens bei Winterglätte von den Grundstückseigentümern auf die Stadt abzuwälzen. Obwohl der § 78 schon von der Versammlung genehmigt worden ist, hat sich die Kommission nochmals damit befaßt, ist aber zu dem Ergebnis gekommen, die Versammlung zu bitten, es bei der alten Fassung zu belassen. Es wird deshalb beantragt, die Eingabe unberücksichtigt zu lassen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Vorsitzender: Aus der Versammlung ist der Wunsch laut geworden, die Straßenpolizeiordnung einer zweiten Lesung zu unterziehen. Nach parlamentarischem Brauch ist es nicht üblich, eine zweite Lesung zu beschließen, nachdem man schon in die erste Lesung eingetreten ist. Es ließe sich aber den Wünschen vielleicht dadurch entgegenkommen, daß ich jetzt, ehe wir weiter fortfahren, nochmals frage, ob noch irgend welche Herren spezielle Wünsche bezüglich der bereits durchberatenen Paragraphen haben. Es wird dadurch allerdings der wunderliche Zustand geschaffen, daß wir einen Paragraphen, den wir bereits beschlossen haben, nochmals in den Kreis unserer Beratung ziehen. Die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens halte ich für zweifelhaft, will aber den betreffenden Herren gern Gelegenheit geben, nochmals dazu das Wort zu nehmen. Die Kommission hat soeben dasselbe getan, ich sehe deshalb nicht ein, warum das nicht geschehen kann.

Herr Voge: Die Kommission hat sich nur mit solchen Bestimmungen früherer schon durchberatener Paragraphen befaßt, deren Wortlaut der Magistrat festlegen sollte, während der Magistrat bei der Wichtigkeit der Sache sich veranlaßt gesehen hat, den Wortlaut von der Kommission festlegen zu lassen.

Vorsitzender: Das Verbot des Aufstellens der Gefäße auf den Straßen halte ich für etwas neues. Ich möchte nun fragen, ob wir Herrn Meyerhoff noch das Wort geben sollen? Es erfolgt kein Widerspruch, ich erteile daher Herrn Meyerhoff das Wort.

Herr Meyerhoff: Im § 56 ist vorgeschrieben, wie die Viehwagen beschaffen sein sollen. Aus den Kreisen der Viehhändler und Schweineschlächter ist mir mitgeteilt worden, daß eine Seiteneinfriedigung der zur Beförderung von Vieh benutzten Fuhrwerke bis zur Höhe von 75 cm bei dem Transport von Schweinen in der heißen Jahreszeit für die beförderten Tiere gefährlich werden könne. Die Interessenten ersuchen, den Schweinewagen eine sogenannte durchbrochene Umfriedigung geben zu können, vielleicht von Draht oder dergleichen, namentlich aber die Seiteneinfriedigung nicht so hoch vorzuschreiben, damit die Luft an die Tiere kommen kann. Die Herren befürchten, daß sie bei einer so hohen Einfriedigung Nachteile haben können, indem die Tiere leicht trepieren. Es wird von ihnen vorgeschlagen, die Einfriedigung höchstens 30 cm hoch anzuordnen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, die einmal beschlossene Fassung beizubehalten. Es will mir scheinen, als ob die

beteiligten Kreise übersehen haben, was durch den § 56 zum Ausdruck gebracht wird. Wenn dort gesagt ist, daß die Seiteneinfriedigung der Fuhrwerke bis zur Höhe von 75 cm so geschlossen sein müsse, daß die Tiere während der Beförderung nicht durchtreten können, so schließt das nicht aus, die Seitenwände mit runden Öffnungen und dergl. zu versehen, damit die Luft ungehindert durchstreichen kann. Durch die Vorschrift soll nur verhindert werden, daß die Tiere durchtreten können. Eine durchbrochene Einfriedigung von Draht würde ich für außerordentlich mangelhaft halten, ebenso eine geschlossene Einfriedigung von nur 30 cm Höhe, weil sich dann leicht unliebsame Ereignisse abspielen können.

Herr Meyerhoff: Die Höhe der Einfriedigung habe ich nicht vorgeschlagen, sondern nur die Ansicht der Interessenten hier mitgeteilt.

Vorsitzender: Es ist gut, daß die Sache hier klargestellt worden ist und ich meine, die Herren werden mit der gegebenen Erläuterung zufrieden sein. Ein Antrag wird nicht gestellt, wir können daher in der voriges Mal bei § 78 abgebrochenen Beratung fortfahren. —

Herr Voge: Zu dem vom Magistrate vorgeschlagenen Wortlaute der §§ 79 bis 82 hat die Kommission nichts zu bemerken.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Bei dem neuen § 81 fehlt die Ueberschrift. Derartige kleine Schönheitsfehler finden sich auch noch an anderen Stellen des Entwurfs. Die Versammlung hat wohl das Zutrauen zu dem Magistrate, daß er diese Ergänzungen vornimmt. (Zustimmung.)

Zum § 83. Herr Voge: Die Kommission schlägt vor, dem § 83 einen zweiten Absatz folgenden Wortlauts zu geben:

„Er hat ferner für ordnungsmäßige Unterhaltung der Gassenbrücken zu sorgen und die darauf bezüglichen Anweisungen des Stadtmagistrates zu befolgen.“

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Herr Voge: Zu den §§ 84 bis 93 findet sich nichts zu erinnern. Zum § 94 schlägt die Kommission vor, das Ausklopfen von Teppichen nicht von 7 bis 11 Uhr, sondern von 8 bis 11 Uhr vormittags zu gestatten, im übrigen aber den § 94 anzunehmen. Die Mehrheit der Kommission hielt es für richtig, die Erlaubnis namentlich mit Rücksicht auf die Winterzeit um eine Stunde einzuschränken.

Herr Meyerhoff: Im Absatz 2 der neuen Fassung des § 94 heißt es: „In Vorgärten und auf offenen Balkonen, die an der Straße liegen, sowie aus straßenseitig geöffneten Fenstern hinaus dürfen Teppiche und dergleichen nicht geklopft oder ausgestäubt werden.“ Ich beantrage, „straßenseitig“ zu streichen, denn es ist ganz gleichgültig, wo das Fenster und der Balkon liegt und ob einer darunter durchgeht oder ob er den Schmutz aus der Entfernung bekommt, jedenfalls ist es höchst unsicher und gesundheitschädigend, solchen Staub einatmen zu müssen. Es

ist und bleibt eine Unsitte, auf Balkonen und aus geöffneten Fenstern Sachen auszustäuben, denn wenn Küchen- und Speisekammerfenster darunter liegen, so werden die dort zubereiteten oder aufbewahrten Speisen beschmutzt und unter Umständen gesundheitschädlich gemacht. Deshalb möchte ich statutarisch festgelegt wissen, daß aus Fenstern und auf Balkonen nicht ausgeklopft und ausgestäubt werden darf. Der Absatz 2 müßte deshalb heißen:

„In Vorgärten und auf offenen Balkonen sowie aus geöffneten Fenstern hinaus dürfen Teppiche und dergl. nicht geklopft oder ausgestäubt werden.“

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es erscheint mir zweifelhaft, ob wir eine derartige Bestimmung durch Statut zur Geltung bringen können. Nach der Straße hinaus können wir es wohl verbieten, wenn aber jemand beabsichtigt, auf dem Balkon seines eigenen Grundstücks Teppiche zu klopfen, so möchte ich wissen, wer ihn daran hindern kann. Die Unverletzlichkeit des Eigentums ist durch die Verfassung gewährleistet und dagegen können wir mit keinem Statute ankämpfen. Wenn das trotzdem geschähe, so würden wir höchstwahrscheinlich zu hören bekommen es wäre nicht angängig. Wird ein Grundstück von mehreren Familien bewohnt so kann das Teppichklopfen usw. auf dem Balkon allerdings zu Unzuträglichkeiten führen, ja selbst auch dann, wenn der Eigentümer es allein bewohnt und es kommt ein Fremder auf das Grundstück, der Staub und Schmutz auf den Kopf und in die Augen bekommt, aber ob man derartige Sachen durch Statut regeln kann, soweit es sich um eine Belästigung innerhalb des Grundstücks handelt, erscheint dem Magistrat sehr zweifelhaft.

Herr Möhle: Ich wollte einen ähnlichen Vorschlag machen wie Herr Meyerhoff und muß trotz der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters darauf zurückkommen. Wenn es auch schwer sein mag, zu dieser Sache direkt Anträge zu stellen, so ist die Sache jedenfalls wert, anheimzugeben, ob es nicht möglich ist, in irgend einer Weise Abhilfe zu schaffen. Ich habe in meiner nunmehr sechsjährigen Tätigkeit als Schiedsmann verschiedene Beleidigungsklagen zu bearbeiten gehabt, deren Grundursache das Ausschütten von Teppichen usw. aus dem Fenster gewesen ist. Es handelt sich dabei um eine schenßliche Unsitte, die außerdem auch ekelregend ist, ganz abgesehen davon, daß sie der Schitane Tor und Tür öffnet und zu Beleidigungsklagen häufig Veranlassung gibt.

Ich will Ihnen darüber keinen großen Vortrag halten, aber einige kleine Stichproben seien mir gestattet, um meinen Vorschlag zu begründen. Erst vor ganz kurzer Zeit erschienen ein paar Frauen, die in einem Hause über einander wohnten und auf gespanntem Fuße zu einander standen, so daß die gegenseitigen Reibereien an der Tagesordnung waren. Als eines Tages die unten wohnende Frau einen Topf frischgekochter Wulch in ihr offenes Fenster stellte, ward oben eine Teppich-

vorlage ausgeschüttelt, worauf sich ausgekämmte Haare und sonstiger Unrat auf der Wulst niederließen. Die nötigen gegenseitigen Ehrentitel waren die Folge, aber die Bombe plakte noch nicht. Kurze Zeit darauf hatte dieselbe Frau das Malheur, eine Schüssel mit gekochtem Apfelmus in das offene Fenster zu stellen, als oben eine Decke ausgeschüttelt wurde und Papierschnitzel, Zigarrenasche und derartige Sachen auf das Apfelmus flogen. Jetzt plakte die Bombe, die Ehrentitel gingen los und eine Beleidigungsklage war die Folge.

Ein anderer Fall: Eine Ehefrau hatte die Gewohnheit, sich aus dem Fenster mit den Nachbarn zu unterhalten. Eines schönen Tages huldigte sie diesem Sport wieder, als plötzlich aus dem Fenster über ihr eine Decke abgeschüttelt wurde und Linsen, Steinchen u. dergl. in ihre Haare pflogen. Die Funkentelegraphie war natürlich gleich im Gange.

Solche Sachen könnte ich noch eine ganze Reihe erzählen. Die Sitte des Deckenreinigens aus dem Fenster ist tatsächlich so ekelhaft und scheußlich, daß man suchen müßte, sie zu beseitigen. Was die hier vorgesehenen Bestimmungen betrifft, so kann ich nicht behaupten, daß sie mir sehr sympathisch wären, im Gegenteil sogar sehr unsympathisch. Nicht etwa, daß ich den Vorschriften eine gewisse Berechtigung nicht zuerkennen kann, sondern weil ich ein Feind aller übermäßigen polizeilichen Bevormundung bin, die ich darin erblicken muß, daß in den Interessentenkreis unserer Hausfrauen eingegriffen werden soll, was besser unterblieben wäre. Diese Bestimmung ist indessen ein Glied in der sich weit ausdehnenden Kette der Großstadtkultur, gegen die man sich nicht auflehnen kann. Die Zeit indessen paßt mir nicht, welche hier festgesetzt worden ist. Als ich diesen Paragraphen zuerst las, habe ich im Geiste schon wieder das Fremdengespenst Umgang halten sehen, das nach bekannter Theorie die Fremden nicht her-, oder doch sehr bald wieder wegziehen ließ, weil sie morgens um 7 Uhr schon wieder durch Teppichklopfen in der Nachtruhe gestört wurden. Das hat ja nun die Kommission gestrichen und das ist gut, aber nicht gut ist es, daß sie die Stunden nicht nach oben erweitert hat, denn die Zeit von 8 bis 11 Uhr halte ich entschieden für zu knapp bemessen. (Widerspruch) Der Widerspruch kann mich nicht irre machen. Ich halte die Zeit für zu knapp bemessen nicht für die, welche die Arbeit tun lassen, sondern für die, welche sie tun müssen. Wie viele Frauen und Mädchen gibt es nicht, die durch Uebernahme von Aufwartestellen für sich oder ihre Familien den Lebensunterhalt mit verdienen müssen und die zu diesem Zweck mehrere Stellen haben. Vergewärtigen Sie sich nun folgende Sachlage: Eine solche Aufwärterin hat das Pech, daß ihre drei oder vier Herrschaften sich darauf kapriziert haben, die Arbeit des Teppichklopfens an einem und demselben Tage getan zu sehen, was soll die Aufwärterin tun? Um nicht mit der Polizei in Konflikt zu geraten, ist sie gezwungen, die eine oder andere Stelle schießen zu lassen, wodurch sie aber in ihrem Erwerbe erheblich

geschädigt wird. Wenn andere Leute dadurch wesentlich beßelt werden, würde ich nichts sagen, aber es handelt sich dabei nur um eine Schädigung der Frauen. Aus dem Grunde halte ich die Zeit von 8 bis 11 Uhr für zu knapp bemessen und beantrage in erster Linie, sie von 8 bis 1 Uhr oder aber wenigstens von 8 bis 12 Uhr festzusetzen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Als ich die anschauliche Schilderung des Herrn Stadtverordneten und Schiedsmannes Möhle hörte, war ich gern geneigt, ihm entgegenzukommen; mich überraschte indessen der Widerspruch, in dem er sich befindet, indem er den zweiten Absatz verschärft, den ersten aber abgeschwächt sehen möchte. Da es sich hier um Teppiche handelt, so kam er mir vor wie Penelope, die am Tage ein Muster webte und es nachts wieder auflöste. Ich glaube, die verehrte Penelope-Möhle ist nicht so geeignet zur Geseßgebung, wie die Statutenkommission, und ich möchte den Vorschlag der Kommission, die Klopfstunden um die Zeit von 7 bis 8 Uhr einzuschränken, unterstützen, weil ich weiß, daß gerade in dieser Stunde zur Sommerzeit manche Familie, die dann ihren nach der Gartenseite gelegenen Balkon zur Einnahme des Frühstücks benutzt, durch das Teppichklopfen gestört werden würde. Ich glaube, Herr Möhle sieht zu schwarz, wenn er glaubt, es könnte die Tätigkeit der Ausgeherinnen durch die Festsetzung der Zeit des Teppichklopfens auf die Stunden von 8 bis 11 Uhr behindert werden, zumal wenn man bedenkt, daß auch noch 4 Stunden am Sonnabend nachmittag dazu freigegeben sind. Da die Herrschaften außerdem ihre Teppiche an verschiedenen Tagen klopfen lassen können, so wird sich das schon machen. Es ist auch noch ein anderer Umstand für meine Stellungnahme maßgebend. Herr Möhle gab vorhin eine niedliche Schilderung von Zwistigkeiten, die sich in verschiedenen Haushalten durch das Ausstäuben von Decken usw. entwickelt haben, die sich aber durch die von ihm gewünschte Milderung nicht verhindern lassen würden, denn nicht nur durch das Ausklopfen von Teppichen kann etwas Drachengift in die Milch der frommen Denkart von zwei Nachbarinnen geraten. Bekanntlich entwickelt sich meist eine lebhaftere Unterhaltung der Dienstboten beim Teppichklopfen, die das Geschäft verlängert, und hierzu die Hand zu bieten, haben wir keine Veranlassung gehabt, wir müssen vielmehr sehen, daß das Geschäft möglichst abgekürzt wird.

Herr Fröhling: Es würde zu weit gehen, wenn wir verbieten wollten, daß auf den rückwärts gelegenen Balkonen Teppiche geklopft werden dürfen. Da sehr häufig an Wohnhäusern für einzelne Familien sogenannte Wirtschaftsbalkone vorgesehen werden, so kann man nicht ohne weiteres verbieten, diese Balkone ihrem Zweck entsprechend zu benutzen. Das würde in zulässiger Weise in die Rechtssphäre der Besitzer eingreifen. Das Klopfen von Decken aus dem Fenster heraus ist an sich eine Unsitte. Wenn indessen in einem Hause mehrere Mieter

vorhanden sind, die dadurch belästigt werden, so kann der Unsitte viel eher durch Vorschriften des Vermieters abgeholfen werden, als durch polizeiliche Verbote, die in eine fremde Rechtsphäre eingreifen, bei der wir nicht zuständig sind.

Herr Sander: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff, denn ich halte es für wünschenswert, sogar für notwendig, daß in dieser Sache ein Gesetz oder Statut erlassen wird. Die Möglichkeit dazu ist auch vorhanden, da man ebenso gut, wie man gegen Geräusch, Geruch, Belästigung durch Rauch usw. Gesetze oder Statuten gemacht hat, auch eine derartige Belästigung verbieten kann. Bei der heutigen Bauart, wo zu jeder Wohnung möglichst hinten und vorn ein Balkon gebaut wird, ist eine Regelung dieser Sache wirklich nötig. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Frühling, daß die Balkone gebaut werden, um Teppiche darauf zu klopfen, sondern ich meine, man will dort die frische Luft genießen. Ich habe nach meinem Garten hinaus 16 Balkone, wenn da das Teppichklopfen angeht, so fliegen die Staubwolken über die ganze Straße weg und bilden eine arge Belästigung der Anwohner und Passanten. So geht es auch vielen anderen Hauseigentümern. Daß letztere das Klopfen auf den Balkonen durch Vorschriften inhibieren sollten, ist sehr schwierig. Wer unsere heutigen Wohnungsverhältnisse kennt, der weiß, daß noch kein Mangel, sondern eine große Ueberproduktion an Wohnungen vorhanden ist und daß sich kein Vermieter erlauben wird, derartige Beschränkungen in den Mietvertrag hineinzubringen. Jeder ist froh, wenn er seine Wohnungen vermietet und er nimmt solche Belästigung mit in Kauf; wenn die Frage aber durch Statut geregelt wird, so wäre die Belästigung sofort aus der Luft geschafft. Wenn also die Möglichkeit der statutarischen Regelung dieser Materie vorliegt, so bitte ich, eine entsprechende Bestimmung in das Statut aufzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß wir Bestimmungen haben, die Herrn Sander zu der Annahme veranlassen, es könnte die von Herrn Meyerhoff beantragte Fassung des Statuts gutgeheißen werden. Was zunächst die Belästigung durch Gerüche anbetrifft, so beruhen die betreffenden Vorschriften auf Gesetz, sei es das B. G. B. oder die Bauordnung; es ist dagegen also nichts einzuwenden. Die Vorschriften über die Belästigung durch Rauch haben auch insofern einen anderen Charakter, als sie nur da anzuwenden sind, wo die Belästigung von einem Grundstücke zum anderen hervorgerufen wird. Das Verbot, Geräusch zu verursachen, beruht auf einer Gesetzesvorschrift, die dahin geht, daß nicht unnützerweise innerhalb eines Grundstücks Geräusch verursacht werden darf mit der Wirkung, daß die Bewohner anderer Grundstücke belästigt werden. Es muß dabei also das Moment der Öffentlichkeit in den Vordergrund treten. Hat jemand ein Grundstück mit 16 Balkonen zu vermieten, so wird seine Aufgabe allerdings wesentlich erleichtert, wenn er die Sache



nicht seinerseits durch Mietverträge zu regeln braucht, sondern wenn er sagen kann: sofern Ihr auf den Balkonen ausklopft, so kommt die Polizei und Ihr werdet zur Verantwortung gezogen. Der Gedanke ist wohl richtig, aber es ist dabei zu berücksichtigen, ob solche Vorschrift sich mit dem Gesetze vereinbaren läßt, und ich komme nicht darüber weg: innerhalb meines Grundstücks kann ich tun und lassen, was ich will, soweit mir nicht dies und jenes durch das Gesetz verboten wird. Hier aber verbietet das Gesetz nichts. Der Wahlspruch des Engländers: mein Haus ist meine Burg, gilt auch hier. Soweit nicht das Gesetz einen anderen ermächtigt, hineinzureden, habe ich allein auf meinem Grundstücke zu sagen. Wenn sich die Herren auf die Fälle beschränken, wo jemand sein Grundstück vermietet und dadurch zu einem öffentlichen macht, so ließe sich vielleicht darüber reden, wenn Sie aber einfach sagen, von Balkonen darf nicht ausgestäubt werden und Sie würden damit auch dem Manne, der sein Grundstück allein bewohnt, das nicht erlauben wollen, so führt das zu weit. Mir scheint es sogar zweifelhaft, ob solche Vorschrift für Grundstücke erlassen werden darf, die mehrere Mieter mit bewohnen. Wenn Sie solche Bestimmung in das Statut aufnehmen, so wird sich der Magistrat mit der Frage befassen, obwohl der Erlaß des Statuts dadurch möglicherweise um einige Monate verzögert werden kann.

Herr Fricke: Ich möchte zu dem Vorschlage des Herrn Möhle einen Vermittlungsvorschlag machen, indem ich beantrage, die Zeit des Teppichklopfens für den Sommer von 7 bis 11 Uhr und für den Winter von 8 bis 12 Uhr festzusetzen. Ich habe erlebt, daß in der Nachbarschaft eines Schwerkranken das Teppichklopfen im Winter des Morgens um 7 Uhr losgegangen ist, bei welcher Gelegenheit der Arzt bemerkte, das müßte verboten werden.

Herr Sander: Die Gründe des Herrn Oberbürgermeisters muß ich als richtig anerkennen; aber es werden durch das Ausklopfen der Teppiche nicht allein die Mieter und der Besitzer des betreffenden Grundstücks, sondern auch die Nachbarschaft belästigt. Der Staub pflegt weit über die Grenze des Grundstücks hinauszugehen, so daß also auch die Nachbarn geschädigt werden. Deshalb sind die Gründe, die der Herr Oberbürgermeister für den Rauch und Geruch vorgebracht hat, auch hier stichhaltig. Der Staub geht nicht nur weit über die Grundstücke hinaus, sondern legt sich auch auf die Gartenfrüchte und macht es unmöglich, während der Zeit des Teppichklopfens in seinem Garten zu sitzen oder dort Kaffee zu trinken.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir haben im Magistrate auch die Frage erwogen, ob man nicht für die Sommer- und die Winterzeit verschiedenartige Teppichklopfzeiten freigeben sollte, sind aber davon abgekommen, weil wir uns gesagt haben, diese neue, ziemlich eingreifende Vorschrift werde sich um so

leichter einbürgern, wenn man sie möglichst einfach gestaltet und nicht einen Unterschied zwischen Sommer und Winter macht. Ich will außerdem für meine Person erklären, daß ich bedauern würde, wenn die Zeit von 7 bis 8 Uhr als Klopfzeit anerkannt würde, weil dieses die Zeit ist, während der viele Leute, die einen Balkon oder eine Veranda haben, sich dieses Besitzes in ungetrübter und unbestäubter Muße erfreuen möchten.

Was den Wunsch des Herrn Sander betrifft, so würde nach einem Erkenntnisse des Kammergerichtes in Berlin solche Bestimmung unzulässig sein, indem das Kammergericht auf dem Standpunkte steht, es könne eine derartige Bestimmung überhaupt nicht getroffen werden, es müßte sich sonst um einen klimatischen Kurort oder um einen Badeort handeln, was man von Braunschweig zurzeit noch nicht sagen kann. In den Urteilen unseres Oberlandesgerichtes habe ich eins gefunden, das auf die Nerven der Nachbarschaft Rücksicht nimmt; die Nerven kommen hierbei aber nicht in Frage, sondern es handelt sich um Reinlichkeits- und Ordnungsvorschriften innerhalb des Privatgrundstücks, und die Regelung derartiger Fragen gehört nicht in die Straßenpolizeiordnung hinein, denn wo ist dabei irgend eine Beziehung zur Straße vorhanden? Ich möchte also bitten, es bei dem Antrage der Statutenkommission bewenden zu lassen, und ich möchte auch den Mieter sehen, der unvernünftig genug wäre, deshalb nicht in ein Haus von Herrn Sander zu ziehen, weil er auf dem Balkon seine Teppiche nicht klopfen darf.

Herr Meyerhoff: Ich sehe nicht ein, weshalb es nicht gehen soll, eine entsprechende Vorschrift zu erlassen. Herr Sander hat schon angeführt, so gut wie gegen eine Rauch-, Ruß- und Schall-Belästigung muß ich mich auch gegen eine Staubbelästigung schützen können. Die Stadt verbittet sich solche Belästigung in den Vorgärten, aber der geehrte Nachbar soll sie sich gefallen lassen. (Widerspruch.) Wenn gesagt wird, der Hausbesitzer könne für seine Mieter entsprechende Vorschriften erlassen, so ist das ein zweischneidiges Schwert. Ich persönlich kann über meine Mieter keine Klagen führen, aber Herr Möhle hat schon schöne Beispiele von Belästigungen und Schikanen angeführt, die bei dem Mangel entsprechender Vorschriften passieren. Da solche Uebeltaten immer wieder geschehen werden, wenn man als Wirt keine Mittel hat, sie zu hindern, so gibt es in dieser schönen Sache für Rechtsanwälte und Gerichte stets viel zu tun. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, am Schlusse des zweiten Absatzes hinzuzufügen: „sondern diese Arbeiten haben zu ebener Erde zu geschehen“. (Widerspruch) Ich bin nicht der Meinung des Herrn Frühling, daß ein Balkon dazu da ist und daß er das Teppichklopfen erleichtern soll. Auf dem Sandwege steht ein Haus mit vielen Balkonen; wenn hier bei stadtseitigem Winde Teppiche geklopft werden und Herr Löhnesfink sitzt in seinem Vorgarten, so wird er dadurch erheblich belästigt. In diesem Falle würde allerdings die Polizei das Klopfen verbieten können, weil die Balkone nach der

Straße zu liegen, aber was sagen die Nachbarn, wenn auf den rückseitig gelegenen Balkonen geklopft wird? Bei dem Nachbarhause des Herrn Frühling liegen die Verhältnisse ebenso. Ich möchte bitten, diesen Antrag eingehend zu prüfen und möglichst anzuordnen, daß das Teppichklopfen nur zu ebener Erde geschehen darf.

Herr Bluth: Ich möchte bei dieser Gelegenheit für die Kranken eintreten, wie das Herr Friede auch schon getan hat. Es ist eine Tatsache, daß viele Kranke nachts keine Ruhe haben und erst gegen Morgen einschlafen, und dieser Grund ist wohl für die Kommission bei ihrem Antrage ausschlaggebend gewesen, solchen Leuten einen gewissen Schutz in den Morgenstunden zu gewähren. Außerdem ist es auch für einen Mann, der geistig tätig sein muß, nötig, daß die Klopferei nicht gar zu lange ausgedehnt wird. Ich möchte daher bitten, die von der Kommission vorgeschlagene Fassung beizubehalten. Man kann indessen Miethäuser vielleicht in der Weise schützen, daß man am Schlusse des zweiten Absatzes sagt: „In Mietwohnungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Mitbewohner nicht belästigt werden.“ Dann werden dadurch die Bewohner von Einfamilienhäusern nicht getroffen. Aus dem Handgelenk kann ich indessen solche Fassung nicht gleich geben.

Herr Leue: In dem Ausklopfen von Teppichen aus dem Fenster hinaus, sei es nach der Straße oder dem Garten hinaus, erblicke ich eine Unsitte, der schon vom hygienischen Standpunkte aus durch ein Verbot entgegengetreten werden müßte. Aber ein solches Verbot gehört nicht in die Straßenpolizeiordnung. Der § 1 lautet: „Die in Beziehung auf Straßen nachstehend erlassenen Vorschriften finden auch Anwendung auf die öffentlichen Plätze, Wall- und Parkanlagen, Brücken und Wege etc.“ Es ist also überall nur von öffentlichen Straßen und Plätzen die Rede, während ein Hof oder Garten kein öffentlicher Platz ist. Eine derartige Bestimmung gehört also wohl in eine Hausordnung oder in ein anderes Statut, nicht aber in die Straßenpolizeiordnung.

Herr Frühling: Zur Richtigestellung habe ich zu bemerken, daß ich nicht gesagt habe, die Balkone seien zum Teppichklopfen da, sondern daß meine betreffende Äußerung dahin ging, es seien in einzelnen Häusern sogenannte Wirtschafts-Balkone angelegt, auf denen solche Arbeiten verrichtet werden sollen und daß man die Benutzung solcher Balkone nicht unmöglich machen dürfe. Im übrigen möchte ich dafür sein, daß wir die Klopffstunden von 8 bis 11 Uhr festsetzen und darin nicht weiter gehen, da ich Herrn Dr. Bluth in diesem Punkte beistimmen muß. Ich habe in letzter Zeit wiederholt gefunden, wie störend es ist, wenn beim Nachbar andauernd über 11 Uhr hinaus das Teppichklopfen betrieben wird.

Herr Bues: Daß es nicht möglich ist, es jedem recht zu machen, zeigt schon diese Debatte. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß durch den Antrag Kalm's schon vorher ziemlich viel Staub aufgewirbelt ist, so kann man sich nicht wundern,

daß heute noch viel mehr aufgewirbelt wird. Herr Wöhle findet den Beginn des Klopfens um 8 Uhr für zu spät, andere Herren finden diesen Zeitpunkt für eine Großstadt zu früh, weil mancher zu spät zu Bette geht. Bis 11 Uhr lassen sich die Klopfarbeiten recht wohl verrichten. Wenn Herr Wöhle meint, die Ausgeherinnen würden durch solche Einschränkung zu sehr geschädigt, so glaube ich kaum, daß es Ausgeherinnen gibt, die morgens drei bis vier Stellen haben; wenn es aber doch einmal der Fall sein sollte, so müssen sie sich die Arbeit danach einrichten. Härten wird es bei Erlaß eines Statuts immer geben.

Den zweiten Absatz des § 94 finde ich wunderschön. Wer wird überhaupt in einem Vorgarten oder einem nach der Straße zu gelegenen Balkon Teppiche klopfen, wenn er dazu hinterwärts genügenden Platz hat? Außerdem lassen sich auf einem Balkon große Teppiche überhaupt nicht klopfen (Widerspruch), denn dazu gehört vor allen Dingen eine besondere Vorrichtung, also eine Stange u. dergl. Da es aber kaum möglich ist, jedem Wunsche gerecht zu werden, so kann auch der ganze Paragraph so bleiben, wie er ist, dann stehen wir uns am besten.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Wenn keine anderen Anträge gestellt werden, so lasse ich über den Kommissionsantrag zuerst abstimmen. Wer ist dafür, daß der erste Absatz des § 94 nach dem Vorschlage der Kommission angenommen wird? — Das ist die Mehrheit. Hiernach darf also nur in der Zeit von 8 bis 11 Uhr morgens und außerdem am Sonnabend Nachmittag von 3—7 Uhr geklopft werden.

Nun kommen wir zu dem zweiten Absätze. Ich halte es für unmöglich, das Klopfverbot auch auf die hinterwärts gelegenen Balkone usw. auszudehnen, weil jeder Gerichtshof solche Vorschrift sofort umwerfen würde. Wer ist für die von der Kommission empfohlene unveränderte Magistratsvorlage? Die Vorlage ist angenommen, so daß der Antrag Meyerhoff wegfällt.

Herr Boge: Zu den §§ 95 und 96 findet sich seitens der Kommission nichts zu erinnern.

Herr Sander: Ich möchte gegenüber Herrn Stadtrat von Frankenberg und Herrn Leue nur bemerken, daß diese beiden Paragraphen sich auch nicht auf die Straße beziehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Das trifft nicht vollständig zu. Die öffentlichen Flußläufe sind hier den Straßen gleichgestellt. Bekanntlich gibt es neben den Lungen, Augen und Ohren auch noch ein sehr wichtiges Sinnesorgan, das ist die Nase, und wer auf der Straße geht, empfindet es sehr unangenehm, wenn sich über ihn üble Düste ergießen. Dem vorzubeugen sind die beiden Paragraphen bestimmt.

Herr Boge: Zu den §§ 97 bis 105 hat die Kommission Einwendungen nicht zu erheben.

Herr Leue: Mir scheint die Fassung des § 105 nicht ganz klar zu sein. Es heißt dort: „Kohlen, Koks und dergl. dürfen beim Abladen weder auf den Bahnen noch auf den Fußwegen gelagert werden. Die Fußwege sind dabei frei zu halten.“ Soll das vielleicht so verstanden werden, daß die Fußwege auch beim Abladen freizuhalten sind? Jedenfalls möchte ich um Aufklärung darüber bitten.

Herr Meyerhoff: Wenn mit der Bestimmung gemeint sein soll, daß Kohlen und Koks nur in Säcken vom Wagen abgetragen werden dürfen, so müßte das Abladen der Kohlen usw. auf die Straße ganz und gar verboten werden. Das würde aber zu Härten führen gegenüber den Bäckern, die zur Heizung ihrer Backöfen fast ausschließlich Braunkohlenbriketts benutzen, die eigentlich beim Hineintragen gar keinen Staub und Schmutz verursachen. Soll vielleicht darunter verstanden sein, daß niemand mehr Kohlen und Koks auf die Straße schütten darf? (Zustimmung.) Dann darf aber nicht gesagt werden: „Kohlen usw. dürfen beim Abladen weder auf den Bahnen noch auf den Fußwegen gelagert werden.“ Unter „Lagern“ verstehe ich, daß die Straße durch die Kohlen längere Zeit in Anspruch genommen werden soll, es müßte dann schon heißen: „Es ist verboten, Kohlen und Koks auf die Straße abzuladen.“ (Widerspruch.) Wenn das auch noch nicht klar genug ist, so könnte man vielleicht folgende Fassung wählen: „Die Beförderung von Kohlen oder Koks vom Fuhrwerk in den Keller hat in Körben oder Säcken zu geschehen.“

Herr Voge: Nach dem Anschreiben des Magistrates soll das Abladen und Aufschütten der Kohlenvorräte auf die Bahnhöfe verboten werden.

Herr Kalms: Was sollen denn in diesem Paragraphen die Worte „und dergl.“ bedeuten? Kann man sich da nicht bestimmt ausdrücken? Es gibt noch Kies, Sand, Stroh usw., die möglicherweise unter „dergl.“ verstanden würden und die dann auch in Behältern abgeladen werden müßten. Wäre es nicht besser zu sagen: „Kohlen und Koks dürfen beim Abladen usw.“ Die vorgenannten anderen Sachen lassen sich nicht so abladen, wie das für Kohlen vorgeschrieben werden soll. Ich möchte beantragen, die beiden Worte „und dergl.“ zu streichen.

Herr Ritter: Ich bin der Meinung, daß der letzte Satz das „und dergl.“ hinreichend deutlich erklärt und daß das Wort „gelagert“ nicht anders gedeutet werden kann, als daß ein Abladen von Kohlen usw. auf die Straße nicht gestattet werden soll.

Herr Voge: Die von Herrn Kalms gewünschte Aenderung ist überflüssig, da die Worte „und dergl.“ durch die Worte „derartiger Brennvorräte“ im letzten Satz des § 105 hinreichend erläutert werden.

Herr Meyerhoff: Ich möchte Herrn Ritter erwidern, daß der Paragraph an Unklarheit leidet. Dieser Passus ist aus der alten Straßenpolizeiordnung herübergenommen, nach der es gestattet war, die Kohlen auf den Fahrdamm zu

schütten und sie über die Fußwege in die Häuser zu schaufeln. Letzteres soll verboten werden, aber das Schütten der Kohlen auf den Fahrdamm ist nach dem Wortlaute dieser Bestimmung nicht verboten. Der Paragraph müßte daher deutlicher gefaßt werden.

Herr Kalms: Ich möchte dem Herrn Referenten gegenüber bemerken, daß man unter „Brennvorräten“ auch Holz versteht, was hier aber nicht getroffen werden soll. Es würde genügen, wenn gesagt würde: „Das Abladen von Kohlen, Koks und Torf“. (Rufe: Grude!)

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann Herrn Kalms darüber beruhigen, daß „Holz“ hier nicht mit gemeint ist; hätte der Magistrat das beabsichtigt, so würde er sich die Sache nicht so schwierig gemacht, sondern einfach gesagt haben: „Abladen von Brennvorräten“. Das Holz ist im großen ganzen ein sehr reinlicher Stoff; es liegt deshalb kein Grund vor, es hier mit zu erwähnen. Wir haben nur solche Brennvorräte gemeint, die die unangenehme Eigenschaft des Schmutzens haben. Man könnte ja die Erklärung noch erweitern und folgendes sagen: „Kohlen, Koks, Torf und Bricketts“, vielleicht auch noch „Grude“. Da man aber doch nicht alles wird umfassen können, so kann man auch die Grude weglassen. Außerdem will ich auch noch darauf hinweisen, daß es uns wesentlich darauf ankommt, das Verschmutzen der Straßen und zwar sowohl der Fahrbahn wie auch des Raumes zwischen der Fahrbahn und dem Hauseingange zu vermeiden. Das ist durch den ersten und auch den letzten Satz getroffen. Wenn wir uns auf den Vorschlag des Herrn Meyerhoff beschränken wollten, daß der Transport nur in Körben oder Säcken erfolgen darf, so würde das zu eng gefaßt sein, denn die Leute können den Transport der Materialien in den Keller auch durch Kiepen oder Blechkasten bewirken.

Herr Frühling: Der Wortlaut des § 105, daß Kohlen usw. auf den Fußwegen nicht gelagert werden dürfen, ist allerdings nicht anders zu verstehen, als daß sie dort nicht längere Zeit liegen sollen. Die Möglichkeit, die Kohlen auf die Straße zu schütten, bleibt aber dadurch erhalten. Es würde sonst auch ausgeschlossen sein, daß sich jemand einen Waggon Kohlen kommen läßt, denn er kann ihn doch nicht in Säcken oder Körben abfahren. Ich möchte aus diesem Grunde bitten, die Fassung des Magistrates beizubehalten und nicht zu scharfe Bestimmungen zu erlassen.

Herr Wolters: Ich stimme diesen Ausführungen zu und meine ebenfalls, daß es gestattet sein muß, die Kohlen kurze Zeit auf dem Fahrdamm zu lagern, um sie von dort aus in das Haus bringen zu können. Ich möchte aber auch die Worte „und dergl.“ noch näher präzisieren und es jedenfalls ausgeschlossen wissen, daß das Abladen von Baumaterial auf die Straße nicht erlaubt sein soll. Schmutz gibt auch solches Baumaterial, deshalb kommt man mit dem Begriff des Schmutzes hierbei nicht weit. Es ist andererseits ja auch erlaubt, Baumaterialien

gegen Bezahlung auf die Straße abzuladen. Ich möchte also bitten, noch näher zu bezeichnen, was man abladen darf.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Diese Bestimmung hat schon früher zu längeren Debatten Anlaß gegeben. Nachdem sie in der heutigen Fassung erlassen war, sind Meinungsverschiedenheiten entstanden zwischen der Herzoglichen Polizeidirektion und einzelnen Hausbesitzern, worauf Entscheidungen der Gerichte ergangen sind, die nach der Ansicht der Herzoglichen Polizeidirektion und des Magistrates der Absicht der städtischen Behörden nicht entsprachen. Umso mehr müssen wir uns versehen und die Fassung recht deutlich wählen. Die von den beiden letzten Herren geäußerte Ansicht, daß es nach der Bestimmung zulässig sein würde, das Kohlenmaterial auf die Straße zu werfen, widerspricht der Ansicht des Magistrates direkt. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß es in einer großen Stadt mit den Vorschriften der Hygiene absolut unvereinbar ist, die Kohlen auf die Straße zu werfen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Würden Sie es für zulässig halten, daß jemand in der Friedrichstraße in Berlin oder hier in der Schuhstraße einen Waggon Kohlen auf die Straße entladet? Das geht einfach nicht. Bei der Fassung des Paragraphen hat die Absicht vorgelegen, den durch das Abladen von Kohlen entstehenden Schmutz von den Straßen zu beseitigen. Wer aber häufig beobachtet hat, welcher Schmutz insbesondere auch von Brisketts hervorgerufen wird, die von einem hochgeladenen Wagen auf die Straße stürzen — es entsteht immer eine gewaltige Staubwolke und hinterher setzt sich die Schmutzmasse bei Regen auf dem Trottoir fest — der muß sagen, das paßt für eine große Stadt nicht mehr. Deshalb wollen wir das Fallenlassen des Feuerungsmaterials auf die Straße verboten wissen. Nachdem hier verschiedene Bedenken gegen die Fassung vorgebracht sind, habe ich hier eben eine andere Fassung aufgeschrieben, die lautet:

„Beim Abladen von Kohlen, Koks, Torf, Brisketts und ähnlichen schmutzenden Brennstoffen ist eine Verunreinigung der Straße tunlichst zu vermeiden. Die fraglichen Brennstoffe dürfen nur mittels Fuhrwerks oder in Säcken oder sonstigen geeigneten Gefäßen in die Grundstücke geschafft werden; dagegen ist es nicht gestattet, die fraglichen Brennstoffe von den Fuhrwerken auf die Straße zu werfen, und von der Straße in die Grundstücke zu schaufeln.“

Der erste Satz empfiehlt sich deshalb, weil auch bei dem Abtragen der Kohlen eine Verunreinigung der Straße und eine Belästigung der Passanten sehr wohl entstehen kann. Sollten die Herren Bedenken tragen, die Fassung gleich gut zu heißen, so bitte ich, die Beschlusssatzung darüber noch auszusprechen, der Magistrat könnte sich dann innerhalb der Sitzung über den Wortlaut noch schlüssig machen. Wenn die Herren Fröhling und Wolters meinen, es müsse den Einwohnern Gelegenheit gegeben werden, ihre Kohlen in das Grundstück zu bringen, so ist das

richtig, aber wenn das Grundstück eine große Einfahrt besitzt, so braucht sich das Publikum nicht gefallen zu lassen, daß der Eigentümer die Kohlen auf die Straße schüttet, sondern er kann sie in das Grundstück hineinfahren. Denjenigen aber, der solche Einfahrt nicht besitzt, kann man auch zwingen, daß er die Passanten unbehelligt läßt und seine Kohlen mittels geeigneter Gefäße in das Grundstück schafft. Die jetzige Art des Kohlentransportes in die Häuser ist nicht schön und wir bitten um deren Abstellung.

Herr Hesse: Die Bedenken der Herren Wolters und Frühling kann ich auch nicht anerkennen. Ich bin Kohlenhändler und lasse niemals Kohlen usw. auf die Straße schütten. Mit einigen Kiepen lassen sich die Kohlen leicht in die Grundstücke tragen.

Vorsitzender: Wir gehen also zunächst weiter und kommen auf die anderweite Fassung des § 105 zurück.

Herr Voge: Die §§ 106 und 107 sind kommissionsseitig nicht beanstandet worden, dagegen wird für § 108 eine andere Fassung vorgeschlagen. Es heißt in diesem, das Spielen auf weithin schallenden Instrumenten behandelnden Paragraphen:

„Die Belästigung der Nachbarschaft durch Spielen auf weithin schallenden Instrumenten ist während der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens weder innerhalb noch außerhalb der Häuser gestattet. Ausnahmen kann Herzogliche Polizeidirektion zulassen.“

Das Spielen auf Instrumenten setzt die Tätigkeit eines Menschen voraus, der Magistrat hatte aber die Absicht, durch den Paragraphen auch die Tätigkeit der mechanisch arbeitenden Instrumente, also der Orchestrien usw., von der Belästigung der Einwohner während der Nachtstunden auszuschalten. Im Einverständnis mit dem Magistrate wird deshalb für § 108 die folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

„Es ist verboten, in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens innerhalb und außerhalb der Häuser auf weithin schallenden Instrumenten zu spielen, oder Spielwerke wie Orchestrien, Grammophone und dergl. in Betrieb zu setzen, sofern dadurch die Nachbarschaft belästigt wird. Ausnahmen kann Herzogliche Polizeidirektion zulassen.“

Herr Kalms: Ich möchte bitten, als Anfangszeitpunkt nicht 10 Uhr, sondern 11 Uhr zu nehmen, weil es sonst ausgeschlossen wäre, Konzerte von Militärkapellen usw. bis 11 Uhr stattfinden zu lassen, oder es müßte jedesmal erst die Erlaubnis der Herzoglichen Polizeidirektion dazu eingeholt werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Befürchtung des Herrn Kalms ist nicht zutreffend. Es ist nicht gesagt: Ausnahmen kann Herzogliche Polizeidirektion in jedem einzelnen Falle zulassen, sondern ganz allgemein, daß Ausnahmen zugelassen werden können. Wer also derartige Orchestrien und dazu eine flott-



gehende Wirtschaft hat, kann sich die Erlaubnis allgemein geben lassen. Wir wollten vermeiden, daß die Besitzer von Orchestrien, die noch größere Marterwerkzeuge bilden können, als die Teppichklopferei, ihre Apparate noch allgemein nach 10 Uhr abends in Gang setzen dürfen. Darin wird mir Herr Kalms wohl beipflichten, denn er sieht es jedenfalls gern, wenn die Leute sich noch abends von 10 bis 11 Uhr in der Wirtschaft aufhalten.

Herr Meyerhoff: Ich wollte fragen, ob nicht auch das nächtliche Singen mehrerer Personen verboten wird, denn es wird manchmal ein Kantus angestimmt, der was auf sich hat.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was Herr Meyerhoff wünscht, findet sich im § 111 zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, man wird anerkennen müssen, daß das Singen, je später in der Nacht es stattfindet, desto belästigender wirkt.

Herr Bues: Ich möchte bitten, es bei dem jetzigen Zeitpunkte, also bei 11 Uhr, bewenden zu lassen, denn ich glaube kaum, daß es um 11 Uhr zu spät ist. Es mag wohl nicht die Absicht des Magistrates vorgelegen haben, hier eine Beschränkung eintreten zu lassen. Bedenken sie nur die Gesangsvereine, welche sonst gezwungen sein würden, ihre Uebungen um 10 Uhr einzustellen. Sobald ein Nachbar sich belästigt fühlt, muß das Statut in Kraft treten und es würde nicht einmal die Polizei die Erlaubnis erteilen können, weiter zu singen. Darum halte ich es für richtig, statt 10 Uhr zu setzen 11 Uhr.

Herr Löhnefink: Bei der Erörterung des Teppichklopfparagrapheu ist der Vorschlag genehmigt worden, das Klopfen in Rücksicht auf Kranke erst um 8 Uhr morgens beginnen zu lassen. Das Spielen auf weithin schallenden Instrumenten ist aber ebenso oder noch viel mehr geeignet, Kranke in der Ruhe zu beeinträchtigen, als das Teppichklopfen, weshalb ich bitten möchte, dieses Spielen auch bis 8 Uhr morgens zu verbieten.

Herr Probst: Die Ueberschrift erscheint mir etwas ungenau. Ich will keinen Antrag auf deren anderweite Fassung stellen, aber es würde recht gut sein, zu hören, was darunter zu verstehen ist. Unter Umständen könnte man auch das Klavier als solches Instrument betrachten. (Zustimmung.) Das scheint mir aber eine zu weitgehende Bestimmung zu sein. Wenn ich in meiner Wohnung bei geschlossenen Fenstern abends nach 10 Uhr Klavier spiele, so darf ich darin nicht beeinträchtigt werden. Man könnte vielleicht vorschreiben, daß in den Nachtstunden nur bei geschlossenen Fenstern Klavier gespielt werden darf.

Herr Voge: Das hat Herr Probst falsch verstanden. Das Spielen auf weithin schallenden Instrumenten ist innerhalb des Hauses nur dann verboten, wenn dadurch die Nachbarschaft belästigt wird, sonst nicht.

Herr Kalms: In dem Antrage der Kommission steht: „innerhalb der Häuser,“ das ist mir neu und ich glaube nicht, solche Vorschrift in der Kommissionsitzung gehört zu haben.

Herr Boge: An dem Antrage der Kommission ist nichts geändert worden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Probst scheint ein Freund des Klavierspiels und dessen ungestörter Ausübung innerhalb seiner vier Pfähle zu sein. Es hat uns auch fern gelegen, das Klavierspiel in den Privatwohnungen beeinträchtigen zu wollen. Wie aber fast jeder noch so unscheinbare Gegenstand ein gefährliches Werkzeug im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches werden kann, so kann auch das Klavier durch unvernünftigen Gebrauch zu einem Marterwerkzeug für die Nachbarschaft werden, und das wollen wir zu verhindern suchen. Alles Unvernünftige wollen wir durch das Polizeistrafgesetzbuch bekämpfen, soweit die Mitbewohner dadurch in ihrer Ruhe gestört werden. Der Vorschlag des Herrn Böhnemann, die Zeit bis 8 Uhr morgens als Sperrzeit zu behandeln, erscheint mir bedenklich. Eine ganze Reihe von Berufsmusikern, Posaunenbläsern usw. sind genötigt, zu bestimmten Zeiten zur Probe zu gehen. Diese Leute müssen naturgemäß auch Zeit zum Ueben haben. Wenn sie nun z. B. um 9 Uhr auf Probe gehen müssen, die Zeit bis 8 Uhr aber gesperrt wird, so bleibt ihnen zum Ueben morgens so wenig Zeit übrig, daß sie auch die Nachmittags- und Abendstunden zu Hilfe nehmen müßten, und das wäre nicht sehr wünschenswert. Darum lassen Sie den Leuten die Zeit von 6 bis 8 Uhr morgens zum Ueben, damit sie nicht gezwungen sind, die Nachmittagsstunden hierzu in Anspruch zu nehmen. Ich will doch in den Morgenstunden lieber auf der Trompete „Es wär' so schön gewesen“ blasen hören, als mir schon in früher Morgenstunde Teppiche vorklopfen lassen.

Herr Ribbentrop: Nehmen Sie ruhig eine Sperrzeit bis 8 Uhr an, denn der Posaunenbläser schläft bis 8 Uhr, namentlich wenn er nachts hat aufspielen müssen. Anders ist es mit einem Grammophon und dergl. Wer seine Nachbarschaft schikanieren will, der stellt es auf 6 Uhr morgens an, und das ist unheimlich; ich habe es durchgemacht.

Herr Meyerhoff: Ich bin für eine Sperrzeit von 11 bis 8 Uhr, möchte aber zunächst wissen, was unter den Worten „sofern dadurch die Nachbarschaft belästigt wird“, verstanden sein soll. Der Begriff ist sehr weitgehend: den einen vermag schon ein einziger Ton aus der Posaune zu belästigen, während der andere eine ganze Menge anhören kann, ohne sich dadurch belästigt zu fühlen. Wer ist aber wieder derjenige, der berufen ist, zu bestimmen, daß eine Störung der Nachbarschaft stattgefunden hat? Das ist der unglückliche Polizeibeamte. Die Fassung ist für mich ziemlich unklar.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Begriff des Belästigens findet sich an einer ganzen Reihe von Stellen des Statuts und zwar auch in Paragraphen, die schon genehmigt worden sind. Es läßt sich sehr wohl denken, daß ein Polizeisergeant auch mal ein ganz vernünftiger Mensch ist, und ebenso läßt es sich denken, daß unsere Richter ganz vernünftige Leute sind und wir zu unseren Gerichtshöfen

und Polizeibeamten einiges Zutrauen haben dürfen. Derartige Bestimmungen müssen aber mit einigem Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand der ausübenden und überwachenden Organe gegeben werden, und Herr Meyerhoff hat sicher zu seinen Mitbürgern, auch wenn sie Beamte sind, in dieser Beziehung einiges Zutrauen.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich habe also beantragen wollen, eine Sperrzeit von 11 bis 8 Uhr festzusetzen. —

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Dabei lehnt die Versammlung den Beginn der Sperrzeit um 10 Uhr abends ab und genehmigt, die Sperrzeit um 11 Uhr beginnen zu lassen. Bei der Abstimmung über den Schluß der Sperrzeit werden die Anträge, um 6 Uhr und um 8 Uhr morgens zu schließen, hinter einander abgelehnt, so daß der Schluß der Sperrzeit offen gelassen wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn wir uns über die Endzeit der Sperre nicht verständigen können, so bleibt es bei der Anfangszeit und es wird der Polizei überlassen, zu bestimmen, wie weit jemand in die Nacht hinein spielen darf. Das geht auch.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Durch dieses eigentümlich-zufällige Ergebnis der Abstimmung ist der Paragraph ein Torso geworden, und ich möchte bitten, ihm ein bißchen mehr auf die Beine zu helfen, indem nicht gesagt wird, „von 11 Uhr abends“, sondern „nach 11 Uhr abends“. Es würde eigentlich nur die Stunde von 11 bis 12 Uhr nachts gesperrt sein und wenn einer um  $\frac{1}{2}$  1 Uhr spielen will, so würde man ihn daran nicht hindern können. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Meiner Meinung nach bleibt es nach diesem Beschlusse dem billigen Ermessen der Polizei vorbehalten, zu sagen, wie lange die allgemeine Nachtruhe dauern soll. Es ist das bedauerlich, denn wir räumen der Polizei dadurch eine große Macht ein. Naturgemäß müßte es nun heißen „nach 11 Uhr abends“.

Herr Jasper: Das würde eine ganz neue Fassung sein, die von neuem erörtert werden müßte. Ich bitte diese Fassung abzulehnen, die der Polizei eine viel zu weit gehende Kompetenz einräumen würde und bitte zu beschließen, daß überhaupt keine Sperrzeit festgesetzt wird.

Vorsitzender: Durch die Abstimmung ist zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Minorität der Versammlung eine Sperrzeit überhaupt nicht will, denn sonst hätten sich die Herren nicht der Abstimmung enthalten dürfen. Wenn sich die Herren darüber nicht einigen können, so will ich über den ganzen Paragraphen abstimmen lassen.

Herr Ribbentrop: Um eine Grenze zu finden und der Polizei nicht alles in dieser Sache zu überlassen, schlage ich vor, einen Mittelweg zu wählen und den Schluß der Sperrzeit auf 7 Uhr morgens festzusetzen.

Herr Wolters: Es würde nach der bisherigen Beschlußfassung das Ende der Sperrzeit offen gelassen werden.

Herr Voge: Wenn wir nochmals über den Vorschlag des Herrn Stadtrat von Frankenberg abstimmen müssen, so erhielten wir bei dessen Annahme eine viel schärfere Bestimmung als bisher. Ich würde es deshalb für zweckmäßig halten, diesen Vorschlag nicht anzunehmen, sondern dem Antrage des Herrn Ribbentrop zuzustimmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Vorschlag des Herrn Ribbentrop geht jedenfalls den hier am zweckmäßigsten erscheinenden Mittelweg; ich möchte deshalb vorschlagen, die Stunden von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens als Sperrzeit anzunehmen. Dann haben wir eine klare und auch für die Polizei leicht zu handhabende Vorschrift.

Der Antrag Ribbentrop wird darauf angenommen, so daß der § 108 nunmehr lautet:

„Es ist verboten, in der Zeit von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens innerhalb und außerhalb der Häuser auf weithin schallenden Instrumenten zu spielen, oder Spielwerke wie Orchestrien, Grammophone und dergl. in Betrieb zu setzen, sofern dadurch die Nachbarschaft belästigt wird. Ausnahmen kann Herzogliche Polizeidirektion zulassen.“

Zu den § 109 bis 114 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

Herr Ahmann: Ich bitte, den § 114, welcher lautet: „Öffentliche Aufzüge, auch ohne Musik, sind ohne polizeiliche Erlaubnis nicht gestattet“, ganz zu streichen. Die Gründe für diesen Antrag sind folgende: Die Genehmigung von öffentlichen Aufzügen ist heute dem Ermessen der Herzoglichen Polizeidirektion anheimgegeben. Wie verschiedenartig die Auffassung darüber ist, wissen Sie alle. Den Arbeiter-Gesang- und Turnvereinen sind Aufzüge nicht gestattet. Wir wissen, welche Argumentation darüber bei der Polizeibehörde vorliegt. Die Argumente sind aber nicht gerechtfertigt. Wenn angenommen werden darf, daß alle Einwohner vor dem Gesetze gleich sein sollen, so kann man auf diesem Gebiete unmöglich mit zweierlei Maß messen und einem Teile der Einwohnerschaft öffentliche Aufzüge gestatten, dem anderen aber nicht, mögen die Aufzüge nun stattfinden zum Zwecke des eigenen Vergnügens, oder um zu zeigen, wie stark man ist. Die einen veranstalten eben solche Aufzüge zum Vergnügen, die anderen aber, um sich zu zeigen und für ihre Sache noch mehr Propaganda zu machen. Wenn man den Arbeitern fortgesetzt derartige Aufzüge verbietet und dabei immer von staatsfeindlichen Elementen spricht, so halte ich das für ungerechtfertigt, zumal es den Frieden unter der Bevölkerung nicht fördern kann. Daß aber die Arbeiter weniger friedliebend wären, als die übrige Einwohnerschaft, wird wohl im Ernst niemand behaupten wollen. Wenn nun gesagt wird, der Arbeiter übe nicht genug Duldsamkeit, so beruht das meiner Meinung

nach auf Gegenseitigkeit, und die Unbuddsamkeit ist, wenn sie wirklich vorhanden, erst von der anderen Seite groß gezogen. Bei der Beobachtung der lagen Handhabung der Straßenpolizeiordnung gegenüber anderen Einwohnern muß man sagen, daß eine weite Rücksichtnahme genommen wird, die nicht im Einklange steht mit den Gesetzen. Es finden hier oft Studentenumzüge statt, die als genehmigt nicht angesehen werden können. Wenn im Wilhelmsgarten z. B. ein großer Kommerz stattfindet und die Studenten bewaffnen sich bei der Gelegenheit mit allerlei Instrumenten wie Posaunen, Humpen, Schoppen, zerbrochenen Stühlen und Tischen und sie ziehen hiermit nach dem Denkmale auf dem Hagenmarke um es zu schmücken, so kann man unmöglich annehmen, daß es sich dabei um einen von der Polizei genehmigten Umzug handelt. Ich würde den Herren auch solche harmlosen Vergnügungen nicht verargen, sofern sie damit nicht andere schädigen oder belästigen, aber das zweierlei Maß, mit dem dabei gemessen wird, ist es, das Aufregung und Erbitterung hervorruft. In letzterer Zeit sind hier und auch in anderen Orten des deutschen Vaterlandes Straßendemonstrationen in bezug auf das Wahlrecht vorgekommen, deren Verlauf Sie kennen. Wie das Bürgertum über unser Landtagswahlrecht denkt, darauf kann und brauche ich hier nicht zurückzukommen. Nun ein Gegenstück zu den Wahlrechtsdemonstrationen. Die Studenten hatten einen Kaiserkommerz in einem Etablissement an der Salzdhumerstraße gehabt; auf dem Wege vom Kommerz sahen sie einen Flaschenbierwagen auf der Wolfenbüttlerstraße stehen, den sie kurzer Hand erstürmten, um dessen Bier nach Herzenlust auszutrinken. Anderen Tags melden sie ihren Handstreich bei der betreffenden Brauerei und erbieten sich, das entnommene Bier zu bezahlen, worauf sie die Zusicherung erhalten, man habe sich gefreut, daß ihnen das Bier geschmeckt habe, und sie erhalten gleichzeitig eine Einladung, anderen Tages zur Brauerei zu kommen, um weiter zu trinken. Ich habe mich hierüber gefreut, aber ich meine, wenn einmal ein anderer Teil der Bevölkerung einen Dummjungenstreich macht, so sollte man das auch nicht so scharf auffassen. Was führt die Leute, die einen Aufzug veranstalten, überhaupt auf die Straße? Wenn ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil zeigen will, wie stark er ist, um eine Sache zu propagieren, oder wenn er dem Landesfürsten zeigen will, wieviel Anhänger diese Sache hat, so sollte man das nicht unterdrücken, sondern den Leuten gestatten, dem Landesfürsten und den regierenden Behörden zu zeigen, wie stark die Ansicht im Volke vertreten ist. Einem Teile der Bevölkerung ist es gestattet, vor das Schloß zu ziehen, bei dem anderen Teile erblickt man darin aber eine staatsgefährliche Demonstration.

Man kann mir vielleicht entgegen, ich sei nicht der richtige Mann, um über diese Dinge hier zu reden, aber das darf ich sicher behaupten, durch solche Vorkommnisse wird in der gesamten Bevölkerung Frieden nicht hervorgerufen. Wenn die Polizei stets darüber verfügen soll, ob ein Umzug stattfinden darf oder nicht,

so halte ich das für ungerechtfertigt. Es gibt noch andere Sachen, die nur der Anmeldung bei der Polizei bedürfen; und ich würde auch damit einverstanden sein, wenn solche Aufzüge vorher der Polizei angemeldet werden müßten, so daß sie ihre Vorkehrungen treffen könnte, aber eine Genehmigung der Aufzüge durch die Polizei kann ich nicht billigen, weil ich solche Vorschrift weder für richtig noch für dienlich halten kann. Herr Stadtrat von Frankenberg meinte, es könne vorkommen, daß einmal ein vernünftiger Polizeibeamter vorhanden sei. Soweit will ich gar nicht gehen, aber wenn wir uns darauf einlassen wollten, daß das Wohl und Wehe der Bevölkerung von der Gnade oder der Güte oder dem Verstande eines einzelnen abhängen soll, so wäre das verkehrt. Ich möchte dringend bitten, meinen Antrag auf Streichung des § 114 anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, es würde ein Schlag ins Wasser sein, wenn man dem Antrage folgen wollte. Höher als das Statut steht das Gesetz selbst, an dem durch die Straßenpolizeiordnung etwas zu ändern wir nicht befugt sind. Das Polizeistrafgesetzbuch schreibt nämlich im § 3 unter Nr. 14 vor: „Wer ohne ortspolizeiliche Erlaubnis oder unter Ueberschreitung derselben auf den Straßen oder Plätzen eines Orts Fackelzüge, Maskenaufzüge oder sonstige Aufzüge veranstaltet oder daran teilnimmt, . . .“ macht sich strafbar.

Sie können also die Bestimmung in § 114 hier streichen oder nicht, die Vorschrift des Polizeistrafgesetzbuches bleibt doch bestehen. Da der Versuch gemacht worden ist, in der Straßenpolizeiordnung möglichst umfassend die Rechte und Pflichten der Bürger zusammenzufassen, so ist es nicht unzweckmäßig gewesen, diese Bestimmung im § 114 zu wiederholen, zumal durch den Zusatz „auch ohne Musik“ etwas erläutert wird, was im Gesetze nicht steht, aber dem Willen des Gesetzes entspricht. Deshalb bin ich wohl der Mühe überhoben, auf die Ausführungen des Herrn Alßmann näher einzugehen.

Herr Alßmann: Wenn mir die Vorschrift des Polizeistrafgesetzbuches auch im Augenblicke nicht geläufig ist, so kann ich doch erklären, daß ich sie nachgesehen und mich bemüht habe, festzustellen, ob es zulässig war, solche Bestimmung zu erlassen. Wenn ich auch das alles als zutreffend anerkenne, so meine ich, braucht sich die Versammlung doch nicht von dem Grundsatz leiten zu lassen, alles hinnehmen zu müssen. Wenn die Gesetzgebung eine solche wäre, daß deren Maßnahmen von der Allgemeinheit der Bevölkerung als zweckmäßig anerkannt würden, so brauchte man darüber nicht viele Worte zu verlieren, aber unter den heutigen Verhältnissen dürfte es nicht unzweckmäßig sein, wenn die Stadtverwaltung dazu beitrüge, dem Ministerium eine andere Meinung beizubringen. Aus diesem Grunde habe ich den Antrag gestellt und auch, damit die Versammlung durch Annahme des Antrages erklären kann, keine Bedenken zu tragen, daß solche Umzüge auch ohne polizeiliche Genehmigung ohne Schädigung der Einwohnerschaft stattfinden können.

Herr Wolters: Es ist richtig, daß vor zwei bis drei Jahren ein Wagen meiner Firma vor dem Bödemannschen Lokale gestanden hat und ihm nach einer Aneipe von Studierenden einige Flaschen entnommen und zertrümmert sind. Einige Ausschußmitglieder kamen darauf, wie mir später erzählt wurde, zur Brauerei, entschuldigten sich und erboten sich zur Bezahlung des Schadens, worauf indessen verzichtet wurde. Das übrige hierüber von Herrn Almann Vorgetragene ist wohl etwas ausgeschmückt. Ich möchte aber behaupten, ein öffentlicher Aufzug mit oder ohne Musik, um welche Sache es sich hier handelt, ist dabei nicht vorgekommen. Die Musik ist wohl innerhalb des Kommerssaales gewesen, sollte sie aber trotzdem auch außerhalb gewesen sein, so bin ich dafür nicht verantwortlich. (Weiterkeit.)

Herr Wesemeier: Ich möchte bitten, dem Antrage Almann zuzustimmen. Wir brauchen nicht polizeilicher zu sein, als die Polizei, denn wir haben genug unter polizeilicher Bevormundung zu leiden. Es ist hier auch schon genügend zum Ausdruck gebracht worden, daß wir uns nicht veranlaßt sehen können, der Polizei noch mehr Rechte in die Hand zu geben. In welcher Zeit ist überhaupt das Polizeistrafgesetzbuch entstanden, wie sehr ist es hier verhaßt und wie oft wird Braunschweig gerade durch dieses Gesetz lächerlich gemacht? Ein solches Gesetz sollen wir uns als Richtschnur dienen lassen? Es ist gerechtfertigt, das Gesetz nach Möglichkeit abzuschwächen und das können wir durch Streichung des § 114 erreichen. Es wird, wie schon von anderer Seite hervorgehoben wurde, hier tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen, und weil wir nicht polizeilicher sein wollen, als die Polizei, so ersuche ich um Streichung des Paragraphen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe absichtlich vermieden, auf die politische Seite der Sache einzugehen und ich lehne es auch jetzt ab, mich auf das politische Element einzulassen. Der Herr Vorredner hat augenscheinlich aus Rechtsunkenntnis heraus, die ich ihm verzeihen will, beabsichtigt, mit zweierlei Maß zu messen, als er ein allgemeines Polizeistrafgesetzbuch für das übrige Herzogtum anerkannte, daneben aber die Möglichkeit ins Auge faßte, es für die Stadt Braunschweig durch die Straßenpolizeiordnung zu durchlöchern. Das Polizeistrafgesetzbuch ist für uns die unverrückbare Grundlage, an der wir nur ergänzend, niemals aber abändernd uns betätigen können. Wir sind also nicht polizeilicher, als die Polizei, sondern wir geben aus Zweckmäßigkeitsgründen den wesentlichsten Inhalt des Polizeistrafgesetzbuches in der Straßenpolizeiordnung wieder, damit unsere Mitbürger nicht aus Unkenntnis in die Fallstricke des Polizeistrafgesetzbuches verfallen.

Herr Wesemeier: Ich glaube recht verstanden zu haben, daß in dem Polizeistrafgesetzbuche die Worte „ohne Musik“ nicht enthalten sind, deshalb bedeutet der § 114 doch eine Abänderung und Verschärfung.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Im alten Polizeistrafgesetzbuche war nur von Aufzügen mit Musik die Rede gewesen. Die Landesregierung hat darauf

eingesehen, daß hierdurch mancherlei Schwierigkeiten entstehen könnten und sich genötigt gesehen, den Zusatz fallen zu lassen, so daß jetzt alle Aufzüge darunter fallen. Unsere Straßenpolizeiordnung ist aus dem Jahr 1893, also einer Zeit, als noch das alte Strafgesetzbuch galt, weshalb es erklärlich ist, daß wir den Zusatz machten „auch ohne Musik“, ein Zusatz, der dem Willen der städtischen Behörden schon damals entsprach. Jetzt ist der Paragraph durch das Landesgesetz überholt, aber trotzdem noch wertvoll, denn wenn wir die Worte jetzt streichen, so könnte jemand meinen, ohne Musik könnten Aufzüge veranstaltet werden, was aber nicht richtig sein würde. Wir dürfen hier also einen Unterschied nicht machen.

Herr Hesse: Ich schließe mich den Ausführungen der Herren Asmann und Wesemeier an und möchte nur ein Beispiel anführen, wie die Polizei hier verfährt. Eine Anzahl Gesangsvereine hielten hier ein Sängerkfest ab, ich hatte bei der Polizei angefragt, ob ihnen ein Umzug gestattet würde, was quasi zugesagt und mir nur aufgegeben wurde, anzuzeigen, von wo ab der Umzug stattfinden solle und welche Straßen er passieren werde. Das ist geschehen. Bald darauf wurde er abgelehnt, auch ein anderer Weg nicht gestattet, ja, sogar verboten, am Sonnabend abend einen Kommerz und am Sonntag zwischen 1 und 2 Uhr mittags die Generalprobe abzuhalten.

Herr Jasper: Daß die Polizei mit zweierlei Maß mißt, dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen. Erst gestern abend hatte ich Gelegenheit, einen großen Radau in meiner Nähe zu beobachten: Mit Pauken und Trompeten zog die Bäder-Brüderschaft über den Hagenmarkt. Solche Sachen werden gestattet, während jegliche Anträge seitens der klassenbewußten Arbeiter abgelehnt werden. Deshalb dürfte es wohl an der Zeit sein, bei dieser Gelegenheit von seiten der Versammlung eine Willenskundgebung in der Richtung zu veranlassen, daß man mit einem derartigen Polizeiregimente durchaus nicht einverstanden ist. Ich möchte aber auch rechtlich noch zu bedenken geben, ob die Auslegung des § 3 unter 14 des Polizeistrafgesetzbuches so aufzufassen ist, daß eine ortspolizeiliche Erlaubnis bei Umzügen überhaupt vorgeschrieben ist, oder ob es von dem städtischen Statut abhängig gemacht wird, ob eine ortspolizeiliche Erlaubnis vorliegen muß oder nicht. Wo ein Ortsstatut ist, dürfte das Landesgesetz zurücktreten. Die Auslegung kann allerdings auch anders sein. Ich möchte bitten, daß eine solche Willenskundgebung nicht unterbleibt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Statuten dürfen niemals den Reichs- und Landesgesetzen Widersprechendes enthalten: der Politiker Jasper hat dem Rechtskundigen Jasper hier einen Streich gespielt.

Der § 114 wird darauf angenommen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat bringt für § 105 die vorhin schon mitgeteilte Fassung (Seite 48 dieses Berichtes) mit der Maßgabe in Vorschlag, daß es am Schlusse nicht heißt „und“, sondern „oder von der Straße



in die Grundstücke zu schaufeln". Wir wollen beides treffen. Im übrigen bitte ich, die Beratung der Straßenpolizeiordnung hier abubrechen, um noch die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigen zu können. Der Wortlaut des § 105 kann inzwischen vervielfältigt und der Versammlung in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

## II. Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße.

Das von der Versammlung am 25. März 1907 genehmigte Projekt über den Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße sieht die Errichtung eines neuen Ofenhauses vor, wofür im Kostenanschlage 251 000 M ausgeworfen sind. Schon in der Vorlage vom 18. März 1907 hatte der Magistrat darauf hingewiesen, daß sich voraussichtlich Änderungen des Projektes als erforderlich ergeben würden und hatte dabei insbesondere die geplanten fünf Ofen mit je zehn Stück stehenden Retorten im Auge gehabt, deren Erbauung derzeitig beabsichtigt war. Inzwischen sind nun auch mehrfach Abweichungen von dem ursprünglichen Entwürfe als erforderlich resp zweckmäßig erachtet und von der Verwaltungsdeputation entsprechend der ihr erteilten Ermächtigung genehmigt worden. Dagegen ist die schon früher zweifelhaft gewesene Frage, ob vertikale Ofen vorzuziehen seien, noch immer nicht entschieden, und es hat auch nicht den Anschein, als ob die betreffenden Gutachten und Versuche, mit denen sich die einzelnen Werke und die leistungsfähigsten Firmen im ganzen Reiche unausgesetzt beschäftigen, schon in nächster Zeit würden abgeschlossen werden.

Da nun aber gerade dieser Teil der gesamten Anlage für die wirtschaftliche Seite des Betriebes von der größten Bedeutung ist, so hat die Deputation beschlossen, einstweilen von der Errichtung des neuen Ofenhauses ganz abzusehen und zur Deckung des Gasbedarfes eine Erweiterung der jetzigen Ofenanlage vorzunehmen; sie hält aber gleichzeitig für unbedingt erforderlich, die mit der jetzigen Art der Beschickung und Entleerung der liegenden Retorten verbundenen erheblichen Unzulänglichkeiten dadurch zu mildern, daß die Bedienung der Ofen auf mechanischem Wege erfolge. Zur Bedienung von sieben Ofen mit je neun Retorten waren im Winter elf Mann in der Schicht erforderlich, bei Maschinenbetrieb wird sich diese Zahl auf vier ermäßigen. Bei Verwendung einer Lade- und Ausstoßmaschine ist eine mechanische Kokstransportanlage nötig, die aus einer Elektrohängebahn besteht, deren Transportgefäß mit einer Aufnahmesfähigkeit von 12 hl Koks, in ein vor dem zu entleerenden Ofen befindliches elektrisch fahrbares Löschgefäß eingetaucht, nach Füllung gehoben, auf den Lagerplatz gefahren, dort selbsttätig entleert und automatisch zum Ofenhaus zurückbefördert wird. Um die Bedienung dieser Anlage

zu ermöglichen, muß die Hinterwand des Retortenhauses vor jedem Ofen durchbrochen werden und es ist ein eiserner Fachwerksvorbau zu schaffen mit breiten Türen vor jedem Ofen.

Die Inbetriebnahme des neuen Kohlenhauses bedingt die Errichtung einer provisorischen Kohlenbeförderungsanlage mittels Bandsförderer nach einem Kohlenbehälter von 50 Tonnen Fassungsraum. Während letztere ebenso wie das geplante provisorische Mannschaftshaus künftig in Wegfall kommen, läßt sich von verschiedenen anderen dieser Einrichtungen im voraus überhaupt nicht bestimmen, ob sie später wieder beseitigt werden. Insbesondere spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß das alte Ofenhaus noch eine Reihe von Jahren unverändert beibehalten wird. Aber selbst wenn für einen nicht unerheblichen Teil der im Betrage von rund 100 000 M entstehenden Kosten nur provisorische Anlagen geschaffen werden sollten, so würde nach der Ansicht des Magistrates diese Aufwendung nicht zu beanstanden sein, weil das von der Deputation empfohlene Verfahren den wesentlichen Vorteil bietet, daß weitere Erfahrungen auf dem Gebiete der Ofenkonstruktion abgewartet werden können und weil es die beste Gewähr dafür gibt, daß nicht eventuell sehr erhebliche Kosten für völlig verfehlte Anlagen aufgewendet werden. Bei diesen Anlagen handelt es sich nicht nur um Aenderungen, sondern auch um Erweiterungen des früheren Projektes, vornehmlich aber um die Hinausschiebung der Ausführung eines Teiles des genehmigten Entwurfes auf unbestimmte Zeit. Eine genaue Kostenermittlung ist nicht erfolgt, sie läßt sich auch kaum erzielen, jedoch hat die Deputation die Mehrausgabe auf 100 000 M geschätzt.

Der Magistrat gibt anheim, den von der Deputation gutgeheißenen Aenderungen des Entwurfs und des Programms der Bauausführung mit der Maßgabe zuzustimmen, daß über die Aufwendung von Mehrkosten und Kosten für provisorische Anlagen die Verwaltungsdeputation nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden habe.

Herr Frühling: Nach der Ansicht der Baukommission, welche die Vorlage genau geprüft und untersucht hat, empfiehlt es sich, ihr zuzustimmen. Inwieweit sich an der schon bewilligten Summe hierdurch Kosten ersparen lassen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Herr Wesemeier: Ich möchte fragen, ob vorauszusehen ist, wie lange die Fertigstellung der Anlage durch diese Ausprobierung verschoben wird, auch möchte ich wissen, ob die 100 000 M außer der schon bewilligten Summe noch zur Verfügung gestellt werden sollen, und endlich, ob bei dem Neubau darauf bedacht genommen ist, den Achtstundentag einzuführen?

Herr Frühling: Was die Zeit betrifft, so wird der Bau voraussichtlich zwei Jahre dauern; es wird dabei erwartet, daß innerhalb dieses Zeitraumes die Ofenfrage soweit geklärt ist, daß ein definitiver Beschluß gefaßt werden kann.

Diese 100 000 M sollen neben der ersten Summe bewilligt werden, weil es sich hier um ganz andere Anlagen handelt, als sie im ersten Kostenanschlage vorgesehen sind. Die Anlagen werden sich aber später teilweise wieder bezahlt machen. Was den Achtstundentag betrifft, so ist darüber in der Baukommission nicht verhandelt worden und ich glaube auch kaum, daß die Frage jetzt hiermit verbunden werden kann. Ueber die Einrichtung des Betriebes bei den Maschinen können wir keine Vorschriften machen, sondern es muß der Deputation überlassen bleiben, den Betrieb so zweckmäßig wie möglich einzurichten.

Herr Jasper: Nach dieser Antwort des Herrn Referenten bitte ich, die Sache und zwar wegen des letzten Punktes an die Kommission zurückzuverweisen. Als wir vor längerer Zeit die Einführung des Achtstundentages in dem Betriebe der Gasanstalt erörterten, wurde unser Antrag aus technischen Gründen abgelehnt, dabei aber in Aussicht gestellt, daß bei der Errichtung des neuen Gaswerks auch diese Frage erörtert werden würde. Da die Arbeitszeit mit den technischen Einrichtungen der Gasanstalt in ursächlichem Zusammenhange steht, so können wir nicht die Einstellung irgend welcher Maschinen billigen, die die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit unmöglich machen würden. Nachdem die Kommission erklärt hat, diese Frage noch nicht geprüft zu haben, so ist die Folge, daß die Vorlage an die Kommission behufs Prüfung der Frage zurückgewiesen werden muß. Auch die Beantwortung der anderen Frage ist nicht ganz einwandfrei gewesen. Ich habe den Herrn Referenten so verstanden, daß ein Teil der früher vorgesehenen Einrichtungen durch andere, neue Einrichtungen ersetzt werden soll; wenn das richtig ist, so würden doch einige Beträge an der früheren Bausumme erspart werden und nur die Mehraufwendungen wären heute zu bewilligen, wenn nicht der Bauleitung ein zu großer Kredit eröffnet werden soll.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Was die letzte Frage betrifft, so erkenne ich an, daß durch die heutige Vorlage an der früheren Bausumme gespart werden muß. Das ist aber auch tatsächlich der Fall, indem die erste Vorlage, in der die gesamte Bausumme auf 1 200 000 M bemessen war, vorsah, daß das jetzige alte Ofenhaus insofern umgebaut wurde, als die horizontalen Defen durch vertikale ersetzt werden sollten. Ich weiß aber nicht, welche Summe dadurch zurzeit wegfällt. Wenn indessen Herr Jasper meint, die Summe müßte dauernd wegfallen, so muß ich dem widersprechen, weil noch nicht feststeht, welchen Defen man den Vorzug geben wird. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß wir die horizontalen Defen dauernd beibehalten werden, wodurch die Umbaukosten allerdings wesentlich geringer werden würden, indem sie sich dann auf 13 000 M beschränkten. Ich kann natürlich nicht in die Zukunft sehen: sollte es einem anderen Werke gelingen, eine noch bessere Konstruktion auszuprobieren, so werden wir die horizontalen Defen mit der Zeit herausreißen und eine andere Konstruktion an deren Stelle

setzen. Das braucht aber vorläufig noch nicht unsere Sorge zu sein, sondern wir müssen abwarten. Wenn wir den früheren Beschluß jetzt ausführen wollten, so würde das eine ganz gewaltige Schädigung der Stadt bedeuten, denn wir würden die vertikalen Defen bald wieder wegreißen. Bei der damaligen Vorlage hat Herr von Feilich schon ausdrücklich hervorgehoben, daß in Aussicht genommen sei, Vertikalöfen zu verwenden, daß aber diese Frage noch nicht spruchreif sei und deshalb der Deputation freie Hand gelassen werden müsse. Aus diesem Grunde war auch gesagt worden, daß die Aenderungen von der Deputation frei beschloffen werden könnten. Die wirtschaftliche Seite der Sache spricht also dafür, jetzt das alte, im allgemeinen bewährte System hier beizubehalten und sich nunmehr nicht zu scheuen vor den Kosten, die erforderlich sind, um den Arbeitern den Aufenthalt in dem jetzigen Ofenhaufe erträglich zu machen. Es ist das eine im höchsten Grade ungesunde und anstrengende Beschäftigung, weshalb wir für Abhilfe zu sorgen haben, was durch Beschaffung der Maschine für 24 000 M. geschehen soll. Ueber solche Maschine ist an verschiedenen Stellen Erkundigung eingezogen, auch haben zwei Herren der Deputation sie in Tätigkeit gesehen und waren von ihren Leistungen erbaut. Ich kann also nur dringend bitten, der Vorlage heute schon zuzustimmen, weil, wenn wir die Ausführung nicht schleunigst beginnen, wir nicht in der Lage sind, das Werk bis zum Herbst so zu vervollkommen, daß es den Anforderungen Genüge leisten kann.

Ferner ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Bewilligung der Vorlage von dem Achtstundentage abhängig gemacht werden soll. Ich erinnere mich nicht, daß damals vom Magistratsstische erklärt worden ist, es solle mit der Fertigstellung des Umbaues der Gasanstalt der Achtstundentag in Aussicht genommen werden; von meiner Seite ist eine derartige Bemerkung wenigstens nicht gefallen, im Gegenteil, ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Betrieb der Gasanstalt nach Vornahme der Aenderung ein so wesentlich erleichteter wird, daß es ungerechtfertigt sein würde, zu sagen, diese Arbeiter erhalten bei 8 Stunden einen gleichen Lohn, wie die Arbeiter bei der Rehrichtabfuhr, die länger arbeiten müssen. Im übrigen halte ich es für bedenklich, diese Frage gelegentlich der Beratung einer technischen Vorlage zur Entscheidung bringen zu wollen. Sie können ja demnächst einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages für die Stadtverwaltung einbringen, den wir dann in Ruhe beraten können, aber eine Verquickung der Frage mit dieser Vorlage halte ich nicht für richtig; ich bitte deshalb, darauf nicht einzugehen.

Herr Jasper: Wenn ich gebeten habe, die Frage des Achtstundentags mit in die Debatte zu ziehen, so ist das geschehen, weil damals in erster Linie — ich glaube auch von Herrn Stadtrat Jüdel — gesagt wurde, es sei aus technischen Gründen gegenwärtig nicht möglich, den Achtstundentag einzuführen, wir könnten auf diese Frage erst zurückkommen, wenn der neue Betrieb fertig wäre. Nun würde

es doch eine Versäumnis sein, wenn wir jetzt nicht darauf halten wollten, daß die technischen Einrichtungen so beschaffen sein müßten, um die Einrichtung des Achtstundentags zu ermöglichen, weil es sonst heißen würde, das hättet ihr früher sagen müssen. Ich will keine Beschlußfassung darüber, sondern nur die Gewähr dafür haben, daß der Achtstundentag überhaupt eingeführt werden kann. Auch ist nicht der Sinn meiner Ausführungen gewesen, der Anschaffung der Maschinen im Wege sein zu wollen; es waren also keine technischen oder arbeitstechnischen Bedenken, sondern Bedenken finanzieller Art. Wenn eine andere Einrichtung vorgesehen wird, so muß doch an der früher bewilligten Summe gespart werden; ich hatte aber nicht vernommen, daß diese Ersparnisse von der früheren Summe in Abzug gebracht würden. Da nun der Herr Oberbürgermeister zugegeben hat, daß gewisse Ersparnisse voraussetzen seien, so sehe ich nicht ein, weshalb heute der ganze Kredit angefordert wird.

Herr Frühling: Ich kann nur sagen, daß die Baukommission ganz auf dem Standpunkte des Herrn Oberbürgermeisters steht. Was die Bemängelung betrifft, daß ich nicht gesagt hätte, wieviel von der früher bewilligten Bausumme abgesetzt werden könnte, so habe ich diesen Punkt allerdings berührt, indem ich sagte, wir hofften, daß Ersparnisse entstünden, sie ließen sich aber vorläufig noch nicht übersehen. Bei dem Bau können die ersparten Summen nicht für andere Zwecke verwendet werden, sondern müssen uns zur Verfügung gestellt werden, es kommt also auf dasselbe hinaus. Ebenso trifft die Baukommission auch nicht der Vorwurf, daß sie sich nicht hinreichend mit dem Achtstundentage beschäftigt hätte. Ich habe hervorgehoben, daß die Beschaffung dieser Maschine gerade deshalb mit beantragt und in Aussicht genommen sei, weil sie die sehr schwere Arbeit der Füllung und Leerung der Retorten den Arbeitern abnehme. Damit dürfte auch diese Sache erledigt sein und es keinen Zweck mehr haben, darüber noch weiter zu debattieren. Zurzeit läßt sich noch nicht beurteilen, wie der Betrieb am zweckmäßigsten eingerichtet werden kann, weil erst die Maschine aufgestellt sein muß. Jedenfalls ist die Beschäftigung bei der Maschine nicht schwieriger, als ähnliche andere Arbeit, während ohne die Maschine jetzt sehr schwere Arbeit geleistet werden muß. Das alles muß der Deputation überlassen bleiben, wir würden in der Baukommission die Sache nicht weiter klären können, als es schon geschehen ist.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Dr. Jasper hat jetzt seine Frage so formuliert, ob die Maschine auch die Einführung des Achtstundentages gestatten werde. Diese Frage können wir ohne weiteres mit Ja beantworten. Ich stehe auf dem Standpunkte: wenn man den Achtstundentag einführen will, so kann man ihn jederzeit einführen, denn tatsächlich wäre die Einführung des Achtstundentages bislang nur darauf hinausgelaufen, daß sie höchst unwirtschaftlich für das Werk gewesen wäre. Aber zu machen ist es ohne weiteres: man nimmt eben so viel Arbeiter an, daß jeder nur acht Stunden beschäftigt wird und die Sache ist gemacht; die neue

Maschine gestattet die Einrichtung, die unter Umständen allerdings recht viel Geld kosten kann, natürlich auch. Nach meiner Ansicht wird die Maschine den Betrieb erleichtern, und ob dann noch genügend Anlaß für Herrn Jasper vorliegen wird, eine Ermäßigung der Dienstzeit für diese Arbeiter zu erstreben, steht dahin. Man wird sich dann auf den Standpunkt stellen müssen, entweder den Achtstundentag auch in den anderen städtischen Betrieben einzuführen, die gleich schwere Arbeit fordern, oder gar nicht, aber konsequent müssen wir sein.

Herr Wolters: Wenn der Magistrat und die Baukommission sagen, der neue Kredit soll abgetrennt von dem alten bewilligt worden, so ist das zutreffend. Wichtig ist es, daß ein sehr kleiner Teil der 100 000 M tatsächlich auch im alten Projekte enthalten war, nämlich der Umbau der Ofen, dagegen ist der bei weitem größte Teil nicht vorgesehen und konnte auch nicht vorgesehen werden, z. B. der achte Ofen nicht, der neue Arbeiteraum nicht, der Vorbau nach der Seite des Schornsteins nicht, auch nicht die selbständige Beladung durch eine neue Maschine und die Einrichtung mit der Seilbahn. Daher war es finanziell richtig, sich für die vielen neuen Sachen einen neuen Kredit bewilligen zu lassen. Wenn Herr Jasper fragt, ob es möglich sei, bei der neuen Maschine den Achtstundentag einzuführen, so ist das selbstverständlich der Fall. Es handelt sich um eine kontinuierlich wirkende Maschine, die unabhängig ist von der seitens der einzelnen Arbeiter zu leistenden Stundenzahl und bei der es gleichgültig ist, wie lange jeder Arbeiter daran beschäftigt wird, wenn sie nur bedient wird.

Herr Riese: Ich will meine Zustimmung nicht davon abhängig machen, daß die Frage des Achtstundentages heute hier erledigt wird. Wenn heute zugestanden wird, daß die Arbeit vor den Ofen eine andauernde und anstrengende sei, so ist das damals nicht anerkannt worden. Ich habe damals erklärt, daß ich solche Arbeit ein Jahr lang gemacht habe, indem ich die Gasfabrik in Seeßen mit erbaute und in Gang brachte, und ich weiß, daß Ofenarbeit überall teurer bezahlt wird, als andere Arbeit. Deshalb ist der Vergleich mit den Arbeitern des Abfuhrwesens nicht zutreffend, beide Arbeiten stehen zu einander nicht in gleichem Verhältnis, denn letztere kommen nicht in die Lage, sich zu verbrennen und haben auch solche schädlichen Dünste nicht einzuatmen. Der Achtstundentag konnte damals schon eingeführt werden, wie das anderwärts ebenfalls bereits geschehen war, ohne daß deshalb ein Werk zugrunde gegangen wäre. Ich verstehe auch nicht, daß die neue Maschine, durch welche so viele Arbeiter auf die Straße geworfen werden sollen, der Einführung des Achtstundentages Schwierigkeiten bereiten soll. Für die Staatsbeamten ist der Achtstundentag längst erledigt, aber für das Proletariat noch nicht, das muß noch dafür kämpfen. Die Wissenschaft hat bewiesen, daß so lange wie bisher nicht gearbeitet zu werden braucht. Bei Krisen im Handel und Gewerbe kommen wir ja auch mit sechs und noch weniger Stunden aus, warum soll es also nicht jeder-

zeit gehen? Wir würden der Gefahr der Ueberproduktion leichter aus dem Wege gehen und die Krisen würden sich nicht so oft wiederholen. Das ist der Fehler der bürgerlichen Gesellschaft. Es könnte also die Frage des Achtstundentages immerhin auch heute schon erledigt werden. Daß wir dahin kommen, auch für die anderen städtischen Arbeiter den Achtstundentag einzuführen, ist selbstverständlich, denn wir gehen vorwärts, aber hier wäre es am ersten am Platze, die Arbeitszeit auf acht Stunden zu beschränken. Damals wurde nicht, wie heute, erklärt, es ginge, obwohl es damals schon hätte geschehen können; man will eben nicht und es ist auch zu begreifen, aus welchen Gründen. Hätte man die Statistik anderer deutscher Gasfabriken studiert, so wäre man wohl dahintergekommen, daß es geht, man brauchte dann nicht hinterherzulaufen, sondern könnte auch einmal mit vorangehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich erinnere mich nicht, früher erklärt zu haben, der Achtstundentag wäre in der Gasanstalt unmöglich, wenn ich auch gesagt habe, ich könnte nicht anerkennen, daß für sämtliche auf dem Gaswerk beschäftigten Arbeiter der Achtstundentag nötig wäre; wir haben nämlich eine ganze Menge Arbeiter, die sehr leichte Arbeit haben. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß die Arbeit im Ofenhause in Zukunft eine sehr leichte wird. Wenn Sie den Achtstundentag eingeführt wissen wollen, so lassen Sie uns darüber später sprechen, denn wir können heute noch gar nicht beurteilen, ob es nötig sein wird, weil wir noch nicht wissen, wie sich der Betrieb entwickeln wird. Ich würde Ihnen raten, sobald der Umbau fertig und das Werk im Betriebe ist, gehen Sie hinaus, um es sich anzusehen, und darauf machen Sie sich schlüssig, ob der Achtstundentag eingeführt werden soll.

Die Magistratsvorlage findet hierauf die Genehmigung der Versammlung.

### III. Verlängerung des Wasserhauptrohres auf der Nordstraße.

Zur Erzielung einer besseren Wasserversorgung der an der Taubenstraße liegenden städtischen Betriebe sowie besonders zur Erhöhung der Feuericherheit derselben hält die Direktion der Licht- und Wasserwerke eine Verbindung des auf der Nordstraße vorhandenen 100 mm Wasserrohres mit dem 650 mm weiten Hauptdruckrohr auf dem Büldenwege für notwendig und schlägt vor, die Verbindung durch ein 200 mm Rohr vorzunehmen. Die Kosten der Ausführung werden auf 1550 M geschätzt. Das für das Verbindungsrohr in Aussicht genommene Terrain liegt in einer im Ortsbauplan vorgesehenen Straße. Die Eigentümerin der Grundfläche hat nicht nur deren unentgeltliche Benutzung gestattet, sondern es soll der Stadt auch ein entsprechendes dingliches Recht mit der Maßgabe eingeräumt werden, daß die Beseitigung des Wasserrohres und die Löschung der dinglichen Last nur verlangt werden kann, wenn durch eine Aenderung des Ortsbauplanes die belastete

Fläche nicht mehr als zukünftiges Straßenterrain anzusehen ist. Der Magistrat hält ein Eingehen auf den Vorschlag der Direktion für angezeigt und ersucht die Versammlung, sich unter Genehmigung des vorgelegten Vertrages mit der Ausführung der projektierten Rohrverbindung einverstanden zu erklären und die veranlagten Kosten zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

#### IV. Herrichtung eines Grundstücks zu Zwecken der Hilsschule.

Der Schulvorstand für die städtischen Bürgerschulen hält für zweckmäßig, daß den älteren Jünglingen der Hilsschule Gelegenheit geboten werde, eine gewisse Fertigkeit in der Verrichtung von Garten- und Feldarbeit zu erlangen, wobei ihnen dann auch mit bestem Erfolge Anschauungsunterricht erteilt werden könnte. Da die Schulwege bis zur Breitenstraße schon jetzt für manche Schulkinder reichlich weit sind, so erscheint es dem Schulvorstande nicht angängig, ein in der Außenstadt gelegenes Gartengrundstück zu dem Zwecke herzurichten, vielmehr erachten Magistrat und Schulvorstand für zweckmäßig, zu dem angegebenen Zwecke bis auf weiteres das der Stadt gehörige ca. 16 a große Gartengrundstück an der Südseite der Okerstraße zur Verfügung zu stellen. Das Grundstück ist, wie auch der Hauptlehrer Kielhorn anerkannt hat, ungeachtet seiner teilweise starken Neigung nach dem Neustadtmühlengraben zu für den Zweck ganz geeignet, und liegt insofern sehr günstig, als die geringe Entfernung von dem Grundstücke der Hilsschule die abwechselnde Beschäftigung der einzelnen Abteilungen auch während der üblichen Schulzeit gestattet. Auch Räume zur Unterbringung der Geräte sind in benachbarten, der Stadt gehörigen Grundstücken vorhanden.

Immerhin handelt es sich dabei aber einstweilen nur um einen Versuch, weshalb auch vorläufig von der Herrichtung einer kostspieligen Planke an der Straße abgesehen werden soll. Dagegen erscheint es zur Verhütung von Unglücksfällen geboten, das Grundstück gegen den Okergraben abzuschließen, zu welchem Zwecke die Aufstellung eines festen Drahtzaunes auf einer zu beschaffenden Aufschüttung und die Anbringung einer Steinpackung an der Okerseite zweckdienlich sein dürfte. Die hierfür aufzuwendenden Kosten sind zu rund 800 M veranschlagt worden. Außerdem würden mit einem Aufwande von 200 M das vorhandene, zum Teil anderweit zu verwendende Buschwerk und die Bäume insoweit beseitigt werden müssen, daß der erforderliche freie Raum zur Ausführung gärtnerischer Arbeiten geschaffen wird.

Der Magistrat ersucht zuzustimmen, daß das Grundstück bis auf weiteres der hiesigen Hilsschule überlassen werde, ihn auch zu ermächtigen, für die vorerwähnten



Arbeiten und die Anschaffung von Geräten die Summe von insgesamt 1200 M zu Lasten der Bürgerschulklasse aufzuwenden.

Namens der Schulkommission empfiehlt Herr Fricke, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff: Ich bedaure, daß die Sache nicht der Baukommission zur Vorberatung vorgelegen hat. Ich stehe auf dem Standpunkte, alles für die Hilfsschule aufzuwenden, aber in diesem Falle muß ich mich gegen die Vorlage wenden, weil ich den Platz für den Zweck für ungeeignet halte. Nach meiner Annahme sollte der Garten einen kleinen Schmuckplatz und einen Ruhepunkt für das Auge bilden, wenn man aus dem Straßengetümmel kommt, und nun sollen diese Anlagen verschwinden? An der ziemlich steilen Böschung sollen die Kinder arbeiten und noch dazu auf einem Planum von nur 16 a, von dem nicht viel übrig bleibt, wenn man die Böschung und die Wege abrechnet. Außerdem halte ich es nicht für richtig, wenn die Kinder unter den Augen der Passanten und der anderen Kinder aus der benachbarten Schule beschäftigt werden. Gegen die Beschäftigung auf einem Plage oder Garten an der Juliusstraße oder der Karlstraße usw. würde ich nichts einzuwenden gehabt haben, denn dann hätte die Sache Hand und Fuß gehabt.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Meyerhoff um Entschuldigung bitten, daß ich die Sache nicht der Baukommission übergeben habe. Wenn ich gewußt hätte, daß Herr Meyerhoff diese Ansicht vertreten würde, so hätte ich ihn vielleicht erst um Rat gefragt. (Heiterkeit.) Ich pflege sonst die Sachen dahin zu geben, wohin sie gehören.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, es bei seinem bisherigen Verfahren bewenden zu lassen, weil hierbei die bautechnischen Sachen nicht ausschlaggebend sein können. Wir wären vielleicht in der Lage gewesen, noch ein anderes geeignetes Grundstück zu finden, ohne es ankaufen zu müssen, aber den Schulvorstand hat der Umstand veranlaßt, gerade diesen Platz zu wählen, daß die Kinder, welche teilweise lange Schulwege zurückzulegen haben, von der Schule schnell hierherkommen können, ohne noch einen längeren Weg zurücklegen zu müssen. Der Schuldirektor hat es geradezu für unzulässig erklärt, die Kinder an heißen Tagen noch einen weiten Weg zurücklegen zu lassen, und dieses Grundstück liegt außerordentlich günstig zur Schule. Nun sagt Herr Meyerhoff, das Grundstück sei für den Zweck nicht geeignet, während der Schulvorstand und Herr Kielhorn es für sehr geeignet halten. Ein großes Grundstück braucht es schon deshalb nicht zu sein, weil nur die oberen Klassen mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden sollen. Die Abgeschlossenheit des Terrains hält der Schulleiter für ganz passend, weil dort den Kindern gezeigt werden kann, wie sie in solchen Anlagen bauen müssen; sie können dort kleinere Einschnitte machen, Wege anlegen u. dgl. m. Wenn nun außerdem eine Sicher-

heitsvorrichtung gemacht werden soll, daß die Kinder nicht ins Wasser fallen können, so möchte ich wissen, was dem Projekte entgegenstehen soll. Die Lage des Grundstücks insofern als ungünstig zu bezeichnen, daß andere Leute die Kinder bei der Arbeit sehen können, halte ich nicht für richtig. Alle Schulhöfe liegen frei, und so unglücklich sind die Kinder nicht, daß deren Anblick für die Passanten unangenehm sein könnte. Es bleibt nur noch übrig, daß die Anlagen verschwinden werden. Das gebe ich zu, aber wenn die Kinder sich da wieder niedliche Anlagen herrichten, so kann man doch nicht sagen, daß der Anblick ein sehr häßlicher wird. Im übrigen haben sich Magistrat und Schulvorstand auf den Standpunkt gestellt, daß in dieser Frage, wo es sich um das Wohl der Kinder in der Hilfsschule handelt, nicht in erster Linie der unliebsame Anblick für die Passanten ausschlaggebend sein könnte. Da es sich bei der ganzen Sache nur um einen Versuch handelt, so können wir unsern Beschluß jeden Tag widerrufen, wenn sich nach der Ansicht der beteiligten Faktoren tatsächlich Unzuträglichkeiten herausstellen sollten.

Herr Jasper: Ich möchte fragen, ob vielleicht in Aussicht genommen ist, diese landwirtschaftlichen Arbeiten auf den Schulplatz an der Okerstraße auszu dehnen, weil dieser Platz nach einer Bekanntmachung des Schulvorstandes außer der Schulzeit geschlossen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Das hat mit dieser Sache nichts zu tun. Wir hatten den Platz für die Kinder außerhalb der Schulzeit freigegeben, mußten aber jetzt die Erlaubnis zurückziehen, nachdem sich sehr schwerwiegende Bedenken, namentlich auch Beschwerden der Nachbarn, dagegen geltend gemacht haben.

Herr Friede: Seitens des Magistrates ist in Aussicht genommen worden, eine Planke nach der Straße hin zu ziehen, wenn die Kinder durch die Zuschauer belästigt werden würden. Die Einrichtung ist für die Stadt und die Kinder sehr vorteilhaft. Auf der Diefterwegstraße würden noch viel mehr Passanten sein, die die Kinder belästigen könnten.

Herr Meyerhoff: Es ist ganz etwas anderes, wenn man auf einem kahlen Bläke solche Einrichtung treffen will, oder hier, wo der schöne Baumbuchs abgeholzt werden muß.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Auch darauf möchte ich etwas erwidern. Es ist in Aussicht genommen, die Bäume nach der Okerstraße hin stehen zu lassen, ebenso den besten Teil des Bosketts an der Westseite nach dem Petritorwalle zu, und die sehr schöne Kiefer in der Mitte des Gartens kann auch stehen bleiben. Ferner handelt es sich darum, einen Teil des Bosketts im Bürgerparke wieder anzupflanzen, so daß es nicht verloren geht, und das ist bald gemacht.

Herr Meyerhoff (zur tatsächlichen Berichtigung): Ich habe den Herrn Referenten dahin verstanden, daß die Bäume weggehauen werden sollten. (Wider spruch.)

Vorsitzender: Im Schulvorstande hat uns der Wunsch geleitet, den Kindern einen recht kurzen Weg zu machen; deshalb blieb nichts anderes übrig, als dieses Grundstück zu nehmen, dessen Böschung allerdings nicht sehr vorteilhaft ist. Herr Kielhorn hat auch besonders empfohlen, den Kindern nicht einen zu weiten Weg zuzumuten.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

## V. Ortsstatut über den Betrieb von Kinematographentheatern.

Der Magistrat legt den neuen Entwurf eines Statuts über den Betrieb von Kinematographentheatern mit dem Ersuchen vor, dem Erlasse eines entsprechenden Ortsstatuts zuzustimmen. An dem früheren, in der Sitzung vom 12. März 1908 — Seite 522 des Berichtes — genehmigten Entwurfe war auszusetzen, daß die Bestimmungen des § 2 — fogen. Präventivzensur — jedenfalls nicht zulässig sind. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichtes und des preussischen Obergerichtes fällt nämlich die öffentliche Darbietung der auf Rollfilms vervielfältigten Momentphotographien durch Projektion auf eine Wandfläche unter den Begriff der Verbreitung von Preßerzeugnissen im Sinne der §§ 2 und 3 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874. An Preßerzeugnissen kann aber die Polizeibehörde nicht vorbeugend Zensur üben, ein Einschreiten auf dem Wege der Beschlagnahme ist vielmehr erst zulässig, wenn durch die Verbreitung der Preßerzeugnisse schon der Tatbestand bestimmter strafbarer Handlungen erfüllt ist. Der neue Statutenentwurf soll es ermöglichen, unter Wahrung der Preßfreiheit ungeeignete kinematographische Darbietungen den jugendlichen Personen tunlichst fernzuhalten. Von der seitens der Versammlung gewünschten Geschlechtertrennung in den Nachmittagsvorstellungen sieht der Magistrat ab, weil die Durchführung auf große praktische Schwierigkeiten stoßen würde.

Herr Alßmann: Die Statutenkommission hat den neuen Entwurf geprüft und gibt dessen Genehmigung anheim. Im einzelnen findet sich folgendes zu bemerken: Der § 1 bleibt unverändert. Der § 2 soll nach dem Vorschlage des Magistrates folgende Fassung erhalten:

„§ 2. Der Besuch von öffentlichen kinematographischen Vorführungen ist Personen unter 16 Jahren nur in Begleitung ihrer Eltern, Vormünder, Lehrer, Erzieher, Lehrherren oder der von diesen beauftragten Erwachsenen gestattet.

Ohne Begleitung von Erwachsenen sind Personen unter 16 Jahren nachmittags von 4 bis 7 Uhr bei solchen Vorführungen zuzulassen, deren Veranstalter oder Leiter vor der öffentlichen Darbietung kinematographischer Bilder ein vollständiges Verzeichnis derselben bei der Herzoglichen Polizeidirektion einreicht und dieser Behörde sämtliche Bilder (einschließlich der

nur für Abendvorstellungen bestimmten) auf Verlangen vorführt, auch die Darbietung der wegen unsittlichen oder sonst anstößigen Inhalts polizeilich beanstandeten Bilder unterläßt.

Für Innehaltung der im Absatz 1 getroffenen Vorschriften sind die Veranstalter und Leiter der Vorführungen, und, wenn diese nicht anwesend sind, die ausübenden Personen sowie die Inhaber der zu den Veranstaltungen benutzten Räumlichkeiten verantwortlich.“

Wer also die Bilder der Polizei nicht freiwillig vorführen will, soll auch nicht die Berechtigung haben, Kinder ohne Begleitung Erwachsener zugelassen zu sehen.

Herr Frühling: Mir scheint die Bestimmung, daß Kinder nur in Begleitung von dazu berechtigten resp. beauftragten Erwachsenen zugelassen werden dürfen, bedenklich wegen der dadurch notwendig werdenden Kontrolle der betreffenden Erwachsenen. Es würde einfacher sein, zu sagen, Personen unter 16 Jahren ist der Eintritt nur in Begleitung Erwachsener gestattet.

Herr Stadtrat Wagner: Es wird den Leuten, die am Eingange stehen, allerdings nicht zugemutet werden können, einen schriftlichen Ausweis über die Beauftragung zu verlangen; wir haben aber diese Bestimmung aus dem Frankfurter Statut aufgenommen, wo sie sich ganz gut bewährt haben soll. Daß die Theaterunternehmer vor ihren Lokalen erwachsene Personen aufstellen können, die dann mit den jugendlichen Personen in die Vorstellung gehen, ist richtig; wenn indessen derartige Schlepper in das Theater kommen würden, so könnte den Besitzern der gute Glaube nicht zugesprochen werden. Sollte aber mal ein anderer, der aussieht wie ein Beauftragter, mit Kindern hineinkommen, so ist die Sache auch nicht schlimm.

Herr Jasper: Die Bedenken des Herrn Frühling sind durch die Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner nicht zerstreut. Der § 2 ist der Auslegung unterworfen, die nicht immer einwandfrei sein wird, ein Grund mehr, an meiner grundsätzlich ablehnenden Stellungnahme gegenüber dem Statut nichts zu ändern und zwar umsomehr, als die neue Fassung nur eine Umgehung des Zensurverbotes ist. Die artigen Theaterleiter sollen den unartigen etwas voraus haben; die einen sollen Kinder zulassen dürfen, die anderen nicht. Wer sich der Polizei und deren Schikanen fügt, mag sein Gewerbe ausüben, wer nicht, mag am Hungertuche nagen. Endlich möchte ich auf die weitere Bedenklichkeit hinweisen, die der Schlußsatz des § 2 enthält. Hiernach sollen auch die Inhaber der zu den Veranstaltungen benutzten Räumlichkeiten für die Innehaltung der Vorschriften des § 2 verantwortlich gemacht werden können. Ich weiß nicht, ob hierbei der Inhaber im technisch-juristischen Sinne oder im volkstümlichen Sinne gemeint ist, also der Eigentümer, welcher die Räumlichkeit vermietet hat.

Herr Fröhling: Ich habe nicht verhindern wollen, daß zu viele Kinder in die Theater gehen, sondern ich befürchtete nur, es könnte jemand, der mit einem Kinde kommt und nicht zu den im ersten Satze des § 2 bezeichneten Erwachsenen gehört, belästigt und nach seinem Nachweise gefragt werden. Wenn Sie aber Bedenken haben wegen etwaiger Schlepper, so will ich keinen Antrag stellen.

Herr Stadtrat Wagner: Es ist zuzugeben, daß die Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf die Inhaber der zu den Veranstaltungen benutzten Räumlichkeiten ziemlich weit geht. Da Sie aber bei der ersten Beratung deswegen keine Bedenken gehabt haben, so möchte ich bitten, sie auch jetzt fallen zu lassen. Auch diese Bestimmung stammt aus dem Frankfurter Statut und hat dort zu Schwierigkeiten nicht geführt. Wenn der Veranstalter und der Leiter der Vorführungen nicht anwesend ist, so würde ohne diese Bestimmung schließlich niemand verantwortlich gemacht werden können. Im übrigen werden derartige Vorschriften von der Polizei nicht so gehandhabt, wie sie auf dem Papiere stehen, sondern der Inhaber der Räumlichkeiten wird nur in wirklich trassen Fällen zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Jasper: Daß die Vorschriften nur in trassen Fällen angewendet werden sollen, steht nicht im Gesetz, so daß der Polizei Tor und Tür geöffnet sein würde. Die ganzen Vorschriften halte ich für unnütz, zumal auch die Zensur angeblich zum Schutze der Kinder auf Umwegen eingeführt werden soll. Sie soll auch für die Abendvorstellungen eingeführt werden, wo überhaupt keine Kinder zugelassen sind. (Widerspruch.) Auch die Abendvorstellungen sollen der Polizei unterstellt werden.

Herr Stadtrat Wagner: Der Wortlaut ist in diesem Punkte von der Statutenkommission absichtlich geändert worden, um die Auffassung des Magistrates recht klar zum Ausdruck zu bringen. Man hat gesagt, wenn ein Theaterbesitzer einwandfreie Darbietungen geben will, so hat er sich nicht zu scheuen, sein gesamtes Programm der Polizei vorzulegen. Wer sich davor scheut, dem darf nicht so viel Vertrauen geschenkt werden, daß ihm der Zutritt von Kindern ohne Begleitung von Erwachsenen gestattet werden kann, denn ihm ist zuzutrauen, daß er auch in den Nachmittagsvorstellungen für Kinder ungeeignete Sachen bietet.

Herr Meyerhoff: Ist unter dem Worte „Inhaber“ nicht auch der Vermieter der zu den Veranstaltungen benutzten Räumlichkeiten zu verstehen? Die Kinematographentheater werden noch wie Pilze aus der Erde wachsen, ich möchte aber die Vermieter solcher Räumlichkeiten davor bewahrt wissen, daß sie für die Schaustellungen auch verantwortlich gemacht werden könnten.

Herr Stadtrat Wagner: Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Grundstückseigentümer jemals auf Grund der Bestimmung herangezogen werden könnte, schon weil ihm ein Verschulden, namentlich wenn er dort nicht wohnt, niemals nachzuweisen sein dürfte.

Der § 2 wird darauf in der kommissionsseitig vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Gegen den § 3 (früher § 4) ist nichts einzuwenden.

§ 4 (neu) lautet:

„Herzogliche Polizeidirektion kann in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 2 und 3 gestatten. Die Ausnahmen sind nur gültig, wenn sie schriftlich bewilligt werden.“

Gegen die §§ 4 bis 6 (früher 5 bis 7) findet sich seitens der Versammlung nichts zu erinnern.

Schließlich genehmigt die Versammlung das ganze Statut in der neuen Fassung.

## VI. Gesuch um Förderung der Luftschiffahrten.

Der Niedersächsische Verein für Luftschiffahrt in Göttingen hat gebeten, ihm das für die Auffahrten seines Ballons erforderliche Gas zum Einheitspreise von 10 Pf. zu überlassen und die Kosten der zur Füllung des Ballons erforderlichen Rohrleitung stadtseitig zu übernehmen. Vom Magistrate wird im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation eine stadtseitige Förderung der Bestrebungen des Vereins und insbesondere der von hier aus zu veranstaltenden Luftschiffahrten insoweit für zulässig erachtet, als die rund 400 M. betragenden Kosten für die bereits hergerichtete Füllungsleitung stadtseitig übernommen werden und das zur Füllung des Ballons erforderliche Gas (je 1400 cbm) zum Preise von 10 Pf. pro cbm abgegeben wird, während der Selbstkostenpreis sich auf 9,38 Pf. stellt. Es wird anheimgegeben, diesem Antrage zuzustimmen.

Herr Jasper: Die Mehrheit der Finanzkommission hat sich dem Antrage angeschlossen mit der Begründung, daß hierbei nationale und wissenschaftliche Bestrebungen gefördert würden.

Herr Kieze: Ich bin wohl dafür zu haben, die Wissenschaft zu fördern und habe auch nichts dagegen, das Gas zum Selbstkostenpreise für den angegebenen Zweck zu liefern; wenn aber auch noch 400 M. für die Füllungsleitung bewilligt werden sollen, so kann ich mich dazu nicht verstehen. Diejenigen Kreise, welche diese Luftschiffahrten veranstalten, besitzen mehr Mittel als unser Stadtsäckel, sie können deshalb die 400 M. selbst aufbringen und brauchen nicht die hiesigen Gaskonsumenten zu belasten.

Vorsitzender: Die Kosten sollen nicht die hiesigen Gaskonsumenten belasten, sondern aus dem Schulhausbaufonds bezahlt werden.

Herr Voge: Die Zuleitung ist doch für spätere Benutzung liegen geblieben? (Zustimmung.)

Herr Jasper: Die Kosten sollen aus dem Kap. XII des Gaswerksatzes bewilligt werden.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

## VII. Kanalananschluß eines Bahnhofes der Landeseisenbahn.

Es hat sich herausgestellt, daß der zwischen Celler- und Roßstraße auf Delper Feldmark gelegene Bahnhof der Landeseisenbahn mit zwei Entwässerungsanlagen versehen ist, durch die die Tageswässer in die städtischen Kanäle auf der Celler- und der Roßstraße abgeführt werden, daß jedoch für diese Anlage bislang weder die Genehmigung der städtischen Behörden eingeholt noch eine Kanalabgabe gezahlt ist. Die angestellten Ermittlungen haben nichts bestimmtes darüber ergeben, wann und auf wessen Antrag die Anschlüsse hergestellt sind, die Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß zur Zeit der Kanalisation der Celler- und Roßstraße eine Entwässerungsanlage des Bahnhofsgeländes nach den die genannten Straßen begrenzenden Gräben vorhanden gewesen ist und daß dieser Umstand der Kanalbauverwaltung Anlaß gegeben hat, den Ausfluß an den Straßenkanal anzuschließen. Die Landeseisenbahn hat gebeten, die Anschlüsse bestehen zu lassen, jedoch von Erhebung einer Kanalabgabe entweder ganz abzusehen oder solche doch nur derartig eintreten zu lassen, daß das Grundstück als zur Stadt Braunschweig gehörig angesehen würde. Auf letzteren Wunsch einzugehen hält der Magistrat schon wegen etwaiger Verurteilung nicht für angezeigt. Immerhin glaubt er mit Rücksicht auf das Entgegenkommen, das die Stadt bei der Landeseisenbahn gelegentlich der Verhandlungen über Verlegung des Gashauptrohrs durch den Nordbahnhof und über Verlegung des Wasserdruckrohrs im Bahnkörper südlich der Cellerstraße gefunden hat, empfehlen zu sollen, eine gewisse Milde walten zu lassen, und gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs die Verlassung der vorhandenen Kanalan Anschlüsse unter der Bedingung gestattet wird, daß an Stelle der von der städt. Bauverwaltung für angemessen gehaltenen Abgabe von 150 bis 200 M jährlich eine solche von 100 M seitens der Landeseisenbahn gezahlt wird, daß dabei jedoch der Stadt das Recht vorbehalten bleibe, für etwaigen Anschluß von auf dem Gelände der Bahn eingerichteten gewerblichen Anlagen dritter Personen noch eine besondere Abgabe zu erheben.

Auf Befürwortung durch die Statutenkommission, für die Herr Weichsel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

## VIII. Erhöhung von Armenbezügen.

Die Versammlung hat am 20. Februar 1908 den Magistrat ersucht, zu prüfen, ob nicht zum Teil eine Erhöhung der Armenbezüge unter Berücksichtigung der einzelnen Gruppen von Armen eintreten könne, besonders wie dem Einzelfalle bei

Erwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen mehr als bisher entsprochen werden könne, endlich wie die Anrechnung von Legaten und Geschenken erfolgen solle.

Um ein zuverlässiges Bild zu gewinnen, wie sich die ehrenamtlich mit der Handhabung der Unterstützungen betrauten Armenpfleger und Bezirksvorsteher zu den angeregten Fragen stellen, hat die gutachtlich von uns gehörte Armendirektion eine Äußerung sämtlicher 25 Armenbezirksausschüsse sowie der Armenärzte herbeigeführt und sich alsdann im Einverständnis mit deren überwiegender Mehrheit dahin ausgesprochen, daß eine Erhöhung der monatlich im Höchstbetrage zu gewährenden Pflegesätze für alleinstehende Personen von 12 M auf 15 M, sowie eine Heraufsetzung des monatlichen Pflegegeldes für Pflegekinder im ersten Lebensjahre von 12 M auf 15 M, im zweiten Lebensjahre von 10 M auf 12 M, im 3. bis 14. Lebensjahre von 8 M auf 10 M für erforderlich gehalten werde. Ueber die Notwendigkeit, auch die Unterstützungssätze für Familien zu erhöhen, waren die Meinungen geteilt; nur 5 Armenbezirke haben sich dafür, 20 dagegen ausgesprochen.

Uebereinstimmung herrscht in bezug auf die Zweckmäßigkeit, in geeigneten Fällen mit Hilfe des Armenarztes festzustellen, ob die sich meldenden Bedürftigen erwerbsfähig, erwerbsbeschränkt oder erwerbsunfähig sind. Fast durchweg herrscht die Meinung, daß die Frage, ob der Verdienst einzelner Mitglieder der Haushaltung (z. B. Ehefrauen, denen der Unterhalt der Familie in der Hauptsache obliegt; Kostgeld zahlende Hauskinder usw.) voll auf die Unterstützungssätze anzurechnen ist, nur von Fall zu Fall unter billiger Berücksichtigung der Sachlage beantwortet werden kann. Was die Anrechnung von Legaten und Geschenken betrifft, so empfiehlt die Mehrheit der Bezirke, alle Gaben bis zur Höhe von 24 M einschließlich (bisher 15 M) unberücksichtigt zu lassen und erst darüber hinaus im Einzelfalle eine einmalige Kürzung der Monatsunterstützung um die Hälfte vorzunehmen. Die Armendirektion will den Bedürftigen noch weiter entgegenkommen und wird in Zukunft erst dann, wenn ein Legat, Geschenk u. dgl. über 30 M hinausgeht, die erwähnte Kürzung eintreten lassen. Ist aber ausdrücklich in der Stiftungsurkunde über die Gewährung des Legats bestimmt, daß die unverkürzte Weiterzahlung der Armenunterstützung die Voraussetzung der Bewilligung bilde, so soll fortan von einer Kürzung grundsätzlich abgesehen werden, soweit überhaupt noch Hilfsbedürftigkeit vorliegt.

Der Magistrat stimmt dieser Ansicht bei, hält es jedoch für zweckmäßig, die endgültige Regelung der Unterstützungssätze und der Anrechnungsfrage bis dahin zu verschieben, daß die am 1. Januar 1883 in Kraft getretene Anweisung über die Handhabung der städtischen Armenpflege einer durchgreifenden Umgestaltung unterzogen wird. Damit aber den Armen schon bald die von der Armendirektion



empfohlene Erhöhung der Sätze für Alleinstehende und für Pflegekinder zugute kommt, hat er beschlossen, sich des Einverständnisses der Versammlung dazu zu vergewissern, daß ein *zweilen* bei der Bemessung der Unterstützungen bereits die vorstehende Heraufsetzung der Sätze Anwendung findet. Dabei kommt betreffs der Pflegekinder in Betracht, daß auch seitens der städtischen Waisenpflegerinnen und des Oberarmenarztes die empfohlene Erhöhung dringend befürwortet worden ist.

Die Mehraufwendungen, die durch die Maßregel verursacht werden, lassen sich folgendermaßen berechnen:

1. Für 325 zurzeit vorhandene alleinstehende Personen 11 700 M.
2. Zur Zeit sind an Pflegekindern im ersten Jahre 5, im zweiten 7, im dritten bis vierzehnten 83 vorhanden. Bei Steigerung des Pflegegeldes um je 3 M monatlich für erstere, um je 2 M für letztere beiden Gruppen sind mehr erforderlich 2340 M, so daß der gesamte Mehraufwand jährlich 14 040 M betragen würde.

Obwohl nach den Beobachtungen, die während der letzten Monate in der Armenpflege gemacht sind, ein allmähliches Anwachsen der Unterstützungsbeträge zu befürchten ist, glaubt der Magistrat doch, die Gewährung der obigen Erhöhungen bis auf weiteres befürworten zu sollen, weil die Mehrbelastung der Kämmereikasse durch den größeren Zuschuß sich in erträglichen Grenzen hält.

Daneben ist geprüft worden, ob nicht die Unterstützungssätze für Familien ebenfalls einer Erhöhung zu unterziehen seien. Obgleich die Armendirection mit 80 % aller Armenbezirke vorläufig die Heraufsetzung der Familienunterstützungen noch nicht als geboten ansieht, läßt sich doch nicht verkennen, daß zu der Einführung eines Höchstsatzes von 15 M für Alleinstehende der Höchstsatz für eine aus zwei Köpfen bestehende Familie (18 M monatlich) in einem gewissen Mißverhältnis steht, und daß es wünschenswert wäre, in absehbarer Zeit hier gleichfalls ausgiebigere Hilfe zu gewähren. Es liegt indes auf der Hand, daß der jetzt schon ziemlich starke Zuzug ortsfremder Familien hierher durch ein solches Vorgehen sehr gesteigert werden würde. Außerdem zeigt eine Berechnung des mutmaßlichen Mehraufwandes, daß eine Heraufsetzung der Familienunterstützungen die Armenkasse außerordentlich belastet. Folgt man z. B. den Vorschlägen eines Armenbezirks, der je nach der Kopfszahl der Familien (2, 3, 4, 5 usw. Personen) eine abgestufte Erhöhung (von 18 auf 21 M, von 24 auf 29 M, von 30 auf 36 M, von 36 auf 42 M usw.) angeregt hat, so ergibt sich bei einer durchschnittlichen Zahl von 650 unterstützten Familien mit je 4 Personen eine Erhöhung um je 6 M monatlich für jeden Unterstützungsfall, also jährlich um 46 800 M.

So gern der Magistrat bereit sein würde, trotz der ablehnenden Stellungnahme der Armendirection eine solche oder eine ähnliche Erhöhung zuzugestehen, muß er doch, solange nicht die städtischen Finanzen die angestrebte Besserung erfahren haben, von einem darauf gerichteten Antrage absehen. Er hofft, daß es noch im laufenden

Rechnungsjahre möglich sein wird, die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Magistrat beschränkt sich daher auf den Antrag,  
 „sich damit einverstanden zu erklären, daß bis auf weiteres der monatliche Höchstsatz für alleinstehende Hilfsbedürftige von 12 M auf 15 M, für Pflegekinder im ersten Lebensjahre von 12 M auf 15 M, im zweiten von 10 M auf 12 M, im dritten bis vierzehnten von 8 M auf 10 M erhöht werde.“

An der Befugnis der Armendirektion, in geeigneten Ausnahmefällen auch über diese Sätze hinaus Vermittel oder Mietszuschüsse, Feuerung, Lebensmittel und dergl. zu bewilligen, soll nichts geändert werden.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Löhnefink: Ich freue mich, vorweg konstatieren zu können, daß die Vorlage den mehrfach aus der Versammlung heraus geäußerten Wünschen auf Erhöhung der Bezüge von Einzelpersonen und Pflegekindern, sowie auf mehr als bisher individualisierende Armenpflege, endlich auch auf mildere Handhabung der Anrechnung von Legaten und Geschenken Rechnung trägt und demgemäß Vorschläge bringt.

Die Einzelpersonen sollen durch Aufbesserung des Ausschußsatzes um monatlich 3 M zukünftig eine Unterstützung in Höhe von 15 M erhalten. Es kommen hierbei etwa 325 Personen in Frage, für welche ein jährlicher Mehraufwand von 11 700 M erforderlich sein würde.

Sodann ist die Herauffezung des Pflegegeldes für Pflegekinder

im 1. Lebensjahre	von 12 M	auf 15 M,
„ 2. „	10 „	12 „
„ 3.—14. „	8 „	10 „

vorgesehen, woraus sich unter Zugrundelegung der Anzahl von 95 zur Zeit vorhandenen Pflegekindern eine jährliche Mehrausgabe von 2340 M ergeben würde.

Die Mehrbelastung der Armenkasse infolge der veränderten Sätze für Einzelpersonen und Pflegekinder dürfte also insgesamt etwa 14 040 M betragen.

Nachdem ich bereits früher den Antrag Riefe im Hinblick auf die städtische Finanzlage als zu weitgehend und deshalb als unannehmbar bezeichnet habe, muß ich heute umsomehr bei dieser Ansicht verharren, als die gutachtlich gehörte Armendirektion im Einvernehmen mit der überwiegenden Mehrheit sämtlicher 25 Armenbezirksausschüsse und der Armenärzte besonders aus dem Gesichtspunkte, daß zukünftig eine andere Praxis bei Anrechnung von Nebenbezügen geübt werden soll, die in der Magistratsvorlage enthaltenen neuen Sätze für ausreichend erachtet. Mit Einführung dieser Sätze geht die städtische Armenfürsorge einen großen Schritt vorwärts.

Wenngleich wir ja alle in weit ausgedehnterem Maße für unsere Armen sorgen möchten, so haben wir uns doch sehr nach den verfügbaren Mitteln bei unseren Beschlüssen zu richten und ich möchte daher bitten, sich mit dem, was zurzeit seitens der in der Armenpflege tätigen Kräfte als ausreichend und seitens des Magistrats als durchführbar bezeichnet wird, zu begnügen und diesem Teile der Vorlage die Zustimmung zu erteilen, dergestalt, daß die erhöhten Sätze einstweilen in Anwendung kommen, bevor die Umgestaltung der Anweisung für Handhabung der Armenpflege ausgearbeitet ist.

Wie die Vorlage weiter besagt, haben sich über die Notwendigkeit, die Unterstützungssätze für Familien zu erhöhen, unter den Armenbezirken verschiedene Ansichten ergeben. Nur 5 Bezirke haben sich dafür, 20 Bezirke aber dagegen ausgesprochen. — Bei einfacher Kenntnisaufnahme dieser Tatsache liegt der Gedanke nahe, daß bei Beurteilung der in Frage kommenden Verhältnisse eine gewisse Härte Platz gegriffen haben könne, die nicht in Einklang zu bringen sei mit der Milde, die man auf Einzelpersonen und Pflegekinder erstrecken will. Dieser Gedanke muß aber in den Hintergrund treten, wenn man in Erwägung nimmt, daß niemand besser in der Lage ist, die vorhandene Bedürftigkeit und die richtige Abgrenzung der Mittel zu deren Vinderung zu ermessen, als gerade die Armenverwaltung und ihre erprobten Organe. Jedweder Gedanke an eine möglicherweise vorliegende Härte muß schwinden im Hinblick auf den Vorschlag der Armenverwaltung:

„in geeigneten Fällen mit Hilfe des Armenarztes festzustellen, ob die sich meldenden Bedürftigen erwerbsfähig, erwerbsbeschränkt oder erwerbsunfähig sind, und daß fast durchweg die Meinung herrscht, daß die Frage, ob der Verdienst einzelner Mitglieder der Haushaltung (z. B. Ehefrauen, denen der Unterhalt der Familie in der Hauptsache obliegt, Kostgeld zahlende Hauskinder usw.) voll auf die Unterstützungssätze anzurechnen ist, nur von Fall zu Fall unter billiger Berücksichtigung der Sachlage beantwortet werden kann.“

Findet dieser Vorschlag die Billigung der geehrten Herren und wird er in die Praxis übertragen, so sind von dieser Methode die besten Erfolge zu erwarten, die alle diejenigen Herren, welche die Armenpflege unter größerer Berücksichtigung des Individuums und seiner Lebensbedingungen ausgeübt sehen wollen, befriedigen dürften.

Durch eine derartige Handhabung würde das Mißverhältnis, das sich durch Einführung eines Höchstsatzes von 15 M. für Einzelpersonen gegenüber dem Höchstsatz von 18 M. für eine aus zwei Köpfen bestehende Familie ergeben würde, wesentlich gemildert werden.

Eine auf Basis des Vorschlages eines Armenbezirkes beruhende Erhöhung der Familienunterstützung nach Maßgabe der Kopfszahl der Familie hat gewiß

vieleß für sich, doch verweise ich auf das in der Vorlage stehende Rechenexempel, das die Konsequenzen dieses Vorschlages uns in einer Mehrausgabe von 46800 M vor Augen führt.

An dieser Stelle muß ich wie schon früher hervorheben, daß die Erhöhung der Unterstützung für Familien zweifellos einen großen Zuzug ortsfremder Familien herbeiführen würde, die bereits nach Jahresfrist der Stadt dauernd zur Last fielen.

In der Kommission wurde die Ansicht geäußert, für unsere Armen müßte reichlicher gesorgt werden, koste es was es wolle. Von anderer Seite wurde dagegen ausgeführt, daß wir, die wir mit berufen seien, über das Wohl der Stadt zu machen, obgleich wir gern mit vollen Händen den Armen geben möchten, die ernste Pflicht hätten, die Mittel der Stadt zu Räte zu halten und sie vor Ausgaben zu bewahren, die ihre Kräfte übersteigen. Es wurde auch auf die Schwierigkeit hingewiesen, zur jetzigen Zeit, in der hohe Anforderungen an die städtischen Finanzen gestellt werden, die Summen zu beschaffen, die unser Humanitätsgefühl zwar gern bewilligen möchte, die aber als im Mißverhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt stehend bezeichnet werden müßten. Wie die Vorlage zeigt, stellt sich der Magistrat ebenfalls auf diesen Standpunkt.

Was nun die Anrechnung von Legaten und Geschenken betrifft, so war in der Finanzkommission von einer Seite angeregt, ob man nicht die Anrechnung der Legate im Einzelfalle davon abhängig machen solle, daß das Legat mindestens doppelt so groß wie die monatliche Armenunterstützung sei. Dem ist aber entgegen gehalten, daß dieses Verfahren bei Bedürftigen mit geringer Armenunterstützung von 10 bis 12 M monatlich zu Härten führen würde, die der Vorschlag des Magistrats vermeidet.

Der Dezernent der Armendirektion, Herr Stadtrat von Frankenberg, hat sich dagegen bei Besprechung der Angelegenheit in der Finanzkommission bereit erklärt, den Bezirksvorstehern und Armenpflegern außerdem zu empfehlen, daß in allen Fällen, in denen bei kinderreichen Familien die Armenunterstützung über 30 M monatlich hinausgeht, die Frage der Anrechnung größerer Legate einer besonderen eingehenden Prüfung unterzogen werden solle, damit man sich dem Einzelfalle nach Möglichkeit anpassen könne.

Durch diesen Modus werden allerdings die Wünsche derjenigen Herren, welche die teilweise Anrechnung der Privatwohlthätigkeit überhaupt beseitigt sehen möchten, noch nicht erfüllt, immerhin wird dadurch gegen früher manches gewonnen. Das gänzliche Aufgeben des bisherigen Brauches wäre ja freilich das idealste, aber unsere Finanzlage redet eine gar eindringliche Sprache, die wir nicht überhören dürfen.

Die Kommission gibt daher anheim, den Vorschlag der Armendirektion gutzuheißen und damit die Magistratsvorlage in vollem Umfange zu genehmigen.

— Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz. —

Herr Tolle: Ich begrüße die Vorlage mit Freuden und darin namentlich auch, daß den alleinstehenden Personen eine höhere Unterstützung gewährt wird. Auszusetzen habe ich an der Vorlage lediglich, daß sich die Höhe des Abzuges vom Armengelde nach diesem und nicht nach der Höhe der Legate richten soll. An einem einfachen Beispiele glaube ich klarmachen zu können, daß es sehr große Härten mit sich bringen würde, wenn wir eine bestimmte Höhe des Legates annehmen, von der ab der Abzug eintreten soll. Denken Sie sich den Fall, eine Witwe mit vier Kindern erhielte 36 M als höchste Unterstützung und bekäme dazu ein Legat von 32 M, in welchem Falle ihr nach dem Vorschlage des Magistrates 18 M abgezogen werden müßten, so daß sie  $18 + 32 = 50$  M ausgezahlt erhielte. Nun denken Sie sich weiter den Fall, die Witwe bekäme nur ein Legat von 30 M, so würde ein Abzug vom Armengelde nicht eintreten, die Familie würde vielmehr die volle Summe von  $36 + 30 = 66$  M ausgezahlt bekommen. Es würde dann also der merkwürdige Fall eintreten, daß trotz des um 2 M niedrigeren Legates eine um 16 M höhere Summe ausbezahlt wäre. Meines Erachtens ist die Sache ohne allzu große Härte zu machen, wenn wir beispielsweise die Höhe des Abzuges sich nach der Höhe des Legates richten lassen. Wir brauchen nicht bei höheren Legaten als 30 M anzufangen, sondern können bei viel niedrigeren Beträgen beginnen und müssen nur einen gewissen Prozentsatz als abzugsfähig festsetzen. Wenn wir z. B. 10 bis 15 % von einem Legate in Abzug bringen, so würde das bei 32 M und 10 % 3,20 M und bei 15 % 4,80 M betragen, die Familie bekäme also mit dem Armengelde 64,80 M bezw. 63,20 M statt 50 M ausgezahlt. Nun könnte solche Berechnung dazu führen, daß bei kleinen Unterstützungen der Abzug das ganze Armengeld aufzehrt. Wenn wir das verhindern wollen, so könnten wir z. B. die Bestimmung einfügen, daß der Abzug die Hälfte des Armengeldes nicht übersteigen darf.

Ich bin nicht der Ansicht, daß der Stifter eines Legates die Absicht gehabt hat, durch seine Hochherzigkeit die Armenkasse zu schonen, ich glaube sogar, daß mancher durch die hier geplante Einrichtung von der lobenswerten Absicht, Legate zu errichten, abgebracht, oder diese löbliche Absicht zugunsten anderer Einrichtungen abgelenkt wird, weil eben der Testamentserrichter nicht will, daß die Armenkasse gewisse Vorteile aus seiner Willkür zieht. Um dieses zu vermeiden, würden wir dazu übergehen können, zu bestimmen, daß alle durch solche Abzüge gewonnenen Mittel in einer Kasse vereinigt würden und aus den so gewonnenen Geldern kleinere Beträge an Familien gezahlt werden, die bisher noch kein Armengeld bezogen haben, oder daß Feuerungsmarken usw. beschafft und an Bedürftige verteilt werden. Ich möchte bitten, die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückzuverweisen und ihn zu ersuchen, meine Vorschläge zu prüfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn irgend etwas bedauerlich wäre und gewiß auch von Herrn Tolle, der ein warmer Freund der Armen und eifriger Armenpfleger ist, bedauert werden würde, so wäre es eine Beschlußfassung im Sinne der eben gegebenen Anregung, denn damit würden Sie den Armen den baldigen Genuß der Wohltaten vorenthalten, die der Magistrat in der heutigen Vorlage ihnen bietet. Ich will weiter darauf hinweisen, daß es, nachdem bereits alles ausführlich erörtert worden ist, nicht zweckmäßig wäre, die Vorlage nochmals zurückzuweisen. Der Magistrat schlägt nur die vorläufige Regelung der Armenbezüge für alleinstehende Hilfsbedürftige und für Pflegekinder vor; wenn Sie uns nun zwingen sollten, uns über die von Herrn Tolle angeregte Frage und damit über alle Punkte der Armenpflege erst noch zu verständigen, so würden Sie die Vorlage hierdurch noch um Monate aufhalten, und das dürfte doch nicht in Ihrer Absicht liegen. Ich möchte ferner auch nicht wünschen, daß die ersparten Beträge in eine besondere Kasse, in eine Art Schröpfkasse gebracht würden, denn man könnte hinterher sagen, das sei eine Kasse, die aus den Abzügen von Armengeldern entstanden sei. Die Behandlung dieser Materie ist außerordentlich schwierig. Vor einigen Jahren hat man sich auf der 18. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit in Nürnberg auch mit der Sache befaßt und sich dahin geeinigt, die Legate bei den Armenbezügen nach billigem Ermessen zu berücksichtigen.“

Das von Herrn Tolle angeführte Beispiel beweist, daß man sich in der Armenpflege hüten muß, nach der Schablone zu verfahren. Es würde z. B. zu vermeiden sein, bei Legaten, die wenig über 30 M. betragen, so scharf vorzugehen; ich würde das wenigstens bei kinderreichen Familien sehr bedauern. Wir wollen übrigens die nächste Zeit benutzen, um auf diesem Gebiete Versuche zu machen und Erfahrungen zu sammeln, dann wird sich schon ein gangbarer Weg finden. Ich möchte daher bitten, von einer Beschlußfassung im Sinne des Herrn Tolle abzusehen.

Stellvertretender Vorsitzender: Herr Niese hat hierzu folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung gibt dem Wunsche Ausdruck, daß nicht nur, wie in der Vorlage vorgesehen, Legate bis zu 30 M. einschließlich auf den Fortbezug der Armenunterstützung ohne Einfluß sind, sondern daß auch Legate, die mehr als 30 M. betragen, nur dann zu einer Kürzung der Armenbezüge Veranlassung geben dürfen, wenn diese Legate das Armengeld zweier Monate übersteigen.

Herr Probst: Ich kann mich mit der Vorlage zwar vollständig einverstanden erklären, möchte aber doch noch einen kleinen Wunsch äußern. In der letzten Sitzung der Armenpfleger meines Bezirks wurde der Wunsch laut, es möchte der

§ 30 der Instruktion für Armenpfleger dahin geändert werden, daß das vorläufige Bewilligungsrecht der Armenpfleger in dringenden Fällen etwas erweitert würde. Der Armenpfleger kann bekanntlich in dringenden Fällen eine Mark bewilligen, während gebeten wird, diesen Betrag auf drei Mark zu erhöhen. Ferner wurde gewünscht, der Anweisung für die Armenpfleger bei der Neubearbeitung eine etwas übersichtlichere Fassung zu geben. Bei der bewährten Arbeitskraft des Herrn Stadtrat von Frankenberg dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, daß die Armenpfleger sich in Zukunft etwas leichter in der Anweisung zurechtfinden können.

Herr Hauswaldt: Ich bin zufällig in der Lage, über eine Reihe von Legaten zu verfügen und bin dabei mit meinem Gewissen in einen gewissen Konflikt geraten. Ursprünglich habe ich den Standpunkt eingenommen, daß Legate und Geschenke an Arme bei Bemessung des Armengeldes nicht in Anrechnung gebracht werden, von diesem Standpunkte bin ich indessen zurückgekommen. Die Kommune hat meiner Ansicht nach nicht die Pflicht, einem Armen Unterstützung zu geben, wenn er durch Geschenke oder Legate instand gesetzt wird, ohne Beihilfe öffentlicher Mittel leben zu können. Die Maximalsätze für unsere Armen sind allerdings so gering bemessen, daß ohne weitere Beihilfe die betreffende Person nicht existieren kann. Das muß aber so sein, denn wir können die Armensätze nicht so hoch wählen, daß die betreffende Einzelperson ohne jede Sorge leben kann, wir würden sonst geradezu eine Ueberschwemmung von Armen aus dem ganzen norddeutschen Gebiete erleben.

Im übrigen bin ich auf denselben Standpunkt gekommen wie Herr Riese und habe mich auch gegen den starren Satz von 30 M ausgesprochen. Dieser Satz ist ein reiner Griff, aber eine praktische Hand hat ihn gegriffen, denn die meisten Legate betragen bis zu 30 M. Kommen höhere Legate in Frage, z. B. 120 M, so muß ich der Armendirektion recht geben, daß der Arme in dem Momente nicht mehr als arm zu behandeln ist und daher auch nicht den ganzen Armenbezug bekommen kann, denn wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, mit den städtischen Mitteln so zu verfahren, wie wir es verantworten können. Ich hatte in der Finanzkommission beantragt, den festen Satz von 30 M zu streichen und dafür einen Satz in Höhe des zweimonatlichen Armenbezuges zu setzen. Mir ist darauf erwidert worden, daß die Fälle mit den kinderreichen Familien selten sind gegenüber den Fällen, wo durch eine Invalidenrente und dergl. die Unterstützung der Stadt vielleicht auf 10 M bemessen wird. Wenn mein Antrag durchginge, würden die Leute bei einem Legate von 30 M schon etwas verlieren, so daß man bei einer großen Anzahl von Armengeld-Empfängern gegen deren eigenes Interesse handeln würde. Da nun Herr Stadtrat von Frankenberg versprochen hat, daß in den selteneren Fällen von kinderreichen Familien jedesmal noch geprüft werden soll, ob

ein Legat in Anrechnung gebracht werden soll oder nicht, so habe ich mich zufriedengegeben und bitte Sie, auch Ihrerseits den starren Satz von 30 M zu akzeptieren. In ein bis zwei Jahren werden wir uns wieder mit der Sache befassen müssen und werden dann die nötige Erfahrung gesammelt haben. Ich gebe Herrn Stadtrat von Frankenberg recht, die Sache vorläufig so zu lassen, daß sie mit den Finanzverhältnissen der Stadt nicht kollidiert. Es ist unendlich schwierig, immer das durchzuführen, was man als gut und human ansieht, ohne den Geschenkgeber zu verletzen. Nachdem sich die Finanzkommission eingehend mit der Materie beschäftigt hat, möchte ich Sie bitten, sich mit dem Magistratsantrage zufriedenzugeben. Eine Vertauschung der starren Summe von 30 M mit dem zweimonatlichen Betrage der Armenunterstützung empfiehlt sich auch nicht. Ich hoffe, daß wir vielleicht in absehbarer Zeit über die Mängel fortkommen.

Herr Rieke: Die Frage läßt sich nicht schematisch erledigen. Es ist nur zu bedauern, daß nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen, aber für die Idee des Herrn Tolle, aus den ersparten Armenunterstützungen wieder neue Legate zu bilden, kann ich mich nicht erklären. Das würde so aussehen, als wenn wir aus altem Eisen etwas neues schmieden wollten. Ich habe mich gefreut, daß die Vorlage so ausgefallen ist, wenn damit auch nicht erreicht wurde, was ich eigentlich wollte. Immerhin muß ich konstatieren, daß der Magistrat sich bemüht hat, den Wünschen möglichst nachzukommen, und das ist schon anzuerkennen.

Wenn ich mich in meinem letzten Antrage in gewisser Beziehung gegen die Magistratsvorlage gewendet habe, so geschieht es, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß das nicht schematisch gemacht werden kann. Ich verspreche mir davon, daß mit den Armenärzten die Frage der Unterstützungsfähigkeit und Notwendigkeit geregelt werden soll, recht viel und gebe mich der Hoffnung hin, daß in absehbarer Zeit auf dem Gebiete weiter fortgeschritten werden kann, ohne zu befürchten, daß aus der ganzen norddeutschen Tiefebene Braunschweig als Eldorado der Armen angesehen werden wird. Leider wird von großen Etablissements, wie der Zuteppinnerei usw. dafür gesorgt, daß fremde Arbeitskräfte hierhergezogen werden, die hier kümmerlich ihr Dasein fristen und alles, was sie erübrigen, in ihre Heimat schicken, also der Stadtgemeinde nichts zukommen lassen.

Herr Tolle: Ich habe nicht die Absicht zu erkennen geben wollen, daß ich die Durchführung der Vorlage noch verschieben will, sondern ich würde es für wünschenswert halten, die Sache mit den Abzügen heute nicht weiter zu behandeln; ich möchte indessen Herrn Stadtrat von Frankenberg bitten, sich mit dem von mir ausgeführten Gedanken vertraut zu machen und, wenn er sich von der Gangbarkeit des Weges überzeugt hätte, seinerseits den Bezirksvorstehern Anweisung zu erteilen, in dieser Weise zu verfahren. Da die zurzeit gültigen, vom 1. Januar 1883



datierenden Satzungen wohl demnächst einer gründlichen Umwandlung unterzogen werden, so ließe sich die Sache dabei regeln. Die vom Magistrate in Aussicht genommenen Erhöhungen der Armensätze können heute von der Versammlung angenommen werden, damit die davon Betroffenen möglichst schnell in den Genuß der Erhöhungen kommen. Es könnte mir der Vorwurf gemacht werden, warum ich nicht früher mit dem Gedanken hervorgetreten bin, da ich doch an den Beratungen meines Armenbezirkes teilgenommen habe. Das rührt daher, daß ich wohl wußte, es war in der Sache noch etwas dunkel, daß ich aber noch keinen gangbaren Weg kannte. Erst nach Eingang der Magistratevorlage habe ich die Konsequenzen daraus gezogen und bin auf diese Ausführungen gekommen; ich habe auch verschiedenen meiner Kollegen im Bezirke meine Gedanken klar gemacht und von ihnen ebenfalls gehört, daß der Weg gangbar wäre. Denken Sie sich den Fall, daß eine beschränkt arbeitsfähige Person ein Legat von 32 M. erhielte, dann würden ihr vom Armengelde von 6 M. 3 M. abgezogen, während einer kinderreichen Familie unter denselben Verhältnissen 18 M. von 36 M. Armengeld abgezogen werden müßten. Das sind offenbare Unzuträglichkeiten, die zu ändern wir versuchen müssen. Bei Eingehung auf meinen Vorschlag würden beiden Armengeldempfängern bei 10 % nur 3,20 M. abgezogen werden. Ich glaube, wir kommen mit der Sache noch zu einem Ziele, und ich möchte anheimgeben, meinen Vorschlag nicht ganz unberücksichtigt zu lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Im großen ganzen haben sich die Herren mit der Magistratevorlage einverstanden erklärt, und ich freue mich dessen, denn es ist dem Magistrate stets erfreulich, das feststellen zu können. Aus den Ausführungen des Herrn Tolle kann man entnehmen, daß auch er Legate von mehr als 30 M. berücksichtigt sehen möchte, und wenn sich die Armenbezirke das als Richtschnur dienen lassen, so werden sie am besten und sachgemähesten verfahren. Im übrigen, es mögen Grundsätze aufgestellt werden, soviel man will, die Praxis und einzelne Fälle sind so vielgestaltig, daß oft nach Billigkeitsgrundsätzen verfahren werden muß. Bei guten Armenpflegern — und daran ist hier glücklicherweise kein Mangel — wird sich das schon machen lassen. Die Vorlage sieht übrigens ausdrücklich vor, den Verdienst von alleinstehenden Ehefrauen nicht mehr in voller Höhe zur Anrechnung zu bringen. Das ist eine wesentliche Vergünstigung für die Armen, und die Armenpfleger legen auch großen Wert darauf. Wir nähern uns damit wesentlich dem Ideale der Gerechtigkeit, auch spornen wir die Leute dadurch an, daß sie sich nach Arbeit umsehen. Wenn sie sich durch Verdienst günstiger gestellt sehen, so haben sie ja auch alle Ursache, sich danach umzusehen. Ich will aber gern versprechen, daß diese und auch die von Herrn Probst gegebenen Anregungen bei der endgültigen Umarbeitung der Anweisung nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage in beiden Punkten genehmigt, so daß damit die monatlichen Höchstsätze für alleinstehende Hilfsbedürftige und für Pflegekinder anderweit festgesetzt worden sind. Schließlich wird auch der Antrag Riefe (Seite 79 dieses Berichtes) mit Mehrheit angenommen.

Hierauf schließt der stellvertretende Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

---



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. Mai 1908.

Tagesordnung:

I.	Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Fortsetzung) . . . . .	Seite 86
II.	Antrag Esdorn: Bessere Bewachung der Stadt. . . . .	98
III.	Antrag Ohlendorf: Aufbesserung der Nachtwächterlöhne. . . . .	99
IV.	Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die Straßenreinigungsarbeiter. . . . .	100
V.	Antrag Jasper: Lohnerhöhung für die beim Straßen- und Kanalbau beschäftigten Wärter und Arbeiter . . . . .	111
VI.	Antrag Bunge: Verbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimer- straße . . . . .	119
VII.	Antrag Kalm: Instandsetzung der Wege am Theaterwall usw. . . . .	123
VIII.	Gesuch um Bewilligung von Mitteln zur Beschickung eines Verbandstages . . . . .	126
IX.	Anschaffung einer Waschmaschine für das Pflegehaus . . . . .	129

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürger-  
meister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Buchler, Frühling, Helmold, Jasper, Ribben-  
trop und Schmidt; später erscheint Herr Lübke.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgendes bekannt:

1. Der Schutzverein für Handel und Gewerbe zu Braunschweig hat betreffs der Konsumvereine an die Versammlung eine Eingabe gerichtet, die zur Entnahme für die Mitglieder der Versammlung ausgelegt und der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen wird.

2. Vom Verkehrsvereine ist in einer Eingabe ersucht worden, der neuen Straßenpolizeiordnung die Bezeichnung „Straßenverkehrsordnung“ oder „Öffentliche Verkehrsordnung“ zu geben und die Müllkästen nur noch in einheitlicher Form zuzulassen. Die auch dem Magistrate zugegangene Eingabe wird zu den Akten genommen.

3. In der Sitzung vom 20. Februar d. J. — Seite 440 des Berichtes — war der Wunsch ausgesprochen worden, das Kieselgut einmal zu besichtigen. Herr Weichsel hat dieserhalb noch einmal an mich geschrieben, jedoch hatte ich schon vor 14 Tagen in der Finanzkommission Gelegenheit genommen, mit den Herren vom Magistrate darüber zu sprechen. Es wurde mir geantwortet, die Herren möchten lieber bis zum Juni damit warten, weil dann auf dem Kieselgut mehr zu sehen wäre. Ich werde die Sache im Auge behalten und die Herren Anfang Juni bitten, sich in eine Liste einzuzichnen, damit Gelegenheit geboten wird, sie hinauszufahren und ihnen das Kieselgut zu zeigen. Es dürfte sich empfehlen, dieser Anregung des Magistrates Folge zu geben.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Aenderung der Straßenpolizeiordnung. (Fortsetzung.)

Herr Boge (als Berichterstatter der Statutenkommission): In der vorigen Sitzung war die Beschlussfassung über den Wortlaut des § 105 zurückgestellt worden. Der Magistrat hat hierfür die folgende, von der Statutenkommission genehmigte Fassung vorgeschlagen:

„§ 105.

#### **Abladen von Kohlen und dergleichen.**

Beim Abladen von Kohlen, Koks, Torf, Briketts und ähnlichen schmutzenden Brennstoffen ist eine Verunreinigung der Straße tunlichst zu vermeiden. Diese Brennstoffe dürfen nur mittels Fuhrwerks oder in Säcken oder sonstigen geeigneten Gefäßen in die Grundstücke geschafft werden. Es ist verboten, sie von den Fuhrwerken auf die Straße oder in die Grundstücke fallen oder gleiten zu lassen oder sie von der Straße in die Grundstücke zu schaufeln.“

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Boge: Zu den §§ 115 bis 118 hat die Statutenkommission nichts einzuwenden. Zum § 119 wird mit Rücksicht auf die Fassung des § 137 beantragt, das Wort „beschmutzt“ zu streichen.

Die Versammlung ist einverstanden.

Die §§ 120 bis 123 werden kommissionsseitig nicht beanstandet.

Herr Koch: In den § 123 möchte ich eingefügt wissen, daß Hunde in den öffentlichen Anlagen an der Leine geführt werden müssen. Ich komme mit diesem Antrage wieder wie vor Jahren, obgleich er damals, trotzdem Herr Oberbürgermeister Pockels in drastischer Weise das Umhertreiben der Hunde geißelte, abgelehnt wurde. Er erklärte, daß die Wallarbeiter gegen die Hunde machtlos wären, denn wenn sie eben von einer Ecke des Platzes weggejagt wären, erschienen sie gleich danach auf der anderen Seite wieder. Wenn man in der Kommission meinte, es brächte solche Maßregel eine große Belästigung mit sich, so kann ich das nicht finden. Da es in vielen anderen größeren Städten nicht als Belästigung empfunden wird, so kann das auch hier nicht der Fall sein. Sobald die Hundebesitzer aus dem Stadtpark oder Bürgerpark kommen, lassen sie ihren Hund von der Leine los, und dann herrscht Freiheit und Gleichheit in den Anlagen an der Paulikirche und dem Siegesplatz. Ein solches Recht kann ich nicht gelten lassen. Die Hundekasse bringt für die Stadt wohl eine hübsche Summe auf, aber es kommt nirgends zum Ausdruck, wieviel Geld aufgewendet werden muß, um die Rückstände der Hunde wegzuschaffen und die von ihnen verursachten Beschädigungen zu beseitigen. Die Eisengitter um die Anlagen bieten keinen Schutz gegen die Hunde, die die Einfriedigung überspringen und die schönen Pflanzen ruinieren. In keiner größeren Stadt findet man ein solches Umhertreiben der Hunde wie hier. In Hannover, Cassel und anderen Städten freut sich das Herz im Leibe über die schönen Anlagen, aber hier sieht alles in den öffentlichen Anlagen kümmerlich aus, weil es von den Hunden verwüstet wird. Die öffentlichen Plätze sind eben nichts anders, als Trainier- und Entleerungsstätten der Hunde. Geben Sie meinem Antrage Folge, damit wir, wie der Herr Oberbürgermeister im Landtage sagte, Freude an unseren Anlagen haben.

Vorsitzender: Der Antrag würde erst zum nächsten Paragraphen zu stellen sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Vorsitzende hat den wunden Punkt im Antrage des Herrn Koch schon erfaßt. Wenn die Sache erörtert werden soll, so würde es frühestens beim § 124 zu geschehen haben; ich möchte daher bitten, sich zunächst über den § 123 zu unterhalten, und werde mir vorbehalten, später darauf näher einzugehen.

Herr Meyerohoff: Wenn dem Antrage stattgegeben werden soll, so müssen die Hunde überall in der Stadt an der Leine geführt werden.

Herr Kalms: Ich möchte zur Sprache bringen, daß Hunde in den Wirtschaftsräumen an der Leine geführt werden müssen. Es ist für die Wirtschaftsbesitzer und auch für das in den Wirtschaften verkehrende Publikum höchst belästigend, wenn die Hunde dort frei umherlaufen, und der Wirt findet den Hundebesitzern gegenüber Deckung, wenn es heißt, daß es polizeilich verboten sei, Hunde ohne Leine umherlaufen zu lassen.

Vorsitzender: Auch das gehört nicht in diesen Paragraphen.

Herr Voge: Diese Sache könnte meiner Ansicht nach hier ihre Erledigung finden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bin anderer Meinung. Der § 123 hat die Ueberschrift „Maulkorbzwang“ und soll der Regelung der Frage dienen, inwieweit die Hunde mit einem Maulkorb versehen sein müssen. Wenn Herr Kalms erstrebt, daß Hunde in den öffentlichen Wirtschaftsräumen allgemein an der Leine geführt werden sollen, so müßten im § 123 die Worte „soweit sie nicht an der Leine geführt werden“, gestrichen und die Vorschriften im § 124 anderweit festgesetzt werden. Dieser innige Zusammenhang der beiden Paragraphen läßt mich die Anregung geben, ob es sich nicht empfehlen möchte, die Beratung der beiden Paragraphen mit einander zu verbinden. Es liegt sonst zu nahe, daß die Redner von einem Paragraphen zum anderen übergreifen.

Vorsitzender: Der Ansicht stimme ich bei und stelle den § 124 gleich mit zur Besprechung.

Herr Voge: Die Statutenkommission schlägt vor, dem § 124 einen zweiten Absatz folgenden Wortlauts zu geben:

„Auf den öffentlichen Wochenmärkten dürfen Hunde nicht frei umherlaufen.“

Von der Kommission wird es für richtig gehalten, im Interesse der Reinhaltung der auf den Wochenmärkten feilgehaltenen Waren solche Bestimmung zu treffen. In die Marktordnung kann eine derartige Bestimmung nicht aufgenommen werden, weil die Marktordnung nur den Verkehr zwischen Käufer und Verkäufer regelt, während es sich hier um Hunde handelt, die sich auf den Marktplätzen aus der Nachbarschaft einstellen. Es sollen also die Anwohner der Marktplätze gehalten sein, ihre Hunde nicht frei umherlaufen zu lassen, damit eine Verschmutzung der Marktwaren verhindert wird.

Vorsitzender: Wenn Herr Koch wünscht, daß die Hunde auf den Straßen mit Anlagen und in den öffentlichen Anlagen an der Leine geführt werden, so ist das ein Leinenzwang, ausgedehnt auf das ganze Stadtgebiet. Wenn Herr Kalms seinen Antrag durchhaben will, dann muß noch gesagt werden, „in den öffentlichen Wirtschaften“.

Herr Wolters: Die Anregung des Herrn Vorsitzenden möchte ich aufnehmen. Es handelt sich nicht etwa um den positiven oder negativen Ausdruck für denselben Gedanken. Mit der Fassung der Vorschrift im Sinne des Herrn Vorsitzenden würde dem Besitzer die Sorgfalt für die Beobachtung der Hunde auferlegt sein, die dahin geht, das freie Umherlaufen der Hunde zu vermeiden.

Herr Bähr: Ich muß mich gegen den sehr weitgehenden Antrag noch wenden. Wenn wir die Bestimmung aufnehmen, daß Hunde unter allen Umständen auf jeder Straße des ganzen Stadtgebietes an der Leine geführt werden müssen, so würden das Zustände sein, die man so leicht in keiner Stadt wiederfinden würde. In mancher Großstadt habe ich noch nicht einmal den Maulkorbzwang gefunden, geschweige denn die Bestimmung, daß Hunde an der Leine geführt werden müssen. Man will die Verunreinigung der Straßen und Plätze durch die Hunde vermeiden, denkt anscheinend aber nicht daran, daß dann besondere Plätze für die Hunde geschaffen werden müßten und, wenn letzteres geschähe, die Einrichtung zwecklos sein würde, weil die Hunde sie nicht benutzten. Das geht mir zu weit und würde eine schwere Belästigung für jeden Hundebesitzer sein. Etwas anderes ist es, den Leinenzwang für die öffentlichen Anlagen einzuführen, jedoch darf man ihn nicht auf die ganzen Wallanlagen ausdehnen, weil viele nichts weiter sind, als Verkehrsstraßen. Es würde tatsächlich ein merkwürdiges Licht auf uns werfen, wenn wir solche Vorschriften beschließen wollten. Deshalb verschonen Sie die Hunde damit, daß sie überall an der Leine geführt werden sollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich teile diese Bedenken; der Antrag noch geht mir nicht nur im Interesse der Hundebesitzer, sondern auch der Allgemeinheit zu weit. Auf den verkehrreichen Straßen der Stadt, wie Bohlweg, Steinweg usw. würde es mittags für die Spaziergänger jedenfalls eine große Belästigung sein, wenn ihnen die Hundebesitzer mit einem an der Leine geführten Hunde, und wenn die Leine auch noch so kurz wäre, entgegenkämen. Dem Verkehr würde damit tatsächlich kein wesentlicher Dienst geleistet. Es steckt in dem Antrage noch ein ganz guter Kern, aber, wenn man ihm nähertreten wollte, wäre es wohl das äußerste, daß man dem Magistrate und der Herzoglichen Polizeidirektion das Vertrauen schenkte, Bestimmung darüber zu treffen, in welchen öffentlichen Anlagen und Straßen Hunde an der Leine zu führen wären. Das wäre das äußerste Maß, und ich gebe zu bedenken, nicht weiter zu gehen. Im Magistrate haben wir uns gesagt, eine Maßregel im Sinne des Antrages noch führe leicht dahin, daß die Hundehaltung hier in unerwünschter Weise zurückgehe und die Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen dadurch sehr geschädigt werden könne. Als wir die Hundesteuer von 10 auf 15 M. erhöht haben, sind die Erträgnisse daraus merklich zurückgegangen und auch im letzten Jahre haben wir wieder einen Rückgang von 1000 M. zu verzeichnen. Wenn die Herren aber bedenken, welche große



Masse von Wohlfahrtseinrichtungen wir aus dieser Kasse fördern, die andernfalls sehr knapp gehalten oder auf die Kämmereikasse genommen werden müßten, so werden Sie mir recht geben, daß man in dem Punkte sehr vorsichtig sein muß und in die Freiheit der Halter von Hunden nicht mehr eingreifen sollte, als für unbedingt notwendig gehalten wird. Ich bitte deshalb, sich auf die von mir vorgeschlagene Grenze zu einigen.

Der Antrag Kalm's ist der Erörterung wohl wert. Man könnte sich allerdings auf den Standpunkt stellen, daß solche Vorschrift Sache des Wirtschaftsbefizers wäre, aber auf dem Standpunkte stehe ich nicht, sondern ich meine, daß sie in das Statut aufgenommen werden müßte. Ich sehe indessen die Schwierigkeit der Regelung dieser Materie ein und schreibe deshalb nicht vor dem Gedanken zurück, daß sich die Statutenkommission noch einmal mit der Sache befassen könnte, nachdem hier die Grundzüge festgelegt worden sind.

Herr Esdorn: Ich stehe auf dem Standpunkte der beiden letzten Redner, daß der Antrag noch zu weitgehend ist. Es würde eine große Belästigung für die Hundebesitzer und die Passanten sein, wenn die Hunde allgemein an der Leine geführt werden müßten. Da der Kern beider Anträge gut ist, so wird sich auch ein Weg finden lassen, daß die Hunde in den öffentlichen Anlagen an der Leine geführt werden müssen. Ersuchen möchte ich aber, unbedingt daran festzuhalten, daß die Hunde in den Wirtschaften an der Leine zu führen sind. Die Inhaber der Lokale können das unmöglich vorschreiben, namentlich, wenn es nicht gleichmäßig in allen Wirtschaften geschieht. Solche Vorschrift muß durch Statut erlassen werden.

Herr Meyerhoff: Herr Bähr sagt, die Hunde müßten einen Ort haben, wo sie ihre Notdurft verrichten könnten, das ist richtig, aber sind dazu etwa die Straßen und öffentlichen Anlagen da? Mit demselben Rechte könnten diese dann auch für die Menschen dazu in Anspruch genommen werden (Heiterkeit.) Wenn der Kern im Koch'schen Antrage gut ist, so erscheint er mir doch nur dann annehmbar, wenn das Verbot des freien Umherlaufens der Hunde auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt wird. Wer leidet unter den Hunden? Die ganze Einwohnerschaft. Was betrachten Sie denn als öffentliche Anlagen, vielleicht nur den Bürgerpark und den Stadtpark? Es wurde schon gesagt, an der Paulikirche befanden sich kleine Anlagen, aber die Kirche liegt an einer Straße, der Kaiser-Wilhelmstraße, deshalb müßten auch die Straßen vor der Verunreinigung durch die Hunde geschützt werden. Die Koniferen auf dem Burgplaz haben der Hunde wegen eingefriedigt werden müssen, trotzdem werden sie schon nach kurzer Zeit gelb durch die Hundesauce. Es ist nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Bäume auf die Hunde eine große Anziehungskraft ausüben. Ich habe auch lebhaft bedauert, daß an der Martinikirche Koniferen angepflanzt sind. Wenn jetzt auch

noch Gitter herumgestellt sind, so sollen sie doch demnächst fortgenommen werden, und ich will einmal sehen, wie dann die Gewächse innerhalb weniger Monate aussehen. Wie wollen Sie an solchen Stellen das Treiben der Hunde einschränken? Soll vielleicht angeordnet werden, daß in der Nähe derartiger Anlagen die Hunde nicht frei umherlaufen dürfen? Das läßt sich auch nicht durchführen. Wenn Sie daher etwas tun wollen, so machen Sie tabula rasa. Kürzlich sah ich erst im Rattreppehn, wie dort kurz vor Mittag die Damen in einem auf dem Fußsteige liegenden Haufen, dessen Urheber ein großer Kötter gewesen sein muß, herumkneteten und sich Stiefel und Kleider beschmutzten; es war einfach himmelschreiend. Die Ladenbesitzer wenden viel Geld an, um ihre Läden zu modernisieren und die Hunde machen alles illusorisch. Vor einem Jahre ist in der Schuhstraße ein Laden neu instand gesetzt und heute sind schon die dabei verwendeten Eisenteile verrostet. Gerade die Grundbesitzer werden durch die Hunde ganz empfindlich geschädigt, wovon man sich leicht überzeugen kann, wenn man ein Auge dafür hat. Es wird wohl gemeint, die Hunde gingen doch an die Häuser, wenn sie auch an der Leine wären. Es ist indessen ein großer Unterschied, denn wenn jemand seinen Hund an der Leine hat und läßt ihn gegen mein Haus halten, so mache ich ihn dafür verantwortlich, während ich den frei umherlaufenden Hund nicht fassen kann. Machen Sie also kein Stückwerk, sondern verbieten Sie das freie Umherlaufen der Hunde in der ganzen Stadt, denn ein Hund z. B. aus der Bodestraße kann überall herumrevieren.

Herr Mann: Zweifellos hat der Herr Vorredner recht, aber wenn man seinen Anregungen folgen wollte, wäre es doch richtiger, das Halten von Hunden überhaupt zu verbieten. (Zustimmung.) Es ist schon hervorgehoben, daß es ein Ding der Unmöglichkeit wäre, den Antrag noch durchzuführen, man müßte sonst schon auf allen Straßen mit Bäumen das freie Umherlaufen der Hunde verbieten. Was das Anbinden der Hunde in den Wirtschaften betrifft, so hatte schon in der Kommissionsitzung ein Mitglied denselben Wunsch, jedoch wurde ihm erwidert, daß wir innerhalb privater Grundstücke nichts zu bestimmen hätten und es sich hier um eine Straßenpolizeiordnung handle. Trotzdem sollen wir heute in die Wirtschaften eindringen und dafür Vorschriften machen? In der Kommission wurde den Wirten der Rat gegeben, das freie Umherlaufen der Hunde zu verbieten und dagegen energisch vorzugehen. Ich habe schon in der Kommission gegen die §§ 123 und 124 hervorgehoben, daß darin eine große Plackerei für die Hundebesitzer liege und die Vorschriften zu mancherlei Strafmandaten führen würden. Wenn bezüglich der Marktplätze angeordnet wird, daß die Hunde an der Leine zu führen sind, so gehört hierzu die Vorbedingung, daß der Hundebesitzer dabei sein muß; wenn dagegen der Hund ohne einen Begleiter frei umherläuft, so würde das nicht strafbar sein. Wenn die Hunde überhaupt nicht frei umherlaufen sollen, so werden

deren Besitzer wohl häufig Strafmandate erhalten, indem behauptet wird, die Hunde seien frei umhergelaufen; der Besitzer bestreitet das und es geht das Prozessieren gegen die Polizei los. Solche unklaren Bestimmungen sollte man nicht machen. Die Vorschrift, daß Hunde über die Marktplätze an der Leine geführt werden müssen, halte ich für dringend notwendig, während die übrigen, hier beantragten Bestimmungen nur eine Quelle von Uergernis abgeben würden. Daß sich unangenehme Sachen aus dem Umherlaufen der Hunde ergeben, ist richtig, jedoch gibt es dagegen kein anderes Radikalmittel, als die Hunde abzuschaffen, denn wir werden sie nicht dazu erziehen können, nach einem bestimmten Orte zu gehen. Uebrigens kann es auch nicht so weit gehen, daß der Besitzer eines Hundes schon dann zum Schadensersatz herangezogen werden kann, wenn der Hund einmal an einem Hause ein Bein hochhebt. Das würde zu weit gehen, zumal der Schaden des Hausbesizers nicht so groß ist, wie hier von einer Seite bei jeder Gelegenheit hervorgehoben wird. Das Verbot des Umherlaufens der Hunde würde nur eine Quelle von Uergernissen ergeben. Was die Wirtschaften betrifft, so möchte ich die Herren auf ihr eigenes Hausrecht hinweisen und ihnen anheimgeben, dafür zu sorgen, daß für alle Lokale die gleichen Verbote erlassen werden, dann wird schon Ordnung in die Sache kommen. Wir sollten in dieser Beziehung wirklich nicht zu weit gehen. Außerdem würde die Vorschrift gar nicht allgemein durchgeführt werden können, und es würde das größte Uebel sein, wenn der eine Strafe bezahlen muß, der andere aber nicht.

Herr Bähr: So anschaulich die Schilderungen des Herrn Meyerhoff über die hündischen Eigentümlichkeiten auch waren, sie haben mich doch nicht zu einem Freunde der geplanten Vorschriften machen können. Ich will mich auch dagegen verwahren, daß die Hunde in einem Restaurationsgarten an der Leine geführt werden sollen. Es ist ja sehr bequem für den Besitzer, sich immer hinter ein Polizeistatut zu verschanzen, aber weshalb sollen die Herren nicht selbst für ein von ihnen gewünschtes Verbot sorgen können? Einige Wirtschaften haben solches Verbot schon angeschlagen, und das dürfte genügen.

Herr Bues: Ganz so einfach wie Herr Bähr meint, ist die Sache doch nicht. Ein Wirtschaftsgarten und ein Wirtschaftslokal sind öffentliche Plätze, die den Wallanlagen usw. gleich zu achten sind. Der Wirt steht gewissermaßen unter polizeilicher Aufsicht, weshalb sein Lokal als ein öffentliches angesehen werden muß. In einer ganzen Reihe von Städten findet man tatsächlich am Eingange von Wirtschaftsräumen die Vorschrift, „Hunde dürfen nur an einer kurzen Leine geführt werden“, mit der Unterschrift der zuständigen Polizeibehörde angeschlagen. Wenn solche Vorschrift von den Besitzern angeschlagen wird, so kehrt man sich weniger daran, und es würde eine ganz andere Wirkung haben, wenn hier die Herzogliche Polizeidirektion den Anschlag unterschreiben könnte. Herr Bödemann hat in seinem

Garten ein neues seidenes Kleid mit 75 M bezahlen müssen, weil ein Hund so unanständig war, es zu beschmutzen und zu verderben, und er hat noch nicht einmal herauskriegen können, wer der Besitzer des Hundes war. Das ist geschehen, trotzdem das Verbot dort auch angeschlagen stand. Es steht auch fest, wenn in einem großen Lokale 1500 bis 2000 Menschen sind, so haben davon vielleicht 5 ihre Renommierhunde oder sonstige Schuldensresser mit und trotzdem kann der Wirt kein Verbot dagegen erlassen, weil sonst die ganze Couleur das Lokal boykottiert.

Herr Sander: Der Antrag Koch geht mir zu weit. In anderen Städten ist es auch nicht anders. Auf der Georgstraße in Hannover, wo auch Anlagen sind, laufen die Hunde ebenfalls frei umher. Die Annahme des Antrages Koch würde ein Verbot des Hundehaltens bedeuten und auch der Hundekasse einen bedeutenden Schaden zufügen. Dagegen möchte ich den Antrag Kalm's warm befürworten. Die Zwangslage der Wirte, das Verbot nicht selbst erlassen zu können, ist schon genügend geschildert worden. Ich möchte deshalb bitten, den Antrag anzunehmen.

Den Ausführungen des Herrn Meyerhoff kann ich nicht folgen. Wenn er meint, daß die Hausbesitzer durch die Hunde kolossal geschädigt würden, so ist das nicht richtig. Was hier vorgebracht ist, sind kleine Schäden. Viel schlimmer ist es für einen Hausbesitzer, wenn er Mieter hat, die sich Hunde halten. Ich glaube allerdings auch, daß das Verbot bezüglich der Wirtschaftsräume nicht in die Straßenpolizeiordnung gehört, wie das mit dem Teppichklopfen auf den hinteren Balkonen ja auch nicht hineingehören sollte. Den Antrag Koch bitte ich abzulehnen.

Herr Weichsel: Ich bin gegen beide Anträge. Wenn ich auch anerkenne, daß ein gewisses Bedürfnis für solche Vorschrift existieren mag, so sehen die Herren die Sache doch zu schwarz an. Bezüglich des Falles in Bödemann's Garten kann ich eine Verpflichtung für Herrn Bödemann zur Tragung des Schadens nicht anerkennen. Ich halte es für verkehrt, wenn ein Wirt solche Angst vor seinen Gästen hat, daß er sich den Rücken erst durch die Polizei stärken lassen will, während sonst immer über die Polizei geschimpft wird. Wenn Herr Bues meint, daß die Restaurationsgärten den Straßen gleichzuachten seien, so kann ich das als zutreffend nicht anerkennen, weil man sonst die Bestimmung auch auf die Kaufmannsläden ausdehnen müßte. Wir haben nicht das Recht, den Verkehr in den Restaurationsgärten zu beschränken; ein derartiger Eingriff in das Privateigentum würde wohl auch nicht die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums finden. Aus diesem Grunde bin ich gegen den Antrag Kalm's.

Was den Antrag Koch anbelangt, so würde es zweifellos zulässig sein, eine entsprechende Bestimmung im Rahmen der Straßenpolizeiordnung zu treffen. Wenn ich auch die durch die Hunde verursachten Unannehmlichkeiten anerkenne, so darf man

doch das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Will man in bezug auf die Reinhaltung der Straßen und die Beschränkung der durch die Hunde verursachten Unannehmlichkeiten weiter gehen, so mag man die Hundesteuer noch erhöhen und die stadtseitige Reinigung der Straßen verbessern. (Zustimmung.) Bestimmte Straßen, namentlich die Kaiser-Wilhelmstraße, sind in dieser Beziehung tatsächlich schlimm daran. Man stelle deshalb eine Person mehr ein für die Straßenreinigung, die die Hauptstraßen behufs Reinigung der von den Hunden verursachten Verschmutzungen durchgeht. Wir setzen uns tatsächlich einer unliebsamen Kritik aus, wenn wir verlangen, daß sämtliche Hunde an der Leine geführt werden sollen. Es gibt auch recht viele Hunde, über die sich jeder freut und nicht nur der Besitzer. Den Antrag der Kommission halte ich deshalb für richtig.

Herr Leue: Ich möchte mich für den Antrag Kalms aussprechen. Die Bedenken verschiedener Herren kann ich nicht teilen, weil wir dieselben Bedenken hegen müßten wegen der Vorschrift im § 123, die den Maulkorbzwang anordnet für Hunde, die in Wirtschaftsräume und öffentliche Gärten mitgebracht werden. Wenn solche Vorschrift dort zulässig ist, muß es auch hier der Fall sein. (Zustimmung.)

Herr Esborn: Wenn Herr Weichsel meint, der Antrag Kalms verursache ein Eindringen in die Rechte der Wirte, so möchte ich darauf erwidern, daß die Wirte solches ja gerade wünschen. Weiter möchte ich den Antrag der Kommission befürworten, daß die Hunde nicht frei auf den Wochenmärkten umherlaufen dürfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was die Wochenmärkte betrifft, so darf ich daran erinnern, daß vor zwei Jahren die Herzogliche Polizeidirektion mit dem Magistrate eine Vorschrift getroffen hat, die zwar nicht allgemein in die Straßenpolizeiordnung gebracht werden konnte, die sich aber auf die Marktbesucher bezieht. Hiernach ist nämlich den Marktverkäufern verboten, Hunde mit auf die Wochenmärkte zu bringen, soweit sie nicht zum Ziehen benutzt werden, Ziehunde sind aber so bald wie möglich wieder vom Markte zu entfernen oder festzulegen und mit Maulkorb zu versehen. Im Rahmen der Marktordnung konnte nicht mehr geregelt werden, als das, was sich auf die Verkäufer bezieht; denn man kann nicht alle Einwohner der Stadt unter die Marktordnung bringen.

Ich habe nun einen schüchternen Versuch gemacht, die hier gegebenen verschiedenen Anregungen zusammenzufassen in einer Weise, die es ermöglicht, übersichtlich zu bestimmen, was die Versammlung beschließen will. Einzelne Punkte können vielleicht bei der Abstimmung ausscheiden, sofern sie der Mehrheit der Versammlung nicht genehm sein sollten. Dabei will ich besonders hervorheben, daß ich nicht jedes Wort des Vorschlages als meine Ansicht hinstellen kann. Man könnte vielleicht sagen:

„§ 124. Verbot des Umherlaufens der Hunde.

Das Umherlaufen von Hunden, die nicht an der Leine geführt werden, ist verboten:

1. zur Nachtzeit,
2. für hitzige Hündinnen und solche Hunde, die das Publikum durch Heulen oder Bellen belästigen,
3. in Wirtschaftsräumen, öffentlichen Gärten jeder Art und auf öffentlichen Wochenmärkten,
4. auf denjenigen Straßen und öffentlichen Anlagen, betreffs deren von der Herzoglichen Polizeidirektion im Einvernehmen mit dem Stadtmagistrate dies durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vorgeschrieben ist.“

Hier würden die Herren zeitlich und örtlich die verschiedenen Punkte vor Augen haben, die der Regelung bedürfen, und ich möchte bitten, den Entwurf zur Grundelage solcher Regelung zu nehmen.

Herr Meyerhoff: Es ist gar nicht so ungeheuerlich, das freie Umherlaufen der Hunde zu verbieten. Wenn Herr Ahmann seinen Hund in der Feldmark Hagen frei umherlaufen läßt, so wird der Hund einfach vor seinen Augen totgeschossen und ebenso ist es dort, wo eine Jagdgerechtsame existiert. Das ist also kein Novum. Ich habe auch nur gesagt, wenn man vorschreiben will, die Hunde an bestimmten Stellen der Stadt an der Leine zu führen, so wäre davon die notwendige Konsequenz, das freie Umherlaufen der Hunde in der ganzen Stadt zu verbieten.

Herr Fricke: Die Herren haben wohl schon alle gesehen, wie der Monumentenplatz, wenn er eben zurechtgemacht ist, von den Hunden ruiniert wird. Es ist eine Schande, daß so etwas statthaft ist. Die Wallwörter mögen machen, was sie wollen, es hilft nichts, die Hunde treiben ihr Wesen dort weiter. Ich möchte den Vorschlag des Herrn Stadtrat von Frankenberg unterstützen.

Vorsitzender: Ich glaube, wir kommen am besten zum Ziele, wenn wir den Antrag des Herrn Stadtrat von Frankenberg zur Grundlage unserer Abstimmung nehmen, da er alle hier geäußerten Wünsche umfaßt. Wünschen die Herren Einzelabstimmung über die verschiedenen Punkte? (Nein!)

Herr Wesemeier (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob über einen Antrag abgestimmt werden kann, wenn er nicht von einem Stadtverordneten gestellt worden ist?

Herr Meyerhoff: Ich nehme den Antrag auf.

Vorsitzender: Ich wüßte keinen Grund dafür anzuführen, weshalb über einen von einem Magistratsmitgliede gestellten Antrag nicht abgestimmt werden könnte. Hat jemand dagegen Bedenken? Das ist nicht der Fall.

Ich halte es für richtiger, zunächst über den § 124 abzustimmen. Wer ist für die Annahme des § 124 in der von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorge schlagenen Fassung? Das ist die große Mehrheit.

Nun kehren wir zum § 123 zurück.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Meiner Ansicht nach müßten die Worte „soweit sie nicht an der Leine geführt werden“, im § 123 fortfallen.

Herr Deue (zur Geschäftsordnung): Wenn wir dieser Anregung folgen, so müssen sämtliche Hunde in den Wirtschaften einen Maulkorb haben und das wollen wir doch nicht.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Das Bedenken trifft zu; ich würde empfehlen, die Worte ruhig stehen zu lassen.

Herr Voge: Ich bitte den § 123 zurückzustellen. (Geschieht.)

Zum § 125 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

Herr Koch: Die eingefangenen Hunde sollen nach der hier getroffenen Vorschrift getötet werden, wenn sie nicht binnen 3 Tagen vom Besitzer eingelöst werden. Verschiedene Hundebesitzer haben mich gebeten, für eine Verlängerung dieser Frist einzutreten, weil es schon vorgekommen sei, daß der Besitzer eines eingefangenen Hundes einige Tage verreist gewesen und der Hund nach der Rückkunft schon getötet sei. Ich bitte daher, diese Frist vielleicht auf 8 Tage zu verlängern.

Herr Meyerhoff: Ich möchte anheimgeben, die Frist auf 5 Tage zu beschränken, da die Futterkosten sonst zu sehr anwachsen.

Herr Koch: Ich beantrage, die Einlösungsfrist auf 5 Tage festzusetzen.

Die Versammlung genehmigt den § 125 mit dieser Aenderung.

Herr Voge: An die §§ 126 bis 135 hat die Kommission Bemerkungen nicht zu knüpfen. Zum § 136 wird beantragt, das Wort „Promenaden“ in „Wall“ zu ändern.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Herr Voge: Zum § 137 beantragt die Kommission, das Wort „Verunreinigen“ zu streichen und den Eingang des Paragraphen lauten zu lassen:

„Das unbefugte Bemalen, Beschreiben und Beschmutzen von Baulichkeiten, . . .“

Auch mit dieser Aenderung ist die Versammlung einverstanden.

Herr Voge: Zu den § 138 bis 142 findet sich nichts zu erinnern. Im § 141 möchte die Kommission am Schlusse des ersten Absatzes statt „Gewerbetreiben“ gesetzt sehen „Gewerberäumen“.

Die Aenderung wird gutgeheißen.

Herr Voge: Zum § 143 bringt die Statutenkommission als zweiten Absatz folgende Bestimmung in Vorschlag:

„Die Befugnisse der Jagdberechtigten werden hierdurch nicht berührt.“

Die Ergänzung wird mit Rücksicht darauf vorgeschlagen, daß im Kennel, der zum Stadtgebiete gehört, bisweilen Enten geschossen werden.

Herr Tolle: Ich möchte bitten, diesem Paragraphen eine veränderte Fassung zu geben, die lautet:

„Es ist verboten, auf den Straßen und von den Okerzügen aus Vögel zu töten, einzufangen, Singvögel mutwillig zu verschrecken, sowie deren Nester auszunehmen oder zu zerstören.“

Im Bürgerparke haben sich zur Freude der Spaziergänger dieses Jahr so viel Singvögel, namentlich auch Nachtigallen, eingenistet, daß es wünschenswert wäre, dem Publikum den Schutz der Nester besonders zu Gemüte zu führen. Ein Wärter des Bürgerparks hat mir erklärt, daß es bei den heutigen Vorschriften sehr schwierig wäre, das Nest eines Singvogels zu beschützen; es wäre denn auch, soweit es erreichbar sei, meistens bald verschwunden oder zerstört. Wenn nun auch die Reichsgesetze das Ausnehmen der Nester von Singvögeln verbieten mögen, so wäre es doch wünschenswert, eine solche Bestimmung mit in die Straßenpolizeiordnung einzufügen, weil sie dann vom Publikum eher beachtet wird.

Vorsitzender: Wenn Sie den Antrag Tolle annehmen, so schützen Sie die Nester der Schwäne der Bürgerparksteiche auch noch nicht. Es ist vorgekommen, daß die Nester der Schwäne vor dem Auskommen der Jungen zerstört oder die Eier gestohlen sind. Will man eine derartige Bestimmung in das Statut aufnehmen, so empfiehlt es sich vielleicht, hinter „einzufangen“ zu setzen:

„Ebenso ist es verboten, in den öffentlichen Anlagen oder Gärten die Nester auszunehmen oder Singvögel zu verschrecken.“

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Wir haben bisher an dem Grundsatz festgehalten, Bestimmungen, die in den Reichs- oder Landesgesetzen enthalten sind, nicht in die städtischen Statuten aufzunehmen. Der Wunsch des Herrn Tolle, den Lesern der Straßenpolizeiordnung auch die Reichsgesetze in Erinnerung zu bringen, geht deshalb ein bißchen weit. Wohin sollte das führen, wir könnten dann in unsere Statuten wer weiß was alles aufnehmen. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so ist das Ausnehmen der Nester von Singvögeln wohl verboten, aber es ist meiner Erinnerung nach eine wenn auch kleine Zahl solcher Nester freigegeben, so daß diese Frage immerhin noch einmal geprüft werden müßte. Außerdem ist das Reichsgesetz inzwischen nochmals geändert worden. Die reichsgesetzlichen Vorschriften über den Schutz der Nester von Singvögeln gehen so weit, daß es meiner Ansicht nach nicht nötig ist, hier noch eine Vorschrift darüber aufzunehmen.

Herr Boge: Ich bitte, auch diesen Paragraphen behufs nochmaliger Prüfung durch die Kommission zurückzustellen. (Geschicht.)

Zu den §§ 144 bis 148 hat die Kommission Bemerkungen nicht zu machen.

Herr Meyerhoff: Weshalb ist im § 148 der Absatz 2 gestrichen?



Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir haben im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizeidirektion vorgeschlagen, diesen Absatz zu streichen, weil die Bestimmung in das bürgerliche Recht eingreift und deshalb vollständig ungültig sein würde.

Die §§ 148 und 149 werden unverändert gutgeheißen.

Zum § 150: Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist vielleicht sprachlich richtiger, statt „Aufhebung älterer Vorschriften“ die Ueberschrift „Uebergangsvorschriften“ zu wählen, weil es sich hier nicht nur um die Aufhebung älterer Bestimmungen handelt. Ich bitte deshalb, diese Ueberschrift zu wählen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Vorsitzender: Bis auf die §§ 123 und 143 würden wir mit der Beratung der Straßenpolizeiordnung nunmehr fertig sein.

Herr Fricke: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, welcher Zeitpunkt in Aussicht genommen ist, die jetzt bis auf zwei Paragraphen fertiggestellte Straßenpolizeiordnung in Kraft treten zu lassen?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn es nach dem Magistrate und der Versammlung ginge, würden wir die Straßenpolizeiordnung je eher je lieber in Kraft setzen. Da wir uns aber zunächst mit den staatlichen Behörden, insbesondere dem Herzoglichen Staatsministerium, der Herzoglichen Polizei- und der Herzoglichen Kreisdirektion, ins Benehmen setzen müssen, so können wir über deren Kopf hinaus hier keine Zusage machen. Es würde also dem Magistrate überlassen bleiben müssen, das Statut in Kraft zu setzen, sobald dies mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums möglich sein wird.

## II. Antrag Esdorn: Bessere Bewachung der Stadt.

Der in der Sitzung vom 20. Februar 1908 — Seite 414 des Berichtes — gestellte Antrag lautet:

„Den Magistrat zu ersuchen, die nötigen Schritte zu tun, um eine bessere Bewachung der Stadt in der Zeit von 5 bis 7 Uhr morgens zu bewirken.“

Herr Esdorn: Die Finanzkommission hat diese Frage eingehend geprüft und stellt sich auf den Standpunkt des Antrages. Sie hält es für nötig, daß die Stadt in den Wintermonaten des Morgens besser bewacht und die Wache bis 7 Uhr ausgedehnt wird. Ich habe deshalb zu berichten, daß die Finanzkommission einstimmig beantragt,

„den Magistrat zu ersuchen, mit der Herzoglichen Polizeidirektion betreffs besserer Bewachung der Stadt in Verhandlung zu treten“.

Gleichzeitig habe ich namens der Finanzkommission anheimzugeben, der Anregung des Herrn Mohr folgend,

„den Magistrat zu ersuchen, dafür einzutreten, daß die Nachtwächter mit Nummern versehen werden“.

Wenn dem Antrage Folge gegeben wird, so geschieht es im Interesse der Herzoglichen Polizeidirektion und der Bürgerschaft, da dann Verwechselungen und Mißgriffe mehr ausgeschlossen sind.

Beide Anträge werden von der Versammlung genehmigt.

### III. Antrag Ohlendorf: Aufbesserung der Nachtwächterlöhne.

Herr Esdorn: In der Sitzung vom 20. Februar d. J. — Seite 414 des Berichtes — hat Herr Ohlendorf beantragt,

„den Anfangslohnsatz der Nachtwächter um 5 M monatlich zu erhöhen“.

Die Finanzkommission ist der Meinung, daß mit der Durchführung des unter II gefaßten Beschlusses unbedingt eine Lohnerhöhung für die Nachtwächter eintreten müsse, und es sich daher empfehle, diesen Antrag bis zur Erledigung des erwähnten Beschlusses zurückzustellen.

Herr Ohlendorf: Mein Antrag ging von dem Grundsatz aus, daß es mit Rücksicht auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig sein dürfte, den Nachtwächtern höhere Löhne zu zahlen. Diese Notwendigkeit ist hier auch allseitig anerkannt worden, weshalb ich bei der Etatsberatung den Ausschluß der Nachtwächter von der Lohnerhöhung mit Bedauern bemerkt habe. Ich sehe auch nicht ein, daß die Nachtwächter mit solcher Verbesserung warten sollen, bis ihre Arbeitszeit verlängert wird und sie dann ganz selbstverständlich eine Lohnerhöhung erhalten müssen. Da alle Lebensbedürfnisse teurer geworden sind, so ist es schon aus diesem Grunde notwendig, die Nachtwächter aufzubessern; ich möchte daher bitten, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Esdorn: Im Etat für 1905 haben wir für die Nachtwächter eine Lohnerhöhung von 5 M angenommen; sie erhielten früher 70 M und bekamen damals 75 M monatlich. Außerdem wurde ihnen bewilligt, daß sie nach 5jähriger Dienstzeit 5 M und nach 10 Jahren 10 M Lohnaufbesserung erhielten, während sie im vorigen Jahre Diensthofen bekamen. Die Finanzkommission hat daher in ihrer großen Mehrheit beschlossen, in eine Diskussion über die Bedürfnisfrage vorerst nicht einzutreten, sondern zunächst die Erledigung des zu voriger Nummer der Tagesordnung gefaßten Beschlusses abzuwarten und dann erneut zu dem Antrage Ohlendorf Stellung zu nehmen. Wir können doch die Löhne der Nachtwächter nicht jetzt und nachher noch einmal erhöhen.

Die vorläufige Zurückstellung des Antrages wird darauf beschlossen.

#### IV. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die Straßenreinigungsarbeiter.

Herr Wolters: Der in der Sitzung vom 20. Februar 1908 — Seite 424 des Berichtes — gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Löhne der bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter angemessen zu erhöhen.“

Kurz nach der Sitzung am 20. Februar hat die Finanzkommission diesen und den folgenden Antrag beraten. Es sind indessen noch verschiedene Details herbeigeschafft, was längere Zeit in Anspruch nahm, und die Klärung der Verhältnisse ist so eingehend gewesen, daß wir erst heute in die Beratung eintreten können.

Bei den hier zunächst in Betracht kommenden Straßenreinigungsarbeitern ist zu unterscheiden zwischen den im Marstall beschäftigten Arbeitern, also den Fahrern und Ausladern, und den Kehrern. Der Herr Antragsteller hat gelegentlich der Kommissionsberatungen zu erkennen gegeben, er habe nicht berücksichtigt, daß die beiden ersten Arbeiterkategorien, also die Fahrer und Auslader, bereits mit dem neuen Etat eine Lohnaufbesserung erhalten haben. In Folge dieser tatsächlichen Lohnaufbesserung hat der Herr Antragsteller seinen Antrag auf die Kehrern beschränkt.

Die Lohnverhältnisse dieser Kehrern sind folgende: Im ganzen werden beschäftigt 6 Vorarbeiter und 44 Kehrern. Die Kehrern erhielten früher einen Anfangslohnsatz von 65 M, seit dem 1. April aber von 70 M, nach Ablauf des ersten Jahres erhöht sich das monatliche Einkommen auf 75 M, nach 5 Jahren auf 77,50 M und nach 10 Jahren auf 80 M. Der Wert der Naturalbezüge beträgt 35,10 M jährlich und die besondere Entlohnung für den Marktdienst etwa 12 M jährlich. Hiermit beträgt der gesamte Jahresarbeitsverdienst 887,10 M, 947,10 M, 977,10 M, 1007,10 M. Die Arbeitszeit umfaßt  $6\frac{3}{4}$  Stunden, indem die Arbeit um 10<sup>3/4</sup> Uhr abends begonnen und um 6 Uhr morgens beendet wird mit einer Pause von  $\frac{1}{2}$  Stunde. Ein Arbeitstag fällt für den Sonntag aus. Bei der Annahme von 300 Arbeitstagen entfällt auf den Arbeitstag folgende Entlohnung: 2,96 M, 3,16 M, 3,26 M, 3,36 M. Berechnet man diesen Verdienst auf die Arbeitsstunde, so ergeben sich 43,8 S, 46,8 S, 48,3 S, 49,8 S. Das sind die tatsächlichen Entlohnungen.

Die Finanzkommission hat die in Frage kommenden Verhältnisse zweimal geprüft und ist dabei zu dem Beschlusse gekommen, den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. Zunächst war sie der Ansicht, daß man nicht ohne Not die Bestimmungen der Deputation ändern soll. Wenn irgend jemand imstande ist, einen richtigen Einblick in die Lohnverhältnisse der Arbeiter zu gewinnen, so sind es die Deputationsmitglieder; man soll daher in die Verfügungsgewalt der Deputation formell nicht eingreifen. Die Kommission hat aber auch eingesehen, daß sich die geltenden Bestimmungen durch zutreffende sachliche Gründe stützen lassen und diese Gründe sind folgende: Man meinte, daß es richtig sei, den bisherigen Lohnunter-

schied gegenüber den Fahrern und Auflagern aufrecht zu halten, denn die Auflader haben stets 5 M mehr erhalten als die Kehler. Bei der Höhe der Arbeitszeit der Auflader von 10 bis 11 Stunden und einem Stundenlohn von 31,6  $\text{M}$ , 33,6  $\text{M}$ , 34,6  $\text{M}$  und 35,6  $\text{M}$  hat man es nicht für gerechtfertigt gehalten, jetzt die Kehler in ihren Lohnverhältnissen gegenüber den Auflagern zu erhöhen. Die Kehler haben wohl Nachtarbeit zu verrichten, aber ihre Arbeitszeit ist viel kürzer, als die der Auflader und die Bezahlung der wirklichen Arbeitszeit bedeutend höher. Dem Herrn Antragsteller ist wohl nicht in der Erinnerung gewesen, daß eine Lohnerhöhung bereits eingetreten war, und auch der Kommission war das zuerst nicht bekannt. Wenn man die Löhne als solche betrachtet, muß man auch berücksichtigen, daß ein gewisser Wert durch die Aussicht auf Ruhe-lohn zu den Lohnsätzen hinzutritt und zwar bei Vollendung des 50. Lebensjahres und einer mindestens zehnjährigen Tätigkeit. Unter den Arbeitern befindet sich auch bereits eine Anzahl, die diese Aussicht schon jetzt hat. Alle diese Gründe haben die Kommission dazu geführt, der Deputation beizutreten und eine Erhöhung der Löhne abzulehnen. Es wird also beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Ohlendorf: Dieselben Gründe wie bei den Nachtwächtern liegen auch hier vor. Ich habe allerdings übersehen, daß für die Fahrer und Auflader eine Lohnerhöhung schon im Etat für 1908 vorgesehen ist und habe daher diesen Teil des Antrages fallen lassen. Dagegen kann ich nicht anerkennen, daß die übrigen Arbeiter schon so viel höher gegen früher entlohnt werden, um ihnen nicht noch eine kleine Lohnzulage zu gewähren. Selbst der Herr Referent hat in der Kommission vorgeschlagen, daß man den Leuten die Hälfte von dem geben sollte, was ich befürwortet habe. Wenn auch lange Verhandlungen darüber in der Kommission gewesen sind, so sollten uns die Verhältnisse doch veranlassen, den Leuten einige Mark monatlich mehr zu geben. Wenn die Leute monatlich 2,50 M bis 5 M Zulage erhielten, so wäre das kaum so viel, um die gegen früher entstehenden Mehrausgaben für Lebensbedürfnisse zu decken. Es ist zwar in der Kommission gesagt worden, daß die Preise der Lebensmittel schon wieder bedeutend billiger wären, jedoch kann ich diesen Grund nicht als richtig anerkennen, denn ich habe noch nichts davon verspürt, daß alles billiger geworden ist, sondern im Gegenteil, daß die Preise immer noch in steigender Bewegung sich befinden.

Es ist auch gesagt worden, daß die im städtischen Betriebe beschäftigten Arbeiter mit ihren Verhältnissen zufrieden seien. Darüber kann man aber geteilter Meinung sein, denn ich habe die Auffassung bekommen, daß die Leute nicht zufrieden sind. Ich möchte bitten, meinen Antrag anzunehmen; es ist auch nicht richtig, wenn gesagt wird, man solle nicht über die Köpfe der Deputation hinweggehen. Ich war in der Kommission freudig berührt, als man willig war, meinem Antrage entgegenzukommen, mußte aber zu meinem Bedauern wahrnehmen, daß gerade

dieses Moment die Kommission verhinderte, dem Vorschlage des Herrn Referenten zuzustimmen. Lediglich der Grund, daß man nicht über die Köpfe der Deputation hinweggehen sollte, war meiner Meinung nach maßgebend, der Bewilligung einer Lohnerhöhung nicht zuzustimmen. Wenn es aber für notwendig befunden wird, sollte man diesen Grund nicht gelten lassen. Ein Deputationsmitglied kann sich auch nicht immer um alle Sachen so genau kümmern, wie es wohl notwendig wäre.

Herr Wolters: Es ist richtig, daß ich in der Kommission zuerst eine mäßige Lohnerhöhung angeregt habe, und zwar ist es geschehen, weil ich über die Bezahlung im Vorjahre im Irrtum gewesen bin. Als darauf der Herr Bürgermeister Meyer erklärt hatte, daß bereits eine Erhöhung eingetreten sei, habe ich meinen Antrag fallen lassen. Es würde mich freuen haben, wenn Herr Ohlendorf das in seinen Ausführungen erwähnt hätte. (Zustimmung.) Der Irrtum ist dadurch hervorgerufen worden, daß in einer statistischen Nachweisung des Vorjahres der niedrigste Monatslohn mit 70 M. angegeben war und daraus nicht zu ersehen war, daß der betreffende Lohnempfänger schon ein Jahr im Dienste war.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Ohlendorf hat hier den Vorwurf erhoben, daß sich die Deputationsmitglieder nicht so um die Interessen der Arbeiter kümmern, wie es ihre Pflicht wäre. Ich muß das entschieden zurückweisen. Es ist erwogen worden, daß die Arbeit der Lehrer nicht so schwierig sei, um sie ganz besonders bezahlen zu müssen und ferner, daß die Arbeit der Fahrer und Auflader viel schwieriger sei und daß diese Leute daher besser gelohnt werden müßten. Außerdem ist die Arbeitszeit der Lehrer weniger umfangreich. Diese Erwägungen haben die Deputation geleitet, bei ihrer Beschlußfassung zu sagen, daß die Lehrer im Vergleich zu anderen städtischen Bediensteten eigentlich zu gut bezahlt würden, und für sie eine Lohnerhöhung jedenfalls nicht am Plage sei.

Vorsitzender: Nach dem Stenogramm hat Herr Ohlendorf gesagt: Ein Deputationsmitglied kann sich auch nicht immer um alle Sachen so genau kümmern, wie es wohl notwendig wäre.

Herr Ohlendorf: Ich habe bei meiner Äußerung nicht irgend welche Person im Auge gehabt, aber ich muß offen gestehen, daß es in den städtischen Betrieben Deputationen gibt, die meiner festen Ueberzeugung nach nicht wissen, wie es im Betriebe aussieht. Ich habe z. B. den Eindruck gehabt, daß in der Gasfabrik vor dem Wendentore traurige Zustände herrschen, um die sich die Deputationsmitglieder nicht kümmern. Es kann diesen Herren doch unmöglich unbekannt sein, daß dort ein fortwährender Taubenschlag, also ein ununterbrochener Wechsel unter den Arbeitern vorhanden ist. Wenn nun hier trotzdem gesagt wird, daß die Arbeiter zufrieden seien, so verstehe ich das nicht, denn in solchem Falle läuft man

doch nicht immer wieder fort. Es ist die Pflicht der Deputation, nachzusehen, wie die Verhältnisse liegen.

Herr Meyerhoff: Ich will dem Herrn Vorredner nur erwidern, daß uns die Umstände auf der Gaskanalst an der Taubenstraße sehr wohl bekannt sind. Wo existiert heute, soweit Arbeiter in Frage kommen, kein Taubenschlag? Und warum? Weil die Leute unzufrieden gemacht werden. Wenn immer gewählt und gehegt wird, so werden die Leute nämlich bald unzufrieden gemacht. (Zustimmung.) Das ist meine Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Ohlendorf.

Herr Ohlendorf: Ich möchte Herrn Bürgermeister Meyer entgegenhalten, daß er sich einmal bemühen mag, die Verhältnisse auf den Gasfabriken an der Bahnhofstraße und der Taubenstraße zu vergleichen. Die an der Bahnhofstraße beschäftigten Leute sind verhältnismäßig zufrieden, während an der Taubenstraße große Unzufriedenheit herrscht. Herr Meyerhoff scheint nicht orientiert zu sein und redet hier von Hekern. Mit den „Hekern“ sind gewöhnlich die organisierten Arbeiter gemeint (Zustimmung), aber die Leute auf der Bahnhofstraße sind besser organisiert als die Leute vor dem Wendentore, so daß dort in dem von Ihnen gemeinten Sinne mehr Heger sind als hier. Trotzdem sind aber die Verhältnisse an der Bahnhofstraße besser als an der Taubenstraße, und außerdem ist dort auch kein Taubenschlag. Wenn Sie nicht blind gegen die Verhältnisse sind, so müssen Sie doch wissen, daß zwischen beiden Gasfabriken ein Unterschied besteht, und das liegt nicht an den „Hekern“, sondern an höher stehenden Leuten.

Herr Wesemeier: Den Grundsatz kann ich als berechtigt nicht anerkennen, daß man sagt, es dürfe einer Lohnerhöhung hier nicht zugestimmt werden, weil die Deputation nicht vorher ähnlich beschlossen habe. Es kann darauf sehr wohl eingegangen werden, wenn Mißstände irgendwie vorhanden sind, oder die Arbeiter sich nicht an die Deputation wenden. Ich bedauere unendlich, daß der Antrag auf bessere Bezahlung der Fahrer und Auflader zurückgezogen ist. Nun schlägt man hier den einen mit dem anderen tot. Man sagt, die Fahrer und Auflader haben erst am 1. April Zulage bekommen, weshalb nicht jetzt schon wieder eine Zulage gewährt werden könne, und andererseits sagt man, die Straßenseger sind bei Bewilligung einer Zulage besser gestellt, als die ersteren, so daß es deshalb nicht geht. Meines Erachtens wäre es richtiger, obgleich wir den Fahrern und Aufladern erst am 1. April die fällige Lohnzulage gewährt haben, auch denkehrern eine weitere Zulage zu bewilligen und nicht den Grundsatz zu vertreten, daß diese Leute im Verhältnis zu den Fahrern und Aufladern zu gut bezahlt würden. Wie werden denn die Fahrer bezahlt? 5 erhalten je 1080 M, 11 je 1020 M und 11 je 960 M, während die Auflader beziehen: 5 je 960 M, 7 je 930 M und 6 je 900 M. (Widerspruch.) Dafür haben die Leute 12- und 13stündige Arbeits-

zeit. Außerdem müssen sie den ganzen Tag die schweren Müllgefäße hochheben, was keine leichte und angenehme Arbeit ist. Wenn wir diese Leute mit einem Stundenlohn von 23 bis 28  $\text{M}$  — 28  $\text{M}$  erhalten nur fünf Mann — abspesen, so werden Sie zu der Erkenntnis kommen, daß diese Löhne eine weitere Verbesserung sehr nötig hätten, und man die Leute wenigstens im nächsten Etat wesentlich aufbessern sollte. Die lange Arbeitszeit wird tatsächlich zu schlecht bezahlt. Es handelt sich hier allerdings um ungelernte Arbeiter ohne Vorkenntnisse, aber man hat auch deren tatsächliche Leistungen in Rücksicht zu ziehen.

Herr Ohlendorf sprach vorher von den Mißständen an der Taubenstraße. Ich will diese Mißstände hier nicht näher erörtern und möchte dringend bitten, daß vielleicht die Deputation Veranlassung nähme, hier einzugreifen. Von glaubwürdiger Seite ist mir mitgeteilt worden, daß eine Badeeinrichtung für diese Leute wohl vorhanden sei, daß ihnen aber einfach kein warmes Wasser geliefert und gesagt werde, es werde kein Dampf darum angestellt. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das glauben Sie?) Ja, ich glaube es; denn ich habe mich bei mehreren Leuten erkundigt, die mir sagten, es habe schon seit einem Jahre kein Bediensteter des Abfuhrwesens baden können. Ferner ist mir mitgeteilt worden, daß nur 7 bis 8 Waschbecken vorhanden sein sollen, was bei 45 Leuten zu wenig ist. Weiter will ich darauf hinweisen, daß für die Nachtwache, also die Fahrer, die dort schlafen müssen, drei Mann hintereinander in demselben Bette mit derselben Bettwäsche schlafen müssen. Das sind Zustände, die nicht schön sind. Die Bettwäsche müßte doch, wenn ein anderer in einem dortigen Bette schlafen muß, gewechselt werden. Auf diese Weise kommt ein Familienvater in ein Bett, in dem vielleicht vorher ein anderer, ihm nicht bekannter Arbeiter geschlafen hat. Es müßte Vorkehrung getroffen werden, daß dort andere Zustände eintreten und so viel Betten beschafft werden, wie Leute da sind. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die sind vorhanden!)

Herr Bürgermeister Meyer: Nachdem die Deputation die letzte Lohnerhöhung vorgenommen hat, bekommen die Fahrer einen Anfangslohn von 960  $\text{M}$ , nach einem Jahre 1020  $\text{M}$ , nach fünf Jahren 1080  $\text{M}$  und nach zehn Jahren 1140  $\text{M}$ . Mit Rücksicht auf die Art der Arbeit und auf den Andrang, den wir an Arbeitern dieser Kategorie haben, ist dieser Lohn wohl als ein sehr guter zu bezeichnen. Es ist auch nicht daraus auf die Niedrigkeit des Lohnes zu schließen, daß Herr Wesemeier sagt, die Zahl der Arbeitsstunden wäre zu groß, denn wenn die Stundenzahl auch nicht gering ist, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß während eines großen Teiles der Zeit die Leute auf ihren Wagen spazieren fahren. Die Zeit des Fahrens ist mit vier Stunden nicht zu gering bemessen und erfordert so gut wie keine Arbeitsleistung.

Was die Beschwerden über das Reinigungsinstitut betrifft und den Mangel an Bade- und Waschrichtungen sowie an Betten, so habe ich einen Artikel gleichen Inhalts im Volksfreunde gelesen, und ich darf deshalb wohl annehmen, daß Herr Wesemeier der Verfasser des Artikels ist. Es tut mir leid, daß Herr Wesemeier sich nicht vorher nach den tatsächlichen Verhältnissen erkundigt hat. Dieselben Behauptungen sind schon vor zwei Jahren im Volksfreunde vorgebracht und damals von hier widerlegt worden; sie sind dadurch, daß sie jetzt zum zweiten Male erscheinen, nicht richtiger geworden.

Es ist nicht wahr, daß die Leute kein warmes Wasser haben bekommen können. Die Leitung zur Badeeinrichtung führt den Tag über kaltes Wasser, aber von 6 Uhr abends ab, also zu der Zeit, wenn die Leute von ihrer Arbeit mit den gespannten zurückkehren, wird durch ein Rohr von der Gasanstalt her der Badeanstalt warmes Wasser zugeführt. Absichtlich ist die Oeffnung dieses Rohres erst auf die Zeit von 6 Uhr abends ab gelegt, weil tagsüber die Benutzung der Badeeinrichtung und demnach auch der Wasserverbrauch nicht möglich ist und von den Leuten auch nicht gewünscht war. Wenn aber die Arbeit erledigt ist, steht es jedem Arbeiter frei, sich in die Badeeinrichtung zu begeben. Es ist also nicht wahr, daß in der Badeanstalt kein warmes Wasser zu haben wäre und noch viel weniger ist es wahr, daß das warme Wasser, wie es in dem Artikel des Volksfreundes heißt, nur für die Reinigung der Pferde verwendet würde und daß diese besser behandelt würden als die Menschen. Das halte ich für eine Verleumdung. Es ist richtig, daß die gleiche Zuleitung von warmem Wasser benutzt wird, um die Pferde mit warmem Wasser abzuwaschen, aber die Menschen haben nicht darunter zu leiden. Mir ist es unbegreiflich, daß man mit solchen Sachen, die der Wahrheit ins Gesicht schlagen, operieren kann. Richtig ist es indessen, daß die Badeanstalt sehr wenig benutzt wird. Ich habe eine Nachweisung über die Benutzung der Anstalt aufstellen lassen, so daß ich genau nachzuweisen vermag, wie oft und von wie vielen Personen sie benutzt worden ist. Nicht wahr ist es ferner, daß die Anstalt das ganze Jahr nicht benutzt sein soll. Im Juni 1907 sind 16 Bäder genommen, im Juli 10 Bäder, im August 7, im September 2, im Oktober 9, im November 7. Im Februar sind allerdings gar keine Bäder genommen. Das liegt aber nicht daran, daß kein Wasser vorhanden gewesen ist, sondern daß die Leute kein Bedürfnis zum Baden empfunden haben. Die Anstalt wird wohl am meisten von dem Verwalter Fuhrmann und dem Futtermeister Hagemann benutzt, aber auch andere Leute benutzen sie.

Was die Waschbecken betrifft, so möchte ich wissen, weshalb nicht mehrere Leute ein Waschbecken benutzen sollen. Wir sind wohlhabende und gebildete Familien bekannt, wo sich die Ehegatten und eventuell auch die Kinder in demselben Waschbecken, über dem die Wasserleitung angebracht ist, waschen, und ich kann darin nichts schmutziges finden. Es sind im ganzen 8 Waschbecken vor-



handen, die Wasserleitung ist dabei, es steht also jedem frei, sich ein Waschbecken zu reinigen, frisches Wasser hineinzulassen und sich dann zu waschen. Die Waschbecken werden auch täglich ein oder zweimal offiziell gereinigt. Die Verhältnisse sind also genau so, wie man es beim Militär nicht anders kennt.

Schließlich ist noch die geringe Zahl der Betten erwähnt worden. Auch hierüber ist schon einmal verhandelt. Seinerzeit sind von der Stadt so viele Betten angeschafft worden, wie Leute vorhanden sind, die für das Schlafen im Marstallgrundstücke in Betracht kommen, nämlich 22 bis 25. Die Betten waren wie in der Kaserne übereinander aufgestellt. Da nun zu gleicher Zeit immer nur 8 Personen draußen schlafen, so sind den Leuten die jeweilig nicht belegten Betten im Wege gewesen und da auch die Luft durch die unbenutzten Betten nicht gerade verbessert wurde, so ist von den Mannschaften selbst vor etwa fünf Jahren der Deputation der Wunsch vorgetragen, man möchte die nicht unbedingt nötigen Betten wegnehmen. Diesem Wunsche ist nach eingehenden Verhandlungen und nachdem von der Deputation darauf aufmerksam gemacht worden war, daß es nicht schön sei, wenn abwechselnd verschiedene Leute in einem Bette schliefen, nachgegeben. Das Groß der Leute weiß hiervon genau Bescheid. Im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheit hat die Deputation damals jedoch noch so viel erreicht, daß wenigstens jeder Mann seinen ihm gelieferten Bettüberzug benutzt, und heute noch wird jeden Mittag auf Anfordern Wäsche herausgegeben. Aber die Leute kommen nicht, um einen Bettüberzug zu holen, sondern sie legen sich lieber in Betten, die schon von anderen Bediensteten benutzt sind. Wir haben unser möglichstes getan und stellen den Leuten alles, was zur Reinlichkeit beiträgt, zur Verfügung.

Des Pudels Kern bei dieser ganzen Sache ist aber die Lösung: „Hinein in den Verband der Gemeindearbeiter!“ Den Leuten ist schon vor Jahren gesagt, wir wären einverstanden, wenn sie sich eine Vertretung wählten. Das ist geschehen und wir haben auch wiederholt mit den Vertretern verhandelt. Ich bedauere nur, daß die Arbeiter so schwach sind und den Mund nicht aufmachen, um uns ihre Wünsche vorzutragen. Die Wünsche wegen der Betten halte ich z. B. für berechtigt, aber die Leute sagen nichts, sie gehen lieber zum Volksfreund und machen die Stadtverwaltung schlecht, und das mißbillige ich im höchsten Maße. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Wolters: Was die Lohnverhältnisse der Auflader und derkehrer anbelangt, so hat Herr Wesemeier seinen Berechnungen anscheinend die Tabelle zugrunde gelegt, die den Herren zugegangen ist. Diese Lohnsätze sind aber nicht mehr maßgebend, sondern sind seit dem 1. April mit je 5 M überholt. Die Fahrer und Auflader sind bereits am 1. April d. J. um 5 M monatlich im Lohne erhöht, und Herr Wesemeier wünscht nun diese Bediensteten zum zweiten Male in

die Höhe zu bringen. Dem gegenüber möchte ich zu bedenken geben, daß mit demselben Rechte auch die übrigen städtischen Arbeiter zum zweiten Male aufgebessert werden müßten. Wohin sollte das aber führen? Ich glaube, das ist nicht der Wunsch der geehrten Herren. Innerhalb der Kommission hat sich der Herr Antragsteller auch damit einverstanden erklärt, daß sein Antrag bezüglich der Fahrer und Auflader fortfalle.

Herr Bues: Ich bin auch Mitglied der Deputation. Als ich gestern Abend den Artikel im Volksfreunde las, habe ich das Gefühl bekommen, daß hier tatsächlich eine Machination am Werke sei, die die Sache verdrehen wolle. Ich habe mir die Einrichtungen, und darunter auch die Badeeinrichtung, verschiedentlich angesehen, bei welcher Gelegenheit mir der Verwalter sagte, die schöne Badeeinrichtung ist da, wird aber nicht benutzt, und ich möchte in der Deputation den Antrag stellen, die Leute, welche sie nicht benutzen, zu bestrafen. Darauf habe ich erwidert, das wäre nicht am Plage. Als ich nun gestern Abend den Artikel las, war ich indigniert. Wahrheitsgemäße Artikel mögen am Plage sein, selbst wenn sie für diesen und jenen unangenehm sind, aber wahrheitswidrige Artikel verdrehen die Tatsachen und sind nicht am Plage. Ueber die Lohnverhältnisse will ich mich nicht aussprechen, denn darüber kann man geteilter Meinung sein.

Herr Wesemeier: Zunächst will ich feststellen, daß Herr Wolters irrt, wenn er meint, ich hätte die Tabellen des Magistrats meinen Erörterungen zugrundegelegt, ich habe vielmehr die Zahlen nach dem Stat zitiert. Es sind also von mir die Löhne angegeben, die tatsächlich gezahlt worden sind. Wenn der Herr Bürgermeister Meyer meint, daß der Dienst der Fahrer und Auflader zu einem guten Teil ein leichter sei und die Zeit des Fahrens nicht als Arbeitszeit berechnet werden dürfe, sondern höchstens als die Zeit leichterer Beschäftigung, so muß ich dazu bemerken, wenn die Leute während der ganzen 12 bis 13 Stunden nur mit dem Aufheben und Entleeren der Kisten beschäftigt werden sollten, so möchte ich wissen, was man den Leuten dafür bezahlen sollte, denn das wäre die schwierigste, menschenmordendste Arbeit, die es gibt. Der Herr Bürgermeister hat auch eine Statistik vorgelegt über die Zahl der genommenen Bäder; ich erkenne die Statistik ohne weiteres an, muß aber bemerken, daß nach der eigenen Angabe des Herrn Bürgermeisters die Vorgesetzten der Arbeiter am meisten an der Statistik beteiligt sind, und tatsächlich ist es denn auch so, daß die Bäder von den Vorgesetzten genommen sind. (Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es sind nur zwei da!)

Ich möchte der Deputation empfehlen, auch mal die Arbeiter zu fragen, wie es komme, daß sie keine Bäder nehmen; vielleicht bekommen die Herren dadurch Einblick in die Sachlage. Im übrigen ist es nicht der Fall, daß die Arbeiter zum

Volksfreunde gekommen seien und dort Angaben gemacht hätten, sondern sie haben diese Sache in einer Versammlung zum Ausdruck gebracht. Von den Arbeitern sind die Verhältnisse öffentlich in der Versammlung zur Sprache gebracht worden, und zwar von verschiedenen Arbeitern. Die im Volksfreunde gebrachten Ausführungen sind nichts als der Niederschlag jener Verhandlungen. Es ist richtig, daß sich die Deputation auf die aufgestellte Statistik verlassen muß, wenn aber Zweifel daran auftauchen, so haben die Herren die Pflicht, wenn sie nicht einseitig vorgehen wollen, sich auch bei der anderen Seite zu erkundigen, und dann werden sie nicht mehr auf dem Standpunkte stehen bleiben können, daß kein Bedürfnis zum Baden vorhanden wäre, weil so wenig Bäder genommen sind. Es ist in der Versammlung tatsächlich zum Ausdruck gekommen, daß den Arbeitern die Möglichkeit genommen ist, abends nach Schluß der Arbeit noch zu baden. Unter solchen Umständen soll man, wenn von anderer Seite derartiges hier behauptet wird, nicht von Verleumdungen reden, sondern man soll erst untersuchen, wie die Sache liegt.

Der Herr Bürgermeister hat mit Recht moniert, daß den Leuten wohl Bettbezüge zur Verfügung ständen, aber von ihnen nicht abgefordert würden. Vielleicht wird man daraus Anlaß nehmen, eine Aenderung eintreten zu lassen. Wenn die Leute mittags zum Essen nach Hause gehen oder die kurze Mittagspause zur Ruhe benutzen wollen, so kann man ihnen nicht zumuten, noch einen Bettbezug zu holen. (Widerspruch.) Sie arbeiten nicht bei der Rehrichtabfuhr und kennen es nicht, wenn die Leute von Wind und Wetter durchnäßt mittags im Wirtschaftshofe ankommen, und die zweistündige Mittagspause soll dann damit verlaufen, solche Gänge zu machen, das können wir alle nicht beurteilen, obwohl ich mich schon eher hineinfinden kann, da ich im Freien gearbeitet habe, wenn auch nicht bei den Dreckswagen. Es wäre tatsächlich wünschenswert, wenn es den Leuten bequemer gemacht würde und sie nicht die kurze Mittagszeit dazu verwenden sollen. Es wurde mir auch gesagt, daß die Wäsche nur alle Monat gewechselt würde. Der Beweis dafür ist erbracht, daß die Leute nicht damit zufrieden sind, mit anderen in demselben Bette zu schlafen und froh sind, wenn sie frische Bettwäsche bekommen. Daß die Bettstellen in genügender Zahl vorhanden sind, ist mir entfallen oder unbekannt gewesen. Ich glaube, daß meine Anregungen dazu dienen werden, Besserung zu schaffen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich bin zweifelhaft, ob diese Vorträge des Herrn Wesemeier den von ihm gewünschten Erfolg haben werden; ich muß offen gestehen, ich glaube, Herr Wesemeier würde mehr im Interesse der Stadt handeln, wenn er sich weniger mit diesen Sachen befaßte. Was insbesondere die Badeeinrichtung betrifft, so ist sie vor mehreren Jahren, als ich noch Vorsitzender der Deputation war, eingerichtet worden; ich habe damals gleich meine Zweifel geäußert, ob sie wohl genügend benutzt werden würde, und nachdem die Einrichtung,

die in jeder Beziehung gut und brauchbar war, fertiggestellt war, erfuhr ich sehr bald, daß die Leute sie nicht benutzten. Ich sagte darauf zum Verwalter, wie ist es möglich, daß die Badeeinrichtung nicht benutzt wird, da doch in der Stadtverordnetenversammlung von den Vertretern der Arbeiter der Wunsch geäußert ist, solche Anstalt zu erhalten? Ich habe darauf eine Statistik angeordnet und es kam bei 25 Fahrern und 18 Ausladern durchschnittlich auf jeden Tag ein Bad. Das ist zu wenig, und Sie können auch nicht sagen, es liege die geringe Benutzung am Bade. Als die Einrichtung so wenig benutzt wurde, hat die Direktion der Licht- und Wasserwerke allerdings gesagt, weshalb sollen wir den Dampf dorthin führen, wenn er nicht gebraucht wird, und es ist die Dampfzuführung eingeschränkt worden, d. h. auch nur in den Stunden, wo sie nicht benutzt werden konnte. Darauf habe ich angeordnet, daß wieder ständig Dampf gegeben werden soll. Mehr kann man nicht tun. Wenn die Leute keine Neigung haben, die Badeanstalt zu benutzen, so können wir sie doch deshalb nicht vernehmen? Es ist auch die Ansicht geäußert worden, das Baden müsse den Leuten während der Arbeitszeit gestattet werden. Das ist unmöglich, denn sonst wird schon morgens mit dem Baden angefangen. (Zustimmung)

Was die Gasanstalt betrifft, so erkenne ich ohne weiteres an, daß die Zustände dort nicht so sind, wie sie sein sollten. Deshalb haben wir aber auch eine Vorlage eingebracht, eine neue Anlage zu schaffen und Besserungen zu machen, was Ihnen allen ja genau bekannt ist. Also weshalb machen Sie immer wieder geltend, daß die Zustände mangelhaft wären? Wäre es nicht Ihre Aufgabe, zu sagen, lieben Leute, seid still, es ist eine Besserung schon im Gange? Nein, da wird anders vorgegangen! Herr Wesemeier sagt, die Leute sind in die öffentlichen Versammlungen gekommen und dort haben wir die Sachen erfahren. Wie kommen aber die Leute in die öffentlichen Versammlungen? Es fliegen ja auf Ihren Redaktionstisch immer eine Menge anonymen Schreiben. Hier habe ich auch einen Paßten Einladungen liegen, die unterschrieben sind „Die Einberufer“. Meinen Sie, das sind unsere Leute, die diese Versammlungen einberufen? Ich glaube es nicht. „Zusammen in den Verband hinein!“ ist die Hauptsache dabei. Und wenn Sie noch zweifelhaft sind, ob unsere Leute die Einladungen ergehen lassen, so möchte ich eins vorlesen. Im vorigen Jahre wurde eine Versammlung einberufen und in der Einladung gesagt: „Am 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet wieder für sämtliche dort beschäftigten Arbeiter eine Versammlung im Lokale von Schulze statt. Mit kollegialem Gruße. Ein Arbeiter des Gaswerks an der Taubenstraße.“ Glauben Sie wirklich, der Einberufer stammt aus der Mitte der städtischen Arbeiter? Nein, der schreibt nicht „die dort beschäftigten Arbeiter“ oder „Euer Direktor“ u. dergl. Es sind fremde Leute, die es machen, und darum wird man dickfellig, wenn solche Klagen vorgebracht werden. Die Leute wissen genau, an wen sie sich zu wenden

haben, und wenn sie es nicht tun, so tut es mir leid. Wozu sind die Beamten da? Mögen die Arbeiter ihre Wünsche diesen vortragen.

Ich halte es nicht für richtig, wenn Stadtverordnete ein Vergnügen daran finden, die städtischen Einrichtungen schlecht zu machen. Ich habe zufällig Gelegenheit gehabt, den Verlauf einer solchen Versammlung kennen zu lernen. Es wurden dort die jetzigen Einrichtungen in jeder Weise von oben bis unten schlecht gemacht, insbesondere wurde gesagt, die Badeeinrichtung bestände aus einem großen Bassin, da müßten nach einander elf Mann hinein; es fehlte nur, daß der Oberbürgermeister noch als zwölfter hinterherkäme. (Heiterkeit.) Ich habe mir infolgedessen die Gelegenheit angesehen und den Aufseher gefragt, wie ist es möglich, daß wir eine solche Einrichtung hier haben? Darauf wurde mir erwidert, die Leute wollen nicht haben, sondern wollen sich in dieser großen Wanne nur den Oberkörper waschen. Es ist aber nicht möglich, das ganze Bassin jedesmal von neuem voll laufen zu lassen, wenn sich jemand nur den Oberkörper ein bißchen darin gereinigt hat. Die Verhältnisse lagen also tatsächlich ganz anders, als sie in der Versammlung dargestellt wurden. Wenn Sie wirklich die Absicht haben, Frieden in die Verwaltung zu bringen (Heiterkeit und Widerspruch); ich habe allerdings geglaubt, es wäre das die Aufgabe eines Stadtverordneten. Aber wenn Sie anderer Ansicht sind, dann nur weiter in solcher Weise, aber Sie können nicht erwarten, wenn Sie so vorgehen, daß sich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Vertrauen herausbildet. Eins indes tröstet mich hierbei: die Zahl der Arbeiter, die schon lange Jahre in städtischen Diensten sind, wird von Jahr zu Jahr größer, und das ist eine Freude für uns! (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Wolters: Ich muß meine Behauptung wegen der Lohnsätze gegenüber Herrn Wesemeier aufrecht erhalten. In dem Begleitschreiben zum Etat waren die Lohnsätze für die Auflader nicht richtig angegeben, sondern es fehlte die Angabe der Aufbesserung auf 75 bis 85 M. Die von Herrn Wesemeier angegebenen Sätze sind tatsächlich um 5 M. überholt worden.

Herr Wesemeier (zur persönlichen Bemerkung): Zunächst möchte ich bemerken, daß meine Zahlen richtig sind, denn sie stehen im Etat. (Vorsitzender: Im Etat sind die Zahlen falsch!) Vor allen Dingen möchte ich mich persönlich gegen eine Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters wenden. Er sagte, es wäre gut, wenn Stadtverordnete nicht in Versammlungen der städtischen Arbeiter die städtischen Einrichtungen schlecht machten. Da er in bezug auf meine Ausführungen gesprochen hat, so muß ich annehmen, daß ich damit gemeint war. Ich weiß nicht, woher der Herr Oberbürgermeister seine Kenntnis hat, daß ich schon einmal in solcher Versammlung gesprochen haben soll. Bisher ist es noch nicht geschehen, wenn es aber geschehen wäre, so würde ich das, was ich gesprochen habe, jedem einzelnen von Ihnen gegenüber vertreten haben.

Der Antrag der Statutenkommission, über den Antrag Ohlendorf zur Tagesordnung überzugehen, wird darauf angenommen.

### V. Antrag Jasper: Lohnerhöhung für die beim Straßen- und Kanalbau beschäftigten Wärter und Arbeiter.

Herr Wolters: In der Sitzung vom 20. Februar 1908 — Seite 418 des Berichtes — stellte Herr Jasper folgenden Antrag:

„Der Magistrat wird ersucht, die Löhne der im Straßenbau, Kanalbau usw. beschäftigten Wärter und Arbeiter angemessen zu erhöhen.“

In der hier vorliegenden Statistik über die Lohnbezüge der bei der Reinigung und Unterhaltung der außensstädtischen Straßen beschäftigten Personen, die ich zunächst behandeln möchte, sind die Aufseher weggelassen und nur die Wegewärter und Arbeiter behandelt. Es sind vorhanden 21 Wegewärter, und zwar

2 mit einem Dienstalter von 1 bis 5 Jahren und einem Monatslohnsatz von 78 M,

8 mit einem Dienstalter von 6 bis 10 Jahren und einem Monatslohnsatz von 83 M,

11 mit einem Dienstalter von 11 Jahren und darüber und einem Monatslohnsatz von 88 M.

Der Wert der Naturalbezüge beträgt 60,75 M, so daß sich der Jahresverdienst auf 996,75 M, 1056,75 M und 1116,75 M stellt. Die Arbeitszeiten betragen in den Monaten März bis Oktober 10 Stunden und November bis Februar 9 Stunden. Ueberstunden werden nicht geleistet. Sonntagsarbeit wird nur ausnahmsweise bei Schneefall gefordert und in diesem Falle besonders mit 1,70 M für den Sonntag bezahlt, ein Satz, der selbst bei der geringsten Inanspruchnahme, und wenn es sich um eine halbstündige Beschäftigung handelt, voll bezahlt wird. Besonders anstrengende Arbeiten werden mit einer Erhöhung bis zu 25 % Lohnzuschlag bezahlt. Wenn man den Lohn auf den Tag berechnet, und zwar ohne Sonntage und Ueberstunden, so ergibt das für 300 Arbeitstage einen Satz von 3,32 M, 3,52 M und 3,72 M, oder auf die Stunde berechnet 34,3 Pf., 36,4 Pf. und 38,5 Pf.

Nun komme ich zu den Arbeitern. Es sind 56 Arbeiter vorhanden, deren Bezahlung zwischen 2,70 M und 3 M täglich schwankt in Abstufung von 10 Pf., und zwar den Leistungen entsprechend. Ein Zwangsverhältnis, nach dem die Befoldung aufsteigt, ist nicht vorhanden. Nach der Statistik erhalten: 1 Arbeiter 2,25 M, 1 = 2,40 M, 5 je 2,50 M, 9 je 2,60 M, 8 je 2,70 M, 28 je 2,80 M, 2 je 2,90 M, 2 je 3 M. Die Arbeiter, welche weniger als 2,70 M beziehen, sind Rentenempfänger oder nicht voll arbeitsfähige Leute. Der Wert der Naturalbezüge

beträgt 41,<sup>30</sup> M. Die Arbeitszeiten sind dieselben wie bei den Wegewärtern, auch wegen der Leistung von Ueberstunden und Bezahlung der Sonntagsarbeit, sowie der besonders anstrengenden und unangenehmen Arbeiten kommen dieselben Verhältnisse in Frage. Auf den Arbeitstag berechnet, beziehen diese Arbeiter 2,<sup>84</sup> bis 3,<sup>14</sup> M.

Um eine etwaige Einrede vorweg zu nehmen, will ich folgendes bemerken: Ähnlich wie bei den Straßentkehrern habe ich als Referent angeregt, daß die sämtlichen Arbeiter mit mindestens 2,<sup>70</sup> M statt 2,<sup>50</sup> M bezahlt werden möchten, weil aus der Statistik nicht hervorging, daß die niedriger bezahlten Arbeiter nicht voll arbeitsfähig waren oder eine Rente bezogen. Also nur aus diesem sehr begreiflichen Irrtume heraus habe ich die Anregung gegeben, es möchte der Satz von 2,<sup>70</sup> M als Mindestlohn angenommen werden. Die Aufklärung des Herrn Bürgermeisters Meyer hat mich auch hier veranlaßt, die Anregung fallen zu lassen. Die Finanzkommission schloß sich meiner Ansicht an und erklärte, sie halte die Bezahlung der Wegewärter und Wegearbeiter für ausreichend, insbesondere nachdem nachgewiesen worden war, daß die Arbeiter, die mit weniger als 2,<sup>70</sup> M bezahlt werden, nicht voll arbeitsfähig sind. Von den Arbeitern erhalten eine Anzahl mehr als den ortsüblichen Tagelohn. Deshalb hat sich die Finanzkommission entschlossen, auch hier eine Lohnerhöhung nicht zu befürworten und Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen.

Herr Ohlendorf: Es wird ja selbstverständlich alle Liebesmühe umsonst sein und in dem Sinne wie vorhin beschlossen werden. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, festzustellen, daß selbst in der Kommission von dem zuständigen Stadtbaumeister zugegeben ist, daß ein Teil der im städtischen Betriebe vorhandenen Arbeiter geringer entlohnt wird, als Arbeiter in Privatbetrieben. Das sollte meiner Meinung nach die Stadt nicht tun.

Was die Organisationsfrage der städtischen Arbeiter betrifft, so wird es der Herr Oberbürgermeister begreiflich finden, daß zu den Einberufern von Versammlungen sich nicht Leute hergeben aus den städtischen Betrieben. Das ist wohl bedauerlich, aber auch begreiflich, denn ich glaube nicht mit Unrecht befürchten zu müssen, daß, wenn sie es selbst tun, bald der Fußtritt folgen würde. Sie können es deshalb den städtischen Arbeitern nicht verdenken, daß sie sich Leute suchen, die das für sie besorgen und das ist die Leitung der Organisation. Bisher waren die städtischen Arbeiter der Meinung, daß sie sich nicht zu organisieren brauchten. Die Leute haben uns wiederholt gesagt, die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden für uns schon beantragen, was notwendig ist; wir haben ihnen aber erwidert, Ihr müßt Euch organisieren, denn die bürgerlichen Stadtverordneten lehnen unsere Anträge einfach ab, und diese Erkenntnis macht sich denn auch unter den städtischen Arbeitern immer mehr Bahn. Ich habe mich

gefremt, daß Herr Bürgermeister Meyer sich dahin ausgesprochen hat, der Magistrat habe anscheinend nichts dagegen, wenn die Leute sich organisierten, um ihre Wünsche kundgeben zu können.

Bezüglich der Deputation muß ich Herrn Bues erwidern: Sie hören immer nur die Vorgesetzten, niemals aber die Arbeiter, deshalb können Sie auch nicht wissen, wie denen zu Mute ist. Sie verurteilen, daß Kollege Wesemeier etwas über die Arbeiter geschrieben hat, er hat aber nur die Arbeiter gehört und nicht die Vorgesetzten, während Sie meinen, man dürfe nur die Vorgesetzten hören. Ich bin der Meinung, daß die Arbeiter ebensogut Glauben verdienen, wie die Vorgesetzten. Noch einen krassen Fall möchte ich erwähnen, Herr Meyerhoff sagte, es seien die Heker, die das besorgen. Gerade im Gegenteil. Die Fabrik auf der Bahnhofstraße beschäftigt einen bedeutend besseren Prozentsatz organisierter Arbeiter, als die Fabrik an der Taubenstraße, trotzdem sind die Leute an der Bahnhofstraße mit ihrem Lohne verhältnismäßig wenigstens zufrieden, weil dort im allgemeinen geordnete Verhältnisse vorhanden sind. Dagegen erklären die Leute von der Taubenstraße, es sei einfach hahnebüchen, was dort für Verhältnisse herrschten, ja die Zustände allein bedingten es, daß dort ein wahrer Taubenschlag vorhanden wäre. Die Arbeiter sind aber von der Deputation noch nicht gehört worden und sie sagen, daß nur der Vorgesetzte an den dort vorhandenen miserablen Zuständen schuld sei.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wer ist der Vorgesetzte, von dem Sie sprachen? (Herr Ohlendorf: Der Ingenieur Mörs!) Dann wissen die Arbeiter genau, daß Herr Mörs in der Stadt nicht allmächtig ist, warum kommen die Leute mit ihren Beschwerden nicht zum Magistrate? Ich habe oft genug erklärt, daß wir stets ein offenes Ohr für die Arbeiter haben und sie gerecht behandeln nach jeder Richtung hin, wenn sie uns ihre Wünsche nur zu erkennen geben. Das ist bislang nicht geschehen. Herr Ohlendorf hat dann offen ausgesprochen, die Leute müßten von außen in die Organisation getrieben werden. Das kann ich nicht anerkennen, die Leute sind Manns genug, sich selbst zu organisieren, und ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Stadtverordneten nicht berufen sind, eine derartige Unruhe in die Arbeiter zu bringen. Sie sind nicht hierher gekommen, um nur die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die Stadtverordneten haben das Gesamtwohl der Gemeinde zu vertreten, nicht die Interessen der Arbeiter allein.

Vor zwei Jahren konnte ich Ihnen nachweisen, wie ein Gesuch, das hier bei der Versammlung eingereicht war, zustande gekommen war, und zwar in der Weise, daß ein Gewerkschaftssekretär bei den Wegewärtern herumgegangen war und hatte das Gesuch von ihnen unterschreiben lassen. Bei der Gelegenheit war auf die Eingabe mit Blei geschrieben und hinterher ausstrahlt: erhalten 10 S., 20 S. usw. Ich habe damals das hier vorgetragen, worauf Herr Ohlendorf sagte, er müsse das



bezweifeln und wolle sich erkundigen, ob es wahr sei. Ich warte bis heute noch darauf, daß Herr Ohlendorf so ritterlich sein würde, zu erklären, wie die Sache gewesen ist. Das Gesuch liegt noch in den Akten und Sie können sich heute noch überzeugen, daß die Zahlen damals eingetragen und unvollkommen wieder wegradiert waren. Wenn Sie solche Bestrebungen indirekt vertreten, so kann man sich nicht wundern, daß man Sie immer noch nicht in die Deputationen hineinwählte. Einseitig dürfen wir in solchen Sachen nicht vorgehen.

Herr Riefe: Auf das Letztere einzugehen erübrigt sich für mich, und ich glaube, auch für meine Kollegen. Daß wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, hier nur die Arbeiter zu vertreten, müßte ich Ihnen eigentlich in meiner langen Tätigkeit in der Versammlung längst bewiesen haben. Ich habe mich stets als Vertreter der Stadt betrachtet und bin immer für das Gesamtwohl eingetreten, nicht allein für die Arbeiter. Wenn aber jetzt, nachdem seit Jahresfrist infolge der teureren Lebenshaltung die Bedürfnisse gestiegen sind, Lehrer, Beamte und städtische Arbeiter nach einer Einkommensverbesserung streben, so zeigt das, daß auch die Arbeiter Verständnis dafür haben und es keiner Hezerei bedarf, um sich daran zu erinnern. Soviel steht fest, es passiert selten, wenn ich über die Straße gehe, daß die Wegewärter nicht sofort ihre Krake hinstellen und sagen, wie ist es denn, ist unsere Lohnerhöhung abgelehnt? Es ist wohl jeder von den Mitgliedern der Versammlung in der Stadt bekannt, aber ich darf behaupten, daß ich in diesem Punkte mit jedem einzelnen konkurrieren kann, selbst mit dem Herrn Oberbürgermeister. Ich sage den Leuten, Ihr müßt warten, bis der Magistrat mit der Steuerfuche fertig ist, soviel ich aber weiß, ist eine Lohnerhöhung von 10 % in Aussicht genommen. Dann bin ich mit den Leuten fertig. Wenn aber Versammlungen stattfinden und es sind darin auch städtische Arbeiter zugegen, so sehe ich nicht ein, weshalb man dort nicht über dies und jenes sprechen soll. Als wir die Vorlage des Magistrates über die verbesserte Armenpflege bekamen, habe ich an demselben Abend in der Versammlung darüber geredet. Daß sich das mit meiner Tätigkeit als Stadtverordneter nicht soll vereinbaren lassen, kann ich nicht einsehen und in der ersten Frauenversammlung, die hier stattfindet, bin ich auch ersucht, darüber einen Vortrag zu halten. Daß man damit verhegen soll, verstehe ich nicht. Man braucht durchaus nicht zu hegen, wenn man etwas kritisiert und eine Kritik behalte ich mir stets vor. Selbstverständlich könnte in der städtischen Verwaltung dies und jenes besser sein, und man könnte das auch verlangen, aber solche Tätigkeit verträgt sich auch mit meiner Würde als Stadtverordneter, denn davon ist man noch kein Hezer. Daß solche und ähnliche Anforderungen aus allen Kreisen der Bevölkerung an mich gerichtet werden, selbst aus solchen Gebieten, die ich nicht übersehen kann, darauf können Sie sich verlassen, ich bin aber vorsichtig genug, um nicht darauf hineinzufallen, wenn ich die Sachen nicht kenne. In solche Lage kommt von uns

Stadtverordneten jeder mehr, als Sie alle. Wie das kommt, weiß jeder. Nicht daß wir mehr Anziehungskraft haben als Sie, sondern weil die Arbeiter sich sagen, daß sind Leute aus unserem Fleisch, die auch zu den Proletariern gehören. Es ist aber auch andererseits unsere heiligste Pflicht, derartige Ansuchen zum Ausdruck zu bringen, und das habe ich in meiner Amtszeit als Stadtverordneter stets in einer Weise getan, der ich mich nicht zu schämen brauche. Unser Bestreben geht dahin, nicht allein für die Oberen zu sorgen, denn die sorgen schon für sich selbst und haben das auch von jeher allein fertig gekriegt, sondern auch für diejenigen, die am schlechtesten im Leben gestellt sind und unter der Teuerung am meisten leiden.

Herr Esdorn: Ich möchte zunächst den Vorwurf des Herrn Ohlendorf zurückweisen, daß die bürgerlichen Stadtverordneten berechnete Forderungen der städtischen Arbeiter stets ablehnten. Das ist nicht richtig, sondern wir gehen nur andere Wege, um den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Wir haben Deputationen gewählt, welche die Verhältnisse prüfen müssen, und wir haben es stets mit Freuden begrüßt, daß die Deputationen alle Jahre uns Vorschläge auf Erhöhung der Löhne einzelner Arbeiterkategorien gemacht haben, die wir stets gern bewilligten. In solchem Falle wissen wir, daß die Deputationen das zu beurteilen verstehen und wir einen zutreffenden Beschluß fassen. Vor allen Dingen möchte ich auch feststellen, daß in der Kommission gesagt worden ist, wir hielten es im Interesse der Arbeiter nicht für richtig, den Mindestlohnsatz allgemein auf 2,70 M festzusetzen, weil es dann selbstverständlich sein würde, nur noch vollwertige Arbeiter einzustellen. Die Mehrheit der Kommission meinte, es sei besser, auch weniger vollkräftige Arbeiter zu geringeren Lohnsätzen einzustellen, als nur vollkräftige Leute.

Herr Wolters: Herr Ohlendorf sagte, daß Herr Stadtbaumeister Menadier in der Kommission die Aeußerung habe fallen lassen, in der Privatindustrie würden teilweise höhere Löhne gezahlt, als von der Stadt. Es würde mir angenehm gewesen sein, wenn Herr Ohlendorf seine Aeußerungen entsprechend ergänzt hätte, denn man vermißt auch hier den Steigbügel auf der einen Seite. Der Herr Stadtbaumeister hat nämlich hinzugefügt, daß dem gegenüber aber die Stadt, wenn die Arbeit zeitweise geringer werde und die Arbeiter nicht voll beschäftigt werden können, sie doch beibehalte. Wie macht es dem gegenüber aber die Industrie? Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Löhne dort höher sind, aber die Stadt wird ihre Arbeiter nicht ohne weiteres auf die Straße setzen, sondern sich auf andere Weise zu helfen suchen, indem sie die Arbeitszeiten verringert und die Arbeiter etwas weniger verdienen läßt. Das ist eine notwendige Ergänzung zu der Aeußerung des Herrn Stadtbaumeisters Menadier.

Was die Kritik des Herrn Ohlendorf an der Arbeit der Deputation anlangt, so meinte er, die Deputationen müßten sich mit den Arbeitern in Verbindung

setzen. Die Stadtverordneten haben aber keine Exekutive. Sie sind in der Deputation wohl mit der Verwaltung eines städtischen Betriebes betraut, aber wohin sollte es führen, wenn ein Deputationsmitglied sich so tief in die Verwaltung einnistete, daß es über den Kopf der Betriebsleiter weg mit den einzelnen Arbeitern verhandelte? Der betreffende Leiter würde geradezu in der Luft schweben, wenn er sich von den Stadtverordneten dirigieren lassen sollte. Dazu würde sich ein Deputationsmitglied sicher nicht hergeben. Wir wollen wohl helfen, aber immer nur beratend tätig sein. Ich wenigstens würde es ablehnen, die Stellung eines Direktors in einer solchen unverantwortlichen Weise zu erschweren. Darauf läuft es nämlich schließlich hinaus. Ich gehöre nicht zu dieser Deputation, habe aber wohl im Sinne der betreffenden Herren gesprochen.

Herr Ohlendorf: Bezüglich des Eingreifens der Deputationen bin ich nach wie vor der vorhin geäußerten Meinung, jedoch will ich das nicht so verstanden wissen wie Herr Wolters, daß also die Deputationsmitglieder einzeln vorgehen sollen, sondern ich glaube, eine Deputation vermißt sich nicht, wenn sie, sobald Beschwerden über Mißstände vorliegen, nicht einzeln sondern als Korporation mal von den Leuten selbst welche hört.

Der Herr Oberbürgermeister hat mir gewissermaßen einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich auf den vor einigen Jahren gemachten Vorwurf bezüglich des Gewerkschaftssekretärs nicht geantwortet habe. Dazu habe ich noch keine Gelegenheit gehabt und auch nicht geglaubt, daß das so wichtig wäre. Aber ich kann gleich heute darauf zurückkommen. Die Sache liegt so: Die Wegewärter waren zu einer Beratung über ihre Verhältnisse zusammengekommen — Sie mögen darüber erschrecken —, bei der der Gewerkschaftssekretär zugegen war und beauftragt wurde, ihnen ein Schriftstück aufzulegen. Als es sich darum handelte, die Unterschriften einzuholen, ist nicht der Gewerkschaftssekretär nach den einzelnen Wegewärtern zu diesem Zwecke gelaufen, sondern hat einen arbeitslosen Mann hingeschickt, nachdem die Wegewärter erklärt hatten, es möchte ihnen das Schriftstück anderen Tages zugesandt werden, sie wollten dem Boten etwas dafür vergüten. Der Gewerkschaftssekretär hat also mit den ausradierten Sachen nichts zu tun. Wenn ich gewußt hätte, daß man auf diese Sache so viel Gewicht legte, hätte ich sie schon längst einmal erwähnt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich kann konstatieren, daß der betreffende Wegewärter mir das Gegenteil gesagt hat. (Ruf: Unwahrheit!) Das ist möglich; ich bezweifle aber, daß es unwahr ist. Der betreffende Wegewärter wollte mit der Sache nichts zu tun haben, und man war zu ihm gekommen, worauf er gesagt hat: ich konnte nicht gut zurückbleiben, wenn alle so vorgehen wollen.

Herr Ahmann: Der Herr Oberbürgermeister sagte, ich kann begreifen, daß man Sie nicht in Deputationen wählt, wenn Sie solche Auffassung von Ihrer

Tätigkeit als Stadtverordneter haben. Ich glaube, die Sache liegt etwas anders. Man faßt eben die Stellungnahme derjenigen Stadtverordneten, die sich erlauben, Anträge für die Arbeiter und nicht für die Beamten zu stellen, so auf, daß die Anträge auf Hezereien hinauslaufen. Wenn diesen Stadtverordneten einmal Unklarheiten unterlaufen, so werden die hier gleich als Verleumdungen aufgefaßt. Wenn man nicht aus erster Quelle erfahren kann, was an Mifftänden vorhanden ist, so ist es ganz selbstverständlich, daß Unrichtigkeiten und Unwahrheiten unterlaufen können, denn daß es auf beiden Seiten schlechte Leute gibt, darüber sind wir uns klar. Umgekehrt wäre es richtig: wenn Sie uns in den Deputationen mitarbeiten ließen, so würden meiner Ansicht nach manche Unrichtigkeiten hier nicht zum Vortrage kommen können. Sie würden uns dadurch zwingen, objektiv mit zu arbeiten, und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn ein Sozialdemokrat so verbohrt und verbissen sein sollte, daß es ihm nicht möglich wäre, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Meiner Meinung nach wird hier ein Standpunkt zur Deputationswahl eingenommen, der das Gegenteil von dem hervorruft, was erzielt werden soll. Wir sehen ja hier in den Versammlungen die Unzufriedenheit der Herren bei der Beratung solcher Anträge, man merkt den Herren die Unruhe ordentlich an, während man sich andererseits glücklich fühlt und die Debatte so lange wie möglich ausgedehnt sehen mag, wenn es sich um Sachen handelt, die den Herren besonders am Herzen liegen. Bei solchen Sachen sitzen wir aber auch ruhig hier und hören sie geduldig an, trotzdem wir oft meinen, es werde des guten zu viel getan. Also auch anderwärts ist auch schon übers Ziel geschossen. Ich habe nicht gehört, daß es der Herr Oberbürgermeister für unwürdig erklärt hat, wenn hier städtischen Beamten geradezu Unredlichkeit vorgeworfen ist und daß er geäußert hätte, man möchte daran denken, solchen Herrn nicht in die Deputation zu wählen. Wenn man uns Gelegenheit gegeben hat, an der städtischen Verwaltung mit zu arbeiten, so wird man uns auch nicht den Vorwurf machen können, daß wir die städtischen Interessen nicht ordentlich vertreten hätten. Wir bemühen uns so gut wie jeder andere, die Interessen der Allgemeinheit hier zu vertreten. Auf der anderen Seite stellt man ja auch Sonderinteressen, z. B. den Grundbesitzerverein, in den Vordergrund; es beruht das also auf Gegenseitigkeit, wenn wir hier die Interessen der städtischen Arbeiter einmal vertreten. Wenn man in einen Betrieb hineinsieht, wird man dessen Verhältnisse eher beurteilen können, als vom Hörensagen, und aus diesem Grunde fasse ich es auch nicht so böse auf, wenn einmal unrichtige Schlussfolgerungen gezogen und die Interessen anderer hier vertreten werden. Die Schlussfolgerungen des Herrn Oberbürgermeisters waren also nicht gerechtfertigt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich weiß sehr wohl, daß der Vorsitzende des Magistrates keinen Einfluß auf die Wahlen in die Deputation hat. Herr Alßmann scheint deshalb mein Wort falsch aufgefaßt zu haben; ich habe tat-

sächlich niemand veranlassen wollen, diesen oder jenen Herrn nicht in die Deputation zu wählen. Aber so lange ich hier sitze, habe ich noch niemals bemerkt, daß einer der Herren in eine Deputation gewählt worden ist, und das muß doch seinen Grund haben. Ich stehe auf dem Standpunkte und mache kein Hehl daraus, es wäre recht gut, wenn jemand von Ihnen in dieser oder jener Deputation säße, damit Sie sähen, daß nicht so heillose Zustände in der städtischen Verwaltung herrschen, wie in dem Artikel des Volksfreundes geschrieben war, ja, ich wünschte es sogar.

Herr Meyerhoff: Es wurde hier auch gesagt, an wen sollen sich die Arbeiter wenden? Wenn ein Arbeiter zu mir käme und spräche von der miserablen Wirtschaft, die auf der Gasanstalt herrschen soll, so ginge ich allerdings nicht den von Herrn Ohlendorf vorgezeichneten Weg, sondern ich würde sofort Gelegenheit nehmen, mit dem betreffenden Vorgesetzten der Arbeiter zu sprechen und ihm zu sagen, er möchte die Sache untersuchen. Das ist ein gangbarer Weg, den ich mir als Deputationsmitglied vorschreiben würde. Wenn die Herren denselben Weg beschritten, so würde das nicht aufkommen, was man als Hezerei bezeichnet hat. Es läßt sich eben alles in Ruhe besorgen. Als vor zwei Jahren der Streik der Gasarbeiter ausbrechen sollte, war ein Vertreter der Gasarbeiter bei der Deputation und die Sache ist in Frieden beigelegt worden. Deshalb beschreiten Sie nur auch den Weg, den ich eben vorgezeichnet habe, und die Sache wird schon gehen.

Herr Wesemeier: Man hört nicht öfter, als bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß man keine Ursache habe, von außen her sich in die Verhältnisse der städtischen Arbeiterschaft zu mischen, und es wird als Hezerei angesehen, wenn jemand außerhalb des Betriebes den Arbeitern sich helfend zur Seite stellt. Wenn aber der Herr Oberbürgermeister sich die Sache richtig überlegt, so sieht er, wie überall auch die Unternehmer bestrebt sind, weit aus ihrem Kreise hinaus in andere Kreise zu gehen und deren Interessen zu vertreten. Ich verweise dieserhalb nur auf den Arbeitgeberverband des Baugewerbes, dessen Mitglieder mit den ärgsten Mitteln, den Mitteln der Aushungierung kämpfen. Sehen Sie sich nur um, wie sich die Industriellen zu einem Metallindustriellenverbande zusammenschließen. Da kommen die Leute auch nicht von selbst, sondern es werden entsprechende Mittel angewendet, um sie in den Verband zu bekommen. Die Arbeiter haben auch ihre Verbände, und es wird versucht, sie zu vergrößern und alle Arbeiter in die Verbände einzuschließen. Das ist ein ganz selbstverständlicher Vorgang, den man anscheinend nicht begreifen kann. Wenn ich auf den Vorwurf der Hezerei eingehen wollte, so könnte ich auch anführen, daß Herr Meyerhoff als Vorsitzender des Grundbesitzervereins ebenfalls agitiert und daher nach Ihrer Ansicht auch als Hezer für den Grundbesitzerverein wirkt. Das ist daselbe, was Sie uns zum Vorwurf

machen. Wenn man das „hegen“ nennen will, so möge man es tun, aber verargen Sie uns nicht, daß man dann mit dem gleichen Maße mißt.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird sodann beschlossen.

Herr Wolters: Der Antrag Jasper erstreckt sich dann noch auf die Lohn-erhöhungen für die bei der Unterhaltung der Straßenkanäle beschäftigten Personen. Es werden beschäftigt 2 Vorarbeiter und 11 Arbeiter. Die beiden Vorarbeiter erhalten 3,90 M und 4,20 M je nach der Qualifikation. Die Naturalleistung beträgt 115 M, die Arbeitszeiten betragen im Sommer 10 und im Winter 9 Stunden. Ueberstunden werden bei Tage nicht geleistet, bei Nacht aber mit einem Zuschlage von 20<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Arbeitslohnes bezahlt. Der Lohn auf die Arbeitsstunde (im Jahresdurchschnitt von 9,58 Stunden werktäglich berechnet) ergibt 44,6 M und 46,7 M.

Die Arbeiter erhalten Tagelohnsätze von 3 M bis 3,60 M. Die Naturalleistung beträgt bei 6 Arbeitern 115 M, bei 5 Arbeitern 40 M. Für die Arbeitszeiten und Ueberstunden gelten dieselben Bestimmungen wie bei den Vorarbeitern. Im Jahresdurchschnitt von ebenfalls 9,58 Stunden werktäglich beträgt der Lohn für die Arbeitsstunde 32,7 M bis 41,5 M.

Die Gründe, welche die Kommission bei den übrigen Verwaltungszweigen bestimmt haben, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, liegen auch hier vor; es wird deshalb beantragt, über diesen Antrag ebenfalls zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## VI. Antrag Bunge: Verbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße.

Ueber den in der Sitzung vom 12. März 1908 — Seite 512 des Berichtes — gestellten Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald ein Projekt auszuarbeiten, auf Grund dessen eine Verbindungsstraße zwischen Kreuzstraße und Hildesheimerstraße hergestellt wird;“ berichtet namens der Baukommission Herr Lübke: Der Antrag hat in der Baukommission keine Gegenliebe gefunden; man meinte, die dortige Gegend sei so weitläufig bebaut, daß zur Anlegung neuer Straßen kein Grund vorliegen könne. Da nun außerdem eine solche Querstraße ganz erhebliche Kosten verursachen würde, so müsse man schon aus diesem Grunde davon absehen. Die Kosten würden auch auf lange Zeit von der Stadt vorgeschossen werden müssen, ohne daß sich Gelegenheit bieten würde, sie sehr bald wieder einzuziehen. Es wurde weiter betont, wenn man für Straßenbauten Kosten aufwenden wolle, daß sich dazu in der Innenstadt

noch genügende Gelegenheit bieten würde. Wir empfehlen aus diesen Gründen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Bunge: Ich bedaure den ablehnenden Standpunkt der Kommission sehr und finde, daß der Antrag von der Kommission im Interesse der dortigen Bevölkerung nicht so gewürdigt worden ist, wie es nötig gewesen wäre. Wenn Sie sich einmal ansehen wollen, wie belebt die Straße ist, so würden Sie gefunden haben, daß ein dringendes Bedürfnis für eine derartige Verbindungsstraße vorliegt. Die Gründe des Herrn Referenten sind auch nicht sehr stichhaltig, denn er hat nur im allgemeinen darüber gesprochen, daß augenblicklich kein neues Bauterrain erschlossen werden soll. Ein derartiger Beschluß kann doch aber umgestoßen werden. Die dortige Bevölkerung erwartet, daß dem Antrage stattgegeben wird.

Herr Meyerhoff: Es ist nicht richtig, daß die Frage in der Kommission nicht geprüft worden sei. (Herr Bunge: Nicht sehr eingehend!) Die Frage ist eingehend geprüft worden und Sie sind ja selbst zugegen gewesen. Die Redensart ist demnach deplaziert gewesen. Wir haben erwogen, was dort eine neue Straßenanlage kosten würde und sind auf einen Betrag von 400 000 M gekommen, den die Stadt zurzeit nicht aufwenden kann. Es würde dabei der Ausbau der Ringstraße in Frage kommen. Dem Antragsteller ist auch empfohlen worden, er möchte sich mit den interessierten Anliegern an die Feldmarksdeputation Petritor wenden, um eine bessere Befestigung der Maienstraße zu erreichen. Bei der Gelegenheit erklärte der Herr Oberbürgermeister, wenn die Interessentschaft nicht in der Lage wäre, die Kosten der Instandsetzung allein zu tragen, so würde sie sich an die Stadt wenden können, um zur Gangbarmachung der Fußwege eine Beihilfe zu bekommen. Ich muß demnach die gegen die Kommission erhobene Beschuldigung zurückweisen.

Herr Esdorn: Obwohl ich die beantragte Verbindungsstraße für wünschenswert halte, weil die Anlieger erhebliche Umwege machen müssen, um zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen, so habe ich mir doch gesagt, es stehen uns noch wichtigere Ausgaben bevor. Ich habe auch noch verschiedene Wünsche in bezug auf die Instandsetzung von Fußwegen, und werde demnächst entsprechende Anträge einbringen.

Herr Bunge: Ich begreife Herrn Meyerhoff nicht und kann nur annehmen, daß er mich mißverstanden hat. Ich habe nicht gesagt, die Kommission hätte sich mit dem Antrage nicht beschäftigt, sondern man hätte sich eingehender damit beschäftigen können.

Herr Lübke: Uns lag in der Kommission der Antrag Bunge auf Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Kreuz- und Hildesheimerstraße vor. Wir haben geprüft, ob eine Notwendigkeit bestände, dort einen Verkehrsweg oder nur einen Fußweg oder eine Verbesserung der Fußwege der Maienstraße zu erhalten

und haben uns nicht verhehlt, daß es zweckmäßig sein würde, dort einen besseren Fußweg über die Maienstraße herzustellen, jedoch waren wir nicht kompetent, dort einzugreifen, weil die Besserung des Fußweges Sache der Interessentschaft ist. Das ist Herrn Bunge klar, deutlich und einwandfrei erläutert worden, und ich weiß nicht, wie Herr Bunge hier trotzdem sagen kann, wir hätten uns nicht eingehend mit dem Antrage beschäftigt. Das entspricht den Tatsachen nicht. Es würde doch unzweckmäßig sein, dort eine ganze Straße auszubauen und für den Stadtteil Bauterrain zu erschließen, nur um den Fußgängerverkehr besser und bequemer zu machen, zumal die Stadt so viele andere Ausgaben hat. Sie werden es gerechtfertigt finden, daß die Baukommission sich auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Herr Sander: Ich bedaure auch, daß der Antrag Bunge unausführbar ist, jedoch sehe ich ein, daß die Kosten unerschwinglich sind. Es liegt ein großes Bedürfnis vor, dort eine passierbare Verbindungsstraße zu erhalten, denn es gibt wohl keine Gegend, die so viel begangen werden muß, wie gerade die hier geplante Verbindungsstraße. Bedenken Sie, daß das größte Etablissement jener Gegend am Petritore liegt, während dessen meisten Arbeiter am Madamenwege wohnen. Da die Fabrik die englische Arbeitszeit und daher eine kurze Mittagspause hat, so müssen Frauen oder Kinder den Arbeitern jeden Mittag das Essen bringen und den ganzen Weg hinuntergehen. Auch die neue Schule an der Diefterwegstraße rekrutiert sich aus dieser Gegend. Wenn die Kinder auch auf einem längeren befestigten Wege die Schule zu erreichen vermögen, so wäre doch zu wünschen, daß der kürzere Weg über die Maienstraße passierbar wäre. Ich möchte deshalb ebenfalls wünschen, daß dort ein befestigter Fußweg geschaffen würde.

Herr Kieke: Ich konnte den Beratungen der Baukommission leider nicht beiwohnen. Wir können allerdings nicht einen so großen Teil der Stadt als Baugrund erschließen, jedoch macht diese Gegend insofern eine Ausnahme, als die Verkehrsverhältnisse dort so traurig sind, wie kaum auf einem Dorfe. Die Kreuzstraße ist eine lange Bindfadenstraße, die in ihrem oberen Teile nur von der Maienstraße geschnitten wird; in dieser Straße werden aber die Lächer mit Kohlstrünken statt mit Steinen ausgefüllt. In der Kommission würde ich dafür eingetreten sein, daß ein befestigter Weg nach Norden zu, sei es durch die Maienstraße oder auf andere Weise geschaffen würde, damit die Anwohner rascher und besser zur Arbeit kommen können. Die dadurch entstehenden Kosten können mich nicht abschrecken. Ich bedaure heute noch, daß damals die Straße abgelehnt wurde. Bis zum Ausbau der Ringstraße muß ein befestigter Verbindungsweg hergestellt werden.

Herr Alßmann: Allseitig ist das Bedürfnis für eine solche Verbindungsstraße anerkannt worden. Herr Meyerhoff fühlte sich gewissermaßen durch die



Außerung des Herrn Bunge beleidigt. Meiner Auffassung nach war aber der Baukommission nicht der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Antrag nicht geprüft hätte, sondern Herr Bunge hatte nur gemeint, sie hätte ihn nicht von den Erwägungen heraus geprüft, die er wünschte. Wenn Herr Meyerhoff dem Antragsteller den Rat gab, sich an die Interessentschaft zu wenden, so scheint mir das ein komisches Ding zu sein. Richtiger wäre es doch wohl, wenn Magistrat und Kommission einsehen, es liegt für den Verbindungsweg ein dringendes Bedürfnis vor, daß die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der Interessentschaft in Verbindung zu setzen. Wenn der Magistrat sagt, die Interessentschaft sei verpflichtet, den Weg instand zu setzen, so muß es auch Sache des Magistrates sein, sie dazu anzuhalten, soweit sie dazu verpflichtet ist, und wir würden die Summe dazu geben, die über den der Interessentschaft gezogenen Rahmen hinausgeht. In solchem Falle würden wir dem allgemeinen Bedürfnisse Rechnung tragen, und hierfür sollten wirklich einige tausend Mark übrig sein. Für die Bewilligung von 400 000 M könnte ich mich auch nicht aussprechen, aber der eben vorgezeichnete Weg sollte auch gangbar sein. Hier heißt es aber: Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selber! Ich könnte dem Kollegen Bunge — die Bezeichnung „Freund“ erregt hier ja Anstoß — nicht den Rat geben, sich an die Interessentschaft zu wenden, denn da würde er wohl nicht viel Glück haben.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich könnte den von Herrn Altmann empfohlenen Weg nur dann für richtig halten, wenn bei uns eine Beschwerde des Herrn Bunge über die Interessentschaft eingegangen wäre. Davon ist aber nicht die Rede gewesen, sondern Herr Bunge will eine Verbindungsstraße schaffen, und nur dieser Antrag hat zur Beratung gestanden und seine Annahme ist an der Kostenfrage gescheitert. Ich habe Herrn Bunge empfohlen, er möchte die Interessenten veranlassen, sich bei dem Magistrate über die Interessentschaft zu beschweren, dann wäre es möglich, daß wir eingriffen. Herr Altmann wird mir recht geben, daß es besser ist, wir werden von der Interessentschaft um einen Zuschuß angegangen, als daß wir ihr sagen, baut den Weg nur aus, wir wollen Euch gern etwas zugeben. Es ist Sache der verpflichteten Personen, zu der Frage der Instandsetzung des Weges Stellung zu nehmen, und wenn sie meinen, nicht leistungsfähig genug zu sein, sich an die Stadt zu wenden und um Hilfe zu bitten. Daß die Stadt sich in solchen Fällen nicht allzu ablehnend verhält, wird schon dadurch bestätigt, daß der Magistrat einen Antrag der Feldmarksgemeinde Hohetor genehmigt hat, ihr bei der Befestigung der Pfingststraße durch Lieferung von Steinmaterial behilflich zu sein.

Herr Altmann: Ich gebe dem Herrn Bürgermeister unbedingt recht, daß die Stadt der Interessentschaft nicht entgegenkommen soll, auch verlange ich nicht, daß wir den Leuten unsere Mittel anbieten. Ich kenne die Maienstraße in ihrem jetzigen Zustande nicht, aber nach dem, was ich von Herrn Riete hier gehört habe,

muß sie traurig genug aussehen, wenn als Befestigungsmittel Kohlstrunke statt Bockasche verwendet werden. Hieraus glaubte ich schließen zu können, daß der Magistrat in der Lage wäre, selbst einzuschreiten.

Der Antrag der Baukommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf beschlossen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz.

## VII. Antrag Kalm's: Zustandsetzung der Wege am Theaterwall usw.

In der Sitzung vom 12. März 1908 — Seite 542 des Berichtes — stellte Herr Kalm's folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei der Herzoglichen Baudirektion vorstellig zu werden, daß die Böschungen und Wege am Theaterwall und Sandwege in einen würdigen Zustand versetzt werden.“

Herr Koch (als Berichterstatter der Baukommission): Die Baukommission hat gefunden, daß nicht nur die Wege und Böschungen am Theaterwall und Sandwege, sondern sämtliche der Herzoglichen Baudirektion unterstellten Wege innerhalb der Stadt der Aufbesserung bedürfen. Der Magistrat hat sich mit Rücksicht hierauf auch erst kürzlich an die Herzogliche Baudirektion gewandt und ersucht, dem unwürdigen Zustande der Wege ein Ende zu machen. Infolgedessen glaubt die Baukommission, von der weiteren Verfolgung des Antrages Kalm's bezüglich der Wege vorläufig Abstand nehmen zu müssen. Die Böschungen am Theaterwall und Sandwege sind tatsächlich ebenfalls in einem ganz unwürdigen Zustande, obwohl schon früher einmal in der Sache etwas geschehen ist. Mir ist von einem Bau Sachverständigen gesagt worden, wenn nicht vom Faller'slebertorwall bis zum Sandwege an den Böschungen entlang mit einem Kostenaufwande von etwa 8000 M ein Mauerwerk vorgeesehen würde, so hätten die ganzen Ausbesserungen keinen Zweck. Es wäre wirklich wünschenswert, daß die zurzeit hier anwesenden Landtagsabgeordneten sich die Zustände einmal ansähen und dagegen vorstellig würden; ich habe auch einen speziellen Freund aus dem Landtage schon gebeten, das mal zu tun. Dieser erwiderte mir, das weiß ich schon, ich will es gar nicht sehen. Die Baukommission gibt also anheim, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der Herzoglichen Baudirektion in Verbindung zu setzen, daß die Böschungen in einen besseren Zustand versetzt werden, den weiteren Teil des Antrages aber vorläufig fallen zu lassen.

Herr Meyerhoff: Ich muß mich wundern, daß Herr Koch sagt, die Landtagsabgeordneten möchten darüber im Landtage vorstellig werden. Wenn Herr Koch die Landtagsverhandlungen gelesen hätte, so mußte er wissen, daß sich der Wilhelmiterverein dieserhalb an den Landtag gewandt hatte und daß ich als Referent der Wittschriftenkommission darüber berichtet habe. Herrn Koch muß doch bekannt sein, daß hierüber verhandelt worden ist und wir nichts anderes tun

konnten, als das Gesuch dem Herzoglichen Staatsministerium zur wohlwollenden Berücksichtigung zu unterbreiten. Die Wallverwaltung ist ja in ihren Mitteln leider so beschränkt, daß sie aus den gewöhnlichen Etatssummen derartige Ausgaben nicht decken kann.

Herr Kalms: Mein Antrag ging auch dahin, die Wege in einen besseren Zustand zu versetzen, denn nicht allein die Böschungen, sondern auch die Wege, sowie deren Seitenteile befinden sich in einem unwürdigen Zustande. Man kann beobachten, daß zu beiden Seiten der Wege das Himmelswasser drei bis vier Tage steht und Papier- und Obstreste dort herumliegen, so daß man diesen Teil des Walles als den schlechtesten bezeichnen darf. Dazu kommt, daß nicht nur der Fußweg am Theaterparke, sondern auch von der Museumstraße bis zum Monuments-  
 place sowie an der katholischen Kirche hinunter gebessert werden muß. Der Zustand ist so unwürdig, wie ich es mir schlimmer nicht denken kann, und wenn sich die Herzogliche Baudirektion auch nur ein bißchen darum gekümmert hätte, so wäre dies das notwendigste gewesen, was sie aus ihrem kleinen Etat hätte bestreiten müssen. Die Wege sind den Verhältnissen einer Großstadt nicht angemessen und würdig, und es wäre wirklich zu wünschen, daß wegen Uebergangs der Wege auf die Stadt eine Einigung zwischen Staat und Stadt herbeigeführt würde. Meiner Meinung nach müßte seitens der Stadt energischer vorgegangen werden, auch würde es zweckmäßig sein, wenn von der Versammlung immer wieder betont würde, daß die Promenaden auf die Stadt übergehen müßten; ich glaube, der Staat wird froh sein, die Promenaden los zu werden, natürlich gegen Entschädigung, und es wäre zu erwägen, ob ein großes Abfindungskapital oder ein laufender Zuschuß vorzuziehen wäre. Ich möchte also bitten, meinen Antrag zu unterstützen, daß der Magistrat die Baudirektion ersuchte, auch die Wege mit Instand zu setzen, namentlich auch den Abfluß des Himmelswassers mittels Kanäle zu fördern. (Ruf: Die sind da!) Dann sind sie verstopft. (Heiterkeit.)

Herr Ahmann: Ich kann die Ausführungen des Antragstellers nur voll und ganz unterstützen. Er kann sich aber glücklich schätzen, daß ihn die Baukommission nicht an die Herzogliche Baudirektion verwiesen hat, sondern daß der Magistrat dort vorstellig werden soll. Herr Kalms ist deshalb in einer glücklicheren Lage, als Herr Bunge mit der Maienstraße. — Es ist richtig, daß neben den Fußwegen am Theaterwall u. dgl. oft sehr große Sumpfstellen sind; ebenso kann die Böschung dort nicht als schön und ideal bezeichnet werden, denn die Baumwurzeln liegen frei von Erde da und der Staat kann wirklich etwas für diese Sachen tun. Es gibt übrigens noch mehrere Straßen, für die auch etwas geschehen müßte, z. B. die Husarenstraße an den Husarenställen entlang. Der Fußweg an dieser Stelle befindet sich in der Regel in einem Zustande, der den übrigen Fußwegen nicht entspricht, und es würde wirklich zweckmäßig sein, wenn der Fiskus angehalten

würde, nach dieser Richtung hin etwas für die Fußwegbefestigung zu tun. Es wird hier aber wohl immer so sein, daß die staatlichen Behörden glauben, es möge die Stadt selber machen, was sie besser haben will; deshalb halte ich es für richtiger, wenn der Magistrat von Zeit zu Zeit etwas nachhilft.

Herr Koch: Was Herr Kalms uns eben gesagt hat, ist in der Baukommission bereits anerkannt worden, daß nämlich die betreffenden Wege ganz miserabel sind und daß auch noch eine Menge anderer, der Herzoglichen Baudirektion unterstehenden Wege schlecht sind. Aus diesem Grunde sind ja von dem Magistrat bereits Verhandlungen mit der Herzoglichen Baudirektion angeknüpft. Nun steht der Magistrat zurzeit mit dieser Behörde in voller Verhandlung und es ist deshalb doch nicht möglich, ihn zu bitten, nochmals in Verhandlung zu treten. Sollten die Schritte des Magistrates bei der Herzoglichen Baudirektion nicht von Erfolg begleitet sein, so können wir auf die Sache später immer noch zurückkommen.

Herr Rieke: Die Böschungen am Theaterwall haben mich schon seit drei Jahrzehnten und länger geärgert, denn so schlecht sind unsere Wälle an keiner Stelle. Ich habe geglaubt, man würde diesen traurigen Zustand mit Rücksicht auf die Nähe des Hoftheaters und der neu erschlossenen Straßenzüge wohl mal ändern, aber es ist jedes Jahr schlimmer geworden. Es wäre ja eine Radialkur, eine Futtermauer zu ziehen und die Wege zu verbreitern, aber das geht wegen der Bäume nicht; dagegen könnte man Zementplatten hinstellen und Erde aufschütten, dann wäre der Zustand gleich gebessert. Das Trottoir von der Fallersleberstraße bis zur Museumstraße ist tadellos. Die Pfützen zu den Seiten der Fußwege kommen daher, daß die Kanäle nicht ziehen; es müssen eben mehr Einfallschächte gemacht werden, denn die Gassen können nicht weggebracht oder über die Wege geleitet werden. Das macht nicht so große Kosten und läßt sich mit einigen Fudern Muttererde durchführen. Man hat dort auch schon Schlamm aufgebracht, es ist nur schade, daß das nicht früher geschehen ist.

Herr Löhnefink: Die Ausführungen des Herrn Kalms sind als zutreffend zu bezeichnen. Der Zustand ist tatsächlich unhaltbar und der Abhilfe dringend bedürftig. Ich erwähne das noch einmal, weil ich davon erhoffe, daß die Herzogliche Baudirektion umsomehr auf baldige Abhilfe Bedacht nehmen wird, wenn der Zustand hier von mehreren Seiten beleuchtet wird.

Herr Kalms: Herr Koch erwähnte, daß der Magistrat schon Schritte und Wege unternommen hätte, um sich mit der Herzoglichen Baudirektion in Verbindung zu setzen, oder daß es wenigstens in nächster Zeit geschehen würde. Wie ich in der Kommission erfahren habe, kann sich das noch recht lange hinziehen, und ich möchte, da es sich bei jenen Verhandlungen um die ganzen Wege der Promenaden handelt, während mein Antrag nur den schlechtesten Teil der Promenaden verbessert sehen will, bitten meinen Antrag zu unterstützen. Wenn wir mit unseren

Wünschen so lange warten sollen, bis der Magistrat sich mit der Staatsbehörde geeinigt haben wird, so würde der Sandweg usw. in fünf Jahren noch ebenso da liegen, wie heute. Im letzten Landtage ist hierüber auch schon verhandelt worden, ohne daß es etwas geholfen hat, und ich glaube, der Sandweg wird schließlich noch zu einem kleinen Flusse werden. Der Staat kann doch nicht machen was er will und hat doch auch die Verpflichtung, für unsere Stadt zu sorgen, schon wegen der Steuern, die wir ihm in erheblichem Maße zahlen. Ich bitte um Annahme meines Antrages in vollem Umfange.

Herr Koch: Herrn Meyerhoff gegenüber möchte ich bemerken, daß ich gemeint habe, es wäre wünschenswert, wenn auch die auswärtigen Landtagsabgeordneten, die gewöhnlich für unsere Stadt nichts übrig haben, sich die Verhältnisse einmal an Ort und Stelle ansehen, dann würden sie wohl willfähriger sein.

Der Antrag der Baukommission, den Magistrat zu ersuchen, wegen Instandsetzung der Böschungen am Theaterwall und Sandwege mit der Herzoglichen Bau- direction Verhandlungen anzuknüpfen, wird darauf angenommen.

Ebenso wird der Antrag Kalms, diese Verhandlungen auch auf die betreffenden Wege auszudehnen, mit 14:13 Stimmen genehmigt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

### VIII. Gesuch um Bewilligung von Mitteln zur Beschickung eines Verbandstages.

Die Gesamtsitzung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbegerichtes der Stadt Braunschweig hat einstimmig beschlossen, bei dem Magistrate zu beantragen, für die Beschickung der Versammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Jena am 28. und 29. August d. Js. durch den Vorsitzenden, den Gerichtsschreiber und je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Nachdem der Magistrat dies abgelehnt hat, haben die Arbeitnehmer-Beisitzer beschlossen, die Versammlung zu ersuchen, für die Bewilligung der obenbezeichneten Mittel durch einen dahingehenden Beschluß auf den Magistrat einzuwirken.

Die Statutenkommission hat sich, wie Herr Ritter berichtet, mit der Angelegenheit befaßt und ist zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung zu empfehlen, dem Antrage nicht zuzustimmen. Zum Teile wurde die Ansicht vertreten, daß eine Entsendung zu dem Kongresse wohl wünschenswert wäre, da immerhin Gegenstände von hinreichender Wichtigkeit und erheblichem Interesse zur Verhandlung kämen, zumal man davon ausgehen müsse, daß die persönliche Teilnahme an den Verhandlungen ganz anders wirke, als wenn nachher die gedruckten Berichte den Mitgliedern zugänglich gemacht würden. Auf der anderen Seite konnte man sich aber der Meinung nicht verschließen — und das war die Mehrheit der Kommission —, daß

im großen ganzen die dort zur Verhandlung kommenden Gegenstände hauptsächlich die gesetzgeberische Seite und die Organisation betreffen und es sich wohl empfehlen könnte, den Vorsitzenden des Schiedsgerichtes zu entsenden, daß man indessen dies zu tun oder zu lassen dem Magistrate überlassen möchte. Von der Entsendung von Beisitzern konnte man sich einen Nutzen nicht versprechen. Es kommen alljährlich fortwährend eine große Menge Einladungen zu allen möglichen Kongressen, und die Kommission war der Meinung, daß hier nicht ein solcher Fall vorläge, um eine Ausnahme machen zu müssen, während man Einladungen zu anderen Kongressen ablehnte. Ich habe also namens der Statutenkommission vorzuschlagen, den Antrag abzulehnen.

Herr Rieke: Ich möchte ersuchen, den Antrag der Gewerbegerichtsbeisitzer anzunehmen. Wenn der Herr Referent meinte, daß nicht jeder Kongreß besichtigt werden könne, so kann ich das nicht untersuchen. Der hier in Frage kommende Kongreß ist für den Vorsitzenden und die Beisitzer wichtig genug, um von ihnen besucht zu werden. Die Gesetzgebung regelt sich heute außerordentlich rasch und die hier vorliegende Tagesordnung erscheint mir wichtig genug, die kleine Summe nicht zu scheuen und einige Vertreter hinzuschicken. (Redner verliest die Tagesordnung des Kongresses.) Die Referenten der verschiedenen Punkte befinden sich außer einem in Magistratsstellungen, so daß das Material sehr interessant werden wird. Auch ein Kollege von mir wird vom Gewerbegericht in Hamburg hingeschickt. Ist es für das Hamburger Gewerbegericht wichtig genug gewesen, jemand hinzuschicken, so muß es auch für uns wichtig genug sein, die Gewerbegerichtsbeisitzer in ihrem Wissen über diese Gegenstände zu vervollkommen. Es ist schade, daß nicht gleichzeitig auch vom Kaufmannsgerichte Vertreter hingeschickt werden können, aber ich bin nicht berechtigt, für diese Vertreter zu sprechen. Wir haben schon für andere Dinge, die nicht so wichtig sind, wie diese, Summen bewilligt; ich halte es deshalb für angezeigt, diese kleine Summe nicht zu sparen.

Herr Stadtrat Wagner: Als vor einigen Jahren der letzte Verbandstag der Gewerbegerichte stattfand, hatte der Magistrat zunächst den Antrag abgelehnt, während die Versammlung dem Antrage auf Entsendung von Vertretern zustimmte und der Magistrat darauf nachgab. Es wurde aber ausdrücklich betont, daß der Kongreß nur ausnahmsweise besichtigt werden würde. Damals drehte es sich um die gewohnheitsrechtliche Gestaltung des Tarifvertragswesens, und es war für mich wichtig, etwas darüber zu erfahren, ebenso wie über die ersten praktischen Erfahrungen bei den Kaufmannsgerichten, über deren Wahlen und Angliederung an den Verband. Ich muß zugeben, daß diesmal die Wichtigkeit der Tagesordnung nicht so bedeutend ist, um ein Bedürfnis für die Besichtigung des Kongresses anerkennen zu müssen. Ich für meine Person würde überhaupt die Reise nach Jena im August nicht machen können, weil ich dann voraussichtlich auf Urlaub sein werde.

Es ist das beste, diesmal bei dem Magistratsbeschlusse zu bleiben. Die Kaufmannsgerichte haben einen Antrag nicht gestellt und die Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichtes scheinen ein großes Interesse an der Bescheidung auch nicht zu haben.

Herr Esdorn: Es bestätigt sich, daß wir seinerzeit schon einmal beschloffen haben, den Kongreß zu beschicken. Eine Stadt wie Braunschweig ist aber verpflichtet, solche Kongresse zu beschicken, weil sie sonst überhaupt nicht zustande kämen. Ich würde dafür sein, wenn der Vorsitzende nicht kann, wenigstens einen Arbeitgeber- und einen Arbeitnehmer-Beisitzer an dem Kongresse teilnehmen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeier: Herr Esdorn stellt sich auf den Standpunkt, daß für die Stadt eine moralische Verpflichtung vorläge, an solchem Kongresse teilzunehmen. Dann würden wir aber sehr viele Kongresse beschicken müssen, denn in den letzten acht Wochen sind etwa 20 Einladungen an uns ergangen. Wohin sollte es aber führen, wenn wir überallhin Vertretung schicken wollten. Ein solcher Kongreß ist immer nur ein privates Unternehmen. Wir müssen eine Grenze finden und vielleicht sagen: wir entsenden dann Vertreter, wenn wir daraus Nutzen für die Stadt ziehen können. Das kann ich aber bei diesem Kongresse nicht anerkennen. Wenn die beiden Beisitzer wirklich Nutzen aus den Verhandlungen schöpfen — worüber sich streiten läßt —, dann scheiden sie vielleicht bald nach ihrer Rückkunft aus ihrem hiesigen Arbeitsverhältnis aus und ziehen fort. Wegen des Kongresses der Fortbildungsschulen hat dagegen der Magistrat beschloffen, den neuen Schuldirektor nach München zu senden. Die Rücksicht auf den einzelnen, der hinreisen will, kann uns unmöglich bestimmen, dafür so viel Geld aufzuwenden.

Herr Wesemeier: Da die Bedürfnisfrage nicht überall anerkannt wird, so will ich nochmals ausdrücklich konstatieren — und insofern war mir der Herr Referent nicht recht verständlich — daß es von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstimmig als Bedürfnis betrachtet ist, den Verbandstag zu beschicken. Ich kann mir denken, daß der Stadt eine ganze Menge Einladungen zu Kongressen zugehen, deshalb muß man einen Unterschied machen, welche Tage zu beschicken sind. Die Stadt Braunschweig ist Mitglied des Verbandes Deutscher Gewerbeberichte, das ist etwas anderes, als wenn die Stadt zur Bescheidung einer beliebigen anderen Tagung eingeladen wird. Es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder des Verbandes verpflichtet sind, solche Tagungen zu beschicken, denn was hätten die Tagungen für einen Zweck, wenn die Stadtgemeinden überall sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellen sollten. Die Bescheidung dieses Kongresses liegt — das sage ich im Gegensatz zum Herrn Oberbürgermeister — sehr wohl im Interesse der Stadt und es kommt dabei wohl ein Nutzen für die Stadtgemeinde heraus, wenn auch nicht materiell. Einen materiellen Nutzen werden wir in keinem Falle bei solcher Gelegenheit herauschlagen, auch können wir uns nicht dagegen schützen, daß ein dorthin entsandter Gewerbegerichtsbeisitzer einmal wieder ausscheidet. Wer bürgt

uns denn dafür, daß der Bürgerschuldirektor Rehtuh nicht einmal wieder ausscheidet oder stirbt? Mit solchen Eventualitäten muß man immer rechnen. Es ist entschieden ein Nutzen für die Gewerberichter, wenn sie in ihren Kreisen mündlich ihre Eindrücke und Erfahrungen auseinandersetzen und Besprechungen darüber herbeiführen, wie es die Arbeitnehmer auch schon getan haben. Das trägt zur Vermehrung der Gesetzeskenntnis bei und wirkt auf die Gewerberichter wohlthätig ein. Ein Gewerbegericht, das dem Verbande angeschlossen ist, hat auch die moralische Verpflichtung, den Verbandstag zu beschicken: ich möchte deshalb dringend bitten, die geringe Ausgabe zu bewilligen. Vielleicht ließe sich die Einrichtung treffen, daß einmal Beisitzer des Gewerbegerichts und das andere mal Beisitzer des Kaufmannsgerichtes entsandt werden. Die Wahl der einzelnen Beisitzer mögen dann die Herren selbst vornehmen.

Der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf mit 14:13 Stimmen angenommen.

### IX. Anschaffung einer Waschmaschine für das Pflegehaus.

Die im städtischen Pflegehause befindliche Waschmaschine ist derartig abgenutzt, daß deren gründliche Instandsetzung schleunigst erfolgen muß. Außerdem reicht die eine Waschmaschine nicht aus, um die große Masse von Wäsche, die sich durch die Inbetriebnahme des neuen Krankenhauses noch erheblich vermehren wird, zu bewältigen. Es wird daher empfohlen, eine neue Maschine zum Preise von 1910 M anzuschaffen und die alte Maschine mit einem Kostenaufwande von 390 M reparieren zu lassen. Dem Ersuchen des Magistrats, zu diesem Zwecke 2300 M zu bewilligen, entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet.

Hierauf wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.





# Bericht

über die

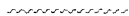
## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Juni 1908.

### Tagesordnung:

I. Aenderung der Straßenpolizeiordnung (Schluß) . . . . .	Seite 132
II. Kondenswasserleitung auf dem Grundwasserwerke . . . . .	" 140
III. Bedürfnisanstalt am Magnitore . . . . .	" 141
IV. Fußwegbefestigung in der Spinnerstraße . . . . .	" 146
V. Zuschuß an den deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke . . . . .	" 147
VI. Aufhebung eines Interessentenweges . . . . .	" 150
VII. Antrag G s d o r n: Zustandsetzung des Platzes vor dem landschaftlichen Hause . . . . .	" 150
VIII. Antrag B u e s: Verlegung eines Wasserrohres in die Eisenbüttelerstraße . . . . .	" 151
IX. Antrag auf Besteuerung der Konsumvereine usw. . . . .	" 151
X. Zuschuß für die Robert Koch-Stiftung . . . . .	" 163
XI. Anschaffungen für die Mädchenfortbildungsschule . . . . .	" 164
XII. Verbesserung der Straßenbeleuchtung usw. . . . .	" 165
XIII. Wahl zweier Vertreter für den Städtetag . . . . .	" 166
XIV. Polizeireglement für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn . . . . .	" 167
XV. Erwerb von Flächen an der Leopoldstraße . . . . .	" 168
XVI. " " " " " Kaiserstraße usw. . . . .	" 169
XVII. " " " " " Goslarischenstraße . . . . .	" 169
XVIII. Anbau an das Verwaltungsgebäude des Marktplatzgrundstücks . . . . .	" 169

XIX.	Ausbau eines Teiles der Gellerstraße . . . . .	Seite 170
XX.	Bauliche Aenderungen in den städtischen Schulgebäuden . . . . .	" 170
XXI.	Aenderungen an der Gestaltung von Fensteröffnungen am Gewandhause . . . . .	" 171
XXII.	Erwerb einer Fläche zur Hefenstraße . . . . .	" 173
XXIII.	Geschäftsordnungsdebatte . . . . .	" 173
XXIV.	Anfrage Riefe: Abperrungsmaßregeln beim Herzoglichen Residenzschlosse . . . . .	" 174
XXV.	Anfrage Ohlen dorf: Mißstände beim Volksbade an der Ferdinandstraße . . . . .	" 177



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner, Lord und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Ackenhausen, Hauswaldt, Helmold, Mohr und Weichsel.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgendes bekannt:

1. Es war in einer früheren Sitzung angeregt worden, das Rieselgut einmal zu besuchen. Da jetzt der geeignete Zeitpunkt dazu sein würde, so ersuche ich diejenigen Herren, welche die Absicht haben, den Besuch auszuführen, sich in eine Liste einzutragen und diese mir am Schlusse der Sitzung zu geben. Ein Teil der Herren würde von Delper, ein anderer Teil von hier aus mit städtischen Wagen nach dem Rieselgute befördert werden können.

2. Vom Unterverbände der freien Vereinigung von Ortskrankenkassen des Herzogtums Braunschweig ist ein Schreiben eingegangen, in dem um Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten der hier vom 9. bis 11. August stattfindenden Generalversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im deutschen Reiche gebeten wird. Da der Magistrat ein gleiches Schreiben erhalten hat, so wird die Eingabe zu den Akten genommen.

3. Es liegt heute eine lange Tagesordnung vor. Da es sehr zweifelhaft sein möchte, ob die Versammlung in einer der nächsten Wochen noch beschlußfähig zu bekommen wäre, so möchte ich anregen, zu versuchen, ob sich mit der Länge der Tagesordnung die Kürze der Reden verbinden ließe. (Heiterkeit.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Aenderung der Straßenpolizeiordnung. (Schluß.)

Herr Voge (als Referent der Statutenkommission): Es handelt sich heute im wesentlichen nur noch um die Feststellung des Wortlautes der §§ 123 und 143 des Entwurfs.

Durch die veränderte Fassung des § 124 ist auch eine Aenderung des § 123 bedingt. Die Statutenkommission gibt anheim, dem § 123 im Eingang folgende abgeänderte Fassung zu geben:

„§ 123. Maulkorbzwang. Hunde müssen auf den Straßen oder an Orten, die dem allgemeinen Verkehr zugänglich sind, soweit nicht die Führung an der Leine vorgeschrieben ist (vergl. § 124) mit einem Maulkorbe versehen sein, der den Hunden das Beißen vollständig unmöglich macht, ohne sie jedoch zu hindern, die Zunge aus dem Maule hängen zu lassen, oder zu saufen . . .“

Der übrige Teil des § 123 würde in der vom Magistrate vorgeschlagenen Fassung bestehen bleiben.

Die Versammlung ist einverstanden.

Herr Boge: Die Kommission bringt für § 143 folgende Fassung in Vorschlag:

„§ 143. Töten, Fangen oder Verschrecken von Vögeln. Es ist verboten, auf den Straßen und von den Oerzügen aus Vögel zu töten oder einzufangen oder Singvögel mutwillig zu verschrecken.

Die Befugnisse der Jagdberechtigten werden hierdurch nicht berührt.“

Der zweite Absatz wird in Vorschlag gebracht in Rücksicht auf die eventuelle Ausübung der Jagd im Kennel. Auf Anregung des Herrn Tolle in der vorigen Sitzung sollte noch der Zusatz gemacht werden, daß auch das Ausnehmen und Zerstören von Vogelnestern unter Strafe gestellt würde. Die Kommission hat es aber für unrichtig gehalten, solches Verbot hier aufzunehmen. Bei der Fassung der Straßenpolizeiordnung ist davon ausgegangen, nur solche Bestimmungen aufzunehmen, die nicht in den Reichsgesetzen vorgesehen sind. Das Vogelschutzgesetz vom 22. März 1888 hat schon genügende Bestimmungen, die dem Vogelschutz ausreichende Gewähr leisten und dieses Gesetz hat durch ein weiteres Gesetz vom 30. Mai 1908 noch eine verschärfte Fassung erhalten. Da das Reichsgesetz diese Materie schon in ausgiebiger Weise regelt, so gibt die Kommission anheim, den Zusatz wegzulassen.

Herr Tolle: Nachdem ich dahin belehrt worden bin, daß die Sache reichsgesetzlich genügend geregelt worden ist, bitte ich, von meinem Antrage abzugehen und den Kommissionsantrag anzunehmen.

Der § 143 wird darauf in der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Herr Frühling: Ich möchte zur Erwägung vorstellen, ob nicht der § 124 hinsichtlich des Absatzes 4 nochmals zur Beratung gezogen werden kann. Dieser Absatz lautet:

„Das Umherlaufen von Hunden ist verboten:

1.—3. . . . .

4. auf denjenigen Straßen und öffentlichen Anlagen, betreffs deren von der Herzoglichen Polizeidirektion im Einvernehmen mit dem Magistrate dies durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vorgeschrieben ist."

Es ist mir zur Kenntnis gekommen, daß diese Vorschrift in vielen Kreisen Anstoß erregt hat, und erklärt wird, sie ginge zu weit. Außerdem erscheint es auch fraglich, ob die Vorschrift in gleicher und gerechter Weise durchführbar sein wird, auf jeden Fall wird sie aber einem großen Teile der Einwohnerschaft Unannehmlichkeiten und Ärgernis bereiten, zumal beim besten Willen nicht jeder der getroffenen Anordnung nachkommen kann. Hundebesitzer, die von auswärts hierherziehen, können kaum wissen, daß an bestimmten Stellen der Stadt die Hunde nicht frei umherlaufen dürfen. Es scheint mir deshalb der Erwägung wert zu sein, ob die Versammlung wohl geneigt wäre, in eine nochmalige Beratung dieser Bestimmung einzutreten. Diesem Wunsche könnte allerdings entgegengehalten werden, daß ein solches Verfahren parlamentarisch nicht zulässig sei, jedoch ist in dieser Beziehung schon ein Präzedenzfall geschaffen, indem in der Sitzung vom 30. April d. Js. — Seite 36 des Berichtes — noch einmal auf einen früheren Beschluß zurückgegriffen worden ist. Außerdem hatte der Herr Vorsitzende in der Sitzung vom 2. April d. Js. — Seite 20 des Berichtes — auf den Antrag Meyerhoff, das Statut einer zweiten Lesung zu unterziehen, erklärt, er setze die Beschlußfassung über diesen Antrag aus bis zur Beendigung der ersten Lesung. Es würde also auch daraufhin möglich sein, auf diese Angelegenheit noch einmal zurückzukommen. Ich möchte hiernach die nochmalige Beratung der Bestimmung zu Ihrer Erwägung stellen.

Stellvertretender Vorsitzender: In formeller Beziehung trage ich kein Bedenken, dem Antrage Folge zu leisten, schon weil ein Präzedenzfall gegeben ist. Dagegen möchte ich vor einer zweiten Lesung warnen.

Die Versammlung erhebt gegen die nochmalige Beratung des § 124, 4 keinen Widerspruch.

Herr Frühling: Dann stelle ich den Antrag, den Absatz 4 des § 124 zu streichen. Es wird sich niemand der Tatsache verschließen, daß die Bestimmung große Bedenken hat. Jedenfalls würde eine ungleichmäßige Behandlung der Bürger eintreten, wenn das Herauslassen der Hunde den Anwohnern einzelner Straßen verboten werden sollte, während es allen anderen Einwohnern gestattet bleibt. Es wird auch nicht zu vermeiden sein, daß die Hunde aus der Nachbarschaft einmal auf verbotene Straßen hinüberlaufen. Es würde ein solches Verbot also viele Unzuträglichkeiten mit sich bringen. Wenn von den Polizeibeamten überwacht werden soll, ob ein Hund ohne Leine über eine solche Straße läuft, so ist das in gerechter Weise gar nicht durchführbar. Es kann vorkommen, daß Personen, die

ein Strafmandat erhalten, gar nicht wissen, ob ihr Hund an dem betreffenden Tage tatsächlich auf der verpönten Straße gewesen ist. Dann wird wieder, aber mit Unrecht, auf die Polizei geschimpft, denn es würde nicht an ihr, sondern an der Verordnung liegen, die die Herren hier geschaffen haben, wenn jemand unrecht geschähe. Man kann solche örtlich begrenzten und nur durch die Zeitungen bekanntgegebenen Vorschriften wohl für gewerbliche Betriebe erlassen, nicht aber für die Allgemeinheit. Daß dadurch überhaupt ein Teil der Hundehaltung unmöglich gemacht werden würde, liegt auf der Hand. Wenn Sie das bezwecken wollen, so setzen Sie meinetwegen die Hundesteuer auf das doppelte oder dreifache des jetzigen Betrages hinauf, aber den Hundebesitzern den Besitz der Hunde durch solche zu Schikanen führende Bestimmungen zu verleiden, scheint mir nicht angebracht zu sein. Die beste Bewachung der Häuser und Grundstücke geschieht doch durch die Hunde. Die Sache würde, wenn sie wirklich durchgeführt wird — man kann allerdings die Hoffnung haben, daß es seitens der Polizei nicht geschieht, auch wenn die Bestimmung bestehen bleiben sollte — viel böses Blut machen, denn es könnte sonst dahin kommen, daß derselbe Hund aus der einen Haustür eines Eckhauses frei hinauslaufen dürfte, während die andere Haustür für ihn geschlossen gehalten werden müßte. Es wäre besser, man machte solche Bestimmung gar nicht. Deshalb empfehle ich, den Absatz 4 zu streichen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Als die Versammlung das vergangene Mal den betreffenden Beschluß gefaßt hat, habe ich die Empfindung gehabt, daß dieser Beschluß das Ergebnis eines gewissen Ausgleichs gewesen wäre. Das Drängen der Hundefeinde und die Verteidigungsstellung der Hundefreunde, für die der Herr Vorredner beredte Worte gefunden hat, hat zu diesem Kompromiß geführt. In der Tagespresse ist die Frage weiter erörtert und den städtischen Behörden der Vorwurf gemacht worden, daß sie gegenüber den Hunden noch nicht weit genug gegangen wären und gewissermaßen eine Glacéhandschuhpolitik getrieben hätten. Aber auch der Herr Vorredner geht zu weit. Deshalb scheint mir in der kürzlich beschlossenen Fassung die richtige Mitte innegehalten zu werden. Es ist hierbei auch zu berücksichtigen, daß durch die Bestimmung der Polizeibehörde nicht allein die Befugnis beigelegt worden ist, die zu sperrenden Straßen zu bestimmen, sondern daß auch der Magistrat dabei mitzuwirken hat. Ich glaube aber, die Versammlung wird das Vertrauen zu dem Magistrate haben, daß er zu irgend welchen Schikanen nicht die Hand bietet, und ich sollte meinen, man könnte deshalb versuchen, die Bestimmung so zu belassen, wie sie in der vorigen Sitzung beschlossen worden ist. Statt dessen vielleicht eine Erhöhung der Hundesteuer im allgemeinen eintreten zu lassen, will mir nicht richtig erscheinen. Eine verschiedenartige Behandlung einzelner Stadtteile und Straßen ist, soweit das durch die Verhältnisse geboten erschien, auch in anderer Beziehung schon durchgeführt worden; so finden sich verschiedene Vorschriften für verschiedene

Straßen z. B. im Ortsbaustatut, in der Straßenpolizeiordnung bezüglich der Streupflicht und der Bestimmungen für den Fußgänger- und Wagenverkehr usw., so daß auch hier eine abweichende Behandlung verschiedener Stadtteile als durch die örtlichen Verhältnisse geboten gestattet sein dürfte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Damit nicht hinterher dem Magistrate ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht werden, muß ich die Erklärung abgeben, daß sich der Magistrat mit der Sache noch nicht befaßt hat und daher noch nicht mitgeteilt werden kann, wie er sich zu der neuen Fassung stellen wird. Aus den Worten des Herrn Vorredners könnte möglicherweise geschlossen werden, daß der Magistrat mit der neuen Fassung einverstanden sei, was sich aber heute noch nicht sagen läßt. Wir warten das Rückschreiben der Versammlung ab und werden danach zu den hier gefaßten Beschlüssen Stellung nehmen.

Herr Meyerhoff: Die Bestimmung ist dadurch veranlaßt worden, daß Herr Koch bemerkte, die Hunde müßten z. B. im Bürgerparke an der Leine geführt werden, während sie beim Verlassen des Bürgerparkes auf dem Siegesplatze los wirtschaften dürften, und daß ich diese Bemerkung dahin ergänzt hatte, daß es richtig sein würde, die Hunde auch bei den Schmuckplätzen der Stadt an der Leine zu führen. Ich bin ob meiner Ausführungen in der Presse auch als Hundefeind verschrien und es ist mir vorgeworfen worden, ich wollte die Hunde hier ausrotten. Das ist vollständig falsch. Ich habe mich nur dahin ausgesprochen, daß die Maßregel, wie sie geplant werde, schwer durchführbar sei. Wenn wir indessen eine derartige Vorschrift ganz weglassen, so weiß ich nicht, wie die Wälle geschützt werden sollen. Deshalb lassen Sie sie ruhig stehen. Wir wissen auch noch gar nicht, wie der Magistrat darüber denkt und ob die Herzogliche Polizeidirektion ihre Zustimmung dazu geben wird. Der Schutz der Wälle muß uns aber obenan stehen. Wollen wir uns das Treiben der Hunde im Innern der Stadt auf unseren Schmuckplätzen gefallen lassen, gut, so mögen wir ein Gitter um die Anlagen ziehen. Um beiden Teilen entgegenzukommen, möchte ich noch einen Unterantrag stellen, der dahin geht, im § 124 zu sagen:

„Das Umherlaufen der Hunde ist verboten:

1.—3. . . . .

4. auf denjenigen öffentlichen Wallanlagen, betreffs deren . . .“.

Herr Boge: Der betreffende Beschluß in der vorigen Sitzung war ein wirklicher Augenblicksbeschluß, auf den man nicht recht gefaßt war. Die Kommission hatte sich mit dem Antrage nicht befaßt und auf die Ausführungen der Herren Koch und Meyerhoff war auch wenig erwidert worden. Die Fassung des Paragraphen war von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeregt und darauf sofort beschlossen worden. Ich habe voriges Mal dagegen gestimmt, und bitte deshalb auch, dem Antrage Frühling zu entsprechen. Wenn wir die Bestimmung bestehen lassen, so

sind z. B. die Anwohner des Löwentalles schwer getroffen, während die Anwohner der angrenzenden Monumentstraße von dem Zwange ausgeschlossen sind. Es kann dann dahin kommen, daß man bei einem Spaziergange um und durch die Stadt alle 100 m andere Bestimmungen bezüglich der Hunde zu beobachten hat. Ich bin dafür, die öffentlichen Parks gegen die Hunde zu schützen, aber für die öffentlichen Anlagen läßt sich das furchtbar schwer durchführen, weil dann nur deren Anwohner davon betroffen werden, alle anderen Einwohner aber ihre Hunde frei umherlaufen lassen können. Solche Vorschriften geben leicht Anlaß zu Streitereien. Wir wollen aber nicht unnütz Anlaß geben, daß auf die Polizei geschimpft wird, was schon ohnehin genug geschieht.

Stellvertr. Vorsitzender: Die öffentlichen Gärten sind bereits unter lfd. Nr. 3 des § 124 behandelt.

Herr Esdorn: Die Bedenken des Herrn Frühling sind auch bei mir von hiesigen Bürgern mehrfach vorgebracht worden. Der § 124 ist tatsächlich sehr schnell beraten worden. Wir haben erreichen wollen, daß die Wälle vor den Hunden geschützt würden, jedoch läßt es sich nicht durchführen, auch sonstige öffentliche Anlagen für frei umherlaufende Hunde zu sperren. Die Spaziergänger dürfen natürlich einen Hund mit sich führen, jedoch müssen sie ihn auf den Wällen an die Leine nehmen. Im übrigen richten die kleinen Hunde der Spaziergänger keinen wesentlichen Schaden an, sondern das tun hauptsächlich die großen Hunde der Wallanlieger, die morgens auf die Straße gelassen werden. Wollen wir aber die treffen, so möchte ich zu bedenken geben, daß wir dann einen Beschluß fassen, der möglicherweise unangenehme Folgen haben kann. An den Wällen wohnen nämlich unsere reichsten Leute, die sich gewöhnlich Hunde halten und die, wenn wir sie zwingen wollten, ihre Hunde an der Leine zu führen, lieber darauf verzichten könnten, am Walle zu wohnen. (Widerspruch.) Dadurch würde ein Grundbesitzer gegenüber dem anderen geschädigt. Ich bin deshalb der Meinung, die Vorschrift geht zu weit, und bin für den Antrag Frühling.

Herr Meherhoff: Der Herr Referent hat mich falsch verstanden. Ich will nicht die Anlieger der Wallanlagen zwingen, ihre Hunde ständig an der Leine zu führen, sondern sämtliche Hunde sollen über die Wallanlagen an der Leine geführt werden, mag deren Eigentümer wohnen, wo er will. Aus der jetzigen Vorschrift sollen also nur die Straßen herausgenommen werden.

Herr Koch: Ich bin verwundert darüber, daß Herr Esdorn heute einen ganz anderen Standpunkt einnimmt, als in der vorigen Sitzung. Voriges Mal wollte er die öffentlichen Anlagen schützen und war dafür Feuer und Flamme. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte: so gut die Hunde durch den Stadtpark und Bürgerpark an der Leine geführt werden müssen, ebenso gut können sie auch in den städtischen Anlagen an der Leine gehalten werden. Wer Kinder hat, muß dafür



aufkommen, daß keine Unarten passieren, und wer Hunde hat, dem ist die gleiche Verpflichtung aufzuerlegen, ob er nun, wie Herr Frühling, am Walle wohnt oder nicht. Wenn man tagtäglich ansieht, welchen Spektakel die Hunde auf den Anlagen machen, so muß man erstaunt sein, daß Herr Frühling für eine Abschwächung oder gar Aufhebung der Bestimmung eintreten kann. In anderen Städten bilden die öffentlichen Anlagen wahre Schmuckkästen, und hier werden sie von den Hunden verwüßt. Man möge sich nur einmal überzeugen, wie am Museum von den Hunden die Denkmalpflege betrieben wird. Die Teilnehmer am Oberlehrertage waren erstaunt über die Haufen hier und am Schillerplage.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Diesem Rotschrei der Stimme aus der Praxis habe ich für meine Person nichts hinzuzufügen. Unrichtig ist es, wenn die Bestimmung für undurchführbar gehalten wird. Die Versammlung hat der anderen Bestimmung zugestimmt, daß auf den Wochenmärkten die Hunde an der Leine geführt werden müssen, und hat deren Durchführbarkeit doch wohl auch anerkannt. Selbstverständlich wird dabei kein Unterschied gemacht, ob der Hund mit oder ohne Besitzer dort herumläuft. Jeder hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sein Hund auf dem Wochenmarkte nicht frei umherläuft; das wird sich in erster Linie natürlich auf die in der Nähe des Marktes wohnenden Einwohner beziehen, aber es gilt tatsächlich für alle Hundebesitzer. Deshalb hat es etwas für sich, zu sagen, der Schutz, der den Wochenmärkten recht ist, ist auch unseren schönsten Anlagen billig, und die Durchführbarkeit ist auf der einen Seite so leicht oder so schwer, wie auf der anderen.

Herr Bues: Jede Bestimmung hat wohl etwas an sich, das dem einen oder anderen nicht paßt. Es wird ja fast so dargestellt, als ob bei dem Aufrechterhalten dieser Bestimmung eine Revolution kommen könnte, und es geht auch wohl zu weit, wenn angedeutet wird, daß sogar Fremde deshalb wegziehen oder nicht hierherkommen könnten. Der Umschwung in der Stimmung der Versammlung ist gegen voriges Mal sehr groß. Es ist richtig, wenn wir die Wälle, die Parks und die Wochenmärkte schützen, weshalb sollen wir nicht auch diejenigen Straßen schützen, die unter dem Hundeunfug zu leiden haben? Außerdem muß zur Festlegung der Straßen der Magistrat seine Zustimmung geben, und das wird so leicht nicht geschehen. Die Kohlenhändler müssen ihre Kohlen in Zukunft auch vom Wagen abtragen lassen, worin ebenfalls eine große Aenderung liegt. Es handelt sich hier gewissermaßen um ein Kompromiß; ich bitte deshalb, die Bestimmung bestehen zu lassen.

Herr Frühling: Herr Koch wundert sich, daß gerade ich gegen die Bestimmung auftrete. Mir ist es selbstverständlich auch nicht angenehm, was ich auf dem Monumentsplage von dem Hundeunfug manchmal zu sehen kriege, aber deshalb kann ich doch keiner Verordnung zustimmen, die schwere Nachteile und Ungerechtig-

keiten im Gefolge hat. Wenn ich von Schikanen gesprochen habe, so habe ich nicht gesagt, daß ich darin eine Schikane erblicken würde, wenn die oder jene Straße von der Vorschrift betroffen würde, sondern ich habe gesagt, daß bei der nicht zu vermeidenden ungleichmäßigen Durchführung der Verordnung die Betroffenen glauben würden, daß Schikane dabei obwalte. Das sollte sich auf die Polizeiorgane beziehen, die Anzeigen erstatten und zwar, wie es nicht anders kommen kann, ganz ungleichmäßig. Auf die Wälle münden eine ganze Menge Querstraßen, auf denen die Hunde frei umherlaufen dürfen, während das auf den angrenzenden Straßen verboten sein soll. Diese Anordnung ist gar nicht durchzuführen. Solche Vorschriften werden Sie in keiner Stadt finden. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß die Bestimmung hier sehr schnell gefaßt worden ist und daß dieser und jener, wenn er hinterher sich das in Ruhe überlegt hat, zu der Ueberzeugung kommen muß, daß man damit zu weit gegangen ist. Deshalb kann ich es nicht für wunderbar halten, wenn die Abstimmung jetzt ein anderes Ergebnis haben sollte, wie voriges Mal. Ich habe weder das Recht, noch die Absicht, Herrn Esdorn hier gegenüber Herrn Roch zu verteidigen, aber ich kann es tatsächlich nicht für so sonderbar halten, wenn bei reiflicher Ueberlegung jetzt der eine oder andere Herr anders abstimmt, als in der vorigen Sitzung. Die Hundebesitzer sind doch auch Steuerzahler und dürfen Rücksicht für sich und ihre Interessen erwarten, wie jeder andere Einwohner. Es kommen dabei viele Hundebesitzer in Frage, die nur zum Schutze ihrer Wohnungen Hunde halten. Ich halte es für ungerecht, lediglich aus einer gewissen Erregung heraus solche Vorschriften zu erlassen. Es gibt ja manche Unannehmlichkeiten, die man nicht ändern kann, daß man aber einer großen Gruppe von Einwohnern solche Verordnung auf den Hals heßt, die sie mit polizeilichen Strafmandaten überschütten wird, gegen die sie sich nicht wehren können, halte ich nicht für richtig. Ein Hund ließt die Braunschweiger Anzeigen nicht und kann daher nicht wissen, wo er nicht herumlaufen darf. (Heiterkeit.) Man muß eben, wenn man in einem größeren Gemeinwesen wohnt, vieles erdulden, was nicht angenehm ist, deshalb soll man auch dem Unfug der Hunde nicht in solcher Weise steuern wollen. Wenn diese Verordnung eingeführt wird, so werden sich auch manche Vereine zc. benachteiligt fühlen, die bisher aus dem Ertrage der Hundesteuer eine Beihilfe erhalten haben; denn die Hundehaltung wird dadurch wesentlich zurückgehen.

Stellvertr. Vorsitzender: Es ist Schluß der Besprechung beantragt worden. Will jemand gegen den Schluß sprechen? Es meldet sich niemand, dann nehme ich an, daß die Debatte geschlossen werden soll. (Zustimmung.) Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag Frühling, den Absatz 4 des § 124 ganz zu streichen? Der Antrag ist gegen 11 Stimmen abgelehnt. Wer ist dafür, in Gemäßheit des Antrages Meyerhoff den Absatz 4 im Eingange folgendermaßen zu fassen:

„4. auf denjenigen Ballanlagen, betreffs deren . . .“?

Dieser Antrag ist angenommen.

Nunmehr würde noch das Gesamtstatut der Beschlußfassung unterliegen und außerdem der Magistrat zu ermächtigen sein, den Zeitpunkt des Inkrafttretens festzusetzen, das Inhaltsverzeichnis aufzustellen und die neue Rechtschreibung durchzuführen.

Alle diese Sachen werden genehmigt.

## II. Kondenswasserleitung auf dem Grundwasserwerke.

Seit dem 4. April v. Js. hat das Grundwasserwerk gegen eine vertraglich festgesetzte Vergütung einen Teil (560 cbm pro Tag) des Kondenswassers durch Betrieb eines der Gewerkschaft Kalisalzbergwerk Affe gehörenden Pumpwerkes der Endlaugenleitung des Kaliwerkes als Verdünnungswasser zugeführt. Es steht indessen mit Bestimmtheit zu erwarten, daß in wenigen Wochen die bisherige nutzbringende Verwertung des Kondenswassers aufhört. Es sind deshalb Versuche angestellt worden, die den Zweck hatten, nachzuweisen, ob das entölte Kondenswasser durch Rieselung und Versickerung den Fassungsanlagen wieder zugeführt werden kann, ohne daß dadurch in chemischer und bakteriologischer Beziehung eine Veränderung des Leitungswassers eintritt. Diese Erwartung hat sich vollständig bestätigt. Es wird daher empfohlen, von der vorhandenen gemeinsamen Kondenswasserleitung der drei Dampfpumpen eine 150 mm l. W. Gußrohrleitung an der Enteisungsanlage entlang nach dem westlichen Fassungs Gelände zu führen, durch die das Wasser von den Kondensationspumpen in einen Delabscheider gedrückt wird. Von hieraus erfolgt die Verteilung des Wassers auf dem Riesel Felde durch anzulegende Gräben. Die Anlage wird so eingerichtet, daß täglich bei starkem Maschinenbetriebe im Sommer 1000 bis 1200 cbm Wasser in den Untergrund zurückgeleitet werden können. Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung solcher Anlagen zuzustimmen und ihn zu ermächtigen, für den Zweck die Summe von 13000 M aufzuwenden.

Herr Meyerhoff: Von beteiligter Seite wurde nach Ueberweisung der Vorlage an die Baukommission angeregt, ob es nicht praktischer wäre, einen gußeisernen Delabscheider einzuschalten. Nach dem hierüber erstatteten Gutachten der Direktion der Licht- und Wasserwerke würde das indessen sehr teuer werden und außerdem nicht die Garantie übernommen werden können, daß das Del auch wirklich gut und rein würde, so daß es doch noch einmal einem Reinigungsprozeß zu unterziehen sein würde. Der Delabscheider wird nach der Vorlage 300 M kosten, während bei Verwendung von Gußeisen der fünf bis sechsfache Betrag aufzuwenden

wäre. Aus diesem Grunde empfiehlt die Baukommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen,  
was seitens der Versammlung geschieht.

### III. Bedürfnisanstalt am Magnitore.

Der Magistrat ersucht, das nebst Kostenanschlag beigefügte Projekt über Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Nordwestecke des städtischen Museums mit der Abweichung zu genehmigen, daß der mittlere Teil des Daches nicht mit Eisenblech, sondern, um einen Lichteinfall nach dem dahintergelegenen Fenster des Museums zu ermöglichen, mit Drahtglas abgedeckt wird. Die nach dem Kostenanschlage erforderlichen 2700 M sind durch den Voranschlag für 1907/08 bereits zur Verfügung gestellt worden.

Herr Lübke: Ueber die Errichtung einer Bedürfnisanstalt in dieser Stadtgegend ist bekanntlich schon seit vielen Jahren verhandelt worden, und man würde es sicher mit Freuden begrüßen, wenn sie endlich einmal errichtet werden könnte. In der Baukommission hat aber der Vorschlag des Magistrats, die Anstalt gegenüber dem Archiv, in den Winkel neben dem städtischen Museum hineinzuzwängen und hier anzukleben, wie es bei einem Teile unserer schönen Kirchen leider geschehen ist, nur wenig Begeisterung erweckt, und nicht eine Stimme hat sich dafür erhoben. Die Herren waren der Ansicht, das städtische Archiv sei ein so vornehmes Gebäude, daß man nicht unmittelbar daneben ein Pissoir errichten dürfte. Andererseits dürfe man sich auch nicht dem Uebelstande verschließen, der entstehen würde, wenn die Anstalt gerade vor ein Fenster des im Kellergeschoß des städtischen Museums liegenden Raumes gestellt würde, in dem das alte Bauernhaus und vaterländische Altertümer aufgestellt worden seien. Der Raum habe schon wenig Licht und würde, wenn noch ein Fenster davon zugebaut würde, fast ganz entwertet werden.

Zu dem in der Kommission gemachten Vorschlage, die Bedürfnisanstalt auf dem gegenüberliegenden dreieckigen Platze an der Straßencreuzung zu errichten, wurde betont, daß in dieser Gegend auch eine Bedürfnisanstalt für Frauen am Platze wäre und daß man in anderen Städten solche Anstalten an hervorragenden Verkehrspunkten so zu schaffen gewußt habe, daß sie die Gegend nicht etwa verunzierten, sondern ihr sogar gewissermaßen zur Zierde gereichten, indem sie pavillonartig oder in sonst geeigneter Weise hergestellt würden. Die Baukommission hat in Erwägung dieser Verhältnisse beschlossen, die Magistratsvorlage abzulehnen, aber den Magistrat zu ersuchen, eine größere Bedürfnisanstalt auf dem dreieckigen Platze zu errichten und sie so auszugestalten, daß mit der Anstalt eine Trinkwasserbude sowie vielleicht eine Zeitungsverkaufsstelle oder eine Blumenverkaufsstelle vereinigt würden. Bei solcher Ausgestaltung der Anlagen könnte sich die Anwohnerschaft in keiner Weise beleidigt fühlen.

Herr Bürgermeister Meyer: Schon seit einer Reihe von Jahren ist es der Wunsch der städtischen Behörden gewesen, daß in der Nähe des Magnitors eine Bedürfnisanstalt aufgestellt würde. Dabei ist es wohl selbstverständlich, daß man hierzu eine Stelle aufsucht, an der sich der meiste Verkehr abspielt, denn gerade das Durchgangspublikum sucht solche Anstalten auf. Ich gebe persönlich zu, daß der von der Baukommission in Vorschlag gebrachte Platz als etwas geeigneter angesehen werden kann, wie der in der Vorlage erwähnte Platz; wir haben uns aber bei der Beurteilung der Sache davon mit leiten lassen, daß bei der Auswahl des Platzes nicht nur darauf zu achten sei, daß das Durchgangspublikum nahe an der Anstalt vorbeikomme, sondern daß auch auf die umliegenden Anwohner Rücksicht zu nehmen sei. Da es nach unserem Dafürhalten sehr wohl angängig erschien, die Anstalt nahe am Museum und Archiv zu bauen, ohne daß der architektonische Eindruck litte, so meinten wir andererseits auch, daß die Stelle noch so nahe am Verkehr läge, um es verantworten zu können, die Anstalt dahin zu setzen. Wenn in der Baukommission beschlossen ist, von der Errichtung einer kleinen Bedürfnisanstalt abzusehen und an deren Stelle ein Gebäude zu errichten, das das sechs- bis achtfache des hier angeforderten Betrages kosten wird, so kann ich darauf noch keine Erklärung namens des Magistrats abgeben; auch kann ich nicht sagen, ob die in anderen großen Städten damit gemachten Erfahrungen für Braunschweig maßgebend sein können. Deshalb möchte ich empfehlen, das Projekt des Magistrats anzunehmen. Ich kann auch nicht anerkennen, daß das Archivgebäude und Museumsgebäude durch die Anstalt verunschönt würden, denn dem kleinen Anbau soll ein derartiges Aeußeres gegeben werden, daß er für die Gegend ganz nett wirken wird. Für die Besucher des Museums wird eine Beeinträchtigung ebenfalls nicht eintreten, weil das zu verdeckende Fenster anders bekleidet würde, so daß man die Anstalt von innen nicht wahrnehmen würde. Das einzige Nachtheilige für das Museum würde eine gewisse Lichtentziehung des betreffenden Raumes sein. Sollte das tatsächlich in einem so hervorragenden Maße der Fall sein, wie der Herr Referent befürchtet, so würde für den Raum vielleicht eine künstliche Beleuchtung eingerichtet werden können; ich glaube indessen, daß die natürliche Beleuchtung auch nach der Errichtung der Anstalt ausreichen wird.

Herr Möhle: Von dem Beschlusse der Baukommission, die Bedürfnisanstalt an der geplanten Stelle abzulehnen, bin ich kein Gegner. Daß aber der Beschluß der Kommission, den dreieckigen Platz mit einer derartigen Anstalt zu zieren, sehr nach meinem Geschmack sein sollte, kann ich auch nicht behaupten. Mit dieser Geschmacksrichtung stehe ich nicht allein, sondern sie wird von tausend anderen Einwohnern geteilt. Dieser Platz, der direkt im Promenadenzuge liegt, auf den fünf Straßen zulaufen und der eigentlich eine angenehme Unterbrechung des durchgehenden Verkehrs bildet, müßte meiner Ansicht nach einer der schönsten Plätze

unserer Promenaden sein und, mit künstlerisch-gärtnerischen Anlagen versehen, einen Punkt bilden, der geeignet wäre, die Aufmerksamkeit eines jeden Passanten auf sich zu lenken. Ob die Pflanzanlage, die sich die Kommission für den Platz ausgesucht hat, diese Eigenschaft entwickeln wird, glaube ich bezweifeln zu müssen, gleichgültig, ob sie ober- oder unterirdisch blüht, die Wirkung wird dieselbe sein. Es ist dann auch der starke Verkehr an jener Stelle hervorgehoben worden. Ich bin weit davon entfernt, den starken Verkehr dort zu bestreiten, aber er könnte gerade ein Grund dafür sein, eine derartige Anstalt dort nicht hinzubringen. Es ist zweifellos richtig, daß es eine ganze Menge Menschen gibt, die im Bewußtsein, aller Augen auf sich gerichtet zu sehen, eine an verkehrsreicher Stelle gelegene derartige Anstalt meiden, während anderen Menschen wieder das Fagen und Gehen solcher Leute, die einer derartigen Anstalt bedürftig sind, nicht gerade als Augenweide dient. Zu meiner Freude soll auch den Bedürfnissen der Frauenwelt hierbei Rechnung getragen werden und das ist gut. Aber das gute, was man in dieser Beziehung schaffen will, wird man bei der Wahl des Platzes nicht erreichen, denn unsere Frauenwelt ist zweifellos gerade in dieser Hinsicht sehr penibel und diffizil und wird eine Anstalt in solcher Lage sicher nach Möglichkeit zu meiden suchen.

Nun heißt es weiter, gerade hier liegt das Bedürfnis vor, hier muß solche Anstalt hin. Das Bedürfnis für die dortige Gegend bestreite ich nicht, ob es aber ein Bedürfnis ist, die Anstalt gerade auf diesen schönen Platz zu bringen, erscheint mir doch zweifelhaft. Kommen Sie von Norden, so haben Sie eben die Anstalt am Theater passiert, nach Süden zu liegt die Anstalt am Augusttore, nach Osten zu auf dem Leonhardplatz, während keine 100 m von dem Platz entfernt die Anstalt am Steintore liegt. Die Anstalt gehört weder auf diesen Platz, noch an das Museum, sondern sie gehört in die Stadt hinein vielleicht auf den Platz an der Magnifikirche, denn dieser Stadtteil ist ohne solche Anstalt, da die Anstalten am Bohlwege, Kohlmarke und an Hollandisgarten zu entfernt liegen. Unsere Promenaden haben bis jetzt das Renommee, etwas ganz vorzüglich Schönes zu sein und dieser Ruf geht weit über die Mauern Braunschweigs hinaus, lassen Sie das Renommee nicht durch derartige Schönheitsfehler geschmälert werden. Bis jetzt hat man noch immer vermieden, eine derartige Anstalt in einen direkten Promenadenzug zu bringen, sondern ist damit mehr abseits gegangen. Diese Anstalt würde die erste sein, die sich direkt im Promenadenzuge breit machte, und sich dort als Aussteckeschild präsentierte. Ich möchte bitten, beide Vorschläge abzulehnen und dafür zu stimmen, daß die Anstalt mehr nach der Stadt zu verlegt würde.

Herr Lübke: Ich muß mich wundern, daß Herr Bürgermeister Meyer als Vorsitzender der Museumsdeputation so wenig Herz für die ihm unterstellte Anstalt besitzt, denn es kann einem leid tun, daß der erwähnte Raum im Untergeschoß des Museums durch eine derartige Anstalt um Luft und Licht gebracht werden soll.

Durch die Fortnahme eines Fensters hat der Raum schon erheblich eingebüßt, wollte man ihm aber noch ein zweites Fenster nehmen, so würde er für Ausstellungszwecke ganz ungeeignet sein. Andererseits meine ich aber auch, daß wir den Eingang zum Archiv nicht ohne weiteres mit einer solchen angeklebten Anstalt zieren können. Würden wir wohl unmittelbar am Rathause eine solche Anstalt dulden? Wenn auch das Archiv sich mit dem Rathause in dieser Beziehung nicht messen kann, so würde es doch nicht recht sein, hier solche Anstalt hinzukleben. Fremde und Einheimische bedauern lebhaft, daß fast alle unsere Kirchen mit derartigen Anstalten besetzt sind. Herr Bürgermeister Meyer hat auch die Kostenfrage ins Feld geführt, aber wir können doch nicht darum geizen, ob solche Anstalt 2700 M oder das dreifache kostet; sie muß so werden, daß die Schönheit unserer Gebäude und Anlagen dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Herr Möhle macht sich eine ganz falsche Vorstellung von einer derartigen Anstalt. Es schwebten uns dabei kleine Bauwerke vor, wie sie in Hamburg, München und anderen Städten ausgeführt worden sind. Diese Bauwerke sind mit kleinen Vorhallen versehen, die die eigentliche Anstalt maskieren, so daß nicht jeder, der die Anstalt aufsucht, dadurch auffällt. In vielen Städten, wie Hamburg, Berlin, London usw. sind die Anstalten auch unterirdisch angelegt, wie z. B. am Leipziger Platz in Berlin. Wer es nicht weiß, der sieht solche Anstalt gar nicht. Wenn dann noch eine Trinkwasserbude damit verbunden würde, so wäre ihr Zugang gar nicht erkennbar. In der Weise etwa haben wir uns die Anstalt für den dreieckigen Platz gedacht. Sie würde natürlich mehr kosten als die blechernen Dinger und könnte immerhin auf 7000—8000 M zu stehen kommen, aber das darf uns nicht hindern. Gerade in der Nähe des Löwentalles ist eine derartige Anlage notwendig. Andererseits mag Herr Möhle recht haben, daß man sie mehr in die Stadt hineintrücken könnte, und ich würde das auch für eine glückliche Lösung halten, wenn es sich ausführen ließe.

Herr Löhnefink: Ich schließe mich dem Antrage der Baukommission an und bitte, den Magistratsvorschlag abzulehnen. Man ist in neuerer Zeit endlich dazu übergegangen, mit der früheren Gepflogenheit, die Stadtkirchen mit unwürdigen Appenzeln zu versehen, zu brechen, und ich würde es bedauerlich finden, wenn die alte Methode hier wieder aufleben sollte. Auch die Museen sind Kultusstätten, denn hier wird die Liebe zur Aesthetik geweckt und gepflegt, und man sollte sich hüten, einen solchen Kunsttempel mit einem derartigen Anhängsel zu verbinden und ihn dadurch zu profanieren. Im besonderen mache ich auf die unschöne Störung der zwar einfachen aber edelwirkenden Fassade des Museums durch den Anbau aufmerksam. Es würde mir das vorkommen, wie ein sehr häßlicher Fleck auf einem schönen Gemälde, und ich bin der Ueberzeugung, daß die Schaffensfreudigkeit des Erbauers des Kultustempels durch solche Anlage nicht gefördert

wird. Wenn man die Notwendigkeit der Anlage anerkennt, so will ich sie in keiner Weise verneinen; ich möchte dann aber in Anregung bringen, sie auf das im Zuge der Straße befindliche Dreieck zu verlegen und die höheren Kosten nicht zu scheuen. Ich würde auch dafür sein, die Anlage unterirdisch zu machen, wie ich das in Hamburg und Dresden gesehen habe, dann wird sie absolut nicht stören und auch nicht unästhetisch wirken. Es liegen neben der Anstalt stark bewohnte Häuser und es würde für deren Inquilinen nicht angenehm sein, die Züge der Leute an ihren Fenstern vorbeipilgern zu sehen, die ein Bedürfnis verrichten wollen. Deshalb würde ich für eine unterirdische Anlage sein.

Herr Probst: Ich kann mich dem Vorschlage der Baukommission anschließen, würde aber noch mehr dafür sein, wenn ein derartiges besseres Gebäude auf dem Plage vor der Magnikirche errichtet würde. Diesen Platz halte ich insofern für passender, als den dreieckigen Platz vor dem Museum, weil dieser höchstens 200 m von der nächsten Anstalt entfernt ist.

Herr Alßmann: Ich kann die Ausführungen des Herrn Möhle nicht unterschreiben, wenn er davon spricht, daß die Damen bei ihrer Empfindlichkeit vorziehen würden, ihre Bedürfnisse in einer auf einem freien Plage liegenden Anstalt lieber nicht zu verrichten. Die Natur würde selbst die empfindlichsten Damen schon dazu zwingen, zu tun, was sie notwendig verrichten müssen. Schon vor etwa 15 Jahren haben wir beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Retirade möglichst so auszudehnen, daß auch die Frauen Gelegenheit haben, dort ihre Bedürfnisse zu verrichten, und jeder wird anerkennen müssen, daß die Frauen davon im allgemeinen schwerer geplagt sind, als die Männer, weil letztere eher Gelegenheit haben, einen Unterschlupf in einer Wirtschaft usw. zu finden, während die Frauen nicht so leicht dieserhalb in eine Wirtschaft hineingehen werden, als ein solches Häuschen aufzusuchen. Wenn einige Herren meinen, daß ein derartiges Häuschen auf dem Plage verunzierend wirken würde, so kann ich mich der Ansicht nicht anschließen. Durch ein Haus, wie es der Herr Referent geschildert hat, würde das schöne Aussehen des Platzes sicher nicht leiden, und wir kämen gleichzeitig den berechtigten Wünschen der Frauen entgegen. Vor einigen Jahren hatten wir auch den Wunsch geäußert, an der Kreuzstraße solche Anstalt errichtet zu sehen, und ich hoffe, daß bei nochmaliger Äußerung des Wunsches der Magistrat nicht nochmals ablehnen wird.

Wenn Herr Bürgermeister Meyer meinte, ein kleiner Anbau an das Museum würde dieses nicht verunschönen, so bin ich darüber anderer Meinung; ich meine, daß der schöne, wohlgeformte Bau des Museums durch den Anbau verlieren würde, wenn man vom Sandwege her kommt. Bei dem Anblick des kleinen Vorbaues an der Realschule nach der Ritterstraße hin habe ich immer die Empfindung, daß keinem Privatmann gestattet würde, einen derartigen Vorbau zu errichten. Hier



ist tatsächlich ein städtischer Bau verunschönt und wir können nicht wünschen, daß unsere Bürger sich danach richten und solche häßliche Neubauten machen sollen. Wenn die Anlage unterirdisch gemacht werden sollte, so werden die dagegen erhobenen Bedenken umsomehr fortfallen. Ich kann auch bestätigen, daß diese Anstalten in verschiedenen anderen Städten unterirdisch angelegt sind. In diesem Falle würde sich niemand zu genieren brauchen, daß er auch ein menschliches Bedürfnis hat. Im übrigen kann ich mir nicht denken, daß sich deshalb jemand geniert.

Herr Meyerhoff: Ich kann nur empfehlen, die Magistratsvorlage abzulehnen. In der Baukommission ist freilich besprochen worden, eine unterirdische Anlage zu nehmen, jedoch wird kommissionsseitig ein bestimmter Vorschlag nicht gemacht. Wenn Herr Möhle meint, der dreieckige Platz werde durch die Anstalt verunziert, so frage ich, ob vielleicht die Selterswasserbude ein würdiges Gebäude ist. Herr Möhle weist auch auf den Platz an der Magnifikirche hin, den ich für sehr praktisch halten würde, aber die Kirche wird uns das nicht genehmigen. Ich möchte bitten, die Vorlage abzulehnen, denn ich habe die Hoffnung, daß dann etwas schönes und gedeihliches herauskommen wird. Vor allen Dingen muß die Anlage auch für die Frauen mit eingerichtet werden. Wenn es nicht anders geht, kann zunächst jemand in einer anderen Stadt sich die Sache erst einmal ansehen. Verunziert braucht der dreieckige Platz nicht mehr zu werden, als er jetzt schon ist.

Herr Esdorn: Der Anregung von Herrn Möhle, die Anstalt an die Magnifikirche zu verlegen, können wir nicht Folge geben; ich stehe vielmehr auf dem Standpunkte der Kommission und möchte die Anstalt auch auf die Frauen ausgedehnt wissen.

Gleichzeitig möchte ich bitten, noch eine andere Sache hierbei berühren zu dürfen. Vor etwa zwei Jahren habe ich den Antrag gestellt, in der Nähe des Altstadtmarktes eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Der Antrag ist damals angenommen. Ich möchte nun den Magistrat ersuchen, mit der Handelskammer zu verhandeln, ob es noch möglich ist, hinter dem Gewandhause eine Bedürfnisanstalt unterzubringen. Es ist seinerzeit die Notwendigkeit anerkannt worden, dort eine Bedürfnisanstalt, namentlich auch für Frauen, zu errichten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird dem Antrage der Baukommission gemäß beschlossen, die Magistratsvorlage abzulehnen und zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter den dreieckigen Platz am Magnitore zu empfehlen.

#### IV. Fußwegbefeestigung in der Spinnerstraße.

In der Sitzung vom 2. April d. J. war ein Antrag des Herrn Sander genehmigt worden, den Magistrat zu ersuchen, den östlich gelegenen Fußweg der Spinnerstraße zwischen Neustadtring und Eichtalstraße mit Plattenbelag zu ver-

sehen. Die städtische Bauverwaltung hat auf Veranlassung des Magistrates ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet, nach dem ein Plattenbelag in einer Breite von 1,80 m vorgesehen ist. Der Magistrat ersucht, dieses Projekt zu genehmigen und sich mit dessen alsbaldiger Ausführung einverstanden zu erklären. Die dadurch entstehenden Kosten in Höhe von 2500 M sind von der Aktiengesellschaft für Zute- und Flachindustrie als der Besitzerin des angrenzenden Grundstücks allein zu tragen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

## V. Zuschuß an den Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.

Seit einer längeren Reihe von Jahren entfaltet der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eine sehr rührige Tätigkeit. Der Magistrat ist mit ihm wiederholt in Beziehung getreten, um Aufklärung zu erhalten oder ihn in seinen aner kennenswerten Bestrebungen zu unterstützen. In der Zeit vom 21. bis 25. April d. Js. haben fünf hiesige Persönlichkeiten im Auftrage des Magistrates unter Gewährung eines Reisezuschusses in Berlin einem von dem Vereine veranstalteten Kursus beigewohnt, der der wissenschaftlichen Bekämpfung des Alkoholismus gewidmet war und mancherlei Anregung und Belehrung geboten hat. Deshalb hält der Magistrat den Antrag des Vereins, ihm aus städtischen Mitteln einen regelmäßigen Zuschuß zu gewähren, in Anbetracht seiner Gemeinnützigkeit für gerechtfertigt und beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen im laufenden Jahre dem Vereine eine Beihilfe von 50 M gezahlt und in den künftigen Rechnungsjahren widerruflich bis auf weiteres eine gleich hohe Beihilfe in den Voranschlag derselben Kasse eingestellt werde.

Herr Löhnefink: Die Finanzkommission ist zu der Ansicht gelangt, daß, wenn auch in Braunschweig der Nutzen der Tätigkeit des Vereins noch nicht besonders in die Augen springt, immerhin gewisse Erfolge auch hier nicht zu verkennen sind. Die Mitglieder des Vereins haben in manchen Fällen bereits wertvolle Arbeitskräfte, die in Gefahr waren, durch den Alkoholmißbrauch zerrüttet zu werden, gerettet, wodurch deren Familien vor Verarmung behütet wurden. Schon dieser Punkt erschien der Kommission als ausreichend, die Magistrate vorlage zu befürworten, weshalb die Kommission anheimgibt, dem Vorschlage des Magistrates zuzustimmen.

Herr Kalms: Als ein Freund des Alkohols bin ich aber auch ebenso gut ein Freund solcher Bestrebungen, jedoch kann ich mich nicht entschließen, für derartige Vereine, die meiner Ansicht nach nicht allgemeine Interessen vertreten, Geld aus dem Stadtsäckel herzugeben. Dieser Verein hat zweifellos einige recht gute Sachen, aber auch ebensoviel Böses geschaffen, denn er hat sich in Kreise gemischt, die dem

Alkohol gar nicht unterworfen waren, und diese Kreise sind gesundheitlich ebensoviel geschädigt, wie der Verein auf anderen Gebieten Vorteile geschaffen hat. Es gibt Gelehrte, z. B. den Professor von Leyden, die den Genuß von Alkohol in gemäßigter Weise für den Körper förderlich halten, während umgekehrt dieser Verein den Alkoholgenuß ganz und gar verbietet. Daß hierin aber ein allgemeines Interesse für Braunschweig läge, kann ich nicht behaupten. Wir haben hier Betriebe und Steuerzahler, die mit der Fabrikation von Alkohol zu tun haben und die indirekt dazu beitragen sollen, solchen sie schädigenden Verein zu unterstützen, was unmöglich verlangt werden kann. Wenn der Verein seine Bestrebungen weiter verfolgt, so ist das sehr dankenswert, und jeder, auch der Freund des Alkohols, wird die Bestrebungen, den Trinkern und Familien zu helfen, anerkennen; daß aber die Stadt einen Zuschuß dazu geben soll, kann ich nicht für richtig halten. Ich habe von verschiedenen Herren, die sehr viel Steuern zahlen und sehr viel Geld für Wohlfahrtseinrichtungen, wie Waldspiele usw., hergeben, mit denen wir also rechnen müssen, gehört, daß sie sich, sobald dieser Betrag bewilligt wird, zurückziehen würden. (Rufe: Oho!) Ich bitte, die Vorlage abzulehnen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der verehrte Vorredner hat die allgemeinen Interessen betont, die er hier vertritt; ich bin jedoch nach der Begründung, die er seinen Worten gegeben hat und bei der Bezugnahme auf eine bestimmte Gruppe hiesiger Einwohner zweifelhaft, ob unter diesen Umständen von einer Vertretung allgemeiner Interessen gesprochen werden kann. Mir will es vielmehr scheinen, als ob gewisse Sonderinteressen bei diesen Herren eine etwas unbehagliche Empfindung auslösen und sie deshalb den Bestrebungen des Vereins unfreundlich gegenüberstehen.

Dem Herrn Vorredner ist auch ein Mißverständnis insofern untergelaufen, als er den hier in Frage kommenden Verein wohl mit denjenigen Vereinen verwechselt hat, die vollständige Enthaltensamkeit von geistigen Getränken auf ihre Fahne geschrieben haben und demnach Abstinenzler sind. Das trifft aber bei diesem Vereine nicht zu. Er bemüht sich vielmehr, die Mitte zu halten zwischen beiden, also denjenigen, die für vollständige Abstinenz eintreten, und denjenigen, die fünf gerade sein lassen, und er hat durch Zusammenfassung aller derjenigen, die die Schäden des Alkohols bekämpfen, schon sehr Segensreiches erreicht. Der Verein blickt auf eine 25jährige Vergangenheit zurück, und 175 Stadtverwaltungen gewähren ihm schon feste Beihilfen im Jahresbetrage bis zu 500 M. Wenn man das berücksichtigt und sich ferner vergegenwärtigt, daß man durch die Benutzung der von dem Vereine eingerichteten Unterrichtskurse und der von ihm herausgegebenen Flugblätter schon mancherlei Förderung seitens des Vereins genossen hat, so sieht es fast aus wie „nassauern“, wenn wir den Verein auch in Zukunft im Interesse der Stadtverwaltung und namentlich der Armenverwaltung arbeiten

lassen, ohne ihm mit der beantragten höchst bescheidenen Beihilfe unter die Arme zu greifen. Deshalb wird hoffentlich auch die Mehrheit der Versammlung für die Bewilligung eintreten. So schlimm und tragisch wird die Drohung der betreffenden Herren wohl auch nicht gemeint sein, daß sie einen Beitrag zu den Waldspielen nicht mehr geben wollen, denn was haben die armen Kinder mit dem Vereine zu tun? Mir ist etwas derartiges auch schon gesagt worden, aber das kann mich nicht abschrecken, die Vorlage hier zu vertreten.

Herr Leue: Ich stehe auf dem Herrn Kalms entgegengesetzten Standpunkte. Gerade bei diesem Punkte liegt ein allgemeines Interesse vor. Der Alkohol richtet soviel Unheil in der Welt an und richtet so viele Familien zugrunde, daß wir jedes Mittel ergreifen sollten, um den Mißbrauch, der mit dem Alkohol getrieben wird, zu bekämpfen. Ich möchte deshalb bitten, dem Vereine nicht 50 M., sondern 100 M. jährlich zu bewilligen. Wenn hier nur zwei oder drei Familien aus dem durch den übermäßigen Alkoholgenuß hervorgerufenen Elend gerettet werden, so sind die 100 M. schon gut angelegt. Ich glaube auch nicht, daß eine Menge hiesige Einwohner es unangenehm empfinden würden, wenn der Verein eine Beihilfe erhalten sollte.

Herr Jasper: Ich habe in der Kommission für den Antrag gestimmt, will aber im übrigen der Spur des Herrn Leue nicht folgen, obwohl die Frage wichtig genug wäre, hier weiter verfolgt zu werden. Ich habe mich vielmehr nur zum Worte gemeldet, um meiner Verwunderung Ausdruck zu geben über das, was Herr Kalms vorgebracht hat. Von einer Gegenbewegung und den Treibereien gewisser Herren ist mir Mitteilung gemacht worden, aber daß ein Mitglied der Versammlung hier offen ausspricht, wir müßten mit Rücksicht auf das in Alkohol arbeitende Kapital die Zuwendung ablehnen, das ist mehr als bezeichnend für die Unversfrorenheit der betreffenden auswärts stehenden Herren und auch für den Wohltätigkeitsinn dieser Herren. Sie rühmen sich bei jeder Gelegenheit: wir haben für die Waldspiele etwas hergegeben, aber in Wirklichkeit tun wir es nur des Scheines des Gerechten halber, wir wollen vielmehr Profit davon haben; wagen Sie es aber, im Interesse der Armsten den Versuch zu machen, gewissen Mißständen entgegenzutreten, dann bewilligen wir nichts mehr, wir haben Geld und wollen deshalb berücksichtigt sein. Auf solche Wohltätigkeit pfeife ich, und ich bitte Sie, sich dadurch nicht abhalten zu lassen, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, es ist nicht nötig, so schweres Geschütz gegen die Entgleisung der Herren, die sich in der Weise ausgesprochen haben, aufzufahren, aber andererseits bitte ich, auch nicht mehr als 50 M. zu bewilligen. Der Magistrat unterstützt nämlich noch verschiedene andere Sachen, die nach demselben Ziele streben, also den Alkoholismus einzuschränken, z. B. die Einrichtung eines Kaffeeauschanks für städtische Arbeiter, so daß auf

andere Weise das erreicht werden wird, was Herr Leue bezweckt. Es wird also für die Stadt bei den 50 M nicht bewenden, wenn es sich um diejenigen Mittel handelt, die zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs dienen sollen.

Herr Leue: Mit Rücksicht auf diese Erklärung ziehe ich meinen Antrag zurück.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

## VI. Aufhebung eines Interessentenweges.

Die Feldmarksgemeinde Hagen beabsichtigt, den Graben Blatt V *M* 158 in Größe von 1,45 a und den Sadweg Blatt V *M* 150 in Größe von 11,27 a zum Preise von 1 M pro qm an die hiesige Schützengesellschaft zu verkaufen. Bevor das geschieht, muß die Aufhebung des Weges genehmigt werden. Es wird magistratsseitig ersucht, zur Aufhebung des bezeichneten Interessentenweges und zum Verkauf sowie zur Auflassung dieser Wegefläche und des Grabens *M* 158 gegen Zahlung von 1 M pro qm die Zustimmung zu erteilen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

## VII. Antrag Esdorn: Zustandsetzung des Platzes vor dem landschaftlichen Hause.

Der Antrag lautet:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Platz vor dem landschaftlichen Hause mit besserem Pflaster zu versehen bzw. das jetzige auszubessern."

Herr Esdorn (zur Begründung): Durch die hochherzige und nachahmenswerte Tat eines Mitbürgers haben wir eine Verschönerung des Platzes vor dem landschaftlichen Hause erfahren, über die sich nicht nur die Anlieger, sondern überhaupt ein großer Teil der Bürgerschaft dankbaren Herzens freut. Bei dieser Gelegenheit hat man wieder so recht empfunden, wie schlecht der Platz imstande ist. Gerade auf den Wochenmärkten fällt es auf, daß das Pflaster große Löcher aufweist. Ich habe mich gewundert, daß im Landtage der Abgeordnete Lambrecht bei der Behandlung der städtischen Straßen die Gelegenheit hat vorübergehen lassen, der Stadt vorzuwerfen, wie schlecht sie diesen unmittelbar vor dem landschaftlichen Hause liegenden Platz imstande erhält. Freilich pflegen die Landtagsabgeordneten den Platz nur selten zu überschreiten. Die Marktstände auf dem Place bringen der Stadt im Laufe des Jahres eine ganze Menge Geld ein, so daß man von dieser Einnahme den Platz schon instand setzen könnte. Am besten würde es sein, ihn ganz zu asphaltieren, aber eine ordentliche Ausbesserung reicht vorläufig auch aus, und ich möchte bitten, sie möglichst noch in diesem Jahre auszuführen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

## VIII. Antrag Bues: Verlegung eines Wasserrohrs in die Eisenbüttelerstraße.

Zur Begründung des Antrages:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Eisenbüttelerstraße mit einer Wasserleitung zu versehen“,

führt Herr Bues folgendes aus: Obwohl die Stadt an der Eisenbüttelerstraße Bauplätze verkauft hat, liegt dort noch immer keine Wasserleitung. Die Wohnungen sind schwer zu vermieten, und es ist für die Anlieger eine Kalamität, daß sie kein Wasser haben. Es liegen dort 15 Häuser, die von etwa 60 Familien bewohnt sind, und die sämtlich Anschluß an das Wasserrohr nehmen werden. Bis zur elektrischen Zentrale liegt schon ein Wasserrohr, und es ist wunderbar, daß der andere Straßenteil noch kein Wasser hat.

Der ausreichend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## IX. Antrag auf Besteuerung der Konsumvereine usw.

Der Schutzverein für Handel und Gewerbe zu Braunschweig hat an die Versammlung die Bitte gerichtet, anläßlich der beabsichtigten Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten den Magistrat zu ersuchen:

- „1. die städtischen Beamten darauf hinzuweisen, daß ihre Beteiligung an Konsumvereinen und Haushaltsvereinen einer gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft und der Erhaltung des sozialen Friedens zuwiderläuft; event. den städtischen Beamten zu untersagen, irgend welche Ämter in Konsumvereinen anzunehmen;
2. alle in hiesiger Stadt bestehenden Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer zu belegen.“

Zur Begründung dieser Anträge wird auf eine unterm 24. März d. Js. an den Magistrat gerichtete Eingabe verwiesen. In den dieser Begründung vorangestellten Zeitsätzen heißt es:

„Die Konsumvereine sind geeignet, den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand zu vernichten, sie sind daher zur Förderung einer gesunden Volkswirtschaft und im Interesse des sozialen Friedens tunlichst einzuschränken.

Von dem Staate oder von einer Gemeinde angestellte Beamte dürfen einem Konsumverein nicht angehören.

Konsumvereine sind als Gewerbebetriebe anzusehen nach ihrem Zweck, nach dem Genossenschaftsgesetz, nach der Gewerbeordnung und nach der Rechtsprechung. Die Beteiligung an einem Gewerbebetriebe ist mit der Stellung eines Beamten nicht vereinbar.

Konsumvereine sind in Braunschweig nicht nötig. Der Warenbezug aus einem Konsumvereine ist vielfach nicht billiger, wohl aber umständlicher und hinsichtlich der Haftsumme mit größerer Gefahr verbunden als der Warenbezug von einem Kaufmann.

Die Konsumvereine sind die besten Agitationsmittel der Sozialdemokratie, teils mit ausgesprochener Absicht (Konsumvereine unter sozialdemokratischer Leitung), teils im Erfolge (die übrigen Konsumgenossenschaften).

Durch die Konsumvereine wird in der Stadt Braunschweig ein Betrag von etwa 3 Millionen Mark alljährlich dem Umsatz selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender entzogen.

Außer den Kaufleuten und Gewerbetreibenden werden die Großfisten direkt, die Grundbesitzer, Hypothekgläubiger, Handwerker und viele andere Berufsstände indirekt geschädigt; die Steuerkraft der Geschädigten wird erheblich herabgesetzt.

Wie jeder auf Erhaltung der Volkswohlfahrt bedachte Staatsbürger, so muß vor allem auch der Beamte durch den Austritt aus dem Konsumverein die richtige Folge aus seiner Stellung gegenüber dem Staate und aus seinen Pflichten gegenüber seinen Mitbürgern ziehen." —

Es folgt darauf eine eingehende Begründung dieser Leitsätze. —

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Da es sich hier im wesentlichen um finanzielle Fragen handelt und bisher auch die Finanzkommission diese Angelegenheit behandelt hat, so weiß ich nicht, weshalb diesmal die Sache der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen worden ist. Ich halte es für empfehlenswert, daß auch die Finanzkommission sich damit beschäftigt, und möchte ersuchen, sie zunächst noch der Finanzkommission zur Vorberatung zu überweisen, zumal die Sache keine Eile hat.

Stellvertretender Vorsitzender: Der Antrag ist vom Herrn Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung zugeschrieben, obwohl zugestanden werden muß, daß es vielleicht besser gewesen wäre, ihn der Finanzkommission zu überweisen. Da indessen die Statutenkommission ihre Beratungen abgeschlossen hat, so erscheint es nicht zweckmäßig, ihn noch einmal durch eine andere Kommission vorberaten zu lassen.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Wenn die Sache so liegt, so sehe ich keinen Hinderungsgrund für ihre Zurückstellung, zumal wir heute noch eine große Tagesordnung zu erledigen haben. Da die Sache keine große Eile zu haben scheint, so können wir sie ruhig heute zurückstellen.

Herr Alsmann (zur Geschäftsordnung): Ich muß den Antrag Esdorn bewundern. Bisher war es immer Brauch in der Versammlung, daß der Vorsitzende zu entscheiden hatte, welcher Kommission eine Sache zur Vorberatung überwiesen werden sollte, und der Vorsitzende hat sich auch immer sehr dagegen gewehrt, wenn dieses sein Recht jemand antasten wollte. Die von Herrn Esdorn beabsichtigte Verschleppungspolitik halte ich nicht für richtig. Nachdem der Antrag von einer Kommission vorberaten ist, bitte ich, ihn auch heute zur Beratung und Beschlußfassung zu stellen.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Es wird von mir durchaus keine Verschleppung des Antrages beabsichtigt und zwar kann davon um so weniger die Rede sein, als der Antrag der Versammlung noch gar nicht vorgelegen hat. Bisher hat sich nur der Magistrat und zwar mit einem erweiterten Antrage beschäftigt. Ich habe gedacht, daß bei der heutigen großen Tagesordnung der Anregung gern Folge gegeben würde. Wenn Herr Alsmann eine Verschleppung in meinem Antrage erblickt, so habe ich auch nichts dagegen, noch heute darüber zu verhandeln. Bislang ist diese Sache aber immer von der Finanzkommission vorberaten worden.

Herr Sander (zur Geschäftsordnung): Das Recht, Anträge einer Kommission zu überweisen, steht dem Vorsitzenden ohne Mitwirkung der Versammlung zu. Wenn wir den Antrag Esdorn annehmen, so würden wir in die Geschäftsführung des Vorsitzenden eingreifen, und davor möchte ich warnen.

Der Antrag Esdorn wird darauf gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Herr Boge: Die hier vorliegende Eingabe enthält nichts darüber, ob sich der Magistrat zu der Sache schon geäußert hat. In der Statutenkommission war man daher zweifelhaft, ob wir ohne Kenntnis der Antwort des Magistrates in eine Beratung der Eingabe eintreten könnten. Da aber die jetzt gestellten Anträge sämtlich schon in der früheren an den Magistrat und die Versammlung gerichteten Eingabe enthalten sind und der Magistrat sich auch auf die erste Eingabe geäußert hat, so ist die Statutenkommission in eine Beratung der Sache eingetreten. Vom Magistrat war in der Statutenkommission mitgeteilt worden, daß die erste, in ihren Forderungen noch weitergehende Eingabe in allen Punkten abschlägig beschieden worden sei. Während nach der ersten Eingabe den städtischen Beamten die Mitgliedschaft in Konsumvereinen bzw. Haushaltungsvereinen untersagt werden sollte, ist der jetzige Antrag milder ausgefallen, indem die Beamten nur darauf hingewiesen werden sollen, daß ihre Beteiligung an derartigen Vereinigungen einer gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft und der Erhaltung des sozialen Friedens zuwiderlaufen. Ob es richtig ist, den Beamten etwas Derartiges anheimzugeben, darüber kann man zweierlei Ansicht sein, jedenfalls kann man aber, da es sich an und für sich um erlaubte Einrichtungen handelt, unseren städtischen Beamten nicht verbieten, Mitglieder von Konsumvereinen zu sein, und wenn man ihnen nur an-



heimgibt, einer Gemeinschaft nicht anzugehören, so ist das ein zweischneidiges Schwert. Es würden sich vielleicht einige, noch dazu der tüchtigsten Beamten sagen, man könne es ihnen nicht verbieten, und befolgen den Hinweis nicht; mutig gemacht dadurch, befolgen ihn auch andere nicht, und der Magistrat setzt sich der Gefahr aus, von den Beamten nicht genügend geachtet zu werden, da er seinem Hinweise keinen gesetzlichen Nachdruck geben oder gar Bestrafung eintreten lassen kann. Wir müssen uns aber in acht nehmen, daß der Magistrat solcher Mißachtung ausgesetzt wird, und deshalb beantragt die Statutenkommission, diesen Teil des ersten Antrages abzulehnen.

Was den andern Teil des Punktes 1 anbetrifft, den städtischen Beamten zu untersagen, irgend welche Ämter in Konsumvereinen anzunehmen, so würde das auch nicht richtig sein. Die Annahme eines Nebenamtes durch einen städtischen Beamten ist von der vorausgehenden Zustimmung des Magistrates und der Stadtverordneten abhängig. Das ist aber eine genügende Gewähr dafür, daß von einem Beamten kein Nebenamt übernommen werden darf, von dem man annehmen könnte, es wäre damit eine Schädigung der Stadt verbunden, oder der Beamte würde infolgedessen sein Hauptamt nicht genügend ausfüllen können. Wenn ein Beamter aber für tüchtig und würdig erachtet wird, ein Nebenamt anzunehmen, so liegt kein Grund vor, ihm diese Tätigkeit prinzipiell zu untersagen. Deshalb ist die Statutenkommission auch hierfür nicht zu haben.

Sodann komme ich zu dem wichtigsten Punkte der Eingabe, die Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer zu belegen. Diese Frage ist bereits 1904, als über das Landesgesetz vom 28. März 1904 hier verhandelt wurde, einer langen Besprechung unterzogen worden. Der Magistrat hatte damals nicht ein Statut beantragt, sondern hatte Grundsätze aufgestellt, nach denen die Handhabung der Umsatzsteuer vorgenommen werden sollte. Nach dem Antrage des Magistrates sollten die und die Gruppen von geschäftlichen Betrieben zur Umsatzsteuer herangezogen werden; es waren dann Gegenanträge gekommen, und das Endergebnis war, daß die Magistratsvorlage angenommen wurde, die Konsumvereine von der Umsatzsteuer auszuschließen.

Der § 1 des Gesetzes vom 28. März 1904 lautet:

„Die Gemeinden sind befugt, stehende gewerbliche Unternehmungen, welche von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen, und welche geeignet erscheinen, die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen, neben den nach dem Gewerbesteuergeetze vom 27. März 1893 Nr. 4 und dem Gemeindeabgabengesetze vom 11. März 1899 Nr. 12 zu

erhebenden Gewerbesteuer, zu einer besonderen Gemeindegewerbesteuer (Umsatzsteuer) heranzuziehen.

Einer solchen Steuer können unter den vorgenannten Voraussetzungen beispielsweise unterworfen werden:

- a) Großbetriebe des Kleinhandels nach Art der Warenhäuser;
- b) Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarken-Geschäfte und ähnliche;
- c) Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe;
- d) Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkaufe derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften);
- e) Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Ablauf im kleinen (Konsumvereine)."

An den Rahmen dieses Gesetzes sind wir bei unseren Verhandlungen und Beschlusfassungen gebunden. Das Gesetz sagt deutlich, daß die Gemeinden befugt seien, diese Steuer von den Betrieben zu erheben, die wesentlich abweichen von den sonst im Gewerbe üblichen Formen. Damit sagt es ganz bestimmt, daß nicht ohne weiteres jede Kategorie, die allgemein von der Stadt als dazu geeignet angesehen wird, zu der Steuer herangezogen werden kann, sondern es ist Voraussetzung, daß eine wesentliche Abweichung von dem sonst üblichen Gewerbebetriebe stattfinden muß. Daraus geht hervor, daß eine allgemeine Bestimmung über die Besteuerung der Konsumvereine gar nicht erlassen werden darf; es muß vielmehr in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob ein einzelner Konsumverein diese Vorbedingung erfüllt und in seinen Geschäftseinrichtungen von den hier üblichen Gewerbebetrieben wesentlich abweicht. Nur dann kann der betreffende Konsumverein zu der Umsatzsteuer herangezogen werden. Würden wir heute allgemein beschließen, die hiesigen Konsumvereine einer Umsatzsteuer zu unterwerfen, so würden damit auch sämtliche, in Zukunft noch entstehenden Konsumvereine ohne Rücksicht auf die Art ihres Geschäftsbetriebes der Steuer unterworfen sein. Wir würden deshalb in allen Fällen, wo solche Abweichung nicht vorhanden ist, eine Absage vom Verwaltungsgerichte zu erwarten haben. Aus diesen Gründen ist die Statutentkommission zu dem Entschlusse gekommen, auch diesen Punkt zur Ablehnung zu empfehlen und Ihnen demnach anheimzugeben, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Zu dem letzten Punkte möchte ich noch besonders bemerken, daß bei den Verhandlungen der Versammlung im Jahre 1904 die Frage reichlich erörtert worden ist, ob die hier bestehenden Konsumvereine den gesetzlichen Erfordernissen des § 1 tatsächlich entsprächen und daher zur Steuer herangezogen werden könnten, daß jedoch die Mehrheit der damaligen Versammlung unter Annahme der vom Magistrat aufgestellten Grundsätze die Frage verneinte. Die hiesigen Konsumvereine

hatten sich also eine wesentliche Abweichung von den in den hiesigen Gewerbebetrieben üblichen Grundsätzen nicht zu schulden kommen lassen, und die Kommission ist zu der Überzeugung gekommen, daß darin auch jetzt eine Aenderung nicht eingetreten sei. Auch aus diesem Grunde ist die Kommission dazu gekommen, diesen Antrag des Schutzvereins zu verwerfen. Also ohne auf die finanzielle Seite des Antrages näher einzugehen, müßte nach der Ansicht der Statutenkommission schon lediglich aus juristischen Gründen dieser Antrag abgelehnt werden.

**Stellvertretender Vorsitzender:** Es ist in Anregung gebracht worden, ob nicht der eine oder andere Stadtverordnete wegen seiner Beteiligung an einem Konsumvereine nach Maßgabe der Städteordnung von der Beratung und Beschlußfassung auszuschließen sei. Im § 56 der Städteordnung heißt es: „Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse beteiligtes Mitglied hat sich der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten. Ob ein Sonderinteresse vorliegt, entscheidet endgültig die Stadtverordnetenversammlung unter Ausschluß der Beteiligten.“ Ich darf daran erinnern, daß bei der Beratung im Jahre 1904 die Herren Altmann und Ohlendorf wiederholt das Wort genommen haben. Wollen sich die Herren darüber äußern?

**Herr Altmann:** So weit kann die Auslegung der Städteordnung unter keinen Umständen gehen. Dann würden unter Umständen bei diesem und jenem Beratungsgegenstande die Hälfte und noch mehr Stadtverordnete nicht mitwirken dürfen. Wenn der Angestellte eines Konsumvereins bei der Beratung über die Umsatzsteuer nicht mit verhandeln und abstimmen soll, so darf z. B. auch kein Hausbesitzer bei der Beratung über die Grundsteuer das Wort nehmen. Es ließen sich noch viele andere Beispiele dafür anführen, daß die Auslegung des § 56 der Städteordnung so weit unmöglich gehen kann.

**Stellvertretender Vorsitzender:** Ich nehme an, daß niemand aus der Versammlung behindert ist, an der Beratung teilzunehmen. Der Antrag, wie er unter 2 von dem Schutzverein gestellt worden ist, ist, wie der Herr Referent schon ausgeführt hat, unzulässig. Wir treten nunmehr in die Verhandlung über den Gegenstand selbst ein.

**Herr Esdorn:** Der Herr Referent hat zunächst einen Antrag behandelt, der seitens des Schutzvereins wohl an den Magistrat gerichtet ist, der aber in der Eingabe an die Versammlung nicht wiederkehrt, nämlich den Beamten die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen zu untersagen. Dieser Punkt war allerdings nicht zulässig und ist damit erledigt.

Anders liegt es, wenn der Magistrat ersucht wird, den städtischen Beamten eine Tätigkeit in den Konsumvereinen zu untersagen. Wir würden mit einem derartigen Verbote nicht den Anfang machen, denn in anderen Staaten wie

Schwarzburg-Rudolstadt, Sachsen usw. ist den Beamten durch Ministerialerlaß zu erkennen gegeben, daß solche Tätigkeit nicht gewünscht wird, und ich sehe nicht ein, weshalb es hier nicht möglich sein sollte, den Beamten das zu untersagen. Soweit mir erinnerlich ist, soll es sich hier in Braunschweig nur um einen städtischen Beamten handeln, dem mit Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordneten gestattet ist, ein Nebenamt im Konsumvereine zu versehen. Es würde aber unter den heutigen Verhältnissen ebensogut möglich sein, daß die Versammlung sich auf den Standpunkt stellte, den Beamten zu gestatten, sich noch weitere große Nebeneinnahmen durch die Konsumvereine zu verschaffen. Der betreffende Beamte bekommt eine Vergütung von nahezu 500 M von dem Konsumvereine. Darin liegt aber die Bevorzugung eines einzelnen Beamten. Wir stehen vor einer großen Gehaltserhöhung für die Beamten. Die Arbeitszeit der Beamten ist festgesetzt worden als deren höchste Leistung, und ich bin der Meinung, daß der Beamte seine freie Zeit nicht benutzen soll, um den Gewerbetreibenden Konkurrenz zu machen, sondern zu seiner Erholung. Wir könnten deshalb den Magistrat sehr wohl ersuchen, den städtischen Beamten für die Folge eine derartige Tätigkeit zu untersagen. Es liegt jedenfalls nicht im Interesse der Volkswohlfahrt, daß Beamte, die aus dem Staatsfädel bezahlt werden, einem großen Teile der Steuerzahler Konkurrenz machen. Da in anderen Staaten und Kommunen in gleicher Weise vorgegangen ist, so möchte ich ersuchen, auch hier dem Antrage Folge zu geben. Sie werden sich wohl auch einer ähnlichen Verhandlung in unserem Landtage erinnern, wo vor einigen Jahren ein gleicher Beschluß gefaßt worden ist und die braunschweigischen Staatsbeamten infolgedessen solche Nebenämter auch nicht mehr übernehmen dürfen. Es wurde dort hervorgehoben, daß ein großer Teil der Arbeiten für die Konsumvereine direkt auf dem Bureau erledigt worden seien. Staatsseitig ist dann auch Remedur geschaffen worden.

Nun komme ich zur Hauptfrage, der Besteuerung der Konsumvereine. Der Herr Berichterstatter sagte mit Recht, daß nach § 1 des Gesetzes vom 28. März 1904 die Konsumvereine zur Umsatzsteuer herangezogen werden können, wenn sie von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen. Daß aber die hiesigen Konsumvereine alle von diesen Grundsätzen abweichen, möchte ich mir erlauben, hier zu beweisen. Zunächst die Beamten-Konsumvereine. Sie haben die Einrichtung, daß sie mit anderen Geschäften Rabattverträge abschließen, um für ihre Mitglieder dort Extravorteile herauszuholen. Dadurch suchen sie sich die betreffenden Geschäftsleute tributpflichtig zu machen. Solche Verträge schließt der Beamten-Konsumverein und der Beamten-Haushaltsverein ab. Das würde wohl schon genügen, um eine wesentliche Abweichung von den üblichen Grundsätzen und Formen der übrigen Geschäftsbetriebe zu beweisen. Wer die Begründung des

Gesetzes vom 28. März 1904 studiert hat, wird wissen, daß die Gesetzgebung die Konsumvereine hat treffen wollen.

Wenn ich nun auf den „Allgemeinen Konsumverein“ zu sprechen komme, so wird Ihnen bekannt sein, daß vom preußischen Eisenbahnminister und sonstigen Behörden den Beamten untersagt worden ist, dem Vereine als Mitglieder anzugehören, weil dort sozialdemokratische Politik getrieben wird. In den Gewerkschafts- und sonstigen öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen wird direkt aufgefordert, dem Vereine beizutreten. Gerade zu der Zeit, als die Verfügung vom preußischen Eisenbahnministerium gekommen ist, daß die Eisenbahnangestellten ihre Mitgliedschaft beim Allgemeinen Konsumverein kündigen müßten, ist von der sozialdemokratischen Partei ein Flugblatt verbreitet worden, in dem es hieß: „Hinein in den Konsumverein“, wie hier neulich der Ruf: „Hinein in den Verband“, erwähnt wurde. Man sucht durch die Konsumvereine den Mittelstand zu beseitigen, deshalb könnte man am besten darauf aufbauen, daß . . .

(Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender: Ich hatte schon vorhin bemerkt, daß der Antrag in der vorliegenden Form unzulässig sei. Wenn Sie jetzt Ihre Darlegungen an den Antrag knüpfen, so würden Ihre Ausführungen nur dann von Interesse und Wert sein, falls Sie einen anderen Antrag stellen wollen. Sollte das nicht der Fall sein, so möchte ich zur Erwägung geben, ob Ihre heutigen Ausführungen nicht überflüssig erscheinen.

Herr Esdorn: Von der Stellung eines anderen Antrages würde ich für heute absehen. Ich habe aber den vorhin gefaßten Beschluß so verstanden, daß heute in eine Besprechung des Antrages eingetreten werden sollte.

Stellvertretender Vorsitzender: Der vorliegende Antrag geht dahin, alle in hiesiger Stadt bestehenden Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer zu belegen. Das hat aber nicht seitens der städtischen Behörden zu geschehen, sondern ist Sache der Herzoglichen Kreisdirektion, während der Magistrat im Einvernehmen mit der Finanzkommission einen entsprechenden Antrag zu stellen hat. Beide Stellen haben aber den Inhalt des Gesetzes vom 28. März 1904 zu berücksichtigen, daß nämlich eine Belegung der Konsumvereine mit der Umsatzsteuer erst dann eintreten darf, wenn die gesetzlichen Merkmale erfüllt worden sind. Ist dies bei einzelnen hiesigen Konsumvereinen nicht der Fall, so sind wir nicht imstande, zu sagen, sämtliche Konsumvereine werden zu der Umsatzsteuer veranlagt. In letzter Linie muß es der Herzoglichen Kreisdirektion überlassen bleiben, darüber zu befinden.

Herr Möhle (zur Geschäftsordnung): Nach dieser Auslegung des Herrn Vorsitzenden möchte ich zur Erwägung verstellen, ob es sich überhaupt empfiehlt, sich noch weiter mit der Sache zu befassen und es nicht einfacher wäre, dem Vorschlage des Herrn Referenten gemäß zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Alßmann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, diesem Antrage nicht stattzugeben, und ich werde mich bemühen, mich in meiner Erwiderung recht kurz zu fassen. Was an Verdrehungen und Unwahrheiten hier vorgebracht wurde, darf doch nicht unwidersprochen bleiben. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, der Anregung des Herrn Möhle nicht Folge zu geben. Wenn ein dutzendmal hier Unwahrheiten gesagt werden, müssen sie auch ein dutzendmal widerlegt werden, sonst heißt es, wir haben dazu geschwiegen.

Der Fortsetzung der Besprechung wird nicht widersprochen.

Herr Alßmann: Wie ich schon ausführte, sind in der Eingabe solche Ungeheuerlichkeiten vorgebracht worden, daß es unmöglich ist, darüber wegzugehen. Diese Sachen sind allerdings nicht neu, wenn sie aber einer amtlichen Stelle unterbreitet werden, so hat man auch doppelt das Recht, sie an öffentlicher Stelle zu widerlegen. Die Art und Weise, wie der Antrag eingebracht worden ist, ist so ungeheuerlich, daß es wohl kaum jemals im öffentlichen Leben vorgekommen ist, daß sich eine Körperschaft dazu hergegeben hat, in dieser Weise Anträge zu stellen und zu begründen. Wenn in der Eingabe darauf hingewiesen worden ist, daß die Gehaltserhöhung für die städtischen Beamten als Gelegenheit wahrgenommen werden möchte, den Magistrat zu ersuchen, „die Erhöhung der Gehälter nur dann zu bewilligen, wenn die Beamten ihrerseits dazu beitragen, daß ein erheblicher Teil unserer Mitbürger nicht noch weiter durch die Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen in seiner Existenz bedrängt wird“, so heißt das nichts anderes, als die Beamten zur Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Freiheit zwingen zu wollen. Jeder Beamte kann solche Maßnahmen so auslegen, daß er gezwungen werden soll, für die zu erwartende Gehaltszulage Waren einzukaufen. In den letzten Zeitsätzen und in der Begründung der Eingabe sind überhaupt Dinge vorgetragen, die geradezu unglaublich klingen und hier nachgeprüft werden müssen.

Wenn im allgemeinen gesagt wird, daß die Konsumvereine den sozialen Frieden untergraben und bestrebt sind, die kleinen Existenzen zu vernichten, so ist das eine Unwahrheit. Wenn sich eine Anzahl Leute zusammen tun, um einen Konsumverein zu gründen, so geschieht das nicht zu dem Zwecke, andere zu schädigen — wenn das geschähe, handelte es sich um einen Akt der Unmenschlichkeit — sondern der gemeinschaftliche Wareneinkauf geschieht, um sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Ein solches Vorgehen mag wohl denjenigen, der dadurch Einnahmen verlieren könnte, unter Umständen ärgern, daß aber die Öffentlichkeit zu solchem Antrage benutzt und versucht wird, die Einrichtung der Konsumvereine zu ruinieren, ist der Höhepunkt. Es dürfte kaum im wirtschaftlichen Leben vorgekommen sein, daß ein solcher Interessentkampf geführt wird, wie hier vom Schutzverein für Handel und Gewerbe. Darin liegt ein solches Verkennen der wirtschaftlichen Verhältnisse und eine solche Ueberhebung, daß beides hier an Ort und Stelle gebührend

gekennzeichnet werden muß. Wenn Herr Esdorn sich gestattet, zu beweisen, daß die Konsumvereine, speziell diejenigen, welche Rabattverträge mit Geschäften abgeschlossen haben, der Umsatzsteuer unterlägen, so irrt er sich. Jedenfalls ist das eine neue Begründung und eine Erfindung des Herrn Esdorn selbst. Wichtig ist es, daß eine Anzahl Kaufleute, die durch den Konsumverein zu Schaden gekommen sein sollen, uns anboten, mit ihnen in Rabattverkehr zu treten, und so ist es auch bei den Beamten-Konsumvereinen. Daß darin eine Untergrabung der Existenz der Kleinhändler liegen soll, kann ich nicht einsehen, ebenso wenig, daß deshalb die Konsumvereine der Umsatzsteuer unterliegen sollen.

Herr Esdorn hat auch darauf hingewiesen, daß der Allgemeine Konsumverein sozialdemokratisch sei und hat als Beweis dafür angeführt, daß den Beamten aufgegeben sei, aus dem Vereine auszutreten. Wenn das schon ein Beweis sein soll, so muß ich denjenigen bedauern, der auf solche Dinge hineinfällt. Wenn die Staatsbehörde es für notwendig befunden hat, solche Anordnung zu treffen, so mag sie wissen, weshalb sie es getan hat. Jedenfalls läßt sich mit Recht behaupten, daß es um unser Staatswesen sehr wackelig bestellt sein müßte, wenn die Mitgliedschaft an einem Konsumvereine schon staatsgefährlich wirken soll; dann würden wir, soweit wir Sozialdemokraten und Arbeiter sind, schon staatsumstürzlerisch wirken, wenn wir nur auf der Eisenbahn fahren. Ein Stadtverordneter sollte aber solche Sachen nicht ohne weiteres nachreden, wenn er sie nicht näher kennt. Herr Esdorn hat dann ferner behauptet, daß es in jeder sozialdemokratischen und Gewerkschafts-Versammlung heiße: Hinein in den Konsumverein! Die sozialdemokratische Partei ist bekanntlich nicht von jeher für die Konsumvereine gewesen, sondern nur aus dem Grunde dafür eingetreten, um klärend zu wirken. Es gibt noch heute, wie ich wohl behaupten darf, eine große Anzahl sozialdemokratischer Führer, die der Ansicht sind, daß die Konsumvereine die sozialdemokratische Bewegung ins Stocken bringen können. Wenn in den Konsumvereinen und speziell in den Arbeiter-Konsumvereinen eine große Anzahl Sozialdemokraten sind, so kann das keinen denkenden Menschen wundernehmen. Da die Konsumvereine gerade für Beamte und Arbeiter, soweit sie sich in wirtschaftlich schlechter Lage befinden, geschaffen sind, so ist es doch kein Wunder, wenn auch Sozialdemokraten darunter sind. Ob das ein Verbrechen ist, muß ich der Beurteilung des Herrn Esdorn allein überlassen. . . .

(Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender: Ich habe Herrn Esdorn unterbrechen müssen und muß das auch hier tun, weil die Rededauer überschritten ist. Außerdem liegt ein Antrag auf Schluß der Besprechung vor.

Herr Altmann: Wir werden ja auf die Sache nochmals zurückkommen müssen, wenn Herr Esdorn seinen neuen Antrag einbringen wird. In der Eingabe

ist tatsächlich alles schlecht begründet. So kehrt dort auch die alte Lebensart wieder, daß die Konsumvereine die Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes erstrebten oder doch beschleunigten. Es wäre aber geradezu unlogisch wenn die Konsumvereine das täten. Wenn aber der Rabattsparverein seine Broschüre mit beilegt, so ist das auch weiter nichts, als eine unangebrachte Beweisführung, die weiter keinen Zweck hat, als Material gegen die Konsumvereine zu sammeln. Mit besonderer Liebenswürdigkeit wird in der Eingabe auch auf die Geschäftsunfähigkeit der Konsumvereine hingewiesen, obwohl ich nicht weiß, was die Stadtverwaltung damit zu tun hat. Es werden die Konkurse und Liquidationen einzelner Konsumvereine aufgeführt, man nennt dabei Orte, in denen gar keine Vereine existieren und aus einem Orte werden zwei gemacht. Daß in der Kaufmannschaft täglich Konkurse vorkommen, geniert die Herren nicht. Wenn die Herren selber Genossenschaften bilden, so wird ihnen das keiner verdenken, machen sie damit Fiasko, so können doch die Konsumvereine nichts dafür . . .

(Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertr. Vorsitzender: Von zwei Seiten ist Schlußantrag gestellt worden. Nach § 16 des Verwaltungsstatuts kann die Verhandlung zu jeder Zeit von der Versammlung für geschlossen erklärt werden. Da Herr Altmann die ihm statutengemäß zustehende Rededauer von zehn Minuten längst überschritten hat, so kann ich die Beschlußfassung über den zweimaligen Antrag nicht mehr hintanhalten. Ich bitte die Versammlung, zu entscheiden. Wer will gegen den Schluß der Debatte sprechen?

Herr Esdorn: Ich wäre verpflichtet, auf die Ausführungen des Herrn Altmann zu antworten, namentlich da er mir Unwahrheiten in meinen Ausführungen vorgeworfen hat; ich will indessen mit Rücksicht auf die heutige große Tagesordnung darauf verzichten.

Stellvertr. Vorsitzender: Wer ist gegen den Schluß der Debatte? Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe daraus, daß die Versammlung die Debatte jetzt für geschlossen erklärt.

Herr Altmann (zur Geschäftsordnung): Aus diesem Beschlusse erkennt man diejenigen, die nicht Rede und Antwort hören wollen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich das Verfahren des Herrn Vorsitzenden mit den Satzungen nicht in Einklang befindlich erachten kann, indem ein Antrag auf Schluß der Besprechung noch gar nicht eingegangen war (Widerspruch), wenigstens war er noch nicht mitgeteilt worden. (Rufe: Zweimal!) Es mag allerdings sein, daß ein Hinweis darauf gemacht worden ist.

Stellvertr. Vorsitzender: Das muß ein Mißverständnis sein, denn es ist mir von zwei Seiten der Schluß der Verhandlung anheimgegeben worden.



Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Dann ist meine Auffassung in diesem Punkte unrichtig gewesen, jedoch halte ich trotzdem an meinem Widerspruche fest und möchte bitten, diesen Widerspruch zu Protokoll zu nehmen, weil es meiner Ansicht nach nicht angeht, daß in jedem Augenblick der Debatte ohne weiteres deren Schluß beantragt werden kann. Es ist parlamentarischer Brauch, einem Redner zu gestatten, das ihm einmal erteilte Wort auch bis zu Ende zu behalten. (Rufe: Bis zu 10 Minuten!) Das ist bisher nicht beachtet. Der Herr Vorsitzende hat besonders gesagt, er könne in jedem Augenblick der Verhandlung Schluß eintreten lassen. Wenn er nun auch wohl in der Lage war, zu sagen, die Redebauer von zehn Minuten sei verstrichen und es liege ein Antrag auf Schluß der Besprechung vor, so geht es doch nicht an, daß in jedem Augenblicke, wo jemand das Wort hat, ein Stadtverordneter sagt, ich möchte den Schluß der Verhandlung haben. Der Redner hat jedenfalls das Recht, bis zum Ablauf der Redebauer von zehn Minuten zu sprechen.

Stellvertr. Vorsitzender: Ich erwähne nochmals, daß nach unserem Verwaltungsstatut die Verhandlung über einen Gegenstand zu jeder Zeit von der Versammlung für geschlossen erklärt werden kann. Ich will aber trotz des angenommenen Schlusses der Verhandlung der Beschlußfassung der Versammlung anheimstellen, ob die Debatte wieder eröffnet werden soll. — Wer wünscht die Wiedereröffnung? Das ist die Minderheit. Die Verhandlung bleibt also geschlossen.

Herr Leue (zur Geschäftsordnung): Ich möchte anfragen, ob nicht diejenigen Redner noch zum Wort kommen können, die sich vor Schluß der Debatte zum Worte gemeldet haben? (Stellvertr. Vorsitzender: Nein!) Dann möchte ich meiner Vermunderung darüber Ausdruck geben, daß es in der Versammlung einem Redner gestattet ist, seinen Antrag in längerer Rede zu begründen, andere Redner aber gar nicht zum Worte kommen. Es mag das an sich korrekt sein, aber zweckmäßig ist es nicht.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer (zur Geschäftsordnung): Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich in Ihre Geschäftsordnungsdebatte eingreife. Es liegt mir fern, zu der Sache nach dieser oder jener Richtung hin Stellung zu nehmen, aber das darf ich bemerken, daß nach meiner persönlichen Ansicht die verschiedenen Gesichtspunkte bei einer so wichtigen Sache noch nicht genügend geklärt sind und ich es für richtig halten würde, bei einer so wichtigen Angelegenheit der Debatte freien Lauf zu lassen. Die Herren, die für den Schluß gestimmt haben, werden mir das nicht übelnehmen. Wahrscheinlich ist damit beabsichtigt, die Debatte mit Rücksicht auf die lange Tagesordnung möglichst kurz zu halten. Ich möchte anheimgeben, zu erwägen, ob es nicht richtig wäre, die Debatte heute abzubreaken und sie demnächst bei Eingang des von Herrn Esdorn angekündigten neuen Antrages fortzusetzen.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Es wird nicht nötig sein, die Debatte heute fortzusetzen, weil nichts dabei herauskommen kann. Ich habe einen neuen Antrag in Aussicht gestellt, der nach den Ferien seine Erledigung finden kann.

Herr Leue (zur Geschäftsordnung): Das ist nicht richtig. Der erste Teil des heute vorliegenden Antrages wird meiner Ueberzeugung nach in dieser Form nicht wieder eingebracht werden, so daß es nicht möglich sein wird, Herrn Esdorn in seinen heutigen Ausführungen bezüglich dieses Teiles seines Antrages entgegenzutreten.

Stellvertr. Vorsitzender: Wer ist dafür, daß die Debatte bei der nächsten Sitzung wieder aufgenommen wird? — Das ist die Mehrheit.

Herr Altmann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte konstatieren, daß der Herr Vorsitzende meine Meldung zum Wort übersehen hat, und ich konstatiere ferner, daß diese Art der Geschäftsführung mir recht parteiisch vorkommt. (Rufe: Oho!) Ihnen gegenüber, die Sie „Oho“ rufen, mag das noch nicht vorgekommen sein. Ich bin bisher selbst bei den langweiligsten Debatten, ich erinnere nur an die Hundebatte, stets ruhig gewesen, obwohl ein großes Maß von Geduld dazu gehörte. Ferner ist es dem Herrn Vorsitzenden auch nicht aufgefallen, daß z. B. Herr Frühling vorhin bei Punkt I der Tagesordnung zu derselben Sache dreimal gesprochen hat, während mir das Wort entzogen wird, weil ich angeblich länger als zehn Minuten gesprochen haben soll. Das muß doch auf den Gedanken bringen, daß mit verschiedenem Maße gemessen wird.

Stellvertr. Vorsitzender: Es ist nicht richtig, daß Herr Frühling zu demselben Gegenstande dreimal das Wort gehabt hat. Herr Frühling hat einen Antrag gestellt und in dessen Beratung zweimal das Wort ergriffen. Im übrigen haben Sie das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Sie entschuldigen wohl, daß ich Ihre Wortmeldung übersehen habe.

Herr Altmann: Ich verzichte jetzt auf das Wort.

Herr Frühling (zur Geschäftsordnung): Ich habe nicht dreimal in die Verhandlung über denselben Gegenstand eingegriffen, sondern ich habe einen Antrag eingebracht und begründet und darauf, als die Versammlung beschloffen hatte, den Antrag zuzulassen, zweimal in die Debatte eingegriffen.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

## X. Zuschuß für die Robert Koch-Stiftung.

Es wird beabsichtigt, in Berlin zu Ehren des bekannten Bakteriologen Robert Koch eine Stiftung ins Leben zu rufen, die der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten und damit praktischen Bestrebungen für die Bekämpfung der Tuberkulose dienen soll und deren Unterstützung durch Leistung eines einmaligen stadtseitigen Beitrages erbeten worden ist.

Wenngleich die Verdienste des allseitig hochgeschätzten Gelehrten einer ehrenden Anerkennung durchaus wert erscheinen, so wird doch die Betätigung dieser Anerkennung durch Geldspenden seitens der Stadt Braunschweig nicht wohl anders verwertet werden können, als unter der Voraussetzung, daß die aufzubringenden Mittel in gemeinnütziger Weise verwendet werden. Diese Voraussetzung trifft hier zu. Jede Bestrebung, die mit Aussicht auf Erfolg die verderblichste aller Volksseuchen einzudämmen unternommen wird, sollte nach der Ansicht des Magistrates von allen deutschen Städten gefördert werden. Daß aber eine Anstalt, wie die geplante, in der Reichshauptstadt am besten untergebracht wird, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Obwohl sich mehrere Städte gegenüber dem in Rede stehenden Unternehmen ablehnend verhalten, so glaubt der Magistrat sich für dessen Förderung seitens der Stadt aussprechen zu sollen und zwar in der Weise, daß letztere aus den Mitteln der Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen einen einmaligen Beitrag von 1000 M leistet. Es wird anheimgegeben, diese Summe zu bewilligen.

Herr Jasper: Die Finanzkommission hat sich einstimmig grundsätzlich dafür ausgesprochen, daß seitens der Stadt etwas zu geschehen habe und es als Ehrenpflicht angesehen werden müsse, in dem Kranze der Städte nicht zu fehlen, die den Meister ehren wollen. Man konnte wohl zweifelhaft sein über die Höhe der zuzuwendenden Summe, jedoch hat die Kommission den in Vorschlag gebrachten Betrag in ihrer Mehrheit für angemessen erachtet. Persönlich möchte ich noch hinzufügen, daß mir nach der Kommissionsberatung insofern Bedenken gekommen sind, als es mir vielleicht angemessen erschien, seitens der Stadt noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, die demselben Zwecke dienten, daß nämlich in Aussicht genommen würde, eine Tuberkulosenstelle für die Stadt zu schaffen. Ich will hierdurch für heute nur eine Anregung gegeben haben und behalte mir vor, darauf bei Gelegenheit zurückzukommen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

## XI. Anschaffungen für die Mädchenfortbildungsschule.

Die Zunahme der Schülerinnen in den verschiedenen Abteilungen der städtischen Mädchenfortbildungsschule macht es erforderlich, die Lehrmittel zu verstärken. Zur Anschaffung einer Nähmaschine sind 75 M und für eine weitere Schreibmaschine 300 M nötig, damit die Schülerinnen in ausreichender Weise angeleitet werden können. Den Antrag des Magistrates auf Bewilligung dieser beiden Beträge befürwortet Herr Bähr namens der Schulkommission.

Herr Esdorn: Ich möchte den Wunsch ausdrücken, daß der Magistrat bei der Beschaffung der beiden Maschinen auf deutsche Fabrikate Rücksicht nimmt. Gerade diese beiden Artikel werden vom Auslande in großer Masse auf den deutschen Markt geworfen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Esborn darf in dem Punkte beruhigt sein. Der Magistrat hat sich bisher schon von dem gleichen Grundsatz leiten lassen bei seinen Beschaffungen und wird es auch weiter tun.

Der Vorlage wird sodann zugestimmt.

## XII. Verbesserung der Straßenbeleuchtung usw.

Zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung, sowie zur Erweiterung des Gasrohr- und Wasserrohrnetzes werden magistratsseitig folgende Vorschläge gemacht:

A. Verbesserung der Straßenbeleuchtung: 1. auf dem Wenderinge vier neue Kandelaberlaternen; 2. auf der Humboldtstraße eine neue Kandelaberlaterne; 3. die zur Beleuchtung des Hasenwinkels dienenden Petroleumlaternen zu beseitigen und an deren Stelle 9 Stück 32kerzige elektrische Glühlampen anzulegen, die den Strom von der städtischen Abwässerpumpstation beziehen; 4. am Petritore, an der Wolfenbüttelerstraße, der Sophienstraße und der Blumenstraße je eine neue Kandelaberlaterne; 5. auf der Nebenstraße 6 Kandelaber zu versehen. Die Kosten hierfür und für die notwendig werdende Verlegung noch anderer Laternen sind zu 1898 M veranschlagt worden.

B. Erweiterung des Gasrohrnetzes: Für die Verlängerung des Netzes in der Wolfenbüttelerstraße um 125 m bis zu dem schwarzen Wege und Auswechslung des Gasrohrs in der Frankfurterstraße gegen ein weiteres Rohr werden 2435 M gefordert.

C. Erweiterung und Veränderung des Wasserrohrnetzes: Verlegung eines Hydranten auf der Nebenstraße und Legung eines 100 mm weiten Wasserrohres auf der auszubauenden Waterloostraße zwischen Roon- und Heinrichstraße mit einem Kostenaufwande von zusammen 1300 M.

Die Betriebskosten für die beantragten 9 neuen Kandelaberlaternen betragen jährlich 630 M und für die 9 Glühlampen 400 M; der letztere Betrag würde der Pumpstation zu erstatten sein.

Es wird gebeten, diese sämtlichen Vorschläge zu genehmigen und die dabei vermerkten Kosten zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission ersucht Herr Schmidt, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Almann: Sollte es nicht möglich sein, auch diejenigen Straßen, welche nicht zu den Ortsstraßen gehören, ordnungsmäßig zu beleuchten? Ich habe dabei z. B. die verlängerte Bienenstraße und die verlängerte Wabestraße in Aussicht, die mit alten Dellampen versehen sind. Es müßten sich doch Mittel und Wege finden, auch solche Straßen mit ausreichender Beleuchtung zu versehen, damit sich dort nicht Schlupfwinkel bilden.

Herr Palms: Nach der Vorlage soll der Hasenwinkel elektrisch beleuchtet werden. Ich möchte um Auskunft bitten, weshalb ein so abgelegener Stadtteil elek-

trische Beleuchtung erhalten soll und nicht der Teil der Stadt, dessen elektrische Beleuchtung die Versammlung seinerzeit beschlossen hat. Ferner möchte ich fragen, ob es nicht möglich ist — da der Magistrat nicht gesonnen ist, die Hauptstraßen mit elektrischer Beleuchtung zu versehen — wenigstens in den Laternen der Kreuzungspunkte der Hauptstraßen zwei Flammen anzubringen. Man könnte vielleicht einen Teil der Laternen um ein oder zwei Uhr nachts, wenn der Verkehr auf den Straßen nachläßt, ausmachen, um auf diese Weise an Ausgaben zu sparen. Es soll das nur eine Anregung sein.

Herr Oberbürgermeister Hetemeyer: Diese Anregung wird von der Deputation zu prüfen sein. Was die Bemerkung des Herrn Kalms über die elektrische Beleuchtung des Hasenwinkels betrifft, so ist mir, das muß ich offen gestehen, die Stellungnahme verwunderlich. Herr Kalms sollte sich von seinem Standpunkte aus freuen, daß der Magistrat einen Anfang mit der elektrischen Straßenbeleuchtung macht. Wenn es sich dabei um den Hasenwinkel handelt, so liegt das an den besondern örtlichen Verhältnissen, weil nämlich immer noch nicht darüber entschieden ist, wie der Hasenwinkel dereinst ausgebaut und die Straßenlinie geführt werden soll. Jedenfalls ist die jetzige Beleuchtung des Hasenwinkels ungenügend, und ich war daher auf die Idee gekommen, daß von der Maschine des Pumpwerkes so viel Strom abgeleitet werden könnte, um damit einige Glühlampen zu speisen. Dieser Gedanke hat Anklang gefunden, und da sich die Beleuchtung mittels Glühlampen sogar billiger stellt, als bei Gasbeleuchtung, so hat der Magistrat gemeint, einen Versuch machen zu sollen. Ich sehe nicht ein, weshalb der Hasenwinkel keine elektrische Beleuchtung haben soll, wenn er sie auch vielleicht nicht so nötig hat, wie einige Straßen, die Herr Kalms im Auge hat.

Herr Esdorn: Wenn auch ein besonderer Anlaß vorlag, den Hasenwinkel mit elektrischer Beleuchtung zu versehen, so habe ich mich doch gefreut, daß der Magistrat jetzt mit der elektrischen Straßenbeleuchtung vorgehen will. Sie wird hoffentlich so gut ausfallen, daß auch in den übrigen Teilen der Stadt bald weitere Versuche gemacht werden.

Die Vorlage wird darauf im vollen Umfange genehmigt.

### XIII. Wahl zweier Vertreter für den Städtetag.

Stellvertr. Vorsitzender: Die Versammlung wird ersucht, zwei ihrer Mitglieder als Vertreter für den 25. Braunschweigischen Städtetag am 26. und 27. Juni in Helmstedt zu wählen. Vorgeschlagen werden die Herren Leue und Böhnemöke.

Herr Altmann: Ich möchte bitten, den Stadtverordneten Nieke mit zu delegieren. Er ist schon über 25 Jahre in der Versammlung und würde sie auf dem Städtetage wohl ebenso würdig vertreten, wie die übrigen Herren. —

Bei der nun folgenden Stimmzettelauswahl erhalten von 62 Stimmen auf 31 Zetteln die Herren Löhnefinke 22, Leue 18 und Riese 10, während die übrigen 12 Stimmen sich zerplittern.

Die Herren Löhnefinke und Leue sind daher gewählt und nehmen die Wahl an.

#### XIV. Polizeireglement für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn.

Gelegentlich der Verhandlungen über Änderungen des Polizeireglements für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn — in der Sitzung vom 2. April 1908 Seite 16 des Berichtes — hat die Versammlung beschlossen, den § 7 des Reglements durch folgenden Zusatz zu ergänzen: „Der in der Fahrrihtung rechts von der Wagentür befindliche Platz der hinteren Plattform ist als für den Schaffner bestimmt zu bezeichnen“.

Bei der weiteren Behandlung dieses Beschlusses hat der Magistrat die Ueberzeugung gewonnen, daß dessen Durchführung nicht zweckmäßig ist. Der Grund für den Beschluß liegt in der Beobachtung, daß der für den Schaffner gewünschte Platz jetzt vielfach von einem Fahrgaste besetzt ist, und daß dieser durch das bei der geringen Tiefe des Platzes nicht auszuschließende Hineinragen seines Körpers in den über dem Wagenauftritt gelegenen Luftraum anderen Fahrgästen das Ein- und Aussteigen erschwert. Nach Mitteilung der Straßeneisenbahn-Gesellschaft ist dieser Uebelstand indessen jetzt schon kaum noch vorhanden und wird jedenfalls in Kürze gänzlich in Fortfall kommen, zum Teil dadurch, daß die vorhandenen älteren Wagen in absehbarer Zeit sämtlich so umgebaut sein werden, daß der betreffende Platz die zur Aufnahme eines Fahrgastes ausreichende Tiefe von mindestens 30 cm hat, zum Teil dadurch, daß das neu eingeführte Wagenmodell die Verbindungstür zwischen Innenwagen und Plattform nicht mehr in der Mitte, sondern an der in Fahrrihtung rechten Seite der Trennungswand direkt neben dem hier behandelten Platze hat und dieser dadurch nur noch als Durchgang in Betracht kommen kann.

Hiernach liegt ein ausreichender Grund zu der von der Versammlung gewünschten Festlegung des Schaffnerplatzes nicht mehr vor und zwar umsoweniger, als die Straßenbahn aus den jüngsten Verhandlungen Anlaß genommen hat, nach dem Muster der Berliner Straßenbahn eine Verfügung dahin zu erlassen, daß vom 15. Juni d. Js. ab der Schaffner während der Fahrt seinen Platz auf der hinteren Plattform der Motowagen in Halbrechtsstellung in Fahrrihtung links neben der Tür zum Wageninnern einzunehmen hat, soweit er nicht durch die Billettansgabe im Innern des Wagens beschäftigt ist. Der Magistrat ist mit der Herzoglichen Polizeidirektion der Ansicht, daß dieser Platz für den Schaffner um deswillen besonders geeignet ist, weil er ihm einen ungehinderten Ueberblick über das Wageninnere sowie eine bequeme Bedienung der Kontakttrolle und leichte Regelung des Ein- und Aussteigeverkehrs ermöglicht.

Aus diesen Erwägungen heraus kann sich der Magistrat zurzeit nicht dazu entschließen, dem wegen des Schaffnerplatzes gefaßten Beschlusse sowie dem in Konsequenz dessen zu § 29 des Reglements gefaßten Beschlusse weitere Folge zu geben. Mit dem Hinzufügen, daß der Magistrat und die Herzogliche Polizeidirektion den übrigen von der Versammlung auf Abänderung des Polizeireglements angenommenen Beschlüssen zugestimmt haben, wird ersucht, die wegen des Schaffnerplatzes gefaßten beiden Beschlüsse fallen zu lassen.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Sander: Die Statutenkommission war der Meinung, daß, wenn die Straßenbahn Wort hält und eine Aenderung der alten Wagen in Kürze erfolgen wird, der Grund für den Beschluß der Versammlung fortfällt. Mancher glaubt allerdings, daß die Straßenbahn die Aenderung der Wagen nicht so rasch vornehmen und die jetzige Unannehmlichkeit noch recht lange bestehen würde, aber der Magistrat erklärt dem gegenüber, daß die Straßenbahn bemüht sein würde, in möglichst kurzer Zeit die Aenderung im eigenen Interesse vornehmen zu lassen. Aus diesem Grunde schlägt die Statutenkommission vor, das Fallenlassen des Beschlusses zu genehmigen.

Herr Hesse: Ich möchte fragen, ob es nicht angebracht wäre, die Straßenbahn zu veranlassen, statt der Kontaktstangen und Rollen vielleicht einen Kontaktbügel anzubringen, denn es ist störend, wenn der Schaffner alle Augenblicke die Rolle wieder in Ordnung zu bringen hat.

Herr Meyerhoff: Der Bügel bildet das Patent einer anderen Gesellschaft und kann daher von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft nicht verwendet werden. In Fachkreisen spricht man sich auch gegen den Bügel aus, weil er die Oberleitung zu sehr abnutzt während bei Verwendung der Rolle diese mehr abgenutzt werde. Die Gelehrten sind sich also noch nicht einig, welche Einrichtung die bessere ist.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XV. Erwerb von Flächen an der Leopoldstraße.

Nach dem Ortsbauplane soll dem an der Leopoldstraße Nr. ass. 311 gelegenen Grundstücke eine 0,32 qm große Straßenfläche angeschnitten und eine 0,55 qm große Fläche abgeschnitten werden. Ebenso ist eine 2,47 qm große Fläche des benachbarten Grundstücks Nr. ass. 6346 der genannten Straße zuzulegen. Aus Anlaß der von ihrem Eigentümer, dem Allgem. Konsumvereine, projektierten Neubebauung dieser Grundstücke sind jetzt Verhandlungen wegen Durchführung des Ortsbauplanes gepflogen, die ihren Abschluß dahin gefunden haben, daß der Austausch der Flächen unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 50 M pro qm erfolgt. Dem Antrage des Magistrates, sich damit einverstanden zu erklären, daß

dieser Austausch unter den angegebenen Bedingungen erfolge und die Stadt hier-  
nach einen Betrag von 135 M zuzahle,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr  
Fricke berichtet, zu.

## XVI. Erwerb von Flächen an der Kaiserstraße 2c.

Der Musikalienverleger, Kommerzienrat Vitolf, hat nach Ankauf und Neu-  
bebauung der an der Kaiserstraße gelegenen Grundstücke die stadtseitige Abnahme  
der der Straße zuzulegenden Teilflächen sowie die Auflassung der seinem am Woll-  
markte gelegenen Grundstücke schon im Frühjahr 1903 zugelegten Straßenfläche  
beantragt. Die von der Stadt zu erwerbenden Flächen sind zu 18 qm und die  
dem Vitolf'schen Grundstücke am Wollmarke ange schnittene Fläche zu 3 qm ver-  
messen. Für die letztere Fläche war schon früher ein Preis von 60 M pro qm  
gutgeheißen und für die der Kaiserstraße zuzulegenden Flächen wird vom Antrag-  
steller der gleiche Preis gefordert. Es wird ersucht, dem stadtseitigen Erwerbe der  
der Kaiserstraße zuzulegenden 18 qm zum Einheitspreise von 60 M zuzustimmen,  
was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, geschieht.

## XVII. Erwerb von Flächen an der Goslar'schenstraße.

Zur Regulierung der Goslar'schenstraße ist u. a. der stadtseitige Erwerb zweier  
8 qm großen Flächen erforderlich, die dem Kohlenhändler Brede resp. den Erben  
seiner Ehefrau gehören. Der Magistrat ersucht, dem Erwerbe der beiden Flächen  
zum Gesamtpreise von 51 M zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Rieke den Antrag namens der Baukommission  
zur Annahme befürwortet hatte.

## XVIII. Anbau an das Verwaltungsgebäude des Marstallgrundstücks.

In der Sitzung vom 21. November 1907 — Seite 290 des Berichtes — hatte  
die Versammlung verschiedene Baulichkeiten für das Straßenreinigungsinstitut ge-  
nehmigt, dabei aber die Errichtung eines Umkleideraumes bis zur Vorlegung eines  
besonderen Entwurfs einstweilen zurückgestellt. Auf Veranlassung des Magistrates  
hat nunmehr die städtische Bauverwaltung ein neues Projekt zur Errichtung eines  
zur Aufnahme von Schränken bestimmten Anbaues an das Verwaltungsgebäude auf  
dem Marstallgrundstücke an der Taubenstraße vorgelegt. Dem Anbau ist jetzt eine  
mehr längliche Gestalt gegeben. Die lichten Abmessungen des neu zu schaffenden  
Schränkraumes betragen nunmehr  $10,35 \times 2,50$  m und sind so gewählt, daß darin  
26 Schränke von 0,50 m Breite aufgestellt werden können. Auch sonst sind zweck-  
entsprechende Aenderungen an dem früheren Entwurfe vorgenommen worden.  
Magistratsseitig wird ersucht, diesem Projekte mit der Abweichung zuzustimmen,



daß das Dach des Anbaues unter Aufwendung einer Summe von 300 M altanartig ausgebaut wird, weil hierdurch dem Marstallverwalter die Aufsicht über das Marstallgrundstück nicht unwesentlich erleichtert wird. Die für den Anbau zur Verfügung zu stellende Summe beträgt danach insgesamt 2300 M.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

### XIX. Ausbau eines Teiles der Gellerstraße.

Ueber den Ausbau der Gellerstraße zwischen dem Neustadtringe und der Landeseisenbahn hat die städtische Bauverwaltung verschiedene Projekte ausgearbeitet, von denen der Magistrat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte der Anordnung III den Vorzug gibt. Ein genauer Kostenanschlag darüber liegt noch nicht vor. Um die städtische Bauverwaltung nicht mit einer eventuell vollständig überflüssigen Arbeit zu belasten, fragt der Magistrat an, ob Anordnung III auch die Billigung der Versammlung findet.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling schlägt die Baukommission vor, sich im Prinzipie mit der Ausführung der Anordnung III einverstanden zu erklären.

Herr Sander: Ich vermissе auch hier wieder einen Radfahrweg.

Herr Frühling: Es ist dieselbe Anordnung gewählt wie bei anderen Straßen: die Strecke neben den Bordsteinen wird auf eine Breite von 60 cm mit Schladensteinen gepflastert werden.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

### XX. Bauliche Aenderungen in den städtischen Schulgebäuden.

Von der städtischen Bauverwaltung werden die folgenden baulichen Aenderungen in den hiesigen städtischen Schulgebäuden zur Verhütung etwaigen durch Brand oder Panik entstehenden Unglücks in Vorschlag gebracht:

- a) die Umänderung der äußeren Eingangstüren dergestalt, daß sie, soweit dies nicht schon der Fall ist, nach außen aufschlagen. Es würden dabei in Betracht kommen insgesamt 48 Türen, für die rund 7000 M aufzuwenden wären;
- b) die entsprechende Umänderung derjenigen Klassentüren, die nach innen aufschlagen; derartige Türen sind noch 68 Stück vorhanden, für die 2500 M aufzuwenden sein würden;
- c) die Unterputzung des zumeist frei über dem Kellereingange liegenden ersten Laufes derjenigen Gechofstreppen, die noch aus Holz hergestellt sind, mit einem Kostenaufwande von etwa 1000 M;
- d) die Anbringung von selbsttätigen Schließern an den die Kellerräume von den Treppenhäusern abschließenden Türen, deren Herstellung ebenfalls rund 1000 M kosten würde.

Der Magistrat ersucht, der Ausführung dieser Bauarbeiten zuzustimmen und die zu insgesamt 11500 M veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, zugestimmt.

## XXI. Aenderungen an der Gestaltung von Fensteröffnungen am Gewandhause.

Die Handelskammer hat den Magistrat auf Grund des § 4, Absatz 2 des Vertrages wegen Einräumung des Nießbrauchrechtes am Gewandhause ersucht zu genehmigen, daß im Ostgiebel eine andere Gestaltung der Fensteröffnungen des Kellergeschosses unter dem östlichen Vorbau vorgenommen werden darf. Da der Magistrat im Einvernehmen mit der städtischen Bauverwaltung der Ansicht ist, daß die Aenderung im Interesse der angrenzenden Wirtschaftsräume zweckdienlich und vom baukünstlerischen Standpunkte aus nicht zu beanstanden ist, so gibt er anheim, ihrer Ausführung zuzustimmen.

Herr Frühling: Die Baukommission hat sich dem Antrage des Magistrats angeschlossen und gibt Zustimmung anheim.

Herr Lübke: Ich werde mich hierbei der Abstimmung enthalten und möchte nur zur Orientierung sagen, daß eigentlich nichts neues vorliegt. Es ist nur wesentlich unterlassen, auf diese Aenderung hinzuweisen bei dem Gutachten, das Ihnen seinerzeit vorgelegen hat. Die Aenderung ist von Anfang an in dem Projekte vorgesehen gewesen, auch war der vorliegende Plan schon entsprechend ausgeführt und in dem hier seinerzeit ausgestellten Modell die Aenderung ebenfalls berücksichtigt. Eine sachliche Aenderung ist daran also nicht vorgenommen.

Herr Frühling: Wenn die Sache so wäre, wie sie Herr Lübke hier darstellt, so hätte die Handelskammer einen Antrag gar nicht zu stellen brauchen. Ich persönlich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Lübke, jedoch ist der Fall in der Baukommission nicht erörtert worden, weil er dort nicht zur Sprache gebracht wurde. Aenderungen am Bauplane, die nicht besonders kenntlich gemacht worden sind, können nicht stillschweigend genehmigt sein; das ist eine Unterstellung, die wir nicht anerkennen können. Wenn es sich um einen so wichtigen Punkt handelt, so muß uns bei Vorlegung des Planes gesagt werden, daß die und die Aenderung darin enthalten ist. Ich habe dies nur erwähnt, um die Rechte der Versammlung zu wahren und um zu erklären, daß wir den Standpunkt des Herrn Lübke nicht teilen, sondern daß unserer Meinung nach der Antrag der Handelskammer nach dem Vertrage erfolgen mußte. Im übrigen hat sich ja die Handelskammer selbst ebenfalls auf unsern Standpunkt gestellt.

Herr Lübke: Ich stehe ebenfalls auf dem Standpunkte des Herrn Frühling und weil ich das tue, so muß ich betonen, daß die Aenderungen schon auf dem

Pläne und dem Modelle deutlich dargestellt waren. Die Pläne zeigen die beabsichtigten Aenderungen ganz deutlich, jedoch kann nicht bei jeder Aenderung vermerkt werden: „Achtung, hier ist eine Aenderung vorgenommen!“ Ich werde doch schließlich hier in der Versammlung keine Unwahrheiten vorbringen. Wenn es in der Kommission nicht besonders erwähnt ist, so liegt es daran, daß niemand die Sache angefnitten hat. Nicht ein Tiffelchen ist hinterher an dem Plan geändert worden. Im übrigen teile ich den Standpunkt des Herrn Frühling, wenn ich irgend eine Aenderung an dem Plane vornehmen wollte, würde ich verpflichtet sein, davon Mitteilung zu machen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube, es ist gut, wenn wir recht bald Ferien machen, denn wir werden anscheinend nervös. (Heiterkeit.) Man kann doch nicht behaupten, es sei Herrn Lübke der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gemacht worden. Die Sache liegt folgendermaßen: Von der Handelskammer ist beantragt worden, die städtischen Behörden möchten die Aenderung an den Fenstern genehmigen. Darauf schickt der Magistrat die Sache an die städtische Bauverwaltung, welche erklärte, daß diese Aenderung nach ihrer Erinnerung noch nicht ausdrücklich genehmigt worden sei. Der Herr Stadtbaurat Winter sagte mir, daß nach seiner Erinnerung die Einzelheiten über die Gestaltung der Fenster in den früheren Plänen nicht enthalten gewesen seien. Was soll nun der Magistrat machen? Er nimmt an, daß die Pläne etwas Neues enthalten und muß daraufhin einen entsprechenden Antrag an die Versammlung gelangen lassen. Wenn sich die Sache wirklich so verhalten sollte, wie Herr Lübke eben erklärt, so fassen wir höchstens einen überflüssigen Beschluß, und das schadet auch nichts. Weshalb sollen wir uns wegen einer solchen Sache hier in die Haare fahren und uns das Leben sauer machen? Ich möchte wirklich bitten, nicht weiter auf die Sache einzugehen. Ein Fehler ist dabei gemacht, aber der trifft gewiß den Magistrat; denn der hätte müssen die Pläne mit Nummern versehen lassen und der Handelskammer sagen: Reicht uns die Pläne ein über das, was vorhanden ist, dann konnten wir jeden Augenblick nachweisen, was vorgelegen hat. Im übrigen werden wir uns schon mit der Handelskammer verständigen, und deren Baumeister, Herr Professor Lübke, hat das Bestreben, das Haus in keiner Weise zu verunstalten, so daß wir darüber beruhigt sein können. Im Notfalle haben wir ja auch den Vertrag in der Hand. Herrn Frühling muß ich recht geben: so detailliert ist unsere Beschlußfassung damals nicht gewesen. In verschiedenen Plänen finden sich z. B. weiße Oeffnungen vor, mit denen sich alles mögliche machen läßt, und die städtischen Behörden müssen doch das Recht haben, sich dazu zu äußern.

Herr Frühling: Es ist mir unerklärlich, weshalb Herr Lübke Einwendungen gegen meine Ausführungen erhebt. Weshalb hat denn die Handelskammer überhaupt den Antrag gestellt? Wir haben jedenfalls keinen Grund, den Antrag der

Handelskammer zurückzuweisen. Es handelt sich hier um eine Prinzipienfrage. Damals haben uns nicht so genaue Pläne vorgelegen, daß wir hätten Vergleiche anstellen können, aber wenn auch, so bin ich doch der Meinung, daß uns nicht nur Pläne eingereicht werden müssen, aus denen wir heraussuchen können, was geändert werden soll, sondern daß uns Beschreibung und Nachweisung mitgeteilt werden muß, aus denen wir ersehen können, was geschehen soll. Es sind uns damals tatsächlich verschiedene Änderungen mitgeteilt worden, aber diese Änderung war nicht erwähnt. Ich beantrage nochmals die Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## XXII. Erwerb einer Fläche zur Helenenstraße.

Zu dem von den städtischen Behörden beschlossenen Ausbau der Helenenstraße zwischen Frankfurterstraße und Cyriaksring ist u. a. der Erwerb einer 1,55 a großen Fläche des der Feldmarksgemeinde Wilhelmitor gehörigen Grabens Nr. 91 erforderlich. Dem Antrage des Magistrates, ihn zum Ankauf der Fläche für den Einheitspreis von 5 M pro qm zu ermächtigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet.

## XXIII. Geschäftsordnungsdebatte.

Stellvertr. Vorsitzender: Ich möchte fragen, ob wir die vorliegenden Anträge und Anfragen noch begründen lassen wollen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich muß es selbstverständlich Ihnen überlassen, ob Sie die Anträge usw. noch behandeln wollen, aber ich möchte bitten, wenigstens nicht alle Punkte von der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung zurückzustellen. Wenn die Anfragen und Anträge nicht für sehr dringlich gehalten werden, so bitte ich von deren Behandlung heute abzugehen.

Stellvertr. Vorsitzender: Ich nehme an, daß Sie einverstanden sind, von der Begründung der Anträge usw. für heute abzugehen. (Zustimmung.)

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7<sup>3/4</sup> Uhr.

Am Schlusse der vertraulichen Sitzung stellte und begründete Herr Jasper den Antrag, die Deffentlichkeit der Sitzung wiederherzustellen und darauf die von den Herren Rieke und Ohlendorf gestellten Anfragen noch zu erledigen. Der Antrag wurde angenommen, und darauf die Deffentlichkeit der Sitzung wiederhergestellt.

#### XXIV. Anfrage Rieke: Absperrungsmaßregeln beim Herzoglichen Residenzschlosse.

Die Anfrage lautet:

„Wie stellt sich der Magistrat im Interesse der hiesigen Einwohner zu den Absperrungsmaßregeln der Herzoglichen Hofhaltung am Schloßplaze usw.“

Herr Rieke (zur Begründung): Bei der Neugestaltung der hiesigen Regentenschaft sind bekanntlich recht einschneidende Maßnahmen hinsichtlich des Schloßplatzes getroffen worden. Zunächst wurde am Ackerhose eine Planke gezogen und der Verkehr über den Schloßplatz zeitweilig gesperrt. Wenn nun auch ein Anlaß und eine Berechtigung hierzu insofern vorgelegen haben mag, als die Jugend und auch andere Leute den hohen Herrn bei dem Betreten des Marstallgrundstückes belästigt haben, so war es doch nicht erforderlich, hier dauernd eine Beschränkung des Verkehrs der tätigen und arbeitenden Bevölkerung sowie der Beamten eintreten zu lassen, zumal aus der Zeit der Regierung Herzog Wilhelms und des Regenten Prinzen Albrecht niemals über Behelligungen durch das Publikum geklagt worden ist. Bei den jetzigen Maßnahmen hat man das Gefühl, als ob hier ein Usurpator eingezogen sei und unter solchen Verhältnissen kann nicht erwartet werden, daß die Bevölkerung einer solchen Regierung Liebe, Achtung oder Zuneigung entgegenbringen werde, abgesehen davon, daß wir heute im Zeichen des Verkehrs stehen. Es muß auffallen, daß gegen diese Maßnahme sich noch keine Zeitung und kein Verein, der vorgibt, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, gewandt und versucht hat, die Maßnahme rückgängig zu machen. Wenn der neue Regent sich elektrisches Licht anlegt oder sonstige Verbesserungen im Schlosse trifft, so würde sich darüber wohl niemand aufregen, ob aber eine bauliche Aenderung wie z. B. die dauernde Sperrung des Schloßportals notwendig ist und im Interesse des Hauses geschieht, das doch dem Lande Braunschweig gehört, erscheint mir zweifelhaft. Da uns das Recht der Einsprache zur Seite steht, so möchte ich diese Sache hier zur Sprache bringen. Es ist schon bedauerlich, daß bei der allgemeinen Wohnungsenquete wir nicht einmal so viel Recht haben, das Schloß zu betreten, um nachzusehen, ob z. B. den feuerpolizeilichen Vorschriften genügend Rechnung getragen wird, zumal die Schloßgebäude in dieser Beziehung vielleicht schlechter stehen, als

viele andere Gebäude, weil in einzelnen Gebäuden das trockene Holz bis oben unter die Decke gepackt ist. Wenn aber der Zustand des Schlosses so feuergefährlich ist, so kann das auch unser Schaden werden, weil das Schloß dem Lande gehört. Der jetzige Zustand der Portalöffnung muß als eine Plage für das Publikum angesehen werden. Man weiß nie, ob der Schliß geöffnet ist, und der Militärposten hat weiter nichts zu tun, als mit der Flinte auf dem Buckel den Leuten zu sagen, wo sie herumgehen müssen. Das sind wahrhaft mittelalterliche Zustände. Es ist Sache des Magistrats, im Interesse der gesamten Bürgerschaft seinen Einfluß dahin geltend zu machen, ob nicht in irgend einer Weise die früheren Verkehrsverhältnisse wieder hergestellt werden können.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Was die letztere Bemerkung betrifft, so stehe ich allerdings auch auf dem Standpunkte, daß der Magistrat die Aufgabe hat, die Interessen der Bürgerschaft nach allen Richtungen hin wahrzunehmen. Diese Aufgabe wird dem Magistrate aber nicht erleichtert, wenn Herr Riese bei der Begründung seiner Anfrage von Sr. Hoheit dem Herzog-Regenten als von einem Usurpator spricht. Der hohe Herr ist verfassungsmäßig zum Regenten gewählt und hat die Wahl angenommen, wie kann man da von einem Usurpator sprechen? Ich hatte mir vorgenommen, diese Sache in einer der nächsten Sitzungen des Stadtmagistrates sowieso zur Sprache zu bringen. Ich trage keine Bedenken, offen anzuerkennen, daß ein großer Teil der Einwohnerschaft sich durch die von Herrn Riese erwähnten Maßnahmen belästigt fühlt, und es wäre auch wunderbar, wenn man das leugnen wollte. Auf der anderen Seite muß man aber auch berücksichtigen, daß es sich hierbei um zwei ganz verschiedene Fragen dreht, nämlich einmal um die Rechtsfrage und dann um die Frage der Rücksichtnahme auf die Herrschaften, die im Schlosse zu wohnen die Aufgabe haben.

Bezüglich der ersteren Frage würde es uns wohl sehr schwer werden nachzuweisen, daß der Einwohnerschaft solches Recht zusteht. Die Möglichkeit, daß solches Recht für die Einwohnerschaft erlassen ist, kann ich nicht in Abrede stellen, wenn auch das Bürgerliche Gesetzbuch solches Erfügungsrecht nicht mehr kennt. Ob aber viele hiesige Einwohner in dem Bewußtsein durch das Schloß gegangen sind, daß es ihr Recht sei, möchte ich bezweifeln.

Wenn man bezüglich der zweiten Frage erwägt, ob ein genügender Grund für die das Schloß bewohnenden Herrschaften vorliegt, die Absperrrungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten, so kann ich nicht leugnen, die Frage bejahen zu müssen. Wer von Ihnen hat wohl eine Wohnung oder ein eigenes Grundstück, das so exponiert liegt, wie die Schloßgebäude. Die höchsten Herrschaften sind nicht in der Lage, aus dem Schloß herauszutreten, ohne daß eine Korona von Publikum sich um sie sammelt. Ich persönlich würde für einen solchen Wohnsitz danken

müssen, denn wenn ich meine Ruhe haben will, darf meine Wohnung nicht so liegen, daß mich jeden Augenblick jemand belästigen kann. Wir haben aber doch wohl alle die Ueberzeugung — ich weiß allerdings nicht, ob sich Herr Riese mir dabei anschließt —, daß es wünschenswert ist, wenn die Familie des Regenten, oder wenn sich die Verhältnisse ändern sollten, man weiß nicht, was die Zukunft bringt, des Herzogs, tunlichst lange hier in der Stadt wohnt; wenn wir das aber erreichen wollen — und meiner Ueberzeugung nach liegt es im Interesse der Stadt —, dann müßten selbstverständlich Vorrichtungen und Einrichtungen getroffen werden, die den höchsten Herrschaften den Aufenthalt im hiesigen Schlosse und seiner Umgebung nicht geradezu unerträglich machen. Wenn man aber gesehen hat, wie es zu Beginn der Anwesenheit der höchsten Herrschaften in hiesiger Stadt zugegangen ist, so muß ich erklären, daß mir persönlich das unerträglich gewesen wäre und ich mir meinen Wohnsitz ebenfalls angenehmer zu gestalten suchen würde.

Es ist also die Maßnahme getroffen worden, das Mittelportal des Schlosses zu schließen. Das ist allerdings nicht sowohl aus den soeben erörterten Gründen geschehen, als vielmehr um das Schloß in seinem Innern besser bewohnbar zu machen. Wer die innere Einrichtung des Schlosses kennt — und Sie werden wohl alle schon einmal Gelegenheit gehabt haben, das Schloßinnere zu besichtigen —, muß sich sagen, das Schloß ist alles andere, nur keine Familienwohnung. Es sind wohl große Repräsentationsräume vorhanden, im übrigen sind aber die eigentlichen Wohnräume nur mäßig, d. h. sie sind ungemütlich nach jeder Richtung hin. Und wenn es vorgekommen ist, daß im Schlosse anwesender Besuch von einem Flügel des Schlosses nach dem anderen mit dem Wagen befördert werden mußte, weil der Besuch sonst durch den Thronsaal und den Speisesaal hätte gehen müssen, so ist es erklärlich, wenn man sagt, diese Zustände sind unhaltbar. Es läßt sich also darüber kaum streiten, daß vom Standpunkte der Bewohner des Schlosses aus die Maßnahme der Schließung des Schloßportals durchaus erklärlich ist. Nun habe ich mir überlegt, ob man nicht, um der Einwohnerschaft entgegenzukommen und um die Unannehmlichkeit der Maßnahmen tunlichst wieder zu beseitigen, sich mit der Herzoglichen Generalhofintendantur in Verbindung setzen und anfragen könnte, in welcher Weise es möglich wäre, Erleichterungen zu schaffen. Das ist vielleicht möglich, wenn man berücksichtigt, daß der wesentlich abkürzende Weg vom Ritterbrunnen nach dem Alckerhofe nicht aufgehoben ist, abgesehen von der Zeit, wo die Tür am Alckerhofe geschlossen wird. Die Verbindung vom Wohlwege nach dem Alckerhofe ist nicht von so großer Bedeutung, weil der Umweg über die Langedammstraße nicht allzu erheblich ist; es muß aber trotzdem anerkannt werden, daß für den Passanten der Weg vom Langenhofe nach dem Alckerhofe durch das Schloß mindestens angenehmer und auch etwas kürzer ist. Es ließe sich aber auch wohl ein Modus finden, die Maßnahme der

Portalsperrung zu mildern, wenn ein angemessener Weg an der Nord- oder Südseite des Schlosses vorbei hergestellt würde. Ich hatte daher die Absicht, im Magistrate den Standpunkt zu vertreten, daß ich es nicht für ungeheuerlich halten würde, wenn die Stadt im Interesse der Einwohnerschaft für die Herrichtung eines solchen Fußweges Aufwendungen machen müßte.

Was die Schließung der Pforte am Ackerhofe betrifft, so läßt sich natürlich darüber streiten, ob die Herrichtung eines besonderen Torweges nötig war und nicht die Schließung des vorhandenen Tores genügte. Soviel ich weiß, haben es die höchsten Herrschaften nicht angenehm empfunden, wenn sie beim Betreten der Marstallgebäude immer von Zuschauern umgeben waren. Es kann daher nicht als unzulässig bezeichnet werden, wenn der Durchgang am Ackerhofe zu gewissen Zeiten gesperrt wird. Ich stehe indessen auf dem Standpunkte, daß es vielleicht angängig sein möchte, die Schließung der Pforte zu der Zeit nicht vorzunehmen, wo die höchsten Herrschaften hier nicht anwesend sind, und ich hoffe, daß in dieser Beziehung eine Aenderung eintritt, wenn ich auch irgend welche bestimmte Erklärung darüber naturgemäß nicht abgeben kann. Weiter kann ich hierüber nichts sagen. Wenn Sie sich dazu äußern wollten, so würde das dem Magistrate nur angenehm sein.

Die Besprechung der Anfrage wird beschlossen.

Herr Meyerhoff: Ich freue mich, daß der Herr Oberbürgermeister der Sache nähertreten will, jedoch könnte ich mich für die Uebernahme der Kosten eines Fußweges über den Schloßplatz nicht aussprechen. Wenn auch die Bürgerschaft kein verbrieftes Recht zur Benutzung des Schloßplatzes als Verbindungsstraße haben mag, so läßt sich doch eine gewisse Berechtigung der Bürgerschaft nicht bestreiten. So lange das Schloß steht, ist der Platz in der bisherigen Weise als Durchgang benutzt worden, und wenn uns die Hofhaltung entgegenkäme, so wäre es nicht mehr als recht und billig, daß sie auch die Anlegung eines festen Weges um das Schloß herum bezahlte, zumal um den Nordflügel herum schon feste Wege vorhanden sind. —

Die Anfrage gilt damit als erledigt.

## XXV. Anfrage Ohlendorf: Mißstände beim Volksbade an der Ferdinandstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie weit sind die Vorbereitungen des Magistrates geblieben, die anerkannten Mißstände des Bades an der Ferdinandstraße zu beseitigen?“

führt Herr Ohlendorf folgendes aus: In der Sitzung vom 20. Februar d. Js. habe ich Mißstände in der Badeanstalt an der Ferdinandstraße vorgebracht, worauf mir vom Magistratsstische erwidert wurde, daß diese Mißstände dem Magistrate bekannt seien. Auch ein Deputationsmitglied äußerte sich in dem gleichen Sinne



und vom Herrn Oberbürgermeister wurde eine Vorlage in Aussicht gestellt, die Remedur schaffen sollte. Trotzdem ist jetzt nach vier Monaten in der Sache noch fast gar nichts geschehen. Es sind wohl einige Rohre angebracht worden, jedoch helfen sie dem Hauptübelstande nicht ab, zumal die anderen reparaturbedürftigen Sachen noch heute dort vorhanden sind. Sicherlich wird dadurch mancher, der dort recht lange gebadet hat, veranlaßt werden, das Bad nicht mehr aufzusuchen, denn es kann wohl niemand zugemutet werden, dort gern zu baden. Selbst die Badewannen sind in einem so schlechten Zustande, daß eine Aenderung getroffen werden muß. Ich bitte daher, daß in dem Bade etwas geschieht, sonst tragen wir selber dazu bei, daß die Zahl der genommenen Bäder noch mehr zurückgeht.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Deputation hat vor etwa zehn Wochen eine Besichtigung der Brausebäder vorgenommen, und wir haben bei der Gelegenheit an der Ferdinandstraße die hier früher erhobenen Mängel bestätigt gefunden. Ich muß indessen bestreiten, daß die Verhältnisse dort so schlecht wären, daß man sich scheuen sollte, in der Anstalt zu baden. Vor mehreren Tagen habe ich mir eine ganze Reihe von Zellen angesehen, die sehr sauber aussehen und deren Mängel man erst erkennen wird, wenn man die Zellen näher in Augenschein nimmt. Die Holzbekleidungen sind allerdings durch das fortwährende Wasserspülen morsch geworden, und es ist wünschenswert oder teilweise auch notwendig, daß in einzelnen Zellen neue Bretter eingefügt werden. Die städtische Bauverwaltung ist auch bereits beauftragt worden, einen Kostenanschlag einzureichen. Dabei wird es sich indessen voraussichtlich nicht um eine Ausgabe handeln, die aus den laufenden Einnahmen bestritten werden kann, sondern ich fürchte, daß der Kostenanschlag den uns überkommenen Reservefonds aufbrauchen wird. Nähere Angaben kann ich darüber noch nicht machen; ich werde mich aber bemühen, den Kostenanschlag bald zu bekommen und ihn dann möglichst schnell zur Ausführung bringen zu lassen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 8 bis 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

# Bericht

## über die

# Verhandlungen der Stadtverordneten

## zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. September 1908.

---

### Tagesordnung:

I.	Dienstverhältnisse zweier Beamten . . . . .	Seite 183
II.	Antrag Wechsel: Teuerungszulage für die städtischen Beamten usw. . .	" 189
III.	Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße . . . . .	" 190
IV.	Antrag Sander: Beseitigung des Brunnens auf dem Rabellinte . . .	" 191
V.	Anfrage Fricke: Gehaltserhöhung für die städtischen Beamten usw. . .	" 191
VI.	Zuschuß für die Braunschweiger Baugenossenschaft . . . . .	" 191
VII.	Antrag auf Besteuerung der Konsumvereine usw. (Schluß) . . . . .	" 202
VIII.	Antrag Esdorn: Verbesserung des Pflasters vor dem landschaftlichen Hause	" 204
IX.	Prüfungsabgaben zu St. Magni. . . . .	" 205
X.	Anschaffung von Handtüchern für die Brausebäder . . . . .	" 206
XI.	Plattenbelag auf der Kreuzstraße . . . . .	" 206
XII.	Vergütung für eine Wärterin . . . . .	" 207
XIII.	Entrichtung einer Reichsschenkungssteuer . . . . .	" 207
XIV.	Anschaffungen für das städtische Arbeitsamt . . . . .	" 208
XV.	Ankauf zweier Grundstücke . . . . .	" 209
XVI.	Herichtung einer Kaffee-Kochstelle . . . . .	" 211
XVII.	Zuschuß an den Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen . . .	" 212

VIII.	Terrainerwerb zum Ausbau des Bienroderweges . . . . .	Seite 216
XIX.	Anschaffung eines Kraftfahrzeuges für die Feuerwehr . . . . .	" 217
XX.	Spende für Graf von Zeppelin und die Abgebrannten in Donaueschingen . . . . .	" 218
XXI.	Verzinsung der Umfasseuererträge. . . . .	" 220
XXII.	Errichtung von Gebäuden auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . .	" 221
XXIII.	Erweiterung des Armenhauses usw. . . . .	" 221
XXIV.	Zustandsetzung der Scharnstraße. . . . .	" 222
XXV.	Vermietung einer Wohnung an der Dieflerwegstraße. . . . .	" 223
XXVI.	Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	" 223
XXVII.	Wahl eines Ausschußmitgliedes . . . . .	" 224
XXVIII.	Mitteilung des Herrn Vorsitzenden . . . . .	" 224
XXIX.	Urkundenbuch der Stadt Braunschweig . . . . .	" 224
XXX.	Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle . . . . .	" 225
XXXI.	Anfrage Helmsold: Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße . . . . .	" 225

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte von Frankenberg und Lorb.

Entschuldigt die Herren Göcke, Konegen, Möhle, Ribbentrop und Ritter. Später erscheint Herr Esborn.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine sehr geehrten Herren! Seit wir uns zum letzten Male in diesem Saale zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben, ist Ihre Hoheit, die Frau Herzogin Elisabeth, die Gemahlin unseres hohen Regenten, aus dieser Zeitlichkeit abgerufen worden. Sie wissen alle, wie gern und wie schnell wir Braunschweiger uns mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß in unserem Schlosse wieder eine edle Frau waltete, die ihre Hände schirmend über alle Werke der Nächstenliebe breitete und die, getreu der Tradition ihres edlen Hauses, für Kunst und Wissenschaft ein warmes Herz hatte. Nur ein kurzes Jahr durften wir die hohe Frau die Unsere nennen. Wir müssen uns in Bescheidenheit der Majestät des Todes beugen. Als Vertreter der städtischen Behörden haben der Herr Oberbürgermeister und ich uns zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten nach Schwerin begeben, um unsere Stadt dort zu vertreten. Wir haben dabei Gelegenheit gefunden, in einer uns gewährten Audienz auszusprechen, wie die ganze Bürgerschaft durch den Verlust mit tief bewegt ist. Der Herzog-Regent hat uns beauftragt, hier an dieser Stelle auszusprechen, daß in diesen schmerzlichsten Tagen seines Lebens dies Beileid aus allen Kreisen der Bürgerschaft ihm ein großer Trost gewesen wäre. Wir, meine hoch-

geehrten Herren, werden der hohen Frau stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Ich bitte Sie, zum Zeichen, daß Sie meinen Worten Ihre Zustimmung verleihen, sich von den Sigen zu erheben. (Geschieht.)

Das inzwischen eingegangene Dankschreiben Sr. Hoheit wird den Akten überwiesen werden. —

Ghe wir in die Tagesordnung selbst eintreten, möchte ich einige Sachen geschäftlicher Art mit Ihnen besprechen. Ich habe mir erlaubt, in dieser Beziehung die Ansicht der Statutenkommission anzurufen, und ich gehe mit dieser konform. In der vorigen Sitzung, der ich nicht beiwohnen konnte, ist bemängelt worden, daß der Antrag des Schutzvereins für Handel und Gewerbe auf Besteuerung der Konsumvereine der Statutenkommission und nicht der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen worden war. Ich möchte feststellen, daß ich jede Vorlage eingehend darauf prüfe, welche Merkmale sie für die einzelnen Kommissionen interessant macht. Selbstverständlich kann ich dies nicht in der Richtung tun, daß ich mir die einzelnen Kommissionen daraufhin ansehe, was für Mitglieder darin sitzen. Ich habe in diesem Falle den Antrag der Statutenkommission überwiesen, weil ich ihn für eine rein juristische und sozialpolitische Angelegenheit halte. Die Diskussion hat mir darin auch recht gegeben.

Außerdem habe ich noch zwei andere Sachen zu erwähnen. Es ist voriges Mal bei diesem Punkte der Schluß der Debatte beantragt und, wenn auch nicht formell darüber abgestimmt wurde, mehr oder minder angenommen worden. Ich würde mich allerdings schwer dazu bereit finden, die Debatte wieder zu eröffnen, wenn einmal der Schluß angenommen worden ist, denn im parlamentarischen Leben würde das zu großen Unzuträglichkeiten führen. Sobald einmal die Mehrheit von ihrem Rechte Gebrauch macht, was ja zu großen Härten für die Minderheit führen kann, so kann die Debatte nur wieder eröffnet werden, wenn noch ein Magistratsmitglied das Wort zu dem Gegenstande nimmt. Es schien mir auch aus den Verhandlungen hervorzugehen, als ob Herr Esdorn seinen Antrag habe zurückziehen wollen; es dürfte daher zu erörtern sein, wie der Vorsitzende sich zu verhalten hat, wenn ein Antrag in der Debatte, nachdem er in einer Kommission vorberaten ist, zurückgezogen werden sollte. Im Landtage haben wir die absolute Vorschrift, daß ein Antragsteller seinen Antrag nicht mehr zurückziehen kann, sobald eine Kommission sich damit befaßt hat. Das scheint mir auch logisch richtig zu sein, denn wohin soll es führen, wenn ein Antrag von dem Antragsteller begründet und von einer Kommission vorberaten ist und er wird darauf zurückgezogen, so daß das Plenum sich nicht mehr damit befassen kann? Die Statutenkommission ist mit mir der Meinung, daß dieses Verfahren auch hier in gleicher Weise gehandhabt werden möchte.

Herr Leue (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es sich tatsächlich um einen Antrag Esdorn gehandelt hat; denn ich bin der Meinung, daß wir es mit einer Eingabe des Schutzvereins für Handel und Gewerbe zu tun hatten und ein Antrag Esdorn überhaupt nicht vorliegt. (Zustimmung.)

Herr Boge (zur Geschäftsordnung): Ein Antrag Esdorn liegt tatsächlich nicht vor.

Vorsitzender: Es handelt sich hier für mich um eine prinzipielle Entscheidung. Der Fall kann eintreten, daß jemand einen Antrag zurückzieht, nachdem eine Kommission schon darüber beraten hat, so daß deren Arbeit umsonst gewesen wäre. Für solchen Fall bitte ich, mir zu gestatten, dasselbe Verfahren eintreten zu lassen, wie es im Landtage gehandhabt wird, also dem Antragsteller die Möglichkeit der Zurückziehung seines Antrages zu nehmen, sobald eine Kommission sich bereits damit befaßt hat. (Zustimmung.)

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Herrn Leue gegenüber möchte ich bemerken, daß Herr Esdorn nur gesagt hatte, er wollte zu der Sache einen neuen Antrag einbringen.

Vorsitzender: Eingegangen ist noch ein Schreiben des Magistrates, wonach er sich infolge des in der Sitzung vom 14. Mai 1908 — Seite 126 des Berichtes — gefaßten Beschlusses, betreffend die bessere Instandsetzung der Böschungen und Wege am Theaterwall und Sandwege, mit einem entsprechenden Gesuche an die Herzogliche Vaudirektion gewandt und darauf unterm 22. Juni 1908 im Auftrage des Herzoglichen Staatsministeriums folgende Antwort erhalten hat: „Den Wünschen des Magistrates kann zurzeit schon deshalb nicht nähergetreten werden, weil die zukünftige rechtliche Gestaltung der Wallanlagen den Gegenstand von Erwägungen bildet. Herzogliches Staatsministerium hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß der Staat mit Opfern, welche über seine Verpflichtungen hinausgehen, die Wallanlagen in einem Zustande erhält, der mindestens der Stadt zur Zierde gereicht und der Gesundheit der Stadt wesentliche Dienste leistet. Daß einzelne Punkte der Besserung fähig sind, z. B. die Böschungen am Theaterwall und am Sandwege, wird nicht verkannt, ihre Besserung erfordert aber sehr hohe Ausgaben, für welche die Mittel zurzeit nicht zur Verfügung stehen.“

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine geehrten Herren! Gestatten Sie mir einige Worte in bezug auf die letzte Sitzung der geehrten Versammlung und zwar in bezug auf die Verhandlung, die veranlaßt ist durch die Anfrage des Herrn Riese wegen der Absperrungsmaßregeln beim Herzoglichen Residenzschlosse. Ich hatte in meiner Antwort u. a. gesagt: Wir haben aber doch wohl alle die Ueberzeugung — ich weiß allerdings nicht, ob sich Herr Riese mir dabei anschließt — daß es wünschenswert ist, wenn die Familie des Regenten, oder wenn

sich die Verhältnisse ändern sollten, man weiß nicht, was die Zukunft bringt, des Herzogs, tunlichst lange hier in der Stadt wohnt, . . .“ Diese meine Bemerkung ist in einem Teile der hiesigen Presse unrichtig wiedergegeben worden und zwar dahingehend, daß ich hätte sagen wollen, es könnte auch sein, daß der jetzige Regent später Herzog, also unser Landesherr würde. Eine bekannte Persönlichkeit, die sich nach meinen Erfahrungen besonders berufen fühlt, für die Interessen des Herzoglichen Hauses einzutreten, hat es für nötig gehalten, in einem scharfen Schreiben in der Zeitung dagegen vorzugehen und dabei von Hochverrat und ich weiß nicht, was noch zu sprechen — ich habe das Eingefandt nicht bis zu Ende gelesen.

Darauf kann ich nur erwidern, daß meine damalige Erklärung völlig mißverstanden worden ist. Die Annahme lag nahe, daß ich habe sagen wollen, daß die Verhältnisse genau ebenso liegen würden, als wenn der angestammte Herzog hier auf dem Throne säße. Diese meine Bemerkung war um so erklärlicher, als die Verhandlungen hier in der Versammlung stattgefunden haben zu der Zeit, als der zweite Sohn Sr. Königlichcn Hoheit des Herzogs von Cumberland einem deutschen Regimente zugeteilt wurde.

Es dürfte wohl genügen, wenn ich jetzt erkläre, man könnte zweifelhaft sein, ob es taktloser gewesen wäre, so en passant eine solche Verfassungsänderung hier als möglich anzudeuten, oder ob die Dummheit größer wäre, gerade jetzt so etwas vorzubringen, in dem Augenblicke, wo von seiten Sr. Königlichcn Hoheit des Herzogs von Cumberland ein Schritt unternommen ist, der nach allseitiger Auffassung das geeignetste Mittel ist, um die allseitig erstrebte Einigung zwischen dem Hause Braunschweig und der Krone Preußen herbeizuführen.

Wenn ich allein, persönlich, angegriffen worden wäre, so würde ich diese Sache auf sich haben beruhen lassen. Man hat mir zwar nahe gelegt, dagegen zu schreiben, allein das liebe ich nicht, und mir fehlt außerdem auch der Ton für ein solches Eingefandt; meiner Ansicht nach ist nur hier der Platz für eine derartige Erklärung. Wenn ich als Person angegriffen wäre, so würde ich nichts gesagt haben; ich möchte nur dagegen Verwahrung einlegen, daß dem Vorsitzenden des Stadtmagistrates unserer guten Stadt derartige unbegründete Vorwürfe gemacht werden.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Dienstverhältnisse zweier Beamten.

Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 2. April d. Js. dem Antrage des Magistrates gemäß die feste Anstellung des Brandmeisters Stude genehmigt hatte, ist Herzogliche Polizeidirektion mit Rücksicht darauf, daß dieser und dem

Magistrate die gemeinschaftliche Oberaufsicht über das Feuerlöschwesen nach § 1 des Statuts Nr. 19 vom 16. August 1875 zusteht, ersucht worden, der fraglichen Anstellung zuzustimmen. Diesem Antrage hat Herzogliche Polizeidirektion Folge gegeben, dabei jedoch darauf hingewiesen, daß sie sich vorbehalte, eventuell auch einer von den städtischen Behörden beschlossenen Entlassung des Brandmeisters ihrerseits zuzustimmen. Da dieser Vorbehalt selbstverständlich so gemeint ist, daß eine von den städtischen Behörden beschlossene Entlassung nur dann rechtswirksam sein könne, wenn ihr Herzogliche Polizeidirektion zustimmen sollte, so sah sich der Magistrat veranlaßt, die Rechtsverhältnisse des Kreisbranddirektors und des Brandmeisters überhaupt Herzoglicher Polizeidirektion gegenüber klarzustellen. In einem entsprechenden Schreiben führte der Magistrat aus, daß aus rechtlichen und Zweckmäßigkeitsgründen sowohl die Anstellung, als auch die Entlassung der beiden fest angestellten Beamten der Berufsfeuerwehr den städtischen Behörden allein werde zugestanden werden müssen. Herzogliche Polizeidirektion hat darauf die Richtigkeit dieser Ansicht bestritten und erklärt, auf die ihr in dieser Sache zustehenden Rechte nicht verzichten zu können.

Bei Prüfung und Entscheidung der Frage, wie dieser Stellungnahme Herzoglicher Polizeidirektion gegenüber stadtseitig zu verfahren sei, werden die nebenher geltend gemachten Zweckmäßigkeitsgründe, so schwerwiegend sie unter Umständen auch sein können, auszuscheiden haben; es wird vielmehr ausschließlich die Rechtsfrage zu erörtern, d. h. es wird zu fragen sein, ob das den Städten durch den § 53 Nr. 2 der Neuen Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 und durch die §§ 122—127 der Städteordnung gewährleistete Recht, ihre Beamten — abgesehen von dem der landesfürstlichen Bestätigung bedürftigen Vorstehenden des Stadtmagistrats — frei durch die städtischen Behörden erwählen zu lassen, in der Stadt Braunschweig in bezug auf die beiden in Rede stehenden Beamten nicht mehr besteht. Da das fragliche Recht der Stadt nicht genommen ist, so kann auch die Ansicht Herzoglicher Polizeidirektion, daß die staatsseitige Zahlung eines Zuschusses zu den Kosten des Feuerhilfswesens (Art. 7 des Vertrages vom 1./10. August 1858) das in Rede stehende Recht der hiesigen Stadt einschränke, für zutreffend nicht erachtet werden. Denn wenn diese Einschränkung beabsichtigt wäre, so hätte darüber beim Abschlusse des Vertrages das Nähere vereinbart werden müssen; überdies würde, wenn die Ansicht der Herzoglichen Polizeidirektion richtig wäre, dem Staate ein gleiches Mitbestimmungsrecht in bezug auf alle diejenigen Zweige der Stadtverwaltung zustehen, zu deren Kosten der Staat vertragsgemäß Zuschüsse zu leisten hat. Der Vertrag vom Jahre 1858 verleiht der Herzoglichen Polizeidirektion das von ihr in Anspruch genommene Recht nicht, und es bleibt somit nur zu prüfen, ob nicht auf Grund des vorgedachten städtischen Statuts oder auf Grund des § 2 des Gesetzes über das Feuerhilfswesen (Nr. 16 vom 2. April 1874)

der Herzoglichen Polizeidirektion das beanspruchte Recht zusteht. In dieser Beziehung möge folgendes bemerkt werden:

a) Weder in diesem Gesetze noch in jenem Statute ist über die jetzt streitig gewordene Frage, wem das Recht der Entlassung des Brandmeisters zustehe, irgend eine Vorschrift enthalten. Das der Herzoglichen Polizeidirektion durch das angeführte Statut eingeräumte Recht der gemeinsam mit dem Magistrate auszuübenden Oberaufsicht kann sich aber auf die Entlassung des Brandmeisters schon um deswillen nicht erstrecken, weil zur Zeit des Erlasses des Statuts das fragliche Amt nicht existierte und weil ferner das Recht der Stadt, ihre Beamten frei zu wählen und deren Rechtsverhältnisse selbständig zu regeln, nicht wohl dadurch verloren gehen konnte, daß zur Zeit der Schaffung der Brandmeisterstelle auf eine Aenderung der fraglichen Statutarvorschrift nicht Bedacht genommen ist. Denn jenes Recht der Stadt beruht auf Gesetz, das durch Statut nicht zu ändern war, und auch ein Verzicht auf das fragliche Recht kann in dem Erlasse bezw. in dem Bestehenlassen der fraglichen statutarischen Vorschrift nicht wohl gefunden werden.

Dabei mag noch bemerkt werden, daß bislang die — allerdings sämtlich auf Antrag erfolgten — Entlassungen der Brandmeister ohne Mitwirkung der Herzoglichen Polizeidirektion vor sich gegangen sind.

b) Auch über die Annahme bezw. feste Anstellung des Brandmeisters ist in dem angeführten Statute und in dem Gesetze vom 2. April 1874 nichts gesagt, und es wird daher — abgesehen von der weiter unten zu erörternden Kostenfrage — aus den vorstehend angeführten Gründen angenommen werden dürfen, daß die städtischen Behörden auch bei der Besetzung der Brandmeisterstelle an die Zustimmung Herzoglicher Polizeidirektion nicht gebunden sind.

c) Etwas anders liegt die Sache bei der Stelle des Kreisbranddirektors, der nach § 1 des oben angeführten Statuts Nr. 19 vom 16. August 1875 und nach § 2 Absatz 3 des Gesetzes Nr. 16 vom 2. April 1874 von dem Magistrate in Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizeidirektion zu ernennen ist. Der Magistrat ist nun zwar nach wie vor der bereits Herzoglicher Polizeidirektion gegenüber vertretenen Ansicht, daß diese Vorschrift nur deshalb in das Gesetz hat aufgenommen werden können, weil man annahm, die fragliche Stelle werde dauernd nebenamtlich verwaltet werden, und daß sie jetzt, nachdem ihre Umwandlung in ein Hauptamt erfolgt ist, nicht mehr am Platze, insbesondere aber mit den Vorschriften der Verfassung und der — nach dem Gesetze vom 2. April 1874 erlassenen — neuen Städteordnung nicht vereinbar ist. Aber es ist anzuerkennen, daß der Wortlaut der fraglichen Vorschrift — als einer *lex specialis* — der Herzoglichen Polizeidirektion ein Mitwirkungsrecht einräumt und daß sie überdies insofern nicht bedenklich ist, als eine aus dem Mitbestimmungsrechte Herzoglicher Polizeidirektion sich etwa ergebende Verzögerung bei der Ernennung dieses



Beamten in der Regel nicht mit erheblichen Unzuverlässigkeiten verbunden sein wird. Dagegen können sich allerdings sowohl im Falle einer seitens der städtischen Behörden etwa für erforderlich erachteten Entlassung des genannten Beamten als dann die ärgsten Unzuverlässigkeiten ergeben, wenn bei Erörterung einer solchen Maßnahme gegensätzliche Anschauungen zwischen Herzoglicher Polizeidirektion und dem Magistrate zutage treten sollten. In Fällen dieser Art ist Doppelherrschaft zweier gleichberechtigter Faktoren nicht am Platze, und es ist auch zu besorgen, daß, wenn die Entlassung von den städtischen Behörden (ungeachtet der Aufnahme eines bezüglichen Vorbehalts in die Anstellungsurkunde) ohne Zustimmung Herzoglicher Polizeidirektion nicht möglich sein sollte, auch die dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats nach § 131 Nr. 2 der Städteordnung zustehende Disziplinargewalt in bedenklicher Weise eingeschränkt sein würde.

Um derartige Unzuverlässigkeiten zu vermeiden, wird daher darauf zu bestehen sein, daß in den vorgedachten Fällen der Herzoglichen Polizeidirektion ein Mitwirkungsrecht nicht eingeräumt werden könne, und zwar um so weniger, als das Gesetz vom 2. April 1874 den § 36 der Kreisordnung analog angewandt wissen will (vergl. § 4 Abs. 2 der Kreisordnung), wonach wegen unwürdigen Verhaltens der Kreisbranddirektor durch Beschluß der städtischen Behörden seines Amtes soll enthoben werden können.

d) Daß der Herzoglichen Polizeidirektion eingeräumte Obergewalt dürfte seine statutarische Festlegung lediglich der Erwägung verdanken, daß einerseits beim Ausbruch von Schadenfeuern die polizeilichen Organe im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung wesentliche Aufgaben zu erfüllen haben und andererseits dem Umstande, daß der Staat zu den Kosten des Feuerlöschwesens vertragsmäßig beizutragen hat. Die erstgedachten Funktionen wird die Polizei kraft eigenen Rechts und ohne dieserhalb einer Ermächtigung durch ein städtisches Statut zu bedürfen, auszuüben haben, und die sich auf die Beitragszahlung gründenden Rechte des Staates können voll und ganz zur Geltung gelangen, auch wenn die Herzogliche Polizeidirektion bei der Regelung der Dienstverhältnisse der beiden in Rede stehenden Beamten nicht mitwirkt. Es dürfte genügen, wenn, wie bisher, die städtischen Behörden bei Aufstellung des Voranschlages für das Feuerlöschwesen an die Zustimmung Herzoglicher Polizeidirektion gebunden sind, und wenn zu etwaigen außeretatmäßigen Aufwendungen für das Feuerlöschwesen der Staat nur unter der Voraussetzung den festgesetzten Beitrag leistet, daß die ihn vertretende Behörde (Herzogliche Polizeidirektion) sich mit solchen Aufwendungen ausdrücklich einverstanden erklärt. An diesen Rechten des Staates zu rütteln, liegt dem Magistrate durchaus fern, und die entgegengesetzte Auffassung Herzoglicher Polizeidirektion im Schreiben vom 26. Mai d. J. (zu Ziffer 2) trifft daher nicht zu. Ebenso wenig hat die Absicht vorgelegen, die Herzogliche Polizeidirektion zur

Aufhebung von Rechten zu veranlassen, die ihr zustehen. Das Vorgehen des Magistrates ist vielmehr dahin zu verstehen, daß bislang der Herzoglichen Polizeidirektion Rechte eingeräumt worden sind, die ihr — wenigstens zum Teil — tatsächlich nicht zustehen, und daß der Magistrat, um Unzuträglichkeiten und eine Verdunkelung bezw. Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte der Stadt zu verhüten, die Erklärung abgegeben hat, das bisher befolgte Verfahren nicht weiter beobachten zu können.

e) Es ist nicht bekannt, ob Herzogliche Polizeidirektion gewillt ist, der von ihr vertretenen Ansicht Geltung zu verschaffen, vielleicht in der Weise, daß sie, falls die städtischen Behörden die von Herzoglicher Polizeidirektion vertretene Auffassung unberücksichtigt lassen sollten, die der Stadtverwaltung vorgelegte Behörde (die Herzogliche Kreisdirektion) ersucht eingzugreifen und den Magistrat anzuweisen, das von Herzoglicher Polizeidirektion beanspruchte Recht anzuerkennen. Um für diesen Fall die Rechte der Stadt nicht zu gefährden, hält der Magistrat unter Hinweis auf die Vorschriften in den §§ 212 und 213 der Städteordnung für erforderlich, sich zuvor des Einverständnisses der Versammlung zu vergewissern und zwar nicht nur in bezug auf die jetzt allein streitige Frage der eventuellen zwangsweisen Entlassung des Brandmeisters, dessen Anstellungsurkunde bislang nicht ausgefertigt ist, sondern in bezug auf die rechtliche Stellung der beiden mehrgenannten Beamten überhaupt.

Zu dem Zwecke gibt der Magistrat anheim zu beschließen, daß

1. das bisher der Herzoglichen Polizeidirektion in bezug auf die Aufwendung von Kosten für das Feuerlöschwesen eingeräumte Mitwirkungsrecht der genannten Behörde auch ferner ungeschmälert zugestanden werde;
2. die — zufolge Vereinbarung mit der Versammlung — durch die städtischen Behörden erfolgende Wahl des Kreisbranddirektors, so lange das Gesetz vom 2. April 1874 nicht geändert wird, auch künftig nur mit Zustimmung Herzoglicher Polizeidirektion erfolge;
3. in bezug auf die Wahl des Brandmeisters und auf die Entlassung sowohl dieses Beamten, als auch des Kreisbranddirektors fortan der Herzoglichen Polizeidirektion ein Mitbestimmungsrecht nicht weiter zugestanden werde.

Schließlich wird noch bemerkt, daß vom Magistrate beabsichtigt wird, unter Hinweis auf diese Verhandlungen wegen Abänderung des Gesetzes Nr. 16 vom 2. April 1874 an zuständiger Stelle vorstellig zu werden.

Herr Voge: Die Statutenkommission ist bei Beratung der Vorlage zu dem Ergebnis gekommen, den Anträgen des Magistrates stattzugeben, und ich bitte Sie, in der Weise zu beschließen. Wenn wir diesen Beschluß in Uebereinstimmung mit dem Magistrate gefaßt haben, so können die Staatsbehörden ihn nach § 213 der Städteordnung nicht abändern, es sei denn, daß er für unüberträglich mit den

Gesetzen oder dem Gemeinwohl gefährlich gehalten wird. Beide Fälle können hier aber nicht zutreffen, sondern es handelt sich allein darum, daß wesentliche Rechte der Stadt dadurch gewahrt werden.

Herr Wolters: Die gegenwärtige Magistratsvorlage ist im großen Maße geeignet, das Interesse der geehrten Herren wachzurufen. Wenn die von der Herzoglichen Polizeidirektion hier gestellten Ansprüche von durchschlagendem Erfolge sein sollten, so würden wesentliche, durch die Verfassung, die Landesgesetze und die Statutargesetzgebung den städtischen Behörden gewährleistete Rechte gefährdet werden. Wie die Herren in ihrer Gesamtheit dabei interessiert sind, so ist das natürlich auch in hohem Maße der Fall bei derjenigen Korporation, die die Verwaltung des Feuerlöschwesens zu führen hat. Und diese Korporation, nämlich die Feuerlöschdeputation, denkt darüber ebenso wie der Magistrat. Zu den in der Vorlage angeführten Gründen möchte ich noch einige hinzufügen, die zu demselben Ergebnis kommen. Um einen Rechtsstandpunkt zu gewinnen, ist hinzuweisen auf die Bestimmungen des Feuerhilfsgesetzes vom 2. April 1874 und das betreffende städtische Statut von demselben Jahre, woraus man drei Folgerungen zu ziehen hat. Erstens ist die Person des Kreisbranddirektors die einzige, die bezüglich ihrer Wahl und Ernennung in Frage kommt; ferner ist lediglich die Rede davon, daß ihre Ernennung vom Magistrate unter Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizeidirektion erfolgt, daß also kein Mitbestimmungs- sondern nur ein Einspruchsrecht derselben besteht. Daraus ist schließlich weiter zu folgern, daß Wahl und Entlassung des Kreisbranddirektors nicht Sache der Herzoglichen Polizeidirektion ist.

Soweit Gesetz und Statut eine Person berühren, handelt es sich lediglich um die Person des Kreisbranddirektors. Die maßgebenden Bestimmungen des Gesetzes und Statuts von 1874 können auch nicht dadurch geändert werden, daß die innere Organisation der Feuerwehr heute eine andere geworden ist. Damals lag der Schwerpunkt auf der freiwilligen Feuerwehr und heute auf der Berufsfeuerwehr, was indessen hierbei gleichgültig ist. Im Anfange des Gesetzes und Statuts von 1874 ist allerdings das Feuerwehrwesen als der gemeinsamen Aufsicht von Magistrat und Polizeidirektion unterstehend hingestellt, aber von diesen allgemeinen Bestimmungen abweichend sind die besonderen Personalbestimmungen. In dem Gesetze vom 2. April 1874 wird im § 12 bezüglich der Bildung der Pflichtfeuerwehr gesagt:

„Die Entscheidung hierüber (nämlich die Auswahl der Mannschaften) trifft endgültig der Gemeinderat, in den Städten der Stadtmagistrat, welcher auch die Führer der Pflichtfeuerwehr ernennt und etwa nötige Dienstreglements erläßt.“

Hier ist also lediglich der Magistrat als die allein kompetente Behörde bezeichnet worden.

Ferner heißt es im § 15 desselben Gesetzes:

„Die Führer der beiden Abteilungen der Ordnungsmannschaft werden vom Gemeinderate resp. Stadtmagistrate ernannt.“

In der gleichen Weise drückt sich das städtische Statut von demselben Jahre aus; so daß bei den Personalfragen übereinstimmend der Magistrat als die allein ausschlaggebende Behörde hingestellt worden ist. Die einzige Ausnahme bildet die Ernennung des Kreisbranddirektors, der in der Stadt Braunschweig nach § 2 des Gesetzes vom Stadtmagistrate in Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizeidirektion ernannt wird. Ebenso wie der Brandmeister würde auch noch jede weitere bei der Feuerwehr beschäftigte Person von der Herzoglichen Polizeidirektion in Anspruch genommen werden können. Auch die Wahl und Ernennung der Feuerwehrführer erfolgt ohne Mitwirkung der Herzoglichen Polizeidirektion, wie im § 20 des Gesetzes zum Ausdruck gebracht worden ist. Also lediglich bei der Ernennung des Kreisbranddirektors steht der Herzoglichen Polizeidirektion das Recht der Mitwirkung zu und zwar nur insofern, als die Ernennung vom Stadtmagistrate „in Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizeidirektion“ stattfinden hat. Es geht daraus hervor, daß ihr nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht, sondern nur die Einlegung eines Veto zusteht. Ebenso muß zurückgewiesen werden, daß sie bei der Entlassung dieses Beamten mitzuwirken hat.

Aus allen diesen Gründen muß man unbedingt zu dem Ergebnisse kommen, daß die in der Vorlage gekennzeichneten Beschlußfassungen des Magistrates zu Recht bestehen. Auch ist es dringend wünschenswert, daß endlich eine Aenderung des mehrerwähnten Gesetzes eintritt, so daß auch der zweite Wunsch des Magistrates sehr zu befürworten ist. Ich empfehle also dringend, die Anträge des Magistrates anzunehmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

## II. Antrag Weichsel: Teuerungszulage für die städtischen Beamten usw.

Der Antrag lautet:

„Ich beantrage zu beschließen:

1. für die Zeit vom 1. April d. Js. bis zum Erlaß eines Statuts über anderweitige Regelung der Gehaltsätze der städtischen Beamten erhalten diese eine jährliche Teuerungszulage von 10 % ihres Gehaltes;
2. der Magistrat wird ersucht, schnelligst eine Vorlage zur Deckung der hierzu erforderlichen Mittel zu machen.“

Herr Weichsel: Der Antrag ist überflüssig geworden, nachdem inzwischen die darauf bezüglichen Vorlagen erschienen sind; ich ziehe ihn deshalb zurück.

### III. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß die durch den gesteigerten Fuhrwerksverkehr auf der Sidonienstraße hervorgerufenen schweren Schädigungen des Unterrichtsbetriebes der zweiten mittleren Bürgerschule baldigst beseitigt werden.“

Herr Bähr (zur Begründung): Als vor mehr als 30 Jahren das Schulgrundstück an der Sidonienstraße aufgeführt wurde, befand sich jene Gegend noch in einer idyllischen Ruhe und nur selten bewegte sich ein Fuhrwerk durch jene Gassen. Allmählich ist es dort anders geworden und jene Gegend mehr und mehr in den Verkehr hineinbezogen, nachdem die dort befindlichen Straßen ausgebaut und gepflastert worden sind. Es hat sich jetzt eine belebte Durchgangslinie von der Goslarischen Straße durch die Sidonienstraße nach dem Petritore zu herausgebildet. Schon im Jahre 1900 sind die Uebelstände von dem dortigen Schulkollegium empfunden worden, das sich wiederholt in amtlichen Konferenzen damit beschäftigt hat. Auch der Magistrat hat sich damals mit der Sache befaßt, aber die ihm überreichten Anträge abgelehnt, weil ein Bedürfnis nicht vorliege und eine Umlenkung des Verkehrs nicht möglich sei. Nun sind wiederum acht Jahre verflossen und die Mißstände seitdem enorm gewachsen. Vor zwei Jahren ist die Straße mit Kleinpflaster versehen. Während man vor dieser Zeit die Wagen nur an den gepflasterten Uebergängen rollen hörte, ist jetzt das Wagengeräusch auf der ganzen Straßenlänge so groß, daß der Unterricht fortdauernd gestört wird. In keinem der nach der Straße zu gelegenen Unterrichtszimmer — und das ist die Hälfte der sämtlichen Räume — kann selbst bei hoher Sommertemperatur ein Fenster geöffnet werden, weil sonst ein mündlicher Unterricht bei dem starken Wagengerassel unmöglich ist; die Kinder müssen deshalb stets eine volle Stunde in der sich immer mehr verschlechternden Luft sitzen, was einen unangenehmen Einfluß auf deren Gesundheit ausübt. Auch die Lehrer werden durch das Wagengeräusch gezwungen, ihre stimmlichen Mittel außerordentlich anzustrengen, um sich den Kindern verständlich zu machen. Ich bitte deshalb den Magistrat, dem Versuche einer Abhilfe näherzutreten, sei es durch eine andere Pflasterung der Straße, oder durch die Umlenkung des Wagenverkehrs.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

#### IV Antrag Sander: Beseitigung des Brunnens auf dem Radeklinte.

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, veranlassen zu wollen, daß der öffentliche Brunnen am Radeklinte beseitigt wird,“  
begründet Herr Sander wie folgt: Der Brunnen am Radeklinte erfüllt schon seit Jahren seinen Zweck nicht mehr, einmal weil das Pumpwerk nicht in Ordnung ist und außerdem weil auch wegen unseres guten Leitungswassers kein Bedürfnis vorliegt, dem Brunnen noch Wasser zu entnehmen. Die Verhältnisse der Brunnengemeinschaft sind übrigens auch sehr derangiert, denn der Brunnen in seiner jetzigen Verfassung ist sogar gefährdet wegen rückständiger Reparaturkosten. (Geiterkeit.) Demnach sind die Verhältnisse ganz böser Art. Seitens der Anwohner ist denn auch der Wunsch ausgesprochen worden, den Brunnen ganz zu beseitigen, was auch das richtigste sein würde. Wer die Verkehrsverhältnisse an jener Stelle kennt, muß zugestehen, daß der Brunnen den Verkehr ganz wesentlich hemmt. Er liegt an einer sehr exponierten Stelle und ist durch vier Brellböcke geschützt, die den Verkehr erheblich hemmen. Die Brellböcke werden häufig umgefahren und auch eine in der Nähe stehende Laterne hat schon dasselbe Schicksal erlitten.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

#### V. Anfrage Friede: Gehaltserhöhung für die städtischen Beamten usw.

Die Anfrage:

„Kann der Magistrat Mitteilung darüber machen, wann die Gehaltserhöhung der Lehrer und städtischen Beamten der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung überwiesen werden wird?“  
wird durch die inzwischen eingegangene Magistratsvorlage als erledigt angesehen und von dem Herrn Antragsteller zurückgezogen.

#### VI. Zuschuß für die Braunschweiger Baugenossenschaft.

Bei der Beratung des letzten Haushaltsplanes in der Sitzung vom 20. Februar 1908 — Seite 436 bis 439 des Berichtes — war die Beschlußfassung über den Antrag des Magistrates, der hiesigen Baugenossenschaft wiederum einen Zuschuß von 1000 M zu bewilligen, einstweilen zurückgestellt worden, um erst noch genauer zu prüfen, ob solche Bewilligung überhaupt erforderlich sei. Unter Vorlegung des Geschäftsberichtes für 1907 bemerkt der Magistrat, daß, wenn man das Unternehmen der Braunschweiger Baugenossenschaft überhaupt als ein gemeinnütziges erachte, seine stadtseitige Förderung nicht wohl deshalb abgelehnt werden könne, weil die Genossenschaft eines Zuschusses nicht weiter bedürftig erscheine. Aus dem Geschäftsberichte dürfte sich vielmehr unzweideutig ergeben, daß die Vermögenslage

der Genossenschaft die Weiterzahlung des bisher gewährten Zuschusses als gerechtfertigt erscheinen lasse. Es wird daher anheimgegeben, der Auszahlung der 1000 M zuzustimmen.

Herr Löhnefinke: Seit dem Jahre 1887 besteht die Braunschweigische Baugenossenschaft, die sich zur Aufgabe gestellt hat, gute, gesunde und billige Arbeiterwohnungen herzustellen und an ihre Genossen zu überlassen. Die Tätigkeit der Genossenschaft ist seitens der staatlichen und städtischen Behörden als segensreich anerkannt und durch Zuwendung namhafter Geldmittel gefördert worden. Die Versammlung hat mit der Bewilligung der Summe auch die Zweckmäßigkeit einer Zuwendung anerkannt. Die Finanzkommission tritt der Auffassung des Magistrates bei. Seit dem Inkrafttreten der Landesversicherungsanstalten und der dadurch bedingten Gewährung größerer Mittel zu gemeinnützigen Zwecken hat die Genossenschaft größere Kapitalien zum Zinsfuße von  $3\frac{1}{2}\%$  und  $1\%$  Amortisation empfangen. Auf Verfügung des Reichsamtes des Innern ist später noch ein Kapital von 300 000 M vorgeliehen worden, so daß die Genossenschaft außergewöhnlich billige Kapitalien besitzt. Dieses billige Geld bildet bei Aufstellung der letzten Jahresbilanz einen sehr wichtigen Faktor, der allein es ermöglicht hat, daß die Bilanz ohne Verlust mit einem kleinen Gewinne abschloß. Von einem solchen Gewinne würde zweifellos überhaupt keine Rede gewesen sein, wenn die Baugenossenschaft die von ihr angeliehenen Kapitalien auch nur  $\frac{1}{2}\%$  höher hätte verzinzen müssen, denn der Gewinn beträgt nur 2600 M. Auf die Einlagen der Genossenschaft entfällt eine Dividende von  $3\%$ , gewiß eine recht mäßige Verzinsung, die den Austritt von Gesellschaftern nicht ausschließen dürfte. Es sind denn auch tatsächlich in den letzten Jahren ausgetreten: 1904 = 72 Mitglieder, 1905 = 56 Mitglieder und 1906 = 40 Mitglieder. Am 1. Januar 1907 belief sich der Mitgliederbestand auf 323 und im Jahre 1907 hat sich der Bestand um 33 Personen erhöht. In der Dividende auf die Geschäftsanteile in Höhe von 1474 M 11 S liegt gewissermaßen auch der stadtsseitig gezahlte Zuschuß von 1000 M. Würde derselbe in Zukunft unter gleichen Verhältnissen in Fortfall kommen, so würde sich der Gewinn nur auf etwa  $1\%$  stellen, wodurch wohl die Mehrzahl der Gesellschafter zum Rücktritt veranlaßt werden würde. Dieser Eventualität muß nach Ansicht der Finanzkommission vorgebeugt werden, da die Baugenossenschaft sich entschieden ein Verdienst auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge erworben hat und sie in dem Bestreben, gute und billige Arbeiterwohnungen zu schaffen, unterstützt werden muß.

Der Kommission ist sehr wohl bekannt, daß die Tätigkeit der Baugenossenschaft von seiten mancher Bauunternehmer angefeindet wird, weil sie durch die Genossenschaft eine Schädigung ihrer eigenen Interessen befürchten. Dem gegenüber ist die Kommission der Meinung, daß das immerhin nur recht eng begrenzte Arbeitsfeld der Baugenossenschaft wohl kaum dazu führen könnte, die Interessen der Bauunter-

nehmer in nennenswerter Weise zu schädigen. Gelaugt man überhaupt zu der Ueberzeugung, daß seitens der Baugenossenschaft eine gemeinnützige Arbeit geleistet wird, so liegt auch nach der Ansicht der Finanzkommission der Stadt die Verpflichtung ob, dieses gemeinnützige Unternehmen nach jeder Richtung hin zu fördern, einerlei, ob die Genossenschaft prosperiert oder nicht. Die Kommission gibt daher einstimmig der Versammlung die Genehmigung der Auszahlung von 1000 M an die Baugenossenschaft anheim.

Herr Meyerhoff: Sie können nicht verlangen, daß ich als Gegner der Sache für die Bewilligung der 1000 M stimme. Ein Gegner der Bewilligung bin ich aber aus ganz natürlichen Gründen und nicht, weil die Baugenossenschaft nach der Äußerung des Herrn Referenten von den Bauunternehmern angefeindet wird. Das ist nicht der Fall. Hätte ich den hier vorliegenden Geschäftsbericht der Baugenossenschaft früher studieren können, so würde ich noch mehr Beweismittel für meine Stellungnahme anführen können. Jedenfalls kann ich nicht anerkennen, daß die Baugenossenschaft ein so gemeinnütziges Unternehmen sei, um sie stadtseitig unterstützen zu müssen. Dann müßten auch alle diejenigen stadtseitig unterstützt werden, die ebenfalls dafür sorgen, daß die arbeitende Bevölkerung ein Unterkommen findet, denn diese Leute machen heute auch kein Geschäft. Der Herr Berichterstatter sagte auch, wenn die 1000 M nicht bewilligt würden, so sei es unmöglich, eine Dividende auf die Geschäftsanteile zu gewähren. Die Genossenschaft hat gegenüber den Privatunternehmern so wie so schon große Vorteile, denn wer hat heute wohl noch Geld zu 3 und  $3\frac{1}{2}$  %? Es ist deshalb der Wunsch gerechtfertigt, daß jeder Bauunternehmer, der für das Unterkommen der arbeitenden Bevölkerung sorgt, das Geld mindestens zu denselben Bedingungen haben muß, wie die Baugenossenschaft. In den Mitteilungen der deutschen Genossenschaftsstatistik für das Jahr 1906 findet sich ein Artikel, aus dem man die Abwärtsbewegung der Baugenossenschaften ganz deutlich ersehen kann. Während nämlich im Jahre 1900 noch 65 Genossenschaften mit 17 000 Mitgliedern errichtet wurden, betragen diese Zahlen im Jahre 1905 nur noch 70 mit 14 306 Mitgliedern, also durchschnittlich mit 200 Genossenschaftlern. Daß solche Gesellschaften bei einer so niedrigen Einnahmeziffer keine Existenzberechtigung haben, muß man anerkennen, denn die ganze Geschichte ist nur auf die Wohltätigkeit zugeschnitten.

In dem Jahresberichte der hiesigen Baugenossenschaft ist mir eine Ziffer ganz merkwürdig aufgefallen; es heißt dort nämlich, daß im Jahre 1907 nur 6,81 % eigenes Geld im Verhältnis zum fremden Gelde vorhanden gewesen sei. Lassen Sie unter solchen Verhältnissen die Zeiten einmal noch ernster kommen, als im vorigen Jahre, so liegen die ganzen Baugenossenschaften gleich auf der Nase. Wenn dann von gefunden und billigen Wohnungen gesprochen wird, so behaupte ich —



und ich will darüber den Beweis der Wahrheit antreten — die private Bautätigkeit leistet für daselbe Mietgeld mindestens ebensoviel, und die muß noch höhere Zinsen bezahlen. Es wurde auch gesagt: wenn die Herren die 1000 M nicht kriegen, so können sie keine Zinsen bezahlen. Dann können aber noch viele andere Einwohner kommen und sagen: wenn ich aus meinen Häusern keine Rente kriege, so muß mir der Magistrat einen Zuschuß geben. Sie würden damit einen Weg beschreiten, der nicht gangbar ist und nicht beschritten werden darf. Wenn die Genossenschaft über ihre Kräfte hinausgeht — und das geschieht, denn die Ziffer des eingezahlten Kapitals steht in keinem Verhältnis zu dem ganzen Kapitale — so muß sie auch das Risiko tragen. Wenn ich zu dem Herrn Referenten käme und sagte ihm, mir steht an meinen Grundstücken ein Eigentumsrecht von 6,81 % zu, und ich möchte Sie um ein Kapital darauf bitten, so würde mir der Bankier Löhnefinkte wahrscheinlich antworten: Sie liegen ja schon mit Pauken und Trompeten drin, wie kommen Sie zu solcher Zumutung? In dem Beschlusse vom 20. Februar ist schon festgelegt worden, daß die Stadt für solche Wohltätigkeitszwecke nicht da ist, darum gehen Sie nur diesen Weg, dann ist die Stadt gezwungen, den Standpunkt zu vertreten: wir nehmen die ganze Gesellschaft hin, weil wir sie nicht fallen lassen können.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Zunächst möchte ich bemerken, daß der Magistrat doch auch so weit nicht gehen wird, wie der Herr Referent angegeben hat. Wir können nämlich nicht alle gemeinnützigen Unternehmungen mit Geld unterstützen, gleichviel ob sie prosperieren oder nicht. Aber Herr Meyerhoff hat recht: von einem Prosperieren der Baugenossenschaft kann keine Rede sein. Wenn heute der Magistrat zum ersten Male vor Sie hintreten würde mit dem Antrage auf Unterstützung der Baugenossenschaft, so ließe sich darüber streiten, ob sie der Unterstützung wert wäre; aber ich bitte zu berücksichtigen, daß es sich hier um eine seit Jahren überkommene Einrichtung handelt. So richtig es auch sein mag, daß nach der Aeußerung des Herrn Meyerhoff die privaten Unternehmer heute für den kleinen Mann ebenso billig bauen, wie die Baugenossenschaft, so glaube ich doch aus Erfahrung sagen zu können: es ist nicht immer so gewesen, es gab eine Zeit, wo sich die privaten Bauunternehmer um den kleinen Mann nicht kümmerten, sondern nur große Wohnungen bauten, während der kleine Mann in der größten Verlegenheit war, Wohnungen zu bekommen. In der Zeit ist aber die Baugenossenschaft helfend eingetreten, und seit dieser Zeit schreibt sich die Unterstützung seitens der Stadt. Ich habe schon selbst anerkannt, daß die Baugenossenschaft nicht gut steht, aber daß wir nun sagen sollten, sie steht schlecht und nun wollen wir ihr den letzten Stoß versetzen und den Zuschuß entziehen, das würde grausam sein. Die Baugenossenschaft hat ihre Schuldigkeit getan, deshalb können wir ihr den Zuschuß nicht gut entziehen. Herr Meyerhoff irrt sich, wenn

er meint, es wäre schon im Februar beschlossen, den Zuschuß nicht mehr zu zahlen; die Beschlußfassung ist damals vielmehr ausgesetzt worden.

Herr Probst: Ich habe den Ausführungen des Herrn Meyerhoff nur wenig hinzuzufügen, er hat ganz in meinem Sinne gesprochen. Ich will wohl anerkennen, daß die Baugenossenschaft auch Gutes geleistet hat, aber man muß bedenken, daß dieser Zuschuß immerhin aus der Tasche der Steuerzahler der Stadt bezahlt wird (Widerspruch); er kommt wohl aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen, aber schließlich kommt er doch aus der Tasche der Steuerzahler, und das sind in der Hauptsache die Hausbesitzer, denen durch die Baugenossenschaft gleichzeitig Konkurrenz gemacht wird. Insofern muß ich mich dagegen aussprechen. Als Beispiel dafür, daß die Hausbesitzer die Hauptsteuerzahler sind, könnte ich noch anführen, daß uns jetzt wieder eine Vorlage zugegangen ist, wonach die Hausbesitzer die Erhöhung der Beamtengehälter ganz allein tragen sollen. (Widerspruch.) Ich würde nichts dagegen haben, wenn der Baugenossenschaft in anderer Weise zu Hilfe gekommen würde, indem man z. B. eine Sammlung dafür unter den Mietsleuten der Stadt Braunschweig einrichtete usw. (Heiterkeit.) Lassen Sie jemand mit einem Bogen herumgehen und milde Beiträge sammeln, dagegen habe ich nichts, aber gegen einen städtischen Zuschuß muß ich mich aussprechen.

Herr Wesemeier: Ich sage nicht: die Baugenossenschaft hat seinerzeit Gutes geleistet, sondern ich sage, sie leistet heute noch Gutes. Das beweist ihre ganze Tätigkeit. Die Zahl der Mitglieder ist mir allerdings auch zu gering, wenn aber noch 356 Mitglieder vorhanden sind, die das Bestreben haben, billige Wohnungen zu schaffen, so ist das höchst anerkennenswert. Tatsächlich sind denn auch die Wohnungen nicht so teuer wie in anderen Häusern, da für zwei Stuben, Kammer, Küche und Zubehör 212 bis 240 M. gefordert werden, während andere Wohnungen in gleichem Umfange 30 bis 40 M. teurer zu sein pflegen. Es wird auch gesagt, die finanzielle Fundierung der Baugenossenschaft sei nicht gut. Das ist richtig, aber wie liegen denn die Verhältnisse im Bauunternehmertum? Die Bauunternehmer haben überhaupt kein Kapital, sondern arbeiten mit fremdem Kapitale von Spekulanten. Bei der Baugenossenschaft handelt es sich um Minderbemittelte, die sich zusammengeschlossen haben. Daß für die kleinen Leute noch heute eine Wohnungsnot besteht, wird nicht bestritten werden können. Der beste Beweis, daß die Wohnungen der Genossenschaft so außerordentlich begehrt sind, liegt schon darin, daß in den Häusern an der Hamburgerstraße schon sämtliche Wohnungen vermietet waren, ehe ein Stein dazu angerührt war, und daß schon 24 Mitglieder für neue Häuser eingetragen sind, die demnächst gebaut werden sollen. Wenn aber die Baugenossenschaft weiter eingreift und versucht, der Wohnungsnot fortschreitend Einhalt zu tun, so soll man dies sehr wohl unterstützen. Es handelt sich um eine Einrichtung, die im Interesse der Gesamtheit tätig ist, und es bleibt nur zu bedauern, daß die kleinen Leute in

die Lage verfehlt sind, fast keine Wohnung mehr kriegen zu können, wenn sie eine zahlreiche Familie haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Versammlung sich der Auffassung des Magistrats anschließen und den Zuschuß bewilligte.

Mit Herrn Meyerhoff erkenne ich an, daß sich für und gegen die Sache mancherlei sagen läßt, jedoch sprechen überwiegende Gründe namentlich aus der geschichtlichen Entwicklung jedenfalls für die Sache, ebenso dürfte auch die gegenwärtige Gestaltung der Verhältnisse der Baugenossenschaft dafür sprechen. Herr Wesemeier sagte, es sei ein Mangel an kleinen Wohnungen hier vorhanden, was von anderer Seite bestritten wurde; so viel steht aber fest, daß noch lange nicht genug gesunde kleine Wohnungen in der Stadt vorhanden sind. Und da läßt es sich die Baugenossenschaft angelegen sein, für gesunde Wohnungen bescheidener Art zu sorgen, wobei ihr die Mittel der Landesversicherungsanstalt zu Hilfe kommen. Sie ist dabei auch in der glücklichen Lage, genau überwachen zu können, daß die Wohnungen nach gesunden Grundsätzen für die arbeitende Bevölkerung hergestellt werden, was sich bei anderen Unternehmern nicht würde durchführen lassen. Da uns die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung sehr wohl am Herzen liegen muß, so können wir das Vorgehen der Baugenossenschaft nur freudig begrüßen.

Nun hat Herr Probst einen kleinen Hufarenritt in das Gebiet der neuen Steuervorlagen unternommen, wobei ihm aber zwei Irrtümer unterlaufen sind. Wer einen Blick in den Haushaltsplan und speziell in die Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen wirft, wird finden, daß die Kasse mit den Hausbesitzern gar nichts, mit den Hundebesitzern aber sehr viel zu tun hat. Im übrigen darf darauf hingewiesen werden, daß auch bei den neuen Steuervorlagen nicht die Hausbesitzer die Belasteten sein werden, sondern der Wechsel in den Grundstücken, mögen sie bebaut oder nicht bebaut sein.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, die Vorlage wegen der neuen Steuern aus der Diskussion fortzulassen.

Herr Sander: Ich muß mich gegen die Bewilligung aussprechen, aber nicht deswegen, weil ich der Baugenossenschaft feindlich gegenüberstehe. Ohne weiteres erkenne ich an, daß die Genossenschaft seinerzeit sehr segensreich gewirkt hat, jedoch vermag ich nicht anzuerkennen, daß sie auch heute noch segensreich wirken soll. Auch bestreite ich entschieden, daß hier eine Wohnungsnot vorhanden ist. Werfen Sie nur einen Blick in die Zeitungen und Sie werden eine Unzahl Wohnungsangebote finden, während Nachfragen gar nicht vorliegen. Früher war es anders: man fand spaltenlange Nachfragen und nur sehr wenig Angebote. Wenn der Magistrat erklärt: wir wollen die Sache in der Weise fördern, daß wir den Zuschuß von 1000 M bewilligen, so muß ich dem Magistrate entgegenhalten,

daß er auf der einen Seite bremst und neue Straßen nicht mehr anlegen, also die Ueberproduktion und die Bausppekulation nicht mehr fördern will, während er auf der anderen Seite eine Genossenschaft subventioniert, die auch weiter nichts tut, als ein Bauunternehmer, also neue Wohnungen baut. Das ist nicht recht und auch nicht konsequent. Da nun außerdem die Finanzen der Stadt nicht derart günstig sind, daß wir 1000 M. so ohne weiteres hingeben können, so bin ich der Meinung, wir lassen es diesmal und streichen die 1000 M. Wenn später mal wieder eine Wohnungsnot kommt und die Baugenossenschaft erfüllt dann den Zweck, den sie haben soll, so können wir den Betrag ja wieder bewilligen.

Herr Weichsel: Ueber die guten Absichten und den guten Zweck der Baugenossenschaft sind wir nicht im Zweifel, auch nicht darüber, daß sie bei bestehender Wohnungsnot ein unterstützungswürdiges Unternehmen bildet. Dagegen glaube ich, es kann niemand behaupten, daß auch jetzt noch eine Wohnungsnot bestehe. Wir haben hier ausgezeichnete Wohnungsverhältnisse, und es liegt deshalb ein Unterstützungsgrund nicht vor. Trotzdem würde ich es aber für unrichtig halten, wenn wir der Baugenossenschaft den ganzen Zuschuß entziehen und sie dadurch möglicherweise zu einer schnellen Liquidation zwingen würden, denn es können Zeiten kommen, in denen sie uns sehr wertvolle Dienste leisten kann und wir sie schmerzlich entbehren würden. Deshalb mache ich den Vermittlungsvorschlag, daß man die sehr ausgedehnte Tätigkeit der Baugenossenschaft einschränkt und ihr vielleicht nur einen Beitrag von 750 M. bewilligt.

Herr Meyerhoff: Einer der Redner hat gesagt, es fehle hier an kleinen Wohnungen. Ich hätte gegen die Bewilligung der 1000 M. nichts einzuwenden, wenn die Stadt in anderen gleichen Fällen eintreten wollte, aber ich glaube, das tut sie nicht. Wenn wir in der Langenstraße etwas Großes tun und sie beschaffen wollten, so würde ich selbst für eine Million zu haben sein, während ich für die 1000 M. der Baugenossenschaft mich nicht erwärmen kann. Wie mir gesagt worden ist, fängt sie an der Hamburgerstraße schon wieder von neuem zu bauen an. Wenn Wohnungsmangel wäre, so würde ich das auch für richtig halten, jetzt aber nicht. Es geht dort aber, wie bei manchen anderen Unternehmern: wenn ein Haus fertig war, mußten sie ein zweites bauen usw. Was zwingt die Baugenossenschaft, fortwährend zu bauen? Ueberall wird gebremst, wie Herr Sander sagt, und gegenüber dem Friedhofe hat die Baugenossenschaft vier Häuser gebaut, obwohl eine befestigte Straße dort nicht vorhanden ist. Wenn wir der Baugenossenschaft das zugestehen und bei anderen Unternehmern bremsen, so halte ich das nicht für richtig. Ein Bedürfnis nach der Baugenossenschaft ist nicht vorhanden, denn die private Bautätigkeit leistet vollständig daselbe, auch ist es nicht richtig, daß Sie für denselben Preis nicht dieselbe Wohnung bei einem Privatunternehmer bekommen. Ich behaupte, in einem Hause der Marienstraße z. B.,

daß ein früherer Bäcker gebaut hat, erhält man Wohnungen zu demselben Preise, wie in den Häusern der Baugenossenschaft, obwohl sie an Grundfläche sogar noch größer sind. Es ist mir das bei der Grundsteuereinschätzung des Gebäudes an der Marienstraße, das noch 1 m tiefer ist als Häuser der Baugenossenschaft, besonders aufgefallen, und wir erfuhren, daß die Wohnungen ebensoviele kosteten, wie in Genossenschaftshäusern. Ich verkenne nicht, daß die Baugenossenschaft in einer Zeit eingegriffen hat, wo sie Segen geschaffen hat, aber heute ist sie überflüssig, weil wir Wohnungen genug haben. Wenn wir Subventionen für die Verbesserung unserer alten schlechten Quartiere ausgeben wollen, so würde ich jede Summe bewilligen, aber nicht für Neubauten an der Hamburgerstraße. Gegenüber der Neußerung, die Wohnungen der Baugenossenschaft seien immer gleich bewohnt, kann ich mitteilen, daß in den Häusern an der Arndt- und der Bahnstraße Wohnungen 1 bis 1½ Jahr leer gestanden haben. In anderen Häusern haben die Leute gesagt, wir räumen unsere Wohnung, weil wir nicht nur mit unferesgleichen, sondern auch mit anderen Leuten zusammenwohnen wollen. Ich wünschte auch, daß eine derartige Vermischung der einzelnen Bevölkerungsklassen stattfände und die Arbeiter nicht auf ein Quartier beschränkt bleiben. Die Baugenossenschaft brauchte sich nichts mehr aufzuladen, sie hatte schon genug Häuser. Im Jahre 1905 sind nach dem vorhin erwähnten Artikel 18 Baugenossenschaften aufgelöst, davon 16 infolge Beschlusses der Generalversammlung und je eine durch Konkursverfahren und Gerichtsbeschuß. Die große Baugenossenschaft in Breslau steht vor der Liquidation. Sie ist auch durch die Versicherungskasse und die Stadt subventioniert und hat doch die Segel streichen müssen. Ebenso wird es hier auch gehen, wenn sich nicht ein großer Wohltäter findet; ich möchte deshalb die Stadt warnen, den großen oder kleinen Wohltäter zu spielen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist nicht richtig, was Herr Sander sagte, daß der Magistrat auf der einen Seite bremste und auf der anderen Seite unterstützte, also inkonsequent verführe. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß genug Bauplätze an ausgebauten Straßen vorhanden sind und wir deshalb nicht neue Straßen aufschließen wollen, dagegen haben wir niemals das Bauen an ausgebauten Straßen zu hindern versucht. Weiter kommt hier aber nichts in Frage, denn die Baugenossenschaft will nur an ausgebauten Straßen bauen. Herr Meyerhoff hat dann auch gesagt, an der Helmstedterstraße schieene die Baugenossenschaft anders behandelt zu sein, als andere Unternehmer. Die Helmstedterstraße ist eine ausgebaute Straße, und das Ortsbaustatut schreibt im § 4 vor, daß innerhalb des Gebietes des Baugrundes Wohngebäude nur auf solchen Grundstücken errichtet werden dürfen, die von einer befestigten Straße unmittelbar oder mittels einer Zufahrt von wenigstens 3 m unbeschränkter Ruhbreite zugänglich sind. Auf Grund dieser Vorschrift haben es verschiedene Leute, auch Bau-

unternehmer, fertig gebracht, an ausgebauten Straßen zu bauen, sobald sie nach ihrem abseits gelegenen Grundstücke einen 3 m breiten Verbindungsweg hatten. Die Vorschrift ist keine glückliche und könnte lieber aus dem Ortsbaustatute verschwinden, aber mit gleichem Maße ist auch hier gemessen. Wenn Herr Meyerhoff die Sache näher prüfen wollte, so würde er zu der Ueberzeugung kommen, daß der Magistrat eine ungleichmäßige Behandlung nicht hat eintreten lassen. Im übrigen muß ich Ihnen überlassen, ob Sie für oder gegen die Bewilligung der 1000 M. stimmen wollen. Wenn die Baugenossenschaft aber zur Auflösung gezwungen sein sollte, und die Verhältnisse änderten sich derartig, daß wir wünschten, die Genossenschaft wäre wieder da, so bin ich zweifelhaft, ob sich so leicht und schnell wieder eine Baugenossenschaft bilden würde. Wenn wir mit dem kleinen Zuschusse der Genossenschaft über die schlechten Zeiten weghelfen könnten, so würde das doch ganz gut sein.

Herr Bluth: Ich werde für die Bewilligung der 1000 M. stimmen, weil man anerkennen muß, daß die Baugenossenschaft sich bemüht hat, verhältnismäßig kleine und dabei gesunde Wohnungen zu bauen. Ein Nachteil bei der ganzen Unternehmung ist wohl die Kasernierung zahlreicher Familien in einem Hause. Wenn man sich die Abbildungen der von der Baugenossenschaft erbauten beiden Häuser in dem Jahresberichte ansieht, so muß man doch sagen, daß man eine Art Palast vor sich hat, dessen Abnutzung eine ganze enorme sein wird; ich möchte deshalb an die Baugenossenschaft die Bitte richten, zu versuchen, die Wohnungen noch billiger herzustellen, indem sie nicht so große Aufwendungen macht, sondern den Bau noch mehr vereinfacht. (Widerspruch.) Ich bin der Meinung, daß das durch Dezentralisation sehr wohl zu machen wäre. Wer viel mit kleinen Deuten zu tun hat, weiß, daß in ihrem Budget die Wohnungsmiete eine sehr wichtige Rolle spielt. Ob hier noch eine Wohnungsnot existiert, läßt sich nicht so leicht feststellen; nach meiner Auffassung existiert sie ganz sicher bei Wohnungen bis zu 150 M. Wenn Herr Meyerhoff in der uns vorgelegten Statistik meint, daß auch solche Wohnungen im Ueberfluß vorhanden seien, so hege ich den Verdacht, daß das keine Wohnungen sind, sondern daß es sich um solche Räume handelt, die die Vermieter wohl gern als Wohnungen vermieten möchten, die aber kaum als solche anzusehen sind. Ich möchte bitten, bei diesen Wohnungen das Augenmerk darauf zu richten, ob sie überhaupt bewohnbar sind. Wenn jemand Wohnungen für 150 M. zur Verfügung stellt, so sind sie auch in drei Tagen vermietet. In mittleren Wohnungen ist dagegen Ueberfluß vorhanden, und daraus erklärt es sich wohl, daß mancher meint, es herrscht hier keine Wohnungsnot. Als ich mich erkundigte, weshalb nicht billigere Wohnungen gebaut würden, antwortete man mir, es ginge nicht wegen der baupolizeilichen Vorschriften. Sollte es nun wohl nicht möglich sein, entsprechende Änderungen zu treffen und die Baugenossenschaft zu veranlassen, sich mit der

Herzoglichen Baudirektion in Verbindung zu setzen, um diejenigen Wege herauszufinden, die es ermöglichen, noch billigere Wohnungen herzustellen? Die Väter kinderreicher Familien müssen oft von einem Hausbesitzer zum andern laufen, um eine Wohnung zu erhalten; ich möchte deshalb der Baugenossenschaft ans Herz legen, sich besonders der kinderreichen Familien anzunehmen.

Herr Esdorn: Daß in Braunschweig keine Wohnungsnot auch bezüglich der kleineren Wohnungen besteht, ist wohl offenbar; aber es sind vielleicht nicht genügend gesunde kleine Wohnungen vorhanden. Wenn der Magistrat in der Richtung die Hand bieten und vielleicht sagen will: reißt die alten Baracken innerhalb der Stadt, z. B. an der Langenstraße, ab, wir wollen Euch in der Weise helfen, daß wir Euch eine zweite Hypothek geben, dann will ich auch die Baugenossenschaft gern dabei unterstützen. Deshalb möchte ich den Magistrat bitten, diesen Weg einmal zu beschreiten. Herrn Dr. Bluth will ich entgegnen, daß die vom Grundbesitzerverein angebotenen Wohnungen auch bewohnbar sind, aber auch bei der Baugenossenschaft gibt es keine Wohnungen für 150 M, denn was diese leistet, kann auch der Bauunternehmer leisten.

Herr Bues: Es ist manches noch nicht hervorgehoben. Wir haben hier tatsächlich seinerzeit eine Wohnungsnot gehabt, und aus der Zeit datiert die Gründung der Baugenossenschaft. Jetzt ist solche Wohnungsnot wohl nicht mehr vorhanden, jedoch erscheint es mir zweifelhaft, ob wir nicht in den nächsten Jahren wieder daran zu leiden haben werden. Da ist einmal die neue Bauordnung, die erweiterte Ansprüche an die Bewohnbarkeit von Räumen stellt und außerdem entfernt die Wohnungsenquete eine ganze Anzahl von Wohnungen, die sie als unbewohnbar bezeichnet. Die Bauunternehmer werden sich aber an die Schaffung kleinerer Wohnungen nicht heranmachen, wenn sie keine Unterstützungen erhalten. Wohnungen bis zu 300 M sind hier immer weg, wie warme Semmeln, während darüber hinaus Ueberfluß vorhanden sein mag. Ich habe darin selbst Erfahrung gesammelt; es waren bei einer von mir zu vermietenden billigeren Wohnung zwölf Reflektanten da. Deshalb sollen wir die Baugenossenschaft, die wir zur Errichtung kleinerer Wohnungen immer noch nötig haben werden, auch heute noch unterstützen und ihr die 1000 M bewilligen.

Herr Besemeier: Daß die Hausbesitzer gegen die Bewilligung sind, ist mir erklärlich. Wir haben in den letzten Jahren auch keine Wohnungsnot gehabt, aber heute eine Wohnungsnot für die kleineren Leute bestreiten zu wollen, verstehe ich nicht. Die Wohnungsnot besteht tatsächlich, und überall werden die Mieten aufgesetzt, wodurch ein gewaltiger Wohnungswechsel entstehen wird, ohne daß die Mieter deshalb aber billigere Wohnungen erhalten werden. Das Suchen der vielen kleinen Wohnungen in den Zeitungen ist ein Beweis dafür, daß es an kleinen Wohnungen fehlt. Am 1. Oktober werden wegen Aufschlags der Mietpreise sehr viele Umzüge

stattfinden. Herr Weichsel mag annehmen, daß Wohnungen im Mietpreise von 400 bis 450 M zu den kleinen zu rechnen sind, solche Wohnungen kann aber der Arbeiter nicht bezahlen. Selbst 300 M ist schon ein hoher Mietsatz für den Arbeiter, aber die Wohnungen darunter fehlen. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß schon sämtliche Wohnungen in den Häusern der Baugenossenschaft vermietet waren, ehe auch nur ein Stein dazu angerührt war. In der Innenstadt ist ein großer Teil von kleinen Wohnungen aus sanitären und anderen Rücksichten beseitigt worden, für die auch Ersatz geschaffen werden muß. Herr Meyerhoff sagte, er habe Häuser der Baugenossenschaft gesehen, die ein ganzes Jahr leer gestanden haben, aber er hat nicht gesagt, wann das gewesen sein soll. (Herr Meyerhoff: Vor drei Jahren!) Das mag sein, aber heute kommt das nicht mehr vor. Sodann wird als Gegengrund die Unannehmlichkeit der Kasernierung angeführt. Ist es denn aber bei anderen Häusern und Wohnungen anders bestellt? Kleinere Häuser lassen sich, wie ich Herrn Dr. Bluth erwidern möchte, auf den Grundstücken nicht herstellen. Die Grundstücksspekulation ist der Krebschaden bei dem ganzen Wohnungswesen. Die Baugenossenschaft hat auch noch den Vorzug vor den Privatunternehmern, daß sie ihre Handwerker auf Heller und Pfennig bezahlt. Wodurch ist es denn gekommen, daß die Handwerksmeister so große Verluste bei den Bauten erlitten haben? Nur durch solche Bauunternehmer, die noch weniger als 6% eigenes Kapital in die Häuser stecken konnten. Das kommt bei einer Baugenossenschaft nicht vor, und die hiesige Genossenschaft hat jedenfalls das von der Stadt bewilligte Geld auf Häuser verwandt, bei denen die Handwerksmeister keine Gefahr gelaufen sind. Ich bitte deshalb, die 1000 M voll zu bewilligen; es ist geradezu ein dringendes Erfordernis, daß noch kleinere Wohnungen erbaut werden.

Herr Wolters: Der Beschluß der Finanzkommission beruht darauf, daß der letzte Jahresgewinn der Baugenossenschaft nur 2600 M betrug und die Geschäftsanteile nicht mehr verzinst werden, wenn man davon noch 1000 M streichen wollte. Es liegt dann also die Gefahr vor, daß die Genossenschaft nicht mehr existieren kann. Das hat die Finanzkommission bestimmt, die Bewilligung zu empfehlen; ich bitte deshalb, ihr zuzustimmen.

Herr Löhnefinke: Wenn behauptet wird, daß zurzeit eine Wohnungsnot nicht vorliege, so bin ich anderer Meinung. Ich komme sehr häufig zu kleinen Leuten in kleine Wohnungen und sehe dort traurige Verhältnisse. So lange solche Verhältnisse bestehen und unbefriedigte Wünsche nach Verbesserung der Wohnungen vorliegen, so lange haben wir die Wohnungsfrage und die Wohnungsnot. Sodann sagte Herr Sander, die Tätigkeit der Baugenossenschaft könne nicht mehr als legerreich bezeichnet werden. Sie hat aber mitgeteilt, daß sie an der Zahnstraße ein Drillingshaus mit 24 Wohnungen und außerdem ein Doppelhaus mit 16 Wohnungen aufführen wolle; die Nachfrage nach Wohnungen der Genossenschaft



ist also vorhanden und wird befriedigt. Die Mieter zahlen für eine Wohnung tatsächlich 20 bis 30 M weniger, als die Mieter in von Privatunternehmern aufgeführten Häusern. So lange aber die Baugenossenschaft den ärmeren Leuten die Gelegenheit bietet, für 20 bis 30 M billigere Wohnungen beziehen zu können, so lange ist ihr Wirken auch als ein segensreiches zu bezeichnen.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit 19:11 Stimmen angenommen.

## VII. Antrag auf Besteuerung der Konsumvereine usw. (Schluß.)

Vorsitzender: Die in der vorigen Sitzung abgebrochene Verhandlung über zwei Anträge des Schutzvereins für Handel und Gewerbe — Seite 151 bis 163 des Berichtes — werden wir jetzt fortsetzen und voraussichtlich auch zu Ende führen. Der Herr Referent wird nochmals kurz Bericht erstatten, worauf die Besprechung eröffnet werden wird. Ich möchte bitten, sich nicht in langschichtige sozialpolitische Auseinandersetzungen einzulassen und nur durch Abstimmung zu zeigen, wie Sie darüber denken.

Herr Voge: Das Landesgesetz vom 28. März 1904 gibt den Gemeinden das Recht, eine besondere Gemeindegewerbesteuer (Umsatzsteuer) zu erheben von denjenigen stehenden gewerblichen Unternehmungen, die von den Grundsätzen und Formen, unter denen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen, und die geeignet erscheinen, die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen. In demselben Paragraphen des Gesetzes werden dann noch Geschäfte und Vereinigungen aufgeführt, die als solche eventuell in Betracht kommen können, wenn sie die im Absatz 1 des § 1 angegebenen Abweichungen erfüllen sollten. Unter diesen sind auch die Konsumvereine bezeichnet worden. Als das Gesetz im Jahre 1904 erschienen war, hat auch hier eine Beratung über die eventuelle Besteuerung von Geschäften usw. stattgefunden, und es sind bei der Gelegenheit die vom Magistrat aufgestellten Grundsätze über die Handhabung der Besteuerung genehmigt worden, während alle anderen Anträge abgelehnt wurden.

Die uns heute nochmals beschäftigende Vorlage hat zunächst eine Vorgängerin gehabt, die im wesentlichen gleiches bezweckte und die vom Magistrat abschlägig beschieden worden ist. Die heutige Vorlage zerfällt in zwei Anträge, nämlich

- „1 a. die städtischen Beamten darauf hinzuweisen, daß ihre Beteiligung an Konsumvereinen und Haushaltsvereinen einer gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft und der Erhaltung des sozialen Friedens zuwiderläuft“.

Ein solcher Hinweis hat nach Ansicht der Statutenkommission keinen Zweck. Wenn der Magistrat seinem Hinweise keinen Nachdruck verleihen kann, so wird er in seinem Ansehen nur Schaden leiden, und wird außerdem die dennoch statt-

findende Beteiligung der Beamten an Konsumvereinen nicht hindern können, er wird also nur Nachteil für den Magistrat haben. Der Eventualantrag geht dahin, „1 b. den städtischen Beamten zu untersagen, irgend welche Ämter in Konsumvereinen anzunehmen“.

Die Kommission steht dem gegenüber auf folgendem Standpunkte: Kann man den städtischen Beamten nicht untersagen, einem Konsumvereine als Mitglieder anzugehören, so soll man ihnen auch nicht prinzipiell die Uebernahme von Ämtern untersagen, wenn vielleicht ein städtischer Beamter für ein solches Amt besonders befähigt erscheint. Daß die Tätigkeit für das Hauptamt nicht darunter leiden darf, ist ganz selbstverständlich. Außerdem bedarf er zur Uebernahme des Nebenamtes der Zustimmung der städtischen Behörden, und wir haben jederzeit das Recht, wenn der Verdacht aufsteigt, der Beamte könnte durch das Nebenamt seine Hauptpflicht verletzen, dem zu steuern und ihm die Uebernahme des Nebenamtes zu untersagen. Aus diesen Gründen beantragt die Kommission, über die Punkte 1 a und b zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Leue (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat zu Beginn der Verhandlung gesagt, die Debatte sei geschlossen und es sollte nur noch der Referent angehört werden. Habe ich das richtig verstanden?

Vorsitzender: Das ist nicht zutreffend, sondern ich habe gesagt, daß ich es nicht für richtig halte, wenn eine Debatte geschlossen und wieder eröffnet werde. Wünscht jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall, ich schließe die Besprechung über Punkt 1.

Die Versammlung beschließt Uebergang zur Tagesordnung.

Herr Boge: Der Antrag 2 lautet:

„2. alle in hiesiger Stadt bestehenden Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer zu belegen“.

Nach den Ihnen vorgelesenen Bestimmungen des § 1 des Gesetzes vom 28. März 1904 ist ein derartiger Beschluß gesetzlich unzulässig. Das Gesetz sagt ausdrücklich, es dürfen die im Absatz 2 des § 1 genannten Geschäfte und Vereinigungen mit der Umsatzsteuer nur belegt werden, wenn sie die Voraussetzungen des § 1, Absatz 1 erfüllen. Damit sagt das Gesetz, es sind nur dann spezielle Vereinigungen oder Gewerbebetriebe zu besteuern, wenn sie von den sonst im Gewerbe üblichen Formen wesentlich abweichen; es kann also nicht ohne weiteres jeder Gewerbebetrieb, z. B. jeder Konsumverein mit der Umsatzsteuer belegt werden. Wenn wir heute hier beschließen würden, daß die in der Stadt bestehenden Konsumvereine besteuert werden sollen, so haben wir damit noch nicht festgestellt, daß diese Vereine die im Gesetze vorgesehenen abweichenden Bedingungen erfüllen; wir würden also das Gesetz verletzen und uns der Gefahr aussetzen, demnächst bei einer Klage vor dem Verwaltungsgerichte eine Abgabe mit unserem

Beschlüsse zu bekommen. Es darf nur in jedem Falle ein einzelner speziell benannter Gewerbebetrieb besteuert werden, wenn er die Bedingungen des § 1, 1 erfüllt. Das ist hier nicht beantragt, sondern ganz allgemein gefordert, die hier bestehenden Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer zu belegen. Wenn wir den Antrag annähmen, so würde jeder auch in Zukunft noch entstehende Konsumverein ohne Rücksicht auf die Art seines Gewerbes unter die Steuer fallen, und das ist nach Ansicht der Statutenkommission unmöglich, zumal die Kommission auf dem Standpunkte steht, daß eine Aenderung in den Verhältnissen seit den hier im Jahre 1904 gefaßten Beschlüssen nicht eingetreten ist. Es wird deshalb beantragt, auch den Punkt 2 abzulehnen,

was seitens der Versammlung geschieht.

### VIII. Antrag Esdorn: Verbesserung des Pflasters vor dem landchaftlichen Hause.

Herr Fricke: In der Sitzung vom 18. Juni — Seite 150 des Berichtes — hat Herr Esdorn beantragt, den Magistrat zu ersuchen, den Platz vor dem landchaftlichen Hause mit besserem Pflaster zu versehen, bzw. das jetzige auszubessern. Die Baukommission hat anerkannt, daß der Platz einer Ausbesserung oder späteren Neupflasterung wohl bedürftig ist, da er jedoch keine Durchgangstraße bildet, sondern nur zu Marktzwecken gebraucht wird und wir noch viel notwendigere Pflasterungen haben, so beantragt die Kommission, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Esdorn: Ich bedaure den Beschluß der Baukommission und hätte gern gesehen, wenn sie sich meines Antrages angenommen hätte. Obwohl ich weiß, daß wir Straßen haben, die die Neupflasterung noch nötiger gebrauchen, so meine ich doch, daß ein Platz, der so viel Geld aufbringt, etwas bevorzugt werden könnte; ich möchte deshalb den Magistrat bitten, sich des Platzes bei nächster Gelegenheit anzunehmen.

Herr Rieke: Ich konnte mich dem Votum der Baukommission nicht anschließen. Der Herr Oberbürgermeister hat in der Kommissionsitzung verraten, daß auch in der Straßeninstandsetzung mit einem rascheren Tempo vorgegangen werden soll, und ich meine, daß das auch hier geschehen könnte, denn das Pflaster ist hier ebenso hoppelig, wie auf dem Wollmarkte. Eigentlich muß sich die Stadt schämen, daß das Pflaster eines solchen Platzes so schlecht ist. Man schränkt hier die Bautätigkeit ein, wie die Chinesen, was man doch nicht tun sollte, denn die anderen Straßen können trotzdem instand gesetzt werden.

Herr Meyerhoff: Ich muß mich wundern, daß Herr Rieke gegen den Kommissionsvorschlag spricht, obwohl er gehört hat, daß der Herr Oberbürgermeister in der Kommission sagte, es wäre jetzt nicht angemessen, den Platz instand

zu sehen. Ich bin dafür, dem Platze gar kein Steinpflaster wiederzugeben, sondern ihn mit Rücksicht auf die Martinikirche zu asphaltieren. Dazu haben wir aber augenblicklich die Mittel nicht. Auf der Fahrbahn und den einzelnen Uebergängen ist der Platz zurzeit mit Kieselsteinen gepflastert, so daß eine Reparatur nichts nützen würde, man müßte dann schon Kopfsteinpflaster anwenden. Wenn wir die Mittel haben, den Platz mit Asphalt zu belegen, so würde ich dafür sein, aber so lange müssen wir warten. Wegen der Verhandlungen im landschaftlichen Hause und wegen der Kirche würde dem Asphalt der Vorzug zu geben sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte der Aeußerung des Herrn Kiese entgegentreten, daß die Stadt sich des Platzes eigentlich schämen müßte. Früher habe ich einmal von Sachverständigen gehört, daß die alten Plätze in alten Stadtteilen von ihrem Wesen erheblich einbüßten, sobald das alte Kieselsteinpflaster verschwände; so lange auf dem Burgplatze das alte Bremer Pflaster gelegen hätte, hätte der Platz das richtige Pflaster gehabt. (Seiterkeit.) Die Ansichten darüber sind indessen verschieden. Ich will aber kein Hehl daraus machen, daß es sich schlecht auf dem Pflaster an der Martinikirche geht und es für die Marktbefucher unangenehm ist, darauf zu gehen, aber mit den Marktlieferanten deshalb Mitleid zu haben, weil der Markverkehr etwas einbringt, das geht zu weit. Die Straßen bringen überhaupt nichts ein. Wenn wir aber den Markverkehr hier zulassen und unterstützen und unsere Markthalle geht zurück, so ist das nicht richtig. Der Platz muß natürlich im Laufe der Zeit einmal instand gesetzt werden, ob das aber zweckmäßig mit Asphalt zu geschehen hat, scheint mir zweifelhaft zu sein. Sehen Sie sich die Strecke am Rathause an, wo sich das Asphaltpflaster für die Fahrbahn gar nicht bewährt hat; es scheint mir daher zweifelhaft zu sein, ob man gut tut, so große Straßenflächen mit Asphalt zu belegen. Der Nickelnkuff, die Beckenwerkerstraße und die Weberstraße haben eine Neupflasterung viel größer nötig, als der in Rede stehende Platz. Deshalb hat der Magistrat in Aussicht genommen, Ihnen mit einer großen Vorlage auf Instandsetzung von Straßen zu kommen, nachdem der Abschluß der Stadtkasse vom vorigen Jahre einen sehr erheblichen Ueberschuß ergeben hat. (Hört, hört!)

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

### IX. Pfründenabgaben zu St. Magni.

Das Herzogliche Konsistorium hat den Magistrat ersucht, von den beiden erledigten Pfarrstellen zu St. Magni eine Pfründenabgabe von je 2800 M jährlich für die Dauer von acht Jahren an den Emeritierungsfonds abzuführen. Nach dem Gesetze Nr. 46 vom 1. Dezember 1882 soll die Pfründenabgabe gleich sein der Hälfte der das Minimaleinkommen übersteigenden Einkünfte der einzelnen Pfarrstelle. Es würde sich somit der vorgedachte Betrag nur dann ergeben, wenn man

das Minimaleinkommen von 2100 M von dem aus verschiedenen Bezügen bestehenden Höchstgehalte der Stadtgeistlichen, nämlich dem Bargehalt von 6500 M, dem Wohnungsgeld von 1000 M und den Gebühren für Hausstufen und Begräbnisse, angenommen zu 200 M, zusammen 7700 M in Abzug bringt. Der Magistrat kann indessen die Richtigkeit dieser Berechnung nicht anerkennen, muß gleichwohl aber aus verschiedenen Gründen eine angemessene Erhöhung der Pfründenabgabe für billig erachten und hat daher dem Herzoglichen Konsistorium vorgeschlagen, bei der Berechnung den Mittelsatz der steigenden Gehaltsstala zugrunde zu legen. Die Pfründenabgabe würde danach für jede Stelle 1775 M jährlich betragen. Herzogliches Konsistorium hat diesem Vorschlage zugestimmt. Vom Magistrate wird ersucht, die Uebernahme dieser Leistung zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### X. Anschaffung von Handtüchern für die Brausebäder.

In den städtischen Brausebädern sind etwa 1800 Handtücher im Gebrauch. Nach Mitteilung der zur Verwaltung der Bäder eingesetzten Deputation ist etwa die Hälfte davon so abgängig, daß es nicht schicklich erscheint, sie noch zum Gebrauch auszugeben und zwar umfoweniger, als für die Vorleihung eines Handtuches eine Gebühr von 5 S erhoben wird. Es ist deshalb Ersatz zu schaffen, der bei 1000 Stück einen Aufwand von 650 M erfordert. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß 1000 Handtücher für die städtischen Brausebäder beschafft und die dazu erforderlichen 650 M bewilligt werden.

Herr Esdorn: Es ist unsere Schuldigkeit, für ordentliche Handtücher in den Brausebädern zu sorgen, und wir können nur unsere Genugtuung darüber aussprechen, daß die Deputation früh genug auf den Mangel aufmerksam gemacht hat. Da indessen die Preise für Handtücher inzwischen gefallen sein sollen, so gibt die Finanzkommission anheim, nur einen Höchstbetrag bis zu 650 M für 1000 Handtücher zu bewilligen,

was seitens der Versammlung geschieht.

### XI. Plattenbelag auf der Kreuzstraße.

Die Herstellung von Plattenbelag auf der Kreuzstraße zwischen der Bürgerstraße und dem Grundstück Nr. ass. 6129 würde nach den von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Kostenanschlägen einen Gesamtaufwand von 14 000 M erfordern, wovon die Anlieger 13 750 M und die Stadt 250 M zu tragen haben würden. Dem Antrage des Magistrates, die Herstellung des Plattenbelages zu

genehmigen und den Einheitsbeitrag der Anlieger auf 8,70 M für 1 m Frontlänge festzusetzen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Riefe berichtet, zu.

## XII. Vergütung für eine Wärterin.

Nachdem die Bedürfnisanstalt an der Juliusstraße fertiggestellt worden ist, beabsichtigt der Magistrat, je einen Abort der Frauen- und Kinderabteilung nur gegen Zahlung einer Gebühr von 10 S, die ganze übrige Einrichtung aber unentgeltlich zur Benutzung freizugeben. Da sich eine Wärterin nicht gefunden hat, die damit zufrieden gewesen wäre, wenn ihr an Stelle eines bestimmten Lohnes die erhobene Gebühr überwiesen würde, so beantragt der Magistrat, für eine Wärterin einen Lohnsatz von monatlich 30 M zu bewilligen.

Herr Schmidt: Die Finanzkommission gibt die Genehmigung der Vorlage anheim, da sich niemand gefunden hat, der die Ueberwachung der Anstalt billiger ausführen wollte. Vielleicht wird einmal das Kinderklosett überflüssig, so daß dann der Wärterin ein Aufenthaltsort geschaffen werden kann.

Herr Sander: Ich möchte fragen, ob die Wärterin neben den 30 M noch die Gebühr von 10 S erhält. (Zustimmung des Herrn Schmidt.)

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

## XIII. Entrichtung einer Reichsschenkungssteuer.

Das Herzogliche Erbschaftssteueramt hat den Magistrat aufgefordert, von der seitens der Firma Eisenbahnsignalbauanstalt Mag Fiedel & Co. in zwei hinter einander folgenden Jahren gemachten Schenkung für die Volkslesehalle im Betrage von je 10 000 M die gesetzliche Abgabe von 5 % im Betrage von insgesamt 1000 M an das Herzogliche Hauptsteueramt zu zahlen. Vom Magistrate wird ersucht, die Verbuchung der 1000 M Reichsschenkungssteuer auf Kap. XIV Nr. 6 der Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplanes der Kammereikasse gutzuheißen.

Herr Jasper: Die Finanzkommission ersucht, dem Vorschlage des Magistrates nicht ohne weiteres beizupflichten und empfiehlt, ihn abzulehnen, sowie den Magistrat zu ersuchen, die 1000 M nicht dauernd zu bezahlen, sondern den Versuch zu machen, den Betrag im Beschwerdewege dem städtischen Haushalte zu erhalten. Sie ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß es sich bei den Ueberweisungen nicht um Schenkungen im Sinne des Erbschaftssteuergesetzes handle, sondern daß hier ein rechtliches Geschäft vorliege, durch das die Stadt in keiner Weise bereichert werden soll. Eine solche Bereicherung des mit der Schenkung Bedachten setzt aber das Gesetz nach Ansicht der Kommission voraus. Diesen Standpunkt hat im Jahre 1905 auch das Reichsgericht eingenommen in einer Angelegen-

heit, bei der es sich darum handelte, ob ein Verein für Feuerbestattung, dem ein reicher Herr 10000 M für ein Kolobarium überwiesen hatte, an das formlose Versprechen, das Kolobarium unter Benutzung des Geldes zu errichten, gebunden sei oder nicht. Das Reichsgericht hat in diesem Falle entschieden, daß eine Schenkung nicht vorliege, weil keine Bereicherung des Vereins für Feuerbestattung durch die Schenkung erfolge. Ähnliche Entscheidungen ließen sich auch von anderen Gerichtshöfen anführen.

Es könnte nun bedenklich sein, ob man nicht in dem uns beschäftigenden Falle zu einer anderen Auslegung genötigt sein würde, und es wird ausdrücklich angeführt, daß auch Schenkungen unter Auflagen an sich steuerpflichtig sein würden. Es ist aber dem gegenüber von denjenigen Herren, die sich wissenschaftlich mit der Erbschaftssteuer befaßt haben, die Ansicht vertreten, daß mindestens der wirtschaftliche Wert der Auflage von dem erbschaftssteuerpflichtigen Kapitale abgezogen werden müsse. Nun ist die Auflage, die geschenkten Gelder zu Zwecken einer Lesehalle zu verwenden, genau so groß, wie die Schenkung selbst und es würde die Auflage die Schenkung vollständig konsumieren. Aus diesem Grunde tritt die Finanzkommission dafür ein, die Magistratsvorlage abzulehnen und den Magistrat zu ermahnen, Beschwerde einzulegen, zumal die Frist hierzu noch gewahrt ist.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Finanzkommission gemäß.

#### XIV. Anschaffungen für das städtische Arbeitsamt.

In dem Warteraume des städtischen Arbeitsamtes, der für Arbeitgeber und weibliche Arbeitnehmer (besonders Diensthboten) bestimmt ist, hat sich der Mangel jeder Mobiliarausstattung unangenehm fühlbar gemacht. Es kommt vor, daß fünf oder sechs Damen zu gleicher Zeit dort sind und längere Zeit auf Abfertigung warten müssen. Von auswärts eintreffende Diensthboten, die sich vom Bahnhofe zum Arbeitsamte begeben, um von dortaus in Begleitung der Geschäftsführerin Herrschaften aufzusuchen, vermissen eine Waschoilette und einen Spiegel.

Außerdem erscheint die jetzige Bezeichnung der Geschäftsstelle des Arbeitsamtes nicht ausreichend, und es wird für zweckmäßig gehalten, am Hause ein Aussteckeschild zu befestigen, dessen Ausstattung dem Charakter der alten Gebäude angepaßt werden mußte.

Die Diensthbotenvermittlung hat noch keine größeren Erfolge zu verzeichnen, weil die stellensuchenden Mädchen sich viel weniger an das Arbeitsamt wenden, als die Dienstherrschaften. Um die städtische Einrichtung und deren Vorzüge vor der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung den Diensthboten möglichst bekannt zu geben, beabsichtigt der Magistrat ferner, ein kurzes gemeinverständliches Flugblatt an sämtliche hiesigen Diensthboten durch die Kassenboten der gemeinsamen Ortskrankenkasse verteilen zu lassen.

Die Versammlung wird ersucht, für die Beschaffung von Mobiliar 110 M, für ein Aushängeschild 75 M und für den Druck eines Flugblattes 40 M zu bewilligen.

Herr Schmidt: Die Finanzkommission findet die Vorlage praktisch und wünschenswert und bittet um deren Genehmigung, die von der Versammlung beschlossen wird.

### XV. Ankauf zweier Grundstücke.

Die von den städtischen Behörden gewünschte Verbindung zwischen Hintern Brüdern und Langestraße dürfte am zweckmäßigsten in der Verlängerung der Schützenstraße anzulegen sein, weil hier die Langestraße etwa in der Mitte ihrer ganzen Ausdehnung getroffen wird. Der Magistrat ist nach Eingang des betreffenden Antrages der Versammlung vom 12. September 1907 zunächst mit den Eigentümern der in nördlicher Verlängerung der Schützenstraße gelegenen Grundstücke Hintern Brüdern 23 und Langestraße 26 in Verbindung getreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese Grundstücke für die Stadt zu haben sein würden. Als diese Verhandlungen einen befriedigenden Abschluß versprachen, ist die städtische Bauverwaltung aufgefordert worden, sich über Zweckmäßigkeit und Kosten des in Aussicht genommenen Durchbruchs zu äußern. Diese hat den Durchbruch empfohlen und dessen Kosten einschließlich Verlegung des Straßenkanals und des Gas- und Wasserrohrs auf 117 000 M geschätzt.

An der vorgelegten Entwurfskizze findet der Magistrat auszugehen, daß nicht nur das Grundstück Hintern Brüdern 23, sondern auch die Grundstücke Langestraße 25 und 26 in sehr wenig wirtschaftlicher Weise durchschnitten werden. Er hält daher eine geringe Verschiebung der Straße nach Westen für zulässig und im Interesse einer besseren Verwertung der eventuellen Restgrundstücke für zweckmäßig. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß durch solche Verschiebung und besonders dann, wenn gleichzeitig die Breite der Straße auf ihrer nach der Langestraße zu gelegenen Strecke zunächst auf die selbst an der schmalsten Stelle noch 8 m betragende Breite des Grundstücks Langestraße 26 beschränkt wird, die aufzuwendenden Kosten sich auf wenig über 100 000 M ermäßigen werden. Immerhin erscheint auch dieser Betrag noch so hoch, daß der Magistrat Bedenken trägt, ihn gegenwärtig zu dem angegebenen Zwecke aufzuwenden.

Um indessen die sich bietende Gelegenheit, die Grundstücke Hintern Brüdern 23 und Langestraße 26 zu den mäßig erscheinenden Preisen von 60 000 M und 23 600 M zu erwerben, nicht ungenützt vorübergehen zu lassen, hat der Magistrat gleichwohl deren Ankauf für geraten gehalten. Es war hierfür mitbestimmend einmal der Umstand, daß die Käufer bereit waren, der Stadt den ganzen Kaufpreis bis zum 1. Januar 1914 gegen vierprozentige Verzinsung zu stunden, sowie die Erwägung,



daß bis dahin die Beschaffung der zur Ausführung der Durchbruchstraße erforderlichen Mittel vermutlich ohne Schwierigkeit möglich sein würde. Mit dem Hinzufügen, daß der Magistrat in Voraussetzung der Zustimmung der Versammlung beabsichtigt, die beiden Grundstücke bis auf weiteres zu vermieten, ersucht er, deren Ankauf für die angegebenen Preise zu genehmigen.

Herr Meyerhoff: In der Baukommission wurde es für wünschenswert gehalten, nicht nur diese beiden Grundstücke, sondern möglichst auch noch die Nachbargrundstücke zu erwerben, um einer guten und rationellen Bebauung der Straße nicht im Wege zu sein. Auch der Herr Oberbürgermeister schien mit Rücksicht auf den glänzenden Abschluß des vergangenen Finanzjahres nicht gegen einen solchen Erwerb zu sein. Im Namen der Baukommission möchte ich die Genehmigung der Vorlage empfehlen mit dem Wunsche, in dieses Quartier so rasch wie möglich Luft und Licht zu bringen. Wenn wir damit erst einmal angefangen haben, so tun wir der Langenstraße einen großen Gefallen, weil sich dann die Bautätigkeit auch auf der Straße selbst regen und die viel gerügten schlechten Wohnungen beseitigen wird. Setzt will keiner nach der Langenstraße schon wegen ihrer Länge ziehen. Sobald der Durchbruch gemacht ist — und ich hoffe, daß dann der Durchbruch bis zur Weberstraße auch schnell kommt — wird Licht und Luft in die Gegend gebracht werden. Ich bitte Sie, bei dieser Gelegenheit recht tief in den Stadtsäckel zu fassen und nicht mit 1000 M anzufangen, denn hier ist es nötig, für die Arbeiter menschenwürdige Wohnungen zu schaffen. Herrn Dr. Bluth muß ich allerdings erwidern, daß auch auf der Langenstraße keine Wohnungen für 150 M geschaffen werden können. Ich möchte empfehlen, den Ankauf der beiden Häuser zu genehmigen.

Herr Sander: Ich bezweifle, daß sich auf der Langenstraße die Bautätigkeit infolge des Durchbruchs so rasch entwickeln wird, wie Herr Meyerhoff annimmt. Hier wäre ein Feld für die Baugenossenschaft; wenn sie eingreift und hier Häuser bauen würde, dann könnte sie sich nutzbar machen, und ich würde ihr gern jeden Betrag bewilligen.

Herr Niese: Bei dieser Zusage möchte ich Herrn Sander festhalten, denn ich zweifle keinen Augenblick, daß die Baugenossenschaft sich nicht scheuen würde, einzugreifen, wenn ihr solche Zusage gemacht werden könnten. Im übrigen freue ich mich, daß das Projekt endlich Gestalt angenommen hat. Ich bin auch dafür, daß gleich ein größerer Komplex angekauft und die Durchbruchstraße so rasch wie möglich gebaut wird. Dabei muß natürlich die Stadt einspringen, denn wenn wir die Kosten den Anliegern auferlegen wollten, so müßten wir noch länger, als bis 1914 warten. Wenn in der Weise vorgegangen wird, daß die Straße aufgeschlossen und von der Stadt ein bedeutender Zuschuß geleistet wird, so werden sich schon Leute finden, die dort Häuser bauen. Wie sollte es wohl in anderen Städten in hygienischer Beziehung aussehen, z. B. in Hamburg, wenn man sich nicht entschloße,

einmal ganze Straßen wegzureißen? Wir hätten auch das größte Interesse daran, wenn bei uns im Innern der Stadt Wandel geschaffen würde, nachdem sich unser Stadtgebiet weit genug ausgebreitet hat, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß schon im nächsten Frühjahr mit dem Durchbruch begonnen werden könnte.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

## XVI. Herrichtung einer Kaffee-Kochstelle.

Durch die Wahrnehmung, daß die Arbeiter der städtischen Straßenreinigung während der nächtlichen Frühstückspause regelmäßig Schnaps und Bier in nicht unerheblichen Mengen zu sich nehmen, hat sich die Straßenreinigungsdeputation veranlaßt gesehen, die Schaffung einer Kochstelle für Kaffee in dem Frühstückssaale der Arbeiter in Erwägung zu nehmen und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die räumlichen Verhältnisse die Aufstellung eines Kochkessels zulassen. Die Ausführung würde erfordern an einmaligen Kosten für Beschaffung eines mit Gas zu heizenden Kessels von 50 Liter Inhalt und der zu seiner Betriebsfähigkeit erforderlichen Anlagen 250 M., sowie an dauernden Kosten für Bedienung, Ankauf von Kaffee und für Heizgas und Wasser zusammen 400 M. Eine Einnahme würde dieser Ausgabe nicht gegenüberstehen, weil die beteiligten Arbeiter auf Anfrage einstimmig erklärt haben, daß die Einrichtung für sie keinen Wert habe, wenn der Kaffee an sie entgeltlich abgegeben werden sollte. Bei diesem geringen Entgegenkommen hat die Anlage natürlich nur dann Zweck, wenn gleichzeitig die unentgeltliche Abgabe des Kaffees beschlossen wird. Der Magistrat hält es für angezeigt, einen Versuch in der angegebenen Richtung zu machen und ersucht, die für die Einrichtung erforderlichen Kosten zu bewilligen.

Herr Jasper: Die Finanzkommission hat sich der Vorlage angeschlossen und befürwortet, dem Magistratsvorschlage beizutreten. Mit der Frage, ob die in der Vorlage erwähnten Mißstände vorhanden und tatsächlich Schnaps und Bier von den Arbeitern übermäßig konsumiert seien, hat sich die Kommission nicht beschäftigt.

Herr Wesemeier: Da in der Vorlage von Essenspausen die Rede ist, so hätte ich noch einen Wunsch in bezug auf die Abfuhrleute vorzubringen. Sie wissen, daß diese auch das Bedürfnis haben, während der Arbeitszeit zu frühstücken. Die Abfuhrleute kommen zwischen 7 und 8 Uhr mit dem ersten Fuder nach dem Bürgerpark und frühstücken dort während dieser Zeit. Wer die Arbeit kennt, weiß, in welcher Verfassung sich dann die Leute befinden. Die Hände starren von Dreck und selbst mit heißem Wasser kriegen sie ihn nicht herunter. Meines Erachtens wäre es dringend nötig, daß draußen eine Waschgelegenheit geschaffen würde, damit sie wenigstens die Hände reinigen und ihr Brot anfasseln können. Jetzt benutzen sie zum Waschen irgend einen Wassertümpel oder sie sind zum Teich gelaufen, aber

im lehtern Falle kommt ihnen der Wärtter auf den Hals und jagt sie weg. Die Deputation muß aussündig machen, wie sich solche Waschgelegenheit einrichten läßt. Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

## XVII. Zuschuß an den Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen.

Vom 9. bis 11. Oktober findet hier der 10. Deutsche Fortbildungsschultag in Verbindung mit der 17. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Vereins für das Fortbildungsschulwesen statt. Nach dem Besuche der früheren ähnlichen Veranstaltungen darf auf eine Beteiligung von etwa 500 bis 600 Teilnehmern gerechnet werden. Der für die Tagung eingesetzte Ortsausschuß hat die Bitte an den Magistrat gerichtet, es möge seitens der städtischen Behörden das Unternehmen dadurch gefördert werden, daß ein Zuschuß zu den Festkosten in Aussicht gestellt werde. Wenn auch von jedem Teilnehmer für Lösung der Festkarte ein Beitrag von 3 M erhoben werden soll, so entsteht doch für die Widmung eines mit Abbildungen versehenen Führers durch die Stadt Braunschweig, durch die Veranstaltung von Ausstellungen von Lehrmitteln, Schülerarbeiten und dergl., durch Druckfachen, durch Musik beim Begrüßungsabend, beim Festessen usw. eine Reihe von Ausgaben, die voraussichtlich durch die Teilnehmerbeiträge nicht voll gedeckt werden. Der Magistrat hält es für angezeigt, der Bitte des Ortsausschusses zu entsprechen und dadurch zugleich die Geneigtheit der städtischen Behörden zur gastlichen Aufnahme dieser und ähnlicher Veranstaltungen zu bekunden, weshalb die Versammlung gebeten wird, einen Betrag bis zu 750 M nach Bedarf als Zuschuß zur Deckung der etwaigen Fehlsomme dem Ortsausschusse zur Verfügung zu stellen.

Herr Schmidt: Da anzunehmen ist, daß durch die Teilnehmer an dem Fortbildungsschultage ein reges Leben hierher gezogen wird, so können wir es nur mit Freuden begrüßen, daß der Magistrat zur Förderung des Fremdenverkehrs Mittel bewilligen will. Die Finanzkommission bittet deshalb um Bewilligung des angeforderten Betrages. Die Verhandlungen des Vereins werden außerdem in mancher Beziehung förderlich sein, denn es handelt sich dabei vielfach auch um Fragen, die die Allgemeinheit berühren. Deshalb unterliegt es keinem Zweifel, daß auch hierfür zweckmäßig Mittel bewilligt werden können.

Herr Jasper: Ich hatte bereits in der Finanzkommission Veranlassung genommen, den Magistrat um Aufschluß zu bitten, nach welchen Grundsätzen den verschiedenen Vereinigungen Beihilfen gegeben würden. Herr Stadtrat von Frankenberg hat darauf erwidert, daß einmal die Zahl der Besucher ausschlaggebend sei, ferner der Umstand, ob die betreffende Tagung von allgemeiner Bedeutung für das geistige Leben der Stadt sei, ob weiter der Fremdenverkehr dadurch gehoben würde und ob und wie sich andere Städte zu einer derartigen Tagung verhalten hätten. Zu einer solchen Erkundigung hatte ich mich berechtigt gehalten, weil in den Tagen

vom 9. bis 11. August d. Js. die 15. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches hier stattgefunden hat, die von etwa 450 Mitgliedern besetzt war, also etwa die gleiche Besucherzahl aufzuweisen hatte, wie zu dem Fortbildungsschultage erwartet wird. Es war demnach etwa die gleiche Wirkung auf die Hebung des Fremdenverkehrs zu erwarten, die Versammlung hat auch in anderen Städten einen Kostenzuschuß erhalten, und dürfte für das geistige Leben der Stadt wohl dieselbe Bedeutung haben, wie der Fortbildungsschultag, was dadurch anerkannt wird, daß Herr Stadtrat von Frankenberg höchstselbst in der Versammlung erschien und diese Tagung als für das geistige Leben der Stadt bedeutungsvoll begrüßte und auch die Landesregierung und die Landesversicherungsanstalt den Kongreß begrüßt haben. Obwohl nun auch das Moment der Unterstützungsfähigkeit vorlag, hat doch der Kassenverband auf seine Eingabe die Antwort bekommen, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, ihm eine Beihilfe zu gewähren. Als Gründe werden angeführt: die hiesige Stadtgemeinde, die sich nicht in einer günstigen Finanzlage befinde, werde von so vielen Seiten in Anspruch genommen, daß sie sich bezüglich der Interessentenverbände weitgehende Beschränkungen auferlegen müsse. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, als sei die Haltung des Magistrates gegenüber den verschiedenen hiesigen Tagungen nicht von einem einheitlichen Grundsatz diktiert, sondern nicht unbeeinflusst von parteiischen Rücksichten nach dieser und nach jener Seite hin. Da wir es für wünschenswert halten, gegenüber solchen Tagungen eine bestimmte Stellung einzunehmen und grundsätzlich zu erklären, wir bewilligen oder bewilligen nicht, dem Kassentage aber die Bewilligung eines Zuschusses ohne weitere Gründe abgelehnt ist, so bin ich, so lange nicht eine grundsätzliche Regelung dieser Sache stattgefunden hat, nicht in der Lage, für den Fortbildungsschultag etwas zu bewilligen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es geht doch reichlich weit, wenn man den Herren vom Fortbildungsschultage das entgelten lassen will, was etwa gegenüber dem Ortskrankenkassentage gesündigt worden ist; auch ist es nicht zweckmäßig, Prinzipienreiterei in der Weise zu treiben, wie es der Herr Vorredner unternommen hat, sondern man wird sachlich zu prüfen haben, inwieweit die eine und andere Versammlung eine Förderung durch die städtischen Behörden erfahren kann. Daß die Krankenkassensache Förderung verdient, haben Magistrat und Ministerium anerkannt, indem sie eine Begrüßung des Kassentages veranlaßt haben. Das ist aber auch als ein Entgegenkommen anzusehen gegenüber der Fülle von Anträgen auf Begrüßung, die an den Magistrat herantreten. Es kann wohl auch als sicher angenommen werden, daß die Leiter des Kassentages aus der Nichtbewilligung eines Zuschusses gegen die städtischen Behörden einen Stachel nicht abgeleitet haben, zumal die Ablehnung des Zuschusses am 16. Juni erfolgt ist, also zu einer Zeit, als wir noch nicht wissen konnten, wie günstig sich unser Kassenabluß

für 1907/08 gestaltet hat. Insofern sind also die Bemühungen, uns in unserm Vorgehen in Widerspruch zu setzen, hinfällig und verdienen eine entschiedene Zurückweisung. Was die Bedeutung des Krankenkassentages betrifft, so sind die Herren ernstlich bestrebt, eine wissenschaftliche Bewegung hineinzubringen. Die Herren hatten mich gebeten, eine Berichterstattung zu übernehmen, jedoch war ich dazu außerstande, weil ich eben vom Urlaub zurückkam und mich meiner dienstlichen Tätigkeit widmen mußte; sie haben aber noch einen anderen Berichterstatter gefunden. Trotzdem muß indessen gesagt werden, daß ihn in wissenschaftlicher Beziehung der Fortbildungsschultag ganz erheblich überragt. Um dies beurteilen zu können, brauchen Sie nur einen Blick zu werfen auf die Namen des Vorstandes, die mit zu den angesehensten wissenschaftlichen Persönlichkeiten gehören. (Rufe: Aha!) Herr Dr. Jasper scheint anzunehmen, daß ich mich bei meiner Stellungnahme von Parteirücksichten leiten lasse. Nein, Persönlichkeiten wie der Freiherr von Schenkendorff in Görlitz und Studien- und Schulrat Dr. Kerschensteiner in München stehen über den Parteien und erfreuen sich selbst bei den Arbeitern der allergrößten Hochachtung. Wenn man aber die wissenschaftliche Bedeutung des einen und des anderen Kongresses abwägt, so senkt sich die Wage doch wohl tief für das Fortbildungsschulwesen. Außerdem war uns mitgeteilt worden, es würden den Krankenkassentag etwa 400 bis 450 Personen besuchen, während den Fortbildungsschultag etwa 600 Personen besuchen sollen. Auch war uns bekannt, daß andere Städte sich der Fortbildungsschultage in außerordentlicher Weise angenommen hatten, während uns derartige Angaben seitens des Unterverbandes der Krankenkassen nicht gemacht worden sind. Also dem Magistrate haben nur sachliche Gründe vorgeschwebt, und es war ein durchaus verfehltes Beginnen, hier etwas anderes vorzubringen. Im übrigen ist auf dem Krankenkassentage auch nicht mit einem Wort erwähnt, daß wegen der Nichtbewilligung des Zuschusses ein Mißton entstanden sei.

Herr Fricke: Ich möchte mich bei meinen Ausführungen lediglich an die heutige Vorlage halten. Wie Ihnen bekannt, ist die Fortbildungsschule ein ganz eminenter Faktor, mit dem wir heute rechnen müssen. Er betrifft nicht nur die wohlhabenden Leute, sondern unsere ganze Bevölkerung, soweit sie zu dem lernenden Teile gehört. Es beteiligen sich an dem Fortbildungsschulwesen Leute aus der gesamten Wissenschaft, und wir können es uns zur größten Ehre anrechnen, daß der Fortbildungsschultag hier zusammentreten will. Herrn Dr. Jasper gebe ich insofern recht, als auch etwas für den Krankenkassentag bewilligt werden konnte. Das ist nicht geschehen und zwar aus dem Grunde, weil unsere Finanzverhältnisse damals nicht so offen lagen, wie heute. An der heutigen Vorlage möchte ich Sie bitten, nicht zu mäkeln, ja ich möchte den Betrag von 750 M sogar auf 1000 M erhöht wissen, und zwar nicht darum, daß ich dabei Rücksicht auf jemand nehme,

im Gegenteil, die Herren, die zu dem Tage kommen, werden hier viel Anregung finden, denn in verschiedenen Lokalen werden Ausstellungen stattfinden und dgl. Die Herren sollen aber sagen: Braunschweig steht den anderen Städten nicht nach.

Herr Jasper: Ich kann nicht umhin, zu erklären, daß die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg mich eines besseren nicht belehrt, sondern im Gegenteil mich in meinem Mißtrauen gegen den Magistrat nur noch bestärkt haben, insofern, als er offen zugestanden hat, es sei ausschlaggebend für die ablehnende Haltung des Magistrates gewesen, daß die Namen der Vorstandsmitglieder beim Fortbildungsschultage andere gewesen wären als beim Krankenkassentage. Darin liegt es gerade, daß man den Trägern der Namen vom Krankenkassentage nicht so wohlwollend gegenüberstand, wie ich es wünschte. Ich muß Herrn Stadtrat von Frankenberg auch noch in einem anderen Punkte widersprechen, bei dem ihm entweder sein Gedächtnis einen falschen Streich gespielt zu haben scheint, oder er hat die Eingabe des Kassentages nicht zur Hand gehabt. (Widerspruch des Herrn Stadtrat von Frankenberg.) In der mir vorliegenden Eingabe des Kassentages werden Sie auf der zweiten Seite mit mir die Worte finden: „Nicht unerwähnt möchten wir ferner lassen, daß auch für die bisherigen Tage Beihilfen von nicht geringer Bedeutung geleistet worden sind“. Es ist also objektiv unwahr, wenn er behauptet, daß seitens des Kassentages ihm derartige Angaben nicht gemacht seien. Wenn ihm vorstehende Mitteilung nicht genügte, so war ihm Gelegenheit geboten, sich durch den Antragsteller noch nähere Unterlagen geben zu lassen. Die Summe, um die es sich dabei gehandelt haben würde, wäre vielleicht nicht so groß gewesen, wie die hier geforderte, und ich glaube nicht, daß der Magistrat damals befürchten mußte, er würde mit den laufenden Mitteln nicht auskommen und dem Dalles gegenüberstehen, wenn er den kleinen Betrag bewilligte. Dagegen sprechen auch schon die Kassen- und Rechnungsberichte, die dem Magistrat laufend zur Verfügung stehen. Die Begründung für die Ablehnung des Antrages steht daher nur auf schwachen Füßen, zumal der Kassentag auch nicht zu den Interessentenverbänden, wie z. B. der Holzinteressententag gerechnet werden kann. Ich kann deshalb von meiner Stellungnahme nicht abkommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe vorhin den Schwerpunkt nicht auf die Namen, sondern auf die wissenschaftliche Bedeutung der Vereinsleitung gelegt, wie jeder außer Herrn Dr. Jasper und diesem und jenem seiner Freunde wohl verstanden haben wird. Im übrigen gebe ich gern die Hoffnung auf, Herrn Dr. Jasper von der Loyalität des Magistrates zu überzeugen, aber davon können Sie durchdrungen sein, daß uns gerade die wissenschaftliche Seite der Veranstaltung bei unserm Entschlusse geleitet hat. Eine bessere Reklame, wie Herr Dr. Jasper für den Fortbildungsschultag gemacht hat, konnte übrigens gar nicht vorkommen. Außer den schon genannten beiden Herren sind noch andere hervorragende

Autoritäten an dem Fortbildungsschultage beteiligt, wie man leicht aus dem vorliegenden Programme entnehmen kann. Da die Angelegenheit des Kassentages seinerzeit von Herrn Stadtrat Wagner bearbeitet war, so ist mir im Augenblick nicht gegenwärtig gewesen, daß der Unterverband auch Mitteilung über früher bezogene Gemeindeforschüsse gemacht hatte. Eine etwa unterlassene derartige Mitteilung würde uns aber nicht veranlaßt haben, seinerzeit den Antrag abzulehnen.

Herr Wesemeier: Von Herrn Stadtrat von Frankenberg wird jetzt versucht, die Sache so zu deuten, als seien wir gegen den Fortbildungsschultag eingenommen und ständen ihm feindlich gegenüber. Die letzten Worte waren wenigstens nicht anders auszulegen. Dagegen muß ich protestieren, denn wir wissen die Bedeutung des Fortbildungsschultages wohl zu würdigen und legen nur dagegen Verwahrung ein, daß Krankenkassentag und Fortbildungsschultag verschieden behandelt werden.

Vorsitzender: Es blieb doch aber dem Krankenkassentage unbenommen, sich wegen eines Zuschusses an uns zu wenden, nachdem er vom Magistrate ablehnend beschieden war.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Nach der von mir heute eingezogenen Erkundigung soll an den Stadtverordneten-Vorsitzenden eine entsprechende Eingabe abgegangen sein.

Vorsitzender: Eine solche Eingabe ist weder bei mir, noch beim Sekretariate eingegangen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Fricke auf Bewilligung eines Zuschusses von 1000 M abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

### XVIII. Terrainerwerb zum Ausbau des Bienroderweges.

Nachdem die städtischen Behörden beschlossen haben, den Bienroderweg vorläufig bis an die Nordgrenze des Grundwasserwerkes angemessen auszubauen, hat der Magistrat zunächst bei der Herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, angefragt, ob und eventuell unter welchen Bedingungen die zu dem Wegebau erforderlichen, dem Kloster- und Studienfonds gehörigen Acker- und Wegeflächen im Umfange von 46,77 a Länderei und 71 qm Wegeflächen an die Stadt abgetreten werden könnten. Die Herzogliche Kammer fordert für die Länderei 2800 M und für die Wegefläche 600 M für den Morgen. Da der Magistrat die Preise für annehmbar erachtet, so gibt er anheim, ihn zu deren Bewilligung zu ermächtigen und die Flächen zu erwerben. Wegen der zu dem Wege weiter erforderlichen Flächen sollen die Verhandlungen eingeleitet werden, sobald der stadtseitige Erwerb der vorerwähnten Flächen allseitig genehmigt sein wird.

Nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Riese: Ich bin mit der Vorlage einverstanden und möchte nur noch den Wunsch daran knüpfen, daß der Magistrat versuchen wolle, dort möglichst viel Land anzukaufen, da das Land sich in fiskalischem Besitz befindet. Es handelt sich dort um gesuchtes Bauterrain, das ziemlich nahe an der Stadt liegt und dessen Wert nicht sinken kann. Wenn ich bedenke, was für Preise uns am Steinhofe angerechnet sind, so scheint es mir der Mühe wert zu sein, hier noch mehr Land anzukaufen.

Die Vorlage wird sodann genehmigt.

### XIX. Anschaffung eines Kraftfahrzeuges für die Feuerwehr.

Infolge Entgegenkommens der Firma H. Büßing ist es der Berufsfeuerwehr ermöglicht worden, längere Zeit ohne Aufwendung städtischer Mittel praktische Versuche mit einer Automobilspritze zu machen, die so günstig ausgefallen sind, daß die Feuerlöschdeputation die Anschaffung des von der genannten Firma vorgeliehenen Chassis zum Preise von 16100 M empfohlen hat. Nachdem es der Industrie gelungen ist, den sogenannten Selbstfahrern eine Betriebsicherheit zu verleihen, die der Sicherheit eines jeden durch tierische Kraft fortbewegten Geräts mindestens gleichkommt, unterliegt es keinem Zweifel, daß gerade beim Betriebe der Berufsfeuerwehr, soviel die technische Seite der Frage betrifft, die Verwendung elementarer Kraft zur Fortbewegung der Geräte den Vorzug verdient, weil ohne erhebliche dauernde Betriebskosten die erforderliche Kraft jederzeit in Betrieb gesetzt werden kann und weil bei ihrer Verwendung die lästigen Beschränkungen in bezug auf das Gewicht der Geräte wegfallen. Gerade das Gewicht ist aber in der letzten Zeit, insbesondere bei den mechanischen Leitern, so gesteigert worden, daß es immer schwerer fällt, geeignete Pferde zu bekommen, die imstande sind, die schweren Lasten genügend schnell fortzubewegen, und die dabei naturgemäß einer schnellen Abnutzung unterliegen.

Entscheidend für die Frage, ob zum Kraftbetrieb überzugehen sei, ist hiernach lediglich die finanzielle Seite. Auch hierüber hat der Probebetrieb Aufschluß gegeben, namentlich was die Betriebskosten betrifft. Dagegen ist die Frage der Abnutzung und die hierdurch bedingte Amortisation des Anlagekapitals noch nicht so weit geklärt, daß es angezeigt erscheinen könnte, sofort den ganzen Betrieb in einen Automobilbetrieb umzuwandeln. Der Magistrat ist vielmehr im Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation der Ansicht, daß es sich empfiehlt, zunächst sich auf den Erwerb des einen Chassis zu beschränken und weitere Erfahrungen abzuwarten. Die durch seine Verwendung erwachsenden Kosten sind gegenüber den durch Verwendung von Pferden erwachsenden Kosten etwa in der Weise zu schätzen, daß der Motorbetrieb 4327,33 M, der Pferdebetrieb aber 4660 M jährlich kostet. Wenn gleich hiernach die laufenden Kosten bei beiden Betriebsarten nicht wesentlich von



einander abweichen, so wird doch dem Motorbetriebe der Vorzug zu geben sein, weil abgesehen von der größeren Leistungsfähigkeit die Unterbringung der Automobile insofern erheblich leichter und billiger zu bewirken ist, als die kostspieligen Bauten für Stallungen, Futterböden und Düngergrube wegfallen, so daß auch weniger umfangreiche Grundstücke zur Unterbringung der Wagen genügen.

Nachdem Herzogliche Polizeidirektion der Anschaffung und Verwendung des Chassis zugestimmt hat, auch die Firma H. Büßing eine weitgehende Garantie für die Halbarkeit des Geräts übernommen hat, gibt der Magistrat anheim, für den in Rede stehenden Zweck die Summe von 16 100 M. zu verwilligen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Esdorn: Daß bei der Beschaffung des Fahrzeuges eine hiesige Firma berücksichtigt wurde, verstand sich wohl bei gleicher Leistung von selbst. Sie war weiter auch deshalb zu bevorzugen, weil die Fahrer auf der Fabrik gleich ausgebildet werden konnten und weil wir bei etwa vorkommenden Reparaturen die Fabrik hier zur Stelle haben, und die Reparaturen schnell vorgenommen werden können, während sonst allein 14 Tage auf den Versand zugehen würden. Um die Leistungsfähigkeit des Chassis festzustellen, sind mit ihm mehr als 30 Fahrten zu Brandstellen und außerdem noch viele andere Wegestrecken, einmal sogar über 50 km, zurückgelegt. Hierbei hat sich gezeigt, daß das Fahrzeug sich auch auf schlüpfrigen Wegen gut fortbewegt und fast gar nicht schleudert. Es ereigneten sich in der ersten Zeit der Verwendung wohl einige kleinere Unfälle, jedoch ließen sie sich auf die Ungeübtheit und Aufgeregtheit der Feuerwehrmannschaft zurückführen, und wiederholten sich später auch nicht. Wie schnell das Fahrzeug sich bewegt, hat es z. B. dadurch bewiesen, daß die Autospritze bei dem Brande der Brotfabrik hinter Richmond schon längst mit ihrer Tätigkeit zu Ende war, als die Melveroder und andere Spritzen ankamen. Namens der Finanzkommission kann ich nur dringend die Annahme der Vorlage empfehlen. Zugleich spreche ich die Hoffnung aus, daß der Chassis sich so bewähren möge, daß wir die ganze Feuerwehreinrichtung damit ausrüsten können. Vielleicht kommen wir damit noch soweit, daß es im Interesse der Landesbrandversicherung auch in der Nachbarschaft nicht mehr so viel brennt, wie bisher. Den Deputationsmitgliedern aber gebührt unser voller Dank dafür, daß sie sich bemüht haben, für uns so etwas Vollendetes zu schaffen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## XX. Spende für Graf von Zeppelin und die Abgebrannten in Donauessingen.

Vom Magistrate wird es für angemessen gehalten, daß sich auch die hiesige Stadt an der Nationalspende für den Grafen von Zeppelin beteiligt. Wenngleich durch die überall im ganzen Reiche veranstalteten Sammlungen schon jetzt so reiche Mittel zusammengebracht sind, daß dem genialen Erfinder die Erbauung eines

neuen Luftschiffes ermöglicht ist, so bleibt doch zu berücksichtigen, daß es sich bei dieser Sammlung um eine nationale Veranstaltung handelt, durch die ganz Deutschland einem seiner besten Söhne für sein unentwegtes rastloses Streben Dank und Anerkennung zollen will. An dieser Veranstaltung wird sich deshalb auch die Stadt Braunschweig zu beteiligen haben, und wird ein Betrag von 2000 M für angemessen gehalten.

Die Zerstörung des Zeppelinschen Luftschiffes fiel zeitlich zusammen mit dem Brandunglück, das die Stadt Donaueschingen betroffen hat, und es liegt daher nahe, bei der Bewilligung einer Summe zugunsten der Zeppelinspende auch der unglücklichen Einwohner der genannten Stadt zu gedenken, die ihrer Habe beraubt sind. Der Magistrat hält es für zulässig und zweckmäßig, für diesen Zweck 1000 M aufzuwenden.

Es wird daher anheimgegeben, zu den gedachten Zwecken zusammen 3000 M zu bewilligen.

Herr Jasper: Die Mehrheit der Finanzkommission empfiehlt den Antrag des Magistrates zur Annahme. Ueber die Gründe dieser Bewilligung war sich die Mehrheit selbst nicht einig, ich verzichte deshalb darauf, die einzelnen Gründe darzulegen und zwar umso mehr, als in der Diskussion Raum genug ist, seine Meinung auszusprechen. Der Magistratsvorlage war eine Reihe von Eingaben beigelegt, die von einem Komitee zugunsten des Erfinders Ganswindt an uns ergangen sind; die Kommission hat sich indes nicht näher damit befaßt, und ich erwähne sie nur der Vollständigkeit wegen. Das Komitee erklärt, Ganswindt sei der Urfinder des lenkbaren Luftschiffes.

Vorsitzender: Ich halte es für zweckmäßig, getrennt abzustimmen. Wenn es möglich wäre, möchte ich bitten, nicht in eine Diskussion mit Gründen für und wider einzutreten, da doch keiner den anderen zu einer anderen Ansicht bekehren wird. Es würde im allgemeinen Interesse liegen, wenn wir nur durch Abstimmung erklärten, wie jeder darüber denkt. Selbstverständlich eröffne ich aber die Debatte. — Da sich niemand meldet, schließe ich sie wieder. Wer ist für die Bewilligung der 2000 M zur Zeppelinspende? Die Bewilligung ist mit 21 Stimmen genehmigt.

Herr Wesemeier: Sie haben eben Ihre Bewilligungslust gezeigt. Es ist zweifellos, daß Zeppelin die Sympathien des ganzen deutschen Volkes und des Auslandes in seinem Unglück besitzt, jedoch war es nicht nötig, hier noch 2000 M zu bewilligen, nachdem schon so viel Geld zusammengekommen war. Weil wir aber anscheinend so viel Geld übrig haben, so beantrage ich, für die Abgebrannten in Donaueschingen die gleiche Summe zu bewilligen. Man kann es diesen unglücklichen Menschen, für die viel weniger Geld einkommen ist, nachfühlen, in welcher trostlosen Lage sie sich befinden.

Herr Esdorn: Ich kann nur bitten, den Antrag Wesemeier anzunehmen und 2000 M zu bewilligen, nachdem der Kassenabschluß so gut ausgefallen ist.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, die Sache so zu handhaben, daß wir der Magistratsvorlage auf Bewilligung von 1000 M zustimmen, gleichzeitig aber den Magistrat ersuchen, noch weitere 1000 M zu bewilligen. Wenn wir nämlich jetzt beschließen, 2000 M zu bewilligen und der Magistrat kann hinterher dem Beschlusse nicht beitreten, so ist eben gar nichts bewilligt.

Herr Meyerhoff: Wir erscheinen die 1000 M an sich hoch genug, aber in Anbetracht der guten Sache bitte ich, für 2000 M zu stimmen. Kann sich der Magistrat nicht heute schon bereit erklären, 2000 M zu bewilligen? Ich halte es nicht für richtig, das dem Magistrate zu überlassen. Wenn ihm 2000 M zu hoch sind, können wir vielleicht 1500 M bewilligen.

Vorsitzender: Es soll dem Magistrate nicht überlassen werden, ob er die 2000 M zahlen will oder nicht, sondern mein Vorschlag soll verhindern, daß vielleicht überhaupt nichts gezahlt wird. Aus diesem Grunde hat auch die Finanzkommission meinen Vorschlag für richtig gehalten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich bin beim besten Willen nicht in der Lage, die Zustimmung des Magistrates schon heute in Aussicht zu stellen. Wir sind hier am Tische nur zwei Mitglieder und können keinen formellen Beschluß fassen. Wenn auch Sachen, die ihren gewiesenen Gang zu gehen haben, von zwei Magistratsmitgliedern erledigt werden können, so trifft das doch hier nicht zu. Ich persönlich habe gegen die Bewilligung von 2000 M nichts einzuwenden.

Die Versammlung beschließt darauf, der Magistratsvorlage gemäß 1000 M zu bewilligen und ihre Zustimmung zur Bewilligung von weiteren 1000 M auszusprechen.

## XXI. Verzinsung der Umsatzsteuererträge.

Durch die Verfügung der Herzoglichen Kreisdirection vom 6. Februar 1908 ist dem Magistrate die Auflage erteilt, die Umsatzsteuererträge, soweit sie nicht alsbald verbraucht werden, verzinslich derart zu belegen, daß sie jederzeit flüssig gemacht werden können. Nachdem durch Urteil des Herzoglichen VerwaltungsgERICHTSHOFES vom 6. Mai 1908 die gegen diese Verfügung erhobene Klage zurückgewiesen worden ist, sieht sich der Magistrat genötigt, die zur Ausführung der Verfügung erforderlichen Schritte zu tun. Der zu verzinsende Betrag, der sich zu Anfang dieses Jahres auf etwa 100 000 M belief, wird je nach dem Monatsabschlusse der Stadthauptkasse schwankend festzustellen sein. Man wird der Auflage gerecht werden, wenn die Verzinsung der neu hinzugekommenen Beträge stets erst mit Beginn des zweiten Monats nach der Ausführung im Monatsabschlusse anfängt, während Verminderungen sofort zu berücksichtigen sind. Als Zinssatz

wird der Betrag von 3 % vorgeschlagen, weil das Herzogliche Leihhaus seit Anfang dieses Jahres der Stadt eine Verzinsung in dieser Höhe gewährt und weil bis vor kurzem auch die hiesigen Bankgeschäfte bei sofort kündbaren Darlehen Zinsen mindestens in der gleichen Höhe gezahlt haben.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Kammereikasse den nach obigen Grundsätzen festgestellten Betrag der Umsatzsteuerbestände vom 10. Februar 1908 ab bis auf weiteres der Kasse der Umsatzsteuer mit demselben Prozentsatze verzinst, den die Stadt für die sofort kündbaren Darlehen vom Herzoglichen Leihhause erhält.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

## XXII. Errichtung von Gebäuden auf dem Pflegehausgrundstücke.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Errichtung eines Sektions- und Leichenhauses nebst Desinfektionsanstalt auf dem Pflegehausgrundstücke in der von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen und von der Pflegehausdeputation gebilligten Weise einverstanden zu erklären und die Kosten mit 31000 M zu bewilligen. Ein entsprechendes Projekt nebst Kostenanschlag ist dem Antrage des Magistrates beigelegt worden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lübke berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

## XXIII. Erweiterung des Armenhauses usw.

Unter Beigabe der entsprechenden Pläne und Vorverhandlungen ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf dem Grundstücke des städtischen Armenhauses an der Goslarischenstraße verschiedene Bauten ausgeführt werden, jedoch mit mehreren vom Magistrate für nötig gehaltenen Abweichungen. Es handelt sich dabei um eine Erweiterung des alten Armenhauses, um die Errichtung eines Nebengebäudes, zweier Schuppen und um eine Einfriedigungsmauer an der Goslarischenstraße. Für die sämtlichen Bauten werden vom Magistrate 38865 M gefordert.

Herr Lübke: Die Baukommission hat die Vorlage in einzelnen Punkten, z. B. an der Lage der Türen und den Aufmessungen, bemängelt, ohne daraus aber einen Grund herzuleiten, die Vorlage abzulehnen; sie empfiehlt vielmehr die Genehmigung der vorliegenden Entwürfe mit den vom Magistrate gewünschten Einschränkungen.

Herr Wesemeier: Ich bin für die Vorlage, möchte aber bei dieser Gelegenheit einen Wunsch äußern. Im kommenden Winter wird zweifellos eine erheblich größere Arbeitslosigkeit Platz greifen, als bisher. Das Baugewerbe liegt jetzt

schon erheblich danieder und in den Fabriken werden noch viele Arbeiter entlassen werden, da die Krisis schon tüchtig eingesezt hat. Ich möchte deshalb den Magistrat bitten, Vorseege zu treffen, um der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten möglichst abzuheffen.

Die Magistratsvorlage gelangt hiernach zur Annahme.

#### XXIV. Instandsezung der Scharnstraße.

Nach dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung soll die Scharnstraße, deren Umpflasterung in Aussicht genommenen war, in der folgenden Weise instand gesetzt werden: An dem Zustande der südlichen 25 m langen Teilstrecke wird nichts geändert. Auf der an diese anschließenden 27,40 m langen Straßenstrecke bis zur Nordgrenze des Grundstücks Nr. ass. 743 soll die Fahrbahn mit alten, bei der Umpflasterung der Dankwardstraße verfügbar gewordenen rechtwinkligen Borphyrpflastersteinen in Grandbettung gepflastert werden, während die Fußwege Belpfer Sandsteinplatten erhalten werden. Auf der dann noch verbleibenden 232,60 m langen Reststrecke der Scharnstraße soll die Fahrbahn mit Stampfasphaltplaster auf Betonunterlage befestigt werden, während die Fußwege mit Plattenbelag bis zu einer Breite von 1,05 m, im übrigen aber mit Mosaikpflaster versehen werden. Die hierdurch entstehenden Kosten belaufen sich auf 33 500 M, wovon 25 000 M seitens der Stadt und 8500 M seitens der Anlieger zu decken sein würden. Die Umpflasterung der Straße würde nur 7000 M gekostet haben. Die Asphaltierung des größten Teiles der Straße wird in Vorschlag gebracht, nachdem die Direktoren der beiden Gymnasien über die durch den schlechten Zustand des Pflasters verursachten Störungen im Schulbetriebe Klage geführt haben.

Für den Fall, daß die Asphaltierung der Straße beschlossen werden sollte, wird von der städtischen Bauverwaltung weiter anheimgegeben, daß der United Limmer & Vorwohler Rock Asphalte Company, Limited zu Linden bei Hannover die Ausführung des Stampfasphaltplasters übertragen werde. Der Magistrat ersucht, diesen Anträgen zuzustimmen und die Kosten mit 33 500 M zu verwilligen.

Herr Frühling: Die Baukommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn dem Herrn Referenten die ganzen Vorgänge vorgelegen hätten, so würde er daraus ersehen haben, daß der Antrag der beiden Gymnasialdirektoren nicht der unmittelbare Anlaß gewesen ist, die Asphaltierung der Straße vorzuschlagen, sondern daß schon früher darüber Verhandlungen gepflogen worden sind, indem die städtische Bauverwaltung schon vorher darauf hingewiesen hatte, dort sofort einzugreifen. Nach der Kanalisation der Straße haben sich nämlich dort sehr unangenehme Senkungen gebildet, so daß die Straße schon aus diesem Grunde nicht liegen bleiben konnte; sie ist aber noch

schlechter geworden, als das Gasrohr aufgenommen war und dadurch das ganze Pflaster zerstört wurde. Deshalb hatte die städtische Bauverwaltung schon vorher in Aussicht genommen, die Scharnstraße umzupflastern. Nun kam der Antrag der beiden Direktoren, und da hat der Magistrat geprüft, ob nicht statt der Umpflasterung lieber eine gründliche Instandsetzung der Straße am Platze wäre. Die teilweise Pflasterung der 27,40 m langen südlichen Teilstrecke würde übrigens vom Magistrat nicht zugestanden sein, wenn nicht die ganze vordere Strecke am Löbbbeckeschen Bankhause entlang auch gepflastert wäre und in ihrem jetzigen Zustande beibehalten werden könnte. Es würde weggeworfenes Geld sein, wenn man diese erst vor einigen Jahren auf Antrag der Firma Löbbbecke ausgeführte Pflasterung wieder beseitigen wollte. Unter diesen Umständen erscheint es zulässig, das am Rathause verfügbar gewordene, noch gute Pflaster hier im Anschluß an die Pflasterstrecke zu verwenden, wenn auch die Einheitlichkeit des Fahrbahnbelages dadurch unterbrochen wird.

Die gesamte Vorlage wird darauf genehmigt.

## XXV. Vermietung einer Wohnung an der Diesterwegstraße.

In dem Schuldienerhause der Bürgerschule an der Diesterwegstraße sind zwei Wohnungen eingerichtet, bestehend aus je 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und Zubehör. Die im ersten Obergeschoße gelegene Wohnung ist dem Schuldiener Bock überwiesen, während diejenige im Erdgeschoße bislang für Zwecke des Schulbaues, als Baubüreau und zur Lagerung gelieferter Gegenstände benutzt worden ist. Nach den seinerzeit gemachten Vorschlägen sollte die zweite Wohnung vorläufig an den in der Schule beschäftigten Heizer vermietet werden. Die städtische Bauverwaltung gibt anheim, die Wohnung vom 1. Oktober 1908 ab dem schon seit langer Zeit als Heizer an der Ottmerstraße tätig gewesenen Maurer Hermann Schnepel zu einem Mietpreise von 200 M jährlich zu vermieten. Dem gegenüber beantragt der Magistrat, zuzustimmen, daß dem Genannten die Wohnung nebst Wasser und Heizung vom 1. Oktober ab zum Jahrespreise von 230 M überlassen werde.

Nach Befürwortung durch Herrn Koch wird dem Magistratsantrage zugestimmt.

## XXVI. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Namens der Statutentkommission empfiehlt Herr Boge, dem Schlosser Wilhelm Büchner auf Antrag die Hälfte der Hundesteuer für 1908/09 zu erlassen, weil der betreffende Hund schon im ersten Monate des Jahres verendet ist, das Gesuch der Witwe des Rechtsanwalts Elster auf Erlaß der Hundesteuer jedoch zu ver-

werfen, weil es sich um eine Luxussteuer handelt, die von dem Besitzer eines Hundes getragen werden muß.

Beide Kommissionsanträge werden angenommen.

Weiter berichtet namens der Statutenkommission Herr Asmann: Die Schwestern Gisella und Leopoldine Körvernau besitzen jede einen kleinen Hund, den sie als Künstlerinnen zu ihrem Erwerb gebrauchen. Da beide stellenlos und arm sind, so wird anheimgegeben, ihnen die Steuer zu erlassen, was seitens der Versammlung geschieht.

Der Händler August Gille hat seinen Hund am 13. April töten lassen. Es wird kommissionsseitig empfohlen, ihm die Hälfte der Steuer zu erlassen unter der Bedingung, daß er daraufhin im laufenden Jahre keinen Hund wieder halten darf. Auch dieser Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

Endlich empfiehlt die Kommission, der Schauspielerin Frau Emmi Türcke die Hälfte der Hundesteuer unter der gleichen Bedingung zu erlassen, da deren Hund am 30. Juni eingegangen ist. Der Antrag wird ebenfalls genehmigt.

## XXVII. Wahl eines Ausschußmitgliedes.

An Stelle des verstorbenen Landwirts Effen wird auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden der Rentner Karl Ellersiek zum Mitgliede des Ausschusses für die Bekämpfung der Seidenpflanze, des Franzosenkrautes und der Spargelschädlinge für die Feldmark Hohetor gewählt.

## XXVIII. Mitteilung des Herrn Vorsitzenden.

Vorsitzender: Wir werden in diesem Monate voraussichtlich noch eine Sitzung haben müssen, in der aber die großen Vorlagen noch nicht zur Beratung kommen können. Für diese großen Vorlagen sind als Referenten für die Finanzkommission Herr Wolters und für die Statutenkommission Herr Weichsel bestellt worden. Ich werde die vielen Wünsche, die mir hierzu bereits zugegangen sind, den beiden Herren überweisen.

## XXIX. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Stadtarchivar Mack hat die zweite Abteilung des vierten Bandes des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig uns zugehen lassen, ich möchte mir erlauben, der geehrten Versammlung hiervon einen Abdruck zu überreichen. Er bietet eine Fülle des Interessanten über die Verhältnisse, wie sie vor 600 bis 700 Jahren hier gewesen sind.

Vorsitzender: Ich werde den Band bei den Herren zirkulieren lassen.

### XXX. Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle.

Herr Voge: Nach einer der Versammlung unterm 9. Juli d. Js. zugegangenen Vorlage beabsichtigt der Magistrat, hier eine Rechtsauskunftsstelle für Minderbemittelte einzurichten und deren Geschäftsführung dem Gerichtsschreiber des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes zu übertragen. Um diesen Beamten instand zu setzen, demnächst seine Stelle ordnungsmäßig auszufüllen, beabsichtigt der Magistrat, ihn zur Teilnahme an einem Ausbildungskursus zu entsenden, den Herr Dr. Stein, der bewährte Leiter der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle in Frankfurt a. Main vom 20. September bis 10. Oktober d. Js. abhalten wird. Die Statutenkommission ersucht in der Annahme, daß die Einrichtung der Rechtsauskunftsstelle demnächst genehmigt werden wird, der Entsendung des Beamten nach Frankfurt a. Main unter Uebernahme der Kosten auf die Stadtkasse zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

### XXXI. Anfrage Helmsold: Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße.

Herr Helmsold: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob dem Magistrate bekannt ist, daß der Spielplatz an der Juliusstraße immer schon sehr früh geschlossen wird und ob es sich nicht einrichten läßt, daß der heute eingesetzten Abortwärterin die spätere Schließung des Platzes übertragen wird.

Herr Ohlendorf: Mir ist auch bekannt geworden, daß die städtischen Arbeiter den Platz recht früh schließen. Vielleicht kann der Magistrat anordnen, daß die Frau die spätere Schließung des Platzes vornimmt.

Vorsitzender: Wenn dem Magistrate diese Anregung nicht genügen sollte, dort einzugreifen, so muß ich den beiden Herren anheimgeben, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 8 Uhr.

---





# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 1. Oktober 1908.

### Tagesordnung:

I. Antrag Bues: Verlegung eines Wasserrohrs in die Eisenbüttelerstraße .	Seite 229
II. Ausbau eines Teiles der Hildesheimerstraße . . . . .	" 230
III. Antrag Sander: Beseitigung des Brunnens auf dem Radeflinte . . .	" 231
IV. Ausarbeitung eines Vorentwurfs für die Anlage eines Viehhofes . . . .	" 232
V. Ausbau eines Teiles der Nebenstraße . . . . .	" 235
VI. Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle . . . . .	" 235
VII. Ausbau der Humboldtstraße . . . . .	" 241
VIII. Beaufsichtigung des früheren Hilfsschulgebäudes . . . . .	" 241
IX. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße . . . . .	" 242
X. Anschluß eines Grundstückes in Delper an das Wasserrohrnetz . . . . .	" 242
XI. Einreichung einer Forderungsklage . . . . .	" 242
XII. Aenderungs-vorschläge zu dem Entwurfe der neuen Straßenpolizeiordnung	" 243
XIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .	" 251
XIV. Anfrage Helmold: Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße . .	" 251
XV. Antrag Wesemeier: Teuerungszulage für die städtischen Beamten . . .	" 252
XVI. Antrag Ribbentrop: Beschaffung von Krankenwagen . . . . .	" 255
XVII. Antrag Jasper: Aenderung in der Verwaltung des FriedhofsweSENS . .	" 255
XVIII. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer	" 257
XIX. Anfrage Hesse: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit . . . . .	" 259
XX. Antrag Esdorn: Absperungsmaßnahmen bei Ausbruch eines Feuers . .	" 260
XXI. Anfrage Wesemeier: Zustand der Bedürfnisanstalten . . . . .	" 261

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Bähr, Buchler, Kalms, Koch, Löhnefinke, Lübke und Weichsel; später erscheint Herr Meyerhoff.

Vorsitzender (Herr Hauswaldt): Ich eröffne die Versammlung und bitte um Entschuldigung, daß ich die Sitzung wieder auf einen recht ungünstigen Tag anberaumen mußte; es war jedoch beim besten Willen nicht anders einzurichten.

Sodann habe ich Ihnen folgende geschäftlichen Mitteilungen zu machen:

1. Der Magistrat hat der Versammlung ein Schreiben folgenden Inhalts zugehen lassen: „Unterm 3. September d. Js. hat die Versammlung auf unsern Antrag 1000 M als Unterstützung für die Abgebrannten in Donaueschingen verwilligt und gleichzeitig an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Spende auf 2000 M zu erhöhen. Wie sehr wir auch die diesem letzteren Beschlusse zugrunde liegende edle Gesinnung anerkennen, so haben wir doch geglaubt, demselben aus folgender Erwägung unsere Zustimmung versagen zu sollen. Wir geben gern zu, daß man über die Höhe der im vorliegenden Falle zu gewährenden Unterstützung sehr wohl verschiedener Meinung sein kann, und erkennen auch an, daß durch eine Beihilfe von 2000 M die Leistungsfähigkeit der Stadt nicht überschritten wäre. Andererseits kommt doch aber in Betracht, daß Braunschweig zu Donaueschingen in absolut keiner näheren Beziehung steht und daß die Zahl der tatkräftige Hilfe gewährenden Personen, Gemeinden und sonstigen Verbände, wenn die Zeitungsnachrichten nicht trügen, ungemein groß ist. Es dürfte um deswillen ein Anlaß, die zu verwilligende Unterstützung besonders hoch zu bemessen, nicht vorliegen, und zwar umfoweniger, als auch andere große Städte, mit denen in Vergleich zu stellen im vorliegenden Falle durchaus am Platze ist, bei der Bemessung ihres Unterstützungsbetrages weit hinter der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zurückgeblieben sein dürften. So hat z. B. Berlin nur 10000 M gegeben, während es sich an der Zeppelinspende mit 30000 M beteiligt hat. Uns will die hierin zum Ausdruck gebrachte höhere Bewertung des den Grafen von Zeppelin betroffenen Unfalles mit Rücksicht darauf, daß es sich bei diesem nicht nur um den Ausgleich eines Materialschadens, sondern zugleich um eine dem genialen Erfinder darzubringende Ehre der Nation handelte, durchaus gerechtfertigt erscheinen. Auch für unsere Entschließung ist die Erwägung mitbestimmend gewesen, daß nach übereinstimmender Ansicht der städtischen Behörden eine Beteiligung an der Zeppelinspende mit 2000 M als angemessen angesehen worden ist. Die verwilligten 1000 M sind von uns inzwischen an das norddeutsche Hilfsomitee für Donaueschingen in Berlin abgesandt worden.“

2. Der Kaufmann Gotthold Epierling bittet um Verleihung einer Stelle im städtischen Dienste, da er sein Klostertabfuhrgeschäft infolge Einführung des neuen

Ortsbaustatuts hat aufgeben müssen und nun beschäftigungslos sei. Ich glaube im Interesse des Herrn zu handeln, wenn ich die Sache an den Magistrat weitergebe.

3. Der Ausschuß für Denkmalpflege im Herzogtume übersendet drei Exemplare der Hefte Nr. 1 und 2 seiner Veröffentlichungen über die Denkmalpflege im Herzogtum Braunschweig und wird auch die weiteren Veröffentlichungen demnächst nachsenden. Die Nr. 2 behandelt den Umbau des Gewandhauses und den Neubau des Handelskammergebäudes.

4. Von dem Zentralvorstande des Evangelischen Bundes ist eine Anzahl Programme der 21. Generalversammlung des Bundes eingegangen mit der Bitte, den hier stattfindenden Verhandlungen freundliche Teilnahme zu schenken. Die Programme werden den evangelischen Mitgliedern der Versammlung zur Verfügung gestellt.

Nunmehr können wir in die Tagesordnung eintreten.

## I. Antrag Bues: Verlegung eines Wasserrohrs in die Eisenbüttelerstraße.

Herr Wolters: In der Sitzung vom 18. Juni 1908 — Seite 151 des Berichtes — hat Herr Bues beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die Eisenbüttelerstraße mit einer Wasserleitung zu versehen. Es wird den Herren erinnerlich sein, daß wir die Angelegenheit der Häuser an der Eisenbüttelerstraße schon vor längeren Jahren einmal behandelt haben, als von deren Eigentümern der Antrag gestellt worden war, die Straße mit einem Kanal zu versehen. Es war damals eine Verunreinigung der Oker vorgekommen, und in ihrer Notlage hatten sich die Eigentümer an den Magistrat gewandt mit der Anfrage, ob die Straße nicht an das Kanalnetz angeschlossen werden könne. Daraufhin sind von der städtischen Bauverwaltung verschiedene Projekte ausgearbeitet und davon ist eins in nähere Erwägung gezogen, wonach der Kanal von der Eisenbüttelerstraße durch Eisenbahnterrain bis zur Bruchtorpromenade geführt werden sollte. Die Kosten hierfür betrugen einschließlich eines Dükers anschlagsmäßig 45 000 M. In Rücksicht auf die Höhe der Ausgabe und die sehr zweifelhafte Zukunft des Eisenbahngeländes hat man damals davon Abstand genommen, die Kanalisation der Straße ins Auge zu fassen.

Heute handelt es sich darum, die Straße mit Wasser zu versorgen. Diese Frage ist von der Finanzkommission in zwei Sitzungen sehr eingehend geprüft und dabei betont worden, daß sie sich von der Kanalisation nicht trennen läßt. Die Wasserzuführung ist technisch möglich, aber nicht etwa von der Bahnhofstraße her, weil eine Rohrlegung unter dem Eisenbahnkörper durch an dieser Stelle undurchführbar sein würde. Man müßte dann nämlich das Rohr in einen besonderen Kanal legen, um die Bahn gegen Rohrbrüche zu schützen. Dagegen wäre es

technisch denkbar, das Rohr von der Wolfenbüttelerstraße her zu verlegen. Nun hat aber die Finanzkommission gemeint, daß, selbst in der Annahme der Ausführbarkeit der Anlage eine Wasserzuführung in solchem Umfange nicht stattfinden dürfe, weil die dort seit Jahren hervorgetretenen Uebelstände sich noch mehr fühlbar machen würden, sobald jedes Haus mit Wasserleitung versehen werden sollte. Bekanntlich hat auch die Militärverwaltung früher schon Klage geführt über die Verunreinigung der Oker durch die Abwässer dieser Grundstücke. Andererseits sieht aber die Finanzkommission ein, daß sich die dortigen Bewohner bezüglich des Wasserholens in einer üblen Lage befinden, indem sie das Wasser von weither in Eimern herbeiholen müssen. Deshalb beantragt die Kommission, dem Magistrate zur Erwägung anheimzugeben, ob es nicht möglich wäre, einige Wasserschöpfstellen in Eisenbüttel herzurichten, so daß die Bewohner der Eisenbüttelerstraße sich ihr Wasser von diesen Wasserpfosten holen können und ihnen dadurch eine kleine Erleichterung verschafft werde. Dabei hat die Kommission nicht verkannt, daß auch in dieser Beziehung eine sehr eingehende Prüfung der in Frage kommenden Verhältnisse notwendig ist, einmal wegen des Kostenpunktes und sodann wegen der etwa möglichen noch größeren Verunreinigung des Grund und Bodens durch die Abwässer; jedoch sieht die Kommission ein, daß Herr Bues die Notlage der dortigen Einwohner richtig geschildert hat. Es wird also beantragt, dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, ob es nicht möglich sein wird, den Anwohnern der Eisenbüttelerstraße in der angedeuteten Weise entgegenzukommen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

## II. Ausbau eines Teiles der Hildesheimerstraße.

Nach den von der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Plänen und Ermittlungen über den Ausbau der Hildesheimerstraße zwischen der Goslarschenstraße und der Landeseisenbahn sind die Grunderwerbskosten zu 4000 M und die Baukosten zu 30500 M sowie der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 113,80 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Die betreffende Straßenstrecke hat zurzeit eine Breite von 16 bis 17 m und soll nach dem Ortsbauplane durch Hinzunehmen von Abschnitten von den angrenzenden Grundstücken eine Breite von 19 m erhalten. Ihre Instandsetzung ist derart geplant, daß an der Nordostseite ein Fußweg von 2,50 m Breite, von diesem durch die zu erhaltende Baumreihe getrennt ein Radfahrweg von 1,50 m Breite, aldann eine 7,50 m breite, mit Kleinpflaster zu befestigende Fahrbahn, daneben ein Reitweg von 3 m Breite und schließlich an der Südwestseite ein mit einer neuen Baumreihe zu bepflanzender Fußweg von 4,50 m Breite angeordnet werden soll. Die Fußwege sollen Plattenbelag erhalten.

Der Magistrat trägt Bedenken, dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung zuzustimmen und möchte die Querteilung der Straße dahin abgeändert sehen, daß der den Hauptverkehr tragende östliche Fußweg durch die daneben gelegene, als Radfahrweg bezeichnete Fläche erweitert werde, der Reitweg eine Breite von 2 m erhalte und daß die um die Verschmälerung des Reitweges verbreiterte Fahrbahn 70 cm breite, mit Schladensteinen gepflasterte Gassen erhalte, die den fortgefallenen Radfahrweg zu ersetzen bestimmt und geeignet seien. Die Versammlung wird ersucht, sich darüber zu äußern, ob die vom Magistrate für zweckmäßig gehaltene Quereinteilung Zustimmung findet.

Herr Wolters: Die Ansicht des Magistrates hat in allen Punkten die Zustimmung der Baukommission gefunden, die beantragt, das vorgelegte Projekt mit den vom Magistrate gewünschten Aenderungen grundsätzlich zu genehmigen, damit auf Grund dieser Zustimmung ein definitives Projekt ausgearbeitet werden kann.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

### III. Antrag Sander: Beseitigung des Brunnens auf dem Radeklinte.

Herr Bluth: In der Sitzung vom 3. September d. Js. — Seite 191 des Berichtes — hat Herr Sander den Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß der öffentliche Brunnen am Radeklinte beseitigt werde.

Der Brunnen hat allerdings seit Einführung unserer Quellwasserleitung an öffentlichem Interesse verloren, auch ist die Qualität des Wassers keine gute. Bei einer früher vom Professor Dr. Blasius vorgenommenen Untersuchung hat sich herausgestellt, daß das Wasser nicht gut ist, infolge dessen es nur noch wenig gebraucht wurde, und jetzt gibt der Brunnen schon seit Jahren überhaupt kein Wasser mehr. Die Interessenten beklagen sich über die noch immer zu leistenden Brunnenbeiträge, und so ist es gekommen, daß auf dem Brunnen noch eine Schuld von ca. 50 M lastet. Wenn auch der Platz einen sehr großen Verkehr besitzt und schon deshalb eine Beseitigung des Brunnens erwünscht wäre, so ist dabei doch zu erwägen, daß solche Beseitigung allein noch nicht das auf dem Platze vorhandene Verkehrshindernis aus der Welt schaffen würde, denn es steht daneben noch ein großer Gasandelsaber, der nicht ohne weiteres zu beseitigen sein dürfte. Außerdem stehen auf beiden Seiten des Brunnens erst kürzlich angepflanzte Bäume, die den Verkehr ebenfalls hemmen. Es würde also dem Uebelstande bei Beseitigung des Brunnens nicht vollkommen abgeholfen werden. Trotzdem war die Kommission einstimmig der Meinung, daß die Verhältnisse, wie sie sind, auf die Dauer nicht bleiben können, obwohl besonders hervorgehoben wurde, daß es für die Stadt von Vorteil sei, einige natürliche Brunnen zu besitzen. Aus diesem Grunde ist z. B. auch der Brunnen am Bäckerklinge erhalten, und, weil er an seinem Platze nicht stehen bleiben konnte, zur

Seite gestellt, indem man sich sagte, daß es zweckmäßig sei, solche Brunnen zur Hand zu haben, wenn einmal die Wasserleitung aus irgend einem Grunde auf größeren Strecken nicht genügend funktionieren sollte. Außerdem haben wir aber nicht das Recht, die Schließung und Aufhebung des Brunnens über die Köpfe der Interessenten hinweg anzuordnen, da die Interessenten dagegen Einsprache erheben könnten. Sie sind in dem vorliegenden Falle allerdings für die Schließung des Brunnens, jedoch könnte immerhin von einem einzelnen ein Veto dagegen eingelegt werden. Auch hätten die Interessenten zunächst dafür zu sorgen, daß der Brunnen schuldenfrei ist, weil die Stadt keine Veranlassung haben kann, die Schulden zu übernehmen. Wenn nun dem Magistrat empfohlen würde, den Brunnen auf städtische Kosten wieder instand zu setzen, so wäre damit dem Antragsteller nicht gedient gewesen; die Kommissionsverhandlung führte daher zu einem Kompromißantrage, mit dem der Antragsteller einverstanden war und der dahin ging, zu be-

den Magistrat zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß der öffentliche Brunnen am Radeflinte beseitigt oder in einen ordentlichen Zustand versetzt werde.

Dabei spricht die Kommission die Bitte aus, man möge bei etwaiger Beseitigung des Brunnens mit Rücksicht auf den lebhaften Verkehr an geeigneter Stelle des Platzes einen kleinen Laufbrunnen für das Trinkbedürfnis von Menschen und Vieh aufstellen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

#### IV. Ausarbeitung eines Vorentwurfs für die Anlage eines Viehhofes.

Wiederholt sind in den letzten Jahren die hiesigen Schlachtereis-Inhaber und Wurstfabrikanten durch Vermittelung der Fleischerinnung an den Magistrat mit dem Antrage herantreten, durch die Errichtung eines Viehhofs die Gelegenheit zur häufig wiederkehrenden Abhaltung von Viehmärkten und zur besseren Regelung von Angebot und Nachfrage beim Viehhandel zu schaffen. Auch die Versammlung hat vor längerer Zeit ersucht, die nötigen Schritte in Erwägung zu ziehen, um regelmäßige Fettviehmärkte zu veranstalten.

Obgleich das Widerstreben des damals befragten Landwirtschaftlichen Zentralvereins den Magistrat zur Vorsicht mahnte, und obgleich die Herzogliche Polizeidirektion ebenfalls Bedenken trug, derartige Märkte gegen den Rat von Viehzüchtern des Herzogtums einzurichten, hat der Magistrat sich doch inzwischen mit Rücksicht auf die erheblichen Preisschwankungen, denen das Schlachtvieh unterworfen gewesen ist, und im Hinblick auf den großen beim Zwischenhandel erzielten, in der Hauptsache wohl auf die Abnehmer abgewälzten Gewinn der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die Schaffung eines Viehhofs und die Vereinfachung

des Viehhandels durch ständig in der Woche wiederkehrende Viehmärkte überwiegende Vorteile verspricht: für die Gesamtheit der Bevölkerung durch Erleichterung der Versorgung mit einwandfreiem Fleisch, für die Schlachtereigewerbetreibenden durch günstigere Einkaufsbedingungen, für viele andere Einwohner durch die mit den Viehmärkten verbundene allgemeine Hebung des Verkehrs. Der neuerdings gestellte Antrag der Schlachthausdeputation, der Erbauung eines städtischen Viehhofs näherzutreten, verdient deshalb nach dem Dafürhalten des Magistrats Berücksichtigung. Daß die Anlage räumlich und wirtschaftlich in enge Verbindung mit dem städtischen Schlachthause zu bringen sein würde, liegt in der Natur der Sache und entspricht der fast an allen Orten mit Schlacht- und Viehhöfen üblichen Betriebsweise; die Verwaltung wird dadurch wesentlich einfacher und billiger sich gestalten.

Die von der Schlachthausdeputation veranstaltete Umfrage bei zahlreichen anderen Städten läßt hoffen, daß bei zweckmäßigen Vorkehrungen die hauptsächlich aus Gebühren bestehenden Einnahmen des Viehhofs zur Deckung der Betriebsausgaben sowie zur Verzinsung und Tilgung der Anlagekosten ausreichen werden. Da die östlich und südlich vom Schlachthause liegende, diesem gehörende Länderei sich voraussichtlich nach Umfang und Lage am besten für den Viehhof eignet, und da die gesamte Anlage mittelbar auch der Hebung des Geschäfts und der Einnahmen beim Schlachthause dienen wird, so hält es der Magistrat für unbedenklich, die Aufnahme einer Anleihe zu Lasten der Schlachthauskasse in Aussicht zu nehmen, so daß diese nötigenfalls durch Erhöhung der Gebühren und dergl. für die Deckung des Fehlbetrages zu sorgen hat.

Unter Berücksichtigung der anderwärts gemachten Erfahrungen glaubt die Schlachthausdeputation bei den Bau- und Einrichtungskosten mit einem Aufwand von 5- bis 600 000 Mark (ohne die Anrechnung der schon vorhandenen Schlachthausländerei) auskommen zu können.

Es wird für zweckmäßig gehalten, vor endgültiger Stellungnahme in der Angelegenheit zunächst einen Vorentwurf nebst Kostenüberschlag für die Viehhofsanlage ausarbeiten zu lassen. Die Annahme einer bautechnischen Hüfskraft, die unter der Aufsicht der städtischen Bauverwaltung sich dieser Aufgabe zu unterziehen hätte, wird etwa 900 M kosten, deren Deckung aus dem Vorratsvermögen der Schlachthauskasse unbedenklich ist.

An die Versammlung richtet der Magistrat deshalb das Ersuchen,

sich damit einverstanden zu erklären, daß zu Lasten des Vorratsvermögens der Schlachthauskasse ein Betrag bis zu 900 M aufgewendet wird, um einen Vorentwurf nebst Kostenüberschlag für die Anlage eines Viehhofs beim städtischen Schlachthause ausarbeiten zu lassen.



Herr Esdorn: Der Antrag wurde bekanntlich seinerzeit von Herrn Kalms gestellt und dem Magistrate zur Berücksichtigung überwiesen, jedoch hatte dieser dagegen Bedenken. Ein erneuter Antrag des Herrn Kalms wurde einstweilen zurückgestellt, weil sich inzwischen der Magistrat mit der Ausarbeitung der Frage beschäftigte, was durch die Vorlage bestätigt wird.

Die Finanzkommission ist nun der Meinung, daß wir mit der Annahme der Vorlage, wenn es sich auch nur um einen Vorentwurf handelt, gleichzeitig die Errichtung eines Fettviehmarktes für richtig halten und anderen Städten auf diesem Gebiete folgen würden. Während der Verhandlungen in der Kommission wurde auch erwähnt, daß das Reich plane, in dieser Sache vorzugehen und dem Reichstage bei seinem Zusammentritt eine Vorlage zugehen zu lassen, die den Bundesrat ermächtige, die räumliche Trennung der Schlachthöfe von den Viehmarktplätzen und Viehhöfen anzuordnen. Man wolle die Seuchengefahr für das Rindvieh dadurch verringern, daß Markt- und Schlachtvieh, wenn es zum Verkauf auf den Markt getrieben werde, andere Wege gehen müsse, als die zur Schlachtbank geführten Tiere. Wenn die Finanzkommission auch der Meinung war, daß man dieses Vorgehen vielleicht erst hätte abwarten sollen, so glaubte sie, die Bewilligung der Summe doch empfehlen zu sollen und neben der Genehmigung der Vorlage die Annahme folgender Resolution in Vorschlag zu bringen:

„Der Magistrat wird ersucht, vor definitiver Beauftragung zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs an zuständiger Stelle Erkundigungen über die Maßnahmen und eventuellen Aussichten der vom Reiche geplanten räumlichen Trennung der Schlachthöfe von den Viehmarktplätzen einzuziehen.“

Sollte dann die vom Magistrate eingezogene Erkundigung so lauten, daß der Antrag der Regierung vom Reichstage voraussichtlich angenommen werden wird, so wird uns der Magistrat hierüber weitere Mitteilung machen, während bei einer Auskunft im entgegengesetzten Sinne der Vorentwurf nebst Kostenüberschlag ausgearbeitet werden wird. Die Schlachthauskasse kann den kleinen Betrag von 900 M sehr gut tragen. Ueber den Preis, den die Sache kosten wird, haben wir uns heute noch nicht zu unterhalten, das ist die Aufgabe einer späteren Versammlung. Der Antrag des Magistrates wird also in Verbindung mit der vorstehenden Resolution zur Annahme empfohlen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Gegen den Vorschlag der Kommission, dem Magistrate das vom Herrn Referenten geschilderte vorsichtige Vorgehen zu empfehlen, habe ich keine Bedenken geltend zu machen. In der Kommission habe ich schon selbst die Erklärung abgegeben, daß der Magistrat eine derartige Anfrage an das Herzogliche Staatsministerium richten würde. Mit der Kommission halte ich es aber für sehr zweckmäßig, in der Angelegenheit den empfohlenen Beschluß zu

fassen, weil wir von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von der Landeseisenbahn, gedrängt werden, wegen deren Gleisanlegung zu der Sache Stellung zu nehmen. Ich bitte daher ebenfalls, dem Kommissionsantrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

## V. Ausbau eines Teiles der Nebenstraße.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs über den Ausbau der Nebenstraße zwischen Gehsostraße und Büldenweg, der dem von den städtischen Behörden gefaßten Beschlusse entspricht, bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß die Baukosten zu 54 000 M und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 110,80 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden sind. Zu der Anordnung selbst wird erwähnt, daß bei einem Reitwege von nur 1,50 m Breite ein Ausweichen oder Ueberholen von Reitern auf dem Reitwege selbst als ausgeschlossen gelten muß und daß demgemäß die Reiter gezwungen sein werden, in solchem Falle entweder auf den nördlich angrenzenden Radfahrweg oder auf den südlich angrenzenden Teil des Exerzierplatzes, der für den Fußgängerverkehr bestimmt ist, auszubiegen. Es erscheint daher wünschenswert, nochmals in Erwägungen darüber einzutreten, ob es unter diesen Umständen nicht zweckmäßig sein dürfte, entweder den Reitweg ganz fortzulassen, oder ihn in einer Breite anzuordnen, daß ein Ausweichen der Reiter auf dem Reitwege selbst möglich ist. Das Stadtbauamt empfiehlt im Sicherheitsinteresse der Fußgänger wie auch der Radfahrer die Verlegung des Reitweges an den Fahrbaum und des Radfahrweges an den Fußweg. Mit diesem Abänderungsvorschlage kann sich der Magistrat nicht einverstanden erklären und ersucht, das Projekt nebst Kostenanschlag und Kostenverteilungsberechnung zu genehmigen. Die in dem Projekte vorgesehene Breite des Reitweges und des Radfahrweges von je 1,50 m ist durch den Beschluß gefordert resp. festgelegt, den die vereinigte Versammlung des Magistrates und der Stadtverordneten am 12. März 1908 anlässlich der Erledigung von Einsprachen gefaßt hat.

Herr Wolters: Die Baukommission hat der Ansicht des Magistrates in allen Punkten zugestimmt und empfiehlt der Versammlung, den Ausbau gemäß dem Beschlusse vom 12. März d. Js. endgültig zu billigen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## VI. Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle.

In den letzten Jahren hat sich ein lebhaftes Bedürfnis nach gemeinnützigen unparteiischen Rechtsauskunftsstellen für Kinderbemittelte geltend gemacht, weil die im täglichen Leben zur Anwendung kommenden Gesetzesvorschriften so umfangreich und verwickelt geworden sind, daß diejenigen Volksschichten, denen

das Geld zur Inanspruchnahme von Rechtsanwälten fehlt, auf anderweite fachkundige Beratung geradezu angewiesen sind.

Katholische und evangelische Volksbüros, gemeinnützige Vereine, Frauenschutzverbände und besonders gewerkschaftliche Arbeitersekretariate haben an manchen Orten jenem Bedürfnisse eifrig und mit Erfolg Rechnung zu tragen gesucht, und rein politische Vereinigungen sind ihnen gefolgt. Es ist nicht zu leugnen, daß hierdurch nur gewissen Kreisen Hilfe gebracht, der Allgemeinheit aber nicht hinreichend gedient wird. Man ist deshalb mehr und mehr dazu übergegangen, städtische Rechtsauskunftsstellen einzurichten, bei denen jeder Minderbegüterte ohne Unterschied des Standes, Geschlechts und Alters, der Religion oder politischer Parteilichkeit ohne Entgelt unparteiischen Rat und nötigenfalls auch Beistand erhalten kann.

In Preußen, durch dessen Etat 1904 zum ersten Male 30 000 M zur Förderung kommunaler Rechtsauskunftsstellen ausgesetzt waren, haben jetzt  $\frac{3}{4}$  aller Städte mit über 100 000 Einwohnern und etwa die Hälfte der Städte mit 50- bis 100 000 Seelen solche Stellen begründet. In anderen Bundesstaaten sind ähnliche Fortschritte zu verzeichnen. Nach den Berichten des 1906 geschaffenen „Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen“ hat man durchweg gute Erfahrungen mit den kommunalen Einrichtungen gemacht. Ihre starke Inanspruchnahme zeigt, daß ihnen schnell das Vertrauen der Bevölkerung zuteil geworden ist.

Der Magistrat hat sich daher entschlossen, der Versammlung auch für die hiesige Stadt die Schaffung einer Auskunftsstelle zu empfehlen. Schon bisher ist von den Magistratsmitgliedern und Bureaubeamten auf vielen Gebieten bereitwillig Rat und Auskunft erteilt. Ohne mancherlei Zeitverluste und Unbequemlichkeiten für beide Teile geht es aber hierbei nicht ab. Der Ratfuchende wendet sich häufig an einen unzuständigen Beamten und wird, nachdem er diesen vielleicht von dringlichen laufenden Arbeiten abgehalten hat, an eine andere, weit entfernte Stelle im Rathause verwiesen, die er womöglich erst nach längerem Suchen findet. Durch Schaffung einer für das Publikum günstig gelegenen Zentralstelle würden derartige Uebelstände zum großen Teile vermieden, und die städtischen Beamten in gewissem Umfange entlastet. Allerdings wird nicht beabsichtigt, den Magistratsbezerntanten und Bureauleitern die Auskunftserteilung in solchen Angelegenheiten zu entziehen, die von der hiesigen Stadtverwaltung weiter zu bearbeiten sein würden. Der Geschäftsführer der Auskunftsstelle wird in derartigen Sachen nicht so gut unterrichtet sein, wie der Beamte, in dessen Geschäftsbereich ähnliche Fälle häufig behandelt werden. Die städtische Rechtsauskunftsstelle hat selbstverständlich nicht den Zweck, ähnlichen hier bestehenden Einrichtungen Konkurrenz zu machen und Abbruch zu tun. Daß ein friedliches Nebeneinanderarbeiten mit Arbeitersekretariaten,

Frauenrechtsschutzstellen, Bureaus politischer Verbände usw. durchaus möglich ist, haben die in vielen Städten gemachten Erfahrungen bewiesen.

Die kommunale Einrichtung will auch den Rechtsanwältinnen nicht ihr Einkommen schmälern. Die größere Hälfte der von ihr erbetenen Auskünfte betrifft solche Rechtsgebiete, deren Bearbeitung der Anwaltschaft ziemlich fernliegt (Arbeiterversicherung, Gewererecht, kaufmännisches, gewerbliches, Gefinde-Dienstverhältnis, Armen- und Wohlfahrtspflege, Militär-, Schul-, Steuer-, Staatsangehörigkeits-, Waisenfürsorge-sachen u. dgl. mehr). Soweit aber die Tätigkeit der Auskunftsstelle sich mit solchen Angelegenheiten befaßt, denen sich die Anwältinnen regelmäßig zu widmen pflegen (besonders Fälle aus dem allgemeinen bürgerlichen Rechte) ist zu berücksichtigen, daß

- a) die Personen, welche sich im Rathause belehren lassen, fast durchweg aus Geldmangel doch keinen Anwalt aufsuchen würden,
- b) mancher aussichtslose Armenprozeß, der dem Anwalte nur Mühe und bare Unkosten verursachen würde, durch verständige Einwirkung des städtischen Rechtssekretärs verhindert werden wird, und
- c) in allen schwierigeren und zweifelhaften Fällen unter Warnung vor Winkelfonsulenten geradezu an einen Anwalt verwiesen werden soll.

Ein Widerstand der Anwaltschaft ist denn auch, soweit sich hat ermitteln lassen, nirgends zutage getreten. An verschiedenen Orten haben sich die Rechtsanwältinnen sogar zur unentgeltlichen Dienstleistung in der Auskunftsstelle bereit erklärt. Daß den sogenannten „Rechtskonsulenten“ manche Einnahme entgehen wird, ist nicht zu bezweifeln. Es kann hierin aber nur ein Vorteil für die Allgemeinheit erblickt werden.

Die von dem Magistrate geplante Organisation der Rechtsauskunftsstelle ist im allgemeinen aus der vorgelegten Geschäftsordnung zu ersehen. Im einzelnen findet sich noch folgendes hervorzuheben:

1. Von der Einsetzung eines in vielen Städten geschaffenen paritätischen Verwaltungsausschusses wird abgesehen, weil dessen Tätigkeit nur ziemlich unbedeutend sein würde. Es erscheint genügend, die Oberaufsicht dem Stadtmagistrate zuzuweisen, der die Ausübung seiner Befugnisse im allgemeinen dem zuständigen Dezernenten wird überlassen können.
2. Die eigentliche Geschäftsführung, die nur in wenigen deutschen Städten einem Juristen übertragen ist, soll ein geeigneter Bureaubeamter besorgen. Für den Posten ist der Gerichtsschreiber des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in Aussicht genommen, der mit den in Frage kommenden Bevölkerungskreisen seit Jahren Fühlung hat, auch in seiner jetzigen Stellung und durch Aushilfsbeschäftigung im Versicherungsbureau einen nicht unbeträchtlichen Teil der zu behandelnden Rechtsgebiete kennen ge-

lernt hat und sich bis zum Jahreschlusse die noch fehlenden Kenntnisse wird aneignen können. Es wird beabsichtigt, ihn bei den verschiedenen in Betracht kommenden Büreaus informatorisch beschäftigen und, soweit erforderlich, durch die Magistratsdezernenten unterweisen zu lassen. Außerdem ist bekanntlich schon in der letzten Sitzung — Seite 225 des Berichtes — beschlossen worden, ihn nach Frankfurt a. M. zur Teilnahme an einem Ausbildungskursus zu entsenden, den Herr Dr. Stein, der bewährte Leiter der dortigen gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle, vom 20. September bis 10. Oktober abhält.

Die Geschäfte der Gerichtsschreiberei wird er weiterführen können, wenn ihm zu deren Erledigung und zur Unterstützung bei den Arbeiten der Auskunftsstelle ein im Verkehr mit dem Publikum gewandter jüngerer Bureaubeamter beigegeben wird. Eine geeignete Kraft wird sich unter den städtischen Angestellten leicht finden lassen.

3. Die Diensträume der Gerichtsschreiberei, welche zu ebener Erde unmittelbar am Haupteingange des Rathhauses von der Dankwardstraße gelegen sind, können auf absehbare Zeit auch für die Auskunftsstelle mit verwandt werden. Es stehen zwei Zimmer zur Verfügung, von denen eins als Warte- und Abfertigungsraum, das andere als Sprechzimmer bei umfangreicheren oder vertraulichen Verhandlungen zu benutzen sein würde. An Mobiliar ist außer einem Aktens- und Formularregale kaum etwas zu beschaffen. Notwendig erscheint der Erwerb einer Handbibliothek, einer Schreibmaschine für die Hilfskraft, praktischer Formulare und Register, einer Sammlung von Kranken- und Sterbekassenstatuten, Satzungen der hiesigen Stiftungen und Wohlfahrts Einrichtungen usw., sowie die Einrichtung eines Fernsprechers, dessen Benutzung den Geschäftsgang oft wesentlich abkürzen und erleichtern wird. Durch öffentliche Bekanntmachungen und Aushänge in geeigneten Lokalen hiesiger Stadt wird auf die städtische Einrichtung aufmerksam gemacht werden müssen.
4. Als Sprechstunden sind die allgemein festgesetzten Dienststunden in Aussicht genommen. Sollte sich ein Bedürfnis dafür ergeben, daß die Auskunftsstelle auch abends zugänglich sei, so läßt sich eine Erweiterung (vielleicht für einen bestimmten Tag in jeder Woche) jederzeit einführen.
5. Den Kreis der Auskunftsberechtigten möchte der Magistrat nicht zu eng begrenzen, vor allem keine Einkommensgrenze festlegen und nicht den Nachweis einer bescheidenen Vermögenslage von den Rathsuchenden verlangen. Sonst würden sich die minderbegüterten Angehörigen des Mittelstandes, denen die städtische Einrichtung neben der Arbeiterschaft zugute kommen soll, vielfach scheuen, die Auskunftsstelle zu besuchen.

6. Als Zeitpunkt der Eröffnung der Stelle wird der 1. Januar 1909 vorgeschlagen. Bis dahin können alle Vorarbeiten erledigt sein.

Was die Kosten anlangt, so wird die erste Einrichtung, einschließlich der Beschickung des Frankfurter Kurses höchstens 1000 M erfordern, während die jährlichen Betriebskosten, wie folgt, geschätzt werden:

Gehalt einer Hilfskraft . . . . .	2000 M
Drucksachen, Portokosten . . . . .	200 "
Bücheranschaffungen . . . . .	40 "
Fernsprechgebühr . . . . .	160 "
Beitrag zum Verbands der deutschen gemeinnützigen und un- parteiischen Rechtsauskunftsstellen . . . . .	20 "
zusammen	2420 M.

Da die Einrichtung wenigstens zum Teil dem Kleinhandel und dem Handwerke zu gute kommen soll und wird, so wird es für zulässig gehalten, ein Drittel der Kosten aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu decken.

Die Versammlung wird schließlich ersucht,

1. der Errichtung der Auskunftsstelle zum 1. Januar 1909 zuzustimmen,
2. die Bestellung des Gewerbegerichtsschreibers zum Geschäftsführer gutzuheißen und dem Magistrate die Auswahl einer Hilfskraft zu überlassen,
3. die vorgelegte Geschäftsordnung zu genehmigen,
4. zu den Kosten der Errichtung und des Betriebes im 1. Kalendervierteljahre 1909 = 1000 M und bezw. 605 M zur Verfügung zu stellen und zwar zu einem Drittel aus den Erträgen der Umsatzsteuer, zu  $\frac{2}{3}$  aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden.

Die Geschäftsordnung lautet:

### § 1.

Die Auskunftsstelle hat den Zweck, an Minderbemittelte, die hier wohnhaft oder beschäftigt sind, in den im § 2 bezeichneten Rechtsangelegenheiten Auskunft zu erteilen, und ihnen nach Möglichkeit bei der Verfolgung von Rechtsansprüchen behilflich zu sein.

Auf dem Gebiete der sozialpolitischen und gewerblichen Gesetzgebung wird jedermann Auskunft gegeben.

Eine Haftung der Stadtgemeinde und ihrer zuständigen Beamten für unrichtige Auskunft oder Hilfe wird ausgeschlossen.

### § 2.

Die Hilfe der Auskunftsstelle wird dargeboten:

1. in allen Angelegenheiten der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung sowie der gewerblichen Gesetzgebung,

2. in allen Fragen, welche die Benutzung der hier bestehenden öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen betreffen,
  3. in allen die öffentliche Rechtsstellung der Auskunftsuchenden betreffenden Fragen, insbesondere in Staatsangehörigkeits-, Heimatrechts-, Schul-, Militär-, Polizei-, Steuer-, Pensions-, Armen- und Unterstützungssachen, sowie in Angelegenheiten der Hinterbliebenen- und Waisenfürsorge und der Fürsorgeerziehung,
  4. auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts nur in Fällen einfacher Art.
- In anderen Angelegenheiten wird im allgemeinen Auskunft nicht erteilt; jedoch bleibt es dem vernünftigen Ermessen des Geschäftsführers überlassen, geeignetenfalls seine Mitwirkung nicht zu versagen.

### § 3.

Die Auskunft wird unentgeltlich und in der Regel mündlich erteilt. Bei Anfertigung von Schriftsätzen sind 15  $\mathcal{M}$  Schreibgebühren für jede angefangene Seite und etwaige Portoauslagen zu zahlen.

Die unentgeltliche Hilfe der Auskunftsstelle gilt nicht als Armenunterstützung.

### § 4.

Die Behandlung von Angelegenheiten, die in der hiesigen städtischen Verwaltung weiter bearbeitet werden müssen, ist unter Verweisung an die zuständige Dienststelle abzulehnen.

Die Hilfe der Auskunftsstelle ist auch zu verweigern, wenn sie aussichtslos erscheint oder gegen die guten Sitten verstoßen würde.

Sie kann ferner versagt werden, wenn der Ratsuchende sich ungebührlich benimmt oder die Beamten der Auskunftsstelle in zudringlicher Weise belästigt oder aufhält.

### § 5.

Die Auskunftsstelle ist wochentags von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr geöffnet, mit Ausnahme des Sonnabends, an dem sie nachmittags geschlossen ist.

### § 6.

Die Geschäftsführung besorgt unter Aufsicht des Stadtmagistrats ein Bureau-beamter, dem Verschwiegenheit und strengste Unparteilichkeit zur Pflicht gemacht wird.

In Streitfällen hat er das Recht, beide Teile zu beraten, auch gegebenenfalls eine gütliche Vermittlung zu versuchen.

In schwierigen Rechtsangelegenheiten, zu deren Bearbeitung die Auskunftsstelle nicht geeignet erscheint, hat er die Ratsuchenden an einen Rechtsanwalt oder an die zuständige Behörde zu verweisen.

## § 7.

Beschwerden über die Geschäftsführung sind an den Stadtmagistrat zu richten.

## § 8.

Ueber die Tätigkeit der Auskunftsstelle ist den städtischen Behörden alljährlich Bericht zu erstatten.

Herr Boge: Die Statutenkommission gibt anheim, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

## VII. Ausbau der Humboldtstraße.

Der Ausbau der Humboldtstraße zwischen dem Grundstücke № 2991 und der Kasernenstraße in der im Entwurfe vom 1. Juni 1908 vorgesehenen Weise kann, wenn die westliche Teilstrecke der Humboldtstraße zwischen der Fallerslebertorbrücke und dem Grundstücke № 2991 in ihrem jetzigen Zustande belassen werden soll, sachgemäß nicht ausgeführt werden, weil die Höhenlage und die Profilierung der einzelnen Straßenteile sowie der Einbau der Straßenbahngleise nicht miteinander übereinstimmen. Es kann daher nur der gleichzeitige Ausbau beider Teilstrecken in einheitlicher Weise empfohlen werden. Nach dem beigefügten Kostenanschlage würden sich die Baukosten für die östliche Teilstrecke auf 18000 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger auf 125 M für 1 m Frontlänge belaufen. Als Anteil der Stadt würden 3625 M zu übernehmen sein, während die Kosten der westlichen Teilstrecke zu 13000 M nach dem mit dem Militäriskus getroffenen Abkommen die Stadt allein zu tragen hätte. Bei Wiederverwendung der alten dort vorhandenen schiefwinkligen Pflastersteine könnte eine Minderausgabe von etwa 5500 M erzielt werden, jedoch kann solche Wiederverwendung an dieser Stelle nicht empfohlen werden, weil die Form der Steine zu unregelmäßig ist und ein auf die Dauer haltbares Pflaster bei den dortigen Verkehrsverhältnissen mit diesen Steinen nicht zu erreichen ist. Der Magistrat gibt anheim, den Ausbau der Humboldtstraße zwischen Fallerslebertorbrücke und Kasernenstraße zu genehmigen und die für die beiden Teilstrecken mit 31000 M veranschlagten Kosten zu bewilligen. Bei einer Gesamtbreite der Straße von 30 m sollen auf die Fahrbahn 14 m und auf die beiderseitigen Fußwege je 8 m entfallen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, wird der Magistratsvorlage zugestimmt.

## VIII. Beaufsichtigung des früheren Hilfsschulgebäudes.

Nachdem die sämtlichen Klassen der Hilfsschule in dem neuen Schulgebäude an der Breitenstraße vereinigt worden sind, ist das bisher von der Hilfsschule benutzte Gebäude an der Ecke der Osterstraße bis auf ein Zimmer im Erdgeschoße



frei geworden. Der Witwe des Schuldieners Nordmann, die bisher die Geschäfte des Schuldieners in der Hilfschule besorgt hatte, ist nunmehr eröffnet worden, daß ihr die bisher gewährten Vergütungen von zusammen 294 M für Besorgung der Schuldienergeschäfte und die Reinigung der Schulräume nicht mehr gezahlt werden könnten, der Schulvorstand aber eventuell bereit sei, ihr die bisher innegehabte Wohnung zu belassen. Als Gegenleistung habe Frau Nordmann für die Bewachung des Hauses und für dessen Reinigung zu sorgen. Die Genannte hat sich hiermit einverstanden erklärt und bittet, ihr die Vergütung für die Reinigung der Fenster wie bisher mit 20 M für das Fenster und Vierteljahr auch ferner zu gewähren. Der Magistrat ersucht, diesem Abkommen zuzustimmen, was auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Frick berichtet, geschieht.

### IX. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße.

Vorsitzender: Herr Bähr ist behindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen und hat gebeten, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. (Widerspruch.) Ich halte es nicht für unbillig, diesem Wunsche zu entsprechen und stelle daher den Punkt zurück.

### X. Anschluß eines Grundstücks in Delper an das Wasserrohrnetz.

Der Tischler Hermann Kahlert und dessen Ehefrau in Delper haben um Anschließung ihres an der Cellerstraße M 99 auf Delper Feldmark gelegenen Grundstücks an die städtische Wasserleitung gebeten. Der Anschluß des Grundstücks an den städtischen Kanal ist dem Vorbesitzer bereits im Jahre 1896 genehmigt worden. Nach der Ansicht des Magistrates ist es unbedenklich, dem Antrage unter der Bedingung zu entsprechen, daß die Kosten des Anschlusses von den Antragstellern getragen werden und die Abgabe des Wassers gegen einen doppelt so hohen Preis wie für die im Stadtbezirke gelegenen Grundstücke erfolgt. Dem Ersuchen des Magistrates, dieses Abkommen zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet.

### XI. Einreichung einer Forderungsfllage.

Der Mietskutscher Fuchs hat bei dem Wenden eines von seinen Pferden gezogenen Möbelwagens auf der Helmstedterstraße an der Ecke der Körnerstraße einen auf dem Fußwege stehenden Gasfandelaber umgerissen, für dessen Erneuerung 75,83 M Kosten entstanden sind. Da Herr Fuchs sich weigert, diese Kosten zu tragen, so wird ersucht, der Klageerhebung gegen ihn zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Boge namens der Statutenkommission die Genehmigung der Vorlage befürwortet hatte.

## XII. Aenderungsvorschläge zu dem Entwurfe der neuen Straßenpolizeiordnung.

Die Versammlung hat zu dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe einer neuen Straßenpolizeiordnung verschiedene Aenderungsvorschläge gemacht, mit denen der Magistrat einverstanden ist. Zwei der gefaßten Beschlüsse geben ihm indessen zu Bemerkungen Veranlassung, wobei er sich in Uebereinstimmung mit der inzwischen über den Entwurf gehörten Herzoglichen Polizeidirektion befindet.

### 1. Zu § 108 (Spielen auf weithin schallenden Instrumenten).

Die allgemeine Ausdehnung des Spielens der Instrumente von 10 bis bis 11 Uhr abends wird nicht für nötig gehalten; es wird daher die Wiederherstellung der Fassung empfohlen:

..... „von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ..“.

Zur Begründung weist der Magistrat darauf hin, daß die im Schlusse der zugelassene Gestattung von Ausnahmen durch Herzogliche Polizeidirektion genügend die Berücksichtigung besonderer Fälle ermöglicht (z. B. bei Abendkonzerten, auch in der Weise, daß bestimmten Wirtschaftsinhabern allgemein die Verlängerung zugestanden wird).

### 2. Was das Verbot des Umherlaufens der Hunde im § 124 betrifft, so trägt der Magistrat Bedenken, auf bestimmten Straßen und Wegen (z. B. auf den Wallanlagen) das Umherlaufen schlechthin zu verbieten, während er es für durchaus gerechtfertigt hält, die Rasenplätze, Beete und sonstigen Anpflanzungen vor Beeinträchtigungen durch Hunde zu schützen. Es wird deshalb folgende nur im zweiten Absatz inhaltlich abweichende Fassung vorgeschlagen:

„§ 124.

Verbot des Umherlaufenlassens der Hunde.

#### 1. Das Umherlaufenlassen von Hunden, die nicht an der Leine geführt werden, ist verboten

- a) zur Nachtzeit,
- b) für hitzige Hündinnen und solche Hunde, die das Publikum durch Heulen oder Bellen belästigen,
- c) in Wirtschaftsräumen, öffentlichen Gärten jeder Art und auf Straßen und Plätzen während der dort stattfindenden öffentlichen Wochenmärkte.

#### 2. Es ist verboten, Hunde in öffentlichen gärtnerischen Anlagen und Parks (mit Ausnahme der dort angelegten Wege) umherlaufen zu lassen.“

Sodann wird empfohlen, einigen von der Herzoglichen Polizeidirektion gegebenen Anregungen in folgender Richtung zu entsprechen:

3. Um das Straßenbild nicht allzusehr durch Ausschreitungen der Reklame zu verunzieren, wird es zweckmäßig sein, in § 61 (Schilder, Markisen, Laternen und dergl.) gegen Ende des ersten Absatzes zu sagen: .... „und es bedarf jedes Hineintragen der genannten Gegenstände der Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion und des Stadtmagistrats, der die Erteilung seiner Zustimmung von der Zahlung einer von ihm zu bestimmenden Vergütung abhängig machen kann. Die Genehmigung wird nur widerruflich und nur unter der Voraussetzung erteilt, daß das Schild, die Markise usw. nicht in eine unlösliche Verbindung mit dem Gebäude gebracht wird.“

Die bisherige Beschränkung der Genehmigungspflicht auf Schilder usw. in der Höhe des Erdgeschosses wird nicht für genügend gehalten, um etwaigen Uebertreibungen entgegenzutreten. Die Widerruflichkeit und die Hervorhebung des Unterschiedes von der Genehmigungspflicht unlöslich verbundener Schilder nach der Bauordnung wird zur Vermeidung von Mißverständnissen angebracht sein.

4. In § 84 (Sicherung Vorübergehender bei Arbeiten an Gebäuden und dergl.) wird vorgeschlagen, hinter:

..... „unbeschadet der Vorschriften der §§ 9, 10 des Ortsbaustatuts....“ einzufügen:

..... „bzw. der im gesetzlichen Rahmen erlassenen Anweisungen des Herzoglichen Staatsministeriums.“

Es kommt dabei die Anweisung Nr. 8 vom 20. Januar 1906 in Betracht.

5. Der § 114 (Öffentliche Aufzüge) ist durch das Reichsvereinsgesetz vom 19. April d. J. aufgehoben und muß gestrichen werden. Die Nummern der folgenden Paragraphen verschieben sich demgemäß.
6. In § 24 (Fahren und Reiten im Schritt) wird bei Nr. 3 anheim gegeben, statt:

..... „sowie innerhalb des Meß- und Marktverkehrs“

zur größeren Deutlichkeit zu setzen:

..... „sowie auf Straßen und Plätzen während des dort stattfindenden Meß- und Marktverkehrs.“

7. Endlich hält der Magistrat es zur Bekämpfung häßlicher Ausartungen des Reklamewesens (vergl. auch vorstehend unter Nr. 3) für ratsam, § 140 (bisher § 141 — Anschlagzettel —) folgendermaßen zu fassen:

„Anschlagzettel und Ankündigungen.

Anschlagzettel jeder Art — amtliche Erlasse ausgenommen — dürfen auf den Straßen nur an den hierfür bestimmten Säulen und Tafeln an-

geschlagen werden. Die zur Anbringung von Anschlagzetteln bestimmten Tafeln oder Säulen dürfen nicht besudelt, auch dürfen an denselben sonstige Frevel, z. B. durch Abreißen, Ueberkleben oder Beschädigen des Anschlags nicht verübt werden.

Grundeigentümern, Mietern und Pächtern sowie Gewerbetreibenden bleibt es unbenommen, Ankündigungen, welche sich auf Verkäufe und Vermietungen ihrer Grundstücke oder Mieträume und Pachtflächen beziehen, oder Ankündigungen ihrer gewerblichen Erzeugnisse, Waren und Leistungen enthalten, an ihren Grundstücken, Gewerbe-, Mieträumen oder Pachtflächen öffentlich anzubringen.

Soweit nicht die vorstehenden Bestimmungen zutreffen, ist es verboten, ohne Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion Ankündigungen in einer durch Farbe oder Form ungewöhnlich auffallenden, marktschreierischen Weise von der Straße her sichtbar an den Gebäuden und Grundstücken anzubringen.“

Die Versammlung wird ersucht, vorstehenden Aenderungen zuzustimmen.

Herr Boge: **Zu 1.** Dem Aenderungsvorschlage des Magistrates hat sich die Statutenkommission nicht anschließen können. Sie sagt, daß nach dem tatsächlichen Zustande besonders in den öffentlichen Wirtschaften die Herzogliche Polizeidirektion das Offenhalten der Lokale bis 11 Uhr ohne weiteres gestatten wird. Wenn das aber tatsächlich der Fall sein sollte, so könnte man auch einen entsprechenden Zusatz zum Gesetze erheben, indem gesagt wird:

... „von 10 Uhr abends, in öffentlichen Wirtschaftsräumen von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens...“.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich erkenne dankbar an, daß die Kommission ehrlich bemüht gewesen ist, einen Mittelweg zu finden und sich mit dem Magistrate auf den Standpunkt stellen will, daß für eine lärmende Benutzung von Instrumenten in Privaträumen nach 10 Uhr abends ein Bedürfnis nicht vorliegt. Nun hat aber die Kommission hauptsächlich die Fälle treffen wollen, bei denen es sich um Konzertaufführungen handelt. Wenn sich indessen die Herren vergewärtigen wollen, daß sich auch jemand in einem beliebigen öffentlichen Lokale nach 10 Uhr abends an das Klavier setzen und musikalisch vergnügen kann, so wird man dafür ein dringendes Bedürfnis nicht anerkennen können. Man könnte deshalb sagen: „... von 10 Uhr abends, in öffentlichen Wirtschaftsräumen bei Konzertaufführungen u. dgl. von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens...“. Aber darüber hinaus bitte ich nicht zu gehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist allerdings immer bedenklich, wenn zwei Magistratsmitglieder nicht ganz einer Meinung sind, aber so richtig der Grundgedanke auch sein mag, den Herr Stadtrat von Frankenberg vorgetragen

hat, so würde es doch als Unfug anzusehen sein, wenn eine Privatperson in einem öffentlichen Lokale sich derartig amüsieren wollte. Man bringe doch die Ausnahme in einen besonderen Satz und sage: „Konzertaufführungen sind bis 11 Uhr abends gestattet“.

Herr Stadtrat von Franckenberg: Dagegen würde von meiner Seite nichts einzuwenden sein, und stilistisch wäre es auch richtiger, wenn man sagte: Konzertaufführungen in öffentlichen Wirtschaften sind bis 11 Uhr abends gestattet.

Herr Esdorn: Ich bedauere, daß der Magistrat unserm früheren Beschlusse nicht beigetreten ist, denn ich kann es nicht für ein Verbrechen halten, wenn einmal in einem Privatreise bis 11 Uhr ein Grammophon usw. spielt. Wir sind hier in einer großen Stadt und sollten den Abend bis 11 Uhr freigeben. Sofern aber unserer früherer Beschluß nicht aufrecht zu erhalten ist, dann möchte ich bitten, wenigstens den Vorschlag der Statutenkommission anzunehmen. Wenn die Wirtschaften schon um 10 Uhr mit solchen musikalischen Darbietungen aufhören sollen, so wird uns weiter der Vorwurf gemacht werden, daß in Braunschweig nichts los ist.

Herr Wesemeier: Meines Erachtens ist die vom Magistrate vorgeschlagene Fassung geeignet, zu allerlei Schikanen gegenüber den Wirten zu führen. Unter Konzertaufführungen kann man viel verstehen, auch Radaumusik kann darunter verstanden werden, und wir wissen nicht, wie die Herzogliche Polizeidirektion den Begriff auslegen wird. Es gibt der Fälle nicht wenige, daß in bestimmten Wirtschaften, wo die Arbeiter verkehren, ganz besonders strenge auf Innehaltung der allerschärfsten Vorschriften gehalten und selbst Tanzmusik verboten wird. Bei der Art und Weise, wie diese Sache bisher von der Polizei gehandhabt worden ist, müssen wir uns wenigstens darauf gefaßt machen. Wir bleiben daher auf unserm früheren Standpunkt stehen, daß in öffentlichen Wirtschaften die Musik frei bleiben muß. Der neulich auswärts gefallene Ausdruck, Braunschweig sei wie ein Dorf, trifft hier zu und macht Braunschweig beinahe herüchelt.

Herr Möhle: Ich muß bedauern, daß man Privatgesellschaften anders behandeln will, als Wirtschaften. Weshalb soll man nicht auch einem Privatmanne das Vergnügen gönnen, einmal bis 11 Uhr zu musizieren? Vom Magistratsstische ist der Vorschlag gemacht worden, das Musizieren bis 11 Uhr in den Wirtschaften zu genehmigen; ich kann mir in meiner Privatwohnung doch aber auch einmal ein Konzert leisten und soll damit um 10 Uhr aufhören, während in der Wirtschaft bis 11 Uhr konzertiert werden kann? Das halte ich für eine kolossale Härte, und muß deshalb wünschen, wenn unser früherer Beschluß nicht aufrecht zu halten ist, wenigstens den Kommissionsbeschluß anzunehmen.

Vorsitzender: Meine Ansicht geht auch dahin, daß der Kommissionsantrag die Sache am klarsten zum Ausdruck bringt.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, so sehr die Herren mit ihren Ausführungen bei den Ausnahmefällen, die sie im Auge haben, im Rechte sein mögen, so übersehen Sie doch, daß der Paragraph den Unfug verhüten will. Herr Möhle sagt, weshalb soll nicht jemand in seiner Wohnung ein Konzert veranstalten dürfen? Das ist sehr schön, aber der unglückliche Nachbar, der infolgedessen nicht schlafen kann, wird dabei nicht berücksichtigt. Die von Herrn Möhle angeführten Fälle werden überhaupt sehr selten sein. Jedenfalls ist es nicht angenehm, wenn man neben jemand wohnt, der ein Vergnügen daran findet, abends bis 11 Uhr durch Piftonblasen die Ruhe zu stören. Gegen Konzertaufführungen in öffentlichen Lokalen hat dagegen der Magistrat nichts einzuwenden. Wenn Sie ängstlich sein sollten, daß der Begriff „Konzertaufführungen“ zu eng begrenzt wäre, so können Sie ihn vielleicht etwas weiter fassen, jedoch darf sich daraus nicht folgern lassen, daß der Unfug zulässig sein soll. Es muß nur die richtige Fassung gefunden werden. Das läßt sich allerdings hier in der Plenarversammlung nicht machen; ich schlage deshalb vor, die Beschlußfassung hierüber heute auszusetzen, dann erhalten wir in einigen Wochen wenigstens etwas Vernünftiges.

Herr Bues: In der alten Fassung wurde es schwer empfunden, daß Ausnahmen nur durch Einholung der Erlaubnis der Herzoglichen Polizeidirektion möglich waren. Es ist immer bedenklich, wenn man auf den guten Willen einer Behörde angewiesen ist; das kann in ausreichender Weise zu Schikanierereien führen. Wir haben das betreffende Gesetz ja schon seit Jahren, und wenn es heute so gehandhabt wird, daß jeder zufrieden sein kann, so ist das durch den Personenwechsel in der leitenden Stelle bedingt worden. Wir wünschen auch, daß die Elektrische bis nachts 12 Uhr fahren soll; wenn die aber so lange auf den Straßen bimmelt, so verursacht sie dieselbe Störung, wie eine Musikaufführung. Das ist eben nicht anders möglich. Wer um 10 Uhr zu Bett gehen muß, muß dahin ziehen, wo er ungestört sein kann, aber es geht zu weit, der großen Menge Geschäftsleute, die bis 8 oder 9 Uhr im Geschäfte tätig sein müssen, zudiktieren zu wollen, daß jeder um 10 Uhr seine Schlafmütze über die Ohren ziehen soll. Auch die Uebungen der Gesangsvereine können nicht bis 10 Uhr beendet sein, wenn die Mitglieder teilweise bis 8 Uhr geschäftlich tätig sind. Es ist ja möglich, daß die Polizei in diesem Falle überhaupt nicht eingreifen kann. Wir sind mit unseren bisherigen Bestimmungen gut gefahren, obwohl vorgeschrieben stand, daß um 10 Uhr Ruhe eintreten sollte, aber lassen Sie uns bei der neuen Straßenpolizeiordnung nicht allzu engherzig sein.“

Vorsitzender: Am besten wird es sein, den Paragraphen zurückzuverweisen. Es wäre aber wichtig, daß die Kommission weiß, wie die Versammlung darüber denkt. Zwei Gesichtspunkte stehen sich gegenüber. Ein Teil der Versammlung ist dafür, den alten Beschluß aufrecht zu halten, während die übrigen Herren darauf

eingehen wollen, daß von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens die Belästigung der Nachbarschaft durch Spielen auf weithin schallenden Instrumenten nicht gestattet ist, daß jedoch musikalische Darbietungen in öffentlichen Wirtschaften bis 11 Uhr abends gestattet sein sollen. Das wollte ich für die Kommission gern festgestellt haben.

Herr Sander: Wie die Plenarversammlung darüber denkt, ist uns doch wohl klar. Aus der Versammlung ist seinerzeit der Antrag gestellt worden, die Nachtruhe statt um 10 Uhr erst um 11 Uhr beginnen zu lassen, womit dokumentiert worden ist, was die Versammlung will. Wir brauchen also einen neuen Beschluß nicht mehr herbeizuführen, da die Versammlung noch auf demselben Standpunkte stehen wird.

Vorsitzender: Da Magistrat und Polizei einen Faktor bilden, der hierbei mitzuwirken hat, so würde es unpraktisch sein, auf dem alten Standpunkte beharren zu wollen, denn ohne die beiden Behörden können wir nichts in der Sache erreichen. Wenn wir zu keinem Resultate kommen, so würden die alten Bestimmungen im § 108 bestehen bleiben, wonach die Nachtruhe auf die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens festgesetzt ist.

Herr Esdorn: Nachdem Magistrat und Polizei unsern früheren Beschluß abgelehnt haben, müssen wir wohl oder übel zu einer neuen Fassung kommen, und deshalb würde ich es für zweckmäßig halten, einmal provisorisch abzustimmen, damit die Kommission weiß, wie die Versammlung darüber denkt.

Herr Boge: Die noch zu klärende Differenz in der Ansicht der Versammlung dreht sich lediglich um die Fassung wegen der längeren Oeffnung der Wirtschaftsräume. Da der Magistrat auf 11 Uhr als Beginn der Nachtruhe nicht ohne weiteres eingehen will, so beabsichtigt die Versammlung, einen Vermittelungsvorschlag zu machen. Die Differenz besteht darin, daß wir den Begriff „Wirtschaft“ ordentlich fassen und daß der Satz nicht eingeschachtelt, sondern als besonderer Satz gefaßt wird, auch muß der Begriff „Musikaufführungen“ durch einen möglichst weitgehenden Ausdruck dargestellt werden. Alle diese Fragen sollen der Kommission zur Klärung überlassen werden.

Vorsitzender: Dann will ich als die Auffassung der Mehrheit der Versammlung feststellen, daß man glaubt, sich darin schiden zu müssen, das Spielen auf weithin schallenden Instrumenten während der Zeit von 10 Uhr abends ab zu verbieten, daß man indessen für öffentliche Aufführungen die Zeit bis 11 Uhr abends freigegeben wissen will. (Zustimmung.) Punkt 1 der Magistratsvorlage wird demnach an die Kommission zurückverwiesen.

Zu 2. Herr Boge: Das Ergebnis der Kommissionsberatung war Stimmengleichheit, also Ablehnung des neuen Magistratsvorschlages, womit es bei der bisherigen Fassung sein Bewenden behalten muß. Persönlich möchte ich dazu be-

merken, daß ich in der Kommission Gelegenheit genommen habe vorzuschlagen, den ganzen Absatz zu streichen. Er ist in der jetzigen Straßenpolizeiordnung nicht enthalten, und der Vorschlag des Magistrates bringt auch tatsächlich keine Verbesserung. Nach unserm letzten Beschlusse dürfen die Hunde auf denjenigen Wallanlagen nicht frei umherlaufen, betreffs deren von der Herzoglichen Polizeidirektion im Einvernehmen mit dem Magistrate dies durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vorgeschrieben ist. Wird keine derartige Ausnahmebestimmung bekannt gemacht, so dürfen die Hunde auch dort frei umherlaufen. Nach der jetzt vorgeschlagenen Bestimmung soll es verboten sein, Hunde auf den Wallanlagen außerhalb der Wege frei umherlaufen zu lassen. Es läuft das darauf hinaus, daß die Hunde gut dressiert sein müssen und von ihrer Herrschaft nicht weglaufen dürfen. Meines Erachtens ist das eine große Beeinträchtigung der Hundebesitzer, denn es kann der Hund von Leuten, die in der Umgebung der Wallanlagen wohnen, nicht so dressiert sein, daß er auf den Wegen bleibt. Das ist an sich bedauerlich, aber ein derartiges Verbot wird eine so große Einschränkung für die Hundebesitzer mit sich bringen, daß ich beantrage, den ganzen Absatz zu streichen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Berichterstatter hat in den Worten, die er als persönliche Ansicht geäußert, aus seinem warmen Herzen für die Hunde kein Hehl gemacht, aber es ist wohl nicht ganz ungerathen, wenn man neben aller Anerkennung der Freude des Hundehaltens auch ein warmes Herz für das Publikum hat und bestrebt ist, das Publikum zu schützen gegen die Belästigungen durch die Hunde, wie sie in der Versammlung schon des öfteren beklagt worden sind. Der Magistrat war bemüht, in dem vorgelegten Entwurfe Ihnen Mittel und Wege zu empfehlen, um den Ausschreitungen der Hunde entgegenzutreten zu können. Die Versammlung ist noch weit über die Vorschläge des Magistrates hinausgegangen, indem sie die vom Herrn Berichterstatter dargelegte Fassung annahm, die dem Magistrate und der Herzoglichen Polizeidirektion das Recht geben sollte, die Straßen und Plätze zu bezeichnen, welche als Schonrevier der Hunde anzusehen waren. Soweit ist der Magistrat nicht gegangen, sondern er hat nur einen Teil des Antrages aufgegriffen, der einen Schutz für das Publikum bietet. Wenn der Vorschlag des Magistrates angenommen wird, so würde nicht das eintreten, was dessen Gegner befürchten, nämlich eine Beschränkung des Hundehaltens, und das ist doch wohl auch nicht der Wille der Versammlung. Herr Sander hat mit kräftigen Worten auf die Folgerichtigkeit und Konsequenz an dem Festhalten der früheren Beschlüsse hingewiesen; ich gehe nicht ganz so weit wie Herr Sander, aber man muß doch wohl den Vorschlägen des Magistrates zustimmen.

Herr Bues: Ich glaube, der Herr Referent hat sich doch etwas geirrt: nicht der alte Antrag ist in der Kommission angenommen, denn angenommen ist davon überhaupt nichts, sondern die neue Fassung des Magistrates ist mit 2:2 Stimmen abgelehnt.



Herr Boge: Es ist richtig. Ich hatte in der Kommission keinen Antrag gestellt, sondern es ist nur über den neuen Vorschlag des Magistrates beraten worden. Da wir nur 4 Mitglieder in der Kommission waren, 2 aber gegen diesen Vorschlag stimmten, so ist er damit abgelehnt.

Herr Esdorn: Ich glaube, um die Abstimmung als solche brauchen wir uns nicht zu streiten. Nachdem wir den ursprünglichen Antrag des Magistrates und dessen heutige Vorlage gehört haben, so muß ich doch sagen, daß uns die Magistratsvorlage in unseren Wünschen entgegengekommen ist; ich glaube deshalb, wir können die Vorlage ruhig annehmen.

Herr Frühling: Es handelt sich hierbei nicht um das gute Herz für die Hunde oder das Publikum, sondern darum, daß die betr. Bestimmung in vielen Kreisen als eine sehr mißliche empfunden wird und zwar als eine solche, die jedenfalls beseitigt werden sollte. Ich glaube, wir können hier ruhig die Abstimmung jedem einzelnen überlassen, namentlich nachdem sich die Stimmung so weiter Kreise der Bevölkerung darüber in klarer Weise kundgegeben hat. Ich stimme für den letzten Antrag des Herrn Boge, die Bestimmung ganz fallen zu lassen, weil das den Interessen der Mehrzahl der Bürgerschaft wohl am meisten entspricht. Ich lasse mich auch nicht dadurch ängstlich machen, daß die Versammlung von Herrn Stadtrat von Frankenberg ermahnt wird, Rückgrat zu zeigen und an ihrem früheren Beschlusse festzuhalten. Es zeigt das nur, daß auch bei dem Magistrate kein großes Zutrauen zu dem Paragraphen vorhanden ist, denn sonst würde er wohl sachlicher und besser verteidigt werden, als dadurch, daß Ihnen das Schreckbild der Wankelmütigkeit vorgehalten wird. Das läßt nur auf ein schlechtes Gewissen schließen. Tragen Sie den Wünschen des großen Publikums Rechnung und stimmen Sie dem Antrage Boge zu.

Herr Wolters: In dem neuen Vorschlage des Magistrates kann ich entgegen der Ansicht des Herrn Esdorn kein Entgegenkommen erblicken. Sachlich stimme ich der Ansicht des Herrn Frühling zu, denn ich glaube auch, daß nicht ganz klar zu entscheiden ist, was eigentlich geschehen soll; die Hunde sollen auf den Wegen der Anlagen frei umherlaufen dürfen, auf den Rasenplätzen aber nicht. Das setzt die Begleitung des Herrn voraus. Wenn sich das Tier aber von Hause losmacht und in die Anlagen läuft, wie ist es dann? Es kommt das schließlich auf das Verbot hinaus, daß die Tiere überhaupt frei umherlaufen sollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Dem Herrn Vorredner dürfte entgangen sein, daß bei der früheren strengeren Beschlußfassung ganz allgemein in Aussicht genommen war, innerhalb der von Magistrat und Polizei zu bezeichnenden Wallanlagen das freie Umherlaufen der Hunde zu verbieten und zwar auch auf den Wegen. Es liegt also ein wesentliches Entgegenkommen des Magistrates gegen Hundebesitzer und Hunde darin, daß man das freie Umherlaufen der Hunde auf

allen Wegen des Schonbezirks gestatten will. Deshalb sollten die Herren dem Magistratsvorschlage freudig zustimmen.

Was den Vorwurf des Herrn Frühling betrifft, daß der Magistrat oder ich ein schlechtes Gewissen hätte, so kann ich sagen, daß ich ein um so besseres Gewissen habe, als ich kein Hundebesitzer bin und deshalb keinen Anteil habe an den Schädigungen, die durch die Hunde herbeigeführt werden. Wollen Sie, daß diese Ausschreitungen der Hunde, wie sie von den Herren Koch und Meyerhoff hier verschiedentlich drastisch geschildert worden sind, wirksam bekämpft werden können, so nehmen Sie die Magistratsvorlage an.

Vorsitzender: Der Punkt 4 des § 124 in seiner alten Fassung steht nicht mehr zur Beschlussfassung, sondern es handelt sich nur noch um die neue Fassung des Magistrates, dahingehend: Es ist verboten, Hunde in öffentlichen gärtnerischen Anlagen und Parks (mit Ausnahme der dort angelegten Wege) umherlaufen zu lassen, und um den Antrag Voge, den Punkt 4 des § 124 ganz zu streichen.

Der weitgehendste Antrag ist der letztere. Wer ist für die Streichung des Punktes 4? Der Antrag ist mit 14:11 Stimmen abgelehnt. Wer ist für die vom Magistrate vorgeschlagene neue Fassung der Bestimmung? Der Vorschlag ist mit 14:11 Stimmen angenommen.

Die Punkte 3 bis 7 der Magistratsvorlage werden auf Vorschlag der Statutent Kommission ohne weitere Besprechung gutgeheißen und im einzelnen genehmigt.

### XIII. Hundesteuer = Erlaßgesuche.

Der Hausmann Franz Simm ersucht um Erlaß der Steuer für einen im vorigen Rechnungsjahre zwei Monate lang in seinem Besitze gewesenen Hund. Auf Empfehlung des Magistrates beschließt die Versammlung, die Steuer auf die Hälfte zu ermäßigen.

Der Arbeiter August Bruns hat einen Hund nur bis zum 3. April d. Js. besessen und bittet um Erlaß der Steuer. Der Magistrat gibt die Entscheidung darüber der Versammlung anheim. Auf Empfehlung der Statutentkommission, für die Herr Voge berichtet, wird die Steuer erlassen.

Herr Esborn (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, den demnächst zur Beratung kommenden Dienstmannstarif nebst Dienstmannsordnung den Mitgliedern der Versammlung vervielfältigt zugehen zu lassen.

Vorsitzender: Das wird geschehen.

### XIV. Anfrage Helmsold: Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß der Spielplatz an der Juliusstraße schon um 6 Uhr abends geschlossen wird?“

Herr Hel mold (zur Begründung): Wie ich schon am Schlusse der vorigen Sitzung — Seite 225 des Berichtes — ausführte, geschieht die Schließung des Spielplatzes an der Juliusstraße schon abends 6 Uhr und wird besorgt von Arbeitern der Straßenreinigung, sobald diese nach Feierabend zu Hause gehen. Das entspricht nicht dem Zwecke des Spielplatzes, weshalb ich anregen möchte, die Schließung nicht vor Eintritt der Dunkelheit eintreten zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist uns nicht bekannt, daß die Schließung des Platzes von der städtischen Bauverwaltung in der Weise angeordnet worden ist. Wir wollen darüber Erkundigungen einziehen und ich denke, es wird sich ermöglichen lassen, den Spielplatz bis zum Eintritt der Dunkelheit offen zu lassen.

Herr Ohlendorf: In der vorigen Sitzung ist auf diese Verhältnisse schon hingewiesen worden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das will ich nicht bestreiten, und ich sagte auch nur, es sei uns nicht bekannt, daß die städtische Bauverwaltung das in der Weise angeordnet hat. Es ist immer besser, mit solchen Anfragen vorher zu uns zu kommen, dann kann man sich nach den Verhältnissen erkundigen.

Herr Hel mold: Vielleicht läßt sich die Anordnung treffen, daß die Wartefrau der angrenzenden Bedürfnisanstalt die Schließung des Platzes übernimmt.

## XV. Antrag Wesemeier: Teuerungszulage für die städtischen Beamten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Beamten mit einem Jahresgehälter von 3000 M und darunter eine Teuerungszulage von 10 % ihres Gehaltes vom 1. April d. Js. ab bis zur anderweitigen Regelung der Gehaltsfestsetzung zu gewähren und die demnach fällige Summe sofort an die Beamten zur Auszahlung bringen zu lassen.“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Ein dem Ziele nach fast gleicher Antrag hat der Versammlung schon von Herrn Weichsel vorgelegen (s. Bericht Nr. 5 vom 3. September d. Js. Seite 189); der Antrag ist indessen zurückgezogen worden, weil inzwischen eine Magistratsvorlage über die Neuregelung der Beamtengehälter erschienen war. Herr Weichsel hat bei der Zurückziehung seines Antrages nicht gewußt, daß die städtischen Kassen im Geschäftsjahre 1907/08 so günstig abgeschlossen haben, wie es uns durch die Landeszeitung bekannt geworden ist. Bis heute wissen wir als Stadtverordnete allerdings noch nichts von diesem günstigen Kassenabschlusse, ja selbst die Mitglieder der Finanzkommission nicht, während die Landeszeitung in der Lage war, die Zahlen schon am Morgen vor der letzten Sitzung zu veröffentlichen. Wie die Zahlen dahin gekommen sind, weiß ich nicht; jedoch nehme ich an,

daß sie richtig sind und die Kasse einen Ueberschuß von 401 000 M erzielt hat. Es kann somit nicht so sehr die Deckungsfrage für die Bewilligung einer zehnprozentigen Teuerungszulage in Frage kommen, denn die Frage ist gelöst, weil die Mittel uns jetzt in genügender Weise zur Verfügung stehen. Herr Weichsel würde seinen Antrag wohl nicht zurückgezogen haben, wenn er den günstigen Kassenabschluß gekannt hätte.

Wir müssen uns bei der Stellungnahme zu diesem Antrage in die Lage eines solchen kleinen Beamten hineinversetzen, der mit einem geringen Gehalte auskommen muß. Die Notwendigkeit einer Gehaltzzulage ist auch schon dadurch anerkannt worden, daß der Magistrat uns bereits eine Vorlage unterbreitet hat. Wenn ich die Beamten in meinem Antrage in zwei Gruppen teile, so mögen Sie auch diese Teilung schwinden lassen und sämtlichen städtischen Beamten eine Teuerungszulage bewilligen. Ich möchte aber die Frage hauptsächlich wegen der unteren Beamten geregelt wissen, weil diese der Schuh am stärksten drückt. Ich möchte ferner beantragen, den Antrag zur sofortigen Beratung und Beschlußfassung zu stellen, weil diesen Beamten gerade jetzt ganz besonders hohe Ausgaben erwachsen, wie jeder weiß, der mit einem geringen Einkommen hauszuhalten suchen muß, denn jetzt müssen die Wintervorräte angeschafft werden. Wenn den Beamten auch eine Gehaltserhöhung demnächst gewährt werden soll, so werden darüber doch noch einige Monate vergehen. Deshalb bitte ich, meinem Antrage zuzustimmen und schon heute Beschluß darüber zu fassen. Alles ist in ganz erheblichem Maße teurer geworden, und die Notwendigkeit der Gewährung eines höheren Einkommens auch längst anerkannt worden. Es steht somit nichts im Wege, schon jetzt zu beschließen, den Beamten sofort rückgängig vom 1. April eine Gehaltsaufbesserung zuteil werden zu lassen.

Vorsitzender: Findet der Antrag genügende Unterstützung? — Das ist der Fall. Nach unseren Satzungen können wir wohl jeden Antrag sofort beraten, jedoch können wir solche Anträge, bei denen wir es für wünschenswert halten, zunächst einer Kommission zur Vorberatung überweisen. Es ist nun allgemeine Gepflogenheit, Anträge, deren Tragweite nicht sofort übersehen werden kann, zunächst einer Kommission zu überweisen. Ich würde es im höchsten Maße für unrichtig, ja für unmöglich halten, wenn wir diesen Antrag in solcher Hurrafstimmung gleich heute annehmen, denn wenn auch noch so viel dafür spricht, so muß er doch vorberaten werden. Wir müssen abwägen, welches die richtige Grenze für die Gehaltserhöhungen der einzelnen Beamtenklassen ist; wir müssen mit dem Magistrat darüber sprechen und müssen uns auch vergewissern, wie die Geldverhältnisse zurzeit liegen. Soviel ich mir als ein langjähriges Mitglied der Versammlung ein Urteil erlauben darf, dürfen wir dem Wunsche des Antragstellers auf sofortige Beratung, der an sich aus gutem Herzen entsprungen ist, nicht entsprechen.

Ich würde vorschlagen, den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung zu überweisen. Sollte die Versammlung indessen anders beschließen, so bin ich bereit, ihr zu folgen.

Herr Esdorn: Ich bin der Meinung, daß wir dem Antrage insofern Folge geben, als wir ihn gleich heute beraten. Wenn wir ihn erst in die Finanzkommission verweisen, so wird unsere allgemeine Vorlage wieder hinausgeschoben werden. Ich glaube nicht, daß sich eine Mehrheit für den Antrag finden wird. Es ist uns in Aussicht gestellt worden, daß auf Wunsch der Versammlung die Gehaltserhöhung den Beamten vom 1. April d. Js. ab nachgezahlt werden soll; deshalb ist es richtig, zunächst die Gehaltsvorlage zu beraten. Unsere Beamten werden damit wohl zufrieden sein.

Herr Wolters: Wir sind wohl alle mit der Tendenz des Antrages einverstanden, ja, wir gehen noch weiter und wollen nicht nur den Beamten mit einem Einkommen bis zu 3000 M., sondern sämtlichen städtischen Beamten eine Zulage verschaffen. Der Antrag Wesemeier geht dahin, den Beamten mit einem Jahresgehalte bis zu 3000 M. bis zur anderweitigen Regelung der Gehaltsfestsetzung einen Steuerzuschlag dauernd zu zahlen. Wenn dann also künftig bei dieser oder jener Gehaltsklasse eine Einigung nicht herbeigeführt wird, so würde der hier zu fassende Beschluß die dauernde Zahlung einer Steuerzulage zur Folge haben. Das ist aber so weittragend, daß ich durchaus nicht empfehlen kann, den Schritt zu tun. Ferner würde es auch eine große Härte sein, die Beamten mit einem höheren Gehalt als 3000 M. auszuschließen. Ich möchte bitten, den Antrag zunächst einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte dringend bitten, die Sache nicht in der Weise zu beschleunigen. Der Magistrat wird wahrscheinlich darauf nicht eingehen, allen Beamten eine Gehaltsaufbesserung von 10 % zu gewähren und sofort auszuzahlen. Außerdem sind die städtischen Beamten nicht identisch mit den Lehrern, die Sie hierbei doch auch berücksichtigen müßten, obwohl sie keine städtischen Beamten sind. Die Nachweisungen über die Abweichungen des Etats in Einnahme und Ausgabe von dem Voranschlage sind jetzt nahezu fertiggestellt und werden in wenigen Tagen in Ihren Händen sein; Sie können aber die Finanzlage der Stadt am besten beurteilen, wenn Sie diese Nachweisungen in Händen haben, und dann können Sie auch dem Magistrate mit einem derartigen Antrage nähertreten. Wir werden unsererseits gern bereit sein, soweit die Mittel ausreichen, auf die Sache einzugehen. Allerdings, ich mache kein Geheimnis daraus, wir hatten in betreff der Verwendung des Ueberschusses aus dem letzten Rechnungsjahre die Absicht, der Versammlung vorzuschlagen, damit besondere Aufwendungen anderer Art zu bestreiten, und zur Erhöhung der Beamtengehälter andere Einnahmen zu beschaffen. Wenn wir nun den Ueberschuß aus dem letzten Jahre zur Erhöhung der

Beamtengehälter verwenden wollen, so verschlechtern wir dadurch unsere Position; ich möchte deshalb dringend bitten, die Sache nicht übers Knie zu brechen, sondern den Antrag zunächst einer Kommission zu überweisen.

Die sofortige Beratung des Antrages wird darauf abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## XVI. Antrag Ribbentrop: Beschaffung von Krankenwagen.

Herr Ribbentrop: Ich beantrage die Beschaffung zweier neuen Transportwagen für Kranke. Zur Begründung dieses Antrages gestatte ich mir, folgendes anzuführen. Ich habe lehtthin Gelegenheit gehabt, den einen der vorhandenen beiden Wagen benutzen zu dürfen, und ich muß gestehen, daß ich eine Höllepein darin ausgestanden habe. Der geringste Mann und der höchste Staatsminister kann in die Lage kommen, solchen Wagen benutzen zu müssen; deshalb ist es aber auch nötig, daß der Wagen seiner Bestimmung voll entspricht. Der andere hier vorhandene Wagen hat noch nicht einmal Gummireifen. Man hat damals einen Wagen erworben, der bei Rathe gerade vorhanden war, der sich aber zum Krankenwagen nicht eignet. Wenn Sie daher für die Einwohnerschaft ein gutes Werk tun wollen, so unterstützen Sie meinen Antrag. Als ich damals mit dem Wagen ins Krankenhaus befördert wurde, sagte ich zu Herrn Professor Sprengel, der Wagen ist für einen Kranken ein furchtbares Vehikel, worauf er erwiderte, er wünschte nur, daß einmal ein Mitglied des Magistrates darin befördert würde, dann würden wir schon einen anderen Wagen bekommen. (Heiterkeit.)

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

## XVII. Antrag Jasper: Aenderung in der Verwaltung des Friedhofswesens.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß die Verwaltung des Friedhofswesens unserer Stadt dem Einfluß der Kirche entzogen und allein der politischen Gemeinde, vertreten durch Magistrat und Stadtverordnete, überwiesen werde.“

Herr Jasper (zur Begründung): Es wird den Herren bekannt sein, daß die Stadt hinsichtlich der Regelung des Friedhofswesens sich in einer sehr eigentümlichen Rechtslage befindet, die im wesentlichen dahin geht, daß wir von der politischen Gemeinde aus gehalten sind, Opfer für die Einrichtung zu bringen, indem wir die Länderei der Kirchenkasse zur Verfügung stellen müssen, von dem Augenblicke an aber, wo die erste Leiche dort eingebettet ist, die Verwaltung und die weitere

Regelung der Friedhofsangelegenheiten dem Einfluß der politischen Gemeinde vollständig entzogen ist. Ich habe das bislang als einen Zustand empfunden, der nicht im Einklange steht mit den Verhältnissen, wie sie sich heute entwickelt haben; er mochte wohl historisch und auch angebracht sein, als die politische und die Kirchengemeinde identisch waren, wo aber jetzt deren Funktionen durcheinandergehen, ist es meines Erachtens ein unheilvoller Zustand, der nicht noch weiter aufrecht erhalten werden kann.

Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit haben mich veranlaßt, dieser Frage näherzutreten, und ich glaube, den richtigen Weg damit gefunden zu haben, daß ich diesen Antrag zur Erörterung in der Versammlung stelle. Beispielsweise möchte ich einige dieser Mißstände anführen.

Vor einigen Monaten ist eine neue Regelung des Friedhofswesens insofern eingetreten, als plötzlich über die Beteiligten ein Nachtrag zur Begräbnisordnung aus heiterem Himmel herabgeschneit ist, von dessen Kommen niemand eine Ahnung hatte. Es wird in solchem Falle einfach gesagt: Auf Beschluß des Kirchenkonvents wird eine neue Begräbnisordnung für die Stadtkirchengemeinden zu Braunschweig erlassen. Das geschah am 30. Juni und bereits am 1. Juli d. Js. ist sie in Kraft gesetzt worden. Am 2. Juli ist die Aenderung erst einem großen Teile der Steinsehermeister zur Kenntnis gebracht worden, obwohl gerade diese Leute ein großes Interesse an den Aenderungen hatten. So war es früher Rechts, daß für gewisse Handlungen eine Gebühr von 5 M erhoben wurde, ebenso als Abgabe für Grabmäler von bestimmter Höhe usw. Da plötzlich nimmt diese Begräbnisordnung einen anderen Standpunkt ein und sagt, nicht 5 M werden fortan erhoben, sondern 10 % der Kosten, die auf das Grabmal verwendet werden, sollen als Gebühr erhoben werden. Was das für eine Bedeutung hat für die beteiligten Steinsehermeister und Arbeiter, werden die Herren leicht einsehen, namentlich wenn Sie wissen, daß in der neuen Begräbnisordnung eine Mindestgebühr von 15 M, also eine Erhöhung von 300 % gefordert wird. Daraus folgt, daß die Steinsehermeister zu manchen Arbeiten, die sie übernommen hatten, 60 bis 70 M zulegen mußten, wenn sie nicht einen Prozeß mit den Hinterbliebenen anstellen wollten. Dieses Vorgehen beweist, daß die Kirche auch hier in Braunschweig dem altbewährten Grundsatz treu bleibt, einen großen Magen zu haben, indem sie auch irdische Güter zu schätzen weiß. Deshalb ist es besser, wenn bei der Herausgabe solcher Vorschriften die städtischen Behörden, insbesondere auch die Stadtverordneten zu Rate gezogen werden, denn wir würden nicht so weltfremd gehandelt und das Statut sofort in Kraft gesetzt haben.

Ferner ist das Verhalten der Friedhofsverwaltung gegenüber den Steinsehermeistern und den Hinterbliebenen Verstorbener manchmal recht eigenartig, indem seitens der beteiligten Beamten auf besondere Einrichtungen der Verwaltung hinge-

wiesen wird. Die Verwaltung oder einige ihrer Beamten nutzen nämlich ihre Stellung aus, indem sie den Hinterbliebenen empfehlen, auf den Gräbern ihrer Angehörigen eine Baumgruppenanlage von Koniferen usw. anbringen zu lassen. Solche gärtnerischen Anlagen werden nämlich nicht von Unternehmern, sondern von der Friedhofsverwaltung selbst gemacht.

Weiter haben sich noch Mißstände herausgestellt, die, wie ich höre, sogar die Staatsanwaltschaft beschäftigen, und hinsichtlich deren ich mich im Plenum nicht weiter äußern möchte. Es sollen nämlich Durchstechereien und sonstige Unredlichkeiten vorgekommen sein, über die die Gerichte noch zu reden haben werden. Ich habe daraus ein gewisses Mißtrauen gegen die jetzige Verwaltung hergeleitet. Deshalb wäre es besser, wenn die politische Gemeinde mehr dabei zu sagen hätte. Es sind auch Klagen über die Schließung des Friedhofes von dem dort verkehrenden Publikum vorgebracht worden und über das rigoroſe Vorgehen der dort amtierenden Geistlichen, die nicht einmal gestatten wollen, daß ein Freund dem Freunde einige Worte mit ins Grab sendet. Dort hat eben nur der Priester zu reden, nicht einmal einige Worte, und seien sie auch noch so kurz, z. B. „Ruhe sanft“ dürfen dem Freunde mit ins Grab gegeben werden. Es ist das eine Beschwerde, die schon oft unsere Gerichte beschäftigt hat. Solche Sachen liegen weder im Interesse der politischen Gemeinde, noch der Kirche selbst. Auch auf den schändlichen Gewinn scheint man es mit abgesehen zu haben, indem man selbst von den ärmsten der Armen ganz andere Sätze nimmt, die einen Gewinn abzuwerfen ermöglichen.

Auch innerlich ist der Antrag berechtigt. Der Friedhof ist beschafft aus städtischen Mitteln: wir haben für den Zweck ein Darlehn von 300 000 M gegeben, das uns allerdings amortisiert und verzinst wird, und die ganze Barauswendung der Stadt beträgt etwa 900 000 M. Wenn wir auch für die Kapitalien unsere Zinsen bekommen, so ist doch unser Kredit dadurch in Anspruch genommen. Kurz, die ganze Verwaltung des Friedhofes wird nicht so gehandhabt, wie es dem Interesse der Bürger und der auf dem Friedhofe tätigen Unternehmer und Arbeiter entspricht. Ich möchte daher bitten, der Frage einmal näherzutreten.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

### XVIII. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle:

1. die von seiten der Reichsregierung geplante Einführung einer Licht-, Tabak- und Biersteuer als eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung unserer Stadt erklären,



2. dementsprechend den Herrn Vorsitzenden der Versammlung beauftragen, diesen Standpunkt der Reichsregierung mitzuteilen und sie zu ersuchen, von der Einführung derartiger Steuern abzusehen,"

wird von Herrn Jasper wie folgt begründet: Es wird den geehrten Herren bekannt sein, in welcher Finanzklemme sich seit langer Zeit die deutsche Reichsverwaltung befindet, und es ist auch kein Geheimnis, auf welche Ursachen diese Finanznot zurückzuführen ist. Durch die Blätter ist es auch schon allgemein bekannt geworden, in welcher Richtung sich die Wünsche des Reichsschatzsekretärs von Sydow bewegen, und es spielt bei den Vorschlägen eine nicht unwesentliche Rolle die Einführung einer Tabak- und Biersteuer, und im Hinterhalte steht die Besteuerung des Gases und der Elektrizität. Ich glaube, die Stadt Braunschweig hat ein Interesse daran, daß diese Steuerprojekte nicht Wahrheit werden.

Es ist Ihnen und mir geläufig, daß die hiesige Brauereiindustrie einen nicht unbedeutenden Umfang angenommen hat, daß zahlreiche große Kapitalien darin investiert sind und zahlreiche Arbeiter in diesen Betrieben ihr Brot — mag es auch danach sein — finden. Wenn solche Steuer eingeführt werden sollte, so würde das einen Rückschlag für unsere Gemeinde bedeuten, denn es würden die an den Brauereien beteiligten Kapitalisten wie auch die in der Industrie tätigen Arbeiter einen geringeren Gewinn und eine geringere Arbeitsgelegenheit finden, wodurch sich ein Rückschlag in doppelter Weise für die Finanzen unserer Stadt ergeben würde. Ähnlich wie die Brauereiindustrie mehr und mehr in den Händen der Großindustrie liegt, steht es mit dem Tabak. Es sind hier größere, aber auch zahlreiche kleinere Geschäfte vorhanden, die auf dem Gebiete der Tabakproduktion tätig sind, und es würde, wenn die Projekte, die Herr von Sydow in der Deutschen Rundschau und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bekannt gegeben hat, zur Ausführung kommen, von nachteiliger Wirkung für unsere Stadt werden. Diese Wirkung würde um so schlimmer werden, wenn eine Haupteinnahmequelle der Stadt zu einer Steuer herangezogen würde und zwar eine Einnahmequelle, auf die unsere städtischen Finanzen zum guten Teile basieren. Wir haben uns bisher alle gefreut, daß unser städtisches Gaswerk einen erheblichen Ueberschuß erzielte derart, daß das neue Gaswerk aus seinen eigenen Einnahmen erbaut werden konnte. Auch bei der Bekanntgabe des Ueberschusses aus dem legt abgelaufenen Jahre hat der Herr Oberbürgermeister mitgeteilt, daß dieser Ueberschuß wesentlich darauf zurückzuführen sei, daß das Gaswerk wieder einmal gut gewirtschaftet habe. Wenn auch das elektrische Lichtwerk nicht in städtischem Regale ist, so haben wir daraus doch infolge des mit dem Lichtwerke abgeschlossenen Vertrages eine Einnahme zu verzeichnen. Wenn aber beide Lichtquellen versteuert würden, so müßte das meiner Ueberzeugung nach notwendigerweise dazu führen, den Verbrauch zurückzudrücken. Man würde das Gas stadtseitig entweder noch schlechter machen oder es verteuern

müssen, und die Ueberschüsse würden geschmälert werden, wenn solche Verteuerung eintreten sollte. Die Stadt sowohl wie die Bürger würden dabei den leidenden Teil bilden. Aus diesen Erwägungen heraus bitte ich meinen Antrag zu unterstützen, damit gegen die Absicht der Regierung eingeschritten werden kann, ehe es zu spät ist und ehe die Kommissionen zu ihren Beratungen zusammentreten. Uebrigens sind auch andere Städte schon in derselben Weise vorgegangen.

Außerdem möchte ich Sie bitten, auch dem zweiten Teile meines Antrages zuzustimmen und nicht den bisher beliebten weiten Umweg über Magistrat und Ministerium zu wählen. Bisher wurde hier so verfahren, daß wir uns bezüglich einer von der Reichsregierung gekommenen Vorlage im Interesse unserer Bürgerschaft geäußert und die Vorlage eventuell getabelt, sowie unsere Wünsche in gewissem Umfange zum Ausdruck gebracht haben. Der Beschluß der Versammlung ging dann an den Magistrat und dieser sah sich unter Umständen veranlaßt, sich an das Herzogliche Staatsministerium zu wenden, ja einmal ist unser Antrag sogar beim Magistrate stecken geblieben. Diejenigen, denen wir etwas sagen wollten und denen gegenüber wir als Stadtverordnete die Interessen unserer Stadt vertreten wollten, haben demnach nichts von unseren Wünschen zu erfahren bekommen, und es ist also unsere Entschließung wirkungslos verhallt. Ich möchte daher bitten, diesen Umweg zu umgehen, und ich glaube auch nicht, daß förmliche Bedenken rechtlicher Art dem Vorgehen entgegenstehen. Selbstverständlich ist es sehr wichtig, wenn der Magistrat dem Antrage beitrifft, weil er dann noch wirkungsvoller sein würde; aber es ist uns unbenommen, und auch rechtlich zulässig, daß die Versammlung sich unmittelbar an die Stelle wendet, von der sie die Erfüllung ihrer Wünsche erhofft.

Vorsitzender: Ich halte den vom Herrn Vorredner angedeuteten Weg nicht für gangbar, aber wir brauchen uns darüber heute nicht auszulassen, da die Statutenkommission auch die formelle Frage prüfen kann. Nach § 53 der Städteordnung steht uns die Ausschaltung des Magistrates nicht zu. Wird der Antrag unterstützt? — Das sind 7 Herren. Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung und bitte diese, auch die formelle Frage zu prüfen.

## XIX. Anfrage Hesse: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Herr Hesse: Ich möchte fragen:

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die für kommenden Winter zu erwartende Arbeitslosigkeit zu mildern?“

Es ist wohl selbstverständlich, daß auch nach der Ansicht der übrigen Herren in dieser Beziehung etwas geschehen muß. Die Arbeitslosigkeit ist heute hier schon sehr groß und sie wird sich voraussichtlich im kommenden Winter noch verschärfen.

Deshalb ist es notwendig, daß seitens des Magistrates etwas geschieht. Wir würden die Kosten des Notstandes auch insofern zu tragen haben, als für das Armenwesen größere Summen ausgegeben werden müßten, die gespart werden könnten, wenn sogenannte Notstandsarbeiten ausgeführt würden. Es dürfte sich wohl erübrigen, Ihnen klarzulegen, daß hier ein wirklicher Notstand besteht; Sie werden das nicht abstreiten, denn die Zeitungen und besonders die Arbeiterzeitungen bringen täglich Beweise von derartigen Notstandsverhältnissen, und ich als Geschäftsmann kann konstatieren, daß ich schon jetzt sehr viel davon zu spüren bekomme, indem die Abnahme von Feuerungsmaterial nicht so groß ist wie in anderen Jahren. Es ist das ein Beweis dafür, daß das Publikum nicht genügende Mittel besitzt, um sich die Wintervorräte anzuschaffen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich will ganz offen gestehen, daß wir uns bis jetzt mit der Frage noch nicht befaßt haben, weil bislang noch reichlich Gelegenheit gewesen ist zu arbeiten insofern, als noch verschiedene städtische Bauten im Gange sind. Im übrigen steht der Magistrat auf dem Standpunkte, daß er sich nicht veranlaßt sehen kann, künstlich Arbeit zu schaffen, nur um den Leuten Gelegenheit zu geben, Beschäftigung zu finden. Vor zwanzig Jahren haben wir einmal große Vorräte Holz kommen und zerkleinern lassen, und damals haben beide städtischen Behörden, auch die Stadtverordneten, gesagt, das machen wir niemals wieder, denn dabei kommt nichts heraus. Es kann sich nur darum handeln, daß wir einige Arbeiten in der Zeit ausführen lassen, wo sonst nichts zu tun ist. So kann beispielsweise der Abbruch der vom Magistrate an der Reichsstraße erworbenen Häuser erfolgen, auch können die Ausjächtungsarbeiten bei der Badeanstalt erfolgen und es lassen sich wohl noch verschiedene andere Arbeiten auf den Winter verschieben. Die Herren werden bezüglich der Badeanstalt noch einer kleinen Aenderung der Bedingungen in der nächsten Sitzung zustimmen müssen. Weiter haben wir in Aussicht genommen, auf den Rieselfeldern größere Rajolarbeiten ausführen zu lassen, wo Ortsstein steht; es wäre nicht unmöglich, daß man auch dort hiesige Einwohner arbeiten ließe und von hier dorthin schickte, wenn das auch noch nicht in Erwägung gezogen ist.

Der Magistrat wird also die Arbeitslosigkeit im Auge behalten und versuchen, dem Uebel abzuhelpen, aber künstlich Arbeiten zu schaffen, ist uns nicht möglich.

## XX. Antrag Esdorn: Absperrungsmaßnahmen bei Ausbruch eines Feuers.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß bei Ausbruch eines Feuers im Stadtgebiete baldigst für genügende Absperrung Sorge ge-  
tragen werde.“

Herr Esdorn (zur Begründung): Ich glaube, der Antrag wird nur als eine Anregung zu betrachten sein und der Magistrat wird einen Beschluß darüber nicht abzuwarten brauchen. Kürzlich brach bekanntlich an der Sonnenstraße Feuer aus, und es drängten sich sofort eine Unzahl von Menschen — Erwachsene und Kinder, schulpflichtige und noch nicht schulpflichtige — heran und versperrten jedermann den Zugang. Nach meiner Beobachtung dauerte es eine halbe Stunde, bis der zweite Polizist erschien und dem Branddirektor Lehmann Platz machen half, damit dieser seine Schläuche gebrauchen konnte. Wenn das Feuer eine größere Ausdehnung angenommen hätte, so hätte das größte Unglück geschehen können, denn von zwei Polizisten sind solche Menschenmassen nicht zurückzudrängen. Herr Lehmann mußte sich die größte Mühe geben, um sich nur bei seinen Leuten Gehör zu verschaffen. Vielleicht wird der Magistrat Gelegenheit nehmen und bei der Herzoglichen Polizeidirektion um eine Abstellung dieser Mißstände ersuchen.

Vorsitzender: Es wird also genügen, wenn der Magistrat sich umhört, um zu erfahren, wie weit die gemachten Mitteilungen auf Wirklichkeit beruhen und was geschehen kann, um den Mißständen zu begegnen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Mir ist von der Sache nichts bekannt, da ich erst gestern abend vom Urlaub zurückgekommen bin. Uebrigens wäre es Sache des Kreisbranddirektors gewesen, sich in solchem Falle an den Magistrat oder die Herzogliche Polizeidirektion zu wenden.

## XXI. Anfrage Wesemeier: Zustand der Bedürfnisanstalten.

Herr Wesemeier: Ich möchte die Aufmerksamkeit auf einen Mißstand lenken, der sich unangenehm bemerkbar gemacht hat, nämlich auf unsere öffentlichen Bedürfnisanstalten. Diese Anstalten befinden sich zum großen Teile tagsüber in einem so abscheulichen Zustande, daß man kaum hineingehen kann. Seitdem die Spülung weggefallen ist, bleibt der ganze Unrat dort liegen. Es müßte deshalb für eine öftere Reinigung der Anstalten gesorgt werden.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.



# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Oktober 1908.

---

#### Tagesordnung:

I.	Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1905/06 . . . . .	Seite 265
II.	Dienstmannstarif und Dienstmannsordnung . . . . .	" 265
III.	Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße . . . . .	" 276
IV.	Nachverwilligung und Verrechnung von Umbautkosten . . . . .	" 279
V.	Änderungsvorschläge zur Straßenpolizeiordnung . . . . .	" 280
VI.	Errichtung einer Damenbadeanstalt . . . . .	" 283
VII.	Antrag Jasper: Änderung in der Verwaltung des Friedhofswezens. . . . .	" 285
VIII.	Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer . . . . .	" 286
IX.	Antrag Wesemeier: Feuerungszulage für die städtischen Beamten. . . . .	" 286
X.	Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuergefähr. . . . .	" 286
XI.	Hundesteuer = Erlaßgesuch . . . . .	" 290
XII.	Behrungsvermittlung durch das städtische Arbeitsamt. . . . .	" 291
XIII.	Schankwirtschafts = Errichtung in dem Tennisklubhause . . . . .	" 292
XIV.	Rechnungsabschlüsse des Jahres 1907/08 . . . . .	" 302
XV.	Baulichkeiten in der Schule am Südfinte . . . . .	" 306
XVI.	Erklärung einer Teilstrecke der Humboldtstraße zur Orisstraße. . . . .	" 310

---

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Schöttler.

Entschuldigt Herr Jasper.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und macht zunächst folgende Mitteilungen:

1. Die Vorlage wegen Legung der Gasleitung nach Gliesmarode ist vom Magistrate zurückgezogen worden und beschäftigt uns daher nicht mehr.

2. Eingegangen ist der Bericht des Stadtarztes über die Tätigkeit der Schulärzte im Schuljahre 1907/08. Den Bericht habe ich vervielfältigen lassen, weil er ein so vorzüglich bearbeitetes Material enthält, daß ich wünschte, jeder Stadtverordnete möchte ein Exemplar in Händen haben. Sollte jemand wünschen, daß wir den Bericht auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen brächten, um uns über den Gegenstand zu unterhalten, so bitte ich, solchen Wunsch an mich gelangen zu lassen.

3. Der nationale Arbeitsausschuß schreibt an die Versammlung: „Angesichts der immer größer und drückender werdenden Arbeitslosigkeit der Lohnarbeiter auch in unserer Stadt richten wir an das Stadtverordneten-Kollegium das dringende Ersuchen, Mittel zu Notstandsarbeiten zu bewilligen und solche ausführen zu lassen, um zu verhüten, daß ehrliche und arbeitswillige Mitbürger auf Almosen angewiesen sind.“ Da ein gleiches Schreiben dem Magistrate zugegangen ist, haben wir uns damit zunächst nicht zu befassen.

4. Die Vorarbeiten des Herrn Referenten über die Gehaltsaufbesserungsvorlage und die Beschaffung der Mittel durch zwei Steuerprojekte sind jetzt so weit gediehen, daß wir anfangen können, in diesen Sachen zu arbeiten. Die hierbei in Frage kommenden beiden Kommissionen — die Finanz- und die Statutenkommission — werden morgen nachmittag 4 Uhr hier zusammenzutreten, um erst einmal das Generalreferat des Herrn Berichterstatters der Finanzkommission anzuhören und darauf zu beschließen, wie wir die Sache weiter behandeln wollen. Meiner Ansicht nach ist es wünschenswert, daß möglichst alle Mitglieder der Versammlung den Bericht mit anhören, denn wenn man sich erst mehr in die Sache vertieft hat, so wird man finden, daß es sich um eine schwere und umfangreiche Materie handelt, die es wünschenswert erscheinen läßt, alles mit anzuhören. Die zu dem Gegenstande eingegangenen Petitionen werden in der Plenarsitzung heute über acht oder vierzehn Tage mit erledigt werden. Sollte jemand noch Spezialanträge einbringen wollen, so würde es von Vorteil sein, sie dem Herrn Referenten zugänglich zu machen, damit sie gleich mit in der Kommission besprochen werden können. Wir können dann wohl auch in der Kommission von der alten Gepflogenheit abgehen

und könnten denjenigen, der einen Antrag eingebracht hat, in der Kommission zu Worte kommen lassen, auch wenn er nicht Mitglied einer der beiden Kommissionen sein sollte, damit die Sache vor der Plenarsitzung aufgearbeitet ist. — Nunmehr können wir in die Tagesordnung eintreten.

## I. Prüfung der Rechnungen vom Jahre 1905/06.

Unter Vorlegung der über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen für das Jahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 ersucht der Magistrat um deren Prüfung.

Herr **L ö h n e f i n k e**: Ich habe mich mit der Prüfung der Rechnungen eingehend befaßt, habe zahlreiche Stichproben gemacht, zu Erinnerungen aber keinerlei Anlaß gefunden. Namens der Finanzkommission empfehle ich daher den Herren, die Rechnungslegung für 1905/06 gutzuheißen, was seitens der Versammlung geschieht.

## II. Dienstmannstarif und Dienstmannsordnung.

Der Magistrat übersendet den Entwurf eines Dienstmannstarifs zur gutachtlichen Äußerung und bemerkt dazu, daß nach § 76 der Reichsgewerbeordnung der Tarif von der Herzoglichen Polizeidirektion im Einvernehmen mit dem Magistrat, die Dienstmannsordnung aber von der Herzoglichen Polizeidirektion allein festzusetzen sei. Wenn der Magistrat auch im allgemeinen der Absicht der Herzoglichen Polizeidirektion, eine Neuregelung des zuletzt im Jahre 1878 geordneten Dienstmannswesens vorzunehmen, durchaus zustimmt und mit den Vorschlägen im wesentlichen einverstanden ist, so hält er es doch bei der Bedeutung der Angelegenheit für die Bürgerschaft und für den öffentlichen Verkehr in der hiesigen Stadt für zweckmäßig, der Versammlung Gelegenheit zur Geltendmachung etwaiger Wünsche zu geben.

Der Tarif lautet:

„Die Dienstmänner in der Stadt Braunschweig haben für ihre Dienstleistungen zu fordern:

### I. für bestimmte Gänge:

(einschließl. der Entschädigung für die Benutzung der Karre)

#### A. im inneren Stadtgebiete:

1. für einen Gang ohne oder mit Gepäck bis zu 7½ kg. . . . . 0,30 M
2. für einen Gang mit Gepäck von mehr als 7½ kg bis zu 25 kg . 0,60 M
3. für einen Gang mit Gepäck von mehr als 25 kg bis zu 75 kg. . 0,80 M
4. für jede weitere angefangenen 50 kg über 75 kg . . . . . 0,40 M.



## B. im äußeren Stadtgebiete:

1. für einen Gang ohne oder mit Gepäck bis zu  $7\frac{1}{2}$  kg . . . . . 0,50 M
2. für einen Gang mit Gepäck von mehr als  $7\frac{1}{2}$  kg bis zu 25 kg . 0,80 M
3. für einen Gang mit Gepäck von mehr als 25 kg bis zu 75 kg . 1,20 M
4. für jede weitere angefangenen 50 kg über 75 kg . . . . . 0,50 M.

**Anmerkung:** Diese Sätze finden auch Anwendung, wenn die Dienstleistungen sich von dem äußeren in das innere und von dem inneren in das äußere Stadtgebiet erstrecken.

## C. vom äußeren durch das innere in das äußere Stadtgebiet:

1. für einen Gang ohne oder mit Gepäck bis zu  $7\frac{1}{2}$  kg . . . . . 0,80 M
2. für einen Gang mit Gepäck von mehr als  $7\frac{1}{2}$  kg bis zu 25 kg . 1,00 M
3. für einen Gang mit Gepäck von mehr als 25 kg bis zu 75 kg . 1,50 M
4. für jede weitere angefangenen 50 kg über 75 kg . . . . . 0,60 M.

**Bemerkung:**

1. Das **innere Stadtgebiet** umfaßt das Gelände innerhalb der äußeren Umflutgräben, jedoch einschließlich dieser und des Hauptbahnhofes der Staatseisenbahn.
2. Das **äußere Stadtgebiet** umfaßt das Gelände außerhalb der äußeren Umflutgräben, jedoch ausschließlich dieser und des Hauptbahnhofes der Staatseisenbahn.

## II. bei Beschäftigung auf Zeit:

1. ohne Benutzung der Karre
  - a) für eine Stunde . . . . . 0,80 M
  - b) für jede weitere angefangene  $\frac{1}{2}$  Stunde . 0,40 M,
2. mit Benutzung der Karre
  - a) für eine Stunde . . . . . 1,00 M
  - b) für jede weitere angefangene  $\frac{1}{2}$  Stunde . 0,50 M.

**Allgemeine Bestimmungen:**

1. Wird ein Dienstmann zur Ausführung einer Dienstleistung in die Wohnung des Auftraggebers oder an einen anderen Ort bestellt, so kann er eine Bestellgebühr von 30 Pfennigen verlangen.
2. Wird ein Dienstmann zur Ausführung einer Dienstleistung in die Wohnung des Auftraggebers oder an einen anderen Ort bestellt und verzichtet der Auftraggeber auf die Dienstleistung, so kann der Dienstmann außer der Bestellgebühr (cf. Nr. 1) den niedrigsten tarifmäßigen Satz verlangen.

3. Für den Rückweg nach dem Standplatze kann der Dienstmann, sofern er nicht von dem Auftraggeber mit einer weiteren Dienstleistung beauftragt wird, eine Vergütung nicht verlangen. Bei weiterer Dienstleistung auch für denselben Auftraggeber auf dem Rückwege zum Standplatze ist der Rückweg nach dem tarifmäßigen Satze zu vergüten.
4. Ob ein Dienstmann mit einer Dienstleistung von einem oder mehreren Auftraggebern gleichzeitig beauftragt wird, macht keinen Unterschied. Es ist nur der tarifmäßige Satz für eine Dienstleistung zu zahlen.
5. Ein Dienstmann ist verpflichtet, auf die für ihn bestimmten Dienstleistungen 10 Minuten unentgeltlich zu warten. Bei längerem Warten kann er nach Ablauf dieser 10 Minuten für jede weitere angefangene Viertelstunde je 20 Pfennige verlangen.
6. Muß ein Dienstmann bei der Ausführung einer Bestellung auf Antwort warten, so kann er für die ersten fünf Minuten Wartezeit eine Vergütung nicht verlangen. Nach Ablauf dieser fünf Minuten kann er für jede weiteren angefangenen 10 Minuten Wartezeit 10 Pfennige verlangen.
7. Für Dienstleistungen von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens in der Zeit vom 1. April bis 30. September und von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März erhöht sich der tarifmäßige Satz um die Hälfte.
8. Bei Streitigkeiten zwischen dem Auftraggeber und dem Dienstmann über die Höhe der zu zahlenden Vergütung entscheidet auf Anrufen einer Partei vorläufig die Herzogliche Polizeidirektion über die Angemessenheit der Vergütung."

Was den Tarif betrifft, so hält es der Magistrat zur Erzielung größerer Deutlichkeit für ratsam, in den „Allgemeinen Bestimmungen“ unter Nr. 1 zu sagen:

„Wird ein Dienstmann für bestimmte Gänge (Nr. I des Tarifs) in die Wohnung des Auftraggebers oder an einen anderen Ort bestellt, so kann er eine Bestellgebühr von 30 Pfennigen verlangen.“

Ebenso wird in Nr. 2 am Anfange zu setzen sein:

„Wird ein Dienstmann für bestimmte Gänge (Nr. I des Tarifs) in die Wohnung des Auftraggebers . . . .“

Der Magistrat stimmt den Ausführungen der gutachtlich von ihm gehörten Handelskammer darin bei, daß bei einer Beschäftigung auf Zeit (Nr. II des Tarifs) der Satz von 80 Pfennigen für die Stunde hoch genug ist,

um eine Bestellgebühr entbehrlich zu machen. Dieser Gedanke wird durch den Aenderungs-vorschlag des Magistrats klar zum Ausdruck gebracht.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Ritter: Bei der Beratung der Angelegenheit hatten wir uns zunächst darüber klar zu werden, ob wir prinzipiell dem Zonentarif, soweit die Gänge der Dienstleute in Frage kommen, zustimmen, oder ob wir uns für einen durchgängigen Zeittarif entscheiden wollten. Dieser hat ohne alle Frage den Vorzug, daß er gerechter in der Bemessung der Gebühren ist, aber er hat auch den großen Uebelstand, daß daraus leicht Differenzen entstehen können, denn die Ansichten darüber, welche Zeit der einzelne Weg in Anspruch nimmt, können sehr verschieden sein. Der Zonentarif hat den Uebelstand, daß er in manchen Fällen ungerecht ist, aber den großen Vorzug der Einfachheit und Uebersichtlichkeit. Und so ist denn schließlich die Kommission in ihrer Mehrheit zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Zonentarif am meisten zu empfehlen sei, wenn auch eine Minderheit vorhanden war, die trotz alledem dem Zeittarif den Vorzug gibt.

Die hier in dem Tarife vorliegenden Sätze sind ähnlich den in Bremen und Straßburg bestehenden Sätzen. Andere noch angeforderte Tarife sind größtenteils älteren Datums und deshalb nicht ohne weiteres mit den hiesigen Sätzen vergleichbar. Nur eine Stadt, nämlich Düsseldorf, hat ausschließlich den Zeittarif.

Die vom Magistrate vorgeschlagenen Aenderungen in den „Allgemeinen Bestimmungen“ erscheinen zweckmäßig. Mit diesen Aenderungen empfiehlt die Kommission, sich gutachtlich zustimmend zu dem Tarif zu erklären.

Herr L e u e: Wenn ein Dienstmann nach einer Wohnung bestellt wird, ohne daß er bestimmte Gänge auszuführen hat, so sollen 80 Pfennige als Entschädigung für eine Stunde ausreißend sein. Wann beginnt aber die Stunde? Wenn er in der Wohnung ankommt, oder wenn er seinen Standort verlassen hat? Es wäre gut, eine Fassung zu bekommen, die Streitigkeiten darüber beseitigte.

Herr Ritter: Die Stunde beginnt doch wohl mit dem Augenblicke, wo er seine Arbeit aufnimmt, also in der Wohnung ankommt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es wird nicht möglich sein, die Frage in dem Tarife endgültig zu regeln, denn das hängt von der Lage des einzelnen Falles ab. Wenn ich heute einen Dienstmann auf morgen in meine Wohnung bestelle, so wird die Dienstleistung natürlich nicht von dem Augenblicke der Bestellung ab zu berechnen sein; wenn ich aber den Dienstmann auf sofort annehme, dann muß er auch von sofort ab bezahlt werden. Es ist indessen nicht Sache des Tarifs, jedem einzelnen Falle gerecht zu werden. Man

darf die beiden von mir vorgetragenen Fälle nicht unter einen einheitlichen Gesichtspunkt bringen.

Herr Sander: Schon in der Kommissionsitzung habe ich mich gegen den Zonentarif ausgesprochen und ich stehe auch heute noch auf demselben Standpunkte, da ich ihn nicht für so gut halte, wie den Zeittarif. Der Herr Referent hat selbst gesagt, der Zeittarif habe den Vorzug, gerechter zu sein, und nachher hat er gesagt, der Zonentarif sei ungerecht. Das genügt, um dem Zeittarif den Vorzug zu geben. Bei dem Zonentarif kann es vorkommen, daß Sie für eine ganz kleine Dienstleistung denselben Satz zu zahlen haben, wie für einen weiten Weg von der einen Seite der Peripherie der Stadt zur anderen. Das ist ungerecht. In anderen Städten hat man auch schon Zeittarife aufgestellt und gute Erfahrungen damit gemacht; ich kann allerdings keine Stadt nennen. Außerdem bin ich Gegner der Bestellgebühr. Wenn man den Dienstmann für eine Dienstleistung bezahlt, so braucht man ihm nicht noch eine Bestellgebühr zu zahlen. Wohnen Sie z. B. am Kohlmarke und rufen sich einen Dienstmann in die Wohnung herauf, so müßten Sie für diesen Gang nach den Bestimmungen schon 30 Pfennige bezahlen. Das halte ich für ungerecht und auch im Interesse der Dienstleute nicht für richtig, weil hierdurch deren Tätigkeit sehr eingeschränkt werden wird, indem sich jeder hüten wird, derartige Kosten zu zahlen. Jeder Arbeiter muß den Weg zur Arbeit in seiner arbeitsfreien Zeit zurücklegen und kein Arbeitgeber bezahlt ihm diese Zeit noch besonders. So ähnlich liegen die Verhältnisse auch hier, wenn auch die Dienstmänner täglich so und so viele Male beschäftigt werden. Wenn indessen bei einem Zeittarife die Zeit des Weges vom Standorte des Dienstmanns bis zur Wohnung des Auftraggebers in die Zeit der Tätigkeit mit eingerechnet würde, so ließe sich dagegen nichts einwenden. Ich möchte also bitten, sich gutachtlich dahin zu äußern, daß dem Zeittarife der Vorzug gegeben wird.

Herr Ritter: Das vom Herrn Vorredner angeführte Beispiel vom Kohlmarke ist richtig, jedoch bleibt zu berücksichtigen, daß es eine Unmöglichkeit ist, einen derartigen Tarif so einzurichten, daß er auf alle Fälle paßt. Wenn andererseits jemand einem Dienstmanne am Kohlmarke aufträgt, er möge von der Wohnung am Hallerslebertorwall einen Koffer abholen, so würde ich es für eine Ungerechtigkeit halten, wenn er für den Weg nach der Wohnung nicht die 30 Pfennige bekäme. In der Anwendung wird der Zonentarif jedenfalls der zweckmäßigste sein, gewiß, er führt zu Ungerechtigkeiten, aber er ist einfach in der Art seiner Anwendung, und der Zeittarif nicht, weil er fortwährend zu differierenden Ansichten führen wird.

Vorsitzender: Ich bitte, zunächst nur darüber zu sprechen, ob Zonen- oder Zeittarif gewünscht wird.

Herr Mohr: Unter II des Tarifs „bei Beschäftigung auf Zeit“ müßte es bei 1 und 2 unter a wohl besser heißen: „bis zu einer Stunde“ statt „für eine Stunde“.

Herr Ahmann: Gegenüber Herrn Sander möchte ich bemerken, daß man verschiedener Meinung darüber sein kann, ob der Zeittarif dem Zonentarif vorzuziehen sei. Auch der Zeittarif kann Ärger mit sich bringen, namentlich wenn der Auftraggeber nicht ortskundig ist und nicht genau wissen kann, wie lange Zeit der Dienstmann zur Ausführung des Auftrages gebraucht. Gerade dieser Umstand war für die Mehrheit der Kommission ausschlaggebend, dem Zonentarif zuzustimmen. Herr Sander führte ein einzelnes Beispiel dafür an, daß man nach dem Zonentarif für eine verhältnismäßig geringe Dienstleistung eine exorbitant hohe Summe zahlen mußte. Das Gegenteil trifft aber nach dem Zonentarif auch zu. Wenn jemand im innenstädtischen Gebiete einem Dienstmann einen Gang mit Gepäck von  $7\frac{1}{2}$  kg überträgt, so hat dieser dafür 30 Pfennige zu fordern. Nehmen wir nun einmal an, der Dienstmann bekomme den Auftrag am Bahnhofe und müßte noch 10 Minuten warten, ehe er die Tasche z. erhalten könne, was nach Punkt 5 der „Allgemeinen Bestimmungen“ unentgeltlich zu geschehen hat, und er sollte nun die Tasche vielleicht nach der Schubertstraße tragen, wo er unter Umständen nochmals 5 Minuten zu warten hat, so bekommt er dafür 30 Pfennige. Will nun wohl jemand behaupten, daß das eine angemessene Bezahlung für die Leistung zu nennen ist? Wenn nicht durch andere Bestimmungen ein Ausgleich geschaffen würde, so wäre es nicht möglich, solche niedrigen Sätze aufzustellen. Deshalb können wir aber auch den Tarif nicht nach dem Wunsche des Herrn Sander feststellen. Wenn der Dienstmann es versteht, dem Auftraggeber bei dem Zeittarife eine große Rechnung aufzumachen, so kann er ihn gehörig übervorteilen. In unserer Stadt kann ein Fremder, und wenn er selbst dabei ist, sehr angepökt werden, indem ihn der Dienstmann in der Irre umherführt, ohne daß es der Fremde merkt. Deshalb erkenne ich den Zonentarif für besser an, als den Zeittarif.

Herr Weichsel: Ich bin mit Herrn Sander in der Kommission mit meiner Ansicht in der Minderheit geblieben. Der Zonentarif kann niemals ideal sein und wird auch lückenhaft bleiben, und ich habe dagegen hauptsächlich einzuwenden, daß die Einteilung der Stadt in ein inneres und ein äußeres Stadtgebiet durch die Verkehrsverhältnisse nicht mehr gerechtfertigt ist. Der Hauptverkehr wird sich hier immer von der Innenstadt in die Außenstadt und umgekehrt bewegen. Die Wege innerhalb der Innenstadt werden außerordentlich gering sein, noch geringer aber die Wege innerhalb des äußeren Stadtgürtels. Jeder, der in der Nähe der Innenstadt im äußeren Stadtgebiete

wohnt, wird die Unbilligkeit des Tarifs verspüren. Der Tarif I mit seinen geringen Sätzen findet Anwendung auch bei weiten Wegen, während der Tarif II selbst bei kurzen Wegen mit seinen höheren Sätzen Platz greift. Sie geben selber zu, daß ein Zeittarif ohne Zweifel richtiger und gerechter ist, als ein Zonentarif, und Sie haben nur wegen seiner Anwendung Bedenken. Da es bei dem Zeittarif immer schwer sein wird, festzustellen, wieviel Zeit der Dienstmann zu einer Arbeit gebraucht hat, so muß eine bestimmte Norm gefunden werden, die der Beurteilung des Lohnes zugrunde gelegt wird. Ich gebe zu, daß die Sache sehr leicht zu Differenzen führen kann, aber allzuschwer ist es schließlich doch nicht, sich zurecht zu finden und Publikum und Dienstmann werden sich bald daran gewöhnen, die Entfernungen richtig abzutagieren. Vielleicht können auf 1 km 12 bis 15 Minuten gerechnet werden. Die Sache scheint mir um so unbedenklicher zu sein, als in den Bestimmungen vorgesehen ist, daß in Streitfällen die Herzogliche Polizeidirektion auf Anrufen einer Partei über die Angemessenheit der Vergütung Entscheidung zu treffen hat. Dadurch werden alle Zweifel, die der Zeittarif mit sich bringen könnte, aus der Welt geschafft. Von dem Augenblicke an, wo der Dienstmann sich in Bewegung setzt, einen Auftrag auszuführen, würde die Zeit zu berechnen sein. Der Zeittarif hat hiernach außerordentliche Vorzüge und scheint mir erheblich moderner und den Verkehrsverhältnissen angepaßter zu sein, als der nicht moderne Zonentarif; ich möchte deshalb für ersteren sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es wird wohl das zweckmäßigste sein, wenn Sie wegen des Zonentarifs dem Vorschlage der Herzoglichen Polizeidirektion zustimmen, wie ihn auch der Magistrat und die Dienst männer selbst als die zweckmäßigste Grundlage zur Festsetzung dieser Verhältnisse anerkannt haben. Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß die große Mehrzahl derjenigen Städte, deren Tarif zur Vergleichung angefordert worden war, mit dem Zonentarif arbeiten. Wenn Düsseldorf mit dem Zeittarif arbeitet, so wird man bei Kenntnis der Verhältnisse dieser Stadt jagen müssen, daß eine Vergleichsmöglichkeit für uns nicht vorliegt. Düsseldorf ist eine Gartenstadt und Braunschweig eine alte Handelsstadt. Andere Städte haben dagegen nur den Zonentarif. Was Herr Weichsel geltend gemacht hat, war an sich sehr scharfsinnig in der Theorie, litt aber an einer Schwäche in der Anwendung. Aber auf die Anwendung kommt es ja hierbei gerade an. Es handelt sich bei dem Zeittarif um eine Fülle von Möglichkeiten, um Schätzungen und schließlich noch um die Zuflucht zur Polizei. Von Herrn Ahmann ist andererseits schon ganz treffend darauf hingewiesen, daß sich bei dem Zonentarife die Härten gegen einander ausgleichen, wie das z. B. bei dem Briefverkehr auch der Fall ist. Wenn Sie in Berlin einen Brief von einem Postbezirk zum

benachbarten andern schicken, so haben Sie 10 Pfennige Porto zu bezahlen, und nur innerhalb desselben Bezirks kostet ein Brief 5 Pfennige.

Herr E s d o r n : Ich stehe auf demselben Standpunkte, wie die Herren Sander und Weichsel. Der Zeittarif wird sich viel einfacher durchführen, als der Zonentarif und wird dabei für diejenigen, die einen Dienstmann in Anspruch nehmen, billiger sein. Die Dienstmänner werden aber bei dem Zonentarife recht wenig Beschäftigung finden, wie mir ein Dienstmann selbst erklärt hat. Verweisen Sie deshalb die Sache an die Kommission zurück, damit sie Ihnen Vorschläge wegen der Festsetzung eines Zeittarifs macht. Wenn jemand von dem Anfang der Cellerstraße bis zum Anfang der Wolfenbüttelerstraße einen Dienstmann mit Gepäck bis zu  $7\frac{1}{2}$  kg schickt, so hat er dafür nach dem Zonentarif 80 Pfennige zu bezahlen, während ein solcher Gang vom Petritormalle nach dem Augusttormalle nur 30 Pfennige kosten würde. Das ist nicht gerechtfertigt. Eine gerechtere Abgrenzung der Zonen wird sich aber nicht durchführen lassen.

Herr S a n d e r : Herr Hfmann hat gemeint, ich hätte wollen Abstriche machen an den Tariffäken, das hat mir fern gelegen. (Widerspruch.) Durch die Ausführungen des Herrn Hfmann bin ich in meiner Meinung noch mehr bestärkt, denn er hat mehr für den Zeittarif, als für den Zonentarif plädiert. Herr Weichsel hat schon in der Kommission ausgeführt, daß ihm ein Dienstmann erklärt hätte, es sei ihm ganz egal, ob Zonen- oder Zeittarif, die Hauptsache wäre, daß er recht viel Geld verdiene. Ich glaube aber, die Dienstmänner verdienen mehr Geld beim Zeittarif. Bei dem Zonentarife werden sehr viele Leute auf die Leistung eines Dienstmannes verzichten, weil er ihnen zu teuer ist.

Herr W e i c h s e l (zur Geschäftsordnung): Es ist gesagt worden, wenn der Zonentarif nicht angenommen werden sollte, so würde gebeten, die Vorlage an die Kommission zurückzuvorweisen. Das wäre nicht der richtige Weg. Wir sollen nur gutachtlich über die Sache gehört werden, weshalb es keinen Zweck hat, daß die Kommission einen neuen Zeittarif ausarbeiten soll. Ich habe einen solchen Tarif ausgearbeitet und würde ihn gern zur Verfügung stellen, aber das ist gar nicht unsere Aufgabe. Wenn wir uns ablehnend gegen den Zonentarif verhalten, so muß er an die Herzogliche Polizeidirektion zurückgegeben werden mit dem Anheimgen, einen Zeittarif aufzustellen.

V o r s i t z e n d e r : Das hatte ich auch vor, nur würde der Tarif nicht an die Herzogliche Polizeidirektion, sondern an den Magistrat zurückverwiesen werden müssen. —

Der Zonentarif wird darauf mit 22 : 12 Stimmen im Prinzip gutgeheißen, und sodann in die Beratung des Tarifes selbst eingetreten.

Die Punkte I A und B geben keine Veranlassung zur Besprechung.

Zu C und II. Herr Meyerhoff: Der Zonentarif ist allerdings einmal angenommen, aber man kommt bei seiner Durchsicht doch zu eigentümlichen Gedanken. Für einen Gang vom äußeren durch das innere in das äußere Stadtgebiet soll der Dienstmann 80 Pfennige erhalten. Der Dienstmann kann einen solchen Weg unter Umständen mit der Straßenbahn für 10 Pfennige in 10 bis 15 Minuten zurücklegen und hat 70 Pfennige verdient, was zu teuer ist. Das Publikum wird sich deshalb hüten, zu solchem Wege einen Dienstmann zu nehmen. Ebenso ist es mit der Beschäftigung auf Zeit unter II., wo für eine Stunde ohne Karre 80 Pfennige und sonst eine Mark zu zahlen ist und für eine halbe Stunde mehr 40 oder 50 Pfennige. Ich fürchte, daß bei solchen Preisen die Dienstmänner gar nichts mehr zu tun kriegen, und daß es nur ein Schlag ins Wasser ist. Man wird die Dienstmänner nur in der äußersten Not beschäftigen. Früher war das Institut mal sehr in Flor, und die Leute wurden zu allen möglichen Arbeiten herangezogen, weil sie sich nicht viel teurer stellten, als gewöhnliche Arbeiter, aber bei diesen hohen Sätzen wird auch noch das letzte Duzend aussterben.

Herr Mohr: Ich möchte vorschlagen, unter II a zu sagen „bis zu einer Stunde“. Wenn die Worte „für eine Stunde“ stehen bleiben, so kann angenommen werden, daß bei kürzerer Dauer der Arbeit auch nur ein Teilbetrag des Stundensatzes zu zahlen ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Trotz des Schwanenfanges des Herrn Meyerhoff möchte ich doch glauben, daß der Zonentarif nicht geeignet ist, der Einrichtung des Dienstmännensinstituts den Todesstoß zu ver setzen, im Gegenteil, ich glaube ganz gewiß, daß die Herzogliche Polizeidirektion durch die Aufstellung des Zonentarifs dem Bedürfnis der Gegenwart entsprochen hat, zumal die hier aufgestellten Sätze gegen andere Städte noch erheblich zurückbleiben. Die Beschäftigung der Dienstleute auf Zeit spielt übrigens für die Bewohner unserer Stadt keine so erhebliche Rolle, als für die Reisenden von außerhalb und diese werden den Stundensatz von 80 Pfennigen auch in Zukunft ganz ruhig zahlen und froh sein, wenn sie in der Ferne die rote Mütze sehen, deren Hilfe sie sich heranziehen können. Hiesige Einwohner nehmen wohl nur in ganz besonderen Notfällen einen Dienstmann auf Zeit an und zwar hauptsächlich dann, wenn eine andere bestellte Kraft ausgeblieben ist. In solchem Falle wird man aber auch in der Lage sein, zu sagen, ich habe 80 Pfennige für die Stunde bezahlen müssen und werde bei meiner Entschädigungsforderung den Betrag in Rechnung stellen. Der Anregung des Herrn Mohr, unter II 1 a und 2 a zu sagen „bis zu einer Stunde“ bitte ich zuzustimmen.



Herr Fr ü h l i n g : Ich fasse die Punkte 1 a und 2 a unter II so auf, daß dem Dienstmann unter allen Umständen, ob er für einen Gang oder auf Zeit bestellt ist, der Mindestsatz gewährt wird, auch wenn seine Dienstleistung nicht in Anspruch genommen wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg : Diese Frage findet der Herr Vorredner unter Nr. 2 der „Allgemeinen Bestimmungen“ beantwortet, wo es heißt, daß in solchem Falle der Dienstmann außer der Bestellgebühr den niedrigsten tarifmäßigen Satz verlangen kann. Wenn dagegen eine Beschäftigung auf Zeit stattfindet, so entspricht es dem Vorschlage des Magistrates und der Statutenkommission, die Bestellgebühr fortfallen zu lassen und nur den Zeittariffsatz zu bezahlen. Es würde also ein Dienstmann, der für vier Stunden angenommen ist, auf dessen Dienstleistung bei seinem Erscheinen aber verzichtet wird, sich mit einer Entschädigung von 80 Pfennigen oder (mit Karre) von einer Mark begnügen müssen.

Herr Fr ü h l i n g : Herr Stadtrat von Frankenberg hat mich nicht recht verstanden. Ich wollte wissen, ob meine Annahme richtig ist, daß ein Dienstmann, der auf Zeit angenommen ist und auf dessen Dienstleistung hinterher verzichtet wird, auch den Mindestsatz zu beanspruchen haben soll. Nach der von der Statutenkommission beantragten Aenderung des Punktes 2 der „Allgemeinen Bestimmungen“ heißt es: „Wird ein Dienstmann für bestimmte Gänge in die Wohnung des Auftraggebers oder an einen anderen Ort bestellt und verzichtet der Auftraggeber auf die Dienstleistung, so kann der Dienstmann außer der Bestellgebühr (cf. Nr. 1) den niedrigsten tarifmäßigen Satz verlangen.“ Diese Bestimmung bezieht sich also nur auf ein Engagement für bestimmte Gänge, so daß der Dienstmann bei einem Engagement auf Zeit ohne Bezahlung wieder nach Hause geschickt werden kann, wenn auf seine Dienstleistung verzichtet wird. Ist meine Annahme richtig, so darf die von der Kommission beantragte Aenderung bei Punkt 2 nicht platzgreifen, dieser Punkt muß vielmehr so bleiben, wie ihn die Herzogliche Polizeidirektion in Vorschlag gebracht hat.

Herr A b m a n n : Herr Meyerhoff hat Beispiele angeführt, in denen wohl kaum jemand noch einen Dienstmann benutzen würde. Daran liegt es aber nicht, sondern an unseren heutigen besseren Verkehrsmitteln, daß hier nicht mehr so viel Dienstmänner gebraucht werden wie früher. Gegenüber den Berechnungen des Herrn Meyerhoff lassen sich noch ganz andere Rechenerempel aufstellen, bei denen die Strecken auch nicht so liegen, daß der Dienstmann die Straßenbahn benutzen kann. Gewöhnlich wird nämlich der Dienstmann Aufträge für weite Wege bekommen, die er zu Fuß zurückzulegen hat. Wenn ihm z. B. aufgetragen wird, einen Handkoffer von der Salzdhumerstraße nach der Hildesheimerstraße zu besorgen, so wollen wir nach Abrechnung der Kosten

für die Straßenbahn einmal sehen, ob der Mann mehr verdient, als ein gewöhnlicher Arbeiter. Man muß dabei auch berücksichtigen, daß die Leute nicht den ganzen Tag hindurch regelmäßig Arbeit haben und daß auch auf die Wartezeiten Rücksicht zu nehmen ist. Wir müssen ein Dienstmannsinstitut haben und die Leute so stellen, daß sie leben können. Deshalb bitte ich, an den Sätzen nichts zu ändern. Man könnte Herrn Meyerhoff noch ganz andere Berechnungen entgegenhalten. Wenn ein Dienstmann z. B. das äußere Stadtgebiet allein zu begeben hätte, so würde er recht wenig verdienen, sofern die Auftraggeber sich nur die ungünstigsten Verhältnisse heraussuchen wollten.

Herr Schmidt: Ich glaube, wir brauchen nicht ängstlich zu sein, daß unsere Dienstmänner infolge zu hohen Tarifs zu wenig verdienen, da die Leute an den Tarif nicht gebunden sind und billigere Sätze nehmen können, wenn sie glauben, bei den höheren Sätzen keine Beschäftigung zu finden. Einem Harzführer gibt man auch nicht immer den Satz des Tarifs, sondern bietet ihm unter Umständen weniger. Es liegt aber ein Vorteil darin, daß bei einem festen Tarife niemand übers Ohr gehauen werden kann.

Der übrige Teil des Tarifes wird darauf mit der von Herrn Mohr beantragten Menderung angenommen.

Herr Ritter: Was die „Allgemeinen Bestimmungen“ betrifft, so muß ich das Monitum des Herrn Frühling zum Punkte 2 anerkennen. Ich würde aber nicht empfehlen, die alte Fassung wieder herzustellen, sondern lieber der neuen Fassung hinzuzufügen:

„Ist die Bestellung zum Zwecke der Beschäftigung auf Zeit erfolgt, so hat der Dienstmann in solchem Falle nur den niedrigsten tarifmäßigen Satz zu verlangen.“

Herr Frühling: Es genügt, wenn Punkt 2 in seiner ursprünglichen Fassung belassen wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Jetzt verstehe ich mich mit Herrn Frühling vollständig und bin auch ganz seiner Meinung: Es kann die jetzige Fassung ohne die von Magistrat und Kommission beantragte Menderung beibehalten werden, wenn nur vor „Bestellgebühr“ das Wort „etwaigen“ eingeschaltet wird.

Herr Leue: Die Antwort des Herrn Stadtrat von Frankenberg auf meine vorhin gestellte Frage will mir nicht stichhaltig erscheinen, denn ich kann es nicht für recht halten, daß jemand im Zweifel darüber sein soll, wann die Dienstzeit beginnt, ob in dem Augenblicke der Bestellung oder des Dienstanktritts. Im letzteren Falle hätte der Dienstmann, wenn der Besteller weit weg vom Standorte wohnte, den langen Weg umsonst zu gehen. Es ließe sich die Bestimmung doch ganz präzise fassen, so daß man wüßte, ob die Zeit für den

Weg mitgerechnet werden soll oder nicht. Ich befürchte, daß sonst Anlaß zu unnötigen Streitigkeiten gegeben wird.

Die „Allgemeinen Bestimmungen“ werden darauf mit den beiden Menderungen, nämlich unter 1 zu sagen: „Wird ein Dienstmann für bestimmte Gänge (Nr. 1 des Tarifs) in die Wohnung . . .“ und unter 2 das Wort „etwaigen“ einzuschalten, angenommen.

### III. Antrag Bähr: Mißstände auf der Sidonienstraße.

Herr R i e f e : In der Sitzung vom 3. September d. Js. — Seite 190 des Berichtes — hat Herr Bähr den Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß die durch den gesteigerten Fuhrverkehr auf der Sidonienstraße hervorgerufenen schweren Schädigungen des Unterrichtsbetriebes der zweiten mittleren Bürgerschule baldigst beseitigt werden.“

Der Antrag ist wohl veranlaßt durch die in derselben Sitzung behandelte Vorlage der Asphaltierung der Scharnstraße, denn der Herr Antragsteller hat seinen Antrag ebenfalls im Interesse der Schulen und des Unterrichtes eingebracht. Von anderen Schulen, die an Straßen mit starkem Verkehr liegen, sind übrigens derartige Klagen noch nicht gekommen. Wenn wir nun die Sidonienstraße mit Asphalt belegen wollten, so wäre das bei ihrer abschüssigen Lage eine schwere Schädigung aller Lasttiere, die die Straße zu passieren hätten. Dazu kommt, daß man am neuen Rathause erst einmal ausprobieren muß, welche Art des Asphaltpflasters sich am besten für eine Fahrstraße eignet. Aus diesem Grunde empfiehlt die Baukommission, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, jedoch den Magistrat zu ersuchen, die Schulbehörde zu veranlassen, Erhebungen darüber anzustellen, ob solche Störungen auch an anderen Schulen vorliegen.

Herr B ä h r : Der von mir gestellte Antrag ist hervorgegangen aus eigenen Beobachtungen und Erfahrungen. Ich verspüre täglich die schweren Schädigungen durch den Fuhrwerksverkehr, dessen Geräusch in die Klassen hineindringt, auch an mir selbst. Mit dem schultechnischen Betriebe ist es noch etwas anderes, als mit anderen geistigen Arbeiten. Man kann wohl in einem Zimmer geistig arbeiten, in das Geräusch hineindringt, aber wer als Lehrer vier bis fünf Stunden in einer straßenwärts gelegenen Klasse steht, wird ohne Zweifel, rein physisch genommen, über jede Gebühr belastet und überbürdet, ja meine Ansicht geht sogar dahin, er wird im städtischen Schuldienste vorzeitig verbraucht. Diese Schädigungen machen sich nicht nur bei den Lehrern, sondern auch bei den Schülern bemerkbar. Ich habe schon darauf

hingewiesen, daß bei einer so gelegenen Klasse eine Lüftung nicht möglich ist. Wenn einer von Ihnen aus der freien, frischen Luft in einen solchen Klassenraum, wo die Fenster hermetisch verschlossen sein müssen, treten würde, er würde ohne Frage in Folge des ihm entgegenkommenden Dufte zurückschrecken. Ich behaupte ferner, daß der Unterrichtserfolg durch das übermäßige Straßen-geräusch beeinträchtigt wird. Mir liegt es fern, von den Kindern zu verlangen, eine Stunde ganz ruhig zu sitzen, sie müssen eine gewisse Bewegungsfreiheit haben; aber das Geräusch von außen verleitet die Kinder dazu, selbst Geräusch in der Klasse zu verursachen, indem sie zu Flüstereien mit den Nachbarn veranlaßt werden.

Soweit meine eigenen Erfahrungen und Beobachtungen. Es würde mir fern liegen, diese eigenen Beobachtungen allein als Maßstab für die auszuführenden Abhilfemaßnahmen ins Feld zu führen; aber in diese Klagen stimmen alle beteiligten Lehrer ein, und das ist die Mehrzahl der dort unterrichtenden Lehrkräfte, indem von 25 Klassenräumen 15 straßenwärts gelegen sind. Diese Klagen des ganzen Lehrerkollegiums haben sich wiederholt bemerkbar gemacht in den amtlichen Konferenzen, sie haben sich sogar schon zu einer Eingabe an den Magistrat bzw. den Schulvorstand verdichtet. Auf solche Eingabe ist indessen vor einer Reihe von Jahren ein ablehnender Bescheid ergangen. Jene Klagen bezogen sich sämtlich auf die früher dort herrschenden Zustände. Vor zwei Jahren ist die Straße mit Kleinpflaster versehen worden. Hätte man sich bei der Gelegenheit der früheren Eingabe und der darin vorgebrachten Klagen erinnert, so würde man vielleicht Bedenken getragen haben, die Straße mit Kleinpflaster zu versehen, denn der beklagte Uebelstand ist tatsächlich durch das Kleinpflaster noch verschärft worden, und es wäre schon besser gewesen, es bei dem Makadamisieren der Straße zu belassen.

Obwohl die Baukommission ablehnt, meinen Antrag zu unterstützen, so habe ich doch nicht unterlassen wollen, meine Ausführungen, die geboren sind aus der Notwendigkeit und aus einem wirklichen Uebelstande, hier vorzubringen. Ich appelliere dabei an Ihre oft geübte Einsicht und bitte, nicht ohne weiteres dem Beschlusse der Baukommission beizutreten, sondern sich der mit dem jetzigen Zustande verbundenen Gefahr bewußt zu werden und zu entscheiden, ob man einen Zustand noch weiter konservieren will, der nicht verdient, weiter aufrecht erhalten zu werden. Auch im Interesse der Eltern, die verlangen können, daß ihre Kinder nicht stundenlang an ihrer Gesundheit geschädigt und in ihrer geistigen Entwicklung gehindert werden, ist eine Aenderung erforderlich. Eine gedeihliche Entwicklung des Unterrichts ist bei solchem Straßengeräusch nicht möglich. Zur Erwägung möchte ich schließlich noch an-

heimgeben, bei zukünftigen Schulbauten die Gebäude etwas weiter von der Straße abzurücken.

Herr Oberbürgermeister *Kettemeyer*: Was diesen speziellen Antrag betrifft, so will ich nicht leugnen, daß jedes Straßengeräusch vor einer Schule den Unterricht stört. Im übrigen weiß ich nicht, was man an dieser Stelle machen soll, denn es kann sich nur darum handeln, ob man die Straße im Interesse der Schule sperren will, alles andere ist ausgeschlossen. Meiner Ansicht nach wird auch der Beweis nicht möglich sein, daß durch das Kleinpflaster ein wesentlich stärkeres Geräusch hervorgerufen wird, als durch Makadam, bei Großpflaster gebe ich das zu, bei Kleinpflaster möchte ich es bestreiten. Bei der Legung von Asphaltpflaster würde allerdings das störende Geräusch beseitigt werden, aber die Möglichkeit, Asphalt zu verwenden, ist bei der starken Neigung der Straße vollständig ausgeschlossen. Bezüglich der Sperrung der Straße haben wir uns im Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß das für eine noch nicht lange angelegte Straße eine zu tief eingreifende Maßregel sein würde.

Herr *Sander*: Daß die Uebelstände bestehen und auch sehr nachteilig auf den Unterricht einwirken, läßt sich nicht bestreiten. Aber es kommt hierbei nicht nur diese eine Schule in Betracht, sondern bei mancher anderen Schule ist es ebenso. So hat mich z. B. der Inspektor von der Schule an der Maschstraße gebeten, dort ebenfalls Abhilfe zu schaffen. In der Maschstraße läßt sich wenigstens die Asphaltierung ermöglichen, aber in der Sidonienstraße würde solche Maßnahme nur mit Gefahr für die Fuhrwerke durchzuführen sein. Vielleicht ließe sich aber auch mit Holzpflaster Abhilfe schaffen. Immerhin stehe ich auf dem Standpunkte, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob sich ohne Straßensperrung Änderungen treffen lassen.

Herr *Wolters*: Wir dürfen hierbei auch die Finanzfrage nicht außer acht lassen. Im letzten Etat haben wir schon die Straßen zusammengezogen, die instand gesetzt werden sollten. Wenn man nun dazu schreiten wollte, die Straßen an den Schulen mit Asphaltpflaster zu versehen, so würde der Anfang bei der Sidonienstraße der unrichtigste sein: eine Straße neu zu pflastern, die erst vor zwei Jahren mit 10 000 bis 14 000 *M* neu gepflastert worden ist, geht eben nicht.

Herr *Schmidt*: Lassen Sie uns den Antrag Bähr als eine Anregung dahin auffassen, daß wir bei dem Bau unserer Schulen in Zukunft etwas praktischer vorgehen. Schulen können in Hintergebäude gelegt werden und brauchen keine Paläste zu sein; wir sparen in solchem Falle auch an der Ausführung der Gebäudefronten, wie ich bei früherer Gelegenheit schon einmal ausgeführt habe. Man sieht es an den Postbauten, wie das Reich diesen Grundsatz der Frontvereinfachung verfolgt, und auch der Staat drängt bei

seinen Bauten schon dahin. Wir können die Schulgrundstücke billiger kaufen und die Ausführung der Gebäude einfacher gestalten.

Der Antrag der Baukommission wird darauf angenommen.

#### IV. Nachverwilligung und Verrechnung von Umbaukosten.

Für den Umbau der Häuser Nr. 3 bis 5 an der Katharinenkirche sind in der Sitzung vom 3. Januar 1907 insgesamt 20 500 *M* verwilligt worden, während die Umbaukosten in Wirklichkeit 22 018,79 *M* betragen haben. Die Ueberschreitung um 7 Prozent ist hauptsächlich dadurch verursacht, daß nach Aufnahme der Fußböden verschiedene Schäden an den Balkenlagen zutage getreten und beseitigt sind, die vorher nicht zu erkennen waren. Es wird anheimgegeben, den aufgewendeten Mehrbetrag von 1518,79 *M* nachzuverwilligen.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Baukosten von 22 018,79 *M*, sowie die Kaufsumme für das ehemalige Kantorenhaus Nr. 5 an der Katharinenkirche mit 10 000 *M* und die Auflassungskosten mit 75,27 *M*, insgesamt also 32 094,06 *M*, teilweise aus dem Stammvermögen der Kammereikasse entnommen werden können, weil aus den drei Grundstücken der Stadt dauernde Einnahmen zufließen, bezw. durch die Unterbringung des Arbeitsamtes Ausgaben von 1000 *M* jährlich erspart werden. Mit diesen 1000 *M* beziffern sich die Erträgnisse der drei Häuser auf jährlich 2025 *M*. Bei Zugrundelegung eines Zinsfußes von 5 Prozent würde diese Einnahme einem Kapital von 40 500 *M* entsprechen. Dabei ist indessen zu beachten, daß die Einnahme aus drei Häusern erzielt wird, von denen zwei schon früher Eigentum der Stadt waren und daß es sich um ältere Fachwerksgebäude handelt, deren Unterhaltungskosten höher sind, als solche von massiven Neubauten. Immerhin aber ist der Grundstückskomplex ein wertvoller städtischer Besitz geworden und die Verwendung einer Summe von 25 000 *M* des Stammvermögens zur teilweisen Deckung der vorerwähnten Kosten von 32 094,06 *M* dürfte durchaus gerechtfertigt sein. Der Magistrat empfiehlt, von den ohnehin flüssig werdenden Beträgen des Stammvermögens die Summe von 25 000 *M* nicht wieder zu belegen, sondern zur Entlastung des Extraordinariums zu verwenden und dem letzteren nur den Rest von 7094,06 *M* endgültig zur Last zu legen.

Es wird anheimgegeben, dieser Maßregel zuzustimmen.

Herr Fr i e h l i n g: Wir haben in der Baukommission zunächst versucht, festzustellen, wie weit die Ausführung der Reparaturen in Uebereinstimmung erfolgt ist mit den Bestimmungen, die über die Ausführung von städtischen Bauten erlassen sind und wodurch die Ueberschreitung im einzelnen entstanden ist. Diese Prüfung hat ein positives Resultat nicht ergeben, weil überhaupt ein richtiger Kostenanschlag nicht vorlag. Von der Aufstellung eines solchen ist seinerzeit abgesehen worden, weil es sich um Reparaturen handelte, die immer

anders auszufallen pflegen, als vorher angenommen wird. Die Baukommission hat anerkannt, daß es bei derartigen Bauten schwer ist, den richtigen Kostenbetrag vorher zu bestimmen, und daß die vorliegende Ueberschreitung sich in den Grenzen hält, die bei derartigen Arbeiten vorzukommen pflegen; sie empfiehlt daher, die Nachbewilligung auszusprechen. Wir haben ferner in der Baukommission geglaubt, besonders anerkennen zu müssen, daß es gelungen ist, durch die Wiederherstellung der alten Häuser, die seinerzeit hier in der Versammlung so sehr bekämpft wurde, für die Stadt doch eine dauernde Einnahme zu schaffen und damit eine rentable Anlage aus den Häusern zu machen. Unter diesem Gesichtspunkte haben wir beschloffen, Ihnen die Annahme auch des letzten Magistratsvorschlages zu empfehlen.

Die gesamte Magistratsvorlage wird von der Versammlung genehmigt.

### V. Aenderungsvorschläge zur Straßenpolizeiordnung.

Herr B o g e: In der letzten Sitzung — Seite 248 des Berichtes — war von der neuen Straßenpolizeiordnung nur noch der § 108 übrig geblieben, über dessen Fassung sich die Versammlung nicht schlüssig werden konnte. Die Statutenkommission schlägt Ihnen nun folgende Fassung vor:

„§ 108. Spielen auf weithin schallenden Instrumenten.

Es ist verboten, in der Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens innerhalb und außerhalb der Häuser auf weithin schallenden Instrumenten zu spielen oder Spielwerke, wie Orchestrions, Grammophone u. dgl., in Betrieb zu setzen, sofern dadurch die Nachbarschaft belästigt wird.

Auf Konzerte und musikalische Veranstaltungen aller Art in öffentlichen Wirtschaftsräumen finden diese Bestimmungen erst von 11 Uhr abends ab Anwendung. Ausnahmen kann die Herzogliche Polizeidirektion zulassen.“

Mit dieser Fassung ist die Versammlung einverstanden.

Herr W e i c h s e l: Ich möchte noch einen Nachtrag zur Straßenpolizeiordnung in Vorschlag bringen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß in verschiedenen Städten Satzungen beschloffen worden sind dahingehend, daß es verboten ist, den Straßenstaub durch das Schleppenlassen der Kleider aufzuwühlen. Herr Dr. Wolters droht mir allerdings mit dem Finger (Seiterkeit), aber trotzdem bleibe ich dabei. Es liegt wohl kein Entgegenkommen gegen die Damen, auf die der Antrag gemünzt ist, in meinem Vorgehen, aber trotzdem ist es gerechtfertigt. Wenn man sieht, in welcher Weise zuweilen, sofern die Mode danach ist, der Straßenstaub aufgewühlt wird, so muß man sich sagen, es ist eine Scheußlichkeit und Rücksichtslosigkeit, und es ist die höchste Zeit, daß man Bestimmungen trifft, die diesem Unfug steuern. Da wir einmal dabei sind, die

Straßenpolizeiordnung umzuarbeiten, so kann auch dies noch berücksichtigt werden. Vielleicht läßt sich eine solche Bestimmung bei § 7 passend einschalten. Ich möchte daher beantragen, zu beschließen, dem § 7 folgenden Zusatz zu geben:

„Es ist verboten, durch das Schleppenlassen der Kleider den Straßenstaub aufzuwirbeln.“

Die Statutenkommission hat im Prinzipie gegen den Antrag nichts einzuwenden, aber formell war sie nicht in der Lage, Stellung dazu zu nehmen, weil ich keinen bestimmten Wortlaut vorlegen konnte.

Vorsitzender: Darf ich den Herrn Oberbürgermeister bitten, sich zu dem Antrage zu äußern?

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Der Magistrat hat sich mit der Frage noch nicht befaßt!

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Weichsel hatte schon in der Kommission mitgeteilt, daß er etwas ähnliches beabsichtige. Seine gute Absicht verdient vollkommene Billigung, nur die Form der Ausführung möchte doch wohl Zweifel erregen, und es wird nicht unzweckmäßig sein, wenn man zunächst die Statutenkommission sich über die Sache schlüssig machen läßt. Im § 7 der Straßenpolizeiordnung lautet nämlich die Ueberschrift: „Benutzung der Fußwege durch Personen in schmutziger Kleidung.“ Man wird doch aber nicht ohne weiteres sagen können, daß ein Kleid mit langer Schleppe als eine schmutzige Kleidung bezeichnet werden könnte. Außerdem sehe ich nicht ein, daß man auf den Fahrwegen den Staub mit den Schleppen soll aufwirbeln dürfen. Der § 93 der Straßenpolizeiordnung würde mir hierfür besser geeignet erscheinen. Wenn die Versammlung diesen Antrag heute schon erledigen könnte, so würde mir das nicht unlieb sein. Jedenfalls wäre es ohne Bedeutung für die Sache selbst, ob der Zusatz hier oder da eingeschaltet würde. Da aber der § 93 die Ueberschrift trägt „Stauberregung“, so scheint mir hier die Bestimmung als Absatz 2 zweckmäßig zu sein. Wenn Herr Weichsel den großen Erfolg hätte, daß seine Anregung angenommen würde, so wäre es ihm wohl gleich, wo die Bestimmung eingeschaltet würde.

Vorsitzender: Wenn ein derartiger Antrag eingebracht wird, so halte ich es formell für unmöglich, ihn ohne Kommissionsberatung zu erledigen; wenn dagegen nur eine Anregung gegeben wird und der Magistrat erklärt sich bereit, ihr Folge zu geben, sobald wir ihn autorisierten, die Bestimmung noch hineinzubringen, so kämen wir über die formellen Schwierigkeiten vielleicht hinweg. Ich möchte bitten, die Anregung von dem Gesichtspunkte aus zu behandeln, daß die Beratung der Straßenpolizeiordnung beendet ist.

Herr Weichsel: Was die formelle Behandlung des Antrages anlangt, so ist es nicht nötig, die Straßenpolizeiordnung an die Kommission zurück-



zuverweisen. Die Straßenpolizeiordnung ist durchberaten und nur der eine Punkt (§ 108) war noch zurückgeblieben, aber immerhin als ganzes Gesetz ist sie noch nicht verabschiedet worden. Sie stand auf der heutigen Tagesordnung, und es ist zulässig, noch einen Zusatzantrag zu stellen, ohne sie an die Kommission zurückzuverweisen. Wenn aber die Herren hierüber anderer Meinung sein sollten, so kann es ja auch noch 14 Tage länger dauern. Wichtig genug scheint mir die Bestimmung zu sein, um ihrerwegen die Verabschiedung der Straßenpolizeiordnung um 14 Tage hinauszuschieben.

Was die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg betrifft, so ist es mir allerdings gleichgültig, an welcher Stelle die Bestimmung eingeschoben wird; ich hatte auch überlegt, ob nicht der § 93 geeigneter dazu wäre, jedoch konnte ich mich nicht entschließen, diese Sache mit dem Abbruch von Gebäuden in Parallele zu stellen. (Heiterkeit.) Deshalb halte ich die Wahl des § 7 für geeigneter. Ich möchte also auf meinem ersten Vorschlage bestehen bleiben, lege aber keinen Wert darauf, wenn Sie anderer Ansicht sein sollten.

Herr W e s e m e i e r: Herr Weichsel hat recht, das ganze Gesetz ist noch nicht verabschiedet worden, und es werden sich im Laufe der Zeit immer Ausstände ergeben, die dem einen oder anderen nicht recht sind. Erst in den letzten Tagen haben sich, obwohl die Beratung der Straßenpolizeiordnung noch gar nicht beendet war, Dinge ergeben, die den Geschäftsleuten nicht angenehm sind. Im § 62 heißt es: . . . . .

V o r s i t z e n d e r: Es ist ganz unmöglich, jetzt noch etwas in das Gesetz hineinzubringen. Wir können doch nicht schließlich die ganzen Paragraphen hier noch einmal aufrollen. Herr Weichsel hat auch keinen Antrag gestellt, sondern nur eine Anregung gegeben.

Herr W e s e m e i e r: Auch ich möchte nur eine Anregung geben. Der § 62 lautet:

„Aushängesästen und sonstige zur Ausstellung der Waren dienende Verkaufsvorstände, desgleichen Waren jeder Art dürfen ohne polizeiliche Erlaubnis und ohne Zustimmung des Stadtmagistrats (vergl. § 61) an den Grundstücken nicht derart angebracht werden, daß dieselben in den Straßenkörper hineinragen. Die Erlaubnis gilt stets als auf Widerruf erteilt.“

Bisher war es z. B. den Garderobengeschäften möglich, obgleich die Bestimmung dem jetzt schon entgegenstand, einzelne Garderobestücke vor die Haustür zu hängen. Es mag das nicht ästhetisch sein; wenn wir aber von dem Standpunkte ausgehen wollen, so würde das Herausstellen unserer Müllkästen noch unästhetischer sein. Die Garderobestücke vor den Läden hängen jedenfalls niemand im Wege. Die Straßenpolizeiordnung soll doch nicht dazu dienen,

einzelnen Geschäften Beschränkungen aufzuerlegen, die nicht notwendig sind, und diese Ausbänge belästigen niemanden. Ich möchte daher anregen, im § 62 hinter die Worte „Waren jeder Art“ die Worte aus § 68 einzuschalten: „welche durch Form, Größe oder Beschaffenheit Vorübergehende zu gefährden oder zu belästigen geeignet sind, oder welche beim Anstreifen abfärben oder abschmutzen, . . .“

Herr K a l i s: Ich bin gegen solchen Antrag, und man muß doch auch die Gegenseite hören.

V o r s i t z e n d e r: Ich bitte das nicht zu tun, sondern einen besonderen Antrag zu stellen. Ich schließe nunmehr die Beratung und nehme an, daß angeregt werden sollte, den Magistrat zu ersuchen, ob nicht der Straßenpolizeiordnung ein Zusatz in der Richtung gegeben werden soll, der es der Polizei ermöglicht, das Schleppenlassen der Kleider auf den Straßen zu verbieten. Ebenso ist es mit der Anregung des Herrn Wesemeier.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich möchte bitten, der Anregung des Herrn Wesemeier nicht zuzustimmen.

V o r s i t z e n d e r: Wir stimmen gar nicht darüber ab, da es sich nur um eine Anregung handelt.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Soll die Straßenpolizeiordnung heute verabschiedet werden oder nicht? Wenn Sie uns eine Anregung überweisen, so erfordert es der Anstand, daß wir uns darüber schlüssig machen und nochmals damit an die Versammlung kommen.

Herr S c h m i d t: Der Magistrat muß doch wissen, wie die Versammlung über die Anregungen denkt. Ich kann z. B. der Anregung des Herrn Weichsel nicht ohne weiteres zustimmen, trotzdem sieht es aber so aus, als ob wir alle mit der Anregung einverstanden wären.

V o r s i t z e n d e r: Da es in dem Wunsche der Versammlung zu liegen scheint, so setze ich heute die weitere Beratung aus und werde den Gegenstand mit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung bringen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Dann möchte ich bitten, die Sache mit der Vorlage an die Statutenkommission zurückzuverweisen, und es wird dann wohl möglich sein, den Eisyphusbloß bis auf die oberste Spitze hinaufzuwälzen, ohne daß er wieder herunterrollt. (Heiterkeit.)

V o r s i t z e n d e r: Das wird geschehen.

## VI. Errichtung einer Damenbadeanstalt.

Die Herzogliche Polizeidirektion teilt dem Magistrate mit, daß sie den geplanten Neubau einer Damenbadeanstalt neben dem westlichen Umflutgraben

der Oker in der Nähe der Filter des alten Wasserwerkes unter folgenden Bedingungen genehmigen wolle:

1. Die Genehmigung zur Anlage und zum Betriebe einer Badeanstalt für das weibliche Geschlecht längs der Oker oberhalb hiesiger Stadt wird im Sinne des § 56 des Wassergegesetzes vom 20. Juni 1876, also auf Widerruf erteilt.

2. Die Abgrabung am rechten Okerufer sowie überhaupt die Baulichkeiten im Flußbette geschehen nach Maßgabe der zugehörigen Zeichnungen im Einvernehmen mit der herrschaftlichen Wasserbauverwaltung. Die Arbeiten sind so zu betreiben, daß außergewöhnliche Wasserablassungen nicht erforderlich werden. Bei eintretendem Hochwasser sowie am Schlusse der Badezeit im Herbst sind auf den betreffenden Strecken die Lattenabschließungen zu beseitigen bezw. zu öffnen.

3. Die Stadt übernimmt auf der Flußstrecke längs der Badeanstalt bis auf 20 m Entfernung oberhalb und unterhalb derselben die Beseitigung der infolge der Verbreiterung des Flußbettes sich etwa zeigenden Verjandungen, auch hat die Stadt für alle sonstigen Schädigungen des Flußbettes aufzukommen, die infolge der Badeanstalt entstehen. Bei einer später im öffentlichen Interesse nötig werdenden Korrektur oder Aenderung des Flußlaufes sind etwa erforderlich werdende Umänderungen der Badeanstalt auf ausschließliche Kosten der Stadt vorzunehmen.

4. Im Falle eines Widerrufs der erteilten Genehmigung oder im Falle der freiwilligen Beseitigung der Badeanstalt hat die Stadt nach Anweisung der herrschaftlichen Wasserbauverwaltung die Ausweitung des rechtsseitigen Ufers wieder zu verfüllen und das Flußbett in den früheren Zustand zu versetzen. —

Der Magistrat gibt anheim, ihn zur Uebernahme dieser Verpflichtungen zu ermächtigen.

Herr **W o l t e r s** : Es ist nicht zu verkennen, daß die Stadt bei Uebernahme der Bedingungen ein gewisses Risiko läuft, indessen hoffen wir, daß ein solches nicht eintreten wird. Die Baukommission empfiehlt die Genehmigung der gesamten Bedingungen.

Herr **S a n d e r** : Es wurde seinerzeit vom Magistratsstische aus erklärt, wir könnten über die Einrichtung der Damenbadeanstalt nicht eher entscheiden, als das Bahnhofprojekt festliege. (Widerspruch.) Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie die Sache steht.

Herr **Oberbürgermeister R e t e m e y e r** : Herr Sander hat ganz recht. Diese Erklärung ist in irgend einem Stadium der früheren Verhandlungen abgegeben worden. Wir haben aber schon bei Einbringung der früheren Vorlage darauf Rücksicht genommen und gesagt, wir wollen die Badeanstalt nicht in vollem Umfange ausbauen und dort nur solche Bauten aufführen, die eventuell unter Aufwendung verhältnismäßig geringer Kosten auch an anderer Stelle

wieder aufgeführt werden können. Die Kosten für die Aushebung des Grund und Bodens würden dann allerdings weggeworfenes Geld sein. Wenn man nun aber auch wirklich einmal ein paar tausend Mark für die Aushebung des Grund und Bodens in dieser Zeit, wo so wenig Arbeit vorhanden ist, ausgibt, so wäre das auch nicht schlimm. Nach dem Verlauf, den die früheren Verhandlungen genommen haben, halte ich es übrigens für ausgeschlossen, daß an dieser Stelle die Bahnhofsanlagen projektiert werden.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## VII. Antrag Jasper: Aenderung in der Verwaltung des Friedhofswesens.

Herr B u e s : Der in der letzten Sitzung — Seite 255 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß die Verwaltung des Friedhofswesens unserer Stadt dem Einfluß der Kirche entzogen und allein der politischen Gemeinde, vertreten durch Magistrat und Stadtverordnete, überwiesen werde.“

Die Statutenkommission hat sich mit dem Antrage eingehend beschäftigt. Es ist nicht zu leugnen, daß das Begräbniswesen die politische Gemeinde mindestens ebensoviel angeht, wie die Kirche und daß es im Interesse des Gemeinwesens liegen würde, dahin zu wirken, daß das Begräbniswesen in die Hände der Stadt kommt. Augenblicklich wird es durch die Friedhofsdeputation geordnet. Gesezliche Bestimmungen sind hierüber nicht vorhanden. Da in allernächster Zeit ein Nachtrag zu dem Gesetze über die Errichtung der Kirchenvorstände in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden herausgegeben werden soll, so wäre es vielleicht am Platze, bei der Gelegenheit nicht nur die Befugnisse des Kirchenvorstandes, sondern auch diese Sache anderweit zu regeln. Im Einverständnis mit dem Herrn Antragsteller sind indeß einige Worte des Antrages, die Anstoß erregen und böses Blut machen könnten, gestrichen worden, auch soll auf dessen Begründung mit seinem Einverständnis nicht eingegangen werden, weil er manche Dinge anders beurteilt hat, wie sie in Wirklichkeit liegen. Die Statutenkommission empfiehlt, den Antrag in folgender Form anzunehmen:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß die Verwaltung des Friedhofswesens unserer Stadt der politischen Gemeinde, vertreten durch Magistrat und Stadtverordnete, überwiesen werde.“

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

### VIII. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer.

Herr Sander: Die Statutenkommission hat beschlossen, den in der letzten Sitzung — Seite 257 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag im Einverständnis mit dem Herrn Antragsteller vorläufig zurückzustellen.

### IX. Antrag Wesemeier: Feuerungszulage für die städtischen Beamten.

Herr Wolters: Die Finanzkommission hat im Sinne des Antragstellers anerkannt, daß die Beratung der betreffenden Magistratsvorlage sehr in die Länge gezogen ist. Die Gründe hierfür sind bekannt. Unsere eigene Beschlusfassung in dieser Sache datiert schon aus dem Monat November v. Jz. — s. Bericht Seite 277 ff. — und die Beratung darüber war im Februar d. Jz. Dann kam die Beratung des Landtages dazwischen. Schließlich sind auch noch außerordentliche Erhebungen nötig geworden, so daß wir erst jetzt dazu kommen konnten, die Sache in der Kommission näher zu behandeln. Nachdem aber der Herr Vorsitzende schon in der Kommissionsitzung erklärt hatte, daß schon morgen eine Sitzung der vereinigten Kommissionen zusammentreten soll, so ist der in der vorigen Sitzung — Seite 252 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag zurückgezogen worden.

### X. Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuergefähr.

Von der städtischen Bauverwaltung ist über diesen Gegenstand ein Bericht etwa folgenden Inhalts beim Magistrate eingegangen:

Bei einer Erörterung der Frage, ob es zweckmäßig sei, die hiesigen Stadtkirchen und deren Einrichtungsgegenstände gegen Brandschaden zu versichern, darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Bauwerke nicht nur den Zweck haben, zeitweise eine größere Menschenmenge in sich aufzunehmen, sondern daß sie auch meist zu den unerseßlichen Kultur- und Kunstdenkmälern zu rechnen sind, denn aus beiden Rücksichten ergibt sich als nächstliegende Pflicht, für ihre weitgehendste Sicherung gegen Feuergefähr Sorge zu tragen. Mit einem Brandschaden würde außerdem der Eintritt eines Vermögensverlustes erfolgen, falls dieser nicht durch Versicherung gedeckt ist.

Bei der Frage solcher Deckung wird man abzuwägen haben, ob es richtiger ist, die mit dem Schutze der Stadtkirchen und deren Einrichtungen verbundene größere oder geringere Gefahr den öffentlichen Versicherungsanstalten zu übertragen, oder diese Gefahr selbst zu übernehmen. Seither hat man den letzteren Standpunkt vertreten und ist dabei wohl wesentlich von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß alle unsere Stadtkirchen in ihren Umfassungen mit den Decken

in massiver Konstruktion aufgeführt sind und mit Ausnahme der St. Ulrich-Kirche eine abgesonderte Stellung von den sie umgebenden Gebäudengruppen einnehmen, daß bei einem entstehenden Brande voraussichtlich stets nur eine teilweise Zerstörung, nicht aber eine völlige Vernichtung der Bauwerke und ihres Inhalts eintreten wird, daß kaum jemals der ganze Versicherungsbetrag gedeckt zu werden braucht und daß demnach auch die Höhe der jährlich an die Versicherungsanstalt zu zahlenden Beiträge nicht im richtigen Verhältnis steht zu den Vorteilen, die eine Versicherung gegen Brandschaden unter gewöhnlichen Verhältnissen zweifellos darbietet. Will die Stadt aber Selbstversicherer ihrer Kirchen bleiben, so ist damit immerhin ein gewisses Wagnis verbunden.

Bezüglich der Kosten solcher Versicherung bei der Braunschweigischen Landesbrandversicherungsanstalt bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß sie bei einer ungefähren Ermittlung der betreffenden Werte zu folgendem Ergebnis gelangt sei:

	Versicherungssumme	
	der Gebäude:	der Einrichtungsgegenstände:
St. Andreas-Kirche	1 300 000 <i>M.</i> ,	65 000 <i>M.</i> ,
St. Katharinen-Kirche	950 000 "	75 000 "
St. Magni-Kirche	450 000 "	45 000 "
St. Petri-Kirche	265 000 "	30 000 "
St. Martini-Kirche	1 000 000 "	85 000 "
St. Michaelis-Kirche	175 000 "	20 000 "
St. Ulrich-Kirche	520 000 "	70 000 "
St. Johannis-Kirche	325 000 "	50 000 "
St. Pauli-Kirche	405 000 "	60 000 "
	<hr/> zusammen 5 390 000 <i>M.</i> ,	<hr/> 500 000 <i>M.</i> ,

also insgesamt 5 890 000 *M.*

Die Jahresbeiträge berechnen sich, wenn Gebäude und Einrichtungsgegenstände in die erste Gefahrenklasse eingereiht werden, nach dem Einheitsfusse von 4 *S* für je 100 *M* zu 2156 *M* für die Gebäude und 200 *M* für die Einrichtungsgegenstände, zusammen zu etwa 2356 *M*. Bei Ausschließung der Grundmauern von der Versicherung würde sich der Jahresbeitrag um etwa 200 *M* vermindern.

Zu der Forderung, auf eine Sicherung der Kirchengebäude gegen Feuersegefahr in ausgiebigerem Maße Bedacht zu nehmen, wird folgendes bemerkt:

Als häufigste Ursachen der Entstehung von Kirchen- und Turmbränden sind nachgewiesen:

1. der Blitz; 2. das Flugfeuer von Gebäudebränden in der Umgebung der Kirchen; 3. Unvorsichtigkeit der in der Kirche, namentlich auf deren Dachböden und in den Türmen beschäftigten Personen; 4. Heizungs- und Beleuchtungs-

anlagen; 5. Selbstentzündung von hierzu geeigneten Stoffen und 6. böswillige Brandstiftung.

Zur tunlichsten Verhütung der auf diese Ursachen zurückzuführenden Brände dürften folgende Maßnahmen zu empfehlen sein:

Zu 1. Die Blitzableitungen an den hiesigen Stadtkirchen nebst Zubehör sind daraufhin zu prüfen, ob sie in jeder Beziehung dem gegenwärtigen Stande der Technik noch entsprechen, nötigenfalls sind sie zu verbessern oder ganz zu erneuern. Ferner ist regelmäßig einmal im Jahre eine Untersuchung der Blitzableiter auf ihre gute Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit, verbunden mit deren Feststellung durch Widerstandsmesser zu fordern. Daneben können aber auch noch außergewöhnliche Untersuchungen, z. B. nach starken Gewitterentladungen, angeordnet werden. Seither hat die Prüfung nur alle zwei Jahre stattgefunden.

Zu 2. Zur Sicherung der Gebäude gegen die Einwirkung von Flugfeuer müßten etwa vorhandene und schwer erreichbare Holzteile beseitigt oder mit unverbrennlichem Stoffe umkleidet, ferner Dachböden- und Turmfenster oder andere Öffnungen durch engmaschige Drahtgitter geschützt und größere Lufen, je nach ihrer Lage und Beschaffenheit mit Metallläden oder metallbeschlagenen Holzläden geschlossen werden. Die Kirchendiener würden anzuweisen sein, bei dem Ausbruch eines Brandes in der Nähe der betreffenden Kirche Sicherheitswache auszuüben, nötigenfalls auf den Böden Wasser in Bereitschaft zu halten, um einen ausbrechenden Brand sofort löschen zu können. Auch dürfte in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht nach den früheren Vorschriften wieder verfahren und Wasservorräte sowie Feuergeräte auf den Kirchenböden aufgestellt werden. Mit den neueren Feuerlöschgeräten läßt sich vielleicht in einfacherer Weise derselbe Zweck erreichen.

Zu 3. Zur Verhütung von Unvorsichtigkeiten und Fahrlässigkeiten in den Kirchen empfiehlt sich folgendes: Das unbedingte Verbot des Rauchens in den Kirchenräumen, in den Dach- und Turmböden, das Verbot der Benutzung von offenem Licht und Feuer daselbst mit der Bestimmung, daß, wenn Lampenbeleuchtung notwendig sein sollte, hierzu, unter Ausschluß von Petroleum und anderen leicht brenn- oder explosiblen Beleuchtungsstoffen, nur Fettöllampen in gut verschlossenen Laternen verwandt werden dürfen. Ferner das Verbot der Benutzung der Kirchenböden zum Wäschetrocknen, sowie eine Vorschrift zur Ausübung der größten Vorsicht bei Vornahme von Bauarbeiten, namentlich von Lötarbeiten, bei denen stets ein ausreichender Wasservorrat bereit zu halten ist und feuersichere Unterlagsplatten für Lötöfen zc. zu verwenden sind mit der Nebenbestimmung, daß bei der Ausführung aller Arbeiten, bei denen Feuer benutzt wird, ein Sicherheitsposten zu stellen und nach deren

Beendigung eine Besichtigung des Arbeitsplatzes durch eine zuverlässige Person vorzunehmen ist, und endlich eine Anordnung zur Beseitigung aller überflüssigen brennbaren Stoffe mit Einschluß von Vogelnestern, Papierresten und dergl. aus den Kirchenräumen, den Dachböden und Türmen sowie überhaupt zur Aufrechterhaltung größter Sauberkeit an allen Orten.

Zu 4. Die Heizungsanlagen sind regelmäßig einer fachverständigen Prüfung zu unterziehen, die sich auch auf die Schornsteine mit ihren Reinigungsöffnungen und den über Dach emporragenden Köpfen zu erstrecken hätte. Auch die Anlagen für Gasbeleuchtung, elektrisches Licht und elektrische Kraft (für Orgel- und Uhrwerke) sollten wiederholten Nachprüfungen unterzogen werden.

Zu 5. Ohne äußere Einwirkung kann Selbstentzündung fein zerteilter Pflanzenfasern, von Holzmehl, Sägespänen, Putzwolle, auch bei aufgespeicherten Kohlen unter besonderen Umständen bei Temperaturen eintreten, die für gewöhnlich weitaus nicht zur Entflammung der betreffenden Stoffe hinreichen. Zur Verhütung solcher Selbstentzündungen wird die Aufrechterhaltung größter Reinlichkeit nützlich sein. Putzwolle sollte stets in feuer sichereren Behältern aufbewahrt werden, und bei der Lagerung von Kohlen wird man ebenso auf die Güte des Materials, als auf die Beschaffenheit gut abschließbarer Räumlichkeiten Bedacht zu nehmen haben.

Zu 6. Gegen böswillige Brandstiftungen wird außer einer umfassenden Beaufsichtigung des Gebäudes und der in ihm außergewöhnlich verkehrenden Personen kaum eine erfolgreiche Vorsichtsmaßregel vorzuschreiben sein. —

Weiterhin könnten dann noch in Betracht kommen die Sicherungsmaßregeln zur möglichststen Einschränkung eines ausgebrochenen Feuers im Kirchengebäude zunächst in baulicher Beziehung: Die Trennung der einzelnen Bauteile durch feuer sicherere Abschlüsse, sowie die Herstellung einer bequemen und sicheren Zugänglichkeit der Dachböden, Türme und sonstigen Bauteile, Ersatz schlechter und mangelhafter durch leicht besteigbare Treppen oder durch gute Leitern, Herstellung von Schutzgeländern bei Laufbrücken in den Dachböden und als allgemeine Sicherungsmaßregel: regelmäßige Besichtigungen der Kirchen durch die Feuerwehr, teils um etwa vorhandene Mängel festzustellen und deren Beseitigung zu beantragen, teils um die Feuerwehrmänner mit den örtlichen Verhältnissen vertraut zu machen. —

Zu diesen Ausführungen bemerkt der Magistrat, daß es ihm geboten erscheine, die empfohlenen Sicherungsmaßnahmen in vollem Umfange zu treffen, daß aber auf eine Versicherung der Kirchen gegen Feuerschaden zu verzichten sei. Vor endgültiger Stellungnahme möchte der Magistrat indessen die Ansicht der Versammlung erneut kennen lernen, weshalb er um eine gutachtliche Äußerung ersucht.



Herr L ü b k e : In der Baukommission war man über die zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Ansicht. Zunächst wurden Bedenken laut, ob die vorgeschlagenen Vorbeugungsmaßregeln nicht zu große Kosten verursachen würden. Es ist aber vom Magistrat keineswegs beabsichtigt, diese Maßnahmen mit einem Male durchzuführen, sondern es würde im einzelnen zu überlegen sein, was in jeder Kirche zu leisten wäre, worüber dann Anforderungen an uns ergehen würden.

Ferner war man darüber geteilter Meinung, ob man die Kirchen gegen Feuergefährdung versichern soll oder nicht. Von einzelnen Herren wurde gewünscht, nur das Mobilar zu versichern, während andere wieder dagegen waren. Schließlich sind wir zu dem Entschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, festzustellen, einmal, was die Versicherung der Kirchen gegen Brandschaden kosten würde und andererseits, was die von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Feuericherheit für einen Kostenaufwand erfordern würden, damit wir uns ein objektives Urteil darüber bilden können, ob die Kirchen versichert werden sollen oder nicht.

Herr R i b e n t r o p : Eine Versicherung der Kirchen gegen Brandschaden würde unendlich viel Geld kosten. Nehmen Sie einen Rechenstift in die Hand. Das Eintrittsgeld von 24 000 *M* verzinst auf 60 Jahre bringt schon ohne Zinseszins rund 60 000 *M* und in 60 Jahren haben wir hier keinen Kirchenbrand gehabt. Deshalb ist die Versicherung der Kirchen zu verwerfen.

Herr M e y e r h o f f : Ich bin für die Versicherung. Es ist richtig, daß ungefähr 25 000 *M* Eintrittsgeld und mehr als 2000 *M* Jahresprämie gezahlt werden muß. Aber erst in hundert Jahren würden wir so viel Prämien z. gezahlt haben, wie eine Kirche kostet. Ich empfehle den Antrag der Baukommission.

Herr L e u e : Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um die Aufmerksamkeit des Magistrats auf einen bei Feuergefährdung gefährlichen Zustand an den Kirchen zu richten, der darin besteht, daß die Türen verschiedener Kirchen nach innen aufgehen. Wenn z. B. bei einer Weihnachtsfeier, wo die Kirchen meist recht stark besucht sind, einmal eine Panik ausbrechen sollte, so könnte dadurch ein furchtbares Unglück entstehen, denn viel bedeutender als der finanzielle Schaden würde sich dann der Schaden an Menschenleben stellen.

Der Antrag der Baukommission wird hierauf angenommen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr W o l t e r s , übernimmt den Vorsitz.

## XI. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Herr B u e s : Ein junger mittelloser Mann, Hans Ulmer, dessen vom Vater hinterlassener Hund Ende April oder Anfang Mai d. Js. eingegangen ist, bittet

um Erlaß der Hälfte der Steuer. Die Statutenkommission gibt anheim, dem Antrage zu entsprechen,  
was seitens der Versammlung geschieht.

## XII. Lehrlingsvermittlung durch das städtische Arbeitsamt.

Das städtische Arbeitsamt hat auf dem Gebiete der Lehrlingsvermittlung bisher wenig geleistet. In verschiedenen anderen Städten sind auf dem gleichen Gebiete sehr gute Erfolge dadurch erzielt, daß das Arbeitsamt mit den Schulen und den Organisationen der Arbeitgeber (Handels-, Handwerks-, Anwaltskammer usw.) Hand in Hand arbeitet. Der Magistrat hält es für angebracht, auch hier einen Versuch in dieser Richtung zu machen, und der Schulvorstand der Bürgerschulen hat sich unter dem Vorbehalte, daß jede Störung und Beeinträchtigung des Schulbetriebes vermieden werden müsse, zur Förderung der geplanten Einrichtung bereit erklärt.

Etwas in folgender Weise würde das Verfahren zu regeln sein: Im Spätherbst laden die Schulinspektoren oder die zuständigen Klassenlehrer diejenigen Schulkinder, die zu Ostern konfirmiert werden sollen, mit ihren Eltern zu einer außerhalb der Unterrichtsstunden abzuhaltenden Besprechung ein, in der auf die Wichtigkeit einer richtigen Berufswahl, die Vorteile einer ordentlichen Fachausbildung und die unentgeltliche Vermittlung des städtischen Arbeitsamtes hingewiesen wird. Alle in Betracht kommenden Schulkinder, auch die, welche schon eine feste Lehrstelle haben, erhalten Vordrucke, die ausgefüllt an den Klassenlehrer abzuliefern sind. Dieser prüft die Eintragungen, sorgt nötigenfalls für deren Richtigstellung oder Vervollständigung und veranlaßt den Schularzt, die Kinder zu untersuchen, hinsichtlich deren Zweifel an ihrer körperlichen Tauglichkeit zu dem erwähnten Berufe bestehen. Gegebenenfalls ist auf eine Aenderung der Berufswahl hinzuwirken. Sodann füllen die Schüler, welche noch keine passende Stellung gefunden haben, unter Aufsicht des Lehrers vorgedruckte Bewerbungen an das städtische Arbeitsamt aus und erhalten den Rat, sich mit ihren Eltern unter Vorlegung des Bewerbungsscheines bei dem Arbeitsamte zu melden, das besondere Sprechstunden für die Lehrlingsvermittlung ansetzt. Während das Arbeitsamt mit Hilfe der Arbeitgeberorganisationen die Anmeldung der offenen Lehrstellen und deren Besetzung herbeizuführen sucht, fragen die Lehrer in gewissen Zwischenräumen bei ihren Schülern an, wer von ihnen noch ohne Stelle ist und regen die wiederholte Meldung beim Arbeitsamte an. Kurz vor Ostern wird dann das Ergebnis der Vermittlungstätigkeit festgestellt.

Der Magistrat hofft, daß dieses Verfahren günstige Erfolge zeitigt und ersucht daher die Versammlung, seiner versuchsweisen Einführung zuzustimmen.

und ihn zur Aufwendung der erforderlichen Kosten (für Formulardruck, etwaige Zeitungsbekanntmachungen u. dergl.), deren Höhe sich zurzeit noch nicht übersehen läßt, zu ermächtigen.

Herr Sander: Die Statutenkommission ist der Meinung, daß durch eine solche Tätigkeit des Arbeitsamtes eine Lücke ausgefüllt wird, die bisher bestanden hat, denn es fehlte bislang eine Vermittlung zwischen Lehrherren und Lehrlingen, und man war auf die Zeitungen und auf Anfragen angewiesen. Die Kommission empfiehlt der Versammlung die Genehmigung der Vorlage, die dann auch beschlossen wird.

### XIII. Schankwirtschafts-Einrichtung in dem Tennisklubhause.

Nach dem im Frühjahr 1905 zwischen der Stadt und der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs wegen Ueberlassung eines Spielplatzes im Bürgerparke abgeschlossenen Vertrage ist die Einrichtung einer Schankwirtschaft im Tennishause von der Genehmigung der städtischen Behörden abhängig. Nachdem das Tennishaus inzwischen fertiggestellt und in Betrieb genommen ist, hat die Vereinigung jetzt um die Zustimmung zur Einrichtung einer beschränkten Schankwirtschaft im Tennishause nachgesucht, beschränkt in der Weise, daß der Besuch nur ihren Mitgliedern, den Angehörigen ihrer Mitglieder und solchen Personen gestattet sein soll, die sich durch Lösung einer besonderen Eintrittskarte, insbesondere bei Turnieren, das Recht zum Betreten der Tennisanlagen verschafft haben. Der Magistrat hält mit der Parkdeputation die Gewährung dieses Antrages für unbedenklich, da der Befürchtung, daß den umliegenden Wirtschaften aus der Konzession nennenswerter Schaden erwachsen möchte, durch die von der Vereinigung selbst gewollte Beschränkung der Boden so gut wie entzogen ist. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Vereinigung die Einrichtung einer Schankwirtschaft in dem bezeichneten Umfange unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs gestattet wird.

Herr Schmid: In der Finanzkommission sind wir zu einem anderen Ergebnisse gekommen, als Magistrat und Parkdeputation. Wir haben uns über diese Sache nicht verständigen können und beantragen Ablehnung der Vorlage, weil ein Bedürfnis nicht vorhanden ist, dort eine Schankwirtschaft einzurichten. Die Klubmitglieder bleiben doch schließlich nicht in dem Klubhause, um dort abends noch Festlichkeiten zu veranstalten, sondern sie können nach Beendigung ihres Tennisspiels in ein Wirtschaftslokal oder nach Hause gehen. Bei der Ueberlassung des Platzes an die Vereinigung ist ausdrücklich gesagt worden, daß eine Schankberechtigung nicht damit verbunden sein sollte. Bedingt ist die Zulässigkeit eines Auschankes schon gestattet worden, indem der Vereinigung er-

laubt wurde, bei größeren Festlichkeiten vorübergehend einmal Bier, Spirituosen und Kaffee zu verzapfen. Das dürfte auch für die Zukunft genügen.

Herr Bürgermeister Meyer: Wenn die Versammlung diesen Beschluß annehmen sollte, so würde das für die Tennisvereinigung eine große, durch die Sachlage nicht gerechtfertigte Härte sein, die nicht einmal im Interesse der Stadt selbst liegen würde. Im Jahre 1905 hat die Versammlung zugestimmt, daß der Vereinigung ein bestimmter Teil des Bürgerparkes einschließlich des Platzes für Errichtung eines Tennishauses überwiesen würde. In den damaligen Beratungen sind dann Bedenken laut geworden, daß die Vereinigung eines schönen Tages eine Wirtschaft in dem Klubhause einrichten würde, und die Herren haben sich nicht mit Unrecht die Genehmigung solcher Einrichtung vorbehalten. Inzwischen hat nun die Vereinigung die geplante Anlage ausgeführt und auch ein Haus dorthin gestellt. Diese Anlage scheint mir geradezu mustergültig zu sein, und ich habe die Ueberzeugung, daß wir, auch soweit wir nicht Tennisspieler sind, und ich bin es nicht, mit einem gewissen Stolz auf die gesamte Anlage blicken können. Nun hat sich das Bedürfnis herausgestellt, in dem Tennishause eine Stätte einzurichten, wo sich die Spieler nach den Anstrengungen des Spieles etwas erquicken können. Das ist begreiflich und auch harmlos. Etwas mehr darin finden zu wollen, scheint mir nicht gerechtfertigt zu sein; ich habe wenigstens nicht eine Erfahrung gemacht, die den Schluß zuließe, daß die Vereinigung mehr als dieses wolle. Sie werden mir aber wohl nachempfinden, daß das ein berechtigter Wunsch ist. Einmal ist die Vereinigung ziemlich groß und außerdem spielen verhältnismäßig viele Mitglieder stundenlang und zwar meist bei gutem, warmem Wetter; es liegt nun aber nahe, daß sie danach Durst bekommen und daß sie das Bedürfnis haben, diesen Durst in ihrem eigenen Hause stillen zu können. Daneben ist allerdings mitbestimmend gewesen das Verlangen, die Finanzen der Vereinigung dadurch aufzubessern. Es liegt nicht die Absicht vor, die Wirtschaft zu verpachten, sondern die Vereinigung hat einen Hausmann engagieren müssen, der nicht damit zufrieden ist, als Entgelt freie Wohnung zu erhalten, sondern dem noch eine anderweite Einnahme zugewiesen werden muß. Das könnte durch eine Gehalts- oder Lohnzahlung geschehen, aber auch dadurch, daß ihm gestattet wird, den Kusschank zu bewerkstelligen, und es würde vermutlich die Einnahme daraus diesem Manne zufließen.

Die Vereinigung hat aber auch Ursache, eine Erhöhung ihrer Einnahmen zu wünschen, denn sie hat ursprünglich nicht die Absicht gehabt, so viel Geld in diese Anlage zu stecken, als in Wirklichkeit geschehen ist. Sie war seinerzeit durch Dritte darauf aufmerksam gemacht, daß es im allgemeinen Interesse läge, wenn das damals auf der Goslarischenstraße stehende und zum Abbruch bestimmte

Abt Jerusalem'sche Haus im Bürgerparke wieder aufgebaut würde. Die Mitglieder haben, dieser Anregung Folge gebend, dieses Haus vor der Vernichtung gerettet und nach dem Räte von Kunstverständigen wieder aufgerichtet. Nach dem aufgestellten Kostenanschlage war die für die Anlagen angenommene Bausumme erheblich geringer, als sie sich hinterher in Wirklichkeit herausgestellt hat; die Herren sind nicht mit 60 000 *M* ausgekommen, sondern die Anlagen sollen über 100 000 *M* gekostet haben. Nun muß es der Vereinigung natürlich sehr daran liegen, sich anderweit Hilfsmittel zu verschaffen. Alle Kosten auf die Spielbeiträge zu werfen, dürfte auch bedenklich sein, weil sonst verhindert würde, daß die hiesigen Einwohner aus möglichst weiten Kreisen Zutritt zu der Vereinigung erhielten.

Von dem Herrn Referenten habe ich nun verstanden, es wäre ein Bedürfnis zur Einrichtung einer Wirtschaft nicht vorhanden, die Spieler könnten, wenn sie Durst hätten, nach Hause gehen oder eine andere Wirtschaft aufsuchen. Das ist allerdings möglich. Es ist in dem Referate nicht einmal ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Vereinigung, wenn sie eine Wirtschaft einrichtet, andere Wirte erheblich schädigen würde. Da auch dieser Grund noch angeführt werden kann, so will ich schon jetzt darauf hinweisen, daß die Tennismitglieder bislang sehr selten in andere Wirtschaften gegangen sind, und das ist auch erklärlich. Wenn man ermüdet ist, geht man nicht erst in eine Wirtschaft und dann nach Hause, um sich umzuziehen, sondern man bleibt entweder noch eine Weile in dem Klubheim, oder man geht nach Hause. Durch eine ablehnende Stellungnahme würde man der Vereinigung gegenüber nicht gerecht verfahren im Hinblick auf das gegen die Vereinigungen anderer Städte geübte Verfahren. In allen großen Städten richtet sich ein Klub mit eigenem Haus auch eine Wirtschaft ein. Ich könnte Ihnen Städte nennen, wo die Grundstücke und Häuser städtisch sind, die Einrichtung einer Wirtschaft aber doch nachgelassen ist. Es würde hier also nichts Außergewöhnliches geschehen, wenn das hier auch gestattet würde. Die Schädigung anderer Wirte kann schon deshalb nicht so stark sein, weil die Konzession nur gewährt werden soll für Mitglieder und deren Angehörige, die sogar noch eine besondere Eintrittskarte zum Klubhause lösen müssen. Ich möchte deshalb doch bitten, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Auch im Interesse der Stadt würde es liegen, der Vereinigung nicht gar zu abhold zu sein, und zwar schon aus finanziellen Erwägungen. Nachdem die Stadt einmal die Anlagen im Bürgerpark zugelassen hat, hat sie auch ein Interesse daran, die Vereinigung so zu stellen, daß sie ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und gegenüber ihren eigenen Mitgliedern gut erfüllen kann. Wenn wir ihr jetzt eine Beschränkung auferlegen, so wird eine Schädigung finanzieller

Art eintreten, die eine gewisse schädigende Rückwirkung auch auf die Finanzen der Stadt haben wird.

Herr Esdorn: Ich bin anderer Meinung und stehe auf dem Standpunkte des Herrn Referenten. Zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß wir diese Frage in der Kommission ganz einmütig behandelt haben und der Meinung waren, die Vorlage ablehnen zu müssen; ich hoffe auch, daß die Versammlung diesen Standpunkt teilen wird. Berücksichtigen Sie, daß wir hier keinen einzigen Sportverein haben, dem so entgegengekommen ist, wie dem Tennisclub. (Zustimmung.) Es wurde schon einmal gesagt, das Herz unseres Bürgerparks habe die Tennisvereinigung gratis erhalten, ja sie hat schon mehr bekommen und bekommt alle Jahr mehr. Unsere großen Turnvereine, deren Mitgliederzahl noch viel größer ist, als die der Tennisvereinigung, haben solches Verlangen noch niemals gestellt, obwohl sie ebenfalls das Bedürfnis haben, sich nach der Übung zu stärken. Wenn gesagt wird, es handle sich nur darum, für die Mitglieder die Konzession zur Schankwirtschaft zu erhalten, so muß man doch zugeben, wenn man sich auf den praktischen Standpunkt stellt, daß das fortwährend würde umgangen werden. Unser eigenes Restaurant im Bürgerparke würde dadurch geschädigt werden, und wenn wir außerdem gerecht sein wollen, so dürfen wir diesen Herren nicht genehmigen, was anderen vorenthalten wird. Wir sind diesem Vereine entgegengekommen, wie keinem zweiten, aber hier müssen wir haltmachen. Es kann den Herren niemand verwehren, wenn sie in ihrem Hause einmal für einen Taler Bier oder für 100 M Wein oder Sekt verzehren, aber es geht nicht an, daß sie auch noch Fremde beherbergen dürfen. Die Finanzfrage scheint mir die Hauptsache dabei zu sein: es soll in dieser Weise der Unterhalt für den Hausmann aufgebracht werden. Lehnen wir den Antrag ab!

Herr Fröhling: Der Meinung des Herrn Vorredners kann ich nicht zustimmen. Er hat die Sache so dargestellt, als ob die Vereinigung nur Wohltaten von der Stadt empfangen und eine einseitige Bevorzugung erfahren hätte. (Zustimmung.) Das ist nicht der Fall. Die Aufwendungen der Vereinigung sind nicht lediglich für ihre Sache, sondern auch mit für das öffentliche Wohl gemacht worden. Sehen Sie sich doch einmal an, was aus dem Plaze im Bürgerparke geworden ist. Früher erblickte man dort keinen Spaziergänger, der Plaz war leer (Widerspruch), und jetzt drängt sich der ganze Verkehr dorthin, weil es den Spaziergängern Vergnügen macht, dem Spiele zuzusehen. Der Klub hat dort sehr viel aufgewandt und zwar sind die Summen in wirklich musterhafter Weise verwendet worden. Es ist hier ein Tennisclub entstanden, der sehr viel zur Hebung des Fremdenverkehrs und des sonstigen wirtschaftlichen Lebens beigetragen hat. Das muß mit in Betracht gezogen werden. Sie haben den Klub genehmigt und ihm geholfen, die Anlage ins Leben zu rufen, er, der Klub selbst,

hat alles getan, was von ihm erwartet werden konnte, er ist in der Entwicklung begriffen und hat einen großen Aufschwung genommen, was der übrigen Bürgerschaft auch zustatten kommt, ebenso denjenigen, die hierher ziehen, und erwarten, derartige Veranstaltungen hier zu finden. Von diesem Standpunkte aus dürfte es kleinlich erscheinen, wenn Sie den Klub in seiner Entwicklung hindern wollten. Es handelt sich nicht um eine volle, sondern nur um eine beschränkte Konzession. Den Spielern, die den ganzen Nachmittag dort spielen, muß es möglich sein, sich zu erfrischen. Von dem Gesichtspunkte aus kann ich in keiner Weise eine Schädigung anderer Kreise darin erblicken, wenn eine solche beschränkte Konzession für den Klub erteilt wird, der wirklich Vorteilhafter nicht nur für seinen kleinen Kreis, sondern auch für die Allgemeinheit geschaffen hat, der Braunschweig eine schöne Anlage gegeben, es in weiten Kreisen bekannt gemacht und ihm schon viele Besucher zugeführt hat. Ich würde es bedauern, wenn Sie die Entwicklung des Klubs dadurch hinderten, daß Sie ihm die beschränkte Konzession verweigerten. Den Schaden davon hätte nicht allein der Klub, sondern auch die Stadt.

Herr B u e s : Man kommt unwillkürlich zu dem Schlusse: hätten die Herren in ihrem ersten Gesuche gleich erwähnt, daß sie eine Wirtschaft einrichten wollten, so wäre es pure abgelehnt. (Zustimmung.) Es ist aber ein beliebter Weg: wenn man von der Stadt etwas haben will, so kommt man erst mit einer kleinen Bitte und hinterher, wenn diese erfüllt ist, fordert man mehr. Im Innungshause hat man es ebenso gemacht. Man wollte mit den Lehrlingen nicht in der Wirtschaft sein und ermietete das Gildehaus, und hinterher wollte man dort eine Wirtschaft haben, um in der Wirtschaft zu sein. Hier liegt der Fall aber noch viel schlimmer. Im Bürgerparke bietet sich genügende Gelegenheit zur Erfrischung, auf der einen Seite im Parkhause und auf der andern Seite bei Kahlitz, und nach beiden Stellen ist der Weg sehr kurz. Es liegt den Herren auch nicht so sehr daran, eine Wirtschaft zu bekommen, sondern sie wollen damit verdienen, damit das Unternehmen billiger wird. Ich würde nichts dagegen haben, wenn sie den Platz mit einem hohen Preise hätten bezahlen müssen, wie jeder andere Sterbliche; da das aber nicht geschehen ist, so wäre es unsererseits ein Almosen, wenn wir diese Konzession erteilen wollten. Außerdem wissen wir ganz genau, daß die Polizei vor derartigen Häusern haltmacht. (Widerspruch.) Es ist vollberechtigt, wenn wir das Ansinnen ablehnen. Der Pächter vom Parkhause könnte infolge einer Konzessionserteilung auch erklären, er könnte das Pachtgeld nicht mehr zahlen. Umgekehrt könnten wir auch der Tennissgesellschaft sagen, sie sollte 2000 *M* Pacht zahlen für den Grund und Boden. Das würde sie wohl auch nicht wollen. Entweder hat man früher eine Wirtschaft nicht gewollt, oder es ist bei der ersten Eingabe verschwiegen.

Herr Schmid: Die Einmütigkeit, von der ein Vorredner sprach, ist in der Kommission nicht vorhanden gewesen, denn ich bin z. B. nicht mit der Majorität gegangen, da ich gern dem Zeitgeist Rechnung trage. Mancher alte Spießer denkt vielleicht, wenn er den Tennisspielen zusieht, die jungen Leute könnten in der Zeit lieber arbeiten; das ist aber nicht mehr der richtige Standpunkt, denn es wird heutzutage alles mögliche dafür getan, uns gesundheitlich vorwärts zu bringen, und dazu gehört auch der Sport. Ich sehe auch keinen Grund ein, weshalb wir jemand verwehren wollen, dort ein Glas Bier zu trinken; es wird doch keine allgemeine Schankwirtschaft geplant, sondern es muß von Nichtmitgliedern erst eine Eintrittskarte gelöst werden. Sollte ein Mißbrauch getrieben werden, so ist uns nach der Vorlage der Widerruf gestattet. Ich bitte, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und dem Zeitgeist nicht entgegenzutreten.

Herr Ribbentrop: Herr Esdorn hat die Sache vollständig falsch aufgefaßt. Der Verein will nichts weiter, als einen kleinen Wirtschaftsbetrieb haben, damit die Spieler, wenn sie sich müde gespielt haben, Gelegenheit erhalten, einmal trinken zu können und außerdem soll den Verwandten, die dem Spiele zugeesehen haben, der Eintritt in das Haus gestattet sein. Dagegen kann ich nichts finden. Herrn Bues möchte ich erwidern, daß keine Wirtschaft dadurch geschädigt wird, denn wenn die Herren in ihrem Klubhause nichts bekommen, so gehen sie nach Hause. Wenn man die Anlage des Tennisclubs ansieht, so können wir stolz darauf sein, daß er das zuwege gebracht hat. Er hat auch schon eine Masse Leute in die Stadt geführt und durch die hier stattgehabten Tennisturniere ist unsere Stadt erst recht bekannt geworden. Seien Sie darum gnädig! Es ist kein Almosen, was wir spenden sollen, sondern nur eine kleine Erlaubnis, die uns nichts kostet und die dem Klub nur wenig einbringen wird. Die Wirtschaft würde immer nur auf kurze Zeit besucht werden, und dann suchen sich die Leute einen anderen Platz.

Herr Meyerhoff: Im Gildehause ist keine Wirtschaft in dem von Herrn Bues angedeuteten Sinne, denn es kann dort niemand etwas bekommen, der nicht selbst der Innung angehört. Als ich einmal einige Freunde mit in den Raum nahm, habe ich die Vorsicht gebraucht, das Glas Bier, was sie getrunken haben, zu bezahlen. (Heiterkeit.) Gelage können dort überhaupt nicht stattfinden. Die Herren, die da zusammenkommen, verzehren meistens nichts, und das ist recht. Wir haben keinen Wirt und keine Verpachtung im Gildehause. Der Hausmann ist berechtigt, den dort verkehrenden Herren eine Flasche Bier, ein Butterbrot und auch Kaffee zu verabreichen, aber ein richtiger Wirtschaftsbetrieb ist es nicht. Wenn es daher im Tennishause so gemacht werden sollte, wie bei uns, so würde ich dafür sein. Es geht mir aber zu weit, wenn



die Leute erst Karten lösen sollen, ehe sie den Raum betreten dürfen; ich möchte daher bitten, den Wirtschaftsbetrieb mit derselben Beschränkung zu gestatten, wie im Innungshause. (Auf: Das ist schon geschehen!) Dann haben wir der Sache Rechnung getragen. Was aber weiter verlangt wird, daß nämlich der Verein sich dadurch finanziell stärken will, dafür kann ich nicht sein. Das läuft darauf hinaus, sich einen Dekonom zu nehmen und einen Wirtschaftsbetrieb einzurichten. Bei uns macht das der Vote des Innungshauses.

Herr Bürgermeister M e y e r: Der Ausdruck „Gelage“ veranlaßt mich, noch ein paar Worte zu sagen. Dieser Ausdruck ist erst durch die Finanzkommission in die Vorlage hineingebracht worden und erweckt den Anschein, als ob dort große Prassereien stattfinden sollten. In der Eingabe steht aber nichts davon. Der Begriff „Schankwirtschaft“ umfaßt nicht nur den Ausschank von Bier und Spirituosen, sondern auch von Kaffee, Selters usw. Wenn Sie die Vorlage ablehnen, so würde die Vereinigung auch nicht mehr Kaffee und Tee verschenken dürfen. Ueberschreitungen könnten leicht dadurch hintangehalten werden, daß der Widerruf vorgesehen ist. Auch andere Vereinigungen richten sich solche Wirtschaften ein. Im Gewerkschaftshause ist es geschehen, weil die Herren, die da verkehren, auch das Bedürfnis haben, sich einmal zu stärken, und auch im Bürgervereins-hause soll dem Vernehmen nach ein Ausschank vorhanden sein. Weshalb wollen Sie also diesem Klub das nicht gestatten?

Herr B o g e: Das Wort „Schankwirtschaft“ klingt furchtbar, aber darum handelt es sich hier gar nicht. Wenn die Leute dort spielen — und das dauert länger, als die Uebung in einem Turnverein — so bringen sie sich häufig etwas zu essen mit, und es ist doch sicher nichts dabei, wenn sie sich ein Glas Bier dazu geben lassen. Es ist auch ausgeschlossen, daß Fremde, die nicht zum Klub gehören, mit in das Klubhaus kommen, denn es dürfen nur Leute mit Eintrittskarten das Haus betreten. Auch kann die Sache nicht so umgangen werden, wie das im Gildehause geschieht, indem ein Mitglied die Zeche bezahlt. Die Leute wollen unter sich sein und wollen die Möglichkeit haben, wenn sie sich lange Stunden dort aufzuhalten haben, ab und zu etwas zu trinken zu bekommen. Wenn sie nun einmal ein Klubhaus haben und wenn hier außerdem alljährlich große Tennisturniere stattfinden, bei denen die Meisterschaft von Deutschland und Oesterreich vergeben wird, so kann es ihnen nicht verdacht werden, daß sie eine Gelegenheit haben wollen, etwas zu trinken, ohne daß jedesmal die Konzeßion dazu eingeholt werden muß. Es würde das weder die Konkurrenten, noch andere Leute schädigen, und wir können ruhig bei der Magistratsvorlage bleiben, da im gegebenen Falle der Widerruf leicht erfolgen kann.

Herr R o h: Ich habe auf dem Standpunkte gestanden, daß ein Ausschank mit der jetzt vorhandenen Beschränkung zugelassen werden könnte, während ich

für eine Erweiterung der Konzession nicht zu haben gewesen bin. Wenn ein Schankwirtschaftsbetrieb im vollen Umfange gestattet würde, so würden sich die Herren einen Pächter suchen, der einen erheblichen Preis zahlt, damit sie wieder auf ihre Rechnung kommen. Man hat vom Tennishause aus einen Kanalanschluß nach dem Bödemannschen Grundstücke gelegt, der schon große Schwierigkeiten machte, weil er nicht richtig funktionierte; wenn nun aber im Tennishause ein Wirtschaftsbetrieb eingerichtet werden sollte, so würde der Kanal aufs äußerste gefährdet werden. Herrn Frühling möchte ich erwidern, daß die Naturschönheit des Bürgerparkes durch den dahingestellten Käfig sehr gelitten hat. In der Bürgererschaft beklagt man es heute tief, daß das genehmigt worden ist. Wenn die Herren das damals an Ort und Stelle hätten sehen können, so würden sie es nimmer genehmigt haben. Ein Platz, der für die Allgemeinheit geschaffen ist, muß auch für die Allgemeinheit bleiben.

Herr Hauswaldt: Einer der Herren sagte: Kleinlich sollten wir nicht sein, das möchte ich auch nicht sein, aber gerecht. Wenn Sie sich erinnern, als wir vor einigen Jahren den Beschluß faßten, einer kleinen geschlossenen Gesellschaft das Zentrum des Bürgerparks zur Verfügung zu stellen, da haben wir es mit großem Widerstreben getan, um den Sport zu pflegen; ich würde es aber für eine Ungerechtigkeit halten, wenn die Allgemeinheit wegen einer Wirtschaft im Park ausgeschlossen würde. Es handelt sich hier um nichts, als um eine finanzielle Frage und man darf heute schon behaupten, daß auch im Winter in der Wirtschaft verkehrt werden würde, denn sie soll etwas einbringen. Da nun die Herren und Damen schon jetzt ihren Durst im Klubhause stillen können und außerdem bei allen größeren Turnieren eine besondere Konzession zur Schankwirtschaft erteilt wird, so weiß ich nicht, wie man noch mehr verlangen kann. Ich habe mich im höchsten Grade gewundert, daß die Tennisvereinigung diesen Schritt getan hat, und ich meine, daß sie diese Ablehnung uns hätte ersparen können, wenn sie das richtige Gefühl gehabt hätte. Es wird immer vom Widerruf gesprochen. Gibt es denn überhaupt einen Widerruf? Wenn die Leute sich einmal mit der Wirtschaft eingerichtet haben, so können wir doch keinen Widerruf aussprechen, denn das wäre ja viel schlimmer, als wenn wir den Antrag jetzt ablehnen. Sofern die Herren jährlich 10 000 M Pacht zahlen wollen, habe ich nichts dagegen. Schon jetzt wird von jedem einzelnen Spieler ein Jahresbeitrag von 20 M genommen, so daß man von einem allgemeinen Interesse kaum noch sprechen kann. Wenn die Preise so hoch geschraubt werden, so verliert dadurch die Bürgererschaft das allgemeine Interesse an der Vereinigung. Ich bin nicht kleinlich, aber diesem Antrage kann ich nicht folgen.

Herr Frühling: Diese Ausführungen kann ich nicht unwidersprochen lassen. Es liegt ein großer Widerspruch darin, wenn Herr Hauswaldt sagt, die

Anlage sei ursprünglich nur für einen kleinen Klub bestimmt gewesen und wenn er meint, sie solle nunmehr auch der Öffentlichkeit dienen. Andererseits wird anerkannt, daß der Klub sich neue Hilfsquellen erschließen müsse, aber wenn er es versucht, so wird es nicht genehm gehalten und gesagt, seine Aufwendungen seien zu teuer und müßten heruntergesetzt werden. Wovon soll aber der Klub unter solchen Umständen das leisten, was er jetzt leistet und was er nicht nur für sich, sondern auch für die Gesamtheit leistet? Es läßt sich nicht leugnen, daß der Klub viel für die Allgemeinheit tut. Das wird hier aber nicht so anerkannt, wie es anerkannt werden müßte. Wenn Herr Koch sagt, es täte vielen leid, daß seinerzeit die Zustimmung zur Hergabe des Platzes gegeben sei, so habe ich darauf zu erwidern: die Interessen am Bürgerpark sind verschiedenartig, einmal gibt es theoretische Interessenten, die gehen nicht hin, finden es aber entsetzlich, daß der Platz der Allgemeinheit entzogen wird, dann gibt es praktische Interessenten, die benutzen den Park für ihre Spaziergänge und finden keine Schädigung in der Mitbenutzung durch den Klub, sondern sogar eine wesentliche Annehmlichkeit. Sehr viele Personen nehmen nämlich in der Nähe Platz, um den Spielen zusehen zu können. Dadurch ist der Bürgerpark nicht geschädigt, sondern hat einen neuen Anziehungspunkt erhalten.

Ich bitte, die Entwicklung des Vereins nicht zu hindern. Soll der Verein sich weiter entwickeln können, oder soll er an den finanziellen Schwierigkeiten zugrunde gehen? Gewiß sind die Beiträge zu hoch, es wäre besser, wenn der Verein es billiger machen könnte, aber wie soll er das ermöglichen? Er sammelt doch keine Kapitalien und kann bei Lage der Sache nicht daran denken, die Beiträge herunterzusetzen, namentlich wenn Sie ihm auch dieses kleine Entgegenkommen noch vorenthalten wollen. Es wird immer gesagt, daß mit der beschränkten Konzession ein Mißbrauch getrieben werden könnte, aber gegen den Mißbrauch ist doch der Widerrufssparagraph vorhanden. Wir wollen doch die Entwicklung des Vereins nicht deshalb untergraben, weil vielleicht hinterher ein Mißbrauch mit der Konzession getrieben werden könnte. Ich möchte bitten, den Verein nicht zu schädigen, sondern die Vorlage anzunehmen.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

Herr Wejemeier: Uns läßt die Frage, ob dem Verein die Konzession erteilt werden soll oder nicht, ziemlich kühl; ich möchte nur einen Irrtum des Herrn Bürgermeisters Meyer richtigstellen, der meinte, wir hätten im Gewerkschaftshause auch eine Wirtschaft eingerichtet. Das ist nicht der Fall, sondern die Wirtschaft war schon darin, als die Gewerkschaft das Haus bezog. Die Gewerkschaft hat überhaupt in der Wirtschaft nichts zu tun, sondern hat nur die Aufsicht über das Schlaf- und Herbergswesen.

Herr B u e s: Herr Frühling meint, daß in der Wirtschaft kein Mißbrauch getrieben wird. Es wird nicht lange dauern, wenn die Erde mit Schnee bedeckt ist, dann hört das Spiel auf. Nun müßte man auch das Haus schließen, das fällt den Leuten aber nicht ein, sondern sie werden, insoweit sie im Parkhause nicht ihre Rechnung finden, dorthin gehen und ihre Bedürfnisse befriedigen. Wenn in einem solchen Falle eine Wirtschaftskonzession verlangt wird, so ist wohl immer der Hintergedanke dabei, sie dem Kastellan zu übertragen und wenn das nicht möglich ist, wird sie ein Mitglied übernehmen. Wenn die Herren sich nur beim Spiele einmal stärken wollten, so würde niemand etwas dagegen haben. Kleinlich braucht man bei solcher Stellungnahme nicht zu sein, kleinlich scheint es mir vielmehr dann zu sein, wenn die Herren sich erst einen Platz schenken lassen und hinterher die Konzession zur Bewirtschaftung des Hauses haben wollen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich halte es nicht für unmöglich, daß die Auffassung des Herrn Bues auch bei solchen Herren Anklang findet, die sonst dafür sein würden. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß das Haus wirtschaftlich nicht geöffnet ist, wenn das Spiel ruht, und ich glaube auch nicht, daß die Gesellschaft darauf Wert legt. Ich möchte empfehlen, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuverweisen. Das wäre ein Ausweg, der Vereinigung die hier gewünschte weitere Beschränkung aufzuerlegen und die Ablehnung der Vorlage a limine zu verhindern. Ebenso wäre es besser, erst noch festzustellen, ob tatsächlich bei Turnieren ein Wirtschaftsbetrieb im Klubhause stattgefunden hat.

Herr W e i c h s e l: Ich wollte denselben Vorschlag machen. Die Vorlage ist im höchsten Grade ungeschickt begründet, aber eins dürfte richtig sein: die Vereinigung braucht einen Wirtschaftsbetrieb nur während der Spielzeit, bei der es sich nur um die Tagesstunden im Sommer handelt, während die Abendstunden und die ganze Winterzeit wegfallen. Ich gebe ebenfalls anheim, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen, damit in dieser Beziehung Vorschläge gemacht werden können.

Herr E s d o r n: Ich würde eine solche Zurückverweisung an die Kommission nicht für richtig halten, denn was die Vereinigung verlangt, wird die Versammlung ablehnen. Ein weiterer Antrag ist von der Vereinigung nicht gestellt worden, und der Appetit kommt beim Essen. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Vorlage rundweg abzulehnen, etwas besseres können wir nicht tun. Wenn die Herren für ihre Turniere Ausnahmen haben wollen, so werden sie schon kommen.

V o r s i t z e n d e r: Der weitgehendste Antrag wäre der auf Ablehnung der Vorlage. Um aber nicht den Anschein zu erwecken, als ob ich meine Auf-

fassung von der Sache in eine vorteilhafte Lage bringen wollte, lasse ich zuerst über den anderen Antrag abstimmen. Wer ist dafür, die Angelegenheit noch einmal in die Kommission zurückzuverweisen? — Der Antrag ist gegen 5 Stimmen abgelehnt. Wer ist für den Antrag der Kommission, also die Ablehnung der Vorlage? — Das ist mit 22 : 12 Stimmen beschloffen.

#### XIV. Rechnungsabschlüsse des Jahres 1907/08.

Der Magistrat überreicht die Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse, des Schulhausbaufonds und der Umsatzsteuer, sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen für das Rechnungsjahr 1907/08 zur Prüfung. Gleichzeitig wird die Versammlung ersucht, die aus den vorgelegten Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits genehmigt sind, nachträglich genehm zu halten und danach die sämtlichen Kassenabschlüsse vorbehaltlich der Rechnungsablage für gerechtfertigt zu erklären.

Herr Schmidt: Als vor einigen Wochen der Herr Oberbürgermeister in der Versammlung sagte, wir hätten einen so guten Abschluß aus dem Jahre 1907/08, waren wir alle sehr erfreut, zumal wir der Ueberzeugung waren, daß, wenn er das sagte, es hinterher noch besser sein würde. (Heiterkeit.) Nach einigen Tagen wurden von einer hiesigen Zeitung die Schlußzahlen der Jahresrechnung so genau gebracht, daß man glauben konnte, das Redaktionsbureau der Zeitung liege im Rathause. Die Freude, die wir genossen haben, ist dadurch etwas vorweg genommen, und der Herr Oberbürgermeister ist dem Freudentaumel der Gemeinde und den zu erwartenden Ovationen in Form eines Jackelzuges zc. dadurch aus dem Wege gegangen, daß er schleunigst nach der betreffenden Sitzung eine Reise nach Tirol antrat. (Heiterkeit.) Aber die Freude ist geblieben, und Sie alle werden sie genossen haben. Ein gewisses Erstaunen werden Sie aber nicht haben unterdrücken können darüber, daß man bei der Etatsveranschlagung damals so vorbeigegriffen hat. Der Etat weist ein Minus von 40 000 *M* auf und jetzt hat sich ein Plus von 400 392,35 *M* ergeben. Das ist ein Resultat, wie es glänzender nicht gedacht werden konnte, und wir haben alle Ursache, unseren Beamten von oben bis unten, die in dieser Weise mitgewirkt haben, unsere Ausgaben einzuschränken und die Einnahmen zu erhöhen, unsern Dank abzustatten. Es war die Ordre ausgegeben: seid sparsam, wir arbeiten mit einem Minus, und das hat dahin geführt, daß wir einen Abschluß bekommen haben, mit dem wir zufrieden sein können, ohne die Allgemeinheit zu schädigen. Auch den Herren, die die uns vorliegenden Rechnungsabschlüsse aufgestellt haben, habe ich für die mühevollen Arbeit namens der Kommission zu danken. Die Uebersicht ist mit solcher Präzision gemacht worden, daß jeder, der noch nicht in die Materie eingeweiht war, jetzt genau weiß, wie die Sache liegt.

Wenn ich nun auf die einzelnen Positionen der Uebersicht eingehe, so komme ich in Verlegenheit, was ich herausgreifen soll, denn ich möchte Ihnen nicht die jedem gedruckt vorliegenden Zahlen nochmals vorführen. Ich habe es schon so oft erlebt, daß ein Redner alles das hier aufs eingehendste vorträgt, was wir schon seit Wochen im Hause hatten; von den übrigen Mitgliedern der Versammlung wird das aber als überflüssig empfunden. In diesen Fehler möchte ich nicht verfallen. Außerdem: Viola, Baß und Geigen, die müssen alle schweigen vor dem Trompetenschall, und bei 400 000 *M* Ueberschuß sprechen kleine Zahlen nicht mit. Wir operieren hier mit Zahlen, die uns Freude gemacht haben und die sich in der Hauptsache zusammensetzen aus vermehrten Einnahmen und verminderten Ausgaben. Unter den vermehrten Einnahmen finden wir an erster Stelle eine Mehreinnahme von 182 627,74 *M* an Gemeindesteuern und von 19 640,19 *M* aus den Kieselanlagen. Auch hier sind wir dem Herrn Oberbürgermeister Dank schuldig, der es dahingebracht hat, so viel aus dem Kieselgute herauszuschlagen. Er hat stets die richtigen Mittel ergriffen, um unsere Einnahmen zu erhöhen. Der Ueberschuß aus dem Kieselgute rührt hauptsächlich aus Einschränkungen in den Ausgaben. Die Minderausgabe an Löhnen (9 126,66 *M*) kommt daher, daß mehr Ländereien verpachtet sind und deshalb nicht so viel Leute gebraucht wurden. Eine Verzinsung des Anlagekapitals ist natürlich bei dem Rechnungsabschlusse des Kieselgutes nicht berücksichtigt worden, sonst könnte von einem Ueberschusse nicht die Rede sein.

Was die Einnahmen aus den Gemeindesteuern betrifft, so habe ich zu bemerken, daß das nächste Jahr vielleicht noch ein gutes wird, während das folgende wohl schon zurückgeht, weil bei unbestimmten Einnahmen bekanntlich der dreijährige Durchschnitt zu nehmen ist und dieser dann mit Rücksicht auf die zeitige ungünstige Geschäftslage sinken wird. Die Abgabe vom Elektrizitätswerke ist gegen den Anschlag auch erheblich höher geworden, weil Herr Ribbentrop es versteht, die Sache so billig zu machen, daß nichts dagegen ankommen kann. (Heiterkeit.) Bei der Heizung in den Schulen hat man auch gespart und zwar nur bei den Jungen, wahrscheinlich, weil man die Jungen mehr abhärten will. In dem Kapitel „Armenpflege“ findet sich eine Minderausgabe von 98 021,55 *M*. Die baren Unterstützungen sind indessen nur um 48 682,30 *M* zurückgegangen, aber die Verpflegung der Kranken ist billiger geworden, weil die Leute heutzutage schneller wieder gesund werden.

Alles in allem genommen, ersuche ich Sie namens der Finanzkommission: Stimmen Sie dem Antrage des Magistrates freudig zu!

Herr W o l t e r s : In die Freude des Herrn Berichterstatters über das ausgezeichnete Werk, das uns vorgelegt ist, ein Meisterwerk der Begründung, und in das Lob, das jeder städtischen Verwaltung gezollt ist, die an dem Werke

mitgewirkt hat, möchte ich auch einstimmen. Wir hatten aber gestern in der Finanzkommission den Wunsch, die Ursachen des Ueberschusses klar festgestellt zu sehen, denn wir alle haben die Ueberzeugung, daß allein aus den Zahlen dem Nichtkenner unserer Finanzverhältnisse ein vollständig falsches Bild unserer Finanzen gegeben würde. Da gewünscht wurde, die Ursachen hier vorzutragen, so kann ich als die wichtigste angeben, daß der Ueberschuß durchweg ein zufälliger zu nennen ist insofern, als gewisse Einnahmen ganz besonders groß hervorgetreten sind. Das ist in hervorragendem Maße von den Gemeindesteuern zu sagen, die mit ihrem Mehraufkommen von fast 183 000 *M* an der Spitze marschieren. Ferner ist zuzustimmen, daß gewisse Verwaltungszweige gut und praktisch gearbeitet haben, jedoch sind noch ganz andere Ursachen mit behilflich gewesen, den Ueberschuß von rund 400 000 *M* herbeizuführen. Vor allem sind eine Masse Ausgaben in der Kammereikasse, dem Pflegehause usw. erspart worden, die eigentlich gemacht werden sollten. Ich will bloß anführen, daß im Kapitel „Feuerlöschwesen“ allein 14 200 *M* durch die unterbliebene Anschaffung einer neuen Drehleiter usw. erspart worden sind. Diese und ähnliche Ursachen haben veranlaßt, daß der Ueberschuß ein zufälliger zu nennen ist. Im Anschluß an dieses Bild möchte ich kurz noch folgendes erwähnen. Für das laufende Jahr sind an Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben 2 315 000 *M*, während angenommen wird, daß 2 549 000 *M* eingehe werden. Lassen Sie sich aber durch diesen Ueberschuß nicht blenden, denn es gehen noch rund 170 000 *M* als uneinziehbar und in Folge Einspruchs davon ab. Außerdem werden noch eine große Anzahl Straßenbauten außerhalb des Stats ausgeführt werden; ferner haben wir für das Feuerlöschwesen in den nächsten Wochen noch 80 000 *M* außeretatmäßig auszugeben. Dazu haben wir noch folgendes zu berücksichtigen: Als der laufende Etat festgestellt wurde, standen wir einem Fehlbetrage von 33 000 *M* gegenüber. Um ihn einigermaßen auszugleichen, ist von dem an sich nicht statthaften Mittel Gebrauch gemacht, aus dem Schulhausbaufonds 100 000 *M* in die Kammereikasse zu übernehmen. Vergessen Sie diese Zahlen nicht, um die Zukunft und den gegenwärtigen Etat richtig zu beurteilen.

Herr Schmidt: Die eben erwähnten 100 000 *M* kommen erst im laufenden Jahre in die Kammereikasse. Ueber die voraussichtliche Gestaltung der Zukunft habe ich ausdrücklich nicht reden wollen.

Herr Oberbürgermeister Retemeyer: Die Debatte und auch das Referat wären wahrscheinlich vereinfacht, wenn der Magistrat der vorliegenden, jedes einzelne Kapitel des Stats umfassenden Uebersicht eine gedrängte Darstellung der Ursachen, man darf nicht sagen des Ueberschusses, sondern des Rassenvorrates von rund 400 000 *M* beigegeben hätte. Wie ich dem Magistrat

schon mitgeteilt habe, werden wir in Zukunft eine derartige gedrängte Uebersicht mit vorlegen. Aus einer bereits angefertigten Uebersicht ergibt sich, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Anschlage im vorigen Jahre etwa 260 000 *M* betragen haben. Dieses Ergebnis ist hauptsächlich veranlaßt durch die Mehreinnahme an Steuern und aus verschiedenen anderen Verwaltungen. Neben dieser Mehreinnahme steht eine Minderausgabe von rund 187 000 *M*, was zusammen 447 000 *M* ausmacht. Davon liegen 7000 *M* in kleineren, anderweit ausgeglichenen Posten, so daß sich gegenüber dem Etat, der mit 40 000 *M* Differenz abschloß, das richtige Resultat von 400 000 *M* ergibt.

Inwieweit sind nun aber die 187 000 *M* Minderausgaben, die nur zurückgestellt und nicht erspart worden sind? Das muß im einzelnen festgestellt werden. Soweit es sich dabei um Ausgaben handelt, die tatsächlich für immer erspart wurden, können wir sie ebenjogut mit Freuden begrüßen, wie die Mehreinnahmen. Hauptsächlich ist aber zu beachten, daß die Minderausgaben in der Armenkasse nicht wiederkommen werden. Wenn aber in Zukunft gesagt wird, die und die Ausgaben können nur als vorläufig erspart angesehen werden, so gewinnen Sie ein richtiges Bild. Und es ist wohl das beste, man macht gleich diese Unterscheidung. Es kommen darunter Posten vor, die uns absolut sicher bevorstehen, z. B. Kosten für nicht eingelöste Coupons. Man darf wegen der Minderausgaben nicht allzu rosig in die Zukunft schauen.

Herr M e h e r h o f f : Wir haben eine rosig gefärbte Schilderung unserer Finanzlage gehört und eine entgegengesetzte. Wenn wir uns dem gegenüber die goldene Mittelstraße vergegenwärtigen, so stehen unsere Verhältnisse ganz gut. Früher wurde immer hinausgeschrien, die Stadt sei arm, worauf ich stets erwidert habe, man möchte doch nicht so über die Armut der Stadt schreiben, es werde ja dadurch jeder verschreckt, hierher zu ziehen. Wenn Herr Dr. Wolters sagt, wir hätten noch Ausgaben zurückgestellt, so ist das jedes vernünftigen Hausvaters Sache. Solche Ausgaben müssen eben zurückgestellt werden, wenn man sich die Mittel dazu durch Erhöhung der Steuern verschaffen müßte. Es hat uns z. B. eine Vorlage der städtischen Bauverwaltung vorgelegen, nach der Pflasterungen im Kostenbetrage von 700 000 *M* bis 800 000 *M* hinter einander weg vorgenommen werden sollten, jedoch hat schon der Magistrat erklärt, wir gehen damit vor, je nachdem es unsere Mittel erlauben. Wenn wir diesen Grundsatz überall befolgen, so soll uns die Schwarzmalerei schon nicht betrüben. Ich freue mich, in unserm Herrn Vorsitzenden einen Gesinnungsgenossen zu finden, denn der hat einmal gesagt, was wir nicht ausgeben können, müssen wir lassen. Es muß hier und da ein Pflock zurückgesteckt werden und wenn wir das weiter tun, werden wir es gut machen und immer ein Plus haben.



Herr Wolters: Die Ueberschüsse entstehen doch in der Weise, daß etatsmäßige Ausgaben nicht gemacht worden sind; man kann dabei also von dem „nach der Decke strecken“ nicht reden. Ich erinnere dabei nur an die bei dem Armenwesen ersparten rund 100 000 M. Der von Herrn Meyerhoff angeführte Gesichtspunkt spricht also hierbei nicht mit. Von Schwarzseherei meinerseits kann hierbei nicht die Rede sein.

Herr Schmidt: Die Sache liegt nicht so ängstlich, wie Herr Wolters meint, denn das ganze Objekt beträgt nach der Abrechnung bei der Armenkasse nur 88 000 M.

Herr Esdorn: Herr Meyerhoff will herausgehört haben, daß eine Rosig- und eine Schwarzmalerei stattgefunden hat. Herr Dr. Wolters hat aber ganz richtig gehandelt, denn es war Beschluß der Finanzkommission, diese Verhältnisse der Versammlung vorzuführen, damit man sich in Anbetracht der zu erwartenden Vorlage und auch nach außen hin klar machen kann, mit welchen Mitteln die Stadt zu arbeiten hat.

Vorsitzender: Ich habe die Rede des Herrn Dr. Wolters auch nicht als bedrückend aufgefaßt, sondern nur als eine Warnung, daß die Bürgerschaft nicht aus dem Ergebnisse für 1907/08 auf den Etat für 1908/09 schließen möchte, da wir nicht glauben können, daß letzterer ebenso günstig abschließen wird, wie sein Vorgänger.

Sind die Herren damit einverstanden, daß dem Antrage der Finanzkommission auf Genehmigung der kleinen Etatsüberschreitungen zc. zugestimmt wird? Das ist der Fall. Damit ist die Vorlage erledigt.

## XV. Baulichkeiten in der Schule am Südklinte.

In den Schulgebäuden am Südklinte wird es als lästiger Uebelstand empfunden, daß bei der Beschränktheit der Korridore die Kleidungsstücke der Schulkinder zum großen Teile in den Klassen aufbewahrt werden müssen, und überdies ist wiederholt, auch von ärztlicher Seite, Klage geführt über die ungenügenden Licht- und Luftverhältnisse in den beiden Klassen, die hoffseitig im Erdgeschoß des Vorderhauses bzw. im ersten Obergeschoße des Mittelbaues untergebracht sind. Das zur Abhilfe dieser Uebelstände von der städtischen Bauverwaltung aufgestellte Bauprogramm hat nach einigen Aenderungen die Billigung des Schulvorstandes gefunden, auch hat dieser in Uebereinstimmung mit der städtischen Bauverwaltung anerkannt, daß von Herrichtung einer Zentralheizung in dieser Schule Abstand zu nehmen sei. Auch der Magistrat pflichtet dieser Ansicht bei und hat sich auch für die Ausführung der übrigen Bauarbeiten entschieden, indessen mit der Maßgabe, daß bei der Instandsetzung des Daches des Vorderhauses der unschöne Erkergiebel beseitigt werde.

Von den zu 33 000 *M* veranschlagten Kosten entfallen 6500 *M* auf die Instandsetzung des Außern des Gebäudes, der Rest von 26 500 *M* erscheint dem Magistrat nicht zu hoch, um die geplanten Verbesserungen zu erzielen, wenngleich dadurch völlig tadellose Verhältnisse nicht zu schaffen sind. Insbesondere würde die bei den Vorberatungen erörterte Beseitigung des Mittelbaues und sein Ersatz durch einen Neubau um deswillen sehr erhebliche Kosten verursachen, weil alsdann zunächst auf den Erwerb des Nachbargrundstücks Bedacht genommen werden müßte. Hiernach wird anheimgegeben, der Ausführung der fraglichen Bauarbeiten und Beseitigung des Erfergiebels des Vorderhauses zuzustimmen und die zu 33 000 *M* veranschlagten Kosten zu Lasten des Schulhausbaufonds zu verwilligen.

Herr Fr ü h l i n g : Gegen den beabsichtigten Umbau hat die Baukommission Einwendungen nicht zu erheben. Wir wünschen nur, daß in den neuen Garderoberäumen die Anordnung der Kleiderhaken geändert werde, um die Benützung der Räume dadurch zu verbessern. Die Anlage einer Zentralheizung kann nach Lage der Sache von der Baukommission ebenfalls nicht befürwortet werden. Die ganze Gebäudegruppe ist zu sehr verbaut, um solche Anlage zweckmäßig gestalten zu können. Auch eine Stagenheizung kann als zweckmäßig nicht erachtet werden, aber man hat auf eine Besserung insofern Rücksicht genommen, als bei den neuen Heizanlagen die Feuerung vom Korridore aus stattfindet. Natürlich wäre es, abgesehen vom Geldpunkte, noch besser gewesen, von einem Umbau ganz abzusehen und einen Neubau aufzuführen, denn den allerhervorragendsten Ansprüchen genügen die Klassen auch nach dem Umbau nicht. Aber mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten eines Neubaus wird es sich nicht empfehlen, die ganzen Gebäude herunterzureißen, zumal dann auch der Schulbetrieb unterbrochen und ein Nachbargrundstück angekauft werden müßte. Die Baukommission hat es daher für zweckmäßig erachtet, den Neubau vorläufig nicht auszuführen, sondern den Umbau vorzunehmen, der für lange Zeit genügen und ausreichende Klassenräume schaffen wird. Wir empfehlen daher, den geplanten Umbau in der beantragten Weise auszuführen mit der vorhin erwähnten Aenderung in den Garderoberäumen.

Ferner handelt es sich um die Wiederherstellung der Fassade des alten ehrwürdigen Gebäudes. Die dort vorhanden gewesenen Schnitzereien sind mit Brettern vernagelt. Unter der Bretterverschalung hat sich aber die alte Herrlichkeit erhalten und das wenige, was fehlt, läßt sich aus Vorhandenem ergänzen, so daß die Möglichkeit vorliegt, das alte Gebäude wieder so herzustellen, wie es ursprünglich gewesen ist. Wir haben diesen Antrag mit großer Freude begrüßt. An der Beibehaltung des jetzigen Erfers hat der Magistrat Anstoß genommen, und wir stimmen ihm darin zu, ja wir gehen noch einen Schritt

weiter: wir wünschen, daß auch das Dach in die Wiederherstellung einbezogen wird und daß namentlich auch der ehemalige Windeerker wieder aufgerichtet wird, dessen ehemalige Stelle leicht wiederzufinden sein wird. Wir stellen daher den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Wiederherstellungsarbeiten auch auf das Dach auszudehnen und es in der alten Weise, unter Wiederaufrichtung des Windeerkers, wiederherzustellen.

Sodann haben wir noch einen weiteren Wunsch, nämlich die sieben jetzt vermauerten Fensteröffnungen im zweiten Obergeschoße wieder zu öffnen. Es wird dadurch nicht allein die Fassade stilgerechter und schöner, sondern es werden auch die Räume der Fortbildungsschule besser beleuchtet werden.

Endlich hat die Baukommission noch einen dritten Wunsch. Im Erdgeschoße ist eine große Eintrittshalle gewesen. Diese Halle wird jetzt als Waschküche und Kumpelraum benutzt. Zwischen den Fenstern ist noch eine schöne kleine Halbsäule erhalten, auch ist zu vermuten, daß unter der doppelten Decke u. noch manches künstlerisch Wertvolle angetroffen wird. Wir halten es für angezeigt, daß, wenn das Haus in seiner alten Pracht ersteht, auch die Halle wieder freigelegt wird. Sie würde für den Schulbetrieb den Vorteil haben, den Kindern bei schlechtem Wetter einen Unterkunftsraum zu bieten. Schwierigkeiten würden nur insofern entstehen, als der Raum jetzt dem Scholdiener als Waschküche dient, jedoch läßt sich hier Rat schaffen. Wir haben noch einen Raum, in dem die Bibliothek des Lehrervereins untergebracht ist, für die sich Platz in der Hilsschule an der Breitenstraße findet. Wir schlagen deshalb vor, diese Bibliothek aus der Schule herauszuverlegen, den jetzt für den Lehrerverein bestimmten Raum zur Wohnung des Scholdieners zu nehmen, das Lehrerinnenzimmer in die obere Etage zu verlegen und dem Schulinspektor das Zimmer im zweiten Obergeschoß zu geben. Dies hat den Vorteil, daß es nicht nach der Straße, sondern nach dem Hofe zu liegt, so daß der Schulinspektor die Kinder von seinem Zimmer aus unter Augen haben kann. Allerdings werden die Kosten durch unsere Anträge sich etwas erhöhen. Zurzeit sind indessen nur 6500 *M* für die Instandsetzung des Außern des Gebäudes gefordert, und wenn man bedenkt, was Privatleute tun, um ihr Haus wieder instand zu setzen, so handelt es sich hier nur um eine recht winzige Summe, wenn man die Kapitalkraft der Stadt vergleicht mit der des einzelnen Bürgers. Es bleibt auch noch zu erwähnen, daß durch diesen Umbau ein vorzügliches und mustergültiges Bild für die Wiederherstellung alter braunschweigischer Bauten gegeben und ein weiterer Anziehungspunkt für die Stadt geschaffen wird.

Die Baukommission beantragt also, die Umbaukosten mit 33 000 *M* zu bewilligen und ersucht daneben, die neuen Garderoberräume durch Ueänderung der Kleiderhaken-Anordnung freier zu gestalten, bei der Wiederherstellung der

äußeren Gestalt des Hauses auch das Dach in alter Weise, unter Wiederaufbau des Windeckerkers herzurichten, die sieben jetzt vermauert gelassenen Fensteröffnungen im zweiten Obergeschoße wieder zu öffnen und die große Eintrittshalle im Erdgeschoß wieder freizulegen.

Herr B l u t h : Ich habe auch Gelegenheit gehabt, die Schule näher kennen zu lernen und muß sagen, daß ich den Optimismus des Herrn Berichterstatters nicht teilen kann. Was er über die Fassade gesagt hat, ist mir aus dem Herzen gesprochen, allerdings fürchte ich, daß er unter der Verschalung nicht alles das finden wird, was er hofft. Die Sachen sind seinerzeit teilweise fortgenommen und andernwärts verwendet worden. Dagegen sind die vorhandenen Schulräume so mangelhaft, daß sie in brauchbarer Weise nicht wiederhergestellt werden können. Bezüglich der Heizung habe ich mich überzeugt, daß der Schornstein so groß ist, um den Ofen in sich aufnehmen zu können. Früher ist das eine Zimmer als Klasse benutzt, aber wieder geschlossen worden, weil keine Ventilation herzustellen war. Aus diesem Grunde ist es Bibliothekraum geworden, und wenn jetzt wieder eine Klasse dort eingerichtet werden soll, so liegt dasselbe Bedenken dagegen vor. Die übrigen Klassenräume sind fast alle schlecht und die angebauten Räume haben von beiden Seiten Fenster, so daß rechts und links den ganzen Tag die Sonne darauf steht. Deshalb scheint es mir, als ob das ganze Geld ziemlich weggeworfen ist, und ich möchte zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht richtiger wäre, darauf zu sparen, daß man das ganze Schulgebäude von hinten her umbauen könnte und zu versuchen, einen angrenzenden Bauplatz zu erwerben. Dann könnte man das ganze Schulgebäude modern aufbauen und die schöne alte Fassade nach vorn bestehen lassen.

Herr F r ü h l i n g : Es ist richtig, daß die Klassen nicht allen Anforderungen, die heute üblich sind, entsprechen, aber auch der Schulvorstand hat sich mit dem Projekte einverstanden erklärt und hält die Klassenräume für ausreichend brauchbar. Das hat uns wesentlich mit bewogen, dem Projekte zuzustimmen. Wenn man von dem ärztlichen Standpunkte etwas absieht und Vergleiche anstellt, wie die Kinder in anderen Schulen unterrichtet werden, so muß ich sagen, daß wir bei unserer Besichtigung nichts haben finden können, was zu Bedenken Veranlassung geboten hätte. Wirklich schlechte Klassen werden nur zwei vorhanden sein. In der Klasse, welche früher die Bibliothek des Lehrervereins aufgenommen hat, ist immer ein dumpfer und muffiger Geruch gewesen. Hier soll der Fußboden entfernt, das vermutlich morsche Holz herausgebracht und durch Beton mit Linoleumbelag ersetzt werden. Beleuchtung und Lüftung sollen verbessert werden. Außerdem wird aber die Luft hauptsächlich auch dadurch verbessert werden, daß die Mäntel der Kinder nicht mehr im Schulzimmer hängen dürfen. Radikaler und besser wäre es allerdings, ein ganz neues Gebäude auf-

zuführen, aber wir müssen auch den Geldpunkt in Betracht ziehen und können uns vorläufig mit dem Umbau begnügen, der noch für lange Zeit ausreichen wird. Dann können wir abwarten, ob sich Gelegenheit zum Erwerbe des Nachbargrundstückes bietet. Was die Schnitzereien an der Fassade betrifft, so sind die Konsolen zc. allerdings abgehauen, jedoch kann dies wieder hergestellt werden, weil im Hofe Vorbilder noch vorhanden sind. Ebenso ist es mit dem fehlenden Gesims. Alle Sachen sind in Vorbildern da und können danach wieder ergänzt werden. Auch die gleichaltrigen anderen Gebäude geben uns vielfachen Anhalt für die Wiederherstellung der Fassade.

Der Antrag der Baukommission wird darauf genehmigt.

Herr Oberbürgermeister *Metemeyer*: Ich habe dem Magistrate von den soeben beschlossenen Menderungsvorschlägen noch keine Mitteilung machen können. Ich darf jetzt wohl annehmen, daß Sie mit der Ausführung der Bauten, die voraussichtlich erst im nächsten Jahre in Angriff genommen werden, einverstanden sind und auch einwilligen, daß wir dem Schulinspektor beizeiten die Wohnung kündigen. (Zustimmung.) Die Sache wird sich ja durch die gewünschten Menderungen, vorausgesetzt, daß der Magistrat darauf eingehen sollte, etwas verschieben; immerhin taxiere ich die Mehraufwendungen nicht für so wesentlich, daß dadurch die heutige Abstimmung illusorisch gemacht würde, wenn der Magistrat nicht darauf einginge. Außerdem kann man den Umbau der alten Klassen trennen von der Umänderung der Aus schmückung des Hauptgebäudes. Also dem Mieter werden wir die Wohnung demnächst kündigen.

(Zustimmung.)

## **XVI. Erklärung einer Teilstrecke der Humboldtstraße zur Ortsstraße.**

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Humboldtstraße auf der Strecke *Fallerslebertorbrücke* — *Kasernenstraße* als Ortsstraße im Sinne des Straßenhaustatuts anzusprechen sei. Da der Ausbau der betreffenden Strecke vor kurzem beschlossen ist, hat der Magistrat ein Interesse daran, diese Zweifel beseitigt zu sehen, was am kürzesten durch eine entsprechende Beschlußfassung der städtischen Behörden geschehen kann. Die Versammlung wird deshalb ersucht, zuzustimmen, daß die betreffende Straßenstrecke zur Ortsstraße erklärt wird.

Herr *Meyerhoff*: Die Baukommission gibt Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Bürgermeister *Meyer*: Namens des Magistrats habe ich hierzu noch einen Zusatzantrag zu stellen, von dem ich hoffe, daß er ohne Kommissionsberatung angenommen werden wird. Es ist nämlich zur Sprache gekommen, daß es wünschenswert erscheint, für diese Straßenstrecke noch Vorgärten festzusetzen. Die Humboldtstraße hat in ihrer Verlängerung schon Vorgärten, ebenso die Straße am *Fallerslebertore*; während für diese Straßenstrecke Vorgärten

offiziell nicht festgelegt worden sind. Wir möchten bitten, für die Strecke Vorgärten in derselben Weise festzusetzen, wie sie die Fortsetzung der Straße hat, nämlich in einer Breite von 3 m auf jeder Seite.

Herr Meyerhoff: Ich möchte darauf hinweisen, daß es sich bei dieser Straßenstrecke um eine reine Geschäftsstraße handelt, die auch Geschäftsstraße bleiben wird. Ob es sehr praktisch sein wird, für eine solche Straße Vorgärten anzuordnen, möchte ich bezweifeln. Deshalb bitte ich den Magistrat, das nochmals zu erwägen. Eine genügende Tiefe würden die Grundstücke wohl haben.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat sich darüber bereits schlüssig gemacht. Es sind dort allerdings an der Nordseite zwei Geschäftshäuser, aber es dreht sich nicht nur um diese Seite, wo außerdem auch der Botanische Garten liegt, sondern auch um die andere Seite, und ich habe ein Interesse daran, die Vorgärten festgesetzt zu sehen, weil die weitere Bebauung des Kasernengrundstücks vor der Tür steht. Nachdem Herr Meyerhoff auch anerkannt hat, daß die Geschäftsgrundstücke eine ausreichende Tiefe haben, erscheint es doch unbedenklich, dort Vorgärten festzulegen. Praktisch würde ja die Sache erst bei der Neubebauung der Grundstücke werden. Sollten die Herren sich darüber heute nicht schlüssig werden können, so bitte ich den Antrag einer Kommission zu überweisen.

Herr Esdorn: Ich muß mich den Bedenken des Herrn Meyerhoff anschließen. Wenn die Grundstücke mit Vorgärten rechnen müssen, so können sie bei ihrer Neubebauung Läden nicht einrichten. Ich bitte, den Antrag an eine Kommission zu verweisen.

Herr Lübke: Es möchte wohl manchem zweckmäßig erscheinen, daß die Vorgärten der Humboldtstraße in ihrer ganzen Länge durchgeführt werden. Für die Südseite möchte ich diesen Standpunkt auch vertreten, aber bei der Nordseite sind die Bedenken des Herrn Meyerhoff nicht von der Hand zu weisen. An der Stelle sind Geschäfte schon mit Rücksicht auf die gegenüberliegende Kaserne nötig, und man würde durch die Anlegung von Vorgärten den Geschäftsverkehr erschweren. Außerdem würden es immer nur Scheinvorgärten bleiben, die eingegittert, aber nicht unterhalten werden. Deshalb dürfen wir damit nicht ganz gleichmäßig nach der Schablone vorgehen. An der Nordseite halte ich die Vorgärten für unzulässig. Der Botanische Garten unterbricht dort die Straßenflucht doch wieder angenehm. So ein kleiner Vorgarten würde doch nur wie eine verkümmerte Pflanze aussehen. Ich möchte empfehlen, ein Kompromiß in der Richtung abzuschließen, daß wir auf der Südseite Vorgärten festsetzen, auf der Nordseite aber davon absehen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die hier vorgetragenen Bedenken sind allerdings nicht von der Hand zu weisen. Ich möchte deshalb den Unterantrag

stellen, sich damit wenigstens einverstanden zu erklären, daß für die Südseite 3 m breite Vorgärten festgesetzt werden.

Vorsitzender: Wer ist für die Erklärung der Straßenstrecke zur Ortsstraße? — Das ist angenommen. Wer ist für die Anordnung von Vorgärten auf beiden Seiten? Niemand. Wer ist für die Anordnung von 3 m breiten Vorgärten auf der Südseite der Straße? — Der Antrag ist angenommen.

Ich schließe die Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 8½ Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. November 1908.

---

#### Tagesordnung:

I.	Antrag Ribbentrop: Beschaffung von Krankenwagen. . . . .	Seite 314
II.	Zuschüsse an den Verein Braunschweiger Gastwirte. . . . .	" 315
III.	Änderung des Stadtbauplans im Kattreppeln. . . . .	" 316
IV.	Preßgasbeleuchtung auf verschiedenen Straßen. . . . .	" 318
V.	Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele. . . . .	" 320
VI.	Ergänzung der Straßenpolizeiordnung. . . . .	" 323
VII.	Erhöhung eines Ausgabepostens bei der Schulkasse. . . . .	" 329
VIII.	Bauliche Änderungen im Feuerlöschgebäude. . . . .	" 329
IX.	Beschaffung von Schläuchen und Kleidungsstücken für die Berufsfeuerwehr. . . . .	" 330
X.	Verlängerung des Pachtvertrages für ein Doveesegrundstück. . . . .	" 331
XI.	Mittel für den Gerüstbau an der Andreaskirche. . . . .	" 332
XII.	Instandsetzung der Mandelnstraße und einer Verbindungsstraße am Spohrplatz. . . . .	" 335
XIII.	Plattenbelag auf Fußwegstreifen des Neustadtrings. . . . .	" 336
XIV.	Hundesteuer-Erlaßgesuch. . . . .	" 337
XV.	Verrechnung einer Schenkungssteuer. . . . .	" 337
XVI.	Antrag Tolle: Bestellung eines Hundefängers etc. . . . .	" 337
XVII.	Anfrage Bähr: Schädigung von Straßenbäumen durch die Straßenbahn. . . . .	" 338
XVIII.	Anfrage Kiefe: Unterbringung von Pflegekindern. . . . .	" 339



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Jasper und Ohlendorf; später erscheinen die Herren Bunge und Lübke.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und macht der Versammlung zunächst folgende Mitteilungen:

1. Die Beratung der Magistratsvorlagen, betreffend die Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie die Gehaltsaufbesserungen für die städtischen Beamten und Lehrer, kann heute nicht stattfinden, weil die Vorberatungen der vereinigten Kommissionen noch nicht beendet sind. Den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung ist bereits die Aufforderung zugegangen, am nächsten Sonnabend hier zugegen zu sein, da dann die zweite Lesung der Vorlagen beginnen soll. Ich hoffe, daß wir im Laufe der nächsten Woche die Vorberatung beenden, um sodann so schnell wie möglich die Vorlagen in einer Plenarversammlung verabschieden zu können.

2. Der kommandierende General des X. Armeekorps von Loewenfeld hat das Herzogliche Staatsministerium gebeten, aus Anlaß der guten Aufnahme, welche die Truppenteile des Armeekorps bei den diesjährigen Herbstübungen in den einzelnen Ortschaften gefunden haben und des bereitwilligen Entgegenkommens der Behörden und der Bevölkerung bei der oft zahlreichen Einquartierung den beteiligten Stellen den aufrichtigen Dank zu übermitteln.

3. Ferner will ich darauf aufmerksam machen, daß der Verkehrsverein die beiden hier ausgestellten Reklameplakate zur Ansicht geschickt hat. Ich bin gebeten, zu berichten, daß die Plakate von der hiesigen Firma Lange und nicht etwa, wie man zuerst glaubte, von einer auswärtigen Firma hergestellt worden sind.

Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

### **I. Antrag Ribbentrop: Beschaffung von Krankenwagen.**

Herr Koch: In der Sitzung vom 1. Oktober d. Js. — Seite 255 des Berichtes — hat Herr Ribbentrop die Beschaffung zweier neuen Transportwagen für Kranke beantragt. Die Baukommission hat bei ihrer Beratung dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die der Stadt gehörenden Krankenwagen einer Revision unterworfen werden möchten, damit die ihnen anhaftenden Mängel beseitigt würden. Gegenüber den von Herrn Ribbentrop vorgebrachten Klagen über die Wagen ist mir von sachverständiger Stelle mitgeteilt worden, daß die Federung der Wagen vorzüglich sei und es wohl mehr an der schweren Er-

Frankung des Herrn Ribbentrop gelegen habe, wenn ihm durch den Transport in einem der Wagen Schmerzen verursacht seien. Im übrigen haben im Magistrate schon Verhandlungen darüber stattgefunden, ob ein neuer Krankenwagen oder ein Automobil-Krankenwagen beschafft werden solle, und es ist daraufhin in den nächstjährigen Etat ein Automobilwagen für 17 000 *M* eingestellt worden. Aus diesen Gründen beantragt die Baukommission, den Antrag Ribbentrop dem Magistrate zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte einen kleinen Irrtum des Herrn Referenten berichtigen. Der Haushaltsplan für das nächste Jahr ist vom Magistrate noch nicht aufgestellt worden; es kann daher noch nicht ernstlich davon gesprochen werden, daß eine derartige Summe in den Voranschlag eingestellt sei, es schweben vielmehr Erwägungen darüber, in welcher Weise wir das Krankentransportwesen in der Stadt verbessern können. Nach Abschluß der Vorberatungen werden die Herren darüber nähere Mitteilung erhalten.

Der Kommissionsantrag wird hierauf genehmigt.

## II. Zuschüsse an den Verein Braunschweiger Gastwirte.

Der Vorstand des Vereins Braunschweiger Gastwirte hat gebeten, aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer einen Zuschuß zur besseren Ausgestaltung der von ihm im Jahre 1892 errichteten, im Jahre 1906 von der hiesigen Handelskammer übernommenen und vollständig neu geordneten Fachschule für die Lehrlinge des Gastwirstandes zu gewähren. Die Handelskammer empfiehlt, dem Gesuche in der Weise zu entsprechen, daß für die Beschaffung der nötigsten Unterrichts- und Anschauungsmittel, sowie als Grundstock zur Bildung einer Lehrerbibliothek und als Zuschuß für die Ausarbeitung eines Lehrbuchs über die Betriebslehre die Summe von 1000 *M*, sowie als Zuschuß für die Gründung eines Stiftungsvermögens, zur Gewährung von Stipendien an strebsame, bedürftige Schüler der Fachschule sowie für die Schaffung eines Kellnerlehrlingsheims der Betrag von 1000 bis 1500 *M* bewilligt werden möge.

Der Magistrat erkennt die Absicht der Beteiligten und der Handelskammer, für die berufliche Fortbildung der jungen Leute im Kellner- und Gastwirstande zu sorgen, als eine wirksame Handhabe zur Förderung des Mittelstandes und zur Unterstützung des Kleingewerbes an, zu dem viele der mittleren und kleineren Wirtschaftsbetriebe zu rechnen sind. Die Rücksichtnahme auf die eigenartigen Berufsverhältnisse kann am besten durch besondere Fachklassen erfolgen, wie dies dem Lehrplane der Schule entspricht. In der Gewährung von Stipendien wird aber für tüchtige junge Leute ein Ansporn

zum Weiterstreben in der Ausbildung liegen. Nach den Erfahrungen mit Lehrlingsheimen für andere Berufszweige verdient der Gedanke, auch für Kellnerlehrlinge eine derartige Anstalt ins Leben zu rufen, ebenfalls tatkräftige Unterstützung.

Hiernach ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Verein Braunschweiger Gastwirte aus den Erträgen der Umsatzsteuer für die Förderung der Fachschule 1000 *M.* für sein Stiftungsvermögen zu Stipendienzwecken und zur Errichtung eines Kellnerlehrlingsheims gleichfalls 1000 *M.* insgesamt also 2000 *M.* überwiesen werden.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Schmidt, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Wesemeier: Ich habe von dem ganzen Referate nichts verstanden und weiß daher nicht, worüber ich eigentlich abstimmen soll.

Nachdem Herr Schmidt das Referat kurz wiederholt hatte, wird die Magistratsvorlage genehmigt.

### III. Aenderung des Stadtbauplanes im Rattreppeln.

Durch die geringe Breite des Johannishofes bei seiner Einmündung in den Rattreppeln sowie des Rattreppeln selbst an dieser Stelle wird der besonders nach Verlegung der Paketpost in das Grundstück Rattreppeln Nr. 22 sehr lebhaft gewordene Personen- und Wagenverkehr des Rattreppeln stark beeinträchtigt. Die Kaiserliche Oberpostdirektion hat hieraus unter gleichzeitigem Hinweis auf die dem Verkehr aus der Beengung erwachsende Gefahr Veranlassung genommen, zu ersuchen, durch Aenderung des Ortsbauplanes auf eine Verbreiterung des Rattreppeln gegenüber der Einmündung des Johannishofes hinzuwirken. Diesen Wunsch hält der Magistrat für berechtigt und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die jetzige Baulinie entsprechend geändert werde.

Eine an die Kaiserliche Oberpostdirektion gestellte Rückfrage, ob der Postfiskus bereit sei, die Kosten der ausschließlich wegen des Postbetriebes notwendig werdenden Straßenverbreiterung zu übernehmen, ist ablehnend beantwortet worden. Hieraus die Schlußfolgerung zu ziehen, nunmehr alles beim alten zu lassen, hält der Magistrat indessen nicht für zulässig.

Herr Frick: In der Baukommission war die Ansicht vertreten, daß der Postfiskus, wenn er Vorteile durch die Straßenverbreiterung hätte, auch die Kosten zu tragen habe. Da aber der Postfiskus einen Zuschuß ablehnt und die Gefahr für das Publikum bei dem jetzigen Zustande wirklich groß ist, so empfiehlt die Baukommission trotz ihrer erwähnten Bedenken die Vorlage zur An-

nahme. Ueber die durch die Verbreiterung entstehenden Kosten sind Berechnungen noch nicht angestellt. Das abzuschneidende Stück soll etwa 2,5 m tief sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Grundstücke, um deren Anschneiden es sich hier handelt, ragen in einem Halbkreise in das Straßengebiet hinein; die jetzige gebogene Glucktlinie soll nun durch eine gerade Linie ersetzt werden. Deshalb ist die Tiefe des abzuschneidenden Stückes nicht gleichmäßig, sondern an den beiden Enden sehr gering und selbst in der Mitte kommen nicht 2,5 m, sondern höchstens 1 m heraus. Die gesamte Fläche des abzuschneidenden Terrains wird sich auf etwa 3,5 qm belaufen. Die Frage, was dies Terrain der Stadt kosten würde, läßt sich zurzeit nicht beantworten, denn selbstverständlich soll die Aenderung des Ortsbauplanes nicht heute oder morgen durchgeführt werden, sondern dann, wenn die betreffenden Gebäude einmal gefallen sind.

Herr Esdorn: Nach der Zeichnung und den an der betreffenden Stelle herrschenden Verkehrsverhältnissen kann ich die beabsichtigte Zurückschiebung der Baulinie nicht für ausreichend erachten, sondern meine, daß wir zu einer anderen, die Straße mehr verbreiternden Baulinie hätten übergehen müssen, wie sie auf der Zeichnung punktiert worden ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Im Magistrate und auch in der Baukommission ist sehr eingehend über die Wahl der neuen Baulinie verhandelt worden, aber in beiden Körperschaften ist die Mehrheit dafür gewesen, sich mit der hier vorgeschlagenen Baulinie zu begnügen. Wenn von jedem der kleinen Grundstücke eine Fläche von 3 bis 5 qm abgeschnitten wird, so ist es nicht ausgeschlossen, daß bei notwendig werdender Zwangsent eignung auf eine sehr hohe Entschädigung für Wertminderung des Restgrundstücks oder auf Abnahme des ganzen Grundstücks erkannt werden wird. Wir haben in dieser Beziehung schon sehr unangenehme Erfahrungen gemacht. Eine so große Ausgabe hierfür zu machen, ist uns aber die Sache nicht wert. Haben wir eine Garantie dafür, daß der Postfiskus Generationen hindurch seine Paketpost an der Stelle belassen wird? Die Lokalverhältnisse scheinen mir dort ganz ungeeignet zu sein, und ich würde jedenfalls, wenn ich dabei mitzusprechen gehabt hätte, meinen Einfluß dahin geltend gemacht haben, sie anderwärts hinzuverlegen. Der Postfiskus ist sehr sparsam, er hat sich wohl bemüht, in besserer Gegend ein Grundstück zu bekommen, solches ist ihm aber zu teuer gewesen, weshalb er das ehemalige Reichsbankgebäude dem vorhandenen postfiskalischen Areal angereicht hat. Mit Rücksicht auf die Ungewißheit der weiteren Entwicklung der postalischen Verhältnisse halte ich es aber nicht für angebracht, der Stadt allzu hohe Kosten aufzubürden, zumal der sonstige Fuhrverkehr an jener Stelle recht gut bewältigt werden kann. Schon vor längeren Jahren ist einmal über die Verbreiterung des Kat-

treppeln verhandelt worden, und es wurde dabei nicht einmal diese Begradigung in Aussicht genommen. Der Gedanke ist erst dadurch entstanden, daß der Postfiskus anläßlich eines Neubaus die Anregung gegeben hatte, mit Rücksicht auf eine bessere Ausfahrt aus dem Johannischofe mehr Platz im Kattreppeln zu schaffen. Das ist ein Wunsch, der von seiten des Inhabers des Postgrundstücks wohl berechtigt ist, den zu erfüllen aber die Stadt keine ausreichende Veranlassung hat.

Herr *Frühling*: Ich habe noch zu erklären, daß die Sache in der Baukommission auch durchaus in dem Sinne beraten worden ist, wie es Herr *Esdorn* wünscht und daß wir aus den von Herrn Bürgermeister Meyer soeben dargelegten Gründen uns schlüssig geworden sind, es bei der vorgeschlagenen Begradigung der Straße zu belassen. Es ist dabei ferner noch maßgebend gewesen, daß durch den inzwischen ausgeführten Neubau eine durchgehende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kattreppeln in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr möglich ist, und wir es außerdem nicht verschuldet haben, daß die Post den Eingang in die enge Straße verlegt hat. Der Postfiskus war in der Lage, sich eine bessere Ausfahrt zu schaffen, wenn er die erforderlichen Mittel anwenden wollte, aber wir sind nicht in der Lage, ihm noch weiter entgegenzukommen, als es in dem Vorschlage des Magistrats geschehen ist. Deshalb bitte ich, es bei dem Vorschlage der Kommission zu belassen.

Herr *Sander*: Ich bin trotzdem der Meinung, daß es richtiger wäre, die Straße dort breiter anzulegen. Es kommt dabei für mich in Frage, daß die betreffenden kleinen Grundstücke nach ihrem demnächstigen Abbruche unmöglich einzeln wieder bebaut werden können, sondern zusammengelegt werden müssen. Hierdurch fällt aber der Hinweis des Herrn Bürgermeisters Meyer weg, daß die Grundstücke eventuell von der Stadt übernommen werden müßten. Es ist tatsächlich sehr gefährlich, die Straße zu passieren, wenn gerade ein Postwagen aus dem Johannischofe fährt, und deshalb möchte ich im Interesse der Passanten eine weitere Verbreiterung der Straße sehr empfehlen.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

#### IV. Preßgasbeleuchtung auf verschiedenen Straßen.

Nachdem bei den Verhandlungen über die Straßenbeleuchtung wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben worden ist, es möchten die verkehrsreichen Straßen mit einer besseren Beleuchtung versehen werden, sind dem Magistrat von der Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke Vorschläge wegen Einführung einer Preßgasbeleuchtung unterbreitet worden. Wenngleich diese Beleuchtungsart schon seit längerer Zeit mit gutem Erfolge

im Schlachthause angewendet wird, so hat die Deputation zu ihrem Vorgehen doch vornehmlich der Umstand veranlaßt, daß in neuerer Zeit verschiedene Städte, insbesondere auch Berlin, mittels Preßgas die Straßen beleuchten und zwar mit bestem Erfolge, ohne dafür so erhebliche Kosten aufzuwenden, wie sie die elektrische Straßenbeleuchtung erfordert. Nicht unerheblich höhere Kosten als die einfache Gasbeleuchtung erfordert nun zwar auch die Preßgasbeleuchtung und zwar nicht nur solche für die erste Anlage, sondern auch, da das Lichtwerk elektrische Energie zum Betriebe der Kompressoren für den Kraftstrompreis nicht abgibt, für die dauernde Unterhaltung. Dabei ist indessen zu berücksichtigen, daß die Stadt als Eigentümerin der Gaswerke selber Lieferantin ist und daß, nachdem infolge der erheblichen Zunahme der elektrischen Beleuchtung die Steigerung des Gaskonsums in der letzten Zeit nachgelassen hat, für die Stadt umsomehr Anlaß vorliegt, durch Verbesserung der Gasbeleuchtung den Konsum des von ihr produzierten Gases tunlichst zu vermehren.

Die Deputation hat empfohlen, zunächst die Preßgasbeleuchtung auf den Straßen Friedrich-Wilhelmsplatz, Friedrich-Wilhelmstraße, Münzstraße usw. bis zum Hagenmarke einzuführen und somit auch die dringend wünschenswerte bessere Beleuchtung der Markthalle zu ermöglichen. Erst wenn sich der Versuch bewährt, wird zu erwägen sein, ob sich eine Erweiterung der fraglichen Beleuchtung bezw. die Herrichtung weiterer Betriebsanlagen empfiehlt. Um in der Münzstraße und auf dem Ruchsäutenplatze ein abermaliges Aufreißen der Straßenbefestigung zu verhüten, hat die Deputation daselbst in vorausgesetzter Zustimmung der städtischen Behörden die für die geplante Anlage erforderlichen Rohrleitungen bereits unter Aufwendung von 780 *M* verlegen lassen. Mit Einschluß dieser Summe belaufen sich die anschlagsmäßigen Anlagekosten, nach Abzug der zu erzielenden Einnahmen, auf 32 000 *M*, die eventuell aus dem Reservefonds zu bestreiten sein würden, während das Mehr an Unterhaltungskosten zu rund 4700 *M* jährlich veranschlagt ist.

Der Magistrat hält die Ausführung der fraglichen Arbeiten für zweckmäßig und gibt anheim, zu dem Zwecke die Summe von 32 000 *M* zu verwilligen.

Herr Buchler: Die Finanzkommission hat allgemein anerkannt, daß die Vorlage ein großes Entgegenkommen für die Freunde von „mehr Licht“ und einen bedeutenden Fortschritt in der Straßenbeleuchtung bedeutet. Wenn dadurch auch nicht alle Wünsche erfüllt werden, so ist doch in der Kommission betont worden, daß die Beleuchtung der Stadt im allgemeinen eine außerordentlich gute sei, obwohl es an sogenannten Glanzpunkten, wie in manchen

anderen Städten, hier bis jetzt noch gefehlt hat. Die Finanzkommission empfiehlt hiernach die Annahme der Vorlage.

Herr **Esdorn**: Nachdem vor einigen Jahren der Magistrat unserm Beschlusse auf Beleuchtung der Hauptstraßen und Plätze durch elektrisches Licht nicht beigetreten war, können wir es mit Freuden begrüßen, daß uns diese Vorlage unterbreitet wird. Ich möchte indessen unter der Voraussetzung, daß unsere Ueberschüsse aus den Gaswerken in bisheriger Weise weiter steigen sollten, dem Wunsche Ausdruck geben, daß noch weitere Straßen und Plätze mit Preßgas beleuchtet werden. Hauptsächlich habe ich dabei den Altstadtmarkt, die Breitestraße und alle jenen Straßen im Auge, die nach den Toren hinführen. Licht ist werbend für eine Stadt ebenso, wie für jedes Geschäft.

Herr **Almann**: Ich wollte mir die Anfrage erlauben, ob die Beleuchtung durch Preßgas nur für die Straßen und Plätze eingeführt werden soll, oder ob auch die an diesen Straßen wohnenden Konsumenten daran teilnehmen können? Es ist wiederholt darüber geklagt worden, daß unser Gas zu schlecht sei, und es würde die Anlieger jedenfalls angenehm berühren, wenn sie auch Preßgas bekommen könnten.

Herr **Oberbürgermeister Reimeyer**: Es ist beabsichtigt, auch den Anliegern Preßgas abzugeben, was sich leicht ausführen läßt, weil die Leitungen in den angrenzenden Fußwegen verlegt werden. Dabei wird es sich allerdings nicht vermeiden lassen, daß die betreffenden Geschäfte eine besondere Leitung für das Preßgas legen lassen müssen.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratsvorlage zu.

## V. Zuschuß an den Ausschuß für Waldspiele.

Der Magistrat erachtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Ausschuß für Waldspiele für die Folge, zuerst für das Jahr 1909/10, widerruflich ein Jahreszuschuß bis zu 750 *M* aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen in Aussicht gestellt werde. Nach dem Dafürhalten des Magistrates hat sich die Veranstaltung der Waldspiele als eine gemeinnützige Einrichtung erwiesen, die es verdient, aus städtischen Mitteln in der vorgeschlagenen Weise gefördert zu werden. Der obige Zuschuß soll zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages dienen.

Nach dem Berichte des Herrn **Esdorn** empfiehlt die Finanzkommission den Antrag zur Annahme.

Herr **Buchler**: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es den Tatsachen entspricht, daß der Verein der hiesigen Brauereien mit Rücksicht darauf, daß die Stadtverwaltung dem Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger

Getränke einen Zuschuß bewilligt hat, seine bisher für verschiedene wohltätige Einrichtungen geleisteten Zuschüsse zurückgezogen hat.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann dem Herrn Vorredner nur dankbar sein, daß er mir Gelegenheit gibt, diese Angelegenheit hier zu berühren. Mit dem Beschlusse der vereinigten Brauereien, hiesige Wohltätigkeitsbestrebungen nicht mehr zu unterstützen, hat es leider seine Richtigkeit. (Bewegung.) Schon als die geehrten Herren vor einigen Monaten den Antrag zu beraten hatten, den Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke durch einen Zuschuß von 50 M jährlich zu unterstützen und einige Persönlichkeiten nach Berlin zu senden, um einem der wissenschaftlichen Bekämpfung des Alkoholismus gewidmeten Kursus beizumohnen (s. Seite 147 des Berichts vom 18. Juni d. Js.), erschien im Auftrage der vereinigten Brauereien Herr Rechtsanwalt Sievers II bei mir, um mir mitzuteilen, daß bei Ausführung des Beschlusses die vereinigten Brauereien sich entschließen müßten, die für wohltätige Zwecke bestimmten Beiträge zurückzuziehen. Ich habe darauf erwidert, daß ich mich durch eine derartige Drohung nicht einschüchtern ließe und habe auch daraus kein Hehl gemacht, daß ich vorläufig an einen solchen Beschluß der vereinigten Brauereien noch nicht glauben könne. Tatsächlich ist aber doch der Verein zu diesem nicht ganz einwandfreien Mittel übergegangen. Wieviele der hiesigen Wohltätigkeitsbestrebungen davon berührt sind, hat sich noch nicht feststellen lassen, weil viele erst im Frühjahr mit ihren Sammlungen an die einheimische Bevölkerung heranzutreten pflegen und sich erst dann ein Bild davon machen läßt. Dem Vereine für verschämte Hilfsbedürftige ist indessen schon ein Schreiben zugegangen, in dem der Verein der Brauereien erklärt, daß er mit Rücksicht auf die feindselige Haltung des Magistrates gegenüber den Brauereien eine Beitragsleistung für die Zukunft ablehne. Ich glaube, daß der Magistrat auch Ihrer Zustimmung sicher sein kann, wenn ich erkläre, daß ein derartiger Beschluß im hohen Grade bedauerlich sei und im hohen Maße einen Mangel an politischen Augenmaß und an Gerechtigkeitsgefühl verrate. Es ist durchaus unrichtig, daß der Magistrat eine feindselige Stellung gegenüber den Brauereien eingenommen hat. Man kann sehr wohl, wie der Magistrat das stets getan hat, der gesamten Industrie förderlich und freundlich gesinnt sein und doch die Bestrebungen, die es sich angelegen sein lassen, den Mißbrauch des Alkohols zu bekämpfen, unterstützen. Selbst die Berufsgenossenschaft der Brauereien hat sich die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs angelegen sein lassen und sich wiederholt mit dieser wichtigen Frage beschäftigt. Wohin soll es wohl führen, wenn man Wohltätigkeitsbestrebungen, die ohne jeden Zusammenhang mit einer vermeintlichen feindseligen Stellung des Magistrates zu den Brauereien stehen, es entgelten lassen will, daß man nicht gut auf den



Magistrat zu sprechen ist. Ich glaube versichern zu dürfen, daß der Magistrat sich durch eine derartige Kampfweise, die sich kaum der Zustimmung aller hiesigen Brauereibesitzer erfreuen wird, nicht davon abbringen lassen wird, das zu tun, was er für richtig hält, und ich vertraue, daß die Herren mir beipflichten werden, wenn ich zu dem gesunden Sinne der Braunschweiger Bevölkerung das Vertrauen habe, daß sie die Bestrebungen des Magistrates unterstützen werde. Insbesondere glaube ich auch, daß durch dieses Vorgehen der Brauereien die hiesigen Wohltätigkeitsbestrebungen nicht geschädigt, sondern um so ergiebiger von anderen Seiten Mittel erhalten werden. Die Maßnahme der Brauereien ist hiernach nur als ein Schlag ins Wasser zu bezeichnen.

Herr Wolters: Sowohl von der Beschlußfassung, als auch von der Durchführung des Beschlusses der vereinigten Brauereien habe ich erst jetzt Kenntnis erhalten. In den betreffenden Sitzungen war weder ich, noch ein Vertreter meiner Firma zugegen. Ob noch andere Beschlüsse dem vorerwähnten hinsichtlich des Vereins für verächtete Hilfsbedürftige gefolgt sind, vermag ich nicht anzugeben. Der Beschluß der vereinigten Brauereien geht dahin, nachdem die städtischen Behörden dem Deutschen Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eine Unterstützung von jährlich 50 M gewährt haben, anderen gemeinnützigen Vereinen die bisher gewährte Unterstützung zu entziehen. Ich selbst bin Mitglied der Vereinigung und Mitglied dieses verehrten Kollegiums. So sehr ich mich nun auch zugunsten der Brauereien aussprechen möchte, so bin ich doch nur in der Lage, mich dem Urteile des Herrn Vorredners anzuschließen, der in dem Beschlusse der Vereinigung einen bedauerlichen Fehler sieht. Der Beschluß scheint einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse zu vermissen und, was noch wichtiger ist, er scheint mir nicht von dem richtigen Empfinden getragen zu sein. (Zustimmung.) Wider den Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke anzukämpfen, wird auch unter den Brauereien nur vereinzelte Zustimmung finden. Der Deutsche Brauerbund, dem ich selbst als Mitglied des Ausschusses schon seit langen Jahren angehöre, hat z. B. den Bestrebungen des genannten Vereins ganz energisch beigepflichtet. Vielleicht ist es auch gar nicht die Absicht derjenigen, die diesem Beschlusse zugestimmt haben, gewesen, den Verein zu bekämpfen, sondern sie sind einem Mißverständnis über die Ziele des Vereins zum Opfer gefallen. Aber auch zugegeben, daß man hätte angenommen, es handle sich um einen Verein, der selbst den mäßigen Gebrauch leichter alkoholischer Getränke bekämpfe, so muß ich doch sagen, daß es nicht recht war, bei dessen Bekämpfung zu Waffen zu greifen, die nicht über jeden Zweifel erhaben sind, wenn so viele gute und wirksame Waffen zur Verfügung standen. Jedenfalls war ein solches Vorgehen nicht nötig, wenn es sich nur darum handelte, den Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger

Getränke zu treffen. Außerdem ist dabei ein zweites tatsächliches Mißverständnis untergelaufen insofern, als die beschlußfassenden Firmen geglaubt haben, daß es sich bei dem Vereine um eine städtische Organisation gehandelt habe, die den Genuß geistiger Getränke bekämpfen wolle. Man hat ferner geglaubt, mit der Verweigerung des Zuschusses für den Verein zur Unterstützung verschämter Hilfsbedürftiger eine städtische Einrichtung zu treffen. Endlich kann ich die Angriffe, die hiermit gegen die städtischen Behörden verbunden wurden, in keiner Weise billigen. Ich würde es nur für wünschenswert halten, wenn der Beschluß redressiert werden könnte, jedoch habe ich darauf keinen Einfluß.

Herr L ö h n e f i n k e: Ich möchte mir erlauben, noch hinzuzufügen, daß auch ich mit lebhaftem Bedauern von dem Standpunkte des Vereins der hiesigen Brauereien Kenntnis genommen habe, wie ihn Herr Stadtrat von Frankenberg soeben auseinandergesetzt hat. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Herren, die diesen Beschluß gefaßt haben, geradezu ein Interesse an dem Weiterbestehen des Mißbrauchs alkoholischer Getränke haben. (Zustimmung.) Eine Berechtigung dieses Beschlusses könnte ich nur anerkennen, wenn die Stadt als solche irgend einen Verein pekuniär unterstützte, der sich die Bekämpfung des Alkoholgenußes überhaupt zur Aufgabe machte. Die Herren sind indessen Herren ihrer eigenen Entschlüssen, und wir haben darauf keine Einwirkung, wohl aber das Recht der Kritik derartiger Beschlüsse, und dieses Recht möchte ich auch für mich in Anspruch nehmen. Ob der Verein unsere gemeinnützigen Einrichtungen unterstützt oder nicht, ist seine Sache, wir aber wollen um so eifriger zusammenstehen in der Bewilligung der Mittel zur Erreichung der gemeinnützigen Ziele.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## VI. Ergänzung der Straßenpolizeiordnung.

Herr V o g e: In der letzten Sitzung — Seite 280 des Berichtes — sind vor Verabschiedung der Straßenpolizeiordnung noch einige Aenderungsvorschläge gemacht worden, worüber ich namens der Statutenkommission zu berichten habe.

Zunächst hat Herr Weichsel beantragt, dem § 7 den Zusatz zu geben:

„Es ist verboten, durch das Schleppenlassen der Kleider den Straßenstaub aufzuwirbeln.“

Die Statutenkommission ist bei ihrer Beratung des Antrages zu dem Beschlusse gekommen, ihn zur Annahme nicht zu empfehlen. Als Begründung dieses Standpunktes ist zu erkennen gegeben, einmal, daß nicht so viele weibliche Personen in unserer Stadt seien, die tatsächlich in der Weise Staub aufwirbeln, daß das Publikum dadurch belästigt würde. (Heiterkeit.) Außerdem wurde

aber der Standpunkt vertreten, wir würden uns durch die Annahme eines derartigen Antrages ebenso lächerlich machen, wie es manche anderen Städte auch schon getan haben.

Herr B l u t h: Ich habe zu denjenigen Mitgliedern der Kommission gehört, die gegen den Antrag gestimmt haben. Selbstverständlich sind wir der Motivierung des Herrn Antragstellers vollständig beigetreten, daß tatsächlich durch die Schleppen Staub aufgewirbelt wird. Auch ist es als berechtigt anerkannt worden, daß Kurorte solche Verbote erlassen. Wenn wir für die Stadt Braunschweig zu einer anderen Auffassung gekommen sind, so haben wir uns gesagt, daß allerdings Braunschweig sehr unter dem Staube zu leiden hat, daß dies aber weniger an dem Schleppenlassen der Damenkleider liege, als an dem sandigen Boden und der hier vorherrschenden westlichen Windrichtung. Deshalb sind wir der Meinung gewesen, wenn man den Staub hier wirksam bekämpfen wolle, daß man es großzügiger anfangen und z. B. mehr für die Pflasterung und vielleicht auch für eine Delung der Straßen sorgen müßte. Es sei also nicht angemessen, für diese klimatischen Verhältnisse unsere Frauen büßen zu lassen, auch erschien es uns zweifelhaft, ob durch polizeiliche Strafmandate dem bestehenden Uebelstande genügend abzuhelpen sei. Ein einziger windiger Tag verursacht hier viel mehr Staub, als sämtliche schleppenden Frauenkleider während des ganzen Jahres. Wenn ferner die Automobile auf den Straßen und Wällen herumfahren, so wirbeln sie nicht nur gewaltige Massen Staub auf, sondern lassen auch große Quantitäten Benzinrauchs in die Häuser und Wohnungen hinein, so daß hierdurch allein ein viel schlimmerer Zustand entsteht, als durch alle Kleiderschleppen. Endlich wird durch das Verbrennen des Spargelfrautes im Herbst die Luft derartig verpestet, daß hierdurch ein größerer Uebelstand entsteht, als ihn der Antragsteller im Auge hat. Auch in Nordhausen soll die Wirkung der Anordnung eine sehr zweifelhafte gewesen sein. Schließlich will ich noch bemerken, daß die Statutenkommission bei Beratung des Antrages nicht mehr vollzählig gewesen ist, wir haben an dem Tage von 4 bis 9 Uhr geseffen und es war dies der letzte Punkt der Tagesordnung. Wenn die Herren die Sache anders behandelt wissen wollen, so steht dem natürlich nichts im Wege.

Herr L e u e: Ich vermiße bei der Behandlung dieser Frage die hygienische Seite der Sache. Es wird von allen Ärzten und in den Verhandlungen ärztlicher Körperschaften stets betont, wie wichtig es sei, zur Vermeidung von Staub die Schleppen der Kleider auf der Straße aufzunehmen, weil durch den von der Straße in die Wohnungen gebrachten Staub leicht ansteckende Krankheiten weiter verbreitet würden. Deshalb möchte ich wissen, ob die Kommission auch nach dieser Richtung hin Erwägungen angestellt hat.

Herr B o g e: Der Punkt ist bei der Kommissionsberatung in erster Linie maßgebend gewesen, jedoch wurde hervorgehoben, daß hier verhältnismäßig sehr wenig die Kleider auf der Straße so schleppen gelassen würden, daß sie Staub, der der Allgemeinheit schade, erregten.

Herr W e i c h s e l: Es ist nicht gerade ergötlich, über diese Sache noch langweilig zu reden. Wer etwas die Augen auf tut und sich auf den Wällen umsieht, weiß, in welchen Staubwolken sich manche Frau zu bewegen pflegt. Wem das gefällt, muß allerdings gegen den Antrag sein. Wenn Herr Bluth sagt, wir hätten von anderer Seite noch mehr Staub zu erwarten, so ist das richtig, und ich gebe auch zu, daß der von den Automobilen erregte Staub und Dunst durchaus nicht angenehm ist. Meiner Ansicht nach wird uns die Staubverteilung mit der Zeit noch recht viel Geld kosten, und ich sehe nicht ein, weshalb wir von diesem kleinen Mittel, das uns kein Geld kostet und einen erzieherischen Einfluß haben würde, keinen Gebrauch machen sollen.

Herr L ü b k e: Der Herr Vorredner hat mit Recht gesagt, es sei ein kleines Mittel, ja ich halte es sogar für ein recht kleinliches Mittel. So sehr ich auch anerkenne, daß vom ästhetischen Standpunkte aus das Schleppentragen auf der Straße zu verbieten wäre, so weiß ich doch nicht, wer als Richter aufgestellt werden soll. Wir können doch nicht einen Polizisten hinstellen, der mit der Schere die zu langen Schleppen abschneidet, oder deren Länge wenigstens abmißt, das würden sich unsere Frauen nicht gefallen lassen können. Wenn aber solche Vorschrift nicht praktisch durchzuführen ist, so dürfen wir sie auch nicht erlassen.

Herr L ö h n e s i n k e: Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Damen ihre Kleider auf der Straße nicht schleppen lassen wollten; ich glaube aber, die beste Remedur liegt in dem guten Geschmack der Damen selbst, besonders unter Hinweis auf das Unästhetische der Mode, den ich mir hiermit noch besonders gestattet haben möchte.

V o r s i e n d e r: Da ein eigentlicher Antrag nicht vorliegt, sondern nur eine Anregung, so kann wohl von einer Abstimmung abgesehen werden.

Herr W e i c h s e l (zur Geschäftsordnung): Ich habe den Sachverhalt so aufgefaßt: Die Beratung über das Gesetz war bei Stellung meines Antrages noch nicht abgeschlossen, ich hatte daher das Recht, noch einen Antrag dazu zu stellen, über den geschäftsmäßig auch abgestimmt werden muß.

V o r s i e n d e r: Das kann, da es gewünscht wird, auch geschehen. Wer ist dafür, daß in Gemäßheit des Kommissionsbeschlusses die Bestimmung nicht in die Straßenpolizeiordnung aufgenommen wird? — Das ist die Mehrheit, der Antrag Weichsel ist daher abgelehnt. —

Herr B o g e: Sodann hat Herr Wesemeier zum § 62 der Straßenpolizeiordnung einen Aenderungsvorschlag gemacht. Der § 62 lautet:

„Aushängekasten und sonstige zur Ausstellung der Waren dienende Verkaufsvorläge, desgleichen Waren jeder Art dürfen ohne polizeiliche Erlaubnis und ohne Zustimmung des Stadtmagistrats (vergl. § 61) an den Grundstücken nicht derart angebracht werden, daß dieselben in den Straßenkörper hineinragen. Die Erlaubnis gilt stets als auf Widerruf erteilt.“

Herr Wesemeier wünscht, daß hinter den Worten „Waren jeder Art“ eingeschaltet wird:

„welche durch Form, Größe oder Beschaffenheit Vorübergehende zu gefährden oder zu belästigen geeignet sind, oder welche beim Anstreifen abfärben oder abschmutzen, . . .“

Wahrscheinlich hat Herr Wesemeier dem Zusatz noch die Negation hinzugefügt wissen wollen. (Zustimmung.) Der Herr Antragsteller hat hierbei wohl namentlich die Herrengarderobeengeschäfte im Auge gehabt. Aus dieser Geschäftsbranche sind nun aber Eingaben eingelaufen, die teils im Sinne des Herrn Wesemeier, teils aber auch im entgegengesetzten Sinne vorstellig geworden sind. Die Interessenten sind sich also selbst nicht darüber klar, was für sie das beste wäre. Daher bittet die Kommission, den Antrag abzulehnen, zumal die Erlaubnis von Polizei und Magistrat so wie so erteilt werden kann. Sobald also den betreffenden Geschäftsleuten gestattet wird, Waren am Hause aufzuhängen, kann es geschehen; wird die Erlaubnis zu weit ausgedehnt, so daß das Publikum dadurch belästigt wird, so kann die Erlaubnis zurückgezogen werden. Die Statutenkommission hält es für angezeigt, den Zusatz nicht in das Gesetz aufnehmen zu sollen, um die Erlaubnis nicht ein für allemal erteilen zu müssen.

Herr W e s e m e i e r: Ich möchte den Antrag aufrecht erhalten. Er bezieht sich nicht nur auf die Geschäfte der Garderobenhändler, sondern auch auf Geschäfte anderer Art, z. B. die Korbmachergeschäfte, deren Inhaber an der Stecherstraße häufig Waren herausgestellt oder gehängt haben, ohne daß jemand daran Anstoß genommen hätte. Verschiedene Wildbrethandlungen, wie z. B. Röver im Sack, haben Rehe und Geflügel zum Aushang gebracht, ohne daß sich dadurch jemand belästigt gefühlt hätte. Auch verschiedene Restaurants, wie Stadt Bremen, St. Petersburg, die Hagenschänke usw., nehmen das ganze Straßenterrain für ihr Geschäft in Anspruch, und das ist genau dasselbe, was man den Kaufleuten verweigern will. Weshalb soll man also hier eine Beschränkung auferlegen, die de facto bislang nicht bestanden hat? Wenn es auch der Polizei nach den bisherigen Bestimmungen schon gestattet war, gegen

solche Aushänge einzuschreiten, so ist doch niemals davon Gebrauch gemacht worden. Ich möchte also durch den Zusatz nur gesetzlich festgelegt sehen, was bisher schon Brauch war. Da nun aber in der letztern Zeit ein öfteres Einschreiten der Polizei erfolgt ist, so erkenne ich darin eine Behinderung der Geschäftsleute, die nicht im Interesse des Publikums liegt. Eine ästhetische Rücksichtnahme wird man hierbei wohl fallen lassen müssen, denn es gibt in der Stadt viel unangenehmere Sachen, die ebenfalls unästhetisch berühren.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, dem Antrage der Statutenkommission beizupflichten. Was in der bisherigen Beschlußfassung steht, enthält nicht eine Verschärfung der bisherigen Rechtslage, sondern es wird nur der Magistrat der Herzoglichen Polizeidirektion zur Seite gestellt, um seinerseits das Zustimmungsgesetz mit zu handhaben. Es darf wohl angenommen werden, daß beide Behörden hierbei regelmäßig den gleichen Strang ziehen werden. Wenn nun aber bislang keinerlei Beeinträchtigung des geschäftlichen Verkehrs bei den Gewerbetreibenden vorgekommen ist, so wird dies in Zukunft ebenfalls nicht der Fall sein, soweit dabei nicht Ausweichungen vorkommen. Sofern sich aber z. B. zwei benachbarte Gewerbetreibende überbieten wollen durch den Umfang oder die Art des Aushanges, so wird die Behörde zweckmäßig eingreifen können, weil dadurch eine Belästigung der Vorübergehenden und ein für eine Großstadt unwürdiger Anblick hervorgerufen wird. Das mag in einer kleinen Stadt angebracht erscheinen, aber nicht in Braunschweig mit seinen vielen schönen und großen Straßen und Plätzen. Sie können es also getrost bei dem bisherigen Rechtszustande bewenden lassen.

Herr Esdorff: Herr Wesemeier hat insofern recht, als die Polizei, wohl angeregt durch unsere Verhandlungen, bei einzelnen Garderobehändlern Einspruch erhoben hat. Da es aber in dem Gesetze bisher nicht besonders gestattet war, Sachen herauszuhängen, so bin ich dafür, daß es so bleibt; ich befürchte nämlich, sobald die generelle Erlaubnis dazu gegeben wird, daß davon noch in größerem Maßstabe als bisher Gebrauch gemacht wird. Es ist auch nicht gut, daß die kleinstädtischen Verhältnisse auf unsere große Stadt übertragen werden sollen. In der Stecherstraße machen solche Aushänge nichts aus, wohl aber würden sie auf dem Steinwege usw. unangenehm wirken. Wenn die Firma Röber einmal einen Hasen aushängt, so macht das an der Stelle keinen schlechten Eindruck, während es auf dem Damm häßlich aussehen würde. Die Polizei wird aber in Zukunft nicht strammer vorgehen, als bisher.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte einen Irrtum des Herrn Wesemeier berichtigen. Weder der Inhaber des Hotel Petersburg, noch sonst jemand hat das Recht, auf dem Trottoir vor seinem Grundstücke Tische und Stühle aufzustellen. Soweit das bisher vorgekommen ist, haben die betreffenden Ein-

wohner die Genehmigung der Polizei und des Magistrates einholen müssen. Das ist überall geschehen und die Betreffenden haben eine Anerkennungsgebühr, die Restaurants sogar in nicht ganz geringem Umfange, dafür erlegen müssen.

Herr W e s e m e i e r: Ich kann nicht einsehen, daß es gerade kleinstädtisch sein soll, wenn man den Gewerbetreibenden etwas freiere Bestimmungen gewähren würde. Ich bin auch nicht dafür, daß unser altes Straßenbild verunziert werden soll, aber kleinstädtisch ist das durchaus nicht. In anderen Großstädten findet man solche Sachen ebenfalls, ich erinnere nur an Berlin, wo die Schlächter Stühle mit einer weißen Schürze vor der Haustür aufstellen, wenn frisch geschlachtet ist. Die betreffenden Restaurateure zahlen allerdings eine Anerkennungsgebühr, jedoch kommt es hier darauf an, daß das Publikum durch solche Vorkehrungen nicht behindert wird. Es ist doch eine Tatsache, daß durch die Besetzung des Trottoirs vor Hotel Petersburg usw., gegen die ich an sich nicht bin, eine stärkere Behinderung des Verkehrs stattfindet, als wenn jemand Waren vor seinen Laden hängt. Daß es unschön ist, mag sein; aber ich glaube, es wird auch nicht vorkommen, daß Geschäftsleute so unsinnig sein und die Sache übertreiben werden; deshalb ist es nichts anderes, als was die Restaurateure tun. Es soll ja auch die Einschränkung gemacht werden, daß Waren, welche durch Form, Größe oder Beschaffenheit Vorübergehende zu gefährden oder zu belästigen geeignet sind, oder welche beim Anstreifen abfärben oder abschmugen, vom Aushange ausgeschlossen werden. Ich möchte bitten, solche unnötigen Härten aus der Straßenpolizeiordnung herauszulassen. —

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

V o r s i z e n d e r: Dann können wir diese „alte Freundin“ wohl endlich begraben. (Heiterkeit.) Wer will die Straßenpolizeiordnung in der von der Versammlung festgesetzten Form nunmehr gutheißen? — Das ist die große Mehrheit.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich darf wohl bitten, auch die Ermächtigung für den Magistrat auszusprechen, daß die neue Rechtschreibung sowie ein Verzeichnis der Gegenstände der Straßenpolizeiordnung vom Magistrat selbständig, ohne daß also die Versammlung nochmals bemüht werden muß, eingefügt werden darf und daß er auch den Zeitpunkt des Inkrafttretens selbständig festsetzen darf.

Herr B o g e: Das ist schon früher beschlossen worden.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Das ist richtig, aber da inzwischen Änderungen an dem Entwurfe vorgenommen sind, so bitte ich zu aller Sicherheit um nochmalige Beschlußfassung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## VII. Erhöhung eines Ausgabenpostens bei der Schulkasse.

Behufs Beschaffung einer Vertretung erkrankter oder aus sonstigen Gründen behinderter Lehrer und Lehrerinnen sind im Voranschlage der städtischen Bürgerschulen 1000 *M* ausgeworfen. Dieser Ausgabenposten ist schon jetzt überschritten, und es wird nach der Ansicht des Schulvorstandes die Nachverwilligung von rund 1500 *M* nicht zu umgehen sein. Der Magistrat gibt anheim, der Erhöhung des Ausgabenpostens auf 2500 *M* zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Koch berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

## VIII. Bauliche Aenderungen im Feuerlöschgebäude.

Nachdem zur Befriedigung des Raumbedürfnisses der Berufsfeuerwehr die Geschäftsräume der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke in das ehemalige Stadtkassengebäude verlegt worden sind, hat der Magistrat über den Umbau des Feuerlöschgebäudes eingehende Erwägungen angestellt. Dabei kommen zwei Projekte in Betracht.

Den Wünschen des Kreisbranddirektors würde ein Umbau entsprechen, bei dessen Ausführung die Mannschaftsräume für den Aufenthalt am Tage in das erste Obergeschoß verlegt, die jetzigen Tagesräume in Remisen umgewandelt und sodann die beiderseitigen Remisen mit Toren versehen werden, die direkt auf die Straßen münden und ein Abrücken der Fahrzeuge in kürzester Frist ermöglichen würden. Bei Durchführung dieses Projekts in vollem Umfange würden die noch brauchbaren aber wegen des Grundwasserstandes hochliegenden Kesselanlagen der Zentralheizung, welche die Herstellung eines in Straßenhöhe liegenden Fußbodens in der südlichen Remise ausschließt, beseitigt werden müssen, und es würden die gesamten Kosten sich auf etwa 60 000 bis 70 000 *M* belaufen. Abgesehen von der Höhe dieser Kosten spricht gegen dieses weitgehende Umbauprojekt die Erwägung, daß durch das gleichzeitige Abrücken mehrerer Fahrzeuge aus den unmittelbar an den Fußweg grenzenden Toren der Fußgängerverkehr in der Münzstraße ohne Frage erheblich gefährdet würde. Der Magistrat hat daher im Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation auf die Ausführung dieses Projektes umsomehr verzichtet, als eine weitere Verkürzung der Zeit, die jetzt zwischen dem Einlaufen der Feuermeldung und dem Ausrücken des Löschzuges verstreicht, nicht erforderlich sein dürfte. Etwaigen Verzögerungen, die dadurch entstehen können, daß die Haupteinfahrt zeitweilig gesperrt sein sollte, wird durch Verbesserung, insbesondere leichteres Öffnen der beiden Notausfahrten tunlichst vorgebeugt werden können.

Im Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation hat der Magistrat das weniger weitgehende Umbauprojekt für genügend erachtet. Danach soll der



jetzige Tagesraum der Mannschaften nur so weit, als in diesem unter Beibehaltung der Kesselanlage ein zu ebener Erde liegender Fußboden hergestellt werden kann, zur Remise umgebaut und der übrige Teil des Raumes künftig als Lagerraum benutzt werden. Der Tagesraum wird in das erste Obergeschoß verlegt, und es werden in diesem die Schlafräume nebst Zubehör so umgebaut und ausgestattet, wie es das Bedürfnis erfordert. Dazu würden noch einige weitere bauliche Änderungen kommen. Von den in dem vorliegenden Projekte vorgesehenen, zu 36 000 *M* veranschlagten Bauarbeiten halten Magistrat und Feuerlöschdeputation die Herstellung einer besonderen Luftheizung mittels deren die neue südliche Remise erwärmt werden sollte, einstweilen nicht für erforderlich. Es wird vielmehr genügen, wenn der über dem sehr warmen Heizraume liegende Remisenfußboden an einigen mit Eisengittern zu verschließenden Stellen durchbrochen wird, da anzunehmen ist, daß dadurch die Remise so warm gehalten werden kann, daß die allerdings wünschenswerte schnelle Entzündung des Benzins in der Automobilspritze gewährleistet wird. Die andere (nördliche) Remise wird an kalten Tagen im Bedarfsfalle durch einen einfachen Ofen hinreichend erwärmt werden können. Durch Verzicht auf die besondere Heizanlage würden 1350 *M* gespart werden.

Von dem schon früher projektierten Umbau des Pferdestalles wird mit Rücksicht darauf, daß die Verwendung von Pferden voraussichtlich demnächst wesentlich wird eingeschränkt werden können, abzusehen sein, und ebensowenig kann, so lange nicht für die Rohrwache und ihre Werkstatt Ersatzräume beschafft sind, kurzzeit über die anderweite Benutzung des Lager- und Werkstattsgebäudes endgültig entschieden werden.

Die Ausgabe, welche durch Ausführung der vorgedachten baulichen Änderungen erwächst, ist allerdings erheblich, sie erscheint aber im Interesse der Schlagfertigkeit der Feuerwehr und der angemessenen Unterbringung des Personals dem Magistrat erforderlich zu sein. Da es sich nicht um einen Neubau, sondern um bauliche Änderungen und Instandsetzungsarbeiten handelt, so dürfte es nicht gerechtfertigt sein, die Kosten dem Extraordinarium zur Last zu legen, also durch Anleihe zu beschaffen; es wird vielmehr anheimgegeben, die Kosten in Höhe von 34 650 *M* zu Lasten des Ordinariums zu verwilligen.

Herr Lübbe: Die Baukommission hat keine Bedenken, Ihnen die Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

## IX. Beschaffung von Schläuchen und Kleidungsstücken für die Berufsfeuerwehr.

Durch die letzten drei großen Feuer ist das 75er Schlauchmaterial arg mitgenommen, so daß nach dem Berichte des Kreisbranddirektors dessen sofortige

teilweise Erneuerung stattfinden muß. Es wird daher ersucht, zur Anschaffung von 22 Stück 75er Schläuchen 2053 *M* zu verwilligen. Dieses Schlauchmaterial, das die Verbindung zwischen der Dampfsprihe und den Verteilungsstücken herstellt, hat einen starken Druck von 6 bis 8 *Atm.* dauernd auszuhalten, der bei dem plötzlichen Abstellen der Strahlrohre noch bedeutend gesteigert wird. Ein Auswechseln der geplatzten Schläuche ist immer zeitraubend, ja unter Umständen nicht sofort durchführbar, falls die Mannschaften anderweitig stark in Anspruch genommen sind.

Auch die Uniformen haben bei den kurz auf einander folgenden großen Feuern stark gelitten und mußten größtenteils gewaschen und ausgebeffert werden. Während dieser Zeit mußte eine andere Garnitur getragen werden, wodurch auch die besseren Garnituren in Mitleidenschaft gezogen wurden. Aus diesem Grunde war es nötig, auch den letzten Kammerbestand auszugeben, so daß notwendigerweise auf der Bekleidungskammer Garnituren zum sofortigen Wechsel vorrätig zu halten sind. Mit den vorhandenen Mitteln aus dem laufenden Etat läßt sich noch eine Garnitur beschaffen. Da dies aber nicht ausreichend sein dürfte, so wird um die Bewilligung von 1858,50 *M* für Beschaffung von 59 Litewken zum Preise von 1032,50 *M* und 59 Tuchhosen zum Preise von 826 *M* gebeten.

Der Magistrat ersucht, die hier erwähnten Beträge von zusammen 3911,50 Mark zu Lasten des laufenden Voranschlages zu verwilligen.

Herr Buchler: Die Finanzkommission hält die Ausgabe für notwendig und gibt deren Bewilligung anheim.

Herr Wesemeier: Es ist mir mitgeteilt worden, daß die Wegebauarbeiter heute noch nicht im Besitze der schon am 1. April fällig gewesenenen Kleidungsstücke sind. Vielleicht ist der Magistrat in der Lage, darauf hinzuwirken, daß es bald geschieht.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## X. Verlängerung des Pachtvertrages für ein Doveseegrundstück.

Die Häuser des städtischen Doveseegrundbesitzes nebst 12 bis 13 Morgen Garten- und Ackerland sind für die Zeit vom 1. April 1908 bis dahin 1909 zum Preise von 500 *M* an den Gärtner Heinrich Laeger verpachtet. Der Genannte hat gebeten, ihm das Grundstück unter den bisherigen Bedingungen auch für die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 zu verpachten. Da Herr Laeger sich als tüchtiger Gärtner und zuverlässiger Mensch gezeigt hat, so ist der Magistrat bereit, dem Antrage zu entsprechen, obwohl von dritter Seite ein Pachtgebot von 550 *M* abgegeben ist. Es wird ersucht, der Verpachtung an den Gärtner Laeger zuzustimmen.

Herr R o c h : Die Baukommission ersucht, die Vorlage gutzuheißen und gleichzeitig den Magistrat zu ermächtigen, eine etwaige weitere Verlängerung des Pachtvertrages ohne Mitwirkung der Versammlung demnächst vorzunehmen.

Seitens der Versammlung wird dieser Antrag genehmigt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr W o l t e r s , übernimmt den Vorsitz.

## XI. Mittel für den Gerüstbau an der Andreaskirche.

Unter Ueberreichung eines neuen Projektes der Dampfkessel- und Gasmeterfabrik zur Herstellung des Eisengerüstes für die Instandsetzung des äußeren Mauerwerks der Türme und des Glockenhauses der Andreaskirche bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß bei dessen Ausarbeitung die bezüglich der Gestaltung verschiedener Teile des Gerüstes aufgestellten und im einzelnen beschriebenen Forderungen berücksichtigt worden seien. Nach dem beigefügten Kostenanschlage betragen die Kosten der Herstellung des gesamten Gerüstes einschließlich aller Zubehöriteile, der Arbeitsbühnen mit Bohlenbelägen und Einfriedigungen, der Krane, des Aufzuges, sowie auch der Fundamente für die vier Ecktürme und des Abbruchs der Rüstung nach Vollendung der Bauarbeiten 66 010 *M.* Im Vergleich mit dem früheren Kostenanschlage ist eine Erhöhung der Kosten um etwa 7000 *M.* eingetreten. Die Mehrkosten sind zum Teil auf die durch Berücksichtigung verschiedener neuer Forderungen bedingten Mehrleistungen zurückzuführen, daneben aber wohl auch damit zu begründen, daß infolge der genaueren Durcharbeitung des Projektes sich andere Grundlagen für die Berechnung ergeben haben. Die angesetzten Preise werden für angemessen erklärt. Das Gesamtgewicht der Eisenkonstruktion ist auf 139 000 kg angegeben. Es wird empfohlen, in den demnächst abzuschließenden Lieferungsvertrag die Bestimmung aufzunehmen, daß nur das wirkliche bezw. rechnungsmäßig ermittelte Gewicht in Anrechnung gebracht werden darf. Unter Berücksichtigung dieses Punktes und noch weiterer Bestimmungen würden bei der Uebertragung der betr. Arbeiten und Lieferungen außer den allgemeinen noch eine Reihe besonderer Bedingungen zu stellen sein, die die städt. Bauverwaltung im einzelnen auführt. Es sei daraus hervorgehoben, daß die Bezahlung der Eisenkonstruktion des Gerüstes nach dem durch Aufstellung einer Gewichtstabelle nachzuweisenden Gewichte zum Einheitspreise von 33 *M.* pro 100 kg erfolgen soll. Eine höhere Forderung als 45 870 *M.* darf nicht gestellt werden.

Der Magistrat gibt anheim, sich nunmehr mit der Aufwendung von 61 010 *M.* für die Beschaffung und Aufstellung des Gerüstes zu Lasten des diesjährigen Extraordinariums der Gemeinde Kirchenkasse einverstanden zu erklären. Die Arbeiten würden im Laufe des kommenden Winters ausgeführt

werden können, so daß mit den Maurerarbeiten im nächsten Frühjahr begonnen werden kann. Was die Frage der Beschaffung der Mittel betrifft, so beabsichtigt der Magistrat, sie zur Erledigung zu bringen, wenn der Anschlag für den Neubau zu St. Jakobi vorliegt und somit eine einheitliche Anleihe beschlossen werden kann.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr F r ü h l i n g : Wir haben uns bereits in der Sitzung vom 2. April d. Js. — Seite 20 des Berichtes — mit dieser Sache beschäftigt. Die Angelegenheit war ausnahmsweise der Bewilligung der Versammlung unterbreitet worden, weil es sich dabei um dauernde und große Ausgaben handelt. Der Bewilligung der Summe für den Gerüstbau haben Sie damals die Bedingung angeknüpft, daß vor der definitiven Beschlußfassung erst noch genau dargelegt werden sollte, was eigentlich geschehen werde. Es wurden seinerzeit 41 000 *M* für den Gerüstbau und 30 000 *M* für die Ausführung der Restaurationsarbeiten gefordert. Jetzt ist das Projekt noch mehr durchgearbeitet als damals und kann als fertig angesehen werden.

Redner erläutert das Projekt an der Hand der ausgestellten Zeichnungen.

Was die Kostenfrage betrifft, so habe ich folgendes mitzuteilen. Ursprünglich war in Aussicht genommen, für die innere Instandsetzung des Turmes 15 000 *M*, für den Gerüstbau 50 000 *M* und für die äußere Instandsetzung des Turmes zc. 135 000 *M*, zusammen 200 000 *M* aufzuwenden. Die innere Instandsetzung hat inzwischen stattgefunden und einen Aufwand von 27 341,34 *M* erfordert. Bei der Bewilligung am 2. April war vorgesehen, daß zunächst nur der untere Teil des Gerüstes ausgeführt werden sollte, und es waren daher nur 41 000 *M* für das Gerüst gefordert. Der Anschlag ist nun nochmals durchgearbeitet und es sind dabei die bezüglich der Stabilität des Gerüstes geäußerten Wünsche berücksichtigt worden, hierdurch ist der Anschlag von 55 465 *M* im April und 58 340 *M* im Juli jetzt auf 61 010 *M* gestiegen. Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um ein außergewöhnliches Werk handelt, was nur selten vorkommt, ist die Ueberschreitung als eine geringe zu bezeichnen, zumal es sich früher nur um überschläglich gegriffene Summen gehandelt hat. Die geforderten Preise sind von der Baukommission als mäßig anerkannt worden. Eine andere Firma hatte für den Gerüstbau 113 000 *M* gefordert, jedoch war das Gerüst auch anders konstruiert.

Wir haben die Angelegenheit in der Kommission nochmals eingehend geprüft und dagegen besondere Einwendungen nicht zu erheben gehabt. Ich bemerke ausdrücklich, daß eine besondere rechnerische Nachprüfung der Stabilität der Gerüstanlage seitens der Baukommission nicht stattgefunden hat, wir sind vielmehr der Meinung gewesen, daß dies über die Aufgabe der Kommission hin-

ausgeht und daß es zur Erteilung der beantragten Zustimmung genügt, wenn uns von dem verantwortlichen Beamten erklärt wird, daß die Nachprüfung im städtischen Bauamte stattgefunden und zu Anständen keine Veranlassung gegeben hat. Diese Erklärung ist uns gegeben und es ist auch aus den Akten ersichtlich, daß eine solche Nachprüfung erfolgt ist. Der Stadtbaumeister Behrens hat die statische Berechnung nachgeprüft und für richtig befunden.

Die Baukommission hat sich mit den Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung einverstanden erklärt, unter der Voraussetzung, daß über die Ausführung der Gerüstanlage ein formeller Vertrag abgeschlossen und in diesem besonders klargestellt wird, daß die Gerüstanlage in allen ihren Teilen als einheitliches Werk von seiten der Unternehmerin für ihre ausschließliche Gefahr und Rechnung aufzustellen und in Betrieb zu setzen ist, daß die Unternehmerin die alleinige Verantwortung übernimmt für die Stabilität, die Sicherheit und das gute Funktionieren der Gerüstanlage in allen ihren Teilen und daß die Unternehmerin sich außerdem verpflichtet, auf eigene Kosten auszuführen alle diejenigen Verstärkungen oder Veränderungen, welche sich später etwa zur Erfüllung der vorgedachten Verpflichtungen als notwendig erweisen sollten, sowie zu den vertraglichen Einheitspreisen auszuführen alle diejenigen Verstärkungen oder Veränderungen, welche darüber hinaus etwa noch von seiten der städtischen Bauverwaltung gefordert werden sollten. Wenn alles das geschieht, so kann die geforderte Summe ohne weiteres bewilligt werden, da für die Stadt dann kein Risiko vorhanden ist.

Sodann komme ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen. Es war in der Vorlage ursprünglich auch die demnächstige Wiederbeseitigung des Gerüsts mit einem Aufwande von 5000 *M* vorgesehen. Die Baukommission wünscht, daß in dem Vertrage, betreffend die Ausführung der Gerüstanlage, der Unternehmerin gleichzeitig auch der Wiederabbruch und die Beseitigung des Gerüsts mit übertragen wird und empfiehlt zu diesem Zwecke statt der beantragten 61 010 *M* eine Summe von 66 010 *M* bewilligen zu wollen.

Nachdem die städtische Bauverwaltung der Baukommission erklärt hat, daß sie den gemachten Voraussetzungen zustimmt und daß die Ausführung der Gerüstanlage diesen entsprechend erfolgen soll, hat die Kommission keine Bedenken gegen die Bewilligung der Vorlage und empfiehlt deren Annahme unter Erhöhung der zu bewilligenden Summe von 61 010 *M* auf 66 010 *M*.

Bezüglich der Ausführung der Wiederherstellungsarbeiten wurde der Baukommission durch Herrn Baurat Osterloh die Erklärung abgegeben, daß diese Arbeiten auf das notwendigste Maß beschränkt werden sollten, daß alles, was künstlerischen Wert hat und irgendwie erhalten werden kann, auch erhalten

werden soll, daß also Erneuerungen nur insofern stattfinden sollen, als dies für die Wiederherstellung und die Sicherheit unumgänglich nötig ist.

Die Beschaffung des Geldes braucht uns heute noch nicht zu beschäftigen. Wir empfehlen also, die Magistratsvorlage anzunehmen unter Erhöhung der zu bewilligenden Summe von 61 010 *M* auf 66 010 *M*.

Herr Sander: Ich möchte um Auskunft bitten, ob der Preis von 33 *M* für 100 kg des Gerüstes nur eine Leih- und Abbruchgebühr darstellt, oder ob dafür das Eisenwerk in den Besitz der Stadt übergeht.

Herr Fröhling: Das Eisenwerk geht nach dem Abbruch in den Besitz der Stadt über.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Nicht die Stadt, sondern die Gemeinde Kirchenasse wird die Summe aufwenden. Letztere wird aber schwerlich in der Lage sein, das erforderliche Kapital aufzubringen, sondern muß die Stadt darum angehen. Beide werden sich wegen der Wiederverwendung des Altmaterials aber schon verständigen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf nach dem Antrage der Baukommission genehmigt.

## XII. Instandsetzung der Mandelnstraße und einer Verbindungsstraße am Spohrplatze.

Die städtische Bauverwaltung überreicht die Entwürfe und Kostenanschläge zu der Instandsetzung der Mandelnstraße und der Verbindungsstraße zwischen dem Spohrplatze und der Mönchstraße mit dem Anheimgen, die alsbaldige Instandsetzung der beiden Straßen zu genehmigen. Die Kosten der Instandsetzung der Mandelnstraße sind zu 4200 *M* veranschlagt, wovon 2800 *M* stadtseitig und 1400 *M* seitens der Anlieger zu decken sind; während die Kosten für Instandsetzung der bezeichneten Verbindungsstraße zu 1750 *M* ermittelt sind, wovon 1430 *M* auf die Stadt und 320 *M* auf die Anlieger entfallen. Der Magistrat schließt sich diesem Ersuchen an und gibt anheim, die geforderten beiden Beträge zu bewilligen.

Herr Nicke: In der Baukommission wurde auch die Frage angeregt, ob nicht dem Magistrate anheimzugeben sei, die Mandelnstraße nur von einer Seite befahren zu lassen, weil es geradezu gefährlich sei, wenn sich in der Straße zwei Wagen begegnen und nicht aneinander durchfahren können, ohne die Platten zu beschädigen. Was die Magistratsvorlage selbst betrifft, so bin ich beauftragt, deren Genehmigung anheimzugeben.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage.

### XIII. Plattenbelag auf Fußwegstrecken des Neustadtringes.

Die von der Braunschweigischen Aktiengesellschaft für Zute- und Flachindustrie in Anregung gebrachte Herstellung von Plattenbelag auf dem südlichen Fußwege des Neustadtringes zwischen der Spinnerstraße und der Maschbrücke, sowie auf dem nördlichen Fußwege des Neustadtringes zwischen der Cellerstraße und der Spinnerstraße wird von der städtischen Bauverwaltung ebenfalls für wünschenswert gehalten, während empfohlen wird, die von derselben Gesellschaft angeregte Herstellung von Plattenbelag auf dem östlichen Fußwege der Straße hinter der Masch bis zu dem Zeitpunkte hinauszuschieben, wo eine Regulierung und ein ordnungsmäßiger Ausbau dieser Straße beschlossen wird. Die Kosten würden betragen für den südlichen Fußweg des Neustadtringes zwischen Spinnerstraße und Maschbrücke 800 *M.*, für den nördlichen Fußweg des Neustadtringes zwischen Celler- und Spinnerstraße 3150 *M.* und für den nördlichen Fußweg des Neustadtringes zwischen Spinnerstraße und Maschbrücke 1120 *M.* Der Magistrat erucht, der Ausführung dieser drei Projekte zuzustimmen und deren Kosten zu verwilligen.

Herr *F r i e*: Namens der Baukommission habe ich die Genehmigung der Vorlage zu empfehlen.

Herr *W e s e m e i e r*: Ich bin erfreut, daß endlich einmal der elende Weg am Neustadtringe beseitigt werden soll. Wann soll das aber geschehen? Jedenfalls ist beabsichtigt, die Verbesserung erst im nächsten Jahre erfolgen zu lassen. (Widerspruch.) Also jetzt schon? Dann ist es um so erfreulicher. Die Leute ziehen es jetzt mehr vor, auf dem Fahrwege zu gehen, als auf dem Fußwege, weil in diesem überall spitze Steine hervorstehen und das Schuhwerk stark mitnehmen. Auf dem Wendenringe ist der Fußsteig ebenso schlecht. Meistens wohnen dort ärmere Leute, deren Kinder unverhältnismäßig viel Schuhzeug verbrauchen. Dort könnte dem Mißstande auch durch Plattenbelag abgeholfen werden. Ferner möchte ich auf den ganz erbärmlichen Zustand des Weges von der Hamburgerstraße bis zur Lackfabrik hinweisen. Im Frühjahr ging ich über die Straße und zog es auch vor, den Fahrweg als Fußweg zu benutzen; als ich kürzlich die Straße einmal wieder passierte, war der Zustand noch derselbe. Ich glaubte, es wäre wenigstens ein provisorischer Uebergang geschaffen, aber es ist jetzt noch nicht der Fall. Solchen Zustand sollte man seitens der Stadt nicht bestehen lassen. Ich möchte deshalb dringend bitten, den Wendenring und die Hamburgerstraße bis zur Lackfabrik in einen anderen Zustand zu versetzen. Auf den betreffenden Fußwegen mit ihren herausstehenden spitzen Steinen kann niemand gehen, der sich nicht schlimme Füße holen will. Die Benutzung des Fahrweges durch die Passanten ist aber auch gefährlich wegen des starken Radfahrerverkehrs.

Herr R o n e g e n: Ich möchte mir erlauben, diese Anregung zu unterstützen. Der Fußgängerverkehr auf dem Neustadtringe ist ganz gewaltig und dessen Zustand ganz miserabel. Es handelt sich dort nicht nur um herausstehende spitze Steine, sondern auch um Vertiefungen in den Fußwegen, die sich bei Regentwetter mit Wasser anfüllen und die Passage erschweren. Dabei kommt für diese Straße nicht nur der Passantenverkehr der Arbeiter der Zuteppinnerei und der Mühlenbauanstalt in Frage, sondern bis zur Maschbrücke befinden sich dort auch Wohnungen der Beamten der Mühlenbauanstalt, die sich über die traurigen Fußwegeverhältnisse schon verschiedentlich beklagt haben.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

Der Vorsitzende, Herr S a u s w a l d t, übernimmt den Vorsitz wieder.

#### XIV. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Der Flaschenbierhändler Wilhelm Meyer bittet um teilweisen Erlaß der Steuer für einen kaum 1½ Monat steuerpflichtig in seinem Besitz gewesenen Hund.

Auf Empfehlung des Herrn W e i c h s e l wird die Steuer auf die Hälfte ermäßigt.

#### XV. Verrechnung einer Schenkungssteuer.

Von der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirektion sowie auch vom Herzoglichen Staatsministerium als Beschwerdeinstanz ist das Gesuch des Magistrates, die von der Eisenbahnsignalbauanstalt May Züdel & Co. am 3. Juni 1907 und am 4. Juni 1908 gemachten Zuwendungen von je 10 000 M zu Zwecken der Volksleschalle für steuerfrei zu erklären, abgelehnt worden mit dem Bemerkten, daß dem Magistrat der Rechtsweg offen stehe. Von der Beschreitung dieses Weges vermag sich indessen der Magistrat keinen Erfolg zu versprechen. Damit der Volksleschalle die Zuwendungen der genannten Firma ungeschmälert zufließen können, ersucht der Magistrat, der Uebernahme der Steuerbeträge auf den Dispositionsfonds der städtischen Behörden zuzustimmen.

Auf Empfehlung des Herrn W e i c h s e l beschließt die Versammlung in diesem Sinne.

#### XVI. Antrag Zolle: Bestellung eines Hundefängers etc.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, einen geeigneten Mann anzustellen, der herrenlose Hunde in den Straßen und Anlagen der Stadt fortfährt, und ferner dafür zu sorgen, daß ein Hundezwinger angeschafft wird, damit die eingefangenen Tiere bis zu ihrer Weiterschaffung untergebracht werden können.“



Herr T o l l e (zur Begründung): Schon seit längerer Zeit haben wir die unangenehme Bemerkung machen können, daß unsere gärtnerischen Anlagen in der Stadt und auf den Wällen ganz besonders von einer großen Anzahl Hunde verunstaltet werden, und man sollte beinahe annehmen, daß diese Hunde zum großen Teile herrenlos seien. Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen hat man auf der Polizei ähnliche Bedenken. Seit einer ganzen Reihe von Monaten ist aber niemand in der Stadt vorhanden, der das Einfangen herrenloser Hunde besorgt, weil es der bisherige Hundefänger abgelehnt hat, sich mit der bislang gezahlten Vergütung einer Fangprämie von 1,50 *M* für den Hund zu begnügen. Außerdem behauptet der betreffende Mann, daß seine Gesundheit nicht ausreiche, um dem Amte noch ferner vorzustehen, und endlich, daß er keinen Raum zur Verfügung hätte, in dem er die gefangenen Hunde einstweilen unterbringen könne. Es wird an ihn bekanntlich die Forderung gestellt, die gefangenen Hunde drei Tage einzusperren und zu verpflegen und, sofern sie nicht inzwischen von ihrem Eigentümer eingelöst worden sind, behufs Tötung nach der Abdeckerei zu schaffen. Hier hat man dem Manne aber eine Gebühr von 50 *S* abgefordert, wenn man die Hunde überhaupt nur annehmen wolle. (Heiterkeit.) Die Herzogliche Polizeidirektion kennt diesen Uebelstand und hat ihre Wachtmeister beauftragt, sich nach einer zum Hundefänger geeigneten Person umzusehen, aber sämtliche Beamten haben erklärt, sie könnten keine Vorschläge machen, denn entweder erschienen ihnen die sich meldenden Leute für den Posten ungeeignet, indem sie Trinker waren, oder aber die Bewerber verlangten einen festen Wochenlohn und die stadtseitige Beschaffung eines Gelasses für die Hunde. Niemand in der Nachbarschaft wird sich gefallen lassen, wenn in einem Hause eine Anzahl fremder Hunde nächtlicherweile Radau treibt, und das war auch der Hauptgrund für den bisherigen Hundefänger, sein löbliches Amt niederzulegen.

V o r s i t z e n d e r: Wird der Antrag unterstützt? Das ist der Fall. Der Bau eines Hundezwingers würde mehr die Baukommission angehen, die Anstellung eines Hundefängers mehr eine Finanzfrage sein, ich möchte deshalb den Antrag der S t a t u t e n kommission zur Vorberatung überweisen. (Heiterkeit.)

## XVII. Anfrage B ä h r: Schädigung von Straßenbäumen durch die Straßeneisenbahn.

Herr B ä h r: Meine Anfrage lautet:

„Was wird der Magistrat tun, um der bevorstehenden Schädigung der Bäume auf der Kaiser Wilhelmstraße durch die Aufstellung der Tragmaßten für den Leitungsdraht der Straßenbahn entgegenzutreten?“

Bekanntlich ist die Weiterführung der Straßenbahn auf der Kaiser-Wilhelmstraße über die Bodestraße nach dem Stadtparke beschlossen worden. Die Tragmasten der Leitungsdrähte sind vor einiger Zeit in der Baumreihe bereits gesetzt worden. Während auf der bereits bestehenden Strecke auf beiden Seiten der Fahrbahn Tragmasten stehen, sind solche hier nur auf einer Seite vorhanden, deren Arme über den Fahrdamm reichen. Der Augenschein lehrt aber jetzt schon, daß dadurch ein erheblicher Teil der Baumkronen verschwinden wird. Gerade dort sind aber die Platanen sehr schön und es wäre bedauerlich, wenn deren Kronen entfernt werden müßten. Vielleicht ließe sich eine Uenderung in der Weise treffen, daß das Gleis an der Seite der Häuserreihe geführt würde. In welcher Weise die Bäume beschädigt und verunstaltet werden, kann man an der eingebauten verlängerten Weiche zwischen Hagen- und Kasernenstraße, wo die Baumkronen schon erheblich ausgeschnitten sind, erkennen. Auf einer solchen Straße, wie der Kaiser-Wilhelmstraße, wo ein reicher Baumwuchs nicht zur Verdunklung der Häuser führen kann, sollte man solche Schädigung hintanhalten und die Straßenbahn veranlassen, entsprechende Uenderungen zu treffen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Befürchtung des Herrn Bähr ist nicht berechtigt. Wenn ich nicht sehr irre, ist schon vor etwa vier Wochen eine ähnliche Anfrage an den Magistrat gerichtet worden, worauf erwidert werden konnte, daß die städtische Bauverwaltung die Frage schon seit längerer Zeit im Auge habe. Es ist probeweise eine Leine gezogen, um zu sehen, in welcher Weise die Bäume beim Ziehen des Drahtes beschädigt werden könnten. Man hat übrigens den damaligen Zeitpunkt zur Entscheidung der Frage nicht für richtig gehalten, weil noch die Blätter auf den Bäumen saßen. Erst wenn die Bäume kahl sein werden, soll die Entscheidung getroffen werden. Mit Rücksicht auf diese Vorsichtsmaßnahme ist die Besorgnis nicht begründet, daß die Bäume stark beschädigt würden.

### XVIII. Anfrage Riese: Unterbringung von Pflegekindern.

Die Anfrage lautet:

„Ist dort bekannt, daß Pflegekinder, welche den Armenpflegern oder Bezirksvorstehern zugeführt werden, sehr oft vom Pflegehause oder Kinderheim wegen Ueberfüllung abgewiesen werden? Ist der Magistrat bereit, baldmöglichst Abhilfe zu schaffen?“

Herr Riese (zur Begründung): Es ist mir mitgeteilt worden, daß regelmäßig von der Leitung des Pflegehauses und Kinderheims erklärt werde, es sei kein Platz vorhanden, wenn es sich darum handelt, Kinder, die den Bezirks-

vorstehern oder Armenpflegern zugeführt worden sind, unterzubringen. Auch in der Langenstraße ist es kürzlich vorgekommen, daß eine Frau nach dem Krankenhaus gebracht wurde, deren Kinder niemand aufnehmen wollte und die abends nach Wolfenbüttel abgehoben wurden. Ähnlich ist es mit Kindern aus der Mauernstraße ergangen. Durch solche Zustände prägt sich den Herzen der jungen Menschenkinder eine gewisse Bitterkeit ein. Es muß deshalb schleunigst darauf gesehen werden, Hilfe zu schaffen und vielleicht einige Räume zu mieten, in denen die Kinder unter Aufsicht einer Frau vorläufig untergebracht werden. Andererseits kann ich mir nicht denken, daß das Kinderheim schon keinen Platz mehr haben sollte.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Es ist eine durchaus unzutreffende Mitteilung, die Herrn Riefe gemacht worden ist, denn von einer Ueberfüllung im städtischen Kinderheim, das wir erst vor vier Jahren eingeweiht haben, kann durchaus nicht die Rede sein. Wohl aber ist es richtig, daß die Armendirektion auf die Gefahr einer drohenden Ueberfüllung des Kinderheims sehr nachdrücklich hingewiesen und angeordnet hat, daß nicht mehr in der bisherigen Weise, verfahren werden soll und Kinder durch einfache Ueberweisung der Bezirksvorsteher oder Armenpfleger aufgenommen werden. Wir hatten nämlich die Beobachtung gemacht, daß davon in einzelnen Bezirken ein allzu ausgiebiger Gebrauch gemacht worden ist und daß es hinterher sehr schwer möglich war, die Kinder wieder bei ihren Eltern oder den sonst verpflichteten Personen unterzubringen. Deshalb hat die Armendirektion für sich das Recht in Anspruch genommen, die Genehmigung zur Aufnahme auszusprechen. Seit der Zeit hat sich dann auch eine Abnahme der drohenden Gefahr der Ueberfüllung herausgestellt. Selbst das größte Kinderheim müßte sich in wenigen Jahren als zu klein erweisen, wenn man bei der Aufnahme von Kindern zu weitherzig vorgehe. Wir haben uns immer bemüht, dahin zu wirken, daß die Familienpflege möglichst an die Stelle der Anstaltspflege getreten ist und zwar in solchen Fällen, wo die Eltern für ihre Kinder nicht sorgen wollten oder konnten. Das konnte um so getroster geschehen, als wir, ähnlich wie bei den früher in Bevern untergebrachten Kindern, eine willkommene Hilfe in einer größeren Zahl von Waisenpflegerinnen gefunden haben, die nach einem in voriger Woche gefaßten Beschlusse in fast allen Bezirken auch in der Armenpflege mit tätig sein sollen. Von einer dauernden Ueberfüllung des Kinderheims kann also nicht die Rede sein, sondern es handelt sich nur darum, daß die Armendirektion die Eltern zc. anhalten will, sich der Fürsorge für ihre Kinder nicht zu entziehen.

Was die Abhiebung der Kinder nach Wolfenbüttel betrifft, so war der Unterstützungswohnsitz der betreffenden Familie in Wolfenbüttel begründet und

von der dortigen Armendirektion gebeten, sich hier auf die notwendigsten Ausgaben für die Familie zu beschränken. Als die Mutter der Kinder nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, hat die Armendirektion sofort die Gelegenheit wahrgenommen, um die endgültig verpflichtete Stelle, also Wolfenbüttel, anzuhalten, die Kinder zu übernehmen, da anzunehmen war, daß die dortige Armendirektion sie in Pflege geben würde. Aus diesem Grunde sind die Kinder nach Wolfenbüttel geschafft.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6½ Uhr.

---



**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 26. November 1908.

---

**Tagesordnung:**

Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehalts-  
aufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer . . . . . Seite 344

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, Lord und Schöttler.

Anwesend waren sämtliche Stadtverordnete.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Vom Vorstande der katholischen Schule ist ein Schreiben eingegangen, das vor der Hand zu den Akten genommen wird, weil der Magistrat ein gleiches Schreiben erhalten hat.

2. Der Landesverband zum Schutze von Handel und Gewerbe ladet die Mitglieder der Versammlung zu seinem hier stattfindenden Verbandstage ein.

3. Die Firma Amme, Giesecke & Koenigen hat die Versammlung zur Besichtigung ihrer Mühlenbauanstalt eingeladen. Der Herr Vorsitzende wird später Gelegenheit nehmen, sich mit der Firma und der Versammlung über den Tag der Besichtigung zu verständigen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Vorsitzender: Ich möchte der Versammlung vorschlagen, zu versuchen, die heutige Tagesordnung in folgender Weise zu erledigen: Wir stellen an die erste Stelle die großen finanziellen Fragen, die ja mit ihrer Konsequenz sich über beide Vorlagen ausdehnen und wir geben zunächst den beiden Herren Referenten Gelegenheit, sich über die ganze augenblickliche finanzielle Lage der Stadt zu verbreiten, um darüber hinterher in eine Besprechung einzutreten. Es werden sich viele generelle Gesichtspunkte finden, die hierbei am besten zu besprechen sind, auch läßt sich bei der Gelegenheit Auskunft jedweder Art erteilen. Wenn dann keine besonderen Anträge gestellt werden, können wir zunächst zu den Gehaltsaufbesserungen übergehen, damit wir, ehe wir neue Steuern bewilligen, wissen, was wir nötig haben. Aus der Kommission ist die Vorlage verändert herausgegangen in der Weise, daß das finanzielle Resultat höher wird. Wenn diese Vorlage erledigt ist, wenden wir uns den beiden Steuerprojekten: Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, zu. Wenn nicht andere Vorschläge gemacht werden, so werde ich mir erlauben, in dieser Art und Weise der Geschäftsführung vorzugehen.

(Es erfolgt kein Widerspruch.)

### **Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer.**

Der Magistrat hat an die Versammlung ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

In der an die geehrten Herren gerichteten Vorlage wegen der Aufbesserung der Beamten- und Lehrergehälter haben wir unsere Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, einer großen Reihe von städtischen Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge zuteil werden zu lassen, falls eine Verständigung über die zur Deckung erforderlichen Mittel gelingt.

Unser Bestreben, neben den Hauptgegenständen der städtischen Besteuerung, also neben der Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer noch andere Quellen zu erschließen, die mit der nötigen Ergiebigkeit die Eigenschaft verbinden, daß sie weder von der Gesamtheit der Einwohner, noch insbesondere von der minderbemittelten Bevölkerung unangenehm empfunden werden, hat uns dahin geführt, auf zwei Steuerarten unser Augenmerk zu richten, die in zahlreichen deutschen Städten bereits erhoben werden und nicht unwesentlich zur Entlastung der Allgemeinheit von direkten Steuern beitragen. Es sind dies die beim Grundbesitzwechsel zu erhebende *Veränderungssteuer* und die beim gewinnbringenden Grundstücksverkauf zu entrichtende *Wertzuwachssteuer*.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die man anderwärts gemacht hat, haben wir für jede der beiden neuen Steuern ein Statut entworfen. Wir behalten uns vor, auf die Einzelheiten im Laufe der Beratungen näher einzugehen, und bemerken zu den Entwürfen folgendes:

1. Was die *Gemeindeveränderungssteuer* betrifft, so wird in anderer Form und in geringerem Umfange schon jetzt neben der staatlichen Auflassungs-Stempelgebühr von 1 v. H. des Grundstückswerts eine Abgabe in Höhe von  $\frac{1}{6}$  v. H. beim Grundbesitzwechsel erhoben, von der ein Viertel an die Kasse des Waisenhauses B. M. V. zu entrichten ist, während die Stadtkasse  $\frac{3}{4}$  erhält. Wir sind der Ansicht, daß diese Abgabe, soweit sie in die Stadtkasse fließt, bei Einführung der Gemeindeveränderungssteuer wegzufallen hat, und daß der Versuch zu machen ist, mit dem Direktorium des Waisenhauses B. M. V. eine Vereinbarung über den künftigen Wegfall seines Anteils an der Abgabe gegen eine von der Stadtkasse zu entrichtende Entschädigungssumme zu treffen, damit das Abgabeverfahren vereinfacht wird.

Im übrigen haben wir die Bestimmungen des Statuts den Vorschriften über den Auflassungsstempel und dem Gemeindeabgabengesetz nach Möglichkeit angepaßt und die Auskunftspflicht der Beteiligten unter Androhung eines Zuschlages von 25 % festgelegt.

Den Satz von 1 % des Grundstückswertes halten wir für nötig, um den mit der Einführung der Steuer verfolgten Zweck für absehbare Zeit zu erreichen.

2. Bei der *Wertzuwachssteuer* haben wir den durch Zwangsenteignungen erzielten Gewinn ausgeschaltet, weil die dabei eintretende Abwälzung der Steuer auf den Erwerber regelmäßig die Stadtgemeinde oder den Staat belasten würde. Die Gegenüberstellung des Erwerbs- und des Veräußerungswertes unter Berücksichtigung der zugelassenen Anrechnungen ergibt den Wertzuwachs. Dabei haben wir im Hinblick auf die Zinsverluste, welche die Eigentümer *unbebauter* Grundstücke vor dem Abschlusse eines günstigen Verkaufs häufig zu treffen pflegen, einen Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken gemacht, einen einmaligen Zuschlag von 4 % des Erwerbswertes als Ersatz verauslagter Stempel-, Gerichtskosten, Veränderungssteuern, Vermittlergebühren und sonstiger Erwerbskosten aus Billigkeitsgründen zugestanden und jeden Wertzuwachs freigelassen, der 10 % des Erwerbswertes nicht übersteigt. Die Steigerung der Steuer ist nach der Höhe des erzielten Gewinnes verschieden bemessen. Sie setzt mit 5 % des Wertzuwachses ein, wenn dieser mehr als 10 bis einschließlich 20 % des Erwerbswertes beträgt, und steigt mit je 5 % des Erwerbswertes und 1 % des Wertzuwachses, so daß sie bei einem Wertzuwachs von mehr als 115 % des Erwerbswertes den Höchstsatz von 25 % des Wertzuwachses erreicht. Hierbei halten wir es aus allgemeinen



volkswirtschaftlichen Rücksichten für geboten, dem j e t z h a f t e n Gebäudebesitz im Gegensatz zu dem r a s c h w e c h s e l n d e n Eigentum an bebauten Grundstücken eine Vergünstigung zuzugestehen. Wenn der Eigentumsübergang erst nach mehr als zehn Jahren seit dem Erwerb (oder dem hier gleichgestellten Inkrafttreten des Statuts) erfolgt, so soll für jedes fernere angefangene Besitzjahr eine Ermäßigung der Steuer um  $\frac{1}{20}$ , aber nicht um mehr als  $\frac{15}{20}$  vorgenommen werden.

Das Veranlagungsverfahren ist im wesentlichen ebenso wie bei der Gemeindeveränderungssteuer.

Einen besonderen Angriffspunkt gegen die Wertzuwachssteuer bildet die Behauptung, daß sie insofern r ü c k w i r k e n d e K r a f t habe, als sie auch den schon vor dem Inkrafttreten des betreffenden Statuts eingetretenen Wertzuwachs mit treffe. Um dem hiermit verknüpften Vorwurfe der Unbilligkeit die Spitze abzubreaken, schlagen wir, ähnlich wie in Köln a. Rh. geschehen, eine Uebergangsvorschrift vor, durch welche beim e r s t m a l i g e n Wechsel des Eigentums eines Grundstücks seit dem Tage des Inkrafttretens dieses Statuts nicht der frühere Erwerbswert, sondern der gemeine Wert in Rechnung zu ziehen ist, den das Grundstück an dem erwähnten Tage des Inkrafttretens des Statuts hatte.

Zu beiden Entwürfen gemeinsam bemerken wir, daß wir bei Herzoglichem Staatsministerium darauf angetragen haben, sowohl der Gemeindeveränderungs- als der Wertzuwachssteuer die Eigenschaft der d i n g l i c h e n Haftung am Grundstücke beizulegen, um dadurch für die Stadtgemeinde die Erhebung zu sichern. Die Herzogliche Landesregierung hat beschloffen, unserem Wunsche zu entsprechen, die Verhandlungen mit dem Landtage über diesen Punkt sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Wegen der Zeit des Inkrafttretens beider Statuten bitten wir uns zu ermächtigen, den betreffenden Tag im Einvernehmen mit dem Herzoglichen Staatsministerium zu bestimmen.

Als Hauptreferent der vereinigten Statuten- und Finanzkommission nimmt hierzu das Wort Herr W o l t e r s : In der Sitzung der Versammlung vom 21. November 1907 ist ein Beschluß folgenden Inhalts gefaßt: Es lag ein Gesuch des Lehrervereins um Neuregelung der Lehrergehälter vor, und die Versammlung ging prinzipiell auf das Gesuch ein, indem sie sagte, es wären die allgemeinen Leuerungsverhältnisse so fortgeschritten, daß das Gesuch nicht abgewiesen werden könne. In Uebereinstimmung mit diesem Gesichtspunkte waren auch schon im vorigen Jahre einem großen Teile der städtischen Arbeiter Lohnzulagen bewilligt und ausgezahlt; auch ist zum 1. April 1908 ein weiterer Teil der städtischen Arbeiter mit Lohnzulagen bedacht worden. Aus diesen

allgemeinen Gesichtspunkten heraus meinte die Versammlung, es wäre nicht gerechtfertigt, daß nach diesen Vorgängen nur die eine Kategorie der Lehrer mit Gehaltserhöhungen ins Auge gefaßt würde, sondern man müßte allgemein die Gehaltsätze der städtischen Beamten zc. aufs neue prüfen. Bezüglich der Höhe der neuen Gehaltsätze wurde im allgemeinen angenommen, daß man ungefähr 10 % der bisherigen Sätze nehmen solle. Da bisher insgesamt 2 050 000 Mark an Gehalt für städtische Beamte und Lehrer gezahlt seien, so habe man bei einer durchschnittlichen 10 % igen Erhöhung mit einer Mehrausgabe von etwa 205 000 Mark zu rechnen. Ausdrücklich erklärte aber die Versammlung, es sollte nicht etwa jeder einzelne Beamte und Lehrer eine Zulage von 10 % seines bisherigen Gehaltes bekommen, sondern es müßte jede einzelne Gruppe von Angestellten Punkt für Punkt geprüft werden. Es wurde sodann eine Deputation eingesetzt und ihr als Direktive gegeben, man wolle zur Deckung des eintretenden Bedarfs eine etwaige Erhöhung der Einkommensteuer nicht gerade unbedingt ausschließen, es sollten im übrigen aber andere Steuerarten hinsichtlich ihrer Einführbarkeit geprüft werden.

Darauf ist vom Magistrat eine Vorlage in doppelter Beziehung eingegangen. Zunächst werden für die Erhöhung der Gehaltsätze einer Anzahl Beamten und Lehrer 160 700 Mark gefordert und es wird zur Deckung dieser Summe eine Erhöhung der Einkommensteuer ausgeschlossen. Statt dessen empfiehlt der Magistrat, eine Gemeinde-Veränderungssteuer von 1 % und eine Wertzuwachssteuer mit der bekanntgegebenen Skala einzuführen, dagegen auf die Abgabe, die nach dem Gesetze vom Jahre 1879 an die Armen- und Wegeverbesserungskasse bisher in Höhe von  $\frac{1}{4}$  v. H. beim Grundbesitzwechsel gezahlt wird, nunmehr zu verzichten. Ganz besonders macht aber der Magistrat darauf aufmerksam, daß die Bewilligung der Gehaltserhöhungen in unmittelbarem Zwangsverhältnis damit stände, daß gleichzeitig auch deren Deckung beschloffen würde. In der besonderen Vorlage des Magistrats steht darüber folgendes: „Wegen der eventl. zu erhebenden neuen Steuern lassen wir den geehrten Herren hierneben eine besondere Vorlage zugehen, deren Genehmigung wir unter der Voraussetzung erbitten, daß über die Gehaltserhöhungen eine Verständigung zwischen den städtischen Behörden erzielt wird; dabei aber gehen wir unsererseits von der Voraussetzung aus, daß auch die Gehaltserhöhungen nur eintreten können, wenn gleichzeitig über die Deckungsfrage eine Verständigung erzielt wird. Beide Vorlagen sollen mithin die eine durch die andere bedingt sein.“

Der Magistrat macht also die Erhöhung der Gehälter davon abhängig, daß unverzüglich auch deren Deckung beschloffen wird. Also: Keine Gehaltszulage ohne Steuern – keine Steuern ohne Gehaltszulage!

Als die Vorlage anging, die Kommissionen zu beschäftigen, wurde von der preußischen Regierung eine neue Vorlage herausgegeben über die Erhöhung der preußischen Beamten- und Lehrergehälter, und es entstand nun für die Kommissionen die Frage, ob man abwarten sollte, in welcher Weise die preußische Vorlage in ihrer Wirkung sowohl auf die Finanzen des Staats, als der einzelnen Gemeinden Einfluß haben würde. Es war zu erwägen, ob man mit den Gehaltserhöhungen vielleicht warten und inzwischen allen Beamten und Lehrern eine Teuerungszulage von 10 % gewähren sollte. Dies wurde von der Mehrheit der vereinigten Kommissionen indessen abgelehnt und zwar aus folgenden Gründen: Die Einwirkung der preußischen Vorlage ist für uns nicht so wichtig, wie gerade die Besoldungsätze des braunschweigischen Staates und dieser hat noch keine Anstalten getroffen, an eine Gehaltserhöhung heranzutreten. Eine Teuerungszulage von 10 % jedem Beamten ohne Ausnahme zu bewilligen, ist aber schon deshalb nicht angängig, weil nicht beabsichtigt wird, jedem Beamten eine Gehaltzzulage in Höhe von 10 % zu gewähren; es werden vielmehr ganze Gruppen von Beamten ausfallen, während andere die 10 % überschreiten und wieder andere sie nicht erreichen werden. Aber auch wenn solche Teuerungszulage bewilligt werden sollte, müßte die Deckungsfrage doch schon jetzt erledigt werden. Aus diesen Gründen entschlossen sich die vereinigten Kommissionen, die Gehaltsvorlage aufrecht zu erhalten.

Die Kommissionen haben hiernach folgendes beschlossen: Zunächst war festzustellen der Gesamtbedarf, der durch die Magistratsvorlage und durch die abändernden Beschlüsse der Kommissionen der Stadt erwachsen würde. Der Magistrat hat den Mehrbedarf auf 160 700 Mark ermittelt. Die Kommissionen sind aber bei einzelnen Gruppen von Beamten und Lehrern über die Sätze der Magistratsvorlage noch hinausgegangen und würde hierdurch eine weitere Mehrausgabe von rund 21 000 Mark erwachsen. Dieses Mehr ist im wesentlichen dadurch entstanden, daß beantragt werden wird, die Endgehaltsätze der Lehrer auf 4 000 Mark und außerdem die Gehaltsätze der Lehrerinnen und einzelner Beamtenkategorien noch weiter zu erhöhen.

Die Kommissionen haben ferner in Uebereinstimmung mit dem Magistrate beschlossen, daß die Gehaltsätze der Oberbeamten, besonders der städtischen Oberlehrer, zurzeit von den Kommissionen nicht behandelt werden sollen; die Kommissionen meinten vielmehr, daß die Prüfung der Frage, ob und wann für diese Herren eine Gehaltzzulage eintreten sollte, dann gegeben wäre, wenn der braunschweigische Staat seinerseits die Gehaltsätze der Oberlehrer wesentlich erhöhen sollte.

Eine fernere Beschlußfassung der Kommissionen geht dahin, die Bitte an den Magistrat zu richten, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die Gehaltszüge der Beamten, die eine *B e r = g ü t u n g e r h a l t e n*, den veränderten Gehaltszügen der übrigen Beamten angepaßt werden sollen.

Bei der Feststellung des Bedarfs an Geldmitteln mußten wir den vom Magistrat vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen im Betrage von 160 700 Mark hinzurechnen die von den Kommissionen weiter zu beantragenden Erhöhungen im Betrage von 21 000 Mark. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß über kurz oder lang für die Oberbeamten eine weitere Summe zur Verfügung gestellt werden muß. Die Oberbeamten beziehen jetzt ein Gesamtgehalt von 233 300 Mark, wozu 10 % mit 23 300 Mark hinzuzurechnen sind, so daß sich der Gesamtbedarf an Geldmitteln für Gehaltserhöhungen nach der Magistratsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen auf rund 205 000 Mark jährlich belaufen wird. Die Kommissionen haben hierbei aber noch weiter ins Auge gefaßt, daß vom Jahre 1911 ab die Amortisation der städtischen Anleihe mit einem Jahresaufwande von 60 000 Mark zu den Ausgaben hinzutritt. Es würden also sofort resp. im nächsten Etatsjahre 205 000 Mark und von 1911 ab, unter Berücksichtigung des Mehraufwandes durch die Amortisation, 265 000 Mark dauernd mehr aufgebracht werden müssen. Diese Amortisation soll einstweilen unberücksichtigt bleiben. —

Zur *D e c k u n g s f r a g e* übergehend, habe ich folgendes zu bemerken. Die Kommissionen haben sich die Frage vorgelegt: Genügen zur Deckung dieses dauernden Mehrbedarfs die jetzt *b e s t e h e n d e n* Steuern in ihrer jetzigen Steuerjahöhe? Oder im Falle der Verneinung dieser Frage: Zu welchem Zeitpunkte würden bei der Tatsache, daß einerseits ein Ueberschuß von 401 000 Mark des Vorjahres vorliegt, ferner bei dem Umstände, daß allgemein gewünscht wird, die Gehaltserhöhungen möglichst sofort, ja sogar rückwirkend vom 1. Oktober 1908 ab eintreten zu lassen, *n e u e* Bedarfsmittel beschafft werden müssen? Zur Beantwortung dieser Fragen war eine Wahrscheinlichkeitsberechnung über den Ausfall des letzten, des laufenden und des nächsten Etatsjahres erforderlich. Dabei darf außer acht gelassen werden, daß sich der Ueberschuß eines Finanzjahres erst auf das zweitfolgende und nicht auf das nächstfolgende Jahr buchmäßig überträgt.

Aus dem Jahre 1907/08 haben wir bekanntlich einen Ueberschuß von 401 000 Mark. Um den gegenwärtigen, also den laufenden Etat 1908/09 zu schätzen, so ist nach sehr gründlicher Untersuchung durch die vereinigten Kommissionen, sowie nach Aufklärung der Sachlage durch den Magistrat mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der laufende Etat ungefähr ohne Ueberschuß

und Fehlbetrag abschließen wird. Ich enthalte mich der Detaillierung dieses Standpunktes, würde aber auf Wunsch jeden Augenblick den Nachweis führen können, daß Magistrat und Kommissionen gründlich geprüft haben. Der nächstjährige Etat (1909/10) kann mutmaßlich so gestellt werden, daß er ebenfalls ohne Fehlbetrag und Ueberschuß abschließt.

Wenn man also die Gehaltserhöhungen am 1. Oktober 1908 eintreten läßt, so würde man bis zum 1. April 1910 mit den vorhandenen Mitteln auskommen, ohne daß neue Mittel beschafft werden müssen. Es erhebt sich nunmehr aber die Frage, was vom 1. April 1910 ab geschehen soll? Die Mehrheit der Kommissionen ist darüber folgender Meinung: Es ist freilich nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, daß sich noch später Ueberschüsse ergeben, indessen darf man nach der Ansicht der Mehrheit nicht auf die Möglichkeit eines Ueberschusses eine dauernde Mehrausgabe von 205 000 Mk. bauen, sondern man muß den gegenteiligen Fall schon heute vorziehen. Nach der Ansicht der Mehrheit ist ferner schon jetzt darüber Beschluß zu fassen, in welcher Weise die Deckung in der fernliegenden Zeit geschehen soll. Wenn wir uns aber heute über die Art der Deckung von Ausgaben, die wir noch in der Hand haben, nicht einigen würden, so dürfte es umsoweniger der Fall sein, wenn uns die Ausgaben erst drücken. Es ist deshalb notwendig, zum 1. April 1910 neue Deckungsmittel zu schaffen und sie schon heute zu beschließen.

Nun sagt dagegen eine Minderheit in den Kommissionen, die Finanzlage der Stadt wäre eine sehr rosige und wir hätten, wie ein Mitglied äußerte, das den vereinigten Kommissionen nicht angehört, aber sehr lebhaft sich an der Debatte beteiligte, überhaupt keine neuen Steuern nötig, wir würden demnächst mit dem Mehrbetrage der bestehenden Steuern ausreichen. Dieser Einwand wurde nicht anerkannt. Man soll den städtischen Haushalt behandeln, wie ein guter Hausvater den seinigen behandelt: *diligentiam quam quis in suis*. Wenn jemand das Geld für Ausgaben in der Hand hat, so mag er es ausgeben, liegt aber die Möglichkeit vor, eine Deckung zu einem fernliegenden Termine zu erlangen, so darf er diese Sicherheit nicht vorübergehen lassen. Es ist unrichtig, langfristige Wechsel zu ziehen, ohne über ihre Deckung gesichert zu sein.

Die vereinigten Kommissionen haben daher grundsätzlich folgendes beschlossen: Die Gehaltserhöhungen werden vom 1. Oktober 1908 ab rückwirkend gezahlt, während die Deckung zum 1. April 1910 eintritt; ferner sich schon heute klar zu machen über die Art der Deckung. Wenn demnächst sich etwa ein unerwarteter Ueberschuß ergeben sollte, so können entweder durch *ü b e r e i n s t i m m e n d e n* Beschluß der städtischen Behörden die statutarisch festgelegten Steuern um ein weiteres Jahr außer Hebung gesetzt, bestehende Steuern aber, nämlich die Einkommensteuer, resp. die Grundsteuer oder die Kanal-

steuer durch Beschluß der Versammlung geändert und ein unerwarteter Haushaltsüberschuß des Vorjahres beseitigt werden. Man hält die Gefahr nicht für vorliegend, daß etwa der Magistrat demnächst bei unerwarteten Ueberschüssen auf alle Fälle die Steuern beibehalten wollte, man sagt vielmehr: wir haben allerdings gegen eine durch Statut festgelegte Erhebung von Steuern kein Mittel, aber wir haben es doch im Augenblick der Statsbewilligung in der Hand, bestimmte Steuern nicht zu bewilligen. Daher ist die Furcht, bei dem Entstehen eines Ueberschusses einen etwa unnötigen Steuerbedarf zu erheben, unbegründet.

Was nun die Art der Deckung resp. der dazu erforderlichen Mittel betrifft, so hält der Magistrat eine etwaige Erhöhung der Einkommensteuer für ausgeschlossen; er empfiehlt vielmehr die Erhebung einer Veränderungssteuer und einer Wertzuwachssteuer unter Verzicht auf das sogenannte Sechstel. Sonstige Steuerquellen stehen nach der Meinung des Magistrates nicht zur Verfügung. Die Kommissionen haben sich darüber unterhalten, ob man nicht andere Steuern erheben könnte, z. B. eine Lustbarkeitssteuer, oder ob man vielleicht zur Errichtung einer städtischen Sparkasse schreiten soll, oder aber die Kosten der städtischen Müllabfuhr den Mietern auferlegen, oder etwa den Schulhausbaufonds zu den Kosten heranziehen soll. Alle diese Punkte sind von der Kommissionsmehrheit abgelehnt worden und zwar aus folgenden Gründen: Die Lustbarkeitssteuer würde einen wesentlichen Ertrag nicht bringen, außerdem aber auch sehr heftig auf ein einzelnes Gewerbe drücken. Die Errichtung einer städtischen Sparkasse liegt aber in so weitem Felde, daß vor der Hand mit einem sicheren Ertrage nicht zu rechnen ist, und es ist außerdem zweifelhaft, ob sie überhaupt genehmigt würde. Ein etwaiger Ertrag ist derart zweifelhaft, daß man solche großen Ausgaben nicht darauf basieren kann. Etwas lebhafter wurde die Frage diskutiert, ob man die Kosten für die Abfuhr des Hausmülls im Betrage von jährlich etwa 80 000 Mark den einzelnen Mietern auferlegen sollte. Auch dieses wurde abgelehnt und zwar auf Grund des Gesichtspunktes, daß das lediglich wie eine Einkommensteuer, vielleicht sogar wie eine Kopfsteuer wirken würde, nach unten hin sogar verschärfend. Nun komme ich zur Heranziehung des Schulhausbaufonds zu den ordentlichen Ausgaben. Die städtischen Behörden haben gelegentlich der letzten Statsberatung beschlossen, es sollen bis auf weiteres jährlich 100 000 Mark dem Ordinarium aus dem Schulhausbaufonds zugeführt werden, während früher der Ertrag aus den Gas- und Wasserwerken dem Schulhausbaufonds ungefürzt zufloß. Dieser Beschluß kam aber zustande aus Sorge darüber, daß man sonst nicht ohne Steuererhöhung den Bedarf des laufenden Stats decken könnte. Die vereinigten Kommissionen haben hierüber folgende Ansicht: man möge künftig dem Ordinarium die 100 000 Mark nicht mehr zu-

führen, da die beschlossenen Erweiterungsbauten des Gaswerks Laubenstraße noch sehr bedeutende Summen erfordern und weil inzwischen die Errichtung eines neuen Wasserwerkes auf Melveroder Feldmark grundsätzlich beschlossen sei. Der Inhalt des Baufonds reiche nicht aus, wenn man, von den laufenden Schulbaulasten abgesehen, ihn dauernd mit der Mehrausgabe für die Gehaltserhöhungen belaste.

Nachdem diese einzelnen Steuerprojekte gefallen waren, blieb noch übrig die Erhöhung der Einkommensteuer und die Einführung einer den Grundbesitz belastenden Steuer. Die Einkommensteuer ist aber nach den vorgelegten Tabellen so außerordentlich gewachsen, daß nach der einstimmigen Ansicht der Kommission eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer absolut unmöglich ist. In den letzten zehn Jahren ist die Einkommensteuer in der Stadt Braunschweig (staatliche und Gemeinde-) um rund zwei Millionen Mark gewachsen, nämlich von 2 359 379 Mark auf 4 308 205 Mark. Nach der einstimmigen Ansicht der Kommission scheidet also eine etwaige Erhöhung der Einkommensteuer aus, während dafür die Einführung einiger den Grundbesitz treffenden Steuern ins Auge zu fassen ist.

Zu diesem Zwecke ist ausgerechnet und in einer Tabelle niedergelegt, wie der Grundbesitz in Braunschweig bislang belastet gewesen ist. Dabei ist festgestellt, daß in den letzten zehn Jahren die Vermehrung der Belastung ziemlich gering gewesen ist, indem sie von 860 173 Mark im Jahr 1899/1900 stieg auf 1 102 371 Mark im Jahre 1908/09. Diese Mehrbelastung ist im Verhältnis zu der kolossalen Steigerung der Einkommensteuer nicht besonders groß. Es fiel auch die Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten in Braunschweig sehr zugunsten des Grundbesitzes aus. So beträgt im Steuerjahre 1904/05 in der Stadt Braunschweig der Prozentsatz an Grundsteuer nur 17 Prozent, während die übrigen 83 Prozent aus anderen Steuern gedeckt werden. In sämtlichen preussischen Städten, deren Steuerzahlen im statistischen Jahrbuche deutscher Städte aufgeführt werden, sind die Grundsteuern aber ohne Ausnahme höher als hier. Während für Braunschweig dieser Prozentsatz 17,1 beträgt, ist er in den preussischen Städten von ungefähr gleicher Größe wesentlich höher, denn unter den im statistischen Jahrbuche aufgeführten 34 Städten befindet sich nur eine (Essen) mit ungefähr gleichem Prozentsatz, während alle übrigen wesentlich höhere Steuerbeträge, bis zu 50 Prozent, aufzuweisen haben. Berlin erhebt 31 Prozent, Hannover 26 Prozent, Magdeburg 26 Prozent vom Grundbesitze. Dieses Verhältnis vom Jahre 1904/05 ist aber jetzt noch krasser, weil inzwischen die Einkommensteuer erhöht worden ist. Der braunschweigische Staat erhob bis zum 1. Oktober 1903 eine Veränderungssteuer von  $\frac{1}{2}$  Prozent, bis zum 1. Mai 1906 eine Auflassungs-Stempelsteuer von  $\frac{1}{2}$  Prozent und erhebt

seitdem an solcher Steuer 1 Prozent, aber auch andere Bundesstaaten erheben neben der Gemeinde-Veränderungssteuer und der Wertzuwachssteuer eine staatliche Steuer vom Wechsel des Grundeigentums. Es erheben an dieser Steuer: Preußen 1 Prozent (wie Braunschweig), Bayern 2 Prozent, Baden  $2\frac{1}{2}$  Prozent, Oesterreich-Ungarn  $3\frac{1}{2}$  Prozent und Elsaß-Lothringen  $5\frac{1}{2}$  Prozent. Auf Grund dieser Tatsachen wäre es also verständlich, den Grundbesitz hier noch weiter zu den Lasten der Gemeinde heranzuziehen.

Gegen diese Ansicht der Kommissionsmehrheit äußert sich die Minderheit in folgender Weise. Man müsse anerkennen, daß an sich die Belastung des Grundbesitzes hier in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich zugenommen habe und daß der Prozentfuß an Grundbesitzsteuern verhältnismäßig gering sei. Das geringe Wachstum der Steuern in der Zwischenzeit sei aber nur dadurch zu erklären, daß Braunschweig an Umfang nicht wesentlich zugenommen habe, indem nur wenig neugebaut sei.

Das ist aber nach der Ansicht der Kommissionsmehrheit nicht der wirkliche Grund. Daß Braunschweig so günstig, die meisten preussischen Städte in dieser Beziehung aber so ungünstig dastehen, liege in dem Unterschiede zwischen den Bestimmungen der beiderseitigen Gemeindeabgabengesetze. In beiden Gesetzen wird das Zwangsverhältnis zwischen der Einkommensteuer und den Realsteuern festgesetzt, jedoch gibt das preussische Kommunalabgabengesetz einen sehr viel weiteren Spielraum hinsichtlich der Erhebung von Realsteuern, als das braunschweigische Gemeindeabgabengesetz. Das preussische Gesetz sagt in § 54: Die vom Staate veranlagten Realsteuern sind in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentfuß zur Kommunalsteuer heranzuziehen, als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. Dagegen ist diese Spannung nach §§ 46 und 47 des braunschweigischen Gesetzes außerordentlich gering. Hier sind die Gemeinden nur berechtigt, statt der normalen 3,5 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundkapitals und der normalen 35 vom Hundert des vollen Betrags der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbesteuer bis zu 4 bezw. 40 Prozent zu erheben. Also in Preußen die Möglichkeit der Erweiterung um die Hälfte, in Braunschweig um  $\frac{1}{5}$ . Das ist nach der Ansicht der Kommissionsmehrheit der Grund, weshalb das Verhältnis zwischen den Realsteuern und der Einkommensteuer in Braunschweig für den Grundbesitz so günstig und in Preußen so ungünstig ist. Von der Minderheit wurde weiter vorgebracht, es befände sich trotz verhältnismäßig geringer Belastung der hiesige Grundbesitz in außerordentlich trauriger Verfassung. Das wurde von der Mehrheit anerkannt, aber zugleich hervorgehoben, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer mindestens ebenso unerquicklich und unerträglich sei. Die Belastung der Grund-



besitzer sei hauptsächlich drückend geworden durch die g l e i c h z e i t i g e unerträgliche Höhe der Einkommensteuer, deren Herabsetzung vielfach als wünschenswert bezeichnet worden sei. Gerade dem Grundbesitzer würde, wie der ganzen Bürgerschaft, eine Ermäßigung der Einkommensteuer nützen und das drückende der Grundsteuer mildern.

Die Mehrheit der Kommission hat daher beschlossen, auf die Einkommensteuer nicht zurückzugreifen und die übrigen in den Kommissionsitzungen erwähnten Steuern als nicht gangbar zu verwerfen. Wir sind grundsätzlich bereit, die beiden den Grundbesitz treffenden Steuern — Veränderungs- und Wertzuwachssteuer — einzuführen, und außerdem empfehlen wir der Versammlung bezüglich des Schulhausbaufonds die in den l a u f e n d e n ordentlichen Etat eingestellten 100 000 Mark darin zu belassen, dagegen dem Magistrate anheim zu geben, von der Ermächtigung, dem Ordinarium auch künftig jährlich 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds zuzuführen, keinen Gebrauch zu machen.

Nunmehr komme ich zu der Frage, ob die b e i d e n magistratsseitig in Vorschlag gebrachten Steuerarten neben einander eingeführt werden sollen oder nur eine davon, und ob auf den weiteren Vorschlag des Magistrates, auf die Abgabe des bisherigen Sechstels zu verzichten, eingegangen werden soll.

Die Kommissionen haben zunächst die f i n a n z i e l l e Wirkung der einzelnen Steuern und des Verzichts auf das Sechstel festgestellt. Bezüglich der W e r t z u w a c h s s t e u e r ist der Ertrag leicht zu berechnen. Sie wird zunächst gar nichts bringen, da der gemeine Wert eines Grundstücks erst vom Tage des Inkrafttretens des Statuts ab bemessen werden soll. Bei der Ermittlung der Höhe der V e r ä n d e r u n g s s t e u e r hatte der Magistrat den Grundstücksverkehr nach den vom Amtsgerichte der Herzoglichen Polizeidirektion einzuliefernden Listen zugrunde gelegt. Danach stellt sich, wenn man nicht nach dem Eingange in den Listen, sondern nach deren vollständiger Erledigung die Berechnung aufstellt, der Grundstücksverkehr in Braunschweig nach dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre auf 20 427 666 Mark. Nimmt man hiervon 1 Prozent, so würde eine Jahreseinnahme von rund 204 000 Mark zu gewärtigen sein. Da indessen die nach dem Gesetze von 1879 steuerpflichtigen Personen sich nicht decken mit den Personen, die nach der neuen Steuervorlage steuerpflichtig werden sollen, so glaubten die Kommissionen zur Berechnung des mutmaßlichen Ertrages der Steuer einen anderen Weg einschlagen zu sollen und haben demzufolge den Magistrat gebeten, festzustellen, was der Staat in der Stadt Braunschweig durch seine Veränderungssteuer und die Auflassungs-Stempelsteuer bezogen hat. Hierbei hat sich ergeben, daß der Staat daraus nach neunjährigem Durchschnitt 174 600 Mark allein aus der Stadt Braunschweig erhoben hat. Es würden also

auch für uns, da sich im großen ganzen die Gruppen, die wir jetzt steuerpflichtig machen wollen, mit denen, die unter das Auflassungs-Stempelsteuergesetz fallen, decken, etwa 174 000 Mark herauskommen.

Nun komme ich zu dem Verzicht der Stadt auf das sogenannte Sechstel. Die Abgabe besteht aus zwei Teilen, nämlich aus solchem aus Testamenten und aus Kontrakten. Der Verzicht der Stadt auf das Sechstel ist nun so zu verstehen, daß wir vermeiden wollen, neben dem 1 Prozent der Veränderungssteuer noch dieses Sechstel, also zusammen  $1\frac{1}{6}$  Prozent an Veränderungssteuer aus *Kontrakten* zu erheben. Nach dem Durchschnitt der letzten 9 Jahre betrug dieses Sechstel aus Kontrakten 25 690 Mark, während das Sechstel aus Testamenten sich auf 11 260 Mark belief. Die Stadt würde also die erstere Abgabe nach Einführung der einprozentigen Veränderungssteuer fallen lassen, die letztere dagegen weiter erheben, so daß der finanzielle Effekt der neuen Veränderungssteuer etwa betragen würde ( $174\,000 - 26\,000 =$ ) 148 000 Mark. Beide neue Steuern reichen also bei gleichzeitigem, teilweise zu leistenden Verzicht auf das Sechstel aus Kontrakten nicht ganz aus zu den bisher vom Magistrate für Gehaltserhöhungen geforderten 160 700 Mark, geschweige denn zu den von der Kommissionmehrheit beschlossenen weiteren 21 000 Mark, sowie zu den für städtische Oberbeamte (Oberlehrer) zurückzustellenden 23 300 Mark und zur Erhöhung der Bezüge der gegen Vergütung arbeitenden Beamten. Es würde sich vielmehr sofort im ersten Jahre ein Fehlbetrag von 60 000 Mark auch ohne die 1911 eintretenden Amortisationen ergeben. Soweit die finanzielle Wirkung der neuen Steuern!

Nun folgt die Kritik dieser Steuern! Von der Kommission minderheit wurde angeführt, die Veränderungssteuer sei eine rohe Steuer, weil sie in jedem Falle, gleichviel ob bei einem Grundstücksverkauf ein Gewinn oder ein Verlust herauskomme, erhoben werde. Dagegen sei die Wertzuwachssteuer eine verfeinerte Veränderungssteuer. Von einer anderen Gruppe der Kommissionen wurde darauf hingewiesen, daß die Veränderungssteuer einen wesentlichen Einfluß auf die Verteuerung der kleinen Wohnungen habe und ob es daher nicht zweckmäßig sein würde, Häuser mit Wohnungen bis zu einem Mietpreise von 400 Mark frei zu lassen. Beide Gesichtspunkte wurden von der Mehrheit der vereinigten Kommissionen nicht anerkannt. Wir sagten uns in der Mehrheit, wenn man die Gehaltserhöhungen will, so bleibt nichts anderes übrig, als die Veränderungssteuer einzuführen. Wer dagegen die Erhöhung der Gehaltsätze nicht will, mag gegen die Veränderungssteuer stimmen und umgekehrt. (Widerspruch.) Ich bin begierig, welcher finanzielle Nachweis von den Gegnern dieser Ansicht erbracht werden wird.

Sinnsichtlich des Verzichtes auf das Sechstel hatte die Minderheit gemeint, sie hielt es nicht für ganz unbedenklich, mit einem solchen Defizit, wie ich es vorhin erwähnt habe, in die folgenden Statsjahre hineinzugehen. Der Magistrat habe sich darüber noch nicht geäußert, ob er den Vorschlägen der Kommission über noch weitergehende Gehaltserhöhungen folgen werde. Die Minderheit vermute aber, daß der Magistrat diesen weiteren Ausgaben, des Betrages für die Oberbeamten, nur beipflichten werde, wenn das Sechstel in der bisherigen Weise weitererhoben werde. Darüber liegt indessen eine Aeußerung des Magistrates nicht vor. Die Mehrheit ist dagegen der Meinung, daß man sich den Kopf des Magistrates nicht zu zerbrechen und mehr Steuern zu bewilligen brauche, als er fordere. Man wolle daher die Stellungnahme des Magistrates abwarten. Eine Veränderungssteuer müsse grundsätzlich eingeführt werden, um die absolut notwendige Deckung des Bedarfs an Mitteln für die Gehaltserhöhungen herbeizuführen. Die vereinigten Kommissionen haben sich auf einen anderen Steuervorschlag nicht einigen können und müssen deshalb an dieser Steuer festhalten.

Nun kommt die letzte Frage: Soll neben der Veränderungssteuer noch die Wertzuwachssteuer eingeführt werden? In diesem Punkte war Mehrheit und Minderheit in annähernd gleichem Stimmenverhältnis in den Kommissionen vertreten, und nur mit geringer Majorität hat sich die Kommission zu der Annahme der Wertzuwachssteuer entschlossen. Die Minderheit sagt: Die Steuer ist an sich nicht nötig und bringt auch nichts ein, weshalb soll man sie da einführen? Darauf antwortete die Mehrheit: Es ist durchaus notwendig, wenn man überhaupt diese Steuer will, sie so früh wie möglich einzuführen, zumal bei dem Umstande, daß der gemeine Wert der Grundstücke bei Inkrafttreten des Gesetzes gelten soll und bei späterer Einführung kein Ertrag herauskommen würde. Der drückende Punkt des Gesetzes sei hier auch beseitigt, daß die Steuer nicht rückwirkend, sondern vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes ab berechnet werden solle und daß für den alten Grundbesitz eine Ermäßigung der Steuer um  $\frac{1}{3}$  oder gar  $\frac{2}{3}$  eintritt.

Sodann berührte die Minderheit die Lokalfrage. Sie sagt, es müsse nach der Lokalfrage entschieden werden, ob die Wertzuwachssteuer berechtigt sei oder nicht; die Steuer sei am Platze, wo große Bodenumwertungen bevorständen, wo sich eine Stadt auszudehnen beabsichtige, wo Festungswerke niedergelegt, Hafenanlagen hergestellt und Bahnhofsbauten geschaffen werden sollten. Bei dem Neu- oder Umbau des hiesigen Bahnhofs könnten allerdings große Bodenumwertungen bevorstehen, da aber die Stadt selbst Käuferin und Werwerterin des Terrains sein werde, so könnte auch dabei kein Nutzen herauskommen. Die Mehrheit meinte dagegen, daß gerade durch den Bahnhofsbau hier ganz un-

gemeine Verschiebungen der Bodenwerte herauskommen würden und ein unverdienter Wertzuwachs nicht bloß durch Spekulationen, sondern auch durch Veränderung des Bodenwertes ganzer Stadtteile entstehen könnte. Die Mehrheit hat also angenommen, daß auch bezüglich der Lokalfrage die Einführung der Wertzuwachssteuer angebracht sei.

Es entsteht hieraus die weitere Frage: Ist überhaupt eine Beteiligung der Gemeinde am Konjunkturgewinn beim Bodenverkauf berechtigt? Die Minderheit will das anerkennen, wenn nur der *unverdiente* Wertzuwachs besteuert würde, nicht aber auch der *verdiente*. Den Gesichtspunkt, der Gewinn des mobilen Kapitals bleibe unbesteuert, während der Wertzuwachs des immobilien Kapitals versteuert würde, könnte man fallen lassen, aber in vielen Fällen sei gerade durch diese Besteuerung des Wertzuwachses der *verdiente* Wertzuwachs getroffen, indem mittlere und kleinere Gewerbe und Handel vielfach an den Grundbesitz gebunden seien. Wenn etwa nach langjährigem Besitze ein Hauseigentümer sein Haus mit großem Gewinne verkaufe, dessen Wert er durch eigene Arbeit hervorgebracht hätte, so scheine es nicht gerechtfertigt, in solchem Falle auch den verdienten Wertzuwachs zu treffen. Dieser Ansicht konnte sich die Mehrheit nicht anschließen, sondern sie sagte, jedwede Einrichtung der Gemeinde gehe meistens zugunsten des Grundbesitzes, und auch hier würden die Einrichtungen der Gemeinde im wesentlichen dem Grundbesitze zugute kommen. Wenn aber ab und an einmal ein *verdienter* Wertzuwachs getroffen werden sollte, so wäre das ein Ausnahmefall.

Was den sozialpolitischen Gesichtspunkt dieser Steuer betrifft, so meinte die Minderheit, es wäre der offenbare Zweck der Wertzuwachssteuer, den Boden zu verbilligen, die Baugeslegenheit zu vermehren und die Wohnungspreise herabzumindern. Wenn durch das Schaffen neuer Wohnungen der bestehende Grundbesitz mit seinen Mietwohnungen geschädigt werden sollte, so würde eine Klasse, nämlich die Inhaber kleiner Wohnungen, bereichert durch Entwertung des Grundbesitzes einer anderen Klasse. Die Mehrheit vertrat dem gegenüber folgenden Standpunkt: Es ist an sich gerechtfertigt, möglichst viele kleine Wohnungen zu schaffen, und die Mietpreise seien nicht sowohl von der Bautätigkeit abhängig, als vom Zuzuge, der Angebot und Nachfrage regelt.

Endlich wurden von der Minderheit noch zwei steuertechnische Bedenken hervorgehoben und gesagt: Es wäre nicht richtig, für den Grundbesitz eine neue Steuer einzuführen, bei der der gemeine Wert den Wertmesser bilde, während für die alte Grundsteuer der Nutzungswert maßgebend sei. Die Anwendung zweier verschiedener Grundlagen für die Besteuerung von Grundstücken sei nicht angängig. Dem gegenüber betonte die Mehrheit, daß die verschiedenen Wertmesser ohne Befang seien, der gerügte Mangel sei nur ein Schönheitsfehler. In vielen

Fällen wäre nicht der gemeine Wert, sondern einfach der Kaufpreis oder Zuschlagspreis maßgebend. Das fernere Bedenken der Minderheit geht dahin: Bei der Einkommensteuer werde ein Verlust gegengerechnet, hier aber solle eine Gegenrechnung nicht stattfinden, vielmehr werde immer nur der Gewinn beiteuert. Die Mehrheit sagt dagegen: Sollte man Verluste kompensieren und solche Fälle entschädigen, so würde, wo jetzt überhaupt ein Gewinn aus der Zuwachsteuer nicht erwächst, sogar eine Entschädigung dauernd gezahlt werden müssen, ohne jedweden Gewinn zu haben.

Diese Gesichtspunkte haben die Kommissionen geleitet, Ihnen folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Vom 1. Oktober 1908 ab rückwirkend die erhöhten Gehaltsjäbe in der Höhe zu zahlen, wie die vereinigten Kommissionen es beschlossen haben.
2. Eine Deckung durch Erhöhung der Einkommensteuer wird abgelehnt, dagegen die Veränderungssteuer mit 1 Prozent und die Wertzuwachssteuer in der bekannt gegebenen Skala genehmigt.
3. Beide Steuerordnungen treten sogleich in Kraft, die Steuererhebung beginnt aber erst mit dem 1. April 1910.
4. Die Stadt verzichtet auf die Einnahmen aus dem Gejebe vom 28. Juni 1879, soweit sie die Abgaben aus *vertragsmäßigen* Erwerbe von Grundstücken betreffen.
5. Die im Etat 1908/09 der Rämmereikasse aus dem Schulhausbaufonds überwiesenen 100 000 Mark verbleiben in der Rämmereikasse, die Versammlung empfiehlt aber dem Magistrate, keinen Gebrauch von der erteilten Ermächtigung zu machen, auch fernerhin jährlich 100 000 Mark dem Ordinarium zu überweisen.

Die vereinigten Kommissionen haben Ihnen hiermit einen großen Speisezettel vorgeführt; es steht nun in Ihrem Belieben, davon à la carte zu speisen, oder das ganze Menü zu vertilgen einschließlich des ominösen Sechstels. Es ist aber nicht möglich, die Gehaltsvorlage zu bewilligen, ohne daß Sie mindestens die erste der beiden Steuern einführen.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf den mutmaßlichen Abschluß des laufenden Stats 1908/09 eingehen. Für das laufende Statsjahr sind an Gemeindecinkommensteuer ausgeschrieben 2 549 752 Mark, während der Anschlag auf 2 315 000 Mark lautet, demnach würde ein Mehrertrag an Steuern in Höhe von 234 752 Mark sich ergeben. Hiervon geht ab eine Summe von rund 186 900 Mark, die nach den bisherigen Erfahrungen durch Einspruch oder durch nicht einziehbare Beträge sich ergibt. Dagegen kommen rund 120 000 Mark aus den Zugangslisten hinzu. Es ergibt sich bis jetzt ein Mehrertrag von 167 852 Mark.

Nun haben Sie einen etatsmäßigen Fehlbetrag von 33 000 Mark. Sodann ist uns vom Magistrate mitgeteilt worden, daß in manchen Etatspositionen der Ausgaben sich ganz erhebliche Ueberschreitungen herausgestellt hätten, die z. B. beim Pflegehause rund 35 000 Mark betragen, beim Gesundheitswesen für Desinfektionen 12 000 Mark und für bessere Bewachung der Stadt erwächst ein Mehrbetrag von etwa 2500 Mark, während den Bürgern Ersatz für die Einquartierung in Höhe von 6000 Mark zu leisten sein wird. Das würden insgesamt 55 000 Mark sein. Nun sind bereits im laufenden Jahre außeretatsmäßig bewilligt: 36 000 Mark für Aenderungen im Feuerlöschgebäude, ferner 3000 Mark für Zeppelin und Donaueschingen und 2000 Mark für verschiedene kleinere Sachen. Außerdem wird die Deputation für das Feuerlöschwesen leider in nächster Zeit in die Lage kommen, noch einen größeren Betrag für die neue Leiter ausgeben zu müssen, deren Beschaffung immer noch verschoben ist; hierfür ist einschließlich sonstiger Reparaturen eine Ausgabe von 40 000 Mark zu gewärtigen. Das macht eine Ueberschreitung des Stats um 169 000 Mark, so daß nach Abzug des Mehrextrages der Einkommensteuer nichts übrig bleibt und wir das laufende Jahr ohne Ueberschuß und Fehlbetrag abschließen werden. (Widerspruch.) Wenn Sie aber imstande sein sollten, für den städtischen Haushalt des laufenden Jahres eine günstigere Rechnung aufzustellen, so wird sich niemand mehr darüber freuen, als der Referent der vereinigten Kommissionen. —

Als zweiter Berichterstatter nimmt das Wort Herr W e i c h s e l : Ich habe den Ausführungen des Herrn Hauptreferenten nur noch wenig hinzuzufügen. Sowohl in der zur Vorberatung dieser Vorlage eingesetzten Deputation, als auch in der vereinigten Finanz- und Statuten-Kommission ist darüber kaum ein Zweifel gewesen, daß die Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer unumgänglich notwendig sei. Sehr erheblich haben die Meinungen aber geschwankt, als die preußische Vorlage über die Gehaltserhöhungen herauskam; wir haben uns sehr lange darüber unterhalten, ob es richtig sei, jetzt mit einer vollendeten umfangreichen Vorlage hervorzutreten, oder ob es nicht besser sei, die weitere Entwicklung dieser Sache in dem großen Nachbarstaate Preußen abzuwarten. Ausschlaggebend dafür, daß wir die Kommissionsberatung zu Ende geführt haben, ist die Erwägung gewesen, daß für uns nicht nur die Verhältnisse des Nachbarstaates Preußen, als vielmehr die des braunschweigischen Staates von Ausschlag sein müßten. Dazu tritt der fernere Umstand, daß noch eine ganz geraume Zeit darüber hingehen wird, bis die preußische Vorlage verabschiedet sein wird und bis vom braunschweigischen Staate aus eine neue Befoldungsvorlage ausgearbeitet, durchberaten und angenommen sein wird. Es würde nicht richtig sein, die Sache bis dahin liegen zu lassen.

Was die von einer Seite angeregte Bewilligung von Teuerungszulagen betrifft, so bilden diese ein etwas rohes Hilfsmittel. Wir haben geglaubt, daß es richtiger wäre, ehe man Teuerungszulagen bewilligt, gleich reine Bahn zu machen und alle Ungleichheiten und Härten auszugleichen, also etwas Ganzes zu schaffen. Wenn infolge der veränderten Besoldungsverhältnisse in Preußen und dem Staate Braunschweig nach wenigen Jahren auch bei uns schon wieder Minderungen nötig sein sollten, so muß das eben geschehen und läßt sich nicht ändern. Auf Jahrzehnte kann man mit solcher Vorlage überhaupt niemals rechnen.

Was die Höhe der Gehälter anbelangt, so ist in diesem Punkte eine erfreuliche Uebereinstimmung in den vereinigten Kommissionen erzielt worden. Nur wenige Punkte haben zu Differenzen geführt, die später des näheren vorgetragen werden. Ich hoffe, daß wir auch hier in der Versammlung uns über die einzelnen Sätze mit derselben Einmütigkeit werden einigen können.

Nun komme ich zur Deckungsfrage. Der Herr Hauptreferent hat schon vorgetragen, daß der durch die geplanten Gehaltserhöhungen erforderlich werdende Mehrbedarf auf jährlich 205 000 Mark zu schätzen sei. Es ist sehr schön, eine solche Summe zu bewilligen, unangenehm aber sie zu decken. Auch in diesem Falle bewahrheitet sich das Wort: Geben ist seliger denn nehmen. Die Kommissionen waren bezüglich der Deckungsfrage einstimmig der Meinung, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer vorläufig nicht vorzunehmen sei. Eine geringe Minderheit nahm den Standpunkt ein, daß wir überhaupt ohne eine Neubewilligung von Steuern auskommen könnten und zwar in Unbetracht des Ueberschusses aus dem vorigen Etat. Die große Mehrheit der Kommissionen hat aber dieser Ansicht nicht beitreten können, sondern hat sich vollständig auf den Standpunkt des Magistrats gestellt, daß die Gehaltsvorlage nur in Verbindung mit der Deckungsvorlage erledigt werden könne.

Was die in Vorschlag gebrachten beiden Steuerarten anbelangt, so muß ich bekennen, daß ich mit der Mehrheit der Kommissionen ein absoluter Freund der *Wertzuwachsteuer* bin. Die vom Herrn Hauptreferenten gegen diese Steuerart vorgetragenen Bedenken können nach meiner Ueberzeugung nicht dazu dienen, die Steuer zu Fall zu bringen. Sie ist von fast sämtlichen namhaften Volkswirtschaftslehrern durchaus befürwortet. In den Städten, die diese Steuer eingeführt haben, hat man durchweg ausgezeichnete Erfolge damit gehabt. (Zustimmung und Widerspruch.) Diese Steuer ist namentlich deshalb akzeptabel, weil sie nur den Verdienst faßt und nicht roh zugreift, wie andere Steuern, gleichviel, ob jemand etwas verdient hat, oder nicht. Ich bitte deshalb, diesem Beschlusse der Kommissionen beizutreten.

Was die zweite Steuer betrifft, die Veränderungssteuer, so handelt es sich dabei um eine Steuer, an die niemand von uns gern heranging; es ist eine rohe Steuer, aber wir kommen nicht ohne sie aus. In den ausgedehnten Deputationsberatungen ist uns auch nicht ein Vorschlag gemacht worden, der uns akzeptabler sein könnte, als der Vorschlag des Magistrats. Bei einem solchen Mehrbedarf kommen wir aber nicht ohne eine Deckung der Sache aus, und wir dürfen nicht ins Blaue hinein wirtschaften.

Was den Plan des Magistrates anlangt, das bisher erhobene Sechstel der Veränderungssteuer dann fallen zu lassen, so sind dagegen erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Ich stehe dabei auf dem Standpunkte der Mehrheit der Kommissionen, das Sechstel fallen zu lassen, wenn wir die Veränderungssteuer in diesem Umfange einführen. Wenn dann vom Staate und von der Stadt je 1 % des Grundstückswertes als Veränderungssteuer erhoben wird, so muß die Stadt auch auf die Hebung des bisher erhobenen Sechstels verzichten. Ich gebe zu, daß die finanziellen Bedenken des Herrn Hauptreferenten gewiß im höchsten Grade zu beachten sind, aber wir müssen bei einem so gewaltigen städtischen Etat, bei dem natürliche Schwankungen immer möglich sind, so daß einmal ein Minus von 100 000 Mark und ein Plus von 400 000 Mark vorkommen können, hoffen, auch diese 60 000 Mark zu decken. Sollte es nicht möglich sein, dann müssen wir eben später Deckung für das Sechstel schaffen. Jedenfalls müssen wir uns zunächst auf den Standpunkt stellen, daß wir bei Einführung der Veränderungssteuer auf das Sechstel verzichten.

Sinsichtlich des Inkrafttretens der beiden Steuerarten hat der Herr Hauptreferent Beläge mitgeteilt, nach denen es möglich ist, die Gehaltserhöhungen rückwirkend vom 1. Oktober 1908 ab eintreten zu lassen, während die Deckungsvorlage erst vom 1. April 1910 ab in Kraft treten soll. In diesem Sinne haben auch die Kommissionen beschlossen. Ich persönlich würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die neue Steuer bereits vom 1. April 1909 ab eingeführt würde, denn ich muß sagen, der Zeitraum bis zu diesem Zeitpunkte ist reichlich genug bemessen, um etwa schwebende Grundstücksgeschäfte noch vorher in Ordnung zu bringen. Wenn dagegen gesagt wird, wir wollen erst neue Steuern bewilligen, wenn es unbedingt nötig ist, so kann ich den Grundsatz in der Allgemeinheit nicht anerkennen. Was heißt überhaupt unbedingt nötig? Wenn erst dann bewilligt werden soll, sobald die eiserne Notwendigkeit an uns herantritt, so wäre das keine vorsichtige Finanzpolitik. Den Ueberschuß aus einem Etatsjahre sollen wir verständig verwenden, um dort, wo erhebliche Lücken in der Stadtverwaltung vorhanden sind, einzugreifen. So z. B. muß mit den Straßenbauten in der Innenstadt jetzt endlich ein schnelleres Tempo eingeschlagen werden, denn die Innenstadt ist der Außenstadt gegenüber zurück-



gestellt. Auch noch andere Vorlagen sind bislang immer zurückgestellt, so daß es noch viel gut zu machen gibt. Das im abgelaufenen Jahre erzielte Plus könnten wir daher zum Besten der Innenstadt verwenden. Im übrigen habe ich den Ausführungen des Herrn Hauptreferenten nichts hinzuzufügen.

Nunmehr wird in die Beratung der Vorlage eingetreten.

Herr Sander: Ich bekenne mich vorweg als Gegner der Veränderungs- und Wertzuwachssteuer. Ich bin auch derjenige, auf den der Herr Hauptreferent in seiner Einleitung hingewiesen hat, der nicht der Finanzkommission angehört und sich doch lebhaft an der Besprechung der Sache beteiligt habe. Ich stelle den Antrag, die Magistratsvorlage abzulehnen, soweit sie sich auf die Erhöhung der Veränderungs- und Wertzuwachssteuer bezieht. Diesen Antrag begründe ich wie folgt: Ich bin durchaus nicht willens, dem Magistrat die Mittel nicht zu bewilligen, um die geplante Erhöhung der Gehälter ausführen zu können, das liegt mir fern. Mich hat ein Auspruch unseres Herrn Vorsitzenden veranlaßt, diese Stellung einzunehmen, der im Beginn der Kommissionsberatungen erklärte, es sei wohl selbstverständlich, daß neue Steuern nur bewilligt würden, wenn die bittere Not uns dazu zwänge. Diese Worte sind ein Leitstern für mich gewesen. (Heiterkeit.) Ich kann trotz der gründlichen Ausführungen der Herren Referenten nicht einsehen, daß uns heute schon die bittere Not zwingt, die beiden Steuern einzuführen. So lange wie ich die Ehre habe, dieser Versammlung als Mitglied anzugehören, und das ist schon eine ganze Reihe von Jahren, habe ich wahrgenommen, daß bei allen Etatsberatungen immer kolossal schwarz gemalt wurde. Fast immer ist mit Selbstbeträgen operiert worden, so daß mich in den ersten Jahren ein Gruseln beschlich und ich annahm, wir ständen dicht vor dem Konkurs und das Ende vom Liede war, wir schlossen immer mit einem Plus ab. (Widerpruch.) Schließlich hat man sich an diese Schwarzmalerei gewöhnt. Bei der Beratung des vorjährigen Etats wurde uns ein Defizit in Aussicht gestellt und was war der Erfolg? Wir schlossen nicht mit 401 000 Mark, sondern sogar mit 440 000 Mark Plus ab. Unter solchen Umständen kann man doch nicht pessimistisch werden? Ich bin der Meinung, daß wir in der Lage sind, die Beamten- und Lehrer-Gehälter aus den vorhandenen und den noch aus dem laufenden Etat zu erwartenden Mitteln unter Zuhilfenahme unseres Ueberchusses aus dem Gas- und Wasserwerke zu erhöhen. Bei der vorjährigen Etatsberatung hat der Magistrat selbst erklärt, er hielt es für richtig, um den Etat zu balancieren, aus dem Ueberchusse des Gas- und Wasserwerkes einen Betrag von 100 000 Mark bis auf weiteres jährlich in die Kammereikasse abzuführen. Für dieses Jahr ist der Ueberchuß denn auch gezahlt worden. In der Kommission wurde indessen sogar der Wunsch ausgesprochen, den Betrag an den Schulhaus-

haufonds wieder zurückzuzahlen. Das ist allerdings schließlich fallen gelassen, aber es wurde vom Herrn Hauptreferenten gesagt, daß die 100 000 Mark nicht ferner dem Schulhausbaufonds entnommen werden sollen. Wenn das geschieht, so sind wir allerdings nicht in der Lage, die 180 000 Mark Mehraufwendung jährlich zu decken; sollte aber der frühere Beschluß aufrecht erhalten werden, daß jährlich 100 000 Mark der Kammereikasse überlassen werden, so sind wir in der Lage, die Erhöhungen ohne neue Steuern zu tragen. Vom Herrn Hauptreferenten wurde auch gesagt, wir würden in diesem Jahre voraussichtlich mit Null abschließen. Das glaube ich nicht, wir werden vielmehr mit einem ganz erheblichen Ueberschusse abschließen. (Herr Dr. Wolters: Nachweisen!) Das kann ich nicht, ebensowenig wie der Herr Referent den Nachweis erbringen kann, daß wir gerade aufgehen werden.

Ein ferneres Moment kommt meiner Ansicht noch zugute: Die Grundsteuer wird uns in diesem Jahre nach meiner Schätzung mindestens 25 % mehr einbringen als bisher, weil die neuen Einschätzungen alles bis aufs kleinste herausgeholt haben, um die Steuer in die Höhe zu bringen. Wir werden also auch darin einen ganz erheblichen Ueberschuß bekommen. Auch bei der Einkommensteuer wird ein Plus erzielt werden. Diese Meinung ist zu Anfang unserer Kommissionssitzungen vom Magistrate geteilt worden, wenn ich nicht irre.

Ich sehe also nicht so schwarz, wie das hier vorgetragen ist. Dabei bin ich aber nicht derjenige, welcher ins Blaue hinein wirtschaften will, denn ich bin ebenfalls ein Freund einer geordneten Finanzpolitik. Mit einem Fonds von 440 000 Mark und einem Zuschuß von 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds sind wir aber in der Lage, wenn wir nicht extraordinäre Ausgaben machen wollen, alles zu decken, was nötig ist. Besonders opulente Sachen kann man in einer Zeit, wo das Geld dafür vorhanden ist, machen, während man sie in einer Zeit der Not zurückstellen kann. Im vergangenen Jahre hat sich der Magistrat allerdings großer Sparjamkeit befleißigt, ich kann aber nicht einsehen, daß er notwendige Sachen nicht gemacht haben sollte, wenn auch manches wünschenswerte unterlassen sein mag. Die Versammlung hat stets bewilligt, was notwendig ist, und ich glaube, wenn in derselben Weise weiter gewirtschaftet wird, so werden wir ohne Steuererhöhung oder ohne neue Steuern auskommen. Die Möglichkeit will ich zugestehen, daß wir uns in zwei Jahren wieder über diese Sache unterhalten müssen, sofern mein Antrag angenommen werden sollte, aber dann ist es immer noch Zeit genug dazu. Weshalb sollen wir schon heute Steuern festsetzen, mit denen wir erst in zwei Jahren beginnen wollen. Es ist ja ganz gut und auch vom Magistrate zu verstehen, wenn er sich sichern will, aber es wird andererseits niemand bestreiten wollen, daß es keine

ungefunde Finanzpolitik ist, mit diesen neuen Steuern jetzt herauszukommen, sondern erst dann, wenn wir sie haben müssen. Bedenken Sie auch, welche gewaltigen Ueberschüsse unsere Gas- und Wasserwerke schon gebracht haben. Ich bin kein Freund davon, den ganzen Ueberschuß dieser Werke, also den ganzen Schulhausbaufonds in der Kammereasse aufgehen zu lassen, das würde ich vielmehr für ein Unglück halten, aber ich bin mit dem Herrn Oberbürgermeister derselben Meinung, daß es dem Fonds nichts schadete, wenn ihm jährlich 100 000 Mark für die Kammereasse entnommen werden. Das frühere rasche Tempo mit den städtischen Schulbauten ist ja vorläufig vorbei, und wenn es wiederkommt, so kann die Versammlung andere Beschlüsse fassen. Vorläufig werden wir wohl in den nächsten vier bis fünf Jahren keine neue Schule zu bauen haben. Fast in jedem Schulgebäude sind Klassenzimmer leer und wir brauchen erst dann wieder an Neubauten zu denken, wenn diese Zimmer sämtlich gefüllt sind, worüber noch Jahre vergehen werden.

Was nun die Veränderungssteuer betrifft, so sagten die Herren Referenten, das wäre eine rohe Steuer. Richtig, aber nicht nur eine rohe, sondern auch eine ungerechte Steuer, weil sie jeden trifft, ob er bei einem Grundstückswechsel verliert oder gewinnt, er muß an Fiskus und Stadt zahlen. In der Kommission wurde wohl gesagt, die Steuer treffe nicht den Grundbesitzer im allgemeinen, das ist wohl richtig, sie trifft aber den Grundbesitz als solchen und verteuert ihn. Die angedeuteten Bedenken, daß die Steuer die Mieten erhöhen könnte, sind allerdings begründet, denn der Grundbesitzer kann eine derartige Steuer aus eigenen Mitteln nicht bezahlen, er muß sie wieder abwälzen auf die Mieter, das geht eben nicht anders. Deshalb wird die Steuer auch seitens der Mieter bekämpft werden. Jedenfalls wird sie den Grundstücksmarkt sehr beeinträchtigen. Sie wissen aber, wie traurig der Grundstücksmarkt hier liegt; es werden Grundstücke eigentlich nur im Zwangsverfahren und infolge von Familienbeziehungen verkauft, denn freiwillige Verkäufe finden eigentlich nur statt bei Anzahlungen von 1000 Mark und weniger. Es ist hier vorgekommen, daß ein Verkäufer schon etwas zugegeben hat, wenn ein anderer nur sein Haus übernommen hat. (Geisterkeit.) Durch solche Maßnahmen können Sie den Grundstücksmarkt unmöglich flott machen wollen, sondern er kann dadurch höchstens noch schlechter und mehr beeinträchtigt werden.

Wenn der Herr Referent sagt, die Belastung des Grundbesitzes sei hier im Vergleich zu anderen Städten sehr gering, so muß ich das entschieden bestreiten. Man muß bei solchen Vergleichen auch den Maßstab der Mieten, die in anderen Städten gezahlt werden, mit heranziehen (Zustimmung). Wenn Berlin 31 Prozent, Hannover 26 Proz., Magdeburg 24 Proz. und wir nur 17 Proz. Steuer vom Grundstück erheben, so ist dabei folgendes zu berücksichtigen. In Magdeburg

sind nach meiner Schätzung die Mieten etwa 33 Proz. höher als hier, wenn dort nur 24 Proz. Steuern bezahlt werden, so bleibt immer noch ein Unterschied von 9 Proz. für den Hausbesitzer übrig, wenn ich dieselben Preise einsetzen würde wie hier. (Heiterkeit.) Ich habe schon angedeutet, daß ich das nicht tue, aber es ist doch ein Beweis dafür, daß die Grundbesitzer in anderen Städten sich besser stehen als hier. Das hat sogar unser früherer Vorsitzender der Finanzkommission bei Gelegenheit der Beratung des Stats für 1907/08 — Seite 390 des Berichtes — hier ausgesprochen. Herr Geheimrat Züdel, der sicher ein Urteil über die hiesigen Grundbesitzverhältnisse besitzt und der eingeweiht ist bis in die innersten Tiefen des Grundbesitzes, hat damals erklärt: „Gerade der Grundbesitz, aus dem bisher die meisten Steuereinnahmen geschöpft wurden, befindet sich in einer derartig bedrückten Lage, daß es tatsächlich der Anstrengung der städtischen Behörden in hohem Maße bedarf, um auch diesem wieder gerecht zu werden und ihn so zu fördern, daß er wieder auf seine frühere alte Höhe gelangt.“

Das ist ein Urteil, das für mich ausschlaggebend ist, und das auch die Ausführungen des Herrn Referenten widerlegt, daß der Grundbesitz hier sehr gut und glücklich daran sei, denn in Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall.

Bei Gelegenheit der Besprechung der Wertzuwachssteuer hat der Herr Hauptreferent auch gesagt, die Einrichtungen unserer Stadt kämen allein dem Grundbesitz zugute. Ich verstehe das so, daß sie ihm in höherem Maße zugute kommen sollen, als dem Mieter. Das ist eine verkehrte Auffassung. Ich möchte fragen, welche Einrichtungen damit gemeint seien, und es wurde mir schon früher gesagt, die Stadt lege neue Straßen an und der Grundbesitzer könne dann seinen Bauplatz verkaufen, und mache damit ein Geschäft. Das liegt aber ganz anders. Wer bezahlt denn die neuen Straßen, von wessen Geldern werden sie also angelegt? Nur allein von dem Gelde des betreffenden Unternehmers resp. der betreffenden Anlieger. Die Stadt zieht von diesen das Geld ein und macht damit die Straßen fertig. Also der Grundbesitz schafft die Straßen, nicht die Stadt als solche. Ebenso ist es mit den Kanalbauten. Die Kanäle werden erhalten und deren Kosten amortisiert allein vom Grundbesitz, und es sind ganz bedeutende Summen, die der Grundbesitz hierfür aufbringen muß. Von unseren ganzen Steuern zu über drei Millionen Mark jährlich, hat der Grundbesitz als solcher allein 966 000 Mark aufzubringen und außerdem muß er noch die allgemeinen Steuern mit aufbringen. Für das Jahr 1908/09 sind geschätzt worden die Grundsteuer zu 538 000 Mark, die Kanalsteuer zu 193 000 Mark und die Gewerbesteuer zu 238 000 Mark. Letztere muß ich mit zum Grundbesitz rechnen, weil die meisten Gewerbetreibenden in der Zwangslage sind, ein Grundstück besitzen zu müssen; die Gewerbetreibenden sind denn

auch zu  $\frac{2}{3}$  Grundstücksbesitzer. Also fast  $\frac{1}{3}$  der hiesigen Steuern muß der Grundbesitz als solcher aufbringen; dazu kommt noch der auf die Grundbesitzer entfallende Teil der direkten Einkommensteuer. Hiernach ist das vom Herrn Hauptreferenten entrollte Bild nicht richtig. Es wurde auch gesagt, wenn man solche Ueberschüsse habe, wie der letzte Etat uns gebracht hat, so solle man bessere Anlagen in der Stadt schaffen, die die Stadt in die Höhe bringen und die nicht als notwendig, aber als wünschenswert zu bezeichnen seien. Dafür bin ich zu haben. Aber wir haben ja keine Ueberschüsse, wenn wir die neuen Steuern meinem Antrage gemäß erheben, und nur opulente Sachen zu machen, um den Grundbesitzerstand nochmals zu belasten, dafür bin ich nicht zu haben. Warten wir mit derartigen Sachen die Zeit ab, daß wir finanziell so gestellt sind, um uns so etwas leisten zu können. Es wird gesagt, die Feuerwehr müßte ein Automobil haben. Wir haben ja aber erst eins angeschafft, und unsere Feuerwehr arbeitet ganz vorzüglich, also wozu noch ein Automobil? Wer die Tätigkeit der Feuerwehr in neuester Zeit beobachtet hat, muß sich über deren Leistungsfähigkeit freuen haben, auch die Leiter, die gar nichts taugen soll, hat vorzüglich sich bewährt, ich habe wenigstens nichts defektes daran gesehen. Eine Parade-truppe aus der Feuerwehr zu machen, halte ich nicht für nötig. Das mag man tun, wo die Finanzen besser sind, als bei uns. Jedenfalls halte ich augenblicklich den Zeitpunkt dafür nicht gegeben.

Es ist auch gesagt worden, wir wollten mit einem rascheren Tempo bei den Straßenpflasterungen in der Innenstadt vorgehen; das wäre an sich sehr wünschenswert, denn wir haben eine Masse alter Straßen, die einer besseren Pflasterung bedürfen, aber es ist seinerzeit ein Beschluß gefaßt, jedes Jahr eine bestimmte Summe für die Pflasterung innenstädtischer Straßen auszusetzen, und ich sehe nicht ein, weshalb wir jetzt von diesem Tempo abgehen sollen. Gewiß, wenn wir die Mittel dazu hätten und sie nicht erst durch neue Steuern aufbringen sollten, wäre ich dafür zu haben. Aus allen diesen Gründen bitte ich meinen Antrag anzunehmen.

Herr J a s p e r : Der Werdegang der Kommissionsverhandlungen ist von den beiden Herren Berichterstattern im allgemeinen zutreffend geschildert worden, nur eins vermisse ich dabei, daß in Kürze auch auf die Ursache eingegangen wurde, die uns zu den ganzen Vorlagen den Hintergrund gibt. Weshalb sollen wir jetzt die Gehälter der Angestellten aufbessern? Das ist notwendig infolge der traurigen Tatsache, daß durch die Politik derjenigen Parteien, denen die Mitglieder dieser Versammlung in der überwiegenden Mehrheit angehören, die Lebensmittel so ungemein verteuert sind. (Widerspruch und Zustimmung.) Das sollten Sie sich gesagt sein lassen, daß Sie selber die betreffenden Gesetze mit haben machen helfen und sollten dafür besorgt sein, die Sache wieder ins

Lot zu bringen, damit die Einwohnerschaft die Gehaltserhöhungen nicht fühlt. Für einen Gegner der Zollpolitik liegt es nahe zu sagen: Meine Herren Beamten, wie man sich bettet, so schläft man. Wenn man bei solcher Gelegenheit bereit ist, für eine Verteuerung der Lebensmittel einzutreten, so sollte man sich hüten, auf einen Ausgleich für sich selbst Bedacht zu nehmen, während es den unabhängigen Gewerbetreibenden und den Arbeitern im Kampf ums Leben nicht so leicht gemacht wird, den Ausgleich herbeizuführen, sondern diese Leute erst schwer den Ausgleich erkämpfen müssen. Für den Gegner dieser Politik liegt es nahe, solchen Gedanken nachzugehen, aber meine Freunde und ich beabsichtigen nicht, deswegen bei dieser Gelegenheit Vergeltung zu üben.

Ich erkenne mit der Mehrheit der Kommission an, daß eine Steuerung vorhanden ist und diese in den Gehaltsföhen der städtischen Angestellten ausgeglichen werden muß, ebenso, daß auch mit dem Satz von 10 % für die Erhöhungen ungefähr das Richtige getroffen wird. Aber nicht nur die Herren Beamten sind von der Steuerung betroffen, sondern auch noch andere Schichten der städtischen Bevölkerung haben darunter zu leiden. Ich will nicht etwa von den Grundbesitzern reden, sondern nur von denjenigen, die ebenfalls in der Gemeinde tätig sind, jedoch nicht die Ehre haben, angestellte Beamte zu sein, sondern die trotz jahrelanger Beschäftigung nur remuneratorisch tätig sein können, und auch die städtischen Arbeiter haben sehr unter der Verteuerung der Lebensmittel zu leiden. Für meine Freunde und mich ist es deshalb selbstverständlich, daß nicht nur die angestellten Beamten, sondern auch die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte und die städtischen Arbeiter an der Erhöhung des Einkommens teilnehmen.

Was die Höhe der Zulage anbetrifft, so mag mit 10 % im allgemeinen wohl das Richtige getroffen sein, es muß jedoch dabei unterschieden werden, welche Schicht der im städtischen Dienste stehenden Herren in Betracht kommt, denn es wäre nicht richtig, zu sagen, wenn jemand ein Einkommen von 10 000 Mk. hat, muß er um 1000 Mk. aufgebeffert werden, weil die Steuerung soviel bei seiner Familie nicht beträgt. Bei einem Einkommen von nur 1000 Mark würde sie dagegen mehr als 100 Mark betragen. Deshalb ist sehr wohl darauf Bedacht zu nehmen, daß die Erhöhungen nach oben hin geringer als 10 % sein können, während nach unten hin eine Steigerung eintreten muß, um der Willigkeit gerecht zu werden. Die Kommission hat bei ihren Vorschlägen leider das gegenteilige Prinzip ausgeübt, wir werden indeffen bei den Verhandlungen über die Gehaltserhöhungen darauf hinwirken, daß den Verhältnissen Rechnung getragen wird. Wenn darüber hinaus versucht werden sollte, nicht nur die Steuerung auszugleichen, sondern auch Unebenheiten in den Gehältern und Löhnen zu beseitigen, die infolge der Zeitentwicklung nicht mehr

angemessen erscheinen, so bin ich bereit, dabei mitzuwirken, jedoch würde ich mich nicht zu solchen Aenderungen verstehen können, die über das gebotene Maß hinausgehen, oder die möglicherweise einem neuen Regime Thor und Tür öffnen. Ich komme zu dem Ergebnis, daß selbst die Vorschläge der Kommission bezüglich der aufzuwendenden Mittel nicht ausreichen, sondern daß darüber hinaus 10 000 Mark für die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte und 50 000 Mark für die städtischen Arbeiter eingestellt werden müssen, wenn nach den allgemeinen Billigkeitsgrundsätzen diesen notleidenden Schichten mehr Rechnung getragen werden soll. Es ist hiernach also ein höherer Bedarf vorhanden, als nach der Vorlage und den Vorschlägen der Kommissionen zu erwarten ist.

Aus diesem Grunde muß ich auch die Deckungsfrage erwähnen, wie ich sie mir denke, denn ich halte es auch für einen berechtigten und gesunden Grundsat, nicht an Ausgaben heranzutreten, ohne daß Deckung dafür vorhanden ist. Ich kann deshalb nicht Herrn Sander und seinen Freunden beipflichten und sagen, wir können die neuen Ausgaben aus den laufenden Einnahmen decken. Es mag sein, daß die Kommissionmehrheit Recht hat, wenn sie meint, es könnten vorübergehend die Ausgaben für ein halbes oder ganzes Jahr aus den vorhandenen Mitteln gedeckt werden, aber für die Dauer müssen derartige Ausgaben durch Ueberschüsse getragen werden. Dauernden Ausgaben müssen dauernde Einnahmen gegenüberstehen. Ich will zunächst nicht ganz von der Hand weisen, daß die Einkommensteuer von einer stärkeren Heranziehung völlig auszuschließen sei. Beide Berichterstatter haben schon hervorgehoben, daß die Kommission einstimmig der Ansicht sei, die Einkommensteuer könnte nicht erhöht werden. Diese Einstimmigkeit ist nur darauf zurückzuführen, daß in der betreffenden Sitzung mein Freund Altmann und ich nicht anwesend sein konnten und deshalb bei dieser Gelegenheit Widerspruch nicht laut wurde. Ich bin der Meinung, daß die Einkommensteuer, als die gerechteste und regelmässigste Steuer für die ordentlichen Ausgaben der Stadt sehr wohl herangezogen werden kann. Aber darüber hinaus muß ich anerkennen, daß nach Lage der Verhältnisse, wie einmal die Selbstverwaltung der Stadt hier beschaffen ist, wir ohne Zustimmung der Regierung weder eine Erhöhung der Einkommensteuer über das jetzige Maß hinaus durchsetzen, noch eine andere Staffelung dieser Steuer beschließen können, so daß wir uns auf andere Steuerquellen besinnen müssen. Ich pflichte auch dem Herrn Hauptberichterstatter bei, daß die sonstigen erwähnten Steuervorschläge nicht diskutierbar sind und deshalb keinen praktischen Ausweg in dieser Lage bieten. Ich muß aber auch Herrn Sander darin recht geben, daß ich auch gegen die Veränderungssteuer bin, allerdings nicht aus den von Herrn Sander angeführten Gründen, weil der Grundbesitz dadurch zu sehr

belastet werde, denn das erkenne ich nicht an. Herr Sander übersieht, daß Steuerzahler und Steuerträger etwas ganz verschiedenes ist. Wenn zufällig der Grundbesitzer derjenige ist, aus dessen Tasche zunächst die Steuersumme geholt wird, so ist damit nicht gesagt, daß der Grundbesitzer dauernd der Aufbringer der Steuer ist, sondern daß nach volkswirtschaftlichen Gesetzen eine derartige Steuer vom Grundbesitzer auf die Mieter geschoben wird, indem die Mieten aufgesetzt werden. Der Grundbesitzer rechnet sich diese Steuer genau so an, wie die Bau- und Grunderwerbskosten. Von diesem volkswirtschaftlichen Standpunkte aus brauche ich mit Herrn Sander nicht darüber zu rechten, daß der Grundbesitzer der Stadt die Kanäle und Straßen schenkte, er ist zwar der einstweilige, aber nicht der dauernde Träger dieser Kosten und schlägt sie dann auf die Erwerbskosten. Also nicht der schönen Augen der Grundbesitzer zu Liebe bin ich gegen die Steuer, sondern weil die kleinen Leute von der Steuer mit betroffen werden, und dafür bin ich nicht zu haben. Ich will Herrn Sander auch nicht neiden, daß er hier eine Rede gehalten hat, die ihm im Grundbesitzerverein die Ehrenmitgliedschaft eingebracht hätte.

Dagegen stehe ich im Gegensatz zu Herrn Sander der Wertzuwachssteuer sehr sympathisch gegenüber. Auch kann ich Herrn Sander darin nicht beitreten, daß es überhaupt eine Steuer vom Grundbesitz sei. Derjenige, der nach dem Gedanken der Vorlage die Wertzuwachssteuer trägt, ist nicht der Grundbesitzer, sondern ein Mann, der aufhört Grundbesitzer zu sein in dem Augenblicke, wo er die Steuer zahlt. Er hat durch die Arbeit der Allgemeinheit Werte gewonnen, die während der Zeit angewachsen sind und die zufällig beim Wechsel des Grundstücks in die Erscheinung treten, und das Aufkommen, das er im Laufe der Jahre durch die allgemeine Arbeit erungen hat, soll besteuert werden. Bedauerlich ist es, daß derartige Einkommen nicht schon lange besteuert wurden. Es ist auch nicht richtig, was der Herr Hauptberichterstatter für die Minderheit der Kommission gegen die Wertzuwachssteuer angeführt hat, daß bei einer Wertminderung kein Schadenersatz gewährt würde. Wird denn etwa bei der Einkommensteuer eine Rückzahlung gewährt, wenn der betreffende Kaufmann in dem Jahre mit einer Unterbilanz abschließt? Dann bekommt er auch nichts zurück aus den früheren Jahren. Die Wertzuwachssteuer ist deshalb von dem Standpunkte aus ebenso unrecht, wie die Einkommensteuer. Ich stehe der Wertzuwachssteuer sympathisch gegenüber. Wenn ich aber die Veränderungssteuer fallen lasse, so muß die Wertzuwachssteuer in anderer Art ausgebeutet werden und einen größeren Umfang einnehmen, um die Deckung der Mehrausgaben zu regeln. Es war gut, daß der Herr Hauptberichterstatter treffend bemerkte, vor der Hand würde die Wertzuwachssteuer nichts ergeben. Das ist die böseste Kritik, die er an der Wertzuwachssteuer machen konnte. Er hat



die Vorsicht dabei berücksichtigt, mit welcher der Magistrat und die Kommissionen an die Steuer herantreten und die eine Rückwirkung vermeiden soll, daß die Steuer nämlich erst vom 1. April 1910 ab in Kraft treten und für die Zukunft, nicht aber von vornherein etwas einbringen soll. (Widerspruch.) Der Herr Berichterstatter widerspricht mir, und es mag sein, daß als Wert ein anderer Betrag in Frage kommt, aber erhoben soll die Steuer doch erst vom 1. April 1910 ab werden. Es wäre jedenfalls einträglicher, wenn alle Grundbesitzer vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes ab besteuert würden. Das würde auch eine finanzielle Gewähr dafür bieten, daß wir die Deckung aufbringen können für unsere notwendigen Ausgaben, namentlich aber, wenn wir darüber hinaus ein schärferes Anziehen der Wertzuwachssteuer beschließen sollten.

Die beiden anderen Fragen des Herrn Hauptberichterstatters sind nicht von so großer Bedeutung, und persönlich lege ich dem nicht allzuviel Wert bei, ob vom Schulhaushaltsfonds künftig der Kämmererkasse mehr überwiesen werden soll oder nicht. Das ist mehr eine Formsache, als eine materielle Frage. Ebenso lege ich auf die Regelung der Frage des Sechstels nicht allzuvielen Wert.

Ich werde in die Beratungen der drei Vorlagen im sympathischen Sinne eintreten, werde versuchen, daran zu bessern, was möglich ist und von dem Ausfallen der Besserungsanträge meine Endabstimmung abhängig machen, ob ich den ganzen Vorlagen zustimmen werde oder nicht.

Schließlich möchte ich noch einen Gesichtspunkt in die Debatte werfen, daß nämlich neben der Besteuerung des Wertzuwachses möglichst bald auch eine Besteuerung des Grundbesitzes nach gemeinem Wert einzuführen sei, um den kleinen Grundbesitzern der Innenstadt ein Entgegenkommen zu zeigen. Wir werden demnächst eine Resolution einbringen, daß der Magistrat ersucht wird, in diesem Sinne im Dienste der ausgleichenden Gerechtigkeit zu wirken.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich habe bereits in der Kommission gesagt, es hätte uns nichts unglücklicheres passieren können, als die Erzielung eines Uberschusses von 400 000 Mark in dem vorjährigen Kassenabschlusse, denn es war vorauszu sehen, daß diese Tatsache von den Gegnern der neuen Steuern ins Gefecht geführt würde, um die neue Steuervorlage zu Falle zu bringen. Das ist aber nicht richtig. Man kann sich bei einer solchen Frage unmöglich lediglich mit dem augenblicklichen Kassenvorrat befassen, denn um weiteres handelt es sich nicht, da von einem eigentlichen Uberschusse in dieser Höhe nicht die Rede sein kann. Soweit es sich um den augenblicklichen Kassenvorrat handelt, kann man wohl die Frage erörtern, v o n w a n n a b neue Steuern, die für nötig erachtet werden, einzuführen sind, und die weitere

Frage, ob es jetzt nicht an der Zeit sei, diesen Kassenvorrat zu anderen Zwecken zu verwenden, als solche bislang vorgeesehen waren.

Herrn Sander möchte ich erwidern, daß wir eine feste Summe für innenstädtische Pflasterungen bislang überhaupt nicht festgesetzt haben; wir haben aber, das bitte ich zu berücksichtigen, in den letzten Jahren, der Not gehorchend, hinsichtlich dieser Pflasterungen nicht das getan, was uns oblag, und wir sind deshalb meines Erachtens und auch nach der Ansicht des Magistrates, verpflichtet, das nachzuholen, sobald sich dazu Gelegenheit bietet. Und dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen! Wenn wir solche Kassenvorräte haben, so halten wir es für unsere Pflicht, nun etwas tiefer in die Tasche zu greifen, um die Innenstadt in einem schnelleren Tempo in einen angemessenen Zustand zu versetzen. Wenn Herr Sander meint, man könnte diese Straßenbesserungen zurückstellen, bis bessere Zeiten kommen, so bin ich dem gegenüber der Ansicht, daß bessere Zeiten als jetzt überhaupt nicht wiederkommen werden. Wir sind der Ansicht, daß wir es machen müssen, wie ein guter Hausvater, der Sachen, die nicht unbedingt erforderlich sind, zurückstellt und so lange spart, bis die Mittel dazu vorhanden sind. Das ist jetzt bei uns der Fall, wir werden Ihnen deshalb bald entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Ich gebe zu, daß sich mit Rücksicht auf den augenblicklichen Kassenvorrat darüber streiten läßt, von welchem Zeitpunkte ab die neuen Steuern eingeführt werden sollen. Wenn die geehrte Versammlung die Steuern erst von 1910 ab bewilligen will, so wird sich der Magistrat darüber schlüssig machen müssen, wie er sich diesem Antrage gegenüber verhalten will. Er wird Ihnen eine schätzungsweise Aufstellung über die Einnahmen dieses Jahres geben, die vom Steuerbureau bereits fertiggestellt ist, und die nochmals einen hohen Ueberschuß aus der Gemeinde-Einkommensteuer für dieses Jahr ergeben wird; es bleibt jedoch dabei weiter zu berücksichtigen, daß inzwischen neue Ausgaben entstanden sind, die von Ihnen seit Aufstellung des Stats beschlossen wurden. Das ist aber nur eine Uebergangsfrage. Was die Hauptfrage betrifft, so würde ich es nicht für richtig halten, eine Entscheidung zu treffen nach dem Verlaufe des letzten Jahres. Wenn der Stadt plötzlich eine Mehrausgabe von jährlich 200 000 Mark für Beamten- und Lehrergehälter erwächst und größere dauernde Ausgaben wie vom Jahre 1911 ab die Amortisation von jährlich 60 000 Mark, noch dazu kommen, so muß man notwendigerweise einen Blick auf die Vergangenheit werfen und fragen, wie hat sich denn bisher das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben der Stadt entwickelt? Und eine solche Uebersicht haben wir Ihnen in der Vorlage über die Gehaltserhöhungen gegeben. Wenn Sie dort einen Blick hineinwerfen wollen, so werden Sie finden, daß in den letzten

Jahren, die dort aufgeführt sind, und zwar bis zum Jahre 1906/07 die Einnahmen um rund 1 500 000 Mark gewachsen sind, das bringt also auf das Jahr durchschnittlich etwa 150 000 Mark. Dem gegenüber sind die Ausgaben in demselben Zeitraum um 1 422 000 Mark, also jährlich um 142 000 Mark gewachsen. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Stadt bis jetzt — es ist vorhin das harte Wort hier gefallen — noch nicht braucht Konkurs zu machen (Heiterkeit), denn die Einnahmen sind Gott sei Dank immer noch größer gewesen, als die Ausgaben. Aber das müssen Sie mir recht geben, schon die einfache Gegenüberstellung muß es bedenklich erscheinen lassen, ohne eine besondere Erhöhung der Einnahmen plötzlich in einem Ruck in einem Jahre die Ausgaben dauernd um 200 000 Mark zu vermehren.

Dabei kommt noch ein anderes schwerwiegendes Moment in Betracht. Während die Ausgaben nicht in gleichmäßigem Steigen, sondern unter fortwährenden Schwankungen um jährlich 142 000 Mark gewachsen sind und reichlich auch so weiter wachsen werden, ist die Erhöhung der Einnahmen nur dadurch erzielt worden, daß uns in einzelnen Jahren ganz besondere Einnahmen zugeflossen sind, die dieses Steigerungsverhältnis herbeigeführt haben. Dahin gehört insbesondere der Zuschuß des Staates zu den Kosten der Bürgerschulen. Er handelt sich dabei um Beträge, die sich nach dem jetzigen Etat belaufen auf 45 500 Mark für Ermäßigung und Erlass des Schulgeldes und auf 106 000 Mark auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1902. Das sind also 151 500 Mark, um die die Einnahmen erhöht worden sind, aber eine ähnliche Erhöhung kommt nicht wieder. Sodann kommt noch als wesentlich hinzu die Ueberweisung von 75 Prozent der Grund- und Gewerbesteuer, was nach dem jetzigen Etat 775 000 Mark ausmacht. Eine derartige rückweise Erhöhung der Einnahmen steht uns aber nicht wieder bevor, ich wüßte wenigstens nicht, woher sie kommen sollte.

Wir haben es bei der Kalkulation unserer Jahresrechnung wesentlich zu tun mit der Steuer, die uns zur Verfügung steht. Die Grund- und Gewerbesteuer wächst, das erkenne ich an, und sage, Gott sei Dank, daß sie wächst, denn es ist ein Zeichen, daß sich die Stadt noch weiter entwickelt. — Aber das Wachsen ist so unbedeutend, daß man damit 200 000 Mark nicht decken kann. Es bleibt dann die Einkommensteuer übrig, aber die ist auch ganz verschieden in die Höhe gegangen. Nach den im Begleit Schreiben zum laufenden Etat aufgeführten Zahlen aus den Jahren 1899 bis 1906/07 beträgt die Steigerung der Einnahmen aus der Einkommensteuer in den letzten 8 Jahren nur 60 625 Mark pro Jahr. Rechnen Sie das letzte Jahr noch hinzu, so kommen Sie auf rund 69 000 Mark. Das liegt daran, daß wir verschiedene Jahre gehabt haben, in denen die Gemeindeeinkommensteuer so gut wie gar nicht gewachsen ist, ja, wir haben Jahre gehabt,

wo sie gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen ist. Dadurch wird es erklärlich, daß trotz der erheblichen Steigerung, die der letzte und der laufende Etat aufweisen, die Einkommensteuer in den letzten zehn Jahren nur in der vorhin angegebenen Höhe pro Jahr gestiegen ist. Wenn die Herren, welche den neuen Steuern nicht sympathisch gegenüberstehen, in der Lage wären, die Garantie zu übernehmen, daß unsere Einkommensteuer so weiter wachsen wird, wie in den letzten Jahren, dann lassen wir mit uns sprechen. Aber dazu ist niemand imstande, denn wir wissen, daß die Höhe der Einkommensteuer abhängig ist von dem Blühen und Nichtblühen des gewerblichen Lebens. Damit müssen wir rechnen. Mit dem Steigen der Einkommensteuer decken wir also die Mehrausgabe nicht, wir müßten uns also fragen, woher wir das Geld nehmen sollen, dessen Ausgabe wir für erforderlich erachten. Dabei lag es nahe, einen Blick auf andere Städte zu werfen.

Herr Sander jagte, wir könnten andere Städte deshalb nicht mit Braunschweig in bezug auf den Grundbesitz vergleichen, weil dort die Mieten höher seien. Das erkenne ich auch an, aber ich darf doch sagen, daß es für eine Stadt von größter Bedeutung ist, einen guten Zugang Fremder zu bekommen, und diese fragen in erster Linie immer nach der Höhe der Einkommensteuer, wenn sie ihren Wohnsitz in einer anderen Stadt aufschlagen wollen. Andererseits werden Sie bei der Prüfung dieser Verhältnisse finden, daß in der großen Mehrzahl der Städte von der Größe Braunschweigs die Grundsteuer und die Belastung des Grundbesitzes überhaupt ganz erheblich höher ist, als hier. In den meisten Städten beträgt die Grundsteuer durchweg mehr als 50 Prozent der Gemeinde-Einkommensteuer. Das ist aber ein sehr wesentliches Moment, wenn Sie dem gegenüber berücksichtigen wollen, wie bei uns die Verhältnisse liegen. Wir haben im vorigen Jahr an Gemeinde-Einkommensteuer 2 386 000 Mark erhoben, während die Grundsteuer nur 538 000 Mark betragen hat. Das ist also etwa der vierte Teil der Gemeinde-Einkommensteuer, während die anderen Städte durchweg die Hälfte genommen haben. Solche Tatsachen kann man nicht unberücksichtigt lassen. Die anderen Städte haben es noch besser verstanden, den Grundbesitz zu belasten. In Cassel entfielen z. B. von 5 617 000 Mark erhobener Steuer allein 1 105 000 Mark auf die Grund- und Gebäudesteuern, 95 000 Mark auf die Abfuhr des Hausmülls und 62 000 Mark auf die Kosten der Straßenreinigung, während die Einkommensteuer 2 148 000 Mark einbrachte. Wie es mit der Kanalsteuer in Cassel steht, kann ich nicht sagen. So ähnlich sind die Verhältnisse auch in anderen Städten.

Wir haben uns gesagt: So leid es uns tut, den Grundbesitz weiter belasten zu müssen, wir wissen kein anderes Mittel, um aus der Verlegenheit her-

auszukommen und greifen in der Not zu dieser Steuer. Herr Sander hat weiter gemeint, wir könnten den Schulhausbaufonds noch mehr als bisher zu den ordentlichen Ausgaben heranziehen. Der Magistrat hat schon in der Not sich dazu verstanden, zur Deckung der laufenden Ausgaben 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds zu bewilligen. Wir haben diesen Fonds dringend nötig, und ich würde im höchsten Grade bedauern, wenn auf den Fonds noch mehr übernommen werden sollte. Der Fonds ist überhaupt gar nicht so groß, wie Sie immer glauben. Wenn Sie die letzten Abschlüsse einsehen, so werden Sie finden, daß er immer einen sehr schönen Rest am Schlusse des Jahres hat, aber er ist nicht gewachsen. Er hatte zuletzt am Schlusse des Jahres einen Vorrat von etwa 248 000 Mark, aber darauf ist er auch immer so ungefähr stehen geblieben. Wenn Sie ihn jetzt stärker in Anspruch nehmen wollen, so werden wir schließlich dahin kommen, daß der Kassenvorrat zurückgeht und wir nicht in der Lage sind, wenn wir wieder größere Schulbauten ausführen müssen, die Kosten zu bestreiten. Herr Sander sagt nun, wir hätten in absehbarer Zeit hier keine Schulbauten nötig, Herr Sander kann aber auch nicht wissen, wieviel Kinder hier geboren werden. (Heiterkeit.) Ich hoffe, es werden recht viele geboren, und ich hoffe insofern auch, daß recht bald wieder in schnellerem Tempo Schulen gebaut werden müssen. Weiter hat Herr Sander gesagt, wir könnten die Beschlusfassung über die neuen Steuern um zwei Jahre verschieben. Ich habe aber die Ueberzeugung, wenn nach zwei Jahren der Kassenvorrat aufgebraucht sein sollte und Herr Sander den besten Willen hat, die Stadt nicht in Verlegenheit kommen zu lassen, so kommt es auf den guten Willen allein dabei nicht an, sondern es ist eine Verständigung zwischen Magistrat und Stadtverordneten nötig, und die Gewähr, daß solche dann erzielt werden wird, kann Herr Sander nicht übernehmen. Wir sind also beim besten Willen nicht in der Lage, dauernd durch Statut eine Mehrausgabe von jährlich 200 000 Mark festzulegen, wenn Sie uns nicht die Steuern dauernd bewilligen.

Herr Jasper hat gemeint, es wäre durchaus nötig, auch für die städtischen Arbeiter 50 000 Mark einzustellen. Der Ausdruck „einstellen“ war früher immer gang und gäbe, aber damit ist es nicht getan, sondern es ist das Geld zu schaffen. Ich würde es nicht für gerechtfertigt halten, wenn aus Anlaß der Gehaltserhöhungen der Beamten und Lehrer jetzt auch den Arbeitern Lohnerhöhungen zuteil werden sollen; ich gönne unsern Arbeitern einen guten Verdienst, aber ich mache darauf aufmerksam, wir haben in den letzten Jahren, als die Industrie blühte, der Not gehorchend, den Arbeitern mehrere Male Zulagen bewilligen müssen. Es bleibt uns in solchem Falle auch nichts anderes übrig, denn wenn die Arbeitskräfte fehlen, so müssen wir die Löhne erhöhen, um gute Arbeiter zu kriegen. Ganz anders liegt es bei dem Beamten, der ist auf Lebzeiten an die

Stadt gebunden und hat sich mit dem Gehalte zu begnügen, das für ihn aus-  
geworfen wurde; ich würde es deshalb nicht für gerechtfertigt halten, nachdem wir  
in den letzten Jahren die städtischen Arbeiter mehrmals aufgebeffert haben, die  
jetzige Aufbesserung der Beamten als Anlaß für eine weitere Aufbesserung der  
Arbeiter zu nehmen.

Herr Dr. Jasper sagte auch, er würde mit der Wertzuwachssteuer die ganzen  
Mehrausgaben decken; ich möchte fragen, woher er diese Wissenschaft hat. Wenn  
wir auf seinen Antrag eingingen und mit der Wertzuwachssteuer die ganzen  
Mehrausgaben decken wollten, so wüßten wir wirklich nicht, woher das Geld  
kommen soll. Herr Jasper wäre ein Rechenkünstler, wenn er es ausrechnen  
könnte, der Magistrat kann es jedenfalls nicht. Das Ergebnis der Wert-  
zuwachssteuer ist überhaupt nicht zu schätzen, ohne ganz bedeutende Erhebungen  
anzustellen. Jedenfalls hat der Magistrat gemeint, daß es unrichtig wäre,  
wenn man auch den in der Vergangenheit liegenden ganz gewaltigen  
Wertzuwachs besteuern, also der Wertzuwachssteuer rückwirkende Kraft  
geben wollte. Aus diesem Grunde haben wir die Wertzuwachssteuer in der  
Form vorgeschlagen, wie es in der Vorlage zum Ausdruck gebracht ist, und es  
muß Ihnen überlassen werden, wie Sie sich zu den Steuervorlagen stellen wollen.  
Mit der Gehaltsvorlage werden wir anscheinend sehr schnell fertig werden, da  
die Bewilligungslust der Versammlung sehr intensiv zu sein scheint; es dürfte  
deshalb doch wohl richtig sein, auch die Frage zu erörtern, ob eine Einigung über  
die einzuführenden Steuern zu erzielen wäre. Sollte das nicht der Fall sein,  
so täte es mir leid, wenn den Beamten mit der schönen Zulagenbewilligung der  
Mund wässerig gemacht werden sollte, da der Magistrat, falls Sie die Steuern  
ablehnen oder herabmindern sollten, die ganze Gehaltsvorlage zurückziehen  
müßte.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Nach den allgemeinen Vorbemer-  
kungen des Herrn Oberbürgermeisters habe ich nur noch wenig hinzuzufügen,  
um Ihnen die Magistratsvorlage zur Annahme zu empfehlen. Ich will mich  
dabei beschränken auf dasjenige Gebiet, das mir nach meinem Geschäftskreise am  
nächsten liegt, auf die Steuervorlage.

Was zunächst den Ueberblick betrifft, den der Herr Oberbürgermeister  
Ihnen über das Wachstum der Steuerkraft in den letzten zehn Jahren gegeben  
hat, so darf ich ergänzend darauf hinweisen, daß man sich bei dem Bilde ver-  
gegenwärtigen muß, daß inzwischen die Steuereinheiten bis auf  $10\frac{1}{2}$  Einheiten  
erhöht worden sind. Im Jahre 1905/06 ist die Erhöhung der Gemeinde-Ein-  
kommensteuer zum ersten Male erfolgt und gerade in diesem Jahre ist der Er-  
trag aus der Steuer nur um 13 000 Mark höher geworden, als im Vorjahre.  
Sie sehen daraus, daß eigentlich von einer Steigerung der Steuerkraft der Ein-

wohnerschaft nicht in dem Maße die Rede sein kann, wie es den Anschein hat, daß man also mit äußerster Vorsicht das Gesamtbild betrachten muß. Wenn der Herr Hauptberichterstatter in seinen ausführlichen Darlegungen die Finanzlage des laufenden und des kommenden Jahres dargestellt hat, so will ich weiter darauf hinweisen, daß Sie dabei nicht unberücksichtigt lassen dürfen, wie schwierig es oft in den letzten Jahren gewesen ist, manche Ausgaben zurückzustellen, die vom Magistrate Ihnen liebend gern empfohlen worden wären. Der Ihnen alljährlich vorgelegte gedruckte Haushaltsplan ist stets das Ergebnis langwieriger Erörterungen zwischen den einzelnen städtischen Verwaltungsstellen und dem Dezernenten des Magistrats sowie diesem selbst, und Sie dürfen überzeugt sein, daß wir, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, manche Ausgaben, die vielleicht schon notwendig gewesen wäre, zurückgestellt haben, um das Gleichgewicht der städtischen Finanzen aufrecht zu erhalten. Wenn für den Magistrat nur einigermaßen Bewegungsfreiheit eintritt, so wird er, wie nach einem frischen Regen Mensch und Tier hinaustritt ins Freie, an den Haushaltsplan herantreten und Ausgaben darin vorziehen, denen man sich auf die Dauer nicht mehr entziehen kann. Wie wünschenswert würde z. B. nach der Ansicht der Versammlung und des Magistrates die Aufbesserung der Unterstützungssätze in der Armenpflege sein, die von Herrn Riese schon vor einem Jahre empfohlen worden ist und der der Magistrat gern näbertreten will, sobald die Deckungsfrage klargestellt worden ist. Das ist alles in der heutigen Debatte noch nicht berücksichtigt. Aus den Kreisen des Mittelstandes und der Arbeiter wird auch lebhaft die Einführung des Fortbildungsschulzwanges gewünscht und wir haben uns dem Wunsche bislang nur deshalb abwartend gegenüber gehalten, weil es an Mitteln zur Deckung der erforderlichen Summe fehlte und wir Bedenken trugen, die Einkommensteuer dieserhalb zu erhöhen. Sie brauchen heute nur Ja zu der Magistratevorlage zu sagen, so wird die Einführung des Fortbildungsschulwesens nicht mehr zurückgehalten, nachdem erst kürzlich hier in der Versammlung des Fortbildungsschultages und im Landtage sehr beherzigenswerte Worte gesprochen worden sind.

Ferner bitte ich für meine Person, an dem Vorschlage des Magistrates festzuhalten und das Sechstel zu beseitigen, das bisher bei dem Grundbesitzwechsel an die Armen- und Begebesserungs- sowie die Waisenhauskasse abgeführt ist. Ich möchte bitten, hier nicht nach dem Grundsatz zu verfahren: „Doppelt genährt hält besser“, sondern ich würde es für richtig halten, in diesem Punkte sowohl wegen der Einfachheit, als auch aus gewissen Billigkeitsgründen nur das eine Prozent der neuen Veränderungssteuer zu erheben. Ich habe mir erlaubt, auszurechnen, wie hoch sich der Ausfall des Sechstels beim Grundbesitzwechsel stellen würde. Wenn man berücksichtigt, daß 23 000 Mark an die Stadt und 7600 Mark an das

Waijenhaus aus Kontrakten geschlossen sind, so würde das für die Stadt einen Verlust von 30 600 Mark bedeuten, worauf stadtseitig mit Rücksicht auf die Steuer verzichtet werden kann. Ich darf auch noch darauf hinweisen, daß an den Wegfall des Sechstels bei Testamenten nicht gedacht wird, sondern nur aus Kontrakten. Sie dürfen deshalb nicht die Gesamtsumme des Sechstels zusammenrechnen.

Nun hat Herr Dr. Jasper die gute Absicht bekundet, er möchte vermeiden, daß durch eine derartige Steuer, wie die Veränderungssteuer, die Inhaber kleinerer Wohnungen mehr belastet würden. Das ist ein an sich sehr zu billigendes Bestreben; ich habe nur die lebhafteste Besorgnis, daß auf diese Weise sich in der Sache nichts erreichen läßt, denn es wird die Preisbemessung der Wohnungen nach der Gesamtlage des Wohnungsmarktes sich regeln und es wird nicht ausgeschlossen sein, daß es gelingen wird, die Steuer auf die Mieter abzuwälzen. Derjenige, der ein Gebäude, sagen wir eine Arbeiterkaserne, kauft, wird allerdings in der Lage sein, die Steuer abzuwälzen einmal auf den, von dem er das Gebäude kauft und außerdem auch noch den Versuch machen, sie auf seine Mieter abzuwälzen, so daß er also noch Vorteil aus der Steuer ziehen wird. Ebenso haben wir es ja erlebt, daß den hiesigen Gastwirten nichts besseres passieren konnte, als die Einführung der Biersteuer, weil sie die Bierpreise infolgedessen so erhöht haben, daß sie trotz der Steuer noch ein gutes Geschäft machen.

Ich komme nun zu der Frage, ob es richtig ist, daß der Grundbesitz hier übermäßig belastet sei. Was Herr Sander darüber sagte, bewies eigentlich zu viel. Insbesondere war es nicht ganz zutreffend, wenn er den Kollegen Jüdel als Schwurzeugen für seine Ansicht anführt. Das Zitieren ist jetzt wohl sehr Gebrauch, auch hochgestellte Beamte zitieren häufig (Heiterkeit), Herr Sander hat aber nicht vollständig zitiert, er hat nur einige Worte aus der Jüdel'schen Rede erwähnt, aber folgende Stelle fortgelassen: „Es muß die Aufgabe der städtischen Behörden in erster Linie sein, die Steuerkraft der Mitbürger zu erhöhen und alles aufzubieten, um den Zuzug steuerkräftiger Leute von außen her zu fördern.“ Und am Schlusse sagte er noch: „Aus diesen Gründen dürfen wir uns keineswegs abschrecken lassen, werbende Ausgaben zu beantragen und zu bewilligen, denn nur auf diese Weise wird es ermöglicht werden, das Ziel, also die Erhöhung der Steuerkraft der Einwohnerschaft und die Heranziehung steuerkräftiger Einwohner von auswärts zu erreichen.“ Wenn Sie aber die Belastung von der Einkommensteuer auf andere Schultern und zwar nicht auf den Grundbesitz als solchen, sondern auf den Wechsel im Grundbesitz legen, so entlasten Sie damit mittelbar oder unmittelbar die Einkommensteuer und fördern dadurch den Zuzug von außen.



Nun boten die Darlegungen des Herrn Dr. Jasper ein interessantes Bild, das so aussah, als ob er zwei Figuren vor sich hätte, die eine, die Veränderungssteuer, läßt er in der Verjüngung verschwinden, die andere aber versucht er so auszupolstern, daß sie doppelte Mannsbreite einnimmt, um dadurch ausreichenden Ersatz auch für die erste Steuer zu schaffen. Man sollte sich hüten vor jeder Uebertreibung, und wenn man den Bogen zu straff spannt, so springt er leicht, man darf daher nicht den gesunden Gedanken einer Wertzuwachssteuer so sehr zu übertreiben und auf die Spitze zu treiben versuchen, daß daraus ein Wechselbalg wird, mit dem sich nur die wenigsten Leute hier würden befreunden können. Wenn Herr Dr. Jasper den Versuch gemacht hat, in Form einer Empfehlung die Grundsteuer nach gemeinem Werte uns in verlockende Aussicht zu stellen, so ist damit dem Magistrate nichts gedient, denn wir müssen jetzt alsbald Deckung haben und die bieten uns die beiden Steuervorlagen. Was nützt es uns, wenn uns die Wertzuwachssteuer, die vorläufig nichts einbringt, mit einem ebenso wenig einträglichen Hinweis auf die Grundsteuer nach gemeinem Werte an den Weihnachtsbaum gehängt wird? Ich bitte Sie, bewilligen Sie unsere Steuervorlagen.

Herr M e r h o f f: Der Herr Hauptreferent meinte, wir würden die Etatsjahre 1908/09 und 1909/10 mit einem Fehlbetrage oder doch wenigstens ohne Ueberschuß abschließen. Ich stehe auf dem Standpunkte, wenn wir das Ergebnis dieser Jahre erst bestimmt kennen und wir entnehmen daraus, daß sie keine Ueberschüsse ergeben, so würde ich der letzte sein, der dem Magistrate die Hand bieten wollte, um ihn zu hindern, sein Versprechen gegenüber den Beamten zu halten. Die Sache liegt aber anders. Wir sind in der Lage, zwei Jahre die Erhöhung der Beamtengehälter zu zahlen und erst nach Ablauf dieser Zeit würde die Notwendigkeit an uns herantreten, für weitere Mittel zu sorgen. Ich hatte heute morgen das große Vergnügen, den Bürgermeister einer Kreisstadt zu sprechen, der mir sagte, ich bin nicht schuld, daß wir so viel Steuern haben, wir wollten nur  $\frac{1}{2}$  Prozent der Veränderungssteuer, aber die Stadtverordneten gaben uns 1 Prozent, weshalb sollte ich aber das  $\frac{1}{2}$  Prozent nicht annehmen? So ist es hier auch. Wenn man dem Magistrate alles auf dem Präsentierteller entgegenbringt, so nimmt er es natürlich. (Heiterkeit.)

Es ist auch nicht richtig, was der Herr Referent sagt, daß Braunschweig sich bei der Grundsteuer nicht so gut stehe, wie andere Städte. Wenn die Grundsteuer nur 25 Proz. der sämtlich eingegangenen Steuern ausmachen soll, so muß man aber auch noch das dem Staate zukommende Viertel der Grundsteuer dazu rechnen und man kommt dann auf 30 Prozent. Die Statistik zu behandeln ist ganz hübsch, man muß nur den einzelnen Zahlen mal auf den Leib gehen. Der Herr Referent sagte auch, es würde uns beim Bau des neuen Bahnhofes ganz

bedeutender, unverdienter Wertzuwachs zufließen. Das würde ja ganz hübsch sein, aber bei wie vielen Grundstücken wird dann auch eine Wertminderung eintreten? Deshalb begrüße ich das Moment, daß beim Neubau eines Bahnhofes große Ernten einzuheimen seien, durchaus nicht als etwas erfreuliches.

Herr Sander hat schon gesagt, wir brauchen keine Paradedruppe bei der Feuerwehr und keine weiteren Automobile. Darauf will ich nicht weiter eingehen. Soweit mir bekannt ist, wird die Gewerbesteuer auch ein Plus von mindestens 40 000 Mark einbringen. Deshalb lassen Sie uns doch erst einmal den Abschluß des laufenden Jahres abwarten, und ich glaube, wir sind gar nicht gezwungen, eine weitere Steuer zu erheben. Herr Jasper hat auch das seine Empfinden, was der Führer der amerikanischen Bodenreformer Henry George hatte gegenüber den enragierten Bodenreformern Damaschke und Konjorten, indem er sagte: „Legen wir eine Steuer auf Gebäude, so müssen schließlich die Benutzer derselben die Steuer zahlen, denn die Bautätigkeit wird aufhören, bis die Häusermieten hoch genug werden, um den gewöhnlichen Profit und auch die Steuer zu zahlen.“

Also, wenn die Herren von der Seite ihrem Propheten folgen wollen, so können sie nicht anders sprechen. Damaschke sagte, wenn der Staat 1 Prozent Veränderungssteuer nimmt, so können die Gemeinden auch 1 Prozent nehmen, und ich glaube, Herr Stadtrat von Frankenberg wird wohl Damaschke studiert haben. Der zweite Referent sagte, wir könnten nicht auf die preußische Vorlage warten, ich bedaure es aber von ganzem Herzen, daß wir nicht gewartet haben. Ich will keine Kategorien der Beamten ausnehmen, aber was wird kommen, wenn das preußische Abgeordnetenhaus über den Rahmen hinaus, den wir beschlossen haben, Erhöhungen eintreten läßt, wird nicht sofort wieder Unzufriedenheit unter den Beamten und Lehrern sein? Wir sind hier von Preußen eingeschlossen und unsere Beamten und Lehrer können leicht nach dem Nachbarlande hinübergehen, wir sind nun einmal nur eine Provinz, und es wäre richtiger gewesen, wir hätten mit den neuen Steuern und auch mit den Gehaltserhöhungen gewartet und hätten uns zur Zeit darauf beschränkt, Teuerungszulagen zu bewilligen. Der Herr Referent meint, das wäre ein wunderbares Mittel, mir ist aber eine Teuerungszulage lieber, als die Unzufriedenheit zu wecken, und den Gedankengang der Beamten, daß sie schlechter gestellt seien, als die preußischen Beamten, zu zerstören.

Auf die großen Steuervorlagen, auch auf die Wertzuwachssteuer, will ich nicht weiter eingehen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit einen Ausspruch des Oberbürgermeisters Schmieder in Eisenach hier mitteilen, den er gelegentlich des 28. Verbandstages des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands im Jahre 1906 getan hat, indem er sagte:

„In dem Vortrage, den wir soeben gehört haben, ist verschiedentlich erwähnt und hervorgehoben worden, wie die Entwicklung der Stadt den Zustand des Grundbesitzes beeinflusst. Es ist auch davon gesprochen worden, daß Konjunkturen — und zu den Konjunkturen für den Hausbesitz gehört es natürlich sehr wesentlich, ob eine Stadt gut oder schlecht verwaltet wird — den Grundbesitz im Werte steigern, aber auch im Werte verringern können. Es ist also für den Grundbesitzer von hohem Wert, zu wissen, was für eine Stadtverwaltung in seiner Stadt herrscht.

Ebenso liegt es auch umgekehrt. Für eine Stadtverwaltung ist es ja gerade bei der Seßhaftigkeit des Grundbesitzers von großem Wert, wenn sie weiß, mit was für Grundbesitzern sie zu tun hat, auf welche Unterstützung von ihrer Seite sie zu rechnen hat.

Es ist daher ganz naturgemäß und wird auch von den Hausbesitzern nicht als unangenehm empfunden, daß bei angestrebten Fortschritten in der Stadt man mit in erster Reihe danach fragt: „Wie denken die Herren Hausbesitzer darüber? Wollen sie die Sache unterstützen?“ Denn die Unterstützung, welche eine gute städtische Verwaltung bei allem, was sie treibt und beabsichtigt, gerade in den Kreisen der Hausbesitzer findet, ist etwas so außerordentlich Wertvolles, besonders gerade in Städten wie die unsrige, mit einer ziemlich stark fluktuierenden Bevölkerung, daß man mit ihr viel, ohne sie kaum etwas erreicht. Der Hausbesitzer, der vielleicht mit 30 oder 40 Jahren sein Haus erworben hat, bleibt eben hier, bis er mit 70 oder 80 Jahren stirbt. Demgegenüber bilden die Arbeiter das fluktuierende Element in der Bevölkerung, und selbst die vielen Rentner und Pensionäre bei uns, die hier im wesentlichen angezogen werden durch das, was in der Stadt geschieht, bleiben uns auch nicht so lange treu. Denn wenn ein Herr sich mit 70 Jahren pensionieren läßt und sich nach Eisenach zurückzieht, so kann man annehmen, daß unsere Beziehungen zu ihm sich auf ein Jahrzehnt, aber kaum länger erstrecken werden.

So sind die Hausbesitzer immer diejenigen, welche uns am meisten unterstützen und nützen und deren Interesse wiederum in der städtischen Verwaltung niemals unberücksichtigt bleiben wird.“

Solche Worte lasse ich mir gefallen. Ich fühle als Hausbesitzer und jeder mit mir, der Hausbesitzer und Gewerbetreibender ist, daß die hier angestellte Berechnung, wonach der Grundbesitzer nur 17 % der Steuer aufbringen soll, nicht richtig ist. Möge der Magistrat ausrechnen, wie viel die Grundbesitzer an Einkommensteuer, an Gewerbe- und Grundsteuer bezahlen, dann wollen wir darüber sprechen, was für ein Prozentsatz herauskommt. Auf die einzelnen Punkte einzugehen, will ich unterlassen.

Herr Esdorn: Ich nehme mit den Herren Meyerhoff und Sander denselben Standpunkt ein, daß ich sage, der Grundbesitz ist hier hart genug mit Steuern belastet, jedoch kann ich den beiden Herren nicht folgen, wenn sie auch die Gewerbesteuer als eine Belastung des Grundbesitzes ansehen wollen. Darum halte ich die mit dieser aufgestellten Berechnungen für falsch. Zweifelhaft sind mir aber die Mittel und Wege, welche von diesen beiden Seiten zur Beschaffung der für die Besoldungserhöhungen erforderlichen Mittel empfohlen werden. Herr Sander sagte nicht ganz deutlich, meinte aber jedenfalls, wir könnten den Reingewinn des Gas- und Wasserwerks zu diesen Ausgaben mit heranziehen (Widerpruch des Herrn Sander), oder wenigstens die Ausgaben unter Zuhilfenahme des Gewinnes aus dem Gas- und Wasserwerke decken. Was würde dabei herauskommen? In dem Gas- und Wasserwerke liegt unser Schulhausbaufonds, der dadurch erheblich verringert werden würde, wenn aber dieser Fonds nicht mehr die bisherigen hohen Summen aufweist, so müssen wir den Gaspreis erhöhen und das betrifft hauptsächlich wieder das Gewerbe in Braunschweig. Auf diesem Wege möchte ich den Herren nicht folgen, dagegen würde ich mich sträuben.

Herr Meyerhoff hat es nicht deutlich ausgesprochen, was er wollte, mir schien es, als ob er Herrn Dr. Jasper bezüglich der Erhöhung der Einkommensteuer folgen wollte. Gerade im Interesse des Grundbesitzes liegt es aber, daß die Einkommensteuer nicht erhöht wird, darum lieber eine Erhöhung der Grundsteuer als der Einkommensteuer. Der Herr Oberbürgermeister hat schon ganz richtig erklärt, das Alpha und Omega der ganzen Sache ließe darauf hinaus: Kann jemand Garantien dafür geben, daß die Einkommensteuer jährlich so viel steigen wird, wie bisher, dann können wir von dieser Steuer absehen. Das kann aber niemand. Wie Herr Stadtrat von Franken-berg schon ausführte, haben wir im Jahre 1905 nur eine erhöhte Einnahme von 13 000 Mark aus der Einkommensteuer gehabt, trotzdem deren Einheitszats in dem Jahre erhöht war.

Mit den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper kann ich mich in einigen Punkten recht gut befremden. Ich quittiere z. B. darüber, daß die Veränderungsteuer nicht die Grundbesitzer trifft, sondern auf die Mieter abgewälzt wird; ich würde mich noch mehr gefreut haben, wenn er die Konsequenzen daraus gezogen und gesagt hätte, auch die Wertzuwachssteuer werde auf die Mieter abgewälzt, weil die Grundstücke dann soviel teurer würden. Vollständig kann ich Herrn Dr. Jasper folgen, wenn er keine Abgaben bewilligen will, sofern keine Deckung dafür vorhanden ist. Das muß überhaupt unser aller Standpunkt sein. Wir können nicht einfach Ausgaben von jährlich 200 000 Mark bewilligen, wenn wir nicht gleichzeitig für Deckung sorgen.

Kein vorsichtiger Finanzminister wird auf eine dauernde Ausgabe von 200 000 Mark eingehen, wenn ihm nicht Deckung dafür geboten wird. Auch darin würde ich Herrn Jasper folgen, wenn er sagte, die Wertzuwachssteuer wäre ihm angenehmer, wenn wir die Grundsteuer nach gemeinem Werte hätten und die Wertzuwachssteuer darauf bauen könnten, aber es muß mir erst klar der Beweis erbracht werden, wieviel das bringen wird. Da wir aber eine Grundsteuer nach gemeinem Werte hier nicht haben, so halte ich die Wertzuwachssteuer für keine glückliche Steuer und werde sie ablehnen. Sie bringt uns vorläufig nichts und außerdem halte ich es für ein Unrecht, den Grundbesitz gleich mit zwei neuen Steuern zu belasten. Was Herr Jasper noch wegen der Ursachen der Steuerungs-Verhältnisse angeführt hat; daß nämlich wir Stadtverordneten sollten die Politik der Lebensmittelverteuerung unterstützt haben, so will ich darauf nicht weiter eingehen. Nicht nur die Lebensmittel sind es, sondern auch noch andere Ursachen, welche eine Verteuerung der gesamten Lebenshaltung herbeigeführt haben, und im hohen Maße ist die Verteuerung auch eingetreten durch die Erhöhung der Löhne im ganzen Deutschen Reiche. Das muß auch mit in Betracht gezogen werden. Außerdem ist es nicht einmal allein die Teuerung, sondern es sprechen auch noch andere Verhältnisse dabei mit, die Ansprüche sind in jedem Stande bei unserer fortschreitenden Entwicklung höher geworden, und zwar nicht nur bei den Beamten, sondern in allen Ständen.

Herr Jasper hat auch versucht, für die Arbeiter und sonstigen Hilfskräfte etwas herauszuholen, und der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf hingewiesen, daß wir uns bereits seit Jahren verpflichtet gefühlt haben, die Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen und der Herr Referent hat bereits in Aussicht gestellt, daß in der neuen Finanzperiode wieder eine neue Erhöhung in Sicht steht. (Zurufe: Abgelehnt! Glocke des Vorsitzenden.) Es sind durchaus nicht alle, sondern nur zuweit gesteckte Forderungen abgelehnt, aber bei jedem neuen Etat sind auch Lohnerhöhungen bewilligt worden. Der Herr Referent hat auch in Aussicht gestellt, daß der Magistrat gebeten werden solle, für die Hilfskräfte in mittleren Beamtenstellungen Gehaltzulagen zu bewilligen. Das hat aber mit der Frage der Gehaltserhöhungen der Beamten, mit der wir uns hier beschäftigen, nichts zu tun. Herrn Jaspers Endziel ist: Alles ablehnen und Erhöhung der Einkommensteuer! Wir haben uns darüber ausführlich in den Kommissionsitzungen unterhalten und wenn die beiden Herren, die Mitglieder der beiden Kommissionen waren, nicht zugegen gewesen sind, so ist das bedauerlich. Durch eine Erhöhung der Einkommensteuer wird die gesamte Bürgerschaft so stark betroffen, daß die Mitglieder der Kommissionen, soweit sie anwesend waren, einstimmig den Standpunkt vertraten, darauf nicht eingehen zu können.

Wenn ich auch den Herren Sander und Meyerhoff in vielen Punkten nicht folgen kann, so muß ich doch anerkennen, daß der hiesige Grundbesitz sehr stark belastet ist, und daß die Gewerbe- und die Grundsteuer mehr bringen werden, aber im großen ganzen ist das Exempel des Herrn Referenten doch richtig, und Herrn Dr. Wolters, der sich mit dieser Materie so lange und so eingehend beschäftigt hat, muß ich doch mehr glauben, als wenn uns von anderer Seite ohne direkte Unterlagen in Aussicht gestellt wird, daß wir auch in dem laufenden und dem folgenden Etatsjahre große Ueberschüsse haben werden. Daran glaube ich nicht. Ich nehme gern an, daß wir in manchen Punkten noch mehr Einnahmen erzielen werden, als vorgeesehen ist, wie z. B. in der Gewerbe- und der Grundsteuer und deshalb möchte ich vorschlagen, die Veränderungssteuer nur in Höhe von  $\frac{1}{2}$  Proz. und dazu das Sechstel zu erheben; das würden  $\frac{2}{3}$  Proz. im ganzen sein, dann haben wir 113 000 Mark gegenüber 148 000 Mark und die Differenz werden die eben erwähnten beiden Steuern schon mehr aufbringen. In dieser Form wird der Magistrat hoffentlich auf unsere Beschlüsse eingehen. Lehnen wir beide Steuern glatt ab, dann wird der Magistrat noch viel glatter die Gehaltsvorlagen zurückziehen. Da wir aber die Notwendigkeit der Gehaltserhöhungen anerkannt haben, so müssen wir auch die Mittel dafür bewilligen.

Herr Wolters: Ich habe mich ebenso wie der Herr Korreferent bemüht, im Namen der vereinigten Kommissionen zu sprechen, und ich habe stets von der Minderheit und der Mehrheit gesprochen, möchte auch meine Darlegungen von dem Standpunkte der Mehrheit der Kommissionen aus betrachtet wissen. Ich freue mich, daß Herr Dr. Jasper uns das Zeugnis ausgestellt hat, daß die Verhandlungen der Kommissionen von uns richtig wiedergegeben seien und ich möchte nun auf die Einwendungen gegen meine Ausführungen antworten.

Wenn von einer Seite gesagt wurde, das vorige Etatsjahr schließe nicht mit 400 000 Mark, sondern mit 441 000 Mark ab, so ist das ein Irrtum. Das Jahr 1907/08 schließt tatsächlich mit einem Ueberschuß von 400 392,25 Mark ab. Sodann ist von Herrn Sander angeführt, es könnten einige opulente Einrichtungen unterlassen werden und er hat dabei auf die Ausgaben für die Feuerwehr hingewiesen. Die Feuerlöschdeputation würde aber die ganzen Ausgaben zum Rückruf wünschen, wenn dadurch die Stadt zu Mehrausgaben veranlaßt werden sollte, aber mit den geplanten Ausgaben sollen gerade die Betriebsausgaben vermindert werden. Wir wollen also bei der Feuerwehr keine Paradedruppen einführen, sondern wollen die Ausgaben zu vermindern suchen.

Nun zum Schulhausbaufonds. In der Tat ist die Rede davon gewesen, man möchte den alten Beschluß bestehen lassen und dauernd aus dem Schul-

hausbaufonds 100 000 Mark jährlich der Kämmererkasse zuführen. Wenn Sie aber dauernd diese Summe aus dem Schulhausbaufonds zu den ordentlichen Ausgaben verwenden wollen, so wünschen Sie, daß der Teil der Bürgerchaft, der diesen Fonds aufbringt, auch dauernd die ordentlichen Mehrausgaben, nämlich die Gehaltserhöhungen, tragen soll. Der Gaspreis muß dann in die Höhe gesetzt werden, denn wo sollen sonst dauernd die Mittel hergenommen werden? Entweder müssen wir die Gas- und Wasserpreise erhöhen, oder der Fonds muß in der bisherigen Weise behandelt werden. Die von mir angeführten und von den Herren Sander und Meyerhoff bestrittenen Verhältniszahlen sollten dazu dienen, nachzuweisen, in welchem Mißverhältnis hier die Grundsteuer gegenüber andern Städten erhoben wird. Braunschweig hat aus der Einkommensteuer 67 Proz. seiner Einnahmen erhalten, andere Städte wie Aachen, Barmen, Berlin, Bochum, Cassel, Charlottenburg, Köln a. Rh. 2c. sind weit darunter geblieben; es ist überhaupt nicht eine einzige preussische Stadt mir bekannt, welche die Einkommensteuer so stark anzieht wie Braunschweig.

Einige Bemerkungen des Herrn Dr. Jasper bezogen sich auf die gegen Vergütung beschäftigten Beamten und die Arbeiter. Wegen der ersten Kategorie von Bediensteten ist bereits von der Mehrheit der Kommissionen beschlossen, es möchte der Magistrat prüfen, ob die gegen Vergütung beschäftigten Herren in ihren Gehaltsbezügen hinsichtlich der Skala und des Höchstgehaltes in Uebereinstimmung gebracht werden könnten mit den nunmehr zu beschließenden Gehaltszulagen. Wir glauben deshalb, daß auch den Wünschen dieser Gruppe von Bediensteten Rechnung getragen wird. Nach einem ferneren Beschlusse der Kommissionen soll der Magistrat ersucht werden, uns alljährlich über die Löhne der städtischen Arbeiter eine statistische Nachweisung vorzulegen. Ich darf auch darauf hinweisen, daß der Anlaß zu den Gehaltserhöhungen der Beamten die fortwährend von den Deputationen beantragt und vom Plenum genehmigten Arbeiter-Lohnerhöhungen gewesen sind. Es sind tatsächlich schon viele Kategorien von städtischen Arbeitern in ihren Löhnen aufgebessert worden, nur bei einer Kategorie ist es nicht der Fall gewesen, das sind die beim Wegbau beschäftigten Arbeiter, deren Bezüge nicht in der Weise erhöht worden sind, weil darunter viele Personen beschäftigt werden, die nicht voll arbeitsfähig sind. Gerade aus Anlaß dieser Lohnerhöhungen ist auch das Gesuch des hiesigen Lehrervereins damals eingegangen, das um Erhöhung der Lehrerbeholdungen bat.

Die Frage wegen der rückwirkenden Kraft der Wertzuwachssteuer ist von der Mehrheit nicht gebilligt worden wegen der damit verbundenen großen Härten. Was das Sechstel betrifft, so sind die daran geknüpften Bemerkungen

nicht ganz richtig. In der Tabelle ist ein Unterschied gemacht zwischen den Einkünften für die Wegebau- und die Armenkasse. Jetzt wollen wir nun folgende Entscheidung treffen: Wir verzichten auf das Sechstel, soweit es aus Kontrakten herrührt und das sind jährlich 26 000 Mark, dagegen wollen wir es beibehalten, soweit es aus Testamenten kommt, und das sind 11 000 Mark jährlich. Die Idee des Verzichtes auf das Sechstel ist die, daß wir nicht ein ganzes Prozent der Veränderungssteuer z u g l e i c h mit einem Sechstel Prozent erheben wollen, daß wir aber das Sechstel beibehalten, soweit es nicht mit der neuen Veränderungssteuer im Zusammenhange steht. Der Wunsch, man möchte die Grundsteuer nach gemeinem Werte einführen, mag ein an sich richtiger Gedanke sein, augenblicklich muß er uns aber nichts, weil er nur eine Verschiebung innerhalb der einen Gruppe von Einwohnern mit sich bringen würde. Wir sind bei unserm Vorgehen angewiesen auf die Vorschriften des Gemeinde-Abgabengesetzes und würden bei der Einführung der Grundsteuer nach gemeinem Werte auf keinen Gewinn zu rechnen haben.

Es ist auch nicht zutreffend, daß ich gesagt haben soll, wir würden im kommenden Jahre mit einem Fehlbetrage zu rechnen haben, sondern meine Aeußerung ging dahin: Nach den Erklärungen des Magistrates und den von den vereinigten Kommissionen angestellten Untersuchungen wird der laufende Etat voraussichtlich ohne Gewinn und ohne Verlust abschließen, denn es wird möglich sein, Einnahmen und Ausgaben in dem nächstfolgenden Etat so zu gestalten, daß sie sich ebenfalls miteinander ausgleichen. Den Gedanken betreffend das Ueberbringen von Steuern auf dem Präsentierteller, haben die Kommissionen verschiedentlich zu widerlegen versucht, trotzdem tritt er immer wieder hervor. Erst durch größere Arbeiten hat der Ertrag der Veränderungssteuer festgestellt werden können, weshalb es damals nicht denkbar war, den Betrag zu berechnen, man mußte vielmehr die Listen von 1879 ab der Berechnung zugrunde legen, die einen Grundstücksverkehr von durchschnittlich jährlich 20 400 000 Mark ergeben, was bei 1 Prozent jährlich 204 000 Mark bringen würde. Nachher haben die Herren im Bureau die Zusammenstellungen gemacht, wobei sich eine geringere Summe herausstellte. Es ist daher nicht zuviel gesagt, wenn man annimmt, daß bei früherem Vorhandensein dieser Daten wegen der Mehrausgaben für Gehälter auf eine andere, die jetzigen Forderungen übersteigende Deckung vom Magistrate angetragen wäre. Ich würde deshalb den herzlichen Wunsch haben, dieses Märchen endlich zu begraben. Bezüglich der Wertverminderung anderer Grundstücke gelegentlich des Bahnhofsbau'es hat Herr Meyerhoff recht, daß dadurch eine ungemeine Wertverschiebung in den anderen Stadtteilen eintreten wird. Dem widerspricht aber nicht die Tatsache, daß in der Gegend, wo der Neuwert von



Grundstücken entstehen wird, eine riesengroße Ummwälzung stattfindet und die Spekulanten dann für den unverdienten Wertzuwachs herangezogen werden sollen. Durchaus ist es richtig und anzuerkennen, daß der Grundbesitz hier in einer traurigen Lage ist, aber es muß hinzugefügt werden, daß durch das Zusammentreffen der unglaublichen Steigerung der Einkommensteuer der Grundbesitz erst in diese traurige Lage gekommen ist. Wenn es sich später sollte ermöglichen lassen, durch Herabsetzung der Einkommensteuer einen Ausgleich zu schaffen, so würde dies die Grundbesitzer stark entlasten. Nun komme ich noch zu dem Einflusse der preußischen Regierungsvorlage auf die Gehaltsverhältnisse unserer Beamten und Lehrer. Die Kommission hat sich nicht darauf verlassen können, darauf zu warten, was in Preußen geschieht. Ebenso ist der fernere Gedanke, abzuwarten, wie die einzelnen Gemeinden in Preußen sich bezüglich der Erhebung der Einkommensteuer verhalten werden, wenn sie durch Gesetz ermächtigt werden sollten, eine andere Progression der Einkommensteuer als 1 : 4, die wir bereits im Verhältnis von 1 : 6 haben, eintreten zu lassen, verworfen worden, wir müssen uns vielmehr danach richten, was der braunschweigische Staat tun wird, und das liegt anscheinend noch im weiten Felde. Sodann hat Herr Meyerhoff einen Schriftsteller zitiert, das könnte ich ja auch, um die Ansicht der vereinigten Kommissionen dadurch zu verstärken, denn Damajche hat das Gegenteil von dem gesagt, was Herr Meyerhoff vorgebracht hat, aber ich sehe davon ab, zumal mir der Wortlaut der Äußerung nicht zur Hand ist.

Herr Fricke: Zu der Steuer will ich nichts mehr sagen, aber auf eins möchte ich aufmerksam machen. Sie haben gelesen, daß das preußische Abgeordnetenhaus die neue Gehaltsvorlage in nächster Zeit beraten wird und ich befürchte, daß deren Gehaltsjähre besser ausfallen werden, als wie wir sie beschließen wollen. Dann haben wir aber halbe Arbeit gemacht, und wir werden in zwei Jahren wieder vor derselben Sache stehen. Ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, lassen Sie uns die Gehaltsvorlage vorläufig ganz bei Seite stellen und der Beamten- und Lehrerschaft eine zehnpromzentige Teuerungszulage so lange geben, bis die Gehaltsvorlage im preußischen Abgeordnetenhause erledigt sein wird. Dahingegen bin ich dafür, die Steuervorlage jetzt zu erledigen.

Der Magistrat kann bis zu der Zeit, wo das Abgeordnetenhaus seine Beratungen über die Gehaltsvorlagen beendet hat, einen Ueberblick über die Höhe der zu erwartenden Steuern gewinnen, und wir können hiernach die Gehaltsszulagen hinauf- oder heruntersetzen. Das würde im Interesse beider Teile, der Stadt und der Beamten liegen. Sobald der Magistrat weiß, wir haben soviel Ueberschuß, wird er nicht die Absicht haben, den Beamten etwas abzugucken, ist der Ueberschuß aber geringer, als wir vielleicht annehmen, so können wir

eben nicht mehr Zulagen bewilligen. Einen Antrag will ich nicht stellen, sondern ich habe nur eine Anregung geben wollen.

Herr Heise: Ich stehe ebenfalls auf dem Standpunkte des Antrages Sander und bitte, die Veränderungssteuer abzulehnen. Es ist bislang noch nicht nachgewiesen, daß neue Steuern notwendig sind und zwar in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Wenn ich auch dafür keine Garantien übernehmen kann, wie der Herr Oberbürgermeister wünscht, so muß ich doch bemerken, daß er für seine Behauptungen auch keine Garantien gegeben hat. Die Verhältnisse werden sich jedenfalls bessern und auch die Einkommensteuer wird sich erhöhen. Unsere Stellungnahme zu dieser Steuervorlage hat mein Freund Jasper bereits klargestellt. Ich möchte nur noch dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß die Beamten allerdings ihr Lebenslang an die Stadt gebunden sind, daß dafür aber auch ihre Existenz gesicherter ist, als die Existenz der städtischen Arbeiter. Die Beamten werden, wenn sie nicht mehr arbeiten können, pensioniert, aber ganz anders ist es mit den Arbeitern. (Widerspruch.) Nennen Sie mir eine Arbeiterklasse, die außer der so geringen Invaliden- oder Altersrente noch eine Rente bezieht. (Zuruf: Die städtischen Arbeiter!) Ich bin auch der Meinung, daß der Grundbesitz hier erheblich belastet ist, und ich würde jede Sonderbesteuerung des Grundbesitzes ablehnen, wenn das auch nicht die Ansicht meiner politischen Freunde sein wird. Die Einkommensteuer trifft den Grundbesitz ebenfalls. Ich möchte bitten, die Veränderungssteuer abzulehnen, während ich wegen der Wertzuwachssteuer auf dem Standpunkt meines Freundes Jasper stehe.

Herr Probst: Einige Herren haben vorgeschlagen, man sollte den Beamten eine zehnprozentige Zulage geben. Das ist ganz gut gemeint, wenn aber darauf das Exempel gemacht wird und man auf jede Gehaltsstufe zehn Prozent schlagen will, so wird man bei Berücksichtigung der Magistratsvorlage sehr bald in Verlegenheit kommen, noch mehr aber, wenn nachher die zehn Prozent als festes Gehalt gezahlt werden sollen. Wir dürfen dann keinem Beamten weniger als zehn Prozent Gehaltsaufbesserung geben und müssen den Betrag nach oben abgerundet ruhig weiter zahlen, ob wir der betreffenden Beamtenklasse eine solche Erhöhung haben gewähren wollen oder nicht. Das wäre ein gefährlicher Weg. Ich kann mich deshalb mit dem Vorschlage nicht einverstanden erklären. Darüber sind wir uns wohl einig, daß wir den Beamten und Lehrern entgegenkommen und eine Gehaltserhöhung gewähren müssen. Nun ist uns vom Herrn Referenten gesagt worden, daß die Mehrausgabe, wenn wir die 23 000 Mark für die Oberlehrer hinzurechnen wollen, etwa 205 000 Mark jährlich betragen würde, außerdem sind vom Herrn Referenten noch so verschiedene Sachen hineingebracht worden, daß er auf eine noch viel höhere

Summe kommt. Ich halte es aber nicht für richtig, die Mehrausgaben für Amortisationen vom Jahre 1911 ab und die Ausgaben für die Feuerwehr hiermit zu verquiden. Ich möchte den Herrn Referenten fragen, ob uns wohl vom Magistrat eine derartige Steuervorlage gemacht wäre, wenn die Amortisationen und die Ausgaben für die Feuerwehr uns allein bevorständen. Ich glaube es nicht. Deshalb können wir uns hier auch nur an die Gehaltserhöhungen im Betrage von jährlich 205 000 Mark halten.

Was nun die Deckungsfrage betrifft, so bin ich dafür, Steuern zu bewilligen, aber nicht in dem Maße, wie sie der Magistrat vorgeschlagen hat. Ich kann mich schon deshalb nicht dafür erklären, weil die neuen Steuern allein vom Grundbesitz getragen werden sollen. Meiner Ansicht nach ist es richtig, einen Teil der Ausgaben des ordentlichen Stats weiter aus dem Schulhausbaufonds zu bestreiten; wir haben in diesem Jahre 100 000 Mark eingestellt und können das auch in Zukunft mit gutem Gewissen verantworten. Jedenfalls werden die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken nicht so heruntergehen, daß die 100 000 Mark nicht dabei über wären und der Schulhausbaufonds nicht mit dem Reste auskommen könnte. Man könnte es auch vielleicht umgekehrt machen und eine bestimmte Summe aus den Ueberschüssen des Gas- und Wasserwerkes in den Schulhausbaufonds einstellen, den Rest aber dem ordentlichen Etat zuführen.

Die Höhe der für den Schulhausbaufonds benötigten Summe würde sich leicht aus dem Durchschnitt der letzten Jahre ermitteln lassen. Wir können recht gut die Hälfte der benötigten 205 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds nehmen, und die andere Hälfte wird gedeckt durch das eine Prozent der Veränderungssteuer.

Wenn der Herr Referent erwähnte, in der Kommission sei der Vorschlag gemacht worden, daß der eventuelle Ueberschuß aus der Steuer verwendet werden möchte zur Ermäßigung der Kanalsteuer, die ja auch die Grundbesitzer zu tragen haben, so halte ich den Gedanken für einen sehr glücklichen. Weshalb sollen die Grundbesitzer alles aufbringen? Lassen Sie uns denen mehr Entgegenkommen zeigen und den Ueberschuß den Grundbesitzern zurückzahlen, indem wir die Kanalsteuer ermäßigen. Wenn ein solcher Antrag nicht von der Kommission gestellt werden sollte, würde ich es tun. Ebenso würde ich den Antrag stellen, die Deckung der Mehrausgaben in der Weise zu bewerkstelligen, daß zunächst 100 000 Mark aus dem Ueberschusse des Gas- und Wasserwerkes und 120 000 Mark aus der Veränderungssteuer genommen werden, was letztere aber mehr einbringt, zur Ermäßigung der Kanalsteuer verwendet wird.

Herr Sander: Herr Jasper hat vorhin durchblicken lassen, als ob ich hier eine Litanei für den Grundbesitz gesungen hätte, weil ich selbst Grundbesitzer

sei und deshalb die dem Grundbesitz zuge dachte Strafe am eigenen Leibe erfahren müßte. Das ist aber nicht der Grund meines Vorgehens gewesen. Mein persönlicher Standpunkt in dieser Sache ist folgender: Ich bin viel eher für eine Veränderungs- und Zuwachssteuer zu haben, als für eine Erhöhung der Einkommensteuer. Wenn mir nachgewiesen wird, daß wir uns mit unsern Finanzen in einer Notlage befinden, so bin ich bereit, diese beiden Steuerarten zu bewilligen, aber ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir sie vorläufig noch gar nicht nötig haben. Alle gegenteiligen Ausführungen haben noch nichts an meiner Meinung geändert, die sich auch ferner nicht wird entkräften lassen. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, unsere Steuerkraft wächst nicht derartig, daß wir jährlich 200 000 Mark mehr ausgeben können, so bemerke ich, daß ich das auch nicht will, ich will nur 100 000 Mark mehr haben, denn die 100 000 Mark aus den Gas- und Wasserwerken will ich auch in Zukunft der Rämmereikasse überwiesen wissen. Dagegen würde ich die Beseitigung des Schulhausfonds bedauern. Wenn Sie die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken betrachten, so müssen Sie sagen, daß sie stets steigend gewesen sind, teils sogar rapide steigend. Sie betrugen 1904/05 = 580 000 Mark, 1905/06 = 674 000 Mark, 1906/07 = 746 000 Mark und 1907/08 = 710 000 Mark. Wenn es ferner heißt, wir müßten den Schulhausfonds auf seiner Höhe zu halten suchen, so habe ich darauf zu erwidern, daß immer künstliche Mittel angewendet werden, um ihn nicht auf seiner Höhe zu halten, denn alles was sich nur irgendwie mit der Schule in Verbindung bringen läßt, wird daraus genommen. Ich will deshalb dem Magistrate keinen Vorwurf machen, denn die Rämmereikasse wird dadurch entlastet, aber ich muß doch darauf hinweisen. Beispielsweise sind in diesem Jahre in den Reservefonds des Gaswerks 210 000 Mark zurückgestellt, und trotzdem ist der Schulhausfonds noch auf seiner richtigen Höhe. Das wird auch der Fall sein, wenn wir die 100 000 Mark weiter daraus für die Rämmereikasse übernehmen. Herr Stadtrat von Frankenberg meinte, ich hätte aus der Rede des Herrn Jüdel nicht richtig zitiert, ich habe aber aus der Vorlesung des Herrn Stadtrat von Frankenberg nichts entnommen, was mein Zitat abge schwächt hätte. Wenn Herr Esdorn sagt, wir müßten konsequent sein, wir wollten die Gehaltserhöhungen der Lehrer und Beamten, aber auf der andern Seite wollten wir die dazu erforderlichen Mittel nicht bewilligen, so ist das nicht wahr, denn das hat kein Redner gesagt. Unser Weg trennt uns nur insofern, als wir der Meinung sind, die jetzigen und die künftigen Mittel seien vorhanden. Die ganze Differenz zwischen dem Magistrate und mir besteht darin, daß ich es nicht für nötig halte, die Steuervorlage zu bewilligen, daß ich aber bereit bin, zu bewilligen, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist.

Herr Meyerhoff: Ich kann die Ausführungen des Herrn Esdorn nicht unwiderprochen lassen, daß ich der Erhöhung der Einkommensteuer soll das Wort geredet haben. Im Gegenteil, ich habe gesagt: Wenn der Magistrat uns in einem Jahre kommt und weist nach, er müsse eine neue Steuer haben, dann bin ich dafür zu haben. Das hat aber keinen Bezug auf die Einkommensteuer. Es ist schon ausgeführt worden, daß wir der Zukunft sehrwohl ruhig entgegenblicken können. Herr Probst will 1 Proz. Veränderungssteuer erheben, und was übrig bleibt, sollen die Grundbesitzer zurückerstattet haben. Das ist so, als wenn ich 3 Mark aus der rechten in die linke Westentasche stecke und bilde mir ein, ich hätte einen großen Erwerb gemacht. Ich freue mich über den Herrn Referenten, der erklärte, daß in den preussischen Städten die Verhältnisse anders liegen als hier, wie ich das auch schon bemerkt hatte. (Widerpruch.)

Ich bin entschieden dafür, daß wir die Gehaltszulage erledigen, aber ebenso bestimmt weiß ich auch, wenn wir die 100 000 Mark, wie der Magistrat es schon im Begleitschreiben zu dem diesjährigen Haushaltsplane angedeutet hat, aus dem Schulhausbaufonds entnehmen, wir die noch fehlenden 105 000 Mark aus anderen Ueberüberschüssen nehmen können. Bei einer so vorsichtigen Aufstellung des Stats, wie sie hier immer befolgt ist, sollte nun mit einem Male das Ergebnis zurückschlagen? Das glaube ich nicht.

Während wir sonst uns immer mit einem Defizit im Stat herumschleppten, haben wir jetzt einen Ueberchuß von 400 000 Mark, nehmen wir dazu 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds, so sind das 500 000 Mark. 300 000 Mark ergibt die Abrechnung der Kammereikasse in diesem Jahre bestimmt als Ueberchuß, 40 000 Mark bringt die Gewerbesteuer und 60 000 Mark die Grundsteuer mehr, sind zusammen 900 000 Mark. (Heiterkeit.) Mit dieser Summe sollten wir nicht riskieren können, noch ein oder zwei Jahre weiter wirtschaften zu können? (Heiterkeit.) Was soll an den Ziffern unrichtig sein? Sollten sie wirklich um 100 000 Mk. zu hoch sein, so bleiben es immer noch 800 000 Mk. Wenn wir aber so im Plus schwimmen, dann sollten wir noch neue Steuern bewilligen? Nein, das kann ich nicht. Mag der Magistrat seine Steuervorlage zurückziehen und uns zu gegebener Zeit mit neuen Vorlagen kommen. Wenn die Stadt in Verlegenheit ist, so bin ich erbötig, auch für den Grundbesitz noch größere Opfer auf mich zu nehmen; vorläufig brauchen wir keine neuen Steuern und brauchen keinen Unwillen in der Bevölkerung zu erregen. Wenn die Grundbesitzer auch solche Steuer auf die Mieter abheben werden, so erweckt es doch Unzufriedenheit bei den Grundbesitzern und den Mietern, und das kann vermieden werden. Es ist gar kein Grund vorhanden, die Mieten hier in die Höhe schrauben zu lassen, was unvermeidlich ist, wenn die Steuern kommen.

Weder in diesem noch im nächsten Jahre ist die Zeit dazu, neue Steuern zu bewilligen.

Herr B ä h r : Ich möchte zu der Anregung des Herrn Fricke das Wort ergreifen. So wohl gemeint die Anregung auch ist, zu warten, bis die preussische Regierung mit dem Abgeordnetenhaus die endgültigen Gehaltsätze festgesetzt hat, so möchte ich es doch als im wohlverstandenen Interesse der Lehrerschaft liegend bezeichnen, daß nicht eine Teuerungszulage bewilligt wird, sondern die Gehaltserhöhung jetzt stattfindet, wie es die Kommission auch beschloffen hat. Eine Teuerungszulage ist etwas vorübergehendes, einmaliges und eine Erhöhung der Gehaltsätze ist etwas bestimmtes und daher, so unvollkommen sie auch sein mag, nach der Meinung der Lehrerschaft das bessere. Wenn in Preußen das so eintreffen sollte, wie es anscheinend geplant ist, so würde eben die Lehrerschaft demnächst mit ihren Wünschen wieder an den Magistrat herantreten, jedoch können wir diese Fragen einstweilen außer acht lassen. Jedenfalls ist die Gewährung einer Teuerungszulage nicht am Platze, ich bitte deshalb, die Neuregelung der Gehaltsätze vorzunehmen.

Herr E s d o r n : Der Herr Vorredner befindet sich anscheinend nicht im Einklang mit seinen Kollegen, denn ich glaube, denen würde es angenehmer sein, wenn der Antrag Fricke Annahme fände. Sie erhoffen dadurch mehr, und ich zweifle auch nicht, daß unsere Bewilligungslust dann größer sein würde als jetzt. Aber schon allein aus städtischem und auch aus anderem Interesse halte ich die Anregung des Herrn Fricke für verfehlt. Einige wenige Beamte bekommen gar keine Zulage, andere nur 4—5 Proz.; wenn Sie nun allen durch die Bank eine Teuerungszulage von 10 Proz. geben würden, so können diese Beamten doch nicht weniger bekommen. Der in den Kommissionen lange genug erwogene Vorschlag läßt sich eben nicht durchführen. Wenn die Herren Meyerhoff und Sander meinen, wir hätten Mittel genug, so kann ich deren Rechnung nicht nachprüfen, aber deren Standpunkt, heute keine neuen Steuern zu bewilligen, sondern damit zu warten, bis Not an Mann geht, kann ich nicht teilen. Ich befürchte nämlich, wenn wir heute die nicht unbedeutenden Gehaltserhöhungen ohne die dazu erforderlichen Mittel bewilligen, so stände der Magistrat bald am Ende mit seinen Mitteln. Ob die Versammlung aber dann geneigt sein würde, gerade diese Steuern zu bewilligen, erscheint mir doch zweifelhaft, man würde dann vielleicht zu dem näherliegenden greifen und die Einkommensteuer erhöhen wollen. Das möchte ich aber vermeiden, und ich halte es für richtig, die Deckungsfrage zu erledigen. Wenn ferner bestritten wird, daß das Gaswerk nicht ausreichend zu den Ausgaben herangezogen wird, so trifft das nicht zu, namentlich, wenn das Reich den Gasverbrauch auch noch besteuern wird. Wollte ich im Interesse der Gewerbetreibenden handeln, so

müßte ich den früheren Antrag auf Ermäßigung des Gaspreises wiederholen, denn eigentlich wird bei diesem Werk zu viel Geld verdient. Auch gegen die weitere Heranziehung des Schulhausbaufonds zu den ordentlichen Ausgaben muß ich mich wenden, denn dazu ist der Fonds nicht da.

Vorjigender: Ich schließe die Verhandlungen und gebe das Wort den beiden Herren Berichterstattern.

Herr Wolters: Ich stimme Herrn Probst vollständig zu, daß wir einstweilen den erst im Jahre 1911 eintretenden Mehraufwand für Amortisationen außer Betracht lassen können und lediglich die Mehrausgaben von jährlich 205 000 Mark zu berücksichtigen haben. Die Anregung des Herrn Probst, zur Deckung der Mehrausgaben für Gehälter 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds und den Rest aus der 1 prozentigen Veränderungssteuer zu nehmen, hätte man wohl erwägen können, wenn sich nicht nach dem im vorigen Etatsjahre gefaßten Beschlusse auf Verwendung von 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds zu den ordentlichen Ausgaben, die Notwendigkeit herausgestellt hätte, an den Neubau eines Wasserwerkes zu gehen. Da aber dieser Neubau etwa 500 000 Mark kosten wird (Widerspruch), und außerdem noch große Summen für den Erweiterungsbau des Gaswerkes notwendig sind, so kann der Schulhausbaufonds so wie so nicht sehr viel aus den Uberschüssen der Gas- und Wasserwerke bekommen und wird deshalb gewaltig heruntergehen. Es ist daher nicht angebracht, dauernd dem Schulhausbaufonds 100 000 Mark jährlich für das Ordinarium zu entnehmen. Auch werden wir außer dem 1 Prozent Veränderungssteuer nicht noch 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds gebrauchen, weil wir dann zu viel Mittel erhalten würden. Sollte sich aber bei den neuen Steuern ein Uberschuß herausstellen, so entspricht es der Ansicht der vereinigten Kommissionen, entweder die Einkommen- oder die Grund- oder die Kanalsteuer bei der Etatsbewilligung zu ermäßigen, da wir ja dann den Knopf auf dem Beutel haben. Wenn Herr Sander meint, es müßten aus dem Schulhausbaufonds nicht solche Ausgaben gemacht werden, die nicht dahin gehören, so möchte ich ihn fragen, welche Ausgaben er damit meint? Die einzige Ausgabe, die man mit Mühe und Not nicht dahin klassifizieren könnte, wäre die Instandsetzung des Bürgerparks. Der Schulhausbaufonds soll aber auch solchen Sachen dienen, die im Interesse der Stadt nicht geradezu notwendig, aber doch wünschenswert sind. Darum gehört alles, was daraus genommen ist, auch dazu. Wenn Sie alle diese Ausgaben aus dem Ordinarium bestreiten wollten, wohin kämen wir dann wohl mit unsern Steuern? Im letzten Jahre sind aus dem Schulhausbaufonds beispielsweise bestritten: Die Kosten für Erweiterungsbauten im Bürgerpark, für den Schulhausbau an der Dieftertwegstraße, für den Umbau des Hauses Breitestraße 19,

Zuschuß zu den Kosten des Neubaus für Archiv und Bibliothek, der Lesehalle und des Museumsbaues, sowie ein Zuschuß zur Bestreitung der für den Ankauf des Gewandhauses aufzuwendenden Kosten. Welche Ausgaben hätten wir davon ersparen können?

Was Herr Meyerhoff über das Verhältnis des Prozentsatzes zwischen der Grundsteuer und der Einkommensteuer gesagt hat, kann ich nicht verstehen. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, uns gegenseitig ein Privatisimum zu geben, um uns darüber zu einigen. Die Finanzaufmachung des Herrn Meyerhoff, nach der uns 900 000 Mark zu Gebote stehen sollen, so daß wir gar keine neuen Steuern gebrauchen, ist mir ebenfalls zweifelhaft. Bei diesen 900 000 Mark scheinen mir mehrere unbekannte Größen zu sein, die zu eliminieren selbst ein gewiegter Mathematiker nicht imstande sein dürfte.

Bezüglich der Anregung des Herrn Fricke, den Beamten zunächst eine zehnprozentige Teuerungszulage zu geben und mit der Festsetzung der neuen Gehaltsätze noch zu warten, stimme ich mit Herrn Bähr überein, indem ich den Vorschlag auch nicht für empfehlenswert halte.

Herr W e i c h s e l: Es sind im Laufe der Debatte verschiedene Widersprüche zutage getreten. Was zunächst die Abwälzung der Steuer betrifft, so steht die Volkswirtschaft auf dem Standpunkte, daß die Veränderungssteuer abwälzbar ist und auch abgewälzt werden wird, was sich sehr einfach durch ein Exempel nachweisen läßt. Bei uns in der Stadt kann das am leichtesten eingeholt werden, wenn die Mieten gesteigert werden, da diese jetzt so außerordentlich niedrig sind im Vergleich mit andern gleichartigen Städten, daß die Allgemeinheit nicht darunter leidet. Auch die Wertzuwachssteuer ist abwälzbar. Da bei dieser nur der unerbiente Wertzuwachs getroffen wird, so schadet es nichts, wenn davon ein gewisser Prozentsatz abgegeben wird.

Herr F r i c k e: Ich möchte noch eine Anfrage stellen.

V o r s i t z e n d e r: Das geht nicht, weil die Debatte geschlossen ist. Es handelt sich bei dieser Anfrage darum, daß hier gesagt sein soll, der Neubau des Gaswerkes kostet 500 000 Mark, während er eine Million kosten werde. Wünscht die Versammlung die Debatte wieder zu eröffnen? (Rufe: Nein!) Dann kann es auch nicht geschehen. —

Was die weitere Behandlung der Sache betrifft, so liegt eine Reihe von Anträgen vor, von denen Herr Fricke den Antrag auf Zurückstellung der Gehaltsvorlage und Bewilligung einer Teuerungszulage zurückgezogen hat. Ich meine, wir könnten so fortfahren, daß wir zunächst den Antrag Sander, beide Steuern prinzipiell abzulehnen, jetzt zur Abstimmung stellen, denn wenn die Versammlung diesen Antrag genehmigt, so brauchen wir uns über die ganze Sache den Kopf nicht weiter warm zu machen, wir können dann höchstens noch



beschließen, ob die Vorlage über die Gehaltserhöhungen der Beamten und Lehrer weiter beraten werden soll, obwohl der Magistrat darauf nicht eingehen wird. Wenn aber die Mehrheit beschließen sollte, den Antrag Sander abzulehnen, also nicht prinzipiell beide Steuern zu verwerfen, so würde ich vorschlagen, in die Einzelheiten der Steuervorlage einzutreten und die Herren Antragsteller bitten, ihre Anträge an geeigneter Stelle wieder einzubringen.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage namentlich die Abstimmung. (Der Antrag findet genügende Unterstützung.)

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Ich würde es für richtig halten, wenn der Antrag Sander nicht angenommen wird, uns schon heute über die Höhe der neuen Veränderungssteuer schlüssig zu machen.

Nach weiterer kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten.

Es stimmen für den Antrag Sander auf Ablehnung der Veränderungssteuer die Herren: Ahmann, Bunge, Fricke, Göcke, Hesse, Jasper, Kalms, Koch, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Ohlendorf, Riecke, Sander, Schmidt, Tolle und Wesemeier.

Gegen den Antrag stimmen die Herren: Akenhausen, Bähr, Buchler, Bues, Esdorn, Frühling, Helmold, Konegen, Leue, Löhnefinke, Lübke, Probst, Ribbentrop, Ritter, Voge, Weichsel und Wolters.

Das ist bei 17 : 17 Stimmen Stimmengleichheit. Der Herr Vorsitzende erklärt sich gegen den Antrag, so daß der Antrag Sander auf Verwerfung der Veränderungssteuer abgelehnt ist.

Dem Antrage Sander auf Ablehnung der Wertzuwachssteuer stimmen zu die Herren Akenhausen, Esdorn, Fricke, Göcke, Helmold, Kalms, Koch, Meyerhoff, Möhle, Sander, Tolle, Voge und Wolters.

Dagegen stimmen die Herren: Ahmann, Bähr, Buchler, Bues, Bunge, Frühling, Hesse, Jasper, Konegen, Leue, Löhnefinke, Lübke, Mohr, Ohlendorf, Probst, Ribbentrop, Riecke, Ritter, Schmidt, Weichsel und Wesemeier.

Der Antrag Sander auf Ablehnung der Wertzuwachssteuer ist demnach mit 21 : 13 Stimmen ebenfalls abgelehnt worden.

Vorsitzender: Ich würde vorschlagen, heute unsere Beratungen abzubreaken und uns in der nächsten Sitzung zunächst mit der Vorlage über die Gehaltserhöhungen zu befassen, damit wir wissen, welche Mittel hierzu erforderlich sind. Die heute unerledigt gebliebenen Anträge werden bei der Steuervorlage demnächst ihre Erledigung finden.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 3. Dezember 1908.

**Tagesordnung:**

Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer. . . . . Seite 396

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner, F ü d e l und L o r d.

Die Versammlung ist vollzählig.

Vorsitzender (Herr H a u s w a l d t): Ich eröffne die Sitzung. Nach der in der vorigen Sitzung besprochenen Art unseres Vorgehens würden wir uns heute zuerst mit der Gehaltsaufbesserungsvorlage zu befassen haben.

Herr Meyerhoff hat gebeten, vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu einer Richtigstellung zu erhalten. Ich würde nicht anstehen, ihm das Wort zu geben, wenn die Versammlung nichts dagegen hat, jedoch unter der Voraussetzung, daß Herr Meyerhoff nicht die in der vorigen Sitzung beendete Debatte wieder eröffnet, sondern sich auf die Richtigstellung einiger Daten beschränkt.

Herr Meyerhoff: Die Mitteilung des Herrn Referenten in der vorigen Sitzung ist von verschiedenen Stadtverordneten so aufgefaßt worden, als wenn zu dem Bau des neuen Gaswerkes noch 500 000 Mark zu beschaffen wären. Das ist nicht richtig, da das Geld vorhanden ist. Ferner ist gesagt worden, es müßten für das neue Wasserwerk ebenfalls 500 000 Mark beschafft werden. Hierzu möchte ich mitteilen, daß die Summe bereits in den Reservefonds eingestellt worden ist.

Herr Wolters: Es würde eigentlich zweckmäßig sein, sofort darauf zu antworten, da die Mitteilung nicht richtig ist, jedoch verzichte ich jetzt darauf und werde später dazu Stellung nehmen.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

### Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer.

In der Sitzung vom 21. November 1907 — Seite 277 des Berichtes — ist beschlossen worden, eine gemischte Deputation mit der Prüfung der Frage zu betrauen, ob und eventuell in welchem Umfange die Gehälter der Lehrer und der städtischen Beamten aufzubessern seien. Der Magistrat mußte anerkennen, daß die Verhältnisse, unter denen die Festsetzung der Mehrzahl der jetzigen Gehaltsbezüge erfolgt ist, sich in der Zwischenzeit durch die Steigerung der Preise verschiedener Lebensbedürfnisse nicht unwesentlich geändert haben. Wenngleich die von der Deputation empfohlenen Gehaltserhöhungen eine erhebliche dauernde Mehrbelastung der Stadtkasse in Gefolge haben wird, so vermochte der Magistrat doch die Angemessenheit der meisten einzelnen Ansätze nicht zu verkennen und ist deshalb den Deputationsvorschlägen im allgemeinen beigetreten, wenn er auch in einzelnen Beziehungen davon abweicht.

Der Magistrat konnte nicht für zweckmäßig erachten, sofort den Wortlaut der zu erlassenden neuen Vorschriften der Statuten und Reglements vorzulegen, deren Erlaß durch die Gehaltsänderungen bedingt wird; er empfiehlt vielmehr, einstweilen nur über die neuen Gehaltsätze und die bei ihrer Einführung in Kraft zu setzenden Zusatzbestimmungen Beschluß zu fassen und die formelle Aenderung der Statuten und Reglements folgen zu lassen. In die Uebersicht der jetzt den städtischen Beamten gewährten Gehälter sind verschiedene Dienststellen nicht aufgenommen, weil ihre Gehaltsverhältnisse durch Vertrag geregelt sind und eine Mehrheit von gleichartigen Beamten dabei nicht in Frage kommt. Der Magistrat hält für zweckmäßig, die fraglichen Amtsstellen und die für sie ausgeworfenen Bezüge künftig der Regel nach in das Statut aufzunehmen, weil dadurch die Uebersichtlichkeit gefördert und außerdem die Ausschreibung einer zur Erledigung kommenden Stelle nicht verzögert wird.

Nur in Ansehung derjenigen Stellen, deren dauernde Unterhaltung mit dem ihren Inhabern zurzeit zugewiesenen Wirkungskreise nicht feststeht, oder deren Besetzung von Fall zu Fall auf Grund vertragsmäßiger Vereinbarung deshalb zweckmäßiger erscheint, weil die Beschäftigung eine nur vorübergehende ist, oder weil die Bemessung der den Stelleninhabern zu gewährenden Vergütung in erster Linie von Angebot und Nachfrage und von der Leistungsfähigkeit des einzelnen Bewerbers abhängt, dürfte eine statutarische Festlegung der zu gewährenden Bezüge nach wie vor nicht am Platze sein.

In die Gehaltsliste sind hiernach ungeachtet fester Anstellung nicht aufgenommen:

- a) die im Hauptamte beschäftigten verschiedenen Lehrer an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule,
- b) der Administrator des Kieselgutes,
- c) der Kieselmeister,
- d) die bei den Gas- und Wasserwerken beschäftigten Ingenieure und Maschinentechniker,
- e) der Heizungswärter.

Die Entschließung darüber, ob auch der eine oder andere dieser Beamten aufzubessern sei, wird einstweilen vorbehalten bleiben können.

Zu den einzelnen in Vorschlag gebrachten Gehaltsbestimmungen, wie sie in der beigegebenen Uebersicht enthalten sind, bemerkt der Magistrat folgendes:

#### a. I n a l l g e m e i n e n :

Einer näheren Begründung der Höhe der einzelnen Gehaltsätze glauben wir uns um so mehr enthalten zu sollen, als der zwingende Beweis ihrer Nichtigkeit überhaupt nicht erbracht werden kann. Die Bedeutung des einzelnen Amtes in Verbindung mit der Rücksicht auf die städtischen Finanzen sind im allgemeinen für die Deputation und uns ausschlaggebend gewesen, und die Angemessenheit der bei Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte gefundenen Einzelsätze näher darzulegen könnte höchstens in dem Falle ratsam erscheinen, daß sich dabei eine erfolgreiche Widerlegung der über die Vorschläge der Deputation zum Teil nicht unerheblich hinausgehenden Anträge der einzelnen Beamtengruppen erwarten ließe. Dieser Hoffnung wagen wir uns nicht hinzugeben; denn in den meisten Verwaltungen pflegt jeder Beamte, noch mehr aber jede Beamtengruppe den Wert und die Bedeutung ihrer Amtstätigkeit reichlich hoch einzuschätzen, und eine erfolgreiche Widerlegung dieser Ansichten gelingt den die Gehaltsätze festsetzenden Behörden selten oder nie.

Auch im vorliegenden Falle verbietet die Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt, den vorgetragenen Wünschen in vollem Umfange zu entsprechen, doch

wollen wir nicht unterlassen, die zahlreichen, uns unterbreiteten Anträge den geehrten Herren zur Kenntnis zu bringen.

b. Zu A. 2. (Schulinspektoren).

Die Schulinspektoren und diejenigen pro rectoratu geprüften Lehrer, welche entweder am Lehrerinnen-Seminar wissenschaftlichen Unterricht erteilen oder — an der städtischen Mädchenschule — das Amt eines Klassenlehrers an der Oberstufe versehen, sind die einzigen im Dienste der Stadt beschäftigten Personen, denen die Erreichung des Höchstgehalts vor Zuriücklegung eines bestimmten Lebensjahres — den ersteren des 56., den letzteren des 53. — zugesichert ist. Wir sind im Einvernehmen mit der Deputation der Ansicht, daß diese Bevorzugung eines Teiles der „Lehrer“ nicht gerechtfertigt ist und wollen außerdem darauf hinweisen, daß die Anwendung der fraglichen Vorschrift in einem Falle bereits dahin geführt hat, daß mit dem betreffenden Bewerber verträglich eine von der Dienstordnung abweichende Bemessung seines Anfangsgehaltes vereinbart wurde. Derartige Verhandlungen, die naturgemäß vor der Präsentation des Bewerbers gepflogen werden müssen und die, falls die beantragte Bestätigung versagt werden sollte, höchst unliebsam empfunden werden, möchten wir künftig gern vermeiden und halten daher für zweckmäßig, daß die oben erwähnte Bestimmung überhaupt beseitigt wird. Der Erfolg, der durch ihre Anwendung erzielt werden soll, läßt sich im Einzelfalle unschwer auch dadurch erreichen, daß beim Vorliegen besonderer Gründe von den städtischen Behörden ein höherer Anfangsgehalt zugebilligt wird, wie solches z. B. bei Beamten, die von auswärts berufen wurden, wiederholt geschehen ist.

Der Entwurf sieht vor, daß die Schulinspektoren künftig ihr Lehrergehalt weiter beziehen und in der jetzt geltenden Skala aufrücken, daneben aber eine angemessene pensionsfähige Zulage erhalten.

Es wird als Regel gelten können, daß ein Lehrer, der zum Inspektor ernannt werden soll, etwa das 40. Lebensjahr und damit einen Gehaltsatz erreicht hat, der unter Hinzurechnung der erwähnten pensionsfähigen Zulage dem Bewerber ein Einkommen gewährt, das der Bedeutung seiner Stelle durchaus entspricht.

Die Deputation hat diese Zulage ein für allemal auf 900 Mark bemessen, so daß künftig das bisherige Höchstgehalt nicht erreicht werden würde. Diesem Vorschlage vermochten wir nicht zu folgen. Wenn wir auch anerkennen wollen, daß das Höchstgehalt im Jahre 1900 reichlich hoch bemessen worden ist, so würde doch eine Herabsetzung unseres Erachtens zurzeit nicht gerechtfertigt, überdies aber auch geeignet sein, die Bedeutung und das Ansehen der fraglichen Ämterstellen ungerechtfertigterweise herabzudrücken. Wir empfehlen daher, die Zu-

lage — in 2 Stufen — so zu bemessen, daß durch ihre Gewährung schließlich das jetzige Höchstgehalt erreicht wird.

Auch mit dem weiteren Vorschlage der Deputation, den jetzt im Amte befindlichen Schulinspektoren die Wahl freizustellen, ob sie nach Maßgabe des bisherigen Tarifs im Gehalte aufrücken oder nach Maßgabe der neuen Vorschrift besoldet werden wollen, vermochten wir uns nicht einverstanden zu erklären. Wir glauben, daß die im Amte befindlichen Schulinspektoren, die noch nicht das Höchstgehalt beziehen, sich nicht für beschwert erachten können, wenn ihr Aufrücken im Gehalt auch künftig in Gemäßheit der bisherigen Gehaltsskala erfolgt und müssen überdies darauf hinweisen, daß es zu Unzuträglichkeiten führen müßte, wenn durch Ausübung des oben erwähnten Wahlrechts der eine oder andere Schulinspektor jetzt eine Aufbesserung erführe, die den übrigen versagt bliebe.

#### c. Zu A. 3. (Ordentliche Lehrer und Fachlehrer).

Nach den Vorausschlägen für das laufende Rechnungsjahr werden den an der Fortbildungsschule, der Gewerbeschule und der Mädchenfortbildungsschule nebenamtlich beschäftigten Lehrkräften für Unterrichtserteilung 48 952 Mark und außerdem den Schulinspektoren für die Aufsichtsführung 960 Mark gezahlt. Diese Kosten werden erheblich wachsen, sobald der Zwang zum Besuche der Fortbildungsschule eingeführt wird. Denn es wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Stadt sich auch künftig bei Beschaffung der erforderlichen Lehrkräfte an die im Hauptamte an den Bürgerschulen tätigen Lehrer und Lehrerinnen wendet, weil der Unterricht an den Fortbildungsschulen und ebenso an der Gewerbeschule der Hauptsache nach zeitlich so konzentriert ist, daß gleichzeitig eine verhältnismäßig große Zahl von Lehrern tätig sein muß; wollte man diese daher durch Lehrkräfte ersetzen, die ausschließlich für die Fortbildungs- und für die Gewerbeschule angenommen werden, so würden dadurch sehr erhebliche Mehrkosten erwachsen, und überdies würden die betreffenden Lehrer niemals voll zu beschäftigen sein.

Der in Rede stehende nebenamtliche Unterricht wird daher voraussichtlich dauernd beizubehalten sein, obwohl sich bei dieser Einrichtung insofern leicht Unzuträglichkeiten ergeben können, als die Stadt dabei vom guten Willen der Lehrer völlig abhängig ist; sie wird, wenn sie den Betrieb der in Rede stehenden Schulen nicht gefährden will, die Vergütungen bewilligen müssen, welche die Lehrer fordern, wobei darauf hingewiesen werden möge, daß an der Gewerbeschule jetzt schon die meisten Unterrichtsstunden mit 3 Mark pro Stunde bezahlt werden.

Wir sind der Ansicht, daß eine solche Einrichtung auf die Dauer nicht beizubehalten ist, und daß die Stadt nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht

hat, auf Abhilfe Bedacht zu nehmen, wenn sie diese zu beschaffen in der Lage ist. Gelegenheit dazu bietet sich jetzt, weil die Gehälter nicht unerheblich erhöht werden sollen. Nun ermächtigt freilich das Gesetz über die Gemeindegemeinschaften die Städte nicht ausdrücklich, ihren Lehrern die Verpflichtung aufzuerlegen, eventuell Unterricht auch an den mehrerwähnten, nicht zu den Gemeindegemeinschaften gehörenden Unterrichtsanstalten zu erteilen; aber das Gesetz zwingt unsere Stadt auch nicht, die bisherigen Gehälter zu erhöhen, und, wenn sich die städtischen Behörden hierzu freiwillig entschließen, so werden sie erwarten dürfen, daß auch die Lehrer Entgegenkommen zeigen.

Wir sind der Ansicht, daß der Erlaß einer entsprechenden Vorschrift zulässig sein würde, sofern Herzogliches Staatsministerium, dessen Genehmigung zur Einführung der neuen Gehaltssätze nach § 34 des erwähnten Gesetzes erforderlich ist, die fragliche Maßregel billigen sollte. Wir glauben, daß hierauf um so mehr gerechnet werden kann, als bezüglich der nicht voll beschäftigten Fachlehrer die gleichartige Verpflichtung bereits durch die Vorschrift im § 6 Abs. 5 der Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen vom 15. Dezember 1900 eingeführt ist und daher im Interesse der sachgemäßen Ausgestaltung des Schulbetriebes der Fortbildungsschulen — diese kommen hier in erster Linie in Betracht — die Verallgemeinerung der fraglichen Vorschrift begründeten Bedenken kaum unterliegen dürfte. Um Zweifel in formeller Beziehung auszuschließen ist vorgeesehen, daß die bezüglichende Entscheidung des Stadtmagistrats an die Genehmigung des Schulvorstandes der städtischen Bürgerschulen und diejenige des Herzoglichen Konsistoriums gebunden sein soll.

Uebrigens würde die gleiche Vorschrift in Ansehung der gegenwärtig im Amte befindlichen Schulinspektoren, von denen mehrere gleichfalls an der Fortbildungs- und Gewerbeschule Unterricht erteilen, nicht ohne weiteres zur Anwendung zu bringen sein, weil deren Gehälter unverändert bleiben sollen. Für neu anzustellende Schulinspektoren dagegen würde sie rechtsverbindlich und daher ihre Aufnahme in die Dienstordnung zweckmäßig sein. Sollten daher die geehrten Herren nicht anders beschließen, so würden wir bei Umarbeitung der Dienstordnung demgemäß verfahren.

d. Zu D. (Stadtverwaltung).

Zu den Abteilungen II und III.

Die obengenannte Deputation hatte empfohlen, die Gehälter der besoldeten Magistratsmitglieder (Stadträte) und des Leiters der städtischen Bauverwaltung so zu bemessen, daß den erstgedachten Beamten ein Anfangsgehalt von 6000 Mark, das durch 8 Zulagen von je 500 Mark auf 10 000 Mark gesteigert werden sollte, und dem Leiter der städtischen Bauverwaltung ein Anfangsgehalt

von 7500 Mark, das durch 5 Zulagen à 500 Mark gleichfalls auf 10 000 Mark steigen sollte, gewährt werden möge.

Wir halten es nicht für angemessen, den geehrten Herren in bezug auf die Befoldung unserer Mitglieder Vorschläge zu machen, und haben daher zu dem oben erwähnten Vorschlage der Deputation, betreffend die Befoldung der Magistratsmitglieder, keine Stellung genommen.

Und da bisher das Höchstgehalt des Leiters der städtischen Bauverwaltung dem Höchstgehalte der vorerwähnten Magistratsmitglieder gleich war und unseres Erachtens auch künftig in dieser Beziehung eine Verschiedenheit nicht gerechtfertigt sein dürfte, so haben wir auch dessen Befoldung unerörtert gelassen.

Die Ansätze unter D. II und III sind daher nicht als diesseits vorgeschlagene Gehaltsätze anzusehen, sondern lediglich der Vollständigkeit halber als Deputationsvorschläge in die Uebersicht aufgenommen.

#### Zu Abteilung VIII.

Wir erachten ein Anfangsgehalt von 3900 Mark für den Rämmerer für zu niedrig, zumal die fragliche Stelle regelmäßig einem bereits bejahrteren Beamten übertragen zu werden pflegt. Das ausgeworfene Anfangsgehalt von 4500 Mark dürfte übrigens auch der Bedeutung der Stelle und der großen Verantwortung ihres Inhabers entsprechen.

#### Zu den Abteilungen IX und XVI.

Die jetzige Gehaltsordnung unterscheidet bekanntlich in den Abteilungen VI und IX zwischen Architekten und Ingenieuren mit abgeschlossener Hochschulebildung und solchen mit einer nicht abgeschlossenen Hochschulebildung; und in gleicher Weise sind in den Abteilungen XI und XIII die Gehälter der technischen Hilfsbeamten verschieden bemessen, je nachdem dieselben entweder den vorgeschriebenen Kursus auf einer Baugewerk- oder Fachschule durchgemacht oder aber eine solche Anstalt nur zeitweilig besucht haben. Diese Unterscheidung hat zu Unzuträglichkeiten geführt und wird zu beseitigen sein.

Abgesehen davon, daß die Bezeichnung „Architekt“ bezw. „Ingenieur“ insofern völlig unbestimmt ist, als keine Vorschrift darüber besteht, welche Personen sich in dieser Weise bezeichnen dürfen bezw. welches die Voraussetzung ihrer Anwendung ist, haben wir uns davon überzeugen müssen, daß es grundsätzlich unrichtig war, die Gehälter von technischen Beamten, deren Dienstobliegenheiten die gleichen sind, und deren Tätigkeit bei gleicher Befähigung für die Stadt gleichwertig ist, nur deshalb verschieden zu bemessen, weil die eine Gruppe die Abschlußprüfung bestanden hat, die andere aber nicht. Es wird sich empfehlen, derartige Beamte künftig, soweit irgend angängig, durchweg zunächst probeweise zu beschäftigen und ihre feste Anstellung erst dann zu beschließen, wenn sie nachgewiesen haben, daß sie die für die einzelne Dienststelle



erforderlichen Fähigkeiten besitzen. Die Folge des Wegfalls der fraglichen Unterscheidung würde die sein, daß die vier technischen Hilfsbeamten, welche zurzeit noch nach Abteilung XIII des geltenden Tarifs besoldet werden, in die Gehaltsklasse der technischen Hilfsbeamten mit abgeschlossener Baugewerk- oder Fachschulbildung eingereiht werden, während in Ansehung der Architekten und Ingenieure die Menderung zurzeit insofern ohne Bedeutung ist, als die Stadt nur einen Architekten und zwar einen Diplom-Architekten beschäftigt.

#### Zu Abteilung XVIII.

Der Marstallverwalter war bisher im Gehalte denjenigen Beamten gleichgestellt, die in Abteilung XXI der neuen Uebersicht aufgeführt sind. Im Hinblick auf seine Verantwortung und den Umfang seiner Dienstgeschäfte halten wir seine Einreihung in eine höhere Gehaltsklasse für gerechtfertigt und haben ihn daher in die Abteilung XVIII aufgenommen.

#### Zu Abteilung XIX.

In die Abteilung XI des jetzigen Tarifs (Technische Hilfsbeamte mit abgeschlossener Baugewerk- oder Fachschulbildung) sind eingereiht die beiden zurzeit im Amte befindlichen Hilfsgeometer; einer von ihnen hat die Abschlußprüfung bestanden, während der andere auf Grund der Ausnahmegestimmung unter Abteilung XIII seinerzeit auf Beschluß der städtischen Behörden in die höhere Gehaltsklasse befördert ist.

Beim Wegfall des vorstehend erwähnten Unterschiedes würden mithin künftig nicht nur die beiden zurzeit im Amte befindlichen Beamten, sondern auch jeder Hilfsgeometer, da er einer anderen Gehaltsklasse nicht wohl zugereiht werden könnte, gleich den technischen Hilfsbeamten zu besolden sein. Diese Gleichstellung der zwei ganz verschiedenartigen Beamtengruppen würde unseres Erachtens sachlich nicht gerechtfertigt sein, und es würde daher eventuell angezeigt erscheinen, in den Tarif eine neue Abteilung aufzunehmen, die nur die Hilfsgeometer umfaßt. Da aber für diese Beamten ein Gehalt von 2000 bis 3800 Mark, das für die beiden zurzeit im Amte befindlichen jetzt schon maßgebend ist, durchaus angemessen erscheint, so sind sie in dem Entwurfe in die Abteilung XIX (Rassierer und Magistratssekretäre) aufgenommen, da für diese die gleichen Gehaltsätze ausgeworfen sind.

#### Zu XXI.

Da die bei den Gas- und Wasserwerken beschäftigten Werkmeister Dienstkleidung zu tragen haben, so ist für dieselben die übliche Entschädigung von 90 Mark ausgeworfen.

#### Zu XXII.

Die Bedeutung der in den Abteilungen XIV und XV des bisherigen Gehaltstarifs aufgeführten Kemter dürfte unseres Erachtens wenn nicht völlig, jo

doch nahezu durchweg die gleiche und daher der bisherige geringfügige Unterschied im Gehalt zu beseitigen sein. Die Einreihung des ersten Hilfsbeamten der statistischen Stelle in die bisherige Abteilung XIV ist von den Herren Stadtverordneten schon früher gutgeheißen; neu aufgenommen (in die neue Abteilung XXII) ist der Gerichtsschreiber des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Welche Mehrausgaben der Stadt durch eine in Gemäßheit des vorgelegten Entwurfs erfolgende Aufbesserung der Gehälter erwachsen würden, ergibt die nachstehende, unter Zugrundelegung der im laufenden Jahre zur Auszahlung gelangenden Gehälter aufgestellte Uebersicht:

|                              | Bisher<br>M | Künftig<br>M | Mehrausgabe<br>M |             |
|------------------------------|-------------|--------------|------------------|-------------|
| 1. Bürgerschulen . . . . .   | 964 900     | 1 063 800    | 98 900           | } 160 700 M |
| 2. Oberrealschule . . . . .  | 36 800      | 40 100       | 3 300            |             |
| 3. Gehobene Mädchenschule .  | 101 500     | 109 700      | 8 200            |             |
| 4. Stadtverwaltung . . . . . | 517 650     | 567 950      | 50 300           |             |

Da die Gesamtsumme der zu zahlenden Gehälter infolge von Zu- und Abgang fortwährend schwankt, so können die Zahlen der Uebersicht nur als annähernd richtige gelten. Sie lassen aber ersehen, daß eine dauernde, sehr erhebliche Mehrbelastung der Stadtkasse die Folge der Aufbesserung der Gehälter sein wird. Zur Deckung der Mehrkosten ist bekanntlich die Einführung einer Veränderungs- und einer Wertzuwachssteuer bereits im Prinzip beschlossen worden.

Die Versammlung wird ersucht, den vorgelegten Entwurf der neuen Gehaltstarife einer Prüfung zu unterziehen und dem Magistrate von der Beschlußfassung Kenntniß zu geben.

Im Namen der vereinigten Finanz- und Statutenkommission berichtet über die Vorlage

Herr Wolters: Im allgemeinen möchte ich zu der Vorlage einige Bemerkungen hier wiederholen, welche schon in der vorigen Sitzung gemacht worden sind. Betreffs der Angelegenheit der städtischen Oberbeamten, insbesondere der Oberlehrer, die in der Vorlage nicht berücksichtigt worden sind, war die Kommissionsmehrheit im Einverständniß mit dem Magistrate der Meinung, daß der Zeitpunkt der Berücksichtigung dieser Herren gegeben sei, sobald der braunschweigische Staat mit der Erhöhung der Gehaltsätze seiner Oberlehrer usw. vorgehen würde.

Bezüglich der remuneratorisch beschäftigten Beamten beschloß die Kommissionmehrheit bekanntlich, den Magistrat zu bitten, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die Gehaltsätze der Beamten, die eine Vergütung erhalten, den veränderten Gehaltsätzen der übrigen Beamten angepaßt werden sollen.

Was die Bemessung der Löhne der städtischen Arbeiter betrifft, so soll der Magistrat ersucht werden, der Versammlung alljährlich eine Nachweisung der gezahlten Löhne zugehen zu lassen, um an deren Hand zu prüfen, ob die Löhne noch als angemessen zu erachten sind.

Es wird nunmehr in die Beratung der vom Magistrate vorgelegten Uebersicht der Gehaltsätze eingetreten.

### A. Bürger schulen.

1. Direktor: 6000 Mark Anfangsgehalt,  $5 \times 400$  Mark Zulagen (nach je 3 Jahren), bis zum Höchstgehalt von 8000 Mark (wie bisher).

Die Versammlung hat dagegen nichts einzutenden.

2. Schulinspektoren: Die Schulinspektoren beziehen dasselbe Gehalt wie die ordentlichen Lehrer, daneben eine pensionsfähige Zulage von 900 Mark, die nach Ablauf von 6 Jahren auf 1200 Mark steigt. Das Anfangsgehalt derjenigen Schulinspektoren, die bei ihrer Ernennung nicht städtische Lehrer waren, wird im Einzelfalle unter sinngemäßer Anwendung der vorstehenden Vorschrift seitens des Stadtmagistrates festgestellt.

Herr Wolters: Die Besoldungsätze der Schulinspektoren betrugen bisher 3300 Mark bis 5100 Mark. Die Deputation wollte das Höchstgehalt dieser Klasse auf 4800 Mark festsetzen, jedoch hat sie sich später dem Magistratsvorschlage angeschlossen, diesen Satz auf 5100 Mark zu normieren. Ueber diese Summe hinaus würde nach dem Vorschlage der Kommission noch eine Zulage von 100 Mark eintreten für die jetzt im Amte befindlichen Inspektoren, die dann also ein Anfangsgehalt von 3300 Mark und ein Endgehalt von 5200 Mark erhalten würden mit der jetzt in Kraft befindlichen Staffelung von  $6 \times 300$  Mark und  $1 \times 100$  Mark.

Wir haben uns nun weiter mit der Frage beschäftigt, wie die Gehaltsätze der künftig anzustellenden Schulinspektoren bemessen werden sollen und sind mit dem Magistrate grundsätzlich der Ansicht gewesen, daß die bisherige Einrichtung, wonach die Schulinspektoren mit der Erreichung eines bestimmten Lebensjahres das Höchstgehalt beziehen sollten, nicht beizubehalten sei. Nun ist es unsere Aufgabe gewesen, im Einverständnis mit dem Magistrate festzustellen, wie die Gehaltsverhältnisse gerechterweise künftig geregelt werden möchten und haben uns dahin geeinigt, man solle zunächst den bisherigen Höchstsatz von 5100 Mark dann eintreten lassen, wenn sie als Lehrer das Höchstgehalt von

4000 Mark erreicht haben würden. Durch diese Einrichtung soll die alte Idee in der Schulordnung, wonach das Höchstgehalt mit einem bestimmten Lebensjahre erreicht werden soll, fallen gelassen und die Dauer des Dienstalters als Grundlage genommen werden. Wir geben daher anheim, für die künftig anzustellenden Inspektoren folgende Bestimmung vorzuschlagen: In allen Fällen soll das Anfangsgehalt der Schulinspektoren mindestens 3300 Mark betragen und sie sollen ein Gehalt von 5100 Mark erhalten, wenn sie als Lehrer das Höchstgehalt von 4000 Mark erhalten haben würden. In der Praxis würde sich die Staffe lung folgendermaßen gestalten: Ein Lehrer mit 2000 Mark, 2400 Mark und 2700 Mark Gehalt würde bei seiner Ernennung zum Schulinspektor 3300 Mark erhalten, bei einem Lehrergehälte von 3000 Mark ein Inspektorgehalt von 3600 Mark, bei 3200 Mark = 3900 Mark, bei 3400 Mark = 4200 Mark, bei 3600 Mark = 4500 Mark, bei 3800 Mark = 4800 Mark und schließlich bei 4000 Mark = 5100 Mark. Nun haben diesem relativen Höchstgehalte die Kommissionen noch eine weitere Zulage von 100 Mark nach drei weiteren Dienstjahren hinzugefügt, so daß das Höchstgehalt 5200 Mark betragen würde. Zwischen den Besoldungsverhältnissen der jetzigen und der späteren Inspektoren wird dann allerdings eine gewisse Disharmonie bestehen, und es war die Aufgabe der Kommissionen, diesen Widerspruch zu lösen. Es ist indessen nach eingehender Prüfung der Wirkung der neuen Gehaltskala nicht möglich, eine Vereinigung zu erzielen; die Mehrheit der Kommissionen ist vielmehr nach eingehenden und langen Beratungen zu dem Entschlusse gekommen, die jetzigen Inspektoren, abgesehen von der Endzulage zu 100 Mark, in ihren Anstellungs- und Besoldungsverhältnissen zu belassen, den neuen aber die vorstehend bezeichneten Gehaltsätze zu bewilligen. Soweit die an der Fortbildungsschule beschäftigten Inspektoren hieran weiter beschäftigt werden, sollen deren Besoldungsverhältnisse für diese Nebenbeschäftigung dieselben bleiben, während für die neuen etwa an der Fortbildungsschule beschäftigten Inspektoren die Vergütung hierfür von dem gemeinschaftlichen Beschlusse der städtischen Behörden abhängig gemacht werden soll, wie das auch bei den Lehrern der Fall ist.

Die Kommissionsmehrheit beantragt also, für die im Amte befindlichen Schulinspektoren die bisherigen Gehaltsätze bestehen zu lassen mit der Ergänzung, daß zulezt noch eine Erhöhung des Gehaltes auf 5200 Mark nach weiteren drei Jahren eintritt, aber für die neu zur Anstellung kommenden Schulinspektoren die vorhin erwähnte Skala anzunehmen.

Herr Weichsel: Hier hat ein Wechsel des Systems stattgefunden. Die Deputation ist ziemlich einstimmig der Ansicht gewesen, daß das von ihr vorgeschlagene System zu empfehlen sei; es ist aber trotzdem in den vereinigten

Kommissionen fallen gelassen, weil die Uebergangsbestimmungen bei der Berechnung des Gehaltes außerordentliche Schwierigkeiten boten. Praktisch ist die Sache nicht von so großer Bedeutung, um sie ändern zu müssen; ich empfehle deshalb ebenfalls, dem Kommissionsbeschlusse beizutreten.

Herr Jasper: Ich bedaure, daß die Kommissionmehrheit sich auf den Standpunkt gestellt hat, den ursprünglichen Vorschlag des Magistrates zu verworfen. Es scheint mir dadurch eine Regelwidrigkeit insofern hineingekommen zu sein, als der Betrag, der ursprünglich als Funktionszulage gedacht ist, jetzt ein jetziger Gehaltsjah werden und als Alterszulage rechnen soll. Besonders gefällt es mir nicht, daß in der Stufe, wo der Lehrer 2700 Mark Gehalt haben würde, der Inspektor ebenso wie bei 2400 Mark nur 3300 Mark Gehalt erhalten soll, so daß hier die Funktionszulage nicht 900 Mark, sondern nur 600 Mark beträgt. Weshalb in dieser Stufe eine solche Regelwidrigkeit eintreten soll, ist mir nicht ersichtlich. Ich halte nach wie vor den Magistratsvorschlag für das beste und habe mich noch nicht belehren lassen, daß die Uebergangsbestimmungen es irgend geboten erscheinen lassen, die Menderung der Kommissionen anzunehmen. Der Herr Referent hat schon mit Recht ausgeführt, daß die alten und die neuen Bestimmungen schlechterdings nicht mit einander zu vereinigen sind, weshalb die Kommissionen vorschlagen, für die bisherigen und die neuen Inspektoren verschiedene Gehaltsordnungen festzusetzen. Die Uebergangsbestimmungen können also nicht maßgebend gewesen sein, den Magistratsvorschlag abzuändern; ich glaube vielmehr, daß andere Gründe mit im Spiele gewesen sind und zwar solche, die in einem Schreiben der Inspektoren zum Ausdruck kamen und die ich als eine Niederlage der Lehrer angesehen habe. Wahrscheinlich haben sich einige Mitglieder der Kommissionen — ich bin in der letzten Kommissionssitzung nicht anwesend gewesen — veranlaßt gesehen, den Wünschen der Inspektoren Rechnung zu tragen. Ich beantrage, die Magistratsvorlage wieder herzustellen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e h e r: Es kommt wohl selten vor, daß der Magistrat sich des Glückes erfreut, Herrn Dr. Jasper gegen die Kommission für eine Magistratsvorlage eintreten zu sehen. Hier ist es aber der Fall. Ich muß das anerkennen, bemerke aber, daß die von den Kommissionen vorgenommene Menderung am Schlusse langwieriger Verhandlungen erfolgt ist und bestreite entschieden, daß ein Einfluß von außen die Kommissionen oder den Magistrat veranlaßt hat, die Menderung vorzunehmen. Ausschlaggebend ist dafür einzig und allein der Umstand gewesen, daß bei der Annahme des Magistratsvorschlages die Verschiedenheit der alten und neuen Skala unter Umständen ganz erheblich sein würde, und das muß ich anerkennen, obwohl ich die Magistratsvorlage hier zu vertreten habe. Durch die lange Debatte in der

Kommission habe ich mich dahin belehren lassen müssen, daß der Magistrat zwar etwas Gutes getwollt hat, die Kommission ihm aber über war und etwas Besseres gefunden hat. Ich würde deshalb für meine Person dem Vorschlage der Kommission zustimmen. Der Herr Referent erklärte im Anfange seiner Ausführungen, es wäre bei dem Kommissionsvorschlage der Grundgedanke maßgebend gewesen, daß der Schulinspektor das Höchstgehalt, abgesehen von den letzten 100 Mark, zu der Zeit erreicht, wo er als Lehrer das Höchstgehalt erreicht haben würde, wenn er Lehrer geblieben wäre. Das trifft im allgemeinen zu, aber es trifft nicht zu, daß ein Lehrer zum Schulinspektor ernannt wird, der weniger erhält als 2700 Mark Gehalt.

Herr Mohr: Ich möchte für die älteren sieben Schulinspektoren noch eine Lanze brechen, da sie sehr traurig bei den Gehaltserhöhungen abschneiden. Weshalb das geschieht, weiß ich nicht. Die Arbeit der Schulinspektoren ist im Laufe der Jahre durch die Vergrößerung der Schulen sehr gewachsen. Außerdem möchte ich daran erinnern, daß unser Schuldirektor, der noch die Leitung der Fortbildungsschule mit zu übernehmen hat, einen großen Teil seiner bisherigen Arbeit auf die Schulinspektoren abwälzen muß. Nach der Dienstweisung der Schulinspektoren bringen solche leitenden Stellen viel Arbeit und Verantwortung mit sich. In anderen Städten über 100 000 Einwohner stehen sich die Schulinspektoren bis auf 5400 Mark nebst Wohnungsgeldzuschuß, in Leipzig sogar auf 5800 Mark und Wohnungsgeldzuschuß. Ich möchte bitten, den Antrag der Kommissionen, wonach die Schulinspektoren 100 Mark Gehaltszulagen haben sollen, dahin zu erweitern, daß sie 200 Mark in zwei je dreijährigen Raten erhalten.

Herr Wolters: Herr Dr. Jasper hat bei seiner Kritik wahrscheinlich nicht berücksichtigt, daß wir nicht dem Vorschlage des Magistrates gemäß dem Schulinspektor 900 Mark und später 1200 Mark als besondere pensionsfähige Zulage geben wollen, sondern daß wir diese Zulagen gewissermaßen auflösen, indem wir zu den Lehrergehältern eine gleitende Skala hinzusetzen wollen. Sodann hat Herr Dr. Jasper getadelt, daß eine Zulage von 600 Mark zu gering wäre für einen Schulinspektor und er nur diesen Betrag beziehen würde, wenn er als Lehrer mit einem Gehalte von 2700 Mark zum Schulinspektor befördert werden sollte, während ein zum Schulinspektor beförderter Lehrer mit einem Gehalte von 2000 Mark sofort 1300 Mark als besondere Zulage erhielte. Wir haben die ursprüngliche Absicht des Magistrates auf Bewilligung einer festen Zulage deshalb fallen gelassen, weil wir uns sagten, daß ein Lehrer in so jungem Alter nicht zum Inspektor befördert würde, um sofort eine Zulage von 1300 Mark zu erhalten; sollte es aber dennoch einmal ausnahmsweise geschehen, so würde ein Gehalt von 2600 Mark für einen Schulinspektor zu gering sein.

Uebrigens wird demnächst noch eine besondere Ordnung für die Besoldung der Lehrkräfte an den Bürgerjulen erscheinen, so daß wir auf die Einzelheiten später werden eingehen können.

Herr Bluth: Ich habe mich schon in der Kommission nach Kräften bemüht, die alten Schulinspektoren in die neue Gehaltskala hineinzubekommen, jedoch habe ich mich überzeugen müssen, daß es beim besten Willen nicht möglich ist und zu großen Unzuträglichkeiten führen würde. In den beiden Gehaltskalen der Inspektoren und der Lehrer findet sich indessen insofern ein Widerspruch, als die Lehrer im 52. Lebensjahre, die Inspektoren aber erst im 56. Lebensjahre das Höchstgehalt bekommen; ich möchte deshalb beantragen, die im Mute befindlichen Inspektoren mit den Lehrern in dieser Beziehung gleichzustellen, damit erstere auch im 52. Lebensjahre das Höchstgehalt erreichen.

Herr Esdorn: Ich möchte ersuchen, es bei den Beschlüssen der vereinigten Kommissionen bewenden zu lassen und nicht darüber hinauszugehen, aber auch die beantragten 100 Mark zuzulegen. Wenn Sie über den Kommissionsbeschluß hinausgehen wollen, so müssen wir schließlich die in den Kommissionen gepflogenen langwierigen Erörterungen hier nochmals wiederholen. Wenn Herr Dr. Jasper in der letzten Kommissionsitzung zugegen gewesen wäre, so würde er wohl die Kommissionsvorschläge als zutreffend und zweckmäßig anerkannt haben. Verschiedene Mitglieder der Kommission standen ursprünglich auch auf seinem Standpunkte, wir haben aber einsehen müssen, daß sich ein anderer, als der vom Herrn Referenten dargelegte Weg nicht finden ließ.

Herr Jasper: Ich pflichte Herrn Dr. Wolters darin bei, daß ein Lehrer beim Bezuge der ersten Gehaltsstufen kaum schon zum Schulinspektor ernannt werden dürfte. Deshalb schlägt er mich aber auch nicht dadurch, daß er sagt, die Spannung zwischen den beiden Klassen betrüge anfangs 1300 Mark, denn das wird ebensowenig praktisch und steht auch nur auf dem Papiere. Wohl aber könnte ein Lehrer der vierten Gehaltsstufe im Betrage von 2700 Mark zum Inspektor ernannt werden und erhielte dann nach dem Vorschlage des Magistrates  $2700 \text{ Mark} + 900 \text{ Mark} = 3600 \text{ Mark}$ , während er nach dem Vorschlage der Kommissionen nur das Anfangsgehalt von 3300 Mark bekommen würde. Für diese ungünstige Regelung der Gehaltsverhältnisse kenne ich keinen Grund. Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, nach denen der neue Vorschlag der Kommissionen notwendig sein soll, weil sonst die Spannung zwischen den Lehrer- und den Inspektorengehältern ungerecht sein würde, möchte ich beantragen, die Abstimmung über die Inspektorengehälter zurückzustellen, bis die Lehrergehälter geregelt worden sind. —

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Verschiebung einverstanden

3. **Ordentliche Lehrer und Fachlehrer:** Anfangsgehalt 1800 Mark,  $1 \times 200$  Mark,  $1 \times 400$  Mark,  $1 \times 300$  Mark,  $6 \times 200$  Mark Zulagen bis zum Höchstgehalte von 3900 Mark. Mit Genehmigung des Schulvorstandes der städtischen Bürger Schulen und des Herzoglichen Konsistoriums kann der Stadtmagistrat den ordentlichen Lehrern die Erteilung von Unterricht auch an der Fortbildungsschule und an der Gewerbeschule innerhalb der Zahl ihrer Pflichtstunden übertragen. Ueber eine etwaige für Ausübung dieser Tätigkeit zu gewährende, nicht pensionsfähige Vergütung entscheiden die städtischen Behörden. Besondere, neben dem Gehalte zu zahlende, nicht pensionsfähige Vergütungen erhalten nach näherer Bestimmung der städtischen Behörden der Übungslehrer, der Overturnlehrer und die Lehrer der Hilfsschule.

**Vorsitzender:** Nach § 56 der Städteordnung hat sich Herr Bähr, da es sich hierbei um seine eigene Gehaltskala handelt, der Teilnahme an den sich an Punkt 3 knüpfenden Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten.

**Herr Wolters:** Die bisherige Besoldung der Lehrer bewegte sich von 1600 Mark bis 3600 Mark. Die vereinigten Kommissionen haben beschlossen, Ihnen zu empfehlen, das Höchstgehalt der Lehrer auf 4000 Mark festzusetzen und eine andere Staffelung vorzunehmen, nämlich, das Anfangsgehalt von 1800 Mark nach je 3 Jahren zu erhöhen um 200 Mark, 400 Mark,  $2 \times 300$  Mark und  $5 \times 200$  Mark bis zum Höchstbetrage von 4000 Mark. Im übrigen sind die vereinigten Kommissionen mit den vom Magistrat gemachten Bemerkungen über den Unterricht an der Fortbildungs- und der Gewerbeschule usw. einverstanden.

**Herr Leue:** Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Wünsche der Lehrerschaft in bezug auf ihre Gehaltsbezüge bedeutend weitergehen, als von dem Magistrat und den Kommissionen vorgeschlagen worden ist. Ich hätte gewünscht, es wären diese Wünsche etwas mehr berücksichtigt worden, weil in dem benachbarten Preußen und in anderen deutschen Staaten die Gehälter der Lehrer bedeutend höher sind, als hier in Braunschweig. Es ist zwar gesagt worden, wir könnten uns nicht immer nach unserm großen Nachbar Preußen richten, aber in Schulfragen sollte man ebenso wie in manchen anderen Fragen die Grenzpfähle der einzelnen Staaten unberücksichtigt lassen und bedenken, daß wir einen großen gleichartigen Lehrerstand im Deutschen Reich haben, der gleichmäßig behandelt werden müßte, abgesehen davon, daß bei den in verschiedenen teuern Orten wohnenden Lehrern ein Unterschied gemacht werden muß, weil dort auch die Mieten verschieden hoch sind. Die hiesigen Lehrer befinden sich gegenüber den preussischen Lehrern noch insofern in einer unangenehmen Lage, als ihnen die Freizügigkeit mangelt, die bei den Oberlehrern vorhanden ist. Diese Freizügigkeit mangelt den hiesigen Bürgerschullehrern deshalb, weil



ihr hier abgelegtes Staatsexamen zur Anstellung in Preußen nicht berechtigt, während umgekehrt in Preußen examinierte Lehrer hier angestellt werden können. Bei den Lehrerinnen ist das nicht der Fall, sondern diese besitzen eigentümlicherweise die Freizügigkeit, indem das braunschweigische Lehrerinnenexamen auch für Preußen gültig ist. Die seminaristisch gebildeten Lehrer können dagegen aus ihrem engeren Vaterlande nicht hinaus, können also ihre Position nicht ausnützen, und der hier vielfach gebrauchte Ausspruch: Angebot und Nachfrage regeln das Einkommen, trifft für den braunschweigischen Lehrer nicht zu, weil sie von einer Anfrage jenseits der blaugelben Grenzpfähle keinen Gebrauch machen können. Aus diesem Grunde beklage ich es lebhaft, daß ich den Antrag, den ich ursprünglich stellen wollte, das Höchstgehalt der Lehrer auf 4200 Mark festzusetzen, um es einigermaßen in Einklang zu bringen mit dem Höchstgehalt der preußischen Lehrer, nicht einbringen kann, nicht, weil er nicht gerechtfertigt wäre, sondern weil ich mich durch Rücksprache mit verschiedenen Herren und auch in den Verhandlungen der vereinigten Kommissionen überzeugt habe, daß der Antrag keine Aussicht auf Annahme hat.

Wenn ich nun mit einem anderen Antrage komme, der in etwas den Wünschen der Lehrerschaft entgegenkommt, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Sie diesem Antrage gern zustimmen werden. Zunächst bitte ich zu berücksichtigen, daß bei der von den Kommissionen vorgeschlagenen Skala eine Gruppe der Lehrer recht schlecht abschneidet, nämlich die im Alter von 28 bis 30 Jahren stehen. Zu dieser Zeit wird gewöhnlich ein Hausstand begründet und der Lehrer wünscht dann seine Finanzen besser gestaltet zu sehen. Nach der vorgeschlagenen Skala würden die in diesem Alter stehenden Lehrer — es soll sich zurzeit um 30 bis 36 handeln — nur eine Zulage von 100 Mark bekommen. Ich möchte nämlich beantragen, unter Festsetzung des Anfangs- und Endgehaltes auf 1800 Mark und 4000 Mark an Zulagen zu bewilligen  $4 \times 300$  Mark und  $5 \times 200$  Mark. Die Gehaltsätze werden also betragen:

nach dem Vorschlage der Kommissionen: 1800 Mark, 2000 Mark, 2400 Mark, 2700 Mark, 3000 Mark, 3200 Mark, 3400 Mark, 3600 Mark, 3800 Mark und 4000 Mark;

nach meinem Vorschlage: 1800 Mark, 2100 Mark, 2400 Mark, 2700 Mark, 3000 Mark, 3200 Mark, 3400 Mark, 3600 Mark, 3800 Mark und 4000 Mark.

Ich bitte Sie dringend, da die Wünsche der Lehrer im vollen Umfange nicht haben berücksichtigt werden können, wenigstens diesem Antrage Folge zu geben und das kleine Mehr von etwa 3600 Mark zu bewilligen.

Vorjagender: Herr Bähr hat sich zum Worte gemeldet. Wenn überhaupt bei einer Sache ein Sonderinteresse vorliegen kann, so ist es doch wohl

hier der Fall, obwohl ich kein Freund solcher Bestimmung bin. Ich will aber die Entscheidung der Versammlung überlassen. Sind die Herren mit mir einverstanden, daß Herr Bähr bei dieser Position weder mit beraten, noch mit beschließen kann? — Das ist die große Mehrheit; ich kann also Herrn Bähr das Wort nicht erteilen.

Herr B ä h r: Ich erbitte das Wort zur Abgabe einer sachlichen Erklärung.

Vor s i e n d e r: Ich kann Ihnen bei diesem Punkte das Wort nicht erteilen.

Herr E s d o r n: Ich schließe mich dem Antrage Leue an, da ich es ebenfalls für richtig halte, diese Abänderung vorzunehmen.

Herr J a s p e r: Ich bin im wesentlichen der Ansicht des Herrn Leue, hatte mir aber einen anderen Antrag vorbereitet, der noch etwas mehr den ursprünglichen Wünschen der Lehrer nahe kommt und auch sachlich am ehesten geeignet ist, das zu erreichen, was die Teuerungszulage durchsetzen will. Ich bedaure nur, daß Herr Leue so pessimistisch ist, anzunehmen, er fände keine Mehrheit für seine Wünsche. Wir müssen hierbei, abgesehen von der allgemeinen Teuerung, namentlich die Vorgänge im Nachbarlande Preußen berücksichtigen, und da würde es falsch sein, wenn wir die Spannung der Gehälter zwischen den preußischen und den braunschweigischen Lehrern weiter zuungunsten der braunschweigischen Lehrer aufrecht erhielten. Nach der neuen Vorlage, die jedenfalls die Zustimmung des preußischen Abgeordnetenhauses finden wird, sind gerade die Anfangsgehälter dort bedeutend besser gestellt; der Beschluß der vereinigten Kommissionen geht daher fehl, wenn Sie wünschen, den Verhältnissen der Lehrer Rechnung zu tragen. Umgekehrt muß man die Sache anfangen und gerade zu Beginn höhere Sätze gewähren, dann würden nicht nur die jüngeren, sondern auch die älteren Lehrer davon Vorteil haben. Die Summe der Bezüge während der ganzen Dienstzeit ist in diesem Falle erheblich größer, als wenn der Lehrer noch am Ende der Dienstzeit einige hundert Mark mehr bekommt. Es ist richtig, daß besonders die zweite Gehaltsstufe der Lehrer nach dem Vorschlage des Magistrats und der Kommissionen sehr schlecht gestellt ist. Prozentual ausgerechnet beträgt der Zuschlag gegenüber den bisherigen Sätzen nach dem Vorschlage der Kommissionen in der ersten Stufe 12,5 Prozent und in der zweiten Stufe nur  $5\frac{1}{4}$  Prozent. Weshalb diese zweite Stufe so überaus schlecht gestellt werden soll, ist in der Kommission nicht hervorgehoben. Der Prozentsatz der weiteren Stufen beträgt: 9,1, 12,5, 15,4 Prozent — diese Stufe ist das Lieblingskind des Herrn Bues, sie soll in Fülle haben, was bisher gespart wurde — 14,3, 13,1, 11,7, 11,5 und 11,11 Prozent. Im Durchschnitt wird ein Zuschlag von 11,5 Prozent gewährt, es ist also über 10 Prozent hinausgegangen.

Der Kommissionsvorschlag bedeutet gegenüber dem Magistratsantrage eine Mehrausgabe von 14 900 Mark.

Ich möchte demgegenüber vorschlagen, das Anfangsgehalt auf 2000 Mark zu erhöhen und es in folgender Weise zu stufen: 2000 Mark, 2200 Mark, 2400 Mark, 2700 Mark, 2900 Mark, 3100 Mark, 3300 Mark, 3500 Mark, 3700 Mark, 3900 Mark. Die höchste Stufe auf 4000 Mark festzusetzen, liegt für mich keine besondere Veranlassung vor. Auf den ersten Blick könnte der Antrag ungünstiger erscheinen, als der Antrag Leue, ich glaube aber, daß die Sache durch das höhere Anfangsgehalt sich ausgleicht und mein Vorschlag sich für die Lehrer sogar günstiger stellt. Wir müssen aber auf die Wünsche der Interessierten selbst Rücksicht nehmen, denn sie werden am besten sagen können, in welchen Altersklassen ihnen die Gehaltszulagen am meisten vonnöten sind. Mein Vorschlag würde gegenüber dem Magistratsantrage eine Mehrausgabe von 15 400 Mark bedeuten, also nur um ein geringes, nämlich um 500 Mark, den Vorschlag der vereinigten Kommissionen überbieten. Die letzte Lohnklasse (3900 Mark) zu erhöhen, habe ich nicht beantragt. Finanziell kann das verschiedene Ergebnis die Versammlung nicht sonderlich veranlassen, dem einen oder dem anderen Vorschlage den Vorzug zu geben, ich bitte dabei jedoch zu berücksichtigen, daß es gerade in den ersten Jahren notwendig ist, dem Lehrer mehr zu geben und wir auch auf die Gehaltsverhältnisse in Preußen, sowie darauf sehen müssen, daß die zweite, am schlechtesten bedachte Gehaltsstufe einigermaßen zum Zuge kommt. Außerdem hatten wir uns auch grundsätzlich geeinigt, daß den geringer besoldeten Beamten eine höhere prozentuale Besoldung zu geben sei, als den höher besoldeten, mit Rücksicht darauf, daß das 50 Pfennig-Brot auch für die höher besoldeten Beamten nur  $\frac{1}{2}$  Mark kostet.

Herr L ö h n e f i n k e: Ich möchte mir erlauben, bei der Gelegenheit ein gutes Wort für den städtischen Oberturnlehrer einzulegen, nachdem ich mit meinen Bemühungen in der Kommission keinen Erfolg gehabt habe. Ich möchte nämlich bitten, dem Oberturnlehrer Somburg neben dem Gehalt als Lehrer seine bislang bezogene Funktionszulage von 300 Mark auf 600 Mark zu erhöhen und bei jährlichen Zulagen von 100 Mark bis auf 1000 Mark zu steigern, sowie diese Funktionszulage pensionsfähig zu machen. Diese Erhöhung möchte ich beantragen einerseits wegen der starken Belastung der Arbeitskraft dieses Herrn und anderenteils unter Hinweis auf die Bezüge, welche die übrigen Fachturnlehrer in der Stadt erhalten. Der Fachturnlehrer Janger am Wilhelmghymnasium, der früher Graveur war und nur Volksschulbildung besitzt, bezieht ein Gehalt von 1800 Mark bis 3900 Mark, ferner 420 Mark Wohnungsgeldzuschuß und 600 Mark persönliche Zulage, das macht ein Höchsteinkommen von 4920 Mark. Die weiteren Fachturnlehrer Appel (früher Maler), Krone (früher

Porzellanmaler) und Lenker (früher Kürschner oder Kaufmann) beziehen 2000 bis 3600 Mark, sowie eine pensionsfähige Zulage von 500 Mark und eine nicht pensionsfähige Zulage von 150 Mark, also ein Höchstgehalt von 4250 Mark. Dagegen erhält der Overturnlehrer Somburg zurzeit 1600 Mark bis 3600 Mark und eine nicht pensionsfähige Zulage von 300 Mark, zusammen also ein Höchstgehalt von 3900 Mark, er steht sich demnach bedeutend schlechter, als die Fachturnlehrer an anderen hiesigen Schulen. Die Fachturnlehrer erreichen das Höchstgehalt an der Oberrealschule in 24 Jahren, am Gymnasium in 18 Jahren und der Overturnlehrer erst in 27 Jahren. Der Overturnlehrer hat sehr weitgehende Funktionen, indem er 215 Turnklassen und 105 Spielklassen zu beaufsichtigen hat; ferner hat er bei der Einrichtung von Spielplätzen gutachtlich mitzuwirken, die Aufsicht über die Turnhallen zu führen und ständig Kurse im Turnen und Spielen für Lehrer und Lehrerinnen zu leiten. Dem gegenüber wird man nirgends eine ungünstigere Bezahlung dieses Postens finden, als hier, wo dieser in leitender Stellung befindliche Herr schlechter gestellt ist, als die ihm gewissermaßen unterstellten Organe. Bei den von mir an maßgebender Stelle über den Overturnlehrer eingezogenen Erkundigungen habe ich stets das Allerbeste über ihn gehört; überall wurde besonders rühmend hervorgehoben seine große Energie, sein Fleiß und seine Sachkenntnis, die bewirkt hätten, daß hier in das Turnen ein flotter, frischer Zug hineingekommen wäre. . . .

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß wir für eine einzelne Person hier uns nicht in Einzelheiten verlieren dürfen.

Herr Döhncke: Ich möchte bitten, meinen Antrag zu genehmigen und will noch besonders darauf hinweisen, daß es sich nur um einen einzelnen Beamten handelt und die Stadt durch die Mehrausgabe nicht wesentlich betroffen wird.

Herr Weichel: Wir können diesem Antrage hier gar nicht näher treten, denn es ist besonders gesagt, der Overturnlehrer erhalte nach den Beschlüssen der städtischen Behörden eine angemessene Gehaltszulage, über deren Höhe nichts gesagt worden ist. Ich sehe nicht ein, weshalb wir uns so lange dabei aufhalten sollen.

Vorsitzender: Es ist immer so: wer einen guten Freund hat, wird vorgezogen. Ich gebe dem Herrn Vorredner recht, es hält uns auf und bringt uns auf Abwege, wenn wir die persönlichen Verhältnisse eines Beamten hier in die Debatte ziehen.

Herr Probst: Ich muß mich gegen den Antrag Leue aussprechen und empfehle, es bei dem Kommissionsantrage zu belassen. Es liegt mir ein Schreiben der Lehrerschaft an Magistrat und Stadtverordnete vor, in dem sie ihre

Wünsche vorträgt, und ich muß gestehen, daß die Kommissionsvorschläge über die Wünsche der Lehrerschaft noch hinausgehen. Meiner Ansicht nach kann der jüngere Lehrer mit den von den Kommissionen vorgeschlagenen Gehaltsätzen sehr wohl zufrieden sein, und die Lehrer in den reiferen Jahren stehen sich nach den Vorschlägen ja noch besser, als sie selbst gewünscht haben, indem die fünf letzten Klassen durchweg etwa 100 Mark mehr erhalten sollen, als die Lehrerschaft selbst vorgeschlagen hat. Ich möchte deshalb bitten, den Kommissionsvorschlag anzunehmen.

Herr Friede: Sie wissen, wie ich zu der Gehaltsvorlage stehe. In der vorigen Sitzung hatte ich mir erlaubt, zu beantragen, vorläufig bis zur Erledigung der Gehaltsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus den hiesigen Lehrern und Beamten eine Teuerungszulage zu gewähren. Dieser Antrag wurde von Herrn Bähr bekämpft und ich habe ihn, in der Annahme, daß Herr Bähr mehr Fühlung mit der Lehrerschaft hätte als ich, zurückgezogen. Heute aber bin ich der Ansicht, daß ich doch recht hatte, denn ich bin überzeugt, daß die Lehrerschaft mit einem Höchstgehalte von 4000 Mark nicht ganz zufrieden sein wird. Andererseits weiß ich auch aus den Kommissionsberatungen, daß infolge unserer Finanzlage für heute nicht mehr zu erzielen ist. Ich möchte nun aber den Antrag Leue unterstützen, weil er mir insofern ganz sympathisch ist, als anscheinend die Lehrerschaft damit einigermaßen zufriedengestellt wird, wenigstens zufriedener, als mit dem Antrage Jasper. Weiteres läßt sich in der Sache nicht mehr machen. Meiner Ansicht nach wäre es entschieden richtiger gewesen, wenn wir mit den Gehaltserhöhungen gewartet hätten, bis in Preußen diese Frage erledigt war.

Herr Esdorn: Der Kommissionsvorschlag bildet ein Kompromiß, auf das wir uns geeinigt hatten. Es ist leicht, einen neuen Antrag zu stellen, aber wir müssen dabei auch an die Deckungsfrage denken, weshalb weitergehende Wünsche keine Berücksichtigung finden konnten. Der Kommissionsvorschlag trifft ungefähr die Mitte. Daß wir dabei die Wünsche der Lehrer nicht ganz haben erfüllen können, wissen wir genau, andererseits sehen aber die Lehrer in der Mehrzahl ein, daß sie nicht mehr erreichen können und sind zufrieden, wenn der Antrag Leue angenommen würde. Ich bezweifle andererseits, daß der Antrag des Herrn Jasper sich mit den Wünschen der Lehrer deckt, weil oben die letzten 100 Mark fehlen. Man kann allerdings verschiedener Meinung darüber sein, ob man ein höheres Anfangsgehalt und ein geringeres Endgehalt nehmen soll; ich bin nicht dafür. Es wird der Lehrerschaft angenehmer sein, wenn sie ein höheres Gehalt beziehen, sobald sie Familie haben und wenn sie auch bei der Pensionierung 100 Mark Gehalt mehr haben. Ich möchte deshalb bitten, dem

Antrage Leue und nicht Jasper zuzustimmen, also den Kommissionsvorschlag mit dem Amendement Leue anzunehmen.

Herr Meyerhoff: Mir ist aus Lehrerkreisen zugesichert worden, daß auf eine Reihe von Jahren Ruhe im Lande herrschen würde, und alle Wünsche der Lehrerschaft erfüllt seien, wenn das Anfangsgehalt auf 2000 Mark und das Endgehalt auf 4000 Mark festgesetzt würde. (Widerpruch.) Vor allem möchte ich warnen, dem Antrage Jasper zu folgen und das Höchstgehalt auf 3900 Mark festzusetzen. Ließe es sich ermöglichen, daß die Lehrer in den Mittelstufen etwas mehr erhielten, so wäre das wünschenswert. Wenn die Herren glauben, daß die Lehrer mit meinem Vorschlage zufrieden sein würden, so wäre das ganz schön, aber ich möchte damit keine Breche in die Vorlage schlagen. Wenn es nicht anders geht, so stimmen Sie doch dem Vorschlage Leue bei, dann kommen die Herren in jüngeren Jahren zu einem bessern Gehalt, aber vor dem Antrage Jasper möchte ich warnen.

Nach einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Herren Altmann, Wolters, Jasper und Leue beteiligten, wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag Leue mit 22 : 13 Stimmen angenommen. Damit sind die anderen Anträge gefallen.

Vorsitzender: Wir haben uns dann noch mit dem Antrage Löhnefinke zu befassen.

Herr Weichsel: Ich bin gegen den Antrag. Die neben dem Gehalte dem Overturnlehrer zu zahlende Vergütung hängt von der Persönlichkeit ab, die städtischen Behörden müssen daher bei der Festsetzung dieser Vergütung freie Hand behalten.

Herr Meyerhoff: Herr Weichsel mag recht haben, jedoch bleibt zu berücksichtigen, daß gute Turnlehrer in der ganzen Welt gesucht werden, wie man das im Männerturnverein am besten sieht, und uns das auch passieren kann, wenn wir nicht gut bezahlen. Da ein Fachlehrer, der eigentlich dem Overturnlehrer unterstellt ist, sich besser steht, als der Overturnlehrer selbst, so müßte das doch zu Bedenken Anlaß geben. Wir müssen jedenfalls versuchen, hier eine tüchtige Kraft zu fesseln. Wenn der Herr sich am Wilhelm-Gymnasium gemeldet hätte und genommen wäre, dann hätten wir uns schon wieder nach einer anderen Kraft umsehen müssen. Was bei den Schulinspektoren als richtig anerkannt ist, das müßte auch hier als Richtschnur dienen.

Herr Wolters: Die formelle Behandlung der Sache läßt sich nicht anders machen, als Herr Weichsel angedeutet hat. Je nach der Besetzung der Stelle bleibt es den städtischen Behörden überlassen, die Besoldung festzusetzen. Ich möchte bitten, darauf augenblicklich nicht zurückzukommen.

Herr Esdorn: Ich stimme sachlich Herrn Löhnefinke zu, möchte ihn aber aus formellen Gründen bitten, den Antrag jetzt zurückzuziehen und vielleicht bei anderer Gelegenheit wieder einzubringen.

Herr Löhnefinke: Ich ziehe den Antrag zurück.

Vorsitzender: Wir kehren nun zu den Schulinspektoren zurück. Es sind hierzu folgende Anträge gestellt worden:

1. Antrag Mohr: „Den 7 älteren Schulinspektoren wird außer den magistratsseitig aufgestellten zwei Skalen einer Funktionszulage (900 Mark + 300 Mark) nach weiteren sechs Jahren eine weitere Funktionszulage von 200 Mark bewilligt, so daß die Funktionszulage zusammen 1400 Mark im Höchstsatze betragen würde.“
2. Antrag Bluth: „Die Skala der jetzt im Dienst befindlichen Schulinspektoren ist so zu regeln, daß sie ihr Höchstgehalt im 52. Lebensjahre erreichen.“

Herr Bluth: Ich habe die Skala nicht festlegen wollen, damit eine gewisse Beweglichkeit in dem Antrage liegt.

Vorsitzender: Herr Mohr übersieht bei seinem Antrage, daß die bisher angestellten Schulinspektoren gar keine Funktionszulage, sondern feste Gehaltsätze beziehen, von denen sie das Höchstgehalt im 56. Lebensjahre zu erhalten haben. Ich sehe keine Möglichkeit ein, diesen beiden Anträgen zu folgen.

Herr Bluth: Dann würde ich meinen Antrag so modifizieren, daß der Punkt 2 der Vorlage nochmals an die vereinigten Kommissionen zurückverwiesen wird. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Würden die beiden Herren vielleicht die Anträge zurückziehen, wenn die Versammlung beschließen sollte, um die Regelung der Übergangsbestimmungen für die alten Schulinspektoren den Magistrat zu ersuchen? Wir erhalten die Vorlage bekanntlich nach ihrer Ausarbeitung in der Form eines Statuts nochmals zurück, und es würde sich dann Gelegenheit bieten, hierauf noch einmal zurückzukommen.

Herr Mohr: Die Zulage der älteren Schulinspektoren würde nach dem Vorschlage der Kommissionen tatsächlich nur 2 Prozent betragen. Weshalb sollen aber die Herren den neuen Inspektoren gegenüber so zurückgestellt werden? Wenn der Magistrat einen angemessenen Übergang finden sollte, will ich meinen Antrag gern zurückziehen.

Vorsitzender: Teilweise werden die Inspektoren gar keine Zulage erhalten. Lassen Sie uns zunächst feststellen, wie das Gehalt der neuen Inspektoren geordnet werden soll, und nachdem das geschehen ist, können die

Herrn bezüglich der Gehaltsfrage der alten Inspektoren Wünsche äußern. Wir kommen sonst aus dem Dilemma nicht heraus.

Herr Jasper: Der Kommissionsvorschlag würde eine Verschlechterung gegenüber der Magistratsvorlage bedeuten. Ich weiß nicht, ob es im Interesse der Inspektoren liegen würde, diese Aenderung zu beschließen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird bezüglich der neu einzustellenden Inspektoren der Antrag des Magistrats abgelehnt und der Antrag der vereinigten Kommissionen angenommen.

Vorsitzender: Es handelt sich nun weiter darum, für die jetzt im Amte befindlichen Schulinspektoren noch 100 Mark auf das jetzige Höchstgehalt zu legen, im übrigen aber deren bisherige Gehaltsfrage (von 3300 Mark bis 5100 Mark mit 6 Zwischenstufen von je 300 Mark) beizubehalten. Hierzu haben die Herren Mohr und Bluth die eben erwähnten Anträge gestellt.

Herr Möhle: Ich möchte bitten, es bei dem Kommissionsvorschlage bewenden zu lassen. Es dreht sich lediglich darum, daß den älteren Herren auch ein Entgegenkommen gezeigt wird, und das geschieht durch den Kommissionsantrag, zumal die Herren früher einmal sehr anständig aufgebessert worden sind.

Die Anträge Bluth und Mohr werden hierauf abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

4. Ordentliche Lehrerinnen (mit fortan nur einer Gehaltskala): 1400 Mark bis 2200 Mark,  $2 \times 200$  Mark und  $4 \times 100$  Mark Zulage.

Herr Wolters: Die vereinigten Kommissionen schlagen Ihnen vor, das Höchstgehalt auf 2300 Mark zu erhöhen und dieses mit  $3 \times 200$  Mark und  $3 \times 100$  Mark erreichen zu lassen, um diejenigen Lehrerinnen, welche schon längere Zeit angestellt sind und ursprünglich in einer sehr weitgehenden Auffassung eine höhere Besoldung erwarteten, noch einer Aufbesserung teilhaftig werden zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Diese ganze Position 4 werden wir jedenfalls ändern müssen. Es ist nämlich im Landtage über das Lehrerinnengesetz eine Einigung mit der Regierung erzielt worden, wonach die hier beantragte Skala nicht mehr zutrifft. Insbesondere wird die Erreichung des Höchstgehaltes nicht mehr in der Zeit möglich sein, wie es hier vorgesehen ist. Wir können wohl über die im Landtage festgesetzten Gehaltsfrage hinausgehen, jedoch dürfen wir an den Aufrückungszeiten bis zum Höchstgehalte nicht rütteln, und die betragen nicht 18, sondern 21 Jahre. Ich habe aber nicht die Absicht, Ihnen zu empfehlen, diese Positionen offen zu lassen. Das Gesetz wird voraussichtlich bald publiziert werden, und der Magistrat kann dann eine entsprechende Vorlage ausarbeiten.



Herr L ö h n e f i n k e : Ich wollte einen Antrag auf Erhöhung der Gehaltsätze stellen, da ich das Höchstgehalt von 2300 Mark nicht für ausreichend halte. Trotz mehrfacher Bemühungen in der Kommission ist es mir nicht gelungen, den in wirklich allerbecheidenster Form vorgebrachten Wünschen der Lehrerinnen Geltung zu verschaffen. Ich hatte in der Kommission eine Erhöhung des Gehaltes bis auf 2400 Mark beantragt, drang damit aber nicht durch, sondern es wurde nur der Antrag Buchler auf Erhöhung des Gehaltes bis zu 2300 Mark genehmigt. Nun glaube ich aber, daß mit dem Antrage Buchler den berechtigten Wünschen der ordentlichen Lehrerinnen noch nicht Rechnung getragen ist, und ich möchte mir erlauben, zu beantragen, das Gehalt bis auf 2400 Mark zu steigern mit der Staffel von  $3 \times 200$  Mark und  $4 \times 100$  Mark Zulagen . . . .

V o r s i t z e n d e r : Ich halte es nicht für richtig, daß hier Namen von Mitgliedern genannt werden, die in der Kommission Anträge gestellt haben.

Herr L ö h n e f i n k e : Ich bin mir bewußt, daß die richtige Umwertung einer Leistung in bares Geld eine sehr schwierige Aufgabe ist und in der Mehrzahl der Fälle das richtige nicht treffen wird. Aber in dem vorliegenden Falle erbringt ein Vergleich des Gehaltes der ordentlichen Lehrerinnen mit dem der Fachlehrerinnen und der Oberlehrerinnen den eklatanten Beweis, daß hier nicht mit richtigem Maße gemessen worden ist. Ich möchte der Tätigkeit der Fachlehrerinnen in keiner Weise die schuldige Anerkennung versagen, aber ich glaube doch, daß die Bedeutung der Tätigkeit dieser Damen mit der der ordentlichen Lehrerinnen nicht in Parallele zu stellen ist. Schon der Bildungsgang beider ist ein ganz verschiedener. Nach absolvierter Schule haben die Fachlehrerinnen nur einen kurzen Kurzus durchzumachen, ein einfaches Examen zu bestehen und können dann in den Schuldienst übernommen werden. Bei den ordentlichen Lehrerinnen liegt das ganz anders. Die Damen haben nach beendeter Schulzeit drei bis vier Jahre das Seminar zu besuchen, sodann ein kompliziertes Examen abzulegen und können dann in den Schuldienst eingestellt werden. Den Fachlehrerinnen liegt es aber ob, den Kindern manuelle Fertigkeit beizubringen, während die ordentlichen Lehrerinnen in außerordentlich mühevoller Weise sich mit dem Geist der Kinder zu befassen haben; sie haben sich auf ihre Unterrichtsstunden vorzubereiten, was bei den Fachlehrerinnen auch nicht zutrifft. Trotzdem ist in den Gehaltsätzen der beiden Klassen von Lehrerinnen nur ein geringer Unterschied zu konstatieren.

Bei dem Vergleiche mit den Oberlehrerinnen ergibt sich ein ungeheurer Unterschied insofern, als nach der Vorlage die ordentlichen Lehrerinnen im Höchstgehalte noch nicht einmal das Anfangsgehalt der Oberlehrerinnen erreichen können. Die Wünsche der ordentlichen Lehrerinnen gipfeln nun in dem

bescheidenen Verlangen, in ihrem Höchstgehalte gleichgestellt zu werden mit dem Anfangsgehalt der Oberlehrerinnen. Ich sage absichtlich in dem bescheidenen Verlangen, denn ich kann persönlich einen so großen Unterschied in der Ausbildung und Leistung dieser beiden Kategorien von Lehrerinnen nicht anerkennen, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Oberlehrerinnen ein einige Semester umfassendes Universitätsstudium absolvieren müssen. Auch bei diesem Vergleiche schneidet der Stand der ordentlichen Lehrerinnen schlecht ab und gibt uns einen Grund mehr, die Gehaltsbezüge bis auf 2400 Mark zu steigern. Die Berufsfreudigkeit der Damen würde dadurch wesentlich erhöht werden, die bisher wohl nicht in solchem Maße vorhanden gewesen ist. (Widerpruch.) Jedenfalls sind die Damen sehr bescheiden bei der Verbesserung ihrer Lage vorgegangen, während seitens der Lehrerschaft ganz anders verfahren und keine Gelegenheit vorübergelassen wird, um ihre Wünsche vorzubringen.

Von mancher Seite wird gegen eine weitere Erhöhung der Bezüge der Lehrerinnen der Einwand erhoben, die Lehrerin sei eine alleinstehende Dame, die nicht so viel Gehalt nötig habe, wie ein Lehrer, der für seine Familie zu sorgen habe. Das mag in gewisser Weise berechtigt sein, aber nicht in jeder Weise. Die Lehrerin ist gezwungen, ihren eigenen Haushalt zu führen, und sie hat auch gewisse Aufwendungen für Garderobe zu machen, die in der Schule mehr abgenutzt wird, als beim Lehrer. Manche Damen haben auch für ihre Mutter oder sonstige Angehörige zu sorgen. Auch auf ein Beispiel aus dem Lehrerstande möchte ich hinweisen. Das Endgehalt eines seminaristisch gebildeten Lehrers übersteigt das Anfangsgehalt eines Oberlehrers noch ganz wesentlich, während es bei den Lehrerinnen anders liegt. In letzter Stunde ist auch den Lehrern noch eine Zulage von 100 Mark zugebilligt worden, und was dem einen recht ist, dürfte dem andern billig sein. Lassen Sie uns den Damen die Zuzahlung auch zuteil werden lassen!

Herr Bähr: Ich möchte Ihr Augenmerk auch auf das Verhältnis in den Gehaltsbezügen der Lehrerinnen und der Oberlehrerinnen lenken. Die Oberlehrerinnen beginnen mit 2400 Mark, während unsere städtischen Lehrerinnen mit 2300 Mark schließen sollen. In Preußen sind augenblicklich 342 akademisch geprüfte Oberlehrerinnen angestellt, und hiervon übersteigen nur 29 den Satz von 4000 Mark im Höchstgehalte. Die überwiegende Mehrzahl bewegt sich unter oder bis zu unserem Satze. In Peine erhalten die ordentlichen Lehrerinnen ein Höchstgehalt von 2350 Mark, in Hildesheim von 2640 Mark, in Hannover von 3000 Mark einschl. Wohnungsgeldzuschuß. Diese drei Beispiele werden genügen, Sie für den Antrag Löhnesinke willig zu machen. Wir

erfüllen eine Ehrenpflicht und gehen nicht zu weit, wenn wir unseren Lehrerinnen ein Höchstgehalt von 2400 Mark bewilligen.

Herr Fr ü h l i n g : Ich möchte den Antrag Löhnefinke auch zur Annahme empfehlen. Die Aufwendungen für die Lehrerinnen stehen allerdings nicht im Verhältnis zu den Aufwendungen für die Lehrer. Nach der vom Magistrat vorgeschlagenen Gehaltsskala würde von den in den Jahren 1900 bis 1906 mit 1400 Mark Anfangsgehalt angestellten Damen eine große Zahl, nämlich 43 von 73, gar keine Gehaltsszulage bekommen. Durch den Kommissionsantrag wird das Verhältnis etwas gebessert, aber es genügt noch nicht. Wenn den Lehrern das Anfangsgehalt um 200 Mark und das Endgehalt um 400 Mark erhöht werden soll, so ist es gerechtfertigt, für die Lehrerinnen auch eine Gehaltserhöhung von 200 Mark zu beschließen.

Herr F r i e d r i c h : Ich möchte mich dem Antrage Löhnefinke anschließen. Die Damen haben ihre Forderung in so bescheidenen Weise gestellt, daß wir sie recht gut erfüllen können. Ich begrüße den Antrag der Kommission, aber deren Vorschlag bringt nicht sehr viel. Die Damen brauchen an Kleidung viel mehr als die Herren und ihr Lebensunterhalt kostet genau dasselbe. Genehmigen Sie daher den Antrag Löhnefinke.

Herr E s d o r n : Ich will auch zugeben, daß der Wunsch der Lehrerinnen bescheiden zu nennen ist, aber die Kommission hat schon sehr nobel gehandelt, indem sie eine Gehaltserhöhung von 100 Mark vorschlug. Dieses Resultat war erst nach sehr langer Verhandlung zu erreichen. Ich möchte warnen, alle diese Wünsche zu berücksichtigen, und in der Kommission waren noch viel mehr Wünsche aufgestellt worden. Wenn wir in der Bewilligung von Zulagen so fortfahren wie bisher, so wird bald die Erklärung folgen, daß der Magistrat das nicht annimmt. Wir haben über die Zulagen ja nicht allein zu beschließen. Darum möchte ich warnen, nicht zu weit zu gehen. Es würde wohl jeder den Damen die Aufbesserung gönnen, aber die hier vorgebrachten Wünsche kehren bei allen Beamtenklassen wieder. Durch die ständige Redensart der Beamten von der „Schaffensfreudigkeit“ lasse ich mich nicht beirren. Bei den Lehrern sind wir gegenüber den Magistratsvorschlägen um 100 Mark hinausgegangen, lassen Sie es uns auch hierbei bewenden.

Herr B ä h r : Ich habe nicht von „Verußfreudigkeit“ gesprochen, ich habe überhaupt nicht an Ihr Mitgefühl appelliert, sondern an den Verstand. Der Herr Antragsteller braucht sich durch die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, daß vom Landtage eine solche Spannung der Gehaltsätze nicht beliebt wird, nicht veranlaßt zu fühlen, seinen Antrag zurückzuziehen, weil der letztere Punkt hinfällig ist. Es wurde damals im Landtagsbeschlusse ein Spielraum von 300 Mark zugelassen und das Herzogliche Staatsministerium

hat sich dazu auch nicht ablehnend geäußert. Das Mißverhältnis zwischen den Gehältern der Lehrerinnen hier und in den umliegenden kleineren und mittleren Städten ist doch derartig groß, daß wir ruhig dem Antrage Löhnefinke zustimmen können.

Herr W o l t e r s : Ich möchte sachlich zu dem Antrage Löhnefinke nicht Stellung nehmen, aber darauf aufmerksam machen, daß ich nicht glaube, es werde sehr vielen Lehrerinnen an der Erhöhung des Endgehaltes so viel liegen, als an einer schnelleren Staffellung. Wünscht die Mehrheit der Versammlung eine Verbesserung der Bezüge der Lehrerinnen, so wird es sich wohl mehr empfehlen, die Staffellung zu ändern.

Herr H i m a n n : Der Warnruf des Herrn Esdorn kann mich nicht veranlassen, gegen den Antrag Löhnefinke zu stimmen. Die sachlichen Ausführungen des Herrn Bähr sollten uns allen die Ueberzeugung beigebracht haben, auch hier eine Besserung eintreten zu lassen, wenn in den Nachbarstädten so hohe Gehälter gezahlt werden. Wenn Herr Esdorn meint, der Magistrat würde solchen Antrag ablehnen, so haben wir davon nicht auszugehen, sondern zu beschließen, was wir für notwendig erachten. Der vom Magistrat befolgte Grundsatz dürfte für uns nicht immer maßgebend sein, wir müssen den Magistrat nur unterstützen, die Mittel aufzubringen, um die erhöhten Gehälter bezahlen zu können. Meiner Ansicht nach geht der Antrag Löhnefinke nicht zu weit. Gegenüber Herrn Dr. Wolters, der meint, daß den Lehrerinnen weniger an einer Erhöhung des Höchstgehaltes liegt, als an einer besseren Staffellung, glaube ich, daß die Lehrerinnen auch die 100 Mark mehr gern nehmen werden. Daß ein Höchstgehalt von 2400 Mark für eine ältere Dame zu viel sein sollte, dürfte kaum anzunehmen sein. Ich halte die Einwendungen des Herrn Esdorn für sehr wenig angebracht.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird der Antrag Löhnefinke angenommen, wodurch der Kommissionsantrag gefallen ist.

5. S a c h l e h r e r i n n e n : Anfangsgehalt 1100 Mark, Höchstgehalt 1900 Mark mit 2 Zulagen zu 200 Mark und 4 Zulagen zu 100 Mark. Zeichenlehrerinnen, die wenigstens 18 Stunden Zeichenunterricht wöchentlich erteilen, erhalten eine pensionsfähige Zulage von jährlich 150 Mark.

Herr W o l t e r s : Die vereinigten Kommissionen beantragen, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen.

Herr F r ü h l i n g : Trotz der Warnung des Herrn Esdorn möchte ich auch für diese Lehrerinnen ein gutes Wort einlegen, da sie ganz traurig bei der Gehaltserhöhung abschneiden. Sie sollen nur 100 Mark Zulage haben, was nicht im Verhältnis zu der Aufbesserung der Lehrer steht. Ich beantrage deshalb, das Höchstgehalt auf 2100 Mark festzusetzen, ihnen also das Höchstgehalt

um 300 Mark zu erhöhen. Die Vorbildung der Nachlehrerinnen ist nicht so minderwertig, wie hier vorhin gesagt wurde, und es werden namentlich bei den Zeichenlehrerinnen bedeutende Ansprüche an die Vorbildung gestellt.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Ich hatte mir vorgenommen, in diese hier schon oft vorgekommene Debatte nicht einzugreifen. Es läßt sich darüber streiten, welche Gehaltsätze wohl als angemessen zu erachten seien. Der Hinweis auf Preußen geniert mich nicht. In unserm Herzogtume namentlich in den kleineren Städten, leben die Lehrer tatsächlich teurer als hier, wenn sie ihre Kinder auf höhere Schulen schicken wollen. Wenn nun Herr *Frühling* sagt, die Nachlehrerin schnitte hierbei schlecht ab, so habe ich eine Aufstellung gemacht, wonach die für diese in Aussicht genommene Zulage durchschnittlich  $15\frac{1}{2}$  Prozent beträgt. Außerdem habe ich mir sagen lassen, daß die Nachlehrerinnen die einzigen wären, die mit der in Aussicht genommenen Zulage wirklich zufrieden wären. (Heiterkeit.) Bewilligen Sie nur ruhig weiter, wir werden dann zum Schluß Stellung zu Ihren Anträgen nehmen müssen.

Herr *Frühling*: Ich möchte meine Zweifel darüber ausdrücken, daß die Nachlehrerinnen durchschnittlich 15 Prozent Zulage bekommen sollen, wenn ihr Höchstgehalt nur um 100 Mark erhöht werden soll.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Herr *Frühling* übersieht, daß die Staffe lung der Gehaltsätze eine andere ist und dadurch z. B. in der fünften Klasse die Erhöhung 300 Mark beträgt, das sind  $21\frac{1}{2}$  Prozent. Es läßt sich das nur übersehen, wenn man beide Staffeln nebeneinander hat.

Herr *Frühling*: Da die Staffe lung vorbehalten bleiben soll (Widerspruch), so bezweckt mein Antrag nur, daß das Gehalt erhöht werden soll. Wenn nur die Staffe lung geändert werden soll, würden die älteren Lehrerinnen ganz frei ausgehen.

Herr *Koch*: Ich wäre dafür zu haben, den Lehrerinnen soviel wie möglich zu geben. Wenn wir aber so weiter bewilligen, was soll dann für eine Summe herauskommen? Wir haben nicht nur für unsere Beamten zu sorgen, sondern auch auf die kleinen Geschäftsleute Rücksicht zu nehmen. Ich bin deshalb dafür, es bei den Vorschlägen der Kommission zu belassen.

Herr *Lübke*: Ich möchte Herrn *Koch* zustimmen und glaube auch, daß der Herr Oberbürgermeister recht hat. Diese Ausführungen bewiesen mir aber, daß die Nachlehrerinnen bisher recht schlecht gestellt waren. Deshalb bitte ich, den Ausführungen des Herrn *Frühling* zu folgen. (Heiterkeit.)

Der Antrag *Frühling* wird darauf abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

6. Hilfslehrer: Jahresvergütung von 1300 Mark im ersten und zweiten Jahre und 1500 Mark im dritten und vierten Jahre.

Herr Wolters: Die vereinigten Kommissionen stimmen dem Magistratsantrage zu.

Herr Jasper: Die Vergütung der Hilfslehrer scheint mir nicht ausreichend bemessen zu sein. Wir müssen uns dabei gegenwärtig halten, daß es sich um junge Leute handelt, die volljährig sind, und deren Sätze mit den Löhnen gelernter Arbeiter verglichen nicht angemessen zu sein scheinen. Ich möchte deshalb bitten, den Hilfslehrern im ersten und zweiten Jahre 1400 Mark, im dritten Jahre 1500 Mark und im vierten Jahre 1600 Mark zu geben. Der Antrag hat den Vorzug, daß er sich am engsten an die Bemessung der bisherigen Vergütung anlehnt. Bisher waren auch vier Klassen vorgesehen, von denen die unterste Stufe kaum vorhanden war, weil das Militärdienstjahr dafür zur Anrechnung kam. Finanziell würde es nicht sehr viel verschlagen, wenn mein Antrag angenommen würde.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Zur Aufklärung möchte ich mitteilen, daß zurzeit vorhanden sind: in der untersten Stufe 1 Hilfslehrer, in der zweituntersten Stufe 5 Hilfslehrer und in der dritten Stufe 28 Hilfslehrer. Wenn Sie die von uns vorgeschlagene neue Skala annehmen, so bringt das gegen jetzt 6800 Mark mehr, während der Antrag Jasper noch eine weitere Steigerung der Ausgaben um 3400 Mark bringen würde.

Der Antrag Jasper wird darauf abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

7. Hilfslehrerinnen, die die Stellen ordentlicher Lehrerinnen versehen: Jahresvergütung von 1200 Mark im ersten Jahre, 1300 Mark im zweiten Jahre und vom dritten Jahre ab 1400 Mark.

8. Hilfslehrerinnen, die Fachunterricht erteilen: a) wenn für volle Stundenzahl angenommen 1000 Mark jährliche Vergütung (wie bisher), b) andernfalls 1 Mark für jede Unterrichtsstunde.

Beide Gehaltskafen werden angenommen.

## B. Oberrealschule und Realschule.

1. Direktor und 2. die akademisch gebildeten Lehrer: Die Gehaltsätze werden zurzeit nicht behandelt.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte hierzu folgende Erklärung abgeben. Es ist Ihnen bekannt, daß die akademisch gebildeten Lehrer in Preußen nach der Regierungsvorlage sehr erheblich aufgehebert werden sollen. Der Magistrat hatte nicht die Absicht, hier positiv zu erklären, daß wir dieselben Gehälter bewilligen müßten, wie sie voraussichtlich in Preußen

werden beschlossen werden. Die Sache ist aber insofern inzwischen in ein anderes Stadium getreten, als bei der jetzt eingeleiteten Verhandlung wegen Besetzung einer Lehrerstelle an der Oberrealschule sich kein geeigneter Kandidat gefunden hat. Herr Direktor Professor Dr. Wernicke hat es nun für seine Pflicht gehalten, darauf hinzuweisen, daß nach seiner Ueberzeugung, die ich auch teile, die als sicher bevorstehende gewaltige Gehaltserhöhung für die akademisch gebildeten Lehrer in Preußen mit der Grund ist, daß wir augenblicklich keinen geeigneten Kandidaten für die Schule hier bekommen können. Ich weiß, es hat seine Bedenken, auf die Zukunft hin Erklärungen abzugeben, die der Magistrat allein beim besten Willen vielleicht hinterher nicht erfüllen kann, denn wir haben auch die Zustimmung und Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums nötig, wenn wir die Gehälter an der Oberrealschule so erhöhen wollen, wie in Preußen. Sie werden aber mit mir einverstanden sein, daß mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die seit Jahren an unseren gehobenen Schulen dieselben geblieben sind, uns nichts anderes übrig bleibt, wenn wir an unseren gehobenen Schulen nach wie vor tüchtige akademische Lehrer haben wollen, als daß wir mit den Gehaltsätzen Preußen folgen müssen, ob in vollem Umfange oder mit geringeren Sätzen, kann noch später erörtert werden. Ich hatte Herrn Direktor Wernicke gebeten, mir anzugeben, wieviel die Gehaltserhöhung etwa betragen würde und er hat, da er die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus genau verfolgt hat, ausgerechnet, daß der Mehrbedarf allein für die akademisch gebildeten Lehrer, ausgenommen den Direktor, betragen würde, wenn wir den preussischen Sätzen folgen wollen, 27 000 Mark oder 32 400 Mark. Das sind sehr gewaltige Summen, aber ich kann nicht umhin, der Ansicht zuzuneigen, daß uns nichts anderes übrig bleiben wird, als den preussischen Gehaltsätzen zu folgen, wenn wir die Schule auf der jetzigen Höhe erhalten wollen. Ich erkläre dies besonders aus dem Grunde, um nicht noch weitere ablehnende Antworten seitens geeigneter Kandidaten auf unser Ausschreiben zu bekommen.

3. Seminaristisch gebildete Lehrer und Fachlehrer: Von 2200 Mark bis 3900 Mark in Stufen von  $1 \times 300$  und  $7 \times 200$  Mark. Neben dem Gehalte eine nicht pensionsfähige Zulage von jährlich 150 Mark. Auf Beschluß der städtischen Behörden können den Zeichenlehrern pensionsfähige Zulagen bis 900 Mark und den seminaristisch gebildeten Lehrern, die dauernd über die Elementarfächer hinaus unterrichten, sowie den Turnlehrern pensionsfähige Zulagen bis zu 500 Mark jährlich gewährt werden.

Herr Wolters: Entsprechend den bei den Bürgerschullehrern festgesetzten höheren Sätzen, beantragt die Kommission, das Endgehalt dieser Lehrer

ebenfalls auf 4000 Mark und die Zulagen auf  $2 \times 300$  Mark und  $6 \times 200$  Mark festzusetzen, im übrigen aber die Magistratsvorlage zu billigen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

4. Wissenschaftliche Hilfslehrer und 5. seminaristisch gebildete Hilfslehrer und Fachlehrer: Vergütung nach Vereinbarung.

6. Pro rectoratu geprüfte Lehrer: 2600 Mark bis 4700 Mark mit 7 Zulagen zu 300 Mark.

Die Anträge des Magistrats finden die Genehmigung der Versammlung.

### C. Gehobene Mädchenschulen.

1. Direktoren und 2. akademisch gebildeter Lehrer: Die Gehaltsätze bleiben vorläufig unerörtert.

3. Pro rectoratu geprüfte Lehrer, die entweder Klassenlehrer an einer Oberstufe sind oder im Lehrerinnenseminar wissenschaftlichen Unterricht erteilen:

2600 Mark bis 4700 Mark mit 7 Zulagen zu 300 Mark.

4. Oberlehrerinnen: 2400 Mark bis 4000 Mark mit 1 Zulage von 400 Mark und 4 Zulagen von je 300 Mark (wie bisher).

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

5. Seminaristisch gebildete Lehrer und Fachlehrer: 1800 Mark bis 3900 Mark. Daneben eine nicht pensionsfähige Aufwandszulage von jährlich 150 Mark.

Herr Wolters: Die Kommissionen schlagen vor, auch hier dieselben Sätze mit denselben Abstufungen zu nehmen, wie bei den Bürgerischullehrern, nämlich 1800 Mark bis 4000 Mark.

Die Versammlung ist einverstanden.

6. Ordentliche Lehrerinnen: 1400 Mark bis 2200 Mark. Daneben eine nicht pensionsfähige Aufwandszulage von 100 Mark.

Herr Wolters: Auch hier wird beantragt, dieselben Sätze mit den gleichen Abstufungen zu nehmen, wie bei den ordentlichen Lehrerinnen der Bürgerischulen, also von 1400 bis 2400 Mark.

Der Antrag wird ebenfalls genehmigt.

7. Fachlehrerinnen: 1100 Mark bis 1900 Mark. Daneben eine nicht pensionsfähige Aufwandszulage von jährlich 100 Mark.

8. Hilfslehrerinnen, die die Stellen ordentlicher Lehrerinnen versehen: Jahresvergütung im ersten Jahre 1200 Mark, im zweiten Jahre 1300 Mark und vom dritten Jahre ab 1400 Mark.



9. Hilfslehrerinnen die Fachunterricht erteilen: a) wenn für volle Stundenzahl angenommen, 1000 Mark jährliche Vergütung und b) andernfalls 1 Mark für jede Unterrichtsstunde.

Herr W o l t e r s : Bei den unter 7 bis 9 aufgeführten Lehrerinnen beantragt die Kommission, dieselben Sätze zu nehmen, wie bei den betreffenden Lehrerinnen an den Bürgereschulen. (Siehe Nr. 5, 7 und 8.) Außerdem wird beantragt, bei den Fachlehrerinnen auch den Zusatz zu genehmigen: Zeichenlehrerinnen, die wenigstens 18 Stunden Zeichenunterricht erteilen, erhalten eine pensionsfähige Zulage von jährlich 150 Mark.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden.

#### D. Stadtverwaltung.

I. Der Vorsitzende des Stadtmagistrates. Dieser Posten ist unerörtert geblieben.

II. Die übrigen besoldeten Magistratsmitglieder 6000 Mark bis 10 000 Mark mit 8 Zulagen von je 500 Mark.

III. Der Leiter der städtischen Bauverwaltung 7500 Mark bis 10 000 Mark mit 5 Zulagen von je 500 Mark.

Herr W o l t e r s : Es handelt sich hier um einen Vorschlag der Deputation, da der Magistrat Vorschläge nicht gemacht hat. Die Kommissionen haben sich den Vorschlägen angeschlossen. Bisher betrugen diese Sätze 4500 Mark bis 8500 Mark, beziehungsweise 6000 Mark bis 8500 Mark.

Herr W e s e m e i e r : Die Mitglieder der Kommissionen haben uns bisher immer den guten Ratschlag erteilt, nicht zu hohe Anforderungen an die Mittel der Stadt zu stellen, weil sonst der Magistrat hinterher mit einem Federstriche die ganzen schönen Zulagen beseitigen könnte. Deputation und Kommission sind aber hier freigebiger gewesen, als gegenüber allen anderen städtischen Angestellten, was auffallen muß. Die Gehälter sollen hier erhöht werden im Anfange um 33 Prozent, am Ende um 17 Prozent und im Mittel um 20 Prozent; bei dem Leiter der städtischen Bauverwaltung anfangs um 25 Prozent, im Mittel um 21 Prozent und am Ende um 17 Prozent. Das sind Gehaltssteigerungen, wie sie bei keiner anderen Beamtengruppe stattgefunden haben, und das muß auffallen. Wir haben bei allen übrigen Beamtengruppen eine durchschnittliche Steigerung um 10 Prozent vorgenommen, und hier gelangt man zu solcher Höhe. Meines Erachtens ist es nicht recht einzusehen, weshalb bei den obersten schon am besten bezahlten Stellen so gewaltige Gehaltssteigerungen vorgenommen werden sollen, wie sie uns hier vorgeschlagen werden. Ganz abgesehen von der Person, gönnt man jedem einzelnen ein

auskömmliches Gehalt, wenn aber mit dem Beschlusse der Deputation und Kommission gesagt werden soll, daß die Lebensmittelpreise und Lebensbedürfnisse seit der letzten Festsetzung der Gehaltsätze um soviel Prozent gestiegen sind, wie hier uns die Gehaltserhöhungen vorgeschlagen werden, dann müssen wir diesen Prozentsatz bei allen Beamten und Arbeitern anwenden. Wir können auch bei den schlechter bezahlten Beamten nicht sagen, daß sie an notwendigen Lebensmitteln nicht soviel gebrauchen, wie die besser bezahlten. Weil nun meines Erachtens hier eine Ungerechtigkeit in Vorschlag gebracht wird, so beantrage ich, zugleich im Namen meiner Freunde, entgegen den Vorschlägen der Kommissionen, hier Abstriche zu machen und sparsamer zu wirtschaften. Wir dürfen nicht so mit dem Gelde herumwerfen, deshalb lassen Sie uns hier sparen und bei diesen Beamtenstellen die Gehaltsätze nach demselben Durchschnitte erhöhen, wie bei den übrigen Beamten. Es ist eine Ungerechtigkeit, und muß als solche empfunden werden, diese Gehaltsätze besonders herauszugreifen und höher zu gestalten, als alle übrigen. Ich schlage vor, bei den besoldeten Magistratsmitgliedern ein Anfangsgehalt von 5000 Mark und bei  $8 \times 500$  Mark Zulage ein Endgehalt von 9000 Mark und bei dem Leiter der städtischen Bauverwaltung ein Anfangsgehalt von 6500 Mark und mit  $5 \times 500$  Mark Zulage ein Endgehalt von 9000 Mark festzusetzen. Dann würde prozentualiter die Steigerung ungefähr ebenso sein, wie bei den übrigen städtischen Beamten.

Herr W o l t e r s: Diese Angelegenheit ist vielfach im Schoße der Deputation und Kommission beraten worden und derselbe Antrag in derselben Form, wie ihn Herr Wesemeier heute einbringt, dabei auch gestellt. Wir haben aber in der Mehrheit der Kommission dem Herrn nicht folgen können. Die Gründe hierfür sind folgende: Es ist als richtig anzusehen, daß man solche Ausnahmestellen nicht unter demselben Gesichtswinkel wird betrachten können, wie die übrigen Stellen. Es handelt sich hier um besonders verantwortliche Stellen. Den älteren Stadtverordneten ist bekannt, daß dieselben Grundsätze bei der Neubefetzung der Stelle eines besoldeten Magistratsmitgliedes in Anwendung gebracht werden mußten. Auch ist nicht zu verkennen, daß ein Vergleich mit sonstigen juristischen Beamten der Staatsverwaltung nicht am Platze ist. Die Gehaltsätze des Staates sind bei diesen Beamten allerdings geringer, aber andererseits ist die Arbeitsleistung und in vielfachen Fällen auch die Verantwortlichkeit der Magistratsmitglieder eine weit größere. Einen Gesichtspunkt bitte ich hierbei noch zu beachten: Wenn wir die bisherigen geringen Gehaltsätze noch ferner bestehen lassen, so würde die Schwierigkeit der Befetzung einer solchen Stelle um so schwerer empfunden werden, zumal die Verantwortlichkeit und Arbeitslast dieser Stellen größer ist, als bei den sonstigen hier in Betracht kommenden Stellen.

Wir müssen uns in dieser Beziehung, wie auch in mancher anderen Beziehung nach anderen Städten richten, und da möchte ich Ihnen einige Beispiele anführen, wie solche Städte, die mit uns ungefähr in Parallele zu stellen sind, ihre ersten städtischen Beamten besolden. Es bezahlen einschließlich Miet- und Aufwandsgehalder:

| die Stadt:     |                               | dem Ober-<br>bürgermeister<br>M | dem ersten<br>Beigeordneten<br>M |
|----------------|-------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| Nachen         | (152 000 Einwohner) . . . . . | 20 000                          | 10 000                           |
| Altona         | (168 000 " ) . . . . .        | 20 000                          | 14 000                           |
| Augsburg       | (968 000 " ) . . . . .        | 14 940                          | 11 900                           |
| Barmen         | (160 000 " ) . . . . .        | 18 500                          | 9 000                            |
| Bochum         | (124 000 " ) . . . . .        | 16 000                          | 10 000                           |
| Bonn           | ( 85 000 " ) . . . . .        | 18 000                          | 12 000                           |
| Charlottenburg | (266 000 " ) . . . . .        | 22 500                          | 18 000                           |
| Chemnitz       | (245 000 " ) . . . . .        | 20 000                          | 13 000                           |
| Crefeld        | (127 000 " ) . . . . .        | 19 000                          | 12 000                           |
| Elberfeld      | (166 000 " ) . . . . .        | 20 000                          | 9 000                            |
| Hannover       | (272 000 " ) . . . . .        | 26 000                          | 14 000                           |
| Leipzig        | (504 000 " ) . . . . .        | 25 000                          | 18 000                           |
| Magdeburg      | (241 000 " ) . . . . .        | 22 000                          | 12 000                           |
| Mannheim       | (175 000 " ) . . . . .        | 23 000                          | 15 000                           |
| Nordhausen     | ( 31 000 " ) . . . . .        | 11 000                          | 6 300                            |

Daraus dürfte hervorgehen, daß die Mehrheit der Kommissionen mit ihren Vorschlägen nicht zu weit gegangen ist.

Herr Esdorn: Ich muß mit dem Herrn Referenten anerkennen, daß das bisherige Mindestgehalt der Magistratsmitglieder von 4500 Mark für die heutigen Verhältnisse bei weitem zu gering bemessen ist, auch gebe ich dem Herrn Referenten weiter recht, daß wir in diesem Punkte keine Vergleiche mit den Justizbeamten ziehen können, weil unsere Magistratsmitglieder eine größere Arbeitsleistung und Verantwortlichkeit haben wie z. B. die einzelnen Richter u. s. w. Aber andererseits kann ich mich den Ausführungen des Herrn Wejemeier nicht ganz verschließen, denn der von den Kommissionen vorgeschlagene Sprung ist recht bedeutend, und wenn wir den übrigen Beamten gegenüber gerecht sein sollen, dürfen wir einen so großen Sprung nicht machen. Ich schlage deshalb vor, die Gehaltsätze in folgender Weise festzusetzen: für die

Magistratsmitglieder von 5500 Mark bis 9500 Mark und für den Leiter der städtischen Bauverwaltung von 7000 Mark bis 9500 Mark. Das wäre ein Mittelweg, worauf wir uns wohl einigen könnten. Ueber diese Sätze dürfen wir im Verhältnis zu den Gehaltsätzen der übrigen Beamten nicht hinausgehen.

Herr Kieße: Die von Herrn Dr. Wolters vorgetragene Statistik ist ja interessant und für viele auch neu, aber eine ähnliche Statistik könnten wir auch in betreff der Lehrer und sonstigen städtischen Beamten hier vorführen und damit nachweisen, daß in anderen Städten, wie z. B. in Peine, auch für diese und jene Kategorie von Beamten und Lehrern bessere Gehälter bezahlt werden, als hier. Es ist wohl niemand unter uns, der gegen die Beamten, deren Gehälter eben zur Beratung stehen, voreingenommen ist, aber maßgebend ist für unsere Stellungnahme der ungeheure Sprung, welcher hier in den Gehaltsätzen beabsichtigt wird und der bei keiner anderen Beamtenklasse vorkommt. Ich kann daher für meine Person eine derartige Gehaltserhöhung nicht verantworten.

Auf Antrag des Herrn Ohlendorf findet über die Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder namentliche Abstimmung statt.

Für den Antrag der vereinigten Kommissionen, die Gehaltsätze auf 6000 bis 10 000 Mark festzusetzen, stimmen die Herren: Mäckenhausen, Bluth, Buchler, Bues, Fricke, Frühling, Göcke, Helmold, Kalms, Koch, Konegen, Löhnefinke, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Probst, Ribbentrop, Ritter, Sander, Schmidt, Tolle, Voge, Weichsel und Wolters.

Dagegen stimmen die Herren: Hymann, Bähr, Bunge, Esdorn, Hesse, Jasper, Leue, Ohlendorf, Kieße und Wesemeier.

Der Antrag ist also mit 25 : 10 Stimmen angenommen.

Ebenso wird der Antrag der vereinigten Kommissionen angenommen, das Gehalt des Leiters der städtischen Bauverwaltung auf 7500 bis 10 000 Mark festzusetzen, nachdem Herr Esdorn seinen Antrag zurückgezogen hatte.

IV. Der Direktor der Licht- und Wasserwerke: 5000 bis 8500 Mark mit Zwischenstufen von  $7 \times 500$  Mark.

Herr Wolters: Bisher war in der Gehaltsordnung für diese Stelle eine besondere Gruppe nicht vorgesehen, sondern das Gehalt war durch besonderen Dienstvertrag geregelt. In der Magistratsvorlage befindet sich indessen ein Druckfehler insofern, als Magistrat und Deputation beschlossen hatten, das Gehalt des Direktors der Licht- und Wasserwerke auf 6000 bis 9500 Mark festzusetzen. Die vereinigten Kommissionen stimmen diesem Vorschlage zu.

Herr Wesemeier: Ich möchte auch hier eine Herabsetzung beantragen, weil auch hier eine weit über das Durchschnittsmaß gegenüber den sonstigen

Beamten hinausgehende Steigerung vorgenommen werden soll, die mich wunderbar berührt. Ich beantrage, das Gehalt auf 5500 Mark bis 9000 Mark festzusetzen.

Herr M e h e r h o f f: Wenn ich auch jeden Abstrich billigen würde, bei dieser Position würde ich es nicht tun. Was der Direktor der Licht- und Wasserwerke zu tun hat, sieht ein Außenstehender nicht. Er hat die Aufsicht über unsere Mühlen, über das Wasserwerk, die Gaswerke, über alle maschinellen Betriebe usw. Wir haben es bei der Feuerwehr erlebt: Sobald sich ein Herr hier tüchtig eingearbeitet hat, ist er wegen des unzureichenden Gehaltes wieder abgegangen, und das kann uns auch hier passieren, wenn wir diesen Posten nicht gut besolden. Ich hätte am liebsten gesehen, daß diese Stelle ebenso ausgestattet würde, wie die Stellen der Magistratsmitglieder. Wenn der jetzige Inhaber des Postens mal abgehen sollte, werden wir für den jetzigen Betrag keinen Nachfolger wieder bekommen. Es handelt sich hier um die Stelle, die unseren ganzen wirtschaftlichen Anstalten vorzustehen hat.

Der Antrag der vereinigten Kommissionen wird angenommen.

V. Die A b t e i l u n g s v o r s t ä n d e d e r s t ä d t i s c h e n B a u v e r w a l t u n g : 4800 Mark bis 8000 Mark mit 8 Zulagen zu 400 Mark.

Der Kommissionsvorschlag schließt sich diesen Sätzen an.

Herr W e s e m e i e r: Ich zweifle keinen Augenblick, daß man auch hier sagen wird, es handle sich um besondere Dienststellen, die mit anderen nicht zu vergleichen seien. Das wird nämlich bei allen solchen Stellen gesagt. Es ist auffällig, daß auch hier eine 26 prozentige Aufbesserung im Anfangsgehalt, 15 Prozent am Ende und 21 Prozent im Mittel erfolgen soll. Ich halte dieses Vorgehen den andern Beamten gegenüber für ungerecht, und ich kann nicht einsehen, weshalb gerade den Beamten, die schon gut bezahlt sind, eine besondere Würst gebraten werden soll. Es wird immer gesagt, wenn wir uns die Gehälter in anderen Städten ansehen, so werden wir finden, daß dort besser bezahlt wird. Wenn man dieses aber bei den anderen Beamtengruppen auch berücksichtigen wollte, so müßte man den Lehrern usw. in demselben Verhältnis die Gehälter aufbessern, wie bei den oberen Beamten. Ich schlage hier ein Anfangsgehalt von 4300 Mark und ein Endgehalt von 7500 Mark vor.

Herr L ö h n e f i n k e: Ich kann dies nicht unwidersprochen lassen. Es handelt sich hier um Stellen mit großer Verantwortlichkeit. Je besser man diese Stellen dotiert, desto leichter wird es sein, tüchtige Kräfte dafür zu gewinnen, und je tüchtiger die Kräfte sind, desto größer wird die Ersparnis sein, die sie bei den Bauten usw. erzielen. Schon hierdurch kann der Mehraufwand an Gehalt leicht eingebracht werden. Ich möchte die Annahme des Kommissionsvorschlages dringend unterstützen.

VI. Der Direktor der Gewerbeschule: 5000 Mark bis 7000 Mark mit 5 Zulagen zu 400 Mark.

Der Antrag wird ohne Besprechung genehmigt.

VII. Der Stadthivar und der Museumsdirektor: Von 3800 Mark bis 7000 Mark mit 8 Zulagen von je 400 Mark.

Herr Löhnefinke: Ich möchte anfragen, ob die Gehaltsbezüge dieser beiden Beamten nicht nach den Bezügen der Oberlehrer geregelt werden müßten.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Ich halte es im höchsten Grade für bedenklich, eine Kategorie von Beamten nach dem Gehalte einer anderen Kategorie zu besolden, denn damit sind wir früher schlecht gefahren. Man bindet sich dadurch nur die Hände, und ich könnte mich nicht dafür aussprechen, solche Beschlüsse zu fassen.

Der Magistratsantrag wird genehmigt.

VIII. Der Rämmerer: 4500 Mark bis 6000 Mark mit 5 Zulagen zu 300 Mark. Daneben eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 120 Mark für Rassenverluste.

Herr Wese meier: Auch hier muß ich die außergewöhnliche hohe Gehaltszulage monieren. Im Anfange soll das Gehalt um 35 Prozent gesteigert werden und am Ende nur um 8 Prozent, während im Mittel 22 Prozent vorgesehen sind. Es muß Unzufriedenheit erregen, daß die bestgestellten Beamten in der Weise vorgezogen werden. Wenn man die Geldmittel nicht für alle Beamten hat, so soll man auch diesen Beamten nicht mehr geben als den schlechter gestellten. Ich beantrage, zu sagen: von 3900 Mark bis 6000 Mark.

Herr Wolters: Auch diese Anregung ist in der Kommission sehr eingehend besprochen. Es ist uns die starke Steigerung des Anfangsgehaltes auch aufgefallen, aber wir haben uns belehren lassen, daß auch früher, wenn solches Amt neu zur Besetzung kam, niemals das bisherige Anfangsgehalt gezahlt wurde, weil der betreffende Beamte meist schon höher im Gehalte stand und daher einen höheren Gehaltsfuß haben mußte. Das Amt ist nicht nur sehr verantwortungsvoll, sondern die dem Rämmerer zustehenden Arbeiten sind auch sehr umfangreich.

Der Magistratsantrag wird genehmigt.

IX. 1. Geprüfte Baumeister, die nicht zu den Abteilungsvorständen gehören, und 2. Architekten und Ingenieure: 3600 Mark bis 6000 Mark mit 8 Stufen von je 300 Mark.

Herr Wolters: Die Kommissionen bringen in Vorschlag, die unter 2 aufgeführte Gruppe (Architekten und Ingenieure) hier zu streichen und bei der Einstellung eines solchen Herrn das Gehalt jedesmal besonders zu normieren, die Gruppe 1 aber mit den Gehaltsfüßen beizubehalten.

Man will die Möglichkeit offen lassen, daß auch ein Herr ohne abgeschlossene wissenschaftliche Ausbildung in solche Stelle einrücken kann.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

X. Der Stadtgeometer: 3600 Mark bis 5400 Mark mit 6 Stufen zu je 300 Mark.

XI. 1. Der Stadtsekretär und 2. der Bureauvorsteher der Licht- und Wasserwerke: 3500 Mark bis 5300 Mark mit 6 Stufen zu 300 Mark.

Herr Wesemeier: Ich schlage vor, in der Gruppe XI die Gehaltsätze von 3300 Mark bis 5100 Mark festzusetzen.

Der Magistratsantrag wird gutgeheißen.

XII. Der Schlachthausdirektor: 3600 Mark bis 5100 Mark mit 5 Stufen zu 300 Mark. 1. Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt mit 600 Mark auf das Gehalt in Anrechnung. 2. Neben dem Gehalte eine nicht pensionsfähige Vergütung von 200 Mark für Ueberwachung der Trichinenschau.

Herr Wolters: Die Kommissionen sind von der Vorlage insofern abgewichen, als sie beantragen, das Gehalt von 3800 Mark bis 5300 Mark mit denselben Stufen festzusetzen und dafür die 200 Mark für Ueberwachung der Trichinenschau zu streichen.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

XIII. Der Kreisbranddirektor: 3500 Mark bis 5000 Mark mit 4 Stufen zu 300 Mark, 1 Stufe zu 200 Mark und 1 Stufe zu 100 Mark. 1. Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 600 Mark in Anrechnung. 2. Neben dem Gehalte eine nicht pensionsfähige Entschädigung in Höhe von 300 Mark.

Herr Wolters: Die Kommissionen empfehlen, nicht 300 Mark, sondern 600 Mark für Dienstkleidung zu gewähren und zwar in Rücksicht darauf, daß der Kreisbranddirektor durch die Art seines Dienstes zu außerordentlichen Ausgaben für die Kleidung gezwungen ist.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

XIV. Die Betriebsleiter der Gasfabriken: 3500 Mark bis 4900 Mark mit 7 Stufen zu 200 Mark. Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 600 Mark in Anrechnung.

Herr Wesemeier: Auch hier sind die Beamten den übrigen Gruppen gegenüber vorgezogen, ich beantrage daher das Gehalt von 3300 Mark bis 4700 Mark festzusetzen.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

XV. Der Kassierer der Stadthauptkasse, der Kassierer der Licht- und Wasserwerke, der Vorsteher des Rechnungsbureaus, der Vorsteher des Steuerbureaus, der Vorsteher des Armenbureaus, der Verwalter der Schulkassen und der mit denselben vereinigten Kassen, der Vorsteher der Hauptregistratur: 2500 Mark bis 4300 Mark mit 2 Stufen zu 300 Mark, 5 Stufen zu 200 Mark und 2 Stufen zu 100 Mark. Daneben den 3 Kassierern eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 120 Mark für Kassenverluste.

Die Sätze werden genehmigt.

XVI. Technische Hilfsbeamte (Bauassistenten, Baubertwalter, Bautechniker): 2000 Mark bis 4000 Mark mit 3 Stufen zu 300 Mark, 5 Stufen zu 200 Mark und 1 Stufe zu 100 Mark.

Herr Sander: Ich hatte in der Kommission den Antrag gestellt, das Anfangsgehalt auf 2200 Mark zu erhöhen. Nachdem ich aber sah, daß der Antrag keinen Erfolg haben würde, habe ich den Kompromißantrag eingebracht, den Satz auf 2100 Mark zu erhöhen. Dieser Antrag wurde angenommen. Es wurde mir die Frage vorgelegt, ob ich wohl den finanziellen Effekt des Antrags wüßte, was ich verneinen mußte. Darauf wurde gesagt, der Magistrat würde in der nächsten Sitzung eine Aufklärung darüber geben. Das ist geschehen. Hiernach beträgt der Mehraufwand des Magistratsantrages gegenüber der bisherigen Gehaltskala 2800 Mark, während mein Antrag einen Mehraufwand von 4900 Mark ausmachen würde. Darauf wurde mein in der vorhergehenden Sitzung angenommener Antrag abgelehnt. Ich habe dann die Sache nach dem Etat nachgerechnet, und bin zu demselben Resultat gekommen wie vorher. Der finanzielle Effekt des Magistratsantrages würde nur 700 Mark und meines Antrages nur 2800 Mark sein. Mehr kann ich nicht herausrechnen. Ich bin zu der Stellung meines Antrages gekommen, weil es sich hier um eine Beamtengruppe handelt, bei der nach dem Vorschlage des Magistrates und der Kommissionen eine ganze Reihe von Beamten gar keine Aufbesserung erhalten würden und die übrigen Beamten vielleicht 2 Prozent. Ich bitte um Unterstützung meines Antrages, der dahin geht, das Anfangsgehalt auf 2100 Mark festzusetzen, und das Endgehalt in 3 Zulagen von 300 Mark, 5 Zulagen von 200 Mark und einer Zulage von 100 Mark erreichen zu lassen. In der Kommission wurde auch gesagt, diese Beamtengruppe sei früher schon einmal erheblich aufgebessert und deshalb hier davon abgesehen. Das ist allerdings im Jahre 1906 geschehen, aber warum? Weil man den Beamten damals die Erlaubnis genommen hatte, Privatarbeiten nebenbei machen zu dürfen. Es wurde mir auch gesagt, wenn Sie den Lehrern nicht solches Anfangsgehalt bewilligen, so dürfen Sie es hier



auch nicht, aber dem Lehrer ist das Recht, sich Nebenverdienst zu verschaffen, nicht genommen, deshalb ist es nicht recht, diese Beamten so minimal aufzubessern. Es handelt sich bei der Aufbesserung nur um einen Wechsel auf die Seligkeit, und die meisten Beamten erreichen den Höchstsatz gar nicht.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Ich möchte darauf hinweisen, daß bei Annahme des Antrages Sander eine höhere Belastung als 700 Mark eintreten müßte. Wir haben 21 Beamte, die hierher gehören, von denen doch mindestens jeder Beamte um 100 Mark aufgebessert werden würde. (Widerspruch.) Uebrigens will ich zugeben, daß die Mehrbelastung nicht so erheblich ist, um deshalb vielleicht die Vorlage scheitern zu lassen. Es ist aber nicht recht, wenn Herr Sander sagt, daß den Beamten das Recht, sich Nebenverdienst zu suchen, genommen sei. Ein derartiges Recht hat überhaupt kein Beamter.

Herr F r ü h l i n g: Im allgemeinen möchte ich die von der Kommission vorgeschlagenen Gehaltsätze für richtig halten, aber bei einzelnen Personen würden doch größere Härten hervortreten, weil sie verhältnismäßig sehr spät eingestellt worden sind, ohne daß ihnen ihre frühere Tätigkeit angerechnet worden ist. Vielleicht ließe sich das durch eine höhere Gehaltsstufe ausgleichen. Wenn der Magistrat sich bereit erklärte, in dieser Richtung eine Nachprüfung vorzunehmen, und Härten durch Vordatierung der Anstellung auszugleichen, so wäre ich mit den beantragten Sätzen einverstanden, andernfalls würde ich den Vorschlag des Herrn Sander gutheißen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Ich habe nicht alle Zahlen im Kopfe, aber ich habe bei der Anstellung des letzten Beamten eine Zusammenstellung machen lassen, wonach wir der Mehrzahl der fraglichen Beamten die im städtischen Dienste zugebrachte Probefristzeit angerechnet haben. Ich halte es grundsätzlich für bedenklich, die Gehaltserhöhungen davon abhängig zu machen, daß der Magistrat sich bereit erklärt, bei einzelnen Beamten die Anstellung zurückzudatieren. Das ist gefährlich und läßt sich nicht ohne weiteres übersehen.

Herr R i t t e r: Herr Sander ist offenbar einem Irrtum verfallen. Er hat gesagt: dreimal 300 Mark, fünfmal 200 Mark und einmal 100 Mark Zulage, was einem Höchstgehalte von 4100 Mark entsprechen würde. Es soll wohl heißen: zweimal 300 Mark, sechsmal 200 Mark und einmal 100 Mark. Einem so formulierten Antrage würde ich auch zustimmen. Was den finanziellen Effekt anlangt, so habe ich ihn nicht nachgeprüft, ich möchte aber dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß er insofern einer irrtümlichen Meinung zu sein scheint, daß er glaubt, es müsse bei Erhöhung des Mindestgehaltes um 100 Mark auch jeder Beamte 100 Mark mehr erhalten. Das ist bei der letzten

Gehaltsstufe nicht der Fall. Ich bin für den Antrag Sander einestheils deshalb, weil in anderen Städten tatsächlich diese Art von Beamten zum großen Teile nicht unwesentlich besser besoldet wird als hier, zum andern aber auch deswegen, weil eine größere Anzahl dieser Beamten bei der allgemeinen Gehaltserhöhung ganz leer ausgehen würde, wenn dem Antrage des Magistrates zugestimmt würde.

Herr M a n n: Im großen ganzen unterschreibe ich die Ausführungen des Herrn Sander, jedoch bin ich nicht einverstanden, daß er seinen ersten Antrag modifiziert hat. Ich beantrage daher, das Anfangsgehalt auf 2200 Mark festzusetzen. Bei den vorhergegangenen Aufbesserungen ist uns gesagt worden, wir müßten darauf bedacht sein, uns tüchtige Beamte zu erhalten, aber an diese Stelle gehören auch tüchtige Beamte. Unsere Baubeamten, soweit sie zur Baupolizei gehören, müssen tüchtig und vorsichtig sein, wenn wir nicht einer Kalamität entgegengehen wollen. Wir müssen diese Beamten so stellen, daß sie gegen jede Beeinflussung gesichert sind, weil es sonst gerade bei diesen Beamten, die mit dem Publikum zu verkehren haben, sehr gefährlich ist. Wenn darauf hingewiesen wurde, inwieweit die Gehälter in anderen Städten höher sind, so möchte ich zu bedenken geben, daß die Zusammenstellung teilweise bedeutend höhere Gehälter aufweist, als hier vorgeschlagen wird. Mir ist gesagt worden, daß von 20 Assistenten bei der Magistratskala 10 nichts bekommen würden, 9 würden je 100 Mark erhalten und nur einer 200 Mark Zulage. Da nun auch der von Herrn Frühling angeregte Weg der Vordatierung der Anstellung einiger Beamten nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters nicht gangbar ist, so würde ich bedauern, wenn die Sätze nicht weiter aufgebessert würden. Wenn ferner gesagt wird, daß diese Beamtenkategorie im Jahre 1906 besser weggekommen wäre als die andern, so kommt das hier nicht in Betracht, sondern wir müssen uns danach richten, ob die Sätze, die hier gefordert werden, zu hoch sind, oder ob sie den Verhältnissen angepaßt sind. Letzteres ist der Fall, denn sie bleiben noch unter den Sätzen, die in anderen Städten für diese Beamtenkategorie gezahlt werden.

Herr B ä h r: Wenn wir die Gehaltsätze dieser Beamten genau beurteilen wollen, so müssen wir auf unsere hiesigen Verhältnisse zurückgreifen, wie sie früher waren im Verhältnis zu den anderen Beamtenkategorien. Diese Beamten standen im Höchstgehalt um einige hundert Mark tiefer als die Lehrer an den Bürgerschulen; jetzt sind sie aber mit den Lehrern zusammen auf ein Höchstgehalt von 4000 Mark gebracht worden. Die Herren haben zu ihrer Vorbildung den Unterricht einer Baugewerkschule genossen, und wenn ich auch die Vorbildung der Lehrer hier nicht ins Treffen führen will, so meine ich doch, daß man beide nicht ganz gleichstellen kann. Gegenüber der Äußerung des

Herrn Frühling, daß diese Beamten vielfach erst im späteren Leben zur Anstellung kämen, ist mir erinnerlich, daß die hier in Frage kommenden zuletzt angestellten Beamten schon mit 24 oder 25 Jahren angestellt worden sind. Die Lehrerschaft hat in ihrer Eingabe auch auf diese Beamten hingewiesen und um die Skala gebeten, welche die Magistratsvorlage aufweist. Ich kann das Bedürfnis einer weiteren Erhöhung der Gehaltsätze nicht anerkennen, und halte den Vorschlag des Magistrates für ausreichend.

Herr L e u e: Ich stehe auf demselben Standpunkte, möchte aber gleichzeitig der Ansicht Ausdruck geben, daß der ganze Etat mir nicht zweckmäßig aufgestellt zu sein scheint. Mir kommt es vor, als ob der Etat mehr auf die Person zugeschnitten sei, als auf die zu einander gehörenden Beamtenklassen. Wir würden jedenfalls nicht jовiel Schwierigkeiten haben, wenn in dieser Beziehung eine Vereinfachung Platz greifen könnte und nicht jeder einzelne Beamte eine besondere Klasse haben müßte. Vielleicht könnte das einmal bei passender Gelegenheit ins Auge gefaßt werden. Bei anderen Verwaltungen ist der Etat auch einfacher gefaßt, da gibt es Gehilfen, Sekretäre, Bureauvorsteher usw. Ob ein Beamter in diesem oder jenem Bureau beschäftigt wird, muß dabei gleichgültig sein, wenn auch in diesem oder jenem Bureau zeitweise mehr verlangt werden mag, als in einem andern. Es wäre mir interessant, zu erfahren, ob wohl in anderen Städten die Gehaltsskalen in ähnlicher Weise wie hier festgesetzt worden sind. Die Uebersicht wird dadurch jedenfalls sehr erschwert. Selbstverständlich können wir nicht beurteilen, ob ein Beamter besser in diesem oder jenem Bureau Verwendung findet, das ist und muß bleiben Sache des Magistrates.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Ich gebe gern zu, daß sich die Gehaltsskala vereinfachen lassen würde, aber wir müßten dann auch gewaltig mehr Gehalt zahlen. Sie können doch nicht die jetzt höher dotierten Stellen heruntersetzen, sondern die niedrig dotierten würden in die Höhe rücken. Woher hierfür die Mehrkosten genommen werden sollen, hat Herr Leue aber nicht gesagt. Für uns würde in solcher Zusammenfassung auch eine Geschäftserleichterung liegen. Wie dieses in andern Städten gehalten ist, weiß ich nicht, jedenfalls haben andere Städte auch eine große Zahl verschiedener Beamten, und das muß sich in jeder Stadt nach den Verhältnissen ausgestalten. Mit Rücksicht auf den Dienst wäre eine nicht zu weitgehende Gleichstellung der Beamten am Platze, denn es muß das Streben eines jeden Beamten sein, in die Höhe zu kommen, und wir dürfen nicht nur einige wenige bessere Stellen vorsehen. Vielleicht ließen sich ja einige Klassen von Beamten zusammenwerfen, jedoch nicht solche, welche in ihrem Gehalte wesentlich von einander abweichen. Die Frage der Gehaltsbemessung läßt sich nur prüfen, wenn man genau weiß, welches der Umfang der Geschäfte des einzelnen Beamten ist.

Herr Esdor n: Wir sind verpflichtet, hierbei zu berücksichtigen, was wir für die Beamten bereits vor zwei Jahren getan haben, weshalb mir ein Anfangssatz von 2200 Mark zu hoch erscheint. Ich werde deshalb für den Antrag Sander stimmen. Die Positionen XIX und XXI müssen dann aber auch entsprechend geändert werden.

Herr Fr ü h l i n g: Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters läßt sich das Lebensalter mit dem Dienstalter nicht vereinigen, weshalb ich das Anfangsgehalt bei diesen Beamten für zu gering halten muß. Es wird bei den Beamten immer eine längere diätarische Beschäftigung vorhergehen und wenn nicht, wäre das sehr wünschenswert, und diese Beschäftigung muß bei der Bemessung der Gehaltsätze angerechnet werden. Unter diesen Verhältnissen stimme ich für den Antrag Wesemeier.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich habe nicht gesagt, daß das unmöglich wäre, im Gegenteil, ich habe gesagt, daß bei der Mehrzahl der technischen Beamten die Einrichtung bereits erfolgt ist. Nur halte ich es für bedenklich, bei der Festsetzung einer Gehaltstabelle mit Rücksicht auf einige derzeit im Amte befindliche Beamte, einen Beschluß zu fassen, wonach diese Beamten dadurch in die Höhe gesetzt werden sollen, daß ihr Besoldungsdienstalter zurückdatiert wird.

Herr S a n d e r: Ich habe inzwischen die Skala nochmals durchgesehen und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß meine Aufstellung die richtige ist. Die Magistratsvorlage erfordert eine Mehrausgabe von 700 Mark und mein Antrag eine solche von 2800 Mark. Es ist nicht richtig, daß bei einer Erhöhung des Anfangsgehaltes um 100 Mark auch jeder Beamte 100 Mark Zulage erhalten muß; es werden vielmehr 5 Beamte je 100 Mark erhalten und einer 200 Mark, das sind die 700 Mark, während mein Antrag 2800 Mark bringen würde. Ich erwähne das besonders, weil mein Antrag in der Kommission infolge der Erklärung des Magistrates gefallen war, daß der finanzielle Effekt zu groß sei. Ich bitte nochmals, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Fr ü h l i n g: Meine ersten Ausführungen gingen nicht dahin, einen Beschluß herbeizuführen, daß eine Vordatierung des Besoldungsdienstalters stattfinden sollte, sondern ich wollte nur anfragen, ob der Magistrat bereit sein würde, in eine Erwägung darüber einzutreten.

Bei der nun folgenden A b s t i m m u n g wird der Antrag Alßmann abgelehnt, der Antrag Sander aber angenommen.

XVII. Der erste Tierarzt im städtischen Schlachthause: 2400 Mark bis 3800 Mark mit 7 Zulagen zu 200 Mark. Daneben eine von den städtischen Behörden festzusetzende, nicht pensionsfähige Vergütung bis zu 1000 Mark für Ueberwachung der Trichinenschau.

Herr *Wolters*: Die Kommissionen sind von der Magistratsvorlage insofern abgewichen, als sie die Zulage bis zu 1000 Mark für Ueberwachung der Trichinenschau als Gehalt in Anrechnung gebracht wissen wollen, so daß dieses mit 3400 Mark beginnt und mit 4800 Mark schließt, die besondere Zulage aber dann wegfällt.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

XVIII. 1. Der Inspektor des städtischen Kranken- und Pflegehauses. 2. Der Marstallverwalter: 2400 Mark bis 3800 Mark mit 3 Zulagen zu 300 Mark, 1 Zulage zu 200 Mark und 3 Zulagen zu 100 Mark. Die dem Inspektor des Kranken- und Pflegehauses und seiner Familie gewährte freie Station kommt auf das Gehalt mit 1200 Mark in Anrechnung. Die dem Marstallverwalter gewährte freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 400 Mark in Anrechnung.

Herr *Wolters*: Die Kommissionen haben dem Inspektor des städtischen Pflegehauses insofern eine Mehrbesoldung zuerkannt, als ihm die freie Station nur mit 1000 Mark angerechnet werden soll.

Der Kommissionsvorschlag wird gutgeheißen.

XIX. 1. Kassierer, die nicht zur Abteilung XV gehören. 2. Die Magistratssekretäre. 3. Hilfsgeometer: 2000 Mark bis 3800 Mark mit 2 Zulagen zu 300 Mark, 5 Zulagen zu 200 Mark und 2 Zulagen zu 100 Mark. Daneben für die Kassierer eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 120 Mark für Kassenverluste.

Herr *Leue*: Ich hätte gern gesehen, wenn auch für diese Beamten das Höchstgehalt auf 4000 Mark festgesetzt würde. Einen Antrag will ich nicht stellen, weil bei solcher Minderung zu viel Verschiebungen bei den anderen Klassen berücksichtigt werden müßten. Dagegen möchte ich beantragen, daß diese Beamten das Höchstgehalt nicht erst nach 27 Jahren erhalten, sondern bereits nach 21 Jahren und zwar durch 4 Zulagen zu 300 Mark und 3 Zulagen zu 200 Mark.

Herr Oberbürgermeister *Kettnicher*: Ich möchte den Herrn Vorredner fragen, ob er das konsequent durchgeführt wissen will. Bei der hier in Frage kommenden Klasse ist die Zahl der Personen nicht allzu groß, aber ich mache darauf aufmerksam, daß dann noch eine Reihe weiterer Klassen in Frage kommen würde, die jetzt durchweg in neun Perioden das Höchstgehalt erreichen. Das würde aber soviel bringen, daß dann die beiden in Aussicht genommenen Steuern bei weitem nicht ausreichen würden.

Herr *Friede*: Für die Magistratssekretäre und die 4 Kassierer möchte ich die Erhöhung des Endgehaltes auf 4000 Mark empfehlen. Ich halte es nicht für richtig, diesen Beamten, die einen sauren Dienst haben, weniger zu geben,

als anderen gleichartigen Beamten. Als Zwischenstufen möchte ich 3 Stufen zu 300 Mark, 4 Stufen zu 200 Mark und 3 Stufen zu 100 Mark empfehlen.

Herr Esdorn: Die Kassierer und die Magistratssekretäre haben sich früher besser gestanden als die technischen Hilfsbeamten, weil erstere im Jahre 1906 nicht aufgebessert worden sind. Wir müssen ihnen deshalb das Anfangsgehalt um 100 Mark erhöhen. Ich schlage vor, deren Gehalt auf 2100 Mark bis 3800 Mark mit 2 Zulagen zu 300 Mark, 4 Zulagen zu 200 Mark und 3 Zulagen zu 100 Mark festzusetzen, bin aber auch nicht gegen eine Aenderung dieser Skala, sofern solches gewünscht wird.

Herr Leue: Ich sehe recht wohl ein, daß die Konsequenz bezüglich der finanziellen Frage recht unangenehm sein würde, wenn die Erhöhung überall Platz greifen sollte. Aber hier liegt doch die Sache insofern anders, als z. B. bei den Bureauassistenten, daß die Herren erst in vorgerückterem Lebensalter in diese Besoldungsklasse kommen, als die Bureauassistenten. Wenn ein Beamter als Magistratssekretär noch 27 Jahre auf sein Höchstgehalt warten soll, so will mir dieses zu lange erscheinen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r: Ich möchte warnen, dem Antrage Friede zu folgen und sogar 30 Jahre bis zur Erreichung des Höchstgehaltes die Beamten warten zu lassen, 27 Jahre sind lange genug. Herr Leue irrt aber, wenn er sagt, die Magistratssekretäre und Kassierer kämen verhältnismäßig erst spät in ihr Anfangsgehalt hinein und erreichten insolgedessen erst spät ihr Höchstgehalt. Er hat übersehen, daß wir im § 3 des Statuts vom 8. Februar 1906 die Vorschrift haben, daß bei der Versetzung eines Beamten auf eine den Abteilungen XVI bis einschließlich X der jetzt gültigen Gehaltsbestimmungen angehörende Amtsstelle, wozu auch diese Klasse gehört, demselben diejenige Zeit, die er auf der seitherigen Amtsstelle zugebracht hat, bei seiner Einreichung in die Gehaltsstufe der neuen Amtsstelle eingerechnet wird. Daraus folgt, daß diese Beamten niemals das Anfangsgehalt bekommen. Bei dem noch auszuarbeitenden formellen Statut werden wir auch auf diese Bestimmung zurückzukommen haben.

Herr Esdorn: Ich möchte nochmals bitten, das Anfangsgehalt auf 2100 Mark hinaufzusetzen, da die Herren in dieser Stellung nicht gut weiter kommen können und es außerdem finanziell nicht viel ausmacht.

Herr F r i e d e: Mein Antrag sollte lauten: 3 Stufen zu 300 Mark, 5 Stufen zu 200 Mark und 1 Stufe zu 100 Mark.

Herr Leue: Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters ziehe ich meinen Antrag zurück.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge Friede und Esdorn abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

XX. Der Brandmeister: 2600 Mark bis 3600 Mark mit 5 Stufen zu 200 Mark. Freie Wohnung nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 400 Mark in Anrechnung.

Herr Wolters: Bisher hat der Brandmeister für Dienstkleidung eine Entschädigung von 200 Mark jährlich bezogen, die vereinigten Kommissionen schlagen vor, diese Entschädigung auf 300 Mark zu erhöhen, im übrigen aber die Magistratsvorlage unverändert anzunehmen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

XXI. 1. Die Werkmeister bei den Gas- und Wasserwerken, 2. die Gasmeister, 3. die Mühlenmeister, 4. die Maschinenmeister der Pumpsation und der Wasserwerke und 5. der Markthallenverwalter: 2000 Mark bis 3400 Mark mit 7 Zulagen zu 200 Mark.

Herr Wolters: Die Kommissionen beantragen, hinter Werkmeister noch Lagerhalter einzufügen, im übrigen aber die Gehaltsätze gutzuheißen.

Herr Esdorn: Ich möchte beantragen, die Gehaltsstufen wie bei Nummer XVIII zu normieren, also 3 Stufen zu 300 Mark, 1 Stufe zu 200 Mark und 3 Stufen zu 100 Mark zu nehmen.

Der Antrag Riecke wird darauf abgelehnt und der Antrag der Kommissionen angenommen.

XXII. 1. Der Vorsteher des Versicherungsbureaus. 2. Der Vorsteher der Magistratskanzlei. 3. Der erste Assistent im Rechnungsbureau. 4. Der Registrator der Bauverwaltung. 5. Die Registratoren des Steuerbureaus. 6. Der Registrator der Armenverwaltung. 7. Der Registrator des Stadt-Archivs. 8. Der Registrator des Standesamtes. 9. Der erste Assistent der Hauptregistratur. 10. Der Kassenbuchhalter. 11. Der erste Hilfsbeamte der statistischen Stelle. 12. Der Gerichtsschreiber des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts: 1700 Mark bis 3400 Mark mit 3 Stufen zu 300 Mark, 2 Stufen zu 200 Mark und 4 Stufen zu 100 Mark.

Herr Wolters: Die Kommissionen haben diesen Vorschlägen zugestimmt, jedoch mit der Abweichung, daß der unter Nr. 2 aufgeführte Vorsteher der Magistratskanzlei unter Nr. XIX eingereiht werden möchte.

Herr Riecke: Wenn ich es auch dem Magistrate überlassen muß, die einzelnen Beamtenkategorien zusammenzustellen, wie es nach seiner Ueberzeugung richtig ist, so muß ich doch gestehen, daß es mir komisch vorgekommen ist, den Vorsteher des Versicherungsbureaus hier einzureihen, aber für noch unrichtiger muß ich es halten, den Vorsteher der Magistratskanzlei hier herauszunehmen

und in Nr. XIX zu verlegen. Ich sollte meinen, daß diese beiden Beamten doch wohl einen gleichwertigen Posten hätten. Früher bildeten die drei erstgenannten Beamten eine Gehaltsklasse für sich und jetzt hat man ihnen noch neun andere Beamtenkategorien eingegliedert, darunter auch den Gerichtsschreiber des Gewerbegerichtes, der nicht nur eine große Masse Sachen, sondern auch große Aufgaben zu erfüllen hat. Jetzt will man nun den Vorsteher der Magistratskanzlei hier herausnehmen und in eine höhere Klasse bringen? Dafür kann ich nicht den richtigen Ausdruck und die richtige Erklärung finden. Wenn das geschehen soll, so möchte ich bitten, auch den Vorsteher des Versicherungsbureaus mit in die Klasse XIX zu bringen. Ich weiß mir tatsächlich nicht zu erklären, weshalb man einen Beamten, der 30 Jahre im Dienste ist und der auch früher nicht berücksichtigt wurde, jetzt wieder beiseite schieben will. Ich stelle einen entsprechenden Antrag.

Der Antrag Kiefe wird darauf abgelehnt und der Antrag der Kommissionen angenommen.

XXIII. Bureauassistenten: 1700 Mark bis 3200 Mark mit 2 Zulagen zu 300 Mark, 2 Zulagen zu 200 Mark und 5 Zulagen zu 100 Mark.

Herr Wolters: Durch ein Versehen ist vergessen worden, hier noch eine zweite Gruppe von Beamten einzustellen, nämlich „Zeichner, insofern sie nicht einer der voranstehenden Abteilungen angehören“.

Die Versammlung erklärt sich mit den Gehaltsstufen und dem Zusage einverstanden.

XXIV. Bureaugehilfen: 1700 Mark bis 3100 Mark mit 5 Zulagen zu 200 Mark und 4 Zulagen zu 100 Mark.

Herr Bunge: Ich beantrage, die beiden Gruppen XXIII und XXIV zu vereinigen, da ich nicht einsehen kann, weshalb eine Trennung vorgenommen werden soll.

Der Magistratsantrag wird unter Ablehnung des Antrags Bunge angenommen.

XXV. Der Oberkontrollleur bei den Licht- und Wasserwerken: 2200 Mark bis 3000 Mark mit 3 Zulagen zu 200 Mark und 2 Zulagen zu 100 Mark.

Herr Jasper: Ich möchte um Auskunft bitten, ob der gegenwärtige Inhaber dieser Stelle schon 2200 Mark Gehalt bezog. Die Spannung im Gehalte ist gegenüber der Gruppe XXVI ganz bedeutend.

Herr Wolters: In der uns überwiesenen Liste stand nur eine Remuneration von 2200 Mark für den Inhaber der Stelle aufgeführt. Ueber die Zulagen ist ein Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Die Magistratsvorlage wird gutgeheißen.



XXVI. Stadtdiener: 1500 Mark bis 2200 Mark mit 2 Zulagen zu 200 Mark und 2 Zulagen zu 150 Mark. Daneben eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 90 Mark für Dienstkleidung usw.

Die Gehaltskala wird genehmigt.

XXVII. 1. Aufseher. 2. Maschinisten. 3. Messerkontrollleure. 4. Laternenkontrolleure: 1500 Mark bis 2000 Mark mit 3 Zulagen zu 150 Mark und 1 Zulage zu 50 Mark. Daneben Anrechnung der freien Wohnung usw. mit 200 Mark, eine nicht pensionsfähige Zulage von 90 Mark für Dienstkleidung und Vergütung für Klassenverluste in Höhe von 100 Mark, soweit solche in Frage kommen.

Herr Leue: In den Kreisen der Messerkontrollleure besteht der Wunsch, sie möchten mit den Stadtdienern gleichgestellt werden. Es wird mir gesagt, daß die Kontrolleure durch das Einkassieren der Gelder einen ziemlich verantwortlichen Posten bekleideten. Ferner, daß sie häufig Sonnabends 4000 bis 5000 Mark eingezogen hätten und nicht mehr abliefern könnten, weshalb sie den Betrag mit nach Hause nehmen müßten. Das würde ich nicht für richtig halten. Ich möchte wissen, ob das tatsächlich der Fall ist.

Herr Oberbürgermeister Kettner: Ich möchte darauf erwidern, daß früher die Stadtdiener mit in dieser Kategorie enthalten waren. Vor zwei Jahren haben indessen die städtischen Behörden beschlossen, die Stadtdiener herauszunehmen, und die Gründe für diese Maßnahme sind auch heute noch maßgebend. Daß die Messerkontrollleure Sonnabends häufig 5000 Mark mit nach Hause nehmen sollen, ist mir neu, und dieses Verfahren muß, wenn es bestanden haben soll, abgeschafft werden. Im übrigen kann ich nicht anerkennen, daß die Messerkontrollleure eine so verantwortliche Stellung haben sollen, weil sie Geld einkassieren. Unseren Beamten im Rathause wird manchmal noch mehr Geld anvertraut.

Herr Esdorn: Werden die Leute sofort fest angestellt?

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

XXVIII. Schuldiener: 1200 Mark bis 1600 Mark mit 4 Stufen zu 100 Mark. Freie Wohnung, nebst Feuerung, Licht und Wasser kommt auf das Gehalt mit 200 Mark in Anrechnung.

Herr Hesse: Ich möchte beantragen, bei diesen Beamten das Anfangs- und Höchstgehalt um je 50 Mark zu erhöhen.

Die Magistratsvorlage wird, unter Ablehnung des Antrages Hesse, gutgeheißen.

XXIX. Polizeibeamte: 1100 Mark bis 1500 Mark mit 4 Zulagen zu 100 Mark. Neben dem Gehalte werden nicht pensionsfähige Entschädigungen von 90 Mark für Dienstkleidung und 60 Mark für Klassenverluste

bezahlt. Auch erhalten diese Beamten neben ihrem Gehalte die festgesetzten Gebühren, die bei Bemessung der Pension mit 1000 Mark in Anrechnung kommen.

Herr Wolter: Die vereinigten Kommissionen empfehlen, die Gebühren nicht mit 1000 Mark, sondern mit 1200 Mark bei der Pension in Anrechnung zu bringen.

Der Kommissionsvorschlag wird angenommen.

Vorsitzender: Damit wären wir mit der Gehaltskala zu Ende. Es dürfte sich empfehlen, den Magistrat zu bitten, innerhalb der nächsten acht Tage den finanziellen Effekt der heutigen Beschlußfassung auszurechnen und uns dann mitzuteilen. Auf unserer heutigen Tagesordnung steht noch eine ganze Reihe von Sachen, die wir hoffentlich heute über 8 Tage zur Erledigung bringen werden, wenn wir uns dann etwas kürzer fassen wollen, als heute. Die beiden Steuergesetze werden voraussichtlich nicht mehr so viel Zeit in Anspruch nehmen, wie in der vorigen Sitzung. (Widerspruch.) Es wäre wenigstens zu wünschen, daß wir dann noch die gesamte Tagesordnung erledigen könnten.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich will dem Herrn Vorsitzenden nicht widersprechen, möchte es aber für zweckmäßig halten, noch heute weiter zu verhandeln und wenigstens die beiden Anträge zu erledigen, die noch einen finanziellen Effekt ausmachen, nämlich den Antrag auf Erhöhung des Einkommens der remunerierten Hilfskräfte und der Arbeitslöhne. Diese Anträge würden als zur Gehaltszulage gehörig noch zur Debatte und zur Beschlußfassung gestellt werden müssen.

Vorsitzender: Ich hätte nichts dagegen einzutenden, glaube aber, daß man nach 4½stündiger Verhandlung ziemlich abgespannt ist und auf die Anträge heute nicht mehr eingehen kann. Wir können die beiden Anträge lieber zu Anfang der nächsten Sitzung behandeln und ich glaube, sie werden sich schneller erledigen lassen, da wir uns schon oft darüber ausgesprochen haben und sie deshalb einer Vorberatung nicht mehr bedürfen.

Herr Wesemeier (zur Geschäftsordnung): In der vorigen Sitzung habe ich auch einen Antrag auf Einführung der Grundsteuer nach gemeinem Werte eingereicht.

Vorsitzender: Die bei mir eingereichten Anträge liegen vor, konnten aber wegen Mangel an Zeit bislang noch nicht behandelt werden.

Herr Wolter (zur Geschäftsordnung): Die Anträge müssen meiner Ansicht nach erst begründet und sodann einer Kommission zur Vorberatung überwiesen werden.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich freue mich über den Antrag des Herrn Wesemeier ganz unbändig, jedoch wird er sich nicht in einer Viertelstunde besprechen lassen, man kann vier Stunden darüber reden und ist

doch noch nicht zufrieden. Wenn der Antrag aber unvorbereitet kommt, so halte ich das für einen großen Fehler. Der Antrag muß begründet und vorberaten werden, sonst kommen wir damit nicht weiter.

Vorjitzender: Ich halte es für unangebracht, den Antrag Wesemeier wegen der Erhebung der Grundsteuer nach gemeinem Werte mit dem vorliegenden Materiale zu verschmelzen, weil wir dadurch die Erledigung der Sachen auf Monate hinauschieben würden. Wir können ruhig erst unser Penjum fertig arbeiten und dann die Resolution Wesemeier behandeln, denn es wird wohl niemand glauben, daß dieser Antrag innerhalb des Rahmens unserer Steuervorlagen zur Tat wird. Die beiden Anträge wegen Erhöhung der Remunerationen und der Arbeitslöhne können allerdings auf die Deckungsfrage einwirken.

Herr Frühlings (zur Geschäftsordnung): Wir sind jetzt mitten in der Beratung einer Sache, die erst erledigt werden muß, ehe neue Anträge begründet werden können. Es können immer noch neue Anträge kommen, so daß es uns nicht möglich wäre, in der Beratung der Vorlage fortzuschreiten, wenn wir ihnen immer Folge geben wollten.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich pflichte Herrn Frühling darin bei, daß die Unterbrechung der Tagesordnung nicht wünschenswert ist. Das soll aber auch nicht geschehen. Die Anträge auf Lohnerhöhung usw. gehören zur Gehaltsvorlage und der Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer nach gemeinem Werte gehört zu den Steuervorlagen.

Vorjitzender: Der Herr Vorredner irrt. Die beiden Anträge auf Lohnerhöhung usw. können niemals zur Gehaltskala der Beamten gehören, da es sich um ganz etwas anderes handelt. Die eine Sache wird durch Statut geregelt und die andere ist eine einfache Vorlage. Bei der Deckungsvorlage können beide Sachen allerdings von Wert sein. Nach meiner Auffassung würde es sich empfehlen, in der nächsten Sitzung erst die beiden Steuervorlagen zu behandeln und darauf zu den beiden Anträgen auf Lohnerhöhungen usw. überzugehen. Halten Sie es aber für richtiger, die beiden Anträge vorher zu behandeln, so habe ich auch nichts dagegen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer (zur Geschäftsordnung): Das ist nicht richtig. Wenn mitten in eine festgestellte Tagesordnung einige Anträge hineinwehen, so können diese nicht den Vorlagen des Magistrates vorgezogen werden. Die Herren werden sich nicht damit begnügen wollen, die Anträge nur zu begründen, sondern sie werden deren sofortige Beratung wünschen. Wenn das geschieht, so fürchte ich, daß die übrigen Vorlagen des Magistrates abgesetzt werden müssen, obwohl eilige Sachen dabei sind. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Magistratsvorlagen und den Anträgen ist jedenfalls nicht zu konstruieren. Man könnte höchstens sagen, daß die durch Statut der Stadt auf-

zuerlegenden Lasten bei Berücksichtigung der beiden Anträge noch viel größer werden.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich muß daran festhalten, daß die Anträge nicht als selbständige Anträge eingereicht sind, sondern zu den betreffenden Vorlagen. Die Stadtverordneten können aber nicht gehalten sein, sich auf die in der Magistratsvorlage stehenden Erhöhungen der Beamtengehälter zu beschränken, sondern können auch noch die Einkommensbezüge anderer städtischen Bediensteten in die Verhandlung ziehen. Die Anträge auf Erhöhung der Remunerationen und Löhne sind schon in der Kommission vorberaten und würden deshalb jetzt gleich mit zu erörtern sein. Das gleiche gilt für die Steuervorlagen, denn dabei ist auch über die Deckungsfrage gesprochen, und man kann einer Neuregelung der Steuerverhältnisse nur zustimmen, wenn auch bezüglich der Grundsteuer eine andere Regelung eintritt.

V o r s i t z e n d e r: Ich kann mich der Auffassung des Herrn Jasper nicht anschließen. Mit der Aufbesserung der Beamtengehälter hat die Lohn- und Remunerationserhöhung organisch nichts zu tun. Die Resolution Wesemeier kann vielleicht bei der Wertzuwachssteuer eingefügt werden. Die Besoldungsanträge gehören aber nicht zur Gehaltsvorlage. Ich würde deshalb vorschlagen, die Sachen zurückzustellen. Sollte ein Herr trotzdem bei der Beratung darauf zurückkommen, so müßte er in seinen Äußerungen beschränkt werden. Herrn Wesemeier kann es überlassen bleiben, bei der Wertzuwachssteuer seine Resolution vorzubringen. Wir können uns hier bei den Steuervorlagen unmöglich in die schwierige Materie vertiefen, die Grundsteuer nach gemeinem Werte einzuführen.

Herr R i b b e n t r o p (zur Geschäftsordnung): Ich meine, die Anträge sind zu behandeln, wie alle anderen Anträge, die Herren erhalten Gelegenheit, sie zu begründen und darauf gehen sie an eine Kommission.

V o r s i t z e n d e r: Wer ist dafür, daß die nächste Tagesordnung so gewählt wird, wie die heutige und es Herrn Wesemeier überlassen bleibt, seine Resolution dort einzubringen, wo er es für zweckmäßig hält, während die übrigen Anträge zur Verhandlung kommen, nachdem die übrigen Sachen erledigt sind?

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis 8¼ Uhr.



**Bericht**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 10. Dezember 1908.

**Tagesordnung:**

|       |                                                                                                     |           |
|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Einführung einer Veränderungssteuer . . . . .                                                       | Seite 452 |
| II.   | Einführung einer Wertzuwachssteuer. . . . .                                                         | " 475     |
| III.  | Abkommen wegen der Polizeihunde . . . . .                                                           | " 487     |
| IV.   | Ankauf von Grundstücken an der Leopoldstraße . . . . .                                              | " 488     |
| V.    | Ausbau eines Teiles der Hildesheimerstraße . . . . .                                                | " 493     |
| VI.   | Erwerb von Grundflächen an der Vertramstraße . . . . .                                              | " 493     |
| VII.  | Anfrage Fricke: Hundertjahrfeier der beiden hiesigen Regimenter. . . . .                            | " 494     |
| VIII. | Antrag Bunge: Anberaumung der Stadtverordneten- und Landtags-<br>wahlen an einem Sonntage . . . . . | " 494     |
| IX.   | Antrag Wesemeier: Grundsteuer nach gemeinem Werte . . . . .                                         | " 495     |
| X.    | Antrag Hejse: Erhöhung der Bezüge der remuneratorisch beschäftigten<br>Hilfskräfte . . . . .        | " 497     |
| XI.   | Antrag Wesemeier: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter . . . . .                               | " 497     |
| XII.  | Antrag Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur durch die<br>Schulen. . . . .                 | " 499     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e h e r, Bürgermeister M e y e r und Stadträte v o n F r a n k e n b e r g und W a g n e r. Entschuldigt die Herren K a l m s und S c h m i d t.

Der Vorsitzende, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß ein Gesuch des Fabrikanten Wilhelm Förster wegen Erlasses von Straßenbaukosten eingegangen sei. Da der Magistrat ein gleiches Schreiben erhalten und sich noch nicht darüber erklärt habe, so werde das Gesuch vor der Hand zu den Akten genommen.

Weiter macht der Herr V o r s i t z e n d e folgende Mitteilung: Nach einer hier vorliegenden Uebersicht des Magistrates betragen die Mehrverwilligungen der Versammlung an Beamten- und Lehrergehältern in der letzten Sitzung gegenüber der Magistratsvorlage 31 500 Mark, so daß also ohne die Oberlehrergehälter nicht 192 200 Mark, sondern 223 700 Mark mehr aufzuwenden sein würden. Wenn ferner die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte eine Einkommensaufbesserung von durchschnittlich 10 Prozent erhalten sollten, so würde dadurch eine weitere Mehrausgabe von jährlich 25 000 Mark entstehen. Es ist gewiß für jedes Mitglied der Versammlung wünschenswert, diese Zahlen zu kennen, ehe zur Beratung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung geschritten wird.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob jetzt zunächst die Beratung der Steuervorlage oder die Schlußberatung der Gehaltsvorlage erfolgen soll.

V o r s i t z e n d e r: Die Beschlußfassung der vorigen Sitzung in betreff der Gehaltsvorlage halte ich für abschließend; wir würden deshalb heute auf die Gehaltsordnung nicht wieder zurückgreifen, sondern uns nur mit den beiden Steuervorlagen beschäftigen. Die in der Tagesordnung durch ein Versehen an die zweite Stelle gerückte Beratung über die Veränderungssteuer bitte ich an erster Stelle vorzunehmen.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, zunächst die noch nicht beendete Debatte über die Gehaltsvorlage zu Ende zu führen. Sie ist schon deshalb noch nicht beendet, weil uns erst heute die Daten über die mehr bewilligten Beträge mitgeteilt worden sind, und es daraufhin erst möglich ist, eine Gesamtabstimmung, die noch aussteht und die das ganze Werk krönen muß, vor sich gehen zu lassen; außerdem aber auch, weil der Herr Berichterstatter über verschiedene Vorgänge in der Kommission noch nicht berichtet hat und insofern seinen Bericht noch ergänzen müßte. Ich bin nämlich der Ansicht, daß die Kommission beschlossen hat, den Magistrat zu ersuchen, auch den remuneratorisch beschäftigten Hilfskräften eine Zulage zu gewähren, und hier-

über hat meines Wissens der Herr Berichterstatter noch nicht berichtet, auch ist die Meinung der Versammlung darüber noch nicht befragt worden. Wenn das bestritten werden sollte, so beziehe ich mich auf das Gedächtnis der Kommissionsmitglieder, denn eine Beschlußfassung hierüber hat in der Kommission wohl stattgefunden.

Ferner ist vom Herrn Berichterstatter kein Bericht darüber gekommen und jedenfalls auch ein Beschluß der Versammlung nicht eingeholt worden, ob wir dem Vorschlage der Kommission zustimmen wollen, den Magistrat zu ersuchen, einzelnen Personen, die bei der Neuregulierung der Gehälter nicht berücksichtigt werden, eine besondere Entschädigung zu gewähren. Endlich stehen noch aus die beiden Anträge, die zu diesem Punkte der Tagesordnung von einigen meiner Freunde gestellt worden sind, nämlich den Hilfskräften und den Arbeitern eine zehnprozentige Zulage zu gewähren. Diese Anträge sind zu dem betreffenden Gegenstande der Tagesordnung gestellt, bisher aber noch nicht einmal sachlich erörtert, und bedürfen keiner besonderen Unterstützung. Die Versammlung hat bisher nur beschlossen, diese Anträge in der letzten Sitzung nicht mehr zu beraten; ich möchte deshalb bitten, den Bericht des Herrn Referenten zu ergänzen und sodann die Gehaltsvorlage zum Abschluß zu bringen, weil unsere Haltung in der Steuervorlage wesentlich dadurch bedingt ist.

**Vorsitzender:** Ich bin darüber anderer Ansicht. Die Versammlung hat in der vorigen Sitzung beschlossen, daß die Anträge Wesemeier und Hesse nicht als Amendementsanträge zu der uns damals beschäftigenden Gehaltskala anzusehen seien. Diese Anträge gehören sachlich nicht zu der Gehaltsvorlage der angestellten Beamten und Lehrer, die uns voriges Mal beschäftigt hat. Ferner hat die Versammlung beschlossen, nicht heute zu Anfang der Sitzung in die Beratung der beiden Anträge einzutreten, sondern diese zu verschieben und jetzt an erster Stelle in die Beratung über die beiden Steuervorlagen einzutreten.

Ist die Versammlung aber jetzt anderer Meinung geworden und wollen wir die Debatte über die Gehaltsordnung nochmals aufnehmen, so habe ich nichts dagegen, wir werden dann aber nicht weiter kommen. Nach meiner Auffassung ist die Debatte über den Entwurf einer neuen Gehaltsordnung geschlossen, jedoch hat die Schlußabstimmung nicht stattgefunden. Der Herr Berichterstatter hat indessen gesagt, es wäre vom Magistrate in Erwägung genommen, eine zehnprozentige Aufbesserung der remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte zu beantragen und da, wo besondere Härten vorlämen, durch Hinaufsetzung der Alterskala Wandel zu schaffen. Die beiden Sachen sind uns aber nur in der Kommission mitgeteilt worden. Wir kommen nicht weiter,



wenn wir jetzt wieder in die Beratung über die beiden Anträge, die für sich gehen müssen, eintreten wollen.

Herr W o l t e r s (zur Geschäftsordnung und tatsächlichen Richtigstellung): Was Herr Jasper vermißt, habe ich in der Versammlung vorgebracht: ich habe den Beschluß der Kommission vorgetragen und habe auf entsprechende Anfrage bezüglich der Feststellung des Bedarfs sofort geantwortet, es würden durch die Magistratsvorlage 160 700 Mark gefordert und von den Kommissionen sei um 21 000 Mark darüber hinausgegangen. Ferner habe ich den Beschluß der Kommissionen mitgeteilt, den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte in ihren Einkommensbezügen aufzubessern seien. Endlich habe ich den Beschluß der Kommissionen verkündet, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Magistrate Vorschläge machen würden, ob und wann die Prüfung der Gehaltsätze der Oberlehrer stattzufinden habe. Aus dem Berichte unseres Stenographen, der mir schon vorgelegen hat, geht dies alles zur Genüge hervor.

Herr W e s e m e i e r (zur Geschäftsordnung): Wir kommen jedenfalls besser weiter, wenn wir die beiden Anträge vor den Steuervorlagen behandeln. Man müßte sonst zu der Ueberzeugung kommen, daß die Arbeiter und remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte keine Lohnaufbesserung nötig hätten. Wenn man aber der Meinung ist, daß diese Kategorien von Bediensteten auch aufgebessert werden müssen, so ist umsomehr ein Grund dafür gegeben, der Stadt neue Hilfsquellen zu erschließen, und es könnten dadurch noch verschiedene Herren bestimmt werden, der Stadt weitere Mittel zu bewilligen.

V o r s i t z e n d e r : Ich verstehe das taktische Vorgehen der Herren vollkommen: wir sollen gezwungen werden, die beiden Anträge hier einzuschieben, obwohl die Versammlung bereits beschlossen hat, sie als selbständige zu behandeln und hier nicht einzuschieben. Hat sich die Versammlung aber etwa in ihrer Ansicht geändert, so können wir den früheren Beschluß umstoßen, wenn ich das auch für parlamentarisch und sachlich unrichtig halten würde.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Der Berichterstatter und der Vorsitzende stehen mit ihren Ansichten im Widerspruche. Der erstere sagt, er habe die Beschlüsse der Kommissionen verkündet, während der Vorsitzende sagt, es lägen gar keine Kommissionsbeschlüsse vor, sondern es habe sich nur um eine Ansicht des Magistrats gehandelt, die lediglich referendi causa mitzuteilen gewesen wäre. Wenn aber der Berichterstatter selbst sagt, es lägen Beschlüsse der Kommissionen vor, so genügt es nicht, daß der Berichterstatter sie verkündet, sondern die Versammlung muß sie zu den ihrigen machen. Ein Beschluß darüber ist also jedenfalls noch nicht gefaßt. Ich muß aber auch dem Herrn Vorsitzenden hinsicht-

lich der Ausführung seiner Geschäftsordnung entgetreten. Nach § 14 unserer Geschäftsordnung gelangen Anträge, soweit sie nicht Änderungen oder Zusätze in bezug auf einen zur Beratung stehenden Gegenstand bezielen, zur Verhandlung nur dann, wenn sie nach ihrer Begründung durch den Antragsteller von sechs Mitgliedern unterstützt sind. Es werden also zwei Arten von Anträgen unterschieden, nämlich solche, die den zur Beratung stehenden Gegenstand betreffen und die ihn nicht betreffen. Diesen Unterschied zu machen, liegt nicht in den Händen des Vorsitzenden, oder der Versammlung, sondern es liegt in den Händen des Antragstellers, ob er zu einem zur Beratung stehenden Gegenstande einen bestimmten Antrag stellen will. Ich kann einen Zusatz zu einer bestimmten Vorlage beantragen, wie das z. B. bei der Lehrergehaltsvorlage hinsichtlich des Turnlehrers geschehen ist, der einem Herrn besonders am Herzen lag, auch sind von der Kommission und der Versammlung eine ganze Reihe sachlicher Zusätze gemacht worden. Einen solchen Zusatz zu machen, steht jedem Mitgliede der Versammlung frei, und deshalb ist es geschäftsordnungsmäßig unzulässig, wenn zu einem Beratungsgegenstande ein Antrag gestellt wird, zu erklären, wir wollen nicht darauf eingehen, sondern den Antrag als selbständigen behandeln. Die Rechte der Minderheit würden hierdurch geschmälert, indem sie mundtot gemacht würde.

**Vorsitzender:** Ich kann meine Ansicht nicht ändern, und halte die Ansicht des Herrn Jasper für grundfalsch. Die Anträge, betreffend die Erhöhung der Besoldung der remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte und der Löhne der städtischen Arbeiter sind eben keine Zusatzanträge zu einem Entwurfe über die Skala der Gehälter der städtischen Beamten, sondern es sind selbständige Anträge, die begründet und von sechs Personen unterstützt werden müssen, ehe sie im Plenum zur Verhandlung gelangen können. Ich frage aber trotzdem die geehrte Versammlung, ob wir die Besprechung über die Skala der Gehälter aufs neue aufnehmen und die beiden Anträge mit zur Beratung stellen sollen? — Die Frage ist von der großen Mehrheit der Versammlung verneint worden. Sie sehen, Sie sind in der Minderheit mit Ihrer Ansicht. Die Auslegung des § 14 der Geschäftsordnung würde unter allen Umständen der Mehrheit überlassen bleiben müssen.

**Herr Jasper** (zur Geschäftsordnung): Ich erhebe Einspruch gegen die Geschäftsführung und dagegen, daß ein Beschluß der Kommission nicht der Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden ist. Ich bitte, meinen Einspruch zu protokollieren.

**Vorsitzender:** Hier wird alles protokolliert. Ich habe über die Sache im ganzen noch nicht abstimmen lassen, weil wir die ganze Materie erst durch-

arbeiten und darauf die noch nicht erledigten Sachen mit zur Abstimmung bringen wollten.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und behandeln zunächst die Einführung einer Veränderungssteuer.

## I. Einführung einer Veränderungssteuer.

Herr **Wolters** (als Hauptreferent der Finanz- und Statutenkommission): Die redaktionelle Fassung der von den vereinigten Kommissionen gefaßten Beschlüsse hat den Kommissionen noch nicht wieder vorgelegen, sondern ist von mir gemacht. Die Einleitung und der § 1 des Entwurfes lauten:

„Auf Grund des § 16 des Gemeindeabgabengesetzes sowie des § 2 der Städteordnung wird mit Zustimmung der Stadtverordneten nachstehendes Statut erlassen:

### 1. Voraussetzung der Steuerpflicht.

#### § 1.

1. Jeder nicht unmittelbar auf Erbschaft beruhende Uebergang des Eigentums an einem im Stadtbezirke belegenen unbebauten oder bebauten Grundstücke mit Ausnahme der Zwangsenteignungen unterliegt einer Steuer („Gemeinde-Veränderungssteuer“) in Höhe von 1 v. H. des Wertes des Grundstücks.

2. Der Eigentumsübergang im Zwangsversteigerungsverfahren begründet die Steuerpflicht nur dann, wenn die Zwangsversteigerung zur Auseinandersetzung zwischen mehreren Miteigentümern dient, oder wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß das Zwangsversteigerungsverfahren in der Absicht durchgeführt ist, der Erhebung der Gemeinde-Veränderungssteuer zu entgehen.

3. Beim Tausche von Grundstücken wird jeder Eigentumsübergang eines im Stadtbezirk liegenden beteiligten Grundstücks besonders besteuert.

4. Die Vorschriften dieses Statuts finden auf den Uebergang des Miteigentums an Grundstücken entsprechende Anwendung.“

Die vereinigten Kommissionen empfehlen, im Eingange des § 1 statt „auf Erbschaft beruhende“ zu setzen: „von Todeswegen erfolgende“, damit Mißdeutungen vermieden werden.

Herr **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Ich habe in der vorletzten Sitzung verstanden, daß erst heute über das Für und Wider der Steuer ge-

sprochen werden sollte, und ich hätte auch wohl erwartet, daß eine Debatte über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Steuer der Spezialberatung vor-  
aufgegangen wäre.

Vorjizender: Ich schlage vor, bei dem § 1 auch zur Generaldebatte zu sprechen.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Herrn Meyerhoff ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir über die prinzipielle Frage schon abgestimmt und dabei eine ausgedehnte Generaldebatte über die Steuer- und die Gehaltsvorlage gehabt haben. Prinzipiell ist also über die beiden Steuern bereits entschieden worden.

Vorjizender: Wir haben darüber abgestimmt, ob sich eine Majorität finde, die die beiden Steuern ablehne. Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte es keinen Zweck gehabt, über die Steuern noch weiter zu beraten. Dabei hat sich gezeigt, daß eine Majorität dafür vorhanden gewesen ist, in die Spezialdebatte über die beiden Steuern eintreten zu wollen. Wer daher noch über die beiden Steuern sprechen will, würde von mir das Wort erhalten.

Herr Esdorn: Bei Beginn der Beratung der Gehaltsvorlage habe ich den Antrag gestellt, die Veränderungssteuer nicht in Höhe von 1 Prozent, sondern nur von  $\frac{1}{2}$  Prozent des Grundstückswertes zu erheben. Ich halte den Antrag aufrecht und begründe ihn damit, daß ich der Meinung bin, wir werden nach den bisherigen Erfahrungen trotzdem so viele Mittel erhalten, um die Gehaltsaufbesserungen durchführen zu können. Eine Reihe von Mitgliedern der Versammlung lehnen allerdings alles ab und sagen, wir haben überhaupt Mittel genug. Dieser Ansicht bin ich nicht, aber ich meine, mit  $\frac{1}{2}$  Prozent werden wir unter Beibehaltung des Sechstels in der Lage sein, auszukommen.

Herr Oberbürgermeister Rethemeyer: Ich glaube, meine Herren, dies wird der springende Punkt in der heutigen Besprechung sein, denn über die Frage, ob eine Veränderungssteuer erhoben werden soll oder nicht, hat die Majorität bereits in bejahendem Sinne entschieden.

Ich möchte vorweg betonen, daß wir im Magistrat nicht so steuergierig sind, um auf Vorrat Steuern ansammeln zu wollen, sondern Sie mögen überzeugt sein, daß wir nur das, was wir für unbedingt erforderlich halten, zu erheben gedenken. Wenn es auf uns allein ankäme, so würden wir uns, davon können Sie überzeugt sein, bemühen, die Wünsche aller Beamten in vollem Maße zu erfüllen, aber über dem Wohl des einzelnen Beamten steht das Wohl des Ganzen, und wenn wir glauben, das Ziel ist mit  $\frac{1}{2}$  Proz. nicht zu erreichen, so weiß ich nicht, was wir anders tun sollen, als die Sache fallen zu lassen.

Herr Meyerhoff hat Ihnen in der letzten Sitzung ein Bild vorgemalt, wonach die Stadt glänzend dastand, und es schien hiernach kaum möglich zu sein, das Geld, das Herr Meyerhoff gefunden hatte, unterzubringen. (Heiterkeit.) So liegen die Verhältnisse aber leider nicht. Herr Meyerhoff hat sich bei seinen Berechnungen leiten lassen von dem Blicke auf den Kassenvorrat des vorigen Jahres. Wenn man solchen Kassenvorrat hat, so läßt sich damit wohl eine Zeitlang wirtschaften, und mit den laufenden Einnahmen auch die jetzt zu bewilligende laufende Ausgabe decken, aber Sie sind alle so erfahren, um zu wissen, daß das Leben von Kassenvorräten nur eine beschränkte Dauer hat. Wenn man wissen will, wie die laufende Bewilligung von 200 000 Mark den Stadtsäckel belasten würde, so muß man den Kassenvorrat überhaupt ausschneiden. Man muß vielmehr von der Ansicht ausgehen, rein theoretisch betrachtet, daß der Kassenvorrat, wie er jetzt erzielt worden ist, sich allmählich gebildet hat aus verschiedenen günstigen Abchlüssen der Vorzeit und auf diese Weise allmählich ein Fonds gesammelt worden ist, der zufällig jetzt zur Verfügung steht. Man muß sich fragen, wie hat die Kämmererkasse in den einzelnen Jahren abgeschlossen ohne Rücksicht auf den Kassenvorrat? Der Kassenvorrat überträgt sich bekanntlich immer auf das zweitnächste Jahr. Wird das erwogen, so kommt ein ganz anderes Bild zutage. Wenn man die Jahre, in denen die erhebliche Steigerung der Einnahmen durch Ueberweisungen des Staates zu den Schulkosten und aus der Staatssteuer außer Betracht läßt, weil das ein schiefes Bild geben würde, so kommen die Jahre 1903/04 bis 1907/08 in Betracht, und wenn Sie da die Zahlen ansehen, so ergibt sich ohne Berücksichtigung des jeweiligen Kassenvorrats, der nebenbei bemerkt im Jahre 1903/04 mit 203 000 Mark übernommen wurde, bei der Rechnung für 1903/04 ein Defizit von 49 000 Mark, im Jahre 1904/05 ein Defizit von 52 000 Mark, 1905/06 ein Ueberschuß von 11 000 Mark, 1906/07 ein Ueberschuß von 60 000 Mark und 1907/08 ein solcher von 235 000 Mark. Unter Hinzunahme der Ueberschüsse aus den Vorjahren ergibt sich dann 1907/08 ein Kassenvorrat von 400 000 Mark.

Wie soll nun der Magistrat die dauernde Mehrausgabe von 200 000 Mark decken, wenn nicht zufällig wieder so ein günstiges Jahr kommt, wie das vorige? Es würde nichts anderes übrigbleiben, als entweder die Gemeinde-Einkommensteuer zu erhöhen — und dafür hat sich hier noch niemand gefunden — oder der Schulhausbaufonds muß bluten, d. h. wir lassen ihn in seinem Bestande zugrunde gehen und erklären, daß wir unsere Ausgaben mit anderen Mitteln nicht mehr decken können. Ich habe nun eine Uebersicht anfertigen lassen über das Resultat der Geschäftsführung des Schulhausbaufonds. Hierbei muß, wie ich schon früher erklärte, der Kassenbestand entscheidend sein, der am Schlusse eines jeden Jahres erzielt worden ist. Dieser

hat aber betragen in den letzten fünf Jahren 170 000 M., 249 000 M., 291 000 Mark, 248 000 M. und 212 000 M., so daß ein ungesundes Wachsen des Kassenbestandes nicht vorliegt. Es kann uns auch niemand den Vorwurf machen, wir hätten mit den Mitteln des Schulhausbaufonds leichtsinnig gewirtschaftet und dadurch einen verhältnismäßig geringen Bestand erzielt. Wenn Sie diesen Kassenvorrat näher ansehen, so werden Sie anerkennen müssen, da der Kassenbestand gegebenenfalls immer annähernd derselbe geblieben ist, daß eine dauernde Belastung dieses Fonds mit 200 000 Mark völlig unmöglich wäre, weil dann der Kassenbestand in einem Jahre vollständig aufgebraucht sein würde. Ich möchte daher grundsätzlich warnen, den Schulhausbaufonds jetzt schon als Hilfsmittel anzusehen, um die Mittel zur Abwendung einer dauernden Belastung der Stadt zu beschaffen.

Ich glaube, die Höhe der städtischen Schuld ist in der Tat schon groß genug geworden. Wir haben rund 25 Millionen Mark Schulden, die durch Obligationen gedeckt werden. Durch die in den letzten Jahren ausgeführten Bauten hat sich die schwebende Schuld um rund zwei Millionen Mark erhöht. Das sehen Sie daraus, daß allein unser Extraordinarium heute mit einem Fehlbetrage von ungefähr einer Million Mark abschließt. Dieser schwankt fortwährend und hat nur dadurch gedeckt werden können, daß wir alle irgendwie bereiten Mittel — dazu gehören insbesondere die verhältnismäßig hoch dotierten Reserve- und Erneuerungsfonds der Gas- und Wasserwerke, sowie auch Legate, die uns für den Bürgerpark überwiesen worden sind u. — zusammengefaßt haben, um der Aufnahme einer weiteren Anleihe überhoben zu sein. Es ist das aber auch nur dadurch möglich gewesen, daß wir gleichzeitig Anleihen in Form kleiner Darlehen aufgenommen haben in Höhe von mehr als eine Million Mark. Diese Schuld ist schon kontrahiert und die andere Schuld aus dem Abschlusse des Extraordinariums ist einstweilen nur eine schwebende und hat nur dadurch können gedeckt werden, daß Vorräte vorhanden gewesen sind.

Heute betragen unsere Schulden über 27 Millionen Mark. Wer aber den Mut hat, zu sagen, das könne ruhig so weiter gehen, dem kann ich nur gratulieren. Ich vermag dieser Ansicht nicht zuzustimmen. Wir haben alle Veranlassung, dauernde größere Belastungen der Stadt zu vermeiden, und das können wir nur dann, wenn wir Aufwendungen, soweit es sich nicht handelt um solche für direkt verbundene Zwecke, aus den vorrätigen, im Laufe der Zeit angesammelten Mitteln, bestreiten. Der Magistrat hat auch meiner Ansicht zugestimmt, daß, wenn wir größere Aufwendungen, die noch weiter erforderlich werden, z. B. für eine stärkere Instandsetzung der Straßen und auch für solche Sachen, die wir bisher etwas leichten Herzens aus dem Extraordinarium be-

stritten haben, insbesondere Straßendurchbrüche, nicht mehr durch Anleihe decken wollen, uns nichts anderes übrig bleibt, als den Schulhausbaufonds mit heranzuziehen. Wir können das auch unbedenklich tun, weil wir jeden Augenblick in der Lage sind, zu prüfen, ob der Moment für derartige große Aufwendungen richtig gewählt ist. Die unglückliche Uebertragung des Kassenvorrats in das zweitnächste Jahr verdunkelt das Bild der Stadtkassenrechnung in unangenehmer Weise. Ich möchte wohl wissen, ob die Herren vollständig im klaren gewesen sind bei der Uebersicht über den Kassenabschluß; ich würde keinem einen Vorwurf daraus machen, wenn er die Frage verneinte. Wir täten am besten, die Ueberschüsse mit dem Schulhausbaufonds zu verbinden, um, wie in manchen preussischen Städten, einen Ausgleichsfonds zu schaffen. Dann kann man sagen, wir haben rechnungsmäßig so viel Geld liegen und können uns die Ausgaben gestatten. Wir haben dann auch die Möglichkeit, daß wir in schlechten Zeiten, wenn wir nicht sofort zur Steuererhöhung greifen möchten, aus diesem Fonds unbedenklich einen Teil in das Ordinarium überführen können, um den Etat zur Balance zu bringen. Alle diese Gründe führen mich dahin, zu sagen — und der Magistrat ist mit mir derselben Ansicht — daß es im höchsten Grade wünschenswert wäre, den Schulhausbaufonds nicht nur auf seiner jetzigen Höhe zu erhalten, sondern ihn noch weiter zu kräftigen. Sie können nun sagen, der Schulhausbaufonds werde in den nächsten Jahren mehr Mittel bekommen, als bisher, weil ihm die ihm zugedachten Mittel in der letzten Zeit zu einem erheblichen Teile entzogen sind und zwar dadurch, daß wir das Gaswerk aus dessen Ueberschüssen gebaut haben. Das erkenne ich ohne weiteres an, aber jetzt schon zu sagen, von dem Jahre ab kann eine stärkere Belastung des Schulhausbaufonds zu den laufenden Ausgaben Platz greifen, bin ich nicht imstande. Es mag sein, daß das bei dem Umbau der Gasanstalt von uns eingeführte Verfahren, nach dem wir die für den Bau veranschlagten 1 200 000 Mark ohne die geringste Anleihe aufbringen, zu weit gegangen ist in der Sparsamkeit; aber andererseits muß man doch wohl zustimmen, daß es für einen Beamten, der die Pflicht hat, für die Finanzen der Stadt zu sorgen, nichts schöneres und größeres geben kann, als wenn er zu erklären vermag, wir haben das aus ersparten Mitteln bestreiten können. Auch für das neue Wasserwerk im Süden der Stadt haben wir schon ansehnliche Mittel bereitgestellt, wenn sie auch noch nicht vollständig beisammen sind, sondern noch gesammelt werden müssen. Immerhin glaube ich, daß über die Mittel des Schulhausbaufonds erst dann Verfügung getroffen werden kann, wenn wir sie in den reservierten Topf hineingetan haben; nicht aber dürfen wir eine jährliche Schuld von 200 000 Mark auf uns nehmen und sagen, wir wollen sehen, ob wir nicht den Betrag zum großen Teile aus dem Schulhausbaufonds nehmen

können. Ich möchte sehr bitten, hierauf Rücksicht zu nehmen, ich weiß sonst nicht, wie wir die Mittel beschaffen sollen.

Außer diesen Ausgaben für Gehälter steht uns ohne Frage noch eine weitere Ausgabesteigerung bevor. Ich habe schon in einer früheren Sitzung gesagt: im Durchschnitt der letzten zehn Jahre sind unsere Ausgaben um 150 000 Mark jährlich gewachsen, während die laufenden Einnahmen aus den Steuern nicht im gleichen Maße gewachsen sind, und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Bei der Statsbearbeitung bin ich jetzt zu der Ansicht gekommen, daß bei den verschiedensten Verwaltungen der Stadt Mehrforderungen gestellt werden, die man zusammen mit den Gehaltserhöhungen nicht bestreiten kann, ohne neue Steuern einzuführen.

Die Herren, die entschieden gegen die Erhebung einer Veränderungssteuer von 1 Prozent sind, möchte ich darauf hinweisen, daß eine derartige Steuer leichter zu tragen ist, als z. B. eine erhöhte Grundsteuer, die alle Jahre wiederkommt und den Grundbesitzer unausgesetzt belastet, während es ein leichter Entschluß ist, bei dem Kaufe eines Hauses für 60 000 Mark dem Staate und der Stadt eine Steuer von je 600 Mark zu zahlen. Die Leute, die das hart trifft, kaufen sich im Leben vielleicht ein oder zwei Mal ein Haus, und mit dem, der nur aus Spekulation Häuser kauft, habe ich kein so großes Mitleid. Man sollte sich deshalb auf den Standpunkt stellen, zu sagen: Lieber den Einwohnern die einmalige harte Ausgabe auferlegen, als die anderen Steuern dauernd zu erhöhen. Ein etwa nötig werdender Ausgleich läßt sich sehr leicht dadurch erzielen, daß Sie auf die Idee des Herrn Referenten eingehen und sagen, wenn es demnächst möglich sein sollte, was ich selber dringend wünsche, dann wollen wir lieber die Kanalsteuer, deren Höhe festzusetzen uns überlassen ist, ermäßigen, weil sie der Gesamtheit der grundbesitzenden Bevölkerung zugute kommt. Ich möchte also bitten, die Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent zu bewilligen.

Herr Meyerhoff: Es wird mir nicht leicht werden, gegen diese Darlegungen anzukommen. Jedenfalls konnten uns diese Vorlagen zu keiner ungelegeneren Zeit kommen, als mit den Ueberschüssen zusammen, und auch für die Bürgerschaft gibt es keine ungelegenerer Zeit als jetzt, wo Handel und Gewerbe sich im Niedergange befinden. Ich habe schon früher angedeutet, wie darüber wegzukommen wäre, und ich habe jetzt auch einen entsprechenden Antrag überreicht. Der Herr Oberbürgermeister hat uns vorgerechnet, welchen Rassenvorrat die letzten fünf Jahre ergeben haben, woraus ich entnehme, daß eine Steigerung des Stats gegen 1903/04 von 100 000 Mark stattgefunden hat. Meine Angaben in der vorletzten Sitzung — Seite 390 des Berichtes — sind hier bemängelt worden, jedoch habe ich gleich dabei bemerkt, daß es dabei auf



100 000 Mark nicht ankomme. Ich habe immer fest damit gerechnet, daß, auch als von den Gehalts erhöhungen noch keine Rede war, zur Balanzierung des Etats 100 000 Mark dem Schulhaufonds sollten entnommen werden. Wie man nun jetzt so plötzlich davon abgehen und jagen kann, wir können und wollen das nicht, trotzdem der Herr Oberbürgermeister zugesteht, daß der Schulhaufonds, nachdem das Gaswerk gebaut ist, es vertragen kann, das begreife ein anderer. Meiner Ansicht nach könnte der Schulhaufonds noch viel mehr Mittel hergeben. Der Herr Oberbürgermeister sagt auch, wir wollten die Kosten für Straßendurchbrüche zc. nicht durch Anleihe decken; wenn wir uns aber stets auf den Standpunkt stellen wollen, alles der lebenden Generation aufzubürden, so werden unsere Steuern immer noch mehr wachsen und wir kommen gar nicht mehr heraus. Andere Großstädte, wie z. B. Hamburg, decken eine Masse Aufwendungen durch Anleihe und überlassen es nicht der lebenden Generation, die Kosten allein aus den Steuern zu holen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob wir eine Anleihe aufnehmen und verzinsen die 200 000 Mark oder wir ersparen sie aus dem Gas- und Wasserwerke. Wir haben doch schon  $1\frac{1}{2}$  Millionen für das Wasserwerk und 500 000 Mark für das Gaswerk herausgespart. Sodann höre ich immer, die Kanalsteuer solle eventuell ermäßigt werden, die Mär höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn ich überzeugt wäre, daß die Versammlung in zwei Jahren ebenso zusammengesetzt wäre, wie heute, könnte ich dem beinahe zustimmen. Wer verbürgt sich dafür, daß solches Versprechen erfüllt werden wird? Bringen Sie mir ein Beispiel dafür, daß Sie eine Steuer heruntergesetzt haben. Das ist für mich Brief und kein Geld, darauf gehe ich nicht ein. (Seiterkeit.)

Der Herr Oberbürgermeister sagt ferner: wenn sich jemand ein Haus kaufen wolle für 60 000 Mark, dann sei es nicht schlimm, noch 1200 Mark mehr für Steuern auszugeben. Auf diesen einmaligen oder zweimaligen Käufer nehme ich keine Rücksicht, der ist mir gleichgültig, aber nicht gleichgültig ist es mir, daß durch solche Maßregel der Umsatz und die Veräußerlichkeit des Grundbesitzes ungeheuer erschwert wird. Im Landtage ist die Vorlage des Herzoglichen Staatsministeriums, daß diese Steuern ein Vorrecht genießen sollten wie alle anderen Steuern, von der Justizkommission zurückgewiesen worden. Was gibt solche Steuer für eine Beunruhigung auf dem Hypothekemarkt, wenn der Inhaber der ersten Hypothek damit rechnen muß, daß er bei etwaigem Erwerbe eines Grundstücks noch 2 Prozent Veränderungssteuer aufzubringen hat. Das ist für mich der schwerwiegendste Grund gegen eine solche Steuer. Beste zweite Hypotheken, ja selbst erste Hypotheken sind heute schon schwer zu haben, und durch eine derartige Steuer erschweren Sie nur den Grundstücksmarkt und machen es den Hypothekendarleihern noch schwerer, Geld

auf Grundstücke zu geben; diese ziehen sich schließlich noch ganz zurück und nehmen lieber  $\frac{1}{2}$  Prozent Zinsen weniger, indem sie ihr Geld in Wertpapieren anlegen und Coupons abschneiden. Ich spreche hier nicht für mich, Gott bewahre, für mich könnte die Welt sein, wie sie wollte (Geiterkeit), aber die Belastung der Allgemeinheit kann ich nicht billigen; ich möchte daher bitten, die Steuer abzulehnen.

Es handelt sich hier um eine der größten und brutalsten Steuern, die es gibt, sie nimmt keine Rücksicht, denn Sie können an einem Grundstücke 50 000 Mark verlieren, die Steuer wird doch erhoben. Es ist eine rohe, brutale Steuer, das spreche ich offen aus, mit der ich mich nicht befreunden kann, und die den Grundbesitz am schlimmsten belastet.

Ich habe hier eine Broschüre „Kritik der Bodenreform“, worin steht: Man findet bei allen Magistraten Schriften von Damajchke, Henry George und Genossen, aber sucht mal in den Magistraten nach, ob auch die Gegenschriften da sind! (Herr Stadtrat von Frankenberg, dieselbe Broschüre hochhebend: Hier!) Das ist nur eine Schrift, ich habe aber noch viel mehr. Folgen Sie nur Damajchkes heiligen Spuren, so machen Sie einen Konsens aus den beiden Steuern. Damajchke ist nur für Steuern zu haben, die den Grundbesitz belasten, und statt der jetzigen Grundsteuer will er die Grundsteuer nach gemeinem Werte in Verbindung mit der Wertzuwachssteuer. Wenn Sie nur konsequent wären und ihm hierin folgten! Aber es hat vielleicht zu viel Arbeit gemacht, denn jetzt reißen Sie hier einen Brocken ab und bringen uns die Veränderungs- und die Wertzuwachssteuer. Diese Art und Weise des Vorgehens kann ich nicht billigen, weshalb ich die Versammlung bitte, beide Steuern abzulehnen. Wenn mir übers Jahr bewiesen wird, daß die Steuern nötig sind, so bin ich bereit, sie zu bewilligen und daran mitzuarbeiten. (Rufe: Na, na!) Wenn ich ein Versprechen gebe, so halte ich es auch, wie ich das bisher jedem gegenüber getan habe. Übers Jahr können wir vielleicht über eine neue Form der Grundsteuer sprechen, aber was wir heute machen, ist Flickwerk.

Vorsitzender: Der Antrag Meyerhoff lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Beschlußfassung über die beiden Steuervorlagen auszusprechen.“

Ein solcher Antrag ist formell unmöglich, nach meiner Auffassung könnte er nur lauten:

„Die Versammlung beschließt, die Beschlußfassung über die Steuern auszusprechen.“

Sie können den § 1 der Steuervorlage heute ablehnen, indem Sie damit sagen wollen, wir setzen jede Beschlußfassung aus, bis der Stadthaushaltsplan für 1908/09 ausgeführt worden ist.

Herr M e h r h o f f : Mit der Abänderung meines Antrages bin ich einverstanden.

Herr R o b t : In der vorletzten Sitzung — Seite 388 des Berichtes — habe ich den Antrag gestellt, die Deckung der Mehrausgaben für Erhöhung der Beamtengehälter in der Weise zu bewerkstelligen, daß zunächst 100 000 Mark aus dem Ueberschusse des Gas- und Wasserwerkes und 120 000 Mark aus der Veränderungssteuer genommen werden, was letztere aber mehr einbringt, zur Ermäßigung der Kanalsteuer zu verwenden. Der Herr Oberbürgermeister hat uns nun allerdings nachzuweisen versucht, daß der Schulhausbaufonds eine dauernde Belastung nicht vertragen könne, aber ganz überzeugt bin ich davon doch noch nicht, und ich glaube, daß wir versuchen müssen, den Schulhausbaufonds bei dieser Vorlage mit heranzuziehen. Mein Antrag ist ein Vermittlungsantrag, dem auf allen Seiten der Versammlung zugestimmt werden kann. Es hat sich wohl zur Genüge ergeben, daß ein Teil der Herren dafür ist, das eine Prozent Veränderungssteuer schlanke zu bewilligen, während ein Teil dagegen ist, also den § 1 ablehnen will. Meinem Vermittlungsvorschlage können auch diejenigen Herren zustimmen, die für Bewilligung des einen Prozentes sind, selbst wenn dieses abgelehnt werden sollte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat versucht, uns den Nachweis zu liefern, daß der Schulhausbaufonds keine weiteren Belastungen verträgt, resp. in bisheriger Höhe erhalten werden müßte; ich glaube aber, wir nehmen die Summen gar nicht aus dem Schulhausbaufonds, sondern aus dem Gewinne der beiden Werke und führen dem Schulhausbaufonds nur so viel weniger zu. Es dürfte das um so eher angängig sein, als unsere Ueberschüsse aus den Gaswerken stets eine steigende Tendenz gehabt haben. Ich glaube auch, daß diese Steigerung in Zukunft noch anhalten wird, denn mit dem Neubau des Gaswerkes an der Taubenstraße, der 1 200 000 Mark gekostet hat, wollen wir doch eine Vergrößerung des Gaswerkes erzielen und zugleich sparsamer wirtschaften. Demnach müßten wir eigentlich noch größere Ueberschüsse erzielen, weshalb wir sehr wohl dauernd 100 000 Mark daraus entnehmen können, um die Gehaltsvorlage teilweise damit zu decken. Von der Wertzuwachssteuer ist bis jetzt noch keine Rede gewesen, und Sie werden mir auch erwidern, das sei Zukunftsmusik, was ich zugeben will. Wenn wir aber wirklich dauernde und größere Beträge aus dem Gaswerke erzielen, so könnten wir sie immerhin mit dazu verwenden, um die dauernde Mehrausgabe aus der Gehaltsvorlage zu decken, und könnten später das Ergebnis aus der Wertzuwachssteuer benutzen, um dem Schulhausbaufonds die Beträge wieder zuzuführen. Den Ueberschuß aus der Veränderungssteuer im geschätzten Betrage von 54 000 Mark will mein Antrag zur Ermäßigung der Kanalsteuer verwendet sehen. Diejenigen Grundbesitzer,

welche auf Spekulation bauen, haben meine besondere Sympathie auch nicht, sondern nur diejenigen, welche ihre Häuser längere Zeit im Besitz haben und die wir mit der Vorlage ebenfalls belasten. Diesen Grundbesitzern möchte ich auf andere Weise entgegenkommen, und deshalb habe ich den Antrag so formuliert, daß ein Teil der Veränderungssteuer der Gesamtheit der Grundbesitzer wieder zugute kommen und die Kanalsteuer ermäßigt werden soll. Ich bitte Sie, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Vorsitzender: Wir können bei dieser Gelegenheit aber unmöglich beschließen, daß dem Schulhausbaufonds 100 000 Mark entnommen werden sollen, da das nicht in den Rahmen des vorliegenden Gesetzes gehört. Das kann nur durch besonderen Antrag gemacht werden, der auch als selbständiger Antrag zu behandeln sein würde.

Herr Probst: Wenn das nicht anders geht, so muß ich mich fügen.

Herr Wolters: Ich möchte an diesen Antrag anknüpfen, ohne besondere Schlüsse daraus zu ziehen, sondern ihn nur insofern erwähnen, als er für die finanzielle Auseinandersetzung von Bedeutung ist. In der Tat würde unser Bedarf und dessen Deckung durch die Veränderungssteuer folgendermaßen liegen. Sollte der Magistrat 1 Prozent der Veränderungssteuer erhalten, so würden wir unter Verzicht auf das Sechstel etwa 174 000 Mark bekommen und bei  $\frac{1}{2}$  Prozent etwa 87 000 Mark. Wenn Herr Meyerhoff sagt, er wünsche den Zeitpunkt der Entschließung hinausgeschoben zu sehen, bis der Exekutivetat für 1908/09 vorliege, so ist das etwa in Jahresfrist, also Oktober 1909. Wir können doch aber nicht ein Jahr warten, bis wir endgültig über die Gehaltsvorlage beschließen, sondern wir haben ins Auge zu fassen, wie es werden soll, wenn sich ein Ueberschuß ergibt. Wenn wir dagegen heute die ganze Beschlufsfassung aussehten, so brächte uns das wieder an den Anfang unserer Verhandlungen zurück. Ferner wollte Herr Meyerhoff eine Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters insofern kritisieren, als hätten unsere Steuern z. jährlich 100 000 Mark mehr eingebracht, und wollte daraus schließen, daß wir auch mit 100 000 Mark auf das Ordinarium zurückgreifen könnten. Den Mehreinnahmen stehen doch aber auch Mehrausgaben gegenüber, und es handelt sich deshalb gar nicht um einen regelmäßigen Ueberschuß. Gerade durch das Uebernehmen der Ueberschüsse aus den Vorjahren sind die bedeutenden Ueberschüsse erwachsen. (Redner führt dafür Beispiele an.) Der letzte Ueberschuß von 401 000 Mark ist auch in dieser beträchtlichen Größe dadurch entstanden, daß wir 164 000 Mark mit aus den Vorjahren übernommen haben. Die Leistungsfähigkeit des Schulhausbaufonds hat Herr Meyerhoff besonders betont und darauf hingewiesen, daß wir dauernd daraus 100 000 Mark jährlich

entnehmen könnten. Diejen Ausführungen möchte ich folgendes entgegenhalten: Nach dem Etat für 1908/09 wird der voraussichtliche Bestand des Schulhausbaufonds am 31. März 1909 betragen 141 730,69 Mark. Was für Einkünfte haben wir später noch daraus zu erwarten, resp. was hat er außer den regelmäßigen Beträgen für Schulbauten künftig noch an Rückstellungen für die bevorstehenden technischen Erweiterungsbauten der Gas- und Wasserwerke zu leisten? In den letzten beiden Jahren haben wir an regelmäßigen Ausgaben aus dem Fonds bestritten: 1907/08 = 450 800 Mark und 1908/09 = 385 800 Mark, zusammen 836 600 Mark. Das bringt auf ein Jahr rund 400 000 Mark an regelmäßigen jährlichen Bauten. In welcher Weise wird der Fonds nun künftig dotiert sein, und zwar mit Rücksicht darauf, daß wir die Rückstellungen für die Gas- und Wasserwerke haben? Ich habe mit den beiden Leitern des Gas- und Wasserwerkes an Hand des Berichts für 1907/08, der im Bürtzenabzug vorlag, einmal zusammengestellt, wie sich für die nächsten Jahre die Reservefonds der Werke gestalten werden, und hin zu folgendem Ergebnisse gekommen: Wir haben beschlossen, für das neue Gaswerk insgesamt 1 319 000 Mark zu verbauen und zwar sind bewilligt worden einmal 1 219 000 Mark und später noch einmal 100 000 Mark für solche Bauten, die größtenteils einen provisorischen Charakter haben. Bei dem Gaswerke hat der Reserve- und Erneuerungsfonds am 1. April 1908 betragen 814 452 Mark, dazu kommt die zu diesem Fonds überwiesene Rückstellung von 240 000 Mark aus dem Betriebsjahre 1908/09, so daß wir im ganzen aus den disponibeln Mitteln für das Gaswerk zur Verfügung haben 1 054 452 Mark. Davon gehen ab die Kosten für die regelmäßige Unterhaltung der Gasmesser zc. mit 54 000 Mk. Bis zum 1. April 1909 werden an Kosten für die großen Betriebsbauten rund 900 000 Mk. bezahlt sein, so daß wir vom 1. April 1909 an gerechnet noch 419 000 Mark für Bauten nötig haben werden. Am 1. April 1909 würde der Erneuerungs- und Reservefonds des Gaswerkes 102 138 Mark betragen. Die Summe von 419 000 Mark ist bewilligt. Wann die Ausführung stattfinden wird, erscheint zweifelhaft, ob es im nächsten Jahre oder 1910 oder 1911 geschieht, steht noch nicht fest. Sobald es technisch für richtig befunden wird, wird gebaut oder noch hinausgeschoben werden. Für das Jahr 1909/10 wird nach dem Beschlusse der Deputation vom 13. November eine Summe von 240 000 Mark dem Reservefonds überwiesen werden. Als Ergebnis dieser Ausführungen habe ich Ihnen also folgendes mitzuteilen: wir haben, wenn es zur Ausführung der bewilligten Bauten kommen wird, die Mittel wenigstens für das Gaswerk noch lange nicht zur Verfügung. Den Reservefonds stärker, als wie beabsichtigt, zu dotieren, ist nicht möglich, denn der Schulhausbaufonds hat Ueberweisungen im bisherigen Umfange auch künftig nötig.

Ich darf noch hinzufügen, daß die Einkünfte des Gaswerkes künftig vielleicht nicht mehr so groß sein werden, weil der Absatz etwas geringer geworden ist. Im November haben wir etwa 90 000 Kubikmeter weniger an Gas abgesetzt als im Jahre vorher, und im ganzen dürfte der Minderabsatz etwa 300 000 Kubikmeter betragen. (Bewegung.)

Was die Anleihebedürftigkeit der Stadt betrifft, so meint Herr Meyerhoff, weshalb wir nicht auch unsere Nachkommen mit der Verzinsung einer Anleihe belasten sollen. Eine Anleihe für eine werbende Anlage zu machen ist statthaft, aber für dauernde Kosten, also Beamtengehälter, unangebracht. Wenn wir 200 000 Mark jährlich an Mehrausgaben in den ordentlichen Etat einstellen müssen, so können wir dafür unmöglich eine Anleihe aufnehmen.

Der Vorschlag des Herrn Probst, 1 Prozent an Veränderungssteuer zu erheben mit 174 000 Mark und 100 000 Mark dem Schulhausbaufonds zu entnehmen, zusammen also 274 000 Mark bereitzustellen, den Ueberschuß aber zur Ermäßigung der Kanalsteuer zu verwenden, hat uns auch in der Kommission beschäftigt. Diese Idee wurde aber von Herrn Meyerhoff dadurch bekämpft, daß er sagte: wir glauben nicht daran, daß später die Kanalsteuer ermäßigt werden wird. Weshalb das Mißtrauen? Wir haben die Möglichkeit doch absolut in der Hand, denn wir brauchen nur bei der Statsberatung dagegen zu stimmen. Wenn die Mehrheit für die Ermäßigung ist, so kann die Kanalsteuer in bisheriger Höhe nicht erhoben werden. Ist sie dagegen, so bleibt's beim alten.

Herr Meyerhoff hat recht, wenn er sagt, es werde zweifellos die Veräußerungsmöglichkeit der Grundstücke durch Einführung der Veränderungssteuer schlechter werden; aber ich weise darauf hin, daß trotzdem im allgemeinen gegenüber anderen Städten die Belastung des Grundbesitzes hier nicht hoch ist. Es war in der vorletzten Sitzung bezweifelt, daß es sich so verhalten soll, wie ich vorgetragen habe. Herr Meyerhoff meinte, es wären die staatlichen Steuern vergessen. Man muß hierbei aber doch nur die *Gemeindesteuern* zusammenfassen, es gibt sonst ein absolut falsches Bild, oder es müßten alle Staatssteuern hinzugerechnet werden. Nehmen Sie aber nur die von der Gemeinde erhobenen Steuern, so ist die von mir angegebene Verhältniszahl von 17 Prozent richtig. Im Jahre 1906/07 beträgt die den Grundbesitz belastende Steuer gegenüber den anderen Steuerarten noch weniger, nämlich 16,9 Prozent und 1907/08 nur 16,26 Prozent. Im laufenden Jahre, das natürlich nur Anschlagsszahlen hat, ist das Verhältnis zugunsten der den Grundbesitz belastenden Steuern weiter verändert und zwar im wesentlichen dadurch, daß die Einkommensteuer wieder höher ausgeschrieben ist und wir die 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds in das Ordinarium übernommen haben, denn jetzt werden nur 14,89 Prozent Steuern vom Grundbesitz erhoben.

Herr Meherhoff hat den Geist Damajchkes zitiert. So weit wie Damajchke wollen wir aber alle nicht gehen, und in sehr vieler Hinsicht ist er uns nicht maßgebend gewesen. Damajchke und die mit ihm marschierenden Bodenreformer erscheinen auch uns sehr einseitig, man kann sogar sagen tendenziös; wir haben daher die weitergehende Ansicht von Damajchke abgelehnt, und auch der Magistrat sowie die vereinigten Kommissionen haben sich seine Ansicht bei der Wertzuwachssteuer nicht zu eigen gemacht.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte im Anschluß an den Vortrag des Herrn Referenten eine Richtigstellung vornehmen bezüglich des Reservefonds der Gas- und Wasserwerke. Er sagte, der Reservefonds des Gaswerkes hätte am 31. März 1908 betragen 814 000 Mark. Dieser Betrag entspricht allerdings dem Berichte, den die Direktion der Licht- und Wasserwerke in diesen Tagen an die Verwaltungsdeputation erstattet hat, jedoch ist die Zahl nicht richtig. Der Reserve- und Erneuerungsfonds zusammen hat am 1. April 1908 betragen 487 693 Mark, und diese auffallende Differenz erklärt sich durch die verschiedenen Buchungen bei dem Gaswerke und bei der Stadthauptkasse. Wenn nämlich zu Lasten des Reservefonds, der bekanntlich bei der Stadthauptkasse verwaltet und von uns einstweilen als Betriebskapital benutzt wird, im Laufe eines Jahres Ausgaben verwilligt werden, so schießt die Stadthauptkasse diese vor, und erst nach Abschluß des Jahres rechnen wir mit dem Werke ab. Deshalb wird erst nach Abschluß des Rechnungsjahres der Direktion Mitteilung davon gemacht, welches der wirkliche Bestand des Reservefonds am 31. März 1908 gewesen ist, und das waren 487 693 Mark. Das Mehr ist im vorigen Jahre für den Grunderwerb und die Bauten des neuen Gaswerkes ausgegeben. In Zukunft muß die Direktion der Licht- und Wasserwerke früher mit dem wirklichen Stande des Fonds bekannt gemacht werden, damit sie den Reservefonds zu gleicher Zeit mit der Stadthauptkasse feststellt. Einen sachlichen Einfluß hat die verschiedene Buchung übrigens nicht.

Bei der Bemerkung des Herrn Referenten, daß mit einem Zurückgehen der Einnahmen des Gaswerkes zu rechnen sei, ertönte bei verschiedenen Herren ein mißfälliges Gemurmel. Ich kann den Herren das nicht verdenken, muß aber anerkennen, daß der Herr Referent recht hat. Man ist bei den Anschlägen immer sehr vorsichtig gewesen, das rührt noch her aus der Zeit des guten seligen Reuter, der sehr gern mit guten Abschläffen debütieren wollte. Das mag ganz schön sein, aber es ist noch nicht dagewesen, daß in einem Jahre das Quantum an Einnahmen für Leuchtgas den Anschlag nicht erreicht hätte, und dieser Fall ist im vorigen Jahre zum ersten Male eingetreten. Wem wir das zu verdanken haben, wissen wir (Heiterkeit); es schadet aber nichts, denn wir

haben von der Seite auch wieder Einnahmen zu erwarten. Glücklicherweise hat sich der Konsum an Kochgas gesteigert, so daß unser Abschluß noch ganz gut wird.

Herr Meherhoff meinte, die Veränderungssteuer sei roh und brutal, das ist jede Steuer, glauben Sie ja nicht, daß irgend eine Steuer eine Annehmlichkeit ist. (Heiterkeit.) Wir können leider nicht ohne Steuern auskommen, und haben bei dem Suchen nach Steuern die Ueberzeugung gewonnen, daß diese noch die erträglichste Steuer ist. Daß diese Steuer den Zorn des Herrn Meherhoff erregt hat, tut uns leid, wir können aber keinen anderen Vorschlag machen. Wenn wir von Herrn Meherhoff jetzt einen Wechsel auf die Zukunft akzeptieren sollen, so darf der Magistrat darauf nicht eingehen. Dabei schlage ich Herrn Meherhoff auch mit seinen eigenen Worten: wer weiß, wer von uns in einem Jahre noch hier ist? Ob es dem Magistrate demnächst gelingen würde, über die Art einer anderen Steuer Uebereinstimmung in der Versammlung zu finden, kann heute niemand garantieren. Ich sehe deshalb keine andere Möglichkeit: wir müssen in den sauren Apfel beißen, wenn wir die Mehraufwendungen für Gehälter aufbringen wollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß das Steigen unserer Einkommensteuer nicht allein dem zunehmenden Wachstum der Bevölkerung oder deren Einkommen zuzuschreiben ist, sondern auch dem Umstande, daß wir notgedrungen im Laufe des letzten Jahrzehnts wiederholt den Einheitsfuß der Steuer heraufgesetzt haben. Wir haben den Einheitsfuß einmal heruntergesetzt — und da ist das Gedächtnis des sonst so gedächtnisstarken Herrn Meherhoff einmal in die Brüche gegangen — wir waren nämlich im Jahre 1899 in der Lage, den Steuerfuß auf  $8\frac{1}{2}$  Einheiten herunterzusetzen, sind aber seit 1905/06 auf  $10\frac{1}{2}$  Einheiten angekommen, und diesen Satz möchten wir unter keinen Umständen noch weiter erhöhen. Das hat uns dahin geführt, nach anderen Steuerquellen zu suchen, und dieses Vorgehen steht im Einklange mit der Landesgesetzgebung, wodurch die Gemeinden auf den Weg gedrängt werden, die Einkommensteuer nicht so ausschließlich als melkende Kuh zu betrachten, wie früher. Ich bin der Meinung des Herrn Meherhoff, daß die Einkommensteuer längst nicht eine so brutale Steuer ist, wie manche andere, und wenn wir allein auf der Welt wären und uns nicht andere Gemeinden unsern steuerkräftigen Zuzug wegfangen, so könnten wir recht gut noch eine Erhöhung der Einkommensteuer vornehmen. Daran ist unter den vorliegenden Verhältnissen nicht zu denken, weshalb wir uns auf dem augenblicklichen Stande behaupten müssen.

Es ist auch gesagt worden, die Steuervorlagen wären wegen des guten Rechnungsabchlusses für 1907/08 zur Unzeit gekommen. Das mag sein, aber manche Dinge kommen auch zur rechten Zeit, und da ist dem Magistrate nicht



nur Damaskus und Henry George, sondern auch das statistische Jahrbuch der deutschen Städte zur rechten Zeit ins Rathaus gekommen. Wir können daraus ersehen, daß die Stadt Braunschweig in bezug auf die Belastung des einzelnen Einwohners noch recht günstig gestellt ist, und wir wollen nur hoffen, daß es so bleibt. Es finden sich in dem das Jahr 1904/05 behandelnden Jahrbuche fünf Gruppen mit mehr als 40 Mark Steuerleistung auf den Kopf der Bevölkerung, und wir können uns freuen, daß wir noch nicht so weit sind, wie Frankfurt a. M., Wiesbaden, Elberfeld usw. Die Stadt Braunschweig steht dort mit 20 bis 25 Mark pro Kopf der Bevölkerung verzeichnet.

Nun wird es von besonderem Interesse sein, zu hören, wie die Veränderungssteuer seitens der Gemeinden im Deutschen Reiche durchgeführt ist und gewirkt hat. Es ergibt sich, daß von 53 deutschen Städten nur 8 — in Süddeutschland überhaupt keine — solche Steuer nicht erheben. Aber in sehr vielen anderen Städten spielt sie eine höchst bedeutende Rolle im Verhältnis zu dem Ertrage anderer Steuerarten: in Rixdorf ergibt sie mehr als 20 Prozent der Gesamteinnahme aus den Steuern, in Schöneberg 15 bis 20 Prozent, in Berlin, Düsseldorf und Wiesbaden 8 bis 10 Prozent, in Hannover 5 bis 6 Prozent usw. Nun bitte ich in Vergleich zu ziehen, wie sich die Sache bei einer demnächstigen Einführung der Veränderungssteuer hier stellen würde. Die aus der Steuer auffkommenden 180 000 Mark würden hier verhältnismäßig gering zu Buche schlagen, namentlich, wenn das Sechstel wegfallen würde, was etwa 30 000 Mark einschließlich der Abfindung des Waisenhauses ausmachen dürfte.

Brutal ist jede Steuer, auch die Gewerbesteuer, jedoch hat die Veränderungssteuer den Vorzug, daß sie verhältnismäßig längst nicht so brutal ist, wie manche andere Steuer, und sich in sachgemäßer Weise an die Höhe des Verkaufspreises anpaßt. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß wir im Magistrat keine Fanatiker gewesen sind, wie diejenigen Herren, die als Theoretiker auf dem Gebiete tätig gewesen sind, sondern daß wir nur dem Bedürfnis der Praxis Rechnung tragen wollen. Die Grundsteuer nach gemeinem Werte glaubten wir im Sinne der Mehrheit der Herren nicht vorschlagen zu sollen. Herr Regierungsassessor Dr. Hartwig hat uns seinerzeit auf dem Städtetage in Schöppenstedt einen sehr lehrreichen Vortrag darüber gehalten, und wer ihm im Geiste widersprach, das waren die Herren Meyerhoff und Sander. Hätten wir damals die Steuer eingeführt, so wäre Herr Meyerhoff erst recht nicht damit einverstanden gewesen, und heute wird uns zum Vorwurfe gemacht, daß wir sie nicht einführen. Wir haben nur dasjenige von den Grundsätzen der Bodenreformer in Vorschlag gebracht, was sich bereits überall durchgerungen hat.

Herr Sander: Wenn man die Reden des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Referenten in bezug auf den Schulhausbaufonds in Betracht zieht,

so muß man sich sagen: wie wandelbar sind die Zeiten! Vergangenes Jahr waren der Magistrat, insbesondere der Herr Oberbürgermeister und der damalige Referent, sowie die ganze Versammlung, anderer Meinung über den Schulhausbaufonds. Da wurde vom Magistrate empfohlen, 100 000 Mark dauernd dem Fonds für das Ordinarium zu entnehmen. Der Herr Oberbürgermeister hat damals zu der Sache noch das Wort genommen und erklärt, man dürfe das tun, der Fonds könne es vertragen. Heute ist der Fonds durchaus nicht schlechter gestellt und trotzdem meint der Herr Oberbürgermeister, er ginge schon bei der Entnahme von 100 000 Mark zugrunde. Das würde aber dem Gas- und Wasserwerke keinen nachteiligen Einfluß tun. Es wird hier immer vom Schulhausbaufonds gesprochen und gesagt: wir haben nur so viel darin. Das mag richtig sein, aber ich möchte einmal die Ueberschüsse nennen, die uns diese Werke in den letzten Jahren gebracht haben: 1904/05 = 580 000 Mark, 1905/06 = 674 000 Mark, 1906/07 = 746 000 Mark und 1907/08 = 710 000 Mark. Mit solchen Summen kann man rechnen. Außerdem ist es auch nicht nötig, so viel Rückstellungen zu machen; es sind z. B. im vorigen Jahre 210 000 Mark für den Reservefonds zurückgestellt, das macht beinahe 50 Prozent des ganzen Gewinnes. Es ist doch wirklich nicht nötig, in vier Jahren ein derartiges großes werbendes Werk frei hinstellen zu wollen; an sich wäre es ja ganz gut, wenn wir nicht in die Lage kämen, neue Steuern aufnehmen zu müssen. Da dieses aber der Fall sein soll, so lag mir ausreichender Grund vor, nicht so hohe Rückstellungen vorzunehmen. Mit dem Schulhausbaufonds sieht es also nicht so schlecht aus, wie es hier geschildert wird. Er kann es heute noch besser, als vor einem Jahre vertragen, wenn ihm 100 000 Mark entnommen werden.

Gegenüber der Aeußerung des Herrn Dr. Wolters, daß die Kanalsteuer ermäßigt werden solle, stimme ich Herrn Meyerhoff zu: die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Dabei möchte ich an folgendes Vorkommnis erinnern: Als die Beträge für die Wasserentnahme erhöht wurden, hieß es, wir müssen das Wassergeld erhöhen, sonst kommen wir nicht aus; wenn wir aber sehen, daß die Ueberschüsse hoch genug sind, so sind wir in der Lage, das Wassergeld wieder zu ermäßigen. (Widerspruch.) Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht der verstorbene Oberbürgermeister Bodels solche Aeußerung im Plenum oder in der Kommission getan hätte. Die Ueberschüsse aus dem Wasserwerke sind stets steigend gewesen, aber eine Ermäßigung des Wasserpreises ist nicht eingetreten. Wenn man von diesem Vorkommnis auf andere schließt, so würden wir auf eine Ermäßigung der Kanalsteuer lange warten können.

Herr Dr. Wolters bemerkte auch heute wieder, die Belastung des Grundbesitzes sei hier nicht so hoch, wie in anderen Städten; ich muß darauf dasselbe erwidern, wie in der vorletzten Sitzung, worüber mit Unrecht gelacht worden

ist: Wenn man die Prozente der hiesigen geringeren Mieten mit den höheren Mieten in anderen Städten, wie Hannover, vergleicht und diesen Unterschied auf die Mehrleistung verrechnet, so stehen wir uns noch bedeutend schlechter, als die Grundbesitzer anderer Städte. Dort kostet das Baulterrain vielleicht das Doppelte, das Bauen selbst aber keinen Pfennig mehr als hier, denn Löhne und Material sind nicht teurer, als hier. Die Bauhandwerker sind dort so wenig mit Arbeit überhäuft, wie hier und liefern den Bau ebenso billig, wie hier. Der Unterschied liegt also nur im Preise des Baugrundes. Das bringt auf den ganzen Bau vielleicht einen Unterschied von 15 bis 20 Prozent. Vergleichen Sie damit die Mieten in Hannover, welche vielleicht 33½ Prozent höher sind, als hier, so werden Sie selbst finden, daß die dortigen Grundbesitzer dreißt einige Prozent Steuern mehr bezahlen können, als wir. Der Vergleich des Herrn Dr. Wolters stimmt also nicht.

Wenn es richtig ist, was der Herr Referent sagt, daß der Gaskonsum zurückgegangen sei, so wäre das bedauerlich; ich kann auch noch nicht so recht daran glauben, aber jedenfalls handelt es sich nicht um ein dauerndes Zurückgehen. Voraussichtlich haben die jetzige wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit sehr viel schuld daran. Viele Fabriken arbeiten nur mit halber oder dreiviertel Zeit, weshalb in den Abendstunden überhaupt nicht gearbeitet wird, auch hat die hier und da eingeführte englische Arbeitszeit, sowie der 8 Uhr-Baden-schluß den Gaskonsum vermindert. In drei oder vier Jahren werden wir wieder einen steigenden Gaskonsum haben. Der Herr Oberbürgermeister hat schon angeführt, es sei mehr Kraft- und Kochgas gebraucht, als bisher, so daß sich der Gesamtverbrauch wohl ausgleicht und die hier gemachten Angaben auf einen Schredschuß hinauslaufen. Ich verbleibe jedenfalls auf meinem alten Standpunkte stehen.

Herr Meherhoff: Der Herr Referent hat gesagt, wir würden am 1. April 1909 nur noch 141 000 Mark in der Kasse des Schulhausbaufonds haben, aber als vorsichtiger Rechner mußte er auch anführen, daß 1907/08 450 000 Mark und 1908/09 386 000 Mark daraus entnommen sind. Wenn ich den Kassenbestand dazu nehme, so kann ich nicht behaupten, daß der Fonds sich in Not befindet; denn es handelt sich um rund eine Million Mark, rechnen Sie, wie Sie wollen.

Der Herr Referent hat ferner sich außerordentliche Mühe gegeben, uns hier eine Reihe Zahlen vorzutragen, jedoch kann es bei solcher Gelegenheit leicht vorkommen, daß Sachen unterlaufen, die nicht ganz genau aus dem Etat hervorgehen. Zu dem Gaswerke sollen 1 319 000 Mark verwendet sein. Vielleicht hat der Herr Referent nicht gewußt, daß wir einen Bau im Werte

von 100 000 Mark nicht in dem Rahmen des geforderten Geldes machen konnten und daß wir die 100 000 Mark extra bewilligt haben unter der Voraussetzung, daß sie beim Bau erspart werden.

Sodann jagte Herr Stadtrat von Frankenberg, wir hätten nach der Städteordnung das Recht, solche Steuer zu erheben. Dieses Recht bestreite ich auch nicht, denn wenn das Recht nicht bestände, so wäre der Magistrat gar nicht damit gekommen. Wie sollte er ohne dieses Recht den Mut finden, mit solcher Vorlage zu kommen? Ob aber das durch die Städteordnung gegebene Recht nicht ein Unrecht ist, darüber mag jeder denken, wie er will. Sodann muß ich auch weiter behaupten, daß Herr Stadtrat von Frankenberg Damaschkes Spuren folgt, weil er mit Nixdorf und Schöneberg kommt — das ist ja gerade das Paradepony, auf dem die Bodenreformer herumreiten. Der Schöneberger Millionenbauer wird von ihnen bei jeder Gelegenheit herangezogen. Unsere Stadt ist aber nicht in der Lage und wird auch nicht in die Lage kommen, solche hohen Grundsteuern tragen zu können. Sie wollen berücksichtigen, daß viele deutschen Städte in der Einwohnerzahl zurückgegangen sind. Es ist ferner gesagt worden, die Grundsteuer sei in anderen Städten noch viel höher, wir müßten deshalb auch in die Höhe gehen. Es gibt aber 9 sächsische Städte, darunter Plauen, die keine Grundsteuer kennen. Es geht also auch so. Sodann jagte Herr Stadtrat von Frankenberg, Herr Regierungsassessor Hartweg hätte uns einen schönen Vortrag über die Grundsteuer gehalten; ich habe auch schon viele schöne Vorträge im Leben gehalten, wenn Sie mir nur gefolgt wären! (Heiterkeit.) Also das verfängt nichts. Bei mir verfängt indessen mein Rechtsgefühl, und das läßt eine neue Bedrückung des Grundbesitzes und eine weitere Erhöhung des Hypothekenzinses nicht zu. Deshalb muß ich mich gegen die Steuer erklären.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe es selbstverständlich nicht gewagt, den Herren mit einem so fadenstichigen Grunde zu kommen und zu sagen: Da die Städteordnung das Recht gibt, eine derartige Steuer zu beantragen, so geschieht es. Nein, ein klein bißchen früher ist der Magistrat denn doch aufgestanden. Nicht die Städteordnung kommt hierbei für uns in Betracht, sondern das Gemeindeabgabengesetz schreibt vor, daß wir uns nicht ausschließlich auf die Einkommensteuer stützen sollen, sondern, nachdem zuerst der Staat seine Hand darauf gelegt hat, danach streben sollen, die Einkommensteuer zu entlasten, sobald uns andere Steuern erwachsen. Wir haben also nicht das Recht, sondern die Pflicht, derartige Steuern in Vorschlag zu bringen. Ich habe auch nicht davon gesprochen, daß uns ein sehr schöner Vortrag gehalten sei und wir uns dadurch hätten bestimmen lassen, dem Vortrage zu

folgen, sondern im Gegenteil, ich habe gesagt, obgleich damals sehr interessante Ausführungen erfolgt seien, habe der Magistrat Bedenken getragen, die Grundsteuer nach gemeinem Werte einzuführen. Herr Meyerhoff wird mir zu- geben, daß meine Ausführungen anders gelautet haben, als er annahm. In der Hitze des Gefechts kann es passieren, daß man etwas falsch auffaßt, und ich nehme es Herrn Meyerhoff auch nicht übel.

Herr Esdorn: Ich kann manche Ausführungen der Herrn Meyerhoff und Sander wohl unterschreiben, aber deren Antrag nicht folgen, weil wir bereits im Prinzip beschlossen haben, die Veränderungssteuer einzuführen, und wir nur über deren Höhe nicht schlüssig waren. Deshalb glaube ich nicht, daß es möglich sein wird, heute eine andere Stellung dazu einzunehmen. Ich möchte noch auf folgendes hinweisen: Gehägt ist die Veränderungssteuer bei 1 Prozent auf 174 000 Mark jährlich, und es würde hiervon noch das Sechstel herunterzunehmen sein. Mein Antrag, nur  $\frac{1}{2}$  Prozent zu erheben und das Sechstel bestehen zu lassen, würde eine Mindereinnahme von rund 60 000 Mark jährlich bedeuten. Da wir gleichzeitig auch die Einführung einer Wertzuwachssteuer im Prinzip beschlossen haben, die später ganz annehmbare Summen einbringen wird, so bin ich der Meinung, daß wir sehr wohl in der Lage sein werden, die neuen Ausgaben an Gehältern auch bei einer Veränderungssteuer von  $\frac{1}{2}$  Prozent zu bewilligen. Außerdem soll dem Vernehmen nach die Grund- und die Gewerbesteuer 40 000 bis 60 000 Mark mehr als bisher bringen. Meiner Ansicht nach kommen wir mit  $\frac{1}{2}$  Prozent aus, und ich möchte auch die Herren Meyerhoff und Sander bitten, sich meinem Antrage anzuschließen, dann vermeiden wir die größte Härte.

Borjander: Wir haben nicht prinzipiell die Einführung der beiden Steuern beschlossen, sondern nur festgestellt, daß wir beide Steuern nicht ablehnen, sondern darüber beraten wollen. Es hat sich also in dieser Beziehung noch niemand festgelegt.

Herr Wejemeier: Wir stehen auf dem Standpunkte, die Veränderungssteuer abzulehnen, aber von einem anderen Gesichtspunkte aus, wie Herr Meyerhoff. Wenn die Herren meinen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, um die Kosten der Gehaltsvorlage zu decken, so ist dieser Standpunkt bei den von uns gesammelten Erfahrungen erklärlich. Dem Magistrate ist es möglich gewesen, den Voranschlag für das Jahr 1907/08 so zu gestalten, daß er mit einem Defizit abschloß, und hinterher stellt sich ein Ueberschuß von 400 000 Mark heraus! Man kann sich über das Ergebnis an sich freuen, aber eine solche Aufstellung des Etats ist zu verurteilen. Aus diesem Grunde hat sich die Meinung festgesetzt, daß der nächstjährige Etat wieder einen so großen

Ueberschuß bringen wird, was aber noch nicht feststeht. Herr Meyerhoff meint, daß die Veränderungssteuer den Grundbesitz zu sehr belasten würde; wir sind darüber anderer Meinung und glauben, daß die Veränderungssteuer den Grundbesitzer nicht in erster Linie belastet, sondern daß sie auf das Grundkapital geschlagen und auf die Mieter abgewälzt wird. Dieser muß im kleinen wieder bezahlen, was der Hausbesitzer im großen bezahlt hat. Wir sind daher der Meinung, daß die Steuer abzulehnen ist. Durch unsere Stimmabgabe werden wir versuchen, die Härten der Steuern zu mildern, am Schlusse aber gegen die ganze Steuer stimmen. Herrn Meyerhoff kann geholfen werden, wenn er im Gegensaße zum Magistrate eine Grundsteuer nach dem gemeinen Werte der Grundstücke haben will. Wir werden ihm schon in nächster Zeit Gelegenheit geben, für die Steuer zu stimmen, gegen die er in Schöningen so sehr gewettert hat.

Herr Fr ü h l i n g : Was die Steuerbewilligung betrifft, so stehen wir wohl alle auf dem Standpunkte, am liebsten gar keine Steuer zu bewilligen, und, wenn es nicht anders geht, möchten wir dem Antrage Esdorn folgen und nur  $\frac{1}{2}$  Prozent genehmigen. Wenn wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß die Gehaltserhöhungen bewilligt werden müssen, so haben wir auch für Deckung zu sorgen. Die Herren Meyerhoff und Sander meinen, es sei reichlich viel Geld vorhanden, während der Herr Oberbürgermeister und der Herr Referent erklären, ohne die beantragten neuen Steuern absolut nicht auskommen zu können. Das ist ein sehr weit auseinandergehender Standpunkt. Beide Parteien haben ihren Standpunkt dargelegt. Wenn ich auf die heutige Debatte zurückblide, so muß ich gestehen, daß ich nicht die Meinung gewonnen habe, es sei Herrn Meyerhoff gelungen, die Zahlen des Magistrates und des Referenten zu widerlegen und als irrig darzustellen. Trotzdem würde ich bereit sein, auf den Vermittlungsvorschlag einzugehen und nur  $\frac{1}{2}$  Prozent zu bewilligen, wenn ich wüßte, daß wir damit die Erhöhung der Beamtengehälter durchbekämen. Nach den Erklärungen vom Magistratsstische kann ich aber nicht anders, als annehmen, der Magistrat glaube, nicht damit auszukommen und nehme den Standpunkt ein, die Gehaltserhöhungen nur bewilligen zu können, wenn er die v o l l e Steuer erhalte. Sollte ich das falsch aufgefaßt haben, so bitte ich um Aufklärung. Wenn ich mich nicht geirrt haben sollte, so muß ich aber doch sagen, daß ich, so ungern ich Steuern bewillige, bereit bin, für das ganze Prozent zu stimmen, um die Erhöhung der Beamtengehälter durchzubringen.

V o r s i t z e n d e r : Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag der Kommission dürfte der weitestgehende sein, ich werde deshalb zuerst darüber abstimmen lassen.

Herr Ritter (zur Geschäftsordnung): Ich würde es für richtig halten, zuerst über den Antrag Esborn abstimmen zu lassen, weil ich den Eindruck habe, daß diejenigen Herren, welche hierfür stimmen, hinterher für den Kommissionsantrag stimmen werden, sofern der Antrag Esborn fällt, während umgekehrt diejenigen, die für die Bewilligung von  $\frac{1}{2}$  Prozent sind, nicht für den Kommissionsantrag stimmen werden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r (zur Geschäftsordnung): Herr Ritter geht anscheinend davon aus, daß es allein auf die Abstimmung der Versammlung ankommt. Es kommt aber auf den Magistrat doch auch etwas an. Man sollte daher über den weitestgehenden Antrag zuerst abstimmen.

V o r s i t z e n d e r: Ich werde über den Kommissionsantrag zuerst abstimmen lassen. Wer ist für den § 1 der Magistratsvorlage mit der von der Kommission beantragten Aenderung? — Der Antrag ist mit 15 : 18 Stimmen a b g e l e h n t.

Wir kommen zum Antrage Esborn.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r (zur Fragestellung): Es müßte, da der Magistrat einen besonderen Antrag nicht gestellt hat, hierbei zum Ausdruck gebracht werden, ob das Sechstel beibehalten werden soll, oder nicht.

Herr W o l t e r s (zur Fragestellung): Wir müssen uns entscheiden, ob das gesamte Sechstel, also sowohl aus Kontrakten, als auch aus Testamenten, beibehalten werden oder wegfallen soll.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r (zur Fragestellung): In der Beziehung ist dem Herrn Referenten ein Irrtum unterlaufen. Das Sechstel aus Testamenten sollte auf jeden Fall erhalten bleiben, weil kein Grund vorliegt, darauf zu verzichten. Es kann sich also nur um das Sechstel aus Kontrakten handeln.

Herr E s d o r n (zur Geschäftsordnung): Ich habe mit dem Sechstel sagen wollen, es solle so bleiben, wie es gewesen ist.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Da die Frage des Sechstels noch nicht erörtert worden ist und verschiedene Vorschläge gemacht wurden, so müßte wohl zunächst hierüber verhandelt werden.

V o r s i t z e n d e r: Wer ist dafür, daß in Gemäßheit des Antrages Esborn nur  $\frac{1}{2}$  Prozent Veränderungssteuer erhoben und gleichzeitig das Sechstel in vollem Umfange beibehalten wird? — Der Antrag ist mit 20 : 13 Stimmen angenommen.

Sind Sie im übrigen dafür, daß der § 1 mit dieser und der von der Kommission vorgeschlagenen redaktionellen Aenderung angenommen wird? Das ist die große Mehrheit.

Herr W o l t e r s : Die Kommissionen bringen für den § 2 folgende Fassung in Vorschlag:

„§ 2. Für die Steuer haften, nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuche vermerkt ist,

- a) in den in § 1 Nr. 2 angegebenen Fällen der Zwangsversteigerung der Ersterher,
- b) von den übrigen Fällen der Zwangsversteigerung abgesehen, in allen sonstigen Fällen des Eigentumsübergangs der Erwerber.

Mehrere Pflichtige haften als Gesamtschuldner.“

Der § 2 wird in dieser Fassung gutgeheißen.

Herr W o l t e r s : Der § 3 wird von den Kommissionen in folgender Fassung vorgeschlagen:

### „§ 3.

1. Die Steuer wird nicht erhoben, wenn die der Eintragung des Eigentümers vorausgehende Auflassungserklärung erfolgte:
  - a) zwischen Ehegatten,
  - b) von Vorfahren auf Abkömmlinge und die ihnen reichs- gesetzlich gleichgestellten Personen,
  - c) zwischen Miterben im Falle der Erbteilung;
2. Von der Entrichtung der Steuer sind als Erwerber oder Ersterher das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie befreit.“

Die Vorlage des Magistrats haben wir abgeändert, weil der Fiskus und die öffentlichen Anstalten und Kassen des Staates aus demselben Grunde steuerpflichtig sein sollen, aus dem die Stadt stempelpflichtig gemacht ist. Das Staatsoberhaupt steuerpflichtig zu machen, ist selbstverständlich nicht angängig.

Der § 3 wird in der vorgeschlagenen Fassung genehmigt.

Zu m § 4. Herr P r o b s t : Im § 4 findet sich unter Nr. 2 die Vorschrift, daß bei der Veranlagung eines Grundstücks als Wert der vereinbarte Preis versteuert wird. Ich möchte um Auskunft bitten, wie der Wert bei solchen Grundstücken ermittelt werden soll, auf denen gewisse Privilegien haften, ob nämlich deren Wert auch mit zur Veränderungssteuer herangezogen werden soll. Dabei habe ich besonders einige Apotheken im Auge und möchte wissen, ob bei deren Verkauf der Grund und Boden für sich abgeschätzt wird oder nicht.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Wenn derartige Kaufgeschäfte abgeschlossen werden, so wird sehr häufig unterschieden zwischen dem Betrage, der für den Grund und Boden und das Gebäude gezahlt wird und demjenigen, der gezahlt wird für ein Privilegium oder für die Ausübung irgend welcher anderen gewerblichen Befugnis, wie z. B. bei Gastwirtschaften zc. In solchem



Fälle ist es selbstverständlich, daß bei der Besteuerung der Wert des Privilegiums u. ausgeschaltet wird.

Die §§ 4, 5, und 6 wurden darauf unverändert angenommen.

Zu § 7. Herr Wolters: Für den § 7 wird kommissionsseitig folgende Fassung vorgeschlagen:

„Dies Statut tritt, soweit es sich um die Vorbereitung seiner Durchführung handelt, mit dem Tage der Veröffentlichung, im übrigen am 1. April 1910 in Kraft.“

Herr Weichsel: Ich beantrage, statt des 1. April 1910 zu sagen: 1. April 1909, da ich keine Veranlassung einsehe: den Termin weiter hinauszuschieben. Es sind genug dringende Ausgaben vorhanden, welche das Geld erforderlich machen, und es ist mir kein Grund bekannt, die in dem Jahre 1909/10 zur Auflassung kommenden Grundstücke zu privilegieren.

Vorsitzender: Nachdem die Versammlung die Steuer auf  $\frac{1}{2}$  Prozent heruntergesetzt hat, fallen für mich persönlich die Gründe fort, welche mich veranlaßt haben, in der Kommission für den 1. April 1910 zu stimmen.

Herr Wolters: Ich bin aus demselben Grunde zu der gleichen Ansicht gekommen. Im übrigen habe ich meine Zustimmung zum Wegfall des Sechstels ein bißchen schnell gegeben, denn im § 4 haben wir in gewissen Fällen auf den gemeinen Wert zu rekurrieren.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Begriff des gemeinen Wertes ist durch Landesgesetz schon im Ergänzungssteuergesetz festgelegt worden; wir brauchen daher nicht unbedingt das Wertzuwachssteuergesetz dazu zu nehmen. Nachdem der Antrag Esdorn angenommen worden ist, würden — selbstverständlich bleibt die Stellung des Magistrats vorbehalten — mit dem Sechstel der Stadt 120 000 Mark mehr zufließen, als wenn das Gesetz erst am 1. April 1910 in Kraft treten soll.

Der Kommissionsantrag wird darauf nach Abänderung durch den Antrag Weichsel mit 16 : 15 Stimmen angenommen.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Es müßte bei der Abstimmung doch wohl Rücksicht darauf genommen werden, daß zwei Herren gerade einmal ausgetreten sind.

Vorsitzender: Solche Rücksicht kann allerdings nicht genommen werden, weil sonst möglicherweise einmal eine Abstimmung überhaupt vereitelt oder unmöglich gemacht werden könnte.

Wer von den Herren ist für das ganze Gesetz, wie es aus unserer Beratung hervorgegangen ist? — Das Statut ist mit 19 : 12 Stimmen angenommen.

## II. Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Zu § 1, 1. Herr Wolters (als Berichterstatter der vereinigten Statuten- und Finanzkommission):

Die vereinigten Kommissionen empfehlen Ihnen, im Eingange des § 1, 1 den vom Magistrate vorgeschlagenen Wortlaut: „1. Jeder nicht unmittelbar auf Erbschaft beruhende Uebergang des Eigentums . . .“ abzuändern in „1. Jeder nicht unmittelbar von Todes wegen erfolgende Uebergang des Eigentums . . .“, im übrigen aber den § 1, 1 in der Fassung des Magistrates gutzuheißen.

Herr Meyerhoff: Sie werden vielleicht erwarten, daß ich mit Pauken und Trompeten übergehe und für die Steuer stimme, das tue ich aber nicht. Wenn auch gesagt wird, daß es sich mit um die Abschaffung der Grundsteuer handle, so halte ich mich doch nicht für verpflichtet, dafür einzutreten. Die Sache wäre nicht so schmerzhaft gewesen, wenn man die Wertzuwachssteuer auf unbebaute Grundstücke gelegt hätte, weil jeder Grundstückspekulant dann genau wußte, daß er von seinem Verdienste, den man unverdient nennt, einen Teil abgeben mußte. Was ist aber unverdient? Wer Kalifure kauft, legt sich drei Wochen ins Bett und die Werte steigen, so hat er auch einen unverdienten Gewinn. (Herr Jasper: Sehr richtig!) Hier liegt es ebenso. Wenn man sich darauf beschränkt hätte, den Konjunkturgewinn von unbebauten Grundstücken zu besteuern, so ließe sich darüber sprechen. Wie die Steuer aber hier ausgedacht ist, erkläre ich mich mit ihr nicht einverstanden und werde dagegen stimmen. Es ist möglich, daß ich keinen Erfolg mit meiner Ansicht habe, denn es gibt immer Leute, die dem Magistrate gern alles entgegentragen, und da müßte der Magistrat ja sehr ungeschickt sein, wenn er sagte: Ihr bringt mir die Steuer auf dem Präsentierteller entgegen, ich will sie aber trotzdem nicht annehmen.

Herr Stadtrat von Franckenberg: Herr Meyerhoff deutete in seiner Rede an, daß manchmal ziemlicher Unfug mit dem Ausdruck „unverdient“ getrieben würde und es in vielen Fällen nicht richtig wäre, auf das Wort „unverdient“ eine Steuer aufzubauen. Nachher hat er eine gewisse Bestätigung seiner Worte dadurch gegeben, daß er einen großen Teil der Versammlung mit einem unverdienten Tadel beglückte, den ich ihr gern erspart hätte. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der Versammlung den ehrlichen Willen hat, zu einem richtigen Ergebnis zu kommen und nicht in übereiltem Entgegenkommen dem Magistrate Steuern zu bewilligen. Das sind wir nicht gewohnt von Ihnen und verlangen wir auch nicht. Lassen Sie uns die Sache objektiv prüfen, aber diejenigen, die zu der Erkenntnis gekommen sind, für die Magistratsvorlage eintreten zu müssen, nicht als Bewilligungsmaschine ansehen. Das möchte ich Herrn

Meyerhoff ins Stammbuch geschrieben haben. Ich halte es für unmöglich, einen Unterschied zu machen zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken. Es mögen mit unbebauten Grundstücken viel mehr Werte verdient werden, als mit bebauten, aber es wird doch auch ein ganz gewaltiger Gewinn erzielt an erster, zweiter und dritter Stelle bei bebauten Grundstücken und erst der folgende Besitzer erzielt vielleicht nichts mehr. Ich würde es für eine beklagenswerte Schwäche halten, wenn man die bebauten Grundstücke aus dem Statut beseitigen wollte. Lassen Sie uns das gute nehmen, wo wir es finden.

Herr Möhle: Ich will mich mit der sachlichen Seite der Steuer nicht mehr beschäftigen, sie ist hinreichend in den verschiedenen Kommissionsitzungen und in der vorletzten Versammlung behandelt worden. Ich möchte nur heute in die Debatte eine Bemerkung des Herrn Hauptreferenten aus der Kommissionsitzung ziehen. Diese Bemerkung habe ich in dem Hauptreferate leider vermisst, und sie verdient doch wohl, allgemein gehört zu werden. Als der Hauptreferent damals mit der Behandlung der sachlichen Seite des Referates fertig war, fügte er hinzu, daß in ideeller Beziehung eine ganze Menge gegen diese Steuer zu sagen sei.

Diese Bemerkung teile ich voll und ganz, und habe es aufrichtig bedauert, daß der Hauptreferent in der ihm eigenen gewandten und eingehenden Weise nicht auch die ideale Seite der Steuer so behandelt hat, wie es mit der sachlichen Seite geschehen ist. Ich weiß sehr wohl, daß ich hiermit nicht Ihrer aller Beifall finden werde, namentlich nicht vor den Augen derjenigen, die gerade diese Steuer als ihr Lieblingskind groß pöppeln. Ich muß mich auch dem Urteile fügen, wenn gesagt werden sollte, ich sei ein Idealist, mit dem keine praktische Steuer zu machen sei. Das kann mich aber nicht hindern, diese Steuer, die meiner Ansicht nach in übertriebener Weise von ihren Freunden besungen wird, auch einmal von einer Seite zu beleuchten, die in der heutigen Zeit nicht ohne Bedeutung sein wird, und die mir Gelegenheit gibt, meinen ablehnenden Standpunkt zu motivieren.

Es ist schon verschiedentlich hervorgehoben, daß kein Mensch gern Steuern zahlt; es ist das ein altes Gesetz und bleibt ewig neu. Ebenso ist es wahr, daß jede Steuer ihre Anhänger und Freunde hat, und daß diese Freunde aber meistens in den Kreisen derer zu finden sind, die entweder wenig oder gar nicht von der Steuer in Mitleidenschaft gezogen werden. Je größer die Zahl der Letzteren ist, um so populärer ist die Steuer und so geht es mit dieser Steuer ebenfalls. Sie trifft nur einen kleinen Teil derjenigen, die das Glück oder Unglück haben, im Besitz von Grundstücken oder Terrain zu sein, das zu veräußern sich Gelegenheit bietet. Immerhin werden nur solche Grundbesitzer

getroffen, die ihr Grundstück mit Nutzen verkaufen; macht dagegen jemand Schaden beim Verkauf, so findet sich keine Behörde, die ihm hilfreich beispringt.

Nun sagen die Freunde der Steuer, diese Steuer müsse der Verkäufer tragen und der Verkäufer müsse mit vollem Rechte einen Teil seines Gewinnes an die Allgemeinheit abführen, weil er der Allgemeinheit diesen Gewinn verdankt. Abgesehen davon, daß „Allgemeinheit“ ein sehr dehnbarer Begriff ist, der schließlich auf alles herangezogen werden kann, muß ich doch dieser Behauptung widersprechen. Wenn ich z. B. ein Grundstück zu verbessern suche, vielleicht ein Geschäft hineinbringe, das durch meinen Fleiß und meine Intelligenz zu hoher Blüte kommt und ich nach einer Reihe von Jahren Veranlassung habe, mit gutem Nutzen zu verkaufen, was hat dann die Allgemeinheit für ein Verdienst daran? Ich verstehe das nicht, und wahrscheinlich viele, die es behaupten, auch nicht. Es wird auch gesagt, man solle die Besteuerung der bebauten Grundstücke nicht frei lassen, andererseits ist aber auch schon zugegeben, daß die Besteuerung der bebauten Grundstücke keinen sehr großen Ertrag ergeben würde, und man sie deshalb fallen lassen könnte. Diese Besteuerung bildet also danach nur den Rahmen zu einem Bilde, dessen Konzentrationsspunkt darin zu suchen ist, die Spekulation in freiliegendem Gelände zu treffen und einzudämmen. Ob das berechtigt ist, darüber läßt sich streiten, denn es riskieren dabei die Leute ihr Geld ebenso wie bei anderen Spekulationsobjekten, sie können dabei verdienen, aber auch ihr Vermögen riskieren. Was ist eigentlich der Handel und die Spekulation in Grundstücken und Terrains? Nichts weiter als ein einfacher Handel mit einfachen Handelsobjekten, wie jedes andere Geschäft auch. Es spekulieren so viele Leute in so vielen Sachen, und das ist noch nicht die schlechteste Eigenschaft eines Menschen. Wenn man sich aber unterfängt, in Terrains zu spekulieren, so ist das ein Vorfall, der mit einer besonderen Steuer belegt werden soll. Das schlimme aber ist, daß immer nur der Gewinn getroffen wird, während auf den großen Verlust bei den Steuerobjekten keine Rücksicht genommen wird, weil man über derartige auf der Strecke gebliebene wirtschaftliche Tote mit leichtem Schritt hinweg zu gehen pflegt. In ihrer idealen Wirkung kann die Wertzuwachssteuer keine gute sein, sondern muß als eine recht betrübende Erscheinung angesehen werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß für die wildesten Geschäfte und Spekulationen, ob an der Börse oder im gewöhnlichen Leben, die Bahn frei ist und keine derartigen Schranken kennt, während die Spekulation in Grundstücken und Geländen gewissermaßen als Auswuchs gebrandmarkt in diese Fesseln geschlagen werden soll. Wenn mir heute aus der Spekulation in Wertpapieren, Aktien, oder durch Gewinn aus Dividende, Lotterie, oder dank plötzlich in eine Hauffe geratendes Geschäft Hunderttausende in den Schoß fallen, so kräht weder Huhn noch Hahn

danach; wenn ich aber auch nur den kleinsten Gewinn aus der Spekulation von Grundstücken und Terrains erziele, so muß ich erst meinen gehörigen Teil an die sogenannte Allgemeinheit abführen, um auch noch für den Rest mit all den anderen schönen Steuern bedacht zu werden. Wenn das gerecht ist, so muß meine Auffassung darüber eine falsche oder veraltete sein und dann gehört sie allerdings in die Kumpelkammer. (Rufe: Sehr richtig! Heiterkeit.) Sollte meine Auffassung aber doch richtig sein, so muß gerade diese Steuer eine Beruhigung für die davon betroffenen Kreise herbeiführen, die nicht geeignet ist, die allgemeine Zufriedenheit zu fördern. Es wird auch gesagt, die Steuer sei eine gerechte; daß sich über diesen Punkt selbst die Gelehrten noch nicht einig sind, zeigen ja die verschiedenen fast täglich erscheinenden Abhandlungen, die für und gegen diese Steuer verfaßt sind. Meiner Ansicht nach ist sie eine ungerechte Steuer und sie wird für mich auch nicht dadurch gerecht, daß sie von so vielen Städten eingeführt ist. Bemerken will ich besonders, daß ich nicht in Verlegenheit kommen werde, persönlich auch nur einen Pfennig dazu beizutragen, daß ich also nicht etwa für meine Person spreche. Hier handelt es sich aber auch nicht um persönliche Interessen, sondern was ich vorgetragen habe, ist meine Pflicht und innerste Ueberzeugung. Ich habe eine Prüfung der Vorlage nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß, so lange man nicht in der Lage ist, alle die ungezählten Hunderttausende, die den Staatsbürgern auf andere Weise mühelos in den Schoß fallen, in gleicher Weise zu fassen, die Steuer keine gerechte ist, und ich kann meine Stimme nicht dafür abgeben, auch glaube ich nicht, daß ich mich deshalb an der Allgemeinheit veründige.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Eins hat Herr Möhle aber übersehen: Wenn jemand mit Kalifugen zc. spekuliert und dabei einen Gewinn erzielt, so hat mit dieser Tätigkeit die Gemeindeverwaltung herzlich wenig zu tun; wenn aber jemand aus Grundstücksverkäufen Vorteile erzielt, so ist in außerordentlich vielen Fällen, jedenfalls in der durchschnittlich überwiegenden Mehrheit der Fälle die Gemeinde an dem Gewinn nicht ganz unbeteiligt. Sie mögen Ausführungen vom idealen Standpunkte aus machen, soviel Sie wollen, gegen diese Tatsache werden Sie nicht ankommen, daß nämlich dabei eine Fürsorge der Gemeinde durch den Ausbau der Straßen zc. tatsächlich vorhanden ist. Deshalb haben wir uns dieses Steuerobjekt gesucht und nicht etwa nur deshalb, weil wir es für besonders gerecht halten, aber auch nicht deshalb, weil wir meinten, es wäre ungerecht, denn ungerecht ist die Steuer nicht. Eins liegt uns aber fern, Herr Möhle sprach vorhin so, als ob gewissermaßen der Steuererheber als Erzieher wirken sollte, als ob wir eine Erdrösselungsabsicht gegenüber den Spekulanten hätten und den Grundstückswechsel verhindern und in

gesunde Bahnen lenken wollten, diesen Größenbahn haben wir nicht, der liegt uns fern, denn der Spekulant wird sich nach seinen Mitteln und seiner ganzen Unternehmung richten. Eine erzieherische Absicht, wie bei der Umsatzsteuer, liegt uns fern. Ich hätte wohl hören mögen, wie Herr Möhle, wenn er schon vor vier Jahren in die Versammlung berufen gewesen wäre, sich mit der Umsatzsteuer abgefunden hätte, ob er nicht gern die 1 bis 2 Prozent Steuer von den großen Warenhäusern genommen hätte, obgleich auch damals von anderer Seite behauptet wurde, es wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber den betriebsamen Geschäftsinhabern gewesen. Denken Sie mal darüber nach, wie Sie sich da wohl verhalten hätten, es würde mir interessant sein, das zu erfahren.

Herr W o l t e r s : Herr Meyerhoff ist wohl eben nicht zugegen? (Herr M e y e r h o f f : Doch, hier bin ich! Heiterkeit.) Es wurde von Herrn Meyerhoff gesagt, er habe der Veränderungssteuer einen Epilog gehalten, und es würde dem Magistrat aufs neue ein Geschenk entgegengebracht, was er nicht gefordert habe. Warten wir doch erst einmal ab, ob er das Geschenk annimmt, denn wir haben doch schon einen Korb bekommen. Herrn Möhle gegenüber möchte ich bemerken, daß es richtig ist, ich hatte für die Mehrheit und die Minderheit zu referieren. Auch ist es richtig, daß ich in der Kommission vielfach den Standpunkt vertreten habe, es sei außerordentlich viel gegen die Wertzuwachssteuer einzuwenden. Als Referent hatte ich aber die Ansicht der Mehrheit vorzubringen und die Ansicht der Minderheit zu erwähnen. Sodann komme ich zu dem Ausdruck „unverdient“. Es ist richtig, daß manche solche Werte verdient sind und doch besteuert werden sollen, denn nicht immer kann man sagen, daß die Tätigkeit der Gemeinde zugunsten eines Grundstückes ausfallen wird. Jedenfalls wäre es wünschenswert, wenn die Steuerbehörde greifbare Merkmale aufstellen könnte zwischen verdienter und unverdienter Wertzuwachssteuer, um den verdienten Wertzuwachs unbesteuert lassen zu können, aber in den Steuerordnungen findet sich nichts, das diesen Gesichtspunkt zum Ausdruck bringt. Wollte man aber eine Schätzung eintreten lassen, dann wäre der Willkür Tor und Tür geöffnet. Der gemeine Wert eines Grundstückes ist wohl schnell zu schätzen, aber nicht der verdiente und unverdiente Gewinn. Vielleicht würde es die Gegner der Vorlage versöhnen, wenn es gelänge, die folgenden Paragraphen entsprechend zu vervollständigen. Wenn es aber nicht gelingt, so muß man sagen, was soll man mit der gesamten Steuer als solcher anfangen, soll man sie etwa für die Spekulanten fallen lassen? Ich möchte an den Scharfsinn der Herren appellieren und bitten, einen Vorschlag zu machen.

Herr W e j e m e i e r : Ein idealer Standpunkt einer Steuerfrage gegenüber ist ein nettes Ding. Wenn aber ein idealer Standpunkt zu dem Resultate kommt, daß er meint, die Allgemeinheit sei ein so dehnbarer Begriff, daß sich

gar nicht abhängen lasse, ob die Allgemeinheit an dem Mehrwerte eines Grundstücks schuld sei oder nicht, dann ist das ein ziemlich konfuse Ergebnis eines idealen Standpunktes. Es mag richtig sein, daß bei einzelnen Häusern der Mehrwert eines Grundstückes dadurch herbeigeführt wird, daß ein Geschäftsmann versteht, sein Geschäft auf die Höhe zu bringen und dadurch infolge des Geschäftes ein groerer Wert an dem Hause haftet. Man wird aber auch hierbei zu dem Ergebnis kommen, daß ein solches Haus sich den anderen Wohnhäusern gegenüber in einer Lage befindet, die unter allen Umständen erst den guten Geschäftsgang bedingt hat, so daß in solchem Falle zweifellos durch die Allgemeinheit erst der höhere Verkaufswert geschaffen wird, denn ohne Allgemeinheit wäre ein Mehrwert des Gebäudes nicht in dem Maße erzielt worden. Im übrigen bedauere ich, daß der Vorlage nicht eine so ausführliche Begrundung beigegeben worden ist, wie man sie sonst bei solchen Steuervorlagen findet. Aus der Praxis könnte jedenfalls eine ganz unzählige Menge von Fällen angeführt werden, aus denen sich unzweifelhaft ergibt, daß die Allgemeinheit erst den Mehrwert geschaffen und ihn dem Eigentumer des Grundstücks in die Tasche befördert hat. Man braucht wirklich nicht mehr darüber zu streiten, daß der grote Teil des Mehrwertes eines Grundstücks nur durch die Allgemeinheit geschaffen wird. Es ist ein eigenartiges Ideal, wenn man sagt, daß dieser tatsächlich unverdiente Mehrwert einfach in die Tasche des betreffenden Veräußerers des Grundstücks zu fließen hat, der zu der Beschaffung des Mehrwertes nichts getan hat. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen. Wir sind im Prinzip für die Steuer, wir werden auch für sie stimmen und sie nach unserer Ansicht zu verbessern suchen. Unsere Abstimmung hängt allerdings noch davon ab, wie die Frage entschieden werden wird, wer der Träger der Steuer sein soll, ob der Erwerber oder der Veräußerer des Grundstücks. Wenn der Erwerber des Grundstücks davon betroffen werden soll, so könnten wir nicht dafür stimmen, sondern wir sind dafür, daß der Veräußerer, der dann kein Grundbesitzer mehr ist, die Steuer zu tragen hat.

Herr M e y e r h o f f: Herr Mhle hat die Sache vom idealen Standpunkte aus beleuchtet. Herr Stadtrat von Frankenberg meinte darauf, es hnkte das Beispiel mit dem Kall; ich kann das kurze Bein aber nicht erkennen, wodurch das Hinken verursacht sein soll. Immer wird hier vom unverdienten Werte gesprochen. Wollen Sie nur die Grundstücke treffen, bei denen der Besitzer nichts dazu beigetragen hat, den Wert zu erhöhen, so treffen Sie nur wenige, denn ich behaupte, daß bei der Hälfte der Grundstücke durch das Verdienst der Besitzer der Wertzuwachs geschaffen ist. Was wollen Sie aber tun, wenn durch Unternehmungen der Stadt eine Wert m i n d e r u n g von Grundstücken eintritt und ganze Stadtteile dadurch brach gelegt werden? Es gibt z. B. viele Städte, die

sich bemühen, die Straßenbahn zu erwerben — hier ist das leider nicht der Fall, sondern sie ist noch in Privathänden — um der Arbeiterbevölkerung draußen weit vor den Toren billige Wohnungen zu verschaffen, die sie mit der Straßenbahn erreichen können. Hierdurch werden eine Masse Wohnungen in der Stadt selbst leer. Wenn die Stadt so etwas unternimmt und den Wert der Wohnungen vermindert, so sollen die Leute nichts haben? Wenn dagegen einer etwas an seinem Hause verdient, dann ist es Wertzuwachs, der im Schlafe verdient ist. Wenn Sie keinen anderen Steuermodus haben, so ist es nur eine halbe Maßregel, die zu bekämpfen bleibt, denn sobald die Wertminderung nicht in Frage kommt, kann ich auch den Wertzuwachs nicht billigen.

Herr W e i c h e l: Herr Meyerhoff hat uns Referenten vorgeworfen, daß wir dem Magistrate unnötigerweise Steuern entgegenbrächten. Ich muß ihm aber eine weitere Enttäuschung bringen und erklären, daß ich ein warmer Freund der Wertzuwachssteuer bin, aber nicht etwa deshalb, weil ich ein besonderes Vergnügen daran habe, diese Steuer zu bewilligen, sondern weil wir ohne sie garnicht auskommen. Nachdem die Veränderungssteuer durch den Antrag Esdorn derartig beschnitten ist, kommen wir ohne die Wertzuwachssteuer garnicht aus. Es lassen sich eine ganze Reihe von Gründen für und gegen die Steuer vorbringen, aber alle die gegen die Steuer vorgebrachten Gründe haben mich nicht im entferntesten überzeugen können, daß die Steuer zu verwerfen sei. Herr Meyerhoff jagt, wenn die Wertminderung nicht ersetzt werden kann, so bin ich auch nicht für die Wertzuwachssteuer. Auf diesen Standpunkt kann ich mich aber nicht stellen. Sodann jagt Herr Möhle, wenn der Wertzuwachs nicht beim mobilen Kapitale getroffen wird, so können wir ihn auch nicht beim Grundbesitz besteuern. Das ist auch nicht richtig. Bei Wertpapieren usw. liegt gar keine Möglichkeit vor, den Wertzuwachs mit der Steuer Gesetzgebung zu treffen, sofern der Gewinn nicht durch die Kommunalsteuer zu erlangen ist. Die Wertzuwachssteuer hat nicht nur in volkswirtschaftlichen Kreisen durchweg eine gute Aufnahme gefunden, sondern in den Kreisen der Grundbesitzer selbst. Herrn Meyerhoff wird es bekannt sein, daß der Sekretär der Grundbesitzervereine ein Befürworter der Steuer gewesen ist, wenn er auch nachher überstimmt worden ist. Ich halte die Agitation der Grundbesitzer gegen diese Steuer für unnütz; es wäre viel besser gewesen, sie bei Zeiten definitiv einzuführen.

Herr M i n n e: Herr Meyerhoff hat besonders darauf Bezug genommen, daß man die Grundbesitzer entschädigen möchte, die durch die Allgemeinheit geschädigt wurden. Herrn Meyerhoff wird es aber nicht möglich sein, irgend eine Straße der Stadt zu nennen, die an Wert dadurch verloren hätte, daß sich die Stadt ausgedehnt hat. Ich glaube, die Wohnungen an der alten und der neuen Knochenhauerstraße, der Kaiserstraße, dem Nickelnkuff usw. sind kaum billiger



geworden, sondern sind im Verhältnis ebenso gestiegen, wie die anderen Wohnungen der Stadt. Es gibt nur ein anderes Städtebild dadurch, daß alte Häuser abgerissen und neue Wohnungen innerhalb der Stadt eingerichtet werden. Meiner Ansicht nach kommen nicht einzelne Straßen der Stadt soweit herunter, daß dort der Wert der Grundstücke fällt. Was gibt den Leuten aber Veranlassung zu Klagen? Nur der Umstand, daß ihre Grundstücke verhältnismäßig nicht so im Werte gewachsen sind, wie die Grundstücke anderer Gegenden, und deshalb glauben sie, daß eine Wertverminderung eingetreten ist. Ich glaube nicht, daß es jemand möglich wäre, zu beweisen, daß bei seinem Grundstück eine Wertminderung eingetreten sei. Wenn sich aber in einzelnen Straßen der jetzt allgemeine Zug, die Mieten zu steigern, nicht so glatt durchsetzen läßt, so fängt man schon an, eine Wertminderung nachzuweisen. Herr Möhle wies auch darauf hin, daß der Gewinn aus Wertpapieren auch nicht besteuert würde, worauf Herr Stadtrat von Frankenberg schon bemerkte, daß auch die Warenhäuser mit einer besondern Steuer belegt seien. Das ist ein Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Möhle. Wenn nach meiner Meinung ein rühriger Geschäftsmann es versteht, durch Reklame ein großes Geschäft zu machen, so ist das kein unverdienter Zuwachs. Daß aber vermöge ihres Geldes viele Grundstücksbesitzer ihr Kapital oder das anderer Leute in ein Grundstück hineinstecken und sich dann gemütlich drei Wochen ins Bett legen und warten bis die Werte steigen, geht allerdings hierbei nicht, weil so schnell die Grundstückswerte nicht steigen. Aber wenn irgendwo Schulen erbaut werden sollen, so werden dort rasch die betreffenden Grundstücke erworben und in einigen Tagen 30 000 bis 40 000 Mark daran verdient. Es sind gewiß auch viele unter Ihnen, die dem Magistrate vorwerfen, daß er nicht selbst zugreift und sich ein Gelände sichert, um hinterher Vorteil daraus zu ziehen. Herr Möhle würde sicherlich einen großen Anklang finden, wenn er es ermöglichte, daß diejenigen Kapitalisten, die sich einen unverdienten Wertzuwachs verschaffen, zu der Besteuerung herangezogen werden können.

Herr M e n e r h o f f (zur persönlichen Bemerkung): Herr Almann hat gemeint, ich könnte keine Straße nachweisen, die in ihren Grundstücken eine Wertminderung erfahren habe. Wenn er sich aber die Casparistraße und die Grundwerte auf der Höhe ansieht . . .

V o r s i t z e n d e r: Das ist keine persönliche Bemerkung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Annahme des § 1, 1 nach dem Vorschlage der Kommission? Der § 1, 1 ist angenommen.

Herr S a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, es wird nicht mehr möglich sein, die Wertzuwachssteuer heute noch zum Abschluß zu bringen. Andererseits haben wir aber verschiedene Angelegenheiten zu erledigen, die sehr eilig sind. Beispielsweise hat Herr Riese einen Antrag eingebracht, der darauf

abzielt, zur Steuerung der Not und Arbeitslosigkeit etwas zu tun. Ich möchte deshalb vorschlagen, die Verhandlungen hier abzubrechen und zunächst in die Beratung des dringlichen Antrages Riefe einzutreten.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich habe gegen den Vorschlag, die Verhandlungen über die Wertzuwachssteuer hier abzubrechen, nichts einzuwenden, möchte jedoch bitten, dann verschiedene Magistratsvorlagen vorweg zu nehmen, weil es sich dabei um Schaffung von Arbeit handelt.

Herr W e i c h s e l (zur Geschäftsordnung): Nachdem die Hauptsache klar ist, werden wir doch schnell mit dieser Vorlage fertig werden; ich möchte deshalb bitten, in der Beratung fortzufahren.

V o r s i t z e n d e r: Wer will in der Beratung noch fortfahren? Das ist die Mehrheit, wir setzen also die Beratung fort bei § 1, 2.

Herr R i e f e: Der Absatz 2 des § 1 lautet: „Die Erhebung der Abgabe ist nur zulässig, wenn der Veräußerungswert den Erwerbswert um mehr als 10 v. H. übersteigt.“ Ich beantrage, die Worte: „um mehr als 10 v. H.“ zu streichen, weil ich nicht einsehe, weshalb nicht auch niedrigere Gewinne versteuert werden sollen. Wir wissen, daß von der Steuer in den zehn ersten Jahren nichts zu erwarten ist, deshalb müssen wir auch diesen Gewinn noch mitnehmen, wenn sie wenigstens etwas schaffen soll. Da außerdem die Veränderungssteuer nur mit ½ Prozent angenommen ist, so müssen wir dem Magistrate an anderer Stelle die Mittel bewilligen, um die beschlossenen Gehaltserhöhungen durchführen zu können.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Es ist sehr nett von Herrn Riefe, daß er dem Magistrate so viel Geld verschaffen will, jedoch will er es versuchen mit untauglichen Mitteln, denn sein Vorschlag schafft nicht genug Geld. Das sind nämlich die verhältnismäßig geringsten Beträge und die Hauptposten sind die, welche über 30 bis 50 Prozent der Wertsteigerung hinausgehen. Die von Herrn Riefe ins Auge gefaßten Beträge lohnen oft kaum der Mühe, und alle die viele Hin- und Hersehreiberei ist vergeblich, wenn man nach Berücksichtigung der Abzüge erkennt, daß der erzielte Mehrwert sehr gering ist. Ich möchte deshalb anheimgeben, die Magistratsvorlage bestehen zu lassen.

Herr W o l t e r s: Die Mehrheit der vereinigten Kommissionen hat sich auch nicht zugunsten dieses den Kommissionen bereits vorgelegenen Antrages entscheiden können. Es ist auch noch dagegen anzuführen, daß bei wirklich großen Objekten ein gewisser Spielraum zu berücksichtigen ist, den jemand durch eigene Arbeit verdient hat.

Herr J a s p e r: Ich möchte den Antrag Riefe unterstützen, und glaube nicht, daß der dagegen vorgebrachte Gesichtspunkt als durchschlagend angesehen werden kann. Hier herrscht eine ganz sonderbare Freigebigkeit des Magistrates,

während uns sonst entgegengehalten wird, daß wir nicht genug für Mittel sorgen. Es ist auffallend, daß hierfür Herr Stadtrat von Frankenberg nicht zu haben ist. Das „Scheffeln“ der Steuer scheint mir dabei nicht ausschlaggebend zu sein, sondern man will anscheinend Arbeit ersparen, die nicht ertragreich genug erscheint. Ich sehe mich daher genötigt, etwas Vermut in den Relsch des Magistrates tropfen zu lassen. Die Arbeit muß doch gemacht werden, weil immer erst ermittelt werden muß, ob ein Zuwachs von unter 10 v. H. vorliegt oder nicht. Unser Antrag ist in der Hauptsache deshalb gerechtfertigt, weil er grundsätzlich jeden Wertzuwachs heranziehen will. Der vom Herrn Berichterstatter angeführte Grund, daß durch das Freilassen des Wertzuwachses ein gewisser Ausgleich geschaffen werden soll, um solchen nicht faßbaren Zuwachs, der durch die Tätigkeit des Eigentümers selbst erzielt worden ist, nicht zu treffen, halte ich ebenfalls nicht für maßgebend. Dabei möchte ich noch hervorheben, daß der Wertzuwachs bei schnellem Umsatz von Gebäuden sich leicht in der Grenze von 10 v. H. bewegt. Ein Grundstück, dessen Erwerbswert z. B. 100 000 Mark beträgt, wird nach einem Jahre zu 109 000 Mark verkauft und geht steuerfrei aus; nach einem weiteren Jahre wird es zu 118 000 Mark verkauft, und es ist wieder keine Steuer zu zahlen, obwohl innerhalb zwei Jahren ein unverdienter Wertzuwachs von 18 000 Mark erzielt worden ist. Ich sehe die Notwendigkeit nicht ein, einen solchen Gewinn frei zu lassen und möchte darauf hinweisen, daß andere Steuerordnungen, besonders in Oldenburg, diesen Standpunkt konsequenter durchgeführt haben, indem dort jeder Wertzuwachs besteuert wird. Man kann diese Beträge ja geringer zur Steuer heranziehen, aber sie frei zu lassen, geht zu weit.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die überwiegende Mehrheit der Städte, welche diese Steuer eingeführt haben, haben aus den schon angeführten Rücksichten die Besteuerung des Gewinnes bis zu 10 Prozent fallen gelassen. Ohne weiteres erkenne ich auch an, daß der von Herrn Dr. Wolters angeführte Grund hierbei ganz wesentlich mit ins Gewicht fällt, daß nämlich ein gewisser Mehrwert von dem Verkäufer erarbeitet ist und daher zu seinen Gunsten berücksichtigt werden muß. Man kann deshalb getrost auf diesen kleinen Gewinn verzichten. Die damit verbundene Arbeit wollten wir gern machen, wenn sie nur etwas einbrächte.

Herr Weichsel: Der Antrag Riese ist für mich unannehmbar, jedoch würde ich mit mir reden lassen, wenn die 10 Prozent auf 5 Prozent heruntergesetzt würden.

Herr Boge: Die 10 Prozent sind ja nicht unter allen Umständen frei, da sie bei einem Zuwachs von 11 Prozent z. B. mit versteuert werden und hierbei nicht etwa nur 1 Prozent genommen wird.

Herr R i e f e: Ich ändere meinen Antrag dahin, daß ich sage, es möchten statt 10 Prozent nur 5 Prozent genommen werden.

Dieser Antrag wird mit 15 : 15 Stimmen — wobei die Stimme des Herrn Vorsitzenden den Ausschlag gibt — angenommen.

Zu § 1, Absatz 3 und 4: Herr W o l t e r s : Die vereinigten Kommissionen beantragen, an den letzten Satz des Punkt 4 als Schlußsatz hinzuzufügen: „Der gemeine Wert gilt auch dann als Erwerbswert, wenn er höher war als der Zuschlagspreis.“ Dieser Fall kann eintreten, wenn z. B. der Hypothekgläubiger nur in seine Hypothek hineinbietet.

Die Punkte 3 und 4 werden darauf mit dieser Ergänzung angenommen.

Zu § 2. A. Herr W o l t e r s : Die vereinigten Kommissionen empfehlen, den Punkt A 1 des § 2 unverändert zu genehmigen, dagegen dem Punkte A 2 folgende Fassung zu geben:

„alle aus eigenen Mitteln seit dem Eigentumserwerbe gemachten Ausgaben für etwaigen Umbau, Ausbau oder bessere Ausstattung des Gebäudes oder für Anlage oder Pflege der zur Annehmlichkeit des Eigentümers oder der Mieter dienenden Hausgärten, nicht aber jedwede Ausgaben für Instandhaltung oder Reparatur. Ausgaben für Wiedererrichtung eines von einem Brandschaden betroffenen Gebäudes sind nur mit dem Betrage hinzuzurechnen, der die von den Versicherungsanstalten gezahlten Vergütungen übersteigt.“

Als neue Nr. 3 wird vorgeschlagen:

„die Anteils kosten bei der einmaligen Instandsetzung innerstädtischer Straßen sowie die Kosten für den Kanalan Anschluß.“

Wir wollen hierdurch erzielen, daß die Bestimmungen über die Murechnungsfähigkeit von Aufwendungen in Uebereinstimmung gebracht wird mit den betreffenden Merkmalen der Einkommensteuer.

Herr R i e f e: An Stelle des Antrages der Kommission mache ich den Vorschlag, zu fagen:

„alle aus eigenen Mitteln seit dem Eigentumserwerbe gemachten Ausgaben für etwaigen Umbau, Ausbau oder bessere Ausstattung des Gebäudes oder zur Anlage von Hausgärten, soweit sie den Wert zur Zeit des Uebergangs noch erhöhen. Ausgaben für Instandhaltungen oder Reparatur sind dem Erwerbswerte nicht zuzurechnen. Ausgaben für Wiedererrichtung eines von Brandschaden getroffenen Gebäudes sind nur mit dem Betrage hinzuzurechnen, der die von den Versicherungsanstalten gezahlten Vergütungen übersteigt.“

Meine Fassung dürfte klarer sein.

Herr W o l t e r s: Ich glaube, der Antrag Riefe sagt nichts anderes, als der Antrag der Kommissionen. Sachlich wenigstens besteht kein Unterschied zwischen den beiden Anträgen, denn die Anlage und Pflege der Hausgärten sind Werte, die die Uebergangskosten erhöhen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Im großen ganzen stimmen die Anträge des Herrn Riefe und der Kommissionen überein. Ich kann aber nicht leugnen, daß es mir lieber wäre, wenn aus dem Kommissionsantrage die Worte „oder Pflege“ weggelieben, weil sonst ein unzulässiger Begriff mit in den Mehrwert hineingebracht wird, nämlich die Unterhaltungskosten. Ich glaube, diese Kosten müssen herausgelassen werden. Wenn diese Worte aus dem Kommissionsantrage fortgelassen werden, so kann sich auch Herr Riefe damit einverstanden erklären.

V o r s i t z e n d e r: Ich möchte vorschlagen, diesen Punkt in die Kommission zurückzuverweisen, um die Sachlage zu klären.

Herr J a s p e r: Der Unterschied liegt nicht nur in den Worten „oder Pflege“. Die Unterhaltungskosten sollen nicht mitgerechnet werden, also müssen auch die Kosten für Pflege des Gartens heraus. Herr Riefe hat auch noch den Zusatz gemacht: „soweit sie den Wert zur Zeit des Uebergangs noch erhöhen.“ Es könnten nämlich Anlagekosten aufgewendet werden, deren Wert nicht mehr in die Erscheinung tritt. So z. B. könnte im Garten ein Pavillon gewesen sein, der inzwischen abgerissen ist, aber trotzdem noch abgerechnet werden soll. Das scheint mir nicht folgerichtig zu sein.

V o r s i t z e n d e r: Diese Fassung hat uns unendliche Mühe gemacht. Wir können auch im Augenblick nicht sagen, welche Fassung die bessere und richtigere ist. Ich möchte deshalb eruchen, den Punkt in die Kommission zurückzuverweisen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Dann würde es wohl das richtigste sein, daß die Herren, welche Anträge stellen wollen, sie jetzt dem Herrn Vorsitzenden überreichen, welcher deren Vervielfältigung veranlaßt und sie sämtlichen Mitgliedern der Versammlung zustellen läßt. Es ist beim besten Willen nicht möglich, die Folgen eines Antrages immer sofort zu übersehen. Ich möchte jetzt selbst raten, die Verhandlungen hier abzubrechen.

Herr W e i d j e l (zur Geschäftsordnung): Es hat eigentlich keinen Zweck, die Kommissionen wieder zusammentreten zu lassen, sondern es wird sich empfehlen, die Anträge vervielfältigen und den Mitgliedern zugehen zu lassen.

Herr A l b m a n n (zur Geschäftsordnung): Die Anträge haben den Kommissionen schon vorgelegen und sind mit deren Einwendungen zurückgewiesen. Ich bin aber trotzdem nicht dagegen, sie nochmals zurückzuverweisen. Gerade zwischen Herrn Stadtrat von Frankenberg und mir entstand ein Disput, bei dem

erwähnt wurde, wenn jemand ein schönes Freskogemälde hätte, so sollte er es nicht in Anrechnung bringen dürfen. In der Kommission war man der Meinung, daß selbst verchliffene Werte einzurechnen seien.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte dringend bitten, den vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Weg zu betreten. Das hat für den Magistrat die große Annehmlichkeit, daß er mit Ihnen im Einverständnis die Anträge prüft und, soweit angängig, sich damit einverstanden erklären kann. Die Kommissionen nochmals damit zu behelligen, halte ich nicht für nötig.

Vorsitzender: Ich werde die mir eingereichten Anträge vervielfältigen lassen und sie dann den Herren zusenden.

Wir brechen die Verhandlung über diesen Punkt der Tagesordnung hier ab.

### III. Abkommen wegen der Polizeihunde.

Schon seit längerer Zeit schweben zwischen der Herzoglichen Polizeidirektion und dem Magistrat Verhandlungen über die Frage, inwieweit städtische Mittel für das Halten der sogenannten Polizeihunde zur Verfügung gestellt werden sollen. Die nunmehr getroffene Vereinbarung geht dahin: Der Polizeinspektor Bussenius bleibt Eigentümer der Hunde, verpflichtet sich aber, vom 1. Januar 1909 ab der Herzoglichen Polizeidirektion täglich bis auf weiteres 18 brauchbare Hunde für die Dauer des Dienstes der städtischen Wächter zur Verfügung zu stellen. Diese 18 Hunde werden nach näherer Bestimmung der Herzoglichen Polizeidirektion durch städtische Wächter aus dem Bussenius'schen Hundezwinger in der Marienstraße abgeholt, während des nächtlichen Wachdienstes geführt und nach dessen Beendigung im Zwinger wieder abgeliefert. Der Polizeinspektor Bussenius erhält von der Herzoglichen Polizeidirektion für die Bereitstellung der Hunde eine vierteljährlich nachträglich zahlbare Entschädigung von sechs Mark monatlich für jeden Hund, das macht jährlich 1296 Mark. Die Hundeführer erhalten für die Hundeführung seitens Herzoglicher Polizeidirektion eine monatliche Vergütung von 2 Mark, zusammen also jährlich 432 Mark. Diese Kosten von jährlich 1728 Mark tragen der braunschweigische Staat und die Stadt Braunschweig je zur Hälfte. Der auf die Stadt entfallende Teilbetrag wird am Schlusse jedes Kalendervierteljahrs an Herzogliche Polizeidirektion abgeführt.

Das zu treffende Abkommen ist beiderseits halbjährlich kündbar. Macht der Polizeinspektor Bussenius von dem Kündigungsrechte Gebrauch, so ist er verpflichtet, auf Verlangen der Stadt oder der Herzoglichen Polizeidirektion die 18 brauchbaren Hunde käuflich abzutreten. Der Verkaufswert der Hunde wird in solchem Falle beim Mangel einer gütlichen Vereinbarung durch drei Sachverständige festgestellt. Als Höchstbetrag des zu zahlenden Verkaufswertes wird

jedoch die Summe von 100 Mark pro Hund festgesetzt. Als Entschädigung dafür, daß der Polizeieinspektor Bussenius bislang eine Anzahl Hunde regelmäßig unentgeltlich in den Dienst der öffentlichen Sicherheit gestellt und nicht unerhebliche Aufwendungen für die Pflege und Unterbringung der Hunde gemacht hat, erhält er am 31. Dezember 1908 einen Betrag von 600 Mark ausbezahlt, den Staat und Stadt je zur Hälfte aufbringen.

Die Versammlung wird ersucht, diesem Abkommen zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die betreffenden Ausgaben auf die Kosten des Nachtwachwesens übernommen werden.

Herr J a s p e r: Die Finanzkommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich empfehle, die Hunde auch weiter in dem Dienste des Nachtwachwesens zu beschäftigen. Das zu treffende Abkommen ist der Kommission aber insofern bedenklich erschienen, als sie es nicht für angebracht hält, daß die Stadt mit einem Privatmanne, wie dem Polizeieinspektor Bussenius zumal, in ein dauerndes Vertragsverhältnis treten soll; die Kommission schlägt deshalb vor, dem Antrage des Magistrates mit der Abweichung zuzustimmen, daß die Stadt nur mit der Herzoglichen Polizeidirektion, nicht aber auch mit dem Polizeieinspektor Bussenius zu tun hat. Auch die Bewilligung der einmaligen Entschädigung von 600 Mark empfiehlt die Finanzkommission aus Billigkeitsrücksichten.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Der Magistrat hat sich mit dem Gedanken der Kommission, das Vertragsverhältnis nur mit der Herzoglichen Polizeidirektion zu schließen, vertraut gemacht, und ist damit einverstanden.

Herr B u e s: Ich möchte auch befürworten, mit dem Polizeieinspektor Bussenius nicht in ein Vertragsverhältnis einzutreten, weil das zu Unzuträglichkeiten führen würde. Ob die Herzogliche Polizeidirektion Unzuträglichkeiten haben wird, kann uns gleichgültig sein. Andererseits glaube ich, vertrauen zu können, daß die Herzogliche Polizeidirektion nicht in den alten Kurs zurückkehren wird.

Die Vorlage wird mit dem Antrage der Finanzkommission genehmigt.

#### IV. Ankauf von Grundstücken an der Leopoldstraße.

Die Gebäude der zweiten unteren Bürgerschule an der Leopoldstraße sind so wenig geräumig, daß die dringend wünschenswert erscheinende Herrichtung einer Badeeinrichtung, einer Turnhalle, einer Schulküche und eines Zeichenkaales nicht möglich ist. Der Magistrat hat sich daher bemüht, Abhilfe zu schaffen. Innerhalb des Schulgrundstücks läßt sich ein Erweiterungsbau nicht aufführen, wenn ein genügend großer Hofraum erhalten bleiben soll und von den angrenzenden an der Straße Hinter Liebfrauen gelegenen Grundstücken sind geeignete Teilflächen nicht zu erlangen. Für die ganzen Grundstücke aber, die noch dazu

ihrer Gestalt nach als Bauplatz wenig geeignet erscheinen, sind so hohe Preise gefordert, daß auf ihren Ankauf verzichtet werden mußte. Dagegen ist es dem Magistrate gelungen, von dem an der Westseite der Leopoldstraße gelegenen Kleinschmidt'schen Besitztum das 89 Quadratmeter große Grundstück Nr. 32 ganz und von dem Grundstück Nr. 31 eine 4,55 Nr haltende Teilfläche zum Preise von überhaupt 36 000 Mark anzukaufen und dabei auszubedingen, daß die angrenzende dem Tischlermeister Kleinschmidt verbleibende Fläche weder bebaut, noch mit hohen Bäumen bepflanzt werden darf. Auf diesem Terrain, dessen Preis nicht zu hoch sein dürfte, läßt sich nach dem vorliegenden Vorprojekte ein Bauwerk errichten, durch das die oben erwähnten Mängel beseitigt werden. Bei der geringen Entfernung von dem gegenüberliegenden Schulgrundstück dürfte die örtliche Trennung nicht allzuschwer ins Gewicht fallen, und insbesondere läßt sich einer Gefährdung der Gesundheit der die Badeeinrichtung im Winter benutzenden Kinder dadurch leicht vorbeugen, daß dem Baden der Turn-, Zeichen- oder Kochunterricht folgt, so daß die Kinder das Gebäude nicht unmittelbar nach dem Baden zu verlassen brauchen. Die Kosten des geplanten Bauwerks werden auf 50 000 Mark geschätzt, so daß der gesamte Aufwand 86 000 Mark betragen würde. Der Magistrat gibt anheim, den notariellen Kaufvertrag zu genehmigen und der Ausarbeitung eines Projektes nebst Kostenanschlag nach Maßgabe des vorgelegten Vorprojektes zuzustimmen.

Herr F r ü h l i n g: Die Baukommission hat sich nur schwer mit dem Vorschlage des Magistrates befreunden können, weil sie ihn nur für einen mangelhaften Ausweg ansehen kann. Sie hatte vorgeschlagen, das ganze Grundstück zu erwerben, jedoch soll das 106 000 Mark kosten. An einen Neubau der Schule ist nicht zu denken, auch ist er nicht für notwendig befunden worden. Die Baukommission empfiehlt, trotzdem die Sache manche Nachteile hat, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr A l m a n n: Ich kenne die Gründe nicht, weshalb nicht das ganze Grundstück gekauft werden soll, zumal ich nicht weiß, ob der zum Ankauf in Aussicht genommene Teil des Grundstücks für die Zukunft genügen wird. Eine solche Abstückelung von dem Grundstück würde doch nur wieder bedingen, daß über kurz oder lang die Stadt nochmals einen größeren Teil des Grundstücks ankaufen muß, was ich nicht rationell finden kann. Aus Sparsamkeitsrücksichten wäre es jedenfalls angebracht, das ganze Grundstück zu erwerben, da sich der übrige Teil schon verzinsen würde.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Sache ist sehr eingehend erwogen, und wir sind hier auf einen richtigen Ausweg gekommen. Die Erwerbung des ganzen Grundstücks hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Der Preis mag dafür nicht zu hoch sein, gleichwohl hat der Magistrat den Antrag



der Kommission abgelehnt. Maßgebend war dafür der Umstand, daß die Schule, wie sie jetzt vorhanden ist, abgesehen von einer Turnhalle, einer Badeeinrichtung, einer Schulküche und eines Zeichenjaals, noch allen gerechten Ansprüchen genügt, und daß wir erst im vorigen Jahre 22 000 bis 23 000 Mark in das Hauptgebäude gesteckt haben, und hiernach in absehbarer Zeit keine Erweiterung des Schulgebäudes nötig werden wird. Nun muß man auch weiter fragen, wie sich die Stadt bei der Erwerbung des ganzen Grundstücks stehen würde. Es ist möglich, auf dem ganzen Kleinschmidt'schen Grundstücke ein Gebäude zu errichten, das der Schule im ganzen genügen würde, aber das setzt voraus, daß wir das jetzige Schulgrundstück vollständig aufgeben, und was dabei herauskommen würde, wissen Sie selbst. Wir würden nur den Grund und Boden bezahlt bekommen. Die Frage, ob auf dem Kleinschmidt'schen Grundstücke eine neue Schule erbaut werden könnte, hat die städtische Bauverwaltung dahin beantwortet, daß ein angemessenes Gebäude dort nur dann errichtet werden könnte, wenn von dem angrenzenden Grundstücke der Kleinkinderbewahranstalt noch ein Stück zugezogen würde. Unter 6000 bis 8000 Mark würde dieses Stück aber nicht zu haben sein, so daß das gesamte Areal 116 000 Mark bis 120 000 Mark Kosten verursachen würde. Nun müßten wir eine neue Schule darauf stellen, und da steht die städtische Bauverwaltung auf dem Standpunkte, daß eine neue Schule nicht unter 250 000 Mark für 12 Klassen zu haben sei, so daß sich die ganze Ausgabe auf etwa 350 000 Mark stellen würde. Dazu liegt aber ein Bedürfnis nicht vor. Eine Erweiterung der Schule in dieser Stadtgegend ist außerdem nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen, denn die Innenstadt wird immer noch mehr entvölkert, und die jetzige Schule genügt dem vorhandenen Bedürfnisse vollständig.

Nun weiß ich nicht, was Herrn Alßmann bestimmt hat, zu sagen, es solle doch gemacht werden, denn wenn der Magistrat erklärt, sein Vorschlag genüge, so liegt doch für Sie kein Grund vor, dem Magistrate noch größere Mittel zur Verfügung zu stellen und lustig darauf los zu bauen. Das einzige Bedenken gegen den Magistratsvorschlag dürfte darin liegen, daß die Kinder zum Turnen usw. über die Straße gehen müssen. Die Kinder haben Anschauungsunterricht und werden so wie so auf die Straße geführt, so daß ich kein Bedenken darin finden kann. Ein Bedenken könnte allenfalls in Betracht kommen, daß die Kinder, wenn sie gebadet haben und dann über die Straße gehen müssen, sich erkälten können. Das Bedenken läßt sich aber sehr leicht dadurch beseitigen, daß die Anordnung getroffen wird, den Kindern nach dem Baden entweder Turn- oder Zeichenunterricht zu geben, oder sie in der Kochschule zu beschäftigen. In dieser Beziehung genügt aber der Bau, wie er vom Magistrate vorgeschlagen wird. Das ganze Grundstück anzukaufen, liegt kein stichhaltiger Grund vor. Das in

Vorschlag gebrachte Grundstück liegt allerdings eingeengt, aber alle Sachverständigen sind darin einig, daß es in bezug auf die Zuführung von Licht und Luft allen berechtigten Ansprüchen genügt. Unter diesen Umständen sehe ich nicht ein, weshalb wir Aufwendungen machen sollen, die über den Bedarf hinausgehen. Ich bezweifle auch, daß der Magistrat anderen Sinnes würde, sofern Sie dem Wunsche des Herrn Altmann folgen sollten, denn wir haben auf die Finanzlage der Stadt Rücksicht zu nehmen. Die Folge der Annahme des Antrages Altmann würde die sein, daß vorläufig aus der ganzen Sache nichts wird und man abwarten müßte, bis sich Gelegenheit zum Ankauf eines andern Grundstückes bietet. Das ist aber ausgeschlossen. Wenn wir ein solches Grundstück kaufen, so müssen wir immer die Baulichkeiten mitbezahlen, während wir nur unbebautes Areal gebrauchen können. Uns ist z. B. auch das Grundstück an der Ecke von Leopold- und Wallstraße zum Kauf angeboten, was für die Turnhalle wohl auch genügen möchte, aber jedenfalls würde es erheblich teurer werden und der Weg würde noch weiter sein.

Herr Altmann: Ich habe nicht daran gedacht, die Schule an der Leopoldstraße zu verlegen und das Grundstück zu verkaufen; ich bin überhaupt ein Gegner von der Veräußerung städtischen Eigentums. Die Stadt kann ihren Grundbesitz innerhalb der Stadt selber gebrauchen. Ich hielt nur den ersten Vorschlag der Kommission für besser, das ganze Grundstück anzukaufen, und ich habe jetzt das Gefühl, daß die Stadt nicht klug daran handeln würde, wenn sie es anders machte. Es mag schön klingen, daß wir uns nicht finanziell festlegen wollen, aber in anderen Dingen haben wir es doch getan, z. B. bei der Gasanstalt. Wenn wir uns hier mit 60 000 Mark für den Grundbesitz festlegen, so werden die Zinsen dafür schon aufgebracht werden. Wenn wir aber später nachkaufen müssen, um dort noch Klassen zu bauen usw., so werden wir den Grundbesitz für den heutigen Preis nicht mehr bekommen. Dem jetzigen Besitzer des Grundstücks mag es angenehm sein, einen Teil davon zu verkaufen, aber die Stadt würde am vorteilhaftesten handeln, wenn sie gleich das ganze Grundstück kaufte.

Herr Lübbe: Ich bin hier ausnahmsweise mit Herrn Altmann einer Meinung, und habe diese Meinung auch in der Kommission bis zuletzt verfolgt. Ich halte das zu erwerbende Terrain für zu klein und beengt und den Kauf für eine zu kurzfristige Maßnahme. Deshalb möchte ich bitten, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat zu bitten, uns einen andern Vorschlag zu machen, nämlich entweder ein anderes Grundstück oder das ganze Grundstück zu kaufen. Die Kinder haben dort noch nicht einmal einen Spielplatz.

Herr Oberbürgermeister Nettemeyer: Was die wiederholten Einwendungen des Herrn Altmann betrifft, so muß ich darauf hinweisen, daß

eine Realisierung des Gedankens nur dann möglich wäre, wenn man jetzt in Aussicht nimmt, die ganze Schule auf das Grundstück zu bringen. Dazu liegt aber gar keine Ursache vor. Es wäre geradezu eine Verschwendung des Rationalvermögens, wenn man damit rechnen wollte, diese beiden guten Gebäude zum alten Eisen zu werfen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Gebäude hundert und noch mehr Jahre halten werden. Der Ankauf des ganzen Kleinschmidt'schen Grundstücks wäre nur in Betracht zu ziehen, wenn das Schulgrundstück zu anderen Zwecken verwendet werden sollte. Es liegt hinter dem Grundstück auch noch ein großes Areal, das zu dem früher Lünings'schen Grundstück gehörte, aber auch das hierauf gestützte Projekt ist über den Haufen geworfen. Was die Einwendung des Herrn Professor Lübke betrifft, so gebe ich zu, daß ein besseres Grundstück für die Stadt annehmbarer wäre, aber die Turnhalle, der Zeichenaal, die Badeeinrichtung und die Schulküche bekommen nach der Ansicht der Sachverständigen genügend Licht und Luft, also was wollen wir weiter? Herr Professor Lübke meint auch, daß die Kinder sich nicht genügend bewegen könnten. In der Turnhalle können sie sich aber bewegen, in dem Zeichenaaale sollen sie stillsitzen und die Badeeinrichtung hat genügenden Platz. Was sollen wir also mit mehr Terrain? Zu einem Spielplatz unmittelbar neben der Turnhalle liegt gar kein Grund vor. Den kleinen freien Raum könnten wir immer noch als Turnplatz verwenden und daneben liegt noch ein 8 m breiter Streifen, der uns daselbe leistet, als wenn wir ihn kaufen, da wir ihn mit einer Servitut belasten wollen. Der Schulhof liegt dicht dabei und diesen können die Kinder nach wie vor benutzen. Ich sehe also keinen Grund ein, zu sagen, daß die Gebäude auf dem anzukaufenden Terrain nicht genügend Platz finden; aber ich gebe zu, es gibt Gründe auch gegen dies Projekt, und ich fürchte, wenn diesen Gegengründen nachgegeben wird, so bleibt die Schule wie sie ist, und das würde ich bedauern. Wir tun die Kinder leid, wenn sie bei schlechtem Wetter nach der Ehternstraße geführt werden, oder der Turnunterricht deshalb ausfallen muß, und in bezug auf die Bade- und Kochschule liegt ein dringendes Bedürfnis vor, den Kindern die neue Einrichtung zu gewähren. Ich möchte daher erjuchen, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Fr ü h l i n g: Ideal ist die Anlage nicht, andererseits läßt sich aber auch nicht leugnen, daß wir nicht haben angeben können, wie das Grundstück später verwendet werden soll. Für eine volle Schule würde der Platz für sich allein nicht ausreichen, außerdem ist aber auch nicht anzunehmen, daß die gegenüberliegende Schule in kurzer Zeit erneuert werden müßte. Wir hoffen vielmehr, daß die Einrichtung noch auf Jahre hinaus bestehen bleiben kann. Nachdem uns der Magistrat erklärt hat, daß er das ganze

Grundstück nicht kaufen würde, und wir auch nicht angeben können, wie das Grundstück verwertet werden soll, so haben wir in der zweiten Sitzung der Kommission dem Vorschlage zugestimmt, weil wir der Meinung sind, daß es dringend notwendig ist, der Schule diese Nebenräume zu geben, sie steht sonst nicht auf dem gleichen Niveau mit den anderen Schulen. Die Aussichten, ein anderes Grundstück in der Nähe zu erhalten, sind sehr gering, und die Versuche sind so übel abgelaufen, daß wir sehr froh sein können, das Grundstück noch erwerben zu können. Wer mit den Verhältnissen vertraut ist, hält es für richtig, zuzugreifen, man kommt so billig nicht wieder an ein Grundstück heran. Aus diesen Gründen hat die Baukommission dem Antrage des Magistrats zugestimmt.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

### V. Ausbau eines Teiles der Hildesheimerstraße.

Die Hildesheimerstraße zwischen der Goslarischenstraße und der Braunschweigischen Landeseisenbahn, die zurzeit eine Breite von 16 bis 17 m besitzt, soll durch Hinzunahme von Abschnitten der angrenzenden Grundstücke eine Breite von 19 m erhalten. Ihre Instandsetzung ist derart geplant, daß an der Nordostseite ein Fußweg von 4 m Breite, daneben eine 8,20 m breite mit Kleinpflaster zu befestigende und mit beiderseitigen je 70 cm breiten mit Pflastererschladen gepflasterten Gassen versehene Fahrbahn, alsdann ein Reitweg von 2 m Breite und schließlich an der Südwestseite ein mit einer neuen Baumreihe zu bepflanzender Fußweg von 4,5 m Breite angeordnet werden sollen. Die Fußwege werden Plattenbelag erhalten. Die Kosten belaufen sich auf 33 200 Mark, so daß der voraussichtliche Beitrag zu den Straßenkosten rund 115,50 Mark für 1 m Frontlänge beträgt.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung der Vorlage ersucht Herr Koch namens der Baukommission zuzustimmen.

Herr W e s e m e i e r : Ich stimme der Vorlage zu, möchte aber bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf den schlechten Zustand des Fußweges auf dem östlichen Teile der Biewegstraße richten. Der Fußweg ist tatsächlich sehr schlecht. Es wäre übrigens besser, wenn auch ohne besondere Anregung die Fußwege in einen besseren Zustand versetzt würden.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

### VI. Erwerb von Grundflächen an der Bertramstraße.

Der von den städtischen Behörden schon seit Jahren gewünschte Ausbau der Bertramstraße zwischen Leonhard- und Willierstraße hat sich bislang verzögert, weil es nicht zu erreichen war, daß der Straße von den östlich an-

grenzenden Grundstücken zuzulegende Terrain, sowie das abzubrechende Wohnhaus zu einem angemessen erscheinenden Preise zu erwerben. Mit der Zeit haben die in Betracht kommenden Grundstückseigentümer jedoch ihre Forderungen mehr und mehr ermäßigt, so daß es dem Magistrate jetzt gelungen ist, die erforderlichen Teilflächen zum Einheitspreise von 18 Mark pro Quadratmeter sowie das Grundstück Nr. ass. 3307 mit dem darauf stehenden Wohnhause zum Preise von 18 000 Mark anzukaufen.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit dem stadtseitigen Erwerbe der betreffenden Grundflächen sowie des Wohnhauses einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen 33 534 Mark zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *Fricke* berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

## VII. Anfrage *Fricke*: Hundertjahrfeier der beiden hiesigen Regimenter.

Herr *Fricke*: Hat der Magistrat schon Stellung dazu genommen, wie und in welcher Weise die Stadt Braunschweig an der Hundertjahrfeier des Braunschweigischen Infanterie-Regimentes Nr. 92 und des Husaren-Regimentes Nr. 17 am 1. April 1909 sich zu beteiligen gedenkt? Eine Begründung dieser Anfrage ist wohl nicht erforderlich. Es ist allgemein bekannt, welche bedeutenden Errungenschaften beide Regimenter im Lauf des Jahrhunderts aufzuweisen haben. Da es auch in anderen Städten üblich gewesen ist, daß bei derartigen Feiern sich die Stadtverwaltung in irgend einer Weise beteiligt hat, so frage ich an, ob sich der Magistrat mit der Sache schon beschäftigt hat?

Herr Oberbürgermeister *Ketmeyer*: Ich kann die Frage mit Ja beantworten.

## VIII. Antrag *Bunge*: Anberaumung der Stadtverordneten- und Landtagswahlen an einem Sonntage.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft die Stadtverordnetenwahlen, die Urwahlen zur Landtagswahl und die Landtagswahlen tunlichst an einem Sonntage stattfinden zu lassen.“

Herr *Bunge* (zur Begründung): In den letzten Jahren ist man in der hiesigen Industrie mehr und mehr dahin gekommen, die zusammengelegte Arbeitszeit einzuführen. Im vergangenen Jahre haben es die Arbeiter bei den Urwahlen zur Landtagswahl bitter empfunden, daß sie aus der Arbeitszeit herausgerissen wurden. Früher konnten sie wenigstens während der Mittagszeit zur Wahl gehen, während sie jetzt 1½ bis 2 Stunden von ihrem Verdienste

opfern müssen. In diesem Jahre machte sich der Verlust für die Arbeiter noch fühlbarer, weil die Krisis so hart eingesezt hat und eine Reihe von Etablissements nur 6 bis 8 Stunden arbeiteten, so daß die Arbeiter den Verlust vielfach noch härter empfinden mußten.

Dasselbe gilt bei den Landtagswahlen, wo die Wahlmänner gezwungen sind, in der Mittagszeit zur Wahl zu gehen. Ich bin der Meinung, daß wir mit diesen wirtschaftlichen Verhältnissen rechnen und versuchen müssen, die Wahlzeit auf eine andere Tageszeit zu verlegen. Für die geeignetste Zeit würde ich den Sonntag halten. Dasselbe gilt für die Stadtverordnetenwahlen. Anderwärts ist das auch schon geschehen. Selbst hier sind die Gewerbegerichtswahlen früher schon einmal auf einen Sonntag verlegt und vor 14 Tagen habe ich aus Berlin dasselbe gelesen, so daß in dem Antrage nichts ungewöhnliches liegt.

Der Antrag findet ausreichende Unterstützung und wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## IX. Antrag Wesemeier: Grundsteuer nach dem gemeinen Werte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, baldigst eine Vorlage einzubringen, durch die die Grundsteuer nach den Grundätzen der Besteuerung des gemeinen Wertes der Grundstücke geregelt und für diese Steuer die Selbsteinschätzungspflicht eingeführt wird.“

Herr Wesemeier: Ich glaube, daß Sie alle über das Wesen der Grundsteuer nach gemeinem Werte unterrichtet sind. Der Antrag soll die Grundsteuer sozial zu gestalten suchen. Der § 176 der Städteordnung gibt den Städten das Recht, den Bedarf der Stadtkasse höchstens bis zu einem Drittel durch eine Gemeindegeldsteuer zu beschaffen. Die heutige Grundsteuer wird nach § 179 der Städteordnung nach dem Verhältnisse der in das Grundsteuerkataster der Gemeinde eingetragenen Grundsteuerkapitale erhoben, das von dem Mietwerte des Grundstücks ermittelt wird. Die Grundstücke werden alle zehn Jahre zur Ermittlung der Grundsteuerkapitale abgeschätzt. Die in dieser Weise ermittelte Grundsteuer stellt eine ungerechte Besteuerung dar, namentlich aber, wenn man beabsichtigt, andere Besteuerungsarten einzuführen. Unter den heutigen Verhältnissen müssen die Gebäude mit kleineren und mittleren Wohnungen bedeutend mehr an Steuern leisten, als diejenigen Grundstücksbesitzer, die sich auf einem großen Komplex von Grund und Boden eine Villa oder aber große Geschäftshäuser erbaut haben. Gerade die Gebäude mit kleineren oder mittleren Wohnungen werden unverhältnismäßig hoch

gegenüber den reichsten Grundbesitzern belastet, und das ist zweifellos eine Ungerechtigkeit. Wenn die Besitzer großer Grundstücke, wie Löbbekes Insel, Hollands Garten, Rimpau und der großen Geschäftshäuser nach gemeinem Werte, den wir auch bei der Wertzuwachssteuer als Grundlage angenommen haben, zur Grundsteuer herangezogen würden, so müßten sie wesentlich höhere Steuern zahlen.

Wir wollen nicht etwa mit dem Antrage das Aufkommen aus der Grundsteuer erhöhen, sondern wir erstreben nur eine gerechtere Verteilung der Steuer auf die Grundbesitzer. Im Prinzipie sind wir überhaupt gegen die Grundsteuer, weil sie doch nur den Mietern auferlegt wird, aber um sie gerechter und sozialer umzugestalten, sind wir für ihre Aenderung. Auch die Spekulanten werden zweifellos durch die Grundsteuer nach gemeinem Werte schärfer als bisher herangezogen. Heute werden die Baupläze alle fünf Jahre nach ihrem Pachtwerte eingeschätzt, ihr Verkaufswert ist aber selbstverständlich ein ganz anderer, als ihr Pachtwert. Die Spekulanten wissen immer schon im voraus, wo sie etwas an Grundstücken verdienen können und kaufen deshalb häufig ein großes Gelände an, um es hinterher erheblich teurer wieder umzusetzen. Und diese Spekulanten werden jetzt lediglich nach dem Pachtwerte der Grundstücke besteuert. Es wäre nur gerecht, wenn auch diese Leute nach dem gemeinen Werte der Grundstücke eingeschätzt würden. Dadurch würde zweifellos die Spekulation insofern etwas eingedämmt werden, als die Grundstücke infolge des Drucks der höheren Besteuerung mehr bebaut, und die Baupläze nicht noch länger der Spekulation vorbehalten, sondern zum Bebauen verwendet würden. Selbst die Grundbesitzer, die ja sonst die Bodenreformer bekämpfen, werden auch für die Umgestaltung der heutigen Grundsteuer zu haben sein. Die Einführung der Grundsteuer nach gemeinem Werte würde auch insofern wertvoll für die Wertzuwachssteuer sein, als wir dadurch einen Maßstab für den Wert der Grundstücke in der Stadt erhielten. Ich möchte auch wünschen, daß die Selbsteinschätzung der Grundbesitzer eingeführt würde. Eine falsche Einschätzung der Grundstücke würde jedenfalls nicht zu befürchten sein, weil ein Grundbesitzer, der sein Grundstück einmal verkaufen will, bei zu niedriger Einschätzung des Grundstücks eine höhere Wertzuwachssteuer zu entrichten haben würde.

Mein Antrag ist nur ein besserer Ausgleich der Gerechtigkeit. Es ist bekannt, daß in einer Reihe von Städten die Grundsteuer nach gemeinem Werte schon eingeführt ist und man damit gute Erfahrungen gemacht hat. Überall, wo man hat versuchen wollen, aus der Grundsteuer höhere Erträge herauszu ziehen, ist man zu dem überraschenden Resultate gekommen, daß die Grundsteuer nach gemeinem Werte sehr ertragreich geworden ist, und daß man die

Grundstücke mit kleinen oder mittleren Wohnungen erheblich hat entlasten können, nachdem es möglich geworden war, auch die Besitzer der großen Parks zc. erheblicher mit zur Grundsteuer heranzuziehen. Ich bitte Sie dringend, meinem Antrage schon aus rein sozialen Gründen zuzustimmen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die *Statutenkommission* zur Vorberatung.

## **X. Antrag Hesse: Erhöhung der Bezüge der remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte.**

Herr Hesse: Ich beantrage,

„den remuneratorisch beschäftigten Hilfsarbeitern eine durchschnittliche Lohnzulage von 10 Prozent ihrer bisherigen Bezüge zu gewähren.“

Es ist wohl angebracht, auch hier Ihre Bewilligungslust zu zeigen; ich bitte deshalb um Unterstützung des Antrages.

Der Antrag findet ausreichende Unterstützung und wird der *Finanzkommission* zur Vorberatung überwiesen.

## **XI. Antrag Wesemeier: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.**

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den städtischen Arbeitern ohne Ausnahme 10 Prozent Lohnerhöhung gewährt wird. Die Lohnerhöhung soll vom 1. Oktober 1908 ab gezahlt werden.“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Es wird wohl niemand in der Versammlung bestreiten, daß die Löhne der städtischen Arbeiter dringend einer Aufbesserung bedürfen; sie sind tatsächlich heutzutage erheblich geringer, als in sämtlichen hiesigen Privatbetrieben. Die Stadt, die eigentlich in der Löhnung der Arbeiter und der Ausgestaltung der Arbeitszeit vorangehen sollte, hinkt recht kräftig nach, und das ist ein Mißstand, der in einem städtischen Betriebe nicht angebracht ist. Wenn gesagt wird, daß die Löhne der städtischen Arbeiter teilweise schon erhöht worden seien, so ist das an sich nicht zu bestreiten, aber nach dem Begleit Schreiben zum Etat ist das nur deshalb geschehen, weil keine Arbeiter für einen geringeren Lohnsatz zu kriegen waren. Heute liegen die Verhältnisse nicht anders, alles ist verteuert, und bei der Feuerwehr und der Straßenreinigung sind die Leute wegelaufen, weil sie zu schlecht bezahlt wurden. Wenn der Magistrat das selbst zugibt, so kann jeder ermessen, wie



die Löhne teilweise beschaffen sind. Aber selbst bei den Arbeiterkategorien, denen anscheinend ein einigermaßen auskömmlicher Lohn gezahlt wird, indem sie nach der vom Magistrate herausgegebenen Tabelle einen Jahreslohn von 1080 Mark zc. verdienen, kommt eine Arbeitszeit in Betracht, die man in Privatbetrieben nicht mehr kennt. Wenn man den für diese Arbeiter von der Stadt gezahlten Lohn auf die in der gesamten Industrie übliche Arbeitszeit verteilt, so ist auch dieser Lohn, namentlich bei Berücksichtigung der ungeheuren Arbeit, viel zu niedrig.

Es steht somit fest, daß die Löhne der städtischen Arbeiter hinter dem Durchschnitt der in der Privatindustrie gezahlten Löhne zurückbleiben. Durch das Gesetz wird das Minimum des Einkommens, das ein Mensch haben soll, auf 1500 Mark festgesetzt, denn erst, was er mehr verdient, kann teilweise gepfändet werden. Wenn die Verhältnisse so liegen, so kann doch niemand glauben, daß jemand mit seiner Familie unter 1500 Mark Einkommen existieren oder auch nur mit 1500 Mark auskommen kann. Die Leute müssen dann auch bei einem geringeren Einkommen tatsächlich hungern, oder können sich doch nicht mehr die Nahrung leisten, wie es noch vor fünf Jahren mit demselben Einkommen möglich war.

Der Magistrat gibt uns in seiner Statistik auch bekannt, inwieweit die Preise der notwendigsten Lebensmittel gestiegen sind. Daraus geht hervor, daß z. B. der Weizen in einem einzigen Jahre um 19,5 Prozent gestiegen ist, der Roggen um 21,9 Prozent, bezw. 25,6 Prozent, die Kartoffel um 15,8 Prozent und letztere seit 1905 sogar um 24,2 Prozent. Das sind die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel, ohne die jemand nicht leben kann. Dagegen sind die Löhne der städtischen Arbeiter fast so geblieben, wie sie waren. Bei einzelnen Kategorien sind sie wohl aufgesetzt, aber nur in geringem Maße, und diese Steigerung kann mich auch nicht veranlassen, die Löhne als ausreichend zu betrachten, zumal sie teilweise noch geringer sind, als der ortsübliche Tagelohnsatz.

Diese Zustände müssen eine Besserung erfahren, wenn Sie soziales Denken und Empfinden für die Arbeiter übrig haben, und es muß den Arbeitern mindestens eine zehnprozentige Lohnzulage zuteil werden. Es würde das bei 500 bis 550 städtischen Arbeitern einen Mehraufwand von 50 000 bis 55 000 Mark bedeuten, wenn Sie das jetzige durchschnittliche Lohn-einkommen mit 1000 Mark annehmen. Der Magistrat wird zugeben müssen, daß es nicht mehr bringen würde. (Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Erheblich mehr!) Jedenfalls werden wir bei der Beratung des Antrages den Betrag genau erfahren. Wenn wir mehr als 200 000 Mark für die Er-

höhung der Beamten- und Lehrergehälter bewilligen können, so müssen wir auch für die Arbeiter 50 000 bis 60 000 Mark übrig haben.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## XII. Antrag Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur durch die Schulen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß Mittel bewilligt werden zur Bekämpfung der schlechten Literatur durch die Lehrer und Lehrerinnen in den Schulen.“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Jeden Menschen wird es unangenehm berühren, wenn er sieht, wie die Lehrburschen auf der Straße, die Kiepe auf dem Rücken, Schundliteratur lesen und sich gegenseitig austauschen. Hier müßte eingegriffen werden. Man kann mir entgegenhalten, das liege außerhalb unseres Machtbereiches, da die jungen Leute unter anderer Aufsicht ständen, aber diese Kompetenzbedenken dürften geringfügiger Natur sein gegenüber dem von mir gestellten Antrage. Es ließe sich nämlich die schlechte Literatur vielleicht in der Weise bekämpfen, daß den Lehrern und Lehrerinnen irgend eine geeignete Flugchrift gegeben wird, die sie den Eltern derjenigen Kinder zuschicken, bei denen sie solche schlechte Druckschriften finden. Selbst nach den Schulen werden die schlechten Schriften zum Austausch mitgebracht. Es dürfte sich deshalb empfehlen, durch die Zusendung einer Flugchrift oder eines persönlichen Briefes auf die Eltern einzuwirken. Dem Magistrate wird es leicht sein, eine geeignete Flugchrift ausfindig zu machen, und, sollte es solche nicht geben, dürfte es nicht allzu schwierig sein, eine Schrift auszuarbeiten. Die Kosten würden nicht allzu hoch sein.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen.

Der Herr Vorsitzende schließt darauf die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit.

Dauer von 4 bis 8 $\frac{3}{4}$  Uhr.



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Januar 1909.

### Tagesordnung:

|       |                                                                                                                                       |           |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Bewilligung eines höheren Preises für ein Grundstück an der Vertramstraße                                                             | Seite 503 |
| II.   | Erweiterung der Bürgerschule am Schulwege . . . . .                                                                                   | " 503     |
| III.  | Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehalts-<br>aufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer . . . . . | " 505     |
| IV.   | Verkauf einer Straßenfläche an der Wendenstraße . . . . .                                                                             | " 527     |
| V.    | Entschädigung für das Zuführen der Polizeihunde . . . . .                                                                             | " 527     |
| VI.   | Herrichtung von Terrassen im Schulgarten an der Osterstraße . . . . .                                                                 | " 529     |
| VII.  | Abänderungen zum Schlachthausstatut . . . . .                                                                                         | " 529     |
| VIII. | Bauliche Aenderungen am Gewandhause . . . . .                                                                                         | " 532     |
| IX.   | Antrag Riese: Annahme einer Arbeitslosenstatistik . . . . .                                                                           | " 534     |
| X.    | Anfrage Riese: Beschaffung von Notstandsarbeiten . . . . .                                                                            | " 536     |
| XI.   | Bauliche Aenderungen in der Oberrealschule . . . . .                                                                                  | " 538     |
| XII.  | Antrag Bunge: Bewilligung von Mitteln für die Beschäftigung Ar-<br>beitsloser . . . . .                                               | " 538     |
| XIII. | Geschäftsordnungsdebatten . . . . .                                                                                                   | " 539     |
| XIV.  | Unterstützung für die durch Erdbeben schwer betroffenen Bewohner Südtaliens                                                           | " 541     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, Lord und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Bluth, Esdorn, Kalms und Löhnefinke.

Vorsitzender, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung, und wünsche zunächst den Herren Glück zum neuen Jahr und gebe dabei der Hoffnung Ausdruck, daß unsere gemeinsame Arbeit auch im zukünftigen Jahre zum Segen unserer Vaterstadt ausschlagen möge.

Sodann habe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt zu geben:

- a) In der Prozeßsache gegen den Mietekutscher Hermann Fuchs legt der Magistrat eine Abschrift des Urteils des Herzoglichen Amtsgerichts vom 6. November v. Js. zur Kenntnissnahme vor. Hiernach ist der Beklagte verurteilt, der Stadt 75,63 M. nebst 4% Zinsen seit Klagezustellung zu zahlen, und hat außerdem die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Es handelt sich bei dieser Klage darum, daß der Beklagte bei dem Wenden eines Möbelswagens auf der Helmstedterstraße einen Kandelaber umgerissen und sich geweigert hat, die Kosten dafür zu tragen (s. Bericht über die Sitzung vom 1. Oktober 1908, Seite 242).
- b) Der Vorstand der Malerinnung ersucht, die jetzt geübte Vergabung der städtischen Neubauarbeiten in Submission zu ändern.
- c) Die Vereinigung von Berufsvereinen in hiesiger Stadt bittet den Magistrat, zu beschließen, daß bei der Vergabung von Lieferungen oder Arbeiten jeder Art durch die Stadt solche Firmen ausgeschlossen werden sollen, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten Schwierigkeiten bereiten. Der Versammlung ist eine Abschrift dieses Gesuches zur Kenntnis übersandt worden.

Die unter b und c erwähnten Eingaben werden vorläufig zu den Akten genommen, weil gleiche Eingaben auch beim Magistrate eingegangen sind und dieser noch nicht Stellung dazu genommen hat.

- d) Vom Magistrate ist eine Uebersicht über die seitens der einzelnen städtischen Betriebsverwaltungen gezahlten Löhne eingegangen, die auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden soll. Ich werde einen Referenten dafür bestellen, und wir werden dann in der Lage sein, über das Schreiben Beschlüsse zu fassen und eventuell Rückanträge an den Magistrat zu stellen.

Runmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

## I. Bewilligung eines höheren Preises für ein Grundstück an der Vertramstraße.

In der letzten Sitzung — Seite 493 des Berichtes — ist irrtümlich der Preis des von dem Malermeister Knoche an der Vertramstraße zu erwerbenden Teilgrundstücks zu 18 M pro Quadratmeter angegeben worden, während der Preis nach dem notariellen Vertrage 20 M beträgt. Dem Ersuchen des Magistrats auf Bewilligung des höheren, eine Mehrausgabe von 266 M erfordernden Preises

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet.

## II. Erweiterung der Bürgerschule am Schulwege.

Es erscheint dringend wünschenswert, in der mittleren Mädchenschule am Schulwege eine zweite Oberklasse einzurichten, und außerdem ist der zurzeit als Zeichenaal benutzte Raum zu eng. Daneben sind berechnigte Klagen laut geworden über die Uebelstände, die sich aus der Benutzung der im ersten Obergeschoße gelegenen Aula als Turnsaal ergeben. Diesen Uebelständen läßt sich durch Schaffung einer selbständigen Turnhalle am nachhaltigsten abhelfen; es könnte dann die frühere Aula nebst Vorraum als Zeichenaal benutzt und die jetzige Zeichenklasse als zweite Oberklasse verwendet werden.

Da der Schulhof nicht weiter verkleinert werden kann, so hat der Magistrat die beiden an den Schulhof grenzenden Grundstücke Nr. ass. 2225 und 2226 für zusammen 30 000 M gekauft. Die Grundfläche der beiden Grundstücke bietet Raum genug für eine Turnhalle, der auch, ungeachtet des Umstandes, daß an den Längsseiten Fenster nicht angebracht werden dürfen, von oben reichlich Licht zugeführt werden kann. Die Fläche ist ferner groß genug, um darauf außer der Turnhalle noch ein Schuldienerhaus zu erbauen, und der Schulvorstand hat gebeten, auch dieses Gebäude und zwar schon jetzt zu errichten. Maßgebend war dabei die Erwägung, daß es zur Verhütung von Ansteckungen im Falle der Erkrankung von Mitgliedern der Familie des Schuldieners durchaus zweckmäßig erscheint, dem jetzt im Schulhause wohnenden Schuldiener eine andere Wohnung zu geben, und daß überdies die vom Schuldiener bewohnten fünf Räume demnächst für Schulzwecke und zwar zur Unterbringung einer Haushaltungsschule durchaus geeignet sind.

Der Magistrat empfiehlt das Vorprojekt III mit der Maßgabe zur Annahme, daß einstweilen nur die Turnhalle mit einem Kostenaufwande von etwa 30 000 M zur Ausführung gelangt. Es wird anheimgegeben, den notariellen Kaufvertrag vom 11. Dezember 1908 zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß nach Maßgabe der Skizze III ein Prospekt nebst Kostenanschlag ausgearbeitet werde.

Herr Fröhling: Die Baukommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorlage. Hinsichtlich des Baues der Turnhalle sind in der Kommission verschiedene Wünsche laut geworden, deren Berücksichtigung bei der Projektbearbeitung zugesagt worden ist.

Herr Rieke: Gegen das Projekt selbst habe ich nichts zu erinnern, denn wenn eine Turnhalle nötig ist, muß sie auch gebaut werden. Ebenso ist es freudig zu begrüßen, daß Kochunterricht auch an den mittleren Mädchenbürgerschulen eingeführt werden soll. Weshalb sind aber nicht die Eckhäuser am Schulwege mit angekauft worden? Wenn auch die heutige Generation nicht danach drängen wird, die Straße zu verbreitern, so ist es doch sehr fraglich, ob nicht die künftige Generation dort einmal eine breitere Straße durchlegen will. Das eine Grundstück soll auch billig angeboten sein, weshalb ich ersuchen möchte, die Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Wenn in der dortigen Gegend erst einmal angefangen wird, Wandel zu schaffen, so werden sich auch noch andere Anlieger bequemen, ihre alten Häuser abzureißen, um bessere Wohnhäuser zu errichten. Es wird wohl auch gesagt, daß durch das Abreißen alter Häuser viele Arbeiterwohnungen verloren gehen, jedoch schadet das nicht, wenn es sich dabei um schlechte Wohnungen handelt, in denen man die Arme nicht ausstrecken kann, ohne die Decke zu berühren. Ich möchte also empfehlen, auch die Eckgrundstücke anzukaufen.

Herr Fröhling: Ich kann dazu bemerken, daß die Anregung des Herrn Rieke auch in der Kommission eingehend erwogen ist. Die Eckgrundstücke sind nicht angekauft worden, weil sie sehr teuer waren, und die Erweiterung des Schulweges durch den Ankauf der Eckgrundstücke auch nicht erleichtert, sondern eher noch erschwert werden würde, weil nach der Errichtung der Turnhalle der Schulweg nicht mehr verbreitert werden kann. Außerdem ist es auch sehr zweifelhaft, ob eine Verbreiterung des Schulweges im Interesse der Schule wünschenswert wäre, weil dann gleich wieder Klagen über den Straßenlärm entstehen würden. Auch der fernere Grund für den Ankauf der Häuser ist nicht zutreffend, daß die Turnhalle dann eine bessere Beleuchtung erhielte; sie würde dadurch außerdem wesentlich teurer werden, weil sie dann drei freistehende große Fronten haben würde. Deshalb hat sich die Baukommission der Ansicht des Herrn Rieke nicht anschließen können.

Herr Rieke: Ich möchte nur folgendes zu erwägen geben: Wenn die alten Gebäude einmal niedergelegt werden, so sieht die Turnhalle einem Schafstalle ähnlicher, als dem Zwecke, dem sie dienen soll. Außerdem kann man sich bei dem projektierten Bau nur mit Oberlicht aushelfen, und damit kann ich mich nicht befreunden. An der ganzen Längsseite ist ein fester Giebel vorgesehen, den wir in derselben Weise architektonisch ausgestalten müssen, als wenn wir an der Straße bauen. Jedenfalls würde die Turnhalle nicht den Eindruck machen, den man von ihr erwartete.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Niese operiert mit der Möglichkeit, daß die Anlieger ihre Häuser abreißen und nicht wieder aufbauen. Das ist aber höchst unwahrscheinlich. Wie sollten die Leute dazu kommen? Sollte indessen wirklich einer der Nachbarn in der glücklichen Lage sein, sich das leisten zu können, so würden wir die lange Seitenfront der Turnhalle, an der der reiche Nachbar wohnt, etwas übersehen lassen, und es wird dann keine häßliche Ansicht entstehen. Wegen der Lichtzuführung würde es ja besser sein, das Eckhaus mit zu erwerben, aber die Langseite der Turnhalle würde dann auch nur an einem 3 bis 4 m breiten Wege liegen, und wir würden auch nicht mehr Licht haben, wenn auf der anderen Seite hohe Gebäude errichtet würden. Wir bekommen nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung reichlich Licht von den beiden Fronten und von oben herein, und ich weiß wirklich nicht, was gegen das Projekt sprechen sollte.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

### III. Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer.

Vorsitzender: Wir haben zunächst die in der vorigen Sitzung abgebrochene Verhandlung über die Vorlage, betreffend die Einführung einer Wertzuwachssteuer, wieder aufzunehmen, und zwar würden wir mit dem § 2, Abschnitt A 2 des Entwurfs zu beginnen haben. Die zu der Vorlage eingereichten Anträge sind den Mitgliedern der Versammlung vervielfältigt zugestellt worden.

Der § 2, A 2 lautet nach der Magistratsvorlage:

„Dem Erwerbswerte sind hinzuzurechnen:

A. bei allen Grundstücken

2. alle aus eigenen Mitteln seit dem Eigentumserwerbe gemachten Ausgaben für dauernde Verbesserungen des Grundstücks mit Einschluß der Straßenbaukosten und der Kosten der einmaligen Instandsetzung innenstädtischer Straßen, sowie der Kosten für den Kanalanschluß und für Neu- und Umbauten.“

Die vereinigten Kommissionen beantragen, hierfür. folgende Fassung zu wählen:

- „2. alle aus eigenen Mitteln seit dem Eigentumserwerbe gemachten Ausgaben für etwaigen Umbau, Ausbau oder bessere Ausstattung des Gebäudes oder für Anlage oder Pflege der zur Annehmlichkeit des Eigentümers oder der Mieter dienenden Hausgärten, nicht aber jedwede Ausgaben für Instandhaltung oder Reparatur. Ausgaben für Wiedererrichtung eines von einem Brandschaden betroffenen Gebäudes sind nur



mit dem Betrage hinzuzurechnen, der die von den Versicherungsanstalten gezahlten Vergütungen übersteigt."

Als neue Nr. 3 wird vorgeschlagen:

„die Anteilstkosten bei der einmaligen Instandsetzung innenstädtischer Straßen sowie die Kosten für den Kanalanschluß.

Herr Rieke beantragt hingegen zu sagen:

2. alle aus eigenen Mitteln seit dem Eigentumserwerbe gemachten Ausgaben für etwaigen Umbau, Ausbau oder bessere Ausstattung des Gebäudes oder zur Anlage von Hausgärten, soweit sie den Wert zur Zeit des Uebergangs noch erhöhen. Ausgaben für Instandhaltung oder Reparatur sind dem Erwerbswerte nicht zuzurechnen. Ausgaben für Wiedererrichtung eines von Brandschaden getroffenen Gebäudes sind nur mit dem Betrage hinzuzurechnen, der die von den Versicherungsanstalten gezahlten Vergütungen übersteigt."

Herr Wolters: Die Kommissionen hatten die Fassung gewählt, um eine genaue Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Staatseinkommensteuergesetzes herbeizuführen. Aus diesem Grunde war die Vorschrift in § 13, 8 der Ausführungsbestimmungen zum Staatseinkommensteuergesetze genommen worden. Die Kommissionen meinten eben, die Veranlagung zur Einkommensteuer und zur Grundsteuer einheitlich fassen zu sollen. Die von Herrn Rieke vorgeschlagene Fassung ist indessen fast dasselbe. Soweit die Pflege der Hausgärten lediglich als Unterhaltung zu betrachten ist, ist sie durch die nachfolgende Bestimmung eingeschränkt worden. Ich nehme keinen Anstand, auch die Fassung des Herrn Rieke zu empfehlen.

Herr Weichsel: Ich bin mit der Fassung des Herrn Rieke einverstanden, nur vermisse ich darin, daß die Straßenbaukosten nicht erwähnt worden sind.

Vorsitzender: Die Straßenbaukosten werden in dem von den Kommissionen beantragten neuen Punkte 3 behandelt.

Herr Weichsel: Es würde aber das einfachste sein, sie in den Antrag Rieke mit hineinzubringen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Rieke in Verbindung mit dem von den Kommissionen beantragten neuen Punkte 3 angenommen.

Der Abschnitt B des § 2 lautet in seinem ersten Absätze nach der Magistratsvorlage:

„bei unbebauten Grundstücken eine 5<sup>0</sup>/oige Verzinsung des Erwerbswertes (ohne Zinseszins) von der Preiszahlung oder Verzinsung bis zur Uebertragung an den neuen Eigentümer, aber höchstens für 20 Jahre und unter Aufrechnung aller aus dem Grundstücke erzielten Einnahmen."

Die vereinigten Kommissionen beantragen statt „5<sup>0</sup>/oige" zu setzen: „4<sup>0</sup>/oige und die Worte „und unter Aufrechnung aller aus dem Grundstücke erzielten Einnahmen" zu streichen.

Herr Wolters: Wir wollten die Unsicherheit darüber, was „unter Aufrechnung aller aus dem Grundstücke erzielten Einnahmen“ zu verstehen sei, durch Streichung dieser Worte beseitigen. Um nun einen gewissen Ausgleich für den Fortfall dieser Anrechnung zu schaffen, wird weiter empfohlen, statt der fünfprozentigen nur eine vierprozentige Verzinsung des Erwerbswertes zu nehmen.

Herr Altmann: Ich möchte bitten, die von der Kommission an letzter Stelle beantragte Aenderung nicht zu akzeptieren, denn ich bin der Meinung, daß eine vierprozentige Anrechnung des Anlagekapitals genügen dürfte. Wenn jemand ein unbebautes Grundstück angekauft hat und verkauft es nach Jahren mit gutem Nutzen, nachdem es vielleicht an eine bebaute Straße zu liegen gekommen ist, so genügt es, wenn er sich 4% Zinsen des Anlagekapitals anrechnen kann, und er hätte nicht nötig, noch die aus dem Grundstücke erzielten Einnahmen sich gutzurechnen. Das erschien mir gewissermaßen wie eine Aufsaugung der Steuer, die wir mit der ganzen Einrichtung erzielen wollen, denn der Wertzuwachs wird dadurch so ziemlich aufgehoben. Wenn auch der Herr Oberbürgermeister mit dem Kopfe schüttelt, so meine ich doch, daß man sehr wohl Zweifel darüber haben kann, ob eine fünf- oder vierprozentige Verzinsung notwendig erscheint. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es schwer fallen mag, die im Laufe der Jahre erzielten Einnahmen nachher noch festzustellen; jedoch sehe ich keinen Grund ein, wenn jemand seine Anlagekosten verzinst bekommt, daß ihm dann noch für das Anlagekapital 4% gewährt werden sollen, nachdem er das Grundstück hat vorteilhaft benutzen können.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, beiden Vorschlägen der Kommissionen stattzugeben. In diesen beiden Vorschlägen erblicke ich in ihrer Zusammenwirkung eine wesentliche Verbesserung der Magistratsvorlage, insbesondere eine große Vereinfachung des ganzen Berechnungsverfahrens über die Wertzuwachssteuer. Wie schwierig die Sache ist, geht wohl daraus hervor, daß in diesem Falle Herrn Altmann, der sich sonst in die ganze Vorlage mit anerkannter Gründlichkeit hineingearbeitet hat, ein Schnitzer passiert ist. Was nämlich die Kommissionen vorschlagen, ist viel ungünstiger für die Grundbesitzer, als der Vorschlag des Herrn Altmann. Wenn man nämlich die Einnahmen noch hinzurechnet, so steht sich der Mann viel besser und das wollten die Kommissionen vermeiden. Deshalb haben sie ihn auf der einen Seite günstiger gestellt, ihm aber mit der anderen Hand die Möglichkeit genommen, die erzielten Einnahmen noch anzurechnen. Die Kommissionen haben damit, wie mir scheint, ein Stück sozialer Gerechtigkeit walten lassen, was auch Herr Altmann nach nochmaliger Prüfung des Antrages herausfinden wird.

Herr Meyerhoff: Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn man das Verfahren bei unbebauten Grundstücken anwenden wollte. (Rufe: Darum handelt es sich ja! Heiterkeit.) Dann verzichte ich aufs Wort, es hat ja doch keinen Zweck. (Heiterkeit.)

Herr Aßmann: Wenn mir ein Schnitzer unterlaufen wäre, so befände ich mich dabei in angenehmer Gesellschaft. In der Kommissionsitzung hat man sich lang und breit in Gemeinschaft mit dem Magistratsreferenten darüber unterhalten, in welcher Weise man am besten über diese Klippe wegtäme. Der Schnitzer träfe mich also nicht allein, sondern einen großen Teil der Kommissionsmitglieder und einige Magistratsmitglieder.

Herr Wolters: Wie groß der von Herrn Aßmann bezeichnete Teil der Kommissionsmitglieder gewesen ist, vermag ich nicht zu beurteilen, jedenfalls habe ich nicht dazu gehört. Bei der Mehrheit herrschte die Ansicht: wenn die Einnahmen aus einem Grundstücke sämtlich aufgerechnet werden können, so ist keine Möglichkeit vorhanden, daß 4% zugeschlagen werden. Darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen Herrn Aßmann und der Kommissionsmehrheit. Der Kommissionsbeschluß verschließt diesen Weg und sagt, hier ist die Grenze.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Beispiele machen solche schwierige Sache am ehesten klar: Es hat jemand für 10 000 M ein unbebautes Grundstück gekauft und für 20 000 M wieder verkauft; 4% Zinsen bringen 400 M. Das Grundstück ist landwirtschaftlich genutzt und hat jährlich 150 M Pacht gebracht. Wenn man nun der Anregung des Herrn Aßmann folgen und die Aufrechnung der aus dem Grundstücke erzielten Einnahmen vornehmen wollte, so würden nicht 400 M Verzinsung, sondern nur 250 M anzurechnen sein; wenn wir dagegen das Pachtgeld wegfallen lassen, so bleibt es bei den 400 M.

Herr Jasper: Das Beispiel des Herrn Stadtrat von Frankenberg hat wohl jedermann klar gemacht, daß es für die Stadt günstiger ist, wenn die Aufrechnung wegfällt, weil der Erwerbswert dann geringer und die Differenz gegen den Verkaufspreis größer ist, so daß eine höhere Steuer in Anrechnung kommt.

Die beiden Anträge der Kommissionen werden darauf angenommen.

Der zweite Absatz des § 2 B lautet nach der Magistratsvorlage:

„Als unbebaut gelten Grundstücke auch dann, wenn nur Schuppen, Baracken oder ähnliche der einstweiligen Benutzung oder anderen vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten darauf errichtet sind, oder wenn der neue Eigentümer vor Eintritt des Eigentumswechsels auf eigene Rechnung die Bebauung des Grundstücks selbst bewirkt hat. Der das Fünffache der mit Gebäuden besetzten Fläche übersteigende unbebaute Teil des Grundstücks ist bei der Festsetzung des Wertzuwachses wie ein unbebautes Grundstück zu behandeln. Bei einer Zerlegung des Grundstücks wird eine dem Werte der einzelnen Teile entsprechende Verteilung des Gesamtwertes auf die Trennstücke vorgenommen.“

Die Kommissionen haben beantragt, hinter „zu behandeln“ einzufügen: „soweit dieser unbebaute Teil nach Lage und Umfang abgesondert baulich verwertbar ist.“

Herr Wolters: Der Antrag der Kommissionen bedeutet eine Einschränkung. Es würde ungerecht sein, diesen Teil des Grundstücks mit einer so hohen Steuer zu belegen, sofern er abgesondert baulich nicht verwertbar ist.

Der Absatz wird mit dem Zusatzantrage der Kommission genehmigt. Der § 3 lautet:

„Für die Steuer haftet der Erwerber (Ersther). Mehrere Erwerber (Ersther) haften als Gesamtschuldner.“

Dazu haben die Kommissionen beantragt, zu sagen:

„Für die Steuer haftet, nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuch vermerkt ist, in allen Fällen der Zwangsversteigerung der Ersther, in allen sonstigen Fällen der Rechtsvorgänger im Eigentum. Mehrere Pflchtige haften als Gesamtschuldner.“

Nach dem Antrage Almann soll dagegen der § 3 folgenden Wortlaut erhalten:

„Für die Steuer haftet, nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuch vermerkt ist, der Rechtsvorgänger im Eigentum. Mehrere Pflchtige haften als Gesamtschuldner.“

Herr Wolters: Der wesentlichste Unterschied zwischen dem Vorschlage des Magistrates und der Kommission besteht darin, daß der Magistrat den Erwerber des Grundstücks für die Steuer haften lassen will und die Kommissionen den Rechtsvorgänger. Die Gründe dafür und dagegen sind in der Kommission so eingehend erörtert worden, daß es nicht nötig sein dürfte, mich hier noch des weiteren darüber zu verbreiten. Eine förmliche Sache ist von der Kommission noch insofern eingefügt worden, als auch hier wieder von dem „Rechtsvorgänger im Eigentum“ gesprochen wird, ein Begriff der weitergehend ist, als der Begriff „Veräußerer“.

Herr Almann: Ich möchte bemerken, daß ich nicht in allen Fällen bei Zwangsversteigerungen den Ersther des Grundstücks haften lassen will, wie ich das in meinem Antrage zu § 4 zum Ausdruck gebracht habe.

Herr Wolters: Ich bitte zu berücksichtigen, daß der Fall, wenn die Steuerpflicht objektiv eintritt, in § 1 des Statuts geregelt worden ist. Der § 3 behandelt nur die steuerpflichtige Person. Wenn die Mehrheit der Versammlung sich auf den Standpunkt des Herrn Almann stellen sollte, so müßte die objektive Steuerpflicht im § 1 geändert werden. Es handelt sich darum, soll der Erwerber oder der Veräußerer die Steuer entrichten? Im § 1 ist die objektive Steuerpflicht bereits in dem Sinne erledigt, daß auch Zwangszenteignungen mit zur Steuer heranzuziehen sind. Nachdem sich die Mehrheit über den § 1 schon schlüssig gemacht hat, können wir hier über den Antrag Almann nicht mehr verhandeln.

Herr Almann: Es können auch Zwangsversteigerungen zum Zwecke der Auseinandersetzung vorkommen, in welchem Falle der Veräußerer sehr wohl imstande sein kann, die Steuer zu tragen.

„C. Der Eigentumsübergang im Zwangsversteigerungsverfahren begründet die Steuerpflicht nur dann, wenn die Zwangsversteigerung zur Auseinandersetzung zwischen mehreren Miteigentümern dient, oder wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß das Zwangsversteigerungsverfahren in der Absicht durchgeführt ist, der Gemeindewertzuwachssteuer zu entgehen.“

Es sind hierin neue Momente enthalten, die nicht ohne weiteres übergangen werden können.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich will davon absehen, daß der Antrag nicht unter „Befreiungen“ wiedergegeben werden kann, sondern im § 1 hätte erwähnt werden müssen. Das wäre nur ein Schönheitsfehler bei dem Antrage Aßmann, aber der Wurm sitzt tiefer, und es würde verfehlt sein, den Antrag anzunehmen. Wir müssen mit dem Falle rechnen, daß im Zwangsenteignungsverfahren mal ein Grundstück zur Versteigerung kommt, das einen erheblichen Wertzuwachs aufweist; wenn wir nun die Sache so verklausulieren, wie es der Antrag Aßmann tut, so würden wir des Wertzuwachses verlustig gehen, und das würde dem Herzen des Herrn Aßmann wohl auch nicht passen.

Herr Jasper: Ueber den Schönheitsfehler bei dem Antrage Aßmann kann man wohl wegsehen, denn es ist gleichgültig, ob die Bestimmung hier oder da steht. Was die Sache selbst betrifft, so dürfte der Herr Stadtrat zu große Hoffnungen von dem Ertragnis der Steuer haben, wenn er meint, daß er bei Zwangsversteigerungen einen großen Wertzuwachs zu verzeichnen haben wird, soweit sie außerhalb des Rahmens des Antrages Aßmann liegen. Es bleiben doch nur diejenigen Zwangsversteigerungen übrig, bei denen der Eigentümer sein Grundstück nicht halten konnte. Wenn es ihm möglich gewesen wäre, einen höheren Wert herauszuschlagen, so wäre es eben nicht zur Subhastation gekommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich muß meine Bedenken aufrecht erhalten. Wenn z. B. jemand verschollen ist, der hier ein Grundstück besitzt, das im Werte gestiegen ist, und die Hypothekengläubiger müssen die Zwangsversteigerung des Grundstücks beantragen, so kann hierbei eine erheblich höhere Summe herauskommen, die der Steuer unterworfen werden müßte. Eine Absicht auf Hinterziehung der Steuer liegt nicht vor. Ich gebe zu, daß derartige Fälle nicht häufig sind, aber ich möchte auch nicht die Möglichkeit geboten sehen, daß die Stadt durch das Spinnwebgewebe eines Paragraphen der Steuer verlustig gehen kann.

Der Antrag Aßmann wird hiernach abgelehnt.

Der § 5, Absatz 1 lautet nach der Magistratsvorlage:

„1. Die Wertzuwachssteuer beträgt:

|                                                     |                     |      |
|-----------------------------------------------------|---------------------|------|
| 5 v. H. des Wertzuwachses, wenn dieser auf mehr als | 10 bis einschließl. | 20 % |
| 6 „ „ „ „ „ „ „ „ „                                 | 20 „ „              | 25 „ |

|    |    |    |     |       |    |      |      |      |        |     |      |     |     |     |          |     |   |
|----|----|----|-----|-------|----|------|------|------|--------|-----|------|-----|-----|-----|----------|-----|---|
| 7  | v. | H. | des | Wertz | zu | wach | ses, | wenn | dieser | auf | mehr | als | 25  | bis | einschl. | 30  | % |
| 8  | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 30  | "   | "        | 35  | " |
| 9  | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 35  | "   | "        | 40  | " |
| 10 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 40  | "   | "        | 45  | " |
| 11 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 45  | "   | "        | 50  | " |
| 12 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 50  | "   | "        | 55  | " |
| 13 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 55  | "   | "        | 60  | " |
| 14 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 60  | "   | "        | 65  | " |
| 15 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 65  | "   | "        | 70  | " |
| 16 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 70  | "   | "        | 75  | " |
| 17 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 75  | "   | "        | 80  | " |
| 18 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 80  | "   | "        | 85  | " |
| 19 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 85  | "   | "        | 90  | " |
| 20 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 90  | "   | "        | 95  | " |
| 21 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 95  | "   | "        | 100 | " |
| 22 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 100 | "   | "        | 105 | " |
| 23 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 105 | "   | "        | 110 | " |
| 24 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 110 | "   | "        | 115 | " |
| 25 | "  | "  | "   | "     | "  | "    | "    | "    | "      | "   | "    | "   | 115 | %   |          |     |   |

des Erwerbswertes festgestellt wird."

Die vereinigten Kommissionen beantragen, in der zweiten Zeile des § 5 zu fügen „des gesamten Wertzuwachses.“

Herr Jasper bringt folgenden Wortlaut in Vorschlag:

„1. Die Wertzuwachssteuer beträgt:

4 v. H. des gesamten Wertzuwachses, wenn dieser 5 bis 10 %

5 " " " " " " " " 10 " 15 "

6 " " " " " " " " 15 " 20 "

7 " " " " " " " " 20 " 25 "

und so fort bis

32 v. H. des gesamten Wertzuwachses, wenn dieser 145 bis 150 %

33 " " " " " " " " mehr als 150 % des Erwerbswertes beträgt."

Herr Wolters: Die Magistratsvorlage würde nach der zu § 1, 2 beschlossenen Aenderung dahin zu ergänzen sein, daß es im Eingange zu § 5, 1 heißt:

„1. Die Wertzuwachssteuer beträgt:

4 v. H. des gesamten Wertzuwachses, wenn dieser auf mehr als 5 bis einschl. 10 %

5 " " " " " " " " " " 10 " " 20 "

und so fort wie in der Vorlage.

Herr Jasper: Der Herr Berichterstatter übersieht, daß zwar die allgemeine Regelung der Steuerpflicht im § 1 des Entwurfs in objektiver Beziehung dargelegt worden ist, daß aber die Befreiung im § 4 nicht von Personen abhängt, sondern von deren objektiver Steuerpflicht. Wenn man mit einer objektiven Befreiung von der Steuerpflicht rechnet, wie Herr Almann, so kann das sehr wohl hier eingefügt werden. Die von der Kommission beantragte Streichung hat deshalb auch hier Sinn.

Herr Wolters: Wenn wir sachlich darauf eingehen wollen, so müssen wir entschieden zu § 1 zurückkehren. Sobald wir in § 1 eine objektive Steuerpflicht festsetzen und im § 3 nichts davon erwähnen, so bleibt immer die Frage, wer steuerpflichtig sein wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, dem Kommissionsantrage stattzugeben, weil das Grundstück bei dem Zwangsverfahren so übernommen wird, daß derjenige, der aus dem Besitze ausscheidet, nicht mehr nachträglich dafür zu haften hat. Die Fälle, welche Herrn Jasper und seinen politischen Freunden vorstehen, werden außerdem sehr selten sein, so daß kein Grund vorliegt, die von der Kommission aufgestellte Regel zu durchbrechen.

Herr Jasper: Wenn man sachlich auf die Materie eingehen will, so muß man darauf achten, um was für Zwangsversteigerungen es sich handelt und wem die Last der Steuerpflicht aufzuwälzen sei. Einmal handelt es sich um Zwangsversteigerungen, bei denen die Gläubiger den Grundstücksbesitzer anfassen und andererseits kommen solche in Frage, bei denen mehrere Berechtigte sich an einem Grundstück auseinandersetzen wollen. Die erste Art der Besitzer der Steuer zu unterwerfen, hält mein Freund Almann für unpraktisch, weil kein Mehrwert dabei herauskommt und es gleichgültig ist, ob man diesem oder jenem die Steuerpflicht auferlegt. Darum sollen diese Zwangsversteigerungen herausgelassen und nur solche der Steuerpflicht unterworfen werden, die zur Auseinandersetzung von mehreren Eigentümern stattfinden. Wenn wir bei diesen Zwangsversteigerungen bleiben, so liegt kein Grund vor, von der allgemeinen Regel abzuweichen und dem Rechtsvorgänger im Eigentum die Steuerpflicht nicht aufzuwälzen, denn der hat den Vorteil davon. Es liegt wirklich kein Grund vor, zu sagen, daß in diesem Falle der Ersteher des Grundstücks haften soll. Ich gebe anheim, den § 3 zurückzustellen, bis der § 4 erledigt worden ist.

Herr Wolters: Der Herr Vorredner hat schon auf den § 4 des Statuts Bezug genommen, und ich möchte mich auch darauf beziehen. Der Antrag des Herrn Almann zu § 4 betrifft nämlich denselben Punkt. Was er jetzt zum § 4 hinzusetzen will, haben wir in dem Statut über die Veränderungssteuer schon im § 1 fast wörtlich eingefügt. Daraus geht hervor, daß der § 1 die objektive Steuerpflicht betrifft und hier eine Befreiung nicht am Plage ist.

Der Antrag Aßmann wird darauf abgelehnt und der Antrag der vereinigten Kommissionen angenommen.

Der § 4 lautet nach der Magistratsvorlage:

„A. Von der Entrichtung der Steuer sind folgende Personen als Erwerber oder Erstehrer befreit:

a) das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie, b) der Fiskus des braunschweigischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche auf Rechnung des braunschweigischen Staates verwaltet werden oder ihnen gleichgestellt sind, insbesondere auch das Kammergut, der Kloster- und Studienfonds und die Landes-Brandversicherungs-Anstalt; c) die Stadtgemeinde Braunschweig; d) Kirchen- und andere Religionsgesellschaften, denen die Rechte juristischer Personen zustehen; e) milde Stiftungen.

B. Die Steuer wird nicht erhoben:

1. wenn der Wertzuwachs 10 v. H. nicht übersteigt; 2. bei Teilungsverträgen, welche zwischen den Teilnehmern an einer Erbschaft oder an einer ehelichen Gütergemeinschaft oder bei Teilung einer sonstigen Gemeinschaft zwischen Miteigentümern abgeschlossen werden, soweit die einzelnen Beteiligten nicht mehr erhalten, als der Wert ihres bisherigen Anteils an dem zur Teilung gelangenden Grundeigentum betrug.

Vorsitzender: Die vereinigten Kommissionen haben zum Abschnitt A des § 4 beantragt, die Absätze b bis e zu streichen und die Fassung von A im übrigen wie für § 3 Nr. 2 der Veränderungssteuerordnung vorgeschlagen zu wählen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Nachdem Sie im § 3 grundsätzlich die Erwerber oder Erstehrer nicht für haftbar erklärt haben, werden Sie nicht mehr sagen dürfen, es seien von der Entrichtung der Steuer folgende Personen als Erwerber oder Erstehrer befreit etc., sondern der § 4, Abschnitt A, würde unter Berücksichtigung des Kommissionsantrages zu lauten haben:

„A. Von der Entrichtung der Steuer sind das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie befreit.“

Diese Fassung wird von der Versammlung gutgeheißen.

Der Abschnitt B 1 wird in folgender Fassung genehmigt:

„B. Die Steuer wird nicht erhoben:

1. wenn der Wertzuwachs 5 v. H. nicht übersteigt;“

während der Abschnitt B 2 nach der Magistratsvorlage angenommen wird.

Herr Aßmann: Ich beantrage, dem § 4 einen Abschnitt C mit folgendem Wortlaute anzufügen:



Herr Jasper: Mein Antrag geht noch weiter und bezweckt nicht nur, einen Schönheitsfehler der Magistratsvorlage zu beseitigen, sondern auch ein höheres Steuereinkommen zu erzielen. Wenn man nämlich die Tabelle sich ansieht, so findet man bei jeder Stufe eine Steigerung um 5 % des Erwerbswertes, während allein in der ersten Stufe eine Steigerung um 10 % vorgesehen ist. Schon aus reinen Schönheitsrücksichten sollte man hier eine Aenderung vornehmen und die Stufe 10 bis 20 % in zwei Stufen 10 bis 15 % und 15 bis 20 % teilen und letztere sowie die folgenden Stufen je um 1 v. H. erhöhen. Das würde nicht nur eine Schönheitsbesserung sein, sondern auch eine materiell bessere Gestaltung der ganzen Steuervorlage. Wir müssen darauf bedacht sein, die Wertzuwachssteuer ertragreicher zu gestalten, wenn unseren Beschlüssen hinsichtlich der Veränderungssteuer Rechnung getragen werden soll; denn der Magistrat hat die Durchführung der Gehaltsvorlage davon abhängig gemacht, daß wir durch die beiden Steuern die notwendigen Mittel beschaffen, um die Gehalts- und Lohnerhöhungen tragen zu können. Das Anziehen der Schraube bei dieser Steuer ist ein Mittel mit, um die Bedingung zu erfüllen, und sie bedeutet auch keine allzu große Unbilligkeit gegenüber denjenigen, die den Wertzuwachs in die Tasche stecken. Die Steuer bleibt immer noch hinter demjenigen Betrage zurück, der in anderen deutschen Städten erhoben wird. Ich bitte daher, meinen Antrag in vollem Umfange anzunehmen.

Herr Wolter: Zunächst komme ich auf den ersten Punkt des Antrages Jasper, das Uebereinstimmen der Skala in der Höhe der Progression. Es ist anzuerkennen, daß in der zweiten Stufe der Sprung 10 % beträgt, während er sonst überall auf 5 % festgesetzt ist. Das ist nach der Ansicht des Herrn Borredners ein Schönheitsfehler. Dieser Fehler ist aber nicht so groß, wenn nur das übrige an der Sache gut ist, da er dann unter dem übrigen Guten verschwindet. Herr Jasper hat dann weiter beantragt, die Steuer noch über 25 v. H. bis zu 33 v. H. wachsen zu lassen und zwar geht er nicht nur bis zu 115 % des Erwerbswertes, sondern bis zu 150 %. Wenn Sie die Staffeln der Magistratsvorlage vergleichen mit den Steuerordnungen anderer Gemeinden, so werden Sie finden, daß die hier in Aussicht genommene Progression schon ziemlich scharf ist. Deshalb bitte ich, es bei der Magistratsvorlage in Verbindung mit den Anträgen der Kommission bewenden zu lassen; es ist genügend, wenn wir bis zu 25 v. H. des Wertzuwachses und bis zu 115 % des Erwerbswertes gehen. Die darüber hinausgehenden Sätze des Antrages Jasper würden außerordentlich rigorös sein.

Der Antrag Jasper wird darauf abgelehnt und die Magistratsvorlage nach den Anträgen der Kommissionen angenommen.

Der Abf. 2 des § 5 der Magistratsvorlage lautet:

„2. Bei bebauten Grundstücken kommen diese Sätze nur zur Anwendung, wenn nach dem Inkrafttreten dieses Statuts bis zum neuen

Eigentumsübergang nicht mehr als 10 Jahre verfloßen sind. Ist der frühere Eigentumserwerb nach dem Inkrafttreten dieses Statuts erfolgt, so wird die vorstehende Frist erst vom Erwerbstage an gerechnet. Beträgt der Zeitraum über 10 Jahre, so wird der nach Nr. 1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes weitere angefangene Jahr der Besitzzeit um je  $\frac{1}{20}$ , aber insgesamt nicht um mehr als  $\frac{15}{20}$  ermäßigt."

Herr Wolters: Die vereinigten Kommissionen haben hierzu nichts zu bemerken.

Herr Probst: Der von mir hierzu gestellte Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Bei bebauten Grundstücken kommen diese Sätze nur zur Anwendung, wenn bis zum neuen Eigentumsübergang nicht mehr als 10 Jahre verfloßen sind. Beträgt der Zeitraum über 10 Jahre so wird der nach § 1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes weitere angefangene Jahr der Besitzzeit um je  $\frac{1}{20}$ , aber insgesamt nicht um mehr als  $\frac{15}{20}$  ermäßigt."

Der Abj. 2 des § 5 hat den Zweck, die Steuer für diejenigen Leute, welche ihre Grundstücke längere Zeit besessen haben, etwas zu ermäßigen. Der Magistrat sagt in seiner Vorlage, daß er aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Rücksichten für geboten halte, dem festhaften Gebäudebesitz im Gegensatz zu dem rasch wechselnden Eigentum an bebauten Grundstücken eine Vergünstigung zuzugestehen. Das ist sehr schön gesagt, wird aber in dem Entwurfe nicht durchgeführt. Wenn die Bestimmung so bestehen bleibt, wie der Magistrat vorgeschlagen hat, so werden entschieden diejenigen geschädigt, die ihr Besitztum lange Zeit vor dem 1. April 1910 gekauft haben, weil ihnen die Wohltat nicht zugute kommt, indem die Vergünstigung erst von dem Tage des Inkrafttretens des Statuts ab eintreten soll. Ich möchte diese Wohltat aber auch denjenigen Leuten zukommen lassen, die ihr Besitztum schon früher erworben haben.

Wenn wir die Magistratsvorlage annehmen, so würde die vollständige Ermäßigung den Grundeigentümern erst nach 25 Jahren zugute kommen, und es würden 10 Jahre vergehen, ehe überhaupt eine Ermäßigung eintritt. Ich möchte bitten, für meinen Antrag zu stimmen, soweit Sie den Grundbesitzern eine Erleichterung zugute kommen lassen wollen.

Herr Jasper: Ich habe hierzu folgende Anträge gestellt:

"§ 5 Ziffer 2. Tritt der Steuerfall vor Ablauf von 10 Jahren seit dem Erwerbe des Grundstücks ein, so wird der nach Nr. 1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes an vollen 10 Jahren fehlende Jahr der Besitzzeit um je  $\frac{1}{20}$  erhöht.

§ 5 Ziffer 3. Bei bebauten Grundstücken wird der nach Nr. 1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes weitere vollendete Jahr der Besitzzeit um je  $\frac{1}{20}$ , aber insgesamt nicht mehr als  $\frac{10}{20}$  ermäßigt, sofern der Steuerfall nach Ablauf von 10 Jahren eintritt."

Die Ausführungen des Herrn Probst haben es deutlich gemacht, daß die Bestimmung im unmittelbaren Zusammenhange steht mit dem § 8, der den Zeitpunkt des Beginnes der Steuerpflicht regeln soll, ob nämlich der von dem Inkrafttreten des Statuts ab zuwachsende Wert des Grundstücks, oder ob überhaupt jeder Wert, der einem Grundstücksbesitzer unverbient zugewachsen ist, steuerpflichtig werden soll, wenn er später nach dem Inkrafttreten des Statuts durch die Veräußerung greifbar in die Erscheinung tritt. Im Gegensatz zu Herrn Probst bin ich der Ansicht, daß hier die Vorlage den Verkäufern von Grundstücken viel zu viel entgegenkommt und überhaupt ein greifbares Ergebnis der ganzen Steuer nahezu unmöglich macht, wenn erst für die Zukunft der Wertzuwachs berechnet werden soll. Es handelt sich hier nicht um eine Härte gegen die Grundbesitzer, denn es soll nicht der Grundbesitzer besteuert werden, sondern derjenige, der aufhört Grundbesitzer zu sein, und er wird besteuert von einem Einkommen, das erst nach dem Inkrafttreten des Statuts in die Erscheinung tritt. Im Gegensatz zu Herrn Probst tadele ich an der Vorlage, daß hier Bezug genommen ist auf das Inkrafttreten des Statuts, und ich halte es für richtig, diesen Passus an dieser Stelle überhaupt zu streichen. Ich komme äußerlich dann in meinem zweiten Antrage, den ich als Ziffer 3 gedacht habe, formell nahezu zu demselben Ergebnis, wie Herr Probst. Der Unterschied liegt für mich nur darin, daß das Inkrafttreten des Statuts in meinem Antrage ganz ausscheidet, während es Herr Probst im § 8 halten will.

Sodann findet sich auch wieder etwas Aesthetisches in der Vorlage. Der Magistrat hat etwa so gedacht, daß das 10. Jahr als Normaljahr des Verkaufes eines Grundstücks gelten soll, was über 10 Jahre hinaus dauert, soll schon weniger zur Steuer herangezogen werden. Ich pflichte Herrn Probst insofern bei, als er lange währenden Besitz dem Besitzer zugute rechnen will, und in diesem Falle, wie die Vorlage auch beabsichtigt, eine Herabsetzung der Steuer eintritt. Wenn das aber richtig ist, so ist es umgekehrt ebenso richtig, daß diejenigen, die schnell wechselnd den Besitz vollziehen und nur zu Spekulationszwecken das Eigentum an einem Grundstücke erworben haben, in dem sie als Spekulanten einen großen Wertzuwachs in kurzer Zeit erwarten können, härter zur Steuer herangezogen werden, als diejenigen, die ihre Grundstücke länger besessen haben. Deshalb darf nicht nur ein Herabsetzen der Steuer für diejenigen stattfinden, die ihr Grundstück über 10 Jahre besessen haben, sondern es muß auch ein Heraussetzen für diejenigen vorgesehen werden die in kurzer Zeit das Eigentum an einem Grundstücke aufgeben. Ich gehe deshalb, ganz systematisch mich an die Vorlage des Magistrates anlehnd, vor und sage, wenn jedes weitere Jahr die Steuer um  $\frac{1}{20}$  herabsetzen soll, so soll umgekehrt  $\frac{1}{20}$  zu der Steuer hinaufgesetzt werden, wenn der Verkauf in dem Zeitraum unter 10 Jahren erfolgt. Das ist von dem reinen Schönheitsgefühl aus der Symmetrie der Vorlage angepaßt. Nur eine Abweichung ist für mich gegen-

über dem Magistratsvorschlage nötig geworden, daß ich nicht mit Herrn Probst sage, es soll eine Ermäßigung bis zu  $\frac{15}{20}$  eintreten, sondern ich nur bis zu  $\frac{10}{20}$  des Steuerjahres gehen will, weil nur die 10 Jahre zu einer Erhöhung von  $\frac{10}{20}$  führen, also um die Hälfte Aufschlag und um die Hälfte Herabsetzung. Das ist nicht nur eine Schönheitspielerei, die gleichmäßig aussieht, sondern zugleich ein Grundsatz, der von verschiedenen Gemeinden beobachtet ist. Man geht von dem Gesichtspunkte aus, daß der Wertzuwachs ein unverdienter ist, der nach kürzerer Zeit in die Erscheinung tritt. Es gebietet auch die Not, Mittel schaffen zu müssen, und deshalb müssen wir die Vorlage ertragsfähiger ausgestalten und den Wertzuwachs nicht von dem Tage des Inkrafttretens des Statuts aus bemessen, sonst können wir die Gehaltszulagen nicht unter Dach und Fach bringen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: In einem Punkte hat Herr Dr. Jasper gewiß ganz recht. Diese Bestimmung und die Vergünstigung stehen im engsten Zusammenhange mit dem § 8 und der Frage, welcher Zeitpunkt maßgebend sein soll für den Erwerb des Grundstücks. Aus diesem Grunde ist mir auch der Antrag Probst, der gut gemeint sein mag, unannehmbar. Wenn einmal die Magistratsvorlage den Grundbesitzern das Zugeständnis gemacht hat, daß der Tag des Inkrafttretens des Statuts für die Bemessung des Erwerbswertes maßgebend sein soll, so darf man auch hinsichtlich des Besitzes nicht einen früheren Tag in Rechnung stellen und darf den Leuten nicht die frühere Zeit mit zugute rechnen. Nun hat Herr Jasper sich bemüht, nicht nur diese Bestimmung abzuschwächen, sondern hat auch einen Vorschlag gemacht, der in den ersten 10 Jahren des Besitzes bei bebauten Grundstücken eine Vermehrung der Steuer bezweckt. Wenn Sie Herrn Jasper den Gefallen getan hätten, den vorhin gestellten Antrag auf Erhöhung der Steuer bis zu 33 v. H. anzunehmen, so würde dieses dazu führen, daß in derartigen Fällen nahezu 50 % an Steuer erhoben würden, wenn das Grundstück im ersten Besitzjahre wieder verkauft wäre. Das nenne ich aber nicht mehr Schönheitsgefühl, sondern guten Appetit! (Heiterkeit.) Einen so guten Appetit würde wohl weder der Magistrat noch die Aufsichtsbehörde haben. Darauf kann man nicht eingehen. Wenn Herr Jasper der Stadt ergiebige Einnahmen hätte schaffen wollen, so wäre hierzu in anderer Beziehung reichlich Gelegenheit gewesen, wie z. B. bei der Festsetzung der Veränderungssteuer.

Herr Wolters: Ueber die Anträge Jasper ist bereits in der Kommission verhandelt worden, über den Antrag Probst noch nicht. Was den Antrag Probst betrifft, so geht er nach meiner persönlichen Meinung zweifellos dahin, für die Grundbesitzer eine Erleichterung herbeizuführen. Diese Tendenz teile ich vollständig. Nur wünsche ich, daß man eine andere Unterscheidung mache zwischen verdientem und unverdientem Wertzuwachs. Wenn Sie den Zeitpunkt der Wertbemessung nicht zur Zeit des Inkrafttretens des Statuts festsetzen, sondern 10 Jahre

zurückdatieren wollen, so ist in fast allen Fällen anzunehmen, daß der Wert des Grundstücks vor 10 Jahren nicht viel niedriger gewesen ist als jetzt. Ich weiß nicht, ob vielfach ein Steigen des Wertes anzunehmen ist, wenn es auch hier und da zutreffen mag, aber der Antrag Probst hat die böse Kehrseite, daß der vor 10 Jahren vorhandene Wert als Grundlage angenommen werden soll, aber nicht mehr gut festzustellen ist. Ich persönlich nehme keinen Anstand, dem Antrage Probst zuzustimmen.

Den Anträgen Jasper ist in der Kommission nicht stattgegeben worden, weil die dort vorgeschlagene starke Staffelung so ungeheuerlich ist, daß sich die Kommission darauf nicht hat einlassen können.

Herr Probst: Die Ausführungen der beiden Herren Vorredner haben mich nicht dazu führen können, die Fehler meines Antrages einsehen zu können. Die Anträge des Herrn Dr. Jasper gehen dahin, die Steuer noch wesentlich zu erhöhen. Man kann über die Belastung des Grundbesitzes natürlich verschiedener Meinung sein, man kann die Sätze für zu hoch oder für zu niedrig halten; meiner Ansicht nach sind sie aber richtig. Wenn Herr Jasper sagt, er sähe in der Höhe der Sätze keine Härte für die Grundbesitzer, so muß ich darauf erwidern, daß ich darin eine Ungerechtigkeit sehe und zwar deswegen, weil denjenigen Leuten, die ihr Haus am 1. April 1909 kaufen und es nach 25 Jahren wieder verkaufen, die ganze Ermäßigung zugute kommt, denjenigen aber, die es vor 20 Jahren gekauft haben und nach 5 Jahren wieder verkaufen, gar keine Ermäßigung zuteil wird. Darin liegt eine Ungerechtigkeit, und das muß ich auch Herrn Stadtrat von Frankenberg erwidern. Herr Dr. Wolters meint, es gehe nicht, weil der Wert des Grundstücks früher höher gewesen sein kann. Das hat damit aber nichts zu tun, denn der Wert soll jetzt neu abgeschätzt werden, indem für jedes Grundstück der gemeine Wert ermittelt und danach die Wertzuwachssteuer erhoben werden soll.

Herr Weichsel: Die Konsequenzen, welche Herr Jasper aus dem Privilegium der Ziffer 2 des § 5 folgert, daß wir nämlich, wenn wir den gefestigten Grundbesitz privilegieren wollen, andererseits auch den allzusehr wechselnden Grundbesitz mehr belasten müßten, kann ich nicht teilen. Die Skala in der Magistratsvorlage ist tatsächlich ausreichend, und ich kann mich nicht darauf einlassen, die Schraube noch weiter anzuziehen.

Der Antrag Probst scheint mir gegenüber der Magistratsvorlage eine Verbesserung zu sein. Wenn wir den gefestigten Grundbesitz, der über 10 Jahre den Grund und Boden in Händen hat, privilegieren wollen, so hat es keinen Zweck, den Tag des Inkrafttretens des Statuts in Erwägung zu ziehen, sondern es ist richtiger, die Zeit vom Erwerb des Grundstücks zurückzurechnen. Der Antrag Probst kann in mancher Weise für den Grundbesitzer günstiger, aber auch ungünstiger sein, jedenfalls ist er aber richtiger.

Herr Jasper: Herr Stadtrat von Frankenberg hat meinen guten Appetit getadelt, ich habe aber noch nicht gehört, daß ein guter Appetit eine Krankheitserscheinung wäre, und ich habe mich bisher auch immer über einen guten Appetit gefreut. Auch was der Herr Stadtrat sachlich vorgebracht hat, würde nicht stichhaltig sein. Zunächst ist es fehlbar, wenn der Herr Stadtrat mit Anträgen operiert, die nicht zur Annahme gelangt sind. Er macht die Versammlung damit gruselig, daß er sagt: Wenn die Vorschläge von Dr. Jasper angenommen wären, so würden 49 % Steuer zu erheben sein. Damit haben wir gar nicht zu rechnen, sondern es ist angenommen, daß nur 37 ½ % genommen werden sollen (Rufe: Nur!); es kann also von 49 % hier nicht die Rede sein. Ich halte meinen Vorschlag nicht für zu hoch gegriffen und will das durch ein Beispiel erläutern: Nehmen wir an, daß jemand ein Grundstück zu 10 000 M erwirbt und es nach drei Monaten wieder für 25 000 M verkauft (Rufe: Oho!), so hätte er einen Wertzuwachs von 15 000 M erzielt, das ist die letzte Staffel meines Vorschlages; er würde also unverdientermaßen eine Einnahme von 15 000 M erzielt haben und nach meinem ursprünglichen Vorschlage davon 7500 M Steuer abzugeben haben. Wenn der gute Mann in drei Monaten 7500 M einstreicht, so ist das, glaube ich, ein ganz guter Verdienst, bei dem er rote Backen bekommen kann, die ja bekanntlich einen guten Appetit voraussetzen, den ihm Herr Stadtrat von Frankenberg nicht mißgönnen wird. Nehmen Sie die Kombination nun vor mit den Beschlüssen zu Absatz 1, so würde der betreffende nicht 7500 M, sondern nur 5600 M an Steuer zu zahlen haben, so daß er in den wenigen Monaten noch viel mehr für sich behalten könnte, ohne im Schweiße seines Angesichts dafür arbeiten zu müssen.

Das ist wirklich nicht zu hoch, wenn man berücksichtigt, daß er eine solide Arbeit durch den Kauf und Verkauf nicht geleistet hat. Es ist nichts als Spekulantengewinn, der nicht hoch genug getroffen werden kann und auch hoch getroffen werden muß vom sozialen Standpunkte aus, weil die Steigerung geschaffen ist aus den Mitteln der Allgemeinheit, hervorgerufen vielleicht durch die Anlegung eines neuen Bahnhofes, einer Schule oder dergleichen in der Nähe des Grundstücks. Es ist das nichts Unbilliges und auch nichts Ungewöhnliches. Andere Städte und zwar solche, wo die Mehrheit der Stadtverordneten aus bürgerlichen Elementen besteht, hat einen derartig gesunden Appetit auch entwickelt, den Herr Stadtrat von Frankenberg tadelt, während ich ihn den Städten wünsche. Es wird mir hier ein Statut vorgelegt für die schöne Stadt Freiberg in Sachsen, wo 35 % der Steigerung vorgesehen sind; das kommt auf meinen Vorschlag hinaus zusammengenommen mit den Beschlüssen zu Absatz 1, natürlich nur für das erste Jahr des Besitztums. Endlich ist noch ganz unbeachtet geblieben, daß die Steuerstaffelung nach oben nach meinen Vorschlägen nur für die unbebauten Grundstücke eintreten soll, während für die bebauten Grundstücke nur die Ziffer 3 gedacht ist. Man

kann dabei also von gefestigtem Grundbesitz nicht reden, sondern es handelt sich nur um Spekulationen in Grundstücken, und nicht um Grundbesitzer, sondern um Händler.

Herr Meyerhoff: Ich wollte eigentlich das Wort gar nicht ergreifen, aber die Worte des Herrn Dr. Jasper veranlassen mich dazu. Dr. Brecht sagt: Damaskte verlangt nur 90 %, die bescheidenen Sozialisten aber 50 %. Der Appetit ist allerdings keine Krankheit, aber er wächst hier sehr schnell. Ich bin Gegner der ganzen Steuervorlage; ich hätte nicht dazu gesprochen, wenn die gehörten Ausführungen nicht dazu reizten. Sie sind einmal auf dem schiefen Wege angelangt, und wenn Sie ihn so weiter verfolgen, so tun Sie den Herren auf der gegenüberliegenden Seite den größten Gefallen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn es bei späterer Gelegenheit heißt, die Steuer ist noch nicht hoch genug; sie wird für den Grundbesitz eine Schraube ohne Ende sein, wenn sie die Erträgnisse nicht abwirft, die man sich davon verspricht. Wenn Sie so weiter gehen, so wird es in ein paar Jahren heißen, wir müssen die Säge noch viel mehr erhöhen. Ich möchte warnen, weiter zu gehen, wie die Kommission geht. Gehen Sie nicht zu weit!

Herr Wolters: Die Herren, die im Sinne des Antrages Probst denken und stimmen wollen, werden den § 8 in der Fassung der Magistratsvorlage bestehen lassen müssen. Ganz unabhängig davon ist die Tatsache, daß zur Abänderung von § 5 die zehn Jahre eintreten sollen, das ist nämlich eine wesentliche Milderung. Ich stimme Ihnen zu, daß eine gewisse Verschlechterung des augenblicklichen Grundbesitzes hierdurch eintritt. Wenn man Ihrem Antrage folgt, so folgt daraus nicht eine Abänderung von § 8, sondern der muß bestehen bleiben.

Herr Lübke: Die Mehrheit der Versammlung wird kaum geneigt sein, den verschärfenden Anträgen des Herrn Dr. Jasper zuzustimmen, ich möchte mich deshalb nicht darüber weiter verbreiten. Andererseits glaube ich, daß die Befürchtungen des Herrn Probst nicht das Richtige treffen, obwohl er vom Herrn Berichterstatter unterstützt wird. Wenn der gemeine Wert beim Inkrafttreten des Gesetzes maßgebend sein soll, so ist das, was an dem Grundbesitz gesteigert ist, vollkommen steuerfrei und infolgedessen ist er günstiger gestellt, als wir ihn stellen. Das ist meine Auffassung, ich kann mir wenigstens keine andere mathematische Formel dafür denken. Sie tun dem Grundbesitz eine bessere Wohltat, wenn Sie die Anträge nicht annehmen, weil er dann mit allen seinen Grundstücken bis zum Inkrafttreten des Statuts steuerfrei ist. Dadurch daß die Abschätzung jetzt eintritt, haben Sie eine viel positivere Grundlage für die Steuer, als wenn wir uns auf die vagen Schätzungen stützen wollen, was ein Grundstück vor 10 Jahren wert gewesen ist. Der jetzige gemeine Wert ist noch ziemlich genau zu bestimmen, der Wert vor 10 Jahren aber nicht.

Herr Probst: Herr Lütke geht von einer falschen Voraussetzung aus, da er anscheinend den früher erworbenen Wert zugrunde legen will. Das ist mir aber nicht eingefallen. Es soll der gemeine Wert beim Inkrafttreten des Gesetzes zugrunde gelegt werden mit einer kleinen Abänderung bei § 8. Wenn jemand vor 20 Jahren ein Haus für 20 000 M gekauft hat und es wird jetzt der gemeine Wert des Hauses zu 30 000 M ermittelt, dann sollte er nach dem Herrn Vordrucker von 10 000 M die Wertzuwachssteuer bezahlen. Das habe ich nicht beantragt, sondern es wird unter allen Umständen der gemeine Wert bei Inkrafttreten des Gesetzes zugrunde gelegt.

Die Anträge Jasper und der Antrag Probst werden darauf abgelehnt und die Magistratsvorlage (§ 5, 2) nach dem Antrage der vereinigten Kommissionen angenommen.

Die §§ 6 und 7 gelangen ohne weitere Besprechung in der vom Magistrat vorgeschlagenen Fassung zur Annahme. Sie behandeln das Verfahren bei der Veranlagung und die Rechtsmittel.

Der § 8 lautet nach dem Vorschlage des Magistrates:

„Beim erstmaligen Wechsel des Eigentums eines Grundstücks seit dem Tage des Inkrafttretens dieses Statuts gilt als Erwerbswert der gemeine Wert, den das Grundstück an dem genannten Tage hatte. Dabei findet der 4 prozentige Zuschlag des § 2 A Nr. 1 dieses Statuts keine Anwendung. Die Hinzurechnungen des § 2 A Nr. 2 und § 2 B sind dabei in der Weise zu berücksichtigen, daß nur Aufwendungen, Zinsberechnungen und Einnahmen aus der Zeit seit dem Inkrafttreten dieses Statuts in Betracht kommen.“

Dazu sind folgende Anträge gestellt worden:

1. Antrag Probst: Hinter „hatte“ einzuschalten:  
„oder der frühere Erwerbswert, falls er höher war als der gemeine Wert beim Inkrafttreten dieses Statuts.“
2. Antrag Weichsel: An Stelle der Worte „an dem genannten Tage“ ist zu setzen „am 1. Januar 1900“.

Herr Probst: Mein Antrag hat den Zweck, gewisse Ungerechtigkeiten, die leicht entstehen können, zu vermeiden. Augenblicklich stehen die Grundstücke hier verhältnismäßig niedrig, und deren Wert ist früher höher gewesen, als er jetzt bei dem Inkrafttreten des Statuts eventuell ermittelt wird. Es ist sehr wohl möglich, daß manche Grundstücke vor 10 oder 20 Jahren für einen höheren Wert erworben sind, als sie jetzt geschätzt werden. Denken Sie sich, es hat jemand vor 20 Jahren ein Haus zu 50 000 M gekauft; jetzt beim Inkrafttreten des Statuts wird aber der Wert zu nur 40 000 M ermittelt. Nach zehn Jahren wird das Haus verkauft und es hat eine Steigerung um 8000 M auf 48 000 M stattge-



funden, dann muß der jetzige Verkäufer oder der frühere Eigentümer eine Wertzuwachssteuer bezahlen von 8000 M, während er tatsächlich 2000 M weniger bekommen hat, als er früher für das Grundstück selbst bezahlt hat. Das ist eine Ungerechtigkeit, der ich nicht zustimmen kann, und deshalb habe ich meinen Antrag gestellt.

Herr Weichsel: Die Konsequenz dieser Vorlage würde sein, daß man den ganzen § 8 fortließe und sagte: Sobald ein Eigentumswechsel nach dem Inkrafttreten des Statuts eintritt, so wird der Wertzuwachs besteuert, ganz gleich, ob das Grundstück in den letzten 10 oder 5 Jahren erworben ist. Es steht dem entgegen, daß man bei bebauten Grundstücken den Grundbesitzer mit dem Statut überfällt. Welcher Grundbesitzer kann aber wohl die Einnahmen und Ausgaben aus dem Grundstück auf die Dauer von 30 Jahren zurückrechnen? Wenn jemand nach 30 Jahren 10000 M Zuwachs erzielt, so kann er davon ebenso viele Aufwendungen absetzen. Wer kann das aber der Steuerbehörde vorrechnen? Eine derartige Buchführung können wir dem Hausbesitzer nicht zumuten. Deshalb geht mir der Antrag Probst zu weit. Auf der anderen Seite erkenne ich an, daß man den Wertzuwachs in den letzten zehn Jahren nicht unbesteuert lassen kann, die Einnahmen und Ausgaben müssen vielmehr auf eine angemessene Dauer — ich habe den 1. Januar 1900 als Beginn angenommen — angerechnet werden. Für diesen Zeitraum lassen sich die Aufwendungen mit leichter Mühe zurückrechnen.

Herr Jasper: Ich bitte, den ganzen § 8 mit den beiden Anträgen zu streichen. Es würde allerdings richtig sein, daß es in dem von Herrn Probst erwähnten Falle eine Härte bedeuten würde; solche Härten wird aber jede Ordnung mit sich bringen. Sobald man eine zweite Größe einschaltet, kann eine Unstimmigkeit eintreten gegenüber demjenigen, das rechnerisch nach der Steuerordnung zugrunde gelegt werden soll.

Ein Gegenstück zu dem Beispiele des Herrn Probst ist einfach zu finden. Nehmen wir an, daß der Mann, von dem Herr Probst sprach, das Grundstück nicht für 50000 M, sondern für 30000 M erworben hat, während es bei dem Inkrafttreten der Steuerordnung einen Abschätzungswert zu 40000 M gehabt hat und es wird nun zu 48000 M verkauft, dann würde er nur mit einem Wertzuwachs von 8000 M zur Steuer herangezogen werden, während er tatsächlich nicht 8000 M, sondern 18000 M Wertzuwachs erzielt hat. Das wäre auch eine Unbilligkeit, denn weshalb soll nicht der ganze Wertzuwachs besteuert werden. Es kann ein vorübergehender Wert sein, der zufällig bei dem Inkrafttreten des Statuts zur Abschätzung gelangt ist und der auf Ereignisse zurückzuführen sein kann, die vorher oder später liegen. Deshalb ist die einzige Folgerichtigkeit, den Erwerbswert nach Maßgabe unserer Bestimmungen in allen Fällen zugrunde zu legen, dann sind solche Unstimmigkeiten gar nicht gegeben. Das ist nicht schwieriger, als wenn Herr Weichsel einen willkürlichen Tag von vor neun Jahren annehmen will.

Gewiß wird es in der ersten Zeit nicht ganz einfach sein, die Schätzung vorzunehmen, aber das Hindernis läßt sich überwinden. Auch hier muß ich hervorheben, die einzige Möglichkeit der Ertragsfähigkeit der Steuer wird dadurch gewährleistet, daß wir den Wertzuwachs, wie er in die Erscheinung tritt, besteuern, sonst würden wir die Verwirklichung der Projekte, die uns allen am Herzen liegen, in die Zukunft verschieben. Wenn wir das aber nicht beabsichtigen, so müssen wir, da wir die Veränderungssteuer nicht gewollt haben, für andere Erträgnisse sorgen, und trotz Herrn Meyerhoff ist dies ein Mittel, um Gelder flüssig zu machen. Es liegt darin auch keine Ungerechtigkeit gegen den Grundbesitz (Widerspruch und Heiterkeit), denn es handelt sich dabei um ein Einkommen, das versteuert werden muß und das sehr gut zur Steuer herangezogen werden kann.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Man muß anerkennen, daß Herr Jasper jetzt eifrig bemüht ist, die Mittel zu beschaffen, die erforderlich sind, um die Gehaltserhöhungen durchzubringen, aber ich muß offen gestehen, es wäre besser gewesen, er hätte sich diese Frage schon bei der Beratung der Veränderungssteuer überlegt. Das gebe ich ohne weiteres zu, daß die Sache, wenn Sie dem Vorschlage des Herrn Dr. Jasper folgen, erheblich mehr und insbesondere auch schneller Geld einbringt, als nach dem Vorschlage des Magistrates. Ich mache indessen kein Hehl daraus, daß bei der Beratung der ganzen Steuervorlage auch im Magistrate Differenzen darüber bestanden, ob man überhaupt auf die Vorlage eingehen sollte. Es ist das um so weniger verwunderlich, als ja auch unter Ihnen keine Einstimmigkeit über die Vorlagen herrscht. Bei den Beratungen des Magistrates hat nun das Moment, welches uns eben beschäftigt, eine ganz wesentliche Rolle gespielt. Hätten wir über diesen Punkt nicht schließlich eine Einigung erzielt, so wäre Ihnen die ganze Wertzuwachssteuervorlage nicht unterbreitet worden. Ich erkenne an, daß verschiedene Städte diesen weitergehenden Schritt getan haben, aber es läßt sich nicht leugnen, man kann die Wertzuwachssteuer, die etwas ganz Neues schafft, nicht wie es Herr Dr. Jasper getan hat, mit der Besteuerung des Einkommens über einen Leisten schlagen. Wenn bisher ein Einwohner, der Grundbesitz hatte, in dem guten Glauben gewesen ist, daß er das, was er durch einen glücklichen Zufall, zum Teil aber auch durch seinen Fleiß und durch seine Spekulation — wozu übrigens auch ein gewisser Geist gehört (Zustimmung) — erworben hatte, sein eigen nennen konnte, und es kommt nun ganz plötzlich ein derartiger harter Eingriff in seine Rechte, so kann man das eine gewisse Art von Konfiskation des Eigentums nennen. Ganz anders liegt es, wenn ein Einwohner weiß, daß er bei dem Wachsen des Wertes eines erworbenen Grundstücks im Falle der Wiederveräußerung Steuern bezahlen muß. Er kann sich der Steuerzahlung entziehen, indem er das Grundstück alsbald wergibt oder sich überhaupt keins kauft, aber in dem vorliegenden Falle kann er es nicht, und darin erblickt der Magistrat ein Unrecht.

Wenn die Not hier in der Stadt so groß wäre, wie sie es in verschiedenen preussischen Städten gewesen ist, so wäre es wohl möglich, daß man die Vorschläge des Herrn Dr. Jäpper schon in der Magistratsvorlage gemacht hätte. Das war hier aber nicht der Fall, sondern wir waren der Ueberzeugung, daß wir mit Hilfe der Veränderungs- und Wertzuwachssteuer die Ausgaben würden decken können, und haben deshalb diesen Vorschlag der Versammlung unterbreitet. Jetzt ist die Sache allerdings in ein anderes Stadium dadurch gekommen, daß Sie die Veränderungssteuer nur zur Hälfte bewilligt haben, und der Magistrat wird, sobald das Rückschreiben der Versammlung gekommen ist, dazu Stellung nehmen und seine Stellungnahme der Versammlung mitteilen. Jedenfalls bitte ich aber, dem Antrage Jäpper nicht zu folgen.

Herr Wolters: Die Anträge Weichsel und Jäpper unterscheiden sich darin, daß der eine auf neun Jahre zurückgreift und der andere unbeschränkt. Die Kommissionen haben diesen Stadtpunkt nicht teilen können, sie sehen in solchem Vorgehen geradezu eine Konfiskation des Eigentums. Dem Antrage Probst kann ich in diesem Falle nicht folgen, weil man sonst logischerweise auch den alten kleineren Wert nehmen muß, wenn man in Zukunft auf die Vergangenheit zurückgreifen will. Die richtige Diagonale aller Kräfte dürfte doch in der Magistratsvorlage zu finden sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Vorredner hat schon gewisse Bedenken gegen den Antrag Probst geltend gemacht. Ich weise darauf hin, daß § 8 den Zeitpunkt noch in anderer Beziehung als maßgebend bezeichnet, indem nämlich die Verzinsung, die Aufwendungen, die zur Verbesserung des Grundstücks gemacht worden sind, und die Einnahmen aus früherer Zeit nicht in Rechnung gestellt werden sollen. Gleichwohl will Herr Probst, um den Grundbesitz beim Eigentumswechsel vor allzu hohen Abgaben zu schützen, auf den früheren Erwerbswert zurückgreifen. Wenn man aber einmal die Ansicht des Magistrates für richtig hält, so muß man zu dem A auch B sagen, und den Wert maßgebend sein lassen, der am Tage des Inkrafttretens des Statuts vorhanden war. Will man so weit zurückgreifen, wie die Herren Jäpper und Weichsel, so würde man zwar nicht von einer eigentlichen rückwirkenden Kraft der Steuer sprechen können, aber nach dem natürlichen Empfinden des gemeinen Mannes würde man doch da ernten wollen, wo man nicht gesäet hat.

Herr Weichsel: Ich muß mich gegen die Meinung des Herrn Oberbürgermeisters wenden, daß mein Antrag eine Art Vermögenskonfiskation bedeute. Als man das Straßenbauinstitut einführte, hat auch kein Grundbesitzer etwas davon gemußt, und trotzdem ist das Statut mit einem Male beschlossen und es sind die Kosten dem Grundbesitzer ruhig aufgebürdet worden. Das war ebenjogut ein-

Vermögenskonfiskation, wie diese Vorschrift, und hier handelt es sich doch nur um die Besteuerung eines Gewinnes.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Straßenkosten sind insofern etwas anderes, als man sie eingeführt hat als Gegenleistung gegenüber der Vorleistung: erst baut die Stadt die Straßen und dann werden die Kosten eingehoben. Das können Sie hiermit nicht vergleichen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Antrag Probst abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? — Der Antrag ist abgelehnt. Es folgt nun der Antrag Weichsel.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Die Reihenfolge bei der Abstimmung müßte doch wohl sein: Jasper, Weichsel, Probst.

Vorsitzender: Bei dem Antrage Jasper handelt es sich doch nur um eine Negation der übrigen Anträge und der Vorlage.

Herr Ritter (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß das auch ein Antrag ist. Wenn ich den Antrag stelle, eine Vorlage abzulehnen, so ist das auch ein Antrag.

Vorsitzender: Parlamentarisch nicht, man muß die Abstimmung möglichst so einrichten, daß es jedem möglich ist, dabei seine Ansicht zum Ausdruck zu bringen. Sie haben den Antrag Probst abgelehnt, wir würden daher zum Antrage Weichsel übergehen.

Herr Lühte (zur Geschäftsordnung): Ich könnte mir den Fall denken, daß die Herren, die für den Antrag Jasper stimmen, vorher nicht für den Antrag Weichsel zu haben sind, wohl aber dann, wenn der Antrag Jasper abgelehnt werden sollte.

Vorsitzender: Andererseits kann es Mitglieder geben, die wohl für den Antrag Weichsel stimmen, bei dessen Ablehnung aber lieber die ganze Vorlage ablehnen; es kommt also auf eins heraus.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Ich halte meine Ansicht für richtig und bitte, darüber abstimmen zu lassen. Man muß immer danach fragen, welches der weitestgehende Antrag ist.

Vorsitzender: Wünscht die Versammlung, daß über den Antrag Jasper zuerst abgestimmt wird? — Das ist die Mehrheit. Dann frage ich: Wer ist für den Antrag Jasper, also die Ablehnung des § 8? — Das ist die Minderheit, der Antrag ist also gefallen. Wer ist für den Antrag Weichsel? — Das ist ebenfalls die Minderheit. Wer ist für die Annahme des § 8 nach der Magistratsvorlage? — Das ist die Mehrheit, der § 8 ist also nach dem Antrage des Magistrates angenommen.

Der § 9 lautet nach der Magistratsvorlage:

„§ 9. Dies Statut tritt, soweit es sich um die Vorbereitung seiner Durchführung handelt, mit dem Tage der Veröffentlichung, im übrigen am . . . . . in Kraft.“

Die vereinigten Kommissionen beantragen, hinter dem Worte „am“ einzufügen:  
„1. April 1910“.

Herr Bunge hat dagegen beantragt, einzufügen: „1. April 1909“.

Herr Bunge: Als wir am ersten Tage die Vorlage beraten hatten, erklärte der Herr Referent sowohl, wie Herr Stadtrat von Frankenberg, wir müßten möglichst bald für Deckung sorgen. Deshalb habe ich meinen Antrag gestellt, der uns ein Jahr früher in den Besitz von neuen Mitteln bringt.

Herr Wolters: Der Antrag ist auch in der Kommission gestellt, aber abgelehnt. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß das Statut als solches mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft tritt, die Steuererhebung aber erst vom 1. April 1910 ab.

Der Antrag der vereinigten Kommissionen wird darauf in Verbindung mit der Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Antrags Bunge, angenommen.

Herr Jasper (zur Fragestellung): Es müßte nun noch über das Statut im ganzen abgestimmt werden.

Vorsitzender: Wir wären mit der Vorlage nunmehr fertig. Ich halte es nicht für nötig, über das ganze Gesetz auch noch abzustimmen, weil wir das Statut noch nicht festgestellt haben, sondern der Magistrat uns mitgeteilt hat, er werde auf Grund dieser Verhandlungen ein Statut zur Genehmigung vorlegen. Wenn das geschehen ist, kann die Gesamtabstimmung stattfinden.

Herr Wolters: Ich möchte in die Erinnerung zurückerufen, daß noch eine Anzahl Kommissionsbeschlüsse vorliegen, über die noch abzustimmen wäre.

Vorsitzender: Diese Abstimmung muß natürlich noch erfolgen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Die einzelnen Vorlagen bilden unter sich ein geschlossenes Ganze, das auch als Ganzes zur Abstimmung gestellt werden müßte.

Vorsitzender: Um alle Gewissen zu beruhigen, bitte ich die Herren, die für die Vorlage, betreffend die Einführung einer Wertzuwachssteuer, wie sie aus unseren Verhandlungen hervorgegangen ist, stimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die Mehrheit, die Vorlage ist also auch im ganzen angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die noch vorliegenden Anträge der vereinigten Kommissionen.

Sind Sie einverstanden, daß im Rückschreiben an den Magistrat vorgeschlagen wird, die Gehaltserhöhungen rückwirkend vom 1. Oktober 1908 ab eintreten zu lassen?

Herr Leue: Ich möchte dringend befürworten, dem Antrage stattzugeben. Eine Begründung dieses Antrages ist insofern nicht nötig, als bekanntlich die Teuerungsverhältnisse, die zur Erhöhung der Gehälter die Veranlassung gegeben haben, schon früher eingetreten sind und es aus diesem Grunde recht und billig ist, die Gehaltserhöhung auch mit rückwirkender Kraft eintreten zu lassen. Ich bin also für die Bewilligung der Gehaltserhöhungen vom 1. Oktober 1908 ab.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Ferner wird nach den Anträgen der vereinigten Kommissionen beschlossen,

1. die Gehälter der städtischen Oberbeamten, insbesondere der Oberlehrer, erst dann aufzubessern, wenn der braunschweigische Staat mit der Erhöhung der Gehaltsätze seiner Oberlehrer usw. vorgehen wird;
2. den Magistrat zu bitten, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die Gehaltsätze der Beamten, die eine Vergütung erhalten, den veränderten Gehaltsätzen der übrigen Beamten angepaßt werden sollen;
3. die aus dem Schulhausbaufonds der Rämmereikasse für 1908/09 zugeführten 100 000 M. hierin zu belassen, in Zukunft aber von solchen Ueberführungen abzusehen.

Endlich wird noch die in der Sitzung vom 3. Dezember 1908 festgesetzte Gehaltskala im ganzen angenommen.

Der weitere Antrag der vereinigten Kommissionen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung alljährlich eine Nachweisung der gezahlten Löhne zugehen zu lassen, um an deren Hand zu prüfen, ob die Löhne noch als angemessen zu erachten sind, ist durch die im Eingange dieses Berichtes erwähnte Nachweisung hinfällig geworden.

Damit ist die Beratung dieses Punktes der Tagesordnung beendet.

#### IV. Verkauf einer Straßenfläche an der Wendenstraße.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine vor dem Grundstück an der Wendenstraße Nr. ass. 1600 liegende 2 qm große Straßenfläche in Verkehr gesetzt und danach zu 100 M. pro Quadratmeter an den Eigentümer des anstoßenden Grundstücks, Kaufmann August Brandes, verkauft werde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### V. Entschädigung für das Zuführen der Polizeihunde.

Die Herzogliche Polizeidirektion teilt dem Magistrat mit, daß 33 Nachtwächter bereit seien, einen Hund gegen eine Entschädigung von monatlich 2 M. zu führen, unter der Voraussetzung, daß dadurch keine nennenswerte Verlängerung ihres Nachtdienstes eintrete. Eine solche Verlängerung würde aber bei den im Westen

der Stadt wohnenden Wächtern eintreten. Ein Ausweg wäre dadurch möglich, daß die dabei in Frage kommenden 18 Hunde durch neun in der Nähe der Marienstraße wohnende Wächter abgeholt und zurückgebracht werden, wodurch der Dienst dieser Wächter um etwa eine Stunde verlängert würde. Es erscheint angemessen, diesen neun Wächtern, zu denen noch ein zehnter kommen würde, als Ersatz für den seine dienstfreie Nacht habenden Wächter, eine besondere monatliche Entschädigung von etwa je 3 M zu gewähren. Die hierdurch erwachsenden Kosten im Betrage von 360 M jährlich will der Staat zur Hälfte tragen, insofern die andere Hälfte von der Stadt übernommen wird.

Es wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß noch 180 M an die genannte Behörde für die bezeichnete Arbeit bezahlt werden.

Herr Jasper: Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und empfiehlt, ihr zuzustimmen.

Herr Wesemeier: Bei einer Besoldung von monatlich 3 M würde ein Wächter bei 26 Arbeitsnächten im Monat ungefähr 12 Pf. für die Nacht erhalten. Das ist doch wohl reichlich wenig für die Wege nach und von dem Zwinger. Eine so geringe Vergütung sollte man einem Erwachsenen nicht anbieten. Ich möchte daher beantragen, die Vergütung auf 4 M monatlich zu erhöhen, dann erhielte der Wächter für seine Wege doch wenigstens 15 Pf. für die Nacht.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die von den betreffenden Wächtern zurückzulegenden Wege schließen keine besondere Arbeitslast in sich, sondern sie holen auf dem Wege zu ihren sonstigen Dienstobliegenheiten die Hunde ab, gehen damit nach der Herzoglichen Polizeidirektion als ihrem regelmäßigen Stelldickein, wo die Hunde von den anderen Wächtern in Empfang genommen und sodann geführt werden. Ebenso wird bei der Rücklieferung der Hunde verfahren. Da sich nun außerdem die beteiligten Wächter mit dem Abkommen einverstanden erklärt haben, so sehe ich nicht ein, weshalb Sie es aufs neue gefährden wollen, denn nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die Herzogliche Polizeidirektion ist an den Kosten beteiligt. Ich gönne den Wächtern diese Nebenvergütung von ganzem Herzen, aber man kann auch des Guten zu viel tun, wenn man über die Wünsche der beteiligten Beamten selbst hinausgeht.

Herr Wesemeier: Die feste Vergütung der Nachtwächter ist eine recht klägliche, man kann ihnen deshalb sehr wohl gönnen, daß sie für die tatsächliche Mehrarbeit, die das Abholen und Wiederbringen der Hunde verursacht, täglich 15 Pf. erhalten. Es ist doch auch keine angenehme Beschäftigung, sich mit den Hunden herumschleppen zu müssen. Da die Sache nicht so sehr eilt, so können mit dem Staate recht gut noch einmal Verhandlungen wegen Erhöhung der Vergütung angeknüpft werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

## VI. Herrichtung von Terrassen im Schulgarten an der Osterstraße.

Für die Herrichtung von Terrassen in dem Schulgarten der Hilfschule wird die Aufwendung von 1500 M erforderlich. Dem Antrage des Magistrates auf Bewilligung des Betrages,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Fricke berichtet.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz.

## VII. Abänderungen zum Schlachthausstatut.

Der Entwurf eines Statuts über den Schlachthausbetrieb sowie die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, der in der Sitzung vom 12. Dezember 1907 — Seite 312 des Berichtes — genehmigt worden war, hat bei der Nachprüfung durch die Herzogliche Kreisdirektion und das Herzogliche Staatsministerium zu verschiedenen Bemerkungen Anlaß gegeben. Um diesen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und die staatliche Genehmigung des Entwurfs zu erlangen, schlägt der Magistrat folgende Änderungen vor:

### 1. Für § 1, Abs 3 wird folgende Fassung empfohlen:

„Bei Notischlachtungen außerhalb des städtischen Schlachthauses ist das geschlachtete Tier sofort nach der Schlachtung zur Vornahme der Fleischbeschau und der etwaigen Trichinenschau in das städtische Schlachthaus zu überführen, sofern nicht wegen seuchenhafter Erkrankung ausnahmsweise diese Ueberführung verboten ist. Ausnahmen hiervon kann Herzogliche Polizeidirektion nach Anhörung des die Fleischbeschau ausübenden Sachverständigen in besonderen Fällen gestatten.“

Herzogliche Polizeidirektion und der Schlachthausdirektor haben diese Fassung für unbedenklich erklärt.

2. Da Herzogliches Staatsministerium es nicht wünscht, daß der Stadtphysikus ordentliches stimmführendes Mitglied des Schlachthauses wird, so bleibt nichts übrig, als es bei der beratenden Stellung des Stadtphysikus, ähnlich wie im Gesundheitsausschusse, bewenden zu lassen. Es wird daher folgende, auch vom Herzoglichen Landes-Medizinal-Kollegium gebilligte Fassung des § 2 beantragt:

„§ 2. Die Verwaltung des städtischen Schlachthauses wird dem Schlachthausausschusse unterstellt. Dieser besteht aus 5 ordentlichen stimmführenden Mitgliedern, nämlich 1. einem Mitgliede des Stadtmagistrates als Vorsitzenden, 2. drei Bürgern, welche alle zwei Jahre, nachdem die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattgefunden haben, von letzterer zu wählen sind, 3. dem Direktor des Schlachthauses. Als be-



ratende Mitglieder treten hinzu: 1. der Stadtphysikus, 2. ein vom Stadtmagistrate zu bestimmender approbierter, im Schlachthause tätiger Tierarzt, falls der Direktor nicht selbst approbierter Tierarzt ist, 3. zwei hiesige selbständige Schlachtermeister, welche alle zwei Jahre vom Stadtmagistrate zu wählen sind. Der Stadtphysikus kann jederzeit die Berufung des Ausschusses verlangen und muß jederzeit in dessen Sitzung gehört werden."

3. Den Eingang des § 17 (Ausführung des Schlachtens) schlägt der Magistrat vor, wie folgt zu fassen:

"Beim Schlachten des Viehes ist nach den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 38 vom 9. August 1907 zu verfahren. Das Töten des Schlachtviehes muß. . . ."

usw. wie in der bisherigen Fassung des Entwurfs.

4. Im § 22 wird bei Abs. 2 hinter dem ersten Satz zu sagen sein:

"Das Blut geschlachteter Tiere, sowie alles verunreinigte Blut darf von den Schlachtenden nicht mitgenommen werden. Soweit im übrigen das Blut . . . ."

usw. wie bisher im Entwurfe.

5. Der Schluß des § 24 soll hinter den Worten: ". . . . innerhalb des Schlachthausgrundstücks verboten . . ." folgendermaßen lauten:

" . . . . soweit sie nicht zur Beförderung feuchterfranker oder verdächtigter Tiere gedient haben; diese Wagen sind nach näherer Anordnung des Direktors zu waschen, zu reinigen und zu desinfizieren. Auf dem Schlachthausgrundstücke dürfen Schlachttiere und Hunde nicht frei umherlaufen. Dies gilt nicht für die zur Bewachung des Grundstücks notwendigen Hunde während der festzusetzenden Wachstunden."

6. Herzogliches Staatsministerium hält es nicht für angängig, den Verkauf auswärts beanstandeten Fleisches auf der Freibank grundsätzlich ganz auszuschließen und hat empfohlen, etwa folgenden Zusatz zu § 28 zu machen:

"Etwa bereits auswärts für minderwertig oder für bedingt tauglich erklärtes Fleisch kann von der Freibank und damit von dem Verkauf in hiesiger Stadt durch Anordnung des Schlachthausdirektors im einzelnen Falle ausgeschlossen werden, wenn durch dessen Zufuhr eine erhebliche Störung des ordnungsmäßigen Betriebes der Freibank zu befürchten steht, auch andererseits wenn dadurch der Abjaß des der Freibank überwiesenen einheimischen Fleisches stark beeinträchtigt werden würde."

Der Magistrat hegt die ernste Besorgnis, daß eine derartige Vorschrift, ganz abgesehen von den Weiterungen bei Beschwerden über die nach gewissenhaftem Er-

messen von dem Schlachthausdirektor getroffenen Entscheidungen, nicht ausreichen würde, um von der hiesigen Stadt die Zufuhr beanstandeten minderwertigen Fleisches, des sogenannten Volkasfleisches, möglichst ganz fern zu halten und dem Fleischschmuggel entschieden entgegenzutreten. Den Magistrat leitet hierbei die durch frühere Beobachtungen gewonnene Erfahrung, daß die Volkaschlächter andernfalls leicht die Stadt Braunschweig und deren Freibank als Vorwand benutzen könnten, um beanstandetes Fleisch von auswärts einzuführen und es entweder dem Freibankverkauf zu entziehen und zu höherem Preise loszuschlagen oder durch die Festhaltung auf der Freibank deren Ruf zu schädigen und zugleich die hiesigen Schlächter im Wettbewerbe zu benachteiligen. Außerdem würde im Einzelfalle der Tatbestand „einer erheblichen Störung des ordnungsmäßigen Betriebes der Freibank, insbesondere die starke Beeinträchtigung des Absatzes des einheimischen Freibankfleisches“ beim Widerstreit der Interessen oft schwer festzustellen sein. Der Magistrat hat sich bemüht, zu prüfen, ob die Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums, die Ausschließung des auswärts beanstandeten Fleisches von der hiesigen Freibank sei grundsätzlich nicht angängig, in der Entstehungsgeschichte des Landesgesetzes Nr. 51 vom 8. Dezember 1902 eine Stütze findet. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil ergibt die Begründung des Regierungsentwurfs, daß die Herzogliche Landesregierung der hier in Frage kommenden ortstatutarischen Regelung die Zulässigkeit des Verkaufes von beanstandetem Fleisch, das von auswärts zugeführt wird, ausdrücklich hat überlassen wollen. Auch für Städte und Ortschaften ohne Schlachthauszwang ist der Freibankverkauf für bedingt taugliches und minderwertiges Fleisch als eine wirtschaftlich nützliche oder für die polizeiliche Ueberwachung unentbehrliche Maßregel bezeichnet, die nach Bedarf angeordnet werden kann. Unter diesen Umständen kann sich der Magistrat im Einverständnis mit den hiesigen Schlachtereibesitzern nicht entschließen, in das Statut die vom Herzoglichen Staatsministerium empfohlene Vorschrift aufzunehmen. Es wird deshalb ersucht, sich mit der Beibehaltung des § 28 des Entwurfs in dieser Beziehung ausdrücklich einverstanden zu erklären.

7. Dagegen hält es der Magistrat für zweckmäßig, den Schlusssatz des § 28, Absatz 1, wie folgt zu fassen:

„Ebenso ist das bei den Untersuchungen nach § 43, Abs. 2 dieses Statuts oder bei der behördlichen Ueberwachung des Nahrungsmittelverkehrs als minderwertig oder bedingt tauglich erklärte Fleisch, und sind auch die zum Zwecke der mikroskopischen Untersuchung auf Trichinen entnommenen Fleischproben (§ 18, Abs. 2 der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau bei Schlachtungen im Inlande, vom 13. Mai 1903 Nr. 27 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 1908 Nr. 10) zu behandeln.“

8. Als Schlußsatz für § 35 wird vorgeschlagen:

„Die unmittelbare Aufsicht über die bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau tätigen Personen kann durch den Stadtmagistrat, die über die Trichinenschau durch Herzogliche Polizeidirektion im Einverständnis mit dem Stadtmagistrate einem im städtischen Dienste stehenden approbierten Tierärzte übertragen werden.“

9. In § 38 wird empfohlen, bei Abs. 2, Satz 1, hinter „unterzogen ist“, einzuschalten:

„(vergl. Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums Nr. 85 vom 16. November 1906 und Nr. 49 vom 1. Oktober 1907.)“

Die Versammlung wird ersucht, vorstehenden Vorschlägen zuzustimmen.

Herr Boge: Die Statutenkommission hat gegen die Vorlage im allgemeinen keine Bedenken zu erheben, sie empfiehlt nur, dem Punkte 7 der größeren Deutlichkeit wegen folgende Fassung zu geben:

„Ebenso ist das bei den Untersuchungen nach § 43, Abs. 2 dieses Statuts oder bei der behördlichen Ueberwachung des Nahrungsmittelverkehrs als minderwertig oder bedingt tauglich erklärte Fleisch zu behandeln. Das gleiche gilt von den zum Zwecke der mikroskopischen Untersuchung auf Trichinen entnommenen Fleischproben. (§ 18, Abs. 2 der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau bei Schlachtungen im Inlande vom 13. Mai 1903 Nr. 27 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 1908 Nr. 10, sowie Gesetz Nr. 38 vom 18. Juni 1908.)“

Die Vorlage wird mit dieser Aenderung gutgeheißen.

## VIII. Bauliche Aenderungen am Gewandhause.

Die Handelskammer hat gebeten, folgende Aenderungen am Gewandhause vornehmen zu dürfen:

1. Zur Erhöhung des Eingangs zum Gewandhause soll die 18 cm hohe oberste Stufe der Kellertreppe vor die Mauerflucht um 40 cm vorgeschoben werden, wodurch vor der Tür ein kleines Bodeest entsteht. Der neben der Klippitubenecke vorhandene Winkel soll zur Verhütung von Verunreinigungen durch eine glatte wagerechte Eisenstange abgesperrt werden. Auf der südlichen Seite der Kellerstufe soll eine glatte gebogene Eisenstange als Schutzgeländer angebracht werden, um zu verhüten, daß jemand achlos auf der Kellertreppstufe stolpert.

2. Die nach außen aufschlagenden ladenartigen Türflügel des Kellereingangs sollen beseitigt werden, wodurch die Türumrahmung besser zur Geltung kommt, und statt dieser auf der Innenseite des Türgewandes ein Rolladen angebracht wird.

In der Klippstube soll in der südöstlichen Ecke an Stelle des abgebrochenen Kamins eine schmale Wendeltreppe angebracht werden.

Der Magistrat gibt anheim, dem Ersuchen der Handelskammer zu entsprechen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Frühling, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Jasper: Ich möchte die Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen lassen, um vom Magistrate eine authentische Auskunft darüber zu erbitten, wie weit die Frage wegen der Ausgestaltung des Gewandhausbaues bisher gediehen ist. Es wird allgemein bekannt sein, daß hierüber wiederholt Verhandlungen stattgefunden haben und Schwierigkeiten über die Ausgestaltung des Turmes entstanden sind, und daß ein nicht unberechtigter Unwille in der Bürgerschaft über das Projekt vorhanden ist. Wer jetzt an dem Gewandhause durchgeht, wird sich dem Eindruck nicht verschließen können, daß diejenigen nicht im Unrecht waren, die selbst vom Laienstandpunkte aus betont haben, es wäre nicht unbedenklich, auf ein fertiges Projekt hier einzugehen und es ständen auch der geplanten Umwandlung des Daches künstlerische Bedenken entgegen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Daß in der Einwohnerschaft eine gewisse Unruhe über die noch nicht erfolgte Fertigstellung der betreffenden Bauwerke eingetreten wäre, ist mir bis dahin nicht bekannt geworden. Selbstverständlich sind die Meinungen über die Ausgestaltung der Bauwerke hier und da verschieden gewesen, ich hoffe aber, daß gerade in diesem Kampfe der Meinungen das Gute zutage treten wird. Im übrigen haben Sie beschlossen, die Entscheidung über die Ausgestaltung des Turmes einem besonderen Ausschusse zu übertragen. Mit diesem Ausschusse hat sich der Magistrat in Verbindung gesetzt, und es wird von ihm hoffentlich eine sachgemäße Entscheidung getroffen werden. Die Frage wegen des Dachanschlusses ist jetzt von neuem aufgetaucht, obwohl sie formell in jeder Weise erledigt war, da Sie dem vorgelegten Projekte zugestimmt haben. Bei der Beratung über die Ausgestaltung des Turmes ist nun die Sache wieder angeschnitten worden, und die Handelskammer ist so entgegenkommend gewesen, die Frage nochmals erörtern zu lassen. Wenn der Anschluß des Daches in der Höhe des Firstes des Gewandhauses erfolgen sollte, so würde die Handelskammer dabei nur tun, was ihr zugestanden worden ist.

Herr Jasper: Es mag sein, daß ein formeller Beschluß in der angegebenen Richtung vorliegt; jedoch läßt es sich nicht leugnen, daß die Ausgestaltung des Projektes von dauernder Bedeutung für das ganze Gemeinwesen ist. Wenn es daher in künstlerischer oder anderer Beziehung der Stadt zur Unehre gereichen sollte, so würden wir uns einer Unterlassungssünde schuldig machen, wenn wir nicht unser Augenmerk darauf richteten und versuchten einzurenken, was sich etwa auf unrichtigem Gleise zu bewegen scheint. Zu meinem Bedauern habe ich aus den

Äußerungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht entnehmen können, inwieweit die Handelskammer als Bauunternehmerin, oder der ausführende Baumeister geneigt sind den Wünschen der Kritik, die von nicht unsachverständiger Seite an der Ausgestaltung des Projektes geübt worden ist, Entgegenkommen zu zeigen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich verstehe diese Stellungnahme nicht. Herr Dr. Jasper ist Jurist und weiß, wenn jemand einem andern eine bestimmte Entscheidung übergibt und er wollte hinterher kommen und sagen, ich weiß nicht, ob Du es gut triffst, ich will deshalb selbst entscheiden, so wird er eben ausgelacht. Das können wir nicht machen. Sodann fragt der Herr Vorredner weiter, er hätte nicht gehört, welche Stellung die Handelskammer zu dem Gutachten der Sachverständigen eingenommen hätte. Das weiß der Magistrat auch nicht. Jedenfalls soll erst durch praktische Versuche festgestellt werden, welche Bauausführung zulässig erscheint, und darüber wird der Ausschuß zu entscheiden haben, den wir mit dieser Frage betraut haben. Bei den Verhandlungen über die Frage der Ausführung bin ich auch zugegen gewesen, jedoch wäre es mir nicht möglich gewesen, sofort zu sagen, so muß es gemacht werden. Ob Sie in der Lage wären, sofort ein Urteil abzugeben, von dem alle Welt sagen würde, die Ausführung wäre richtig, das möchte ich bezweifeln.

Die Versammlung genehmigt darauf die Magistratsvorlage.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

## IX. Antrag Kieke: Aufnahme einer Arbeitslosen-Statistik.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen baldtunlichst die Aufnahme einer Arbeitslosen-Statistik gleich anderen Städten in die Wege zu leiten.“

Herr Kieke (zur Begründung): Ich hatte den Antrag schon in der letzten Sitzung vor Weihnachten gestellt, konnte ihn aber nicht mehr begründen, weil damals die Sitzung plötzlich geschlossen wurde. Ursprünglich hatte ich gebeten, es möchte der Magistrat Mittel zur Verfügung stellen, um eine gründliche Arbeitslosen-Statistik aufzunehmen; auf die Bewilligung von Mitteln will ich indessen jetzt verzichten, weil der Antrag erst so spät zur Erledigung kommt. Die seither von der Handelskammer und den freien Gewerkschaften aufgenommene Statistik haben ein brauchbares Resultat erzielt, und es hat sich auch herausgestellt, daß die Ermittlungen der freien Gewerkschaften zuverlässig waren. Im Monat November sind von 24 Gewerkschaften, unter 42, obwohl das Wetter noch milde war, 600 Arbeitslose gegen 188 des Vorjahres festgestellt worden, jedoch ohne die Bauhandwerker. Im Jahre 1901 hatte die Handelskammer festgestellt, daß in 28 der größten Betriebe 608 Arbeiter weniger arbeiteten. Man kann dreist annehmen,

daß hier ohne die Maurer und die Zimmerleute 800 bis 900 Arbeitslose vorhanden sind, und dazu würden noch diejenigen kommen, welche mit reduzierter Arbeitszeit und reduzierten Löhnen arbeiten. Im Jahre 1907 sind 1130 Arbeitslose mit 26 637 Arbeitslosentagen von den Gewerkschaften mit einem Kostenaufwande von 18 332 M unterstützt worden, während jetzt schon 2510 Arbeitslose mit 43 253 Arbeitslosentagen und einem Aufwande von 47 469 M von den Gewerkschaften unterstützt wurden. Ein Drittel davon fällt allein der größten Gewerkschaft, den Metallarbeitern, zu. Wenn diese Summen gezahlt werden, so verringern sie in erster Linie ganz bedeutend die Ausgaben der Räumereikasse. Es wäre daher recht und billig, wenn zu solchen Erhebungen der Magistrat die Mittel bewilligte und den Gewerkschaften zur Verfügung stellte. Die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen erhalten die Arbeitslosen steuerkräftig und lassen sie auch nicht dem Bettel verfallen, denn sie erhalten nur das, was sie durch ihre Beiträge selbst erworben haben. Man sollte also jeden Parteistandpunkt fallen lassen und eine solche nützliche und notwendige Sache unterstützen. Das war der Extrakt meines Antrages, aber ich komme damit zu spät, nachdem die Gewerkschaften schon die erforderlichen Mittel aufgebracht haben, jedoch möchte ich die Versammlung veranlassen, ihre Stellungnahme zu dem Antrage kundzutun. Gleichzeitig beantrage ich für den Antrag die Dringlichkeit.

Vorsitzender: Ich würde den Antrag einer Kommission zur Vorberatung überweisen, weil er momentan nicht so dringend ist. (Widerpruch.) Wenn Herr Rieke eine prinzipielle Entscheidung haben will, so ist es besser, der Antrag wird vorberaten, als daß wir schon heute in dessen Beratung eintreten.

Herr Rieke: Selbstredend ist die Sache dringlich, sonst hätte ich die Dringlichkeit nicht beantragt.

Vorsitzender: Sie haben eben gesagt, die Gewerkschaften hätten bereits eine Statistik aufgenommen. Herr Rieke hat besonders erklärt, der Antrag sei inzwischen überholt durch die Arbeitsleistung der freien Gewerkschaften, er wünsche aber den Beweis, daß die Stadt nicht geneigt wäre, einmal Geld zur Aufstellung einer solchen Statistik zu bewilligen. Dadurch ist doch aber eine sofortige Entscheidung überflüssig geworden.

Herr Rieke: Wie ich schon bemerkte, ist die Statistik nur von 24 Gewerkschaften aufgestellt worden, während 42 Gewerkschaften vorhanden sind. Ich möchte durch meinen Antrag die Frage geklärt wissen, ob der Magistrat seinen bisherigen ablehnenden Standpunkt hochhalten oder Mittel für den Zweck zur Verfügung stellen will.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die letzten Worte des Herrn Rieke lassen deutlich erkennen, daß eine Arbeitslosen-Statistik auf erweiterter Grundlage geplant ist. Es muß deshalb ernstlich geprüft werden, ob für eine derartig erweiterte

Statistik eine Möglichkeit vorliegt, und solche Prüfung kann nur in der Kommission erfolgen.

Die sofortige Beratung des Antrages wird darauf abgelehnt und der Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## X. Anfrage Rieke: Beschaffung von Notstandsarbeiten.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in Anbetracht der zunehmenden Arbeitslosigkeit den schon früher gegebenen Anregungen betreffs Beschaffung von Notstandsarbeiten bereits nähergetreten, und was beabsichtigt der Magistrat in dieser Angelegenheit weiter zu tun?“

führt Herr Rieke folgendes aus: In der vorletzten Sitzung hat der Herr Oberbürgermeister erklärt, die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit hänge davon ab, daß verschiedene Magistratsvorlagen ihre Erledigung fänden; ich habe indessen auf der Tagesordnung keine Vorlage bemerkt, die geeignet gewesen wäre, den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu bieten. Ich kenne ja den Standpunkt des Magistrates und weiß, daß ihm das vor Jahren einmal eingerichtete Holzhacken der Arbeitslosen noch im Magen liegt; wenn aber damals die Sache verfehlt war, so trifft die Schuld daran den Magistrat ebensogut, wie jeden anderen. Heute ist außerdem die Arbeiterschaft weiter gediehen, als damals, und wenn heute acht darauf gegeben wird, so müßte es schon ein ehrloser Kerl sein, der seine Schuldigkeit nicht tun würde, und solche Leute dulden wir nicht bei uns. Wenn in der jetzigen Zeit auch nicht größere Straßen aufgerissen werden können, so gibt es doch eine Reihe kleinerer Straßen, deren Instandsetzung in Angriff genommen werden könnte, wie das mit der Mandelnstraße, dem Epohrplatz usw. auch geschehen ist. Es müßte Mittel geben, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wie das in anderen Städten teils mit, teils ohne Erfolg auch geschehen ist. In einigen Städten hat man allerdings versucht, Arbeitslose zu einem Stundenlohne von 25  $\text{M}$  zu beschäftigen, jedoch ist das eine jammervolle Entlohnung, und man müßte schon andere Säge nehmen. Anständig gelohnte Arbeiten wirken nicht demoralisierend auf das einzelne Individuum ein, sondern stärken es moralisch, weil es dann nicht in die Lage kommt, sich bei der Armendirektion zu melden. Wenn in der Weise vorgegangen wird, wie es der Staat hinter dem Finanzgebäude macht und die Sache dem Unternehmer Vogel übergeben wird, der sie in Afford vergibt, dann braucht man sich über den dabei erzielten Verdienst nicht zu wundern. Der Magistrat hat Leute genug zur Verfügung, die Arbeit ermitteln können, und dann hat jeder seine Schuldigkeit zu tun, selbstredend gegen entsprechende Löhnung. Deshalb wird z. B. das Försche Haus auf der Reichstraße, dessen Abbruch schon so lange geplant ist, nicht in Angriff genommen? Es ist kein guter Einblick, zu sehen, welche Massen von Arbeitslosen auf dem Kohl-

markt und dem Ritterbrunnen mittags auf die Zeitungen warten, um dort eine Arbeitsgelegenheit angekündigt zu finden. Ebenso merkt man es in dem Arbeitsnachweissbureau, daß eine ungeheure Arbeitslosigkeit vorhanden ist, und es ist die Pflicht einer jeden Kommune möglichst dazu beizutragen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, damit die Leute von der Straße wegkommen. In diesem Sinne möchte ich bitten, zu der Anfrage Stellung zu nehmen und Arbeiten in die Wege zu leiten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich freue mich, daß Herr Rieke den früher vertretenen Standpunkt in gewisser Beziehung aufgegeben hat. Früher meinte er, der Magistrat könnte, wenn er wollte, Arbeit schaffen und zwar auch abgesehen von den eigentlichen Arbeiten, die die Stadt regelmäßig ausführen läßt. Davon scheint Herr Rieke abgekommen zu sein, und ich habe ja auch verschiedentlich erklärt, daß wir uns auf eine derartige Beschäftigung der Arbeitslosen nicht wieder einlassen und nicht wieder künstlich Arbeit schaffen werden, die für die Stadt keinen Wert hat. Es muß unsere Aufgabe sein, im Winter tunlichst für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen, soweit das mit den Interessen der Stadt vereinbar ist, indem wir Arbeiten, deren Ausführung ebensogut im Winter geschehen kann, für diese Jahreszeit zurückstellen. Es wäre mir interessant gewesen, wenn außer der einen vorhin erwähnten Arbeit noch mehrere von Herrn Rieke bezeichnet wären. Ich glaubte immer, Herr Rieke wäre mal zu mir gekommen und hätte gesagt, hier, Herr Oberbürgermeister, kann noch gearbeitet werden; ich habe schon lange auf Herrn Rieke gewartet, er ist aber nicht gekommen. Wegen der Pflasterung von Straßen habe ich auch schon mit Herrn Rieke gesprochen. Es ist eine bedenkliche Sache, im Winter innenstädtische Straßen aufzureißen, denn sobald ein starker Frost eintritt, kann ein gefährlicher Zustand schon bezüglich der Feuerficherheit eintreten. Mit den Straßenarbeiten im Innern der Stadt muß man umso vorsichtiger sein, als gewöhnlich ein Asphaltbelag gewünscht wird, den man im Winter nicht herstellen kann. Man könnte wohl hier und da einen Straßenbau in Angriff nehmen, aber unpraktisch ist es jedenfalls. Wenn Herr Rieke unter unseren Vorlagen nichts herausgefunden hat, das Arbeitsgelegenheit schafft, so tut es mir leid; wir haben in der vorigen Sitzung solche Vorlagen behandelt, auf der heutigen Tagesordnung stehen wieder einige kleine Vorlagen und auf der nächsten werden Sie auch welche finden können, jedoch läßt sich solche Sache nicht in den Backofen schieben. Wenn Sie sagen, solche kleinen Sachen bringen nichts, es müssen große Vorlagen kommen, so warte ich bezüglich solcher auf die Vorschläge des Herrn Rieke. Was das Gebäude auf der Reichsstraße anlangt, so hat Herr Rieke doch nicht genau zugehört; ich möchte ihn ersuchen, einmal auf den Schulhof zu gehen und er wird finden, daß die Hintergebäude bereits abgetragen sind und dort keine Arbeiter mehr beschäftigt werden können. Das Vorderhaus soll vorläufig stehen bleiben, um das Baubureau aufzunehmen. Es käme allerdings noch die Aushebung



des Grund und Bodens in Frage, jedoch ist diese bislang unterblieben, weil nach erfolgter Beschlußfassung über den Bau noch ein Antrag des Nachbarn auf Ankauf seines Hauses dem Magistrate unterbreitet worden ist, dessen Verwirklichung eine ganz wesentliche Verbesserung des Bauprojektes im Gefolge haben würde. Was würde Herr Riefe wohl in solchem Falle gemacht haben? Er würde das neue Projekt jedenfalls auch erst geprüft haben.

Wir sind also bereit, soweit es in unseren Kräften steht, Arbeit zu schaffen und hoffen dabei auf die Mitwirkung des Herrn Riefe, und denken, auf diese Weise über den bösen Winter wegzukommen. —

Ein Antrag auf Besprechung der Anfrage fand nicht genügende Unterstützung.

## XI. Bauliche Aenderungen in der Oberrealschule.

Der Schulvorstand der Oberrealschule hat auf Antrag des Direktors empfohlen, für die Turnhalle in dem angrenzenden vormals Engelhardt'schen Hause einen Vorraum nebst Lehrerzimmer herzurichten und die Turnhalle, sowie die beiden angrenzenden Gebäude Nr. 31 und 32 Hintern Brüdern mit einer Niederdruck-Dampfheizung zu versehen. Der Magistrat befürwortet, dem Antrage Folge zu geben und die Kosten zu 10 189,20 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtigt, geschieht.

Vorsitzender: Wir müssen jetzt mit den Verhandlungen abbrechen, weil noch eine vertrauliche Sitzung stattzufinden hat.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Herr Bunge hat einen Antrag über die Verwilligung von Mitteln für die Beschäftigung Arbeitsloser gestellt, der noch begründet und der Kommission überwiesen werden könnte. Ferner möchte ich den Herrn Vorsitzenden fragen, wie er die Verteilung der Sitzungen plant, da mein auf der heutigen Tagesordnung stehender Antrag, betreffend die Einführung einer Licht-, Tabak- und Biersteuer auch bald erledigt werden müßte. Ich möchte deshalb bitten, in acht Tagen wieder eine Sitzung abzuhalten.

## XII. Antrag Bunge: Verwilligung von Mitteln für die Beschäftigung Arbeitsloser.

Vorsitzender: Der von Herrn Bunge eingereichte Antrag lautet:

„Ich beantrage, dem Magistrate die Mittel zur Verfügung zu stellen zur Beschaffung umfangreicherer städtischer Arbeiten für die Arbeitslosen.“

Ich habe dem Herrn Antragsteller vorgeschlagen, die Sache in die Form einer Resolution zu fassen, weil der Magistrat sich schon bereit erklärt habe, jede Arbeitsmöglichkeit zu bieten; Herr Bunge meinte indessen, wir sollten dem Magistrate einen offenen Kredit bewilligen. Der Antrag stößt gewissermaßen offene Türen ein, weil

der Magistrat schon seine Bereitwilligkeit erklärt hat, Arbeit zu schaffen. Ich habe gegen die Begründung des Antrages nichts, aber ich halte ihn nicht für nötig, denn wir sind mit dem Magistrate wohl alle bereit, die Arbeitslosigkeit nach Kräften zu unterdrücken. Wir haben auch gar nicht nötig, dem Magistrate irgend welchen Kredit zu bewilligen, da der Magistrat weiß, daß wir jeden Kredit bewilligen werden und daß wir unter Umständen bereit sind, dem Magistrate 100 000 M à discretion zu bewilligen. Wünschen die Herren, daß Herr Bunge seinen Antrag noch besonders begründet?

Herr Bunge: Ich will mich sehr kurz fassen. Von einer Reihe von Städten habe ich gelesen, daß sie dem Magistrate größere Beträge zur Verfügung gestellt haben, um damit besondere Notstandsarbeiten ausführen lassen zu können. Es wäre aber auch hier angebracht, dem Magistrate gewissermaßen einen unbeschränkten Kredit zu gewähren, denn wenn uns der Herr Oberbürgermeister vorhin auch vergewissert hat, es solle alles mögliche geschehen, so ging doch aus den Ausführungen hervor, daß der Magistrat über seine gewöhnlichen Vorlagen nicht hinausgehen würde. Jedenfalls sind jetzt noch eine ganze Reihe Arbeiter mehr brotlos, als vor Weihnachten, und es wäre angebracht, darauf zu sehen, noch mehr Arbeit hervorzufinden. Was für Arbeiten das sein sollen, können wir heute dem Herrn Oberbürgermeister noch nicht sagen und er selbst weiß es auch noch nicht, aber wissen muß er, daß die Versammlung bereit ist, ihm keine Vorwürfe zu machen, wenn noch weitere Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeführt werden.

Vorsitzender: Sind die Herren einverstanden, dem Magistrate auf Antrag Gelder für Notstandsarbeiten zu bewilligen? Dazu sind sämtliche Herren bereit.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, eine Kommissionsberatung des Antrages zu beschließen. Diese Beratung braucht sich nicht gar zu eng an den Wortlaut des Antrages zu halten, sondern kann auch auf Mittel und Wege sinnen, wie Arbeit zu beschaffen sei. Der Herr Oberbürgermeister sagte, Herr Riefe möchte zu diesem Zwecke zu ihm kommen; ich halte es aber für besser, wenn eine Vertretung der Gesamtheit der Stadtverordneten diese Arbeit übernimmt und nicht ein einzelner Stadtverordneter.

Vorsitzender: Was der Herr Vorredner eben ausgeführt hat, ist ganz etwas anderes, als was der Antrag besagt. — Ich überweise den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

### XIII. Geschäftsordnungsdebatte.

Herr Meyerhoff: Es ist vorhin abgestimmt worden über einen Antrag, der dahin geht, daß die der Kammereikasse aus dem Schulhausbaufonds für 1908/09 überwiesenen 100 000 M in Zukunft nicht wieder überwiesen werden sollen. Hier haben wir die Frage aber alle so verstanden, als wenn die Ueberweisung von

100 000 M auch in Zukunft beibehalten werden soll. Infolge dieses Mißverständnisses hat sich bei der Abstimmung ein ganz anderes Resultat ergeben, als eigentlich zu erwarten war. Ich will dem Herrn Vorsitzenden dieserhalb keinen Vorwurf machen, aber ich kann behaupten, daß wir verstanden haben, wir sollten für die weitere Ueberweisung von 100 000 M in das Ordinarium stimmen. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, Gelegenheit zu geben, daß wir über den Punkt nochmals abstimmen können.

Vorsitzender: Die Sache verhält sich folgendermaßen: Der Herr Referent hat den Wortlaut des Beschlusses der Kommissionen vorgelesen, und ich habe die Herren gefragt, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir in dem Rückschreiben an den Magistrat sagen, wir wünschen, daß die für 1908/09 dem Ordinarium zugeführten 100 000 M darin bleiben, daß aber in Zukunft von der früher erteilten Erlaubnis, jeweilig 100 000 M in das Ordinarium überzuführen, kein Gebrauch gemacht werde, und diese Frage hat die Versammlung einstimmig mit Ja beantwortet. Wenn nun die Seite der Versammlung jetzt erklärt, sie habe meine Frage nicht richtig verstanden, so bedaure ich das, kann aber nichts daran ändern.

Herr Sander (zur Geschäftsordnung): Ich habe ausdrücklich gefragt, ob es sich darum handle, daß die 100 000 M dem Ordinarium nicht wieder zugeführt werden sollen, worauf mir geantwortet worden ist, nein, sie sollen fortgewährt werden. Es mußte, wenn die Sache anders liegt, überhaupt in zwei Teilen abgestimmt werden, indem zunächst gefragt wurde: Wollen wir die für 1908/09 dem Ordinarium zugeführten 100 000 M dem Schulhaushaltsfonds wieder zuführen? Zweitens: Sollen dem Ordinarium dauernd aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke 100 000 M jährlich zugeführt werden? Es ist eigentümlich, daß auf dieser Seite nicht einer der Herren die Frage richtig verstanden hat. Ich hatte auch den Antrag gestellt, regelmäßig die 100 000 M der Kammereikasse zuzuführen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es kann über diese Sache noch lange debattiert werden. Wenn ein Stadtverordneter sich geirrt hat, so ist er in der Lage, die Wiederaufnahme der Debatte zu beantragen, und die Mehrheit kann einen dahingehenden Beschluß fassen, aber ein einzelner kann es nicht. Wenn Sie aber fürchten sollten, daß der Magistrat Sie als durch die Abstimmung gefangen ansieht, so irren Sie sich, denn wir werden hiervon keinen Gebrauch machen, sondern Ihnen noch eine Vorlage zugehen lassen.

Herr Voge (zur Geschäftsordnung): Wir haben nicht falsch abgestimmt. Herr Sander fragte, ob die 100 000 M dem Ordinarium nicht wieder zugeführt werden sollten, welche Frage der Herr Vorsitzende durch Wort und Nicken bejaht. Das hat Herr Sander falsch verstanden und deshalb auch falsch abgestimmt.

Vorsitzender: Auf die Frage des Herrn Sander, ob die 100 000 M aus dem Ordinarium wieder herausfließen sollen, habe ich „nein“ gesagt.

Herr Buchler (zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur konstatieren, daß ich den Herrn Vorsitzenden ganz richtig verstanden habe..

Vorsitzender: Ich betrachte die Sache damit als erledigt.

#### XIV. Unterstützung für die durch Erdbeben schwer betroffenen Bewohner Süditaliens.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Anlässlich des schweren Unglücks in Süditalien hat sich der Magistrat mit der Frage beschäftigt, ob es nicht angemessen wäre, die geehrte Versammlung schon heute zu ersuchen, baldigst etwas für die durch Erdbeben schwer heimgesuchten Bewohner zu tun. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn über ein Kulturvolk ein derartiges schweres Unglück hereinbricht, für alle Kulturstaaten die Aufgabe erwächst, helfend einzugreifen. Wenn man nun auch zweifelhaft sein kann, wie weit in dieser Beziehung die Pflicht der Gemeinden geht, so meinte der Magistrat, daß es für uns ein *nobile officium* wäre, nicht allzu weit hinter anderen Gemeinden zurückzubleiben. Wir haben uns deshalb schlüssig gemacht, für den gedachten Zweck 1000 M zu bewilligen und an das Zentralkomitee in Berlin abzuführen. Da es natürlich darauf ankommt, sich baldigst hierüber schlüssig zu machen, so möchte ich Sie bitten, noch heute einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Die Finanzkommission hat diesen Antrag zur Annahme befürwortet. —

Die Versammlung erklärt sich mit der sofortigen Beratung des Antrages einverstanden.

Herr Meyerhoff: Es handelt sich für mich nicht um die 1000 M, die können wir missen, und ich gestehe auch dem Herrn Oberbürgermeister zu, daß es einer Kulturstadt würdig ist, sich an solcher Unterstützung zu beteiligen. Wenn wir aber weiter berücksichtigen, daß uns seitens Italiens bei einem über uns hereinbrechenden Unglück noch niemals auch nur die geringste Hilfe zuteil geworden ist und wir dort stets als Outsider betrachtet werden, so will es mich bedünken, daß es eine unangebrachte Wildtätigkeit ist, hier etwas zu tun. Wenn es sich um einen eng befreundeten Staat handelte, und wäre es Amerika, so hätte ich kein Wort darüber verloren, aber gerade Italien, das den Deutschen gegenüber verpflichtet ist, denn die bringen eine Menge Geld und Kultur dorthin, hat sich bei deutschem Unglück noch nie gerührt. In vielen Herzen wird wohl der Wunsch bestehen, eine Beihilfe dorthin zu geben, aber wir erwerben uns dadurch keine Liebe bei diesem Volke, das ich gar nicht für befähigt halte, sich dankbar zu erweisen. Wir sehen, wie von Italien hinter dem Rücken des Deutschen Reiches gehandelt wird, und wenn ich auch zugestehende, daß das arme, vom Erdbeben heimgesuchte Volk in Sizilien nichts dafür kann, so muß man andererseits berücksichtigen, daß sich jedes Volk seinen Herrscher und sein Parlament selbst wählt. (Widerpruch.) Dazu kommt

der Umstand, daß diejenigen, denen durch die Bewilligung einer Summe eine Wohltat erwiesen werden soll das Geld lange nicht bekommen. Wenn ich wüßte, daß alles, was Deutschland dorthin schickt, den schwer betroffenen Sizilianern zc. zugute käme, so wäre ich für jede Bewilligung, aber Sie werden auch die Erfahrung gemacht haben, daß bei vielen Liebespenden, wenn nicht eine ganz starke Hand die Verteilung bewirkt, die Fonds nicht dahin gehen, wohin sie gehen sollen. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, meinem Herzen Luft zu machen, damit die Bewilligung nicht unwidersprochen bleibt, wenn ich auch nicht gegen die 1000 M bin.

Vorsitzender: Ich möchte Ihnen empfehlen, ohne weitere Besprechung zur Abstimmung zu schreiten, denn es ist eigentlich nicht hübsch dagegen zu sprechen, um nachher doch dafür zu stimmen. Ich hatte auch prinzipielle Bedenken gegen die Bewilligung, habe sie aber zurückgestellt. Wer ist dafür, den Magistrat zu ermächtigen, aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden für den gedachten Zweck 1000 M zu bewilligen? — Der Antrag ist ziemlich einstimmig genehmigt.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. Januar 1909.

**Tagesordnung:**

|       |                                                                            |           |
|-------|----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Projekt über den Bau der Jakobikirche nebst Pfarrhaus und Konfirmandenjaal | Seite 545 |
| II.   | Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer  | " 555     |
| III.  | Antrag Tolle: Bestellung eines Hundefängers u. . . . .                     | " 570     |
| IV.   | Zuschuß an die Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze    | " 570     |
| V.    | Antrag Bunge: Anberaumung der Wahltermine betr. . . . .                    | " 571     |
| VI.   | Bericht über die Unterrichtsstörungen in den Bürgerjchulen . . . . .       | " 572     |
| VII.  | Antrag Wesemeier: Grundsteuer nach gemeinem Werte . . . . .                | " 573     |
| VIII. | Antrag Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur . . . . .            | " 575     |
| IX.   | Antrag Kiefe: Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik . . . . .               | " 579     |
| X.    | Antrag Bunge: Verwilligung von Mitteln für die Beschäftigung Arbeitsloser  | " 581     |
| XI.   | Fluchtklinie für die Nordseite der Hagenbrücke . . . . .                   | " 581     |
| XII.  | Verlegung eines Kanals auf der Heleneustraße. . . . .                      | " 582     |
| XIII. | Ausbau der projektierten Straße Nr. 239 . . . . .                          | " 582     |
| XIV.  | Geschäftsordnungsdebatte . . . . .                                         | " 583     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lord.

Entschuldigt die Herren Buchler, Esdorn, Göcke, Löhnefinke, Lübfke und Wolters; später erscheint Herr Boge.

Vorsitzender, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Sitzung.

Meine sehr geehrten Herren! Wiederum ist ein Mitglied dieser Versammlung von uns gegangen, um zu gemeinsamer Arbeit mit uns nicht wieder zurückzukehren. Herr Dr. med. Bluth, unser verehrter Kollege, ist Anfang dieser Woche nach kurzem Leiden verstorben. Meine geehrten Herren! Nur kurze Zeit war Herr Dr. Bluth in dieser Versammlung tätig, aber ich glaube, wir alle haben ihn schätzen gelernt wegen seines stillen und ernstesten Wesens. Es machte immer den Eindruck auf mich, als ob der Verstorbene alle Sachen besonders schwer und ernst nehme. Daß eine derartige Auffassung des Lebens auch den Arbeiten, die uns hier beschäftigt haben, zugute gekommen ist, liegt auf der Hand. Er hat sich hauptsächlich damit befaßt, uns seine Kräfte auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, der Hygiene, zur Verfügung zu stellen, aber in der Kommission, die den uns heute noch beschäftigenden Kirchenbau beschlossen hat, hat er uns auch durch seine weitgehende künstlerische Befähigung unterstützt. Wir wissen alle, sein Mandat wird wieder vergeben und sein Platz hier ausgefüllt werden, aber ich glaube, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich erkläre, daß wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren wollen, und ich bitte Sie, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.)

Sodann habe ich Ihnen folgende geschäftlichen Mitteilungen zu machen. Es sind eingegangen:

1. ein Schreiben der Rechtsanwälte Dr. Pracke und Dr. Schünemann, die namens mehrerer Anlieger beantragen, den geplanten Ausbau der Hildesheimerstraße zwischen der Goslarischenstraße und der Braunschweigischen Landeseisenbahn auf mehrere Jahre zurückzustellen oder den Anliegern den größeren Teil der Straßenbaubeiträge zu erlassen.

2. eine Eingabe der städtischen Gasarbeiter, die keine Namensunterschrift trägt.

Da beide Schreiben gleichzeitig dem Magistrate zugegangen sind, ohne daß dieser bislang dazu Stellung genommen hat, so werden sie der bisherigen Gepflogenheit gemäß zu den Akten genommen. Bezüglich des letzteren Schreibens will ich besonders bemerken, daß nicht unterschriebene Eingaben überhaupt keine Berücksichtigung erfahren können.

Schließlich möchte ich die geehrte Versammlung bitten, einen Punkt, der noch nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden konnte, da er erst heute

eingegangen ist, nämlich das Projekt über den Bau der Jakobikirche, vorweg nehmen zu dürfen. Es handelt sich dabei um eine wichtige Vorlage, die auch Arbeitsgelegenheit schaffen wird und die ich nicht gerne zurückstellen möchte. Da kein Widerspruch dagegen erhoben wird, so nehme ich an, daß wir die Sache vorweg nehmen können.

## **I. Projekt über den Bau der Jakobikirche nebst Pfarrhaus und Konfirmandensaal.**

Wegen Erlangung von Entwürfen für die kirchlichen Bauten der Jakobigemeinde ist entsprechend dem Beschlusse der Versammlung vom 23. Mai 1907 ein Konkurrenzanschreiben erlassen, und von den in großer Zahl eingegangenen Entwürfen den beiden vom Architekten Joh. Kraaz in Charlottenburg gefertigten Entwürfen der erste und zweite Preis von 3000 Mark und 1800 Mark, zusammen 4800 Mark durch das Schiedsgericht zuerkannt worden. Darauf hat die zufolge Beschlusses der Versammlung vom 6. Dezember 1906 mit der Förderung dieser Angelegenheit betraute gemischte Deputation für zweckmäßig erachtet, mit dem Architekten Kraaz wegen Erlangung eines geeigneten Projektes für die Ausführung zu verhandeln, und es ist nun auch ein solches Projekt eingeliefert worden. Die Deputation hat das Projekt vorbehaltlich einiger unbedeutenden Aenderungen gebilligt und seine Ausführung empfohlen, dabei auch anheimgegeben, dem Herrn Kraaz die Ausführung zu übertragen. Dieser ist dazu bereit und zwar mit der Maßgabe, daß

a) die vorgenannte Deputation die obere Leitung behält und die Arbeiten vergibt;

b) bei Vergabung der Arbeiten und Lieferungen hiesige Einwohner berücksichtigt werden, soweit nicht dadurch eine wesentliche Belastung der Gemeinde Kirchenkasse veranlaßt werden sollte;

c) die Bausumme von 350 000 Mark — in der das Architektenhonorar und einige Nebenposten für Pflasterungen, Gas- und Wasseranlagen, Einfriedigung usw. nicht enthalten sind — nicht überschritten werden darf, widrigenfalls eine entsprechende Ermäßigung des Honorars stattfindet;

d) etwaige Ersparungen der Gemeinde Kirchenkasse zugute kommen;

e) eine besondere Vergütung für Fertigung des vorliegenden Projektes und Kostenanhaltes nicht gezahlt wird.

Der Magistrat fand gegen das Projekt nichts einzuwenden, abgesehen davon, daß eine Summe von 14 000 Mark für die Orgel ihm nicht erforderlich erschien und daß, entgegen dem ausdrücklichen Vorbehalt der Stadtverordneten, die Pfarrwohnung zu groß projektiert ist. Zur Beseitigung des letzteren Bedenkens hat der Architekt Kraaz eine Aenderung des ursprünglichen Projektes



vorgenommen, wobei aber auch in einigen anderen Beziehungen Aenderungen gegenüber dem ersten Projekte empfohlen sind. Nach der Ansicht des Magistrates kann es nicht Aufgabe der städtischen Behörden sein, das Projekt in allen seinen einzelnen Teilen festzustellen und die Bewilligung der Mittel davon abhängig zu machen, daß danach gebaut wird; er möchte vielmehr anheimgeben, behufs Schaffung der Möglichkeit, die Arbeiten baldigst in Angriff zu nehmen, der Ausführung des vorgelegten Projektes mit der Maßgabe zuzustimmen, daß einzelne, nicht wesentliche Abweichungen von dem Magistrate im Einvernehmen mit der vorgenannten Deputation gutgeheißen werden können, und daß die Leitung des Baues der Deputation unter Billigung der vorerwähnten Bedingungen übertragen werde.

Mit Einschluß des Architektenhonorars und der Grunderwerbskosten werden sich die Gesamtkosten auf etwa 420 000 Mark belaufen. Neben dieser Summe hat die Gemeine Kirchenkasse ferner diejenigen Mittel zu beschaffen, die durch Instandsetzung der Türme zu St. Andreas erwachsen und zu rund 200 000 Mark veranschlagt sind. Davon entfallen 66 000 Mark allein auf den Gerüstbau. Endlich sind noch die Kosten zu decken, die durch den dringlichen Umbau des ersten Pfarrhauses zu St. Magni erwachsen sind und voraussichtlich etwa 22 000 Mark betragen werden, so daß ihre Bestreitung aus den laufenden Einnahmen nicht möglich ist. Insgesamt sind hiernach, wenn auch nicht sofort, rund 640 000 Mark zu beschaffen. Der Magistrat hofft, daß die Herzogliche Leihhausanstalt bereit sein wird, auch diese Summe vorzuleihen, kann aber auf ein Entgegenkommen nur dann rechnen, wenn die Stadt auch für diese Schuld die selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt, resp. ihrerseits das Darlehns-geschäft eingeht und das Geld der Gemeine Kirchenkasse darleiht, wie solches schon früher mit Zustimmung der Versammlung geschehen ist. Es wird weiter anheimgegeben, dem Magistrate die Vereinbarung der Bedingungen, unter denen eventuell das Kapital vorgeliehen und zurückgezahlt wird, zu überlassen und beantragt, zuzustimmen, daß die Beschaffung der für die betreffenden kirchlichen Bauten erforderlichen Mittel in der angegebenen Weise unter Ausnutzung des Kredits der Stadtgemeinde erfolge.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr F r ü h - l i n g: Es soll nach der Absicht des Magistrates versucht werden, den Arbeitslosen bei diesem großen Bau sobald wie möglich Arbeit zu verschaffen. Wir haben in der Kommission dieses Bestreben dankbar anerkannt und uns bemüht, die Sache, ohne wesentliches zu vernachlässigen, so schnell wie möglich zu erledigen. Aus diesem Grunde ist sie heute noch auf die Tagesordnung gesetzt worden. Auf die Wichtigkeit der Vorlage brauche ich wohl nicht besonders aufmerksam zu machen. Es handelt sich um einen Bau im Werte von 350 000 Mark, der viele

Arbeit hierherbringen wird und der dem Stadtbilde hoffentlich zur Verschönerung, der Gemeinde aber zum Zusammenschluß dienen und zum Segen gereichen wird. Die Angelegenheit hat die Herren schon im Mai 1907 beschäftigt und zu dem Beschlusse geführt, daß die Baupläne durch öffentliche Ausschreibung beschafft werden sollten. Bis zum April 1908 waren die Baupläne usw. einzureichen und am 27. April 1908 hat das dazu eingesetzte Preisgericht sein Urteil abgegeben. Diese Zeit erscheint wohl etwas lange, jedoch war die Form eines solchen Ausschreibens neu und es mußten erst vielerlei Bedenken beseitigt und manche Arbeiten erledigt werden, bis das Ausschreiben überall befriedigte und vom Stapel gelassen werden konnte.

Bei dem Entwurfe für die Kirche ist auf Wunsch der Gemeinde eine Neuerung insofern zur Durchführung gelangt, daß Altar, Kanzel und Orgel mit Sängerkhor im Angesichte der Gemeinde derartig vereinigt sind, daß die Kanzel über dem Altar steht und Orgel nebst Sängerkhor hinter der Kanzel hinter einer lettnerartigen Deckung aufgestellt wird. Wir glauben, daß die Lösung dieser Aufgabe, die zunächst viel Anfechtung erfahren hat, zu einem glücklichen Ende führen wird. Der Architekt wird hierüber vor der Ausführung noch ein Modell vorlegen. Es wird auch noch eine besondere Taufkapelle ohne Ueberschreitung der Bausumme angebracht werden. (Redner erläutert das Bauprojekt an der Hand der ausgestellten Zeichnungen.)

Die Vorlage ist in der Baukommission geprüft und dabei das Bedenken laut geworden, daß der Bau zu einfach erscheinen könnte und besser aus Haussteinen hergestellt würde. Die Mehrheit hat sich indessen dieser Ansicht nicht anschließen können und glaubt, daß die architektonische Wirkung des Gebäudes in seiner geplanten Ausführung sehr gut sein wird. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Kirche nicht im Innern der Stadt, sondern in deren Weichbilde errichtet werden soll und daher sehr wohl ein Uebergang zum ländlichen Baustile Platz greifen kann. Die Baukommission empfiehlt, der Vorlage, und zwar zunächst mit Ausschluß ihrer finanziellen Seite, zuzustimmen.

**Vorsitzender:** Gehörte der Deputation nicht auch der verstorbene Stadtverordnete Bluth an? (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich möchte bitten, die Ergänzungswahl für Herrn Dr. Bluth heute mit vorzunehmen.

**Vorsitzender:** Die Vorlage steht, mit Ausnahme der dafür erforderlichen Geldmittel, zur Besprechung.

Herr **Roch:** Gegen das Projekt selbst habe ich nichts zu erinnern; ich freue mich vielmehr, daß wir ein so niedliches, einfaches Projekt für solchen Preis erhalten haben. Als die 350 000 Mark seinerzeit bewilligt wurden, waren in der Bürgerschaft und auch bei mir Bedenken aufgetaucht, ob man wohl solchen Bau

für einen derartigen Preis erhalten würde. Wir haben nun eben gehört, daß wir für die Summe noch viel mehr bekommen sollen, als wir eigentlich gefordert haben; wir können deshalb der Deputation nur dankbar sein, daß sie es verstanden hat, in dem Rahmen dieser Mittel uns ein so herrliches Bauwerk in Aussicht zu stellen. Diesen Dank möchte ich hiermit ausgesprochen haben.

Herr Meyerhoff: Ich muß auch zugestehen, daß für den Preis das möglichste geleistet werden soll. Weiter gestehe ich gern zu, daß die Anordnung der einzelnen Baulichkeiten in selten gut gelungener Weise gegliedert ist, aber ich habe trotzdem ein schweres Bedenken gegen den Bau, und das besteht darin, daß der ganze Bau in modernem Putz ausgeführt werden soll. Ich hätte gern gesehen, daß noch weitere Mittel bewilligt würden, um wenigstens die Kirche im massiven Quaderbau aufzuführen. Wir sind hier in der glücklichen Lage, für einen Kirchenbau das beste Baumaterial der Welt in dem benachbarten Königslutterischen Kalkstein zu besitzen, einen Stein, der weit in die Welt hinausgeht und gerade zum Kirchenbau überall gesucht wird und der z. B. auch bei der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin und deren Umgebung Verwendung gefunden hat; wie kommen wir nun dazu, da solches vorzügliches Material sozusagen vor den Toren der Stadt liegt, zu einem Putzbau überzugehen? Zu einem solchen Monumentalbau, der ein Denkmal für Jahrhunderte sein soll, müßte man das beste Material nehmen, das zu haben ist. In der Baukommission waren noch einige Mitglieder derselben Ansicht. Ich möchte das dringende Ersuchen aussprechen, die Versammlung wolle so viele Mittel bewilligen, daß die Kirche in massivem, gewachsenem Stein, dem sogenannten Hausstein, aufgeführt werden kann. An der Andreaskirche sehen wir es deutlich, daß ein Bauwerk, trotzdem der Turm aus Hausstein gebaut ist, nach Jahrhunderten der Reparatur bedarf, wie viel eher würde wohl an einem Putzbau repariert werden müssen. Sehen Sie sich solche Putzbauten an, sie machen gewissermaßen immer einen gedrückten Eindruck. Pfarrhaus und Konfirmandensaal können in Putzbau hergestellt werden, aber die Kirche mit dem Turm nicht. Ich beantrage daher:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Kirchenbau der St. Jakobigemeinde in Natur-Haussteinen ausführen zu lassen und die Mehrkosten zu bewilligen.“

Herr Probst: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Referenten wohl anschließen und bin im großen ganzen für die Ausführung des Projektes, aber einige Sachen sind darunter, von denen ich lieber gesehen hätte, sie wären unterblieben, das ist das Pfarrhaus und die Konfirmandensäle. Aus der Vorlage des Magistrates, betreffend die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse der Stadtgeistlichen, habe ich eigentlich entnommen, man würde davon ab-

kommen, Pfarrhäuser zu bauen, und jetzt bekommen wir gleich wieder eine Vorlage über die Errichtung eines Pfarrhauses. Ich halte das nicht für richtig, und glaube auch nicht, daß wir ein Pfarrhaus bauen können, bei dem wir mit einer Verzinsung von 1500 Mark auskommen werden. Ähnlich steht es mit den Konfirmandenjalen. Ich habe noch nicht einsehen können, wozu diese Säle unmittelbar mit der Kirche verbunden sein müssen, denn sie haben damit direkt doch nichts zu tun. Der Unterricht wird wohl von den Predigern erteilt, aber die Sache selbst hat mit der Kirche nichts zu tun, und der Unterricht kann auch anderswo stattfinden. Die Kirche würde durch den Einbau dieser beiden Gebäude entschieden leiden. Sehen Sie sich den Anbau hinter der Paulikirche an, der wie eine etwas groß geratene Bedürfnisanstalt aussieht. Ohne den Anbau würde die Kirche erheblich besser aussehen. Ich halte einen besonderen Raum für den Konfirmandenunterricht überhaupt nicht für nötig, denn wir haben bei jeder Schule eine so große Aula, daß wir keine besonderen Konfirmandensäle gebrauchen. In der Michaelisgemeinde befindet sich allerdings ein Konfirmandensaal im Pfarrhause, aber für den zweiten Prediger ist keiner vorhanden, der hält den Konfirmandenunterricht vielmehr in der Aula irgend-einer Schule ab. Demgemäß stelle ich den Antrag,

„den Bau der Jakobikirche zu bewilligen, jedoch den Bau des Pfarrhauses und des Konfirmandensaales abzulehnen.“

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich möchte mir zunächst zu dem Antrage Meyerhoff einige Worte erlauben. Sie wissen, daß die politische Gemeinde nach dem Gesetze von 1851 verpflichtet ist, im Falle der Vermehrung des Bedürfnisses an Kirchen die Mittel dafür aufzubringen und daß wir von dieser Gesetzesvorschrift keinen Gebrauch gemacht, sondern uns mit Hilfe des Gesetzes von 1892 der Uebernahme dieser Last entzogen haben dadurch, daß wir die ganze Last der Gesamtheit der hiesigen Kirchen auferlegen: wir beschaffen nur das Geld durch unsern Kredit, aber die Gesamtheit der hiesigen Kirchen muß es verzinsen und amortisieren. Nur wegen dieses formalen Punktes ist die Zustimmung der Versammlung nötig; sie soll durch ihre Zustimmung zu erkennen geben, daß die Belastung der Einwohnerschaft mit der Kirchensteuer nicht zu groß wird. Daraus folgt, daß wir, rein theoretisch betrachtet, gar nicht das Recht haben, zu sagen, die Kirche solle so viel mehr ausgeben. Wir verwilligen hier aus fremdem Beutel, und da hat das Bewilligen keine großen Bedenken. Man könnte höchstens die Frage stellen, ob die Stadt bei Annahme des Antrages Meyerhoff nicht in die Lage versetzt wird, zu sagen, wir schießen aus eigenen Mitteln 30 000 bis 40 000 Mark zu — so viel würden die Mehrkosten wohl betragen — und dazu liegt doch wohl kein Grund vor. In formeller Beziehung könnte man sich allerdings auf den Standpunkt stellen, daß

uns, wenn wir dem Bau überhaupt zustimmen sollen, auch das Recht zustehen muß, zu sagen, d e n Bau wollen wir nicht. Man kann aber unmöglich sagen, daß jeder derartige Bau gedrückt aussieht. Daß ein Bau aus Hausteinen würdiger aussieht, mag sein, wenn ich auch diese Bedenken nicht gehabt habe.

Gegenüber den Einwendungen des Herrn Probst möchte ich darauf hinweisen, daß das vorgelegte Projekt dem Programme entspricht, das Sie schon vor zwei Jahren genehmigt haben; es wäre nun ein wunderbares Vorgehen, wenn Sie jetzt sagten, wir werfen das Programm einfach über den Haufen. Herr Probst hat nicht unrecht, wenn er sagt, die Konfirmandenjale könnten möglicherweise eripart werden; ich gebe zu, daß der Konfirmandenunterricht auch in den Schulen erteilt werden kann. Wesentlich bestimmend für die Einfügung des Baues von Konfirmandenjalen in das Bauprogramm war aber der Umstand, daß die Kirche, die Mittel überhaupt nicht besitzt, den größten Wert darauf legt, Lokale zu bekommen, in denen Gemeindeversammlungen, Andachten usw. abgehalten werden können. Zu solchem Zwecke geeignete Lokale finden sich aber in der Gegend recht wenige, wenn man berücksichtigt, daß ein Restaurationslokal dazu wenig zweckmäßig sein dürfte. Die durch diesen kleinen Anbau entstehenden Kosten fallen aber wirklich nicht bedeutend ins Gewicht. Was die Pfarrwohnung betrifft, so haben wir allerdings eine Vorlage wegen Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der hiesigen Prediger eingebracht, und der Magistrat beabsichtigt auch nicht, überall Pfarrwohnungen errichten zu lassen, wo solche noch nicht bestehen, aber es ist Klage erhoben worden über den Mangel an geeigneten Wohnungen in jenem Stadtteile für den Prediger, der zurzeit in einem anderen Kirchspiele wohnt, und deshalb ist hier der Bau eines Pfarrhauses mit vorgesehen worden. Ich möchte daher anheimgeben, dem Projekte in vollem Umfange zuzustimmen.

Herr W e i c h e l: In baulicher Beziehung sind wir wohl alle erfreut, daß wir aus dem Bau der beiden letzten hiesigen Kirchen allerhand Lehren gezogen haben. Ich wollte aber, es wäre hierbei noch eine andere Sache in Erwägung gezogen worden. Die Johannisikirche scheint mir insofern verpußt zu sein, als man das schöne Grundstück gar nicht richtig ausgenutzt hat. Es ist absolut nicht schön, einen derartigen Bau so unmittelbar an die Straße zu stellen und diesen Fehler haben wir bei sämtlichen hier projektierten Bauten zu beklagen. Das Geräusch der Straße wirkt außerordentlich störend auf den Gottesdienst. Es war daher gewiß erwägenswert, zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, unter Aufrechterhaltung des Projektes, die Kirche weiter zurückzustellen; man hätte sich dann weiter von der Straße entfernt und einen ruhigeren Gottesdienst erzielt, auch wäre das Gebäude zu schöner architektonischer Wirkung gekommen. Allerdings der Uebergang vom Pfarrhause zur Kirche hätte dann müssen weg-

gelassen werden, jedoch wäre es nicht so schlimm, wenn der Pastor bei Regen weiter einmal den Schirm aufspannen müßte. Ebenso kann man auch die Emporen fortlassen. Wenn uns auch die Gemeine Kirchenkasse nichts angeht, so kann man schließlich doch sagen: Wi Börger's hätt' de Last davon! Die Kirchenkasse hätte auch alle Veranlassung, recht sparsam zu sein. (Zustimmung.) Wenn ich mich recht erinnere, hat die Gemeine Kirchenkasse nach dem letzten Verwaltungsberichte 1¾ Millionen Mark Schulden während der letzten Jahre aufgehäuft, nachdem das Stammvermögen verbraucht war, und wir haben wahrscheinlich die trübe Aussicht, an Kirchensteuer demnächst recht erheblich mehr bezahlen zu müssen, als jetzt. Deshalb möchte ich fragen, ob es unter diesen Umständen nicht besser wäre, den Bau des Pfarrhauses und des Konfirmandensaales so lange zurückzustellen, bis in der Kirchenkasse wieder einigermaßen stabile Verhältnisse entstanden sind. Der Bau läßt sich recht gut nachholen. Die Regierung beabsichtigt ja auch, einen Gesetzesentwurf einzubringen, wonach den Kirchenvorständen eine erweiterte Befugnis beigelegt werden soll. Warten wir ab, bis die Vorlage Gesetz geworden ist, dann kann sich der Kirchenvorstand zu St. Jakobi sein Pfarrhaus und seinen Konfirmandensaal bauen. Ich werde gegen die Vorlage stimmen.

Herr Frühlings: Was zunächst die Einwendungen des Herrn Probst betrifft, so hat der Herr Oberbürgermeister schon ausgeführt, daß sich diese Vorlage auf einen Beschluß der geehrten Versammlung stützt und wir daran nichts geändert haben. Wenn jetzt das Pfarrhaus und der Konfirmandensaal abgestrichen werden sollen, so muß ein neues Projekt gemacht werden, denn so kann man es nicht machen, daß man diese beiden Bauwerke einfach wegläßt und die Kirche allein stehen bleibt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß man bei einem so wertvollen Bau an beiden Enden einen Zipfel abhackt und das andere ausführt. Es wäre deshalb vorweg zu erwägen, ob die Herren den früheren Beschluß umstoßen und ein neues Projekt und Programm haben wollen. Es müßte allerdings wunderbar erscheinen, wenn Ihnen mit einem Male diese Erleuchtung käme, die Sie früher nicht gehabt haben.

Gegen den Putzbau herrschte früher ein großes Vorurteil, weil er noch sehr schlecht ausgeführt wurde; heute stehen wir aber auf einem anderen Standpunkte, und ein solcher Bau wird auch künstlerisch nicht mehr für so minderwertig gehalten, daß man ihn nicht zu derartigen Monumentalbauten verwenden könnte, zumal er auch in künstlerischer Beziehung wesentliche Vorteile bietet. Wir haben das städtische Museum und das Archiv in Putzbau aufgeführt, warum also nicht auch eine Kirche? Museum und Archiv sind auch Repräsentationsgebäude der Stadt, die Jahrhunderte überdauern sollen. Es ist deshalb nicht recht, auf der einen Seite den Putzbau zuzulassen und auf der

anderen nicht. Auch die Schulen bauen Sie in Putz. Ebenso hat sich der Putzbau auch außerhalb Braunschweigs in künstlerischer Beziehung jetzt sein Feld erobert und wird massenhaft angewendet. Ich möchte raten, auch hier nicht davon abzugehen, sondern die Vorlage zu genehmigen. Man kann darüber natürlich verschiedener Meinung sein, aber ich glaube, schon die Mehrkosten muß Sie abhalten, dem Antrage Meyerhoff zuzustimmen.

Wenn Herr Probst meint, der Anbau der beiden Konfirmandenäle sei nicht nötig, so behaupte ich, daß gerade für den kirchlichen Zusammenfluß der Gemeinde derartige eigene Räume durchaus nötig sind, wenn ein inneres kirchliches Leben in der Gemeinde gepflegt werden soll. Sämtliche kirchlichen Organe streben danach, solche Räume zu besitzen, um nicht auf die Wirtshäuser angewiesen zu sein. Daß ein solches kleines Annex schlecht aussehen soll — es war ein bedenklicher Ausdruck, den Herr Probst dafür gebrauchte — bezweifle ich, und es wäre auch verfehlt, anzunehmen, daß eine Sache immer schlecht aussehen muß, wenn sie an einer Stelle schlecht aussieht. Bei dem Anblick dieser Zeichnung wird wohl niemand die Empfindung haben, die Herr Probst bei den Konfirmandenälen an der Paulikirche gehabt hat, im Gegenteil, die beiden niedrigen Gebäude heben die Kirche in architektonischer Beziehung besonders hervor und sind ein absolutes Bedürfnis für die gute Erscheinung der Kirche.

Es ist mir sehr lieb, daß Herr Weichsel die Frage wegen der Lage der Kirche angechnitten hat, weil die Deputation, ganz wie er wünscht, aus den letzten Kirchenbauten tatsächlich eine Lehre gezogen hat. Gerade dieser Punkt, die Stellung der Kirche und der übrigen Gebäude auf dem Grundstücke, ist der eingehendsten Prüfung unterzogen worden. Es sind verschiedene Pläne gemacht worden, um die richtige Stellung für die Kirche herauszufinden, und erst nach einer überaus eingehenden Diskussion dieser Frage hat sich die Deputation für diese Lage der Gebäude entschieden. Der Unterschied gegenüber der Johannis-kirche besteht darin, daß diese direkt an der Straße liegt, hier aber die Straße eine ganz andere Lage zu der Kirche hat und von dem nächsten Gebädepunkte noch immer 1,70 m entfernt bleibt. Man hat deshalb davon abgesehen, das Gebäude noch weiter zurück zu rücken. Die Kirche wird ein Wahrzeichen für Braunschweig sein und bei der Auswahl ihres Platzes ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß eine architektonische Wirkung vorhanden ist. Dabei ist der Turm allein maßgebend. Der Turm soll ein point de vue für das Straßenbild werden, und die Wirkung würde ungemein verlieren, wenn die Kirche zurückgerückt werden sollte. Den Wünschen des Herrn Weichsel ist also im weitesten Maße Rechnung getragen. Ich kann Ihnen hiernach nur empfehlen, es bei der Vorlage zu lassen.

Herr Sander: Ich kann die Bedenken der Herren Probst und Mecherhoff nicht teilen. Ein Bau von Haussteinen möchte wohl besser sein, aber die Kosten würden dadurch so hoch werden, daß wir das Projekt außerordentlich vereinfachen müßten, um mit der ausgesetzten Bausumme auszukommen. Ich freue mich, daß wir jetzt in der Gegend ein würdiges Gotteshaus bekommen; die ersten Verhandlungen darüber waren wirklich derart, daß man dem Projekte mit Bangen entgegensehen mußte, zumal man meinte, ohne Turm auskommen zu können. Von den ganzen 140 Projekten ist aber keins ohne Turm gekommen, woraus schon hervorgeht, daß eine Kirche ohne Turm nicht möglich ist. Das Putzbauprojekt ist immer noch besser, als ein Kirchenbau mit roten Backsteinen, wie man ihn vielfach in den Städten sieht. Ein solcher Bau macht auf mich immer einen unangenehmen Eindruck. Ein Putzbau wirkt tatsächlich ganz anders. Wie der Herr Referent, der ein Fachmann besonders in Zementarbeiten ist, schon ausgeführt hat, brauchen wir nicht zu befürchten, daß der Bau nicht haltbar sein wird. Ich bitte um Genehmigung der Vorlage.

Herr Riecke: Wenn ich das Wort zu dieser Vorlage nehme, so geschieht es nicht, um Kritik daran zu üben. Sie wissen, wie ich mich in betreff der Kirchenbauten abfinde; ich hätte jedenfalls lieber gesehen, es wäre dafür etwas in bezug auf Volksbildung geschehen und z. B. der Bau einer Lesehalle beantragt worden. An dem Projekte kann meine Kritik ebenso wenig ändern, wie die der anderen Herren. Was ich dazu sagen möchte, ist folgendes: Wohl noch nie ist ein Entwurf in so kurzer Zeit in die Erscheinung getreten, wie dieser. Die städtische Bauverwaltung kann sich daran ein gutes Beispiel nehmen. Außerdem läßt sich gegen die ganze Ausführung, so viel ich davon verstehe, nichts sagen, sonst stände ich auf dem Standpunkte, den Bau lieber von Haussteinen auszuführen, als von Putz. Am Rathause können wir es sehen, daß der Putz, da wo die Haussteine gespart sind, schon abblättert. Wenn auch ein Kirchenbau nicht nach meinem Geschmacke ist, so habe ich doch ein Interesse daran, weil es ein städtisches Gebäude ist, dessen Haltbarkeit mir auch am Herzen liegt. Ich tröste mich damit, daß früher der schlechte Putz vielleicht 12 bis 15 Jahre dauerte, während heute unter 30 Jahren keine Reparatur daran vorkommen wird. Die Häuser an der Kaiser-Wilhelmstraße, die 20 bis 25 Jahre stehen und aus gestampftem Beton hergestellt sind, haben selbst da, wo sie dem Druck besonders ausgesetzt sind, noch keinen Schaden erlitten. Daraus folgere ich, daß auch der Putz an dem städtischen Museum sehr dauernd sein wird.

Die Vorlage wurde damit begründet, daß Arbeiten für diejenigen geschafft werden sollen, die ohne Lohn und Brot sind; ich möchte aber Gewißheit darüber haben und den Magistrat um die Erklärung bitten, daß mit den Erdarbeiten sofort angefangen werden soll, und das nicht etwa noch bis zum Sommer dauert.



Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich kann natürlich eine bindende Erklärung darüber nicht abgeben. Sie wissen selbst, was noch zu geschehen hat. Die letzten Änderungen am Projekte haben der Deputation noch nicht vorgelegt werden können, sie wird sich also zunächst damit zu befassen haben. Diese Änderungen sind nicht so wesentlich, daß dadurch die Erdarbeiten beeinträchtigt würden, weshalb es zweckmäßig ist, schon heute das Geld für den Bau flüssig zu machen. Die Arbeiten können allerdings nicht eher angefangen werden, bis Herr Kraaz, der an Scharlach schwer erkrankt war, aber jetzt auf der Besserung ist, hierher kommt und die Arbeiten im Einvernehmen mit der Deputation vergibt.

Die Magistratsvorlage in ihrem ersten Teile wird darauf, nach Ablehnung der Anträge M e y e r h o f f und P r o b s t, nach dem Vorschlage der Baukommission angenommen.

Herr F r ü h l i n g: Herr Sander ist nochmals darauf zurückgekommen, daß die Kirche zuerst hätte ohne Turm ausgeführt werden sollen. Ich möchte dazu bemerken, daß das niemals in den Vorbedingungen gestanden hat und auch nicht von der Deputation beabsichtigt war. Es war nur davon die Rede, daß unter allen Umständen mit einer Bausumme von 350 000 Mark ausgekommen werden sollte, und wenn es nicht anders möglich wäre, sollte auf den Turm verzichtet werden. Im übrigen haben wir gemeint, der Turm werde sich für den Preis mit herstellen lassen, wie es denn auch der Fall gewesen ist.

Im übrigen empfehle ich Ihnen, auch den zweiten Teil der Magistratsvorlage, also die Beschaffung der Geldmittel gutzubeißen.

Herr W e i c h j e l: Kann nicht einmal ein Etat der Gemeinde Kirchenkasse vorgelegt werden? Wir sind gezwungen, ins Blaue hinein zu bewilligen, ohne zu wissen, wie die Gemeinde Kirchenkasse weiter zu wirtschaften beabsichtigt und ob sich nicht hier und da etwas ersparen läßt.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Eine solche Uebersicht bekommen Sie alle Jahr. Es ist allerdings nicht so eingehend darüber referiert worden, aber die Mitteilungen sind Ihnen nicht vorenthalten. In dem Etat ist auch angedeutet, welche Schulden die Stadt für die Gemeinde Kirchenkasse aufgenommen hat. Wenn auch die Schuldenlast der Gemeinde Kirchenkasse schon groß genug ist — es sind bereits über zwei Millionen Mark — so werden Sie der Verwilligung der Kosten für die Instandsetzung des Andreasturmes nicht entgegen sein, denn dieses alte Wahrzeichen der Stadt einfallen zu lassen, wäre eine zu harte Zumutung für einen Braunschweiger. Auch die Bausumme für die Jakobikirche läßt sich nicht anders, als durch eine Anleihe beschaffen, und der Umbau des Magni-Pfarrhauses war auch durchaus nötig. Ich fürchte allerdings auch, daß wir für nächstes Jahr die Gemeinde-Kirchensteuer, die jetzt

7 Prozent beträgt, um  $\frac{1}{2}$  Prozent erhöhen müssen. Weitere Aufklärungen kann ich nicht geben. Wenn Herr Weichsel die finanzielle Uebersicht über die Gemeinde Kirchenkasse haben will, so steht sie ihm zur Verfügung.

Der finanzielle Teil der Magistratsvorlage wird darauf ebenfalls genehmigt.

## II. Antrag Jasper: Ablehnung der beabsichtigten Licht-, Tabak- und Biersteuer.

Der in der Sitzung vom 1. Oktober 1908 — Seite 257 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle

1. die von seiten der Reichsregierung geplante Einführung einer Licht-, Tabak- und Biersteuer als eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung unserer Stadt erklären,
2. dementsprechend den Herrn Vorsitzenden der Versammlung beauftragen, diesen Standpunkt der Reichsregierung mitzuteilen und sie zu ersuchen, von der Einführung derartiger Steuern abzugehen.“

Namens der Statutenkommission berichtet über den Antrag Herr Sander: Die Statutenkommission kann sich, was den ersten Teil des Antrages betrifft, den Ausführungen des Herrn Antragstellers nicht anschließen. In erster Linie kann sie in einer Tabak- und Biersteuer keine Gefahr für die Entwicklung unserer Stadt erblicken. Anders ist es mit der geplanten Steuer auf Elektrizität und Gas, und es war die Mehrzahl der Kommission der Meinung, daß hier wohl die Stadtgemeinde als solche getroffen und unter Umständen finanziell erheblich belastet würde. Diese Belastung ist aber immer noch derart, daß die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung der Stadt darin nicht erblicken konnte. Es ist richtig, daß die Steuer auf Kraft und Gas eine sehr unpopuläre Steuer werden und von allen Seiten Bekämpfung erfahren wird, und es kann nicht für richtig gehalten werden, eine derartige Steuer auf Kraft zu legen, womit produziert werden soll. Andererseits wurde aber hervorgehoben, daß die Steuer sowieso keine Aussicht auf Annahme besitze, weil sich, soweit bekannt, schon sämtliche Parteien dagegen ausgesprochen hätten, und dadurch die Gefahr hinfällig würde.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so sind wir uns alle im ganzen Deutschen Reiche wohl einig darüber, daß die heillose Finanzwirtschaft, wie sie in den letzten Jahren vom Reiche getrieben worden ist, unmöglich so weitergehen kann, auch die Anleihenwirtschaft nicht. Hierdurch wird die Reichsregierung aber in die Zwangslage verjett, zur Erfüllung der immerwährend steigenden

Bedürfnisse des Reiches, bei größter Sparjamkeit, neue Steuerquellen zu erschließen. Jede Steuer, mit der die Regierung kommen wird, mag es sich um eine direkte oder indirekte Steuer handeln, wird aber die Opposition derjenigen Kreise herausfordern, die von dieser Steuer betroffen werden, indem sie sagen, wir werden von dieser Steuer ruiniert. Alle diese Kreise werden in Petitionen und sonstigen Eingaben an die Reichsregierung und den Reichstag gehen und um Nichteingführung der betreffenden Steuer bitten. Was soll aber die Regierung dabei tun? Wenn sie allen den Petitionen Rechnung tragen will, so ist sie nicht in der Lage, uns neue Steuern zu bringen. Und was soll der arme Reichstag tun? Er müßte, wenn er den Petitionen folgen wollte, sämtliche Steuern ablehnen, und das wäre doch sehr bedenklich, denn es würde dann ein Zustand eintreten, der wohl nur einer Partei angenehm sein würde. Diese Partei würde aber sofort bei der Hand sein und sagen, jetzt habt Ihr, was wir Euch seit Jahren prophezeit haben, die Regierung hat abgewirtschaftet und muß durch eine andere ersetzt werden. Dahin kommt es aber doch hoffentlich noch lange nicht. Ich bin überzeugt, daß alle national gesinnten Deutschen kräftig mitarbeiten wollen, um dem Reiche diejenigen Mittel zu verschaffen, die es unbedingt nötig hat, vorausgesetzt, daß die größte Sparjamkeit obwaltet. Jede Partei muß opferwillig und freudig Zugeständnisse machen, damit die Reichsfinanzreform wenigstens in annähernder Weise so wie sie geplant ist, zur Ausführung kommt.

In der Statutenkommission wurde weiter ausgeführt, daß es nicht richtig sei, wenn sich eine städtische Behörde in die politischen Geschäfte des Reichstages einmische. Von der Minorität wurde indessen die Einrede gemacht, daß diese Steuervorlage durchaus keine politische, sondern eine wirtschaftliche Sache wäre. Es läßt sich aber darüber streiten, wo das Politische aufhört und das Wirtschaftliche anfängt. Nach meiner Meinung wird jede Frage, sei sie auch noch so sehr rein wirtschaftlicher Natur, sobald eine politische Partei dafür oder dagegen kämpft, zu einer politischen gestempelt. Es war auch die Meinung vorherrschend, daß eine Stadtverwaltung bei derartigen Einmischungen in die Geschäfte des Reichstages sich durchaus keine Lorbeeren erwerben könne, und es wurde weiter ausgeführt, daß es nicht angängig sei, einzelne Teile aus einer so großen Vorlage wie die Reichsfinanzreform herauszunehmen und sie zu zerpfücken, weil dadurch das ganze Bild verzerrt und die Finanzvorlage auf eine schiefe Ebene gebracht würde.

Es wurde weiter ausgeführt, daß der zweite Teil des Antrages auch formell nicht zulässig sei, indem die Stadtverordnetenversammlung nicht unter Ausschaltung des Magistrates an die Reichsregierung, was in diesem Falle wohl der Kaiser sei, eine Eingabe richten dürfe. Die §§ 51 und 53 der Städte-

ordnung schließen das aus, und es müßte, falls die Versammlung entgegen dem Antrage der Statutenkommission, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, dieser noch dahin geändert werden, daß die Eingabe dem Magistrate zur Weitergabe an die Reichsregierung oder den Reichstag übermittelt würde.

Die Statutenkommission schlägt Ihnen hiernach vor, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr J a s p e r: Sie können mir nicht verdenken, daß ich dieser Befürwortung der Kommissionsmehrheit gegenüber nicht schweige, sondern Sie bitte, in anderer Weise auf meinen Antrag einzugehen und zwar ihm zuzustimmen und die formellen Bedenken des Herrn Referenten zurückzustellen und sachlich zu prüfen, ob unser Gemeinwesen nicht tatsächlich von den neuen Steuern in schädlicher Weise betroffen wird, und ob es nicht gerechtfertigt ist, auch unsererseits dagegen vorzugehen. Der Herr Referent muß selber zugeben, daß es Sache der Interessenten ist, sich dagegen zu rühren, er will nur nicht im vollen Umfange ein Interesse der Stadt gelten lassen. In einer gewissen Weise erkennt die Mehrheit der Kommission allerdings ein Interesse ausdrücklich an, und es befremdet mich, daß sie trotz des Unkenntnisses der schädlichen Wirkung der Steuer auf unser Gemeinwesen zu einem ablehnenden Beschlusse gekommen ist.

Soweit die Gas- und Elektrizitätssteuer in Betracht käme, meint die Kommission, wäre es unverkennbar, daß unsere Stadt unmittelbar davon betroffen würde und zwar in einer Weise, die uns sehr wenig angenehm berühren kann. Es bedarf keiner weiteren Ausführung darüber: wir haben ein städtisches Gaswerk und sind an dem, leider in Privathänden befindlichen elektrischen Licht- und Kraftwerke in einer sehr erheblichen finanziellen Weise beteiligt. Wir haben uns gefreut, daß die Anschlüsse an dieses Werk in erheblichem Maße zugenommen haben, denn wir sehen darin einen Fortschritt in Handel und Gewerbe und der sonstigen Kultur, und nun droht plötzlich vom Reiche aus, daß das, was durch jahrelange Mühe zu schaffen versucht ist, nicht ohne Erfolg verhindert wird und daß uns die Mittel, die uns aus diesen beiden Quellen in nicht unerheblicher Weise zufließen, genommen werden sollen. Herr Sander und die Kommissionsmehrheit wissen genau, wie nur durch die Ueberschüsse des Gaswerkes es möglich gewesen ist, die verschiedenen Schulen und die anderen Sachen zu erbauen. Die Stadt würde sich in einer ganz anderen finanziellen Lage befinden, wenn das Gaswerk nicht solche Ueberschüsse herbeigeführt hätte; ich sehe deshalb in der geplanten Lichtsteuer eine unmittelbare Gefahr für unsere städtischen Finanzen. Es kommt weiter hinzu, daß nicht nur die Stadt als Gemeinwesen, sondern auch die Bürger, besonders der Mittelstand, den ja Herr Sander sonst immer zu vertreten vorgibt, sehr erheblich von einer derartigen Steuer betroffen würden. Alle die kleinen Handwerker, die nur vor-

übergehend einmal einen kleinen Gasmotor anstellen und denen wir sonst alle möglichen Erleichterungen bei ihrer Gaseinrichtung zu schaffen bemüht waren, würden durch die Steuer so betroffen werden, daß sie diese Kulturrerrungen=schaft nicht mehr in ihrem Betriebe verwenden könnten. Von den Gastwirten will ich ganz schweigen, die werden sich schon selbst darüber äußern, welche Nachteile sie haben würden. Auch für diese nicht geringfügige Klasse von Mitbürgern müssen wir als Stadtverordnete eintreten und deren Interessen wahren, und wir dürfen uns nicht dabei begnügen, mit Herrn Sander einfach zu sagen, daß für die Steuer doch keine Mehrheit im Reichstage zu finden sei. Als ich seinerzeit meinen Antrag einbrachte, wußte man übrigens noch gar nicht, wie sich die einzelnen Parteien zu der Steuervorlage stellen würden; ich möchte aber auch nicht mit Herrn Sander die Bürgschaft dafür übernehmen, daß nicht trotzdem in den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit für die Steuer zu haben wäre. Gerade von dem Gesichtspunkte aus, der auch hier hervorgehoben ist, daß man eine solche Vorlage nicht zerpflücken dürfe und entweder alles ablehnen oder alles annehmen müsse, daß es gelte, das Nationale zu betonen — Redewendungen, wie sie mir auch aus den Vorverhandlungen des Reichstages bekannt geworden sind — darf man nicht unachtsam sein und mit Herrn Sander meinen, daß dafür keine Mehrheit im Reichstage vorhanden sei. Herr Sander ist zu optimistisch, und seine eigenen Parteifreunde überschätzen ihr Liebeswerben gegenüber der Regierung, um den Block aufrecht zu erhalten und regierungsfreundlich zu bleiben. Solche Sachen sind schon öfter vorgekommen.

Aus dieser Erwägung heraus haben die beiden von mir erwähnten Steuervorlagen die verschiedensten städtischen Gemeinwesen veranlaßt, ganz energisch Stellung dazu zu nehmen, und es sind aus dem Deutschen Reiche derartige Eingaben an den Reichstag gelangt, auch hat sich der Städtetag in seiner Allgemeinheit gegen diese Besteuerung ausgesprochen. Damit dürfte aber nachgewiesen sein, daß mein Standpunkt kein einseitiger ist, sondern die städtischen Interessen sehr wohl wahrnimmt, und es gerechtfertigt ist, daß die Stadt Braunschweig in diesem Konzert der Städte nicht ausfallen, sondern ihre Stimme als Interessentin mit in die Wagchale werfen möge, um diese Gefahr für unsere städtische Entwicklung möglichst fernzuhalten.

Herr Sander hat zum guten Teile selbst zugegeben, daß die Kommissionsmehrheit sich auf den Antrag nur nicht einlassen wolle, weil er von unserer Seite komme. In solchem Falle sucht man alles mögliche heraus, um wenigstens formell einen Haken zu finden und ihn ablehnen zu können. Ich bitte aber, die formellen Bedenken des Herrn Sander nicht durchschlagen zu lassen. Gewiß ist es nicht gerade sehr angenehm, Angelegenheiten, die in anderen Körperschaften erledigt werden, hier zur Erörterung zu ziehen; es ist auch nicht meine Absicht,

das hier unnötigerweise zu tun, aber in einem Falle, wo wir so schwer betroffen werden, müssen wir uns schlechterdings wehren. Bei früheren Gelegenheiten hat sich auch die Mehrheit der Versammlung, den Herrn Berichterstatter eingeschlossen, in gleichem Sinne ausgesprochen. Als die Fleischsteuerung kam, haben wir z. B. einhellig den Beschluß gefaßt, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten, die Grenzperre möglichst bald aufzuheben. Was für Erfahrungen haben wir aber damit gemacht? Der Magistrat hatte damals unsern Beschlüsse in anerkennenswerter Weise zugestimmt und in dessen Sinne an die Landesregierung geschrieben, worauf er aber die Antwort erhielt, daß sich letztere nicht bewogen gefunden habe, die Sache weiter zu geben. Der Brief, den wir also durch unsern Beschluß aufsetzten und absandten, gehört zu denen, die ihn nicht erreichten. Wir wollten ihn dem Reichstage zur Kenntnis bringen, er ging aber unterwegs verloren und kam nicht an seine Adresse. Um den Umweg zu vermeiden und den Gefahren zu entgehen, möchte ich Sie bitten, auch die formellen Bedenken zurückzustellen und den Beschluß zu fassen, uns unmittelbar mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen. Ueber die formellen Bedenken der Städteordnung könnten wir wohl sehr leicht wegkommen. Sie beschließen per majora manches, was mit dem Buchstaben der einzelnen Vorschriften nicht so ganz im Einklange steht. Die anderen Gemeinwesen sind einzeln oder in Verbindung mit anderen denselben Weg gegangen, und ich sehe nicht ein, weshalb wir zurückstehen sollen, wenn wir tatsächlich in diesen Steuern eine Gefahr für unsere Stadt sehen.

Ueber die Tabak- und Biersteuer will ich mich nicht weiter verbreiten, das wird von anderer Seite geschehen, da ich meine Freunde entsprechend verständigt habe. Ich kann nicht anerkennen, daß nicht eine großer Interessentenkreis in unserer Bürgerschaft vorhanden ist, der durch die Steuer sehr nachtheilig berührt würde, was wiederum auf die städtischen Finanzen und die gedeihliche Entwicklung von Handel und Gewerbe ungünstig einwirken würde, denn wenn in einer Industrie von nicht unerheblicher Bedeutung die Arbeitsgelegenheit ausbleibt und der Verdienst stockt, so werden die anderen Industrien, die damit zu tun haben, darunter leiden müssen, und wir haben allen Grund, abzuwehren, was uns schädlich sein kann. Wenn Herr Sander damit operiert, daß er sagt, einige Leute würden sich gegen neue Steuern immer wehren, und wenn man darauf hörte, dann könnte man überhaupt keine Steuervorlagen machen, bei der heillosen Finanzwirtschaft des Reiches müsse aber etwas geschehen, so verstehe ich Herrn Sander nicht ganz. Ich akzeptiere dankbarst, daß auch nach Herrn Sander eine heillose Finanzwirtschaft im Reiche getrieben ist, aber er besitzt einen Köhlerglauben, wenn er annimmt, daß durch die Bewilligung immer neuer Mittel an diese Regierung die heillose Finanzwirtschaft auf-

hören würde. Die Anzeichen sind dafür wenigstens nicht vorhanden. Ich wunderte mich nur, wie kraus in Herrn Sanders Kopfe das durcheinander gemengt zu sein scheint, indem er auf der einen Seite die schlechte Finanzwirtschaft anerkennt und auf der anderen Seite der Regierung neue Mittel anvertrauen will.

Herr W e s e m e i e r : Die von Herrn Sander erwähnte heillose Finanzwirtschaft des Reiches ist anzuerkennen und datiert aus den letzten 20 Jahren. Wenn man uns erzählen will, daß mit den geforderten 500 Millionen die heillose Finanzwirtschaft gehoben wird, so glaubt kein vernünftiger Mensch daran . . . . .

V o r s i t z e n d e r (unterbrechend): Wir können uns hier nicht über die Reichsfinanzwirtschaft unterhalten.

Herr W e s e m e i e r (fortfahrend): Ich kam darauf durch den Ausspruch des Herrn Sander von der heillosen Finanzwirtschaft des Reiches. Das Bier soll 100 Millionen und der Tabak 77 Millionen aufbringen. Wenige Tage vor den letzten Reichstagswahlen schrieb das offiziöse Blatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, es denke kein Mensch an neue Steuern, und kaum ein Jahr später sehen wir die große Steuervorlage. Nun sagt die Statutenkommission, die Stadt wäre nicht interessiert an der Bier- und Tabaksteuer. Mein Freund Gasper hat schon ausgeführt, daß das in erheblichem Maße der Fall ist und zwar genau so wie damals bei der Fleischsteuer. Heute ist das Interesse sogar noch ein größeres, denn die Staffelsätze, welche heute für die Brausteuer bestehen, sollen um 10 Mark pro Doppelzentner erhöht werden und das Bier soll nach der Annahme der Reichsregierung um 2 Mark bis 2,50 Mark pro Hektoliter verteuert werden. Daran ist nicht zu zweifeln. Aus den Erfahrungen von den früheren Erhöhungen der Biersteuer geht hervor, daß die Besteuerung von 1902 und 1905/06 eine ganz gewaltige Einwirkung auf die Brauindustrie, sowie das Gastwirtsgewerbe und die darin beschäftigten Arbeiter ausgeübt hat. Im Jahre 1902 betrug die Mehrbelastung 33 Millionen und im Jahre 1905/06 wurde die Staffelnung eingeführt, angeblich um die kleinen Brauereien zu schützen, und was war das Ergebnis? Die neuen wesentlich höheren Steuern riefen eine bedeutende Verschärfung innerhalb des wirtschaftlichen Lebens hervor. Im Jahre 1902 wurde trotzdem während der guten Geschäftskonjunktur die Bierproduktion um 2 Millionen Hektoliter gehoben, die Zahl der Arbeiter aber um über 1000 Personen vermindert. Das war also der leidende Teil, und diese Arbeiter drückten auf den übrigen Arbeitsmarkt, und es war selbstverständlich, daß die Reservearmee der Arbeitslosen dadurch vermehrt wurde. Im Jahre 1905/06 war eine Brausteuererhöhung um 60 Millionen Mark geplant. Schon damals wurde die Ansicht

allgemein vertreten, daß die Arbeiterklasse unter der Steuer erheblich leiden würde, trotzdem erzählte man eigentümlicherweise das Märchen, das Ausland würde die Steuererhöhung tragen. Es weiß jetzt jedes Kind, daß das ein Märchen gewesen ist. Als im Jahre 1906 die Produktion des Bieres durch die höhere Besteuerung um 2 Millionen Hektoliter zurückging, verminderte sich die Zahl der Arbeiter wieder um 2169, und im Jahre 1908 wird zweifellos die Nachwirkung von dieser Mehrbelastung des Bieres sich noch stärker äußern, weil das wirtschaftlich schlechte Jahr dazu gekommen ist. Man sagte damals, man wollte die kleinen Brauereien stützen; es sind seitdem aber 210 Brauereien eingegangen und zwar keine großen. Die hiesige Bevölkerung hat ein bedeutendes Interesse daran, ob es mit dieser niedergehenden Entwicklung der Brauereiindustrie so weiter gehen soll, oder ob die Industrie, die Konsumenten und die Zwischenverkäufer geschädigt werden sollen. Ich brauche nur an die Jahresberichte der hiesigen Brauereien zu erinnern, soweit sie Aktiengesellschaften sind, in denen über die letzten Zollbelastungen geklagt wird. Auch Ihnen wird ein Schreiben des Verbandes der hiesigen Brauereien und der Gastwirte zugegangen sein, dessen Inhalt ohne weiteres zuzustimmen sein wird. Es kommt weiter hinzu, daß in den Brauereien hier allein 600 Arbeiter beschäftigt sind, die zweifellos darunter zu leiden haben werden, und daß es hier etwa 200 Restaureure gibt, ohne die große Zahl der Flaschenbierhändler, die sämtlich geschädigt werden. Es kann uns auch nicht gleichgültig sein, ob der großen Zahl von Konsumenten das Bier verteuert werden soll, und ob es den Wirten möglich sein wird, die Gemäße nochmals kleiner zu machen, erscheint mir auch fraglich zu sein.

Aus alledem ergibt sich, daß die Biersteuer ganz eminent in das Leben der Braunschweiger Bevölkerung eingreift.

Ähnlich ist es mit der Tabaksteuer. Es sollen 77 Millionen Mark aus dem Tabak gezogen werden. Als im Jahre 1906 die Steuer von 85 auf 125 Mark für den Doppelzentner Rohtabak hinaufgesetzt werden sollte, erklärten sich im Reichstage fast alle bürgerlichen Parteien dagegen, weil man befürchtete, daß eine große Zahl von Arbeitern existenzlos werden würde. Damals waren die Konservativen, die nationalliberalen und die freisinnigen Redner der Meinung, daß man der Mehrbelastung nicht zustimmen dürfe. Es ist auch zweifellos und wird selbst von der Regierung in der Vorlage zugestanden, daß die 4 und die 5 Pf.-Zigarre allein 66 Prozent des gesamten Zigarrenkonsums ausmachen . . . . .

Vor s i e n d e r (unterbrechend): Herr Wejemeier, Sie sprechen jetzt 10 Minuten; es ist ein Antrag eingegangen, Ihnen das Wort zu entziehen. Wollen Sie sich daher kurz fassen.



Herr Weichsel: Ich würde, wenn Herr Wesemeier nicht aufhört zu sprechen, bitten, über den Antrag sofort abzustimmen.

Vorsitzender: Wenn Herr Wesemeier rasch zum Schluß kommt, können wir ihn wohl noch hören.

Herr Wesemeier: Gerade die Steuererhöhung auf Tabak wirkt außerordentlich einschneidend auf das Erwerbsleben der hiesigen Geschäftswelt. Daß die hiesigen Geschäftsleute, insbesondere die Materialwarenhändler, die Tabak- und Zigarrenhändler durch den entstehenden Ausfall einen erheblichen Schaden haben werden, ist doch selbstverständlich, zumal nach den Erfahrungen bei den früheren Steuern. Man scheut sich von jener Seite anscheinend, das anzuhören, ja man hat es auch schon als lächerlich bezeichnet, daß überhaupt solche Anträge gestellt werden. — Die Monatschrift für Handel- und Gewerbe . . . .

Vorsitzender (unterbrechend): Ich wiederhole, es ist ein Antrag gestellt worden, Ihnen das Wort zu entziehen, wenn Sie nicht freiwillig schließen wollen.

Herr Wesemeier: Ich schließe meine Ausführungen, melde mich aber gleich wieder zum Wort.

Herr Ribbentrop: Ich habe folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob dem Herzoglichen Staatsministerium nicht eine Eingabe dahin zu unterbreiten sei, Herzogliches Staatsministerium wolle sich gegen die Einführung des Gas- und Elektrizitätsgesetzes, so wie es vorliegt, aussprechen.“

Es wäre bedauerlich, wenn wir uns in der Versammlung nicht zu diesem Schritte entschließen wollten. Ob der Magistrat hinterher dem Antrage nachgibt oder nicht, lassen wir dahingestellt sein, jedenfalls ist die Angelegenheit von einschneidender und weitgehender Bedeutung, nicht nur für die Stadt, sondern auch für die gesamte Bürgerschaft. Für das Gaswerk allein würden die Steuern 60 000 bis 70 000 Mark jährlich betragen, die entweder von der Stadt getragen, oder auf die Gasabnehmer abgewälzt werden müssen. Es ist auch schon gestreift worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine derartige Eingabe der Reichsregierung zu unterbreiten. Dazu möchte ich ausführen, daß es sehr bedauerlich sein würde, wenn das Gesetz zur Ausführung käme, weil sich dann das Reich in sehr erheblicher Weise auch in die Selbstverwaltung der Städte einmischen und der Stadt Einnahmen entziehen würde, auf die sie angewiesen ist. Für die Einwohnerschaft selbst hat das Gesetz ebenfalls eine ganz hervorragende Bedeutung, besonders für den kleinen Handwerker, aber auch für den größeren, der mit Elektrizität arbeitet. Er steht im Kampfe

uns Dasein und muß seine Arbeitskraft so billig schaffen, wie er kann. Diese Gelegenheit hat ihm die Elektrizität geboten und sie hat sich auch schon in ganz erheblichem Umfange hier auf diesem Gebiete eingebürgert.

Für das Gaswerk werden die Ausgaben noch viel erheblicher werden, denn Sie würden allein für die Straßenlaternen und die verwendeten Glühstrümpfe 28 000 Mark zu zahlen haben, während die Bürgerschaft für die von ihr benutzten Gasstrümpfe 36 000 bis 37 000 Mark mehr aufwenden müßte und dazu an Gassteuer noch ein erhebliches Quantum. Ich sehe nicht ein, wo das Gesetz so energisch in die Interessen der Stadt einschneidet, daß wir uns nicht zu einer Bitte an den Magistrat aufraffen sollen.

Vorsitzender: Es handelt sich hier um einen selbständigen Antrag, der noch zu begründen wäre.

Herr Wesemeier: Ich muß konstatieren, daß von jener Seite aus bei dieser Gelegenheit, wo es sich um die vitalsten Interessen eines großen Teiles der hiesigen Bevölkerung handelt, die Redefreiheit eingeschränkt ist . . . . .

Vorsitzender (unterbrechend): Die Redefreiheit habe ich hochzuhalten und ist auch nicht eingeschränkt worden. Nach § 15 unseres Statuts soll jedes Mitglied der Versammlung die Dauer seiner Rede auf zehn Minuten beschränken, widrigenfalls der Vorsitzende oder jedes andere Mitglied der Versammlung einen Beschluß der Versammlung ohne weitere Besprechung herbeiführen kann, ob dem Redner das Wort zu entziehen ist. Wohin so lange Reden führen können, haben wir voriges Mal gesehen: wir wurden damals durch die lange Begründung Ihrer beiden Anträge beschlußunfähig.

Herr Wesemeier: Ich weiß genau, was das Statut vorschreibt, es handelte sich nur um einen Sprachfehler, weswegen mich der Herr Vorsitzende nicht zu unterbrechen brauchte . . . .

Vorsitzender: Ich unterbreche Sie, wenn es mir nötig erscheint und nicht Ihnen.

Herr Wesemeier: Das können Sie auch tun. Der Mittelstand wird durch die Steuer ganz bedeutend betroffen. Daß das der Fall ist und die Fabrikanten sich in arger Sorge befinden, können Sie schon daraus entnehmen, daß der Vertrauensmann der Tabakfabrikanten von Braunschweig und Umgegend im Julihefte der Monatschrift der hiesigen Handelskammer auf die Bedrückung des Tabaks durch Steuern eingeht und dabei zu dem Resultate kommt, daß die ganze Industrie sich in außerordentlich großer Sorge befinde und in ihren Dispositionen für die nächste Zeit ungemein beeinflusst werde. Wenn man aber auf die kleinen Händler und die kleinen Gewerbetreibenden hier so wenig Rücksicht nehmen will, so sollte man aus eigenem

Interesse wenigstens seinen Klassengenossen mehr Rücksicht entgegenbringen, nämlich den Fabrikanten und den großen Männern aus der Finanz.

Wie die Tabaksteuer auf die Arbeiterschaft der Industrie einwirken wird, hat Dr. Julius Liesner in Berlin, der mit aller Energie für die Bänderolsteuer eingetreten ist, ausgerechnet und gefunden, daß 30 000 Heimarbeiter ihre Arbeit aufgeben und zu anderer Arbeit übergehen müssen. Das wird auch in Braunschweig einwirken. Wenn man bedenkt, daß unter diesen Arbeitern ein großer Prozentsatz Krüppel sind, die andere Arbeit nicht mehr verrichten können, so sollte man sich doch mit dieser Frage eingehender beschäftigen. Die Gewerbezahlung hat ergeben, daß bei der letzten großen Erhöhung der Tabaksteuer im Jahre 1879 = 13 737 Tabakarbeiter aus ihrer Beschäftigung getrieben sind, die Folgen solcher Steuer werden wir in unserem Stadtfädel schon zu spüren bekommen. Der Konsum wird zurückgehen: die 4-Pfg.- und 5-Pfg.-Zigarre wird teurer oder schlechter, man wird also den Konsum einschränken müssen. Die ganze Zollbelastung hat uns auch die Gehaltserhöhungen gebracht und eine weitere Folge davon wird sein, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten weiter erhöht werden müssen, während die Steuerleistung der Bürgererschaft vermindert wird und die Arbeiter aus der Industrie herausgedrängt werden. Ich bitte daher dringend, nicht dem Kommissionsantrage zu folgen, sondern unserem Antrage, Sie handeln dabei lediglich im Interesse des Mittelstandes, den zu vertreten Sie vorgeben. Hierbei können Sie beweisen, daß Sie so handeln, wie Sie vorgeben.

Herr Weichsel: Herr Wesemeier hat lange geredet, aber neues nicht vorgebracht. Das, was er uns hier erzählt hat, konnten wir schon vor einem Vierteljahre in den Zeitungen finden. (Herr Wesemeier: Als es noch gar nicht bekannt war!) Trotzdem glaube ich, daß die Annahme des Antrages ausgeschlossen ist. Die Stadt als solche ist überhaupt nur Interessentin an der Elektrizitäts- und Gassteuer, während die Bier- und Tabaksteuer die Einwohner anderer Kommunen ebenso interessiert, wie uns. Aber auch bei der Elektrizitätssteuer ist es in anderen Städten im großen ganzen ebenso, wie bei uns, denn entweder sind die betreffenden Betriebe städtische Einrichtungen, oder die Städte sind dabei interessiert, wie wir. Wohin soll es führen, wenn bei einer solchen Finanzvorlage, die den Zweck hat, das Reich finanziell selbständig zu machen, einzelne Teile herausgerissen und schlecht gemacht werden? Das wäre das Beginnen eines törichten Mannes. Besser wäre es, wenn der Herr Vorredner andere Vorschläge machen wollte. Was soll es überhaupt für einen Zweck haben, hier derartige Erklärungen an die Reichsregierung zu erlassen? Wir erlangen dadurch nicht das geringste, sondern setzen uns dabei nur einer unliebsamen Kritik aus. Daß Herr Dr. Jasper den zweiten Teil seines An-

trages aufrecht erhält, wundert mich, da dieser Teil doch direkt gegen die Bestimmungen der Städteordnung spricht. Wir haben nur das Recht uns an den Magistrat zu wenden, nicht aber direkt an die Reichsregierung, deshalb ist dieser Teil des Antrages überflüssig, und es wäre besser, wenn er fallen gelassen würde.

Herr Mann: Der Herr Referent hat erklärt, daß ein Antrag zu einem politischen würde, sobald eine politische Partei sich mit der Vertretung eines solchen Antrages beschäftigt, und wir wären gezwungen, den Antrag zurückzuweisen, weil die Stadtverordneten sich mit der Politik nicht zu befassen hätten. Das ist eine weitgehende Auslegung, zumal es sich bei diesen Anträgen nicht um Parteiinteressen, sondern um die Interessen der gesamten Bevölkerung handelt. Sie werden die andere Seite der Bevölkerung doch nicht verdächtigen wollen, daß sie sozialdemokratisch geworden wäre, nur weil sie gegen die neue Steuer auftritt? Solche Deduktionen, die hier gemacht werden, um Anträge zu bekämpfen, daß man nämlich einfach erklärt, es sei alles Politik, sobald eine Partei oder auch nur ein Politiker einen entsprechenden Antrag stellt, sind nicht aufrecht zu erhalten. Der Herr Referent hat gesagt, der § 52 der Städteordnung befaße sich mit dieser Sache, ich finde aber nur, daß § 51 dabei in Frage kommt, der besagt, daß die Stadtverordneten befugt sind, behufs Förderung der Wohlfahrt der Stadt und der Gemeindegemeinschaften insbesondere: um die Erwerbsquellen der Einwohner zu erweitern und ergiebiger zu machen, sowie um die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, Anträge zu stellen. Die Erwerbsquellen der Stadt werden aber tatsächlich durch solche Steuern verschlechtert, und deshalb müssen wir dazu Stellung nehmen, wenn wir die Interessen der Allgemeinheit im Auge haben wollen. Daß diese Ansicht allgemein auch in der Versammlung vertreten ist, glaube ich aus einer Äußerung des Herrn Referenten entnehmen zu sollen, indem er meinte, daß die Steuer nicht erwünscht wäre, sich aber als notwendig herausgestellt hätte. Er sagte weiter, alle nationalen Parteien hätten dafür zu sorgen, daß dem Reiche gegeben werde, was es zu seiner Erhaltung gebrauche. Daß diese Seite der Versammlung als solche hingestellt wird, die aus Sonderinteresse für die Ablehnung der Steuern sei, ist nicht richtig, denn es kommt uns nur darauf an, zu wissen, wie das Reich die Mittel verwenden will. Wenn man aber einen Teil der Bevölkerung mit den Steuern belasten will, so haben wir das lebhafteste Interesse daran, daß die Kommune die Reichsregierung daran erinnert, daß das unzumutbar ist. Herr Weichsel hat sodann gesagt, weshalb meine Freunde nicht mit positiven Vorschlägen kommen. Wenn das geschehen wäre, würden Sie aber mit mehr Recht sagen können, das gehört nicht hierher. Würden wir z. B. den Antrag stellen, die Erbschafts- oder Vermögenssteuer

einzuführen resp. zu erweitern, auch eine Reichseinkommensteuer für die Reichen einzuführen, so daß die erforderlichen 500 Millionen daraus gedeckt werden können, so zweifle ich nicht daran, daß hier gesagt würde, es wäre die richtige Politikmacherei. Deshalb soll man uns nicht auf solche Bahn führen. Man soll uns nicht sagen, wir trieben hier Politik, wenn wir nur diejenigen vor der Steuer schützen wollen, die schwerer davon betroffen würden. Es ist hier schon gesagt worden, Sie könnten hier einmal ein lebhaftes Interesse für den Mittelstand zeigen, ich empfehle Ihnen ebenfalls, es zu tun. Es wird uns wohl keine Partei den Vorwurf machen können, daß wir für die Allgemeinheit nicht ebenjogut eingetreten seien, wie jede andere Partei. Ich möchte dringend bitten, dem Antrage Jasper zuzustimmen, damit es nicht so aussieht, als ob wir kein Interesse an der Förderung der städtischen Angelegenheit hätten und als ob die Verwaltung der Stadt Braunschweig für die neuen Steuern, die eine Bedrückung der Stadt darstellen, eingenommen sei.

Herr Hejje: Veranlaßt durch die Ausführungen des Herrn Weichsel möchte ich noch folgendes zu der Sache sagen: Die Herren Sander und Weichsel haben betont, daß wir aus dem Steuerbouquet einzelne Sachen herausgerissen hätten, die wir hier herunterreißen wollten. Es sind aber Auslassungen aus hochkonservativen Kreisen bekannt geworden, die dasselbe tun, was wir hier getan haben, z. B. bezüglich der Erbschaftsteuer. Wenn nun speziell die Elektrizität und das Gas besonders besteuert werden sollen, so habe ich zu bemerken, daß in den von Herrn Ribbentrop angeführten Summen noch nicht die Besteuerung der Glühkörper einbegriffen ist, die eine erhebliche Belastung der Konsumenten bedeutet. Wenn ich für jeden einzelnen Glühstrumpf 10 Pfg. als Steuer mehr bezahlen soll, als jetzt, so kann sich jeder ausrechnen, was das bringt. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß andere Beleuchtungsmittel noch Verbesserungen erfahren, wodurch die Elektrizität und das Gas zur Hälfte des heutigen Gebrauchs ausgegaltet würden. In welche Lage würden wir aber dann mit unserm Gaswerke u. kommen?

Herr Meyerhoff: Dem ganzen Antrage Jasper kann ich nicht zustimmen. Tabak und Bier sind Genußmittel, in deren Genuß man sich beschränken kann, je nachdem man veranlagt ist. Was anderes ist es mit der Elektrizität und dem Gas. Licht und Kraft sind heute notwendig, und wenn die Herren drüben für den Mittelstand eintreten wollen, so erkenne ich das an, denn der würde am schwersten leiden, wenn er für Gas und Kraft noch eine besondere Steuer bezahlen müßte. Man könnte wohl sagen, ob nicht das elektrische Licht ein Luxus ist, der zu besteuern wäre. Das würde aber doch zu weit gegangen sein, obwohl die Leute sich recht gut mit Petroleum und Gas behelfen könnten. (Seiterkeit.) Das elektrische Licht als solches ist ein Luxus,

aber nicht die elektrische Kraft. Da man indessen beide in dem Antrage nicht auseinander gehalten hat, so möchte ich Herrn Dr. Jasper ersuchen, seinen Antrag in zwei Teile zu teilen. Der Antrag wird dann in seinem zweiten Teile, nämlich wegen der Besteuerung von Licht und Kraft wohl eine Mehrheit finden, nicht aber wollen wir in der Mehrheit für die Nichtbesteuerung von Bier und Tabak hier eine Lanze brechen, das haben wir nicht nötig.

Herr Sander: Ich möchte den Ausführungen der Herren Dr. Jasper und Wesemeier entgegentreten, die meinten, ich hätte erklärt, die Bier- und Tabaksteuer berührten uns nicht. Das ist nicht der Fall gewesen, sondern ich habe gesagt, sie berührten uns direkt nicht. Auf die persönlichen Anzapfungen des Herrn Dr. Jasper gehe ich nicht ein.

Herr Jasper: Es ist geschäftsordnungsmäßig zulässig, daß der Antragsteller vor Schluß der Debatte noch einmal gehört wird. Ich muß auf verschiedenes noch eingehen, selbst auf die Gefahr hin, den Unwillen des Herrn Weichsel zu erregen. Das ist nämlich der Standpunkt wegen der Erörterung derartiger Angelegenheiten im Stadtparlament. Mein Freund Ahmann hat schon darauf hingewiesen, daß diese Erörterung nach der Städteordnung durchaus zulässig ist, wie das bei der Fleischsteuerung auch geschehen ist. Wir haben hier auch lediglich zu solchen Steuervorlagen Stellung genommen, die für die Stadt und ihre Einwohner von besonderem Interesse sind.

Mit Rücksicht auf die Bedenken des Herrn Referenten bin ich bereit, meinen Antrag zu modifizieren und den Magistrat zu ersuchen, unserer Ansicht bei der Reichsregierung Ausdruck zu geben. Dabei möchte ich aber besonders bitten, nicht den Umweg über das Herzogliche Staatsministerium zu nehmen, denn das sehe ich in diesem Falle als die bei weitem größte Gefahr an. Auch der Anregung des Herrn Meyerhoff, die einzelnen Punkte des Antrages zu trennen, stehe ich persönlich nicht abgeneigt gegenüber, das würde aber nicht meine, sondern die Aufgabe derjenigen Herren sein, die meinem Antrage nur zu einem Teil zuzustimmen geneigt sind. Es würde also Sache des Herrn Meyerhoff sein, einen solchen Antrag, gegen den ich nichts einzuwenden habe, zu stellen. Damit würde auch erreicht werden, was Herr Ribbentrop angedeutet hat. Schließlich möchte ich noch bitten, namentlich abzustimmen.

Vorsitzender: Den Antrag Ribbentrop können wir hiermit nicht verquicken, der muß vielmehr als selbständiger behandelt werden.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich will beantragen, den Antrag Jasper zu teilen und zwar getrennt abzustimmen über die Steuer auf Bier und Tabak und auf Elektrizität und Gas.

Vorsitzender: Ich sehe nicht ein, wie man diesen Antrag auseinander schneiden kann.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Inhaltlich liegt die Sache so, daß Herr Jasper den weitergehenden Antrag stellte, nämlich gegen die Besteuerung von Bier, Tabak, Elektrizität und Gas einzutreten, während Herr Ribbentrop nur gegen Elektrizität und Gas aufgetreten ist. Es ist deshalb ganz gut möglich, daß zunächst über den entsprechend geänderten Antrag Jasper abgestimmt wird und, sollte er abgelehnt werden, über den beschränkten Antrag.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Formell steht der Antrag Ribbentrop nicht zur Erörterung, auch unterscheidet er sich dadurch von meinem Antrage, daß er es nur zur Erwägung des Magistrats stellen will. Es ist deshalb nicht notwendig, jetzt näher darauf einzugehen. Die Trennung meines Antrages, die dem Herrn Vorsitzenden unmöglich erscheint, ist von Herrn Meyerhoff so gedacht, daß einmal über die Tabak- und Biersteuer und dann über die Elektrizitäts- und Gassteuer abgestimmt wird, und darauf käme das Ersuchen an den Magistrat, bei der Reichsregierung die nötigen Schritte zu unternehmen.

Vorsitzender: Ich habe zurzeit nur mit dem Antrage Jasper zu tun, da mir ein anderer nicht vorliegt, ich kann also nur über den Antrag der Kommission und den des Herrn Jasper abstimmen lassen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich bitte mir einige Minuten Zeit zur Formulierung eines anderen Antrages zu lassen. (Geschieht.)

Vorsitzender: Der mir jetzt übergebene neuformulierte Antrag Jasper lautet:

„Die Versammlung wolle:

1. Die von seiten der Reichsregierung geplante Einführung einer Licht- und Kraftsteuer;
2. Die von seiten der Reichsregierung geplante Einführung einer Tabak- und Biersteuer

als eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung unserer Stadt erklären und dementsprechend den Magistrat ersuchen, diesen Standpunkt der Reichsregierung mitzuteilen und sie zu ersuchen, von der Einführung derartiger Steuern abzusehen.“

Hiernach wäre es allerdings möglich, über den Antrag in zwei Teilen abstimmen zu lassen, nachdem die Abstimmung über den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung erfolgt ist.

Herr Ribbentrop (zur Fragestellung): Ich möchte darauf hinweisen, daß es dem Magistrat unmöglich sein wird, unsere Landesregierung zu umgehen.

Vorsitzender: Das kann uns nicht interessieren, wir wenden uns an den Magistrat, was er damit machen will, muß ihm überlassen bleiben.

Herr Bues (zur Geschäftsordnung): Nachdem der Antrag Jasper ein ganz anderes Gesicht bekommen hat, kann der Antrag der Kommission nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Herr Bues irrt. Wir haben in der Kommission über beide Sachen abgestimmt und haben gesagt, falls die Versammlung anderer Meinung sein sollte, so möchte sie die zum Ausdruck bringen. Der Kommissionsantrag kann also aufrecht erhalten bleiben.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, Herrn Bues beipflichten zu müssen. Der Kommissionsantrag ist in bezug auf den zweiten Punkt erledigt und bezüglich dieses Punktes kann die Kommission nicht mehr Uebergang zur Tagesordnung befürworten. Es würde nur noch darauf ankommen, was weitergehend ist, und das kommt zuerst zur Abstimmung. Das dürfte aber mein Antrag sein.

Vorsitzender: Man kann so und so abstimmen. Ich halte den Kommissionsantrag für den weitestgehenden, so daß darüber zuerst abgestimmt werden muß.

Herr Sander (zur Geschäftsordnung): Ich muß Herrn Weichsel zustimmen, in der Kommission ist es so gehandhabt, wie er sagt. Es ist dort schon über jeden Punkt einzeln abgestimmt.

Vorsitzender: Ich werde über den Kommissionsantrag zuerst abstimmen lassen.

Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung sprechen sich für den Antrag der Kommission auf Ablehnung des gesamten Antrages Jasper aus die Herren: Frühling, Mohr, Probst, Ribbentrop, Sander und Weichsel.

Gegen den Antrag stimmen die Herren Akenhausen, Ahmann, Bähr, Bues Bunge, Fricke, Helmholt, Hesse, Jasper, Kalms, Koch, Konegen, Leue, Meyerhoff, Möhle, Ohlendorf, Riecke, Ritter, Tolle und Wesemeier.

Der Antrag der Kommission ist mit 20 : 6 Stimmen abgelehnt worden.

Für den Antrag Jasper auf Stellungnahme gegen die Licht- und Kraftsteuer stimmen die Herren: Akenhausen, Ahmann Bähr, Bues, Bunge, Fricke, Helmholt, Hesse, Jasper, Kalms, Koch, Konegen, Leue, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Ohlendorf, Riecke, Ritter, Sander, Tolle, Boge, Weichsel und Wesemeier.

Gegen den Antrag stimmen die Herren: Frühling, Probst und Ribbentrop.

Der Antrag ist also mit 24 : 3 Stimmen angenommen.

Für den Antrag Jasper auf Stellungnahme gegen die Bier- und Tabaksteuer stimmen die Herren: Ahmann, Bues, Bunge, Fricke, Helmholt, Hesse, Jasper, Kalms, Möhle, Ohlendorf, Riecke, Tolle und Wesemeier.



Gegen den Antrag stimmen die Herren: Adenhausen, Frühling, Koch, Konegen, Leue, Meyerhoff, Mohr, Probst, Ribbentrop, Ritter, Sander, Voge und Weichsel.

Es ist hiernach Stimmengleichheit. Der Herr Vorsitzende stimmt gegen den Antrag, der damit gefallen ist.

Vorsitzender: Wir wenden uns nun mit dem ersten Teile des Antrages an den Magistrat.

### III. Antrag Tolle: Bestellung eines Hundefängers etc.

Der in der Sitzung vom 12. November 1908 — Seite 337 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, einen geeigneten Mann anzustellen, der herrenlose Hunde in den Straßen und Anlagen der Stadt fortfängt, und ferner dafür zu sorgen, daß ein Hundezwinger angeschafft wird, damit die eingefangenen Tiere bis zu ihrer Weiterbeschaffung untergebracht werden können.“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Als der Antrag gestellt wurde, schwebten bereits Verhandlungen über die Anstellung von Hundefängern mit der Herzoglichen Polizeidirektion, und es sind inzwischen auch zwei städtische Wächter im Nebenamte als Hundefänger eingetreten. Die geehrte Versammlung kann also, wie ich im Einvernehmen mit Herrn Tolle mitteile, über den gegenstandslos gewordenen Antrag hinweggehen.

Herr Tolle: Ich bin einverstanden, daß der Antrag zurückgezogen wird.

### IV. Zuschuß an die Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze.

Im Jahre 1905 ist unter dem Namen „Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze“ eine Vereinigung öffentlich-rechtlicher Korporationen ins Leben gerufen, die den Zweck verfolgt, die Hochwasserschäden der Gebirgswasser des Harzes tunlichst abzuwenden und die Anlage von Stauweihern im Harz zu betreiben und zu fördern, um die abfließenden Wassermassen für verschiedene Zwecke nutzbar zu machen. Mit Rücksicht auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung dieser Bestrebungen, die auch für die Stadt Braunschweig nicht zu unterschätzen sind, ist der Magistrat der Vereinigung beigetreten und hat sich zur Zahlung des festgesetzten Jahresbeitrages von 100 Mark verpflichtet.

Die Gesellschaft beabsichtigt nun, auf Grund der zum Abschluß gebrachten allgemeinen Vorarbeiten die Ausarbeitung der einzelnen Talsperrnenprojekte vorzunehmen und das Ergebnis den beteiligten Regierungen nebst einer Denk-

schrift zu unterbreiten. Sie hat gebeten, ihr zu den durch diese umfangreiche Arbeit erwachsenden Kosten von etwa 15 000 Mark einen Zuschuß von 1000 Mark zu gewähren. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Klärung der Finanzfrage für die weitere Behandlung der ganzen Angelegenheit von ausschlaggebender Bedeutung ist, und daß daher die Ermittlung der Kosten der geplanten Talsperren die Grundlage für das weitere Vorgehen bildet. Ob diese Talsperren, soweit sie im Flußgebiet der Oker und ihrer Nebenflüsse geplant sind, abgesehen von der Einschränkung der Hochwasserschäden der Stadt Braunschweig unmittelbare Vorteile bieten würden, läßt sich im voraus nicht beurteilen, die Möglichkeit ihrer Erzielung ist jedenfalls nicht ausgeschlossen. Der Magistrat glaubt deshalb, daß auch für die Stadt Braunschweig Veranlassung vorliegt, sich an der Aufbringung der Kosten zu beteiligen, zumal anders, als durch das Zusammenwirken der beteiligten öffentlich-rechtlichen Verbände auf die Aufbringung der Kosten überhaupt nicht zu rechnen ist. Der Versammlung wird anheimgegeben, den erbetenen Zuschuß von 1000 Mark zu bewilligen.

Auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden, der für die Finanzkommission berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

## V. Antrag Bunge: Anberaumung der Wahltermine betreffend.

Der in der Sitzung vom 10. Dezember 1908 — Seite 494 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft die Stadtverordnetenwahlen, die Urwahlen zur Landtagswahl und die Landtagswahlen tunlichst an einem Sonntage stattfinden zu lassen.“

Namens der Statutenkommission berichtet über den Antrag Herr Sander: Die Statutenkommission ist sich dahin schlüssig geworden, daß der Antrag nicht praktisch zu verwerten ist, weil nicht der Magistrat die Wahltermine festsetzt, sondern der Wahlvorsteher, der Magistrat also nicht ersucht werden kann, die Wahltage zu bestimmen, wenn auch bisher die Gepflogenheit geherrscht hat, daß der Magistrat die Wahltermine mit Zustimmung der Wahlvorsteher angesetzt hat. Es könnte aber immerhin der Fall eintreten, daß ein Wahlvorsteher mit dem vom Magistrate angeetzten Termine nicht einverstanden sei. Trotzdem ist der Antrag in der Kommission beraten und Herr Bunge ersucht worden, seinen Antrag entsprechend zu ändern, wozu er sich jedoch nicht hat verstehen können. Die Kommission ist der Ansicht, daß ein Bedürfnis zur Verlegung der Wahltermine nicht vorliegt und empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Herr B u n g e: Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß sehr wohl ein Bedürfnis vorliegt, die Wahltermine auf eine andere Zeit zu verlegen. Die Arbeiter werden unter den heutigen Verhältnissen durch die Wahl von der Arbeit weggeholt, was nicht angezeigt erscheint. Die erste und zweite Wählerklasse mögen zu anderen Zeiten wählen. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, der Wahlvorsteher setze den Termin an und nicht der Magistrat; ich bin auch schon Wahlvorsteher gewesen und habe mich nicht gescheut, den vom Magistrate vorgeschlagenen Termin anzunehmen. Es fällt für die Verlegung noch der Umstand ins Gewicht, daß eine ganze Anzahl von hiesigen Einwohnern auswärts arbeiten müssen, z. B. Monteure, Geschäftsreisende usw., die aber am Sonnabend abend nach Hause kommen und am Sonntag wählen könnten, während es ihnen in der Woche nicht möglich ist. Deshalb halte ich den Sonntag zur Ausübung der Wahl für den geeignetsten Tag. Vielleicht würde es sich auch empfehlen, den Sonntag und Montag zur Wahl festzusetzen, dann können die Arbeiter und Geschäftsreisenden am Sonntag zur Wahl gehen, während die übrigen den Montag dazu wählen können. Ich möchte um Annahme meines Antrages bitten.

Der Antrag der Kommission auf Ablehnung des Antrages Bunge wird darauf angenommen.

## VI. Bericht über die Unterrichtstörungen in den Bürgerischen Schulen.

Herr R i e f e: Aus Veranlassung des in der Sitzung vom 3. September 1908 — Seite 190 des Berichtes — gestellten und in der Sitzung vom 22. Oktober 1908 — Seite 276 des Berichtes — beratenen Antrages Bähr, sind von dem Direktor der Bürgerischen Erhebungen angestellt über den Unterricht störende Straßengeräusche. Hiernach klagen die Leiter verschiedener Schulen über Störungen des Unterrichtes durch den Wagenverkehr, durch das oft lange andauernde lästige Klingeln des Milchmanns, durch Verschlagen alter Kessel in der Eisenhandlung von Hagemann an der Hildesheimerstraße, durch Lastautomobile, durch die Straßenbahn, durch das Ausrufen von Obst usw. Es dürfte demnach für die Folge die schwerste Sorge der städtischen Behörden sein, einen Schulneubau nur da zu errichten, wo überhaupt kein Verkehr ist. Man dürfte, wenn man diesen Klagen Folge geben wollte, selbst dort keine Schule errichten, wo der Milchmann klingelt oder Heidelbeeren ausgerufen würden, und solchen Platz würde man wohl kaum finden. Die Baukommission ist bei der Beratung des Antrages zu dem Schlusse gekommen, auf Grund des vorliegenden Materials Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen.

Herr B ä h r: Aus dem vom Herrn Referenten mitgeteilten Materiale geht hervor, daß sich unangenehme Störungen bei verschiedenen Schulen be-

merkbar machen. Wenn nun auch die Versammlung zur Verwerfung meines Antrages kommen sollte, so wird man doch nicht von der Hand weisen können, daß verschiedene Störungen recht ernst zu nehmen sind. Von den Störungen durch den Milchmann und durch das Ausrufen von Heidelbeeren will ich nicht reden, die können sich durch Polizeiverordnungen einschränken lassen, aber auch die übrigen Störungen sind sehr lästig für den Unterricht. Wenn man eine private Unterhaltung führt, so kann uns solches Geräusch wenig stören, aber in den Unterrichtsräumen bilden derartige Geräusche eine schwere Belästigung, und es wäre gut, wenn die Polizeiorgane schärfer auf die erwähnten Auswüchse achteten. Die Stadtverwaltung wird nicht umhin können, in Zukunft darauf zu sehen, daß die Schulneubauten auf abgelegeneren Plätzen oder wenigstens von der Straße zurückgelegt werden, daß also ein größerer Vorraum zwischen Haus und Straße vorhanden ist. Andererseits wird bei Neupflasterungen in Erwägung zu ziehen sein, daß das Pflaster vor einem Schulgebäude geräuschlos ist; es würden sonst Kinder und Lehrer geschädigt. Es kann vorkommen, daß die Lehrer durch Ueberanstrengung ihrer Stimmittel um Urlaub nachsuchen müssen und vor der Zeit pensioniert werden, was auch für die Stadt von großem Schaden sein würde. Die Stadt wird also ihre Sorge darauf richten müssen, daß in Zukunft eine entsprechende Aenderung eintritt.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

## VII. Antrag Wesemeier: Grundsteuer nach gemeinem Werte.

Der in der Sitzung vom 10. Dezember 1908 — Seite 495 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, baldmöglichst eine Vorlage einzubringen, durch die die Grundsteuer nach den Grundfähen der Besteuerung des gemeinen Wertes der Grundstücke geregelt, und für die Steuer die Selbststeinschätzungspflicht eingeführt wird.“

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Ritter: Die Statutenkommission hat beschlossen den Antrag zur Annahme zu empfehlen. Die Ansicht der Kommissionsmehrheit ging dahin, daß die Erhebung der Grundsteuer nach gemeinem Werte im allgemeinen eine angemessenere Verteilung gewährleiste, als die gegenwärtige Besteuerungsart, daß aber damit eine Erhöhung des Steueraufkommens nicht beabsichtigt wird. Die unbebauten Grundstücke würden allerdings, soweit sie Baugrund bilden, in höherem Maße als bisher zur Steuer herangezogen werden, und gerade die unbebauten Grundstücke sind ja auch bisher sehr gut bei der Steuer weggekommen. Ebenso würden die Grundstücke, welche vorzugsweise Geschäfts-

zwecken dienen, zweifellos stärker belastet werden, vielleicht auch in etwas die Einfamilienhäuser, und daraus ergibt sich von selbst, da die gesamte Summe der eingehenden Steuer dieselbe bleiben soll, daß die übrigen Grundstücke und namentlich die größeren Miethäuser entlastet würden. Es könnte allerdings das Bedenken laut werden, daß die Häuser mit parkartigen Gärten, die erheblich höher belastet werden würden, dann eher als Baugrund zum Verkauf gebracht werden könnten. Ich glaube aber kaum, daß aus diesem Grunde ein Besitzer, dem sein Besitz sonst lieb geworden ist, ihn veräußern würde, vorausgesetzt, daß bei der Veranlagung derartiger Grundstücke zur Steuer im Interesse der Allgemeinheit mit verständiger Milde verfahren würde.

In der Kommission wurde von einer Seite die Ansicht ausgesprochen, ob es sich nicht empfehlen möchte, zunächst einmal eine probeweise Schätzung der Grundstücke nach dem gemeinen Werte vorzunehmen, die Mehrheit hat aber Abstand genommen, darauf einzugehen, weil man sich sagte, daß eine etwaige Vorlage des Magistrates ohnehin schon ausreichendes Material bringen würde, um die Wirkung der Grundsteuer nach gemeinem Werte gegenüber der bisherigen Besteuerungsart beurteilen zu können. Nachdem die Wertzuwachssteuer beschlossen ist, wird sich auch wohl Gelegenheit bieten, Erhebungen anzustellen, die eine gewisse Grundlage für die Beurteilung der Wirkung der Grundsteuer nach gemeinem Werte bilden werden, denn nach dem Statute über die Wertzuwachssteuer ist es vorgesehen, daß der gemeine Wert, wie er gegenwärtig besteht, bei dem erstmaligen Veräußern des Grundstückes zugrunde zu legen ist, so daß eine Abschätzung der Grundstücke aus diesem Anlaß stattfinden dürfte.

In dem Antrage ist auch gesagt worden, daß im Falle der Einführung die Selbststeinschätzungspflicht vorgeschrieben werden möchte. In den Städten, wo die Grundsteuer nach gemeinem Werte bisher eingeführt worden ist, dürfte wohl überall die Selbststeinschätzung zugrunde gelegt sein. Der Vollständigkeit wegen will ich noch erwähnen, daß von der Minderheit der Kommission gewünscht wurde, den Antrag abzulehnen, um den Grundstücksmarkt nicht aufs neue zu beunruhigen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn M e h e r h o f f wird der Antrag der Kommission genehmigt.

Vor s i e n d e r: Die auf der Tagesordnung stehenden Anträge der Herren H e s s e und W e s e m e i e r auf Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsbeamten und der städtischen Arbeiter können heute nicht zur Besprechung gelangen, weil der Referent behindert ist und ein anderer Referent nicht zu haben war. So lange die sonstigen darauf bezüglichen Sachen noch zurückstehen, können aber auch diese noch zurückgestellt werden.

## VIII. Antrag Wesemeier: Bekämpfung der schlechten Literatur.

Der in der Sitzung vom 10. Dezember 1908 — Seite 499 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß Mittel bewilligt werden zur Bekämpfung der schlechten Literatur durch die Lehrer und Lehrerinnen in den Schulen.“

Namens der Schulkommission berichtet hierüber Herr L e u e: In der Begründung des Antrages hat Herr Wesemeier noch ausgeführt, in welcher Weise er die Mittel, um deren Bereitstellung er ersucht, verwendet sehen möchte, nämlich zur Beschaffung von Flugblättern und Broschüren, welche die Lehrer an diejenigen Eltern schicken möchten, deren Kinder bei der Lektüre sogenannter Schundliteratur betroffen würden. In der Schulkommission waren wir einhellig mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden, denn auch die Kommission erblickt in der heutigen Schundliteratur, in den Detektivromanen usw. eine schwere Schädigung der Jugend und war der Ansicht, daß man, soweit angängig, diese Literatur bekämpfen müßte. Nur über den Weg der Bekämpfung waren wir mit dem Herrn Antragsteller nicht ganz einverstanden. Es wurde in der Kommission hervorgehoben, daß bereits eine Vereinigung unter der Lehrerschaft bestehe, die sich die Bekämpfung der schlechten Literatur zur Aufgabe gestellt habe, indem sie eine Broschüre und ein Verzeichnis guter Bücher usw. aufgestellt habe, das den Eltern der Kinder zugesandt wird, um sie zur Benutzung guter Literatur anzuregen und anzuhalten. In der Kommission hatte man sehr große Bedenken, ob es richtig sei, Flugchriften und Broschüren vom Lehrer direkt an die Eltern zu schicken. Man gab zu, daß in diesem und jenem Falle ein solches Vorgehen wohl wirken möchte, daß es auf der andern Seite aber auch seine Bedenken habe, indem jemand sagen könnte, was ich meinen Kindern zu lesen gebe, ist meine Sache, darum hat sich niemand zu kümmern. Es könnte also, mit anderen Worten, ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Eltern daraus konstruiert werden. Alle diese Bedenken und der Umstand, daß eine solche Broschüre schon an die Eltern verschickt wird, konnten die Kommission nicht veranlassen, sich mit dem Antrage einverstanden zu erklären, sie kam vielmehr zu dem Beschlusse, der Versammlung folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

„Die Versammlung wolle den Antrag Wesemeier zwar ablehnen, aber den Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß den Lehrern der städtischen Schulen aufgegeben werde, auf die Lektüre der Kinder ein

wachjames Auge zu haben, die Kinder auf die Schädlichkeit schlechter Bücher hinzuweisen und sie zum Lesen guter Bücher anzuhalten.“

Der Unterschied zwischen dem Antrage des Herrn Wesemeier und der Kommission liegt im wesentlichen darin, daß Herr Wesemeier wünscht, die Flugschriften sollen direkt an die Eltern der betreffenden Kinder geschickt werden, während die Kommission sagt, die Lehrer möchten sich an die Kinder wenden.

Persönlich möchte ich meinem Referate noch folgendes hinzufügen: Sie haben vielleicht auch in der Landeszeitung gelesen, daß man in anderen Städten in der Weise vorgegangen ist, wie es Herr Wesemeier wünscht, daß der Lehrer also Briefe direkt an die Eltern geschickt hat. Es wurden dann auch die Antworten der Eltern resp. der Kinder veröffentlicht. Ich weiß nicht, inwieweit sich die Versammlung hierdurch beeinflussen lassen will.

Herr B ä h r: Schundliteratur hat es zu allen Zeiten gegeben, aber seit etwa drei Jahren macht sich in der Jugendschriftenfrage eine Bewegung geltend, die ich kurz als Detektivgeschichten bezeichnen möchte. Diese Literatur hat ihren Ursprung in Amerika. In dasselbe Gebiet gehören die Buffalo-Bill-Geschichten usw. Diese Geschichten haben auch bei uns einen guten Boden gefunden, indem sich ihrer außerordentlich finanzkräftige Unternehmer angenommen haben. Es gibt in Deutschland etwa 30 000 Kolportagebuchhändler, die in erster Linie solche und ähnliche minderwertige Bücher verbreiten, wenn auch einige wenige gute Bücher darunter sein mögen.

Was nun den Antrag der Schulkommission anbelangt, den Lehrern aufzugeben, auf die Schädlichkeit dieser Literatur hinzuweisen, so glaube ich kaum, daß die Lehrerschaft einer solchen Anregung bedarf, denn darauf wird schon jetzt genügend hingewiesen, und es werden die Kinder fortwährend zum Lesen guter Lektüre angehalten. Wenn in der Kommissionsitzung bemängelt wurde, den von Herrn Wesemeier angegebenen Weg zu beschreiten, nämlich die Eltern der Kinder durch ein Rundschreiben oder durch Flugblätter zu orientieren, so will ich dazu bemerken, daß eine Reihe von Städten in gleicher Weise vorgegangen ist, z. B. Nordhausen, Hamburg, Dresden, Chemnitz und viele andere und dieses Vorgehen von den Eltern der Kinder dankbar aufgenommen wurde.

— Redner teilt näheres über die hierzu verwendeten Schriften mit. —

Wir haben hier unter der Lehrerschaft einen Jugendschriften-Ausschuß, der ein Verzeichnis empfehlenswerter Schriften herausgegeben und davon aus eigenen Mitteln 10 000 Exemplare an Schulkinder verteilt hat. Erst neuerdings ist davon Abstand genommen und die Ausstellung von Büchern veranlaßt. Der Druck jener Schriften bildete eine schwere Belastung des Ausschusses, und zum ersten Male hat der Magistrat in diesem Jahre eine Summe

als Zuschuß zur Ausstellung bewilligt. Vielleicht geht der Magistrat aber darauf ein, wenn ihn der Jugendschriften-Zuschuß im Einvernehmen mit der Schulleitung um die Bewilligung von Mitteln bittet. Wenn die Jugendschriften ganz allgemein und ohne Ausnahme auch hier an die Eltern der Schulkinder verschickt werden, wie das in andern Städten geschieht, so wird auch hier dieselbe segensreiche Wirkung davon zu verspüren sein, die man in anderen Städten gehabt hat. Die billigen Buffalo-Bill-Schriften usw., die man für 10 Pfg. in zahlreichen Handlungen haben kann, locken die Käufer an, und jede Woche erscheint von einer solchen Geschichte ein neues Heft, wodurch hauptsächlich die Spannung erhalten wird, und es ist immer schwer, einen verdorbenen Geschmack auf gute Wege zu leiten.

Ich muß also dem Kommissionsbeschlusse widersprechen und bitten, der Anregung der Kommission nicht Folge zu geben. Eine Folge des Antrages könnte vielleicht auch die sein, daß sich die Lehrerschaft um die Zubilligung von Mitteln an die zuständige Stelle wenden wird.

Herr W e s e m e i e r: Herr Bähr hat eben erklärt, daß die Lehrer es als ganz selbstverständlich betrachten, die Kinder zur Lektüre guter Schriften anzuhalten. Wenn also dem Antrage der Schulkommission Folge gegeben würde, so könnte überhaupt nichts geschehen, da etwas beschlossen würde, was schon vorhanden ist. Der Unterschied in den beiden Anträgen besteht darin, daß die Kommission die Lehrer auffordern will, sich an die Kinder zu wenden, während ich wünsche, daß die Lehrer sich an die Eltern der Kinder wenden, weil ich mir sage, daß es besser ist, sich an die Eltern zu wenden, wenn ein schlechtes Buch bei den Kindern gefunden wird. Es ist nun gesagt worden, man dürfe in die Haushaltung der Familien nicht eindringen. Wenn man sich aber von solchen Gesichtspunkten leiten lassen will, so wird man nicht weit kommen; wir greifen doch in das gesundheitliche Leben der Kinder ein, weshalb soll man nicht auch in das geistige Leben des Kindes eingreifen und es vor Gefährdung hüten? Die Durchführung meines Antrages ist auch nicht mit großen Unkosten verknüpft, denn es ist nicht schlimm, wenn die Stadt einmal zehn Mark für solche Zwecke ausgibt. Daß derartige Schriften schon vorhanden waren, wußte ich nicht. Wenn der Herr Referent sagt, daß die Lehrer schon immer solche Schriften vermittelt hätten, so will ich dazu bemerken, daß lediglich ein Schriften-Verzeichnis verteilt und diese Verteilung auch eingestellt worden ist. Ich möchte daher bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr M ö h l e: Ich bin erstaunt über die Auseinandersetzungen des Herrn Bähr, und wundere mich, daß er als Mitglied der Schulkommission die Sachen nicht schon dort angeführt hat. Daß wir gegen ein derartiges Vorgehen, wie es



von Herrn Bähr gewünscht wird, hätten sein können, wird uns kein vernünftiger Mensch zutrauen. Wir sind zu unserm Antrage lediglich deshalb gekommen, weil uns Herr Wesemeier mittheilte, daß er bei seinem Kinde ein Buch gefunden habe, das derartig anstößig gewesen wäre, daß man es einem Kinde nicht hätte in die Hände geben können, weil es direkt unanständigen Inhalts gewesen wäre. Erst daraufhin ist die Kommission zu ihrem Beschlusse gekommen. Herr Wesemeier hat dann, wie er auch heute zugibt, beantragt, daß Druckfachen geschaffen werden sollten, die für den Fall, daß ein Kind mit solcher Literatur betroffen würde, den betreffenden Eltern zugestellt werden sollten. Ein solches Vorgehen haben wir aber für ein Eingreifen in die elterliche Gewalt gehalten, weil die Eltern darauf nichtswürdige Briefe schreiben und sich beschweren können, daß man in ihren Erziehungsmodus eingreife.

Herr B ä h r: Was den Vorwurf des Herrn Möhle anbelangt, so habe ich in der Kommissionsberatung zu der Flugschriften-Literatur das Wort nicht genommen, weil ich die Sache aus eigener Anschauung noch nicht kannte. Die Sitzung der Kommission ist schon einige Wochen her, seitdem habe ich in der Jugendschriftenwarte die betreffenden Schriften gelesen, auch sind mir aus verschiedenen Städten die praktischen Ergebnisse der Jugendschriften-Ausschüsse zugegangen. Nachdem ich mich auf diese Weise von der Wirkung der Schriften überzeugt habe, habe ich heute das Wort dazu genommen und muß mich insofgedessen auch gegen den Beschluß der Schulkommission erklären, dem ich übrigens damals auch nicht zugestimmt habe. Soll schulisitig die schlechte Literatur bekämpft werden, so muß auch die Schule finanziell anders unterstützt werden, wie es bisher geschehen ist. In dem städtischen Etat habe ich die Summe nicht finden können, die für Schulbibliotheken zur Verfügung gestellt ist. In anderen mir bekannt gewordenen Städten werden für jede Schule größere Summen jährlich aufgewendet, und es stehen bei uns für eine große Schule von 24 Klassen nur 20 Mark zur Verfügung. Es müßten also weitere größere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn die Schulen dem Krebschaden wirksam entgegentreten sollen. Glücklicherweise ist es hier noch nicht vorgekommen, wie in Hannover, wo ein 13 jähriger Schüler sich infolge des Lesens von Schundliteratur das Leben nimmt, oder daß ein 14 jähriger Tertianer Mid-Carter-Bücher vor sich hinlegt und sich dann erschießt. Das kommt vom Lesen solcher Schundliteratur! Wenn die Stadt größere Mittel für guten Lesestoff usw. in den Etat einstellte, wäre das Geld nicht fortgeworfen.

Herr W e s e m e i e r: Wenn ich Herrn Möhle recht verstanden habe, dann hätte meine Erwähnung des betreffenden Bibliothekbuches Einfluß auf den Beschluß der Schulkommission gehabt. Einfluß darauf hat aber der Herr

Oberbürgermeister gehabt, der erklärte, wir könnten nicht in die Verhältnisse der Eltern eingreifen. Ich glaube aber nicht, daß es viele solcher bössartigen Eltern gibt, die dem Lehrer einen groben Brief schreiben, wenn er ihnen in guter Absicht eine Flugschrift übermittelt, und über einen einzelnen Fall kann sich der Lehrer auch leicht hinwegsetzen.

Herr *Leue*: Es ist nicht richtig, wenn Herr Wesemeier meint, die Anführung des betreffenden Buches wäre auf den Beschluß der Kommission ohne Einfluß gewesen. Gewiß, bezüglich der Verteilung von Flugblättern wohl, aber der Antrag der Schulkommission, die Lehrer zu bitten, auf die Lektüre der Kinder zu achten, ist daraus hervorgegangen. (Zustimmung.) Ich selbst bin auch etwas erstaunt, daß mein Nachbar, Herr Bähr, meint, es sei überflüssig, zu sagen, daß die Lehrer auf die Lektüre der Kinder achten sollen. Wir haben gerade diesen Punkt zum Ausgang unseres Antrages gemacht und gesagt, es kann nichts schaden, wenn wir die Lehrer darauf aufmerksam machen. Ich glaubte, ein solcher Antrag dürfte auch die Zustimmung eines Lehrers finden und von ihm nicht bekämpft werden. Was den Antrag Wesemeier selbst betrifft, so stehe ich persönlich auf dem Standpunkte, daß nichts dagegen einzuwenden ist, in geringem Umfange Mittel für solchen Zweck zu verwenden, und nur der Umstand, daß schon von der Vereinigung von Lehrern im Sinne des Antrags Wesemeier gewirkt wird, und daß es Eltern gibt, die unangenehm davon berührt werden könnten, hatte uns veranlaßt, davon abzusehen.

Der Antrag der Schulkommission wird hierauf angenommen.

### **IX. Antrag Riefe: Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik.**

In der letzten Sitzung — Seite 534 des Berichtes — stellte Herr Riefe folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erjuchen, baldmöglichst die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik gleich anderen Städten in die Wege zu leiten.“

Namens der Statutenkommission berichtet über den Antrag Herr *Ritter*: Die Statutenkommission hat empfohlen, den Antrag dem Magistrat mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die Ermittlung der Arbeitslosen in einfacher und schneller Weise geschehe. Die Kommission hat sich gedacht, daß die statistischen Erhebungen von Zeit zu Zeit, namentlich in solchen Zeiten angestellt werden, wo offensichtlich Mangel an Arbeit herrscht, damit man sich ein Urteil danach bilden kann, inwieweit bei der Zuaufnahme städtischer Arbeiten hierauf Rücksicht zu nehmen ist. Um diese Ermittlungen

nach Möglichkeit zu vereinfachen und zu beschleunigen, möchte es sich empfehlen, an verschiedenen Stellen Listen auszulegen, in die sich die Arbeitslosen innerhalb einer zu bestimmenden Frist einzutragen haben. Wenn die Statistik bei diesem Verfahren auch keine vollständige werden wird, so hat sie den Vorzug, daß man damit schnell zu einem Resultate kommt, zumal diejenigen, welche das meiste Interesse an der Statistik haben, sich bemühen werden, sie möglichst vollständig zu gestalten. Im übrigen wird man dem Magistrate überlassen können, den ihm richtig erscheinenden Weg zu wählen.

Herr R i c k e: Der Antrag wurde schon im vorigen Jahre gestellt, und er hätte seinen Zweck schon jetzt erfüllen können, wenn er damals zur Geledigung gekommen wäre. Die Statistik würde auch hier schnell zur Durchführung kommen, wenn der Magistrat, wie in anderen Städten, dem Gewerkschaftskartell eine Entschädigung für die Aufnahme der Statistik geben würde. Es läßt sich eine solche Statistik nur dann regelrecht durchführen, sofern von Haus zu Haus gegangen und nach den Arbeitslosen gefragt wird; wenn die Leute sich aber im Meldeamte einfinden und eintragen lassen sollen, so kommt niemals das Resultat heraus, als wenn der Kollege zum Kollegen kommt. Ähnlich ist es bei der Volkszählung, wo ebenfalls von Haus zu Haus gegangen werden muß. Im übrigen bleibt natürlich dem Magistrate der Weg offen, den er gehen will; wenn er die Statistik allein machen will, so sind wir damit gern einverstanden. Die Gewerkschaften nehmen so wie so ihre regelmäßige Lohnstatistik auf. Mit einem Aufwande von 200 bis 300 Mark kann schon eine zuverlässige Statistik aufgenommen werden. Ich bin zweifelhaft geworden, ob sich die Statistik in diesem Winter noch aufnehmen läßt, da sich die Sache in der letzten Sitzung nicht mehr erörtern ließ. Ich will hieran niemand die Schuld beimessen und durchaus nicht sagen, daß der Herr Vorsitzende die Versammlung böswillig geschlossen hätte, denn eine vierstündige Verhandlung reicht auch für mich aus.

Eine Statistik ist aber nur etwas wert, wenn sie in kurzen Zwischenräumen erfolgt, sich also öfter wiederholt. Denn so gut wie bei der Zählung der Handelskammer die gewonnenen Resultate mit zu Rate gezogen werden, so wird auch eine solche Statistik mit dazu beitragen, um ein zuverlässiges Bild über die Fluktuation der Arbeiterchaft und der Bevölkerung im allgemeinen zu geben. Will man jetzt dem Antrage praktisch Folge geben, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß er dem Magistrate zur Berücksichtigung überwiesen wird. Dafür können wir aber garantieren, wenn die Gewerkschaften die Statistik machen würden, so würde der Januar nicht zu Ende gehen und sie läge fertig vor. Um den Verhältnissen praktisch Rechnung zu tragen, ist es notwendig,

Arbeitsgelegenheit zu schaffen, denn es ist hier selbst eingeräumt worden, daß mindestens tausend Arbeitslose hier vorhanden sind, und auch andere Städte haben in mehr oder minder vorbildlicher Weise Stellung zu der Frage genommen. Spandau hat 25 000 Mark bewilligt, andere Städte 80 000 Mark, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen und hier darf man auch nicht hinterdrein marschieren. Die Vorlagen des Magistrates hinsichtlich der Bauten an der Leopold- und der Reichsstraße sind natürlich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ich lege den größten Wert auf die praktische Seite des Antrages, daß nämlich Arbeit geschaffen wird, aber trotzdem muß eine solche Statistik aufgenommen werden, und deren Notwendigkeit wird wohl auch niemand bestreiten. Deshalb möchte ich ersuchen, zuzustimmen, daß der Magistrat gebeten wird, eine solche Statistik in Kürze aufzunehmen und bekannt zu geben.

Der Antrag der Statutenkommission wird darauf genehmigt.

## X. Antrag Bunge: Verwilligung von Mitteln für die Beschäftigung Arbeitsloser.

Vorsitzender: Dieser in der letzten Sitzung — Seite 538 des Berichtes — gestellte Antrag hat nicht vorberaten werden können, weil die Finanzkommission nicht beschlußfähig war; der Herr Antragsteller legt aber Wert darauf, daß ich eine kurze Erklärung darüber abgebe. In der Finanzkommission war man der Ansicht, daß selbstverständlich die Versammlung dem Magistrate alles zur Verfügung stellen würde, was notwendig wäre, um Arbeitsgelegenheit für unsere Mitbürger zu schaffen. Der Gegenstand wird heute von der Tagesordnung abgesetzt.

## XI. Fluchtlinie für die Nordseite der Hagenbrücke.

Die projektierte Neubebauung des der Firma S. L. Weihe gehörigen Grundstücks, Hagenbrücke 9, hat Anlaß zur Prüfung der Frage gegeben, ob die vorhandene etwa 7,70 Meter betragende Breite des östlichen Teils der Hagenbrücke für den gegenwärtigen und künftigen öffentlichen Verkehr der genannten Straße als ausreichend anzusehen sei. Dabei ist der Magistrat zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Breite von mindestens 10 Metern gefordert werden müsse und daß es deshalb erwünscht sei, den Ortsbauplan entsprechend zu ändern oder zu ergänzen. Die städtische Bauverwaltung hat vorgeschlagen, die Verbreiterung durch Anschneiden der nördlich der Straße gelegenen Grundstücke vorzunehmen, was zur Folge haben würde, daß die gewünschte Verbreiterung vom Hagenmarke her auf eine Tiefe von annähernd 18 Metern zur

Ausführung gebracht würde, wenn das Grundstück Hagenbrücke Nr. 9 tatsächlich neu bebaut werden sollte. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß für die Nordseite der Hagenbrücke eine andere Fluchtlinie festgesetzt wird.

Der vom Magistrate zu der beabsichtigten Aenderung gehörte Inhaber der Firma H. L. Weihe, Kaufmann Fischer, hat sich allerdings gegen die vorgeschlagene Verbreiterung der Hagenbrücke mit der Begründung ausgesprochen, daß er aus Geschäftsinteresse von keinem Grundstücke nichts abtreten könne. Der Magistrat hält indessen das Bedürfnis zur Verbreiterung der Straße für so zwingend, daß die Wünsche eines benachteiligten Anliegers hinter dem öffentlichen Interesse zurückstehen müssen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fr ü h l i n g berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

## XII. Verlegung eines Kanals auf der Helenenstraße.

Das Stadtbauamt hat die Zulassung eines Doppelwohnhauses in dem nicht ausgebauten Teile der Helenenstraße auf dem Grundstücke des Malermeisters Schmitz mit von der Bedingung abhängig gemacht, daß der zwischen der Straße und dem betreffenden Grundstücke liegende Terrainstreifen als Zufahrt befestigt und in demselben ein Entwässerungskanal hergerichtet werde. Der Magistrat gibt anheim, der stadteigenen Verlegung dieses Kanals unter den üblichen Bedingungen auf Kosten des Herrn Schmitz zuzustimmen.

Die Baukommission läßt durch Herrn M e n e r h o f f die Genehmigung der Vorlage empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

## XIII. Ausbau der projektierten Straße Nr. 239.

Die wiederholt gestellten Anträge des Rentners Keffel auf Ausbau der über sein an der Hamburgerstraße gelegenes Grundstück führenden projektierten Straße Nr. 239 sind vom Magistrate bisher stets unter Hinweis auf die wenig gute Lage des Grundstücksmarktes und die Ueberproduktion an Wohnungen zurückgewiesen. Einem im Sommer 1908 unterbreiteten gleichen Antrage Keffels hat der Magistrat indessen näherzutreten beschlossen und zwar nicht nur, weil der Grundstücksmarkt angefangen hatte, sich inzwischen zu bessern und weil die Zahl der leerstehenden Wohnungen wesentlich zurückgegangen war, sondern vor allen Dingen deshalb, weil die auf dem Keffelschen Gesamtgrundstücke eingerichteten Betriebe des Konservenfabrikanten Paul Kasper und des Viehhändlers Meinberg einen Umfang angenommen hatten, daß der auf dem Grundstücke vorhandene Zufahrtsweg für den daselbst sich abwickelnden Verkehr

nicht mehr als ausreichend angesehen werden konnte und es im Interesse der Sicherheit dieses Verkehrs geraten erschien, die von Herrn Keffel schon so lange gewünschte Straße nunmehr zuzulassen. Dazu kam, daß im Zuge dieser Straße schon vor einer längeren Reihe von Jahren ein zur Erzielung der Vorflut notwendiger städtischer Kanal verlegt war und daß Herr Keffel die Verlegung und Belassung dieses Kanals in seinem Grundstücke unentgeltlich gestattet hatte.

Der Magistrat hat deshalb mit dem Genannten einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Hiernach verpflichtet sich Herr Keffel, die von seinem Grundstücke in die projektierte Straße entfallende Teilfläche unentgeltlich an die Stadt abzutreten und die Kosten des durch die Stadt vorzunehmenden Ausbaues dieser Straße sowie eines von deren westlichem Endpunkt nach dem Hasenwinkel provisorisch herzurichtenden Verbindungsweges zu übernehmen. Außerdem hat es der Magistrat für richtig gehalten, die Kosten der Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der neuen Straße sowie die Kosten der Kehrlichtabfuhr dem Unternehmer für 17 Jahre aufzuerlegen. Letzterer hat für diese Leistungen eine Abfindungssumme von 11 000 Mark an die Stadt zu zahlen. Zugestanden ist ihm dagegen die Erstattung der durch Verlegung des Gas- und Wasserrohres erwachsenden Kosten für den Fall, daß eine mindestens fünfprozentige Verzinsung dieser Kosten durch den für bezogenes Gas und Wasser von den an der Straße gelegenen und an die zu verlegenden Leitungen angeschlossenen Wohngebäuden zu zahlenden Preis nach dem Ermessen des Magistrates zu erwarten ist.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des Vertrages stimmt die Versammlung nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr *F r i e* berichtet, zu.

#### XIV. Geschäftsordnungs-Debatte.

*V o r s i t z e n d e r*: Wir müssen hier abbrechen, da noch eine gemeinschaftliche Sitzung stattfinden soll. Ich gebe zu, daß die noch ausstehenden Sachen um einige Wochen verschoben werden müssen, aber ich kann nichts dazu. Wenn man vier Stunden und darüber den Vorsitz geführt hat, so geht es mit den Kräften zu Ende. Ich werde daher die eingereichten Anträge erst in der nächsten Sitzung begründen lassen.

Herr *F a s p e r*: Unter den Anträgen befindet sich einer, der als dringend bezeichnet ist und der Erledigung auch dringend bedarf. Es handelt sich um den Antrag Bunge auf Bewilligung von Mitteln für Arbeitslose. Wenn wir den guten Willen haben, können wir die Sache meiner Ansicht nach in wenigen Augenblicken heute noch erledigen. Dann würde es an dem Magistrate liegen,

möglichst bald Mittel zu beschaffen. Die Sache hat Eile und verträgt keine Verschiebung mehr.

Vorsitzender: Wir können hier leider niemals unser Pensum erledigen, weil zu viele Anträge aus der Versammlung eingebracht werden. Wenn wir jetzt nicht schließen, werden wir beschlußunfähig. Wer ist dafür, daß ich die Versammlung jetzt schließe? Das ist mit 12 : 11 Stimmen beschlossen; ich schließe daher die Sitzung.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

---

**1908 / 1909. — Nr. 1.**

**Bericht**  
über die  
**Verhandlungen der vereinigten Versammlung**  
des  
**Stadtmagistrates und der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 21. Januar 1909.

---

**Tagesordnung :**

- I. Beschwerde wegen der Aufstellung der Stadtverordneten-Wählerlisten . . . . Seite 1
  - II. Einsprachen gegen die bessere Befestigung einer Fußwegstrecke am Neustadtringe     "     4
- 

Herr Oberbürgermeister **Nettemeyer** eröffnet und leitet die Verhandlungen.

**I. Beschwerde wegen der Aufstellung der Stadtverordneten-Wählerlisten.**

Herr Stadtrat von **Frankenber**g als Referent des Ausschusses: Die Listen für die in nächster Woche bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen haben vorschriftsmäßig ausgelegt. Der Bureauvorsteher **Jänicke** führt nun Klage darüber, daß er in der Liste der Stimmberechtigten im Hohe- und Wilhelmitorbezirke stehe, während er im Stein- und Fällerslebertorbezirke hätte eingetragen werden müssen. Zur Begründung führt er aus, daß er zu der Zeit, als die



Listen aufgestellt wären, schon im letzteren Bezirke gewohnt habe und daher kein Grund vorgelegen habe, ihn noch in dem früheren Bezirke zu belassen. Nach der Städteordnung liegt die Sache so, daß der Magistrat denjenigen Bezirk berücksichtigen soll, in dem die einzelnen Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten wohnen, jedoch ist eine Zeit, die als Stichtag für die Verteilung der einzelnen Wähler auf die verschiedenen Wahlbezirke maßgebend sein soll, nicht angegeben. Man wird sagen müssen, daß der Magistrat bei dieser Verteilung sich so genau wie möglich an die derzeitige Wohnung des Wählers anzuschließen hat, daß er aber die übrigen Bestimmungen der Städteordnung und insbesondere diejenigen Zweckmäßigkeitsmaßnahmen, die für die Stadt in Betracht kommen, berücksichtigen muß. Das Wahlrecht derjenigen Personen ruht, die in dem der Listenaufstellung vorangegangenen Jahre die Gemeindesteuer nicht bezahlt haben. Als vorangegangenes Jahr ist das letzte Rechnungsjahr als maßgebend anzusehen. Es ist also in dem vorliegenden Falle zu prüfen gewesen, ob die Wahlberechtigten in der Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 die ihnen auferlegten Steuern auch bezahlt haben. Um diese Feststellung vornehmen zu können, bedarf es, nachdem das Steuerbureau die Listen aufgestellt hat, der Vergleichung mit den Büchern der Stadthauptkasse. Der Stadtkämmerer erklärt nun, daß es außerordentlich große Weitläufigkeiten und eine kaum zu bewältigende Mühe für die Beamten der Stadtkasse mit sich bringen würde, wenn die Listen nicht für die im Vorjahre für die Steuererhebung maßgebend gewesene Einteilung aufgestellt würden, sondern wenn das laufende Jahr zugrunde gelegt werden sollte. Diese Erwägungen sind von dem Kämmerer dahin weiter erläutert, daß z. B. in der dritten Klasse ein außerordentlich häufiges Verziehen der Wahlberechtigten aus einem Bezirke in den anderen stattfände und es kaum möglich sein würde, die Frage, ob sie ihre Steuer in dem vergangenen Jahre bezahlt haben, nachgeprüft werden könne, wenn die Steuerliste nach der augenblicklichen Wohnung aufgestellt würde.

Diese Erwägungen sind von dem zur Prüfung von Wahlbeschwerden eingesetzten Ausschusse für gerechtfertigt erklärt, und zwar gibt der Ausschuss einstimmig anheim, die Beschwerde zu verwerfen, weil die Aufstellung der Listen als richtig anerkannt sei und es zu einer vollständigen Umwälzung führen würde, wenn man der Beschwerde Rechnung tragen wollte. Es kann bei dem Verfahren auch kein Wahlberechtigter zu kurz kommen, weil jeder imstande ist, in einem der Bezirke zu wählen.

Herr S a s p e r: Ich bitte, dem Antrage des Ausschusses nicht beizutreten, sondern der Beschwerde stattzugeben. Der Herr Referent hat mit Recht ausgeführt, daß in der Städteordnung keine zwingende Vorschrift darüber bestehe, welcher Stichtag gewählt werden soll, und ich pflichte ihm bei, daß der Stichtag

dem Wahltag soweit wie möglich angenähert sein müsse. Ich bezweifle aber, daß ein Zeitpunkt, der mehr als  $1\frac{1}{4}$  Jahr zurückliegt, dem Wahltag soweit als möglich angenähert ist, zumal zwei Haupt- und mehrere kleinere Umzugstermine dazwischenliegen. Es würde deshalb zu prüfen sein, ob es technisch möglich sei, einen später liegenden Zeitpunkt als Stichtag zu nehmen, etwa den 1. Oktober, der dem Jahre der Wahl vorausgeht, weil dann der letzte größere Umzug beendet sein würde. Die technischen Bedenken des Rämmerers scheinen mir nicht zwingend zu sein, und hauptsächlich glaube ich nicht, daß das Steuerjahr, was hier zu berücksichtigen wäre, dasjenige sein soll, welches mit dem 31. März 1908 abgeschlossen hat. Es wird dem Herrn Stadtrat nicht unbekannt sein, daß gerade in der Zeit nach dem 31. März zahlreiche Ortseinsohner erst die Fähigkeit erworben haben, Bürger zu werden. Soll für diese Leute auch erst das Steuerjahr von früher gerechnet werden, wo sie überhaupt noch gar keine Bürger waren? Soll bei den Personen, die am 31. März 1908 noch kein Jahr hier wohnen, gar keine Möglichkeit gegeben sein, in die Bürgerrolle eingetragen zu werden? Die Konsequenz, die aus der allgemeinen Berücksichtigung des Steuerjahres 1907/08 hergeleitet wird, ist von dem Ausschusse viel zu weitgehend gezogen worden, als daß sie richtig sein könnte. Es steht in der Städteordnung, daß derjenige wählen kann, der die Steuern des vorhergehenden Jahres bezahlt hat. Dabei ist nicht gesagt worden, des vorhergehenden Steuerjahres, so daß es sich hier um eine irrige Auslegung des Begriffes „Jahr“ handelt. Der Stadtkämmerer gibt zu, daß es technisch möglich sei, dem Wunsche des Antragstellers gerecht zu werden, wenn auch mit Schwierigkeiten. Schwierigkeiten sind aber nicht dazu da, daß sie umgangen werden sollen. Jedenfalls entstehen größere Schwierigkeiten, wenn der Stichtag des Magistrates beibehalten würde. Durch die Umzüge der Einwohnerschaft wird selbstverständlich das Wahlverfahren sehr erschwert, und es ist schon schwierig, den Einwohnern die Wahlzettel zuzustellen. Dazu kommt die große Unstimmigkeit, wenn man den 1. Oktober 1907 als maßgebend ansehen wollte, weil dann alle diejenigen wahlberechtigt sein würden, die damals hier Bürger waren, wenn sie auch inzwischen vielleicht nach Glesmarode verzogen wären. Sind diese Leute inzwischen wieder hierher gezogen, so würde sich nichts dagegen einwenden lassen, daß sie ihr Wahlrecht ausüben können. Das Verwaltungsgericht hat immer den größten Wert auf die Einheit der Wähler gelegt, hier werden aber zur Zeit der Wahl Leute gezwungen, mitzuwählen, die in einem ganz anderen Bezirke wohnen. Ich glaube, daß es mit dem Geiste der Städteordnung nicht im Einklange steht, wenn man in einem Bezirke auch solche Wähler zuläßt, die in einem ganz anderen Bezirke wohnen, und ich fürchte, daß die Wahl vom Verwaltungsgerichte für ungültig erklärt werden würde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte den Standpunkt des Ausschusses nicht für widerlegt. Die Bejorgnis des Herrn Vorredners darf ich wohl zerstreuen, als ob andere Gründe für den Ausschluß vorgelegen haben, das verflossene Etatsjahr als maßgebend für den Wohnsitz anzusehen, denn das ist nicht der Fall gewesen. Wer übrigens noch bis in die letzten Tage hinein das Bürgerrecht erworben hat, ist in der Wählerliste nachgetragen worden, dem Stamme der Wahlberechtigten schließt sich also die Liste wohl an, nicht aber dem augenblicklichen Wohnsitz einzelner Wähler. Die Darlegungen des Stadtkämmerers sind uns überzeugender gewesen, weil es die Darlegungen eines Praktikers sind, als die theoretischen Erörterungen des Herrn Dr. Jasper. Es kommt uns nicht auf die Richtigkeit, sondern auf die Richtigkeit und Zuverlässigkeit der Listen an, und dieser Standpunkt führt dahin, die Beschwerde zu verwerfen, zumal jeder einzelne infolge der Benachrichtigung durch Karte weiß, wo er zu wählen hat.

Die Verwerfung der Beschwerde wird darauf von der Versammlung beschlossen.

## II. Einsprachen gegen die bessere Befestigung einer Fußwegstrecke am Neustadtringe.

Herr Bürgermeister Meyer: Das Projekt über die bessere Befestigung der betreffenden Fußwegstrecke hat ausgelegen und es ist dagegen von zwei Seiten rechtzeitig Einspruch erhoben, nämlich erstens vom Bäckmeister Sievers, Neustadtring 1. Herr Sievers besitzt ein noch unbebautes Gelände mit ziemlich langer Front und ist der Ansicht, daß die bessere Befestigung der bezeichneten Straßenstrecke wohl ganz wünschenswert, aber nicht notwendig sei. Gegen das Projekt müßte er Einsprache erheben, weil er zurzeit nicht in der Lage wäre, die verhältnismäßig hohen, sich auf 580,35 Mark belaufenden Kosten zu tragen. Der zweite Einspruch ist erhoben von dem Inhaber der Zierfischzuchterei, Herrn Weinhausen, Neustadtring 13, der Eigentümer von sieben Grundstücken ist, die sämtlich kostenpflichtig sein würden. Der von diesem zu zahlende Beitrag beläuft sich auf 1347,91 Mark. Er führt zur Begründung seiner Einsprache an, daß er bei dem Ankauf der Grundstücke angenommen hätte, daß die Kosten für den Straßenbau von den Grundstücksbesitzern nicht mehr zu tragen seien, auch hätte er über seine Mittel anderweit disponiert und wäre nicht in der Lage, diese verhältnismäßig hohe Summe zu zahlen. Von der Kommission ist anerkannt worden, daß die beiden Herren verhältnismäßig hohe Beiträge zu leisten haben, und es ist in Aussicht genommen, daß bei deren Einziehung möglichst schonend verfahren werden solle, aber einstimmig hat die Kommission erklärt, daß die gegenwärtig etwas klammen Verhältnisse

der beiden Anlieger nicht dahin führen könnten, das aus Gründen des öffentlichen Wohles beschlossene Projekt zu hemmen. Die Kommission gibt daher anheim, die beiden Einsprachen zu verwerfen.

Herr Sander: Es läßt sich nicht verkennen, daß die beiden Anlieger sehr stark zu den Straßenkosten herangezogen werden, aber eine Ausnahme kann unmöglich gemacht werden und wir können dem Antrage auf Verwerfung der Einsprache, namentlich unter Berücksichtigung des vom Magistrate zugesagten Entgegenkommens, zustimmen. Bei diesem Punkte möchte ich auf eins aufmerksam machen. Es ist dies wieder ein Fall, wo den Enthusiasten für die Wertzuwachssteuer klar gemacht wird, welche schwere Last den Hausbesitzern auferlegt wird . . . .

Vorsitzender: Ich möchte bitten, davon abzugehen, hier auf die Wertzuwachssteuer einzugehen, wir könnten uns sonst zu lange damit beschäftigen.

Herr Sander: Ich wollte nur dokumentieren, daß es sehr schwer wird, Herr Dr. Jasper . . . . .

Vorsitzender: Ich bitte wiederholt, nicht darauf zurückzukommen. Werden die beiden Einsprachen verworfen? — Das ist der Fall.

Dann schließe ich die öffentliche gemeinschaftliche Sitzung.

Dauer von 8 bis 8¼ Uhr.

---



**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 28. Januar 1909.

**Tagesordnung:**

Anträge des Herrn Bunge:

- |                                                                              |           |
|------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Verwilligung von Mitteln für Beschaffung umfangreicher Arbeiten . . .     | Seite 586 |
| II. Gewährung außerordentlicher Unterstützungen für Arbeitslose usw. . . . . | " 586     |
| III. Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung . . . . .                    | " 586     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadtrat von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Bues, Kalmß, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Sander, Schmidt und Wolters; außerdem fehlt Herr Esdorn.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung mit dem Bemerkten, daß die Versammlung auf Antrag des Herrn Jasper und Genossen in Gemäßheit des § 55 der Städteordnung einberufen sei. Sodann fährt der Herr Vorsitzende fort:

Der Punkt I der Tagesordnung:

## I. Verwilligung von Mitteln für Beschaffung umfangreicher Arbeiten

(Seite 538 des Berichts über die Sitzung vom 7. Januar d. Js.) wird durch die beiden anderen Anträge überholt, der Herr Antragsteller legt daher kein Gewicht auf dessen Beratung, so daß der Gegenstand abgesetzt wird. Wir gehen deshalb über zur Beratung der beiden anderen Gegenstände der Tagesordnung.

Herr *W e i ß e l* (zur Geschäftsordnung): Ich nehme an, daß die beiden Sachen zusammen behandelt werden können. (Zustimmung.)

## II. Gewährung außerordentlicher Unterstützungen für Arbeitslose u.

### III. Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung.

Die Anträge lauten:

„II. Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrate den Betrag von 20 000 Mark zu außerordentlichen Unterstützungen für die durch Arbeitslosigkeit heimgesuchten Arbeiter und 3000 Mark zur Beschaffung von warmem Frühstück in der Schule für diejenigen Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, zur Verfügung zu stellen, ohne daß diese Unterstützungen als Armenunterstützungen angerechnet werden.

einer Arbeitslosen-Versicherung auf der Grundlage des Genter

III. Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zwecks Einführung Systems in nächster Zeit eine Vorlage auszuarbeiten und den Stadtverordneten zu unterbreiten.“

Zur Begründung der beiden Anträge erhält das Wort Herr *B u n g e* : Es war in der vorigen Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden mitgeteilt worden, daß die Finanzkommission und der Magistrat sich auf den Standpunkt gestellt haben, für möglichst umfangreiche Arbeiten Sorge zu tragen. Augenblicklich ist noch starker Winter, und wenn auch der gute Wille da ist, so kann doch vieles, was zu machen wäre, noch nicht in Angriff genommen werden. Die Arbeitslosigkeit wird aber immer größer und es kommen immer noch neue Meldungen, daß Fabriken Arbeiter entlassen. In einem Betriebe an der Hamburgerstraße sind gestern wieder 40 bis 50 Arbeiter entlassen worden, und es ist keine Aussicht vorhanden, den Arbeitslosen ein anderes Unterkommen zu verschaffen. Die meisten Fabriken arbeiten schon mit verkürzter Arbeitszeit, mit 4, 4½, 5 und 6 Stunden, und so hielt ich es für angezeigt, daß mit Rücksicht auf die vielen vorhandenen und nicht unterzubringenden Arbeitskräfte gesorgt wird, damit sie nicht der bittersten Not preisgegeben werden. Es würde sich empfehlen, wenn die betreffenden Arbeiter seitens der Stadt durch Geldmittel unterstützt

würden, wie das in einer Reihe von Städten schon geschehen ist, und wenn die bewilligten Mittel den Gewerkschaften gleichmäßig zur Verfügung gestellt würden, damit diese die Gelder an ihre Arbeitslosen mit zur Auszahlung gelangen lassen können, wie das in anderen Städten auch geschieht. Die Gewerkschaften bieten die sichere Gewähr dafür, daß das Geld an den richtigen Mann kommt, und sie wissen auch am besten, wie viel Arbeitslose vorhanden sind.

Von einigen hiesigen Verbänden habe ich mir eine Zusammenstellung geben lassen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der gezahlten Unterstützungen, woraus ich folgendes mitteilen möchte. Der Deutsche Holzarbeiterverband, Zahlstelle Braunschweig, hat an Arbeitslosen-Unterstützungen gezahlt im Jahre 1906 = 947,57 Mark, 1907 = 1787,77 Mark und 1908 = 9354,33 Mark. Im Jahre 1908 wurden 327 Arbeitslose für 10 830 Tage unterstützt. Absolute Arbeitslosentage hatte dieser Verband 11 898 zu verzeichnen. Der Fabrikarbeiter-Verband hatte im Jahre 1907 zusammen 574 Arbeitslose mit 4923 Arbeitslosentagen und einer Unterstützungssumme von 4403,65 Mark aufzuweisen, während im Jahre 1908 vorhanden waren 580 Arbeitslose mit 13071 Arbeitslosentagen und einer Unterstützungssumme von 12 487,80 Mark. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Braunschweig, zahlte im Jahre 1907 an 261 Arbeitslose für 6154 Tage 7455,70 Mark und im Jahre 1908 an 1003 Arbeitslose für 26 438 Tage 31 729,91 Mark an Unterstützung. Für das Jahr 1908 bedeutet dies ein Mehr von 742 Arbeitslosen mit 20 284 Tagen und 24 274,21 Mark Unterstützung.

Sie ergeben hieraus einerseits, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit hier in der Stadt angenommen hat, andererseits aber auch, wie reichsreich die Gewerkschaften für ihre Mitglieder gewirkt haben. Ich möchte deshalb empfehlen, meinen Antrag in der Richtung anzunehmen, daß Sie sich mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen und die erforderlichen Maßnahmen mit ihnen treffen.

Was den zweiten Teil meines Antrages betrifft, zur Beschaffung von warmem Frühstück in der Schule 3000 Mark zu bewilligen, so weiß wohl jeder, wenn im Hause kein Geld ist, daß die Kinder in erster Linie mit darunter leiden müssen, und daß es für die armen Kinder von großem Vorteil ist, wenn sie morgens in der Schule ein warmes Frühstück erhalten, so daß sie im Hause nicht mehr zur Last fallen und auch für die Schularbeiten aufnahmefähiger sind. Ich möchte bitten, beide Anträge sofort zu beraten und anzunehmen.

Wie über dem kleinen Geschäftsmann, dem Bauer und Handwerker das Gespenst „Bankrott“ schwebt, so schwebt über jedem Arbeiter das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Mag es der tüchtigste, fleißigste und ehrlichste Arbeiter sein, er muß sich jeden Tag vermuten sein, daß er ohne Schuld hinauskommt und



monatelang auf der Straße liegen muß, weil er keine Arbeit findet. Man hat sich in einer Reihe von Städten schon mit der Arbeitslosenfürsorge befaßt und Versicherungen dafür eingerichtet; auch die Sozialpolitiker haben sich mit der Frage beschäftigt. Man hat z. B. in München 1905 eine derartige Arbeitslosen-Versicherung eingerichtet und einen jährlichen städtischen Zuschuß von 35 000 Mark dazu gegeben. In Leipzig sind schon 1903 und 1904 derartige Gründungen vorgenommen, natürlich auf privater Grundlage, und die sind zum größten Teile gescheitert. Erst neuerdings ist wieder eine Gesellschaft mit 60 000 Mark gebildet, aber auch die war nicht lebensfähig. So ist es auch in Köln a. Rh., wo für den Winter eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet ist, die sich bis jetzt ebenfalls nicht bewährt hat.

Man hat jetzt die große Arbeitslosigkeit nicht nur in Deutschland, sondern fast in der ganzen Welt, in Frankreich, Dänemark, Schweden, überall hat man sich mit der Arbeitslosenfürsorge befaßt, und zwar nicht nur in den Kommunen, sondern auch von Staats wegen. In Frankreich gibt man von Staats wegen jährlich 100 000 Francs Zuschuß und in Dänemark sogar 250 000 Kronen. Dort werden die Arbeitslosen bis zu 210 Tagen im Jahre unterstützt, aber nicht mehr, als täglich mit zwei Kronen. Sollen diese Versicherungen ganz bestimmt das erreichen, was man sich von ihnen verspricht, so muß man sich an erprobte Vorbilder halten. Das einzige System, was wohl Erfolg haben wird und auch schon gehabt hat, ist das Genter System und das Straßburger System, das sich mit einigen kleinen Änderungen an ersteres anlehnt.

Das Genter System bestimmt, daß jeder Arbeitslose während der Arbeitslosigkeit die Hälfte jenes Betrages aus städtischen Mitteln erhält, die er als Arbeitslosenunterstützung von seiner Gewerkschaft oder aus einer von der Stadt errichteten Spareinrichtung erhält oder von seinen Ersparnissen aus der Sparkasse bezieht. Nur wurde für den täglichen städtischen Zuschuß als Höchstgrenze 1 Franc festgesetzt. Der städtische Zuschuß für Unorganisierte wird von dem städtischen Arbeitsamt ausgezahlt, während die Gewerkschaftsmitglieder den städtischen Zuschuß auf den Kontrollstellen ihrer Gewerkschaften mit ausbezahlt erhalten. Diese städtischen Zuschüsse an Arbeitslose werden bis zu 50 Tagen pro Jahr gewährt. Streiks und Aussperrungen, sowie physische Arbeitsunfähigkeit können nicht Anlaß zu einer Entschädigung aus dem Arbeitslosenfonds geben. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wurde ein Spezialfonds gegründet, wozu eine städtische Subvention von 10 000 Francs auf drei Jahre im voraus festgelegt wurde.

Die Unterstützung an die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder wie an die arbeitslosen Sparfonds-Einleger begann am 1. August 1901. Es schlossen

sich im ersten Jahre 28 Gewerkschaften dem Spezialfonds an, auch entwickelte sich langsam die Spareinrichtung.

Dieses Beispiel der Stadt Gent hatten bis Ende 1906 in Belgien 25 Gemeinden nachgeahmt. Die 25 Gemeinden zahlten an 229 Gewerkschaften 46 700 Francs Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung; die Gewerkschaften selbst zahlten an 5019 Arbeitslose für rund 72 000 Tage 90 000 Francs.

Das Straßburger lehnt sich diesem System eng an und man hat mit ihm nach den vorliegenden Berichten großartige Erfolge erzielt. Das System ist 1907 angefangen. Wenn es Ihnen recht ist, daß ich die Satzungen vorlesen darf, so will ich es tun. (Zustimmung.) Die Bestimmungen sind folgende:

1. Die Stadt Straßburg bewilligt zunächst versuchsweise für die Dauer eines Jahres eine Summe von höchstens 5000 Mark, um die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu begünstigen.

2. Die Verwendung dieser Summe erfolgt in der Weise, daß jedem Arbeitslosen, welcher einer Arbeitslosenunterstützungskasse eines Berufsvereins von Arbeitern und Angestellten angehört, ein Zuschuß gezahlt wird zu dem Unterstützungsbeitrage, den er von seiner Kasse erhält.

3. Der Zuschuß tritt nur ein für Ortsunterstützung im Falle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Ist die Arbeitslosigkeit eine Folge von Streiks und Aussperrungen oder deren Folgen, von Krankheit, Unfall oder Invalidität, so tritt die Gewährung des städtischen Zuschusses nicht ein. Das gleiche gilt, wenn für den ursprünglichen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen nachträglich der Fall des Streiks oder der Aussperrung eintritt.

4. Der Zuschuß wird nur an solche Arbeitslose gezahlt, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit mindestens seit einem Jahre ununterbrochen in Straßburg wohnhaft sind.

5. Der Zuschuß beträgt 50 Prozent des Unterstützungssatzes, den der betreffende Arbeitslose jeweils von seinem Verein bezieht; der Höchstbetrag des städtischen Zuschusses ist jedoch 1 Mark pro Unterstützungstag. Sobald sich ergibt, daß bei Gewährung von 50 Prozent der Gesamtjahresbetrag des städtischen Zuschusses 5000 Mark übersteigen würde, tritt eine verhältnismäßige Kürzung des Zuschusses ein.

6. Der Zuschuß hört auf, wenn dem Arbeitslosen passende Arbeit im Beruf nachgewiesen wird.

7. Anspruch auf diesen städtischen Zuschuß haben diejenigen Vereine von Arbeitern und Angestellten, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, sofern sie bei dem Bürgermeisteramt einen entsprechenden Antrag stellen und sich den Bestimmungen dieser Ordnung unterwerfen.

8. Diese Vereine haben dem Bürgermeisteramt ihre Statuten und die jeweilige Ordnung ihrer Arbeitslosenunterstützungskassen einzureichen und diese Kasse von den übrigen Vereinszwecken getrennt zu verwalten. Sie haben ein laufendes Register zu führen, in welches regelmäßig eingetragen wird:

- a) Name, Vorname, Wohnung, Beruf aller Mitglieder, die Arbeitslosenunterstützung erhalten;
- b) der Betrag der Unterstützung, die von der Kasse des Vereins dem Betreffenden statutengemäß geleistet wird;
- c) der Betrag, der seitens der Stadt pro Tag und Kopf des betreffenden Arbeitslosen zugeschoffen wird;
- d) Datum des Beginns der Arbeitslosigkeit sowie des Beginns der Unterstützungsberechtigung;
- e) die Anzahl der Tage der Arbeitslosigkeit, sowie der Tage, für welche ein Unterstützungsanspruch besteht.

9. Die Vereine verpflichten sich, mit allen Kräften auf die möglichste Einschränkung der Arbeitslosigkeit bedacht zu sein. Die Mitglieder müssen sich deshalb im Falle der Arbeitslosigkeit spätestens am ersten Werktag nach Eintritt derselben auf dem städtischen Arbeitsnachweis eintragen lassen und sich dort täglich in der festgesetzten Stunde zur Kontrolle melden. Von dem Tage der ersten Eintragung beim städtischen Arbeitsnachweis beginnt die eventuelle statutarische Karenzfrist. Nur für diejenigen, Tage, an denen die Meldung im Arbeitsnachweis nachgewiesen ist, wird der städtische Zuschuß bezahlt.

10. Die Vereine zahlen ihren Mitgliedern den Betrag des städtischen Zuschusses vorchußweise aus. In der ersten Hälfte jeden Monats reichen sie dem Bürgermeisteramt die Rechnung des vergangenen Monats mit der Abschrift ihrer Arbeitslosenliste ein. Wird die Rechnung nicht rechtzeitig eingereicht, so ist der städtische Zuschuß erst im folgenden Monat zu zahlen.

11. Die Vereine gestatten dem Beauftragten des Bürgermeisteramts die Kontrolle ihrer Buchführung zum Zwecke der Beobachtung der Bestimmungen dieser Ordnung.

12. Jeder Betrug eines Vereinsmitgliedes, um unberechtigterweise Zuschuß zu erhalten, bewirkt den Ausschluß des Betreffenden von der Zuschußgewährung auf die Dauer eines Jahres. Wird nachgewiesen, daß ein Beamter des Vereins im Einverständnis mit dem Betrüger gehandelt hat, so kann der Verein für ein Jahr von dem Bezuge des städtischen Zuschusses ausgeschlossen werden.

13. Ueber Streitigkeiten aus dieser Ordnung entscheidet als Schiedsgericht ein Ausschuß aus der Aufsichtskommission der städtischen Arbeitsnachweisstelle. Derselbe besteht aus dem Vorsitzenden dieser Kommission und je einem der von

dem Gemeinderat in diese Kommission gewählten Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die letzteren Mitglieder werden von der Gesamtkommission gewählt.

14. Diese Ordnung tritt am 1. Februar 1907 in Kraft. Zum 1. Dezember 1907 ist dem Gemeinderate über die gemachten Erfahrungen eingehend zu berichten.

Wie ich schon bemerkte, hat dieses System die größte Befriedigung gefunden, und zwar nicht nur bei den Mitgliedern der Gewerkschaften, sondern auch bei den städtischen Behörden; ich möchte Sie daher bitten, auch bei uns eine derartige Arbeitslosenfürsorge einzuführen und meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Meiner Ansicht nach können wir die Anträge gleich heute beraten. Werden die Anträge ausreichend unterstützt? — Das ist der Fall. Sind Sie für sofortige Beratung der Anträge? — Das ist ebenfalls angenommen. Dann eröffne ich die Besprechung hierüber.

Herr Frühlings: Wir sind hier zu einer ganz außergewöhnlich dringenden Versammlung auf Grund dieser Tagesordnung zusammenberufen. Die Eröffnungen, die uns vom Vorstandstische eben gemacht worden sind, ändern diese Tagesordnung wesentlich ab. Der erste Punkt ist ganz gefallen, der Wortlaut des zweiten und dritten ist wesentlich geändert, die Absicht der Anträge ist wohl dieselbe geblieben. Die vorgenommene Aenderung erschwert aber für uns die Beratung, indessen wird es wohl genügen, wenn wir uns an die Absicht der Anträge halten. Die Absicht, die die Anträge Bunge verfolgen und die darauf abzielen, den Notleidenden und Arbeitslosen in hiesiger Stadt Hilfe zu bringen, hat meine volle, uneingeschränkte Sympathie, und ich stimme dieser Absicht vollständig zu. Ein großer Teil unserer städtischen Mitbewohner befindet sich in einer bedrängten Lage, viele sogar in direkter Not, und es ist wohl selbstverständlich, daß da alle Herren hier den Wunsch haben, diesen bedrängten und in Not befindlichen Mitbewohnern zu helfen, wo irgend wir können. Ich möchte diesen Standpunkt, den ich einnehme und den zweifellos auch die übrigen Herren hier sämtlich teilen, ganz besonders hervorheben und zum Ausdruck bringen, damit nicht etwa später andere irrtümliche Meinungen darüber verbreitet werden, oder, wenn sie nach außen gehen, Entstellungen darüber Platz greifen. Es ist niemand hier im Hause, der hervortritt in seinem Wohlwollen und seinen Bestrebungen, den Notleidenden zu helfen; es ist auch keine Partei hier, die in dieser Beziehung ein besonderes Vorrecht genießt, oder sich besonders um die Notleidenden bemüht, wir beanspruchen alle anerkannt zu sehen, daß wir in dieser Beziehung alle gleich stehen und die gleiche Fürsorge und die gleichen Wünsche für das Wohl der Arbeiter diesen entgegen bringen.

Auch die Thatfachen beweisen, daß wir hier im Hause durchaus gewillt sind, den Arbeitslosen zu helfen. Der erste Antrag Bunge, der dahin ging, Arbeiten für die Arbeitslosen zu beschaffen, ist fallen gelassen; es geht daraus hervor, daß der Antragsteller sich inzwischen überzeugt hat, daß dasjenige, was seitens des Magistrates und der Versammlung geschehen ist, seinen Antrag bereits überholt hat. Ich darf daran erinnern, daß wir schon in zwei Sitzungen über solche Vorlagen verhandelt haben, die Arbeit schaffen sollen. Es ist z. B. in der letzten Sitzung die Vorlage über den Bau der Jakobikirche, die der Magistrat, obwohl sie noch gar nicht vollständig fertig war, vorgebracht hat, behandelt, und das Haus hat die Dringlichkeit der Vorlage mit Rücksicht auf die vorhandene Arbeitslosigkeit anerkannt, und an die Spitze der letzten Tagesordnung gesetzt, auch hat das Haus hierbei nicht versagt und die für den Bau geforderten 350 000 Mark bewilligt. Allerdings ist dabei die merkwürdige Erscheinung hervorgetreten, daß, während alle anderen für die Vorlage waren, nur der Herr Antragsteller und seine Freunde dagegen gestimmt haben. Es ist mir unverständlich, wie sich eine solche Stellungnahme vereinigen läßt mit dem Antrage I, der hier vorgebracht wird und der bezweckt, daß wir für solche Arbeiten sorgen sollen. Aber ich will nicht jemand zur Verantwortung ziehen wegen seiner Abstimmung, das ist seine Sache und geht mich nichts an, das mögen die Herren mit sich abmachen, auch will ich auf die Gründe hierfür nicht eingehen, sondern mir liegt nur daran, zu konstatieren, daß wir in der Fürsorge für die Arbeiter, soweit es sich um Thaten handelt, niemals versagt haben, oder hinter jemand zurückgeblieben sind und daß wir bewiesen haben unsere Bereitwilligkeit, für die Arbeitslosen einzutreten. Wir haben uns, abgesehen von den bewilligten Vorlagen, auch darauf verlassen, daß uns aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters erklärt worden ist, er wolle alles tun, was in seiner Macht stehe, um Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen. Das ist direkt ohne weitere Anregung seitens des Herrn Oberbürgermeisters resp. des Magistrates geschehen. Es sind auch verschiedene Mitglieder der Versammlung, soviel ich weiß, auch der Herr Antragsteller, und Vertreter der Arbeiterschaft, bei dem Herrn Oberbürgermeister gewesen und haben alle dieselbe Antwort erhalten. Das ist für uns ein Beweis, daß alles getan werden soll, was möglich ist, um den Arbeitslosen zu helfen, und das muß uns genügen. Ich freue mich, daß dieses auch vom Herrn Antragsteller dadurch anerkannt worden ist, daß er den betreffenden Antrag jetzt fallen gelassen hat, obgleich seit der letzten Sitzung, wo die Dringlichkeit zu Tage getreten und deshalb der Antrag eingebracht ist, sich nichts geändert hat. Es freut mich, feststellen zu können, daß wir darin einig sind, daß diese Frage dahin aufgeklärt ist, daß alles geschehen ist und geschehen soll, was Arbeitsgelegenheit schaffen kann.

Der zweite Antrag ist nun dahin erweitert worden, daß jetzt einzelne Summen genannt sind, die von uns bewilligt werden sollen.

Vorsiehender: Eine Aenderung des Antrages hat nicht stattgefunden, er ist in der Tagesordnung nur abgekürzt wiedergegeben.

Herr Frühlings (fortfahrend): Ich konnte den Antrag nicht anders auffassen, als er uns schriftlich mitgeteilt ist. Eine Unklarheit bleibt in dem Antrage insofern bestehen, als unter „Arbeitslose“ zusammengefaßt sind die notleidenden Arbeitslosen und diejenigen Arbeitslosen, die nicht direkt notleidend sind, deren es aber eine ganze Masse gibt. Für alle Bauhandwerker bringt es die Jahreszeit mit sich, daß sie jetzt gar nicht, oder nur eingeschränkt beschäftigt sind. Diese müssen immer während der übrigen Zeit des Jahres dafür sorgen, daß sie in der Winterzeit etwas gedeckt sind und durchkommen können. Diese beiden Arten von Arbeitslosen können unmöglich in gleicher Weise behandelt werden, wie es der Antrag tut, sondern sie müssen gesondert behandelt werden und ich werde in meiner Besprechung danach verfahren.

Was die eigentlichen Notleidenden betrifft, so stehe ich dazu genau so, wie zur Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen; wir wünschen und erwarten, daß diese durch die Stadt voll unterstützt werden. Wir stehen alle auf dem Standpunkte, daß hier nicht Bürger frieren oder hungern dürfen, ohne daß ihnen von seiten der Stadt geholfen wird. Wir erwarten und sind überzeugt, daß in dieser Beziehung ebenso, wie für Arbeitsgelegenheit gesorgt werden soll, auch Unterstützungen für die Notleidenden beschafft werden. Wir werden ebenso, wie wir Arbeitsgelegenheit bewilligt haben, auch die Mittel bewilligen, die der Magistrat für Unterstützungen für notwendig hält und von uns fordern wird. Aber derartige Mittel, wie Herr Bunge es wünscht, den Gewerkschaften zur Verteilung zu überweisen, um auf diese Weise den Uebelstand zu vermeiden, daß diejenigen, die eine Unterstützung erhalten, auch das über sich ergehen lassen müssen, was das Gesetz an solche Unterstützungen knüpft, das ist ein Ansinnen, dem ich nicht zustimmen kann und wohl auch nicht die Mehrheit der Versammlung. Es ist eine gesetzliche Vorschrift, daß diejenigen, die eine Unterstützung genießen, auch die im Gesetze vorgeschriebenen Folgen zu tragen haben. Eine Umgehung dieser gesetzlichen Bestimmungen durch die Form, in der die Unterstützung gewährt wird, anzustreben, das ist nicht möglich. Es bleibt nur übrig, die wirklich Notleidenden an die Armenverwaltung zu verweisen und diese mit den nötigen Mitteln zu versehen. (Zwischenrufe auf der Tribüne. Unruhe.) Stellen Sie der Verwaltung alle Mittel zur Verfügung, die sie zu haben wünscht, aber eine Gesetzesumgehung vorzunehmen durch Ueberweisung von Unterstützungssummen an die Gewerkschaften, das ist nicht möglich, wenigstens würde ich mich dazu nicht entschließen können. Aber auch aus dem weiteren

Grunde scheint es mir unmöglich zu sein, Unterstützungssummen den Gewerkschaften oder einzelnen Parteien zu überweisen, weil wir dafür sorgen müssen, daß öffentliche Unterstützungsgelder auch unparteiisch verteilt werden. Wird das aber wohl geschehen, wenn die Gelder den Gewerkschaften übergeben werden, die direkt unter der Leitung und dem Einflusse einer einzelnen Partei stehen? Da hört die Unparteilichkeit wohl auf! Wenn es umgekehrt wäre und die Arbeitgeber verlangten, die Gelder zu verteilen, was würden Sie dann wohl sagen? (Zwischenrufe von einem Teile der Versammlung und von der Tribüne. Große Unruhe.)

Vorjitzender: Die Galerie darf sich nicht in die Verhandlungen einmischen, sonst wird sie geräumt!

Herr Fröhling (fortfahrend): Wir müssen jedenfalls dafür sorgen, daß die Verteilung von Unterstützungsgeldern streng unparteiisch geschieht und wir müssen sie deshalb unbedingt in der Hand des Magistrates lassen, nicht aber sie einzelnen Gewerkschaften oder Parteien ausliefern. Wir haben das Vertrauen zu dem Magistrat, daß er uns Vorlagen für die Bewilligung von Geldern macht, sobald die verfügbaren Mittel zur Bekämpfung der Not nicht mehr ausreichen. Vorläufig ist dies, soweit ich in Erfahrung gebracht habe, nicht der Fall, sondern es stehen für diese Zwecke noch hinreichende Mittel der Verwaltung zur Verfügung. Es liegt mithin für uns keine Veranlassung vor, heute auf diesen Antrag hin Gelder zu bewilligen. Der Antrag, soweit er sich auf Geldbewilligung bezieht, ist mithin überflüssig, weil ausreichende Mittel vorhanden sind, und soweit er eine neue Verteilungsart vorsieht, ist er unannehmbar, weil diese Verteilungsart gesetzlich unzulässig sein würde.

Aus diesen Gründen bin ich nicht in der Lage, für den Antrag zu stimmen, sondern empfehle den Uebergang zur Tagesordnung und zwar in der Erwartung, daß der Magistrat zurzeit genügende verfügbare Mittel zur Unterstützung der Notleidenden besitzt, und sobald dies nicht mehr der Fall sein sollte, uns eine Vorlage zur Bewilligung weiterer Mittel zugehen lassen wird.

Was nun den letzten Antrag betrifft auf Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung, so ist das eine Sache, die eigentlich gar nicht in eine dringliche Vorlage gehört. Der jetzigen Arbeitslosigkeit kann dieser Antrag nicht entgegenwirken, denn bevor er erledigt werden kann, ist selbstverständlich der Winter und vielleicht auch der Sommer vorüber. Ein derartiges Statut läßt sich nicht so schnell machen, es muß erst reiflich erwogen werden. Wollen die Antragsteller aber ernstlich an diese Frage herantreten, so wird es notwendig sein, daß sie auch auf den Standpunkt der übrigen Parteien entsprechende Rücksicht nehmen. Wenn die anderen Parteien die nötigen Mittel hergeben sollen, um solche Arbeitslosenversicherung ins Leben zu rufen, so muß doch hierfür eine

Grundlage geschaffen werden, welche den anderen Parteien die Sicherheit gewährt, daß sie durch die Hergabe dieser Mittel nicht selbst direkt geschädigt und in ihrem Erwerbsleben benachteiligt werden. Wenn wir aber nachsehen, wie die gewaltigen Mittel verwendet werden, welche die Gewerkschaften in Händen haben, und die von der Arbeiterschaft selbst aufgebracht werden, so kommen wir doch zu einem ganz anderen Ergebnis, als es nach den Ausführungen des Herrn Bunge scheinen könnte. Die Unterstützungssummen sind verhältnismäßig gering; im allgemeinen aber handelt es sich um Hunderttausende, die die Arbeiterschaft für ihre Interessen aufbringt und verwendet. Wenn nun aber, wie im vorliegenden Falle, von einer Partei bei anderen Parteien eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nachgesucht wird, und diese Partei ist in der Lage, über solche gewaltigen Summen zu verfügen, so erscheint es mir doch angezeigt, nachzusehen, ob denn diese Summen nicht etwa zum Schaden derjenigen verwendet werden, die jetzt angegangen werden, eine Unterstützung zu bewilligen, die im Grunde nur die gedachten verfügbaren großen Summen vermehrt. Zum Schaden der übrigen Parteien gereicht es aber, wenn die Summen verwendet werden, um Streiks zu arrangieren. Gegenüber den Hunderttausenden, die für Streiks ausgegeben werden, sind die paar tausend Mark zur Unterstützung von Arbeitslosen, die Herr Bunge uns hier vorgelesen hat, ganz verschwindend gering. Aber alle die Hunderttausende, die für Streiks aufgewendet und für Organisationen ausgegeben werden und die ins Ausland gehen, sie alle werden den Ersparnissen der Arbeiter entnommen. Ließe sich denn von diesen großen Summen nicht ein Teil für die Arbeitslosen verwenden? Oder sollen diese Mittel wieder alle für andere Bedürfnisse im Sommer Ihre Kassen füllen? (Herr J a s p e r: Sie sollen in die Armenkasse!) Mir ist es unverständlich, daß dieselben Arbeiter, die diese gewaltigen Summen aufgebracht haben, jetzt hungern sollen und daß wir angegangen werden, ihnen Unterstützungen zu geben, wo sie doch nur ihre Kassen zu öffnen und hineinzugreifen brauchten, um der Not zu steuern. Hier böte sich die beste Gelegenheit, um jene großen Mittel wohlthätig und nutzbringend zu verwenden und zwar im eigenen Interesse derselben Leute, die sie gesammelt haben. Wir würden einverstanden sein, in eine Beratung über die Versicherung der Arbeitslosen einzutreten, wenn es auf einer uns annehmbaren Grundlage geschehen könnte und wenn wir die Sicherheit hätten, daß die betreffenden Summen nur für die Arbeitslosen verwendet werden und nicht etwa indirekt auch dazu, um Streiks zu arrangieren und Unfrieden zu stiften und dadurch die Fundamente der Familien zu zerstören. (Herr W e s e m e i e r: Sie haben keine Ahnung davon!)

W o r j e n d e r: Ich bitte Herrn Wesemeier, den Redner nicht zu unterbrechen. (Herr O h l e n d o r f: Er darf aber niemand verdächtigen!) Wenn



ich eben darum bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, so haben Sie auch zu schweigen, Herr Ohlendorf! (Herr Ohlendorf: Zwischenrufe müssen gestattet sein!)

Herr Frühlings (fortfahrend): Ich habe schon erklärt, wir sind alle dafür, den Arbeitslosen und Notleidenden zu helfen, aber wir halten es für angezeigt, daß die großen Summen erst wieder denjenigen zugute kommen, die sie gesammelt haben, bevor Sie Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln beantragen. (Zustimmung.) Ich bringe dieses nicht vor, um jemanden anzugreifen und zu verdächtigen, sondern weil ich davon überzeugt bin, daß es nur auf solcher Grundlage möglich ist, von den anderen Parteien die Zustimmung zu einer Arbeitslosenversicherung zu erhalten. Wenn Sie auf diese Weise eine Grundlage schaffen, auf der wir uns alle vereinigen könnten, um eine Arbeitslosenversicherung ins Werk zu setzen, so würden wir das mit Freuden begrüßen. Wenn die Herren sich aber dem verschließen und die gewaltigen von den Arbeitern gesammelten Summen nur im einseitigen Interesse der Partei verwenden wollen, so fehlt die Grundlage, auf der wir uns vereinigen können. Ohne dies lohnt es sich nicht, in eine Kommissionsverhandlung einzutreten, sie würde vollständig aussichtslos sein. Ich kann mich daher nicht entschließen, dafür einzutreten, den Antrag einer Kommission zu überweisen, die ihre Zeit nur nutzlos hierauf verwenden würde. Wenn Sie uns aber in dem bezeichneten Punkte entgegenkommen wollen, so ist es möglich, eine Vereinbarung darüber unter allen Parteien herbeizuführen, und wir wollen dann gern in weitere Verhandlungen eintreten. Das ist kein Angriff auf irgendeine Partei. (Herr Zäpper: Familienzerstörung.) Ich habe nicht gesagt, daß einer der Herren die Familien zerstörte, ich habe gesagt, durch die Streiks würden die Fundamente der Familien zerstört und jeder von Ihnen wird wissen, daß bei Streiks die Ersparnisse einer großen Anzahl von Familien verloren gehen und damit die Fundamente dieser Familien zerstört werden. (Herr Zäpper: Wie ist es mit den Aussperrungen?)

Vorsitzender: Herr Dr. Zäpper, ich verbitte mir Ihre Unterbrechungen; ich muß dringend bitten, den parlamentarischen Takt hier hochzuhalten. (Herr Zäpper: Das wird provoziert!)

Herr Frühlings (fortfahrend): Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß ich jemanden provoziert hätte. Sie können es nicht als Provokation betrachten, wenn man Ihnen das Bild der Sachlage so darstellt, wie andere Leute es sehen. (Rufe: Das Bild ist falsch! Unruhe auf der Galerie.) In Ihrem Sinne mag es vielleicht falsch sein, aber den anderen Parteien erscheint es so und Sie können uns nicht die Berechtigung absprechen, hierüber, wie auch über alles andere, ein eigenes Urteil zu haben! Ich will Ihre Beurteilung nicht

anfechten, aber unsere Beurteilung der vorliegenden Frage ist so, wie ich es dargestellt habe. Ich bin bereit, in eine Verhandlung über Arbeitslosenversicherung einzutreten, sobald uns eine allen Parteien annehmbare Unterlage dafür geschaffen und vorgelegt wird. Die jetzige im Antrage enthaltene Unterlage ist dazu nicht angetan.

Ich kann hiernach nicht dafür stimmen, den Antrag einer Kommission zu überweisen, sondern muß den Herren anheimgeben, die Sache auf einer anderen Grundlage neu zu bearbeiten. Wie die Sache jetzt liegt, bitte ich, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Aber ich will nochmals ausdrücklich hervorheben, damit mir nicht hinterher eine falsche Unterstellung gemacht wird, daß ich hier gesprochen habe, um die Möglichkeit zu schaffen, zu einer Arbeitslosenversicherung zu gelangen auf einer allen Parteien annehmbaren Grundlage und ich erkläre nochmals ausdrücklich mein und unser aller Einverständnis dazu, daß alles getan wird, um den wirklich Notleidenden unter den Arbeitslosen zu helfen. (Zurufe aus der Versammlung und von der Galerie.)

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die Zwischenrufe zu unterlassen. Es sind selbstverständlich über diese Sache verschiedene Ansichten in der Versammlung, wohin soll es aber führen, wenn jeder Andersdenkende den Redner unterbricht!

Herr W e s e m e i e r: Wenn es nach der Meinung des Vorredners ginge, so stände es sehr schlecht um die Arbeiterchaft, denn es würden dann die Löhne auf ein Niveau herabgedrückt werden, das namentlich den Geschäftsleuten recht unangenehm sein würde. Das sollte eigentlich auch jemand begreifen können, der nicht auf unserem Standpunkte steht, daß Lohnerhöhungen lediglich durch Kämpfe herbeigeführt werden und daß die Löhne auf ihrem alten Niveau stehen bleiben würden, wenn die Arbeiter nicht organisiert wären und sich nicht einen Kampffonds sammelten. Der Herr Vorredner hat hier ein Bild entworfen über die wirtschaftlichen Fragen, welche die Arbeiter bewegen, das eben von ihm ausgedacht ist, in Wirklichkeit aber nicht besteht. Daß die Arbeiter ein solches Zerrbild nicht für sich geltend ansehen, dürfte sich auch der Vorredner sagen können, zumal wenn er mit solchen Vorschlägen kommt, daß die von der Arbeiterchaft gesammelten Gelder zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet werden sollen. Die Gewerkschaften tun mehr als Sie glauben, sie haben sich ein bestimmtes Statut geschaffen, um die Arbeitslosen zu unterstützen, sie nehmen ihnen die Verantwortung für die in Not geratenen Kollegen ab, denn die müßten Sie aus der Armenkasse unterstützen, wenn das nicht seitens der Gewerkschaften geschähe. Wenn man dann sagt, durch Streiks würden die Familien zerstört, so hat der Vorredner nicht bedacht, wodurch die größten Kämpfe ent-

standen sind, ich brauche dabei nur an den allergrößten Kampf zu erinnern, an die Metallarbeitersperrungen. Meint der Herr Vorredner vielleicht, daß dadurch keine Familien zerstört seien? Das Bild malt sich beim Vorredner so, daß die Streiks nur i ch ä d l i ch sind für die Arbeiter. Darüber kann man aber mit ihm nicht rechten, er kennt einfach die Gedanken der Arbeiter nicht und er weiß nicht, wie sich die Arbeiter ihre Zukunftspläne zurechtlegen und welche Gedanken den Arbeiter im wirtschaftlichen Leben bewegen.

Es möchte Ihnen wohl angenehm sein, wenn die Arbeiter sagten, wir wollen der bürgerlichen Gesellschaft, die die Not und das Elend schafft, die Verantwortung dafür abnehmen und wollen das Geld aus unseren Kassen ausschütten; es bleibt dann auch in guten Zeiten alles beim alten und die Lohnfrage bleibt links liegen. Das könnte dem Herrn Vorredner und seinen Bravourfern wohl passen, aber den Arbeitern nicht. Ich glaube nicht, daß der Vorredner einer Unternehmerorganisation vorschlagen würde, mit ihrem Unternehmerfonds den in Konkurs geratenen Kollegen zu helfen.

Nun ist vom Herrn Vorredner auch das Wohlwollen hervorgehoben, das er der Notlage der Arbeiter entgegenbringt. Wir wußten, wie außerordentlich schwierig es ist, die Not, wenn sie erst da ist, von seiten der Stadt zu bekämpfen, und deshalb sind wir früh genug herangetreten und haben schon im vorigen Sommer die Anregung gegeben, Vorbereitungen zu treffen, und frühzeitig Mittel zu ergreifen, damit eine größere Arbeitslosigkeit vermieden würde. Das ist schon monatelang vorher geschehen, ehe nur der geringste Hinweis von der Stadt gekommen ist, daß für die Beseitigung der Not etwas getan werden sollte.

Wie es aber mit dem so sehr hervorgehobenen Wohlwollen der Versammlung und des Vorredners aussieht, haben wir gesehen, als im Anfange der heutigen Sitzung darüber abgestimmt wurde, ob die Frage überhaupt behandelt werden sollte, bei welcher Gelegenheit nicht einer von Ihnen mit Ausnahme meiner Freunde für die sofortige Behandlung der Sache stimmte. Nun hat der Herr Vorredner gesagt, daß man in der vorigen Sitzung den Kirchenbau beschlossen habe und wir merkwürdigerweise dagegen gewesen seien, wenigstens nicht dafür gestimmt hätten. Das ist ein eigenartiges Ding, und ich glaube, der Vorredner steht auf demselben Standpunkte. Wir halten es für Unsinn, daß wir über Gelder einer außenstehenden Gemeinde verfügen sollen, und deshalb beteiligen wir uns niemals an derartigen Bewilligungen. Das gehört nicht in die Versammlung hinein. (Widerspruch.) Auch unter Ihnen sind Leute, die derselben Meinung sind. Die hiesigen Gewerkschaften — und ich möchte bitten, daß der Vorredner sich das ins Gedächtnis einprägt — haben in der hiesigen Stadt im letzten Jahre allein 60 000 bis 70 000 Mark für Arbeitslose ausgegeben. Wenn Sie diese Summen hören und stellen sie in Vergleich zu denen, die

durch die Armenkasse ausgegeben sind, so ist das für die Stadt sehr beschämend. Ich bitte, das nicht im üblen Sinne auszudeuten. Wie ist es aber mit der Armenunterstützung selbst? Heute morgen kommt ein Mann weinend zu mir und sagt, er sei seit Mitte Oktober entlassen worden, habe von da bis kurz vor Weihnachten nur 3 bis 4 Tage in der Woche gearbeitet und 12 bis 14 Mark verdient; der Mann hat eine gebrechliche Frau und 3 Kinder, er selbst war von herkulischem Bau und jetzt scheinen ihm die Knochen durch die Backen, weil ihn der Hunger so heruntergebracht hat. Der Mann will Armenunterstützung haben und hat sich am 5. Januar an die Armenverwaltung gewendet, worauf er vom Armenpfleger 10 bis 12 Mark erhalten hat. Heute aber hat ihm der Armenpfleger gesagt, er erhielte nichts mehr, weil die Armenpfleger das nicht für nötig hielten. Das ist die Pflege der Stadt. Für seine kleinen Kinder hat er seit Montag keine Milch zu trinken bekommen, und dafür hat er müssen seine politischen Rechte hergeben. Für solches Linsengericht sollte man aber die Fahne des Gesetzes nicht hervorziehen.

Ich glaube auch nicht, daß es so schwierig sein würde, Mittel flüssig zu machen und an die Notleidenden auszuteilen, ohne daß dies als Armenunterstützung angerechnet wird, wenn man nur den guten Willen hat. Diese 60 000 bis 70 000 Mark der Gewerkschaften sind der Armenkasse abgenommen, worüber Sie froh sein und den Gewerkschaften entgegenkommen sollten, die so segensreich wirken und so erhebliche Zuschüsse leisten, nicht aber sollten Sie diesen eigenartigen Standpunkt einnehmen und die Gewerkschaften veranlassen wollen, auch diejenigen Mittel für die Notleidenden zu verwenden, die sie für andere Zwecke, die auch noch zu erfüllen sind, angesammelt haben, zumal die Not durch die Gesellschaft, durch die bürgerliche Ordnung hervorgerufen ist. Der Herr Vorredner jagte, wenn man den Gewerkschaften die Mittel überweisen würde, so wäre das einer Partei gegeben und knüpfte daran die Bemerkung, wie es wohl aufgefaßt werden würde, wenn man die Gelder den Unternehmern zur Verteilung geben würde. Wie kommen denn aber die Unternehmer mit den Arbeitslosen zusammen? Sie stehen doch nicht in der leisesten Verbindung damit, während die Gewerkschaften in ständigem Kontakt damit stehen und eine ständige Kontrolle darüber führen. Hier soll ja auch die Stadt die Kontrolle über die Arbeitslosen führen. Wie sollten die Gelder wohl zu Parteizwecken verwendet werden können! Wir müssen entschieden über den Rahmen dessen, was bis jetzt geschehen ist, hinausgehen; wenn daher in dem Antrage gesagt worden ist, es möchten 20 000 Mark bewilligt werden, so werden Sie selbst sagen müssen, daß das ein recht minimaler Betrag ist, sofern er auf die einzelnen Arbeitslosen je nach deren Bedürftigkeit verteilt werden soll. Die Summe reicht nicht hin, um die Not selbst nur notdürftig zu beseitigen. Wir klammern uns

auch nicht daran, daß die Summe den Gewerkschaften überwiesen werden soll, das steht gar nicht im Antrage, das mögen Sie vielmehr machen, wie Sie wollen; wir wollen nur, daß das Geld verteilt wird, ohne daß der Gluch des Armseins den Empfängern aufgedrückt und ihnen das politische Recht, zum Reichstage zu wählen, genommen wird. Das könnte manchem Herrn passen, wenn nach schnurgeradem Händchen gegangen würde, obgleich es recht gut möglich wäre, es auch anders zu machen, wenn also jeder Pfennig als Armenunterstützung angerechnet würde, der dem Hungrigen und Frierenden gegeben wird. Es handelt sich hierbei nicht nur um diejenigen, die ganz und gar arbeitslos sind, und verschiedene Herren unter Ihnen wissen auch ganz genau, daß eine Anzahl Arbeiter vorhanden sind, die  $4\frac{1}{2}$  Stunden täglich arbeiten und 1,60 Mark Lohn verdienen. Auch für diese muß etwas getan und ihnen von der Stadt entgegengekommen werden, denn es ist zweifellos, daß es einer großen Anzahl der teilweise Arbeitenden recht recht schlecht geht und am Hungertuche nagt. Die Stadt ist selbst Gewerbetreibender und könnte z. B. recht gut den Koks der Gasanstalt für die Notleidenden zum Selbstkostenpreise abgeben. Weshalb geschieht das nicht? Wir haben doch wirklich früh genug darauf aufmerksam gemacht. Weshalb müssen wir überhaupt erst kommen und anregen, daß etwas geschieht, und dann heißt es noch, nicht Sie, sondern wir haben das größte Wohlwollen für die Arbeitslosen. In den verschiedenen städtischen Betrieben gibt es vielleicht manche Stelle, wo die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter zu sehr ausgedehnt wird, und man könnte recht gut mehr Hilfskräfte einstellen, wodurch mancher Arbeiter untergebracht würde. Vielleicht sind auch hier und da Arbeiten auf das Frühjahr hinausgeschoben, z. B. Aufräumarbeiten, die jetzt gemacht werden könnten. Und wenn nur einige Tage Arbeitslose damit beschäftigt werden, es hilft doch dem einzelnen und die Not wird gelindert.

In Ihre Häuser kommen die Leute nicht so und betteln, weil sie wissen, daß an der Tür das Schild „Verein gegen Bettelerei“ prangt, aber wer heute einmal durch die Straßen geht mit mittleren und Arbeiterwohnungen, der kann sehen, wie ehrenhafte Männer und Familienväter in die Wohnungen kommen und sagen, wir haben kein Brot für unsere Kinder. Hierfür hat der Reiche keine Empfindung, wohl aber der kleine Mann, wenn er auch selbst in Arbeit steht; aber in die Wohnungen der Großen kommen solche Unglücklichen nicht, und es würde ihnen auch schlecht bekommen. Wir aber sehen und empfinden das Elend, denn das Elend verbirgt sich und geht betteln in den Straßen, wo es mitfühlende Menschen weiß. Ich habe selbst schon verschiedene Leute in meiner Wohnung angetroffen und mir gesagt, wie ist es möglich, daß solche Leute zum Bettel greifen, ehrenwerte Männer; nachdem sie mir aber ihre Lage geschildert hatten, war es für mich nicht mehr erstaunlich, daß es bei ihnen dahin kommen mußte.

Deshalb könnte man auch dem Antrage zustimmen, daß die Stadt größere Mittel zur Verteilung bringen möchte. Das beste wäre immer, wenn Arbeit geschaffen werden könnte, aber weil es einmal nicht möglich ist, für alle Arbeit zu schaffen, so müssen außerordentliche Mittel verteilt werden. Wie die Verteilung vorgenommen werden soll, ist Ihre Sache, uns kommt es nicht darauf an, wie die Mittel verteilt werden, sondern daß sie verteilt werden.

Ebenso ist es mit dem warmen Frühstück für die armen Kinder. Ich möchte empfehlen, eine Statistik durch die Lehrer aufnehmen zu lassen, wieviel Kinder dabei in Frage kommen würden. Das hätte auch schon längst geschehen können. Man könnte hier gern noch einige tausend Mark dem Aufkommen aus der Hauswaldstiftung hinzufügen, da aus dieser Stiftung nur etwa 200 Kinder warmes Frühstück bekommen können. Man kann auch hier helfen, wenn man nur will. Ich möchte dringend bitten, von Ihrem bisherigen Standpunkte abzugehen und nicht zu sagen, die Leute sollen ihre politischen Rechte verlieren. Es handelt sich um brave und ehrliche Arbeiter, die in Not sind und nicht etwa um Bummler, denen geholfen werden muß, aber die Arbeiter dürfen nicht noch ihre politischen Rechte verlieren.

Herr R i c k e: Wenn wir hier heute in einer außerordentlichen Sitzung zusammen sind, so scheint es auf verschiedenen Seiten so auszusehen, als wenn man sich nicht gern dazu verstanden hat, hierher zu kommen; ich wäre auch gern zu Hause geblieben, aber erst kommt das Notwendige und dann die Bequemlichkeit.

Die Rede des Herrn Frühling hatte in ihrem ersten Teile einen anderen Anklang, aber im letzten Teile kontrastierte sie ganz gewaltig. Wenn Herr Frühling sich darüber aufregt, daß die Gewerkschaften Hunderttausende aufbringen, so hat er das nicht nötig. Wer nicht von dem Federpöhlle heruntergekommen ist und nie auf Stroh gelegen hat, auch nie die Not des Lebens kennen gelernt hat, von dem kann man kein anderes Urteil verlangen. Wenn gesagt wird, die Hunderttausende könnten für die Not ausgegeben werden, so geschieht das schon zu einem guten Teile und zwar im Interesse der Stadt resp. der Armenkasse. Wenn er weiter die Ausgestaltung der Presse und der Parteiorganisation anführt, so geschieht das auch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, und darauf sind die Arbeiter stolz und zwar mit Recht stolz. Deshalb wollen sie aber ihre politischen Rechte nicht aufgeben und dem Armenrecht unterworfen werden.

Wenn man die Not ansieht, so kann man sich erklären, daß Fälle vorgekommen sind, wo ein Armer sich in einem Bäckerladen zwei Bröte faßt und damit fortläuft; er wurde darauf von der Sicherheitsgewalt festgenommen, aber schließlich, als man sich erkundigt hatte, daß die Frau Kartoffelschale für die

Kinder auf dem Feuer stehen hatte, hat man den Mann nicht bestraft, sondern hat ihn laufen lassen und der Bäcker hat ihm noch einige Bröte ins Haus geschickt. Das ist vor 6 oder 7 Jahren passiert. Solche Zustände wollen wir aber abwehren.

Wenn die Gewerkschaften in der Zeit, wo eine gewisse Hochkonjunktur vorhanden ist, diese Mittel ansammeln, so kommen sie eben denen zugute, die sie angesammelt haben, die nicht organisierten Arbeiter erhalten davon allerdings nichts, die mögen Sie übernehmen. Die sogenannten „Gelben“, die den Arbeitern in den Rücken fallen sollen, damit die Löhne nicht über das allernotwendigste Maß hinausgehen, das sind solche Machinationen, die klar vor Augen liegen. Zu solchen Maßnahmen braucht man diese Garde als Reserve. Das weiß die organisierte Arbeiterschaft recht gut und deshalb trifft sie ihre Maßnahmen, damit die organisierten Arbeiter nicht der Verelendung anheimfallen. Das sollte man aber nicht bekämpfen; wir wollen keinen Dank dafür, aber man sollte das wenigstens anerkennen. Es ist wunderbar, daß das nicht geschieht, und ich habe mich auch gewundert, daß in der Rede nicht auch Bebel oder Singer genannt sind als solche, die wir unterstützten. Partei und Gewerkschaften ist nun einmal eins, aber wir stehen hier als Vertreter für die, die sich in der größten Not befinden und für die etwas geschehen muß. Wenn man hier die Streiks so bekämpft, so kann man sich nicht wundern. Allerdings eine Stadtverordnetenmehrheit ist nicht vorhanden, die für die Arbeiter eintritt, sie bewilligen wohl Gelder für hohe Beamte, aber für die Kleinen im Volke ist nicht viel übrig. Der Herr Oberbürgermeister hat ja selbst erklärt: Streikende Arbeiter beschäftigen wir nicht, aber wir haben nun einmal keine andere Waffe und von Reichs wegen ist sie uns garantiert. Aber wie steht es in Wirklichkeit damit? Hier steht die Organisationsfreiheit und dicht daneben steht der Galgen, wo die Arbeiter daran gehängt werden.

Die indirekten Steuern und die Hurravertreter von 1907 haben ganz elend gewirtschaftet, und die Arbeiterschaft hat allen Anlaß und ein Recht dazu, alles aufzubieten und dafür zu kämpfen, daß die Löhne nicht sinken, und dabei ist der Streik im äußersten Falle für gerechtfertigt erklärt. Damit müssen Sie sich schon abfinden, denn ohne Streiks werden sich die Arbeiter nicht helfen können. Was die vorliegenden Anträge betrifft, so handelt es sich darum, eine Summe auszuwerfen, womit der äußersten Not abgeholfen werden soll. Wenn Sie damit betrauen wollen, die Summe zu verteilen, das soll Ihre Sache sein, wir haben nicht darauf bestanden, es den Gewerkschaften zu überlassen, aber davon bin ich überzeugt, würden die Gewerkschaften die Sache regeln, unparteiischer und besser würde sie von keinem geregelt werden. Wenn das aber nicht geschehen soll, so machen Sie es, wie Sie wollen, aber erklären Sie sich bereit — wir sind

jetzt Ende Januar und der Winter ist noch hart im Gange — daß etwas für die Not der Arbeitslosen geschieht.

Daß wir heute im Bausch und Bogen das Genter System nicht einführen können, ist richtig, und auf dem Standpunkte stehen wir auch. So gut wie Straßburg und andere Städte sich ein Statut gemacht haben, wollen wir es auch. Deshalb ist auch in dem Antrage gesagt worden, daß der Magistrat erjucht werden solle, eine Vorlage zu machen. Diese Vorlage soll aber unabhängig sein von dem jetzt für notwendig erachteten Eingreifen der städtischen Behörden. Wir wissen aus Erfahrung, es wird weder vom Reiche, noch von den Kommunen ohne weiteres eine Arbeitslosenstatistik eingeführt, sondern erst die Gewerkschaften und die moderne Arbeiterbewegung muß es den Herren vormachen. Es wäre hier kein städtischer Arbeitsnachweis vorhanden, hätten nicht die Gewerkschaften einen, und erst hierdurch war man gezwungen mitzugehen, um den anderen das Feld abzugraben und Konkurrenz zu machen. Trotzdem haben wir aber dafür gestimmt, weil wir die Einrichtung für zeitgemäß halten. Wir stimmen auch für Dinge, die nicht nur die Sozialdemokraten angehen, sondern die Sache der Menschheit sind.

Herr Weichsel: Ich glaube nicht, daß wir so blind gegen die zurzeit herrschende Notlage sind, wie Herr Wesemeier sagt, denn wir haben unsere Bereitwilligkeit zu helfen, soweit das im Bereiche der Möglichkeit der städtischen Behörden liegt, genügend dokumentiert. In dieser Beziehung stehen wir alle auf demselben Standpunkte. Die von dem Herrn Antragsteller vorgeschlagenen Wege sind für mich aber ungangbar. Was soll es bedeuten, wenn man hier 20 000 Mark zur Unterstützung von Arbeitslosen zur Verfügung stellt? Wer soll das Geld verteilen, und wie soll es verteilt werden? Den Gewerkschaften es zu geben behufs Verteilung, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Organisationen sind (Unterbrechungen), ist ein vollständig unmöglicher Weg. Wenn man aber davon absieht, so fehlt jede Möglichkeit einer Kontrolle über die Verwendung des Geldes.

Was den zweiten Antrag, die Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung nach dem Genter oder Straßburger System betrifft, so ist die Sache noch nicht spruchreif und bedarf noch längerer Erwägungen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß unsere weiteren Debatten über diese Sachen vollständig zwecklos sind und stelle daher einen Antrag auf Schluß der Debatte.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wir müssen bei den Anträgen zwei Dinge scharf auseinanderhalten, das ist auf der einen Seite die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit und auf der anderen Seite die Unterstützung der Arbeitslosen. Das sind zwei vollständig von einander verschiedene Begriffe, und darüber ist sich wohl auch der Herr Antragsteller klar. (Zustimmung.)



Ueber die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit läßt sich sprechen; ich persönlich stehe allerdings auf dem Standpunkte, daß es eine bedenkliche Maßregel sein würde, wenn eine einzelne Stadt in dieser Gegend damit vorgehen würde, eine Arbeitslosen-Versicherung einzuführen. Bedenken Sie, daß in dem Momente, wo wir eine solche Versicherung einrichten würden, der Zuzug von Arbeitslosen von außen ein ganz gewaltiger sein würde. Wenn diese Sache überhaupt mit Erfolg durchgeführt werden soll, so kann meiner Ueberzeugung nach nur von Reichs wegen Abhilfe geschaffen werden. Was will es sagen, wenn eine Stadt wie Straßburg zu solchem Zwecke 5000 Mark hergibt? Darüber jetzt abstimmen zu lassen, ob eine Arbeitslosen-Versicherung hier eingeführt werden soll oder nicht, halte ich für unpraktisch, man müßte darüber erst eingehend in der Kommission beraten. Herr Bunge hat hier viele Zahlen vorgeführt, die man erst prüfen müßte und dazu wäre erst das betreffende Material herbeizuschaffen. Es ist das eine sehr schwierige Frage, mit der man sich nicht im Handumdrehen abfinden kann.

Nun kommt die Unterstützungsfrage. Die Stadt soll die jetzige Not dadurch beseitigen, daß sie Geld hergibt. Dagegen ist nichts zu sagen; nun verknüpfen Sie damit einen Antrag, der den Magistrat in eine Zwangslage bringt. Den Gesetzen sind wir alle untertan, und wir können nicht sagen, hier eine Ausnahme vom Gesetze machen zu wollen, und wenn wir es tun wollten, so würde es uns nichts helfen, sondern es würde von oben herab verfügt werden, daß wir nach den Gesetzen zu verfahren haben. Wenn mit derartigen Unterstützungen solche Folgen verbunden sind, so ist das nicht unsere Schuld. Sollen wir vielleicht gegen das Gesetz verstoßen und erklären, wir handeln dagegen? Das werden Sie nicht verlangen. Wie kommen Sie außerdem dazu, zu beanspruchen, daß nur den unglücklichen Leuten, die durch die Arbeitslosigkeit genötigt sind, die Unterstützung der Stadt in Anspruch zu nehmen, das Wahlrecht vorbehalten bleiben soll, während es allen anderen Notleidenden entzogen werden soll? (Widerspruch.) Sie würden es also am liebsten sehen, wenn gar keinem Armen- geldempfänger das Wahlrecht entzogen würde. (Zustimmung.) Das mag wohl Ihr Standpunkt sein, aber gegen das Gesetz können wir alle nicht, wir müssen dem Gesetze nun einmal untertan bleiben. Darüber ist nicht wegzukommen und wenn wir das Geld auch indirekt verteilen, es würde das dieselben Folgen haben. In der Kommissionsberatung hat Herr Dr. Jasper darauf hingewiesen, daß der Magistrat schon ähnliche Sachen gemacht habe, ohne daß die hier hervorgehobenen Folgen eingetreten seien, nämlich bei der Unterstützung des Vereins gegen Bettelerei. Weshalb unterstützen wir aber diesen Verein? Weil wir es mit Freuden begrüßt haben, daß der Verein sich bereit erklärt hat, die von außen zuwandernden Handwerker usw. mit dem Notdürftigsten zu versehen. Das

ist keine angenehme Aufgabe, aber er hat sie erfüllt und hat uns diese Aufgabe abgenommen. Der Verein hat seine Aufgabe jetzt erweitert; es ist aber, wenigstens so lange ich Mitglied des Vorstandes war, strenge darauf gehalten, daß der Verein nicht solche Leute unterstützte, die die Armenunterstützung noch nicht in Anspruch genommen hatten. Es sollte dadurch verhütet werden, daß diese Unterstützungen nicht die Folgen des Gesetzes haben würden.

Ich sehe keine Möglichkeit ein, über die Klippe wegzukommen, und für mich bleibt nichts anderes übrig, als zu sagen, die Stadt kann der leider herrschenden Not nur dadurch steuern, daß sie, soweit es möglich ist, Arbeit schafft. Daß das geschehen soll, habe ich hier wiederholt gesagt und kann es auch heute nur wiederholen. Herr Wesemeier hat dann gesagt, man könnte Arbeiten, die im Frühjahr ausgeführt werden sollen, schon im Winter beginnen lassen. Dagegen haben wir im Magistrate nichts einzuwenden, aber ich frage Sie, können wir alle derartigen Arbeiten jetzt bei dem Froste ausführen lassen? Das ist uns nicht möglich. Wohl aber ist folgendes in letzterer Zeit geschehen: Wir haben verfügt, daß die Vergabung des Turmgerüstes zu St. Andreas, wofür 66 000 Mark bewilligt worden sind, sofort in Angriff genommen wird. Das ist ein Objekt, und es ist von Bedeutung, wenn eine große Fabrik Arbeiter beschäftigen kann. Weiter ist angeordnet, daß auf dem Steinhofe Wegearbeiten gemacht werden, und zwar läßt sich das in der Weise ausführen, daß größere Massen Bogasche und Steine von hier dorthin auf die Wege gebracht werden, wobei eine Zeitlang 30 bis 40 Mann Beschäftigung finden können. Die Deputation hat ihrerseits befürwortet, die Leute für die Zeit auf dem Gute unterzubringen und ihnen Morgenkaffee, Mittag- und Abendessen zu geben, damit sie nicht den Weg nach und von dem Steinhofe zu machen brauchen.

Weiter ist angeordnet worden, die Arbeiten im Bürgerparke zu vermehren, soweit das noch möglich ist. Ein größeres Arbeitsfeld ist dort allerdings nicht mehr vorhanden und die Arbeiten neigen sich ihrem Ende zu, wir haben aber trotzdem die Deputation ermächtigt, noch mehr Arbeiter einzustellen. Ferner sind Verhandlungen im Gange wegen des Umbaues der Neustadtmühle, und auch da wird ein größerer Auftrag erteilt werden, jedoch ist das Projekt noch nicht fertig. Da die Arbeitslosigkeit nach meiner Ueberzeugung noch länger andauern wird, so würden wir auch mit der Instandsetzung des Platzes für die landwirtschaftliche Ausstellung anfangen können, jedoch fehlen noch nähere Angaben darüber, wie die Sache ausgestaltet werden soll. Morgen früh wird die Deputation über die Erbauung des zweiten Wasserwerkes im Süden der Stadt beraten, wodurch auch eine Masse Arbeitsgelegenheit geschaffen werden wird. Alle diese Sachen werden wir betreiben, soweit uns das möglich ist.

Ich habe das Wort ergriffen, wesentlich, um heute eine Zustimmungserklärung dazu zu erhalten, daß Sie, wenn der Magistrat zur Beschaffung von Arbeit über die durch den Etat bewilligten Kredite hinausgeht, dieses genehm halten werden. Wir können nicht in jedem einzelnen Falle warten, bis die Herren zusammenkommen, wenn wir auch die Arbeiten nicht überstürzen wollen; ich glaube aber, wir können wohl auf Ihre Genehmigung rechnen, daß wir eventuell die Kredite überschreiten, und wenn nichts anderes beschlossen wird, so darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind. (Zustimmung.)

Vorsitzender: Darüber brauchen wir wohl keinen Beschluß zu fassen, der Magistrat kann sich versichert halten, daß ihm Indemnität erteilt wird. — Es ist sodann ein Antrag eingegangen, die Verhandlung zu schließen. Zum Worte hat sich noch Herr Jasper gemeldet. Wird der Antrag unterstützt? Das ist der Fall. Wünscht noch ein Herr gegen den Schluß zu sprechen?

Herr Jasper: Ich bin der Ansicht, daß, nachdem ein Mitglied des Magistrates das Wort ergriffen hat, die Debatte wieder eröffnet ist. (Widerspruch.) Wenn der Herr Vorsitzende aber anderer Meinung ist, so möchte ich bitten, den Schlußantrag abzulehnen, weil in der Sache doch noch manches zu sagen wäre, was dienlich sein könnte, um dem auch vom Herrn Oberbürgermeister anerkannten Missetand zu steuern. Hauptsächlich zwingen auch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters selbst zu einer Entgegnung.

Vorsitzender: Wer ist für den Schluß der Verhandlung? — Der Schluß ist angenommen. Dem Herrn Antragsteller erteile ich das Schlußwort.

Herr Bunge: Ich habe von vornherein gesehen, daß die Verquickung meiner verschiedenen Anträge für viele Herren nicht recht verständlich war, und ich hätte lieber gesehen, wenn der dritte Antrag einer Kommission zur Vorberatung überwiesen wäre, weil dann noch eine ganze Masse Material hätte herbeigeschafft werden können, das einen besseren Ueberblick über die Materie gegeben hätte.

Bezüglich des Antrages II möchte ich in Anbetracht dessen, daß die Notlage so groß ist, bitten, für die Arbeitslosen heute die Bewilligung außerordentlicher Unterstützungen zu beschließen, und ich bin auch mit einer Erhöhung der von mir beantragten Summe einverstanden. Ich habe nicht direkt gefordert, daß die Gelder den Gewerkschaften ohne weiteres überwiesen werden sollten, sondern ich hielt es nur für empfehlenswert, weil man es anderwärts auch so gemacht hat.

Vorsitzender: Ich möchte feststellen, daß ich nicht anders handeln konnte, wie geschehen ist; ich habe mich strenge an den Wortlaut des Briefes gehalten, den Herr Dr. Jasper an mich gerichtet hat und darin heißt es, daß beantragt würde, die drei Anträge des Stadtverordneten Bunge, die sich auf Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beziehen, zur Beratung zu stellen. Ich habe

also alles getan, um formell den Wünschen der Minorität, die zu schützen ich als Vorsitzender verpflichtet bin, entgegenzukommen.

Herr J a s p e r (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, über den Antrag II namentlich abzustimmen und den Antrag III in die Kommission zu verweisen.

V o r s i t z e n d e r: Es ist allerdings beschlossen, auch über den Antrag III sofort in die Beratung einzutreten, aber selbstverständlich kann die Versammlung jetzt noch beschließen, den Antrag III in die Kommission zu verweisen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag II namentlich ab.

F ü r die Genehmigung des Antrages stimmen die Herren: B u n g e, H e s s e, J a s p e r, O h l e n d o r f, N i e k e und W e j e m e i e r.

Gegen den Antrag stimmen die Herren: M e n h a u s e n, B ä h r, B u c h l e r, F r i e d e, F r ü h l i n g, G ö d e, H e l m o l d, K o c h, K o n e g e n, L e u e, L ö h n e f i n k e, M o h r, P r o b s t, R i b b e n t r o p, R i t t e r, T o l l e, V o g e und W e i c h s e l.

Der Antrag ist demnach mit 18 : 6 Stimmen abgelehnt.

Herr T o l l e (zur Geschäftsordnung): Wäre es nicht möglich gewesen, den Antrag II zu teilen?

V o r s i t z e n d e r: Ich halte das für unmöglich, weil in beiden Teilen des Antrages sich die Voraussetzung findet, daß die zu bewilligenden Unterstützungen nicht als Armenunterstützungen angesehen werden sollen. Es steht aber nichts entgegen, in der nächsten Zeit einen neuen Antrag einzubringen, in dem der Schulvorstand ersucht wird, Erhebungen anzustellen, ob nicht den armen Kindern irgendwie geholfen werden kann. —

Nun kommt der Antrag III. Wer ist dafür, den Antrag auf Einrichtung einer Arbeitslosen-Versicherung in eine Kommission zu verweisen? — Das ist die Mehrheit. Ich überweise den Antrag der S t a t u t e n Kommission zur Vorberatung, und schließe die Sitzung.

Dauer von 4 bis 6 Uhr.



# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. Februar 1909.

---

**Tagesordnung:**

|                                                                             |           |
|-----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Aufnahme einer Klage . . . . .                                           | Seite 613 |
| II. Verkauf von Postkarten durch das städtische Museum . . . . .            | " 614     |
| III. Erweiterung des Lehrplans in den unteren Bürgerschulen . . . . .       | " 614     |
| IV. Wohnungsentschädigung der Stadtgeistlichen . . . . .                    | " 615     |
| V. Ankauf eines Ackerstückes an der Totentwete . . . . .                    | " 622     |
| VI. Anschaffung eines Gaswärmehranfes . . . . .                             | " 623     |
| VII. Vergleich in einem Zwangsenteignungsverfahren . . . . .                | " 623     |
| VIII. Gesuch um Erlaß von Straßenbaukosten . . . . .                        | " 625     |
| IX. Errichtung eines Ausgleichsfonds . . . . .                              | " 626     |
| X. Ausbau der Karl Schmidtstraße . . . . .                                  | " 639     |
| XI. Vermehrung der Stellen von städtischen Nachtwächtern usw. . . . .       | " 639     |
| XII. Aenderung des Ortsbauplans im Hutfiltern . . . . .                     | " 643     |
| XIII. Veränderung der Gleisanlage auf der Humboldtstraße . . . . .          | " 647     |
| XIV. Schaffung neuer Lehrerstellen . . . . .                                | " 648     |
| XV. Abkommen mit der Sträßeneisenbahngesellschaft . . . . .                 | " 648     |
| XVI. Beschaffung von Mobiliar für eine neue Klasse der Realschule . . . . . | " 649     |

---

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Seele, Wagner, Südel, Lord und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Esdorn, Lübke und Wolters; später erscheinen die Herren Kalms, Meyerhoff, Ritter und Voge.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und teilt folgende Eingänge mit:

1. Eingabe eines Schlossers, der im Namen städtischer Arbeiter ausführt, daß die in der Statistik über die Löhne dieser Arbeiter enthaltenen Zahlen unrichtig seien. Die Finanzkommission hat beschlossen, die betreffende Statistik mit der Eingabe an den Magistrat zurückzugeben, um festzustellen, ob sich die Löhne tatsächlich so verhalten, wie sie in der Statistik stehen, oder ob sie, wie die Eingabe behauptet, geringer sind. Infolgedessen mußten die Punkte II und III der ursprünglichen Tagesordnung abgesetzt werden.

2. Gemäß einem früheren Beschlusse der Versammlung legt der Magistrat die Kassenabrechnung des Verkehrsvereins Braunschweig für das Jahr 1908 vor mit dem Bemerken, daß eine Prüfung des Abschlusses keine Anstände ergeben habe. Die Rechnung schließt mit 3567,09 Mark in Einnahme und Ausgabe bei einem Kassenbestande von 148,92 Mark. Die Abrechnung wird auf dem Tische des Hauses zur Einsichtnahme ausgelegt.

3. Der Magistrat gibt bekannt, daß bei den im vergangenen Monate abgehaltenen Stadtverordneten = Ersatzwahlen folgende Herren wieder oder neu gewählt worden sind. Baurat Frühlings, Sanitätsrat Dr. med. Henking, Rechtsanwalt Weichsel, Major a. D. Ribbentrop; Kaufmann Mohr, Kaufmann Möhle, Dr. med. Kleinknecht, Brennereibesitzer Böschigk; Malermeister Frick, Rechtsanwalt Dr. jur. Jasper, Redakteur Wejemeier und Kaufmann Hejje.

4. Im Verfolg des Beschlusses der Versammlung vom 21. Januar 1909 übersendet der Magistrat der Versammlung ein Schreiben folgenden Inhalts:

In der Sitzung vom 21. Januar 1909 haben die geehrten Herren beschlossen:

die von seiten der Reichsregierung geplante Einführung einer Lichtsteuer als eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung unserer Stadt zu erklären und an uns das Ersuchen zu richten, diesen Standpunkt der Reichsregierung mitzuteilen und sie zu ersuchen, von der Einführung derartiger Steuern abzuweichen.

Auf das uns von diesem Beschlusse in Kenntnis setzende Schreiben erwidern wir ergebnis folgendes:

Das Recht der Stadtverwaltung, zu solchen Maßnahmen der Staats- oder Reichsregierung, durch welche die Interessen der Gemeinde berührt werden, Stellung zu nehmen und eventuell dagegen vorstellig zu werden, kann auch nach unserer Ansicht nicht bestritten werden; aber wir können nicht anerkennen, daß wir verpflichtet wären, von jedem uns seitens der Herren Stadtverordneten unterbreiteten Beschlüsse, der eine Maßnahme der Regierung beanstandet, der letzteren ohne Rücksicht auf unsere eigene Auffassung Kenntnis zu geben.

Nach § 53 der Städteordnung steht den Stadtverordneten keine ausführende Gewalt zu, und wenn daher ihre Beschlüsse nach außen wirksam werden sollen, so ist das — von den Ausnahmefällen der §§ 105 und 106 abgesehen — nicht anders als in der Weise möglich, daß der Stadtmagistrat den Beschlüssen beipflichtet und die gewünschte Willenserklärung im Namen der städtischen Behörden abgibt. An dieser Rechtslage dürfte um so weniger zu zweifeln sein, als Anträge, welche bezwecken, „die der Erweiterung der Erwerbsquellen der Einwohner entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen“, nach der ausdrücklichen Vorschrift im § 51 der Städteordnung dem Stadtmagistrate zur Zustimmung unterbreitet werden sollen.

In dem oben erwähnten Beschlusse ist von unserer Zustimmung nicht die Rede; wir werden nur erjucht, „den Standpunkt der Stadtverordneten der Reichsregierung mitzuteilen“.

Sofern damit gesagt sein soll, daß es unserer Zustimmung nicht bedürfe, würden wir zur Wahrung unserer Rechte nicht umhinkönnen, schon aus Rechtsgründen das uns unterbreitete Ersuchen abzulehnen. Es mag aber sein, daß die geehrten Herren ein gemeinsames Vorgehen der städtischen Behörden haben herbeiführen wollen und wir nehmen daher Veranlassung, uns zu der Sache selbst zu äußern. Wenn, wie bei der Beratung des dem obigen Beschlusse zugrunde liegenden Antrages hervorgehoben wurde, im Falle des Zustandekommens der Regierungsvorlage die hiesige Stadt als Inhaberin der Gaswerke etwa 40 000 Mark und das Lichtwerk etwa 20 000 Mark jährliche Licht- und Kraftsteuer zu zahlen haben sollte, so würde damit ohne Frage eine Maßnahme getroffen, die die Finanzen der Stadt auf das empfindlichste berührt. Gleichwohl aber vermögen wir dem Beschlusse der geehrten Herren nicht beizupflichten.

Die städtischen Gaswerke haben in den letzten Jahren, wenn von den außerordentlichen Rückstellungen zur Beschaffung von 1 200 000 Mark für den Erweiterungsbau abgesehen wird, etwa 500 000 Mark p. a. abgeworfen, und wir hoffen, ähnlich günstige Resultate auch künftig zu erzielen. Wenn von diesem Reinertrage fortan das Reich die Summe von jährlich 40 000 Mark für sich beanspruchen sollte, so dürfte, mag auch das Opfer für den Stadtsäckel noch so



schmerzlich sein, dadurch eine Gefahr für die gedeihliche Entwicklung der Stadt nicht verursacht werden. Noch weniger aber würde diese Gefahr dadurch heraufbeschworen, daß das Lichtwerk 20 000 Mark zu opfern hätte, da diese Einbuße die der Stadt zustehende Abgabe von der Brutto-Einnahme nicht beeinträchtigt und eine durch die Steuer verursachte Herabminderung der Dividende unseres Erachtens nicht ohne weiteres die Folge zu haben brauchte, daß die städtischen Behörden wohl oder übel einer Erhöhung des Strompreises zustimmen müßten.

Nun verkennen wir zwar durchaus nicht, daß gewisse grundsätzliche Bedenken der Besteuerung solcher Erzeugnisse immer entgegenstehen, die für die Entwicklung des gewerblichen Lebens von großer Bedeutung sind, aber andererseits vermögen wir uns auch nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß hier nur städtische Interessen in Frage kämen und die Städte sorglos die Beseitigung der Finanznot des Reiches dem Reiche selber überlassen oder dasselbe gar zu hindern suchen sollten, von jeder Besserungsmaßregel abzuweichen, die die städtischen Finanzen beeinflusst. Für die von ihm bewilligten Ausgaben wird der Reichstag Deckung schaffen müssen. Die Frage, ob dazu andere als die jetzt von den verbündeten Regierungen empfohlenen Steuern geeignet sind und den Vorzug verdienen, wagen wir nicht zum Gegenstande unserer Erörterung zu machen und vermögen daher auch nicht die Frage zu beantworten, ob die seitens der geehrten Herren beanstandete Lichtsteuer entbehrt werden kann. Die Ueberzeugung aber herrscht bei uns vor, daß, wenn auch der neueste Versuch, die Reichsfinanzen zu bessern, scheitern sollte, eine ganz erhebliche Steigerung der Matrifularbeiträge und somit indirekt der Staatseinkommensteuer die unvermeidliche Folge sein müßte. Eine Gefahr für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Stadt würde nun zwar auch in dieser Steuererhöhung dann nicht zu erblicken sein, wenn das Anziehen der Steuererschraube in allen Städten des Reiches die gleiche Wirkung ausübte. Aber bei der Vielgestaltigkeit der Einnahmequellen der Einzelstaaten und der Gemeinden ist das nicht der Fall, und wir fürchten, daß eine starke Steigerung der direkten Steuern für unsere Stadt leicht nachteilig werden könnte, da sie in bezug auf manche durch Lage und schöne Umgebung bedingte Annehmlichkeiten von verschiedenen anderen Großstädten übertroffen wird. Jedenfalls aber glauben wir behaupten zu dürfen, daß die große Mehrheit der Einwohnerschaft ein Opfer von 40 000 Mark seitens der Gaswerke einer erheblichen Steigerung der Einkommensteuer vorziehen würde.

Zum Schluß möchten wir noch auf eins hinweisen. Soweit uns bekannt, hat es schon schwer gehalten, eine Verständigung unter den verbündeten Regierungen über die jetzt dem Reichstage unterbreitete Vorlage über die Reichsfinanzreform zu erzielen. Daß die Reichsregierung sich gleichwohl dazu verstehen sollte, von „der Einführung der Lichtsteuer abzuweichen“, d. h. also den

entsprechenden Teil ihrer Vorlage zurückziehen, wenn ihr die Erklärung der geehrten Herren unterbreitet werden sollte, halten wir selbst in dem Falle für gänzlich ausgeschlossen, daß wir dem obigen Beschlusse beipflichten sollten.

Solche Erklärungen aber, von deren völliger Wirkungslosigkeit wir von vornherein überzeugt sind, geben wir nicht gern ab.

Unter diesen Umständen müssen wir Bedenken tragen, dem Ersuchen der geehrten Herren vom 21. d. Mts. Folge zu geben."

Der Herr *Vorsitzende* macht sodann noch folgende geschäftlichen Mitteilungen:

Der Stadtverordnete, Herr Ribbentrop, hat den in der Sitzung vom 21. Januar d. Js. — Seite 562 des Berichtes — gestellten Antrag zurückgezogen.

Punkt 1 der heutigen Tagesordnung, betreffend den Antrag Hesse auf Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsbeamten, kann heute ebenfalls nicht beraten werden, weil beschlossen worden ist, die Beratung bis zur Antwort des Magistrates auf die Gehaltserhöhungen der städtischen Beamten auszusetzen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Aufnahme einer Klage.

Der Magistrat ersucht, der Aufnahme der von der Ehefrau Hampe gegen den Desinfektor Luckmann und den Magistrat gemeinschaftlich auf Zahlung von 65,95 Mark gerichteten Entschädigungsklage zuzustimmen, da von einem Verschulden der Stadtgemeinde oder einer Haftung für ihre Beauftragten hier nicht die Rede sein könne.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr *Weichsel*: Den Gegenstand der Klage bildet folgender Vorfall: In der Familie eines hiesigen Einwohners hat Scharlach geherrscht, und es ist dort vorchriftsmäßig desinfiziert worden, wobei auch Sublimat Verwendung gefunden hat. Nachher hat der betreffende Einwohner die Wäsche durch Frau Hampe waschen lassen, die infolge der vorhergehenden Behandlung der Wäsche mit Sublimat Auschlag an den Händen bekommen hat. Manche Personen sind nämlich gegen Sublimat sehr empfindlich. Die Frau Hampe hat sich in ärztliche Behandlung begeben müssen und ist einige Tage erwerbsunfähig gewesen. Sie hat sich wegen einer Entschädigung zuerst an den betreffenden Einwohner gewandt, ist aber mit ihrer Klage abgewiesen worden. Nun richtet sich die Klage gegen den Desinfektor Luckmann und den Magistrat auf Zahlung einer Entschädigung von 65,95 Mk. Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß der Prozeß für die Klägerin unhaltbar ist. Es liegt kein vertragliches Verhältnis zu der Frau vor, und wenn ein außervertragliches Verhältnis angenommen würde, so steht es fest, daß der

Desinfektor richtig gehandelt hat. Es wird deshalb empfohlen, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen, was geschieht.

## II. Verkauf von Postkarten durch das städtische Museum.

Die Museumsdeputation bittet um die Erlaubnis, Postkarten mit Darstellungen von Gegenständen aus dem städtischen Museum zugunsten des städtischen Museums mit Vorteil verkaufen zu dürfen. Vom Magistrate wird anheimgegeben, diesem Ersuchen zu entsprechen. Durch Anfertigung und Verkauf von Postkarten mit der Darstellung von Museumsgegenständen würde einem vielfach von Museumsbesuchern geäußerten Wunsche entsprochen werden, auch entspräche der Vertrieb der Karten durch die Museumsverwaltung dem Vorgehen der Verwaltungen der meisten anderen Museen des Deutschen Reiches.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr J a s p e r berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

## III. Erweiterung des Lehrplans in den unteren Bürgerschulen.

Der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen hat empfohlen, es möge auf Einführung des Massenschwimmunterrichts Bedacht genommen und dieser zunächst in acht zweiten Klassen der unteren Bürgerschulen eingeführt werden. Der Magistrat trägt keine Bedenken, dem Vorschlage zuzustimmen. Seine Verwirklichung setzt, da an dem Unterrichte alle in Betracht kommenden Schüler, soweit nicht in gesundheitlicher Beziehung Bedenken entgegenstehen, teilnehmen sollen, die Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums voraus, die im Falle der Zustimmung der Versammlung beantragt werden soll.

Was die Kosten betrifft, so belaufen sich diese einmalig für die auf den beiden städtischen Badeanstalten zu treffenden Einrichtungen zum Anbringen von Drahtseilen auf 800 Mark und für Anschaffung des erforderlichen Inventars auf rund 400 Mark, zusammen auf 1200 Mark. Die laufenden Kosten dagegen beschränken sich, da der Schwimmunterricht von den zuvor zu unterweisenden Turnlehrern erteilt werden soll, nur auf die Ausgaben für kleinere Anschaffungen usw., die auf jährlich 200 Mark geschätzt sind. Die Gesamtkosten können daher im Hinblick auf den erheblichen Nutzen, der durch den Massenschwimmunterricht erzielt wird, als gering bezeichnet werden. Mit der Benutzung der städtischen Badeanstalt zu fraglichem Zwecke hat sich der Pächter Hensel einverstanden erklärt. Es wird anheimgegeben, der in Rede stehenden Erweiterung des Lehrplanes zuzustimmen und die dadurch erwachsenden Kosten zu verwilligen.

Herr K o c h : Es ist schon einmal im Jahre 1906 auf Antrag der Versammlung ein derartiger Schwimmunterricht bei den Schülern der Schule an der

Leopoldstraße eingeführt worden, jedoch hatte sich die Sache nicht bewährt, indem von 30 Schülern 20 abfielen. Vielleicht geschah es aus Nachlässigkeit, oder weil der Unterricht in die schulfreie Zeit fiel, manche Schüler hatten wohl keine Lust, oder die Eltern brauchten die Kinder in der Zeit. Da aber das Schwimmen in gesundheitlicher Beziehung gut ist und auch für das spätere Leben der Knaben von Nutzen sein kann, so ersucht die Schulkommission um Genehmigung der Vorlage.

Herr H e f f e : Wenn ich recht verstanden habe, soll die Methode nur in einer Klasse der unteren Bürgerschulen eingeführt werden; ich möchte jedoch bitten, sie auf alle in Betracht kommenden Klassen auch der mittleren Bürger-schulen auszudehnen, da Baden und Schwimmen der Gesundheit sehr zu-träglich sind.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wir haben uns bei den ver-schiedenen Anträgen in bezug auf die Schulen bisher auf den Standpunkt ge-stellt, daß es erforderlich wäre, Einrichtungen der einen oder anderen Art besonders in den unteren Bürger-schulen zu treffen, weil die Eltern dieser Kinder zumeist nicht in der Lage sind, die Kosten für solche Sachen aufzubringen. Ich verweise daher nur auf den Kochunterricht. Der Schulvorstand hat sich aber auf einen anderen Standpunkt gestellt und gesagt, es sei wünschenswert, auch in den mittleren Bürger-schulen Einrichtungen solcher Art zu treffen. Es wird also vom Schulvorstande ein entsprechender Antrag an den Magistrat gerichtet wer-den, und ich zweifle nicht, daß der Magistrat ihm Folge geben wird. Demnach würde dem Wunsche des Herrn H e f f e voraussichtlich bald entsprochen werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

#### IV. Wohnungsent-schädigung der Stadtgeistlichen.

Diejenigen hiesigen Stadtgeistlichen, für welche eine Dienstwohnung nicht vorhanden ist, beziehen neben ihrem Bargehalte (4100 bis 6500 Mark) eine pensionsfähige Wohnungsent-schädigung von 1000 Mark und für die ihnen aus der Unterhaltung eines Dienstzimmers erwachsenden Mehrkosten eine nicht pensionsfähige Vergütung von 200 Mark. Im Einvernehmen mit dem Kirchen-kassenkollegium hält der Magistrat eine Erhöhung dieser Gesamtvergütung für angezeigt und zwar aus folgenden Gründen:

In der Regel wird der Satz von 1200 Mk. jährlich als ausreichend zu erachten sein, um für den Geistlichen hier in der Stadt eine angemessene Mietwohnung zu beschaffen; aber es ist zu berücksichtigen, daß der Geistliche bei der Auswahl seiner Wohnung auf die Wünsche seiner Gemeinde, die ihren Seelsorger gern tunlichst im Mittelpunkte des Gemeindebezirks wohnen sieht, Rücksicht zu neh-men gezwungen ist, und daß ferner ein zu häufiger Wechsel der Wohnung aus

dienstlichen Rücksichten tunlichst zu vermeiden ist. Daß diesen Gesichtspunkten am nachhaltigsten durch Erbauung von Dienstwohnungen Rechnung getragen wird, läßt sich nicht leugnen, und es ist deshalb erklärlich, daß wiederholt auf Schaffung von Dienstwohnungen auch für diejenigen Pfarrstellen angetragen ist, bei denen solche zurzeit fehlen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die durch Unterhaltung einer Dienstwohnung der Gemeinde Kirchenkasse erwachsende dauernde Ausgabe erheblich höher ist, als die vorerwähnte Wohnungsentanschädigung von jährlich 1200 Mark, und daß andererseits, wenn lediglich der Wunsch der Stellen-Inhaber als maßgebend anerkannt würde, aus Billigkeitsgründen alsbald für alle in Betracht kommenden 5 Stellen unter Aufwendung von mindestens 200 000 Mark Dienstgrundstücke beschafft werden müßten. Dazu vermochte sich der Magistrat um so weniger zu verstehen, als einerseits zurzeit Verhandlungen schweben wegen Vermehrung der Pfarrstellen zu St. Pauli bezw. Veränderung der Gebiete der einzelnen Kirchengemeinden und als andererseits gerade in der Pauligemeinde, deren Kirchenvorstand wiederholt die Erbauung von Dienstwohnungen für die dortigen beiden Geistlichen beantragt hat, geeignete Mietwohnungen, auch in der unmittelbaren Nähe der Kirche, genügend vorhanden sind. Endlich kommt in Betracht, daß es im Hinblick auf die erheblichen Ausgaben, welche in nächster Zeit durch die Instandsetzung des Andreasturmes und die Erbauung der Kirchengebäude zu St. Jakobi der Gemeinde Kirchenkasse erwachsen werden, dringend geboten erscheint, nicht unbedingt erforderliche Aufwendungen zu vermeiden bezw. auf die spätere Zeit zu verschieben. Das aber wird um so unbedenklicher geschehen können, wenn man die vorgedachte Wohnungsentanschädigung für die in Betracht kommenden fünf Stellen (Pauli I und II; Ulrich II; Jakobi; und Michaelis II) entsprechend erhöht.

Der Beschluß des Kirchenkassenkollegiums, wonach diese Erhöhung 300 Mark betragen soll, jedoch mit der Maßgabe, daß von der Gesamtvergütung von 1500 Mark — ebenso wie vom wirklichen Mietwerte der Dienstwohnung — nach wie vor nur die Summe von 1000 Mark pensionsfähig sein soll, bedarf der Zustimmung der städtischen Behörden, weil seine Ausführung als eine die Gemeinde Kirchenkasse bezw. die Steuerpflichtigen dauernd belastende Aenderung einer bestehenden Einrichtung anzusehen ist.

Der Versammlung wird hiernach anheimgegeben:

zuzustimmen, daß denjenigen im Hauptamte angestellten Stadtgeistlichen, denen eine Dienstwohnung nicht überwiesen wird, vom 1. April 1909 an eine Wohnungsentanschädigung von 1500 Mark, die indessen nur in Höhe von 1000 Mark als pensionsfähig gelten soll, gezahlt werde.

Vorjizender: Die Finanzkommission war so schwach besetzt, daß ich einige Referate habe übernehmen müssen. Namens der Kommission gebe ich anheim, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Sander: Im allgemeinen möchte ich bemerken, daß die Vorlage, deren Inhalt ich leider erst heute kennen lerne, zu sehr unpassender Zeit gekommen ist. Ich brauche mich wohl nicht weiter darüber auszulassen, woran das liegt. Zuerst war ich der Meinung, daß die Vorlage auf Antrag der betreffenden Geistlichen gekommen wäre, jedoch ist das nicht der Fall. Die betreffenden Geistlichen haben von dieser Vorlage nichts gewußt und auch die Kirchenvorstände sind nicht befragt worden; es ist also über deren Kopf hinweggegangen, ja die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses soll sogar gegen den Willen der interessierten Geistlichen und der Kirchenvorstände bewilligt werden. (Unruhe im Saale und auf der Galerie.) Einer der Herren hat mir erklärt, daß die Geistlichen, die von dieser Vorlage betroffen werden, entrüstet darüber wären, und daß sie es für ein großes Unrecht ansähen, ihnen solches in einer derartigen Zeit anzutun. (Zwischenrufe von der Galerie.)

Vorjizender: Ich bitte den Herrn auf der Galerie, sich ruhig zu verhalten. Wenn Sie sich nicht beruhigen, lasse ich Sie von der Galerie entfernen; ich habe Sie schon öfter beobachtet. — Die Vorlage ist übrigens vervielfältigt und sämtlichen Mitgliedern der Versammlung zugegangen.

Herr Sander (fortfahrend): Der jetzige Zeitpunkt ist tatsächlich nicht angemessen, um den Geistlichen eine Zuwendung zu machen, die sie nicht beanspruchen und die über den Rahmen des Normalen hinausgeht. Ich bin gebeten worden, das hier ausdrücklich hervorzuheben, und ich tue es gern, weil ich auf demselben Standpunkte stehe. Die Herren kommen hierdurch in eine ganz schiefe Lage, und es wird deren Ansehen in der Gemeinde sicherlich nicht gehoben. Ich fühle das dem betreffenden Herrn nach, der mir außerdem erzählte, es ständen noch mehrere der interessierten Geistlichen auf demselben Standpunkte, und der mich gebeten hat, für die Ablehnung der Vorlage einzutreten.

Da nun die Vorlage nicht durch eine Eingabe der Geistlichen entstanden ist, so habe ich mich umgehört, wodurch sie wohl veranlaßt sein kann und bin dabei zu folgender Vermutung gekommen: Einer der fünf Geistlichen hat sich auf der Promenade eine Wohnung gemietet, die erheblich teurer sein soll, als der Wohnungsgeldzuschuß ausmacht. Diesem sollen nun 600 Mark Mietsentschädigung mehr gezahlt sein, als er bisher bekommen hat; das habe man aber gegenüber den anderen Geistlichen als ein Unrecht empfunden und es durch diese Vorlage ausgleichen wollen. Ein solcher Grund ist für mich indessen nicht ausschlaggebend, um die Wohnungsgeldzuschüsse der Geistlichen allgemein zu erhöhen; ich stehe vielmehr auf dem Standpunkte, daß bei den hiesigen Mietpreisen der Be-

trag von 1200 Mark eine entsprechende Leistung ist gegenüber den Ansprüchen, die ein Geistlicher an eine Wohnung stellen kann und muß. Eine höhere Entschädigung halte ich für überflüssig. In der vorvergangenen Sitzung hat der Herr Oberbürgermeister schon angekündigt, daß die Kirchensteuer erhöht werden müsse. Dieser Umstand kommt noch hinzu, um sich gegen die Vorlage auszusprechen; man kann dreist erklären, daß es nicht recht ist, wenn das Kirchenkasten-Kollegium mit den städtischen Geldern so wenig haushälterisch umgeht, ohne daß ein Bedürfnis zu solchen Ausgaben vorliegt.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Was zunächst die formelle Seite der Sache betrifft, so möchte ich auf folgendes hinweisen: Ich kann nicht anerkennen, daß das Kirchenkasten-Kollegium verpflichtet wäre, bei jedem Antrage — auch soweit es sich um die Honorierung der Geistlichen handelt — zunächst die einzelnen Geistlichen und die Kirchenvorstände zu fragen, und daß es nicht berechtigt wäre, gegen deren Willen Anträge zu stellen. Den einzelnen Kirchenvorständen stehen bestimmte Rechte zu, die hiermit aber nicht kollidieren. Die sämtlichen Kirchen der Stadt sind zu einem einheitlichen Verbande vereinigt, und von den Organen dieses Verbandes geht die Regelung der Sache aus. Auch die Gehälter der Geistlichen werden nicht von den einzelnen Kirchenvorständen festgesetzt, sondern vom Kirchenkasten-Kollegium mit Zustimmung der städtischen Behörden, die auch die Kirchensteuer zu bewilligen haben. In formeller Beziehung liegt also ein Verstoß nicht vor.

Nun macht es allerdings einen wunderbaren Eindruck, wenn ein einzelner Geistlicher sagt, die Sache sei ihm unangenehm, und bittet einen Stadtverordneten, dagegen zu stimmen. Zunächst will ich dazu bemerken, daß dem betreffenden Geistlichen geholfen werden kann, indem wir die 300 Mark, sofern sie bewilligt werden sollten, ruhig in unserer Tasche behalten, wenn er sie nicht annehmen will. Verwendung haben wir dafür. Wir sind zu der Vorlage tatsächlich gekommen durch den von Herrn Sander erwähnten Fall, indem wir, resp. das Kirchenkasten-Kollegium uns auf den Standpunkt gestellt haben, daß in dem einen Falle notgedrungen ein verhältnismäßig hoher Zuschuß bewilligt werden mußte, daß aber andererseits bei den Beamten derselben Kategorie auch gleichmäßig zu verfahren sei. Dieses Recht der gleichmäßigen Behandlung des einzelnen Beamten haben auch Sie, meine Herren, uns gegenüber stets als unerschütterlichen Grundsatz hingestellt.

Wenn wir die Verhältnisse in den einzelnen Pfarren ansehen, so ist es Herrn Sander wohl nicht bekannt, daß die Mehrzahl der hiesigen Geistlichen Pfarrwohnungen haben und nur fünf auf Privatwohnungen angewiesen sind, also Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Es ist deshalb erklärlich, daß von mehreren Geistlichen und Kirchenvorständen wiederholt und immer wiederholt

Anträge auf die Herrichtung von Predigerwohnungen gestellt worden sind. Diesen Anträgen Folge zu geben, waren Magistrat und Kirchenkasten-Kollegium nicht ohne weiteres geneigt, weil wir uns sagten, es seien eine Menge passende Wohnungen in der Stadt zu haben, und die Geistlichen könnten teilweise sogar in der Nähe ihrer Kirche angemessene Wohnungen finden. Da nun aber die Anträge fortwährend wiederkehrten, so haben wir uns gesagt, es sei das richtigere, lieber eine etwas höhere Wohnungsentanschädigung zu geben, als immer noch neue Pfarrwohnungen zu bauen; denn es steht fest, daß die von uns hier gebauten Pfarrwohnungen durchweg so viel gekostet haben, daß die einzelnen Geistlichen, wenn man auch den Grund und Boden der Pfarrhäuser mit rechnet, doppelt so teuer wohnen, wie die Geistlichen ohne Pfarrwohnung jetzt an Wohnungsgeldzuschuß haben sollen. Es liegt auch eine gewisse Ungerechtigkeit darin, wenn man dem einen Geistlichen eine Wohnung gibt, während der andere sich fortwährend danach umsehen muß. Das Kirchenkasten-Kollegium hat deshalb die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses lediglich aus Gerechtigkeitsgefühl beschlossen.

Wenn Sie nun der Ansicht sein sollten, daß die Summe von 1200 Mark genügend ist — worüber sich allerdings streiten läßt — dann müssen Sie eben die Vorlage ablehnen. Für den einen Geistlichen, der fortwährend bombardiert hat, ihm eine Pfarrwohnung zu bauen und der jetzt weiß, er kommt bald in seine Wohnung hinein, ist es sehr leicht, zu sagen, ihm sei die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses unangenehm; jedenfalls kann ich es nicht schön finden, wenn ein einzelner Geistlicher so vorgeht. Es kommt bei der Sache wesentlich auf die Frage an, ob es richtig ist, daß den Geistlichen insofern entgegengekommen werden muß, als sie tunlichst in der Nähe der Kirche wohnen sollen. Wenn Sie dies Recht der Kirchengemeinde nicht bestreiten, so werden Sie dahin kommen, zu sagen, daß man in diesem Falle ein paar hundert Mark mehr ausgeben muß, als es sonst für den einzelnen Geistlichen wohl angemessen wäre. Was ist aber angemessen? Man nimmt im allgemeinen wohl an, daß etwa der vierte oder fünfte Teil des Einkommens auf die Wohnung verwendet wird, und in diesem Falle würde bei einem Einkommen von 6500 Mark die beantragte Erhöhung nicht zu hoch sein. Aber es läßt sich auch hierüber streiten, und wenn Sie der Ansicht sind, daß der beantragte Wohnungsgeldzuschuß zu hoch ist, so muß die Vorlage abgelehnt werden.

Herr Möhle: Ich bin im Gegensatz zu Herrn Sander im glücklichen Besitze der Vorlage des Magistrates und deshalb auch in der Lage gewesen, mich darüber zu informieren. Die vom Magistrate angeführten Gründe muß ich vollständig anerkennen, wenn er behauptet, daß die Prediger, welche im Besitze einer Pfarrwohnung sind, viel teurer wohnen, als diejenigen, die für die Wohnung entschädigt werden. Es ist richtig, daß wir für ein Anlagekapital, dessen



jährliche Verzinsung ungefähr dem Betrage der Wohnungsentanschädigung entsprechen würde, ein Pfarrdienstgebäude nicht herstellen können. In der Vorlage wird aber auch besonders hervorgehoben, die Kirchenkasse sei jetzt mit solchen Lasten verladen, daß von vornherein ein derartiger Neubau ausgeschlossen sei. Nun sind die vom Herrn Oberbürgermeister angeführten Gründe ohne alle Frage anzuerkennen, und man muß gerecht sein und sagen, daß von diesem Gesichtspunkte aus die Vorlage berechtigt ist. Ich will in Folge dessen auch an der Vorlage keine große Kritik üben, sondern mir in Folge der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nur die Frage erlauben, ob es gerade jetzt ein so dringendes Bedürfnis war, die Wohnungsentanschädigung um 300 Mark zu erhöhen. Für einen Prediger mit kleiner Familie wird eine Wohnung für 1200 Mark reichlich groß sein, er wird schon mit einer Wohnung für 800 bis 900 Mark auskommen. Aber selbst für einen Prediger mit großer Familie dürfte eine Wohnung für 1200 Mark nicht zu eng sein, er muß dann nur auf Komfort in der Wohnung mehr oder weniger verzichten. Schließlich kann doch Kirchenkassen-Kollegium und Stadt nicht dafür, daß die Familie so groß geraten ist. (Weiterkeit.) In Anbetracht dessen, daß der Kirchenkasse schon anderweit ganz erhebliche Lasten erblühen, stelle ich die Frage, ob es durchaus notwendig ist, daß gerade jetzt die Erhöhung erfolgen soll; wenn solche Notwendigkeit nicht vorliegt, so sind wir meiner Ansicht nach verpflichtet, die Vorlage abzulehnen.

Herr **W u e s** : Als derzeit die neuen Kirchen hier gebaut wurden, hieß es, daß ein Pfarrhaus genügen würde, um die beiden Pfarrer darin unterzubringen, jedoch wurde dagegen eingewendet, daß es nicht angängig sei, zwei Geistliche in demselben Hause unterzubringen, weil sie sich sehr schwer vertragen würden. (Weiterkeit.) Wenn bei der Bauleitung damals Ueberschreitungen vorgekommen sind, so kann das doch für uns kein Grund sein, die übrigen Prediger so hoch zu entschädigen, weil früher zu teuer gebaut ist. Bei der neuen Jakobikirche haben wir gesehen, daß sich solches Baumerk viel billiger herstellen läßt, als das früher geschehen ist und zwar deshalb, weil es diesmal nicht von der städtischen Bauverwaltung hergestellt wird. (Weiterkeit.) Tatsache ist jedenfalls, daß eine gewisse Entrüstung in der Bürgerschaft darüber herrscht, daß man in diesem Augenblicke den Geistlichen 1500 Mark für ihre Wohnung geben will. Ich verstehe auch nicht, wie man dazu kommen kann. Die Wohnungsverhältnisse sind hier nicht derartig, daß man nicht eine ganz gute Wohnung für 1200 Mark erhalten kann.

Herr **S a n d e r** : Der Herr Oberbürgermeister meint, daß ein Verstoß des Kirchenkassen-Kollegiums nicht vorliege. Das habe ich auch nicht gesagt, sondern ich habe nur das Recht für mich in Anspruch genommen, als Vertreter der Bürgerschaft, an der Vorlage Kritik zu üben, wenn sie mir nicht gefällt.

Ferner ist gesagt worden, daß man den Geistlichen, die höhere Mieten zu zahlen hätten, weil sie in der Nähe der Kirche wohnen sollten, entgegenkommen müßte. In dem von mir angeführten Falle liegt die Sache umgekehrt: der betreffende Prediger ist weiter von der Kirche fortgezogen und zahlt jetzt auf der Petritorpromenade 600 Mark Miete mehr, als früher auf der Osterstraße. Doch das ist nebensächlich. Der Herr Oberbürgermeister meinte sodann, ich hätte den Geistlichen im Auge gehabt, der so bombardiert hätte, um eine opulente Wohnung bei seiner Kirche zu erhalten. Ich weiß nicht, welchen Geistlichen der Herr Oberbürgermeister meint, und ich vermute, daß es sich um den Geistlichen handelt, der der neuen Kirche zugeteilt ist. Bei Vorlage des Vorprojectes ist hier gegen den Bau eines Pfarrhauses Einsprache erhoben worden, jedoch wurde vom Magistrate erklärt, in der Umgebung der neuen Kirche sei keine passende Wohnung vorhanden. Die Initiative zum Bau des Pfarrhauses ist also nicht von dem betreffenden Pastor ausgegangen, sondern erklärt sich aus den Wohnungsverhältnissen. Deshalb trifft also die Annahme des Herrn Oberbürgermeisters nicht zu. Ich muß nochmals darauf zurückkommen, daß für 1200 Mark eine ganz opulente, wunderschöne, große Wohnung in fast allen Gegenden der Stadt zu haben ist. Draußen an der Kaiser Wilhelmstraße und an der Promenade kosten die Wohnungen wohl mehr; es läßt sich aber darüber streiten, ob es für einen Prediger nötig ist, dort zu wohnen. Eine Wohnung mit acht Räumen kostet sonst überall nicht mehr als 1200 Mark, und deshalb ist diese Summe ausreichend. Ich bitte um Ablehnung der Vorlage.

Herr M o h r : Ich möchte den Herrn Oberbürgermeister fragen, ob vielleicht im Kirchenfassen-Kollegium die Frage erörtert worden ist, für die fünf Geistlichen Wohnungen stadtseitig zu mieten. Ich glaube, wir würden dabei am besten und billigsten wegkommen. Im Bezirke der Jakob- und Michaelisgemeinde würden sich natürlich billigere Wohnungen finden, als im Bereiche der Paulikirche. Dadurch wäre auch dem vom Herrn Vorredner erwähnten Geistlichen geholfen, weil er dann nicht die ihm vom Kirchenfassen-Kollegium zugesprochen 300 Mark zu nehmen brauchte. (Heiterkeit.) Wenn das geschähe, wären die ganzen Zweifel gehoben und wir kämen außerdem billiger dabei weg, indem wir in der einen Gegend vielleicht 800 bis 900 Mark und in der anderen 1200 Mark zu bezahlen hätten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Auf die Frage des Herrn Möhle möchte ich erwidern, daß wir die Vorlage jetzt eingebracht haben, weil fortwährend Anträge auf Erbauung von Dienstwohnungen bei uns eingingen, und wir die Anträge einstweilen anhalten wollten. Im übrigen dürfte es keinen Zweck haben, zu jagen, wir könnten augenblicklich die Mehrausgabe nicht leisten; in der Kirchenfinanz werden die Verhältnisse nicht besser werden, ich habe

wenigstens die Hoffnung aufgegeben, und wenn wir es überhaupt machen wollen, so wäre jetzt der richtige Zeitpunkt dazu gekommen.

Ferner habe ich Herrn Mohr zu erwidern, daß wir dagegen gewesen sind, für die fünf Prediger Wohnungen zu mieten. Herr Mohr ist als Hauseigentümer in der glücklichen Lage, sich keine Wohnung mieten zu brauchen. Es ist schon schwierig, wenn jemand für sich eine Wohnung mieten will, aber noch viel schwieriger würde es sein, wenn das Kirchenfassen-Kollegium fünf Wohnungen mieten sollte; wir müßten dann über jede kleine Differenz zwischen Mietern und Vermietern entscheiden und für die Prediger die Kastianen aus dem Feuer holen. Das ist eine wenig angenehme Aufgabe; wir wollen deshalb das Suchen der Wohnungen lieber dem Geistlichen überlassen und lieber etwas mehr Geld dafür ausgeben.

Herr W e i c h s e l : Bei der Bemessung der Wohnungsgeldentschädigung ist zu beachten, daß es ein großer Unterschied im Preise ist, ob ich bei dieser oder bei jener Kirche eine Wohnung gebrauche, und deshalb ist es nicht richtig, diese Sache ganz einheitlich zu behandeln. Da nun das neue Gesetz über die Erweiterung der Befugnisse der Kirchenvorstände nahe bevorsteht, so sehe ich nicht ein, weshalb man diese Frage jetzt ordnen und sie nicht den einzelnen Kirchenvorständen zur Regelung überlassen will. Diese können ja dann bewilligen, was für nötig gehalten wird und es wird dann mit größerer Gerechtigkeit geschehen, als wenn wir jetzt schablonenhaft die Entschädigung für alle Kirchen gleichmäßig festsetzen.

V o r s i e n d e r : Die Herren dürfen nicht vergessen, daß in der Mietsentschädigung von 1200 Mark auch 200 Mark für das Halten eines besonderen Dienstzimmers liegen, das der Geistliche im Interesse der Gemeinde halten muß. Das ist nicht zu vergleichen mit der Wohnung eines Beamten oder Lehrers, sondern es ist ein Dienstzimmer, das der Prediger, wie der Arzt, zu der Ausübung seiner Amtspflichten haben muß. Im übrigen hat mich die Äußerung des Herrn Sander stutzig gemacht, daß nicht nur der eine Geistliche außer sich wäre über die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, sondern daß mehrere Geistliche derselben Ansicht wären. Da es sich überhaupt nur um fünf Geistliche handelt, so bliebe schließlich, wenn mehrere dagegen wären, vielleicht nur einer übrig, der die 300 Mark annähme. Vielleicht lassen sich noch Mittel und Wege finden, die Äußerung des einen Geistlichen einmal näher unter die Lupe zu nehmen.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

## V. Ankauf eines Ackerstückes an der Totentwete.

Der Privatmann Louis Sitz in Gliesmarode hat der Stadt sein an der Totentwete gelegenes Ackerstück Nr. 32 b in Größe von 18,66 a zum Preise von

3 Mark pro Quadratmeter zum Kauf angeboten. Mit Rücksicht auf die neben der Totentwete gelegenen städtischen Betriebe „Gaswerk, Desinfektionsanstalt und Marzstall“ erscheint es zwecks Schaffung einer Ausdehnungsmöglichkeit nicht unerwünscht, den städtischen Grundbesitz in jener Stadtgegend bei sich bietender Gelegenheit zu vermehren. Der Magistrat beantragt deshalb, mitbestimmt durch die geringe Höhe des geforderten Preises, sich mit dem Ankaufe des Ackerstückes einverstanden zu erklären.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

### VI. Anschaffung eines Gaswärmeschranks.

Dem Antrage des Restaurateurs Jäger jun. gemäß ersucht der Magistrat, die Aufstellung eines Gaswärmeschranks im Stadtparkrestaurant gutzuheißen und die zur Bestreitung der daraus erwachsenden Kosten von der städtischen Bauverwaltung angeforderten 500 Mark zur Verfügung zu stellen,

was auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr Löhnemann berichtet, geschieht.

### VII. Vergleich in einem Zwangsenteignungsverfahren.

Nach dem genehmigten Projekte über den Ausbau des Bültzenweges auf der Strecke zwischen der Nordgrenze des Grundstücks Nr. 3752 und der Einmündung der projektierten Straße Nr. 168 a ist von dem Grundstück des Holzhändlers E. Gerecke eine Fläche von 1,13 a zum Bültzenwege abzutreten. Der freihändige Erwerb dieser Fläche ist daran geknüpft, daß die von Herrn Gerecke gestellte Forderung von 25 Mark für einen Quadratmeter zu hoch erschien und auch Verhandlungen wegen Austausch dieser Fläche gegen die nach dem Ortsbauplane von der Spargelstraße dem Gereckeschen Grundstücke zuzulegende Fläche in Größe von 1,17 a nicht zu einer Einigung führten.

In dem danach eingeleiteten Enteignungsverfahren ist durch die Sachverständigen der Verkaufswert der zu expropriierenden Fläche zunächst auf 35 Mark, später auf 28 Mark pro Quadratmeter geschätzt und daneben für die infolge der Enteignung eintretende Erschwerung der Lagerung der Gereckeschen Holzvorräte ein Betrag von 9720 Mark zugebilligt. Der wegen der Frage der Zulässigkeit der Gewährung dieser zweifachen Vergütung von dem Magistrate angerufene Verwaltungsgerichtshof hat darauf zwar erkannt, daß neben der für die Betriebserschwerung berechneten Entschädigung der Verkaufswert der Area allerdings nicht in Rechnung gestellt werden dürfe, daß es aber zulässig sei, neben jener den Schaden zu vergüten, der dem Expropriaten dadurch erwachse, daß er über die zwecks Beibehaltung eines ausreichenden Lagerplatzes für die zu enteignende Fläche zur Verfügung zu stellende Ersatzfläche nicht mehr anderweit

verfügen könne. Das von den Sachverständigen daraufhin der Herzoglichen Landesökonomie-Kommission erstattete Nachtragsgutachten berechnet diese Entschädigung auf 6808 Mark.

Dieses für die Stadt wenig erfreuliche Ergebnis hat den Magistrat dahin geführt, mit Herrn Gerecke nochmals in Vergleichsverhandlungen einzutreten und zwar auf der auch von ihm gewünschten Grundlage der Zulegung der von der Spargelstraße entbehrlich werdenden Fläche zum Gereckeschen Grundstücke. Diese Fläche kann als Straßenterrain nur dann aufgehoben werden, wenn die Nordstraße dem Ortsbauplane entsprechend bis zum Büldenwege durchgeführt wird; ihre Zulegung zum Gereckeschen Grundstücke ist dann aber auch um so erwünschter, weil ihre selbständige Bebauung so gut wie ausgeschlossen ist und die Stadt deshalb von ihr einen Beitrag zu den sehr hohen Straßenbaukosten in absehbarer Zeit kaum zu erwarten hat. Der auf diese Fläche mit einer Frontlänge von 21,80 Metern entfallende Anteil zu den Kosten der verlängerten Nordstraße ist von der städtischen Bauverwaltung unter Annahme eines Preises von 20 000 Mark für das rechteckige Grundstück Ende 1904 auf 11 874,46 Mark berechnet, was einem Einheitspreise von 544,70 Mark für ein Meter Frontlänge gleichkommt.

Herr Gerecke ist bereit, folgenden Vergleich einzugehen:

1. Die Stadt überweist ihm die durch den Ausbau der verlängerten Nordstraße entbehrlich werdende Fläche der jetzigen Spargelstraße in Größe von 1,17 a und zahlt für die vom Gereckeschen Grundstücke zum Büldenwege abzutretenden 1,13 a eine Entschädigung von 9720 Mark. Außerdem übernimmt die Stadt die Zurücksetzung der Grundstückseinfriedigung, die Umlegung des Flaggenmastes, den Umbau der Gleisanlage und die Umpflasterung der Einfahrt.

2. Herr Gerecke verpflichtet sich dagegen, die vorstehend erwähnten 1,13 a der Stadt abzutreten, für die ihm von der Spargelstraße zu überweisende Fläche 12 Mark für ein Quadratmeter und für diese Fläche einen Beitrag von 4360 Mark zu den Kosten des Ausbaues der verlängerten Nordstraße zu entrichten, sowie einen Beitrag von 540 Mark zu den Kosten des Ausbaues des Büldenweges zu zahlen.

3. Expropriat ist bereit, eine außer der zu enteignenden Fläche dem Büldenwege zuzulegende Parzelle von 4 qm seines Grundstücks zum Einheitspreise von 12 Mark an die Stadt abzutreten.

4. Die durch das Straßenbaustatut begründete Verpflichtung des Gereckeschen Grundstücks, zu den Kosten des Ausbaues des Büldenweges und der Nordstraße beizutragen, wird, soweit nicht vorstehend unter 2 eine Ausnahme festgelegt ist, durch den Vergleich nicht berührt.

Der Magistrat glaubt, die Annahme dieses Vergleichsvorschlages empfehlen zu sollen und läßt sich dabei von der Erwägung leiten, daß die Stadt bei Fortgang der Expropriation vermutlich sich schlechter stehen wird. Da die Durchführung des Vergleichs den Ausbau der verlängerten Nordstraße und damit den Abbruch des Rehkopffschen Hauses erfordert, so hat es der Magistrat für richtig gehalten, das Rehkopffsche Grundstück durch den Expropriaten zu dem angemessen erscheinenden Preise von 20 000 Mark ankaufen zu lassen.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf der bezeichneten Grundlage mit Herrn Karl Gerecke ein Vergleich geschlossen und das Rehkopffsche Grundstück stadtseitig angekauft wird.

Herr R o c h : Die Baukommission steht auf dem Standpunkte, daß bei einem Expropriationsverfahren die Stadt in der Regel den kürzeren zieht und es sich daher empfiehlt, auf den Vergleich einzugehen. Später würde die Sache voraussichtlich noch viel teurer werden und der Ausbau der verlängerten Nordstraße müßte dann immer noch weiter hinausgeschoben werden.

Herr W e i c h e l : Es würde mich außerordentlich freuen, wenn der Vergleich zustande käme, jedoch ist mir nicht ganz klar geworden, wie sich der Magistrat die Aufhebung der Spargelstraße gedacht hat, ob sie nämlich ganz oder nur zum Teil aufgehoben werden soll. Die vollständige Aufhebung wäre wohl nicht möglich, weil sie einen Zufuhrweg zur Landeseisenbahn ufm. bildet.

Herr Bürgermeister M e y e r : Nach dem Ortsbauplane ist die südöstliche Strecke der Spargelstraße aufzuheben und durch die vorgesehene Verlängerung der Nordstraße zu ersetzen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

### VIII. Gesuch um Erlaß von Straßenbaukosten.

Der Fabrikant Wilhelm Förster, Helenenstraße 1, bittet um Erlaß der auf sein Grundstück entfallenden Straßenbaukosten. Zur Begründung führt der Bittsteller folgendes aus: Durch die Abänderung des für sein Grundstück in Frage kommenden Teilortsbauplanes sei er seinerzeit außerordentlich schwer betroffen. Zwei Meter von der Front seines Hauses sei ein anderes Gebäude errichtet, das ihm Licht und Luft nehme. Sein Grundstück sei dadurch so entwertet, daß die Einkünfte aus ihm die Ausgaben nicht mehr deckten. Eine Mehrbelastung des Grundstücks durch Aufnahme einer neuen Hypothek zwecks Zahlung der Straßenbaukosten sei vollkommen unausführbar. Deshalb könne er diese Kosten nicht aufbringen. Auch die Einnahmen aus dem Geschäfte seien so gering, daß sie kaum zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes für seine Familie ausreichten. Herr Förster bittet, seinem Antrage aus Billigkeits-

rücksichten zu entsprechen, damit er freie Verfügung über sein Grundstück bekomme.

Herr Meyerhoff: Ein gleiches Gesuch ist vom Magistrat abschlägig beschieden worden. Es ist richtig, daß der Bittsteller durch die Bebauung des Dreiecks an der Frankfurterstraße schwer geschädigt worden ist. Es handelt sich um das Eckgrundstück von Helenenstraße und Cyriaksring, dem die angrenzenden Neubauten stark auf den Leib gerückt sind. Früher lag das Haus mit der Front an einem großen freien Plage und jetzt ist es hinter die großen Häuser zurückgeschoben. Es ist als Eckhaus straßenkostenpflichtig einmal zur Helenenstraße und später bei seiner Neubebauung auch zum Cyriaksringe, und was das zu bedeuten hat, wird jeder wissen.

Die Baukommission ist nach eingehender Prüfung der Eingabe mit dem Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Kosten leider nicht niedergeschlagen werden können, jedoch ist sich die Kommission dahin schlüssig geworden, den Magistrat zu ersuchen, unter Berücksichtigung der schwierigen Lage des Bittstellers diesem soweit als möglich entgegenzukommen und die Straßenkosten vielleicht als Hypothek auf das Grundstück eintragen zu lassen. Bei einem späteren Verkaufe des Grundstücks und Erhebung des jetzigen Wohnhauses durch ein modernes Miethaus kommt die Stadt dann doch vielleicht noch ohne Schaden davon. Ein Erlaß der Kosten ist leider nicht möglich, so gern wir dem Bittsteller auch geholfen hätten.

Herr Bürgermeister Meyer: Zur Berichtigung der Ausführungen des Herrn Meyerhoff möchte ich darauf hinweisen, daß das Grundstück nach unserem Dafürhalten schon heute auch kostenpflichtig zum Cyriaksringe ist und nicht etwa erst bei seiner Neubebauung. Dadurch wird allerdings die ungünstige Position des Mannes noch erhöht.

Der Antrag der Baukommission wird hierauf genehmigt.

### IX. Errichtung eines Ausgleichsfonds.

Die erheblichen Schwankungen, die in den letzten Jahren beim Abschluß der Kammereikasse zutage getreten sind, und die bei den unausbleiblichen Schwankungen im wirtschaftlichen Leben auch künftig nicht zu vermeiden sein werden, erschweren naturgemäß die Uebersicht über den jeweiligen Stand der städtischen Finanzen und hindern die städtischen Behörden leicht an einer sachgemäßen Beurteilung der finanziellen Lage der Stadt und ihrer zeitweiligen Leistungsfähigkeit.

Ein am Schlusse eines Rechnungsjahres sich ergebender größerer Kassenvorrat führt, besonders wenn er die Abschlässe auch der folgenden Rechnungsjahre günstig beeinflusst, gar zu leicht zu der Annahme, daß die finanzielle Lage

der Stadt eine sehr günstige sei, während andererseits ein sich ergebender Fehlbetrag, wenn nicht etwa seine Höhe die Stadtverwaltung zu besonderen Maßnahmen nötigt, kaum beachtet wird.

Eine allgemeine Unordnung dahin, daß Fehlbeträge vermieden werden sollen, läßt sich mit Erfolg nicht treffen; wohl aber können die städtischen Behörden beschließen, daß erzielte Ueberschüsse aus dem Betriebshaushalte ausscheiden bezw. in diesem gesondert geführt werden, und sie können damit einen Fonds schaffen, der im Falle der Not dazu benutzt werden kann, das fehlende Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben — allerdings nicht auf die Dauer — wieder herzustellen.

Die dauernde Bereithaltung eines derartigen Fonds bietet daneben aber den wesentlichen Vorteil, daß den städtischen Behörden jederzeit die Entschliebung darüber erleichtert wird, ob und eventuell in welchem Umfange Maßnahmen, die nicht unbedingt erforderlich, wohl aber wünschenswert erscheinen, durchgeführt werden sollen. In dieser Beziehung möge insbesondere an die innerstädtischen Straßenpflasterungen, an Straßenverbreiterungen und Durchbrüche erinnert werden. Daß ihre Ausführung in einem bestimmten Jahre unbedingt erforderlich sei, wird wohl niemals behauptet werden können, und doch berührt es unliebsam, wenn solche wiederholt geäußerten Wünsche der Einwohnerschaft nicht berücksichtigt werden können oder gar die Ausführung der bereits in den Voranschlag aufgenommenen Arbeiten wegen im Laufe des Jahres sich zeigender anderer, weit dringlicher Bedürfnisse zurückgestellt werden muß.

Diese Erwägungen haben den Magistrat zu dem Entschlusse geführt, der Versammlung die Schaffung und Unterhaltung eines entsprechenden besonderen Fonds zu empfehlen.

Zum Teil würde seine Zweckbestimmung derjenigen des Schulhausbaufonds insofern gleich sein, als auch aus letzterem schon seit einer Reihe von Jahren Ausgaben bestritten sind, die nicht unbedingt nötig waren, deren Anwendung aber von den städtischen Behörden als dem Wohle der Stadt förderlich angesehen wurde. Mit Rücksicht hierauf und um die Finanzverwaltung zu vereinfachen, dürfte es sich daher empfehlen, beide Fonds miteinander zu verschmelzen und dabei dann gleichzeitig feste Normen für die Verwendung der Erträge der Licht- und Wasserwerke aufzustellen.

Der auf diese Weise zu schaffende größere Fonds wird selbstverständlich umfangreichere und kostspieligere Aufgaben zu erfüllen haben, als der Schulhausbaufonds. In erster Linie wird er auch seinerseits die Errichtung von Schulgebäuden für die Bürgerschulen zu ermöglichen, daneben aber ein weiteres Anwachsen der Schulden der Stadt zu verhindern haben. Ihre Höhe zwingt



dazu, fortan tunlichst alle nicht unbedingt erforderlichen extraordinären Ausgaben erst dann zu machen, wenn die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel angesammelt sind, und wir glauben, daß die Befolgung dieses Grundsatzes um so leichter sein wird, als so dringliche umfangreiche Aufgaben, wie sie die Stadt in den letzten 25 Jahren unter Kontrahierung erheblicher Schulden zu erfüllen hatte (Kanalisation, Kiejsfeld, Wasserwerk, Rathausbau usw.), in der nächsten Zeit nicht wieder an die Stadt herantreten werden.

Endlich wird der neue Fonds, seiner Bezeichnung entsprechend, unbedenklich auch im Einzelfalle den fehlenden Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Kämmerereishaushaltes bewirken können, wobei aber zu beachten ist, daß es sich um ersparte Mittel handelt, so daß eine dauernde Inanspruchnahme des Fonds zur Deckung laufender Ausgaben in solcher Höhe, daß der Fonds alsbald aufgezehrt werden würde, ausgeschlossen bleiben muß.

Daß aus dem Ausgleichsfonds auch die Abträge auf Bauten (Museum, Archiv) zu leisten sein würden, die bisher aus dem Schulhausbaufonds bestritten wurden, wird als selbstverständlich erachtet.

Die Abführung der Ueberschüsse der Licht- und Wasserwerke in den Ausgleichsfonds läßt die Befolgung fester Grundsätze bei Feststellung dieser Ueberschüsse als dringend wünschenswert erscheinen.

Der Magistrat hat sich, nachdem von dem bisher befolgten Grundsätze, die gesamten Ueberschüsse dem Schulhausbaufonds zuzuführen, bereits im laufenden Jahre abgewichen und dem Ordinarium der Kämmererkasse aus dem Schulhausbaufonds die Summe von 100 000 Mark zugewiesen ist, entschlossen, ein gleiches Verfahren auch für die Zukunft zu empfehlen, um Steuererhöhungen tunlichst zu vermeiden. Mit festen Summen kann dabei indessen nicht wohl operiert werden, weil die Ueberschüsse erheblichen Schwankungen unterliegen können, und man wird daher einen Bruchteil der Reinerträge beider Werke festzulegen haben. Wenn dieser, wie empfohlen wird, auf  $\frac{1}{5}$  bemessen wird, so läßt sich dadurch, sobald die seit einigen Jahren für erforderlich erachteten erheblichen, außerordentlichen Rückstellungen aufhören, bei Erzielung ähnlicher Abschlässe, wie sie beide Werke bisher aufwiesen, die Kämmererkasse in sehr erheblichem Maße entlasten.

Die Versammlung wird erjucht, den nachfolgenden Statuten-Entwurf zu genehmigen.

Statut über Unterhaltung eines Ausgleichsfonds.

vom . . . . .

(Bekannt gemacht am . . . . .)

Auf Beschluß der städtischen Behörden wird in bezug auf einen Teil der Vermögensverwaltung der Stadt Braunschweig folgendes bestimmt.

## — § 1. —

Bei der Stadthauptkasse soll fortan unter dem Namen Ausgleichsfonds ein besonderer Fonds unterhalten werden, über dessen Einnahmen und Ausgaben in Gemäßheit eines besonderen Voranschlages gesondert Rechnung zu führen ist. Der jeweilige Bestand des Ausgleichsfonds wird von der Stadthauptkasse als Betriebsfonds genutzt.

## — § 2. —

In den Ausgleichsfonds fließen:

1. auf Grund dieses Statutes:

- a) die Ueberschüsse der städtischen Licht- und Wasserwerke;
- b) etwaige Ueberschüsse, die sich bei der Kämmereikasse dadurch ergeben, daß im Laufe eines Rechnungsjahres die ordentlichen Einnahmen die ordentlichen Ausgaben übersteigen;

2. auf Beschluß der städtischen Behörden sonstige Beträge.

## — § 3. —

Die Ueberschüsse der Kämmereikasse und der Licht- und Wasserwerke hat der Stadtmagistrat, sobald sie durch die städtischen Behörden festgestellt sind, ohne weiteres dem Ausgleichsfonds zuzuführen.

Bei Feststellung der Ueberschüsse der Licht- und Wasserwerke soll fortan in der Weise verfahren werden, daß

- a) in den nach kaufmännischen Grundsätzen aufzustellenden Bilanzen die Rückstellungen für die Reservefonds dieser Werke so reichlich bemessen werden, daß die Kosten für Erneuerungen und Erweiterungen regelmäßig ohne Aufnahme von Anleihen aus den fraglichen Fonds bestritten werden können;
- b) von dem sich danach und nach Deckung der Ausgaben ergebenden Reinertrage der fünfte Teil an die Kämmereikasse zur Vermehrung der laufenden Einnahmen derselben abgeführt wird.

## — § 4. —

Die Mittel des Ausgleichsfonds sollen verwandt werden:

- a) zur Bestreitung der Kosten für Schulbauten aller Art mit Einschluß der Kosten für Grunderwerb;
- b) zur Bestreitung der Kosten für solche ertraglose Einrichtungen und Maßnahmen, die zwar nicht unbedingt erforderlich, aber zur Förderung der Entwicklung der Stadt und ihrer Wohlfahrt wünschenswert erscheinen;

- c) zur Erzielung des Gleichgewichts zwischen den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Kammereikasse, jedoch nur insoweit, als es sich um solche Beträge handelt, die ohne Beeinträchtigung der unter a und b erwähnten Aufgaben dem Fonds im Einzelfalle unbedenklich entnommen werden können.

— § 5. —

Um die Mittel zur Beschaffung von Schulgebäuden für die städtischen Bürgerschulen stets verfügbar zu haben, wird bestimmt, daß der Bestand des Ausgleichsfonds für länger als ein Jahr nicht unter die Summe von 300 000 Mark sinken soll. Ist dieser Bestand gleichwohl zeitweilig nicht vorhanden, so können Verwilligungen für die im § 4 unter b und c erwähnten Zwecke zu Lasten des Ausgleichsfonds einstweilen nicht erfolgen.

— § 6. —

Ohne übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden können Mittel aus dem Ausgleichsfonds nicht entnommen werden.

— § 7. —

Ueber Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds hat der Stadtmagistrat nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres Rechnung zu legen.

— § 8. —

Die Vorschriften dieses Statuts treten am 1. April 1909 in Kraft.

Der alsdann vorhandene Bestand des nicht weiter zu unterhaltenden Schulhausbaufonds wird dem Ausgleichsfonds einverleibt.

Das vorstehende Statut wird, nachdem dasselbe vom Herzoglichen Staatsministerium hieselbst zufolge Verfügung Nr. . . . vom . . . . . genehmigt worden, damit bekannt gemacht.

Herr S a s p e r : Die Finanzkommission billigt den haushälterischen Vorschlag des Magistrates durchaus und sieht es als angemessen an, wenn die nicht zu vermeidenden Schwankungen dadurch zum Ausgleich gebracht werden, daß einerseits etwaige Ueberschüsse in den Fonds kommen und andererseits auch unter Umständen ein eintretendes Defizit dadurch ausgeglichen werden kann. Die Finanzkommission tritt also für die Genehmigung der Vorlage ein.

V o r s i ß e n d e r : Wünscht die Versammlung eine Generaldebatte über die Vorlage?

Herr M e n e r h o f f (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um Zulassung einer Generaldebatte, weil man bei den einzelnen Paragraphen seine Bedenken nicht so anführen kann.

Eine Generaldebatte wird von der Versammlung abgelehnt.

Herr Jasper: Zum § 1 des Entwurfs findet sich kommissionsseitig nichts zu bemerken.

Vorjizender: Hier würde sich Gelegenheit bieten, alles zu sagen, was wohl in eine Generaldebatte gehören könnte.

Herr Meherhoff: Die Vorlage führt die schöne Ueberschrift: „Statut über Unterhaltung eines Ausgleichsfonds“; wir konnten aber einfacher sagen, es handelt sich hier um eine vergrößerte Auflage des Schulhausbaufonds, nur mit anderer Ueberschrift. Es ist im § 2 der Vorlage gesagt worden, die Ueberschüsse der städtischen Licht- und Wasserwerke, sowie sonstige Beträge fließen dem Fonds zu. Darunter verstehe ich, daß alle Ueberschüsse, auch solche in der Kammereikasse, diesem Fonds zufließen sollen. Sie haben neulich, wenn auch nicht mit erdrückender Majorität, die Einführung einer Veränderungs- und Wertzuwachssteuer beschlossen, und eine andere Steuer soll noch im Hintergrunde blühen, wenigstens ist schon von einer Seite, die sie nicht zu tragen hat, ein entsprechender Antrag gestellt worden. Von dem damaligen Referenten, Herrn Dr. Wolters, dessen Abwesenheit ich besonders bedauere, ist bei der Beratung erklärt worden, wenn sich ergeben sollte, daß die Finanzlage der Stadt günstiger würde und sich Ueberschüsse aus diesen Steuern resp. aus dem ordentlichen Haushalte ergeben, wie meine damals belachten Angaben schon andeuteten, so würde nichts folgerichtiger sein, als dem durch die neuen Steuern schwer belasteten Grundbesitz entgegenzukommen und zu sagen, wir wollen nunmehr die Kanalsteuer heruntersetzen oder gar nicht erheben. Das Entgegenkommen vermisse ich in dieser Vorlage. (Heiterkeit.) Wenn damals auch gerade nicht ein Versprechen in der Richtung gegeben worden ist, so konnte man es doch für eine Zusage halten, und es hat diese Zusage bei der Abstimmung über die Steuern sehr viel mitgewirkt, und nun ist in dieser ganzen Vorlage nichts davon gesagt. Es heißt hier einfach, wir nehmen alles hin, tun es in irgend einen großen Topf und wirtschaften damit, wie wir es für richtig halten. Ich kann deshalb der Vorlage in diesem Sinne nicht zustimmen. Wenn auch nur in einem Paragraphen eine Bestimmung enthalten wäre, wonach die Gärten, die auf dem Grundbesitz lasten, gemildert werden sollten, dann könnte ich mich damit befreunden, so aber kann ich mich nicht dafür erwärmen und werde die Vorlage ablehnen, rate auch jedem, der unter den neuen Steuern zu leiden hat, mir zu folgen.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Daß Herr Dr. Wolters heute nicht hier sein kann, schadet nichts, wir werden die Sache schon noch aufklären können. Ich kann Herrn Meherhoff in seinen Ausführungen nicht folgen, denn, nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Meherhoff, aber Sie haben die Vor-

lage gar nicht verstanden. (Heiterkeit.) Mit der Kanalsteuer hat die Sache gar nichts zu tun, es ist deshalb auch im § 2 von Ueberschüssen die Rede, die sich bei der Kammereikasse ergeben haben. Die Kanalbaukasse bildet eine selbständige Kasse und deren Ueberschüsse können nicht in diesen Ausgleichsfonds fließen. Damit fällt aber das ganze Bedenken des Herrn Meyerhoff weg. Weshalb wir bei Einrichtung dieses Ausgleichsfonds keine Ermäßigung der Kanalsteuer eintreten lassen können, verstehe ich nicht. Was die Versammlung nicht bewilligt an Steuern, kann der Magistrat nicht erheben und was er nicht erhebt, kann er auch nicht als Ueberschuß in diesen Fonds tun. Die ganze Theorie des Vorredners fällt also über den Haufen.

Wir haben uns bemüht, uns in der Vorlage deutlich auszudrücken, und es liegt nicht an uns, daß unsere ganze Finanzaufmachung nicht leicht zu übersehen ist, sondern an den Verhältnissen, und zwar wesentlich auch daran, daß wir streng unterscheiden müssen zwischen Extraordinarium und Ordinarium und daß wir genötigt sind, neben der Kammereikasse mehrere selbständige Rechnungen zu führen. Daran sind aber nicht wir, sondern die Gesetze schuld. Wir müssen z. B. beim Schlachthause die Ausgaben gesondert berechnen, ebenso darf nach dem Entwässerungsstatut die Gesamtheit der Ausgaben für Kanalisation, Amortisation und Verzinsung nicht den angeschlossenen Einwohnern zur Last gelegt werden, sondern die Stadthauptkasse hat einen festen Zuschuß dazu zu zahlen. Deshalb können wir auch die Kanalbaukasse nicht in den großen Rahmen der Kammereikasse einfügen, sie muß vielmehr der Repräsentant eines selbständigen Organismus bleiben. Auch die Wohlfahrtskasse können wir nicht hineinbekommen. Die Umsatzsteuer wird auch besonders verrechnet und endlich bleibt noch der Schulhausbaufonds übrig. Wie dieser Fonds erweitert werden soll, ist in der Vorlage auseinandergelegt worden, und es dürfte gleich sein, wie Sie diesen Fonds nennen wollen. Ich möchte deshalb Herrn Meyerhoff bitten, nicht solche ungerechtfertigten Vorwürfe hier zu erheben. Der Magistrat ist bemüht gewesen, einen geeigneten Vorschlag zu machen; wenn es uns nicht gelungen ist, uns klar genug auszudrücken, so konnte Herr Meyerhoff zu mir kommen und hätte Aufklärung erhalten.

Herr Sander: Es ist hier so: Wer kein Geld hat, hat Sorgen, und wer zu viel hat, hat auch Sorgen. Wir sollen hier den großen Topf schaffen, in den das viele Geld der Stadt hineinkommt. Ich halte solchen Ausgleichsfonds für ganz gut, ich möchte jedoch, ehe ich dazu Stellung nehme, fragen, ob der Magistrat in der Lage ist, darüber Auskunft zu geben, wie er sich zu dem Beschlusse der Versammlung über die Veränderungssteuer stellt. Das ist für mich

ein sehr wichtiger Punkt, der mich bestimmt, für oder gegen die Vorlage aufzutreten.

Herr A h m a n n : Wenn ich den beiden Vorrednern folgen soll, so muß ich offen sagen, daß ich nicht weiß, ob ich die Vorlage falsch verstanden, oder die beiden Reden nicht richtig gehört habe. Ich habe die Vorlage so aufgefaßt, daß die Stadt vorgehen will wie ein solider Geschäftsmann, der wissen will, wie seine Verhältnisse liegen, und der sich einen Ausgleich für schlechte Jahre schaffen will, was man im gewöhnlichen Leben unter Reservesfonds versteht. Der Magistrat will die entstehenden Ueberschüsse in diesen Fonds fließen lassen, damit er daraus notwendige Ausgaben, die nicht ohne weiteres in das Ordinarium gehören, bestreiten kann. Wer im Geschäftsleben bescheid weiß, wird diese Einrichtung als ganz notwendig erachten, denn jeder Geschäftsmann wird es ebenso machen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß der Stadtverwaltung der Vorwurf gemacht wurde, sie handele nicht immer nach kaufmännischen Grundsätzen. In diesem Falle ist der aufgestellte Grundsatz aber als praktischer zu würdigen und als angemessen und richtig zu betrachten. Wenn Herr Meyerhoff meint, es wäre in der Vorlage von der Entlastung des Grundbesitzes keine Rede, so weiß ich auch gar nicht, wie das in den Fonds hineingebracht werden soll, was doch gar nicht hineingehört.

Die Ausschreibung der Kanalsteuer ist erst, wie der Herr Oberbürgermeister richtig ausgeführt hat, von der Versammlung zu beschließen, sie hat deshalb die Möglichkeit, dabei mitzuwirken und zu sagen, wir wünschen hier eine Milderung zu haben. Ohne uns kann der Magistrat in dieser Sache gar nichts machen. Dabei haben wir auch die Möglichkeit, den Ausgleichsfonds zu benutzen und ihn dahin zu lenken, wohin wir ihn haben wollen, d. h. ihn im Interesse der Allgemeinheit zu verwenden. Es ist nun auch gesagt worden, die Wertzuwachssteuer hätte den Grundbesitz zu stark belastet. Hiermit ist wahrhaftig schon genügend Unfug getrieben, denn eine große Anzahl Grundbesitzer glaubt tatsächlich, sie müßten schon jetzt eine neue Steuer bezahlen. Ähnlich steht es mit der Veränderungssteuer, von der man auch glaubt, es werde eine neue Steuer ausgeschrieben, die jeder bezahlen müsse. Es kommt mir vor, als ob Herr Sander die Stellung des Magistrats zur Veränderungssteuer wissen will, wenn wir aber die Finanzverwaltung der Stadt klarer gestalten wollen, so daß wir übersichtlicher sehen können, wie viel Reservemittel uns zur Verfügung stehen, dann weiß ich nicht, was das eigentlich mit der Wertzuwachs- und Veränderungssteuer zu tun haben soll. Ich fasse die Sachlage anders auf, wie die beiden Herren. Ich bin im allgemeinen mit dem vorliegenden Entwurfe einverstanden und ich freue mich, daß die Einrichtung getroffen werden soll, um eine bessere Uebersicht über die finanziellen Verhältnisse der Stadt zu er-

halten. Der Entwurf ändert an der Höhe der zu erhebenden Steuern überhaupt nichts, wir brauchen deshalb keinen Pfennig mehr oder weniger zu bezahlen. Das müßte aber doch jeder einsehen, der die Vorlage gelesen hat.

Herr Meyerhoff: Der Herr Vorredner meint, wir bezahlen keinen Pfennig mehr oder weniger, das ist aber ein Irrtum. Sobald wir nicht gleich festlegen, wozu die großen Summen verwendet werden sollen, wissen wir nicht, welchen Bedarf an Steuern wir haben. Der Herr Oberbürgermeister meint, ich hätte die Vorlage nicht verstanden, ich habe sie aber sehr wohl verstanden, es handelt sich hier um eine vergrößerte Auflage des Schulhausbaufonds. Uns ist hier seinerzeit gesagt worden, wartet nur erst einmal ab, wie die neuen Steuern wirken, und wenn sie Ueberschüsse ergeben, können wir daran gehen und die Kanalsteuer ermäßigen. Das ist mehrmals zum Ausdruck gekommen und nun ist in der Vorlage nichts davon enthalten. Der Herr Oberbürgermeister sagt, die Versammlung hätte es in den Händen, was bezüglich der Kanalsteuer geschehen solle; ich habe schon damals erwidert, wenn die Versammlung so zusammengefaßt sein würde, wie heute, dann möchte es noch gehen, aber wer weiß, wie das später der Fall sein wird, und dann befürchte ich alles für den Grundbesitz. Sollte die rote Linie dort einmal wieder verstärkt aus den Wahlen hervorgehen, dann möchte ich sehen, wo die Erleichterungen für den Grundbesitz blieben. (Zurufe.) Ob die Wohnungsreform zweckmäßig und auch unter Berücksichtigung des Grundbesitzes durchgeführt werden wird, wird erst eine spätere Zeit lehren. Vielleicht haßt man sich da noch in das eigene Fleisch und hat es nachher selbst zu bereuen. Legen wir jetzt alle Ueberschüsse fest, dann hängen wir stets von der Stadtverordneten-Versammlung ab. Ich vermiße also in der Vorlage ein Entgegenkommen für den Grundbesitz, und deshalb kann ich mich nicht damit befrenden.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Eine Zusage, daß die Kanalsteuer ermäßigt werden soll, ist nicht vom Magistrate erfolgt. (Herr Meyerhoff: Das habe ich auch nicht gesagt!) Ich habe allerdings im Laufe der Debatte darauf hingewiesen, daß man eine solche Ermäßigung mit in den Beschluß aufnehmen möchte und ich habe ihr auch zugestimmt, aber wie man eine Ermäßigung der Kanalsteuer mit in die uns jetzt beschäftigende Vorlage hineinbringen soll, weiß ich nicht. Wie man bei dieser Vorlage, in der es sich um die Behandlung etwaiger Ueberschüsse handelt, sagen kann, sie solle von der Höhe der Kanalsteuer abhängig sein, ist mir unverständlich. Sie haben es alle Jahre in der Hand, die Steuern festzusetzen, weil der Magistrat Ihnen alle Jahr von neuem unterbreiten muß, die Kanalsteuer in der und der Höhe festzusetzen. Man kann also sehr wohl den Grundsatz des Herrn Meyerhoff in dem Momente zum Ausdruck bringen, wo man neue Steuern beschließt, auch läßt sich eine

Zufabbestimmung in das Statut hineinbringen, gegen die ich nichts einzuwenden haben würde, wenn eine angemessene Formulierung gelänge. Herr Meyerhoff meint, man wolle nur die Ueberschüsse festlegen, das ist aber nicht der alleinige Zweck der Vorlage, sondern sie soll auch zur Deckung des Defizits beitragen. Wir haben Ihnen bereits mehrere Male einen Etat vorlegen müssen, der mit einem Defizit abschloß, und wir wollen nun verhüten, daß zur Deckung des Defizits die Steuerschraube angezogen werden muß, was sich durch den Ausgleichsfonds recht gut verhüten läßt.

Die zweite Hauptaufgabe des Fonds besteht darin, daß wir eine große Menge Ausgaben bewilligt haben, von denen man nicht sagen konnte, sie seien absolut erforderlich gewesen, wir haben sie aber trotzdem auf das Extraordinarium genommen. Darin erblickt der Magistrat eine gewisse unsolide Wirtschaft und er möchte gern durch den Fonds zur Vermeidung der Erhöhung der städtischen Schulden beitragen. Man will also das zu derartigen Sachen notwendige Geld erst durch Ersparnisse beschaffen und man wartet mit der Ausführung der Sachen eventuell so lange, bis die dazu erforderlichen Mittel vorhanden sind, und außerdem sollen die gewaltigen Schwankungen im Etat vermieden werden. Zurzeit ist ein sofortiger Ueberblick über die finanzielle Lage der Stadt an der Hand des Stats nicht möglich, und diese Uebersichtlichkeit wird hierdurch wesentlich gefördert.

Herr Sander hat sodann gefragt, wie sich der Magistrat zu der Veränderungssteuer stelle. Ich kann darauf erwidern, daß wir noch keinen Beschluß dazu gefaßt haben, weil wir es für nötig halten, Ihnen zunächst das Bild des nächstjährigen Stats vorzuführen. Der Etat schließt ab mit einem Ueberschusse von 200 000 Mark, bei Lichte besehen aber, wenn wir nämlich von dem großen Ueberschusse des Vorjahres absehen, mit einem Defizit von 200 000 Mark. Daran sehen Sie schon, daß es sehr schwer ist, sich ein richtiges Bild von dem Etat zu machen. Der Etat ist übrigens bald fertig, und der Magistrat wird sich dann wegen der Erhöhung der Beamtengehälter schlüssig machen.

Herr R o b s t: Ich war von vornherein mit der Vorlage einverstanden, jedoch bin ich durch die Ausführungen des Herrn Meyerhoff über die Wertzuwachs- und Veränderungssteuer etwas zweifelhaft geworden. Seinerzeit habe ich den Antrag gestellt, daß die beiden Steuern nur bis zu einem bestimmten Betrage in die Kämmererkasse fließen sollten und der Ueberschuß zur Ermäßigung der Kanalssteuer Verwendung finden möchte. Hinterher hat der Referent, Herr Dr. Wolters, die Zustimmung auch der Finanz- und Statutenkommission mehr oder weniger in Aussicht gestellt, wogegen Sie, Herr Meyerhoff, meinem Antrage nicht zugestimmt haben; jetzt rächt sich nun die Sache! (Heiterkeit.) Nun jagt der Herr Oberbürgermeister, zurzeit sei an der Sache nichts zu machen



(Widerspruch), jetzt müßten wir die Ueberschüsse in den Ausgleichsfonds fließen lassen. Ich glaube aber, es würde sich noch jetzt etwas in der Sache tun lassen, wenn man sagte, die aus der Wertzuwachs- und Veränderungssteuer aufkommenden Summen fließen nur bis zu einer bestimmten Höhe in die Rämmereikasse, während das Mehraufkommen zur Ermäßigung der Kanalsteuer verwendet wird. Das ginge wohl auch jetzt noch, ob wir es aber heute fertig kriegen, möchte ich bezweifeln. Es wäre deshalb richtiger, die Vorlage heute nochmals an die Kommission zurückzuverweisen und ihr aufzugeben, einen Passus in dem von mir angedeuteten Sinne hineinzubringen.

**V o r s i e n d e r:** Die Kanalsteuer können wir auch einseitig kürzen und den Magistrat zwingen, die Ueberschüsse aus der Veränderungs- und Wertzuwachssteuer den durch diese Steuer besonders bedrückten Grundbesitzern wieder zufließen zu lassen. In diesem Falle bedürfen wir der Zustimmung des Magistrates nicht, sondern können dieses einseitig beschließen, dann muß der Magistrat die Ueberschüsse zur Kanalkasse verwenden.

**Herr S a n d e r:** Herr Ahmann vermischt einen Zusammenhang zwischen meiner Frage und der Vorlage. Das ist doch aber sehr einfach, wenn Herr Ahmann nur meinen Standpunkt zu der Veränderungssteuer in Betracht zieht. Ich stand bekanntlich auf dem Standpunkte, daß die Veränderungssteuer nicht nötig wäre, indem wir Geld genug hätten, um die Gehaltserhöhungen für die Beamten und Lehrer zu bezahlen. Wenn wir aber jetzt diesen Fonds festlegen, so sind wir gezwungen, anderweit für Einnahmen zu sorgen. In der Kommission selbst wurde gesagt, daß die sich aus den neuen Steuern ergebenden Ueberschüsse, soweit sie nicht zu den Besoldungserhöhungen verwandt zu werden brauchten, eventuell zur Erleichterung der Steuerzahler dienen könnten. Herr Stadtrat von Frankenberg machte den Vorschlag, die Einkommensteuer herunter zu setzen, jedoch wurde dagegen opponiert und gesagt, wir könnten lieber die Kanalsteuer heruntersetzen, worauf der Herr Oberbürgermeister erklärte, das ginge sehr wohl. Herr Meyerhoff hat deshalb nicht so ganz unrecht. Erwogen ist die Frage sehr wohl, und bei mir ist auch die Meinung vorherrschend gewesen, die Ueberschüsse sollten zur Erleichterung von irgend einer Steuer dienen.

**Herr A h m a n n:** Herr Meyerhoff hat davon gesprochen, daß alle Ueberschüsse in einen großen Topf wandern und festgelegt werden sollten. Wenn das der Fall wäre, so würde ich auch kein Freund der Vorlage sein. Davon kann aber keine Rede sein. Es handelt sich hier nur um eine Ausdehnung des Schulhausbaufonds. Daß die angesammelten Gelder festgelegt sein sollen und nicht zur Verfügung der Allgemeinheit stehen, kann ich nicht anerkennen. Wenn Herr Meyerhoff als Schreckgespenst anführt, daß die rote Linie sich hier vergrößern

könnte, so würde ich mich sehr darüber freuen, wenn das eine Drittel der Stadtverordneten von ihr eingenommen würde. Daß darunter die Kommune zu leiden haben würde, glaubt wohl keiner, vielleicht auch Herr Meyerhoff nicht. Es würde allerdings selbstverständlich sein, daß manches anders käme, wenn die rote Linie die Majorität in der Versammlung hätte, jedenfalls würde man für die sozialen Fragen mehr Einsicht haben, als jetzt hier von verschiedenen Herren gezeigt wird. Das wäre richtig, und es würde nicht zum Schaden derjenigen sein, die jetzt über einen Notstand klagen. Wenn Herr Probst beklagt, daß die Ueberschüsse nicht in der von ihm gewünschten Art und Weise verwendet werden sollen, so stehen sich hier zwei Ansichten gegenüber! Der Magistrat scheint daran herumzuklügeln, ob ihm die bewilligten Steuern ausreichend erscheinen und andere Herren glauben, wir würden hierdurch so viel Geld bekommen, daß wir nicht wüßten, wohin wir damit sollen. Wir wissen aber, daß beschlossen ist, die Beamtengehälter vom 1. Oktober 1908 ab rückwirkend zu erhöhen und daß hierzu viel Geld gebraucht wird. Der Magistrat scheint sehr ängstlich hierbei vorzugehen und zieht daher die Entscheidung in die Länge, während verschiedene Mitglieder der Versammlung zu glauben scheinen, wir erhielten so viel Geld, daß wir es nicht unterzubringen wüßten. Ich glaube eher, es wird alles beim alten bleiben, denn wir werden immer daran leiden, neue Mittel zu beschaffen, um allen Anforderungen genügen zu können. Diese Vorlage hat aber mit dem mehr oder weniger an Steuern nichts zu tun, sondern es ist ein rein geschäftlicher Akt, den jeder Geschäftsmann machen muß, wenn er einen klaren Ueberblick über seinen Vermögensstand haben will. Ob wir aber nun infolge der Vorlage den städtischen Etat so übersichtlich finden werden, daß wir uns über das Vermögen der Stadt ganz klar sind, scheint mir zweifelhaft zu sein, und verschiedene Herren schütteln auch mit dem Kopfe.

Herr Meyerhoff (persönlich): Herr Probst hat gesagt, ich hätte nicht für seinen Antrag gestimmt, er darf aber nicht vergessen, daß ich für keinerlei Anträge gestimmt habe, also auch nicht für seinen stimmen konnte. (Heiterkeit.) Wenn Herr Probst aber einen Antrag einbringen will, die Vorlage in der vorliegenden Form zurückzuweisen, so werde ich dafür stimmen. (Heiterkeit.)

Der § 1 des Entwurfs wird darauf angenommen.

§ 2: Herr Zäpper: Unter den Ueberschüssen werden nicht nur die Ueberschüsse aus Kapitel I oder sonstigen einzelnen Kapiteln verstanden, sondern aus der Gesamtheit der Kammereinkasse. Auch hier empfiehlt die Kommission Annahme der Vorlage.

§ 2 wird ebenfalls unverändert angenommen.

§ 3: Herr Zäpper: Bei dem Punkte b sind in der Kommission Bedenken geäußert worden, ob nicht das Fünftel dem Ausgleichsfonds über-

flüssigerweise entzogen werden sollte, jedoch schlägt die Kommission vor, es bei der Fassung des Entwurfes zu belassen.

Herr **A l b m a n n**: Ich finde keinen ersichtlichen Grund dafür, weshalb ein Fünftel der Ueberschüsse dem Ordinarium zugeführt werden soll. Ich möchte daher bitten, bei der Abstimmung den Paragraphen zu teilen und den Absatz b zu streichen. Wenn die Bestimmung einmal in dem Statute steht, so wird das Fünftel dem Ordinarium einverleibt werden müssen.

Herr **Oberbürgermeister K e t t e m e h e r**: Wir halten es an sich für praktisch, daß eine bestimmte Summe für das Ordinarium festgelegt wird, ob es richtig ist,  $\frac{1}{2}$ , oder  $\frac{1}{4}$ , oder  $\frac{1}{6}$  zu nehmen, darüber läßt sich streiten. Es dürfte der Billigkeit entsprechen, von den reichen Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke der Gesamtheit der Einwohnerschaft einen bestimmten Betrag zukommen zu lassen, ohne daß der Magistrat erst jedesmal die Genehmigung der Versammlung dazu einholen muß. Selbstverständlich binden wir uns aber beide durch die Bestimmung im § 3, b die Hände. Andererseits ist es aber auch das Recht jeder städtischen Körperschaft, zu sagen, wir verlangen, daß das Fünftel in das Ordinarium hineinfließt. Wird die Bestimmung in das Statut nicht aufgenommen, so muß jedes Jahr eine Vereinbarung der städtischen Behörden herbeigeführt werden. Die Sache hat auch eine praktische Schwierigkeit! Die Rechnungslegung der Gas- und Wasserwerke ist bis jetzt immer zu spät gekommen, und wir werden veranlassen, daß die Abschlüsse in Zukunft früher vorgelegt werden. Wir werden in Zukunft diesen Abschluß im Spätherbst feststellen und dann würde der Zeitpunkt gekommen sein, wo über die Verwendung der Ueberschüsse Beschluß gefaßt werden muß, dann liegt aber der Etat für das nächste Jahr noch nicht vor. Wir möchten gern reine Sache haben: Wenn Ihnen der Posten von  $\frac{1}{2}$  nicht genehm sein sollte, so äußern Sie Ihre Wünsche, denn darüber läßt sich sprechen. Wünschenswert ist die beabsichtigte Einrichtung aber jedenfalls.

Es ist Ihnen bekannt, daß vor einiger Zeit die Aufsichtsbehörde verfügt hat, daß die Umsatzsteuer von uns uns selbst verzinst werden muß. Die Stadt zahlt dann an sich selbst Zinsen. Es wäre nun nicht unmöglich, wenn hier sich ein Fonds zeigte, über den nicht im voraus durch statutarische Bestimmung oder einen sonstigen Beschluß Bestimmung getroffen wäre, daß die Regierung eingriffe und jagte, sie wünsche, daß hiermit ebenso verfahren werde. Hat aber die Regierung das Statut genehmigt, dann kann sie hieran nicht rütteln. Diese Sache wollten wir gern ordnungsmäßig geregelt haben. Aus dem Schulhausbaufonds fließt bekanntlich, abgesehen von dem laufenden Jahre, nichts in das Ordinarium. Der Vorschlag wird daher besonders den Herren, die gegen die Höhe der Steuern verschiedentlich opponiert haben, genehm sein, denn

die möchten gern einen Teil aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke für das Ordinarium retten, und das kann ich den Herren bei den hohen Ueberschüssen nicht verdenken.

Herr Sander: Ich halte diese Vorschrift für die günstigste im ganzen Statut, denn die Kammereikasse und die Steuerzahler werden dadurch gestärkt; ich möchte jedoch bitten, statt  $\frac{1}{2}$  zu sagen  $\frac{1}{4}$ , dann kommt jedem Steuerzahler etwas davon zugute. —

Bei der nun getrennt über a und b erfolgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage unter Ablehnung der Anträge Aßmann und Sander, unverändert angenommen.

Zu § 4: Herr Sasper: Die Kommission legt Wert darauf, festzustellen, daß unter den bei b erwähnten ertragslosen Einrichtungen und Maßnahmen, die zwar nicht unbedingt erforderlich, aber zur Förderung der Entwicklung der Stadt und ihrer Wohlfahrt wünschenswert erscheinen, möglichst weitgehend auch der Erwerb von Grundstücken zu verstehen sein möchte. —

Die §§ 4 bis 8 sowie das Statut im ganzen werden darauf ohne Aenderung angenommen.

Herr Oberbürgermeister Retsch: Wir haben selbstverständlich bei der Aufstellung des Etats für 1909/10 noch nicht annehmen dürfen, daß Sie auf jeden Fall diesem Statut zustimmen würden. Der Etat wird deshalb noch einmal mit dem Schulhausbaufonds vorgelegt werden, wir würden aber in der Rechnung des nächsten Jahres, wenn auch die Regierung das Statut genehmigen sollte, den Schulhausbaufonds verschwinden lassen.

Die Vorlage ist damit erledigt.

## X. Ausbau der Karl Schmidtstraße.

Die von der Hamburgerstraße nach Westen abzweigende projektierte Straße Nr. 239 soll bei einer Gesamtbreite von 14 m derart ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 3 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Vom Magistrate wird ersucht, den bereits unterm 21. Januar d. Js. — Seite 582 des Berichtes — genehmigten Ausbau der projektierten Straße Nr. 239 — genannt Karl Schmidtstraße — auf Grund des vorgelegten Projektes nebst Kostenanschlag zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die genannte Straße zur Ortsstraße erklärt werde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rie berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

## XI. Vermehrung der Stellen von städtischen Nachtwächtern usw.

In der Sitzung vom 14. Mai 1908 ist der Magistrat ersucht worden, mit Herzoglicher Polizeidirektion wegen besserer Bewachung der Stadt in den

Morgenstunden sowie wegen Anbringung von Nummern an den Wächteruniformen in Verbindung zu treten. Die daraufhin eingeleiteten Verhandlungen haben dahin geführt, daß seit Ende Dezember 1908 die Joppen, die Mäntel und die Umhänge der Wächter mit nummerierten Achselflappen versehen sind und daß eine Verständigung zwischen der Herzoglichen Polizeidirektion und dem Magistrate über verschiedene Änderungen in der Zahl, der Dienstzeit und der Bezahlung der Nachtwächter erfolgt ist. Als solche Änderungen werden folgende in Vorschlag gebracht:

1. Zurzeit sind hier 78 städtische Wächter tätig, von denen in jeder Nacht etwa 60 auf Posten oder Patrouillen sich befinden, während 9 Kontrolldienst tun und die übrigen entweder abwechselnd eine dienstfreie Nacht haben, oder zur Ablösung, zur Mithilfe in Krankheitsfällen u. dgl. verwendet werden. Da seit der letzten Vermehrung der Wächterzahl im Jahre 1902 um 4 Wächter das bebaute Stadtgebiet zugenommen hat und da auch innerhalb des bisherigen Bezirks des Wächterbeganges der Wunsch nach Verstärkung des Nachtschutzes gerechtfertigt erscheint, so stimmt der Magistrat mit der Herzoglichen Polizeidirektion darin überein, daß die Annahme neuer Kräfte zur Erhöhung der nächtlichen Sicherheit geboten ist. Dabei kommt zunächst das Gebiet außerhalb des gegenwärtigen Beganges in Frage, für das die Anstellung von fünf neuen Wächtern geplant wird.

Für die bisher schon geschützte Außen- und Innenstadt wird die Annahme von sechs fernerer Wächtern vorgeschlagen.

Durch das Hinzutreten von 11 neuen Wächtern wird die Wächterzahl auf 89 erhöht, von denen 10 als Kontrollwächter, die übrigen als Posten usw. in den verschiedenen Stadtbezirken tätig sein sollen. Die Kontrollwächter werden alsdann regelmäßig jede zehnte, die Wächter jede elfte Nacht dienstfrei haben.

2. Was die Dienstzeit betrifft, so tun die Wächter zurzeit ohne Pause sechs Stunden Dienst und zwar abwechselnd von 10 bis 4 oder von 11 bis 5 Uhr. Um dem Uebelstande der mangelhaften Bewachung der Stadt in den Morgenstunden bis 6 Uhr entgegenzutreten, ist es ratsam, den Dienst bis 6 Uhr morgens auszudehnen. Bei einem Beginne um 10½ Uhr, wie die Herzogliche Polizeidirektion mit dem Magistrate in Aussicht genommen hat, würde die Zeit bis 6 Uhr morgens 7½ Stunden betragen. Es ist aber nicht angängig, Nacht für Nacht ohne Ruhepause diese Dienstzeit den Wächtern aufzuerlegen, es empfiehlt sich vielmehr, ihnen etwa in der Mitte der Dienstzeit eine halbstündige Erholungszeit zu gewähren und die Möglichkeit zu schaffen, diese Pause in einem erwärmten, geschützten Raume zuzubringen. Eine Beurlaubung nach Hause oder das Betreten von Wirtschaften würde mancherlei Unzuträglichkeiten mit sich bringen. Besser ist es, wenn an bestimmten Stellen stadtseitig ein im

Winter erwärmter Unterkunftsraum bereitgehalten wird, in dem zur Stärkung der Wächter und zur Bekämpfung des Alkoholgenusses die unentgeltliche Verabreichung von warmem Kaffee erfolgt, ähnlich wie dies seit einigen Monaten für die nächtlich beschäftigten Straßenreiniger in dem Gebäude kleine Burg 9 geschieht. Von den innenstädtischen Wächtern wird ein Teil in demselben Gebäude, ein anderer Teil im Feuerlöschgebäude Aufnahme finden können, wo die nötigen Räume und Vorrichtungen schon fast vollständig vorhanden sind. Für die Außenstadt läßt sich im Gaswerke an der Laubenstraße, wo gleichfalls schon die erforderlichen Vorkehrungen bestehen, sowie in den Schulen an der Pestalozzi-, der Sophien-, der Leonhard- und der Heinrichstraße eine passende Unterkunft ohne große Aufwendungen bereitstellen. Die näheren Verabredungen zu diesem Zwecke bittet der Magistrat mit dem Kreisbranddirektor, der Direktion der Gas- und Wasserwerke, dem Vorstande der Bürgerschulen und der Herzoglichen Polizeidirektion treffen zu dürfen. Die laufenden Kosten der Einrichtung sind auf etwa 1000 Mark jährlich zu veranschlagen, während die erstmaligen Anschaffungen sich auf ungefähr 500 Mark stellen werden.

3. Hand in Hand mit den vorstehenden Aenderungen erscheint dem Magistrat eine Aufbesserung der Bezüge der Nachtwächter am Orte zu sein. Gegenwärtig beträgt das Anfangsgehalt 70 Mark monatlich, es steigt nach fünf Jahren auf 75 Mark und nach zehn Jahren auf 80 Mark. Kontrollwächter erhalten außerdem 150 Mark jährliche Stellenzulage. Es entspricht der Billigkeit, die Vergütung sowohl im Hinblick auf die Verlängerung des nächtlichen Wachdienstes, wie auf das Steigen anderer Löhne um 15 Mark monatlich zu erhöhen, so daß der Anfangsjah 85 Mark im Monate beträgt. Die Steigerung von 5 zu 5 Jahren um je 5 Mark monatlich empfiehlt der Magistrat beizubehalten; es wird außerdem für zweckmäßig gehalten, nach vollendetem 15. und 20. Dienstjahre fernere Erhöhungen eintreten zu lassen, so daß die Wächter fortan folgende Vergütungen beziehen würden:

|                  |        |                |           |        |          |         |
|------------------|--------|----------------|-----------|--------|----------|---------|
| vom              | 1. bis | 5. Dienstjahre | monatlich | 85 M,  | jährlich | 1020 M, |
| "                | 6. "   | 10. "          | "         | 90 M,  | "        | 1080 M, |
| "                | 11. "  | 15. "          | "         | 95 M,  | "        | 1140 M, |
| "                | 16. "  | 20. "          | "         | 100 M, | "        | 1200 M, |
| nach vollendetem | 20.    | "              | "         | 105 M, | "        | 1260 M. |

Durch diese Steigerung hofft der Magistrat den unerwünschten häufigen Wechsel im Wächterbestande nach Möglichkeit zu beheben. Die Stellenzulage von 150 Mark für die Kontrollwächter kann beibehalten werden. Die Gesamtkosten der vorgeschlagenen Neuerungen sind ziemlich beträchtlich. Sie setzen sich pro Jahr folgendermaßen zusammen:

|                                                            |        |       |
|------------------------------------------------------------|--------|-------|
| Bergütung für 11 neue Wächter nach dem Anfangsgehalt . .   | 11 220 | Mark, |
| Aufbesserung der bisherigen 78 Wächter um je 180 Mark . .  | 14 040 | "     |
| Gewährung fernerer Alterszulagen nach vollendetem 15.      |        |       |
| und 20. Dienstjahre . . . . .                              | 600    | "     |
| Stellenzulage für 2 Kontrollwächter . . . . .              | 300    | "     |
| Unterhaltung der Wärmestuben nebst Kaffeelieferung . . . . | 1 000  | "     |
| <hr/>                                                      |        |       |
| zusammen 27 160 Markf.                                     |        |       |

An einmaligen Anschaffungen kommen hinzu für Beschaffung der Ausrüstungsgegenstände für die 11 neu eintretenden Wächter 1200 Mark und für Einrichtung der Wärmestuben und der Kaffeelieferung 500 Mark, zusammen 1700 Mark. Als Zeitpunkt für die Durchführung der Maßregeln hat der Magistrat den 1. April d. Js. in Aussicht genommen.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Annahme von 11 weiteren Wächtern einverstanden zu erklären, der Erweiterung der Dienstzeit von 10½ bis 6 Uhr sowie der Einführung einer etwa halbstündigen Ruhepause und der unentgeltlichen Kaffeelieferung zuzustimmen, die vorgeschlagenen Steigerungssätze zu genehmigen, für zwei weitere Kontrollwächter eine Stellenzulage von 300 Mark zu bewilligen, an Kosten der Unterhaltung der Wärmestuben und der Kaffeelieferung den Betrag von 1000 Mark zur Verfügung zu stellen und den Magistrat zu den einmaligen auf 1700 Mark veranschlagten Kosten der Ausrüstung der 11 neu anzunehmenden Wächter und der Einrichtung der Wärmestuben nebst Kaffeelieferung zu ermächtigen.

Herr B o g e: Die Statutenkommission ersucht, der Vorlage im vollen Umfange zuzustimmen, wenn auch die damit verbundenen Kosten ziemlich erheblich sind. Durch die Vorlage wird nicht nur das Nachtwachwesen hiesiger Stadt verbessert, sondern es wird auch dem Bedürfnis nach Aufbesserung der Nachtwächtergehälter auf Jahre hinaus genügt.

Herr J a s p e r: Gewiß stehe ich der Vorlage sehr sympathisch gegenüber, jedoch geht es mir hier ähnlich, wie vorhin bei einer anderen Vorlage Herrn Sander, und ich möchte anregen, die Vorlage zunächst zu vervielfältigen. Ich konnte nämlich aus dem Referate nicht herausfinden, ob die Erhöhung der Löhne mit der Vermehrung der Arbeitszeit in einem richtigen Verhältnisse steht.

V o r s i z e n d e r: Ich habe nicht geglaubt, daß eine Vervielfältigung dieser Vorlage nötig gewesen wäre.

Herr Stadtrat W a g n e r: Es handelt sich um eine Vermehrung der Arbeitszeit der Nachtwächter um täglich 1½ Stunden, wovon ½ Stunde als Ruhepause wieder abgeht. Demnach beträgt die in Aussicht genommene Gehaltserhöhung von 15 Mark monatlich 50 Pfennig für die Stunde. Außerdem sind

noch Alterszulagen in Aussicht genommen, die ganz beträchtlich zu Buche schlugen.

**Vorsitzender:** Wer ist für die Abjchung der Vorlage von der heutigen Tagesordnung? — Das ist die Minderheit.

**Herr Jasper:** Ich möchte beantragen, das Anfangsgehalt der Nachtwächter auf 90 Mark festzusetzen. Die von Herrn Stadtrat Wagner vorgetragene Berechnung einer Zulage von 50 Pfennig für die Mehrarbeit von einer Stunde täglich kann ich nicht als richtig anerkennen. Früher ist die Lohnerhöhung der Wächter zurückgestellt worden, weil Verhandlungen wegen Erweiterung der Dienstzeit in Aussicht genommen waren und hiermit zugleich ein allgemeiner Ausgleich mit den Verhältnissen stattfinden sollte. Das scheint hierbei aber nicht berücksichtigt zu sein, so daß man nicht ohne weiteres sagen kann, es sollten 50 Pfennig für die einstündige Mehrarbeit bezahlt werden. Nach der Vorlage soll der Wächter täglich  $7\frac{1}{2}$  Stunden wirksam sein, was der Tätigkeit eines vollen Tages entspricht, wenn man berücksichtigt, daß es sich um Nacharbeit handelt. Bei einer vollen Arbeitstätigkeit ist aber ein Lohnsatz von 85 Mark zu gering und es kann nur ein Tagelohn von mindestens 3 Mark als ausreichend angesehen werden. Die Erhöhung der Lohnsätze am Ende wird eine praktische Bedeutung nicht haben, denn ich glaube nicht, daß bislang Wächter über 15 oder gar 20 Jahre im Dienste der Stadt tätig gewesen sind.

**Herr Fröhling:** Ist nicht auch in Aussicht genommen, den Wächtern Polizeihunde beizugeben? Bei der vorliegenden Menderung würde ich es für wünschenswert halten, diesen Punkt klarzustellen und den Nachtwächtern möglichst viel Polizeihunde beizugeben.

**Herr Stadtrat Wagner:** Die Angelegenheit ist bereits in der Sitzung vom 7. Januar d. Js. geregelt worden. Im übrigen habe ich vorhin nicht gesagt, daß die eine Stunde Mehrarbeit mit 50 Pfennig bezahlt werden sollte, sondern daß bei einer Erhöhung der Arbeitszeit um eine Stunde eine Lohnerhöhung von 50 Pfennig gegeben würde. Es wird also den Nachtwächtern mehr gegeben, als der ortsübliche Tagelohnsatz, und daneben erzielen sie fast durchweg noch am Tage einen Nebenverdienst. Man wird also den Lohnsatz wohl für ausreichend erachten können.

Die Vorlage wird darauf im einzelnen und im ganzen, unter Ablehnung des Antrages Jasper, angenommen.

## XII. Menderung des Ortsbauplanes im Sutfiltern.

**Herr Fröhling:** Anlässlich eines von der Firma Hamburger & Lüttauer geplanten Neubaus möchte der Magistrat die Ansicht der Versammlung über



eine Verbreiterung der Straße „Gutfiltern“ kennen lernen. Dem Magistrate erscheint es wünschenswert und unter den vorliegenden Verhältnissen auch ausreichend, die Breite der Straße auf 12 m festzusetzen.

Die Baukommission pflichtet dieser Ansicht bei. Dabei ist aber angeregt worden, ob es nicht besser wäre, die Straße mit Rücksicht auf ihren starken Verkehr auf 14 m zu verbreitern. Diese Frage ist indessen noch offen gelassen, und ihre Entscheidung wird wesentlich abhängen von der Kostenfrage. Die Verbreiterung würde hauptsächlich einem einzigen Interessenten zugute kommen, der dort ein großes Warenhaus errichten will und daher von der Verbreiterung die meisten Vorteile haben würde. Es würde das auch derselbe Anlieger sein, der das meiste Terrain zur Verbreiterung der Straße herzugeben hätte. Man war daher der Meinung, dem Magistrate zu überlassen, ob ein billiger Ausgleich zwischen den beiden Interessen zu finden wäre. Die Baukommission schlägt deshalb vor, die Fluchtlinie auf 12 m festzusetzen, gleichzeitig aber dem Magistrate anheimzugeben, in Verhandlungen darüber einzutreten, ob sich nicht eine weitere Verbreiterung auf 14 m ohne größere Kosten ermöglichen lasse.

Herr S a n d e r: Ich finde eine Breite von 12 m nicht für genügend trotz der durch eine weitere Verbreiterung entstehenden hohen Kosten. Wir können nicht umhin, die Straße auf 14 m zu verbreitern, denn es handelt sich hier um die am meisten belastete Straße der Stadt, bei der wir kein Flickwerk machen dürfen. Ich bitte daher, den Magistrat zu ersuchen, auf eine Verbreiterung der Straße auf 14 m unter allen Umständen hinzuwirken.

Herr A h m a n n: Ich kann mich diesen Ausführungen nur voll und ganz anschließen. Wir sollten doch von früheren Vorkommnissen lernen und nicht solche Dinge machen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Kommune nicht mehr als nötig ausgeben soll, wenn es aber einmal notwendig ist, muß sie auch in den Säckel greifen. In den letzten Jahrzehnten ist in dieser Beziehung hier schwer genug gesündigt worden. Den „Damm“ wird in seiner jetzigen Breite niemand für ausreichend halten können, und trotzdem haben wir ihn auch bei der Errichtung von Neubauten so schmal belassen. Die Einfahrt in die Sonnenstraße von der Martinikirche aus ist ebenfalls nicht breit genug. Für den Gutfiltern sind 12 m nicht breit genug, der Magistrat müßte deshalb ersucht werden, eine Vorlage dahin auszuarbeiten, nach der eine Breite von 14 m angenommen wird. Die Mehrausgabe darf uns nicht veranlassen, hier zu sparen, die Schützenstraße und andere liegen uns doch noch schwer genug auf dem Herzen.

Herr M e h e r h o f f: Ich möchte bitten, erst einmal dem Beschlusse der Baukommission zuzustimmen. Alle die hier zutage getretenen Bedenken haben wir auch in der Kommission reiflich erwogen. Es handelt sich dabei gar nicht

um die Einmündung des Hutfiltern, sondern um das ehemals Heupfeiche Haus, und dort ist die Straße nicht ganz so schmal, wie hier befürchtet wurde. Wir haben uns gesagt, daß es bei unserm Beschlusse in der Hand des Magistrates liegt, den geäußerten Wünschen gerecht zu werden. Die ganze Sache läuft darauf hinaus, wie teuer das Projekt werden soll. (Zustimmung.) Ich bin in der Baukommission derjenige gewesen, der am wärmsten für die Verbreiterung des Straßenteiles auf 14 m eingetreten ist. Die Kosten werden bei 14 m Straßenbreite mindestens doppelt so hoch werden, wie bei 12 m. Man könnte jagen, daß bei einer Festsetzung der Straßenbreite auf 12 m die Ansicht der von einem großen Kaufhause ausgelegten Waren sich schwer wird ermöglichen lassen, weil das Trottoir dann zu schmal werden würde. Da nun der Firma, die dort ein Kaufhaus errichten will, viel darauf ankommen muß, ein recht breites Trottoir zu erhalten, so glaubte die Baukommission die Verbreiterung durch ihren Antrag am ehesten zu erreichen. Sollte es aber nicht möglich sein, so müßten wir es bei einer Breite von 12 m belassen. Stimmen Sie deshalb nur dem Beschlusse der Baukommission zu, der Magistrat wird dann schon alles aufbieten, um die Verbreiterung auf 14 m zu erreichen. Wenn der Magistrat eine bestimmte Marschrouten haben soll, so könnten wir uns die Beschlüßfassung vielleicht überhaupt vorbehalten.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat ist dem Wunsche der Herren Sander und Ahmann, in Erwägungen einzutreten, ob sich die Straße nicht auf 14 m verbreitern lasse, bereits zuvorgekommen und hat einen Plan darüber ausarbeiten lassen, woraus sich ergibt, daß dann etwa 200 qm mehr Terrain erworben werden müssen, als bei 12 m. Der Magistrat hat daran Anstoß genommen, der Bürgerschaft eine so große Belastung aufzuerlegen und dort eine Fläche von annähernd 400 qm stadtfestig zu erwerben. Wenn auch der zeitige Verkehr im Hutfiltern eine erhebliche Verbreiterung der Straße wünschenswert macht, so glauben wir doch nicht, daß die gegenwärtige Generation verpflichtet ist, über das jetzt notwendige Maß hinaus, die Fehler unserer Alvorderen auszugleichen. Wenn eine spätere Generation das einmal machen will und sie hat die Mittel dazu, so mag sie es tun. Eine Verbreiterung der Straße auf 12 m wird für eine lange Reihe von Jahren dem Bedürfnisse genügen, namentlich dann, wenn der Bahnhof hinausgelegt und der Straßendurchbruch Damm — Bruchtorwall geschaffen werden sollte, weil dann der Verkehr im Hutfiltern nachlassen wird. Wenn Sie heute eine Verbreiterung der Straße auf 14 m beschließen, so werden Sie dem Magistrate die Position in den Verhandlungen mit den Interessenten sehr erschweren. Ich glaube namens des Magistrates die bestimmte Erklärung abgeben zu können, daß der Magistrat für eine Verbreite-

zung auf 14 m nur zu haben sein wird, wenn die Verhandlungen über die Abtretung des Grund und Bodens zu einem annehmbaren Preise führen. Deshalb möchte ich bitten, dem Beschlusse der Baukommission stattzugeben. Der Magistrat wird den hier geäußerten Wünschen gern entsprechen, da sie sich mit seinem Wunsche decken, aber festgelegt sehen möchte ich die städtischen Behörden nicht.

Herr R i e f e: Ich stehe noch heute auf dem Standpunkte: wenn wir einmal eine Straße verbreitern wollen, dann kann es nicht darauf einwirken, ob der Bahnhof in 200 Jahren einmal hier- oder dorthin kommt. (Heiterkeit.) Wir haben schon Geld genug ausgegeben für die Beseitigung kleinerer Vorprünge, ich erinnere nur an die Schuhstraße, wo an der Apotheke seinerzeit 100 000 Mark verpulvert sind. Wenn die Stadt sich auch nicht in einer rosigten Finanzlage befindet, so sollte sie doch für solche notwendigen, den Verkehr fördernden Sachen einmal etwas mehr aufwenden. Meiner Meinung nach müßte die Straße so breit werden, wie die Münzstraße, denn sie hat mindestens dieselbe Bedeutung. Vor zwei Jahren wurde von der Firma schon ein Projekt eingereicht, das ich als Fühler aufgefaßt habe, und das heutige Projekt fasse ich ebenso auf (Zustimmung), denn die Leute wollen nur wissen, was hier beschlossen werden wird und wollen gar nicht bauen. Wir wollen uns jedoch dadurch nicht beirren lassen, sondern wollen beschließen, was wir für notwendig erachten und nicht so wirtschaften, wie an der Sonnenstraße. Damals konnten wir das Haus freihändig kaufen, und hinterher mußten wir es in der Expropriation doppelt bezahlen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die Position der Anlieger wird durch die Ausführungen des Herrn Riefe allerdings erheblich gestärkt, so daß sie bei solcher Unterstützung durch die Herren Stadtverordneten mit ihren Forderungen nicht zurückhalten werden. Was die Breite der Straße anlangt, so liegt doch nichts näher, als sie in ein angemessenes Verhältnis zu ihrer Fortsetzung zu bringen. Der Damm ist nun nicht breiter als 12 m, und da er an der Ecke der Münzstraße erst mit neuen Gebäuden besetzt ist, so wird er auf Jahrhunderte in dieser Breite bestehen bleiben. Wenn der Damm mit 12 m Breite bestehen kann, weshalb sollen dann hier 14 m gefordert werden? Der Vergleich des Herrn Riefe mit der Schuhstraße ist um deswillen nicht angebracht, weil die Hoffnung, unter der jene Verbreiterung beschlossen ist, nicht in Erfüllung gegangen ist. Man hatte damals angenommen, durch die Verbreiterung der kleinen Burg die Straße vor der Burg entlasten und den Verkehr nach der kleinen Burg leiten zu können; doch ist dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Man hat also die Verbreiterung nicht vorgenommen, weil der Verkehr sie f o r d e r t e, sondern man wollte den Verkehr erst dorthin leiten.

Herr Sander: Ich habe einen Antrag, die Straße auf 14 m zu verbreitern, nicht eingebracht, sondern ich bin auch für die Annahme des Kommissionsantrages.

Herr Altmann: Ich kann die Befürchtungen des Herrn Bürgermeister nicht unterschreiben, daß die Anlieger durch unsere heutigen Verhandlungen so viel Oberwasser bekommen hätten, um nun mit großen Forderungen an uns heranzutreten. Die Stadt muß die Verbreiterung der Straße so gut wie möglich durchführen und wenn die Anlieger so rigorös sein sollten, daraus Nutzen ziehen zu wollen, so muß ihnen mit allen möglichen Mitteln entgegengearbeitet werden. (Widerspruch!) Außerdem wollen wir doch die Verbreiterung nicht mit einem Male durchführen, sondern erst nachgerade bei der Errichtung von Neubauten, so daß die jetzige Generation sie nicht allein zu bezahlen braucht. Die geplante Durchbruchstraße Damm—Bruchtorwall läßt sich auch nicht so leicht durchführen, weil erst noch große Hindernisse auf dem Waisenhaus-terrain usw. zu beseitigen sind, was noch viel Geld kosten wird.

Wenn der Damm nun einmal zu schmal angelegt worden ist, weshalb soll denn der Hutfiltern nicht breiter angelegt werden. Durch den Hutfiltern und Katreppeln haben wir eine Zufahrtstraße nach dem Augusttore, die den Damm nicht berührt, so daß schon aus diesem Grunde der Hutfiltern breiter sein muß, als der Damm. Daß wir jedoch die Verbreiterung den Anliegern zuliebe befürworten, kann ich mit dem besten Willen nicht einsehen; außerdem werden diese auch ohne unsere Verhandlungen schon zu ihrem Rechte zu kommen suchen.

Herr Meyerhoff: Herr Altmann redet immer von Anliegern, obwohl nur ein Anlieger, nämlich die Firma Hamburger & Littauer, welche fast die ganze Straßenseite in Besitz hat, dabei in Frage kommt. (Herr Altmann: Das sind doch zwei Personen!) Wenn die Firma baut, steht ihr ein so großes Hinterland zur Verfügung, daß sie nicht so schwer geschädigt wird, wie es auf den ersten Blick aussieht.

Herr Fröhling: Ich möchte noch einmal zusammenfassend erklären, daß die Verbreiterung der Straße auf 14 m nur teilweise im Interesse des allgemeinen Verkehrs, in der Hauptsache aber im Interesse der Anlieger erfolgen würde. Für die Stadt genügt eine Verbreiterung auf 12 m vollkommen; wenn die Anlieger aber für eine Verbreiterung auf 14 m ihr Interesse befunden wollen, so können wir ihnen entgegenkommen.

Der Antrag der Baukommission wird sodann genehmigt.

### XIII. Veränderung der Gleisanlage auf der Humboldtstraße.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß anlässlich des bevorstehenden Ausbaues des westlichen Teilstücks der Humboldtstraße die

dort befindliche Gleisanlage der Straßeneisenbahn-Gesellschaft umgebaut und erweitert wird.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

#### XIV. Schaffung neuer Lehrerstellen.

Zu Ostern 1909 werden neun weitere Lehrerstellen erforderlich. Der Magistrat gibt anheim, der Schaffung von sieben neuen Stellen für Lehrer und Lehrerinnen zuzustimmen und bemerkt, daß wegen der Schaffung von zwei weiteren Stellen für Lehrerinnen an der Übungsschule eine besondere Vorlage ergangen sei.

Der Vorlage wird auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Bähr berichtet, zugestimmt.

#### XV. Abkommen mit der Straßeneisenbahngesellschaft.

Die Straßeneisenbahngesellschaft hat die Absicht, die Gleise der Straßeneisenbahn vom Bruchtorwall auf das Gelände des Staatsbahnhofes zu führen. Nachdem die Bearbeitung der Angelegenheit gezeigt hat, daß eine Verlegung der Gleise auf der östlichen Bahnhofsbücke, wenn überhaupt zulässig, so jedenfalls wegen der nicht zu umgehenden Verbreiterung und Verstärkung der Brücke mit unverhältnismäßig hohen Kosten verknüpft ist, hat sich die Gesellschaft entschlossen, für ihre Gleise östlich dieser Brücke unter Benutzung der vorhandenen Brückenflügelmauer eine besondere Brücke zu bauen. Da es der Straßeneisenbahngesellschaft an einer geeigneten technischen Hilfskraft fehlt, so hat sie den Magistrat ersucht, zu gestatten, daß der Regierungsbaumeister Behrens, der auch den Entwurf für die neue Brücke ausgearbeitet hat, von ihr mit der Bauleitung bei der Herstellung der Brücke betraut werden dürfe. Der Magistrat trägt keine Bedenken, dem Wunsche unter der Bedingung zu entsprechen, daß die Verantwortung für die gesamte vom Regierungsbaumeister Behrens geforderte Leistung von der Gesellschaft übernommen wird und diese außerdem ein nach der von dem Verbande der Architekten- und Ingenieurvereine aufgestellten Norm zu ermittelnde Vergütung zahlt. Da der Regierungsbaumeister Behrens sich mit der Uebernahme der Arbeit einverstanden erklärt hat, so ersucht der Magistrat, dem Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft unter den angeführten Bedingungen zu entsprechen.

Auf Befürwortung der Statutenkommission, für die Herr Ritter berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

## XVI. Beschaffung von Mobiliar für eine neue Klasse der Realschule.

Der allmähliche Aufbau der zweiten Klassenreihe der von Ostern 1909 an in eine selbständige Realschule umzuwandelnden C- und D-Klassen der städtischen Oberrealschule bedingt die Einrichtung einer Quarta D. zu Ostern d. Jz. Während der hierfür erforderliche Klassenraum im neuen Schulgebäude an der Ritterstraße vorhanden ist, muß das nötige Mobiliar für die Klasse noch beschafft werden. Die dafür aufzuwendenden Kosten sind zu 1200 Mark ermittelt worden.

Dem Antrage des Magistrates auf Verwilligung dieser Summe, stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr L e u e berichtet, zu.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4¾ bis 7½ Uhr.

---



**Bericht**  
über die  
**Verhandlungen der vereinigten Versammlung**  
des  
**Stadtmagistrates und der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 11. Februar 1909.

---

**Tagesordnung :**

- |                                                                             |         |
|-----------------------------------------------------------------------------|---------|
| I. Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau der Hilbesheimerstraße . .  | Seite 8 |
| II. Einsprache gegen die Heranziehung zu den Extrawegegeldbeiträgen . . . . | " 10    |
| III. Einsprache gegen die Heranziehung zu den Extrafanalbeiträgen . . . . . | " 11    |

Entschuldigt die Herren Stadträte Heymann und von Frankenberg, sowie die Herren Stadtverordneten Esdorn, Lübke und Wolters; außerdem fehlen die Herren Stadtverordneten Kalmß, Meherhoff, Ritter und Voge.

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Netemeyer, eröffnet die Versammlung und fragt zunächst an, ob die von den Herren Esdorn, Lübke und Wolters vorgebrachten Entschuldigungsgründe als genügend anerkannt würden. Es erhebt sich kein Widerspruch, die Gründe werden demnach als ausreichend anerkannt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.



## I. Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau der Hildesheimerstraße.

Herr Bürgermeister M e n e r als Referent der Deputation: Das von den städtischen Behörden vor wenigen Wochen beschlossene Projekt über den Ausbau der Hildesheimerstraße zwischen der Goslarischenstraße und der Landeseisenbahn ist angefochten worden von der Konjervensabrik Braunschweig, der Firma Ludwig Fr. Kostemeyer, der Dampfziegelei Weinberg von Gebr. Damköhler und der Firma M. Bracke. Die vier Anlieger beantragen, den geplanten Ausbau noch auf mehrere Jahre zurückzustellen, oder den Anliegern den größten Teil der Straßenbaubeiträge zu erlassen, indem die Stadt  $\frac{3}{4}$  davon übernimmt und vor den Anliegern nur  $\frac{1}{4}$  einfordert.

Wortweg will ich bemerken, daß nach dem Kostenüberschlage bei dem Projekte 115,50 Mark auf das laufende Meter Anliegerbeitrag entfallen.

Die Einsprache wird in folgender Weise begründet: Die Anlieger sagen, daß ihnen die gegenwärtige Befestigung des Straßentrakts genüge, da er als Landstraße schon befestigt wäre und diese Befestigung für den Verkehr der anliegenden Grundstücke ausreiche. Die weitergehenden Wünsche der Stadt lägen nicht im Interesse der Anlieger; es möchte deren Erfüllung wohl etwas für sich haben, jedoch wäre dann die Stadt auch diejenige, welche für die Kosten einzutreten hätte. Die Anlieger meinen, da sie nur ein untergeordnetes Interesse an dem Ausbau hätten, so könnte dieser, wenn er überhaupt geschehen sollte, jedenfalls noch um einige Jahre hinausgeschoben werden.

In der Deputation ist die Sache sehr eingehend behandelt und dieser Punkt der Einsprache als begründet nicht anerkannt worden; es wird daher Verwerfung dieses Teiles der Einsprache anheimgegeben.

Es erhebt sich kein Widerspruch aus der Versammlung.

Herr Bürgermeister M e n e r (fortfahrend): Es wird in der Eingabe, wie schon erwähnt, bemerkt, der Ausbau der Straßenstrecke liege besonders im städtischen Interesse: die Anlieger hätten schon deshalb kein Interesse daran, weil die Strecke nur 143 Meter lang sei, die Straße nur auf dieser kurzen Strecke benutzt würde, und sie auch auf die Verschönerung des dortigen Straßenbildes keinen Wert legten. Andererseits käme in Betracht, daß der ganze Fuhrverkehr von und nach Lehn Dorf über diese Strecke ginge und auch der dortige Güterbahnhof der Landeseisenbahn sie belaste. Aus letzteren Gründen habe die Allgemeinheit Interesse an dem Ausbau, weshalb auch die Stadt die Kosten tragen müsse.

Der von den Bittstellern angerufene § 11 des Straßenbaustatuts vom 12. Juli 1900 heißt: „Von den Straßenbaubeiträgen, welche . . . den Eigentümern angrenzender Grundstücke zur Last fallen, kann im einzelnen Falle, wenn der in Frage stehende Straßenbau vorwiegend im a l l g e m e i n e n städtischen

Interesse liegt, seitens der städtischen Behörden ein von dem Ermessen abhängender Teil zu Lasten der Stadt erlassen werden. Gleiches kann geschehen, wenn den Eigentümern angrenzender Grundstücke, und zwar der Gesamtheit oder auch einzelnen oder mehreren derselben, aus deren Straßenbaubeiträgen eine unverhältnismäßige Last erwachsen würde."

Nun war die Deputation der Ansicht, daß über die Frage, ob etwa eine allzustarke Belastung der Anlieger eintrete, sowie darüber, ob mit Rücksicht darauf, daß tatsächlich der Ausbau mehr im Interesse des allgemeinen Verkehrs, als der Anlieger geschehe und um deswillen die Stadt alle oder doch einen großen Teil der Kosten übernehmen müßte, erst dann entschieden werden könnte, wenn der Ausbau fertig wäre. Es könne der Ausbau der Straßenstrecke nicht wohl um deswillen verschoben werden, weil die Stadt es vielleicht für angezeigt halten sollte, einen Teil der Kosten aus dem Stadtsäckel zu übernehmen. Deshalb wird auch in diesem Punkte Ablehnung empfohlen.

**V o r s i t z e n d e r :** Es handelt sich hier um den Erlass von Beiträgen, über den die städtischen Behörden zu befinden haben, die vereinigte Versammlung wäre deshalb wohl nicht zuständig.

Herr Bürgermeister **M e y e r** (fortfahrend): Im Punkte 3 der Eingabe wird hervorgehoben, daß die Anlieger im Verhältnis zu dem ihnen durch den Straßenausbau erwachsenden Nutzen zu stark belastet würden. Es ist richtig, daß die anteiligen Beiträge recht hoch sind, denn es haben anschlagsmäßig zu zahlen: die Konervenfabrik Braunischweig 3500 Mk., die Firma Kistemeyer 5000 Mk., die Firma Bracke 5000 Mk. und die Ziegelei Weinberg 7000 Mk. Die Bittsteller behaupten nun, der Ausbau der Straßenstrecke würde einen Mehrwert für die Grundstücke nicht im Gefolge haben, und deshalb wäre deren Belastung eine übermäßige, die zu tragen man den Anliegern nicht zumuten könnte. Es ist eine allgemein beobachtete Auffassung, daß die Anlieger den durch den Ausbau ihrer Straße erzielten Fortschritt nicht zu würdigen pflegen, sobald sie Straßenbaukosten tragen sollen. Der Theorie nach ist dieser Fortschritt aber von den städtischen Behörden anerkannt worden, weil es sonst ein Unrecht gewesen wäre, ein Statut in der Richtung zu erlassen, daß die Anlieger einen Teil der Straßenbaukosten zu tragen haben. Deshalb wird auch hier die Einsprache als nicht begründet anerkannt und Ablehnung anheimgegeben.

Gegen den Antrag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Bürgermeister **M e y e r** (fortfahrend): Sodann sind gegen die Querteilung des Projektes Einwendungen erhoben. Der vorgesehene Reitweg hätte keine praktische Bedeutung, weil er nur 143 Meter lang geplant sei und keine Verlängerung habe. Es wird gesagt, wenn der Reitweg aufgegeben würde, so könnte die Straße um die gleiche Breite verschmälert werden, wodurch sich die

Kosten entsprechend verringern würden. Das ist insofern irrig, als die Einsprache von der falschen Voraussetzung ausgeht, daß die Breite der Straße erst durch das Projekt festgesetzt worden sei. Die Sache liegt indessen so, daß die Straßenbreite schon vor längerer Zeit durch den Ortsbauplan festgelegt und erst hinterher das Projekt bearbeitet worden ist. Sollte der Reitweg wirklich in Fortfall kommen, so würden die anderen Teile der Straße, seien es die Fahrbahn, die Fußwege oder der Radfahrweg, entsprechend verbreitert werden müssen, also eine Kostenersparnis könnte dabei nicht herauskommen. Auch hier wird Verwerfung der Einsprache anheimgegeben. (Kein Widerspruch.)

Von der Firma Holtemeyer ist besonders bemängelt worden, sie wäre in größerer Länge zu der Kostenberechnung herangezogen, als die Breite ihres Grundstücks, soweit sie nicht durch eine abzweigende projektierte Straße in Anspruch genommen werde, ergebe. Nach dem Ortsbauplane zweigt auf dem betreffenden Grundstücke eine Seitenstraße ab, so daß nach Maßgabe der bisher befolgten Grundsätze die auf diese entfallende Frontlänge für die Kosten der Hildesheimerstraße nicht mit anzurechnen war. Das ist auch nicht geschehen, folglich ist die Einsprache auch in diesem Punkte unbegründet und zurückzuweisen.

(Kein Widerspruch.)

Endlich kommt noch allgemein der Einwand, daß die dort zurzeit bestehenden Wegeverhältnisse vollauf genügten. Auch dieser Einwand wird als begründet nicht anerkannt. Die städtischen Behörden haben früher das Bedürfnis für den Ausbau anerkannt, und es liegt kein Grund vor, jetzt davon abzuschnellen.

In der Deputation ist auch noch zur Sprache gekommen, daß die Stadt, wenn dem einen oder anderen Anlieger die Aufbringung der Straßenkosten besonders schwer fallen sollte, bei Durchführung der Einziehung Entgegenkommen zeigen würde, und ich darf wohl annehmen, daß die vereinigte Versammlung hiermit einverstanden sein wird. (Zustimmung.)

Es wird Ablehnung der Einsprache anheimgegeben.

V o r s i t z e n d e r : Wer ist für Verwerfung der Einsprache? — Die Verwerfung ist beschloffen.

## II. Einsprache gegen die Heranziehung zu den Extrawegegeldbeiträgen.

Herr Bürgermeister M e y e r : Bei der Behandlung der vorliegenden Einsprachen habe ich vor mehreren Wochen beantragt, die Beschlußfassung über die Einsprache des Kaufmanns Adolf Frank zwecks weiterer Erhebungen auszusetzen. Der Genannte hatte seine Einsprache damit begründet, daß er sich zur Zahlung eines Extrawegegeldbeitrages deshalb nicht verstehen könne, weil

andere Geschäfte in der Stadt nach seinem Dafürhalten die städtischen Straßen ebenso belasteten, wie er, gleichwohl aber zu den Beiträgen nicht herangezogen würden. Ich hielt es für richtig, zunächst über den Umfang der Belastung der Straßen durch die Firma Frank Erkundigungen einzuziehen und zu ermitteln, wie viel Güter in den Jahren 1905 bis 1907 von der Eisenbahn nach dem Geschäfte und von dem Geschäfte in die Häuser der einzelnen Käufer transportiert worden sind. Darauf ist uns erwidert worden, daß darüber Notizen nicht gemacht seien und die Frachtbriefe auch nicht zur Hand wären. Es muß deshalb bei dem Beschlusse bleiben, den die Deputation schon vor längeren Wochen gefaßt hat, nämlich anheimzugeben, die Beschwerde als unbegründet zu verwerfen. Herr Frank hat anerkannt, daß er die städtischen Straßen belaste, glaubt aber dadurch entlastet zu sein, daß angeblich andere Geschäfte mit ähnlichem Fuhrverkehr nicht zur Steuer herangezogen seien. Das ist zur Freilassung des Frank'schen Geschäftes von der Abgabe kein ausreichender Grund, wenn er auch dahin führen kann, daß die Deputation künftig vorschlagen wird, auch solche Geschäfte mit zu den Beiträgen heranzuziehen, die bisher nicht herangezogen waren. Unwissend ist die Deputation nicht; vielleicht können Sie bei der bevorstehenden Neuwahl zur Deputation Herren nehmen, die mehr au fait sind. Ich gebe anheim, die Einsprache zu verwerfen.

Die Verwerfung wird beschlossen.

### III. Einsprache gegen die Heranziehung zu den Extrakanalbeiträgen.

Herr Bürgermeister Meyer.: Bei der Beratung der erhobenen Einsprachen war der Antrag der Witwe Kneißt auf Erlass der besonderen Kanalbeiträge teilweise als begründet anerkannt und der Beitrag auf die Hälfte ermäßigt worden. In einer Eingabe hat nun Frau Kneißt geltend gemacht, daß ihr Brenneibetrieb an der Echternstraße im vergangenen Jahre nicht mehr im Gange gewesen wäre und daher auch keine Abwässer dem Kanale zugeführt seien, so daß eine Belastung des Kanals aus dem Gewerbebetriebe nicht stattgefunden habe. Letzteres ist von der städtischen Bauverwaltung bestätigt. Da hiernach die Heranziehung des Betriebes zur Kanalabgabe für das laufende Jahr zu Unrecht erfolgt ist, so gebe ich anheim, die ganze Steuer für das laufende Jahr nachträglich abzuheben,

was seitens der Versammlung geschieht.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 4 $\frac{3}{4}$  Uhr.



# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. Februar 1909.

**Tagesordnung:**

|       |                                                                                                                              |           |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Antrag Hejse: Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsbeamten . . .                                                         | Seite 652 |
| II.   | Uebersicht über die stadtsseitig gezahlten Löhne und Antrag Wesemeier auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter. . . . . | " 652     |
| III.  | Änderungsvorschläge für den Ortsbauplan . . . . .                                                                            | " 653     |
| IV.   | Rechnungsabchlüsse der Gas- und Wasserwerke und der Neustadtmühle für 1907/08. . . . .                                       | " 654     |
| V.    | Umwandlung der Realschule in eine Oberrealschule . . . . .                                                                   | " 657     |
| VI.   | Verlegung von Gas- und Wasserrohren . . . . .                                                                                | " 660     |
| VII.  | Förderung der landwirtschaftlichen Ausstellung . . . . .                                                                     | " 661     |
| VIII. | Beihilfe für den Verkehrsverein . . . . .                                                                                    | " 662     |
| IX.   | Errichtung eines Lehrlingsheims . . . . .                                                                                    | " 663     |
| X.    | Erweiterung der Schule an der Reichstraße. . . . .                                                                           | " 663     |
| XI.   | Anordnung von Vorgärten für einen Teil der Humboldtstraße . . . .                                                            | " 667     |
| XII.  | Ankauf von Flächen zur Verbreiterung des Dienröder Weges . . . . .                                                           | " 668     |
| XIII. | Anordnung von Vorgärten . . . . .                                                                                            | " 669     |
| XIV.  | Abfindung eines Mieters . . . . .                                                                                            | " 670     |
| XV.   | Änderung von Baupluchtklinien an der Goslarischenstraße . . . . .                                                            | " 671     |
| XVI.  | Anfrage Wesemeier: Entlassung von Gasarbeitern . . . . .                                                                     | " 671     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Franckenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Bähr, Buchler, Jasper, Schmidt und Vogt; später erscheinen die Herren Meyerhoff, Lübke und Ritter.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung mit folgenden Mitteilungen:

1. In der Ergänzungswahl für den verstorbenen Herrn Dr. med. Bluth ist Herr Dr. med. Kleinfnecht gewählt worden und heute hier zum ersten Male erschienen; ich heiße ihn in unserer Mitte herzlich willkommen.

2. Der Verkehrsverein Braunschweig hat seinen Jahresbericht für 1908 übersandt, der unter die Mitglieder der Versammlung verteilt worden ist.

3. Nach einem Schreiben des Magistrates ist in der Sitzung vom 1. Oktober 1908 beschlossen worden, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht an geeigneten Stellen der Eisenbüttelerstraße ein oder zwei Wasserschöpfstellen hergerichtet werden könnten. Der Magistrat hat entsprechende Erhebungen angestellt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß den Anliegern der Eisenbüttelerstraße an solchen Schöpfstellen nichts liege, weil sie schon Brunnen mit brauchbarem Wasser besitzen. Er trägt daher Bedenken, der Anregung der Versammlung Folge zu geben.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

## **I. Antrag Hesse: Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsbeamten.**

Der in der Sitzung vom 10. Dezember 1908 gestellte Antrag ist unter Zustimmung des Herrn Antragstellers bis dahin zurückgestellt, daß der Magistrat seinen Beschluß über die Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten in einem Rückschreiben der Versammlung mitteilt.

## **II. Uebersicht über die stadtseitig gezahlten Löhne und Antrag Wesemeier auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.**

Herr Wölter: Die Finanzkommission hat diese beiden Punkte gemeinschaftlich behandelt aus dem Gesichtspunkte heraus, daß man zunächst die vorgelegte Lohnübersicht, die noch ergänzt werden wird, prüfen möchte und je nach dem Ausfalle der Prüfung dem Antrage Wesemeier nähertreten wollte. Ich möchte zu dem ersten Punkte zunächst folgendes bemerken: Die Uebersicht ist nach dem Gesichtspunkte aufgestellt worden, daß hieraus ersichtlich sein sollte das Einkommen jeder einzelnen Arbeitergruppe, die Anzahl der darin beschäftigten Personen und die Dauer der Arbeitszeit. Die Finanzkommission hat nun, folgend dem Schlußsatze der Vorlage: „Sollten die geehrten Herren

eine Aenderung oder Ergänzung des Schemas wünschen, so ersuchen wir, uns entsprechende Mitteilungen zugehen zu lassen," beschlossen, den Magistrat zu bitten, eine nach anderen Gesichtspunkten geordnete Lohnübersicht aufstellen zu lassen und der Versammlung vorzulegen. Aus der anderweiten Uebersicht sollten hervorgehen die Grundsätze, nach denen die Löhne gezahlt werden, im wesentlichen also die Anfangslöhne, ferner die Steigerung der Löhne innerhalb derselben Arbeitergruppe und endlich die Höchstlöhne jeder Abteilung. Diese Grundsätze treten in der gegenwärtigen Aufstellung nicht so deutlich hervor, wie es gewünscht wurde. Die neue Uebersicht müßte also enthalten: die einzelnen Lohngruppen innerhalb jeder Gruppe nach Lohnklassen geordnet, und die Zeitabschnitte, innerhalb welcher sich die Steigerung der Löhne vollzieht; ferner die Dauer der Arbeitszeit und der Arbeitspausen, die Mehrzahlung für Sonntags- und Nacharbeit und die Leistung an Naturalien für jede Gruppe. Auch müßte ein Stichtag, vielleicht der 15. Januar, herausgegriffen und für diesen Tag festgestellt werden, wieviel Arbeiter in jeder Gruppe und Klasse vorhanden sind.

Ein zweiter Grund für den Antrag der Finanzkommission lag darin, daß die jetzt vorliegenden Lohnnachweisungen nicht in allen Punkten ganz richtig sind. So sind z. B. die Löhne der Berufsfeuerwehr sämtlich zu niedrig eingesetzt, indem das innerhalb eines Jahres gezahlte Reineinkommen durchweg um 40 bis 60 Mark zu gering angegeben ist. Andererseits sind bei anderen Verwaltungsstellen, z. B. bei dem Licht- und Wasserwerke, die Löhne teils zu hoch, teils aber auch zu niedrig angegeben. Es ist nicht nötig, die vorhandenen Differenzen hier im einzelnen nachzuweisen, sondern es wird Zeit sein, darauf zurückzukommen, sobald die neue Nachweisung vorliegt.

Die Finanzkommission beantragt hiernach, die Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis die neue Uebersicht vorliegt.

Vorsitzender: Da der Magistrat in der Kommission seine Bereitwilligkeit zur Vorlage einer anderweiten Uebersicht ausgesprochen hat, so können wir darüber weggehen, ihn noch einmal darum zu ersuchen.

### III. Aenderungsvorschläge für den Ortsbauplan.

Das in den Teilortsbauplänen der Innenstadt vielfach zum Ausdruck kommende Bestreben, die häufigen Unregelmäßigkeiten der vorhandenen Fluchtlinien durch neue, möglichst geradlinig angeordnete Fluchtlinien auszugleichen, entspricht nicht mehr der heutigen Anschauung. Die städtische Bauverwaltung ist deshalb beauftragt, den Ortsbauplan in dieser Beziehung einer Durchsicht zu unterziehen und geeignete Abänderungsvorschläge zu machen. Sie hat solches inzwischen für einen Teil der Innenstadt getan und einige Pläne zur Beschlußfassung unterbreitet. Der Magistrat stimmt den Vorschlägen zu und ersucht die



Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Ortsbauplan entsprechend geändert werde. Es handelt sich dabei zunächst um die Fallersleber- und die Wilhelmstraße.

Herr Fr ü h l i n g : Die Baukommission hat diese Änderungen mit großer Genugtuung begrüßt, denn sie hat auch ihrerseits bei jeder Gelegenheit dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Ortsbauplan daraufhin revidiert würde, damit die früheren unzweckmäßigen und unschönen Besserungen beseitigt und die alten Baufluchten wieder hergestellt werden möchten. Es wird kaum erforderlich sein, hier jede kleine Änderung zur Besprechung zu stellen, sondern es genügt wohl, wenn sich die Versammlung mit dem Prinzipie einverstanden erklärt. Wo inzwischen schon nach der neuen Baufluchtlinie ein Haus gebaut worden ist, das vor- oder zurücksteht, sollen Ausgleichslinien geschaffen werden, um keine Winkel in der Straße entstehen zu lassen. Bezüglich der Fallersleberstraße schlägt die Baukommission vor, den Anträgen zuzustimmen.

— Die Versammlung beschließt demgemäß. —

Was die Wilhelmstraße betrifft, so hat sich die Baukommission mit einem Vorschlage nicht einverstanden erklären können. Es handelt sich dabei um zwei vorhandene Rücksprünge in der alten Straßenlinie, der eine ist gleich hinter dem Bierbaum'schen Grundstück und der andere weiter unten. Nach dem Vorschlage des Magistrates soll hier die Baufluchtlinie in die neue Straßenlinie eingerückt werden. Dadurch könnten Schwierigkeiten insofern entgegnet werden, als dort Fensterrechte vorliegen. Da nun das allgemeine Interesse die Vorrückung der Straßenflucht nicht erfordert, so kann man sie lassen, wie sie ist, namentlich auch mit Rücksicht darauf, daß durch solche Rücksprünge das Straßenbild gewinnt. Sollten die Interessenten später selbst kommen und die Begradigung der Straßenflucht wünschen, so kann dem später noch immer entsprochen werden.

Die Baukommission schlägt vor, die an der Wilhelmstraße geplanten Änderungen zu billigen mit Ausnahme der vorerwähnten beiden Punkte.

Auch dieser Antrag der Kommission wird genehmigt.

#### IV. Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke und der Neustadtmühle für 1907/08.

Unter Ueberreichung des Berichtes über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle im Jahre 1907/08 bemerkt der Magistrat, daß die Geschäftsbücher und Geschäftsabschlüsse der drei Betriebsverwaltungen durch den vereidigten Bücherrevisor Heyne geprüft und in Ordnung befunden sind.

Der gedruckt vorliegende und jedem Mitgliede der Versammlung in einem Exemplare zugestellte Bericht ist insofern zu berichtigen, als der Bestand des Reiserbonds der Gaswerke auf Seite 22 am 31. März 1908 nicht 814 258,58 Mark betragen hat, sondern unter Abrechnung der bis dahin für die Erweiterung des Gaswerkes an der Taubenstraße einschl. des Grunderwerbes aufgewendeten Kosten sich auf nur 487 693,53 Mark beziffert hat. Im übrigen hat der Bericht weder der Verwaltungsdeputation noch dem Magistrat Anlaß zu Bemerkungen gegeben, weshalb magistratsseitig beantragt wird, der Entlastung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung der genannten Werke und der Neustadtmühle während des Rechnungsjahres 1907/08 zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr W o l t e r s : Der Bericht ist sehr instruktiv und gibt bezüglich der finanziellen und technischen Fragen eine ganz vortreffliche Auskunft. Beim Vergleiche des Berichtes mit den früheren Berichten sieht man, daß die sämtlichen Werke gut arbeiten und sich deren Leitung in guten Händen befindet.

Aus dem Betriebsabschlusse der städtischen G a s w e r k e möchte ich folgendes hervorheben: Die Gaserzeugung ist gegen das vorausgegangene Jahr um 506 560 cbm = 6,38 Proz. und die Abgabe durch Gasmesser um 391 148 cbm = 6,08 Proz. gestiegen. Der Verbrauch von Gas zu Beleuchtungszwecken ist hinter der im Voranschlage angenommenen Menge aber um 26 059 cbm zurückgeblieben. Die Mehrabgabe an Gas gegen das Vorjahr beträgt etwa  $\frac{1}{2}$  Million Kubikmeter. Zur öffentlichen Beleuchtung dienten am Schlusse des Jahres 1907/08 = 2736 Flammen, gegen 2704 zu Anfang des Jahres. Die Zahl der Gaskraftmaschinen ist auch in diesem Jahr wieder zurückgegangen und beträgt 99 Stück mit  $344\frac{1}{2}$  Pferdekraften gegen 107 Stück mit  $366\frac{1}{2}$  Pferdekraften zu Anfang des Jahres; die Anzahl der Elektromotoren hat dagegen erheblich zugenommen.

Die Betriebsausgaben stellen sich für 100 cbm Ruhgas auf 10,67 Mark gegen 9,38 Mark im Vorjahre. Die nicht unwesentliche Steigerung in der Höhe der Betriebsausgaben ist zum Teil durch die höheren Rückstellungen begründet, hauptsächlich aber durch die höheren Ausgaben bei den in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Posten. Das Anlagekonto war am 31. März 1908 belastet mit 3 775 287,43 Mark. Dazu kommt der Anteil an dem Münzstraßengebäude mit 157 768,73 Mark und das Gasmesserkonto mit 428 598,46 Mark, das sind insgesamt 4 361 654,62 Mark. An Abschreibungen sind bis zum 31. März 1908 im ganzen verwandt 3 125 706,85 Mark, so daß die Gaswerke am 1. April 1908 zu Buche standen mit 1 235 947,77 Mark. Obwohl die Abgabe von Gas um 6,08 Proz. zugenommen hat, ist der Gewinn doch geringer ge-

worden gegenüber dem Vorjahre, er beträgt an Rückstellungen 225 000 Mark und an Gewinn 281 686,99 Mark, zusammen also rund 506 000 Mark gegen 541 000 Mark im Vorjahre. Es ist vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß diese vortreffliche Einnahme nicht allzu scharf für andere Zwecke in Benutzung genommen werden möchte. (Weiterkeit.) Die Mehreinnahmen sind dadurch hervorgerufen, daß für Koks und für Gas etwa 90 000 Mark mehr aufgekomen sind, während für Kohlen rund 90 000 Mark, für Betriebslöhne und Besoldungen rund 12 000 Mark, für Unterhaltung der Defen 12 000 Mark mehr ausgegeben sind.

Vorsitzender: Wünscht noch jemand Aufklärung über diesen Abschluß?

Herr Meherhoff: Der Herr Referent sieht doch wohl zu schwarz; wir haben schon wieder 32 000 Mark bei dem Gaswerke an Kohlen geipart, so daß die Schwarzseherei in solchem Grade nicht am Plaze ist.

Herr Wolters: Vielleicht ist Herr Meherhoff imstande, die übrigen Posten des Gewinn- und Verlustkontos auch so aufzuklären, wie diesen einen. (Weiterkeit.)

Ich gehe nun zum Betriebsabschlusse des Wasserwerkes über.

Durch den nahezu sechsjährigen Betrieb des Wasserwerkes hat sich die Ergiebigkeit einer größeren Anzahl Rohrbrunnen durch Ablagerung von Eisenschlamm im Brunnengeewebe erheblich verringert. Es wurden deshalb von der Wasserfassung I = 21 und von der Wasserfassung II = 9 Brunnen gezogen, gereinigt und unter Verwendung von weiterem Gewebe wieder niedergebracht. Die gesamte Wasserabgabe betrug während des Jahres 1907/08 = 3 958 947 cbm, im Jahre vorher aber 3 902 711 cbm. Durch Wassermesser sind 18 502 cbm weniger abgegeben, als im Vorjahre, infolge dessen auch der Gewinn um 5981,80 Mark zurückgegangen ist. Am 27. März 1902 ist das Wasserwerk dem vollen Betriebe übergeben worden und seitdem hat sich die Wasserabgabe um 20 Proz. vermehrt. Da das Werk gleich bei seiner Inbetriebsetzung im vollen Umfange in Anspruch genommen ist, so spricht seine weitere noch größere Inanspruchnahme für die große Ergiebigkeit und Vortrefflichkeit der Ausführung. Am 26. Dezember fand der geringste (7171 cbm) und am 13. Mai der größte Verbrauch (14 944 cbm) an Wasser statt.

Die Vortrefflichkeit des Wassers war genau dieselbe, wie in früheren Jahren. Etwas zugenommen hat der Gehalt an Chlor (91,1 im Litermilligramm), und diese Steigerung ist auf die aus größerer Tiefe stattfindende Wasserentnahme der neu gebohrten Brunnen zurückzuführen. Daß der Eisengehalt des Grundwassers, der im letzten Jahre zwischen 4,5 und 8,8 mg schwankte, seit der Betriebserröffnung immer stärker wurde, ist eine ganz normale, auch in sämtlichen

anderen Wasseranlagen wiederkehrende Erscheinung und ohne jede praktische Bedeutung. Das enteinte Wasser enthielt in allen Jahren durchschnittlich nur noch 0,05 lmg Eisen.

Das Privateinrichtungsgeschäft hat bei einem Umfaze für alle für die Werke selbst ausgeführten Arbeiten, sowie für die Gas-, Wasser- und Kanalanlagen für Private in Höhe von 239 602,46 Mark einen Gewinn von 48 951,98 Mark oder von 20,4 Proz. ergeben. Die Ausgaben für Gehalt, Zinsen, Miete für Werkstätt und Lagerräume sind bei der Gewinnberechnung außer Betracht geblieben.

Das Wasserwerk stand mit 4 317 083,93 Mark am 31. März 1908 zu Buche ohne Berücksichtigung der Abschreibungen. Zieht man diese ab, so verbleiben 2 709 873,02 Mark. Hierin sind einbegriffen die Eisenbüttelermühlen mit 181 887,60 Mark, der Anteil an dem Münzstraßengebäude mit 102 000 Mark und das Wassermesserkonto mit 333 860,82 Mark. Bezüglich der Eisenbüttelermühlen ist ein neues Projekt in der Ausarbeitung begriffen und wird vermutlich bald vorgelegt werden.

Der Gewinn beträgt 55 000 Mark an Rückstellungen und 147 038,10 Mark an Ueberschuß, zusammen also 202 038,10 Mark, das sind rund 3000 Mark weniger, als im Vorjahre.

Bei der Neustadtmühle hat der Umsatz wieder zugenommen. Die Einnahme betrug 38 870,97 Mark mit einem Gewinne von 8246,88 Mark.

Ich beantrage, die Entlastung auszusprechen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## V. Umwandlung der Realschule in eine Oberrealschule.

Der Schulvorstand der städtischen Oberrealschule hat anheimgegeben, schon jetzt auf eine Erweiterung der zu Ostern d. Js. als selbständige Unterrichtsanstalt einzurichtenden städtischen Realschule zu einer Oberrealschule Bedacht zu nehmen, und er hat diesen Antrag wie folgt begründet:

1. Bereits Ostern 1908 ist bei der Verteilung der Schüler der Gesamtanstalt auf die beiden Schulgebäude (hintern Brüdern und an der Ritterstraße) von zahlreichen Eltern, deren Söhne der Schule an der Ritterstraße zugewiesen werden sollten, der Einwand erhoben, sie hätten ihren Sohn für die Oberrealschule und nicht für die Realschule angemeldet. Ließ sich dieser Einwand, der wohl hauptsächlich durch den Umstand veranlaßt wurde, daß bei der künftigen Realschule die Erlangung der Reife zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger vom Bestehen der Schlußprüfung abhängig sein soll, bislang auch in rechtlicher Beziehung durch den Hinweis darauf entkräften, daß zurzeit nur eine einheitliche Anstalt bestehe und die Verteilung der Schüler auf die beiden Schulgebäude

Sache der Schulleitung sei, so würde dem fraglichen Einwande künftig nicht jede Berechtigung abgesprochen werden können. Doch muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß einerseits der starke Andrang von Schülern eine Teilung der Klassen unbedingt erforderte, und daß andererseits diejenigen Schüler, welche die Klassenreife für Ober-Sekunda erlangen, ohne Mühe auch die Schlußprüfung der künftigen Realschule bestehen werden. Immerhin aber erscheint es erklärlich, wenn bei freier Wahl der Schule zur Vermeidung der Abschlußprüfung auch künftig die Mehrzahl der Eltern die Oberealschule vorziehen würde, wodurch dann naturgemäß — abgesehen von einer Ueberlastung der Oberrealschule — die Realschule leiden müßte.

2. Wie bei den Schülern, so zeigt sich auch bei den Lehrern erfahrungsgemäß eine Bevorzugung der Oberrealschule, und da von der Erlangung tüchtiger Lehrkräfte das Gedeihen jeder Schule abhängt, so spricht auch dieser Umstand für die Umwandlung der Realschule in eine Oberrealschule.

3. Die beiden Ober-Sekunden (hintern Brüdern) sind schon jetzt zu stark besetzt; die bislang allenfalls für zulässig erachtete Maximalzahl für diese Klasse (30) ist bereits überschritten. Geben zu Ostern 1909 zum ersten Male drei — allerdings schwächer besetzte —, zu Ostern 1910 aber drei normal besetzte Unter-Sekunden ihre versetzungsreifen Schüler an die Ober-Sekunden ab, so wird die Belastung dieser Klassen eine noch größere und, wenn die zweite Klassenreihe der Realschule zu Ostern 1913 in vollem Umfange aufgebaut sein wird, mithin aus vier Unter-Sekunden die Schüler an die Ober-Sekunden abgegeben werden, so werden diese Klassen zu ihrer Aufnahme nicht mehr imstande sein.

Dadurch aber würde dann naturgemäß auch eine zu starke Besetzung der Primen bedingt, und daß eine nicht zu umgehende Entlastung eines Teiles der Schüler wegen Platzmangels die beiden Anstalten empfindlich schädigen würde, bedarf keiner näheren Begründung. Das Uebel läßt sich vermeiden, wenn man auch der Realschule den Oberbau gibt, wobei es jedoch genügen würde, diesen einreihig zu gestalten, d. h. drei Oberklassen (Ober-Sekunda, Unter- und Oberprima) einzurichten.

Der Schulleiter der Anstalt, Professor Dr. Wernicke, hatte nun anheimgegeben, es möge zur Abschwächung der durch diese Erweiterung der Realschule der Stadt erwachsenden finanziellen Belastung versucht werden, vom Staate einen Zuschuß zu den Kosten des städtischen Realschulwesens zu erlangen, auf dessen Zahlung allerdings nur dann gerechnet werden könne, wenn die Stadt mindestens auf ihr Recht, ortsfremde Braunschweigische Schüler — deren Zahl zurzeit  $69 + 25 = 94$  beträgt — event. abzuweisen, und ebenso auf die Erhebung des Schulgeldzuschlages verzichtete. Der Magistrat ist jedoch, während

er im übrigen den vorstehend wiedergegebenen, vom Schulvorstande gebilligten Ausführungen des Schulleiters beipflichtet, im Einvernehmen mit dem Schulvorstande der Ansicht, daß die der Stadt erwachsende Belastung nicht von der Bedeutung ist, daß sie, um diese abzuwenden, auf ihr freies Verfügungsrecht verzichten sollte.

Da durch die Umwandlung der Realschule in eine Oberrealschule die *a l l g e m e i n e n* Kosten eine nennenswerte Steigerung nicht erfahren würden, so kommen nur die Kosten für Beschaffung der erforderlichen Lehrkräfte und für Schaffung der nötigen drei Klassenräume und eines zweiten Zimmers für Physik und Chemie in Betracht.

Für den Oberbau würden vier Oberlehrer mit einem — bei Zugrundelegung der jetzigen Gehälter sich ergebenden — Durchschnittsgehalte von je 5200 Mark = 20 800 Mark und eine seminarisch-technische Lehrkraft mit einem Durchschnittsgehalte von 3000 Mark erforderlich, mithin jährlich rund 24 000 Mark aufzuwenden sein. Nach Absatz des Schulgeldes zu etwa  $3 \times 2000 = 6000$  Mark verbliebe eine Ausgabe von 18 000 Mark, die indessen erst allmählich erwachsen würde. Es würden nämlich von Ostern 1910 ab für eine Ober-Sekunda 8000 — 2000 = 6000 Mark, von Ostern 1911 ab für eine Ober-Sekunda und eine Unter-Prima 16 000 — 4000 = 12 000 Mark und erst von Ostern 1912 ab für den ganzen Oberbau 24 000 — 6000 = 18 000 Mark aufzuwenden sein.

Sollte, wie der Schulleiter als sicher annimmt, die Gesamtzahl der Schüler des Oberbaues von Ostern 1913 an auf mindestens 70 steigen, so würde der Mehraufwand nur 24 000 —  $(70 \times 120) = 16 000$  Mark betragen.

Die Raumfrage dagegen erledigt sich in einfachster Weise durch den Umstand, daß in der an die Realschule angrenzenden Gewerbeschule mehrere, regelmäßig nur in den Abendstunden benutzte Säle unter Aufwendung ganz un erheblicher Kosten so eingerichtet werden können, daß sie, wie die beiden beteiligten Schulvorstände anerkannt haben, abgesehen von zwei aus einem Saale zu bildenden und dauernd der Realschule zu überweisenden Zimmern, von beiden Schulen ohne weiteres abwechselnd zu benutzen sein würden.

Unter diesen Umständen trägt der Magistrat ungeachtet der erheblichen Kosten, welche der Stadt aus der Unterhaltung der neuen Realschule schon jetzt erwachsen, kein Bedenken, der Versammlung die Annahme des in Rede stehenden Antrages zu empfehlen. Die empfohlene Maßnahme würde ohne Frage ganz wesentlich zur Förderung der neuen Anstalt beitragen, und ihre Ergreifung würde auf die Dauer doch nicht zu umgehen sein. Wenn man sich aber dieser Ueberzeugung nicht verschließen kann, so erscheint es ratsam, den entsprechenden Beschluß sobald als möglich zu fassen.

Daß ungeachtet dieses Beschlusses, wenn er endgültig gefaßt und von der Staatsbehörde genehmigt werden sollte, gleichwohl die Schlußprüfung für die Schüler der Unter-Sekunda nicht ohne weiteres in Wegfall kommen würde, ist eine unvermeidliche Folge des Umstandes, daß die C- und D-Klassen von Ostern d. Js. an eine selbständige Anstalt bilden sollen. Die jetzt die Unter-Sekunda C besuchenden Schüler gehen, da sie noch der Oberrealschule angehören, Ostern d. Js., soweit sie verjährungsreif sind, ohne weiteres nach Ober-Sekunda, dagegen wird Ostern 1910 die Schlußprüfung nicht zu umgehen sein. Ob sie schon in Wegfall kommt, wenn die Realschule Ostern 1910 in eine Oberrealschule umgewandelt wird, oder, was selbstverständlich, erst dann, nachdem (Ostern 1913) die erste Reifeprüfung mit Erfolg abgehalten sein wird, hängt vom Verlaufe der Verhandlungen mit der Ober-Schulkommission bezw. der Reichsschulkommission ab.

Es wird hiernach anheimgegeben,

zuzustimmen, daß die zu Ostern d. Js. ins Leben zu rufende städtische Realschule von Ostern 1910 ab in eine städtische Oberrealschule umgewandelt werde.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Fricke berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage im vollen Umfange zu.

## VI. Verlegung von Gas- und Wasserrohren.

In der westlichen Außenstadt wurden während der Stunden des höchsten Verbrauches in den Monaten November bis Januar viele Klagen über ungenügenden Gasdruck laut. Druckmessungen haben ergeben, daß dort in der Hauptverbrauchszeit ein unzulässiger Druckabfall eintritt, der darin seinen Grund hat, daß die Versorgung dieses Stadtteiles fast ausschließlich durch das über die Hohetorbrücke führende 100 mm weite Rohr erfolgt. Zur Abhilfe des Mangels hat die Verwaltungsdeputation beschlossen, die schon früher vorgesehene Verbindung des 300 mm weiten Rohres in der Sonnenstraße mit dem 200 mm weiten Rohre auf der Broigemerstraße durch eine 250 mm weite Leitung an Stelle der bestehenden 100 bezw. 80 mm weiten Leitung ausführen zu lassen.

Gleichzeitig hat die Deputation die Belegung der neu auszubauenden Glückstraße mit Gas- und Wasser-Hauptrohr zur Annahme empfohlen.

Der Magistrat gibt anheim, für Auswechselung des Gasrohres zwischen Sonnen- und Broigemerstraße 6500 Mark, sowie für Belegung der Glückstraße mit Gasrohr die Summe von 1720 Mark und mit Wasserrohr 1550 Mark unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß der magistratsseitig beantragte Ausbau dieser Straßen von der Versammlung genehmigt werden sollte.

Nach dem Berichte des Herrn L ö h n e f i n k e ist die Finanzkommission einstimmig der Meinung, daß der Genehmigung der Vorlage nichts im Wege stehe, weshalb ein entsprechender Beschluß anheimgelassen werde.

Die Vorlage wird genehmigt.

## VII. Förderung der landwirtschaftlichen Ausstellung.

Die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig beabsichtigt, Ende Juni d. Js. eine 4 bis 5 Tage dauernde landwirtschaftliche Ausstellung zu veranstalten und hat um stadtseitige Förderung dieses Unternehmens nachgesucht. Wenngleich als Ausstellungsplatz das außerhalb des Stadtgebietes zwischen dem Stadtpark und dem Mußberge gelegene sogenannte Franzische Feld in Aussicht genommen ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß aus der Veranstaltung dem Handel und Gewerbe unserer Stadt nicht unerhebliche Vorteile erwachsen werden. Eine stadtseitige Förderung des Unternehmens erscheint daher dem Magistrate umsomehr gerechtfertigt, als auch abgesehen von den vorerwähnten unmittelbaren Vorteilen die Stadt an dem Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft lebhaft interessiert ist. Den von der Landwirtschaftskammer geäußerten Wünschen in vollem Umfange zu entsprechen, erschien dem Magistrate nicht tunlich, er hält jedoch für zulässig, daß sich die Stadt zu folgenden Leistungen versteht:

1. Ermietung des Franzischen Feldes in Größe von etwa 74 Morgen. Der Pächter, Oberamtmann Mehrhorn in Riddagshausen, fordert eine Entschädigung von 60 Mark pro Morgen, da, abgesehen von dem Ernteaussalle, die Entziehung einer so großen Fläche seinen Wirtschaftsbetrieb ungünstig beeinflusse und ihm durch die Weganlagen und die sonstige Beeinträchtigung der Ackerfrume Schaden erwachse. Es ist dem Magistrate bekannt, daß schon seit längerer Zeit erwogen wird, das fragliche Feld dem Prinz Albrecht-Park zuzulegen. Sollte etwa die Benutzung des Ackerstückes als Ausstellungsplatz den Anlaß geben, diese Absicht zu verwirklichen, so würde ein Ersatz für den besonderen Schaden nicht gerechtfertigt sein. Der Oberamtmann Mehrhorn hat sich auch für diesen Fall mit der Ermäßigung des Mietgeldes auf 45 Mark pro Morgen einverstanden erklärt.

2. Herrichtung und demnächstige Wiederbeseitigung einer provisorischen Wasserzuführungsanlage und unentgeltliche Lieferung des nötigen Gebrauchswassers. Die Kosten der Rohranlage sind zu 2500 Mark geschätzt.

3. Unentgeltliche Stellung einer aus einigen Mann der Berufsfeuerwehr bestehenden Feuerwache (30 bis 40 Mark) und Stellung einiger Löschgeräte.

4. Stiftung eines Ehrenpreises, dessen Kosten auf etwa 500 Mark zu bemessen sein dürften.



Der Versammlung wird anheimgegeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß die hiesige Stadt die landwirtschaftliche Ausstellung in der vorgedachten Weise fördert und die dadurch erwachsenden Kosten zu verwilligen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr L ö h n e - f i n k e : Die Entschädigung für den Oberamtmann Mehrhorn scheint auf den ersten Blick reichlich hoch bemessen zu sein, bei näherer Prüfung verliert sie aber an ihren Schrecknissen, denn es ist zu berücksichtigen, daß durch das Herausziehen des großen Planes aus der gesamten Länderei die Bewirtschaftung der Domänenländerei eine gewisse Störung erleidet. Ferner ist zu berücksichtigen, daß durch das Ausheben von großen Löchern für die Pfosten der aufzustellenden Gebäude und durch die Anlage von Wegen das unterste zu oberst gefehrt wird, daß für die Wege Schlacken angefahren und hinterher wieder beseitigt werden müssen und außerdem ein erheblicher Ernteausschlag zu verzeichnen sein dürfte.

Die Finanzkommission ist der Meinung, daß in diesem Punkte nicht gespart werden dürfe. Einerseits hat die Landeshauptstadt ein wesentliches Interesse an der Hebung der braunschweigischen Landwirtschaft, die durch solche Veranstaltung auf allerlei Gebieten, wie der Bodenkultur, der Viehzucht usw., vielfache Anregung finden und nutzbringend verwerten kann. Sodann ist hervorzuheben, daß aus dem zu erwartenden bedeutenden Fremdenverkehre für unsere Stadt eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle erschlossen wird. Diesen Umständen müssen die städtischen Behörden im wohlverstandenen eigenen Interesse Rechnung tragen. Die Finanzkommission empfiehlt daher die Annahme der Vorlage und die Verwilligung einer Summe bis zu 6780 Mark.

Der Antrag wird genehmigt.

### VIII. Beihilfe für den Verkehrsverein.

Der Verkehrsverein Braunschweig beabsichtigt, seinen großen Führer durch Braunschweig baldmöglichst in zweiter verbesserter Auflage von mindestens 10 000 Exemplaren erscheinen zu lassen. Die Druckkosten würden etwa 5000 Mark betragen, wovon die Hälfte voraussichtlich durch Anzeigen gedeckt werden wird. Der Verein bittet, ihm hierzu 2500 Mark Beihilfe zu gewähren, welcher Bitte Folge zu geben der Magistrat geneigt ist. Der Verein hat es auch übernommen, während der geplanten landwirtschaftlichen Ausstellung und der gleichzeitig hier stattfindenden Versammlung des Bundes der Landwirte an verschiedenen Punkten der Stadt Verkehrsbureaus zu unterhalten und hofft, durch unentgeltliche Abgabe des neuen Führers bei dieser und anderer passender Gelegenheit der Hebung unseres Fremdenverkehrs wesentlich dienen zu können. Es ist anzunehmen, daß die Bestrebungen des Vereins besonders dem hiesigen

Kleinhandel und Handwerke zugute kommen. Die Verwendung der Erträgnisse der Umsatzsteuer zur Heranziehung von Fremden erscheint daher unbedenklich.

Dem Antrage des Magistrates, die 2500 Mark aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer zur Verfügung zu stellen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die der Herr B o r s i g e n d e berichtet, zu.

### IX. Errichtung eines Lehrlingsheims.

Vom Magistrate wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf dem städtischen Grundstücke am Burgplatze 2 in der von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen Weise und unter Verwendung der alten Fachwerkteile des früher Schuchhardtischen Hauses, Saal 8/9, ein Lehrlingsheim aufgeführt werde und daß die Deckung der zu 85 000 Mark veranschlagten Kosten, soweit dazu der Staatszuschuß nicht ausreicht, auf die Kasse der Umsatzsteuer übernommen werde. An die Bewilligung beantragt der Magistrat die Bedingung zu knüpfen, daß ein Staatszuschuß von 25 000 Mark zu den Baukosten geleistet werde, so daß stadtheitig aus der Umsatzsteuerkasse endgültig 60 000 Mark aufzubringen sein würden.

Herr F r i e: In Handwerkerkreisen hat es allgemeine Freude erregt, daß das Lehrlingsheim nunmehr zur Ausführung kommen soll. Die Baukommission hatte sich an dem Projekte einige Änderungen vorbehalten, die denn auch in ganz vorzüglicher Weise Berücksichtigung gefunden haben. Zur Freude der Baukommission ist der alte Bauplan des Schuchhardtischen Hauses wieder aufgefunden worden. Im Vorprojekte hatte man angenommen, einen massiven Unterbau herzustellen und dann die Fassade dort anzubringen. Nun ist es der städtischen Bauverwaltung möglich geworden, das ganze Haus, wie es gewesen ist, hier wieder aufzustellen. Wir behalten also die wunderbar schöne Fassade des Schuchhardtischen Hauses und erreichen dadurch, daß wir zusammen mit dem Vorderhause zwei Fassaden bekommen, die für jeden Architekten und Altertumsforscher von großer Bedeutung sind. Mehrkosten entstehen hierdurch nicht. Auch die inneren Räume, die in moderner Weise hergestellt werden sollen, brauchen keinen Veränderungen unterzogen zu werden. Die Baukommission empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

### X. Erweiterung der Schule an der Reichstraße.

Unter Uebersendung des von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Projektes zur Erweiterung der Schule an der Reichstraße nebst Begleitbericht und Kostenanschlag bemerkt der Magistrat folgendes:

Von dem Vorprojekte unterscheidet sich das von der städtischen Bauverwaltung empfohlene Projekt wesentlich in folgenden Beziehungen:

1. Hochführung der nordwestlichen Ecke des neuen Schulhauses (Anbau).
2. Ankauf des Rotheschen Grundstücks Nr. ass. 1292.
3. Erbauung einer Schulküche über der Turnhalle, einer neuen Schuldienerwohnung neben der Turnhalle und Schaffung einer zweiten Einfahrt.
4. Erbauung eines neuen Abortgebäudes.

Die Vorzüge dieses wesentlich erweiterten Projektes sind im Berichte der städtischen Bauverwaltung vom 20. Januar eingehend dargelegt und werden von uns in Übereinstimmung mit dem Schulvorstande ohne weiteres anerkannt.

Der hohen Mehrkosten wegen, die seine Durchführung erfordert, ist erwogen, ob nicht die Schulküche, deren Herrichtung dringender wünschenswert erscheint, in der jetzigen Schuldienerwohnung und diese wiederum in dem zu dem Schulgrundstücke gehörigen, an der Straße gelegenen und für 600 Mark jährlich vermieteten Wohnhause unterzubringen wäre. Möglich wäre diese Anordnung, aber die Kostenersparnis würde nur etwa 10 000 Mark betragen, und es würde dadurch dauernd eine als wünschenswert zu erachtende zweckmäßige Erweiterung und bessere Ausgestaltung des westlichen Teiles des Schulhofes verhindert werden. Wir tragen daher kein Bedenken, ungeachtet der nicht unerheblichen Mehrkosten die Ausführung des von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Projektes zu empfehlen. Um seine Durchführung zu ermöglichen, ist das oben bezeichnete Rothesche Grundstück für 7000 Mark angekauft worden.

In dem Voranschlage waren die Bau- und Einrichtungskosten zu 141 000 Mark ermittelt, während sie nach dem jetzt empfohlenen Projekte — ausschließlich der vorerwähnten 7000 Mark und der Kosten für Ausstattung der Schulküche — zu insgesamt 191 350 Mark veranschlagt sind; von den Mehrkosten zu 50 350 Mark würden 21 000 Mark ohnehin aus den in der Kostenübersicht angegebenen Gründen erwachsen sein; die weiteren Mehrkosten zu 29 350 Mark entstehen wesentlich dadurch, daß statt der einfachen Turnhalle zu 34 700 Mark das erweiterte Turnhallengebäude für 52 500 Mark erbaut und das vorhandene nördliche Abortgebäude unter Aufwendung von 10 700 Mark durch einen Neubau ersetzt werden soll. Die letztere Ausgabe könnte einstweilen gespart werden. Es muß jedoch anerkannt werden, daß das vorhandene Gebäude Mängel aufweist, und daß die spätere Errichtung eines neuen Abortgebäudes den Schulbetrieb stören würde. Außerdem könnte die zweite Einfahrt einstweilen nicht benutzt werden.

Die vorerwähnte Summe von 191 350 Mark umfaßt noch die Kosten für die innere Einrichtung der Schulküche, die zu 2500 Mark veranschlagt sind.

Die gesamten Kosten der Erweiterung der vorhandenen Schule berechnen sich wie folgt:

|                                             |              |
|---------------------------------------------|--------------|
| a) Ankauf des Jahn'schen Grundstücks . . .  | 50 000 Mark, |
| b) Ankauf des Rothe'schen Grundstücks . . . | 7 000 "      |
| c) Bau- und Einrichtungskosten . . . . .    | 193 850 "    |
|                                             | <hr/>        |

Für die Gesamtsumme von . . . . . 250 850 Mark  
wird beschafft:

eine wesentliche Vergrößerung des für die Schülerzahl zu kleinen Grundstücks, die Unterbringung von zwei — zurzeit fehlenden — Oberklassen, ein — zurzeit fehlender — Zeichenaal, eine Schulküche, eine erhebliche Verbesserung des alten Schulgebäudes mit Einschluß der Heizung und des Brausebades und eine neue bessere Schuldienerwohnung.

Endlich wird das jetzige Inspektorzimmer im Vorderhause der Mietwohnung zugelegt und der dortige Durchgang künftig in der Regel geschlossen bleiben können, so daß eine bessere Verwertung des Vorderhauses möglich sein wird.

Als Arztzimmer kann das Zimmer zu ebener Erde neben der Turnhalle benutzt werden, da nach Ansicht des Schulvorstandes ein besonderes Zimmer für den Turnlehrer nicht erforderlich ist.

Der Versammlung wird hiernach anheimgegeben, der Ausführung des von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen erweiterten Projektes zuzustimmen und zu dem Zwecke den mit dem Kaufmann Rothe abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen und die Summe von  $7000 + 193\,850 = 200\,850$  Mark zu Lasten des Schulhausbaufonds zu verwilligen.

Herr Fr ü h l i n g : Es ist hier zwar wieder eine sehr hohe Summe zu bewilligen, wir haben uns jedoch der Vorlage trotzdem anschließen müssen, weil wir es für gerechtfertigt halten, diese Schule ebenso auszubauen, wie die übrigen, und weil das im Projekt Vorgeschlagene uns zweckmäßig und notwendig erscheint. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, der Vorlage zuzustimmen, und bittet zugleich um die Ermächtigung, noch kleine Menderungen am Projekte vornehmen zu dürfen.

Herr S a n d e r : Als ich die Vorlage zu Gesicht bekam, habe ich einen Schrecken bekommen, daß wir für den Ausbau einer Schule 250 850 Mark ausgeben wollen; ich hatte das Gefühl, als ob absolut das Geld fleingemacht werden sollte. Nachdem ich mir die Sache an Ort und Stelle angesehen und in Betracht gezogen habe, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen werden soll, bin ich zu einer anderen Meinung gekommen. Das Projekt ist ein äußerst glückliches und geschickt ausgearbeitetes, bei dem jeder Platz bis ins kleinste ausgenutzt wird.

Ich muß daher offen gestehen, daß ich mich geirrt habe und daß ich für Bewilligung der Summe trotz ihrer Höhe bin.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es ist uns ebenso ergangen, wie Herrn Sander. Man muß zugestehen, daß die innenstädtischen Schulen gegenüber den Schulen in der Außenstadt bisher recht stiefmütterlich behandelt worden sind. Das liegt an den Verhältnissen: die Welt ist fortgeschritten und die Stadt auch, und es werden jetzt andere Ansprüche an die neuen Schulen gemacht, als früher. Deshalb hat der Magistrat den Wunsch, die Schulen der Innenstadt in der gegenwärtigen Zeit, wo nicht viel Geld für Neubauten aufzuwenden ist, zunächst auch auf die erforderliche Höhe zu bringen. Wenn Sie diesen Erweiterungsbau bewilligen, so werden wir damit ziemlich fertig sein, denn es sind die Kosten für den Umbau der Schulen am Südklinte, an der Leopoldstraße, der Friesenstraße und der Breitenstraße bereits bewilligt worden, so daß nur noch die Schule an der Wilhelmstraße übrigbleibt. Dort sind allerdings noch einige Mängel vorhanden, indem namentlich für den Schuldiener ein anderes Unterkommen geschaffen werden muß. Das wird sich aber wohl dadurch erledigen lassen, daß wir in dem großen Hause anderweit Raum schaffen, oder die Nebenschule anderweit unterbringen. Wenn diese Änderungen noch ausgeführt sein werden, können wir sagen, daß auch die Schulen in der Innenstadt allen berechtigten Anforderungen genügen.

Herr R l e i n e c h t : Ich möchte mir erlauben, eine Bitte auszusprechen. Es kommt vor, daß erkrankt gewesene Schüler oder Schülerinnen die Schule wohl wieder besuchen können, daß ihnen aber noch nicht gestattet werden kann, während der Pausen auf den Schulhof zu gehen. Es kommen dabei hauptsächlich Erkältungskrankheiten und leichtere Erkrankungen an den Extremitäten in Frage. Unter den heutigen Verhältnissen weiß man nicht, was man mit solchen Kindern, denen man erlaubt hat, die Schule zu besuchen, während der Pausen anfangen soll, und es bleibt nichts anderes übrig, als ihnen den Besuch der Schule erst dann zu gestatten, wenn sie wieder ganz gesund sind. In den Klassenzimmern selbst können die Kinder nicht bleiben, weil dort während der Pausen gelüftet werden muß. Ich habe mir wohl gedacht, die Kinder könnten in den Turnsaal gehen, jedoch ist dieser nicht warm genug, und der Zeichensaal ist zu solchem Aufenthalte auch nicht geeignet, weil dort die Fenster ebenfalls geöffnet werden müssen. Mir wurde auch gesagt, die Kinder müßten in den Klassenzimmern zur Vermeidung der Zugluft in die Ecken gestellt werden, oder auf dem Korridor spazieren gehen. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es sich nicht ermöglichen läßt, in jeder Schule ein Zimmer als Krankenzimmer bereitzustellen, in dem sich solche Kinder, die während der Pausen nicht hinausgehen dürfen, aufhalten können. Es würde dadurch erzielt, daß die erkrankt

gewesenen Kinder früher zur Schule gehen können, und zwar handelt es sich dabei öfter um 8 bis 14 Tage, was besser für die Kinder und auch für den Schulbetrieb wäre.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Wenn man diese Forderung in Ansehung aller Schulen erfüllen wollte, so würden dadurch erhebliche Geldkosten entstehen, denn die Schulen sind durchweg so besetzt, daß ein einzelnes Zimmer wohl hier und da, aber durchaus nicht überall zur Verfügung gestellt werden kann. Soweit indessen Zentralheizung in den Schulen vorhanden ist, kann solchen Kindern der Aufenthalt auf den Korridoren unmöglich schaden, namentlich wenn der Schulvorstand Fürsorge trifft, daß auf den Korridoren kein Zug entsteht. Ich kann mir nicht denken, daß ein solcher Aufenthalt den Kindern, die schon durch die Luft gegangen sind, schädlich werden könnte. Wie sich für solchen Zweck ein Zimmer schaffen lassen sollte, wüßte ich nicht, da über die Räume schon im voraus anderweit disponiert ist. Die Herren wollten ein besonderes Zimmer für den Schularzt haben, welcher Wunsch berücksichtigt worden ist, jedoch liegt das Zimmer an der Turnhalle und ist für diesen Zweck auch zu klein. Im Schulhause selbst ein größeres Zimmer zur Verfügung zu stellen, wird wohl nicht möglich sein.

Herr *Meyerhoff*: Wenn einmal in einer Schule ein solches unglückliches Kind vorhanden ist, so werden die Herren Schulärzte so menschenfreundlich sein und das Zimmer zur Verfügung stellen, und bei zwei oder drei Kindern wird das Zimmer wohl ausreichen.

Herr *Esdorn*: Der von Herrn Dr. Kleinfnecht geschilderte Uebelstand ist tatsächlich vorhanden. Es kommt nur darauf an, daß der Schulvorstand Anordnung trifft, daß die Kinder sich im Korridor aufhalten dürfen. Mir ist gesagt worden, daß die Kinder selbst bei strengster Kälte auf den Schulhof geschickt sind und sich dort weiter erkälten. Wenn eine solche Anordnung vom Schulvorstande getroffen werden könnte, so würde das schon genügen, denn ein besonderes Zimmer läßt sich für den Zweck nicht zur Verfügung halten.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit der Maßgabe genehmigt, daß kleinere Änderungen am Projekte vorbehalten bleiben.

## **XI. Anordnung von Vorgärten für einen Teil der Humboldtstraße.**

Das Herzogliche Staatsministerium hat die von den städtischen Behörden für die Südseite der Humboldtstraße auf der Strecke Jallerslebtorbrücke bis Kasernenstraße beschlossene Anordnung eines 3 m breiten Vorgartens mit der Maßgabe genehmigt, daß das an dieser Seite gelegene Polizeigrundstück von der Anordnung eines Vorgartens ausgeschlossen bleibt. Der Magistrat be-

antrag, der Anordnung des Vorgartens in dem durch diese Verfügung beschränkten Umfange zuzustimmen.

Die Baukommission gibt durch Herrn M e y e r h o f f anheim, die Vorlage gutzuheißen.

Herr S a n d e r: Der Vorgarten muß doch aber kommen, wenn das Torhaus einmal abgerissen werden sollte?

Herr M e y e r h o f f: Das geht aus der Vorlage nicht hervor; wir sagen uns indessen, daß das Torhaus, wenn es einmal fällt, dort auch nicht wieder hinkommen wird.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die Anordnung der Vorgärten bezieht sich, soweit davon bebaute Grundstücke betroffen werden, auf die Zukunft. Das Polizeigrundstück würde also erst bei seiner eventuellen Neubebauung davon betroffen werden. Gleichwohl hat der Staat es für richtig gehalten, das Gesamtgrundstück zu schützen und hat seine Genehmigung zu der Anordnung versagt. Wir stehen deshalb jetzt nur vor der Frage, ob wir für den Rest der Humboldtstraße die beschlossenen Vorgärten beibehalten wollen, was der Magistrat für richtig halten würde.

Herr S a n d e r: Die Sache hat einen sehr unangenehmen Beigeschmack. Wenn von privater Seite einmal beansprucht wird, einen Vorgarten fallen zu lassen, so wird ein solcher Antrag immer abgelehnt; nun wird aber von Staats wegen ein solcher Anspruch erhoben und ohne weiteres wird hier ja gesagt. Das ist keine gleichmäßige Behandlung.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich kann das Herrn Sander nachempfinden, besonders wenn er bei seinem eigenen Grundstücke in solcher unangenehmen Lage gewesen sein sollte. Hier handelt es sich aber darum, daß das Herzogliche Staatsministerium das Recht des Stärkeren geltend macht. Die Anordnung von Vorgärten ist von der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums abhängig. Letzteres kommt hier also nicht nur als Eigentümer des Grundstücks, sondern auch als genehmigende Behörde in Betracht und als solche hat es die Genehmigung versagt, so daß wir uns fügen müssen.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

## **XII. Ankauf von Flächen zur Verbreiterung des Vienröder Weges.**

Nach einem von der Versammlung im Januar 1908 prinzipiell gutgeheißenen Projekte über die Umgestaltung des Vienröder Weges soll der Weg durch Hinzulegung von auf beiden Seiten gelegenen Terrainstreifen auf eine Breite von durchschnittlich 22 m gebracht werden. Nach den derzeit geführten Verhandlungen sollte zunächst die auf der Westseite zuzulegende Fläche erworben werden, mit der Erwerbung des auf der Ostseite gelegenen Streifens wollte man

dagegen bis zu dem gegenwärtig noch nicht geplanten endgültigen Ausbau der Straße warten. Nachdem eine Anfrage bei dem Eigentümer des bei weitem größten Teiles des östlichen Streifens, dem Herzoglichen Waisenhause, ergeben hat, daß diese Fläche in Größe von 38,16 a zu dem gleichen Einheitspreise zu haben ist, wie ihn die Herzogliche Kammer für die von ihr zu erwerbenden Flächen gefordert hat, nämlich zu 2800 Mark für 25 a, das sind 1,12 Mark pro Quadratmeter, scheint es dem Magistrate rätlich, die frühere Absicht fallen zu lassen und diese Fläche schon jetzt anzukaufen. Es ist nämlich nicht nur zu befürchten, daß nach der geplanten Zustandsetzung des Weges der Wert der benachbarten Ländereien steigen wird, sondern es kann dann auch die für den endgültigen Ausbau der Straße für deren Ostseite geplante Pflanzung einer Baumreihe gleichzeitig mit der für die Westseite beabsichtigten Baumpflanzung erfolgen und dadurch die Schaffung einer Allee von Bäumen gleichen Alters und gleicher Größe ermöglicht werden.

Mit dem Hinzufügen, daß ein Projekt nebst Kostenanschlag über die alsbald vorzunehmenden Arbeiten der Verjämmlung ichleunigt zugehen wird, ersucht der Magistrat, dem Erwerbe der bezeichneten Länderei zum Gesamtpreise von 4273,92 Mark zuzustimmen.

Herr R i e f e: Die Baukommission gibt Ihnen Genehmigung der Vorlage anheim. Persönlich möchte ich folgendes hinzufügen: So erfreulich es auch ist, daß endgültig mit der Zustandsetzung dieses Weges angefangen wird, möchte ich doch dringend erjuchen, baldmöglichst Schritte in die Wege zu leiten, daß bis zum Holze die erforderliche Länderei erworben wird, damit wir nach unseren Waldungen wenigstens hier auf einer schattigen Allee kommen können. Entsprechende Anträge sind schon früher eingebracht, aber immer wieder zurückgestellt worden wegen der vorliegenden finanziellen Bedenken und der Schwierigkeit der Terrainerwerbung. Wenn man so viel für die Hebung des Fremdenverkehrs, und zwar mit Recht, opfert, so sollte man auch der hiesigen Einwohnerchaft Gelegenheit schaffen, an heißen Sommertagen in einer schattigen Allee nach einer benachbarten Waldung zu kommen.

Die Vorlage gelangt hierauf zur Annahme.

### XIII. Anordnung von Vorgärten.

Es hat sich mehr und mehr das Bedürfnis herausgestellt, die Anordnung von Vorgärten nicht erst eintreten zu lassen, wenn sie wegen der projektierten Neubebauung eines Grundstücks im Einzelfalle dringlich erscheint, sondern sie unabhängig davon, ob sie in näherer oder fernerer Zeit praktische Bedeutung gewinnt, planmäßig für das ganze Stadtgebiet vorzunehmen. Ein derartiges Vorgehen hat nicht nur für die Stadtverwaltung den Vorteil, daß sie rechtzeitig



einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Bebauung und äußere Gestaltung bestimmter Straßen und Stadtteile gewinnt, sondern sie zeitigt für die beteiligten Grundstückseigentümer auch den Gewinn, sich beizeiten über die Bebauungsmöglichkeit ihrer Grundstücke unterrichten zu können. Der Magistrat läßt deshalb der Versammlung eine Reihe von Plänen sowie ein Verzeichnis, in welches die für einen Teil des Stadtgebietes in Vorschlag gebrachten Vorgärten eingetragen sind, mit dem Ersuchen zugehen, der Anordnung der Vorgärten in dem aus dem Verzeichnisse zu entnehmenden Umfange zuzustimmen.

Nachdem Herr Meyerhoff namens der Baukommission verschiedene Änderungen von Baulinien vorgetragen hatte, wird auf Antrag des Herrn Sander beschlossen, das Verzeichnis der geplanten Änderungen mit den dazu gefaßten Beschlüssen der Baukommission zunächst vervielfältigen zu lassen und darauf in einer späteren Sitzung nochmals zur Beratung zu stellen.

#### XIV. Abfindung eines Mieters.

Um mit der Niederlegung der zwecks Schaffung einer Verbindungsstraße zwischen Hintern Brüdern und der Langenstraße stadtfseitig angekauften Häuser Hintern Brüdern 23 und Langestraße 26 möglichst bald beginnen zu können, hat der Magistrat, soweit angängig, die in den Grundstücken sitzenden Mieter zum 1. April gekündigt. Nicht möglich war diese Kündigung bei dem Hintern Brüdern 23 wohnenden Fabrikanten Ruckelt, weil er Anspruch auf halbjährige Kündigungsfrist und ein Mietrecht bis zum 1. Oktober 1909 besitzt. Um die Aufnahme der Abbrucharbeiten durch dieses Hindernis nicht verzögern zu lassen, ist der Magistrat mit dem genannten Mieter wegen Lösung seines Mietvertrages zum 1. April in Verhandlung getreten. Er ist bereit, in eine solche unter der Bedingung zu willigen, daß ihm eine Entschädigung in Höhe seiner Halbjahrsrente im Betrage von 382,50 Mark gezahlt werde. Wegen des Interesses, das die Stadt an der baldigen Schaffung von Arbeitsgelegenheit hat, hält es der Magistrat für richtig, auf diese Bedingung einzugehen und ersucht, sich mit Zahlung jener Abfindungssumme einverstanden zu erklären.

Die Aufnahme der Durchbruchstraße in den Ortsbauplan dürfte zweckmäßig bis nach beendeter Niederlegung der betreffenden Häuser zurückzustellen sein; es wird deshalb der Versammlung darüber eine besondere Vorlage zugehen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolters empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Vorsitzender: Es handelt sich hier also nur um die Abfindung des rentitenten Mieters.

Herr Bürgermeister M e h e r: Die Sache liegt so, daß der Mieter die Einhaltung der vereinbarten halbjährigen Kündigungsfrist zum 1. April oder 1. Oktober verlangen kann. Es würde ein Entgegenkommen des Mieters sein, wenn er die Wohnung schon zum 1. April räumt, das wir von ihm nicht ohne weiteres verlangen können, so daß dessen Forderung dem Grunde nach nicht unbillig zu nennen ist.

Herr W o l t e r s: Die 382,50 Mark bilden aber einen effektiven Gewinn des betreffenden Herrn ohne Gegenleistung.

Die Vorlage wird genehmigt.

### **XV. Änderung von Baufluchtlinien an der Goslarischenstraße.**

Infolge der bevorstehenden Erbauung der Jakobikirche an der Ecke der Goslarischenstraße und der projektierten Straße Nr. 363 in der beschlossenen Anordnung wird eine Abänderung des bisher für die Umgebung des Kirchenbauplatzes festgesetzten Ortsbauplanes notwendig. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die bisherigen Fluchtlinien entsprechend geändert werden,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr M e y e r h o f f berichtet, geschieht.

### **XVI. Anfrage Wesemeier: Entlassung von Gasarbeitern.**

Die Anfrage lautet:

„Ist es dem Magistrate bekannt, daß auf dem städtischen Gaswerke an der Taubenstraße Kündigungen von Arbeitern erfolgt sind? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um in der jetzigen Zeit der schweren wirtschaftlichen Krisis Entlassungen von Arbeitern nach Möglichkeit zu verhindern?“

V o r s i t z e n d e r: Ist der Magistrat bereit, die Anfrage zu beantworten?

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich würde die Frage heute nur mit Nein beantworten können.

Herr W e s e m e i e r (zur Begründung): Zur Stellung der Anfrage bin ich dadurch veranlaßt worden, daß nach mir gewordenen Mitteilungen auf dem Gaswerke an der Taubenstraße mehreren Arbeitern in diesen Tagen das Arbeitsverhältnis gekündigt sein soll. Wir haben uns hier des öfteren schon über die Arbeitslosigkeit in der Stadt unterhalten, und es dürfte allgemein bekannt sein, daß sie heute noch viel schärfer ist, als damals. Einzelne Gewerkschaften haben schon außerordentliche Mittel für die Arbeitslosen aufgewendet, weil sich immer mehr Arbeitslose bei ihnen eingefunden haben. Leider wurden hier die Anträge auf Unterstützung der Arbeitslosen abgelehnt, die Stadt hat indeß

alle Veranlassung, die Zahl der Arbeitslosen nicht noch zu vergrößern. An der Taubenstraße ist nun in den letzten Tagen vier Arbeitern das Arbeitsverhältnis gekündigt worden mit der Begründung, daß Arbeitsmangel vorhanden sei. Trotzdem sind im Laufe der letzten 14 Tage noch weitere Arbeiter eingestellt worden und darunter soll sogar einer vom Lande sein. Das ist ein Verhältnis, das wir nicht zugeben dürfen. Der städtische Betrieb kann nicht viel anders handeln, als ein Privatbetrieb, aber etwas mehr Rücksicht auf den heutigen Zustand sollte man in einem städtischen Betriebe doch nehmen.

Ich konnte mir wohl denken, daß die Sache dem Magistrate nicht bekannt war, aber ich wollte sie doch vorbringen, damit die Kündigungen möglichst rückgängig gemacht werden, zumal die Arbeiter sagen, es sei nicht zutreffend, daß Arbeitsmangel vorhanden sei. Auf der Taubenstraße scheint es ganz eigenartig zuzugehen, denn das dortige Gaswerk ist geradezu ein Taubenschlag für die Arbeiter. Es sind dort von April 1907 bis Dezember 1908 im ganzen 153 Arbeiter neu eingestellt worden, von denen im Dezember 1908 nur noch 49 beschäftigt wurden. Ein Stamm von ständigen Arbeitern kann sich dort nicht halten, und es scheinen jetzt auch wieder besondere Mittel angewendet zu sein, um die Arbeiter zu kündigen, die mir nicht bekannt sind. Ich möchte bitten, dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosigkeit nicht noch größer wird und Entlassungen nicht vorgenommen werden.

**V o r s i e n d e r:** Wir können in der Sache allerdings heute nichts weiter tun, jedoch steht nichts entgegen, daß der Magistrat in einer späteren Sitzung darauf zurückkommt.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¼ Uhr.

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 18. März 1909.

—•—

**Tagesordnung:**

|                                                 |           |
|-------------------------------------------------|-----------|
| I. Stadthaushaltsplan für 1909/10 . . . . .     | Seite 675 |
| II. Gemeindefirchensteuer für 1909/10 . . . . . | " 694     |
| III. Geschäftliche Angelegenheiten . . . . .    | " 695     |

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürgermeister Meyer, und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lord.

Entschuldigt die Herren Frühling, Schmidt und Wesemeier; später erscheint Herr Lübke.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

1. Ein Schreiben des Magistrates folgenden Inhalts:

Am 21. Januar haben die geehrten Herren beschlossen, einen Antrag des Stadtverordneten Riefe, wonach der Stadtmagistrat ersucht werden sollte, baldmöglichst die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik gleich anderen Städten

in die Wege zu leiten, uns mit der Maßgabe zur Verückfichtigung zu überweisen, daß die Ermittlung der Arbeitslosen in einfacher und schneller Weise geschehe.

Wir haben daraufhin geprüft, welche Schritte von unserer Seite erfolgen könnten, um mit der gewünschten Einfachheit und Beschleunigung Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu erhalten. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gelangt, daß jeder Versuch, durch eine besondere Auszählung zuverlässige, brauchbare Unterlagen zu gewinnen, nach den in Berlin und in anderen Städten gemachten Erfahrungen außerordentlich unsichere Ergebnisse erzielen würde. Das Auskunftsmittel, die Arbeitslosen aufzufordern, sich an einem bestimmten Tage in öffentlich an verschiedenen Orten der Stadt ausgelegten Listen einzutragen, bietet uns nicht die nötige Gewähr, weil eine ausreichende Nachprüfung der Eintragungen, bei denen einzelne Arbeitslose von völlig verschiedenen Auffassungen ausgehen werden, nicht durchführbar ist.

Die Inanspruchnahme einer Mitwirkung der beruflichen Vereinigungen, denen die Arbeitslosen angehören, scheitert, ganz abgesehen von sonstigen Bedenken, an der Mannigfaltigkeit derartiger Vereinigungen und an ihrer Stellungnahme gegen einander; das Außerachtlassen des einen, die Doppelzählung des anderen Arbeitslosen würde die unausbleibliche Folge sein, und eine gleichmäßige, einheitliche Bearbeitung des Ergebnisses würde darunter leiden.

Es kommt hinzu, daß die gewünschte Erhebung nur dann besonderen Wert haben wird, wenn die Art und Weise der Ermittlung es gestattet, in regelmäßiger Wiederkehr eine *erneute* Feststellung vorzunehmen. Je umfangreicher die Vorbereitung und Durchführung ist, desto mehr wird die Veranstaltung und die Vergleichung mit früheren Ergebnissen gefährdet.

Aus diesen Gründen sind wir zu der Ansicht gelangt, daß eine erschöpfend genaue Feststellung überhaupt nicht möglich ist, daß aber verhältnismäßig am zuverlässigsten von uns zur Ermittlung der Arbeitslosigkeit beigegeben werden kann, wenn die Geschäftsberichte des städtischen Arbeitsamts seit dem 1. Januar 1908 fortlaufend auf Stellensuchende, deren Bewerbungen um Arbeit am Vierteljahrsschlusse unberücksichtigt geblieben sind, durchgemustert werden, und wir haben durch die Städtische Statistische Stelle für den oben veröffentlichten, in einer Ausfertigung beigelegten Vierteljahrsbericht auf Seite 50—51 eine entsprechende Zusammenstellung anfertigen lassen, die sich betreffs der Zeit vom 1. Oktober 1908 ab bis zum 20. Januar 1909 erstreckt. Wir beabsichtigen in ähnlicher Weise auch künftig die Statistik fortzuführen, so daß jeder Arbeitslose, der die Vermittelung des städtischen Arbeitsamts in Anspruch nimmt, fortan auf entsprechende Verückfichtigung bei der Zählung rechnen kann.

2. Ein Gesuch der Laternenwärter, unterzeichnet von Wilhelm Noßbach. Da ein gleiches Gesuch auch dem Magistrat unterbreitet ist, so wird dieses Schriftstück zunächst zu den Akten gelegt.

3. Ein Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins, Grafen Hülsen = Häfeler, das auf dem Tische des Hauses zur Einsichtnahme niedergelegt wird.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Stadthaushaltsplan für 1909/1910.

Vorsitzender: Vor Eintritt in die Verhandlungen möchte ich die Bitte an Sie richten, sich streng an den Haushaltsplan zu halten und damit nicht die verschiedenen Steuerideen oder die Erhöhung der Beamtengehälter zu verquicken. Wenn wir heute mit dem Stadthaushaltsplane fertig werden wollen, werden wir uns fest an die Materie halten müssen.

Herr Wolters als Berichterstatter der Finanzkommission: Zunächst möchte ich einige Worte über die formelle Seite und die Frage einer wesentlichen Umgestaltung des Stats einfügen. In dem Begleitschreiben zum Etat findet sich folgende bedeutjame Bemerkung:

„An diesen beiden Posten zeigt sich deutlich, daß der Voranschlag der Rämmereikasse nur ein unvollkommenes Bild über seine wirklichen Einnahmen und Ausgaben gibt; er enthält, soweit Sonderrechnungen geführt werden, nur die Netto-Ausgaben in Form von Zuschüssen, und erst wenn man die wirklichen Einnahmen und Ausgaben der Sonder-Voranschläge mit denen des Haupt-Voranschlages verbindet, ergibt sich der wirkliche Umfang der Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Stadthaushalts. Es wird zu erwägen sein, ob sich nicht eine solche Anordnung des Gesamt-Voranschlages erzielen läßt, daß alle Unklarheiten der vorgedachten Art verschwinden.“

Es ist Ihnen bekannt, wie die Form des Stats jetzt eingerichtet ist. Eine Anzahl von Kassen steht mit der eigentlichen Rämmereikasse freilich in Verbindung, aber doch nur derartig, daß sie entweder gewisse Einnahmen abliefern, wie z. B. die Kassen des Mieselgutes, der Markthalle zc., oder daß sie einen Zuschuß aus der Rämmereikasse erhalten, wie die verschiedenen Schulkassen zc. Sodann sind andere Kassen vorhanden, die mit der Rämmereikasse nur in der Form eines festen Zuschusses ohne Rücksicht auf Ueberschuß oder Geshlbetrag dieser Sonderkasse in Verbindung stehen, wie die Kanalbaukasse, sonst aber selbständig sind. Andere Kassen wiederum haben mit der Rämmereikasse gar nichts zu tun, z. B. die Schlachthauskasse, die Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen zc. Damit ist der Uebelstand verbunden, daß die wirklichen Einnahmen und Ausgaben des Ordinariums nicht hervortreten. Nun liegt der

vorhin angeführten Bemerkung des Begleitschreibens die Idee zugrunde, alle mit der Kämmereikasse schon in Verbindung stehenden Rassen soweit angängig ihr einzuordnen. Zur Erfüllung dieser Absicht muß aber zweierlei Hand in Hand gehen, nämlich zunächst eine Aenderung der inneren Verwaltung, soweit es sich um die Rassenverhältnisse handelt. Eine Anzahl Rassen steht jetzt, wie schon erwähnt, derart mit der Kämmereikasse in Verbindung, daß sie lediglich in Form der Deckung der Fehlbeträge oder der Ablieferung der Ueberschüsse sich an die Kämmereikasse zu wenden hat. Dementsprechend sind dann auch die Buchungen. Nun würden, wollte man der Idee des Magistrates folgen und sie zur Ausführung bringen, die Rassenverhältnisse derart geändert werden müssen, daß die jetzt n e b e n der Kämmereikasse stehenden Rassen ihr untergeordnet würden.

Aber auch noch in anderer Beziehung ist die hier angeregte Idee bedeutsam, indem uns dann der Etat mutmaßlich in einer anderen Form vorgelegt werden wird, die zur Uebersichtlichkeit und Durchsichtigkeit des Stats beiträgt. Nach der Ansicht der Finanzkommission würde es mit Freuden zu begrüßen sein, wenn der Magistrat dahin kommen sollte, die angedeutete Idee demnächst auszuführen und uns in Zukunft den Etat in anderer Form vorzulegen.

Soweit die Form des Stats. Sachlich darf ich folgendes bemerken: Nach der hier entwickelten Idee ist den Mitgliedern der Finanzkommission eine Aufstellung vorgelegt, die den eben entwickelten Plan zu erfüllen sucht. Es sind dort die Einnahmen und Ausgaben nach dem Rechnungsabschlusse für 1907/08 und den Voranschlägen für 1908/09 und 1909/10 aufgeführt. Man ist dadurch in die Lage versetzt, die Einnahmen und Ausgaben, wie sie sich für 1907/08 gestaltet haben und wie sie sich in den beiden folgenden Jahren voraussichtlich gestalten werden, mit einander zu vergleichen.

Die Einnahmen des Stats für 1909/10 überragen die Einnahmen des laufenden Statsjahres um rund 90 000 Mark. Unter „Einnahmen“ bitte ich hierbei diejenigen zu verstehen, welche sich ohne Hinzuziehung der Steuern und Abgaben und der Zuschüsse aus dem Schulhausbaufonds ergeben. Die Hauptgründe für diese Mehreinnahme sind folgende: Im Kämmereivermögen ist eine größere Einnahme an Zinsen dadurch zu erwarten, daß die Armenkasse mit der Kämmereikasse verschmolzen ist. Im Unterrichtswesen sind höhere Einnahmen an Schulgeld entsprechend den höheren Schülerziffern zu erwarten, auch werden die Staatszuschüsse entsprechend höher sein. Im Straßenbau wird sich die Einnahme entsprechend der vermehrten Inangriffnahme von Straßenbauten aus den Anliegerbeiträgen erhöhen. Auch die Verwaltung des Rieselgutes läßt höhere Einnahmen erwarten, ebenso das Kapitel „Insgemein“ wegen

der höheren Zinsen aus der Verleihung des Kassenvorrates und des Vermögens des Gas- und Wasserwerkes.

Nun wende ich mich zu den Ausgaben, welche die des Vorjahres um 245 000 Mark überragen. Die Hauptgründe hierfür sind folgende: Größere Tilgung im Kämmercivermögen, erheblich höhere Kosten für die Bürgerschulen infolge Vermehrung der Lehrkräfte und Aufsrücken der Lehrkräfte in den Gehaltsstufen, Kosten für das Pflegehaus durch einmalige bauliche Einrichtungen, sowie für die Feuerlöscheinrichtungen durch Vervollkommenung des Gerätwesens, Steigerung der Kosten für die Ortspolizei durch die vermehrten Kosten des Nachtwachwesens. Hauptsächlich ist aber durch den Etat in Aussicht genommen eine Inangriffnahme umfangreicherer innenstädtischer Straßenpflasterungen. Schließlich ist als Grund der vermehrten Ausgaben noch anzuführen, daß auch die Stadtverwaltung in ihren Ausgaben gewachsen ist, indem einige Beamtenstellen neu geschaffen und die Gehaltsstufen durch Aufsrücken der Beamten in den Gehaltsstufen erhöht sind.

Gegenüber einer Mehreinnahme von 90 000 Mark findet sich also eine Vermehrung der Ausgabe um 245 000 Mark, so daß im Vergleich zum Vorjahre 150 000 Mark mehr zu decken sind. Hierzu kommen noch zwei kleine Beträge, nämlich die Unkosten für die Steuererhebung (9600 Mark) und der Ueberschuß, der etatsmäßig an die Kanalbaukasse abzuliefern ist (11 200 Mark), so daß wir insgesamt an Ausgaben 3 738 292,35 Mark zu decken haben werden. Der Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe. Dabei ist zugrunde gelegt, daß alle Summen in bisheriger Höhe auch im nächsten Etatsjahre beibehalten werden. Im Kap. XI sind an Gemeindesteuern und sonstigen Abgaben vorgesehen 3 550 300 Mark, da wir aber, wie vorhin bemerkt, 3 738 292,35 Mark an Ausgaben zu decken haben, so würde sich ein Fehlbetrag von rund 200 000 Mark ergeben. Glücklicherweise erscheint aber als Retter in der Not, daß wir in diesem Jahre einen Ueberschuß aus 1907/08 mit 400 392,35 Mark vereinnahmen. Hierdurch können wir nicht nur die vermehrten Ausgaben decken, sondern es verbleibt uns auch noch ein Restbetrag. Im Begleitschreiben ist darauf hingewiesen, wie man diesen Restbetrag verwenden will, er soll durch Erhöhung des Dispositionsfonds zur Verfügung der städtischen Behörden gehalten werden, um damit die schon beschlossene Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten nach Verständigung der städtischen Behörden für die Vorzeit zu bewerkstelligen.

Nun ist es ja bei Gelegenheit der Etatsberatung eine althergebrachte Praxis gewesen, steuerpolitische und finanzpolitische Erwägungen anzustellen, und dies ist dann so recht das Feld für die Schwarz- und die Rosafärberei gewesen. Aber der Herr Vorsitzende hat schon mit Recht hervorgehoben, daß es augenblicklich nicht am Platze sei, an der Hand des Etats die erst abgewickelte Debatte wieder



beginnen zu lassen. Deshalb will ich mich auf diese Bemerkungen beschränken und nur lediglich den Inhalt des Stats selbst behandeln.

## 1. Vorausschlag der Kammereikasse.

### A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

#### Kapitel I. Kammereivermögen.

Herr Wolters: Besondere Bemerkungen sind hierzu nicht zu machen.

Herr Sander: Auf Seite 11 vermiße ich einen Ausgabebetrag für die Instandhaltung des Amalienplatzes, während die übrigen Plätze entsprechend bedacht sind. Der Amalienplatz befindet sich in einer derartigen Verfassung, daß es dort unmöglich so weiter gehen kann, er ist zum Spielen ganz ungeeignet. Die Anlieger haben schon seit längerer Zeit Klage geführt, daß sie durch Staub und den sonstigen Zustand des Platzes erheblich belästigt werden. Vor einem halben Jahre habe ich den Antrag eingebracht, den Platz ordnungsmäßig instand zu setzen, worauf mir geantwortet wurde, es sollten Erhebungen angestellt werden, um ihn wieder derart herzurichten, daß er den Anforderungen an einen Spielplatz genüge. Ich möchte deshalb bitten, auch diesen Platz ordnungsmäßig instand zu setzen. Eine Grasnarbe hält sich dort nicht, weil sie durch das Fußballspiel immer vernichtet wird. In anderen Städten soll man in der Weise gute Erfahrungen gesammelt haben, daß man solche Plätze abgetragen und sodann mit Bogasche ausgefüllt und mit Schlamm überzogen hat. Ich möchte den Magistrat bitten, diese Anregung in Erwägung zu ziehen.

Herr Bürgermeister Meyer: Eine Instandhaltung des Amalienplatzes in der Weise, daß er seine äußere Oberfläche behält, kann auch aus den verfügbaren Mitteln des Stats erfolgen. Der Wunsch des Herrn Sander geht aber weiter. Es wird die Frage an die städtischen Behörden herantreten, ob der Platz in englischer Weise umzugestalten, also mit Rasen zu versehen sein wird, oder ob er in deutscher Spielplatzweise durch Verwendung von Bogasche zc. zu einem festen Plätze herzurichten sein wird. Gegen die erstere Art der Umgestaltung hat sich der Oberturnlehrer energisch ausgesprochen, weil er den Platz nicht für längere Zeit dem Spiel entziehen könne. Eine solche Umgestaltung würde allerdings längere Zeit, vielleicht zwei Jahre, dauern. Die andere Art der Befestigung ist aber nicht ganz billig. Nach ganz oberflächlicher Ermittlung wird diese Befestigung für 1 qm etwa 50 Pfg. kosten, so daß bei einer Länge von 200 m und einer Tiefe von 50 m eine Ausgabe von 5000 Mark entstehen würde. Wenn die Klagen der Anlieger sich indessen noch weiter als begründet herausstellen sollten, so wird der Magistrat nicht umhin können, der Frage näherzutreten.

Herr B ä h r : Jedenfalls wird im nächsten Sommer auf Antrag des Oberturnlehrers ein außerordentlich vermehrter Spielbetrieb stattfinden. Wenn hieran aber die Instandsetzung des Amalienplatzes scheitern sollte, so möchte ich empfehlen, den vermehrten Spielbetrieb lieber einzuschränken und dazu die Genehmigung nicht zu erteilen. In den Schulen soll bis zur vierten Klasse herunter gespielt werden, jedoch kann diese Maßregel erst durchgeführt werden, wenn wir ausreichende Spielplätze haben und sie auch ausreichend instand gesetzt sind.

Herr L e i n k n e c h t : Ich halte es für einen Uebelstand, daß so viele Menschen über den Platz gehen dürfen. Es ist zwar angeordnet, daß der Platz nicht als Uebergang benutzt werden soll, jedoch wäre es besser, es ginge überhaupt niemand hinüber, da das Hinüberlaufen den Platz nicht verbessert. Ueber den Leonhardsplatz laufen nicht so viele Menschen, wie über diesen Platz. (Widerspruch.) Der Leonhardsplatz ist aber noch besser mit einer Grasnarbe bestellt, als der Amalienplatz; es wäre deshalb nötig, streng zu verbieten, daß die Menschen unnötig darübergehen.

Herr L e u e : Ich möchte die Gelegenheit benutzen, einem Wunsche Ausdruck zu geben. Wir haben in dem Voranschlage eine recht eingehende Uebersicht der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben, jedoch vermiße ich dabei eins. Es gehört nicht direkt in den Voranschlag, aber es wäre sehr wünschenswert, bei dieser Gelegenheit auch eine Uebersicht über den Vermögensstand der Stadt zu erhalten. Wir müssen doch wissen, wieviel Vermögen und wieviel Schulden die Stadt besitzt, also mit anderen Worten, ich möchte im Haushaltsplane eine Bilanz vorfinden. Deshalb wollte ich fragen, ob es nicht möglich wäre, in Zukunft eine solche Vermögensübersicht mit dem Etat vorzulegen.

Herr W o l t e r s : Was Herr Leue wünscht, ist in dem alle fünf Jahre erscheinenden Verwaltungsberichte des Magistrates vorgegeben, und namentlich der letzte Bericht ist in diesem Punkte sehr ausführlich und übersichtlich gehalten. Man ist imstande, an der Hand des Etats die kleinen Ergänzungen in dem Verwaltungsberichte vorzunehmen.

## Kapitel II. Kirchliche Zwecke.

Hier findet sich eine Zusammenstellung der zugunsten der Gemeinde-Kirchenkasse erhobenen Darlehen.

## Kapitel III. Unterrichtsweisen.

Dieses Kapitel gilt nach Genehmigung der einzelnen Schuletats als genehmigt.

## Kapitel IV. Kunst und Wissenschaft.

Herr Friede: Aus der Fassung der Position II, 1 b der Ausgaben (Seite 41): „Wissenschaftlich gebildeter Hilfsarbeiter N. N.“ schließe ich, daß der jetzige Hilfsarbeiter schon wieder fortgeht. Da der öftere Wechsel in der Person des Hilfsarbeiters für das Archiv unmöglich von Nutzen sein kann, so möchte ich bitten, möglichst darauf Bedacht zu nehmen, diesen Hilfsarbeiter fest anzustellen. Unter den jetzigen Besoldungsverhältnissen wird der Beamte niemals lange in der Beschäftigung bleiben können und das ist für das Archiv von Schaden. Ohne einen bestimmten Antrag zu stellen, möchte ich den Magistrat ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Hilfsarbeiterstelle in eine etatsmäßige Stelle umgewandelt werden kann.

Herr Bürgermeister Meyer: Diese Frage hat den Magistrat erst kürzlich beschäftigt. Der am 1. April d. Js. abgehende Hilfsarbeiter hatte den Antrag auf etatsmäßige Anstellung gestellt. Der Magistrat hat den Antrag sehr reiflich erwogen und sich schließlich dahin schlüssig gemacht, weder den Dr. Wäsecke zur Anstellung zu empfehlen, noch überhaupt einen zweiten Beamten fest anzustellen, und hat sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß die bei dem Archiv und der Bibliothek zu erledigenden wissenschaftlichen Arbeiten zurzeit zwar noch verhältnismäßig so umfangreich sind, daß sie von einem Herrn kaum werden erledigt werden können, daß indessen die Zeit abzusehen ist, zu welcher sich die Arbeiten ganz erheblich werden gemindert haben. Der größere Umfang der Arbeiten liegt in erster Linie darin, daß es zurzeit noch an der Fertigstellung eines gut angelegten Kataloges fehlt, der seit einem Jahrzehnt durch den jeweiligen Hilfsarbeiter bearbeitet worden ist. Wir dürfen indessen mit Sicherheit darauf rechnen, daß nach Ablauf von 6 bis 10 Jahren die Katalogisierungsarbeiten beendet sein werden. Für eine so kurze Zeit aber jetzt noch einen weiteren Beamten fest anzustellen, hielten wir mit Rücksicht auf die Gesamtlage der Stadt nicht für angezeigt. Deshalb wird der neue Herr oder vielleicht die betreffende Dame nicht fest angestellt werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die wissenschaftliche Höhe des Archivs oder der Bibliothek darunter leiden wird.

Herr Wolters: Eine Versicherung der Mobilien des Archivs und der Bibliothek ist nicht wieder vorgesehen, weil bei der baulichen Beschaffenheit des neuen Hauses keine Veranlassung mehr dazu vorliegt.

## Kapitel V. Armenpflege.

Dieses Kapitel gilt nach Beratung der betr. Einzelstats als erledigt.

## Kapitel VI. Gesundheitswesen.

Herr **Wolters**: Wegen der Anschaffung eines automobilen Krankentragens (Seite 47 unter 6 g des Etats) wird eine besondere Vorlage erscheinen.

## Kapitel VII. Vereinszwecke und Volksfeste.

Herr **Bunge**: Den auf Seite 51 unter 2 vorgezeichneten Zuschuß zu den Kosten der Feier des Sedantages mit 600 Mark bitte ich zu streichen. Wir haben einen derartigen Antrag schon öfter gestellt, jedoch ist er stets abgelehnt worden. In diesem Jahre kommt für mich noch in Betracht, daß für die arbeitslosen Arbeiter und die hungrigen Kinder nichts übrig war und deshalb nicht einzusehen ist, daß für einen derartigen Rummel etwas übrig sein soll.

Herr Oberbürgermeister **Ketemeier**: Es muß Ihrem Ermessen überlassen bleiben, ob Sie die 600 Mark bewilligen wollen oder nicht. Dagegen muß ich gegen die Behauptung Verwahrung einlegen, daß für hungernde Arbeiter und Kinder hier kein Geld vorhanden gewesen sein soll. Ich bestreite das auf das entschiedenste. Wir haben uns niemals geweigert, Geld für solche Zwecke zur Verfügung zu stellen, und die Herren haben deutlich ausgesprochen, uns freie Hand in der verausgabung solcher Gelder lassen zu wollen. Die Sache hat vielmehr an etwas anderem gelegen, jedoch verlohnt es sich nicht, näher darauf einzugehen, da die Herren das selber wissen.

Der Antrag **Bunge** wird hierauf abgelehnt.

## Kapitel VIII. Feuerlöschwesen.

Herr **Wolters**: Durch die Anschaffung der Automobil-Gasspritze ist ein Fahrer entbehrlich geworden, wogegen 4 Feuerwehrmänner mehr erforderlich wurden. Auch 2 Pferde werden dadurch erspart. Wegen der auf Seite 59 unter Nr. 21 a vorgezeichneten Beschaffung einer automobilen Drehleiter wird noch eine besondere Vorlage erfolgen.

## Kapitel IX. Ortspolizei.

Herr **Wolters**: Da die Lohnsätze der Nachtwächter inzwischen erhöht worden sind, so gelten die hier unter 2 a aufgeführten Sätze nicht mehr. Um für die beschlossenen Lohnerhöhungen Deckung zu haben, ist unter 2 i ein Betrag von 30 000 Mark „zur Verfügung der städtischen Behörden“ aufgenommen worden.

Herr **Roch**: Ich glaubte, der Magistrat hätte diesmal auch eine Summe für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magintore eingestellt. In der Sitzung vom 18. Juni 1908 — Seite 146 des Berichtes — wurde beschlossen, die damalige Magistratsvorlage auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Nordwestecke des städtischen Museums abzulehnen und zur Errichtung einer

solchen für beide Geschlechter den dreieckigen Platz am Magnitore zu empfehlen. Seit der Zeit ist in der Sache anscheinend nichts mehr geschehen. Mir kommt es vor, als ob der Magistrat die ganze Vorlage hat unter den Tisch fallen lassen. Seit 14 Jahren war diese Bedürfnisanstalt im Etat aufgeführt und noch immer ist sie nicht zur Ausführung gekommen. Früher scheiterte deren Ausführung immer an den Eigentumsverhältnissen des dreieckigen Platzes, welcher Hinderungsgrund jetzt bekanntlich weggefallen ist. Wenn die Anstalt schon vor 14 Jahren notwendig war, so ist sie es jetzt noch viel mehr, nachdem das städtische Museum und die Bibliothek dort ihren Platz gefunden haben und sich dadurch ein ungemein reger Verkehr entwickelt hat. Ich möchte um Auskunft bitten, wie sich die Angelegenheit verhält.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Auswahl eines geeigneten Platzes in jener Gegend ist eine der schwierigsten Aufgaben, die durch die städtischen Behörden zu erledigen sind. (Weiterkeit.) Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein übereinstimmender Beschluß der städtischen Behörden darüber nicht zu erzielen gewesen ist. Der Magistrat hat sich von der Güte des von der Versammlung in Vorschlag gebrachten Platzes bislang nicht überzeugen können, weshalb die Sache noch schwebt; ich will hoffen, daß noch eine Einigung erreicht werden wird.

Herr Esdorn: Ich möchte hier noch eine andere Sache zur Sprache bringen. In den letzten Jahren hat sich hier der Uebelstand herausgebildet, daß vor verschiedenen Toren Karussells auftauchen und in Betrieb treten. Jetzt ist es aber schon so weit gekommen, daß ein Karussell mitten in der Stadt an der Stephansstraße betrieben wird. Die Anlieger sind darüber natürlich sehr aufgebracht und haben schon versucht, bei der Polizei Abhilfe zu schaffen, was ihnen aber nicht gelungen ist, weil die Polizei nach der jetzt gültigen Straßenpolizeiordnung nicht eingreifen kann. Ein derartiger Zustand ist beinahe skandalös zu nennen, und die städtischen Behörden müßten doch in der Lage sein, ihre Bürger hiergegen zu schützen. Für die Anlieger ist es eine Qual, den Skandal des Karussells anhören zu müssen. Es läßt sich nicht annehmen, daß diese Einrichtung zur Hebung des Fremdenverkehrs dient, wenn ein derartiger Trubel auch für einen kleinen Ort passend erscheinen mag.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn Herr Esdorn viel Vertrauen zu der Machtbefugnis der städtischen Behörden hat, so ist das recht angenehm, aber diese Befugnis hat auch ihre Grenzen. Es gibt indessen noch Gerichte in Braunschweig und die Möglichkeit, sich gegen Störungen dieser Art, wenn sie gewisse Grenzen überschreiten, zu schützen. Man nennt das eine Immissionsklage. Bekanntlich haben sich auch die Nachbarn von Brünings Saalbau nicht ganz ohne Erfolg gegen die ihnen erwachsenen Belästigungen ge-

wehrt. Was denen aber recht ist, würde den viel geplagten Anwohnern der Stephanstraße nur billig sein; ich kann deshalb Herrn Esdorn nur empfehlen, sein Vertrauen zu den Gerichten zu stärken.

Herr R a l m s : Auch ich komme mit einem schon früher geäußerten Wunsche, der die Kehrichtabfuhr betrifft. Es wäre mir interessant, zu erfahren, wie weit der Versuch gediehen ist, die Abfuhr auf die Abendstunden zu verlegen und die Kehrichtgefäße nicht mehr auf der Straße stehen zu lassen. Ferner möchte ich erfahren, ob es nicht möglich ist, an schönen Sommerabenden die Straße vor dem Fegen zu sprengen. Es ist ganz unmöglich, den durch das Fegen der Straßen aufgewirbelten Staub zu ertragen, auch kann man während der Zeit der Straßenreinigung kein Fenster offen lassen. Das Sprengen der Straßen kann nicht viel Kosten verursachen. Ueber diese Belästigung durch Straßenstaub ist schon viel Klage auch von den Anliegern neu angelegter Straßen erhoben worden. Wenn wir einen größeren Fremdenzuzug von außen haben wollen, müssen wir solche kleineren Fehler und Mißstände abzustellen suchen. Ich möchte den Magistrat bitten, diese Anregungen in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Herr Bürgermeister M e h e r : Die Versuche, die wir im Laufe des vergangenen Sommers mit der Belassung der Mülleimer innerhalb der Grundstücke angestellt haben, sind zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen; wir warten nur noch auf das Inkrafttreten der neuen Straßenpolizeiordnung, um dann für eine große Anzahl von Straßen die Anordnung treffen zu können, daß die Müllgefäße innerhalb der Grundstücke zu belassen sind. Jedenfalls sind wir zurzeit nicht berechtigt, zwangsweise die Aufstellung der Gefäße innerhalb der Grundstücke zu verlangen. Was die Vermeidung von Staub beim Reinigen der Straßen anlangt, so läßt sich gegen solche Belästigung im Winter natürlich nichts machen, denn es würde sehr bedenklich sein, die Fußwege bei Frostwetter zu besprengen. Im Sommer werden selbstverständlich die innenstädtischen Straßen besprengt, soweit es der Fuhrpark zuläßt. Wenn aber auch am Tage die Fußwege der Innen- und Außenstadt regelmäßig besprengt werden sollen, so können wir mit dem gegenwärtigen Fuhrpark nicht auskommen.

Herr R a l m s : Hinsichtlich des Sprengens der Straßen sollte die Vorrichtung getroffen werden, daß die Wagen öfter fahren. Sodann habe ich nicht gemeint, daß die Fußwege auch bei Frostwetter besprengt werden sollen, sondern nur bei frostfreiem, trockenem Wetter. Es würde hierzu nur die Beschaffung einiger Handsprengwagen erforderlich sein, was nicht viel kosten kann. Wenn abends zwischen 10 und 12 Uhr die Theater und Gesellschaften geschlossen werden, so ist es häufig kaum möglich, durch die Staubböden zu gehen, die durch das Reinigen der Straßen verursacht werden.

## **Kapitel X. Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen.**

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

## **Kapitel XI. Gemeindesteuern usw.**

wird zunächst zurückgestellt.

## **Kapitel XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse.**

Herr B u n g e : Auf Seite 72 findet sich unter den Einnahmen ein Betrag von 7500 Mark als „Beiträge für die Handwerkskammer“, während auf Seite 75 unter den Ausgaben 8100 Mark stehen als „Beiträge für die Handwerkskammer“. Ich möchte fragen, ob die Stadt einen Zuschuß zur Handwerkskammer zahlen muß.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich kann den Herrn Fragesteller darüber beruhigen. Uns wird alljährlich im Sommer von der Herzoglichen Kreisdirektion mitgeteilt, welche Summe die Stadtgemeinde Braunschweig für die Handwerkskammer beizusteuern hat. Diesen Betrag suchen wir auf Heller und Pfennig von den Handwerktreibenden wieder einzuziehen, indem wir einen bestimmten Zuschlag zur Gewerbesteuer erheben. Letztthin waren es 20 Prozent gewesen. Selbstverständlich läßt es sich nicht einrichten, daß dadurch haargenau derselbe Betrag eingeht, den wir an die Herzogliche Kreisdirektion abführen müssen, manchmal ist es mehr, manchmal weniger gewesen, jedoch hat sich die Summe in den letzten sechs Jahren ausgeglichen. Wir haben jetzt, um nicht zu Schaden zu kommen, einen vollen Zuschlag von 20 Prozent, statt früher 18 Prozent erhoben. Genauer läßt sich das nicht machen. Die im Etat aufgeführten Beträge sind nur Griffe.

## **Kapitel XIII. Stadtverwaltung.**

## **Kapitel XIV. Insgemein.**

### **B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.**

#### **Kap. I bis V.**

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

### **2. Vorausschläge der mit der Kammereikasse in Verbindung stehenden Kassen.**

#### **I. Kieselgut Steinhof.**

Herr M e y e r h o f f : Unter den Ausgaben findet sich ein Betrag von 600 Mark für Obstbaum-Anlagen, Forsten und Teiche, dem nur eine Einnahme

von 500 Mk. gegenübersteht. Da die ersten Obstbaum-Anlagen schon eine Reihe von Jahren alt sind, so müßte doch eigentlich schon ein höherer Nutzen daraus zu erzielen sein. Als ich zuletzt vor zwei Jahren draußen war, machten die Bäume teilweise einen betäubenden Eindruck, immerhin müßte jetzt schon ein höherer Betrag aus der Anlage herausgewirtschaftet werden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich glaube, bei einer jungen Obstbaumanlage sind zehn Jahre noch keine lange Zeit. (Zustimmung.) Jedenfalls kann man in solcher Zeit nicht viel davon erwarten. Im übrigen liegt die Sache so, daß ein großer Teil der 5000 Obstbäume sich sehr gut entwickelt hat, und daß auch im laufenden Rechnungsjahre schon ein erheblich besserer Ertrag erzielt werden wird. Andererseits ist leider zu konstatieren, daß an verschiedenen Stellen — es handelt sich um ganz bestimmte Gegenden — die Obstbäume nicht vorwärts gekommen sind. Das wird daran liegen, daß man nicht genügend vorsichtig gewesen ist, sei es bei der Auswahl der einzelnen Sorten, oder bei der Untersuchung des Bodens. Da der Ortstein an verschiedenen Stellen steht, so wäre es richtiger gewesen, tiefer herunterzugehen und nachzusehen, wie der Boden ist. Die Deputation hat aber die Ueberzeugung, daß die für die Obstbaumanlagen aufgewendeten Kosten sich im Laufe der Zeit voll und ganz bezahlt machen werden. Wir haben in Aussicht genommen, Kirschbän anzupflanzen, die sich bis jetzt dort sehr gut entwickelt haben. Es ist ja unangenehm, daß die Anlagen noch nicht mehr eingebracht haben, aber die Deputation meinte, daß mit der Zeit ein reichlicher Ertrag herausgeholt werden dürfte, weil es möglich ist, den Obstbäumen das Wasser aus den kleinen Flutgräben zuzuführen. Wenn Herr Meyerhoff jetzt noch einmal hinausfahren wird, so wird er finden, daß sich die Anlagen sehr gut entwickelt haben.

Herr W o l t e r s: Wie in der Finanzkommission schon erklärt wurde, können diejenigen Herren, welche das Rieseltgut einmal besichtigen wollen, sich melden, worauf das weitere veranlaßt werden wird. Die geeignetste Zeit hierzu dürfte der Monat Juni sein. Eine solche Besichtigung war schon im vorigen Jahre in Aussicht genommen, ohne daß es aber dazu gekommen ist.

Für das Gaswerk ist die Anstellung eines Chemikers beabsichtigt, wodurch die beim Rieseltgute im Kap. VIII vorgegebene Ausgabe von 1500 Mark für chemische und bakteriologische Untersuchungen des Fluß- und Brunnenwassers in Zukunft wegfallen wird, wenn die Herzogliche Kreisdirektion diese Untersuchungen durch den städtischen Chemiker genehmigt.

Das Rieseltgut schließt mit einem Ueberschusse von 36 200 Mark, der aber nur ein scheinbarer ist. In Wirklichkeit ist kein Ueberschuß vorhanden, weil die Verzinsung des Anlagekapitals und die Betriebskosten der Pumpstation hier nicht eingerechnet sind.



Herr R i e f e: Nach der Bemerkung auf Seite 17 des Begleitschreibens unter 2 ist es für billig und zweckmäßig erachtet worden, dem Administrator an Stelle einer Gehaltsaufbesserung 4 Ferkel und das für deren Mast erforderliche Futter zu liefern. Ich habe gegen solche Lieferung von Naturalien nichts einzuwenden, möchte bei der Gelegenheit aber zur Erwägung vorstellen, ob es nicht richtiger wäre, wenn einige Zuchtthiere gehalten würden, damit die dort wohnenden Leute Gelegenheit erhielten, sich junge Ferkel billig zu erwerben. Was die Rentabilität des Rieselgutes anlangt, so ist solche anzuerkennen, daß aber die Deputation ihre Schuldigkeit getan hätte, vermag ich trotzdem nicht einzusehen. Das noch auszufüllende Terrain hätte längst ausgefüllt sein können, wobei eine Masse Leute hätten Beschäftigung finden können. Auch der noch an vielen Stellen stehende Ortstein hätte müssen herausgebrochen werden. Bei einer gut gepflegten Obstplantage müßte man nach zehn Jahren schon kleeptweise das Obst einheimen können. Der Ortstein steht dort noch in großer Mächtigkeit, und es würde sich sehr gut verzinsen, wenn er herausgebrochen würde, denn während früher für einen Schlag 45 Mark geboten wurden, bietet man heute dafür 60 bis 90 Mark. Deshalb sollte man gerade jetzt, wo viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die Gelegenheit benutzen und den Ortstein herausbrechen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wenn ich Herrn Riefe recht verstanden habe, so will er uns veranlassen, Schweine zu züchten. (Zustimmung.) Ich bin auch für den Fortschritt, ob wir aber gut tun, uns auf dieses Experiment einzulassen, erscheint mir zweifelhaft. Wenn der Verbrauch an Schweinen nicht größer wird, als jetzt, so tun wir jedenfalls besser, ein paar junge Ferkel aufzukaufen, als eine Zucht anzulegen, weil hierbei die Seuchengefahr zu groß ist. Die Sache läßt sich aber überlegen.

Die Auffüllung der Ökterwiesen ist auch mein Wunsch, und ich beklage es tief, daß wir nicht unsere ganze Müllabfuhr dorthin schaffen können. Das läßt sich aber nicht anders machen, als durch Anwendung elementarer Kraft, also vielleicht durch Lastautomobile oder durch Anlegung einer kleinen Bahn. Später werden wir, wenn um die Stadt herum alles aufgefüllt sein wird, nicht anders können, als den Müll in solcher Weise fortzuschaffen. Wenn wir aber von der Westseite der Chaussee das Erdreich nach den Wiesen hinüberschaffen sollten, so würden wir unsere ganzen Rieselanlagen zerstören.

Was die Beseitigung des Ortsteines betrifft, so hätten wir diese Sache schon früher in Angriff genommen, sie wurde indessen durch das Projekt aufgehalten, die ganzen Felder 75 cm tief mittels Dampfpfluges umzubringen. Schließlich hat sich aber herausgestellt, daß ein solches Unternehmen nicht rentabel sein würde, weil bei der Verwendung eines Dampfpfluges große und lang ausgedehnte Flächen Land zur Verfügung stehen müssen, die wir nicht

haben. Ein großer Teil des Kieselgutes ist durch Beete und Dämme abgegrenzt, die zerstört werden müßten, wenn dort ein Dampfflug arbeiten sollte. Wir haben jetzt in der Deputation beschlossen, die Beseitigung des Ortsteines mittels Menschenkraft zu versuchen, aber wenn 75 cm Frost in der Erde stehen, so ist es eine Menschenjähnderei, die Leute dabei zu stellen. Hier im Bürgerparke haben die Leute eiserne Keile in das Erdreich treiben müssen, um in den Boden zu kommen. Sobald der Frost vollständig vorbei ist, haben wir in Aussicht genommen, die Flächen in Angriff zu nehmen, damit die Beseitigung des Ortsteines flott vor sich geht, und das kann durch den ganzen Sommer und Herbst geschehen. Es wird das Geld kosten, aber ich hatte angenommen, der Magistrat hätte einen offenen Kredit und könnte die Ausgabe mit der Beschäftigung Arbeitsloser rechtfertigen. Dagegen bin ich im Zweifel, ob uns auch im nächsten Jahre freistehen wird, die Summe wieder aufzuwenden. Die Deputation kann daher die Kosten lieber noch einmal veranschlagen und der Versammlung zu-gehen lassen. Wenn wir mit der Arbeit aber schon früher beginnen, so werden die Herren nichts dagegen haben.

Herr R i e f e: Es dürfte zu erwägen sein, ob sich der Ortstein nicht verwerten ließe, denn er soll 40 bis 50 und noch mehr Prozent Eisen enthalten. Eisenwerke liegen allerdings weit davon ab, aber man könnte wenigstens Erkundigungen einziehen. Zur Verbesserung der Wege eignet sich der Ortstein nicht, weil er durch Frost zc. gelöst wird.

Herr W o l t e r s: Im Anschluß an die Worte des Herrn Riefe möchte ich darauf hinweisen, wie die Rentabilität des Kieselgutes in den letzten Jahren gewesen ist. Im Jahre 1906/07 betrug der Ueberschuß 26 546 Mark, im Jahre 1907/08 = 42 740 Mark, 1908/09 = 23 500 Mark und 1909/10 = 36 200 Mark. Der günstige Abschluß des Jahres 1907/08 ist im wesentlichen auf die Einschränkung des Wirtschaftsbetriebes zurückzuführen und es läßt sich annehmen, daß der wirkliche Ueberschuß des folgenden Jahres sich erheblich günstiger gestalten wird, als im Voranschlage angenommen worden ist. Meiner Ansicht nach befinden wir uns jetzt durchaus auf dem richtigen Wege.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Diese Worte veranlassen mich, auf eines hinzuweisen. Die Zahlen der letztabgeschlossenen Rechnungen geben insofern kein ganz klares Bild über die Frage, wie das Kieselgut arbeitet, als wir in den letzten Jahren verschiedene Ausgaben zu Lasten der ordentlichen Jahresrechnung gebucht haben, die von Rechts wegen in das Extraordinarium gehören. Wenn große Flächen wie der Zettwinkel vollständig aptiert und nutzbar gemacht werden, so kann man das kaum zu den ordentlichen laufenden Ausgaben rechnen, sondern ich würde es rein theoretisch betrachtet zu den Anlagekosten zählen.

Im übrigen möchte ich diese Gelegenheit benutzen, nach außen hin einige Worte zu sagen. Das Kieselgut hat uns 2 800 000 Mark gekostet, deren Zinsen hier nicht vorhanden sind. Wenn wir diese Zinsen den Ausgaben hinzurechnen, so ist natürlich von einem Reinertrage des Kieselgutes keine Rede, die Unterhaltung des Kieselgutes kostet uns vielmehr, alles zusammengerechnet, die Summe von jährlich 100 000 Mark. Das ist an sich eine sehr erhebliche Summe; wenn Sie aber berücksichtigen, was wir damit erreicht haben im Vergleiche zu den früheren Zuständen, wo man bei jeder neuen Straßenanlage nicht mußte, wohin man mit dem Abwasser sollte, so ist die Summe nicht zu hoch. Das sage ich namentlich für meinen verehrten Kollegen in Watenbüttel (Heiterkeit), der uns noch immer nicht zur Steuer heranziehen kann.

## II. Abwässer-Pumpstation.

## III. Markthalle.

## IV. Ober-Realschule.

## V. Realschule.

Herr **Wolters**: Die Frequenz der beiden Schulen (unter IV und V) ist zu  $600 + 350 = 950$  Schülern angenommen, gegenüber 800 Schülern des Vorjahres. Die Gesamtaufwandskosten sind auf 235 100 Mark geschätzt gegenüber 232 000 Mark des Vorjahres. Der Zuschuß der Kämmererkasse betrug für beide Schulen: 1902/03 = 56 638 Mark, 1903/04 = 63 342 Mark, 1904/05 = 72 694 Mark, 1905/06 = 80 989 Mark, 1906/07 = 86 024 Mark, 1907/08 = 95 239 Mark, 1908/09 = 129 900 Mark und 1909/10 = 133 140 Mark.

Die Gesamtaufwandskosten der Ober-Realschule allein betragen 170 600 Mark oder pro Kopf 284,33 Mark gegen 290 Mark im Vorjahre. Nach Abzug der Zuschüsse entfallen auf die Stadt an Kosten 163 200 Mark oder 272 Mark auf den Schüler, gegen 280,75 Mark des Vorjahres. Von den städtischen Gesamtkosten zu 163 200 Mark werden aufgebracht durch Schulgelder 71 400 Mark, so daß die Kämmererkasse 91 800 Mark zuzuschießen hat. Es erfordern Zuschüsse 100 auswärtige Schüler je 122 Mark, 470 ortsangehörige Schüler je 152 Mark und 30 ortsangehörige Schüler, denen das Schulgeld erlassen wird, je 272 Mark; es ist also für die Stadt eine sehr teure Schule.

Was die Realschule allein anbetrifft, so stellen sich die betreffenden Zahlen folgendermaßen: Bei einer angenommenen Frequenz von 350 Schülern betragen die Gesamtaufwandskosten 64 500 Mark oder 184,28 Mark pro Kopf. Von diesen Kosten werden aufgebracht durch Schulgelder 41 340 Mark, so daß

ein Zuschuß der Kämmereikasse von 23 160 Mark erforderlich wird. Von diesem Zuschusse entfallen auf 50 auswärtige Schüler je 34,28 Mark, auf 282 orts-angehörige Schüler je 64,28 Mark und auf 18 ortsangehörige Schüler, denen das Schulgeld erlassen wird, je 184,28 Mark.

## VI. Höhere Mädchenschule und Lehrerinnenseminar.

Herr W o l t e r s: Aus den letzten drei Jahren möchte ich die folgenden Ziffern mitteilen:

	1907/08		1908/09		1909/10
Schulbesuch . . . . .	836		849		838
Gesamtaufwandskosten . . .	133 816	M	137 000	M	144 300 M
oder pro Kopf . . . . .	160,06	"	161,37	"	172,12 "
Zuschuß der Kämmereikasse .	35 198	"	38 500	"	47 100 "

Für das Schuljahr 1909/10 betragen die Gesamtaufwandskosten der Stadt (nach Abzug des Zuschusses aus der Klosterreinertragskasse zc.) 141 864 Mark oder 169,28 Mark pro Kopf, gegenüber 158,43 Mark im Vorjahre. Davon werden aufgebracht durch Schulgelder 94 764 Mark, so daß der Zuschuß der Kämmereikasse 47 100 Mark beträgt. Von diesem Zuschusse entfallen auf 27 ortsfremde Kinder je 19,28 Mark, auf 725 ortsangehörige Kinder je 49,28 Mark, auf 39 Zöglinge des Seminars je 73,28 Mark und auf 47 Schülerinnen, denen das Schulgeld erlassen wird, je 169,28 Mark.

## VII. Städtische Mädchenschule.

Herr W o l t e r s: Ein Vergleich mit den Vorjahren ergibt folgendes Bild:

	1906/07		1907/08		1908/09		1909/10
Schulbesuch . . . . .	540		520		500		500
Gesamtaufwandskosten . . .	75 144	M	74 958	M	77 700	M	78 000 M
oder pro Kopf . . . . .	139,15	"	144,15	"	155,40	"	156,00 "
Zuschuß der Kämmereikasse .	35 139	"	37 205	"	39 300	"	39 600 "

Im Schuljahre 1909/10 betragen die städtischen Gesamtkosten 77 896 Mark oder 155,79 Mark pro Kopf, gegenüber 155,19 Mark des Vorjahres. Davon werden aufgebracht durch Schulgelder 38 296 Mark, so daß die Kämmereikasse 39 600 Mark zuzuschießen hat. Es erfordern stadtseitige Zuschüsse 20 ortsfremde Kinder je 45,79 Mark, 451 ortsangehörige Kinder je 75,79 Mark und 29 Kinder, denen das Schulgeld erlassen wird, je 155,79 Mark.

### VIII. Bürgerjchulen.

Herr Wolters: Der Schulbesuch hatte folgenden Umfang: am 1. Januar 1906 = 17 358 Kinder, am 1. November 1906 = 17 579 Kinder, Ostern 1907 = 17 925 Kinder, Michaelis 1907 = 17 909 Kinder, am 20. Oktober 1908 = 17 951 Kinder. Von der letzteren Zahl entfallen auf die unteren Bürgerjchulen 10 451 Kinder, auf die mittleren Bürgerjchulen 7240 Kinder und auf die Hilfsjchule 260 Kinder. Die Gesamtaufwandskosten betragen im Jahre 1909/10 = 1 356 400 Mark oder pro Kopf 75,56 Mark, gegenüber 74,43 Mark des Vorjahres. Die Zuschüsse der Rämmereikasse beliefen sich in den Jahren 1903/04 bis 1909/10 auf 770 904 Mark, 782 600 Mark, 855 979 Mark, 877 748 Mark, 918 212 Mark, 973 800 Mark und 988 200 Mark.

Im Schuljahr 1909/10 betragen die Gesamtkosten der Stadt 1 172 632 Mark oder pro Kopf 65,324 Mark, gegenüber 64,17 Mark des Vorjahres. Davon werden aufgebracht durch Schulgelder 178 632 Mark, während die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen einen Zuschuß von 5800 Mark gewährt. An städtischen Zuschüssen werden gewährt bei den mittleren Bürgerjchulen für 140 auswärtige Kinder je 11,324 Mark, für 6300 ortsangehörige je 41,324 Mark und für 700 Kinder, denen das Schulgeld erlassen wird, je 65,324 Mark; bei den unteren Bürgerjchulen und der Hilfsjchule für 4968 Kinder je 61,324 Mark, für 432 Kinder, denen das Schulgeld erlassen wird, je 65,324 Mark und für 5411 zweite und dritte Kinder je 65,324 Mark.

Da 3 327 000 Mark an Steuern aufzubringen sind, so erfordert der Zuschuß der Rämmereikasse für die Bürgerjchulen ungefähr 30 Prozent sämtlicher Steuern.

### IX. Fortbildungs- und Gewerbejschule.

Herr Wolters: Hier ist zum ersten Male aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer ein Zuschuß von 6000 Mark vorgesehen.

### X. Mädchen-Fortbildungsjchule.

Herr Wolters: Auch hier ist zum ersten Male aus der Kasse der Umsatzsteuer ein Zuschuß von 3000 Mark eingestellt, während der Zuschuß aus der Luise Ottmer-Stiftung fortgefallen ist.

### XI. Armenkaffe nebst Anhang.

Herr Wolters: Ueber die im Etat (Seite 213) vorgesehene Einrichtung einer Zentralheizung und die Erbauung einer Steinbaracke werden wir noch ein besonderes Projekt erhalten.

## XII. Straßenreinigungsinstitut.

Herr O h l e n d o r f: Die Anwohner der Reuterstraße beklagen sich, daß sich die Abfuhrwagen dort nicht sehen lassen. Es handelt sich dabei um etwa 40 Familien. Wenn auch die Anlieger den Rehricht bislang durch Privatfuhrwerk haben abfahren lassen, so sind sie doch wohl berechtigt, zu verlangen, daß der städtische Abfuhrwagen mindestens einmal wöchentlich dorthin kommt.

## XIII. Gaswerke.

Herr W ö l t e r s: Ich möchte Ihnen zunächst einige Zahlen mitteilen über die Abgabemengen von Gas. In dem laufenden Etat war angenommen, daß an L e u c h t g a s 4 300 000 Kubikmeter abgegeben werden würden. Nach den von der Direktion der Licht- und Wasserwerke jetzt ermittelten Ziffern werden wir diese Menge nicht erreichen, sondern gegenüber dem Voranschlage um 506 000 Kubikmeter zurückbleiben, indem wir nur 3 794 000 Kubikmeter abgeben werden. Gegenüber 1907/08 sind wir damit im Rückstande um 279 941 Kubikmeter, indem abgegeben wurden: 1907/08 = 4 073 941 Kubikmeter, 1906/07 = 3 962 565 Kubikmeter und 1905/06 = 3 881 965 Kubikmeter Leuchtgas.

Auch bezüglich der Abgabe von K r a f t g a s werden wir den Voranschlag nicht erreichen, sondern um 178 000 Kubikmeter zurückbleiben. Dagegen überschreiten wir den Verbrauch von 1907/08 um 129 847 Kubikmeter. Es ist nämlich für 1908/09 angenommen ein Verbrauch von 2 890 000 Kubikmeter, während voraussichtlich nur 2 712 000 Kubikmeter erreicht werden. In den Vorjahren sind verbraucht worden: 1907/08 = 2 582 153 Kubikmeter, 1906/07 = 2 302 381 Kubikmeter, 1905/06 = 1 957 324 Kubikmeter. Beim Kraftgas ist also immer noch eine recht gute Steigerung vorhanden.

Ob wir gegenüber diesen Zahlen die für 1909/10 veranschlagten Mengen, nämlich 4 200 000 Kubikmeter Leuchtgas und 2 900 000 Kubikmeter Kraftgas, erreichen werden, steht dahin. Die Gesamtabgabe an Gas bezieht sich: 1905/06 auf 5 839 289 Kubikmeter, 1906/07 auf 6 264 946 Kubikmeter, 1907/08 auf 6 656 094 Kubikmeter, 1908/09 nach dem Voranschlage auf 7 190 000 Kubikmeter, nach der mutmaßlichen Ausführung auf 6 506 000 Kubikmeter und 1909/10 auf 7 100 000 Kubikmeter.

Für Kohlen und Zusatzmaterialien sind ausgegeben worden: 1905/06 = 510 393 Mark, 1906/07 = 538 016 Mark, 1907/08 = 623 707 Mark, 1908/09 Voranschlag = 723 500 Mark, mutmaßliche Ausführung = 625 000 Mark, 1909/10 Voranschlag = 700 000 Mark. Der erfreulichen Erscheinung, im Jahre 1908/09 rund 100 000 Mark an Kohlen zc. gegen den Voranschlag erspart zu haben, steht leider auch der verringerte Absatz an Gas gegenüber.

Was den Gewinn (einschließlich Rückstellungen) beim Gaswerke betrifft, so betrug dieser 1905/06 = 480 750 Mark, 1906/07 = 541 404 Mark, 1907/08 = 506 687 Mark, 1908/09 Voranschlag = 460 500 Mark und 1909/10 Voranschlag = 467 000 Mark. Wenn man den ungefähren Gewinn des laufenden Jahres schätzen will, so kann man zurzeit nur so viel sagen, daß der Gewinn von 1907/08 nicht ganz erreicht werden wird. Mit festen Ziffern schon jetzt hervorzutreten, wäre gewagt.

Die Betriebsausgaben für 100 Kubikmeter Nutzgas haben betragen: 1905/06 = 8,98 Mark, 1906/07 = 9,38 Mark, 1907/08 = 10,67 Mark. Da wir das Kraftgas zu 12 Pfg. pro Kubikmeter verkaufen, so haben wir daran also keinen wesentlichen Nutzen mehr.

Der Gewinn von 467 000 Mark für 1909/10 ist vermutlich zu hoch angenommen worden, wenn sich auch die Ausgaben für Kohlen voraussichtlich ermäßigen werden. Es steht auch zu besorgen, daß wir die alte Höhe der Gasabgabe nicht wieder erreichen werden.

Herr **B u n g e**: In der Maienstraße steht immer noch eine alte Dellaterne; ich möchte dem Wunsche der Anwohner gemäß bitten, dort recht bald Gas anzulegen.

Herr **W o l t e r s**: Ich bitte, diesen Wunsch der Deputation zu überreichen. Der Grund für die Herabsetzung der Betriebslöhne ist durch die Vermehrung der Maschinenarbeit hervorgerufen. Bemerken will ich noch, daß hier ein Chemiker vorgelesen ist.

#### **XIV. Wasserwerk nebst Anhang: Neustadtmühle.**

Herr **W o l t e r s**: Der Gewinn des Wasserwerkes einschließlich der Rückstellungen ist zu 200 000 Mark angenommen worden. —

Wir kehren nunmehr zurück zum Kap. XI des ordentlichen Stats: **G e m e i n d e s t e u e r n**. Die Gewerbesteuer ist etwas höher angenommen, weil nach dem Gesetze vom 6. April 1908 eine Mehreinnahme daraus zu erwarten ist.

Im Jahre 1908/09 ist die Staatseinkommensteuer für die Stadt Braunschweig mit 1 652 469 Mark ausgeschrieben worden. Um das Verhältnis der Gemeindeeinkommensteuer, geschätzt auf 2 415 000 Mark, zur Staatseinkommensteuer im Jahre 1909/10 zu ermitteln, sind von jener abzuziehen:

für die Einkommen von 600 bis 900 M. . . . .	87 400 M
„ „ „ der auswärtigen Gewerbetreibenden . . .	6 100 „
„ 3½ % der Aktienkapitale . . . . .	112 000 „
„ die Marktgenossen . . . . .	240 „
zusammen . . .	205 740 M.

Es bleiben also zum Vergleiche 2 415 000 Mark — 205 740 Mark = 2 209 260 Mark. Die Gemeindecinkommensteuer beträgt demnach im Verhältnis zur Staatseinkommensteuer 133,69 Prozent.

Die unter 6 und 7 vorgeesehenen Einnahmen aus Testamenten, Kontrakten und Jagdscheinen wurden bislang bei der Armenkasse gebucht.

Der unter 8 der Einnahme vorgesehene Zuschuß von 100 000 Mark aus dem Schulhausbaufonds entspricht den neueren Wünschen der Herren. Es ist bekannt, daß der Schulhausbaufonds abgelöst werden soll durch den neu geschaffenen Ausgleichsfonds, jedoch muß das Statut erst genehmigt werden. Die Einstellung der 100 000 Mark soll nur bedeuten, daß die Kammereikasse auf diesen Zuschuß zu rechnen haben wird.

Der Magistrat beantragt nunmehr,

den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1909/10 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindecinkommensteuer  $10\frac{1}{2}$  Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Grundsteuern 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Die Finanzkommission empfiehlt die Genehmigung dieser Anträge. —

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

### **3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts.**

Die Einnahme und Ausgabe balancieren mit 5 057 100 Mark.

### **4. Anhang,**

**enthaltend die Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.**

a) Schulhausbaufonds.

b) Umjagsteuer.

Herr Wolters: Der Ertrag der Umjagsteuer ist erheblich geringer geworden. Er betrug: 1905/06 = 85 795 Mark, 1906/07 = 81 350 Mark, 1907/08 = 73 524 Mark und ist ausgeschrieben bezw. veranschlagt für 1908/09 mit 63 382 Mark und für 1909/10 mit 63 000 Mark.



## c) Kanalbaukasse.

## d) Schlachthaus.

Herr Wolters: Es ist vorgesehen, noch einen vierten Tierarzt anzustellen.

## e) Wohlfahrtseinrichtungen.

Herr Mohr: Sie waren vor einem Jahre so liebenswürdig, den Zuschuß für die Herzog Leopold-Stiftung von 1450 Mark auf 2500 Mark zu erhöhen. Dank dieser Zuvendung war die Stiftung in der Lage, bedürftigen Kindern annähernd 7000 Portionen Essen und nachmittags Kaffee zu verabfolgen. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen für die Zuvendung den herzlichsten Dank auszusprechen und Sie zu bitten, dieser Wohlfahrtseinrichtung auch fernerhin Ihr Wohlwollen zu schenken.

## f) Brausebäder.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

Herr Wolters: Der Magistrat beantragt,

die Voranschläge der unter 4 a bis f aufgeführten Kassen nach Maßgabe des Entwurfs festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Die Finanzkommission empfiehlt, die Anträge zu genehmigen, was seitens der Versammlung geschieht.

Damit ist die Beratung des Stadthaushaltsplanes beendet.

## II. Gemeindefirchenssteuer für 1909/1910.

Der Magistrat überreicht den vom Kirchenkassenkollegium im Einvernehmen mit dem Magistrate aufgestellten Voranschlag der Gemeinde-Kirchenkasse für 1909/10 zur Kenntnisaahme. Der Voranschlag schließt in der ordentlichen Ausgabe mit 222 900 Mk., im Extraordinarium aber auf beiden Seiten mit 190 000 Mark ab. Da der Magistrat die Ausgabenposten zur ordnungsmäßigen Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse für erforderlich hält, so ersucht er, zuzustimmen, daß zur Deckung des in den Voranschlag eingestellten Steuerbedarfs von 127 000 Mark für 1909/10 eine Kirchensteuer wiederum in Höhe von 7 Prozent der den Pflichtigen zur Last fallenden Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

### III. Geschäftliche Angelegenheiten.

Auf Anregung des Herrn S a n d e r wird nach kurzer Besprechung beschlossen, der Einladung der Firma Anna Giesecke & Koenigen zur Besichtigung ihrer Mühlenbauanstalt in der folgenden Woche zu entsprechen.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 6¼ Uhr.

---

